

SCHWARZ AFRIKA

JEAN SURET-CANALE

Schwarzafrika

Band II

STUDIEN ZUR GESCHICHTE
ASIENS, AFRIKAS UND LATEINAMERIKAS

Herausgegeben von
WALTER MARKOV

in Verbindung mit
Manfred Kossok und Lothar Rathmann

Band 20

JEAN SURET-CANALE

Schwarzafrika

Band II

JEAN SURET-CANALE

SCHWARZAFRIKA

GESCHICHTE
WEST- UND ZENTRALAFRIKAS
1900–1945

BAND II

Mit 23 Karten und 1 Tabelle

Deutsche Ausgabe besorgt von
ACHIM GOTTBERG



AKADEMIE-VERLAG • BERLIN

1969

JEAN SURET-CANALE

Afrique Noire

Occidentale et Centrale

Ère Coloniale

(1900—1945)

Les Editions Sociales, Paris 1964

Vom Verfasser überarbeitete, ergänzte und autorisierte Fassung

Ins Deutsche übertragen von Dr. Achim Gottberg, Leipzig

Geographisch-fachliche Beratung: Dr. Horst Münnich, Leipzig

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3–4

Copyright 1968 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 • 100/213/69 • Kartengenehmigung: Nr. 342/68

Herstellung: IV/2/14 VEB Werkdruck, 445 Gräfenhainichen • 2960

Bestellnummer: 2091/20 • ES 14 D • 14 F • 15 F

Inhalt

Vorwort	9
-------------------	---

ERSTER TEIL

Die Organisationsperiode des Kolonialsystems (1900–1919)	11
--	----

ERSTES KAPITEL

Die Wirtschaft des Tauschhandels	13
1. Der Tauschhandel	14
a) Arten und Methoden	14
b) Die monopolistischen Tauschhandelsgesellschaften	20
c) Der Verlauf des Tauschhandels	24
2. Das System der großen Konzessionsgesellschaften in Äquatorialafrika	30
a) Erste Versuche	30
b) Die großen Konzessionen	36
c) Zwei Ausbeutungssysteme	42
d) Von der Ausbeutung zur Ausrottung: Das Martyrium des Kongo	44
e) Die Affäre Gaud-Toqué	54
f) Die Entvölkerung Äquatorialafrikas	58
3. Die ökonomischen Ergebnisse	61
a) Französisch-Äquatorialafrika	61
b) Kamerun	66
c) Französisch-Westafrika	67
d) Die Minenbetriebe	77

ZWEITES KAPITEL

Die gesellschaftlichen Folgen	81
1. Ausbreitung der Geldwirtschaft	81
2. Verfall der Sklaverei	83
3. Verfall der althergebrachten Sozialstruktur	92

DRITTES KAPITEL

Das Verwaltungssystem	95
1. Despotismus und direkte Verwaltung	95
2. Die Häuptlingschaft als Verwaltungseinheit	107
3. „Assimilation“ und „Assoziation“	111
4. Die Zentralisation: die Generalgouvernements	116

VIERTES KAPITEL

Die Pazifizierung	122
1. Die „Pazifizierung“ der Elfenbeinküste	125
2. Die „Pazifizierung“ der übrigen Widerstandsherde in Französisch-Westafrika	136
3. Die Operationen in Äquatorialafrika	142
4. Der Widerstand in Togo und Kamerun	153

FÜNFTES KAPITEL

Die imperialistischen Rivalitäten. Der erste Weltkrieg	155
1. Die Konzessionsgesellschaft N'Goko-Sangha, Agadir und der Kompromiß von 1911	156
2. Die antikolonialistischen Kräfte	162
3. Der Zustand Französisch-Schwarzafrikas um 1914	170
4. Der erste Weltkrieg und die schwarzen Truppen	177
a) Die Schwarze Armee	177
b) Der erste Weltkrieg: die Rekrutierungen	178
c) Der Widerstand während des ersten Weltkrieges	183
5. Eroberung und Annexion Togos und Kameruns (1914–1919)	191
6. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Afrika	195

ZWEITER TEIL

Das Kolonialsystem in seiner gesichertsten Zeit (1919–1945)	199
---	-----

ERSTES KAPITEL

Die ökonomische Ausbeutung	205
1. Die Handelsmonopole	205
a) Das Kapital	207
b) Das Gesicht der Finanzoligarchie	216
c) Der Tauschhandel und die ökonomischen Strukturen	240
d) Transport und Industrie	255

Die Häfen	255
Die Schifffahrt	260
Die Eisenbahnen	262
Verbindungswege und Flüsse	268
Die Industrie	276
2. Die Produktion	279
a) Die Entwicklung der Exportkulturen	281
b) Die Zwangskulturen	293
c) Die Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene (S.I.P.)	304
d) Wanderungen und Zwangsarbeit	316
e) Der Landraub: Konzessionen für Land-, Wald- und Stadtgebiete	332
f) Die Minenausbeutung	350
g) Die Konjunktur und die Versuche der „Nutzbarmachung“. Die Nachkriegszeit	356
h) Das Niger-Projekt	359
i) Die Krise	365
j) Die relative Stabilisierung und die Lage am Vorabend des zweiten Weltkrieges	369
3. Die ökonomische Bilanz	374
a) Die Verarmung	374
b) Die Zerstörung der Böden Afrikas	384

ZWEITES KAPITEL

Die politische und verwaltungsmäßige Unterdrückung	391
1. Die Kolonialverwaltung	391
a) Gouverneure und Beamte	391
b) Die Häuptlingschaft	412
c) Die Vertreterkörperschaften	419
d) Das Eingeborenstatut. Das Justizsystem	424
e) Militärische Rekrutierung	432
f) Das Steuersystem	440
g) Direkte und indirekte Verwaltung	449
2. Missionen	451
3. Kultur und Unterricht	467
a) Die kulturelle Unterdrückung	467
b) Geschichte des kolonialen Unterrichtswesens in Afrika	471
c) Geist und Methoden des Unterrichts	483
d) Das Lehrpersonal	490
e) Schlußfolgerungen	497
4. Medizinische Einrichtungen und Gesundheitswesen	498
a) Krankenpflege	499
b) Das Medizinalwesen	510

DRITTES KAPITEL

Gesellschaftliche und politische Entwicklung	526
1. Gesellschaftliche Entwicklung	526
a) Die Städte	526
b) Das flache Land	530
c) Das Heiratsproblem: Brautpreis und Polygamie	534
2. Das politische Leben	537
a) Die letzten bewaffneten Widerstände	538
b) Die religiösen Bewegungen	546
c) Die ersten Bekundungen des modernen politischen Lebens	557
3. Der zweite Weltkrieg (1939–1945)	580
a) Afrika im Kriege	581
b) Der Kriegsbeitrag	601
c) Die „französische afrikanische Konferenz“ von Brazzaville (30. 1. bis 8. 2. 1944)	610
Bibliographie	617
Personenregister	631
Sachregister	636

Vorwort

Als der Vorentwurf zu diesem Werk entstand, sollte die Analyse des Kolonialsystems, wie es in Tropisch-Afrika unter französischer Herrschaft bestanden hatte, seinen Hauptteil bilden. Die Notwendigkeit, Klarheit in eine gewisse Anzahl von Problemen, die die Vergangenheit und die vor-koloniale Struktur berührten, zu bringen oder wenigstens ihre Betrachtung zu vertiefen, führte mich dazu, ein von dem vorliegenden gesondertes Werk zu schreiben, das eine einfache Einleitung sein sollte.*

Seit 1958 hat sich aber der Gang der Geschichte dieses Kontinents beschleunigt: das Kolonialsystem in Afrika, das sich damals in voller Krise befand, ist zum großen Teil zerfallen. Der Verfasser, den die Umstände nach Afrika zurückführten, zuerst als Direktor des guineischen Forschungsinstituts und als Leiter des Gymnasiums in Konakry, dann als Direktor der Höheren Schule von Kindia, sah sich dort von dringenden Aufgaben in Anspruch genommen, die die Fertigstellung dieser Untersuchung verzögerten. Im Jahre 1962 gehörte der im Mittelpunkt des Werkes stehende Stoff, der sechs Jahre zuvor noch aktuelle Bedeutung hatte, zu einem großen Teil schon der Geschichte an. Daher erschien es mir notwendig, ihm einen gesonderten Band zu widmen und einem dritten Band die Untersuchung der letzten 15–20 Jahre vorzubehalten, der Jahre der Krise und des Zerfalls des französischen Kolonialsystems in Tropisch-Afrika. Unter dem Titel „Die Kolonialära“ behandelt das vorliegende Buch also vorrangig das ökonomische, gesellschaftliche und politische System, das sich zwischen den Jahren 1900 und 1945 herausgebildet und seinen Höhepunkt erlebt hat. Obwohl aber dieses System im wesentlichen schon historisch geworden ist, bewahrt es nichtsdestoweniger – unglücklicherweise – ein aktuelles Interesse, denn die ökonomische Struktur, auf der es beruhte, bleibt

* *Afrique Noire occidentale et centrale. Géographie civilisation, histoire.* Paris, Editions Sociales, 1. Ausgabe 1958, 2. Ausgabe 1961. Ausgabe in deutscher Sprache Berlin, Akademie-Verlag, 1966.

fast völlig unberührt, und sein gesellschaftliches und politisches Erbe lastet schwer auf der Gegenwart der unabhängigen afrikanischen Republiken.

Mit der Verfassung des vorliegenden Buches habe ich keinen anderen Ehrgeiz gehabt, als einige Arbeitsmittel zu erschließen und einige Stoffbereiche von Vorurteilen zu befreien. Es war mir zum Beispiel nicht möglich, das Leben und die Geschichte der afrikanischen Völker während dieser Zeit so aufzuhellen, wie es erwünscht wäre. Eine derartige Forschung würde eine enorme Untersuchungsarbeit „an Ort und Stelle“ zur Voraussetzung haben, die gegenwärtig noch kaum in Angriff genommen worden ist und die allein die Afrikaner selbst zu einem guten Ende werden führen können.

Im Unterschied zum vorhergehenden Band, der ein auf Synthese beruhendes Werk darstellt, das von bereits ausgearbeiteten Untersuchungen ausgeht, habe ich im vorliegenden Fall – von wenigen Ausnahmen abgesehen – direkt auf der Grundlage der zeitgenössischen Quellen arbeiten müssen. Unter diesen Umständen war es nicht möglich, eine systematische Auswertung der Archive vorzunehmen, die übrigens im Prinzip nur für die Periode vor 1913 zugänglich waren.

Ich habe mich, ohne deshalb Vollständigkeit in Anspruch nehmen zu wollen, mit gedruckten Quellen begnügen müssen, soweit ich sie nicht, wo es unumgänglich war, durch einige Sondierungen der örtlichen Archive, in denen ich arbeiten konnte, ergänzt habe. Es handelt sich also nur um eine erste Untersuchung, die den Weg für Spezialuntersuchungen eröffnen möchte, die dann späterhin die Grundlage für eine dauerhaftere Synthese abgeben werden. Da diese Untersuchung kritisch vorgeht, wird man ihr mancherseits unfehlbar „Tendenz“ zum Vorwurf machen. Diese Gefahr hat man in Kauf zu nehmen, wenn man die Behandlung eines Gegenstandes in Angriff nimmt, der so lange Zeit „tabu“ war – und es auch heute noch ist. Offiziell verurteilt, lebt der Kolonialismus in den Menschen, Gemütern, Einrichtungen weiter, und den Schleier lüften, der ihre Geheimnisse verhüllt, wird nicht gern gesehen. Das ist die Gefahr, die mit jeder Suche nach der Wahrheit verbunden ist, sobald sie mächtige Interessen in Frage stellt. Sollten bei einigen Lesern Zweifel bestehen, so mögen sie auf meine Quellen zurückgehen (die fast alle „kolonial“ sind), mögen die Tatsachen, die ich ihnen entnommen habe, mit der Darstellungsweise der zahlreichen Lobredner der Kolonialherrschaft vergleichen ... und urteilen.

Die vorliegende deutsche Ausgabe habe ich durchgesehen, verbessert und auf den Wissensstand vom 31. Dezember 1965 gebracht.

Jean Suret-Canale

ERSTER TEIL

Die Organisationsperiode des Kolonialsystems
(1900–1919)

Die Wirtschaft des Tauschbandels

Am Ende des ersten, mehr einführenden Bandes haben wir die militärische Seite der Eroberung betrachtet. Beiseite ließen wir – abgesehen von kurzen Rückblicken im Rahmen des Gesamtwerkes – die Vorgänge, die sich auf die Schaffung des ökonomischen, politischen und Administrationsapparates des Kolonialismus bezogen. Es versteht sich von selbst, daß diese Tatsachen von der eigentlichen militärischen Geschichte der Eroberung nicht chronologisch zu trennen waren. Die Schaffung des Verwaltungsapparates beginnt mit Faïdherbe, die Eroberung endet in ihren mauretanischen Grenzgebieten erst in der Zeit von 1934 bis 1936. (1934 Besetzung von Tinduf, 1936 endgültige Herstellung der Verbindung Marokko-Senegal.) In ihren Grundzügen war die Eroberung um 1900 – mit der Schlacht von Kusseri – abgeschlossen. Es waren nur noch die endgültige Besetzung und die Bezwingung der örtlichen Widerstände notwendig. Die charakteristischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen der zeitgenössischen imperialistischen Kolonialherrschaft bildeten sich erst in der danach folgenden Periode, im wesentlichen zwischen 1900 und 1914, vollends heraus. Die vorhergehende politische Besitzergreifung war die Voraussetzung der Verallgemeinerung dieser Beziehungen.

Die Handelsgeschäftstätigkeit nimmt im Rahmen des Kolonialismus dieser Zeit weiterhin eine sehr bedeutende Stellung ein. Sie besteht im Export von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen, die für Fertigfabrikate eingeführt werden. Doch das neue und entscheidende Element stellt der Export der Kapitalien in die Kolonie dar. Die Besitzergreifung der großen Monopole des Finanzkapitals über die Wirtschaft der Kolonialgebiete ist damit gewährleistet. In Wirklichkeit ergreifen die Monopole damit zugleich auch von der Verwaltung dieser Gebiete Besitz, sozusagen als Ergänzung und Vervollständigung jener Macht, die dasselbe Finanzkapital betreffend die Regierung der „Mutterländer“ besitzt.

Ohne auf diese Fragen zurückzukommen, wollen wir die ursprünglichen Erscheinungsformen¹, in denen der Kolonialimperialismus in den französischen Gebieten Schwarzafrikas auftrat, untersuchen.² Weniger scharf als anderswo hebt sich der moderne Kolonialimperialismus in den französischen Kolonien von dem traditionellen merkantilen Kolonialismus ab, insbesondere von dessen spezieller Ausmünzung – dem „Freihandel“ – in der Mitte des 19. Jh. Im wesentlichen erfolgt die Kolonialausbeutung durch den Handel, für den weiterhin der traditionelle Ausdruck „*traite*“ gebraucht wird. Dem Handelssektor fließen weiterhin die meisten Kapitalien zu: Grundstückserwerbungen oder industrielle Kapitalanlagen, deren Charakter wir später erläutern werden, nahmen niemals mehr als eine zweitrangige Stellung ein. Das Beharren auf dem Hergebrachten erspart dem Kolonialismus weder bedeutende Änderungen in Struktur und Methoden noch die grundlegende Wandlung, die der Übergang von der „freien Konkurrenz“ zum rechtlichen oder tatsächlichen Monopol des imperialistischen Finanzkapitals am Ende bewirkt.

1. Der Tauschhandel

a) Arten und Methoden

Gehen wir zuerst auf die Charakteristika eines traditionellen Handelshauses an der afrikanischen Küste ein. Es ist ganz gleich, ob es ein französisches (von Bordeaux oder Marseille), englisches (mit Sitz in Manchester und Liverpool) oder deutsches (von Bremen oder von Hamburg) ist. Am Firmensitz in Europa werden „Tauschhandelswaren“ gekauft: Waffen und Schießpulver „für Tauschhandelszwecke“, also von sehr geringer Qualität³, „Tauschhandelsschnaps“, Tabakwaren, Baumwollwaren aus Man-

¹ Siehe J. Suret-Canale, Schwarzafrika, Bd I, Berlin 1966, S. 206–210.

² Was wir sagen werden, gilt, von einigen Einzelheiten abgesehen, auch für Madagaskar. Vgl. P. Boiteau, Contribution à l'histoire de la nation malgache, Paris 1958.

³ „Die Gewehre, die man den Schwarzen verkauft, sind für den, der schießt, sehr gefährliche Waffen, für einen Gegner aber fast harmlos. Es sind fast alles Feuersteinschloßgewehre, und in diesem Lande, wo es sieben Monate im Jahre regnet (es handelt sich um Guinea), von sehr wenig praktischem Gebrauch. Der Eisenlauf hat kaum mehr als 2mm Weite, und da die Schwarzen die leidige Gwohnheit haben, ihre Flinten mit ungeheuren Ladungen Pulver und zu schweren Kugeln vollzustopfen, so sind Unglücksfälle häufig. Diese Gewehre werden zu 10–20 Franken

chester, Metallartikel und Tand. Die zwei zuerst genannten Artikel und die Baumwollwaren nahmen zu Beginn des 19. Jh. den ersten Platz ein. Doch in den Jahren von 1900 bis 1914 ging ihr relativer Anteil aus verschiedenen Gründen zurück, der Waffenverkauf hörte sogar fast ganz auf. Die Gründe lagen in dem Verbot oder der strengen Kontrolle der Einfuhr von Waffen, in den erhöhten Steuern auf die Einfuhr von Waffen und im Zwang zum Erwerb einer sehr kostspieligen Waffenerlaubnis. Diese Waffenerlaubnis wurde von der Kolonialbehörde im allgemeinen nur den Häuptlingen und den profranzösischen „Angesehenen“ erteilt. Die Fortschritte des Islam und die Anwendung der Konvention von Brüssel in ihrer Auswirkung auf den Verkauf von Alkohol sind hier ebenfalls zu erwähnen.⁴ Ausschlaggebend war jedoch vor allem die starke Verringerung des tatsächlichen Einkommens der Bevölkerung. Sie war gezwungen, sich mit lebensnotwendigsten Dingen zufriedenzustellen. Dabei handelte es sich um Baumwollwaren und um die erstmalig in der Einfuhr erscheinenden Lebensmittel wie Zucker und Reis. Durch die Baumwolle und die anderen Fabrikate besteht für die herkömmlichen Erzeugnisse des afrikanischen Handwerks die Gefahr, völlig verdrängt zu werden. Auf diese Weise geht der Anteil des Alkohols unter den Importen Guineas, der sich noch 1897 auf 7 Prozent des Wertes belief, auf ungefähr 3 Prozent im Jahre 1900 (500 000 Franken bei einer Einfuhr von 14 200 000 Franken) zurück. Baumwollwaren machen mehr als ein Drittel der Einfuhren aus, etwa 5,3 Millionen. Dagegen stellt der Alkohol im gleichen Jahre 1900⁵ in dem nichtislamisierten Dahomey weiterhin fast ein Drittel an den Einfuhren (4,3 Millionen von 15,2 Millionen), während die Baumwollwaren (mit 2,9 Millionen) erst an zweiter Stelle kommen. Der Ankauf dieser Waren in Europa erfolgt durch die Firmen

an Ort und Stelle gehandelt, aber ihr Wert in Lüttich oder Manchester, welches die hauptsächlichen Herstellungszentren sind, schwankt zwischen 5 und 10 Franken für das Gewehr.“ (Rapport d'ensemble sur la situation générale en Guinée française en 1903, Konakry 1904.) Für diese und die folgenden Zahlen erinnern wir den Leser daran, daß es sich um Goldfranken handelt (1 Goldfranken entspricht fast 2,5 Franken von 1963).

⁴ Wertmäßige Einfuhr von Spirituosen und alkoholhaltigen Getränken nach Französisch-Westafrika:

1897: 6,2 Millionen Franken

1902: 5,5 Millionen Franken

1907: 6,8 Millionen Franken

⁵	1887	1895	1900
Einfuhren von alkoholhaltigen Getränken	2,1	3,4	4,3
Einfuhren an Baumwollstoffen	0,7	3	2,9
Gesamteinfuhrwert (in Millionen Franken)	3,9	10,5	15,2

selbst. Die kleineren Firmen bezahlen ihre Einkäufe in barem Geld, die bedeutenderen Häuser kaufen (besonders die britischen Firmen) auf Kredit und erreichen mit Hilfe dieser moderneren Betriebsweise einen größeren Geschäftsumfang. Die Verlustgefahr besteht bei ihnen darin, daß die Einhaltung ihrer Zahlungsverpflichtungen sie zu schnellem Verkauf zwingt. Wie jeder Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, so ist auch der Tauschhandel an bestimmte Jahreszeiten gebunden. Die „Tauschhandelskampagne“ ist mit einer unmittelbar nach der Ernte beginnenden kurzen Periode von einigen Wochen oder Monaten abgeschlossen. Dauer und Jahreszeit sind je nach Produkt und Gebiet verschieden. In der noch verbleibenden Jahreszeit ist die Geschäftstätigkeit gering und beschränkt sich auf den Verkauf der Tauschhandelswaren, der zum großen Teil auf Kredit erfolgt. Die afrikanischen Zwischenhändler werden so auf Kredit beliefert. Erst sind es Handelsvölker der Küste, später auch Handelsvertreter mit dem Auftrag, die Waldgebiete aufzusuchen.⁶ Die Art dieser Geschäfte erfordert langfristige Kapitalfestlegungen in Tauschhandelswaren. Die Handelshäuser können daher ihre Geschäfte im wesentlichen nur mit Hilfe der Banken erweitern. Dieser Umstand führt zur Umwandlung des kolonialen Handelskapitals in Finanzkapital, zur Verschmelzung der großen Firmen des Tauschhandels mit den Banken. Beispiele dafür sind die *Compagnie française de l'Afrique occidentale* und die *Marseillaise de Crédit*.⁷

Die *Banque de l'Afrique occidentale* tritt im Jahre 1901 die Nachfolge der *Banque du Sénégal* an. An der Spitze ihres Verwaltungsrates steht Emile Maurel aus Bordeaux. Die europäischen Geschäftshäuser verfügen im allgemeinen in jeder Kolonie über ein Zentralkontor mit Speichern und Nebengebäuden. Es wird von einem profitbeteiligten Generalvertreter geleitet. Dieser ist oft ein Gesellschafter der Firma oder ein Familienange-

⁶ Dieser den afrikanischen Zwischenhändlern ungeachtet der dabei gelaufenen Risiken gewährte Kredit war letzten Endes ein sicheres Mittel, sie in der Hand zu haben. Der erste deutsche Gouverneur in Kamerun, von Soden, schreibt darüber in einem Bericht an Bismarck: „Im Grunde genommen handelt es sich . . . dabei um eine Art Sklaverei, die schlimmer ist als die von alters her im Lande bestehende und wie sie ähnlich heutzutage bei uns zu Hause mit Vorliebe – Eure Durchlaucht verzeihen hochgeneigtest das harte Wort – nur von professionellen Wucherern und Bordellwirten betrieben wird. Das ganze Geschäft ist von Anfang an darauf angelegt, daß der Gläubiger selbst im schlimmsten Falle immer noch dabei etwas gewinnen muß“; (Bericht vom 22. April 1886, Reichskolonialamt Nr 3827, Bl. 40 f.), zitiert in: *H. Stoecker, Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft*, Berlin 1960, S. 36.

⁷ Ebenso in Deutschland für Woermann und die Diskonto-Gesellschaft.

höriger des „Chefs“. Die von einfachen Angestellten verwalteten Faktoreien im Waldgebiet dienen als Zweiggeschäfte. Die Faktorei ist zugleich Aufkaufszentrum und Warenhaus. Hier werden die Produkte, die von den Bauern herangebracht werden, abgenommen und gewogen und die Tauschhandelswaren werden verkauft. Was der Afrikaner auf der einen Seite erworben hat, gibt er auf der anderen Seite aus. Am häufigsten geht das Handelsgeschäft ohne das Zwischenmittel des Geldes vor sich.

Einige der zweitrangigen „unabhängigen“ europäischen Firmen spielen die gleiche Rolle wie die Zweigstellen der großen Häuser. Sie verfügen nicht über die Mittel, direkt in Europa einzukaufen und beauftragen bedeutendere Geschäftshäuser, für sie die Rolle von Zwischenhändlern zu spielen. Diese „unabhängigen“ Geschäftshäuser sind weder zahlreich noch krisenfest. Bei günstiger Konjunktur ist der kleine unabhängige Händler gegenüber dem Leiter einer Faktorei im Vorteil, aber im Krisenfall erwartet ihn oft der Bankrott. Da die großen Häuser in ihm einen Konkurrenten sehen, geben sie auch keine wirtschaftliche Unterstützung. Vor 1900 waren die Unterschiede zwischen diesen zwei Arten von Unternehmen nicht so deutlich. Das von Verdier stellte einen Zwischentyp dar. Er leitete persönlich an Ort und Stelle seine Kontore in Assini und Grand-Bassam, zu denen als Nebenbetrieb die heute noch bestehende Kaffeeplantage von Elima gehörte. Das gleiche gilt von der Firma Pastré in Marseille. Der Generalvertreter dieser Firma in Bolama (Portugiesisch-Guinea) war der Schwiegersohn von Pastré, Aimé Olivier⁸, der später im Gebiet der Südfüsse und im Futa Dalon zahlreiche Speicher und Faktoreien anlegte. Zu dieser mit mehreren Faktoreien, mehr oder weniger direkten Einfuhren und regelrechten Handelskarawanen arbeitenden Mittelschicht dürfen auch die von schwarzen oder Mulattenhändlern aus Saint-Louis geführten Unternehmen gesetzt werden, deren Geschäftsbereich sich unter dem Einfluß der Eroberung zeitweilig bis in den Sudan erstreckte. Aber um das Jahr 1900 werden diese mittleren Unternehmen zum großen Teil beseitigt oder auf die Rolle von Nebenbetrieben herabgedrückt; die Krise der Jahre 1900/1901 trägt dazu bei. Von 1895 bis 1901 verdoppelte sich infolge der endgültigen Eroberung Westafrikas der Außenhandel von 78,7 auf 157 Millionen Franken; 1902 fällt er wieder auf 133,5 Millionen Franken. Die ökonomische Konzentration wird also zuerst von Expansion, dann von der Depression begünstigt: „Die Jahre vor 1900 sehen die Bildung der großen Kolonialkompanien, durch die Zahl und Geschäftsumfang der Händler (in Saint-

⁸ Der für Dienste, die er der portugiesischen Regierung geleistet hatte, zum „Grafen von Sanderval“ ernannt wurde.

Louis und Gorée – Jean Suret-Canale) beschränkt und ernstlich bedroht werden. Die Nachkommen dieser Händler müssen in Verwaltung und freien Berufen Unterkommen suchen oder sie gehen ins Ausland, was wiederum zu einem Schwinden des Einflusses dieser Bevölkerungsgruppe führt.“⁹

In den Hauptorten findet man neben den Faktoreien Kleinhändler als Ladenbesitzer, die Kunden der Faktoreien sind, einmal Wolof, die sich schon im Gefolge der französischen Truppen befunden hatten, zum anderen Leute aus Sierra-Leone, die speziell in Guinea einwanderten. Sie wurden bald von Libano-Syrern übertroffen und in den Hintergrund gedrängt. In dieser Anfangszeit der Kolonialherrschaft sind Faktoreien und Läden sehr selten. Aus Sicherheitsgründen häufen sie sich in den Verwaltungs- und Militärstationen, deren Existenzgrund übrigens darin liegt, den „Handel zu beschützen“. Während die Kundschaft in den Stationen notwendigerweise begrenzt ist, wird die des Waldes auf zwei verschiedenen Wegen erreicht. Einige Häuptlinge (zum Beispiel die des Futa Djalon) stellen aus ihren Vasallen und Hörigen Handelskarawanen zusammen, die direkt mit den Faktoreien der Stationen (im Fall des Futa sind das die Faktoreien der Küstenzone) den Handelsverkehr aufrechterhalten. Aber im allgemeinen bleibt dieser Zwischenhandel in den Händen der afrikanischen Wiederverkäufer. In Guinea und in der Elfenbeinküste werden sie allgemein als „Dyula“ bezeichnet.¹⁰ Lange Zeit hatten die Küstenbevölkerungen die europäischen Kontore von den Dyula oder anderen derartigen Händlern in den einzelnen Gebieten fest abgeriegelt. Aus dieser Vermittlerrolle zogen die Küstenbevölkerungen einen beträchtlichen Gewinn. Das gilt für die Apollonier von Assini, für die Duala Kameruns oder etwa für die Bateke im Kongo. Einige von ihnen importierten und exportierten sogar auf eigene Rechnung, wie die „Jack-Jack“ in der Küstenzone der Elfenbeinküste, die in unabhängigen Dörfern lebten und mit ganzen europäischen Schiffsladungen Handel trieben. Sie fielen als erste den Auswirkungen der europäischen Besetzung des Hinterlandes zum Opfer. Die Dyula behielten ihre wichtige und unabhängige Stellung länger bei. Sie bestand darin, die Exportprodukte im Innern zu sammeln, diese wiederum gegen die im Waldgebiet verteilten Tauschhandelswaren in den Faktoreien auszutauschen. Sie arbeiteten nicht ohne Verlustrisiko. Im allgemeinen lieferte der Dyula seine Tauschgüter auf Kredit. Die Gegenlieferung an Rohprodukten erwartete er erst bei seinem nächsten Wiederkommen. Daher war es für ihn nicht immer

⁹ A. Villard, Comment travailla Faïdherbe, in: Bulletin d'informations et de renseignements de l'A.O.F., Nr 204, 24. Oktober 1938.

¹⁰ „Hausa“ Französisch-Äquatorialafrikas und Kameruns, usw.

leicht, seine Außenstände einzutreiben. Mit Hilfe einer theoretischen Gewinnspanne von 300 bis 400 Prozent suchte er sich daher schadlos zu halten. Schließlich bildeten das Räuberunwesen und die Habgier der Häuptlinge der verschiedenen Gebiete, die vor einem Mord nicht zurückgeschreckt hätten, eine ständige Gefahr für ihn. Darum schlossen sich diese Händler oft zu bewaffneten Karawanen zusammen, und verschiedene von ihnen hatten mehr als zwölf Träger. Ihr Handel erstreckte sich um so weiter, als vor der Entwicklung der Eisenbahnen und der Einrichtung vieler Stationen die Handelspunkte mit wichtigen Faktoreien sich fast nur in den von der See- und Flußschiffahrt bedienten Häfen befanden.

In Beantwortung der gegenüber den Handelshäusern erhobenen Vorwürfe, nichts für die Erschließung des Inneren getan zu haben, wandte der Direktor der Compagnie française de l'Afrique occidentale (C.F.A.O.) ein, das sei nicht Schuld der Kaufleute. Die in Kurussa und Siguiri errichteten Kontore hätten auf Grund der Unsicherheit und der Entfernung nur mittelmäßige Gewinne abgeworfen. Die Transporte nach dem Inneren würden *schneller und billiger* von einheimischen Karawanenleuten erledigt.¹¹ Seiner Auffassung nach würden nur die Eisenbahnen eine Wendung dieser Sachlage herbeiführen.

1903 schätzte ein offizieller Bericht, daß es in Guinea bei einer Bevölkerung von zwei Millionen Einwohnern mehr als 100 000 Dyula und in ihren Diensten stehende Träger gab. Allerdings ist zu bemerken, daß sie nicht nur Zwischenhandel, sondern auf eigene Rechnung auch einen weitreichenden Binnenhandel betrieben. Dabei handelte man hauptsächlich Großvieh aus der Sahel und getrocknete Nigerrische gegen Kolanüsse der Waldzone.¹² Im Sudan, am Niger, am Tschad behielt der in den Händen der Mauren und Araber liegende Karawanenhandel seine Bedeutung bis zum ersten Weltkrieg. Für die Kolonie „Ober-Senegal und Niger“ machte er 1906 wertmäßig noch ein Viertel vom Gesamthandel mit der Kolonie Senegal aus.¹³

¹¹ F. Bohn, Compagnie française de l'Afrique occidentale. Rapport adressé à M. Cotte, Conseiller d'Etat, Président de la Commission des concessions coloniales, Marseille 1900.

¹² Vgl. R. Chudeau, Le grand commerce indigène de l'Afrique occidentale, in: Bull. Sté de Géographie commerciale de Paris, 1920, S. 398–412.

¹³ Rapport d'ensemble sur la situation de la colonie du Haut-Sénégal-et-Niger en 1906, Bordeaux 1909.

b) Die monopolistischen Tauschhandelsgesellschaften

Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jh. festigte sich das tatsächliche Monopol einer kleinen Anzahl europäischer Firmen. Obwohl sie untereinander einen erbitterten Konkurrenzkampf führten, schlossen sie durch die Stärke ihrer Positionen jede Möglichkeit neuen fremden Eindringens aus. Dieser Konkurrenzkampf wurde besonders zwischen französischen und fremden Firmen geführt. Zur selben Zeit vollzog sich eine fortschreitende Modifizierung der Handelsmethoden, was in Verbindung mit der Entwicklung der Verkehrsmittel und der territorialen Ausdehnung des Marktes im Gefolge der „Befriedungspolitik“ und der politischen Besitzergreifung geschah. Um das Beispiel Guineas zu nehmen, so bestanden zu Beginn des 20. Jh. etwa 20 „große“ Firmen. Jede verfügte über mehr als zwei Faktoreien in der Kolonie, über Kontore und über einen Generalvertreter in Konakry. Von diesen Firmen waren nur ein Drittel französisch, von denen die Marseiller Compagnie Française de l'Afrique occidentale den ersten Platz einnahm. Dazu kam zunächst eine bedeutende Anzahl englischer Firmen, die lange ihr Hauptkontor in Freetown gehabt hatten; sie waren jedoch durch die Zollbestimmungen von 1897 gezwungen, sich in Konakry niederzulassen. Hierbei handelte es sich zum Beispiel um Paterson-Zochonis und Broadhurst & Sons, beide aus Manchester. Es kamen noch weitere ausländische Firmen hinzu, wie Colin aus Hamburg, Pelizaeus aus Bremen, zwei belgische Gesellschaften, die Schweizer Gesellschaft Ryff, Roth & Co., die damals noch bescheiden war, aber zum Kern der mächtigen Société Commerciale de l'Ouest Africain (S.C.O.A.) werden sollte. Als Kuriosität sei die Handelsfirma Aaron Cohen aus Tanger erwähnt, deren spanische Nationalität nur ein Vorwand war.

Im größeren Rahmen gesehen war der Einflußbereich – nach Firmen – wie folgt verteilt: Im Senegal und Sudan war fast die ganze Gruppe der Bordelaiser Firmen vertreten: Devès & Chaumet, Chavanel, Maurel & Prom, Delmas & Clastre, Rabaud & Cie., Buhan & Teyssère, Assémat, Vézia. Bereits 1896 schreibt ein Verfasser: „...Der Handel in diesem Lande [Senegal] liegt in den Händen von drei oder vier großen Firmen, die ein Syndikat gebildet haben, eine Art Dreibund, der ihnen unter allen Umständen das Monopol über die Erzeugnisse gibt.“¹⁴ Die mittleren Firmen, erläutert der gleiche Autor, bekommen ihren Anteil an den Tauschhandelsprodukten *unter der Bedingung*, den von den „Großen“ festgesetzten Kaufpreis zu respektieren. 1897 bestätigt ein anderer Verfasser: „Heutzutage

¹⁴ Picrochole, Le Sénégal drolatique, Paris 1896, S. 8/9.

betrachten fünf bis sechs Bordelaiser Firmen, die im Syndikat stehen und von denen die wichtigsten Maurel & Prom, Devès & Chaumet, Buhan & Teyssère sind, den Senegal allerdings als ihre Domäne.“¹⁵ An der Guinea-küste und im Kongo sind Marseiller und Firmen mit aufweisbarer Pariser Kapitalbeteiligung vertreten: Die C.F.A.O.¹⁶, Mante & Borelli (Régis' Erben), Société coloniale française de la côte de Guinée, Compagnie française du Commerce africain, Comptoir commercial français und andere. Zunächst besitzen sie aber nur einen kleinen Bruchteil des Handels, da die Engländer von Liverpool-Manchester (besonders im Kongo, aber auch Guinea und Dahomey) und die Deutschen aus Bremen und Hamburg (vor allem in Dahomey, im Kongo und daneben in Guinea) einen großen Teil des Handels innehaben.¹⁷

Die Handelskrisen der Jahre 1900 bis 1914 führten zum Ruin und damit zum Verschwinden mehrerer zweitrangiger und einiger größerer Firmen. Dazu gehörten beispielsweise die belgischen Gesellschaften und einige Pariser Unternehmen, die zu sehr auf der Börsenspekulation beruhten und nicht über die Erfahrung und die Handelsverbindungen der Marseiller, Bordelaiser oder englischen Firmen verfügten. Die Geschäftskonzentration vollzog sich langsam und parallel mit der Einführung des Vorzugszolls und einer ganzen Reihe systematischer Maßnahmen zum Nachteil des englischen Handels, der zu Beginn an der Guineaküste weithin vorherrschte. Hauptzweck des Zollgesetzes vom 11. Januar 1892 war die Begünstigung des französischen Fabrikwarenxports nach den Kolonien, was Jules Ferry schon erstrebte. Das Zollgesetz hob das vom Zweiten Kaiserreich ererbte Freihandelssystem auf, welches die Reste des Exklusivsystems beseitigt

¹⁵ E. Lagrillière-Beauclerc, *Mission au Sénégal et au Soudan*, Paris o. J. (1897).

¹⁶ Compagnie française de l'Afrique occidentale: gegründet 1887 mit einem Anfangskapital von 7 Millionen Franken, war sie seit dem Ende des Jahrhunderts die hauptsächlichste französische Firma in Westafrika mit Kontoren in Senegal, Französisch- und Portugiesisch-Guinea, Elfenbeinküste, Gambia, Sierra Leone, Nigerien. Sie war die Nachfolgerin der „Compagnie du Sénégal et de la Côte occidentale d'Afrique“ (manchmal kurz „Compagnie S.C.O.A.“ genannt und nicht zu verwechseln mit der weiter oben erwähnten anderen S.C.O.A.), gegründet 1881 und selbst Erbin des Handelshauses Verminck, das seinerseits 1854 gegründet worden war.

¹⁷ Die deutschen Handelshäuser kauften fast die gesamte Erzeugung an Körnermais und Palmenmark Dahomeys und zwei Fünftel des Hölzerexports Französisch-Äquatorialafrikas. (Les colonies et la défense nationale, Paris 1916.) Sie importierten nach Afrika vor allem Alkohol (29 % der Alkoholimporte Französisch-Westafrikas im Jahre 1907).

hatte.¹⁸ Trotzdem setzten zahlreiche internationale Abmachungen der Ausdehnung eines wirksamen protektionistischen Zollsystems Grenzen. Für das „konventionelle Kongobecken“ war ein solches System ausgeschlossen. Die Berliner Kongoakte vom 26. Februar 1885 setzte hier die Gleichheit der Handelsbeziehungen für alle Nationen und sogar die Zollfreiheit für zwanzig Jahre fest. Die Brüsseler Konferenzakte vom 2. Juli 1890 hatte diese Frage erneut behandelt und Zölle genehmigt, die zehn Prozent des Wertes nicht übersteigen durften. Die Zolldiskriminierung war verboten. Auf diesen Grundlagen errichtete das Lissaboner Protokoll vom 8. April 1892 zwischen der interessierten Seite des französischen Kongo, dem unabhängigen Kongostaat und Angola eine Zollunion mit Einheitstarif. Dieser blieb bis zur Kündigung durch Frankreich am 2. Juli 1911 in Kraft.

Auch die französisch-englische Konvention vom 14. Juni 1898 beseitigte auf dreißig Jahre hinaus jegliche Vorzugszölle in der Elfenbeinküste und in Dahomey. Der französische Handel kam dabei auf seine Rechnung, denn er profitierte von den Gegenseitigkeitsbedingungen in der Goldküste und in Nigeria.¹⁹ Als mögliches Gebiet eines zollprotektionistischen Systems blieb also in Äquatorialafrika Gabun übrig, wie in Französisch-Westafrika die sogenannte „freie“, d. h. keinen Auslandszollbeschränkungen unterworfen Zone, bestehend aus Senegal, Sudan und Guinea. Gabun erhob auf die Einfuhr einfach den französischen Zolltarif, sehr zum Ärger der örtlichen Kaufleute. Im Senegal und seinem sudanesischen Hinterland wurden fiskalische Gebühren erhoben, zu denen seit 1872 eine Zuschlagtaxe von fünf Prozent auf die Einfuhr fremder Produkte kam. In Guinea wurden die Waren nur mit Verbrauchssteuern belegt, was auch in der Elfenbeinküste oder auch in Dahomey der Fall war. Gouverneur Ballay hatte 1897 eine Zuschlagtaxe auf die indirekt eingeführten englischen und französischen Güter verfügt. Der Zweck dieser Maßnahme bestand darin, Free-town seine Rolle als Umschlagsort für den Handel mit Guinea zugunsten Konakrys zu nehmen. Das Dekret vom 14. April 1905 führte in der ganzen „freien“ Zone das senegalesische System der Zuschlagtaxe ein und trug zur Festigung der Position des französischen Handels bei. „Dieses Dekret, das den Vorteil besitzt, äußerst klar und genau zu sein, läßt sich von einigen Grundgedanken leiten, die es wert sind, hervorgehoben zu werden: 1. Die für den Handel, d. h. für den Verbrauch der Eingeborenen be-

¹⁸ Über das Exklusiv-System siehe *B. Schapper*, *La fin du régime de l'exclusif – Le Commerce étranger dans les possessions d'Afrique tropicale*, in: *Annales africaines*, 1959, S. 149–200.

¹⁹ Dieses Zollsystem wird von Frankreich erst im Oktober 1936 gekündigt werden.

stimmten Produkte werden besteuert. 2. Die für den Verbrauch der Europäer bestimmten Produkte werden von Zöllen ausgenommen. 3. Die aus dem Ausland kommenden oder in einem nicht unter französischer Herrschaft stehenden afrikanischen Gebiet umgeschlagenen Güter zahlen die Zuschlagtaxe. Man merkt sehr deutlich die protektionistische, ja, imperialistische Tendenz, der das Dekret entspricht. Es scheint viel mehr im Interesse der Franzosen als für die Entwicklung der Kolonie geschaffen worden zu sein.“²⁰

Die Wirkungen der Zuschlagtaxe spiegeln sich in erstaunlicher Weise in der Entwicklung des Handels Guineas wider: Der Anteil Frankreichs an den Importen Guineas steigt von 32 Prozent im Jahre 1904 auf 60 Prozent im Jahre 1908.²¹ Dagegen bleibt in Dahomey, wo es dieses System nicht gibt, der französische Anteil an den Importen schwach, und er geht sogar zurück. 1908 beträgt er 24 Prozent der Importe. In den Jahren 1910 bis 1913 stellt Frankreich 44–48 Prozent der Importe Französisch-Westafrikas. 1909 gehen 59,2 Prozent der Exporte Französisch-Westafrikas nach Frankreich, aber dieser hohe Prozentsatz geht vor allem auf die Erdnüsse des Senegal zurück. Dieses Gebiet liefert in der Tat 73,4 Prozent seiner Exporte nach Frankreich. In den anderen Kolonien überwiegt als Abnehmer dagegen oft das Ausland. Von den Palmkernen und dem Palmöl Dahomeys nimmt Deutschland den Hauptteil ab. 1913 exportiert Französisch-Äquatorialafrika Hölzer im Werte von 8,3 Millionen Franken. Davon kauft Deutschland für 3,5 Millionen, Großbritannien für 2 Millionen, die Niederlande für 1,2 Millionen, Frankreich für 1,5 Millionen Franken.²² Der Kolonialhandel beklagt sich, in Frankreich keine genügend privilegierten Absatzmärkte zu finden. Von einigen Ausnahmefällen abgesehen, zahlten die Kolonialprodukte bei der Einfuhr in Frankreich nur den Minimaltarif, einige davon mit Zollnachlaß. Schon 1900 forderte Le Myre de Vilers, der Berichterstatter über das Kolonialbudget, ihre gänzliche Freiheit vom Einfuhrzoll. Unter dem Druck der Interessengruppen wuchs nach und nach die Zahl der Zollverringerungen oder sogar der Ausnehmungen vom Zoll, wie das 1906 mit dem Kautschuk der Fall war. Schließlich wurde durch ein Gesetz von 1913, das 1914 in Kraft trat, für die sogenannten „zweitrangigen Kolonialprodukte“, wie Kakao oder Kaffee, deren Erzeu-

²⁰ G. Hervet, *Le Commerce extérieur de l'Afrique Occidentale Française*, Paris 1911, S. 141.

²¹ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, Nr. 5, Mai 1909

²² F. Rouget, *L'Afrique Equatoriale Française et le Commerce austro-allemand*, Me-lun 1917, I: Les Bois.

gung man ankurbeln wollte, die Zollfreiheit gewährt.²³ Die deutschen Unternehmen wird der erste Weltkrieg zum größten Teil beseitigen. Unmittelbar nach 1918 beginnen sich Verhältnisse abzuzeichnen, die für die Zeit zwischen den zwei Weltkriegen maßgebend werden. Bestimmend ist die Vorherrschaft einiger „Großen“, der C.F.A.O. von Marseille, der Bordelaiser Geschäftsfirmen (Gebrüder Maurel, Maurel & Prom, Peyrissac, Devès & Chaumet, Chavanel), die im Senegal- und Sudangebiet eine feste, jedoch eine sehr viel schwächere Stellung an der Guineaküste haben. Zu den „Großen“ zählen auch die Engländer von Manchester und die noch in den Anfängen ihres Aufstiegs befindliche Société Ryff, Roth & Cie., die 1907 zur S.C.O.A. wird. Auf jeden Fall ist die Zahl der großen Geschäftshäuser zu Beginn des Jahrhunderts nicht so groß, um sich nicht trotz eigener Auseinandersetzungen untereinander verständigen zu können und möglichen neuen Konkurrenten den Zugang zum afrikanischen Markt zu versperren. In Zusammenhang damit stehen fortlaufende Umwandlungen in der Einführung und den Methoden des Handels der Faktoreien.

c) Der Verlauf des Tauschhandels

Zu Beginn des 19. Jh. war es üblich, daß Einzelpersonen, vor allem aber Tauschhandelskarawanen, bei den Faktoreien landwirtschaftliche Produkte gegen Tauschhandelsgüter direkt eintauschten. Auf jeden Fall brachten die „Kunden ihre Produkte nur, um sich im Austausch dafür die begehrten Waren zu beschaffen. Geld als Zwischenmittel war nicht nur unnütz, sondern auch unmöglich, da das Münzmaterial fehlte bzw. Geld im Lande viel zu wenig üblich war. Hier zum Beispiel eine Beschreibung des in Guinea üblichen Handels: „Wenn die Träger, ganz gleich in welcher Anzahl, mit ihren Waren in einer Faktorei ankommen, bringt man sie zunächst in Hütten unter und gibt ihnen ein Gastgeschenk. Dieses erste Geschenk heißt ‚Sanskiriba‘, wörtlich übersetzt ‚Ablegung der Sandalen‘. Meistens besteht es aus Reis, Zwieback, Zucker, Salz und Fleisch, ein wenig Tabak und einigen Stücken Stoff. Die Größe des Geschenkes hängt von dem Wert ab, auf den der Händler die mitgebrachten Waren schätzt. Das ist einzig eine Frage des Spürsinns und des Zufalls. Daran schließt sich der Dantégué, die Einführungsrede. In diesem Dantégué übertreibt der Salétigui (Karawanenführer) den Wert dessen, was er bringt...“²⁴

²³ Vgl. H. Brunschwig, *Mythes et réalités de l'impérialisme colonial français* (1871 bis 1914), Paris 1960. (Kap. VI, La légende du protectionisme.)

²⁴ Y. Henry, *Le Caoutchouc dans l'Afrique Occidentale Française*, Paris 1907.

Nach dieser Rede packt man die Waren aus, bringt sie auf die Waage und verhandelt abermals über die Preise. Hat man sich über den Preis geeinigt, so drückt man ihn in Guruschs aus. Das sind Geldstücke im Werte von je fünf Franken, die hier als Rechnungsgeld dienen. Der Betrag wird auf einem Schein vermerkt, und dieser ist gegen Waren austauschbar. Dann gibt es wieder Verhandlungen, die dadurch abgekürzt werden, daß der Karawanenführer besondere Prämien und Geschenke bewilligt erhält. Er übernimmt es, die Zögernden zum Geschäftsabschluß anzuspornen. Schließlich bietet man ein Abschiedsgeschenk, das von wesentlicher Bedeutung ist. Ist das Geschenk zufriedenstellend, so werden die Mitglieder der Karawane, selbst wenn sie übervorteilt wurden, die Großzügigkeit des Geschäftsmannes loben und ihm neue Kunden werben, andernfalls werden sie dem Kaufmann „den Namen verderben“ und etwaige neue Kunden von ihm abbringen. Mit der Einführung der Steuer hat die Bevölkerung die Verpflichtung, einen Teil der Verkaufssumme in Form von Geld aufzusparen. Damit wächst die Einfuhr von Metallgeld, besonders von Fünf-Frank-Münzen.²⁵ Vorwiegend wird jedoch der direkte Austausch bleiben.

Mit dem Erscheinen der Syrer wird gegen Ende des 19. Jh. eine erste Umwälzung in den Geschäftsmethoden eintreten. Als „Syrer“ bezeichnete man Levantiner, wobei es sich hauptsächlich um Libanesen, überwiegend Christen, handelte. Sie waren damals türkische Untertanen und ließen sich besonders in Französisch-Westafrika als Kleinhändler immer zahlreicher nieder. Eine ähnliche Rolle spielten in Französisch-Äquatorialafrika, allerdings in kleinerem Maße, Griechen und Portugiesen. Zuerst Einzelgänger und einfache Mietsleute der Afrikaner, ließen sie nach und nach ihre Frauen nachkommen und erwarben Grundbesitz. Durch das französische Mandat über Syrien und Libanon nach dem ersten Weltkrieg wurde die Lage für sie sehr günstig, da sie somit französische Staatsangehörige waren. Wenn sie auch weiterhin die Verbindungen zu ihrem Lande aufrechterhielten und nach dorthin Geld überwiesen, so ließen sich doch viele endgültig in Afrika nieder. Die Geschichte ihrer Ansiedlung in Guinea im Zusammen-

²⁵ Einen ähnlichen Fall bildete das Gold, das vor allem in der Nähe der britischen Kolonien zirkulierte, aber fast nur vom Großhandel als Geld verwendet wurde, wobei übrigens mehr und mehr Banknoten an seine Stelle traten. In der Öffentlichkeit wurde es eher zum Gegenstand der Schatzbildung, da es von dem örtlichen Schmuckhandwerk als Rohstoff verwendet wurde. Die Verschickung von Geldern durch die Behörden im Innern erfolgte vor allem verpackt in versiegelten Kisten, die je 5000 Franken enthielten. Im Sudan (Obersenegal-und-Niger) wurde zu Beginn des Jahres 1904 die Verwendung von Banknoten eingeführt.

hang mit dem Kautschukexport liefert uns dafür ein Beispiel. Dieses Beispiel gilt auch für die anderen Gebiete, wenn sich auch auf Grund der Eigentümlichkeit der verhandelten Waren Varianten ergeben. Die ersten Syrer kamen 1897 nach Konakry. Zur selben Zeit gab die Zollreglementierung, die dazu bestimmt war, die junge Kolonie Guinea von der Handelsbevormundung Freetowns zu befreien, den Unternehmen starken Auftrieb. Der Kautschukpreis stieg unaufhörlich. Man war mitten in einer Aufschwungphase. Die Syrer begnügten sich anfangs mit Marktständen, wo sie mit Waren geringer Qualität handelten. Als Bezahlung nahmen sie Kautschukbälle und beschäftigten sich bald vorwiegend mit dem Ankauf von Kautschuk gegen bares Geld, während ihre Warenauslage nur der Form halber bestehen blieb. Sie hielten sehr zusammen und beauftragten den Intelligentesten oder Geschicktesten aus ihrer Mitte, jeden Abend die Ware zusammenzufassen, um sie am folgenden Tag nacheinander den Geschäftshäusern des Ortes anzubieten. Das höchstbietende Geschäftshaus erhielt die Gesamtmenge, selbst wenn die Überbietung nur einige Centimes betrug. Unter den etwa zwanzig miteinander rivalisierenden Exportgeschäftshäusern war ständig eines, das dringend kaufen wollte, sogar fast zum Wiederverkaufspreis. Die Syrer erhielten also den Höchstpreis und verdrängten damit gleichzeitig die selbständig einkaufenden Faktoreien. Diese bemühten sich aber, weiterhin am reinen Austausch festzuhalten, um ihre Tauschhandelswaren abzusetzen, während die Syrer in Geld zahlten. Die Faktoreien beherbergten außerdem die Tauschhandelskarawanen und machten ihnen Geschenke, was alles allgemeine Unkosten waren. Diese blieben jedoch den Syrern erspart und machten somit die Konkurrenz unmöglich. Im Laufe von sechs Monaten eigneten sich die Syrer im Jahre 1898 das Kautschukmonopol an. Vergeblich versuchten die europäischen Geschäftshäuser mit Unterstützung der Verwaltung die ihre Profite ernstlich schmälernenden Eindringlinge auszuschalten. Man verbot ihnen den Markt. Daraufhin eröffneten sie Kramläden, deckten sich besser mit Waren ein und entzogen den europäischen Geschäftshäusern den ihnen noch verbliebenen Textilverkauf. Den Syrern gelang es also, in kurzer Zeit den führenden europäischen Geschäftshäusern einen großen Teil des Detailhandels zu entreißen. Opfer waren die zweitrangigen Geschäftshäuser, deren Detailverkäufe beträchtlich zurückgingen, während sie der Konkurrenz mit den bedeutenderen Firmen im Groß- und Zwischenhandel nicht standhalten konnten. Die zwei oder drei größten Firmen fanden es vorteilhafter, sich der Sachlage anzupassen. Sie gewannen im Endeffekt mehr, wenn sie den Syrer als Zwischenhändler benutzten und nicht unter großen Kosten Europäer als

Faktoreiverwalter bezahlten und sich noch anspruchsvollerer Zwischenhändler bedienten. Die Zahl der Syrer betrug 1897 in Guinea nur 18. Seit 1900 beginnen sie in Senegal zu erscheinen. 1913 gibt es von ihnen 681, von denen fast alle in Guinea oder in Senegal leben. Nach dem ersten Weltkrieg lassen sie sich in der Elfenbeinküste nieder, wo es 1913 nur zwei von ihnen gab. Im gesamten Französisch-Westafrika gibt es im Jahre 1939 4500 und im Jahre 1953 8500 Syrer. Die Libano-Syrer trugen wesentlich dazu bei, daß das traditionelle Tauschhandelssystem der Faktorei durch die Bezahlung in Geld ersetzt wurde. Das alte System hatte den Geschäftshäusern den Vorteil geboten, Einfuhren in barem Geld zu vermeiden und die wirkliche Kauffreiheit des Kunden auszuschalten. Dennoch bleibt im Inneren der direkte Warenaustausch lange bestimmend. Noch 1939 ging der Hauptteil der Handelsgeschäfte in gewissen abgelegenen Kreisen in dieser Weise vor sich. Der Bericht von 1903 über Guinea schätzt, daß derartige Verfahren von wirklicher Nützlichkeit gewesen seien, „indem sie die Konkurrenz unter den Kaufleuten aufrechterhielten und die Produktpreise auf einem Satz ließen, der den Eingeborenen zur Ernte antreibt.“²⁶ Der Erdnußhandel in Senegal zeigt einen entwickelteren Charakter. Übrigens betrifft er ein Kultur- und kein Sammelprodukt. Die Methoden dieses Handels am Ende des 19. Jh. verbreiten sich mit geringen, lokal bedingten Abwandlungen in den meisten Handelsgebieten.

In diesem Tropenklima mit sehr kurzer Regenzeit vollzieht sich der Handel am Ende des 19. Jh. verbreiten sich mit geringen, lokal bedingten zwischen Ende November und Mitte Dezember. Zuerst bringt der Bauer seine Ernte zum Handelsplatz, zur sogenannten „Escale“. Dieser Ausdruck wurde ursprünglich zur Bezeichnung der Halteplätze der Flußschiffahrt auf dem Senegal verwandt und bezeichnete bald jeden Punkt des Tauschhandels einschließlich der Bahnhöfe der Eisenbahn. In Kayor und Baol muß sich der Bauer an einen der „Eselsführer“ wenden. Das sind Züchter und Eigentümer von Lasttieren. Es sind Laobe aus dem Djolof, Tukulör und Mauren. Im allgemeinen stehen sie mit einem Händler in Verbindung, der ihnen Vorschüsse gegeben hat, sie während ihres Aufenthaltes am Handelsplatz unterhält, beherbergt und ihnen entsprechend der herangebrachten Menge eine Prämie gibt. Diese Eselsführer lassen dem Bauern keine Freiheit in der Wahl des Handelsgeschäftes, dem die Ernte zu bringen ist. Von den Inseln des Sine-Salum aus erfolgt der Transport mit Hilfe von Kuttern. Im Süden des gleichen Gebietes, wo die Trypanosomie die Lasttiere aus-

²⁶ Y. Henry, *Le Caoutchouc dans l'Afrique Occidentale Française*, a. a. O., S. 75.

schaltet, werden die Säcke durch Träger befördert. Wenn die Wahl des Handelsgeschäftes dem Bauern nicht von vornherein von den Transportunternehmern aufgezwungen wurde oder wenn er nicht durch bewilligte Vorschüsse eines Kaufmanns – „Regenzeitkredite“, das sind Darlehen an Lebensmitteln, die in kritischer Zeit erbettelt wurden und deren Zurückzahlung unter wucherischen Zinssätzen erfolgt – an diesen gebunden ist, umlagern ihn bei seiner Ankunft am Handelsplatz die Zutreiber der Geschäftsleute, Zungendrechsler, die sich in Versprechungen überbieten und die Einfuhrwaren ihrer Chefs anpreisen, um den Kunden zu ködern. Der Bauer weiß sehr wohl, daß er letzten Endes mehr oder weniger betrogen wird, und er versucht, sich so gut wie möglich zu verteidigen. Unter Ausnutzung aller Möglichkeiten der Verhandlung wird er lange mit dem Händler feilschen und zunächst bei allen Kaufleuten des Handelsplatzes vorsprechen, ehe er dem Meistbietenden seine Ernte abläßt.

Beschreiben wir flüchtig den Handelsort. Er besteht aus einer einzigen großen, breiten Straße oder einem solchen Weg. Es fehlt nicht an Platz, das Gelände ist selten uneben, und man liebt es, ein sehr weites Blickfeld zu haben. Wenn es mehrere Straßen gibt, so handelt es sich schon um ein großes Zentrum. In diesem Falle führen im allgemeinen schmalspurige Gleisanlagen durch die Straßen, die eine Beförderung durch die von Tagelöhnern geschobenen kleinen Wagen nach dem Bahnhof oder dem Handelshafen ermöglichen. Während der Regenzeit verwandeln sich diese breiten Straßen in Schlammflöcher, in der Trockenzeit in ein Labyrinth von Wagen Spuren aus getrocknetem Schmutz und von Sandgruben, in denen der Fuß steckenbleibt. Entlang der Straße stehen die Läden der Händler in einer Reihe. Handelt es sich um ein Kontor oder eine Faktorei, die Nebenstelle einer großen Firma ist, oder um die Niederlassung eines unabhängigen europäischen Geschäftsmannes, so ist es ein festgebautes Haus. Bestenfalls besteht das Haus aus einem Metallgerüst, einem Blechdach, einer Außenveranda und einem Obergeschoß, das dem Händler, dem Faktoreiverwalter oder Eigentümer als Wohnung dient. Wenn es sich um eine bescheidene „Unternehmung“ oder „Unterfaktorei“ eines libanesischen Kaufmanns oder Wolof-Händlers handelt, beschränkt sich die Niederlassung zuweilen auf eine Bretterbaracke. Der Bauplan ist immer der gleiche. Die Wohnung, die die zweite Rolle spielt, befindet sich im Obergeschoß oder ist ein Raum hinter dem Laden, der auf den Hof hinausgeht. Anfänger unter den Libanesen verzichten auf den Wohnraum und schlafen im Laden auf dem nackten Boden inmitten der Warenballen. Der Laden ist langgestreckt und liegt parallel zur Straße, auf die seine großen zweiteiligen Holztüren

hinausführen, die nachts mit Eisenstangen, Ketten und Vorlegeschlössern versperrt werden. Die Türen genügen zum Erhellen des Inneren, Fenster sind nicht vorhanden. Diese würden nur den Bau komplizieren und Dieben die Arbeit erleichtern. Ist es ein bedeutenderes Unternehmen, so schlafen nachts auch ein oder mehrere Wächter im Laden oder breiten ihre Matte vor der Tür unter der Veranda aus. Wenn kein Wächter vorhanden ist und der Kaufmann in dem Raum hinter dem Laden wohnt, so legt er oben auf die Tür einige Metallschalen, deren Geräusch beim Herunterfallen den Kaufmann weckt. Am Eingang steht in einer Ecke die Waage zum Wiegen der Erdnußsäcke. Die Kontrollen der Maß- und Gewichtsprüfer sind selten, und der „tüchtige“ Handelsmann versteht es, die Beamten für sich einzunehmen. Unverfälschte Waagen sind selten, und der Gebrauch falscher Gewichte ist geläufig. Ein anderes Verfahren ist es, dem Kunden ein Taschenmesser oder einen recht schweren Bleistift als Geschenk anzubieten und im Augenblick des Wiegens kunstgerecht auf den Waagebalken zu legen, wodurch sich leicht zehn Kilo gewinnen lassen. Der Raum hinter dem Laden ist durch einen Ladentisch abgeteilt, der zum Teil frei und zum Teil mit Fächern eingerichtet ist. In ihnen liegen die Waren wie Textilien, Hüte, Zucker, Kolanüsse aus, die die Kauflust des Kunden wecken sollen. Auf Gestellen an der Wand häufen sich die Vorräte. Es sind im wesentlichen Stoffreste, Eisenwaren und Küchengeräte. In einem mit Glasscheiben oder Gitter versehenen Schrank sind die „Luxusartikel“, Parfümfläschchen, Kämme, Wecker, Schuhe, vor Begehrlichkeit gesichert. Auf der Erde stehen die Säcke mit Reis und Hirse und in einer Ecke jene Gegenstände, die von Bauern als Pfand für Vorschüsse hinterlassen wurden: Schmuck, Körbe, Blusenhemden. Schwere und sperrige Gegenstände, die nicht so schnell entwendet werden können, zum Beispiel große Becken, befinden sich zwischen den Türen. Von dem Raum hinter dem Laden führt ein Durchgang zum „Secco“, einer Tenne aus gestampfter Erde. Diese ist von einem von Pfählen gehaltenen Wellblechzaun umgeben. Unter freiem Himmel schüttet man hier das Korn auf. Man muß es im Auge behalten, damit es nicht gärt oder Rüsselkäfer keinen Schaden darin anrichten.

Wie überall, so wird sich auch hier der Kaufmann bemühen, in Waren zu bezahlen. Da aber die Konkurrenz – besonders die der Libanesen – dazu zwingt, wird der größte Teil der Ernte in barem Geld bezahlt. Dieses benötigt der Bauer dringend, um die Steuer zu bezahlen und anderen Verpflichtungen nachzukommen. Das in Umlauf befindliche Geld ist das Fünf-Franken-Stück in Silber, „Gurusch“ genannt. Anfangs begleiten Handelsgesellschaften der Handelsgesellschaften in den Packwagen des Zuges Dakar–

Saint-Louis die plombierten Geldsäcke, die sie an den Haltepunkten der Faktoreiverwaltern hinauswerfen. Zu den weiter entfernten Unternehmungen werden die Geldsäcke durch Esel oder Kamele transportiert. Aber die Unkosten dieser Geldtransporte sind gering im Vergleich mit jenen, die durch die Umstände mit den Erdnüssen verursacht werden. Die Erdnüsse werden in Säcken bis zum Hafen gebracht, wo sie auf den Kai geschüttet werden. Dann werden die mit Erdnüssen wieder gefüllten Säcke auf dem Kopf des Hilfsarbeiters auf das Schiff getragen. Die Erdnüsse schüttet man in den Schiffsraum und transportiert sie als Massengut. Die Säcke selbst gehören meist den großen Handelshäusern, die für ihren Umlauf und für ihre Erneuerung sorgen müssen. In den Küstengebieten und in Senegal erweckt der Handel den Anschein eines freien Handels. Doch das ist im Innern des Landes, wo die Exportprodukte von den Bauern nur unter dem Zwang der Verwaltung geliefert werden, nicht der Fall. Die Exportprodukte werden hier von den Handelshäusern wegen der Transportkosten zu sehr niedrigem Preis gekauft und gegen importierte Produkte eingetauscht, die aus den gleichen Gründen überteuert sind. Der von dem Kreiskommandanten und seinen Wachen kontrollierte „Markt“ hat das Aussehen einer Vereinigung von Lieferungspflichtigen, die ihre Naturalsteuer bringen. Die „Geschäftshäuser am Ort“ teilen sich durch gütlichen Vertrag die ganze Ablieferung, oder der Kommandant ordnet eine Versteigerung an, welche meistens betrügerischen Charakter hat. Da die Marseiller und Bordelaiser Geschäftshäuser in Französisch-Westafrika unter dem Deckmantel der Handelsfreiheit ein tatsächliches Monopol hatten, widersetzten sie sich nachdrücklich dem System der großen Konzessionsgesellschaften, das zum Beispiel in Belgisch-Kongo, in Französisch-Kongo und in Kamerun stark vorherrschte.

2. Das System der großen Konzessionsgesellschaften in Äquatorialafrika

a) Erste Versuche

Der Französische Handel hatte im Kongo keine bedeutenden Positionen erworben. Zwei englische Firmen (Hatton & Cokson, John Holt & Co.), „seit langem an der kongolesischen Küste etabliert und fast den ganzen Tauschhandel monopolisierend“²⁷, und die deutsche Firma Woermann,

²⁷ F. Rouget, *L'Expansion coloniale au Congo français*, Paris 1906, S. 664.

spielten die Hauptrolle. Das Innere blieb vom Handel fast unberührt.²⁸ Es war schwierig, die Positionen des „nationalen“ Handels durch zollpolitische Maßnahmen zu verbessern, wie sie Gouverneur Ballay im Jahre 1897 in Guinea zur Ausschaltung der Konkurrenz Freetowns durchgeführt hatte. Der größte Teil Französisch-Äquatorialafrikas gehörte zum „konventionellen Kongobecken“.²⁹ Nach dem Wortlaut der Berliner Generalakte vom 21. Februar 1885 war der Handel im ganzen konventionellen Kongobecken frei. Lediglich seit der Brüsseler Akte von 1890 waren nichtdiskriminierende Zuschlagzölle von drei, fünf, sechs oder zehn Prozent des Wertes der Waren zulässig. Das hing jedoch von der jeweiligen Warenart ab. Dieser Umstand ist zweifellos nicht die entscheidende Ursache für das in Französisch-Äquatorialafrika eingeführte besondere System. Auch im Fall Kamerun kann er nicht als Ursache für dieses System gelten, desgleichen – innerhalb Französisch-Äquatorialafrikas – nicht für Gabun. Dennoch hat dieser Umstand zur Verwirklichung dieses Systems beigetragen.

Unabhängig von den Handelshäusern, die traditionell am Handel mit der Küste Afrikas interessiert waren, verspürte das von den im „Unabhängigen Kongostaat“ gemachten phantastischen Gewinnen angelockte Pariser und internationale Finanzkapital den dringenden Wunsch, einem so günstigen Beispiel zu folgen. Französische Tauschhandelsfirmen hatten sich kaum für Gabun und Kongo interessiert; die Bordelaiser waren dort Fremde geblieben und die Marseiller hatten außer einigen episodischen Versuchen dort kaum Aktivität gezeigt. Die französischen Firmen bestritten 1892 nur 26,04 Prozent des Handels mit dem Kongo. Da man in diesem Gebiet aber über keine ökonomischen Positionen verfügte, rechnete das Finanzkapital

²⁸ „Während der Handel des Kongo völlig unbedeutend war, hat sich der Handel der Kolonien, von denen wir sprechen [diejenigen in Französisch-Westafrika], im Jahre 1898, was den Senegal betrifft, auf 62 Millionen Franken, was Französisch-Guinea betrifft, auf 17 Millionen Franken, was die Elfenbeinküste angeht, auf 11 500 000 Franken, der Dahomeys auf 18 Millionen Franken, insgesamt auf 108 Millionen Franken (die frühere Kolonie Sudan nicht einbegriffen, die mangels eines genauen Belegs in den vorangehenden Zahlen nicht figuriert) erhöht.“ (F. Bohn, Rapport à M. Cotellet, Conseiller d'Etat, Président de la Commission des concessions coloniales. Marseille 1900, S. 5.)

²⁹ Die Bezeichnung „Konventionelles Kongobecken“ findet dahingehend ihre Erklärung, daß das damit bezeichnete Gebiet über das wirkliche hydrographische Becken des Kongo hinaus die atlantische Küstenzone von 2° 30' südlicher Breite bis zur Mündung der Logé (Angola), und die Küstenzone des Indischen Ozeans vom Sambesi bis zu dem Gebiet im Süden von Äthiopien einschließt.

hier auf die Bemühungen des ihm ergebenden politischen und verwaltungsmäßigen Personals, sich der Sache anzunehmen. Schon 1891 bereitete der damalige Unterstaatssekretär für Kolonien, Étienne, ein Projekt vor³⁰, das die Schaffung von großen Konzessionsgesellschaften bezweckte, die für 99 Jahre in riesigen Gebieten über wirkliche Souveränitätsrechte verfügen sollten. „Die Reichtümer des Bodens, der Jagd und des Fischfangs würden ihnen unentgeltlich zufallen. Sie würden in ihren Gebieten die Rechte von Polizei und Justiz haben, könnten dort Steuern erheben, und es wäre ihnen freigestellt, mit den benachbarten Staaten Verträge abzuschließen.“³¹ Paul Leroy-Beaulieu gab dazu in einem an das Comité d'Afrique française in seiner Sitzung vom 18. Februar 1892 erstatteten Bericht über „die Kolonialkompanien und die ihnen zu übertragenden Rechte“ seinen theoretischen Segen. Étienne nahm die Schaffung dieser Kompanien durch Dekret in Aussicht, was nach der herkömmlichen Kolonialgesetzgebung auch möglich gewesen wäre. Aber Freycinet, Präsident des Conseil, sah die Stürme voraus, die dieses Projekt hervorrufen sollte. Er zog vor, es dem Parlament zu unterbreiten, wo es dann auch in der Kommission versackte. Mittlerweile wurde von Delcassé, der 1903 Unterstaatssekretär war, „die Frage der großen Konzessionsgesellschaften ohne Lärm entschieden“. Als Belohnung für „Vorstudien“ betreffs Schaffung einer Eisenbahnverbindung (bzw. eines kombinierten Bahn- und Flußverkehrsweges) von Brazzaville an den Ozean erhielt die Société d'Études et d'Exploitation du Congo (Le Châtelier) eine Reihe kleinerer Konzessionen als volles Eigentum und daneben eine große Konzession, die das volle Eigentum an den nutzbar gemachten Ländereien nach Ablauf von dreißig Jahren einschloß. Diese große Konzession über 20 000 km² im Becken von Fernan Vaz war eine Konzession umfassenden Charakters. Sie erstreckte sich auch auf die Minenrechte.

Ein anderes Dekret übertrug Daumas, einem früheren Vertreter des Marseiller Handelshauses Régis & Cie, auf dreißig Jahre 107 000 km² am oberen Ogowe. Diese außerhalb der Grenzen des konventionellen Kongobeckens liegende Konzession schloß das Handelsmonopol, die Verfügung über alle Reichtümer über und unter dem Boden und das Besitzrecht an den bis zum Erlöschen der Konzession nutzbar gemachten Ländereien ein. Diese zwei Konzessionen im Kongo schädigten nicht nur die ausländischen Handelshäuser. In N'Djolé am Ogowe, wo sich das Hauptkontor von Daumas befand, hatten auch französische Pflanzer Faktoreien. Beispiele sind

³⁰ J. Suret-Canale, a. a. O., S. 286 f.

³¹ H. Brunschwig, *La Colonisation française*, Paris 1949, S. 101.

Boggio & Co., Gazengel und Monthaye. Mehrere von ihnen finden wir 1899 unter den Konzessionsinhabern wieder. William Guynet, später einer der großen Geschäftsleute im Kongo, verlangte die Annullierung der Konzessionen; Harry Alis, Journalist und Anreger des Comité de l'Afrique française, griff Le Châtelier im Journal des Débats an. Die Folge davon war ein Duell, in dem der Journalist den Tod fand.³² In Wirklichkeit hatten diese Proteste der Rivalen von Daumas und Le Châtelier weniger mit einer grundsätzlichen Kritik des Konzessionssystems als mit der Tatsache zu tun, daß sie nicht ihren Anteil an der Beute erhalten hatten. Fast alle Protestierenden sind später Nutznießer von Konzessionen. Auf jeden Fall erhöhte sich der Anteil des französischen Handels im Kongo auf 41,8 Prozent im Jahre 1893 und 47,1 Prozent im Jahre 1894.

Ein drittes Dekret gewährte der Firma Verdier, die lange Zeit die französischen Interessen an der Elfenbeinküste vertreten hatte, eine Konzession von 5,5 Millionen Hektar in dieser Kolonie mit dem Monopol der Ausbeutung der Wälder auf dreißig Jahre und dem vollen Eigentum des nutzbar gemachten Landes. Die auf der Gegenseite übernommenen Verpflichtungen waren unbedeutend. Sie bestanden darin, daß eine jährliche Gebühr von 5000 Franken an das Budget der Kolonie und ein Zoll von drei Franken je Block exportierten Holzes gezahlt werden mußten. In Elfenbeinküste gab es lebhafte Proteste. Die örtliche Verwaltung mit dem Gouverneur Binger an der Spitze, die nicht zu Rate gezogen worden war, und die rivalisierenden Handelshäuser protestierten energisch.³³ Das Parlament, das um seine Meinung nicht gefragt worden war, machte sich zum Echo der Kritik. Radikale und sozialistische Abgeordnete hatten dort übrigens das Konzessionssystem einer heftigen grundsätzlichen Kritik unterzogen.

Die Konzessionen Verdier und Daumas wurden 1896 annulliert. Verdier, der durch die Compagnie française de Kong vertreten war, erhielt schließlich durch Vergleich 300 000 ha zu vollem Eigentum, eine einmalige Entschädigung von 250 000 Franken und noch vierzehn Jahresgehälter von je 125 000 Franken. Was die Konzession Daumas angeht, so wurde sie unter dem Vorwand annulliert, daß „die Gesellschaft sich nicht in der fest-

³² Vgl. R. Jeaugeon, *Les sociétés d'exploitation au Congo et l'opinion française de 1890 à 1906*, in: *Revue française d'histoire d'Outre-Mer*, S. 353–437.

³³ In seiner Streitschrift „*Trente-cinq années de lutte aux colonies*“ (Paris 1896) zieht Verdier die Ernsthaftigkeit der Ablehnung der Konzessionen durch Binger in Zweifel, indem er behauptet, Binger habe 1891, als er von Verdier gebeten wurde, an die Spitze eines Finanzunternehmens der gleichen Art zu treten, sofort zugestimmt.

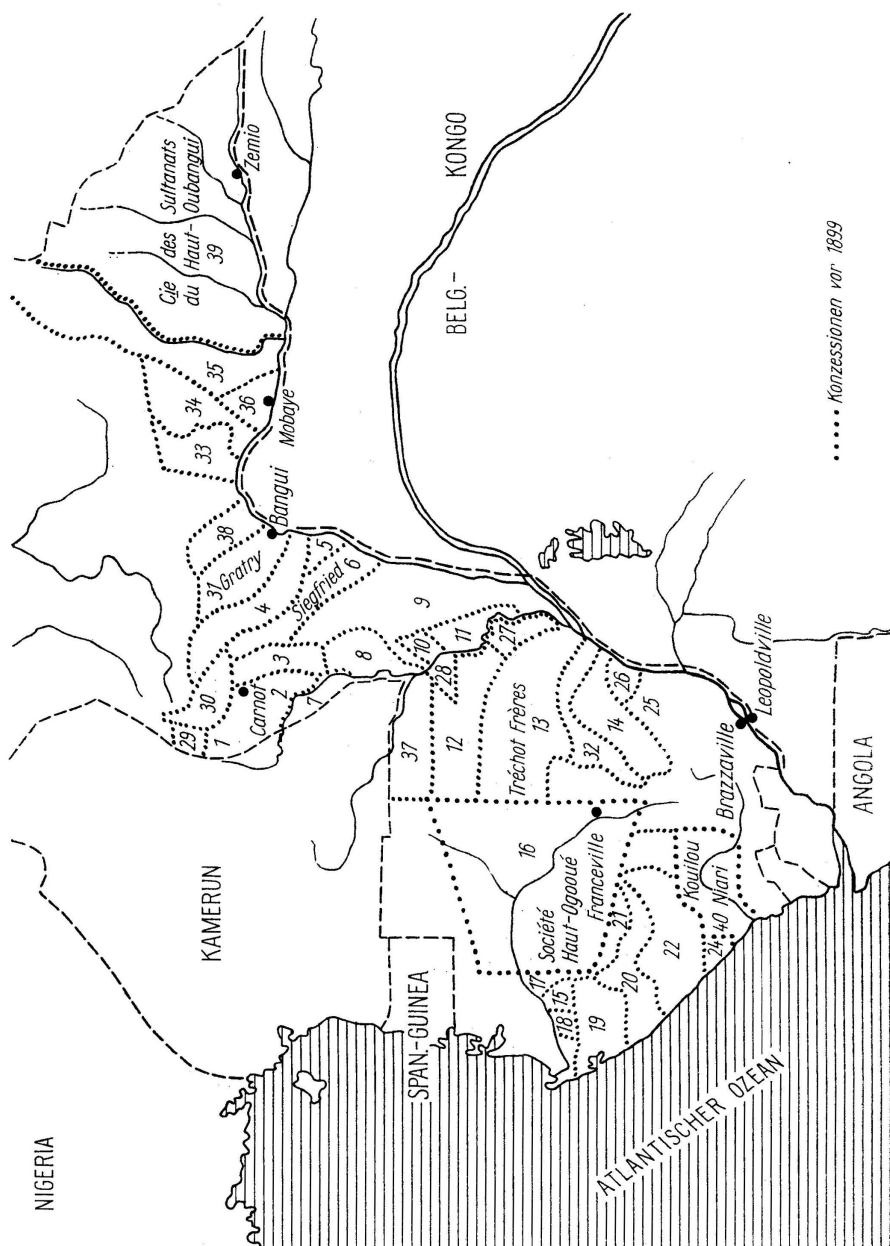


Abb. 1. Die Konzessionen Französisch-Kongos im Jahre 1900

Name des Konzessionsinhabers	Gesellschaft	Kapital (in Franken)	Sitz	Adresse
1. Nouzaret	Cie Com. et Coloniale de la Kadéi-Sangha	600 000	Paris	8, rue de Mogador
2. Durand	Cie de la haute Sangha	1 200 000	Paris	
3. Guyenet	Société de l'Ekel Kadéi-Sangha	700 000	Paris	
4. Cauvez	Cie des Caoutchoucs et Produits de la Lobaye	2 000 000	Roubaix	
5. David	Société du Baniembé	700 000	Paris	
6. Siegfried	Société de l'Ibenga	1 500 000	Paris	
7. Gazengel	Société de l'Ogooué N'Gounié	500 000	Paris	
8. Mestayer	Cie des Produits de la Sangha	1 500 000	Paris	11, rue Lafitte
9. Faure, Boutelleau, Desbrières	Cie Française du Congo	3 000 000	Lille	15, rue de Pas
10. Gimming et Campagne	Cie de la Sangha	800 000	Paris	
11. Ritaine, Descamps } siehe 37				
12. Nicol, Bernain }				
13. Tréchet frères				
14. Jacta, Decourcelle	Cie Française du Haut-Congo	2 000 000	Paris	
15. Gazengel (vgl. 7)	Société Agricole et Com. de l'Alima	800 000	Paris	
16. Société du Haut-Ogooué				
17. Monthaye				
18. Société du Bas-Ogooué	Société des Factoreries de N'Djolé	600 000	Le Havre	
19. Izambert				
20. Devès	Cie Générale du Fernan-Vaz	1 500 000	Paris	15, rue Richempanse
21. Lepus	Société de la Sette-Cama	1 200 000	Paris	15, rue Richempanse
22. Vergnes, Lindeboom et Cie, Delignau	Cie de la Haute-N'Gounié	900 000	Paris	15, rue Richempanse
23. Jobet	Cie Française du Congo Occidental	1 800 000	Paris	
24. Bazenet	Société de l'Ongomo	800 000	Paris	
25. Bouvier	Cie du littoral Bavili	400 000	Paris	15, rue Richempanse
26. Romaine	Cie Agricole, Com. et Ind. de la Léfini	800 000	Lille	15, rue de Pas
27. Collas	Société de la N'Kéni et Kémé	700 000	Lille	15, rue de Pas
28. Delineau siehe 22	Société de la Sangha équatoriale	800 000	Paris	8, rue de Mogador
29. Normandin	Cie Com. et Coloniale de la Mambéré-Sangha	900 000	Paris	8, rue de Mogador
30. Compagnie Française du Congo	Cie Com. de Colonisation du Congo Français	1 000 000	Paris	
31. Gratty	Société des Etablissements Gratty-M'Poko	1 200 000	Lille	15, rue de Pas
32. Cousin	L'Alimaïenne	800 000	Paris	
33. De Brancion, Séguin	Cie du Kouango Français	2 250 000	Paris	
34. De la Revelière				
35. Rémy Martin, Boulet, Mahieu, etc.	Cie de la Kotto	2 500 000	Paris	
36. Emile Martin	Cie de la Mobaye	1 000 000	Paris	
37. Mimerel, Paquier, Kunkler	Cie de N'Goko-Sangha	1 280 000	Paris	11, rue Lafitte
38. Laroche, de Kergarrou, Robin	Société Bretonne du Congo	300 000	Lille	15, rue de Pas
39. Couvreur, Douchart, etc.	Cie des Sultanats du Haut Oubangui	9 000 000	Paris	
40. Cie propriétaire du Kouilou-Niari				

gesetzten Frist konstituiert hatte“. Vom Conseil d'État hinsichtlich der Ansprüche auf Souveränitäts- und polizeiliche Rechte abgewiesen, erhielt Daumas (vertreten durch die Société commerciale et industrielle du Haut-Ogooué) „als Kompensation“ das gleiche Gebiet mit Befreiung von den Zollgebühren auf fünfzehn Jahre. Er mußte sich andererseits verpflichten, die Versorgung der auf dem Gebiet seiner Konzession errichteten Verwaltungsstationen sicherzustellen und gegenüber dem Stand von 1897 verschiedene Arbeiten ausführen zu lassen. Was die Konzession Le Châtelier betrifft, so wurde sie 1897 widerrufen – und durch einen anderen Vertrag zugunsten der Société commerciale et industrielle du Congo français ersetzt. Diese trat an die Stelle der Société d'études et d'exploitation du Congo français, die 1899 den Namen Compagnie propriétaire du Kouilou-Niari annahm. Im Austausch für die 20 000 km² im Fernan Vaz erhielt sie – 30 000 km² an den beiden Ufern des Kouilou und des Niari, jedoch kein Recht zur Ausbeutung der mineralischen Bodenschätze.

b) Die großen Konzessionen

Während die ersten Konzessionäre vorteilhafte „Kompromisse“ erhielten, begann die Kolonialpartei einen großen Propagandafeldzug zugunsten der Kolonisationsgesellschaften, die als ein Allheilmittel und „ökonomisches“ Kolonisationssystem ausgegeben wurden, das in Wahrheit ein sehr kostspieliges war. Étienne veröffentlichte in der Tageszeitung „Le Temps“ eine Artikelserie zu diesem Thema³⁴, und man ließ auch den Theoretiker Leroy-Beaulieu ins Zeug gehen... Schließlich berief der Minister Guillaïn eine Kommission zur Ausarbeitung der Pachtbedingungen. Vierzig anonyme Gesellschaften erhielten von März bis Juli 1897 Konzessionen für dreißig Jahre, die sich auf fast 70 Prozent des Flächenumfangs des Kongo (des späteren Französisch-Äquatorialafrika), d. h. auf 650 000 km² bezogen.³⁵ Die größte von ihnen (Société des sultanats du Haut-Oubangui) erhielt 140 000 km², die kleinste (Société de la N'Kémé-N'Kéni) 120 000 ha. Die Pachtbedingungen sahen den Übergang in volles Eigentum vor, wenn die bewilligten Ländereien „nutzbar gemacht“ worden waren. Unter „Nutzbarmachung“ verstand man die Kautschukernte auf 20 Quadratfuß je Hektar innerhalb von fünf Jahren oder die Stellung eines gezähmten Elefanten auf

³⁴ Diese Artikelserie erschien anschließend in Form einer Broschüre: *E. Étienne, Les Compagnies de colonisation*, Paris 1897.

³⁵ Die Namen der Gesellschafter (und der von ihnen gebildeten Gesellschaften) sind in *La Quinzaine coloniale*, 1899, S. 660/61, ersichtlich.

100 Hektar, oder auch Bodenkulturen und Bauten, die ein Zehntel des Bodens einnahmen.

Die Gesellschaften mußten an das Budget der Kolonie eine jährliche Abgabe entrichten und 15 Prozent ihrer Profite abführen, Bürgschaft leisten und einen Flußschiffahrtsdienst unterhalten, um für den Verbindungsweg ihrer Gebiete zu sorgen. Im Prinzip war ihnen „keine Übertragung von Herrschaftsrechten“ zugesprochen, und ihre Beauftragten mußten „jede administrative oder politische Einmischung“ vermeiden (Artikel 13 der ministeriellen Instruktionen vom 24. Mai 1899). Dennoch konnten in ihren Konzessionen auf ihre Forderung hin Zoll-, Verwaltungs- oder Militärstationen errichtet werden. In der Praxis wurden Polizeikräfte (Milizsoldaten) zur Verfügung der Gesellschaft gestellt. Diese mußte sich besonders in der Abwesenheit der regulären Beamten wirkliche politische Befugnisse an. Die Konzessionen gingen rücksichtslos an den Rechten der Urbewohner vorüber, die somit der Gnade der Gesellschaften ausgeliefert waren. Außerdem waren „Eingeborenenreservationen“ vorgesehen, aber niemals wurden diese umfangmäßig festgesetzt.³⁶ In der Folge ging die Zahl der Konzessionsgesellschaften durch Firmenverschmelzungen etwas zurück. Die letzte auf diese Weise entstandene war die Gesellschaft N'Goko-Sangha, die durch Dekret vom 27. März 1905 begründet wurde und in der Zeitgeschichte bald von sich reden machen sollte. Hervorzuheben ist, daß die den Gesellschaften zugewiesenen Gebiete noch zum großen Teil unerforscht waren.

„Als man den Kongo in riesige Konzessionen aufteilte, kannte man ihn gerade soweit, daß man den verschiedenen Gesellschaften das Gebiet dieses oder jenes Flusses, nach dem sie sich oft benannten, zuteilen konnte: Eleka-Sanga, Lobaye, Alima und andere. Jede genauere Begrenzung hätte nur einen Betrug bedeutet, da die meisten der betreffenden Flüsse in ihrem Verlaufe nicht genau bestimmt waren. Unterdessen kommen die Direktoren in Brazzaville an. Sie verlangen Auskünfte. Die Verwalter (und wir haben unter ihnen Männer von Bedeutung und Erfahrung) können ihre Fragen oft nicht beantworten, da sie keine Karte haben und ihre Umrisskarten in Paris angefertigt worden sind. Verschiedene Namen sind ihnen nicht bekannt, andere kommen wiederholt vor. Es entstehen Beschwerden, Proteste, Streitigkeiten – und das sind die Anfänge der erträumten Eintracht.“³⁷

³⁶ Offizielle Texte befinden sich in dem *Annuaire du Gouvernement général de l'A.E.F.*, 1912, Paris 1912, Bd II.

³⁷ H. Lorin, La Crise du Congo français, Questions diplomatiques et coloniales, Nr 91, 1. Dezember 1900, S. 681/82.

Fast zur gleichen Zeit bildeten sich im „Schutzgebiet Kamerun“ die zwei großen Charterkompagnien: Die Süd-Kamerun-Gesellschaft mit einem Kapital von 2 Millionen Mark³⁸ (8. Dezember 1898) und einem Gebiet von 72 000 km² sowie die Nordwest-Kamerun-Gesellschaft (31. Juli 1899), der man 80 000 km² zuteilte. Die Konzession der Süd-Kamerun-Gesellschaft galt für unbeschränkte Zeit. Sie betraf die Ausbeutung von Kautschuk und war mit keinerlei Gegenleistung verbunden. Die Nordwest-Kamerun-Gesellschaft mußte sich dagegen verpflichten, 100 000 Mark für die Erforschung des Tschad anzuwenden und Wege, Kanäle, Eisenbahnen zu bauen sowie Faktoreien und Plantagen zu gründen.³⁹

Das „Modell“, von dem man sich leiten lassen wollte, war das der Leopoldinischen Unternehmungen des Unabhängigen Kongostaates, dessen Dividenden das Entzücken der Börsenkreise hervorgerufen hatten. Zu jener Zeit wußte man allerdings schon, welche Methoden angewandt wurden, um diese Dividenden zu erhalten. Noch bevor Edmund D. Morel seinen „Roten Gummi“⁴⁰ veröffentlicht hatte, der die von den Angestellten Leopolds begangenen Grausamkeiten bekanntmachte, waren darüber ausreichend überzeugende Berichte im Jahrgang 1900 der „Nieuwe Gazet“ von Antwerpen und in der „Kölnischen Zeitung“ erschienen. Pierre Mille wiederholte diese Enthüllungen in seinem Buch „Au Congo belge“.⁴¹ Selbst das „Bulletin du Comité de l'Afrique française“ mußte auf die Dinge eingehen.⁴² Aber die Geschäftemacher setzten sich mit Hilfe ihrer belgischen Kollegen und Vorbilder, Strohmännern König Leopolds, durch. In den kongolesischen Gesellschaften gab es neben Vertretern der Pariser Geschäftswelt (mit Du Vivier de Streel, früherem Kabinettschef des Kolonialministers Le Bon und Verwaltungsdirektor mehrerer dieser Gesellschaften während mehr als dreißig Jahren als sichtbarste Vordergrundfigur bis zum Vorabend des zweiten Weltkrieges) belgische und niederländische Interessen. Zu Beginn wurden von den Belgiern viele Aktien zum Zwecke der Spekulation angekauft, nach ihrem Steigen wieder verkauft. Schon vor dem Beginn der Ausbeutung entstanden daraus große Bewegungen an der Börse. Die Belgier behielten lediglich die Kontrolle von einigen Gesellschaften, auf deren Erfolg sie bauten. Mehrere Gesellschaften wurden von dem Comptoir colonial français (Paris) kontrolliert; seine Verwalter waren zur

³⁸ Eine Goldmark = 1,25 Goldfranken, was etwas mehr ist als 3 Franken von 1963.

³⁹ Vgl. H. Brunschwig, *L'Expansion allemande outre-mer*, Paris 1957, S. 158.

⁴⁰ E. D. Morel, *Red Rubber* (Roter Kautschuk), London 1907.

⁴¹ P. Mille, *Au Congo belge*, Paris 1899.

⁴² *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, 1900, Nr 5, S. 187/88.

Hälfte Belgier. Einer von ihnen war übrigens Verwalter der A.B.I.R. im Unabhängigen Kongostaat.⁴³

1907 verteilten sich die Kapitalien der 37 Konzessionsgesellschaften des französischen Kongo in 43,6 Millionen französisches Kapital, 15,6 Millionen belgisches Kapital und 1,1 Millionen niederländisches Kapital.⁴⁴ Dagegen war das Bordelaiser oder Marseiller Kapital fast gar nicht vertreten. „Die kongolesischen Gesellschaften erwecken wenig Interesse in Marseille, und die Kolonie [der Kongo] ist eine derjenigen, die der Marseiller Börsenspekulation am weitesten entfernt liegen.“⁴⁵

In den Kamerun-Gesellschaften hatten die Belgier viele Aktienanteile unter der Hand gekauft. Die Nordwest-Kamerun-Gesellschaft war aus mehreren deutschen Gesellschaften entstanden. Auch die Firma Woermann, die nur ihre Niederlassungen in Victoria behielt, hatte zu ihrer Bildung beigetragen. Andererseits hatte die Nordwest-Kamerun-Gesellschaft einen neuen Kapitalzustrom aus Belgien erhalten; die Süd-Kamerun-Gesellschaft war der Mehrheit nach belgisch. Oberst Thys, Vertreter Leopolds II. in diesen Geschäften, war Vizepräsident. Sitz und Direktion befanden sich sogar zwei Jahre lang in Brüssel, bevor sie nach Hamburg verlegt wurden.⁴⁶ Während das System der großen Kompanien in Zentralafrika triumpierte, versperrte ihm die Handelsopposition in Französisch-Westafrika den Weg. Der Versuch von Verdier wurde nicht erneuert. Ein 1900 veröffentlichter Bericht der Compagnie française de l'Afrique occidentale verurteilte das System der Konzessionen in Französisch-Westafrika.⁴⁷ Als 1901 das Privatunternehmen, dem der Bau der Bahnlinie Konakry-Niger übertragen worden war, auf Grund seiner schlechten Verwaltung vom Vertrag hatte zurückstehen müssen, erbot sich eine „franco“-belgische, von Oberst Thys gebildete Gruppe, die Fortsetzung der Arbeiten zu übernehmen. Das sollte aber nur dann geschehen, wenn ihr eine Konzession von 120 000 ha zuteil würde. Trotz der Unterstützung durch den früheren

⁴³ Vgl. R. Jeaugeon, am zitierten Ort. Les sociétés d'exploitation au Congo et l'opinion française de 1890-1906.

⁴⁴ R. Cuveillier-Fleury, La Main-d'œuvre dans les colonies françaises de l'Afrique occidentale et du Congo, Paris 1907.

⁴⁵ P. Masson, Marseille et la colonisation française, Marseille 1906, S. 479.

⁴⁶ Bulletin du Comité de l'Afrique française, 1900, Nr 1, S. 39 und 1901, Nr 1.

⁴⁷ F. Bohn, Compagnie française de l'Afrique occidentale. Rapport adressé à M. Cotte, Conseiller d'État, Président de la Commission des concessions coloniales, Marseille 1900. Siehe auch Bulletin du Comité de l'Afrique française, Renseignements coloniaux, 1900, Nr 4, S. 73.

Gouverneur Ballay wandte sich der lokale Handel, unterstützt von Gouverneur Cousturier, dagegen. Cousturier setzte durch, daß das Projekt von der öffentlichen Hand durchgeführt und mittels Anleihe und Hilfsmittel der Reservekasse der Kolonie, die aus den Budgetüberschüssen bestanden, finanziert wurde. Dagegen erhielt in Dahomey Georges Borelli von der Firma Mante & Borelli, Régis Nachfolger, ebenfalls 1901 zu günstigen Bedingungen die Konzession für den Bahnbau. Die Bahnkonzession war mit einer Landkonzession auf 300 000 ha in der Nähe der Bahnstrecke und dem Monopol auf die Betreibung von Häfen und Docks in einem Umkreis von 20 km um Kotonu verbunden. Die Errichtung des Gleisfundamentes ging zu Lasten der Kolonie, und pro Kilometer betriebenes Bahngleis wurden 200 Franken Subvention gezahlt. Eine Abgabe an die Kolonie war nur in dem Fall einer höheren Einnahme als 6000 Franken pro Kilometer vorgesehen. Aber gegenüber den Protesten der konkurrierenden Handelshäuser und auch gegenüber den Schwierigkeiten, auf die die Nutzung eines derartigen Gebietes in einem so bevölkerten Lande wie Dahomey stieß, mußte die Compagnie des chemins de fer du Dahomey auf ihre Landkonzession verzichten. Sie erhielt dafür 1904 als Kompensation die ansehnliche Entschädigungssumme von 4 Millionen Franken.⁴⁸

Die Befürchtungen des Handels waren nicht unbegründet. Man sah ja, wie es den in Zentralafrika etablierten Handelshäusern ging, welche in der Mehrzahl englische waren und von keinem verwaltungsmäßigen Schutz profitierten. Unter Berufung auf ihre Konzession, die ihnen das Recht auf alle Bodenprodukte gab, beanspruchten die Gesellschaften das Einkaufsmonopol bei der Bevölkerung und damit faktisch das Verkaufsmonopol der importierten Produkte, da der Gebrauch des Geldes im Kongo noch weniger verbreitet war als in Französisch-Westafrika. Die seit 1884 am Ogowe etablierten britischen Faktoreien sahen sich auf die Klage der Konzessionsgesellschaften Ogooué-Ngounié hin belangt und wegen „illegaler Tätigkeit“ bestraft. Es handelt sich im wesentlichen um zwei Firmen aus Liverpool: John Holt & Co. und Hatton & Cokson. Die Kaufleute von Liverpool-Manchester schlugen zurück. Ihr Wortführer E. D. Morel, Mitglied der Afrikanischen Sektion der Handelskammer von Liverpool, sparte nicht mit Lobreden für die französische Kolonisation in Westafrika und griff nicht zufällig mit derartigem Nachdruck die Schrecken der Kolonisation im französischen Kongo und im Unabhängigen Kongostaat an!⁴⁹

⁴⁸ P. Masson, *Marseille et la colonisation française*, a. a. O.

⁴⁹ E. D. Morel, *Affairs of West Africa*, London 1902 (Kap. XXVIII, The concession regime in French Congo), und „The British Case in French Congo. The Story of

Im September 1901 legte die Handelskammer von Liverpool einen feierlichen Protest ein. Am 15. Mai 1902 wurde eine Versammlung zur Verteidigung der britischen Interessen im Mansion-House unter Teilnahme von John Holt, Vizepräsident der Afrikanischen Sektion der Handelskammer von Liverpool, dessen Firma eine der hauptleidtragenden war, abgehalten. Die Protestierenden verlangten den Zusammentritt einer neuen internationalen Konferenz über Afrika zur Präzisierung der Berliner Kongoakte. Diese Resolution zielte also auch gegen den Unabhängigen Kongostaat. Eine Resolution in diesem Sinne wurde vom Unterhaus angenommen. Das Entstehen der „Entente cordiale“ im Jahre 1904 setzte dieser Offensive ein Ende. Doch das britische Außenamt setzte Kompensationen durch; die gegen die britischen Kaufleute anhängig gemachten Prozesse wurden eingestellt, und es mußte eine Entschädigung von zwei und einer halben Million gezahlt werden. Aus ihrem Budget hatte die Kolonie Kongo die britischen Kaufleute hoch zu entschädigen. Das Übereinkommen vom 14. Mai 1906 setzte die Annullierung der Rechtsverfahren und die Zahlung einer Entschädigung von ein und einer halben Million fest. Diese Summe erhielten je zur Hälfte John Holt & Co. und Hatton & Cokson. Sie war bis zur Höhe von 500 000 Franken sofort zahlbar, der Rest in zehn Jahresraten mit einem Zinssatz von 4 Prozent. John Holt erhielt außerdem 30 000 Hektar Land frei wählbar. Aber die Rechte der Konzessions-

a great injustice, its cause and its lessons.“ London 1903. Siehe auch *F. Challaye*, *Le Congo français*, Paris 1907. Über die Persönlichkeit von E. D. Morel siehe den Brief von Pierre Mille in *Le Courrier européen*, 1911, S. 467. In Antwort auf Tardieu (welcher Morel bezichtigte, das interessierte Stimmrohr des britischen Handels zu sein) behauptet Pierre Mille, daß E. D. Morel ein völlig desinteressierter Mann sei. Die „Congo Reform Association“, die er führe, sei nicht von den Kaufleuten von Liverpool, sondern von kleinen Leuten gegründet worden, die Beiträge bis zu 10 Schillingen zusammengelegt hätten. Er gehöre der „alten Schule von Manchester“ an, für die der Freihandel eine Art „religiöses Credo“ bilde. In der Zeitung *Le Temps* habe er das Konzessionssystem im britischen Nigeria angegriffen. Er hätte durch seinen Kampf seine Stellung verloren, was die zu seinen Gunsten veranstaltete Sammlung, an deren Spitze sich John Holt mit 100 £ eingetragen hatte (was Tardieu nicht versäumte hervorzuheben!), rechtfertige. Es leidet keinen Zweifel, daß Morel persönlich ein ehrenwerter Mann war (verglichen mit Tardieu, dessen Käuflichkeit feststeht): aber es ist auch offenbar, daß sein Humanitarismus (wie der verschiedener „Abolitionisten“ in den USA) genau mit den Interessen von Kreisen übereinstimmte, mit denen er persönlich verbunden war.

kompanien wurden aufrechterhalten.⁵⁰ Die Schwäche des „freien“ Tauschhandels und der Umstand, daß er hauptsächlich durch ausländische Firmen vertreten war, machten es ihm unmöglich, dem Konzessionssystem Schwierigkeiten zu bereiten.

c) Zwei Ausbeutungssysteme

So bildeten sich in Französisch-Schwarzafrika zwei Ausbeutungssysteme heraus, die gewisse gemeinsame grundlegende Merkmale, aber auch deutliche Unterschiede in der Art und Weise ihrer Anwendung zeigten. Gemeinsam war ihnen das aus dem Tauschhandel stammende Verfahren. Die Investitionen in den Bereichen des Handels und des Warentransports waren minimal und in den produktiven Bereichen praktisch unbedeutend. Aber unter dem Vorzeichen der „Handelsfreiheit“ und des tatsächlichen Monopols der Handelsgesellschaften herrscht in Französisch-Westafrika der Tauschhandel. Die Ausbeutung des „unabhängigen“ afrikanischen Bauern vollzieht sich über den Handelsmarkt. Die Produktion wird zum größten Teil von der afrikanischen Bauernschaft gestellt. Freilich trifft man in den mehr oder weniger bewaldeten Gebieten (Elfenbeinküste, Niederguinea) einige europäische Plantagen (Kaffee, Bananen), deren eigentliche Entwicklung übrigens erst nach dem ersten Weltkrieg erfolgte. Daneben sind einige Waldkonzessionen in der Elfenbeinküste erteilt. Die Entwicklung dieser land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit unter europäischer Leitung wird langsam und geographisch sehr beschränkt (Feuchtgebiete und mehrjährige Plantagen) sein. In der gesamten Savannenzone mit einjährigen Kulturen war die Erzeugung durch den unabhängigen Bauern mit seinem traditionellen Gerätebestand weit weniger kostspielig als eine Nutzung unter Verwendung von Lohnarbeit, so schlecht diese auch bezahlt wird. Daraus geht hervor, daß die forstwirtschaftlichen, landwirtschaftlichen und auch bergwerklichen Investitionen völlig unbedeutend waren.

1905 wurde die Gesamtsumme der in Plantagen und forstwirtschaftlichen Unternehmungen angelegten Kapitalien für ganz Französisch-Westafrika auf 2 368 000 Franken geschätzt, die hauptsächlich in Guinea, der Elfenbeinküste oder in Senegal angelegt waren. (Auf die Kolonie Ober-Senegal und Niger entfielen nur 25 000 Franken.) Von diesen 2 368 000 Franken waren eine Million fremdes Kapital. In den Bergwerksunternehmungen,

⁵⁰ Die vollständigste Darstellung dieser Angelegenheit wird geboten in: *J. Massiou*, *Les Grandes concessions au Congo français*, Paris 1920 (mit sehr partieller Darstellung zugunsten der Konzessionsgesellschaften).

die fast nur in Voruntersuchungen oder aus Börsenspekulationen bestanden, beliefen sich die investierten Kapitalien in Französisch-Westafrika auf 2 685 000 Franken.⁵¹ Einige Ziffern geben eine Vorstellung von der Ausdehnung der Konzessionen. 1898 umfaßten die Konzessionen in der Elfenbeinküste eine Fläche von 2450 Hektar⁵², davon die Kaffeeplantage von Elima 200 Hektar, die Kaffee- und Kakaopflanzung von Impérie zu Bonoua 150 Hektar, die Pflanzung der Société coloniale de la Côte du Guinée bei Dabu 600 Hektar. Die zwei letztgenannten waren nur sehr spärlich genutzt.⁵³ Zu Beginn des Jahres 1912 ist die Größe der Konzessionen an der Elfenbeinküste auf 3290 Hektar angewachsen. Dazu kamen noch 40 000 Hektar Forstkonzession. In den anderen Kolonien dieser Gruppe beträgt diese Fläche: Senegal 6300 Hektar, Ober-Senegal-und-Niger 2829 Hektar, Guinea 5917 Hektar, Dahomey 1502 Hektar.⁵⁴

Die unbeschreibliche Armut des Bauern als Ursache dieser Situation resultierte wohlgerne nicht aus dem „freien“ Spiel von Angebot und Nachfrage: Die Kolonialverwaltung bemühte sich vielmehr, im Interesse des Handels eine solche Situation herbeizuführen. Einerseits sorgte sie mittels Zwangskulturen oder Pflichtlieferungen zu festgesetztem (niedrigstem) Preis für die Beschaffung von Exportprodukten, andererseits wälzte sie mittels der Steuer, der Anforderungen an nichtbezahlte Arbeitskraft die allgemeinen Unkosten des Kolonialunternehmens auf die afrikanische Bevölkerung ab. In Französisch-Äquatorialafrika herrscht der Tauschhandel mittels der großen Kolonialkompanien vor, die über rechtliche Monopole verfügen. 1900 bildeten diese Gesellschaften ein Syndikat, die Union Congolaise. Neun von ihnen verpflichteten sich gegenseitig zur gemeinsamen Organisation des in ihren Konzessionsbedingungen vorgesehenen Flußschiffahrtsdienstes und bildeten die Messageries fluviales du Congo (1900). Drei andere Gesellschaften (Compagnie des sultanats, Compagnie de la Kotto, Compagnie de la Mobaye) bildeten mit der gleichen Absicht die Compagnie de navigation et de transports du Congo-Oubangui. Dem Anschein nach sind die land-, wald- und minenwirtschaftlichen Investitionen bedeutender, wenn man nach den Aufrufen der Gesellschaften und

⁵¹ R. Cu villier-Fleury, *La Main-d'œuvre dans les colonies françaises de l'Afrique occidentale et du Congo*, Paris 1907.

⁵² Die Konzession Verdier bildet einen Sonderfall und wurde deshalb, bis auf die Kaffeeplantage Elima, in diese Aufstellung nicht einbezogen.

⁵³ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*. Renseignements coloniaux, 1900, Nr. 4. Rapport sur la situation générale de la Côte d'Ivoire en 1898.

⁵⁴ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, a. a. O., Nr. 6. Juni 1912, S. 232.

den in ihren Statuten vorgesehenen Tätigkeiten geht.⁵⁵ In Wirklichkeit stellen Import und Export ihre tatsächliche Tätigkeit dar, nur mit dem Unterschied, daß der „freie“ Handel sehr oft der brutalen einfachen Plünderung weicht, da die Kompanien die Menschen und das Produkt ihrer Arbeit als ihr Eigentum betrachten.

Die Organisationsweise der Konzessionsgesellschaften unterscheidet sich nicht von jener der regulären Handelsgesellschaften. Die Anlagen der Société Ouahm & Nana (Ubangi) im Jahre 1905 werden vom Kommandanten Saintoyant wie folgt beschrieben: Die Gesellschaft, die mit französischem und holländischem Kapital arbeitet, verfügt über 20 000 km², die im Osten von dem Karawanenweg Ubangi-Tschad begrenzt werden. Die Gesellschaft besitzt in Krebedjé eine Hauptfaktorei mit einem Direktor und drei europäischen Angestellten, eine Transitfaktorei in Fort-de-Possel und vier Geschäftsfaktoreien. Jede dieser Geschäftsfaktoreien hat einen Handelsvertreter und dessen Gehilfen. Dazu kommt noch eine gewisse Anzahl schwarzer Firmenvertreter, die man in Senegal, Sierra Leone und am Kassai angeworben hat. Die Tätigkeit der Gesellschaft ist ausschließlich auf den Handel gerichtet, mit Ausnahme... einer Geflügelzucht in der Hauptfaktorei.⁵⁶ Aber der Handelsverkehr ging etwas anders vor sich. Auf Grund der Konzessionsurkunde hielten sich die Gesellschaften für Eigentümer der Produkte. „Wenn also ein Eingeborener einige Bodenprodukte zu einer Faktorei trug, die er zum Beispiel auf drei Franken schätzte, so sah er sich nur mit einem Franken bezahlt oder es wurde ihm gesagt: Ich kann dir nicht bezahlen, was mir gehört, sondern nur deine Erntetätigkeit. Dieser Franken wurde ihm in Waren gegeben – und in was für Waren! Oft waren es die unmöglichsten, alte Uniformstücke, Helme, Spazierstöcke...“⁵⁷

d) Von der Ausbeutung zur Ausrottung: Das Martyrium des Kongo

Die Konzessionsbesitzer erwiesen der Kolonialverwaltung für die in ihrem Interesse unternommenen Anstrengungen keinerlei Erkenntlichkeit. Sie verlangten von ihr alles, so die Anwendung von Gewalt, um die Be-

⁵⁵ In den Jahren 1912–13 nahmen die 58 Plantagen Kameruns 115 147 Hektar ein, wovon 22 225 Hektar bepflanzt und 11 393 Hektar fruchttragend waren (*H. Labourret, Le Cameroun, Paris 1937*). Für Französisch-Äquatorialafrika waren mir keine statistischen Zahlen zugänglich.

⁵⁶ *J. Saintoyant, L’Affaire du Congo, 1905. Paris 1960, S. 64 u. 68.*

⁵⁷ Ebenda, S. 81/82.

völkerung zur Arbeit zu zwingen und zu berauben. Sie dagegen verweigerten jede Kontrolle und sogar die Erfüllung der Verpflichtungen, die ihre Konzessionsbedingungen vorsahen. Schon im Mai 1899 schrieben Instruktionen des Generalkommissars für den Kongo, De Lamothe, der lokalen Verwaltung „Erleichterungen und Hilfe“ für die Beauftragten der Gesellschaften vor. Aber kaum waren die Gesellschaften im Lande, so beklagten sie sich wegen der nicht geleisteten Hilfe. Welche Hilfe sie meinen, ersieht man aus ihrer Bezeichnung, daß „die Bevölkerung unheilbar faul sei, da sie niemals arbeite und die Verwaltung von ihnen niemals regelmäßige Arbeit verlange.“⁵⁸

Doch wie verhielt es sich mit dieser „Faulheit“? Es trifft zu, daß die Bewohner des Kongo, die weder die festgefügteten Dorfgemeinden noch die verhältnismäßig festen Staaten Westafrikas gekannt hatten, nicht dieselben Arbeitsgewohnheiten, vor allem nicht die Gewohnheit der Unterwerfung unter eine fremde Disziplin hatten. Aber das war nicht der Kern der Frage. Zur Zeit der Eroberung, vor der Festsetzung der großen Konzessionskompanien, hatte die ständige Inanspruchnahme von Trägerdiensten zwischen der Küste und Brazzaville einerseits, zwischen Ubangi und dem Schari (Mandja-Land) andererseits, die Bevölkerung dezimiert und unaufhörliche Revolten hervorgerufen. Um die Versorgung der Kolonne Marchand und der am Tschadsee gegen Rabeh kämpfenden Truppen mit Lebensmitteln, Waffen und Munition sicherzustellen, mußte eine an sich geringe Bevölkerungsanzahl unzählige Träger auf Hunderte von Kilometern stellen, die weder Verpflegung noch Bezahlung erhielten. General Mangin zitiert zum Beispiel die „Unruhen“, die im Bassundi-Land 1896 während des Durchzugs der Expedition Marchand entstanden: Während einer Unterredung zwischen Dolisie, der damals stellvertretender Gouverneur des Kongo unter der Amtsführung von Brazza war, und einem örtlichen Häuptling, ließ Dolisie einen der Begleiter des Häuptlings entwaffnen. Dieser hatte, wie Dolisie meinte, eine „drohende Haltung“ eingenommen. Als der Häuptling das Gewehr und eine Entschädigung verlangte, ließ Dolisie das Dorf niederbrennen und sämtliche Palmen abhauen. Als daraufhin die Träger der Expedition angegriffen wurden, steckte man alle Dörfer des Gebietes systematisch in Brand.⁵⁹ Ungerührt bemerkt Mangin: „Die Niederbrennung eines Dorfes entspricht einfach einer Strafe von einigen Arbeitstagen.“⁶⁰

⁵⁸ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, 1900, a. a. O., Nr 5, S. 182–183.

⁵⁹ General Mangin, *Souvenirs d'Afrique* (Briefe und Reisetagebuch), Paris 1936, Buch I.

⁶⁰ Auf alle Fälle ist eine geringe Schadenssumme für die Zerstörung der Palmenhaine nicht anzunehmen.

Da diese Arbeit keinen Gewinn bringt, habe ich mich dieser Strafe niemals bedient, wenn ich streng zu verfahren hatte. Ich habe es vorgezogen, solche Strafen zu verhängen, aus der der Fiskus oder eine Fron, die im allgemeinen Interesse lag, Nutzen zogen. Aber es gibt Fälle, wo eine unmittelbare Bestrafung notwendig wird und wo man auf der Stelle zeigen muß, daß man der Herr ist. Ich sehe daher sehr wohl ein, daß dann die Niederbrennung angewendet werden muß.“⁶¹ Der Trägerdienst für die Verwaltung zur Sicherstellung der Verbindung mit dem Tschad wurde zu einer feststehenden Einrichtung. „Den vom Weg durchgezogenen Unterbezirken wurde die Stellung von Trägern auferlegt. Die Arbeitsbedingungen waren hart. Die Lasten betrugen 30 kg, der Tagesmarsch 25 km, der Lohn 1 Franken.⁶² Da die Transporte immer auftreibender wurden, wirkte schließlich der Trägerdienst auch auf die Willigsten abstoßend. Es war für keinerlei Nahrung gesorgt und die meisten Träger, unvorsichtige (sic!) Leute, mußten ihre 80 oder 100 km vom Hunger gequält schaffen. Später ging man so weit, ihren geringen Lohn zurückzuhalten, um ihn mit der Steuer des Dorfes zu verrechnen.“⁶³ Der Beamte Georges Toqué stellte seinerseits fest: „Monatlich müssen 3000 Lasten auf dem Kopf von Menschen transportiert werden. Das ist eine dringende Notwendigkeit. Wenn diese Lasten nicht abgehen, so werden die am Tschad stehenden Truppen Mangel an Munition haben und Hungers sterben. Da die Militärverwaltung bei ihrem Abgang der Zivilverwaltung leere Magazine hinterlassen hat, ist es einfach unmöglich, den Trägern irgendeinen Lohn zu geben.“⁶⁴ Bei der Anwerbung von Trägern ging es nie ohne Zuhilfenahme von Gewalt ab. Ein Runderlaß des Hauptmanns Thomasset vom 16. Oktober 1901, der durch die Instruktionen des Oberstleutnant Destenaves vom 17. Juli 1902 bestätigt wurde, ermächtigte die Stationsführer, bis zu 50 Hiebe mit der Lederriemenpeitsche, Einlieferung ins Gefängnis, Vorladung vor Gericht oder Geldstrafen anzuordnen. Die Kreiskommandanten wurden ermächtigt, die Deportation oder die Todesstrafe auszusprechen. Um die Flucht der Bevölkerung nach Belgisch-Kongo zu verhindern und um die Männer zu Trägerdiensten zu

⁶¹ General *Mangin*, *Souvenirs d'Afrique*, a. a. O.; E. D. Morel hebt die „unvermeidliche Barbarei, die für Marchands Jagd nach Trägern am oberen Ubangi und Bahr El Ghazal kennzeichnend war“, hervor (*Affairs of West Africa*, S. 251).

⁶² Wenn man über Mittel zu seiner Bezahlung verfügte und überhaupt die Absicht hatte, ihn zu bezahlen . . .

⁶³ Pater *Daigre*, *Oubangui-Chari, témoignage sur son évolution (1900–1940)*, Issoudun 1947, S. 111.

⁶⁴ *G. Toqué*, zitiert von *H. Brunschwig*, *La Colonisation française*, Paris 1949, S. 103.

verpflichten, schritt man dazu, Frauen und Kinder als Geiseln festzunehmen. Selbst Frauen wurden zum Trägerdienst gezwungen. Am 23. Dezember 1901 entdeckte Toqué im Dschungel in einem Geisellager 20 Frauenleichen und 150 sterbende Frauen und Kinder. Die Geiseln waren nicht ernährt worden.⁶⁵

Im Jahre 1903 hatten die um Fort Crampel wohnhaften 16 000–18 000 Mandja offiziell 12 370 Trägertagewerke geleistet.⁶⁶ Für die Gesamtheit der dem Trägerdienst unterworfenen Bevölkerung, deren Zahl auf ungefähr 120 000 geschätzt wurde, betrug die Anzahl der Trägertagedienste, die Rückkehr ungerechnet, 1902 etwa 112 000 und 1903 101 066. Es handelt sich hierbei um offizielle Angaben. Da Frauen, Kinder, Greise, Häuptlinge und Adlige von der Fron entbunden waren, schätzte das Bulletin du Comité de l'Afrique française die Anzahl der tatsächlichen Träger auf 12 000. Sie hatten also zehn Tage Trägerdienste pro Person und Jahr zu vollbringen. Aber unter Anrechnung des Weges vom Dorf zur Station, zur Übernahme der Last, und der Zeit der Rückkehr, schätzt das Bulletin, daß man wenigstens 80 Tage pro Jahr je Pflichtträger rechnen muß. „Und wir wiederholen es“, fügt das Bulletin hinzu, „all diese Ziffern sind schwache Mittelwerte“.⁶⁷ Diese Zahlen umfaßten nicht die Tagewerke zur Errichtung und Unterhaltung der Straßen⁶⁸, der kleinen Brücken und der Verwaltungsstationen, wie derselbe Artikel ausführt. Cu villier-Fleury stellt andererseits fest: „Schlecht ernährt, überbürdet, oft von Karawananführern mißhandelt, erreichen diese Unglücklichen das Ziel ihrer Reise entkräftet und krank. Nach einigen Tagen Ruhe müssen sie, wenn sie ihr Land wiedersehen wollen, sich entschließen und sogar darum bitten, in entgegengesetzter Richtung den gleichen Weg wiederholen zu dürfen und infolgedessen dieselben Leiden ertragen. Sind sie in die Dörfer zurückgekehrt, so finden sie ihre Felder verwüstet und die Güter geplündert.“⁶⁹

Zugleich mit den Konzessionsgesellschaften tauchte auch die persönliche Steuer auf. Das Ziel dieser Steuer war weniger, der Verwaltung Hilfsmittel

⁶⁵ F. Challaye, *Le Congo français*, Paris 1909.

⁶⁶ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, 1904, Nr 5. A. Fourneau, Deux années dans la région de Tchad, S. 121–124.

⁶⁷ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, 1905, Nr 1, S. 34.

⁶⁸ Kommandant Saintoyant gibt für die Beseitigung des Busches auf dem Spurweg Possel-Crampel allein für das zweite Halbjahr 1903 als Zahl 10 492 Arbeitstage an. Bezahlung: ein Löffel voll Perlen je Tag und zwei Meter Stoff je Monat. (J. Saintoyant, *L'Affaire du Congo*, 1905, a. a. O., S. 75.)

⁶⁹ R. Cu villier-Fleury, *La Main-d'œuvre dans les colonies françaises de l'Afrique occidentale et du Congo*, a. a. O., S. 60.

zu verschaffen, als die Geschäftstätigkeit der Konzessionsgesellschaften zu erleichtern. „Sie wissen“, schrieb 1906 der Kolonialminister, „daß einer meiner Vorgänger auf Anregung der Konzessionsgesellschaften die Kopfsteuer einführte und es ist Ihnen sehr wohl bekannt, daß im Unabhängigen Kongostaat die jetzt erhobene Steuer für die Konzessionsgesellschaften eines der Hauptmittel darstellt, um sich mit dem notwendigen Kautschuk zu versorgen.“⁷⁰ Diese Steuer wurde zuerst als Naturalsteuer erhoben. In Ober-Sangha verlangte man zum Beispiel auf tausend gezählte Einzelpersonen 1000 kg Kautschuk und zwanzig Elfenbeinzähne. Die Steuer wurde 1902 auf 3 Franken pro Kopf festgelegt und 1907 auf 5 Franken erhöht. Sie war in Kautschuk zahlbar, der den Konzessionsgesellschaften überlassen und von ihnen dem Staat bezahlt wurde. Der die Steuer begründende Beschluß vom 11. Februar 1902 sah die schrittweise Einführung ihrer Bezahlung in Hartgeld in dem Zeitraum zwischen 1904 und 1908 vor. Aber selbst in Brazzaville war die Bevölkerung gezwungen, einen Teil der Steuer in Kautschuk zu bezahlen, den sie zu einem sehr viel höheren Preis kaufen mußte, als ihr bei der Bezahlung der Steuer schließlich angerechnet wurde. Dieser Kautschuk wurde dazu verwandt, die Fabrik von William Guynet, Vertreter des Kongo im Conseil supérieur des Colonies, mit Rohstoff zu versorgen. Was die Erhebung der Steuer betrifft, so schlug die Kolonialverwaltung schon im Mai 1902 dem Generalkommissar vor, die in der Kolonie in Dienst befindlichen senegalesischen Schützen dazu zu verwenden. Bereits im Monat August 1902 bezog der wiederernannte Kolonialminister Doumergue in die Personalliste zur Erhebung der Steuern auch die Angestellten der Konzessionsgesellschaften ein.⁷¹ Die Erfindungsgabe der Verwaltung fügte der persönlichen Steuer noch zahlreiche Ergänzungssteuern hinzu. So wurde in Libreville eine Steuer von 5 Franken (Goldfranken!) auf die Tam-Tams erhoben. Eine Steuer von 200 Franken, die man schließlich auf 100 Franken ermäßigte, wurde auf die „Salzgärten“ der kongolesischen Küstenlinie gelegt, um die Ausbeutung des einheimischen Salzes zu verhindern und die Bevölkerung zum Kauf des von den Konzessionsgesellschaften importierten Salzes zu zwingen. Während sich die Steuereinnahmen in Französisch-Westafrika von 1902 bis 1904 verdoppelten, stiegen sie im Kongo im gleichen Zeitraum auf mehr als das Fünffache, nämlich von 90 970 auf 507 793 Franken. Ein Runderlaß des Kommissars Gentil vom 19. März 1903 teilte den Beamten mit, daß man sie künftig nach der

⁷⁰ *Afrique française*, Renseignements coloniaux, 1906, Nr 3, S. 85.

⁷¹ Vgl. J. Saintoyant, *L'Affaire du Congo*, 1905, a. a. O., S. 44/45.

Einkassierung der Steuer bewerten werde.⁷² Damit war allen Mißbräuchen Tor und Tür geöffnet. Angesichts des Fehlens einer exakten Kenntnis der Bevölkerungszahl wurde die Steuer oft zwei- bis dreimal nacheinander erhoben. Das „Geisel“-System wurde sowohl für die Bezahlung der Steuer wie auch für die Stellung von Trägern angewandt. Schließlich begünstigte die Bezahlung als Naturalsteuer über die Konzessionsgesellschaften⁷³ die schamloseste Plünderung. Der Kautschuk wurde unter dem in Guinea üblichen Preis berechnet; für ein Steinschloßgewehr, das in Europa zu 8 bis 10 Franken im Preise stand und dessen Preis durch den Transport höchstens verdoppelt oder verdreifacht war, verlangten die Gesellschaften 200 kg Elfenbein. Sie ließen sich also ein solches Gewehr von den Afrikanern zum mehrmals Hundertfachen seines ursprünglichen Preises bezahlen. Salz und Baumwollzeug wurden nach dem Ausladen im Hafen mit einem Preisaufschlag von 500 % weiterverkauft. In Ober-Ubangi ließ das Auftreten des freien Handels in Konkurrenz zu den Konzessionsgesellschaften folgende Veränderungen entstehen: Bei Kautschuk wurde das Kilo zu 5 Franken bezahlt, statt zu 0,25 Franken, wie in den vorhergehenden Jahren; Hühnchen kosteten 2 Franken statt 0,60 Franken, und die Beförderung einer Trägerlast wurde mit 1,20 Franken entlohnt, statt mit ... 2 Löffeln Salz.⁷⁴ Auf Grund der Flucht und der Dezimierung der Mandja unterdrückte ein Entscheid des Kommissars Gentil vom 2. Dezember 1904 die pflichtmäßige Trägerstellung zwischen Fort Sibut und Fort Crampel und ersetzte sie durch das „berufsmäßige Trägerwesen“. Die Reform blieb mangels rekrutierter „Berufsmäßiger“ auf dem Papier. „In Ausführung dieser Entscheidung wurden im Januar 1905 etwa 500 Träger in Unter-Kongo rekrutiert oder vielmehr gepreßt und auf die Karawanenstraße gebracht. Das Leben

⁷² Die „Humanité“ vom 27. September 1905 zitiert den Text des Runderlasses von Gentil: „Andererseits haben die geringen Einnahmen an Steuern meine Aufmerksamkeit wachgerufen. Ich habe die Ehre, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß ich allergrößten Wert darauf lege, daß Sie es sich angelegen sein lassen, den Wert der Steuer zu erhöhen auf die Weise, daß er, so sehr wie möglich, mit dem der alljährlich gemachten Voranschläge übereinstimmt. Ich werde Ihnen nicht verhehlen, daß ich mich für Ihre Wertschätzung vor allem auf die Resultate stützen werde, die Sie vom Standpunkt der Eingeborenensteuer aus erzielt haben werden, welche für Sie der Gegenstand einer beständigen Sorge zu sein hat.“

⁷³ Dieses System wurde durch einen Runderlaß Gentils vom 27. April 1905 verallgemeinert. Den Angestellten der Konzessionen wurde dadurch die Aufgabe der Steuererhebung übertragen. Ihnen oblag auch die Abführung der Steuer an die Kassen der Kolonie.

⁷⁴ *Revue indigène*, Nr 67, November 1911, S. 647.

in der Fremde, die Schwierigkeit, sich in dieser entvölkerten Gegend zu ernähren, aber vor allem die eingewurzelte (sic!) Abneigung (sic!) der Neger gegen jede regelmäßige und beständige Arbeit, ließen diesen Versuch fehlschlagen. Die Leute desertierten, und während unserer Durchreise [gemeint ist die Durchreise der Mission Brazza im Verlauf des Sommers 1905 – Jean Suret-Canale] war ihr Trupp auf einige wenige zusammengeschmolzen. Wir erhielten unsere Träger mit Hilfe des alten Systems der Anforderung von den Dörfern.“⁷⁵

Zur gleichen Zeit verstärkten die Konzessionsgesellschaften, darauf bedacht, ihren Aktionären zu den erhofften Dividenden zu verhelfen, mit allen Mitteln die Ausbeutung des Landes. Es handelte sich hierbei um einen Raubbau, der sich fast ausschließlich auf Jagd- und Sammelprodukte, Kautschuk und Elfenbein erstreckte. Ihr weißes Personal war im allgemeinen aus der Hefe der Gesellschaft angeworben, Hitzköpfe oder Gewohnheitsverbrecher, die am Äquator ihr Glück versuchen wollten. „Eingestellt hat man Leute“, so schreibt der Kommandant Saintoyant, „die bereit sind, jeden beliebigen Posten in den ungünstigsten Ländern zu übernehmen. Schlecht bezahlt, manchmal gezwungen, ihre Arbeitgeber gerichtlich zu belangen, um in den Besitz ihres Gehaltes zu kommen, suchen sie sich durch zweifelhafte Mittel besserzustellen.“⁷⁶ Mangin, des Zartgefühls wenig verdächtig, bemerkt: „... Fünf von sieben Konzessionsangestellten sind charakterlich schlechte Menschen. Ich will gern glauben, daß in den Rowdyreden, die sie nach dem Trinken halten, etwas Großsprecherei liegt. Aber es ist wirklich beunruhigend, daran zu denken, daß diese Leute ohne Überwachung in direktem Kontakt mit den Bewohnern stehen, denen wir noch völlig neu sind. Für Vertreter unserer Rasse ist das eine sehr schlechte Auswahl und heißt, all die Mißbräuche, Rachetaten und Unterdrückungen vorbereiten, die die Geschichte dieser unglücklichen Kolonie sind und sein werden, solange wie sich an ihrem System nichts geändert hat.“⁷⁷ Die Verwaltung war nicht in der Lage, über die Angestellten der Gesellschaften irgendeine Kontrolle auszuüben. 1905 zählte man in Mittel-Kongo 100 Beamte, davon 54 in Brazzaville, 12 in Loango und nur 34 in dem übrigen Gebiet. Mangels Personal standen die „Reservate“, d. h. die 30 Prozent des nicht an Konzessionsgesellschaften vergebenen Gebietes, nicht unter

⁷⁵ J. Saintoyant, *L'Affaire du Congo*, a. a. O., S. 77.

⁷⁶ Ebenda, S. 63.

⁷⁷ Mangin, *Souvenirs d'Afrique*, a. a. O., Bd II: *Tournée d'inspection au Congo* (1908), S. 207.

Verwaltung.⁷⁸ Als ein Runderlaß vom 14. Januar 1902 die in den Konzessionsverträgen vorgesehene Abgrenzung der „Eingeborenen-Reservate“ vorschrieb, rief er die heftigsten Proteste der Gesellschaften hervor. Ein Entscheid vom 9. Oktober 1903, der die Errichtung dieser Reservate auf einem Zehntel des Areals der Gesellschaften vorsah, blieb toter Buchstabe. Außerdem zogen es die Beamten meistens vor, den Nachgiebigen zu spielen, so lästig ihnen die Anmaßungen und Unverschämtheiten des Gesellschaftspersonals auch waren. Ihre Beförderung und ihre Laufbahn hingen von den Meinungen ab, die Vertreter der Gesellschaften höheren Orts äußerten. Über die Wirkungen des Systems braucht man nur die Aussage eines alten Missionars, Pater Daigre, zu lesen, der so wenig wie möglich antikolonialistisch ist, wie einige Textstellen zeigen:

„Den Befehl zur Kautschukernte verweigerten die meisten der Dörfer. Fliegende Kolonnen von Wachmannschaften unterstützten die Verwaltung. Die Eingeborenen versuchten nicht, Widerstand zu leisten, aber mehrere tausend von ihnen flüchteten sich nach Belgisch-Kongo. Die anderen verbargen sich im Dickicht oder in Höhlen, aus denen man sie mit Handgranaten herauszwang. Die Widerspenstigen ergaben sich erst nach einigen Wochen. Jedes Dorf oder jede Dörfergruppe war damals von einem oder mehreren Wachmännern mit einer gewissen Anzahl von Hilfskriegern besetzt. Jetzt konnte mit der Kautschukausbeutung begonnen werden. Es handelte sich darum, die „*Landolphia humilis*“, im kolonialen Wortgebrauch zum Unterschied vom Baumkautschuk als Lianenkautschuk bezeichnet, auszubeuten. Die *Landolphia humilis* ist ein kleiner Strauch, der in allen Savannen sehr verbreitet ist und dessen tiefliegende Wurzeln einen zweitrangigen Gummisaft absondern. Es wurde ein Programm ausgearbeitet, das die Wachmannschaften ausführen lassen mußten. Die Arbeit ging gemeinsam vor sich. Nach dem Morgenappell zerstreuten sich Männer und Frauen, um die Wurzelstöcke auszureißen. Bei ihrer Rückkehr in das Dorf wurde jedes Bündel genau kontrolliert. Anschließend wurden die Wurzeln geklopft, um den Gummi von der Rinde zu trennen. Dieser sehr lange Arbeitsvorgang vollzog sich in fließendem Wasser, um den Kautschuk von allen Unreinheiten zu befreien. Am Monatsende kam die Ernte zum Hauptort, wo sie zu 15 Sous pro Kilogramm verkauft wurde.⁷⁹ Die Verwaltung be-

⁷⁸ G. Bruel, *L'Afrique Equatoriale Française*, Paris 1930.

⁷⁹ Zu dieser selben Zeit betrug der Kautschukpreis in Guinea zu Beginn des Jahres 1901 (mitten in der Krise) 4,50 Franken das Kilogramm, am Ende des Jahres 1902 7,50 Franken das Kilogramm, und zu Beginn des Jahres 1904 9 bis 9,50 Franken das Kilogramm.

sorgte das Auswiegen, während der Käufer, der die Ware in Empfang nahm, in bar zahlte. Das Geld wurde jedoch nicht den Erntearbeitern gezahlt, sondern den Beamten, die die Summe auf die Steuer des Dorfes anrechneten. *Die Masse arbeitete also neun aufeinanderfolgende Monate, ohne die geringste Entlohnung zu erhalten.* (Hervorhebung von mir – J. S.-C.) Diese Zwangsarbeit ging so fast die ganzen ersten zwei Jahre vor sich, da das Produkt reichlich vorhanden und die Ernährung dank der alten Maniok-Pflanzungen gesichert war. Aber es kam eine Zeit, da die Landolphia in der Nähe dichtbesiedelter Gebiete seltener wurde. Daher wurden die Erntearbeiter in andere Gegenden deportiert, während die Kranken und kleinen Kinder in den Dörfern verblieben. In diesen verlassen Orten mußten die Männer unter der Aufsicht von Wachmannschaften arbeiten. Sie lebten in fauligen Unterkünften, waren allen Unbilden der Witterung ausgesetzt und ernährten sich meistens nur von Wurzeln und wilden Früchten. Am Ende des Monats gab man ihnen zwei oder drei Tage frei, damit sie sich neuen Proviant in den Dörfern verschaffen konnten. In den meisten Fällen kehrten sie aber mit leeren Händen zurück, da man dort die Pflanzungen nicht wieder erneuert hatte. Zwar waren dafür drei Monate vorgesehen. Da aber die erschöpften und entmutigten Eingeborenen wußten, daß man ihnen nicht die erforderliche Zeit zur Pflege ihres Feldes lassen und daß die Ernte von wilden Tieren vernichtet werden würde, pflanzten sie fast nichts mehr an. Zur Entschuldigung wurde damals von einigen das Schlagwort erfunden: ‚Diese Leute sind derart faul, daß sie sogar nicht mehr anpflanzen. Ist es da verwunderlich, daß sie Hungers sterben?‘ Faul, gewiß [Worte des hochwürdigen Paters], aber war der Widerwille gegen das Pflanzen nicht der mangelnden Sicherheit, der Verwirrung und Dummheit mehr zuzuschreiben als der Faulheit?

Bald wurden Produktionsaufgelder, bestehend aus Alkohol, Fleisch, verschiedenen Waren und sogar Pferden, welche Einwohner Bornus vom Tschad heranführten, von den Käufern (den Gesellschaften) in großem Umfang an die Dorfhäuptlinge und Wachmannschaften verteilt. Sowohl Dorfhäuptlinge als auch Wachmannschaften wurden dadurch angespornt, die Ernte zu intensivieren. Das Ergebnis waren Nacharbeit, Gewalttaten und Erpressungen. Sich als Polizisten aufspielende Hilfskrieger machten Jagd auf die vielen Erntearbeiter, die sich der Fron entziehen wollten. Man begegnete langen Reihen von Gefangenen, den Strick um den Hals, nackt, bedauernswert. Wieviele dieser Unglücklichen, abgezehrt durch die Mißhandlungen, habe ich nicht zu dieser Zeit über bestimmte abgelegene Wege vorbeiziehen sehen. Ausgehungert, krank, fielen sie wie die Fliegen

um. Die im Dorf zurückgelassenen Kranken und kleinen Kinder starben vor Hunger. Ich habe mehrere Male ein Gebiet besucht, wo die minder Kranken die Schwerkranken töteten, um sie zu essen. Ich habe offene Gräber gesehen, aus denen man die Leichen herausgenommen hatte, um sie zu essen. Zu Skeletten abgemagerte Kinder durchwühlten Schutthaufen und aßen die gefundenen Ameisen und andere Insekten roh. Schädel und Schienbeine lagen unweit der Döfer herum. Die Lage verschlechterte sich noch durch das Auftreten einer Epidemie. Diese in der Medizin unbekannte und von den Banda ‚Oguru‘ genannte Krankheit zeigte sich an einem völligen Farbstoffverlust des Körpers bei gleichzeitiger Ödembildung.⁸⁰ Diese Krankheit ging in mehreren aufeinanderfolgenden Wellen über einen großen Teil des Landes hinweg und forderte Tausende von Opfern, besonders in den Kautschukgebieten.“⁸¹

Diese Darstellung bedarf keines Kommentars. Abschließend bemerkt der Autor: „Als Folge dieses höchst bedauernswürdigen Zustandes der Dinge waren von zahlreichen Dörfern nur noch Ruinen übriggeblieben. Die Pflanzungen existierten nicht mehr, und die Bevölkerung war verelendet und verzweifelt. Sie hatte selbst in den schlimmsten Tagen der Arabereinfälle derartige Zeiten nicht erlebt... Man kann sagen, daß es in der Kolonie keine ärztliche Betreuung gab, denn man zählte nur zwei oder drei Ärzte, die in Bangui, dem äußersten Punkt des Territoriums, wohnten... Zur Ablenkung der Öffentlichkeit rechtfertigte man alle durch die unmenschliche Ausbeutung des Kautschuks verursachten Folgeerscheinungen mit der Schlafkrankheit, die seit etwa zehn Jahren ebenfalls große Verheerungen angerichtet hatte.“⁸² 1909 gab es in Französisch-Äquatorialafrika zwanzig Ärzte. Die Mission zur Erforschung der Schlafkrankheit, die 1906 unter Leitung von Dr. Martin gebildet und 1911 in eine ständige Nebenstelle des Pasteur-Instituts in Brazzaville umgewandelt worden war, hatte nur das Wirken der Krankheit feststellen können. Sie legte dar, daß „der Zeitpunkt ihres Erscheinens in vielen Punkten mit dem unserer Ankunft im Lande zusammenfiel.“⁸³ Und Dr. Cureau, stellvertretender Gouverneur des Mittel-Kongo, erklärte der Zeitung „Le Temps“: „Indem man ihn [Eingeborenen] überbürdete, hat man, wofür ich glaube den wissen-

⁸⁰ Diese „Krankheit“ ist nicht unbekannt: sie wird bei allen großen Hungersnöten beobachtet und hat in den deutschen Konzentrationslagern geherrscht.

⁸¹ Pater *Daigre*, Oubangui-Chari, a. a. O., S. 113–116.

⁸² Ebenda, S. 117.

⁸³ Dr. *Heckenroth*, Rapport sur le fonctionnement du laboratoire de Brazzaville de l'Institut Pasteur depuis l'année 1906, in: R.I., Nr 61, 30. Mai 1911, S. 320.

schaftlichen Beweis erbracht zu haben, die außergewöhnliche Ausdehnung der Schlafkrankheit hervorgerufen.“⁸⁴

An den Ufern des Kongo und des Ubangi hatten die Bevölkerungen unter den Lasten des Trägerwesens nicht in einem solchen Maße zu leiden, aber sie hatten den Anforderungen der Flußschifffahrt nachzukommen. Dazu gehörten Fron für den Holzeinschlag, Stellung von Ruderern, Wegnahme von Lebensmitteln und Hühnern zur Verpflegung der Passagiere. Professor Auguste Chevalier stellte während seiner Mission die Verwüstung der Flußufer fest. In Isasa findet er das Dorf zu drei Vierteln verbrannt und zerstört. Es bleiben nur einige Einwohner übrig, die bei der Annäherung des Dampfers „Dolisie“ flüchten. Was von dem Dorf noch übrig ist, wird von den Soldaten sogleich verbrannt. „Wir haben einer widerwärtigen Szene beigewohnt, deren Urheber nicht die Eingeborenen, sondern die mit uns reisenden europäischen Soldaten waren. Aus der gleichgültigen Haltung der Offiziere schließe ich, daß ein solches Geschehen häufig sein muß. Jetzt bin ich genau im Bilde über die Art und den Ursprung der Unruhen, die sich im letzten Februar an der Sangha und im letzten Juli hierorts zutrug.“⁸⁵ Die Konzessionäre – immer nach Chevalier – halten die Eingeborenen für unbeschränkt fronpflichtig und behaupten, sich all ihrer Güter bemächtigen zu können, einschließlich des Viehs. Dabei dient es ihnen als Vorwand, daß die Bodenerzeugnisse in der Konzession mit einbegriffen sind. Die wenigen noch von den Dörfern betriebenen Plantagen werden für Europäer, Senegalschützen und ihre Diener „zu Beitreibungen herangezogen“. Professor Chevalier erwähnt die Meinung der Faktoreileiter und Unteroffiziere: Aus diesen Schwarzen ist nichts herauszuholen, und es wäre das beste, sie auszurotten und fügsamere aus anderen Gebieten kommen zu lassen.

e) Die Affäre Gaud-Toqué

Es gab oft heftigen Widerstand, doch wurde er jedesmal grausam unterdrückt. Was konnten die Unglücklichen ausrichten, die zu ihrer Verteidigung meistens nur Wurfspere hatten? Die Ausrottung ging jahrelang systematisch vor sich, wobei sie gerade mit der Einrichtung von Stationen im Innern zunahm. Trotzdem kam es zur Veröffentlichung dieser skanda-

⁸⁴ Wiedergegeben in: R.I., Nr 57, 30. Januar 1911, S. 58/59.

⁸⁵ A. Chevalier, Mission Chari-LacTchad (1902–1904): L'Afrique Centrale française, Paris 1907, S. 23.

lösen Zustände. Der Anlaß war der Prozeß Gaud-Toqué im Jahre 1905. Die als strafbar bezeichneten Vorfälle hatten sich im Fort Crampel im Jahre 1903 zugetragen. Toqué war ein gut angeschriebener Beamter, der zur Zeit der Kolonne Marchand von Leutnant Mangin für sein „anständiges Betragen“ hervorgehoben worden war. Er war Verfasser von ethnographischen und linguistischen Werken, besonders von solchen über die Banda. Er hatte das Vertrauen seiner Vorgesetzten. So bemerkt Félicien Challaye, daß „Herr Bruel, der den Befehl über das Gebiet führt und Fort-Archambault bewohnt, ein persönlicher Freund von Toqué ist.“⁸⁶ Gaud, der Kollege von Toqué, stand dagegen im Rufe eines rohen Menschen. Aber er war gleichfalls Verfasser von ethnographischen Werken, und zwar über die Mandja. Außerdem war ein gewisser Proche in den Prozeß verwickelt, ein in der Miliz beschäftigter Angestellter des Amtes für Eingeborenenangelegenheiten, der schließlich für unbeteiligt erklärt wurde. Toqué hatte zu verschiedenen Gelegenheiten, wenn auch mit größter Zurückhaltung, auf die Mißbräuche des Systems aufmerksam gemacht. Aber anscheinend war er selbst daran beteiligt. Während eines Parisaufenthaltes weigert er sich, der Vorladung des Richters in Brazzaville Folge zu leisten. Doch er wird ebenso wie Gaud verhaftet und vor die Geschworenen gebracht. Proche, aus freien Stücken in die Kolonie zurückgekehrt, erschien als nicht in Haft befindlicher Angeklagter vor dem Gericht. Proche wurde bezichtigt, er habe ohne Urteil zwei Schwarze erschießen lassen, die bei der Ankunft der um Trägerwerbenden Wachmannschaften geflüchtet waren. Toqué wurde vorgeworfen, er habe einen Schwarzen ertränken lassen, der einige Patronen gestohlen hätte. Gaud wurde wegen zahlreicher Mordtaten und Hinrichtungen angeklagt, auch daß er Gefangene habe Hungers sterben und eine Frau lebend in einem Backofen verbrennen lassen. Schließlich war Gaud angeklagt, unter Beihilfe Toqués einen Diener gezwungen zu haben, die Flüssigkeit eines ausgekochten Totenschädels zu trinken. Insbesondere wurde ihm vorgeworfen, einen Gefangenen am 14. Juli 1903 nach einer perversen Szene mit einer Dynamitpatrone in die Luft gesprengt zu haben.⁸⁷ Vor allem diese Angelegenheit machte viel von sich reden. Das Opfer, ein gewisser Pakpa, war von Toqué bezichtigt worden, diesen als Wegeführer verraten und in einen Hinterhalt geführt zu haben. Toqué hatte Gaud im Mai 1903 schriftlichen Befehl erteilt, Pakpa festzunehmen

⁸⁶ F. Challaye, *Le Congo français*, a. a. O.

⁸⁷ *Le Temps*, 23. September 1905. Siehe auch *Le Matin* vom 15., 16., 17., 18., 20. und 22. Februar 1905.

und zu erschießen. Die Festnahme erfolgte am 12. Juli durch Gaud. Am nächsten Tag kommt der an Gallenfieber erkrankte Toqué nach Fort Crampel. Er wird bettlägerig. Gaud berichtet ihm, daß drei Gefangene in Fort Crampel seien, darunter Pakpa. Toqué befiehlt ihm, zwei der Gefangenen zu befreien. Den dritten (Pakpa) betreffend, sagt er ihm: „Machen Sie mit ihm, was Sie wollen.“ Am 14. Juli sprengt ihn Gaud mit Dynamit in die Luft und erstattet Toqué Bericht, welcher bemerkt: „Wenn das bekannt wird!“ Gaud erwidert: „Das sieht nach Idiotie aus, aber das wird die Eingeborenen mit Schrecken erfüllen. Wenn sie sich danach nicht ruhig verhalten!“⁸⁸

Der einige Jahre zuvor abgesetzte Brazza wurde zur Überprüfung entsandt. In seinem Gefolge befand sich Félicien Challaye, ein junger Agrégé für Philosophie, der in seinen Artikeln in der Zeitung „Le Temps“ und in seinem 1909 veröffentlichten Buch sowohl die Umstände des Prozesses als auch ihren allgemeinen Zusammenhang schildert. Toqué verteidigte sich mit der Behauptung, daß er nur deshalb angeklagt worden sei, weil er etwas über die am oberen Schari begangenen Verbrechen habe verlauten lassen. Er versicherte, daß er nur genötigt und gezwungenermaßen daran teilgenommen habe. Challaye ist der Meinung, daß Toqué versucht habe, den von Gauds Verbrechen hervorgerufenen Skandal zu ersticken, indem er diese Verbrechen beschönigte. Er handelte damit auf Befehl seiner Vorgesetzten, und es bestand Übereinstimmung zwischen allen Europäern, die Angelegenheit zu ersticken „aus Furcht, Gaud werde alle ihm bekannten Skandale, zum Beispiel dasjenige der Massaker der Nana, enthüllen.“⁸⁹

„Toqué faßt die Situation am oberen Schari bis zum Jahre 1903 wie folgt zusammen: ‚Es war das allgemeine Massaker für die Organisierung des Nachschubs...‘ Toqué beschreibt zur Information, wie Träger angeworben wurden, ehe er die Station übernahm. Man unternahm Razzien in die Dörfer, entführte Frauen und Kinder und verbarg sie in kleinen Häusern, damit sie von Reisenden nicht gesehen wurden. Diese Frauen und Kinder starben oft an Hunger oder an den Pocken. Den Frauen wurde von den Wachmannschaften Gewalt angetan. Man befreite diese Geiseln nur, wenn Träger gestellt wurden. Die gleiche Methode wandte man zur Eintreibung der Steuern an.“⁹⁰

Nach Félicien Challaye machte Toqué in dem Prozeß nicht von allen ihm zu Gebote stehenden Verteidigungsmöglichkeiten Gebrauch. Es war ein massiver Druck auf ihn ausgeübt worden, selbst in Form des Ver-

⁸⁸ F. Challaye, *Souvenirs sur la colonisation*, Paris 1935.

⁸⁹ *Le Temps*, 24. September 1905.

⁹⁰ *Le Temps*, 23. September 1905.

sprechens auf Freispruch, damit er nicht die höhere Verwaltung von Oberschari und jene der Kolonie (ganz genau gesagt, Bruel und Gentil) belasten würde. Bestätigt wird das übrigens durch seine Freisetzung. Toqué und Gaud wurden schließlich am 26. August 1905 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein Urteil, das die gespielte Entrüstung der Kolonialisten im Kongo hervorrief. Aber der Gerichtshof machte sich zum Fürsprecher einer Straferlassung, und die zwei Verurteilten wurden bald auf freien Fuß gesetzt.⁹¹ Trotz allem wurde auch die hohe Verwaltung in den Skandal verwickelt. Verstimmt über die ihm vorher zuteil gewordene Ungnade und seine Mission zur Rache ausnutzend, legte sich Brazza mit Gentil (auf den die Untersuchung sich notwendigerweise erstrecken mußte) und der gesamten europäischen Kolonie an, Mgr. Augouard nicht ausgenommen, der sich trotz seiner schildbürgerlichen Streitigkeiten mit der Verwaltung mit Gentil solidarisierte.⁹² In der „Humanité“ griff Gustave Rouanet Gentil direkt an und hielt ihm eine Reihe von Tatsachen – Mißhandlungen, willkürliche Hinrichtungen, Soldatentod unter der Lederriemenpeitsche – vor.⁹³ Die Zeitung „Le Temps“ antwortete mit der ungeschickten Behauptung, es habe sich um „Kriegserscheinungen“ gehandelt⁹⁴ und eine der zum Vorwurf gemachten willkürlichen Hinrichtungen habe einen „englischen Agenten“ betroffen. Die „Humanité“ enthüllte ein neues Beispiel der „Geisel-

⁹¹ Nach seiner Freisetzung veröffentlichte Toqué ein Buch unter dem Titel „Les massacres du Congo“ (1907), in dem er mit dem System abrechnete und die Verwaltung direkt anklagte. Einer seiner Vorgesetzten, Herr de Roll, hätte ihm gesagt: „Merken Sie sich das: es ist nicht verboten, Neger zu töten, aber sehr, es zu sagen, ertappt zu werden oder Spuren zu hinterlassen, und daß es besser ist, zwanzig Neger zu töten, als einem von ihnen ein Haar zu krümmen. Die Toten reden nicht mehr, während der Mann, dem man ein Haar gekrümmt hat, in Frankreich zum Märtyrer werden würde.“ (Les massacres du Congo (1907), a. a. O., S. 105.) (G. Toqué, zitiert von H. Brunschwig, La Colonisation française, Paris 1949, S. 105.) Wir haben dieses Buch in keiner Bibliothek feststellen können (einige Auszüge figurieren in der Sondernummer des *Crapouillot* unter dem Datum Januar 1936: „Expéditions coloniales – Leurs dessous, leurs atrocités“). Toqué heiratete 1909 eine Elsässerin (damals von deutscher Nationalität). 1914 ausgemustert, stellte er sich in den Dienst der Deutschen in der besetzten Zone, arbeitete am *Bonnet rouge* und an der *Gazette des Ardennes* mit. Er wurde vom 4. französischen Kriegsgericht am 25. Juli 1919 zum Tode verurteilt und erschossen.

⁹² Vgl. J. Suret-Canale, Schwarzafrika, Berlin 1966, Bd I, S. 235, Anmerkung 308.

⁹³ *L'Humanité* vom 26. und 27. September 1905.

⁹⁴ *Le Temps*, 28. September 1905.

methode“, bei dem 45 Frauen und 3 Kinder (von 58 Frauen und 10 Kindern, die man gefangenhielt) den Tod gefunden hatten. Ein Angestellter des Amtes für Eingeborenenangelegenheiten hatte sie auf seiner Rundreise aus einem fünf Tagereisen entfernt liegenden Gebiet nach Mongoumba bei Bangui verschleppen lassen, wo man sie in einer Hütte mit der Grundfläche von $6 \times 4,25$ m zusammenpferchte. Den Stabsarzt Fulconis, der das Verbrechen entdeckt und die Überlebenden gerettet hatte, trafen Disziplinarmaßnahmen. Schließlich wurde der Skandal erstickt: Bei der Rückkehr von seinem Auftrag verstarb Brazza in Dakar. Eine große Debatte der Abgeordnetenversammlung fand im Februar 1906 statt, in der Gustave Rouanet, Jaurès, Caillaux und Hubert das Konzessionssystem scharf angriffen. Aber schließlich billigte die Mehrheit der Kammer die Weigerung des Kolonialministers, den aus den Untersuchungen der Mission Brazza entstandenen Bericht zu veröffentlichen. Die Debatte zog lediglich eine formalrechtliche Reform des Systems nach sich, ohne daß an den Methoden etwas geändert wurde. Die Verwaltung traf von da ab ausgeklügelte Vorkehrungen, um Fluchtfällen vorzubeugen. Das System bestand weiter.⁹⁵ Ähnliche Ereignisse, wie die von Pater Daigre zwischen 1900 und 1914 beschriebenen, wird André Gide 1926 zu sehen bekommen.

f) Die Entvölkerung Äquatorialafrikas

Die Auswirkungen auf die Bevölkerung ließen nicht auf sich warten. Zu Beginn des Jahrhunderts schätzte man die Bevölkerung Französisch-Äquatorialafrikas auf 15 Millionen Einwohner. 1913 veranschlagte das Jahrbuch des Schiffsamtes die Bevölkerung auf 10 Millionen, die allgemeine französische Statistik schätzte 9 Millionen. Bruel schlug in seinem im Jahre 1914 erschienenen Buch Französisch-Äquatorialafrika die Zahl von 4 950 000 Einwohnern vor. Die Volkszählung von 1921 wies 2 860 868 Einwohner auf. Die Broschüre eines des Liberalismus wenig verdächtigen Pflanzers, der allerdings dazu aufgelegt ist, die Kolonialverwaltung zu kritisieren, gibt an: „Die Bevölkerung der drei Kolonien des eigentlichen Kongo (Ubangi-Schari, Mittel-Kongo und Gabun) betrug am 31. Dezember 1911 nach Bruel (und den offiziellen Dokumenten) 4 280 000 Einwohner. Nach der amtlichen Volkszählung von 1921 zählte sie nur noch

⁹⁵ Das Sitzungsjournal der französischen Kammer vom 19. Juli 1912 zeigt, daß noch immer die gleichen Methoden (zwangsweise Trägerdienste, Raubzüge der Milizleute im Umkreis mehrerer Tagereisen um die Stationen, Verhaftung von Frauen als Geiseln usw.) angewandt wurden.

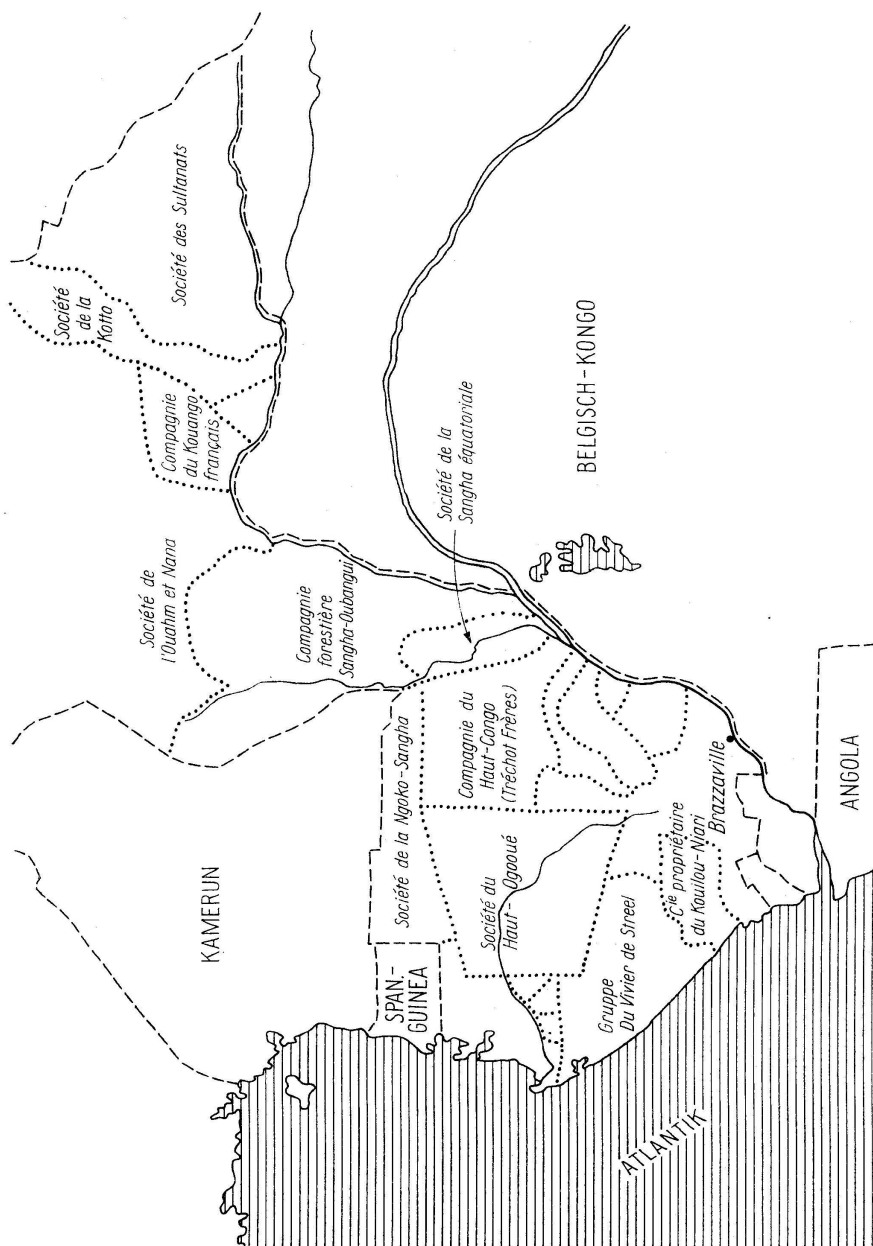


Abb. 2. Die Konzessionen Französisch-Kongos im Jahre 1911

1 577 565 Einwohner. Sie wäre also in zehn Jahren um 63 Prozent zurückgegangen.“⁹⁶ Bruel versucht in den nach dem ersten Weltkrieg erschienenen Ausgaben seines Buches diesen Rückgang mit dem Schätzungscharakter der früheren Angaben und der damit verbundenen Gefahr der Übertreibung zu erklären. Einerseits hatte man manchmal tatsächlich abenteuerlich anmutende Verfahren eingeschlagen, und andererseits hatten die Beamten die Anordnung, in vielen Fällen die Bevölkerungsziffern zu übertreiben, um mögliche Interessenten an Aktien der Konzessionsgesellschaften nicht zu „entmutigen“. Aber in dem gleichen Werk zitiert Bruel das Beispiel eines Verwaltungsbezirks, dessen Bevölkerung sich von 1908 bis 1916 um 40 Prozent verringerte und von 1916 bis 1924 abermals um 40 Prozent zurückging. Nach den Aufzeichnungen eines Offiziers, der Ober-Ubangi verwaltete, verringerte sich die Bevölkerung dieses Gebietes von 1903 bis 1911 um ein Viertel.⁹⁷ Abgesehen von Hunger und Krankheiten (besonders Schlafkrankheit), von der langen Trennung der Männer von den Frauen (oft 9 von 12 Monaten wegen Arbeitsanforderungen), hatte ganz einfach die physische Erschöpfung der Männer Zeugungsunfähigkeit zur Folge. Der Hunger war dennoch die wesentliche Ursache der Entvölkerung, wie es ein amtlicher Bericht bezeugt: „Der Eingeborene stirbt vor allem, weil er sich ungenügend ernährt. Der Hunger ist die Hauptursache der Entvölkerung des Kongo! Er, und nur er, entvölkert und ruiniert weit eher und mehr die Kolonie als die schreckliche Schlafkrankheit und die Epidemien.“⁹⁸ Der bevölkerungsmäßige Rückgang einer ganzen Reihe von Gebieten Französisch-Äquatorialafrikas hat keine andere Ursache, und es ist sinnlos, andere, rätselhafte „psychologische“ Gründe dafür zu suchen.

⁹⁶ R.S., *Colon du Congo*, Victor Augagneur et l'A.E.F., Bordeaux 1923, S. 7. Dieser Text ist sichtlich von einer mit verschiedenen Kolonialgesellschaften verbundenen Interessengruppe inspiriert.

⁹⁷ Vgl. P. Kalck, *Réalités oubanguiennes*, Paris 1959.

⁹⁸ Bericht des Kommandanten Sargos an den Generalgouverneur von Französisch-Äquatorialafrika vom 31. Oktober 1919, zitiert in: Victor Augagneur et l'A.E.F., S. 7.

3. Die ökonomischen Ergebnisse

Die ökonomische Verteilung von Gewinn und Verlust erklärt sich auf Grund des vorherrschenden Kolonisationssystems.

a) Französisch-Äquatorialafrika

Im Kongo waren die von den großen Konzessionsgesellschaften erzielten Resultate ungleich und standen in keinem Verhältnis zum Ausmaß der von ihnen monopolisierten Gebiete. Zwischen 1900 und 1903 hatten fast alle Gesellschaften einen Soll-Überschuß:

	Anzahl der mit Gewinn arbeitenden Gesellschaften	Gesamtsumme der Gewinne (in Franken)	Anzahl der mit Verlust arbeitenden Gesellschaften	Gesamtsumme des Verlustes (in Franken)
1900	3	219 000	21	2 874 000
1901	2	114 854	28	4 369 000
1902	3	196 000	27	3 842 000
1903	8	1 017 000	23	2 275 000

Am 31. Dezember 1903 belief sich das Gesamtdefizit auf 11 700 000 Franken, also auf fast ein Drittel des tatsächlich in Konzessionsgesellschaften angelegten Kapitals. Da es sich um die Periode der Niederlassung und Geschäftsaufnahme der Konzessionsgesellschaften handelte, hat dies nichts Anormales an sich. In Wirklichkeit hing das Geschäftsergebnis zum guten Teil mit dem spekulativen Charakter von vielen dieser Gesellschaften zusammen, deren Ziel weit mehr darin bestand, Leichtgläubige auszunutzen, als einen wirklichen Geschäftsbetrieb in Gang zu bringen. Die verschiedenen „Entschädigungen“ und Bezüge der Verwaltungsratsmitglieder hatten oft einen großen Teil des eingezahlten Kapitals verzehrt...⁹⁹ Die Geschäftslage verbessert sich seit dem Jahre 1904. Durch welche Methoden und mit welchem Preis, das hat man ja gesehen... Zu dieser Zeit sind von ursprünglich 40 Gesellschaften 6 verschwunden, 3 haben sich mit anderen vereinigt, eine andere hatte eine Nullbilanz. Die Ergebnisse für 1904 und die zwei folgenden Jahre sehen wie folgt aus (s. Tab. S. 62):

Am Ende von sieben Jahren Konzessionssystem weisen 10 Gesellschaften ungefähr 10 Millionen Franken Gewinn seit ihrer Gründung nach, und

⁹⁹ Vgl. P. Mille und F. Challaie, *Les deux Congo...*, in: *Cahiers de la Quinzaine*, 1906, H. 16, Serie 7.

	Anzahl der mit Gewinn arbeitenden Gesellschaften	Gesamtsumme der Gewinne (in Franken)	Anzahl der mit Verlust arbeitenden Gesellschaften	Gesamtsumme des Verlustes (in Franken)
1904	12	2 800 000	18	900 000
1905	17	4 900 000	14	990 000
1906	16	4 600 000	15	750 000

21 Gesellschaften haben durch ein Defizit von mehr als 9 Millionen Franken von ihrem Kapital etwas eingebüßt.¹⁰⁰ Die Kautschukkrise, die zum Teil die Anfangsschwierigkeiten erklärt (1901), wiederholt sich 1907. Die erwähnten Skandale führen zu einer teilweisen Reform des Konzessions-systems. Von 1894 bis 1898 bewegte sich der Handelsumfang Kongos um jährlich 10 Millionen Franken, 1900 steigt er plötzlich auf 18 Millionen an, vor allem auf Grund der von den Gesellschaften zur Zeit ihrer Geschäftsaufnahme vorgenommenen Importe. 1902 fällt er auf 13,8 Millionen zurück, etwa auf den Stand von 1899, um in der Folge wieder regelmäßig anzusteigen.

Außenhandel des französischen Kongo
(in Millionen Franken)

Jahre	Handelsumfang insgesamt	Importe	Exporte
1896	9,5	4,7	4,7
1897	8,8	3,5	5,2
1898	10,5	4,8	5,6
1899	13,3	6,68	6,61
1900	17,9	10,4	7,5
1901	15,1	7,8	7,3
1902	13,8	5,5	8,3
1903	16,9	6,9	9,9
1904	21,1	9,0	12,1
1905	24,3	10,0	13,9
1906	29,5	13,0	16,4

Die Tendenz der Zunahme bleibt im Laufe der folgenden Jahre in der gleichen Weise bestehen, wobei sich der Geschäftsumfang nach der durch

¹⁰⁰ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, Nr 5, 1909: L'expérience congolaise, S. 159-162.

den Fall des Kautschukpreises entstandenen Krise von 1907/1908 wieder hebt, um 1911 41,5 Millionen und 1912 43,4 Millionen Franken zu erreichen. Abgesehen von den Jahren der Niederlassung der Konzessionsgesellschaften (1900–1901) übersteigt der Wert der Exporte denjenigen der Importe. Als Grundregel der Kolonialwirtschaft läßt die Handelsbilanz einen wertmäßigen Überschuß der Importe erkennen. Die abgesetzten Waren werden außerordentlich überteuert verkauft, während die aufgekauften Waren mit anormal niedrigen Preisen bewertet werden. Ein Teil des Importüberschusses sind in Wirklichkeit Investitionen und für den europäischen Verbrauch bestimmte Waren, während die aus der Kolonie herausgepreßten Profite, die im „Mutterland“ verschwinden, tatsächlich unsichtbar sind. In unserem Fall kommen in der entgegengesetzten Lage die Schwäche der Kapitalanlagen und die außerordentliche Intensität des billigen Aufkaufs der Landesprodukte beim Fehlen entsprechender Einfuhren zum Ausdruck. Der Anteil der Konzessionsgesellschaften am Handel überwog bei weitem. 1905 betrug er 16 Millionen von 24,3 Millionen, 1906 22,7 Millionen von 29,5 Millionen Franken. Die näheren Umstände zeigt die folgende Statistik.

Jahre	Allgemeinhandel (in Millionen Franken)		Handel der Konzessions- gesellschaften (in Millionen Franken)	
	Import	Export	Import	Export
1905	10,3	13,9	4,5	11,4
1906	13	16,4	6,7	15,7

„Der Vergleich der Allgem einst atistik der Kongoterritorien mit der Handelsstatistik der Konzessionsgesellschaften zeigt die Importbedeutung des kleinen Colonats und den fast absoluten Vorrang, den infolge des ihnen bewilligten Privilegs die Gesellschaften auf dem Gebiet des Exports hielten. Aus dem Vergleich von Import und Export der Gesellschaften ergibt sich die beträchtliche Differenz, die zwischen dem Wert der importierten Waren im Vergleich zu dem der exportierten Produkte besteht.“¹⁰¹ Die Angriffe, welche die Geschäftsführung der Gesellschaften auslöste, und auch der Ruin vieler Gesellschaften, zogen im Jahre 1910 eine teilweise Reform des Systems nach sich. Seit der Gründung von Französisch-Äquatorialafrika im

¹⁰¹ *Possessions du Congo français et dépendances. Rapport d'ensemble sur la situation générale en 1906.* Paris 1908, S. 110.

Jahre 1908 hatte man das Prinzip beobachtet, den Gesellschaften die Verwaltungsaufgaben zu entziehen, um sie der Regierung vorzubehalten. In Wirklichkeit änderte sich nicht viel, da die Kolonialverwaltung nicht die notwendigen Kräfte hatte, um an die Stelle der Gesellschaften zu treten. Diese besaßen darüber hinaus immer noch die Mittel, um Beamte zu verpflichten, ihnen „Hilfe und Beistand“ zu leisten, so daß die „Kontrolle“, der sie unterworfen waren, rein theoretisch blieb. Die „Reform“ des Konzessionswesens brachte den im geschäftlichen Niedergang befindlichen Gesellschaften nur Vorteile und bedeutete einfach die Anerkennung eines schon bestehenden Zustandes: Im Austausch für den Verzicht auf Rechte, in die sie nie voll eingetreten waren, erhielten die mit Verlust arbeitenden Gesellschaften wesentliche Vorteile und die Entbindung von einem Teil ihrer Verpflichtungen.¹⁰² So ersetzte ein am 13. Juni 1910 mit 11 von 13 im Sanghagebiet tätigen Konzessionsgesellschaften geschlossener Vertrag die dreißigjährige Konzession durch eine Art Pachtvertrag. Dieser hatte eine Dauer von zehn Jahren, konnte erneuert werden, und an Stelle der Gültigkeit für sämtliche Bodenprodukte bezog er sich nur auf die Kautschukausbeutung. Die zugebilligten Landflächen wurden beträchtlich beschnitten, was aber völlig theoretisch war, da die zuvor zugebilligten Gebiete zum größten Teil nicht einmal erforscht waren. Die Gesellschaften konnten andererseits mit einheimischen Gemeinschaften der ihnen nicht überantworteten Gebiete „Verträge“ zum Kauf des Kautschuks abschließen. Gleichzeitig gab ihnen die Verschmelzung der elf Gesellschaften zu einer Compagnie forestière Sangha-Oubangui eine festere finanzielle Grundlage.

Zur selben Zeit rettete ein ähnlicher Vertrag sechs der acht in Gabun tätigen Gesellschaften. Wiederum handelte es sich um mit Verlust arbeitende Gesellschaften. Mittels der Abtretung von 5910000 ha theoretisch bewilligter Ländereien kamen sie in die Lage, sich zwölf „Parzellen“ zu 10000 ha neben einer Waldkonzession in vollem Eigentum zuweisen zu lassen.¹⁰³ Andere Konzessionsgesellschaften erhielten das auf zehn Jahre befristete Recht, die am Rande der Wasserläufe und Lagunen ihrer früheren Konzessionen gelegenen Wälder in einer Tiefe von 5 km gegen eine Steuer von 0,50 bis zu 1 Franken je exportiertem Baumstamm auszubeuten. Am Vorabend des Krieges war die Geschäftslage dieser Gesellschaften, der

¹⁰² Siehe den wörtlichen Text in: *Annuaire du Gouvernement général de l'A.E.F.*, 1912, Paris 1912, Bd II.

¹⁰³ Rede des Generalgouverneurs Merlin auf der Sitzung vom Oktober 1910 des Regierungsrates (Conseil de Gouvernement) von Französisch-Äquatorialafrika, in: Bulletin du Comité de l'Afrique française, Nr 11, November 1910, S. 331 ff.

„Groupe du Vivier de Streel“, ausgezeichnet. Die „umgestalteten“ Gesellschaften verloren nur ihr Handelsmonopol. Das auszubeuten, hatten sie sich ohnehin nicht in der Lage gezeigt. Das „Bulletin du Comité de l'Afrique française“ bemerkt über diese Gesellschaften: „Man kann sagen, daß ihr Gesellschaftskapital fast vollständig verschwunden und daß dieser Verlust nicht ohne Einfluß auf ihre Tätigkeit gewesen ist. Indessen verschließen diese Gesellschaften, ohne direkten Gewinn für sich selbst, beträchtliche Landflächen, unterdrücken so die Konkurrenz und hindern die Eingeborenen daran, sich die benötigten Waren zu kaufen, woraus wiederum Zollverluste für die Kolonie erwachsen.“¹⁰⁴ 1912 konnte man folgende Bilanz aufstellen: 4 Gesellschaften hatten liquidiert, 20 Gesellschaften waren „umgestaltet“ worden (8 unter Zurückgabe ihrer Konzession, 12 unter Beschränkung auf den Kautschuk), 9 Gesellschaften behielten ihr altes Statut (darunter die Société du Haut-Ogooué und die Compagnie propriétaire du Kouilou-Niari).

Exporte des Kongo nach Wert und Warenart
(in Millionen Franken)

Jahre	Gesamtwert	Kautschuk	Elfenbein	Holz
1896	4,7	2,6	1,4	0,7
1898	5,6	2,7	1,5	0,5
1905	13,9	7,4	4	2,1
1906	16,4	8,6	3,5	3,9

In den Jahren unmittelbar vor dem Krieg steigen die Holzexporte Gahuns steil an (1912 im Werte von 5,5 Millionen, 1913 im Werte von 8,3 Millionen Franken). Der Hauptkäufer war Deutschland, wo man das Okumeholz zur Herstellung von Zigarrenschachteln verwendete. Der Elfenbeinexport, der sein Maximum im Jahre 1905 (210 t) erreichte, geht danach unaufhaltsam zurück. Die in den Dörfern angesammelten bedeutenden Vorräte waren geplündert worden, und das systematische Abschießen der Elefanten ließ das Elfenbein seltener werden. Was den Kautschuk betrifft, so wurde der Rekord von 1906 (1950 t Export) nie wieder erreicht. Die Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen, die Überanstrengung der zum Sammeln gezwungenen Einwohnerschaft hatten zur Folge, daß nicht mehr als 1500 bis 1700 t Kautschuk zusammenkamen. Der Preissturz seit 1911

¹⁰⁴ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, Nr 3, März 1911: Le réveil de l'Afrique Equatoriale Française, S. 105.

beendete die „Kautschukära“. Von Gabun bis zum Tschadsee führt die Kautschukkrise in Verbindung mit den Auswirkungen der militärischen „Befriedung“ sowie der wiederholten Steuererhöhungen in den Jahren 1913/1914 zu schrecklichen Hungersnöten.

b) Kamerun

Die Entwicklung in Kamerun entsprach fast genau jener Französisch-Äquatorialafrikas. Seine großen europäischen Plantagen nahmen einen etwas größeren Platz ein als in Französisch-Äquatorialafrika. Während der Amtsperiode von Puttkammer (bis 1906) waren die Bemühungen hauptsächlich auf ihre Entwicklung ausgerichtet. Von Puttkammer war von den in Fernando Póo und São Thomé erreichten Resultaten beeindruckt. Die angewandten Methoden waren die gleichen und bestanden im Kauf von als „Kontraktarbeiter“ bezeichneten Sklaven (in Dahomey, schließlich auch in Liberia).¹⁰⁵ Aber die Plantagen existierten nur in der Nähe der Küstenzone, an den Abhängen des Kamerunberges, der britischen Zone nach 1918. In den Jahren 1912/1913 zählte man in Kamerun 58 Plantagen, die 17 800 Landesbewohner beschäftigten und theoretisch 115 147 ha umfaßten. Davon waren 22 225 ha Anpflanzungen, von denen 11 393 ha bereits Erträge brachten.¹⁰⁶ Tatsächlich war der in Kamerun gewonnene Kautschuk überwiegend Wildkautschuk, er erforderte bedeutendere Investitionen. Der Eisenbahnbau war durch ihn bedingt: So die Vollendung der Linie Bonabéri-Nkongsamba im Jahre 1911 und die Inangriffnahme der Verbindung Duala-Edéa, die 1914 in einer Länge von 174 Kilometern, bis Eseka, in Betrieb war. Hinsichtlich des Kautschuksammelns wandten die Gesellschaftsangestellten die gleichen Erpressungsmethoden zur willkürlichen Verfügung über Träger, Lebensmittel, Exportprodukte ohne Bezahlung der Einwohnerschaft an. Die mit den Gesellschaften weniger übereinstimmende deutsche Verwaltung läßt ihnen nicht in jeder Beziehung freie Hand. Das äußert sich 1907 in Kribi, wo auf Grund dieser Feindschaft zwischen Gesellschaftsangestellten und Verwaltung die letztere den Einwohnern Waffen zuteilt!¹⁰⁷ Scharfe Rivalitäten herrschen zwischen der Südkamerun-Gesellschaft und den Privatfirmen in Batanga und Kribi, die der Konzessions-

¹⁰⁵ Es war dieselbe Methode, die Frankreich im weitgehenden Ausmaß trotz englischer Proteste nach 1848 angewandt hatte, um den Menschenhandel nach den Antillen fortzusetzen.

¹⁰⁶ H. Labouret, *Le Cameroun*, a. a. O.

¹⁰⁷ *Bulletin de l'Afrique française*, Nr 4, April 1908, S. 157–158.

gesellschaft Erpressungen vorwerfen, während die Gesellschaft ihre Rivalen bezichtigt, den Einwohnern Waffen und Schießpulver zu verkaufen. Schon 1906 muß sich die Südkamerun-Gesellschaft mit einer Einschränkung auf 50 Prozent des ihr 1899 vertraglich überlassenen Gebietes einverstanden erklären. Ihr Gebiet wird auf 1,5 Millionen ha in den noch unerforschten Gebieten des Inneren, zwischen Djouah und Sangha, reduziert. Trotz der ihnen gewährten beträchtlichen Vorteile befinden sich die großen Konzessionsgesellschaften in finanziellen Schwierigkeiten, welche durch die Kautschukkrise von 1907/1908 noch vergrößert werden. Wie in Französisch-Äquatorialafrika müssen sie zur Sicherung ihres Weiterbestehens nach 1909 auf eine Reform des ihnen zugebilligten Pachtsystems eingehen. Sie verzichten auf ihre Hoheitsrechte gegen Überlassung beschränkterer Gebiete zu vollem Eigentum.

c) Französisch-Westafrika

Obwohl die Kulturen in Französisch-Westafrika ausgedehnter waren, liefern die durch Sammeln und Viehzucht gewonnenen Produkte bis zum Vorabend des Krieges wertmäßig den Hauptteil der Exporte. Im Jahre 1912 stellt diese Kategorie bei einem Ausfuhrwert von fast 104 Millionen Franken in der Tat 52,2 Millionen Franken. Davon entfallen 24 Millionen Franken auf Kautschuk, 16 Millionen auf ölhaltige Produkte¹⁰⁸, 4 Millionen auf Hölzer, 2,8 Millionen auf Gummi und 2 Millionen auf Rinder. Die Kulturprodukte bringen 51,7 Millionen Franken, die fast nur von den Ölen und ölhaltigen Produkten (Erdnüsse: 40 Millionen; Palmöl und Palmenmark: 11 Millionen Franken) bestritten werden. Die anderen Produkte stellen einen verschwindend geringen Anteil, davon Mais mit 300 000, Baumwolle mit 150 000, Kopra mit 100 000, Sesam mit 86 000, Kaffee mit 45 000 und Kakao mit 25 000 Franken.¹⁰⁹

Unter den Sammelprodukten steht, wie in Französisch-Äquatorialafrika und in Kamerun, der Kautschuk an der Spitze. Dabei handelt es sich um den durch geringe Ergiebigkeit und mittelmäßige Qualität gekennzeichneten Lianenkautschuk. Der Haupterzeuger war Guinea. Schon 1870 hatte man in den Südflüssen (hauptsächlich Rio Nuñez) mit dem Export begonnen. Das damals Erdnüsse und Sesam produzierende und exportierende Gebiet

¹⁰⁸ Unter dieser Rubrik verzeichnet die Statistik auch einen Teil des Palmöls und des Palmenmarks; dieser Teil wird als Produkt der Sammeltätigkeit und nicht als Plantagenprodukt betrachtet.

¹⁰⁹ H. Cosnier, *L'ouest-Africain français*, Paris 1921.

von Boké gab diese Kulturen sehr schnell auf, um ausschließlich für Kautschuksammlung tätig zu sein. Als die Vorräte an Lianenkautschuk im Gebiet der Südfüsse aufgebraucht waren, wurden die Einwohner, die Anbau und Sammeln aufgaben, zu „Dyulas“. Sie erwarben den im Innern (Futa Djalon, Mandingo-Hochebene) gesammelten Kautschuk für Tauschhandelswaren. Schon 1890 exportierte Guinea 830 t Kautschuk. 1896/1897 geben die den Handel in Konakry konzentrierenden Zollmaßnahmen und die Besetzung des Futa Djalon der Kautschukernte einen neuen Aufschwung: 1898 stellt dieses Produkt 80 Prozent des Exportwertes von Guinea. In Kurussa entsteht eine Schule zur Ausbildung von Praktikern. Diese sollen der Bevölkerung vermitteln, wie sie die Gummibäume anzupfen und die Gummimilch zu präparieren hat. Von 1900 bis 1906 hält sich der Export auf der Höhe von ungefähr 1500 t jährlich. Nur 1901/1902 kommt es zu einem von der Weltkautschukkrise verursachten Rückgang. Der Preis für das Kilo Kautschuk beträgt 1899 8,50 Franken und fällt zu Beginn des Jahres 1901 auf 4,40 Franken. Im Jahre 1903 steigt er dann wieder auf 8,50 Franken und geht 1904 auf 9 Franken über. Die hohen Profite der Jahre 1899/1900 hatten zur Folge, daß man den Kautschuk verfälschte: Die Kautschukbälle enthielten bis zu 25 Prozent Verunreinigungen. Mit dem Beginn der Krise verringerte sich die Nachfrage nach Guinea-Kautschuk zugunsten der Kautschuksorten des Kongo. Man traf – seit 1901 – Kontrollmaßnahmen, und zwar bei der Ankunft der Karawanen in Konakry und in den übrigen Häfen. Die Bälle wurden aufgeschnitten und Steine und Erde, womit sie gefüllt waren, entfernt. Eine zweite Kontrolle nahm der Zolldienst vor, der den Latex mit zu starker Beimengung von Baumharz zurückweisen mußte und der für die Qualität des geprüften Kautschuks durch Plombierung der Säcke oder Fässer garantierte. Schließlich bemühte man sich, die Ablieferung des Kautschuks in Bällen, was die Warenverfälschung begünstigte, zugunsten der Ablieferung in Kautschukkekuchen zurückzudrängen. In dieser Form konnte der „Red Nigger“ von Guinea die Märkte erobern. Aber im Gesamtrahmen Französisch-Westafrikas ließ sich die Kontrolle schwer anwenden. Mit einer Verfügung vom 1. Februar 1905 untersagte man die Zirkulation des verfälschten Kautschuks und glaubte, damit einschneidend vorgegangen zu sein. Diese Verfügung wurde aber nie durchgesetzt, da sich die Angestellten der Faktoreien der Nachprüfung „sogar unter Androhung von Waffengewalt“ widersetzen.¹⁴⁰ 1906 überschritt der Kautschukexport erstmals

¹⁴⁰ H. Cosnier, *L'Ouest-Africain français*, a. a. O., S. 10/11.

1500 t. Die Ziffer galt als das erlaubte Maximum, das den Fortbestand der Kautschuklianen gewährleistete. Die Preise stiegen dabei auf 11 und 12 Franken. Nach einer neuen Kautschukkrise von 1907/1908 wiederholte sich der Aufschwung und erreichte in den Jahren 1909/1910 den Höhepunkt: Die Produktion überstieg 2000 t, die in Konakry gezahlten Preise erreichten 15 und 20 Franken. (Im Innern zahlte man 12 Franken.) Zur selben Zeit kostete das Kilogramm Reis 1 oder 1,5 Franken. Die Erweiterung des von Konakry ausgehenden Schienenwegs¹¹¹, der Kindia 1905, Kurussa 1910 erreichte, trug zur Ausweitung des „Kautschukfiebers“ bei.

In der Elfenbeinküste hatte das Abernten des Wildkautschuks besonders nach 1899 (nach Gründung der Märkte von Tiassalé und Aboisso) zugenommen. Die Kautschukexporte der Elfenbeinküste erreichten 1906 den Wert von 6,4 Millionen Franken, fast die Hälfte des Wertes der Kautschukexporte Guineas. Senegalesische oder sudanesishe Zwischenhändler organisierten die Kautschukernte. Die Kautschukausbeutung war dennoch weniger intensiv als in Guinea, da die Erschließung der Waldzone noch in den Anfängen war. Der Kautschuk hatte wertmäßig einen geringeren Anteil an den Exporten als in Guinea. Palmkerne und Palmöl, Hölzer (Mahagoni) und Kolanüsse spielten eine bedeutende Rolle. Auch Sudan und Senegal erzeugten beträchtliche Mengen Kautschuk; im Sudan wurde er seit 1896 sogar als Steuer in Zahlung genommen. Er wurde von Regierungsdampfern abgeholt, die zu diesem Zweck leer bis Kayes fuhren. Auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1910 wurde die Kautschukproduktion Französisch-Westafrikas auf mehr als 4000 t geschätzt und mit 32 Millionen Franken veranschlagt. Der Fiskus nahm für 2,5 Millionen Franken Kautschuk als Steuern an.

Der endgültige Ausbruch der Krise kam 1911. Die in Asien im Verlauf der vorangegangenen Jahre angelegten Heveapflanzungen lieferten erstmals Kautschuk. Im Jahre 1910 machte der Plantagenkautschuk, der besserer Qualität war und viel geringere Gestehungskosten hatte, bereits 12 Prozent der Weltproduktion aus. 1913 hatte sich sein Anteil auf 50 Prozent erhöht. Parallel damit ging Afrikas Anteil an der Weltkautschukproduktion

¹¹¹ Die Arbeitskräfte wurden wieder durch zwangsweise Aushebung besorgt, und zwar oft aus weit entfernt liegenden Gebieten, einschließlich aus dem Sudan. „Mit den rohen und unausgebildeten Bevölkerungen des Landes mußte gearbeitet werden. Diese wenig bekannten Schwarzen haben eine wirkliche Armee von Tagelöhnern und Erdarbeitern gestellt, im Jahre 1909 mehr als 10–12 000 Mann gleichzeitig“. (R.I., Nr. 55, 30. November 1910, S. 665.)

Kautschukexporte Französisch-Westafrikas
(in Tonnen)

Jahre	Senegal und Sudan	Guinea	Elfenbeinküste	Insgesamt
1892	32	770	50	852
1900	440	1 464	1 052	2 956
1905	1 067	1 415	1 180	3 662
1909	1 265	1 810	1 242	4 317
				(Maximum)
1910				4 077
1911				3 537
1912				3 783
1913	149	1 455	962	2 566

zurück. Er betrug 1912 noch 25 Prozent und 1913 18 Prozent der Weltkautschukproduktion (1920 lag er bei 3 bis 4 Prozent). Zwischen 1910 und 1913 verringerte sich unter dem Druck des Preissturzes und der Überfüllung des Marktes die Jahresproduktion Französisch-Westafrikas an Kautschuk um 1500 t, und der Gesamtumfang des Handels Französisch-Westafrikas ging um 60 Prozent zurück. Zahlreiche abgelegene Faktoreien, die hauptsächlich Kautschuk gehandelt hatten, mußten schließen. Wie Französisch-Äquatorialafrika und Kamerun bekam auch Guinea die Folgen dieser Entwicklung zu spüren. Schon 1906 wurde man auf die besorgniserregenden Folgen der Kautschukspekulation aufmerksam. Nicht nur die Exportkulturen (wie die ölhaltigen Produkte in Unterguinea), sondern auch die Nahrungsmittelkulturen wurden so sehr vernachlässigt, daß es zu einer empfindlichen Preissteigerung für Reis kam. Im Futa Djalon und dem Gebiet von Dinguiraye stellte sich von da ab regelmäßig zu Beginn jeder Regenzeit der Mangel ein.¹¹² 1911 bemerkt ein europäischer Reisender, daß es im Futa Djalon unmöglich sei, sich Reis zu verschaffen. Sein Diener vermochte von einem Syrer nur zu einem unerhörten Preis eine geringe Menge zu erhalten. Verantwortlich dafür ist der Kautschuk: „Der europäische Ansturm auf dieses Produkt hat in den ländlichen Sitten der mit diesem unseligen Reichtum ausgestatteten Länder zwei Ursachen tiefgreifender Umwälzungen geschaffen: Die Auflassung der weniger lohnenden Felder, die Vervielfachung der Trägerdienste, jener geisttötenden

¹¹² Rapport d'ensemble sur la situation générale de la Guinée française en 1906, Conakry 1907.

Fron, von der übrigens, wie man weiß, oft nur der Name mit der Freiwilligkeit etwas gemein hat.“¹¹³ Diese Lage verschlimmerte sich mit der Kautschukkrise der letzten Vorkriegsjahre. Im Laufe der Jahre 1913/1914 wütete der Hunger, verschärft durch das wachsende Gewicht der kolonialen Lasten (unaufhörliche Steuererhöhungen, Requirierungen usw.), mehr oder weniger stark in ganz Französisch-Westafrika. Der Hunger nahm in Französisch-Äquatorialafrika zu und erfaßte das Gebiet bis zum Tschadsee. Die Krise machte sich in der Elfenbeinküste weniger bemerkbar; dort hatte der Kautschuk nicht den Charakter einer Monokultur, und die „Befriedungsfeldzüge“ seit den Jahren 1909–1911 hatten jeden Fortschritt im Kautschukhandel unterbunden.

Der Krieg von 1914 bis 1918 mit seiner wachsenden Belastung der Bevölkerung (Versorgung des Mutterlandes mit Lebensmitteln und Rohstoffen, Rekrutierung von Männern für den Militärdienst) vergrößerte Elend und Not und führte zu zahlreichen Erhebungen. Für den „Kriegsbeitrag“ erhöhte sich der Kautschukexport Französisch-Westafrikas 1915 auf 1714 t, obwohl der durchschnittliche Kaufpreis im Landesinnern nicht über 2,50 Franken pro Kilogramm hinausging, „ungeachtet des friedlosen Zustandes des Sudan“¹¹⁴. Tropisch-Afrika hatte sich unmittelbar nach dem Kriege von der Kautschukkrise noch nicht erholt. Damals konnte ein Autor schreiben: „Für viele Gebiete ist auf lange Sicht die Kautschukausbeutung das einzige Mittel für den Eingeborenen, sich das Geld zu verschaffen, dessen er bedarf.“¹¹⁵ Die einzige in einem echten Fortschritt begriffene Produktion war die der Erdnuß. Sie beschränkte sich auf die Senegal-Kolonie und einen geringen Teil des Sudan (Ober-Senegal-und-Niger).

Erdnußexporte in Tonnen

Jahre	Senegal und Sudan	Guinea	Dahomey	Insgesamt
1892	46 790	103	–	46 893
1895	51 600	460	–	52 060
1900	140 911	900	50	141 861
1905	93 174	49	21	93 244
1910	233 600	560	17	234 177
1913	238 539	3577	–	242 116

¹¹³ A. Guignard, *Zig-zags en A.O.F. (II)*, in: Bulletin du Comité de l'Afrique française, Nr 10, Oktober 1912, S. 400–401.

¹¹⁴ H. Cosnier, *L'Ouest-Africain français*, a. a. O., S. 8.

¹¹⁵ Ebenda, S. 7.

Die Gesamtproduktion erreichte ohne Zweifel ungefähr 300 000 t. Aber diese Fortschritte bringen vor allem die Ausdehnung der Erdnußkulturen auf Kosten der lebensnotwendigen Produkte und der zur Erholung des Bodens unbedingt erforderlichen Brachen zum Ausdruck. Die Verbreitung der Erdnußkultur folgt dem Bau der Eisenbahnlinien. Am Ende des 19. Jh. fällt der erste Aufschwung des Erdnußanbaues mit der Betriebsaufnahme der Verbindung Dakar–Saint-Louis zusammen.¹¹⁶ Kayor wurde damals

¹¹⁶ Betreffend den Bau der Eisenbahnlinie Dakar–St. Louis, der einer Privatgesellschaft übertragen wurde, sei der folgende bezeichnende Text angeführt: „Man kam auf den Gedanken, im Senegal eine Eisenbahn von Dakar nach St. Louis zu erbauen. Die sehr beschäftigten großen Werke in der Metropole verlangten je Bahnkilometer 120 000 Franken. Die Société des Batignolles bot 80 000 Franken, was unter den gegebenen besonderen Schwierigkeiten der Verlegung einer Bahnlinie mitten in der Wüste ein Unfug war. Etienne ließ jedoch die Konzession erteilen. Aber vorsorglich ließ er saubere Vertragsbedingungen aufsetzen. O! Ihr lieben Steuerzahler, das war eine schöne Arbeit. Zur Verlegung der Trasse wurde keinerlei Schotter verwendet, man häufte Sand und selbst Muscheln auf und legte leichte Schienen darüber. Einige in gewissen Abständen voneinander befindliche Bretterbaracken stellten die Bahnhöfe dar. Dann ließ man die Lokomotive losfahren. Eine Spezialklausel des Vertrages bestimmte, daß die Linie nach Abschnitten von 20 km *geliefert* werden dürfte. War so ein Abschnitt fertiggestellt, so ließ man einen staatlichen Ingenieur kommen, der die Arbeit mit geschlossenen Augen abnahm. Alsogleich erklärte man die Linie für den Verkehr freigegeben, und die Gesellschaft vereinnahmte die vereinbarte Summe. Man setzte den Bau dann fort. Wenn die Linie beendet war, veranstaltete man ein Bankett. Mit großem Aufwand an offiziellen Ansprachen verkündete man der Bevölkerung der Metropole, daß dem Verkehr und der Zivilisation Frankreichs soeben ein neuer Weg erschlossen war. Noch kein Jahr war vergangen, da bröckelten die aus Sand bestehenden Bahndämme fast überall ab, wobei sie die Schienen im leeren Raum hängen ließen. Der Samum warf die Baracken um, die Schienenschwellen wurden von den Insekten zerfressen, die Lokomotiven vom Pulverstaub abgenutzt. Weder Schienengeweg, noch Bahnhof, noch rollendes Material waren mehr vorhanden. Aber da der Staat die Arbeit abgenommen hatte, fielen alle Reparaturen ihm zur Last. Es mußte alles noch einmal gemacht werden, und die Eisenbahn St. Louis–Dakar kam auf 300 000 Franken den Kilometer! Aber die Société des Batignolles hatte die große Summe verdient.“ (*F. D. Delaisi*, Comment on lance une conquête coloniale, in: *Le Crapeauillot*, Sondernummer, Januar 1936, S. 47.)

Was die Bewirtschaftung der Linie betraf, so ging sie unter den folgenden Bedingungen vor sich: Der Staat garantiert der Gesellschaft eine Jahreseinnahme von 1154 Franken für jeden in Betrieb befindlichen Bahnkilometer . . . Der zulässige Geldverbrauch umfaßte die Kosten der Unterhaltung und Bewirtschaftung (dar-

Großlieferant von Erdnüssen. Mit dem Abschluß einer Teilstrecke der Eisenbahnlinie Thiès–Kayes stellt sich ein neuer Anstieg ein. Diese Linie soll die direkte Verbindung zwischen Dakar und dem Sudan sicherstellen. Die im Jahre 1909 eröffnete Sackbahn Thiès–Diurbel schafft die Voraussetzung für die Entwicklung der Erdnußkultur im Baol und im Sine-Salum. 1910 wird die Linie bis nach Guinguinéo verlängert, und bald darauf konnte durch Abzweigung einer Strecke von Guinguinéo nach Kaolack der direkte Abtransport der Erdnüsse über diesen Hafen erfolgen. Gegen die Proteste der Handelskammer von Rufisque wird 1910 die Handelskammer von Kaolack gegründet. Die Erdnuß verbreitet sich sogar am oberen Senegal und längs der Eisenbahnlinie Kayes–Kulikoro.¹¹⁷ Die Verlängerung dieser Strecke um 42 km längs des Senegal von Kayes nach Ambidedi, dem Ausgangspunkt der späteren Verbindung nach Thiès, ermöglicht die Umgehung der letzten gefährlichen Stromschnellen des Senegal. Von Ambidedi werden die Erdnüsse auf dem Wasserwege nach St. Louis transportiert. Der Umfang der Transporte wird dadurch begrenzt, daß der Senegal nur zwei bis zweieinhalb Monate jährlich schiffbar ist. Doch alle diese Fortschritte brachten der Wirtschaft keinen wirklichen Aufschwung. Die Er-

unter die hohen Bezüge einer ansehnlichen Zahl von Beamten mit Sinekuren) und diese obligatorische Einnahme. Von dieser Gesamtsumme wurden die wirklichen Einnahmen der Bahn in Abzug gebracht... und der sich ergebende Fehlbetrag wurde vom Staat gedeckt. (*Cb. Rotté*, *Les Chemins de fer et tramways des colonies*, Paris 1910.) Siehe auch A. H. *Canu*, *La Pétaudière coloniale*, Paris 1894.

- ¹¹⁷ Der Bau der Linie von Kayes an den Niger hatte kaum weniger Skandale hervorgerufen als der Bau der Linie Dakar–St. Louis... Der Bau der Strecke hatte 1881 begonnen: „Schlecht geplant, unmethodisch verlegt, für einen ernsthaften Verkehr zu leicht gebaut, schluckte sie für die Errichtung der 54 ersten Bahnkilometer die phantastische Summe von 24 Millionen Franken [es handelt sich um Goldfranken – Jean Suret-Canale]. Das mutlos gewordene Parlament bewilligte nur noch die zum Unterhalt notwendigen Kredite.“ (*L. Hubert*, *L'Eveil du monde*. – *L'Œuvre de la France en Afrique occidentale*, Paris 1909, S. 125.)

Die Arbeiten wurden 1885 unterbrochen, dann beendigte Gallieni, nachdem das Material an Ort und Stelle angelangt war, mit den an Ort und Stelle verfügbaren Mitteln, das heißt mit unbezahlter Zwangsarbeit, die Linie bis Bafoulabé (vgl. *J. Suret-Canale*, *Schwarzafrika*, Berlin 1966, Bd I, S. 252).

„1888 wurde die Linie der Militärverwaltung übergeben. Aber diese Eisenbahn war unbrauchbar; die Schienen hatten hier eine Spurweite von 50 cm und dort eine solche von 60 cm, die Infrastruktur war jämmerlich, Umladungen, Aufenthalte, verhinderten jede ernstliche Verkehrsregelung.“ (*L. Hubert*, *L'Eveil du monde*, a. a. O., S. 125.) Die gesamte Arbeit war zu wiederholen.

träge sind und bleiben niedrig. Es handelt sich um eine Tonne je Hektar, gegen zwei bis drei Tonnen, die in den übrigen Produktionsgebieten den Durchschnitt bilden. Man stellt einen Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Erträge und dem Alter des Anbaus fest – eine Folge der verkürzten Zeit der Brache und der Anwendung der halmlosen Brache, bei der das Stroh verkauft wird. Die Böden verarmen, werden von Regen und Wind erodiert. Die seit alters her bebauten Gebiete sind wegen der neuen Anbaugebiete zum Teil verlassen. Die nördlichsten Gebiete der angebauten Zone (N'Diambour und Kayor) werden bevölkerungsarm. Tausende von Einwohnern verließen nach der Fertigstellung der Eisenbahnlinie Thiès-Kayes das Gebiet von Louga, und die Erdnußproduktion fiel von 12 000 auf 3000 t.¹¹⁸ Schließlich weist auch die Qualität einen Rückgang auf; der Ölgehalt der Ednüsse verringert sich. Das ist die Wirkung der Bodenerschöpfung, der Entwicklung der Parasiten, der regelrechten negativen Auslese, die jene Händler zu verantworten haben, die ihre von den Exporteuren zurückgewiesenen „Magazinvorräte“ den Bauern als Saatgetreide verkaufen. Auch dadurch wächst das Elend. Die einst traditionellen Reservespeicher verschwinden, und alle Versuche, die Bevorratung auf administrativem Wege (Bildung der „Sociétés indigènes de prévoyance“) durchzuführen, führen oft zu einer doppelten Ausbeutung des Bauern.

Die Ölpalmenprodukte bilden neben Kautschuk und Erdnüssen den dritten Hauptposten der Ausfuhr Französisch-Westafrikas. Die Erdnußausfuhr stellte im Jahre 1909 wertmäßig 87 Prozent der Gesamtausfuhr Französisch-Westafrikas dar. So fühlbar auf dem Gebiet der Ölpalmenprodukte die Produktionsfortschritte waren, die Exporte aus dieser Produktion hielten mit dieser nicht solchen Schritt, wie im Falle des Kautschuks und der Erdnuß. Von 1892 bis 1909 verfünffachten sich die Exporte aus der Kautschukproduktion. Die gleiche Steigerung trat von 1892 bis 1913 in den Exporten aus der Erdnußproduktion ein. In dieser Zeit beträgt die Progression für Exporte aus der Palmölerzeugung nur 40 Prozent. Die Exporte an Palmkernen haben sich etwas mehr als verdoppelt.

Ein beträchtlicher Teil der Produktion hat mehr als Sammelprodukt denn als Ergebnis der Pflanzungskultur zu gelten. Die Fläche der Palmenhaine und die Anzahl der Palmbäume nach der Schätzung von 1920 zeigt die letzte Tabelle auf Seite 75.

Aber mangels Arbeitskraft und Wasser werden die Palmenhaine nur in geringem Maße wirtschaftlich genutzt (zu 50 Prozent in Dahomey, 33 Prozent in der Elfenbeinküste und 25 Prozent in Guinea).

¹¹⁸ H. Cosnier, *L'Ouest-Africain français*, a. a. O., S. 35/36.

Palmkernexport
(in Tonnen)

Jahre	Elfenbeinküste	Guinea	Senegal	Dahomey	Insgesamt
1892	1130	2300	1244	14 400	19 074
1895	1500	2630	488	21 175	25 793
1900	3107	3180	430	21 986	28 703
1905	3169	2810	903	17 480	24 362
1910	5423	4580	1449	34 784	46 236
1912	6800	5134	1760	37 295	50 989
1913	6949	5172	2021	26 371	40 513

Palmkernproduktion Togos 1907: 4346 Tonnen

Palmölexport

Jahre	Elfenbeinküste	Guinea	Senegal	Dahomey	Insgesamt
1892	5500	176	—	4 752	10 428
1900	4340	62	—	8 920	13 322
1910	5955	156	—	14 623	20 734
1913	6014	284	—	7 971	14 269

Palmölproduktion Togos 1907: 998 Tonnen

Palmenhaine im Jahre 1920

Land	Fläche des Palmenhains	Zahl der Palmbäume
Elfenbeinküste	7000 km ²	42 Millionen
Dahomey	6000 km ²	36 „
Guinea (Südflüsse)	2500 km ²	15 „
Togo	2000 km ²	12 „

Der Ertrag hätte in Dahomey bei 162 000 t Öl durch einfache Auspressung bzw. 200 000 t durch industrielle Verfahren liegen müssen, abgesehen von 155 000 t Palmkernen. Der Anteil der Ausfuhr macht bei Palmkernen ein Fünftel des Ertrages aus und etwas mehr als ein Zehntel bei Öl, das einen großen inneren Bedarf deckt. Diese Sachlage bringt das Fehlen jedweder Auslesebemühungen, das Fehlen mechanischer Ausrüstungen und die schlechten Produktionsbedingungen zum Ausdruck. Die Herstellung erfolgt manuell, und das Öl enthält 20 bis 50 Prozent Fettsäuren. Die

anderen Produkte stellen nur eine bunt zusammengewürfelte und bedeutungslose Erscheinung von ganz geringen Mengen dar. Obwohl die Ausfuhr von Hölzern (Mahagoni) aus der Elfenbeinküste stieg, unterlag sie dennoch Schwankungen.

Holzexport der Elfenbeinküste

1892	7 000 t	1910	13 785 t
1900	13 000 t	1911	23 800 t
1905	9 600 t	1912	30 500 t
1907	20 000 t	1913	42 652 t

Die Baumwolle brachte nach unzähligen fehlgeschlagenen Versuchen nichts ein. 1913 lieferte Französisch-Westafrika davon nur eine unbedeutende Menge. Es war die Hälfte der Produktion Deutsch-Ostafrikas bzw. ein Elftel der Britisch-Westafrikas. Dabei waren diese Länder selbst nur sehr schwache Produzenten. Der Gummi des Senegal (für die Jahre 1910 bis 1913 durchschnittlich 3000 t jährlich) stellt nur dem Werte nach ein erwähnenswertes Element dar. Französisch-Westafrika exportiert nur 350 t Kopra, einige hundert t Kakao (die Goldküste zur gleichen Zeit als größter Welterzeuger an Kakao fast 100 000 t). Die Elfenbeinküste liefert 1892 an Kaffee 35 t für den Export, 1904 sind es 75 t, 1913 23 t. Nicht ergiebiger für den Export sind die Tropenfrüchte. Mit Erfolg wurde in Guinea die China-Banane akklimatisiert, zum erstenmal werden im Jahre 1903 7 t exportiert. 1914 sind 500 Hektar bepflanzt, aber das Fehlen jeglichen organisierten Transportsystems führt schließlich zum Fehlschlag. Die Entwicklung der Erdnuß im Senegal und das Kautschukfieber haben zu einem Rückgang des Nahrungsmittelanbaues geführt. Die unzureichende Getreiderzeugung wird damit zu einer ständigen Erscheinung. Einzig der Mais Dahomeys und Togos ermöglicht eine geringe, sehr unregelmäßige Ausfuhr (Dahomey: 20 000 t im Jahre 1908, 72 t im Jahre 1911, 13 250 t im Jahre 1913; Togo: 19 300 t im Jahre 1907, 30 000 t im Jahre 1908). Aber der Jahresdurchschnitt der Reisimporte aus Indochina nach Französisch-Westafrika steigt in den zehn Jahren von 1906 bis 1915 auf 29 000 t, wovon zwei Drittel auf den Senegal entfallen. 1914 bedeutet der Import von 63 000 t Reis keine Abhilfe der Hungersnot.

d) Die Minenbetriebe

Die vor 1914 in Französisch-Westafrika durchgeführten Versuche zur Minenausbeutung sind erwähnenswert.¹¹⁹ Seit dem Beginn der Kolonisation und selbst ehe die politische Besitzergreifung beendet oder konsolidiert war, zog der traditionelle Ruf des Goldreichtums Westafrikas Abenteurer und Spekulanten an.¹²⁰ An Stelle wissenschaftlicher Goldsuche richtete sich ihr Interesse selbstverständlich auf die schon von den afrikanischen Goldwäschern ausgebeuteten Gebiete Bambuk, Bure und einige Gegenden der Elfenbeinküste. Es gab Konflikte mit den einzelnen Einwohnerschaften wegen der systematischen Mißachtung ihrer Rechte. Die mit dem Dekret vom 6. Juli 1899 eingeleitete Minengesetzgebung beschränkte die traditionellen Goldwäscher auf die „oberflächlichen Fundschichten“ im Rahmen der „gewöhnheitsrechtlichen Zuständigkeitsbezirke“, was für alle französischen Kolonien des afrikanischen Kontinents galt. Aber meistens hütete man sich, diese Bestimmungen den Betroffenen zur Kenntnis zu bringen; und übrigens, was ist die Definition einer „oberflächlichen Fundschicht“ im Falle der schon bis zu einer gewissen Tiefe von den Afrikanern ausgebeuteten Quarzgänge? Abenteurer und Börsenspekulanten waren auf schnelle Gewinne und nicht auf Investitionen aus: sie verstanden nichts von der Technik, und die wenigen Initiativen zu einer modernen Ausbeutung führten auf Grund mangelnder Sachkenntnis fast immer zu Fehlschlägen. Darüber hinaus waren mit wenigen Ausnahmen die bekannten Fundschichten zwar im Sinne der althergebrachten handwerklichen Ausbeutung „rentabel“, nicht aber im Sinne einer kapitalistischen Ausbeutung. Die wenigen in

¹¹⁹ In Französisch-Westafrika schlossen die den großen Gesellschaften bewilligten Konzessionen die Rechte auf die Ausbeutung des Untergrundes ein. In Ermangelung der geringsten Prospektion und jeder Möglichkeit des Abbaus und Abtransports, was sich vor allem aus dem Geist des Konzessionssystems selber erklärt, wurden diese Rechte praktisch nicht wahrgenommen, wenn nicht zu Zwecken der Börsenreklame. Ein großer Teil der folgenden Auskünfte sind der Gefälligkeit von M. J. Vogt zu verdanken, der so freundlich war, mir seine in den öffentlichen Archiven des ehemaligen Generalgouvernements von Französisch-Westafrika und der Republik Mali gemachten Notizen mitzuteilen. Die Zitate ohne Bezugnahmen stammen aus den Archiven der früheren Bundesdirektion für Bergwerke und Geologie (Dakar).

¹²⁰ Über diese Periode siehe für Bambuk E. Ackermann, *Une Région aurifère de l'Afrique occidentale française: les territoires miniers de la Falémé*, Rixheim 1906 und Desplagnes, *Les sources du Bakoy, régions aurifères soudanaises*, in: *La Géographie*, XVI, 1907, S. 225–235.

Ober-Guinea unternommenen Versuche zur Errichtung bergwerklicher Betriebe wurden durch den Krieg unterbrochen. Schon vor 1900 dienen „Verträge“ mit den örtlichen Häuptlingen, dann die Bewilligung von Minenbetriebserlaubnissen durch die Kolonialbehörden zum Vorwand für die Bildung von Börsengesellschaften, die viel eher dazu bestimmt sind, das Gold aus den Geldkatzen leichtgläubiger Europäer zu ziehen, als dasjenige des Sudan auszubeuten. So wird 1896 als Folge eines „Vertrages“, den ein Abenteurer mit dem Häuptling des Dorfes von Diulafundi (Bambuk) geschlossen hat, von einer französisch-englischen Interessentengruppe, der der Herzog von Essex präsidiert und ein französischer General zur Seite steht, geräuschvoll eine Gesellschaft des vielversprechenden Titels The Faleme Golden Valley ins Leben gerufen. Ein großes Piccadilli-Bankett leitete ihre Tätigkeit ein, die eine der kürzesten war und sehr bald endete. Diese Erscheinung wird für die Zeit nach 1900 geradezu charakteristisch. Man ging so weit, ein Projekt aus der Taufe zu heben, das die Verbindung von Goldschürfung und Wollbaumplantagen (!) vorsah. Verträgen und Schürferlaubnissen folgen nur im Ausnahmefall wirkliche und ernsthafte Arbeiten. Der 1896 in Bambuk reisende Hauptmann Ballieu sucht vergeblich „die Abteufungen dieser Prospektoren“ und legt „die Nichtigkeit ihrer Bemühungen und die Leichtfertigkeit ihrer Erkundungen“ dar. Die Prospektoren „besuchen die von den Eingeborenen ausgebeuteten Areale, wobei sie von Zeit zu Zeit Forderungen in dem Sinne aufstellen, daß ihr Hauptziel die einfache Ersetzung des Eingeborenen durch einen Europäer ist“. Einige von ihnen verlassen nicht einmal Paris und beschränken sich darauf, auf der Grundlage indirekter Erkundigungen Erlaubnisscheine zu erbitten, wobei sie auf Unterstützung einflußreicher oder hochgestellter Freunde hoffen. 1903 stellt man in Guinea fest, daß die Mehrzahl der Erlaubnisscheine an „Stroh Männer oder Spekulanten vergeben wurde, die ihre Anrechte bereits verkauft haben“.¹²¹ Die kurzlebige Compagnie Minière du Soudan français sichert sich für mehr als 150 000 Hektar Erlaubnisscheine. Die Compagnie Minière de Falémé-Gambie nimmt das Monopol auf die Vorkommen von Bambuk und Bure in Anspruch, wobei sie „den Besitz der Minenrechte mit der fast vollständigen Zusammengehörigkeit der goldführenden Flußufer ihres Gebietes“ begründet. Die „Minenbewegung“ wird für die Jahre 1907 und 1908 in Guinea, d. h. für das Gebiet von Siguiri, geradezu typisch. Zur Umgehung der Begrenzungsklauseln für die zugebilligten Flächen haben sich die Konzessionäre in

¹²¹ Archives fédérales de l'A.O.F. 3 P 20/1903. Guinée.

Gruppen vereinigt. 1908 sind auf den Goldfeldern von Siguiri 24 Europäer und 1000 Arbeiter zu finden.¹²² Die Konzessionäre bemühen sich manchmal, die traditionellen Goldwäscher auszuschalten. 1909 gehen sie in Fatoya sogar so weit, einen Sumpf abzusperren, um das Auswaschen des Goldes aus den Flußanschwemmungen zu verhindern. Die daraus resultierenden Unruhen führen 1914 zur gerichtlichen Ausweisung der Compagnie des Mines de Siguiri, da die Kolonialverwaltung über die politischen Risiken, die sich aus dem Vorgehen der Gesellschaften ergaben, bestürzt war.

Zur gleichen Zeit führen die Gesellschaften eine heftige Kampagne gegen die Gesetzgebung von 1899. Im Jahre 1910 posaunt die Compagnie minière du Soudan français, die auf die Goldwäscher stößt, daß „die französische Regierung, deren Fahne überallhin die zivilisatorische (sic!) Idee trägt, die unmenschlichen, weil unmethodischen ... und zahlreichen Unfälle nach sich ziehenden Arbeiten der Eingeborenen im Sudan nicht länger zu dulden hat“. Aber diese interessierte Besorgnis ist kaum überzeugend, da das technische Verfahren der Gesellschaften keineswegs dem der nach Urväterart arbeitenden Handwerker überlegen ist. Das aus Abenteurern gebildete Personal hat im allgemeinen keinerlei Sachkenntnis, und die finanziellen Hilfsmittel der Gesellschaften – die durch Zuwendungen an die Beamten geschmälert worden sind – reichen nicht aus, um den Kauf, und vor allem den Transport an Ort und Stelle, der notwendigen Ausrüstungen zu ermöglichen. 1910 transportiert die Société du Kémou eine kostspielige Ausrüstung an den oberen Falémé, die sie jedoch mangels Wasser nicht in Betrieb setzen kann ... Die Société commerciale et minière de Satadougou (Sudan) erschöpft ihre Hilfsmittel durch den Transport ihrer Ausrüstungen. Ebenso scheitert die 1906 gebildete Société de dragages aurifères du Tinkisso. Der Kommandant des Kreises von Satadougou bemerkt 1908: „Obwohl fast der ganze Kreis von Satadougou in Form von Erlaubnisscheinen für minenmäßige Erkundung und Ausbeutung verteilt ist, hat sich hier noch keinerlei Abbaubetrieb eingerichtet.“¹²³ Die sich aus den Methoden verschiedener Gesellschaften ergebenden Reibungen werden von der Kolonialverwaltung kaum geschätzt. So ruft die Société du Kémou um 1910 einen Streik hervor, der ohne Zweifel einer der ersten im Sudan ist. In der Elfenbeinküste kommt es ebenfalls zu einer Reihe von Finanzspekulationen und technischen Fehlschlägen. Die Société française des gisements aurifères du Comoé et affluents (1907–1914) erschöpft ihre Hilfsmittel, um die Einzelteile eines Baggers über die Stromschnellen von Malamalasso zu

¹²² Archives fédérales de l'A.O.F. 3 P 9 *bis*/1909.

¹²³ Archives nationales du Mali. Satadougou.

bringen. Der Bagger wird zwar zusammengesetzt, arbeitet aber niemals. Seine traurigen Überreste befinden sich noch an Ort und Stelle nahe der Einmündung der Manzan. Die in der Goldküste erzielten Resultate veranlassen die Gründung zahlreicher Gesellschaften im Grenzgebiet (Bia, Sanwi). Dazu gehört die Société minière de Kokumbo (1904). Die Kolonialverwaltung bemerkt von dieser Gesellschaft, daß schon bei ihrer Gründung „die finanziellen bei weitem die industriellen Erwägungen überwiegen“. Diese Erkenntnis läßt sich auch auf die meisten der anderen Minengesellschaften der Elfenbeinküste anwenden. Zwischenfälle im Siguirgebiet veranlassen die Kolonialverwaltung, sich der europäischen Ausbeutung des Goldes im Lobi-Land zu widersetzen, das damals kaum kontrolliert wurde und in dem dieses Eindringen hätte Schwierigkeiten hervorrufen können. Insgesamt sind die Resultate der Minenausbeutung in Französisch-Westafrika als sehr gering zu veranschlagen. Sie richtete sich auch fast ausschließlich auf die Goldsuche. In Französisch-Äquatorialafrika war Kupfer eines der ersten Erze, das Beachtung fand und im Tal des Niari seit dem Ende des 19. Jh. festgestellt wurde. Die Kontrolle der Kupfervorkommen dieses Gebiets war eine der Ursachen der Rivalität zwischen Brazza und den Vertretern Leopolds II. Das Erz war übrigens schon von den Afrikanern ausgebeutet worden, und eine sogenannte Compagnie hollandaise begann gegen 1900 seinen Abbau fortzusetzen.¹²⁴ Dieser sich auf das Lager von Minduli beschränkende Abbau ging zunächst so vor sich, daß das Erz mit Menschenkraft nach Loango transportiert wurde. Die 1905 zur Weiterführung dieses Abbaus gegründete Compagnie minière du Congo français vereinigte die Vertreter der hauptsächlichen Gruppen von Geschäftsleuten (Fondère, Guynet, Du Vivier de Streel). Dann errichtete man eine Feldbahn, die 1911 vollendet wurde und den Transport des Erzes von Minduli nach Brazzaville gestattete, von wo es mit der belgischen Eisenbahn befördert wurde. Von 1911 bis 1914 verfrachtete man auf diesem Wege 7000 t Erz. Unter diesen Umständen hatte die an den Tag gelegte Geschäftstätigkeit mehr das Ziel, Illusionen bei den Aktionären zu wecken, als ökonomisch greifbare Resultate zu erzielen.¹²⁵

¹²⁴ D. Levat, Notice géologique et minière sur le bassin cuprifère du Kouilou-Niari (Congo-français); in: Annales des Mines, 10. Serie, 1907, Bd XI, Mémoires, S. 5–65.

¹²⁵ Pobéguin, Mission d'études au Moyen-Congo. in: A.F., 1920. Nr 9–10 und 12, und G. Bruel, Inventaire scientifique et économique du Moyen-Niari, in: A.F., R.C., 1925, Nr 4, S. 101–119 und vor allem Nicolai, Recherche de minéralisations en cuivre, plomb, zinc, dans le bassin du Niari, in: Revue de l'industrie minière, Sondernummer Januar 1956.

Die gesellschaftlichen Folgen

1. Ausbreitung der Geldwirtschaft

Eine erste ökonomische Tatsache mit beträchtlichen gesellschaftlichen Konsequenzen ist die Ausbreitung und Entwicklung einer weitreichenden Marktwirtschaft, die künftig die Form einer *Geldwirtschaft* erhält. Wir haben gesehen, daß das vorkoloniale und das Schwarzafrika der ersten Kolonialperiode eine gewisse Entwicklung der Marktwirtschaft erlebt hatten. Dafür sprechen die Handelszentren der Sahel, in welche die transsaharischen Wege des Handelsverkehrs ausliefen (Timbuktu, Djenne), aber auch die Etappenorte des Handels zwischen dem Sudan und den Küstengebieten, wie Kankan und Kong. Dennoch blieb die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Handel eine Ausnahme, auch der Gebrauch des Geldes blieb praktisch unbekannt. An dessen Stelle traten Kauris und verschiedene andere allgemeine Äquivalente. Einzig die Länder der östlichen Sahel, von den Haussa-Städten und Bornu bis nach Wadai, verwendeten den Maria-Theresia-Taler, der über Tripolis oder das Nilbecken eingeführt wurde. Die europäische Durchdringung äußert sich, wie schon gesagt, vor allem handelsmäßig. Das erste Ziel der Kolonisation besteht darin, vorteilhafte Handelsgeschäfte zu tätigen, die europäischen Industrieprodukte abzusetzen und im Austausch dafür Rohstoffe oder Feldbauprodukte einzutauschen. Das „freie“ Spiel von Angebot und Nachfrage konnte zur Entwicklung des Austausches beitragen. Die Anziehungskraft der europäischen Waren durch ihre Neuheit und relative Billigkeit trug ebenfalls dazu bei. Letzteres galt z. B. von den Lancashire-Baumwollgeweben, die viel weniger fest und haltbar waren als die Handgewebe der westafrikanischen Dörfer. Dafür waren sie allerdings viel billiger. Das Spiel von Angebot und Nachfrage hätte jedoch auf keinen Fall genügt, die Bedeutung des geschlossenen Kreislaufes der Selbstversorgung, der den größten Teil der afrikanischen Erzeugung verschlang, merklich zu reduzieren. Dazu trug vielmehr der Zwang der Verwaltung, wie wir gesehen haben, weitgehend bei und führte zugleich dazu, daß durch die Steuer

das ganze Gewicht des Verwaltungsapparates und der notwendigen Anlagen zu einer guten Entwicklung des Handels auf die Volksmassen abgewälzt wurde, während zur gleichen Zeit die Bevölkerung gezwungen wurde, sich in den Kreislauf der Geldwirtschaft einzuschalten. Sie mußte verkaufen, um sich das Geld zur Bezahlung der Steuer zu beschaffen, was künftig zu einer unbedingten Notwendigkeit wurde. In der gleichen Richtung wirkten die Zwangslieferungen an den europäischen Handel, wofür die Preise künstlich festgesetzt worden waren. Wir sahen bereits am Beispiel Guineas die Bedingungen, unter denen sich die Anwendung des Geldes verallgemeinerte. Die Verbreitung bis in die abgelegeneren Gebiete (Fluchtgebiete der Palänegriden, Inneres des Sudan, Niger und Tschad) vollzog sich dennoch äußerst langsam und mehr aus Gründen des fiskalischen Zwanges als aus den Anforderungen des Marktes. In den Tschad-Ländern hatte die französische Verwaltung größte Mühe, an Stelle des Maria-Theresia-Talers im Werte von 3 Franken den Gebrauch französischen Geldes einzuführen. Die Einwohnerschaft wies das neue Geld zurück und tauschte sich laufend den Taler gegen 5, 6 oder 7 französische Franken ein. In Nordkamerun ergriff die deutsche Verwaltung den Ausweg, das Land mit Scheidemünzen zu überschwemmen, wobei der Taler zu seinem Valutawert angenommen wurde. Anschließend verbot man dieses Geldstück und zog das alte Geld aus dem Verkehr. Die Banque du Sénégal, seit 1905 Banque de l'Afrique Occidentale, gab Banknoten aus. Diese fanden nur in den Geschäftsvorgängen der Handelshäuser Verwendung und verbreiteten sich vor dem ersten Weltkrieg nicht in der Öffentlichkeit.

Die Entwicklung der Kaufmannswirtschaft ist das erste Element, über das wir uns Rechenschaft ablegen müssen, um die gesellschaftliche Entwicklung zu verstehen. An die Stelle der alten gesellschaftlichen Schichten, der alten Hierarchien, setzt diese Entwicklung den isolierten Einzelmenschen. Er steht den übrigen Individuen, soweit es sich um Käufer oder Verkäufer von Waren handelt, juristisch völlig „gleich“ gegenüber. Diese Untergrabung der alten Sozialstruktur durch die Marktwirtschaft war keine neue Erscheinung. Ihre Auswirkungen traten jedoch verstärkt und beschleunigt auf. Dazu trugen noch Maßnahmen der Verwaltung zur gesellschaftlichen Nivellierung und Verschmelzung der Bevölkerung bei. Schon die Bevölkerungsverlagerungen infolge der Eroberung hatten absolut und relativ gesehen diejenigen der vorausgegangenen historischen Perioden an Bedeutung und Wirkung übertroffen. Die „Befriedungsmaßnahmen“ zeitigten Folgen der gleichen Art. In der Nähe von Stationen, längs der Handelswege, führte die Kolonialeroberung zur Ansiedlung von Bevölke-

rungen, die gesellschaftlich vielschichtiger waren als die des Dorfes. Die Skala reichte hier vom verelendeten Deklassierten und dem früheren Hörigen oder heruntergekommenen Adligen bis zum arrivierten Kaufmann. Allgemeine Einführung und Verschärfung von Steuer, Fron und sonstigen Verpflichtungen erstreckten sich auf alle „eingeborenen“ französischen Untertanen und gestalteten ihre Lage ähnlich.

2. Verfall der Sklaverei

Ohne diese Zusammenhänge kann die zögernde und widersprüchliche Politik der Kolonisatoren gegenüber dem Problem der Sklaverei nicht verstanden werden. An der Existenz der Sklaverei konnte man nicht vorbeisehen: ihre Abschaffung war ja der „humanitäre“ Hauptvorwand der Kolonialeroberung; im Zeichen des Kampfes gegen die Barbarei der Sklaverei unterstützte die Société antiesclavagiste de France¹²⁶ die Expeditionen und verlieh Forschern und Eroberern Preise. Andererseits war die brutale Unterdrückung der Sklaverei gesellschaftlich unmöglich und politisch gefährlich. Daraus erklärt sich die beständige Zweideutigkeit der nach dieser Richtung hin verfolgten Politik. Nicht, daß das Antisklavereitum der Kolonialisten unkompliziert vor der Gründung gewesen wäre: Wie bei gewissen Abolitionisten des Nordens der Vereinigten Staaten zur Zeit des Sezessionskrieges spielten hinter den humanitären Motiven sehr reale ökonomische Interessen mit. Die patriarchalische Sklaverei – die Hausklaverei –, wie sie in Afrika üblich war, bildete für die Kolonialausbeutung ein ernstes Hindernis. In diesem System arbeitete der Sklavenbesitzer entweder gar nicht oder nur wenig, wobei ihm die Mehrarbeit des Sklaven weniger einen zusätzlichen Luxus als vielmehr die Möglichkeit, nicht arbeiten zu müssen, garantierte. Wenn der Sklave auch seinem Besitzer einen gewohnheitsrechtlich bestimmten Teil des Ertrages abzugeben hatte, so war der Sklavenbesitzer doch seinerseits verpflichtet, für den Unterhalt des Sklaven zu sorgen und ihn aus eigenen Vorratsreserven, über die er als Sklavenbesitzer weniger die unbeschränkte Verfügung als die Verwaltung hatte, zu ernähren. Dieses System eines geschlossenen Kreislaufs sichert den Herren der Sklaven ein mittelmäßiges, den Sklaven ein zuweilen recht dürftiges Leben, ohne sie jedoch jemals Verlassenheit und

¹²⁶ Gegründet von Kardinal Lavigerie und durch Breve Papst Leo XIII. vom 17. Oktober 1888 gebilligt.

äußerster Not auszusetzen. Ausgeschlossen ist in diesem System auch das Abfließen der Produkte aus der Mehrarbeit des Sklaven nach außen hin; sie werden von dem Besitzer des Sklaven unproduktiv verzehrt. Der Besitzer selbst liefert keine eigentliche Mehrarbeit. In den Augen des Kolonialeroberers liegt darin ein „barbarisches“ System insoweit, wie es für den Fortschritt seiner Geschäfte und das Fließen seiner Profite ein Hindernis ist: „So wie sie in Westafrika üblich ist, liefert sie [Haussklaverei] Menschen einem leichten und trägen Leben aus, die, wenn sie vom Stachel des Interesses (sic!) angeregt worden wären, aktive Arbeiter hätten werden können, die begierig sind, sich an ihrer Arbeit zu bereichern.“¹²⁷ Kurzum, für die Sklavereigegner des großen Kapitals geht es nicht um die Abschaffung der Sklaverei aus humanitären Gründen, sondern darum, diese „unter dem Stachel des Interesses“, d.h. unter dem Antrieb der Not, immer noch mehr arbeiten zu lassen, aber künftig für den Profit der Kolonialisten. Was die früheren Sklavenbesitzer betrifft, so werden sie einem „faulen und leichten Leben“ entzogen, ebenso wie ihre früheren Haussklaven, und für den Profit derselben Kolonialisten zur Arbeit gezwungen. Aber in dem gleichen politischen Sinn mußte die Kolonialverwaltung von einer allgemeinen Sklavereibeseitigung auch schwerwiegende politische Nachteile für sich befürchten. „Teile und herrsche“ war jetzt die goldene Regel der Kolonialverwaltung, wie vordem der Eroberer. Das bedeutete Ausspielung der Stammes- und innergesellschaftlichen Gegensätze. Welches bessere Mittel bot sich dar zur Verschärfung dieser Gegensätze als die Verewigung einer gesellschaftlichen Organisation, in der sich Sklavereibesitzer und Haussklaven gegenüberstanden? Was war leichter, als sich gegen die Massen, die die ganze Last des Kolonialismus zu tragen hatten, auf aristokratische Minderheiten zu stützen, für die einige Brocken vom Tisch fielen? Die französische Kolonialpolitik konnte niemals eine dieser beiden gegensätzlichen Linien völlig zugunsten der anderen aufgeben. Je nach Ort und Zeit folgte sie bald der einen, bald der anderen Linie. Ungeachtet der offiziellen Proklamationen besteht die Sklaverei bis in unsere Gegenwart und ist in den ökonomisch entwickelten Gebieten nur den fortschreitenden Einflüssen der Kaufmannswirtschaft und der kapitalistischen Beziehungen gewichen, von denen sie ersetzt worden ist. Das Dekret (27. April 1848) der Zweiten Republik, das die Sklaverei in den Kolonien abschaffte, kam im Senegal niemals zur Anwendung. Faidherbe ließ 1855 seitens des Ver-

¹²⁷ R. Cuvillier-Fleury, *Le Main-d'œuvre dans les colonies françaises de l'Afrique occidentale et du Congo*, a. a. O., S. 31.

waltungsrates der Kolonie ausdrücklich erläutern, daß das Gesetz nicht anzuwenden sei. Während der Eroberung war die Sklaverei nicht nur erlaubt, sondern wurde weitgehend zum Zwecke der Eroberung praktiziert: Nicht nur die Besiegten wurden als Sklaven an die Schützen und irregulären Hilfstruppen verteilt, sondern die französischen Offiziere verwandelten sie in eine nicht unbeträchtliche Einnahmequelle, wobei die Skrupelhaftesten die Sklaven zum Nutzen des Fiskus verkauften. Der Ankauf von Haussklaven wurde andererseits von der Armee als Rekrutierungsmittel benutzt.¹²⁸ Im Sudan wurde die als „Ussuru“ bezeichnete Marktgebühr – in der legalisierten Form einer Wareneinfuhrsteuer – für den Sklavenhandel angewandt. Ein von Archinard unterzeichneter Befehl 111 vom 14. März 1893 legte dazu die Verfahrensweisen fest, und zwar geschah die Erhebung entweder in Sklaven, d. h. einer von zehn, oder in Geld, d. h. in Form von 20 Franken oder 10 000 Kauris je Sklaven. Daneben schafft Galliéni, zukünftiger Preisträger der Antisklavereigesellschaft Frankreichs (*Société antiesclavagiste de France*), unter viel Aufhebens seit 1887 „Freiheitsdörfer“, die im Sudan in großer Anzahl und ausnahmsweise auch in anderen Gebieten, besonders im Kongo, eingerichtet werden. Offiziell ging es darum, den in die französischen Linien geflüchteten Sklaven des Feindes Asyl und Unterhaltsmittel zu verschaffen. Es war formal die Fortsetzung einer Tradition, die zur Zeit des Kampfes gegen die Sklavenhandelschiffe an der Küste zur Einrichtung von Bevölkerungszentren aus befreiten Sklaven geführt hatte, wie das auch mit Libreville in Gabun der Fall gewesen war. In Wirklichkeit bestand das Ziel dieser Dörfer darin, den in der Nähe errichteten Stationen die Arbeitskräfte zur Verfügung zu halten, welche durch Frondienste und unaufhörliche Anforderungen längst von den Handelswegen und französischen Niederlassungen vertrieben worden waren. Flüchtlinge, Abtrünnige des gegnerischen Lagers und Kriegsgefangene wurden hier zur Verfügung des Kommandos zusammengepfercht. „Die Ursache für die Verallgemeinerung der Freiheitsdörfer ist ganz gewiß darin zu suchen, daß sie eine äußerst günstige Abhilfe für das Träger- und Arbeitskräfteproblem waren. Auf jeden Fall stellten sie eine bessere Lösung dar als das System, sich die Leute, sobald man sie brauchte, mit der Waffe in der Hand erst zu holen, zumal sie ja im ersten unbewachten Augenblick wieder flüchteten. Dieses Verfahren war zu zeitraubend, zu kompliziert und zu umständlich. Wegen politischer Notwendigkeiten und öffentlicher Meinungskrupel wurde eine Maßnahme, die in Afrika eine

¹²⁸ Siehe J. Suret-Canale, *Schwarzafrika*, Bd I, a. a. O., S. 243–247.

Bevölkerungsfrage darstellte, in Europa als humanitäres Unternehmen hingestellt.“¹²⁹

Hauptsächlich im Sudan legten die Befehlshaber systematisch „Freiheitsdörfer“ in der Nähe jeder Station und längs der Versorgungsstraßen an. Die Zivilverwaltung unter Grodet folgte 1894/95 diesem Beispiel; anderwärts gab es – mit geringen Modifizierungen – die gleiche Politik. Im Senegal wurde sie in liberalerer Form durchgeführt. Wenn auch keinerlei Erlaß die Sklaverei untersagte oder den Sklavenhandel unterdrückte, so mußte man doch seit 1881 unter dem Druck der französischen Öffentlichkeit bestimmen, daß jeder Haussklave, der sich in eine französische Station flüchtete, als frei zu betrachten sei. Die strenge Anwendung dieser Bestimmung drohte offensichtlich zu den schlimmsten Schwierigkeiten mit den „Freunden“ und Verbündeten Frankreichs unter den einheimischen Häuptlingen zu führen. Demgemäß schrieben die offiziellen Instruktionen vor, mit „Umsicht vorzugehen“, und im allgemeinen wurde dem „befreiten“ Haussklaven keinerlei Anstellung gegeben. Er hatte also keine andere Wahl, als sich einen neuen Herrn zu suchen, wenn er existieren wollte. Zu Beginn des Jahrhunderts wurde die Sklaverei in verdeckter Form in St. Louis und Dakar einschließlich seitens der Europäer angewendet. Sie kauften Haussklaven, um sich Dienstpersonal anzuschaffen; diese Haussklaven führte man dem Gericht vor und ließ ihnen dort ein „Freiheitszeugnis“ ausstellen. Danach übergab man sie ihrem – Käufer, der zu diesem Zweck zum „Vormund“ erhoben wurde.¹³⁰ Es handelte sich hier um jene, die sich an die amtlichen Bestimmungen hielten. Der mehr oder weniger verschleierte Sklavenhandel wurde weiterhin von den Mauren ausgeübt, so die Entführung von Kindern und selbst von Erwachsenen bis nach St. Louis hin.¹³¹ Die wenigen Versuche, in Verbindung mit dem sudanischen System der „Freiheitsdörfer“ die Bestimmungen von 1881 genau anzuwenden, führen zu kläglichen Resultaten. So ergreift man in Bakel, wo der Umfang des „Freiheitsdorfes“ ungewöhnlich aufgebläht worden war und „Unruhen“ stattgefunden hatten, den Ausweg, die Sklaven ohne Umstände wieder ihren alten Besitzern zuzuschicken. Dagegen blieb Guinea (außer dem im Jahre 1899 mit ihm vereinigten sudanesischen Teil) der Boden klassischer

¹²⁹ D. Bouche, Les villages de liberté en A.O.F., in: Bull. de l'I.F.A.N., 1949, Nr 3–4, S. 529.

¹³⁰ Rapport confidentiel au Grand-Orient de France et aux R.L. de la Fédération. Dakar, Imprimerie de la Loge, „L'Étoile occidentale“, 1904.

¹³¹ Dieselbe Quelle. Für die maurischen Gesellschaftskreise finden sich diese Tatsachen selbst in Dakar bis in die jüngste Vergangenheit.

Sklaverei, wie sie die Presse angriff. Im August 1888 erklärte der Beamte Guillon in einem Bericht, er sei sicher, daß „alle Kaufleute von Nuñez mit fast nur zwei Ausnahmen den Sklavenhandel betreiben“.¹³² Es handelt sich wohlverstanden um europäische Kaufleute. Die Berichte der Kolonialverwaltung von 1890 bezeugen, daß sich die Lage nicht geändert hat. Ebenfalls in Nuñez rühmt sich die Kolonialverwaltung eines „Versuchs“, den Sklavenhandel durch ein von 17 Häuptlingen unterzeichnetes Übereinkommen abzuschaffen, aber sie warnt vor „zu überstürzten“ Maßnahmen. In der Praxis wird die Sklaverei nicht nur geduldet, sondern sie findet auch eine Stütze in der Ausübung des Verfolgingsrechtes. Jeder flüchtige Sklave wird von der Kolonialverwaltung seinem Besitzer zurückgegeben, auch wenn er sich auf schlechte Behandlung beruft, ausgenommen es findet ein Freikauf zum Preis von 150 Franken statt. Selbst nach dem Runderlaß Pontys von 1901, der das Verfolgingsrecht verbot, wandte man es aus politischen Gründen auch weiterhin an; ein Fall ist noch 1906 amtlich bezeugt. Im Sudan wurden die „Freiheitsdörfer“ systematisch unter den oben angeführten Bedingungen vermehrt. Es wurden dorthin geschickt: aus dem Feindesland entflohene Sklaven oder solche, die strafweise oder aus einem politischen Grunde ihrem Besitzer entzogen worden waren, Sklaven, die man als zehnpromtente Gebühr auf Handelsgeschäfte (Ussuru) genommen und nicht zugunsten des Fiskus verkauft hatte, schließlich – was seltener war – Sklaven aus erbenlosen Nachlässen. (Das Gewohnheitsrecht war liberaler und befreite die letzten ohne Umstände.) Die Bevölkerung sah nichts Böses darin, diese „Freiheitsdörfer“ ohne weiteres „Dörfer der Sklaven des Kommandanten“ zu nennen: darum handelte es sich ja auch in Wirklichkeit; denn der von der Kolonialverwaltung bezahlte und ernannte Häuptling dieses Dorfes „hat gegenüber dem Kreiskommandanten die Verantwortlichkeit des Vorstehers der Sklaven bei einem regelrechten Sklavenbesitzer“.¹³³ Zwar sind die „Freiheitsdörfer“ von Steuern befreit, aber darin unterscheiden sie sich nicht von Sklaven, für die im allgemeinen ihr Besitzer zahlt, und im besonderen nicht von allen Dörfern an den Hauptverkehrslinien, die den härtesten Fronen unterworfen sind. Erdrückt von Zwangsverpflichtungen und Fronen, erscheinen die „Freiheitsdörfer“ wie eine Hölle. „Die entwichenen Sklaven ziehen es vor, sich einen neuen Herrn zu suchen, der ihnen stets das Notwendigste gibt und sie niemals mit zu schweren Arbeiten quält, sondern sie in Ruhe läßt, wenn sie

¹³² A. Demougeot, Histoire du Nunez, in: B.C.E.H.S., Bd XXI, Nr 2, 1938, S. 274 ff.

¹³³ Archives du Gouvernement général. Dakar. 248. Bamako. Zitiert bei D. Bouche, Les villages de liberté en A.O.F., in: Bull. de l'I.F.A.N. 1950, Nr 1, S. 171.

krank oder ermüdet sind. Doch was findet man in den Freiheitsdörfern vor? Gruppen von Unglücklichen, die gänzlich oder fast Hungers sterben und die gezwungen sind, trotz alledem mit ihren eigenen Kräften alle Frondienste der Stationen und Kreise, zum Beispiel den Trägerdienst, zu erfüllen.“¹³⁴

„... Die jungen Menschen der Freiheitsdörfer im 14. bis 15. Lebensjahr bewältigen als Träger über ihre Kräfte gehende, weite Strecken, worunter ihr Wachstum und ihre körperliche Verfassung leiden.“¹³⁵ Hinzu kommt die Unzulänglichkeit der den Freiheitsdörfern zugewiesenen Bodenflächen, welche im allgemeinen schon einen Besitzer haben, bzw. die Mittelmäßigkeit der Böden, da die Lage dieser Dörfer nicht auf Grund feldbaulicher, sondern politischer Erwägungen – Nähe der Station oder Handelsstraße – gewählt wurde. Die Herden, soweit vorhanden, liegen in der Stückzahl des Viehs weit unter dem Durchschnitt. In den Dörfern herrscht eine derartige Not, daß die Entsendung von freien Leuten in ein „Freiheitsdorf“ als Zwangsmaßnahme angewendet wird. „In einem Kreis, den ich bereiste“, schreibt ein Beobachter, „war es üblich geworden, dem Dorf, das die taxierte Summe [für die Steuer – Jean Suret Canale] nicht gänzlich bezahlen konnte oder wollte, ein Kind zu nehmen und es in das sogenannte Freiheitsdorf zu bringen, bis die Steuer eingegangen war“.¹³⁶

Die zahlreichen Fluchtversuche aus den „Freiheitsdörfern“ wurden mit Gefängnis bestraft. Die Einwohner durften diese Dörfer nicht ohne „Erlaubnis“ verlassen. Übrigens griff man weitgehend auf diese Dörfer zurück, um die Europäer im allgemeinen und die Missionen im besonderen mit Arbeitskräften (lies Sklaven) oder die Schützen mit Frauen zu versorgen. Die Missionen verschafften sich so die Arbeitskräfte billiger als durch den „Freikauf“ von Sklaven. Im Laufe seiner kurzen Amtszeit im Sudan ergriff Gouverneur Albert Grodet¹³⁷ die ersten offiziellen Maßnahmen, die sich gegen den Sklavenhandel richteten. Damit kam er sowohl einem Lieblingsgedanken der öffentlichen Meinung Frankreichs entgegen, als auch den Wünschen des mit ihm verbundenen Großkapitals. Drei Erlasse (vom 30. Dezember 1894, vom 12. Januar und vom 11. Mai 1895) untersagten im Sudan die Einfuhr der Handelssklaven und den Verkehr solcher Karawanen. Die bei Zuwiderhandlungen ergriffenen Sklaven sollten jedoch in

¹³⁴ Archives du Gouvernement général, Bamako E 1/27/48 vom 4. September 1894.

¹³⁵ Archives du Gouvernement général, Dakar. 248 Goundam.

¹³⁶ G. Deberme, L'A.O.F., action politique, économique et sociale, Paris 1908, S. 57/58.

¹³⁷ Über Grodet siehe: J. Suret-Canale, Schwarzafrika, Bd I, a. a. O., S. 287 f. und M. Blanchard, Administrateurs d'Afrique Noire, in: Revue d'Histoire des Colonies, XL, 1953, S. 377–430.

die „Freiheitsdörfer“ eingeliefert werden! Die Wirkung war praktisch gleich Null. Die Dyulas gaben ihre Sklavenhandelsgefangenen als freie und „besoldete“ „Träger“ an. 1895 beschränkte Trentinian ohne Aufhebung der Erlasse von Grodet die in ihnen vorgesehene Beschlagnahme der Sklaven auf jene Fälle, in denen die Karawanensklaven geknebelt oder gefesselt würden! Kurz gesagt, die Sklaven selbst konnten nur wenig Begeisterung für die „zu ihren Gunsten“ ergriffenen Maßnahmen aufbringen. Wenn sie diese Maßnahmen ernstzunehmen versuchten, wurden sie Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt, so in Siguiri, wo die Maßnahmen von Grodet zu Beginn des Jahres 1895 eine Empörung der Sklaven hervorriefen. Der Kreiskommandant verhängte mit Billigung von Grodet über die sechs Haupt-„Aufwiegler“ mehrere Jahre Gefängnis, und Grodet drang darauf, sie zu den härtesten Arbeiten auf der Station heranzuziehen. „Nach einem solchen Anschauungsunterricht mußten die Sklaven davon überzeugt sein, keinen Nutzen von den Vorteilen zu haben, welche ihnen unsere Gesetze boten.“¹³⁸ Dennoch zwangen die fortwährenden Einsprüche der französischen Presse die Behörden, einige Maßnahmen zu ergreifen. Der Rund-erlaß Pontys vom 1. Februar 1901 unterdrückte das Recht zur Verfolgung flüchtiger Sklaven. Schließlich belegte das Dekret vom 12. Dezember 1905 mit Geldstrafe und zwei bis fünf Jahren Gefängnis jede Person, die überführt war, „eine Übereinkunft mit dem Ziel der Freiheitsberaubung einer dritten Person“ getroffen zu haben. Das war der erste offizielle Machtspruch, der im Rahmen ganz Westafrikas den Sklavenhandel verbot.¹³⁹ Mit ihm wurde jedoch nicht zugleich die Sklaverei unterdrückt. „Das Dekret unterdrückt keine erworbenen Rechte: Eingeborene, die Hausklaven besitzen, fallen nicht darunter.“¹⁴⁰ Ein anderer Verfasser bemerkt: „Die vier Kategorien: Freie, Befreite, Haussklaven und Sklaven bestehen weiterhin.“¹⁴¹

Ein Bericht aus dem Jahre 1904¹⁴² schätzt die Zahl der „Nichtfreien“ in Französisch-Westafrika auf 2 Millionen von insgesamt 8,25 Millionen Einwohnern. „Nichtfreie“ ist eine von der Kolonialverwaltung vorgeschriebene beschönigende Bezeichnung für Sklaven, um Proteste gegen das Be-

¹³⁸ D. Bouche, *Les villages de liberté en A.O.F.*, a. a. O., S. 149.

¹³⁹ Das Gesetz vom 8. März 1831 bezog sich nur auf den überseeischen Sklavenhandel.

¹⁴⁰ R. Cu villier-Fleury, *Le Main-d'œuvre dans les colonies françaises de l'Afrique occidentale et du Congo*, a. a. O.

¹⁴¹ F. de Kersaint-Gilly, *Essai sur l'évolution de l'esclavage en A.O.F.*, in: B.C.E.H.S., 1924, Nr 3, S. 469–478.

¹⁴² Archives du Gouvernement général. 243.

stehen der Sklaverei zu vermeiden. In einigen Gebieten machen die Sklaven bis zu 50 Prozent der Bevölkerung aus. Die Sklaverei verschwand nicht. Niemals war sie endgültig verboten worden. Selbst der Sklavenhandel setzte sich (in verdeckter Form) bis in unsere Gegenwart hinein fort, besonders in den abgelegenen oder starke sklaveristische Traditionen aufweisenden Gebieten, so Mauretanien, Niger, Tschad¹⁴³ und Futa Djalón; doch er verfiel schrittweise. Die „Freiheitsdörfer“ verschwanden oder wurden dem gewöhnlichen Recht angepaßt. Schon 1894 verlangten zwei Kreiskommandanten des Sudan die Reform des Systems dieser Dörfer, nicht aus humanitären Beweggründen, sondern aus Gründen der Vergrößerung des zur Verfügung stehenden Personals. Sie waren nämlich der Ansicht, daß die vor allem in den „Freiheitsdörfern“ vorgenommene Rekrutierung von Arbeitskräften auf alle Dörfer angewendet werden müsse. Die Steuerfreiheit der „Freiheitsdörfer“ wurde innerhalb eines Jahres (1908/1909) abgeschafft. In der Zeit von 1905 bis 1910 wurden die „Freiheitsdörfer“ nach und nach aufgelöst. 1908 erging an die eingeborenen Angestellten der Verwaltung die Aufforderung, die „Befreiung“ ihrer Sklaven zu proklamieren, ... eine Maßregel, die nicht den geringsten Erfolg hatte! Da, wo man die Bestimmungen der Unterdrückung des Sklavenhandels anwandte oder gar summarische Freilassungen anordnete, geschah es fast immer aus politischen Sonderabsichten. So ließ 1909 der Inspekteur des Amtes für Verwaltungsangelegenheiten, Bobichon, wegen „Sklavenhandelsvergehen“ den Provinzhauptling von Labé (Guinea), Alfa Alimu, der in Ablösung des in Dahomey internierten Alfa Yaya auf diesen Posten ernannt worden war, festnehmen und zu drei Jahren Gefängnis verurteilen. Es handelte sich in Wirklichkeit aber nur um einen Vorwand, um die Politik der Beseitigung großer Häuptlinge und der „direkten Herrschaft“ zu praktizieren.¹⁴⁴ Ebenso

¹⁴³ In seinen aus Fort-Archambault datierten Instruktionen (28. Februar 1911) erteilte Largeau, Militärkommandant von Tschad, die Weisung: „... Schließen Sie die Augen. Keine Geschichten über Sklaven, usw.“ Die Antisklavereiliga verlieh ihm 1913 ihre Große Goldmedaille (General *Hilaire*, Du Congo au Nil, Marseille 1930, S. 81).

¹⁴⁴ Vgl. *Revue indigène*, Nr 40, August 1909, S. 385, und *Archives Nationales de la République de Guinée* IE 2 und IE 7. Der Gouverneur Liotard hielt diese ohne sein Wissen kurz vor der Rückkehr Alfa Yayas ergriffene Initiative für unglücklich: Alfa Alimu, ein persönlicher Feind Alfa Yayas, war von der Verwaltung dazu verwendet und auf diesen Posten gestellt worden, um der Wirksamkeit der Partei-gänger des abgesetzten Häuptlings den Boden zu entziehen. Aber nachdem die Festsetzung Alfa Alimus bewirkt war, gab der Gouverneur dem Kreiskommandanten von Labé Anweisungen, die Beschuldigung auf Handlungen des Sklaven-

legte man es Alfa Yaya bei seiner Rückkehr nach Konakry im Jahre 1911 als Verbrechen aus, daß er versucht hatte, wieder in den Besitz seiner Haussklaven zu gelangen, obwohl die Verwaltung keine Bedenken trug, ihren „Freunden“ insgeheim das Recht der Verfolgung flüchtiger Haussklaven zuzubilligen. Ein anderes Beispiel ist die angebliche Empörung der Fulbe von Gumba in Guinea im Jahre 1911 und die sich daran anschließende Unterdrückung. Dabei befreite man 1500 Haussklaven, allerdings in der Absicht, die politische Macht der Fulbe in diesem Gebiet zugrunde zu richten. Anderswo wiederholte sich dieser Vorgang. Für die Verwaltungsgetreuen änderte sich nichts, und wenn, dann höchstens nur zum Vorteil der Sklavenbesitzer. In einem offiziellen Bericht aus dem Jahre 1911 heißt es: „Man ist im Futa Djalón zu dem paradoxen Ergebnis gelangt, die Haussklaven der Fulas in freie Halbpächter umzuwandeln. Sie müssen vier- bis fünfmal höhere Abgaben zahlen als vorher, was nur dem Vorteil der ‚enteigneten‘ Besitzer dient.“¹⁴⁵ Die ökonomischen Erwägungen waren ebenfalls maßgebend für die zu befolgende Politik. In verschiedenen Gebieten des Sudan wurde den früheren Haussklaven das Weggehen erleichtert, um so ihre Besitzer besser zur Arbeit zwingen zu können: „Die Besitzer, die in den großen Ortschaften des Niger als Städter und Islamgelehrte lebten, mußten überstürzt ihre Landgüter aufsuchen und sie unter der Gefahr, sonst Hungers zu sterben, bearbeiten.“¹⁴⁶ Man hütete sich, das gleiche für die Haussklaven der Fulbe Massinas zu tun, da man wußte, daß letztere auf keinen Fall in der Lage sein würden, im Bebauen der Felder an die Stelle ihrer Sklaven zu treten. Wie im Futa Djalón wurde die Sklaverei in „Halbpacht“ umgewandelt und die „Diangal“ genannte Abgabe, welche Sklaven ihren Besitzer zu zahlen hatten, in „Mietgebühr“ umbenannt. Der juristische Schein war damit gewahrt. Welche Überreste

handels nicht zu erheben und so zu verfahren, daß das Urteil nicht Gefahr lief, aufgehoben zu werden.

¹⁴⁵ D. Bouche, *Les villages de liberté en A.O.F.*, a. a. O., S. 524. Die Veränderung der Stellung des Hörigen in die eines „Halbpächters“ war durch einen Runderlaß des Gouverneurs Camille Guy empfohlen worden. Der allgemeine Jahresbericht des Generalgouvernements von Französisch-Westafrika für das Jahr 1912 bemerkt ganz ernst: „Im Futa Djalón verbreitet sich die Anwendung von Halbpachtverträgen immer mehr. Es ist interessant festzustellen, daß es seitens der früheren feudalen Häuptlinge nicht die geringsten Schwierigkeiten gibt, ihren früheren Feldbauhörigen die Vertragsfähigkeit (!) zuzubilligen.“ (Rapport annuel 1912, Paris 1915, S. 5.)

¹⁴⁶ P. Marty, *La Politique indigène du gouverneur général Ponty*, Paris 1915, S. 14.

der Sklaverei in verschiedenen Gebieten bis in unsere Tage hinein auch bestanden, die Einrichtung selbst war seit den Jahren 1908/1909 in vollem Verfall. Indem die niederdrückende Walze des Kolonialismus die Belastungen für alle Afrikaner einander annäherte und die großen Häuptlinge beseitigte, hobelte sie die alten sozialen Unterschiede ab, ohne sie völlig auszulöschen. Andererseits stand die sich auf eine alte afrikanische oder von den Kolonialisten eingesetzte Unterhäuptlingsschaft (Chefferie) stützende Kolonialverwaltung jeder energischen Maßnahme auf diesem Gebiet feindlich gegenüber.

3. Verfall der althergebrachten Sozialstruktur

Die Entwicklung der Marktwirtschaft trug ebenfalls in entscheidender Weise zu diesem langsamen Verfall der alten gesellschaftlichen Organisation bei. Die Entwicklung der Produktion für den Markt beschleunigte die Auflösung der althergebrachten Gemeinde. Das Kollektiv begann sich zugunsten des isolierten Individuums, des Käufers oder Verkäufers von Waren, zu verwischen. In dem Maße, in dem es weiterbestand, verschärfen sich seine inneren Widersprüche. Patriarchen oder Häuptlinge neigten dazu, zu ihrem persönlichen Nutzen und Vorteil über „Erbgut“ zu verfügen, das sie eigentlich nur zu verwalten hatten. Sie suchten dabei ihre Pflichten gegenüber den Mitgliedern der Gemeinde (Söhne, Neffen, Brüder usw.) zu vernachlässigen. Der Kolonialverwaltung machte es natürlich nichts aus, Usurpationen zugunsten fügsamer Häuptlinge zu begünstigen und mit dem Anschein des Rechts zu versehen. Dennoch verschwanden selbst in den Städten die althergebrachten Kollektivbeziehungen nicht sogleich, sondern wurden langsam untergraben, während die inneren Widersprüche zwischen Häuptlingen und Bevölkerung, Alten und Jüngeren, Männern und Frauen, belebt wurden. Der Brautpreis, einst matrimoniale „Entschädigung“ und Freundschaftszeichen zwischen zwei Familien, wurde mehr und mehr zu einer Form des Frauenkaufs. Die afrikanische Gesellschaft unterschied die gehehlte, mit einem Brautpreis erworbene Frau von der zur Konkubine gewordenen Sklavin. Zur selben Zeit aber, in der die Sklaverei verschwand, näherte sich die Lage der verheirateten Frau mehr und mehr der der einstigen Sklavin und Konkubine. Die alte Ordnung wurde auch auf anderem Gebiet umgestürzt; irgendein durch den Handel verhältnismäßig reich gewordener ehemaliger Sklave bzw. ein ehemaliger Sklave, der Beamter geworden war, avancierte zur „angesehenen Person“.

und im Vergleich zu ihm nahm sich der heruntergekommene Adlige armselig aus. Aber daraus konnte keine neue Ordnung hervorgehen. Indem der Kolonialimperialismus systematisch die Früchte der Mehrarbeit und selbst eines großen Teils der notwendigen Arbeit aus Afrika abzog, schloß er jede Akkumulation von Kapitalien im afrikanischen Gesellschaftsmilieu aus. Das äußerste Elend des Lebensniveaus stand jeder technischen Vervollkommnung im Wege, da der „Bananenmotor“, wie die Ansiedler der Elfenbeinküste den zur Arbeit angeforderten, wenig oder gar nicht bezahlten Neger nannten¹⁴⁷, ständig weniger kostete als die Maschine oder sogar das einfachste Werkzeug. Die Entwicklungsmöglichkeiten für einen einheimischen Kapitalismus, eine einheimische Bourgeoisie, waren aus diesem Grunde erheblich eingeschränkt. Das einzige Gebiet, auf dem sich der Afrikaner in die Maschen der kolonialen Ausbeutungsmaschine setzen konnte, war der Handel, das Hauptwerkzeug dieser Ausbeutung. Aber in diesem Tätigkeitszweig wurde er von besser gewappneten Konkurrenten – Kompanieangestellten oder Libano-Syrern – ausgestochen und auf eine zweitrangige und mittelmäßige Rolle beschränkt, die oft die Form der Spekulation und des Wuchers annahm. Die Entwicklung des übrigens viel häufiger von den Libano-Syrern und Europäern – einschließlich der Verwaltung (durch das Zwischenmittel der „Bevorratungsgesellschaften“, „Sociétés indigènes de prévoyance“) – gepflegten Wuchers prägt dem Handel des kolonialen Afrika sein Gesicht auf. Im allgemeinen ist der Bauer gezwungen, von den Kaufleuten Vorschüsse für kommende Ernten zu verlangen. Da seine Armut die tatsächliche Rückzahlung fraglich erscheinen läßt, erzwingt der Händler wucherische Zinssätze. In seinem Elend ist der Bauer gezwungen, darauf einzugehen, und mittels seiner Zinsverpflichtungen wird er gänzlich beraubt oder wenigstens in Abhängigkeit gehalten. Marx' Aussage über die vorkapitalistische Periode kann hierzu als Illustration dienen: „Der Wucher zentralisiert Geldvermögen da, wo die Produktionsmittel zersplittert sind. Er modifiziert nicht die Produktionsweise, aber setzt sich an diese als Parasit mit all seinen Schröpfköpfen und läßt die Produktion erbärmlich werden. Er erschöpft sie, nimmt ihr alle Kraft und zwingt die Reproduktion, unter immer kläglicheren Bedingungen vor sich zu gehen.“¹⁴⁸ Aber in unserem Fall ist der ausgeübte Wucher nur eine zusätzliche Erscheinung. Die Kolonialausbeutung durch das Monopolkapital spielt in größerem Maßstab jene Rolle, die einst im mittelalterlichen

¹⁴⁷ Der in der Elfenbeinküste mit Pflanzen-Bananen (Gemüsebananen) ernährt war.

¹⁴⁸ K. Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Bd III, Buch III, Berlin 1953, S. 644.

Europa der Wucher innehatte. Sie unterscheidet sich von diesem Wucher jedoch dadurch, daß sie keine ursprüngliche Akkumulation¹⁴⁹ in dem betreffenden Lande zuläßt, sondern das ihr unterworfenen Kolonialland an dieser Akkumulation, die zur Grundlage der späteren Entwicklung des Industriekapitalismus hätte werden können, hindert. Diese Akkumulation geht aber im sogenannten Mutterland dank den aus dem Kolonialland stammenden Profiten und Überprofiten vor sich. So wurde eine Entwicklung deutlicher, die schon seit dem Beginn des Sklavenhandels die afrikanische Gesellschaft gekennzeichnet hatte: Ein langsamer Zerfall der altafrikanischen Gesellschaftszustände, eine Zuspitzung der inneren Widersprüche, nicht auf der Basis eines Fortschritts in den Produktionsbedingungen, sondern ständiger Ausfuhr produzierter Reichtümer und eines immer weiter vertieften und verallgemeinerten Elends.

¹⁴⁹ Die ursprüngliche Akkumulation vom 15. bis 18. Jahrhundert hatte die Konzentrationen von Kapitalien zur Folge, die aus der Enteignung der Bauern in Europa und der Enteignung der Kolonialvölker in Amerika und Afrika (spanisches und portugiesisches Kolonialsystem, Negerhandel) und dem Wucher hervorgingen, das heißt, nicht auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auf der Basis der früheren Produktionsweisen und aus Verfahren hervorgingen, die letzten Endes auf dem unverhüllten Raub beruhten.

Das Verwaltungssystem

1. Despotismus und direkte Verwaltung

Die Grundlagen der Verwaltung Französisch-Schwarzafrikas wurden – durch Faïdherbe – vom II. Kaiserreich geschaffen. Der Senatsbeschluß vom 3. Mai 1854 setzte für fast ein Jahrhundert (bis zur Inkraftsetzung der Verfassung von 1946) den gesetzgeberischen Rahmen für die neuen Kolonien. Die alten Kolonien (Antillen und Réunion) behielten ihren eigenen Verwaltungsmodus. Die „anderen“ Kolonien (und zu diesen „anderen“ kamen alle Eroberungen am Ende des 19. Jh.) wurden der Willkür des Staatsoberhauptes überlassen. Der Artikel 18 des Senatsbeschlusses verfügte: „Sie werden durch Dekret des Kaisers regiert werden, bis ein Senatsbeschluß über sie bestimmt haben wird.“ Doch dieser Senatsbeschluß kam niemals. Die III. Republik hielt getreulich an dieser Verfügung fest und der Despotismus des selbstherrlichen Kaiserreiches hinsichtlich der Kolonien dauerte auch unter dem republikanischen System fort. Ohne ausdrückliche Verfügung sind die vom Parlament beschlossenen Gesetze auf die Kolonien nicht anwendbar. Der kaiserliche Senat hatte, sogar schon ehe er verschwand, seine Zuständigkeit in kolonialer Hinsicht aufgegeben, aber der Senatsbeschluß vom 21. Mai 1870, der ihm diese Zuständigkeit benahm, annullierte nicht die vorangegangenen Senatsbeschlüsse, die unter der III. Republik den Wert regulärer Gesetze behielten. Daher waren es der Präsident der Republik und die unter ihm stehende Regierung, oder genauer gesagt, der Marineminister, dann der Kolonialminister, die durch Dekret Gesetze erließen, wobei sie, wenn sie es für passend hielten, die „mutterländische“ Gesetzgebung auf die Kolonien ausdehnten oder Sonderregelungen trafen. Zweifellos hat diese gesetzgeberische Gewalt Grenzen. Die Kolonialdekrete des Präsidenten der Republik können bestehende Gesetze nicht verändern und der Annullierung durch den Staatsrat unterliegen. Das Parlament der III. Republik hatte das Recht, für die Kolonien Gesetze zu erlassen. Von diesem Recht wird es jedoch wenig Gebrauch machen. Notfalls wird man die Verkündung von Gesetzen in den Kolonien

unendlich lange hinausschieben, wenn sie auf diese anzuwenden waren, oder man wird ihre Auswirkung durch verschiedenartige Winkelzüge beschneiden. So war das Pressegesetz von 1881, das die Freiheit der Presse garantierte, auf Grund seines Artikels 69 auf die Kolonien anwendbar. Man wird dagegen anführen, daß es sich um die 1881 bestehenden Kolonien handele. Die nach 1881 gebildeten Kolonien werden auf Grund dieser scharfsinnigen Kasuistik als nicht unter dieses Gesetz fallend betrachtet.¹⁵⁰

Das algerische Verwaltungssystem, das *Faidherbe* – als ehemaliger Offizier in Algerien – dem Senegal auferlegen wird, bürgert sich schließlich in allen französischen Kolonien ein. Als Ergänzung der ministeriellen Willkürherrschaft herrscht in den Kolonien die Willkürherrschaft der Gouverneure und Kolonialbeamten. Als Grenze für die Willkür der unteren Beamten wirkt nur der Despotismus ihrer Vorgesetzten. Die Einteilung in „Kreise“ geht auf *Faidherbe* zurück. Der Offizier – so unter der Militärverwaltung – oder der Zivilbeamte stehen von ihrem Sitz im Hauptort aus über einer gewissen Anzahl von Stationen, die anfangs einfache befestigte Stützpunkte sind, in denen sie von einem Unteroffizier (später von einem Beamten oder einem Gehilfen) vertreten werden. Damit wird die Einrichtung eines Verwaltungssystems zur Kontrolle des Landes angestrebt. Die feindlichen Stützpunkte (*Tatas* oder befestigte Dörfer) werden zerstört. Das Engerwerden der Maschen dieses Netzes wird den „nomadischen“ Elementen, die ihre Unabhängigkeit durch Flucht oder ständigen Ortswechsel zu erhalten suchen, den Widerstand immer mehr erschweren. Die „Sudanoffiziere“ werden diesem System endgültig den letzten Schliff geben: *Galliéni* wird zu seinem Theoretiker werden. Es handelt sich um den berühmten „Ölfleck“, der es ermöglichen soll, von festen Stützpunkten ausgehend, sich zum Herrn des gesamten Landes zu machen. Glaubt man den Lobpreisern dieses Systems, so ist es dessen zivile Organisation – Märkte, Schulen usw. –, die mit ihren „Wohltaten“ es erlaubt hätte, die einheimischen Bevölkerungen zu „zähmen“ und in der Folge die Ausdehnung des „Ölflecks“ zu vergrößern. Das Militär und die Wachmannschaften des Kreises hätten nur das Funktionieren dieses Systems gesichert. Wir werden bald sehen, daß die Wirklichkeit ganz anders aussah. Das europäische Personal – Kolonialbeamte, Angestellte des Büros für Eingeborenenangelegenheiten – erbte aus der militärischen Besetzungszeit nicht nur die Allgewalt, sondern auch die Allzuständigkeit. Der Kreiskommandant oder

¹⁵⁰ Vgl. *L. Rolland* und *P. Lampué*, *Précis de législation coloniale*, Paris 1940³.

sein Untergebener sind in einer Person Steuererheber, Richter, Polizeihauptmann, Gefängnisdirektor, Leiter der öffentlichen Dienste. Außer in den Zentren mit starker europäischer Bevölkerung (einer Bevölkerung, die geschont werden muß) „wirkt nichts mäßigend auf die Überspanntheit des Gefühls von Autorität und persönlicher Macht ein.“¹⁵¹ Dieser Beamte ist ein Selbstherrscher, wie er leibt und lebt. Das Gros der Beamten wird bis zum Ende die Herrschaft über alle Zweige der Verwaltung in Händen zu halten suchen, wenigstens über die meisten Verwaltungsgebiete: Die Anwesenheit von – übrigens sehr wenigen – Fachleuten (Ärzten, Lehrern, Pflanzenbauspezialisten) werden sie schlecht ertragen und nicht ohne ständige Betonung ihres Vorranges. „Jede moralische oder reale Autorität auf allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit läuft in den Händen des Beamten zusammen, der ängstlich daran festhält. Das ist der Hauptgrund des zurückgebliebenen Zustandes, in dem sie [Kolonien] sich vom ökonomischen Gesichtspunkt aus befinden. Passiver Gehorsam war noch nie ein Faktor des Fortschritts.“¹⁵² Der gleiche Beobachter meinte 1921, daß es sich dabei, „bedingt durch die Umstände, um eine Vorstufe zu einer normalen Verwaltung mit einer längeren Dauer als vernunftsmäßig notwendig“ handle.¹⁵³ Aber diese „Vorstufe“ wird bis zum Ende des Systems andauern. Von der militärischen Allgewalt übernahm die Zivilverwaltung die äußeren Formen und das Vokabular – unbeschränkte Befehlsgewalt, Uniformenprunk, militärischen Gruß, der den „Regierten“ abgefordert wird. Der Zivilkommandant erhält übrigens militärische oder polizeiliche Vollmachten. Wo er keine Soldaten mehr zu seiner Verfügung hat, verfügt er über die in Französisch-Westafrika zu den „Wachmannschaften des Kreises“ ernannten afrikanischen Milizen. Die europäischen Verwaltungskräfte reichen ganz offensichtlich nicht aus, das Land völlig in den Griff zu bekommen. Dazu bedarf es der Mitwirkung verschiedener Einheimischer. Zum Teil handelt es sich um direkte Hilfskräfte (Dolmetscher, Schreiber, politische Agenten, Wachmannschaften), zum Teil um indirekte Hilfskräfte, um Häuptlinge. Anfangs hielten es die Kolonialisten für unerläßlich, sich in großem Maße auf die Unterstützung der örtlichen Häuptlinge zu verlassen, die „Bundesgenossen“ oder „Schützlinge“ waren. Aber der Begriff des Protektorats veränderte sich nach und nach. Der Resident, zuerst ein einfacher Verbindungsoffizier, wird bald zu einem Beamten, der sich auf

¹⁵¹ H. Cosnier, *L'Ouest-Africain français*, a. a. O., S. 141.

¹⁵² Ebenda, S. XIV.

¹⁵³ Ebenda, S. 140.

eine Garnison von Scharfschützen stützt. Die Stationen im Innern des so „beschützten“ Staates werden zahlreicher, und der Herrscher wird in die Rolle eines Angestellten gedrängt. Daraus schien sich die Möglichkeit zu ergeben, in Form der von den Engländern praktizierten „indirekten Herrschaft“ die wichtigsten afrikanischen Staatsoberhäupter in einer mehr oder weniger dekorativen Rolle beizubehalten, woran Galliéni gedacht hatte. Aber dieses System stieß sich an den Tatsachen. Die meisten der großen afrikanischen Staaten, so die Königreiche Segu und Sikasso sowie der Staat Samoris, weigerten sich, den französischen Forderungen zu entsprechen. Archinard und seine Nachfolger sahen deshalb ihre Aufhebung als unabdingbare Notwendigkeit an. Die beibehaltenen oder neu eingesetzten „Verbündeten“ – handle es sich nun um Agibu in Bandiagara, um Mademba Seye in Sansanding, um Ago-li-agbo in Abomey oder um Alfa Yaya in Labé – waren mit einer rein dekorativen Rolle ebenfalls nicht einverstanden. Sie bemühten sich, ihre alten Vorrechte weiterhin auszuüben, während die französische Verwaltung bestrebt war, allein die Befehlsgewalt zu besitzen. Indessen bestanden verschiedene, auf besonders starken gesellschaftlichen Grundlagen beruhende Königreiche weiter, so das Königreich der Mossi und sogar eine große Zahl von Unterhäuptlingschaften, Sultanaten oder Emiraten der Wüste oder ihrer Grenzgebiete. Dennoch gab es zu Beginn des Jahrhunderts eine Wende in dieser Politik. Da die Eroberung im wesentlichen abgeschlossen war, richtete man sich seit den Jahren 1900/1901 auf „die fortschreitende Abschaffung der großen Häuptlinge und die Zerstückelung ihrer Amtsgewalt ein, bis man beim Dorf als verwaltungsmäßiger Einheit angelangt war“.¹⁵⁴ Zwischen 1900 und 1910 wird die Mehrzahl der Herrscher, seien es nun Freunde oder einstige Feinde, beseitigt. Auch die von den französischen Eroberern erst eingesetzten Fürsten blieben davon nicht verschont. Die mit afrikanischen Herrschern abgeschlossenen Verträge werden ohne formale Kündigung einzig als auf der „mutterländischen“ Rechtsprechung beruhend aufgefaßt, und so wird zum Beispiel durch einen einfachen Erlaß des Gouverneurs das Königreich von Abomey abgeschafft und Ago-li-agbo, so sehr er auch Kreatur der Franzosen war, abgesetzt, festgesetzt und im Kongo interniert (1900). 1902 wird Agibu, König von Massina und getreuer Bundesgenosse der Franzosen, „mit Pension von seinem Amt entlassen“. Selbst der Fama Mademba, französischer Beamter der P.T.T. und als solcher zum „König“ von Sansanding avanciert, hätte 1900 beinahe seine „Krone“ verloren. Er wurde mit Folge-

¹⁵⁴ Rapport d'ensemble sur la situation générale de la Guinée française en 1906. Conakry (1907).

richtigkeit wieder in seine Funktion eingesetzt – mit dem Bändchen des Ritters des landwirtschaftlichen Verdienstordens als Trostpreis –, aber es wird ihm zukünftig ein Angestellter des Amtes für Eingeborenenangelegenheiten beigesellt, der dem Kreiskommandanten von Segu untersteht.

Wenn das Königreich Mossi auch nicht abgeschafft worden war, so wurde es doch nur auf eine rein äußerliche Rolle beschränkt. „In Mossi hat das 1905 eingeführte System der direkten Verwaltung die erwarteten Resultate gezeitigt“, bemerkt der Bericht über die Lage der Kolonie „Ober-Senegal-und-Niger“ für das Jahr 1906. „Die Bevölkerung hat mit Vertrauen die Ersetzung der Amtsgewalt des Morho Naba durch die unsrige entgegengenommen ... Seiner politischen Vorrechte beraubt, hat Mumeni sein gesamtes religiöses Ansehen in den Augen der Eingeborenen behalten. Als Bewahrer der heiligen Fetische nimmt er regelmäßig die rituellen Zereemonien vor.“¹⁵⁵ Im Kongo war der „Makoko“, Oberhäuptling der Bateke, der mit Brazza verhandelt hatte, im Jahre 1892 gestorben. „Die offizielle Zeitschrift der Kolonie vergoß nicht eine Träne um diesen berühmten Bundesgenossen, den man seit der auf der Berliner Konferenz vorgenommenen Aufteilung längst vergessen hatte“, bemerkt ironisch Mgr. Augouard.¹⁵⁶ Sein Nachfolger widersetzte sich zur Zeit der Etablierung der Konzessionsgesellschaften den Ansprüchen derselben. Man hatte es nicht einmal für nötig gehalten, ihn von der sein Land betreffenden Konzessionsübertragung in Kenntnis zu setzen. Man sandte ihm eine Einheit Senegalesen, die ein Dutzend Bateke aus seiner Umgebung tötete. Er selbst wurde „durchgebleut“ und nach Brazzaville gebracht, wo er am folgenden Tage starb.¹⁵⁷ Die Grundsatzverordnung vom 23. Oktober 1904 beseitigte die Fiktion der „Protektorate“. Bis dahin hatte man juristisch unterschieden:

1. Die unter direkter Verwaltung stehenden Gebiete, die ebenso behandelt wurden wie das nationale Territorium. Dazu gehörten im Senegal die wichtigsten Städte, die Areale, in denen Stationen des Militärs, der Verwaltung oder des Zolls errichtet waren, das Territorium in einem Umkreis von einem Kilometer rings der Handelsplätze der „kleinen Küste“ und des Senegalflusses, der Küstenstreifen zwischen Dakar und St. Louis in einer Tiefe von zwei Kilometern und das Gebiet in je einem Kilometer Tiefe beiderseits der Bahnlinie;

¹⁵⁵ Rapport d'ensemble sur la situation dans la colonie du Haut-Sénégal-et-Niger en 1906. Bordeaux 1909, S. 18.

¹⁵⁶ Mgr. *Augouard*, Trente-six années au Congo, Bd III, S. 16. Brief vom 1. Januar 1900.

¹⁵⁷ Mgr. *Augouard*, Trente-six années au Congo, Bd III, S. 17/18.

2. die dem Protektorat durch Eroberung unterworfenen Staaten;
3. die dem Protektorat durch Verträge unterworfenen Staaten.¹⁵⁸

In diesen letzteren behielten die afrikanischen Häuptlinge ihre Rechte über das Land; in den „eroberten“ Protektoraten war der französische Staat an ihre Stelle getreten und wurde als Eigentümer der sogenannten „leerstehenden und herrenlosen Landgebiete“ betrachtet. Im Senegal wurde die Fiktion der Protektoratsländer bis 1902 aufrechterhalten, indem zwischen zwei Budgets, dem einen für die „Länder unter direkter Verwaltung“ und dem anderen für die „Protektoratsländer“, unterschieden wurde. Der einzige Zweck dieser Unterscheidung lag darin, diese letzteren Landgebiete der Zuständigkeit des von den Bürgern der vier vollberechtigten Gemeinden gewählten Gesamtrates zu entziehen.¹⁵⁹ In Wirklichkeit war das Verwaltungssystem seit langem fast überall das gleiche. Durch einseitige Festsetzung vom 23. Oktober 1904 wurde die theoretisch bestehende Souveränität der afrikanischen Häuptlinge einschränkungslos abgeschafft.¹⁶⁰ Das gesamte Gebiet der Kolonien kam unter die Souveränität des französischen Staates, die sogenannten „leerstehenden und herrenlosen Landgebiete“ wurden damit zu seinem Eigentum erklärt. „Infolge dieser Annexion wenden sich die Siedler und Kaufleute zwecks Erwerb des von ihnen benötigten Landes nicht mehr an die einheimischen Häuptlinge, sondern an den Vertreter der französischen Staatshoheit, der allein für die Vergabe dieser Landgebiete zuständig ist, außer wenn die Frage der Entschädigung einheimischer Besitzer zu regeln ist.“¹⁶¹ Die zur Macht kommende, dem Klerus und der Armee feindlich gegenüberstehende Radikale Partei verstärkt die Tendenz zur „direkten Verwaltung“. Die Radikalen geben sich gerne als Vertreter der Assimilationspolitik aus. In Wirklichkeit wird es in Schwarzafrika die im Rahmen der Kolonialherrschaft unvorstellbare

¹⁵⁸ Dekret vom 24. März 1901.

¹⁵⁹ Gleichzeitig hatte diese Unterscheidung in den Augen der Kolonialverwaltung den Vorteil, daß sie für das Budget der ersteren einen ständigen Fehlbetrag bedeutete, der durch Subventionen des Budgets der letzteren geschlossen werden mußte. In budgetmäßiger Hinsicht geriet der Allgemeinrat des Senegal in Abhängigkeit von der Gnade des Gouverneurs! (Vgl. *J. B. Forgeron, Le Protectorat en Afrique Occidentale Française et les chefs indigènes, Bordeaux 1920.*)

¹⁶⁰ „Die leeren und herrenlosen Ländereien in den Kolonien und Territorien Französisch-Westafrikas gehören dem Staat (Dekret vom 22. Oktober 1904, Unterabteilung II, Art. 10).“

¹⁶¹ Rapport d'ensemble sur la situation de la Guinée française en 1906. Conakry, S. 21/22.

wirkliche Assimilation nicht geben, sondern diese Tendenz wirkt sich in der Beseitigung oder Mißachtung der als feudal oder barbarisch verschrieenen Institutionen und in ihrer Ersetzung durch das System der französischen Kolonialverwaltung aus. Die Angelegenheit Alfa Yayas ist ein Beispiel dafür. Dieser Häuptling von Labé, einer früheren Provinz des Futa Djalón, hatte während der Eroberung für die Franzosen Partei ergriffen, und mit Unterstützung des Beamten Noirot, des Eroberers von Timbo, hatte Alfa Yaya seine Selbständigkeit erhalten, indem er der Staatsgewalt des Almami entzogen wurde. 1904 wird der Gouverneur von Guinea, Cousturier, früherer Obersekretär und Nachfolger von Ballay, kaltgestellt¹⁶² und durch Gouverneur Frézouls, einen Mann der Radikalen, ersetzt. Für diesen handelt es sich darum, den schädlichen Charakter der Politik seiner Vorgänger zu zeigen, die sich auf die großen Feudalen gestützt hatten. Der am weitesten im Vordergrund stehende Alfa Yaya wird zum Sühneopfer auserkoren. Durch ein „geschicktes Manöver“¹⁶³ lockt der Gouverneur Alfa Yaya nach Konakry, wo er sich mit prunkhaftem Gefolge einstellt, da er auf einen offiziellen Empfang rechnet. Er wird sogleich verhaftet, eingeschifft und in Dahomey interniert (1905). Die Verfechter der früheren Politik protestieren. „Die Handlungen, die die allgemeine Mißbilligung hervorrufen, und jene entehren, die sie begehen – um mit den Worten zu sprechen, die der Herr Kolonialminister in seinen neuerlichen Instruktionen an den Generalkommissar des Kongo gebrauchte –, sind zum großen Teil als Verstöße gegen das gegebene Wort, fehlende Redlichkeit in den Beziehungen, die gewisse Vertreter der Regierung zu den von ihnen beherrschten Eingeborenen unterhalten, zu verstehen... So stellt sich der unparteiischen Öffentlichkeit der Hinterhalt dar, welcher der Macht des früheren Königs von Labé, Alfa Yaya, ein Ende setzte, der in sehr treuer Weise der französischen Regierung bei der Besitzergreifung des Futa Djalón, die fast ohne Schwertstreich vor sich gegangen war, geholfen hatte. Man weiß, daß er vor einigen Monaten zu einer Verhandlung nach Konakry geladen worden war, wohin er ruhig und vertrauensvoll wie ein Mensch, der sich nichts vorzuwerfen hat, mit einer Ehreneskorte die mehrwöchige kostspielige Reise unternahm, um dem Ruf des Vertreters Frankreichs nachzukommen, und daß er beim Austritt aus dem Gouvernementsgebäude ergriffen, nach Dakar eingeschifft, dann nach Dahomey deportiert wurde.“¹⁶⁴ Zu Beginn des Jahres 1906 werden beim Tode des Almami Baba-Alimu die Häuptlinge

¹⁶² Man ernennt ihn in ... Saint-Pierre-et-Miquelon.

¹⁶³ L'A.O.F. (Konakry), Nr vom 11. Februar 1911.

¹⁶⁴ M. Crespin, Alpha Yaya et M. Frézouls, in: Revue indigène, 1906, Nr 2, S. 45/46.

aufgefordert, für ihn keinen Nachfolger zu bestimmen, sondern den Futa Djalon in zwei Häuptlingschaften aufzuteilen, in denen die zwei Familienzweige, Alfa und Soria, regieren. 1909 wird Alfa Alimu, ein persönlicher Feind Alfa Yayas, der aus diesem Grunde zum Häuptling der Provinz Labé ernannt worden war – allerdings regierte er über ein viel kleineres Territorium als es das alte Königreich Alfa Yayas dargestellt hatte –, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und abgesetzt. Zugleich hebt man seine Häuptlingsprovinz auf. Nach dem Ende seiner Haft kehrt Alfa Yaya von Dahomey zurück. Die Verwaltung hatte sich schon vorher bemüht, seine Abwesenheit zu verlängern. Jetzt aber erfindet sie ein angeblich von ihm geplantes „Komplott“, um ihn nach einigen Wochen Aufenthalt in Konakry erneut festnehmen zu lassen (Februar 1911). Er wird jetzt in Port Etienne interniert, wo er kurze Zeit später verstirbt. Zur gleichen Zeit (April 1911) schreitet man zur Beseitigung des „Wali von Gumba“, Tjerno Aliu, eines angesehenen und einflußreichen Marabut. Der zum Tode Verurteilte wird von Sierra Leone, wohin er sich geflüchtet hatte, ausgeliefert und im Bagno von Fotoba (Los-Inseln) bis zu seinem Tode (1912) gefangengehalten.¹⁶⁵ Im Verlaufe des Prozesses nimmt der sechs Tage zuvor zum Pflichtverteidiger bestimmte Anwalt die Begründung des Staatsanwaltes hin, daß „die Widersprüchlichkeit der Zeugenaussagen nur der Beweis für ihre Wahrheitsliebe und Gewissenhaftigkeit“ sei.¹⁶⁶ Im Laufe des gleichen Jahres rüstet sich der Kolonialbeamte Thoreau-Levaré zu einer regelrechten Zerstückelung der früheren Provinzen des Futa Djalon, um die alten historischen Einheiten zu zerschlagen. Der Almami Bokar Biro von Timbo wird außerhalb seines alten Machtgebietes versetzt und zum Häuptling des Kantons von Dabola ernannt. Als 1908 König Toffa von Porto Novo stirbt, erhält sein Sohn den Titel „chef supérieur“ und muß sich gegen ein jährliches Gnadengehalt von 25 000 Franken zur unbedingten Ausführung der Anordnungen des Gouverneurs und der Kolonialbeamten verpflichten.¹⁶⁷

Nach 1910 beläßt man also der Form halber, aus persönlichen Rücksichten und zur Schonung noch lebendigen Herkommens, einige „Provinzhäuptlinge“ oder „Oberhäuptlinge“ (chefs supérieurs) in ihrer gesellschaftlichen Position, aber ihre Vorrechte sind vor allem Ehrenrechte. Indem die Rolle der Häuptlinge immer unbedeutender wird, wächst die der unmittelbaren Hilfskräfte der Kolonialisten, der Wachmannschaften des Ver-

¹⁶⁵ *Archives Nationales de la République de Guinée*, I E 2, I E 3 und I E 7.

¹⁶⁶ L'A.O.F., Nr vom 22. September 1911.

¹⁶⁷ A. Akindele und C. Aguessy, Contribution à l'étude de l'histoire de l'ancien royaume de Porto-Novo, Dakar 1953.

waltungskreises, der Dolmetscher oder sonstigen Angestellten. „Nach und nach geht die Verwaltung dazu über, auf die unfähigen Häuptlinge zu verzichten und Befehle durch jene Hilfskräfte ausführen zu lassen, deren Aufgabe nur die Stellung von Begleit- und Wachmannschaften und Ausübung der Polizei ist. Als Herren in den Dörfern sind sie für deren Einwohner eine schwere Bürde, zumal diese für den ganzen Troß aufkommen müssen. Da sind die Lieblingsfrau, der jüngere Bruder, der Diener und der Stallknecht: alles keine Kostverächter, die ausgesuchte Küche und Hühnchen zu allen Mahlzeiten verlangen.¹⁶⁸ Der diensthabende Kreiswächter hat das volle Bewußtsein seiner Unentbehrlichkeit. Daher zögert er keineswegs, den Kommandanten zu vertreten. Er erledigt Geschäfte, spricht Recht nach seinen Erkenntnissen und Interessen, nimmt Geschenke an. Bei seiner Rückkehr wird er berichten, daß es „nichts Neues“ gebe, oder er wird auch irgendeine teuflische Verschwörung entdeckt haben, um damit einen anmaßenden Häuptling oder irgendeinen eifersüchtigen Gatten bloßzustellen, von denen sich der eine nicht entsprechend den Gepflogenheiten verhielt, und der andere ihm eine vertrauliche Unterredung mit seiner dritten Frau versagte. Es scheint, daß in fast allen Gebieten Äquatorialafrikas in der Person des „Tuguru“ (Milizmann) das gleiche Übel¹⁶⁹ als Dorfschreck grassiert.

Tritt der Milizmann nicht in Erscheinung, so findet man an seiner Stelle den Dolmetscher oder den ständig korrekten, aufmerksamen, diskreten und ergebenen Sekretär, den beflissenen Vermittler zwischen dem der Landessprache unkundigen Kolonialbeamten und den Eingeborenen. Sein Despotismus ist intelligenter, deshalb aber nicht weniger schwer zu ertragen und genauso einträglich. Kreiswachen, Dolmetscher oder Sekretäre sind fast überall die wirklichen Herren des Landes.“¹⁷⁰

Für den Beamten, der dieses Bild entwirft, kommt alles Schlechte offensichtlich von den einheimischen Hilfsmannschaften. In Wirklichkeit rührt das Übel aber vom Despotismus des „Kommandanten“ her, in dessen Namen seine Untergeordneten handeln, woraus sie aber ihren persönlichen Vorteil ziehen! Man hat später behaupten wollen, diese Politik der direkten Verwaltung sei ungewollt zustandegekommen. So sagt Georges Hardy: „Ohne daß man eine bestimmte Absicht damit verfolgte, sind fast alle

¹⁶⁸ Damit folgten sie nur dem Beispiel ihrer europäischen Vorgesetzten...

¹⁶⁹ Hier ist die Situation sogar zugespitzter, wenn man von dem oft künstlichen Charakter der Häuptlingschaft und der geringen Autorität der Häuptlinge ausgeht.

¹⁷⁰ H. Labouret, *A la recherche d'une politique indigène dans l'Ouest africain*, Paris 1931, S. 35.

Fürstentümer verschwunden, deren Inhaber Verträge mit Frankreich geschlossen hatten, oder sie stellen nur leere Formen dar... Die Langsamkeit und Unfähigkeit der eingeborenen Herrscher in der Unterstützung des Kolonialwerkes, zu Recht oder zu Unrecht für Zeichen schlechten Willens oder entschiedener Unterlegenheit angesehen, haben die Geduld der örtlichen Behörden erschöpft und sie dazu bewogen, diese ihnen lästiger als nützlicher erscheinenden traditionellen Gliederungen abzuschaffen, wie in den Funktionen des Häuptlings die Mitglieder der alten Familie durch kleine, einfluß- und oft gewissenlose Leute zu ersetzen. So war man gegen 1909 dazu gelangt, eine direkte Verwaltung, deren Tätigkeit nur oberflächlich sein konnte, als Bündnispolitik zu bezeichnen.“¹⁷¹ In Wirklichkeit bezeugen alle Texte, daß die Politik der direkten Verwaltung völlig bewußt und gewollt war. Die Förderer dieser Politik waren weit davon entfernt, wirklichkeitsfremde Bürokraten zu sein. Sie waren genau informierte Praktiker. Man nehme nur Thoreau Levaré, den Urheber der Zerreißung des Futa Djalon. Er ist ein ehemaliger Angestellter von Noiro, der im Futa Djalon bzw. den benachbarten Gebieten von 1897 bis 1914 Ämter innehatte und ein Verzeichnis mit dem Titel „Bemerkungen über die religiösen und einflußreichen Persönlichkeiten des Futa“ hinterließ, das sich heute im Archiv des Verwaltungsbezirkes von Mamou befindet. Es stellt eine unerschöpfliche Fundgrube von Hinweisen dar und war höchstwahrscheinlich eine jener Quellen, die Paul Marty für seine Untersuchungen über den „Islam in Guinea“ heranzog. Doch die Durchführung dieser Politik wurde fernerhin von den höheren Beamten gerühmt. So erklärte Generalgouverneur William Ponty vor dem Regierungsrat von Französisch-Westafrika: „Wir müssen jede Führungsstellung eines Volkes über ein anderes Volk, einer völkischen Gruppe über eine andere völkische Gruppe, beseitigen, den Einfluß der örtlichen Autokratien bekämpfen, um uns auf diese Weise die Sympathie der Kollektivgruppen zu sichern, die *großen einheimischen Mächte vernichten, die fast immer eine zwischen uns und der Masse der von uns Regierten errichtete Sperrmauer sind*“¹⁷² . . . Die Anwendung dieser Grundsätze im Senegal und in Guinea hat Früchte zu tragen begonnen.“¹⁷³ Und der Sprecher zitiert als Beispiel die Absetzung Alfa Alimus, Häuptling der Provinz Labé.

¹⁷¹ G. Hardy, Histoire sociale de la colonisation française, Paris 1953, 178–179.

¹⁷² Hervorhebung von mir – J. Suret-Canale.

¹⁷³ Bericht des Generalgouverneurs W. Ponty an den Regierungsrat vom Gouvernement, 20. Juni 1910, in: Bulletin du Comité de l'Afrique française, Nr 7, Juli 1910.

Die speziellen Veröffentlichungen der damaligen Zeit drücken denselben Gedanken aus. Unmittelbar nach der zweiten Deportation Alfa Yayas präzisiert ein Verfasser: „Das ist nicht einfach eine Tatsache unter vielen; diese Verurteilung Alfa Yayas und seiner Parteigänger hat eine tiefe politische Bedeutung... *Ohne zu zögern gilt es mit den hohen Befehlsgewalten zu brechen, die unmoralisch sind, wenn der dazu bestimmte Häuptling nicht aus dem betreffenden Lande selbst ist, und die gefährlich sind, wenn er andererseits in dem von ihm verwalteten Gebiet tiefgehende Bindungen besitzt.*“¹⁷⁴ Welche Resultate könnten wir dagegen erreichen, wenn wir das Land in geschlossene und bevölkerte Dörfer aufteilten, um die Zerstreung der Bewohner zu verhindern, da die Grenzen dieser Dörfer den natürlichen Gebieten angepaßt und ihre Einwohner untereinander nahe verwandt sein werden? Diese Organisation, die im wesentlichen der des russischen „Mir“ sehr ähnlich ist, erlaubt es, eingeborene Häuptlinge mit tatsächlicher und direkt wirksamer Autorität zu haben, deren Überwachung jedoch leicht ist... Dieses im Senegal geübte System, wo die großen Befehlsgewalten, die um so gefährlicher waren, als sie historische Wurzeln hatten, fast völlig abgeschafft sind, hat bereits zu glänzenden Resultaten geführt.“¹⁷⁵

Die uneingeschränkte Verwirklichung dieser Politik stieß auf große Schwierigkeiten. Sie setzte ein zahlreiches europäisches Verwaltungspersonal voraus, welches das Land gut kennen mußte und auf viele Verwaltungsstationen verteilt war. Vor 1914 hatte sich die Laufbahn zahlreicher Kolonialbeamter seit der Eroberung faktisch jeweils in einer gleichen Region abgespielt. Diese Beamten besaßen eine vollständige Kenntnis von Land und Leuten und beherrschten die Sprachen der betreffenden Landschaft. Ihre Zahl nahm nach dem Kriege immer mehr ab, als es zum feststehenden Prinzip wurde, die Beamten in den verschiedensten Teilen entweder des Kolonialreiches (oder wenigstens einer bestimmten Gruppe von Territorien) ohne Rücksicht auf ihr ursprüngliches Einsatzgebiet zu verwenden. Eine Vielzahl von Verwaltungsstationen wurde während des Krieges nicht wieder besetzt: Die Verwaltung konzentrierte sich in einer bestimmten Anzahl von Hauptorten des Kreises oder des Unterbezirks¹⁷⁶,

¹⁷⁴ Hervorhebung von mir – J. Suret-Canale.

¹⁷⁵ G. Teullière, Alfa Yaya et la politique indigène, in: Revue indigène, Nr 67, November 1911, S. 615–616.

¹⁷⁶ Der Kreis umfaßt im allgemeinen zwei, drei oder vier Unterbezirke, von denen einer unmittelbar vom Kreiskommandanten verwaltet wird, während die anderen von Unterbezirksleitern (ebenfalls europäische Beamte), die dem vorgenannten unterstellt sind, verwaltet werden.

die gewöhnlich Mittelpunkt für mehrere hundert Dörfer waren. Das Räderwerk des Kantons und der Häuptlingschaft des Kantons – jeder Unterbezirk umfaßte einige oder manchmal bis zu zwanzig solcher Einheiten – bildete sich endgültig heraus.

2. Die Häuptlingschaft als Verwaltungseinheit

Die Häuptlinge verschwanden also nicht. Die französische Verwaltung schuf sogar neue, wo keine existierten. Aber die Institution hat selbst da, wo sie dies frühere Aussehen behält und die gleichen Männer und die gleichen Familien in ihrem Dienst hat, einen grundlegend anderen Charakter. *Das Häuptlingtum alter Prägung weicht dem Häuptlingtum im Dienste der Kolonialverwaltung.*

Der Kreis (oder der Unterbezirk) teilt sich in Kantone, der Kanton in Dörfer. Unter der Amtsgewalt des Kreiskommandanten werden Einheimische zu Kanton- und Dorfhäuptlingen ernannt. Auf ihrem Standort sind sie Vertreter der Kolonialtyrannie und überhaupt die „Mädchen für alles“ der Kolonialverwaltung (Polizisten, Richter, Bevölkerungsstatistiker, Steuer-einnehmer, Beamte für Landwirtschaft, für öffentliche Arbeiten usw.). Auf diesen Posten setzt man auch zuweilen Männer, die aus den alten Hierarchien hervorgegangen sind. Sie werden aber sofort abgelöst, wenn sie sich den Beamten nicht vollkommen unterwerfen. Dienstpersonen der Franzosen – Dolmetscher, Geschäftsangestellte, ja einfache Diener – avancieren dabei dank ihrer Brotgeber. Die den alten Häuptlingschaften entsprechenden Bezirke werden wiederholt aufgeteilt, wie zum Beispiel im Futa Djallon. In den Gebieten mit einfacher Stammesgesellschaft, in denen es keine eigentlichen Häuptlinge gab, setzte man Dorf- und Kantonhäuptlinge ein, wobei man ihnen summarische Befugnisse gab. Der Dorf- und Kantonhäuptling ist daher nur ein Rad im Getriebe der Verwaltung. Er hat oft nichts mehr vom „Althergebrachten“ oder „Gewohnheitsrechtlichen“ an sich: Die früher den Häuptling kontrollierenden und sogar wählenden bruderschaftlichen oder demokratischen Institutionen haben nur noch eine rein formale Rolle, wenn sie nicht gar übergangen oder abgeschafft werden. Dieser Despotismus der Häuptlinge ist jedoch kein Vermächtnis der afrikanischen Vergangenheit, sondern Auswirkung des französischen Verwaltungssystems. Übrigens ist dieser Häuptling ein armseliger Despot! Er ist ein unbezahlter Beamter. Einst standen ihm „Gewohnheitsabgaben“ von den europäischen Kaufleuten, Gebühren, verschiedene Steuern und Ge-

richtseinnahmen zur Verfügung. Diese althergebrachten Einnahmequellen sind – wenigstens offiziell – für ihn weggefallen. Man gewährt ihm nur eine geringfügige Beteiligung an der eingetriebenen Steuer. Auch bleibt es ihm überlassen, seine Einnahmen zu ergänzen, indem er die von ihm Regierten noch weiter schröpft, und solange er sich nicht fassen läßt, werden seine Erpressungen geduldet. Die Hauptgelegenheit besteht für ihn darin, die Leute seines Kantons unentgeltlich auf den sich selbst angeeigneten Feldern arbeiten zu lassen bzw. entgeltlos seine Häuser von ihnen erbauen oder ausbessern zu lassen. Dieser Vorgang wird überall als „normal“ angesehen, und der widerspenstige Untertan wird wegen „Opposition gegen die Ausübung der den Kantonhäuptlingen delegierten Funktionen“ verurteilt. Da aber diese Zwangsarbeit zugunsten des Häuptlings keineswegs legal ist, läßt sie sich bedarfsweise gegen diesen ins Feld führen. Er wird dann wegen „Veruntreuung“ der Arbeitskraft zu eigenem Vorteil angeklagt, da diese nur im Interesse der Verwaltung verwandt werden darf. In einem solchen Falle wird immer, wie die näheren Umstände auch liegen mögen, nur der Häuptling verantwortlich gemacht, niemals der Kolonialbeamte. Den geringen Vorteilen stellen sich viele und unbequeme Verpflichtungen gegenüber (Einziehung von Steuern, Aufgebot von Arbeitskräften, Organisierung von Fronarbeiten, Beobachtung von Zwangskulturen, Stellung des Militäraufgebots). Der Häuptling muß die auf Rundreisen befindlichen Abgesandten oder Vertreter der Kolonialverwaltung gut beherbergen und verpflegen. Am Hauptort des Verwaltungskreises muß er die ihm Befehle des Kommandanten überbringenden Boten oder Vertreter unterhalten, einen schriftgelehrten Sekretär, ein bewaffnetes Gefolge von Ausführungsorganen, die oft Erztaugenichtse sind, besolden.

„Wirft man den Häuptlingen vor, sich mit zweifelhaftem Personal zu umgeben, so erwidern sie mit einigem Grund: Wollt ihr, oder wollt ihr nicht, daß wir die Steuern einziehen, Fronpflichtige und Rekruten stellen? Mit Milde und Überzeugung erreichen wir das nicht. Wenn die Leute nicht fürchten, gebunden und geschlagen zu werden, machen sie sich über uns lustig.“¹⁷⁷

Der Häuptling hat die Unterstützung der Kreiswachen; doch der Zwang kann sich gegen ihn wenden, wenn er nicht in der Lage ist, mit genügend Eifer und Schnelligkeit die übergeordneten Befehle auszuführen. Ihm gegenüber hat der Beamte einige Garantien gegen den Despotismus seiner Vorgesetzten. Ist er schlecht angesehen, so ist lediglich seine Beförderung

¹⁷⁷ G. Vieillard, Notes sur les Peulhs du Fouta-Djalou, in: Bull. I.F.A.N., Nr 1, 1940, S. 129.

gefährdet, aber nur selten seine Laufbahn bedroht. Für den Häuptling dagegen gibt es keinerlei Garantien. Ein unvorhergesehener Fehler, eine Schwierigkeit in der Ausführung der Befehle, die schlechte Laune des „Kommandanten“ oder die Intrigen irgendeines in günstiger Position befindlichen Kontrahenten könnten ihn um seine Stellung bringen. Er kann glücklich sein, wenn die Absetzung dann nicht noch Gefängnis oder Deportation bedeutet. Er muß aber wiederum Ausschreitungen begehen, um die von der Verwaltung vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen und die diese angeblich nicht kennt, wenn es sich um die Begründung seiner Verurteilung handelt. „Sehr wenige Beamte machen sich darüber Gedanken, wie gering die wirkliche Macht der örtlichen Häuptlinge trotz ihres großen Einflusses ist. Sie verhalten sich gegenüber diesen Hilfskräften, als wenn diese Despoten wären. Nach Erhalt von Instruktionen aus irgendeinem Büro im Hauptort der Kolonie, welche militärische Rekrutierungsmaßnahmen, Ausbesserung einer Straße, Erweiterung der Lebensmittelkulturen, Einführung von Pflug, Baumwolle, *Crotalaria* oder *Rizinus* in die Feldbauwirtschaft vorsehen, erlassen sie Befehle und sind nach einigen Wochen verwundert, daß diese mit gewohnter Klarheit und Schärfe erlassenen Anweisungen keinerlei Wirkung gehabt hätten. Dieses Verfahren der Kommandierung könnte allenfalls gegenüber Selbstherrschern, wie es einige in Afrika gab, Erfolg haben. Gegenüber Einzelpersonen, die weder Tyrannen sind noch waren, kann es nur Mißerfolg haben.“¹⁷⁸

In der Tat müssen die Häuptlinge sehr wohl Tyrannen werden, wenn sie ihre Stellung nicht gefährden wollen. Für den Kantonhäuptling ergeben sich trotz der Belastungen und Risiken noch beachtliche Vorteile, für den Dorfhäuptling wird die Lage einfach ungemütlich. Die mageren Steueranteile oder Gebühren, die er einstreichen kann, sind keine Kompensation für die ihm ständig von seinen Vorgesetzten, vom Kantonhäuptling bis zum Kreiskommandanten, auferlegte Verantwortlichkeit. Für den geringsten Verzug bei der Steuer, der Ausführung der Befehle, wird der verantwortliche Dorfhäuptling festgenommen, festgesetzt und ausgepeitscht. In den Gebieten mit Stammesstruktur, wo die Bevölkerung an die Unabhängigkeit gewöhnt war, wird man die größten Schwierigkeiten mit der Besetzung dieser gefährlichen Stellungen haben. Hier gerät der Häuptling zwischen eine unnachgiebige Verwaltung und zwischen die seine Befehlsgewalt nicht anerkennenden Untertanen. Anderswo wird sich der rechtmäßige Häupt-

¹⁷⁸ H. Labouret, *A la recherche d'une politique indigène dans l'Ouest africain*, a. a. O., S. 94.

ling hinter einen Strohmann verstecken, einen Habenichts oder früheren Hörigen. Dieser trägt in den Augen der Verwaltung die Verantwortung und die damit verbundenen Risiken. Der angeblich „althergebrachte“ Charakter des Häuptlingtums der Kolonialzeit wurde immer wieder zum Vorwand genommen, die Willkür und Barbarei des kolonialen Verwaltungssystems zu rechtfertigen. In Wirklichkeit wurde alles, was an der alten Häuptlingschaft von positivem Charakter war, unbarmherzig ausgerottet. Dazu gehörten unter anderem kollektive oder demokratische Kontrolle und die Aufgaben und Pflichten des Häuptlings gegenüber seinen Untertanen. Einzig die zur Übernahme durch den Kolonialapparat geeigneten negativen Seiten dieser Einrichtung wurden aufrechterhalten und gepflegt. Die Kolonialverwaltung bemühte sich jedoch, das Kapital an Geltung und Einfluß, über das die Angehörigen der alten Häuptlingsfamilien noch verfügen konnten, für ihre Zwecke zu nutzen. Das ist der Grund für die Stellungnahme William Pontys (1909), die auf dem Lob der „Politik der Völkstümer“, gemeint ist die Auswahl der Häuptlinge aus der von ihnen zu verwaltenden ethnischen Gruppe, beruhte. Aber weit entfernt davon, eine Gegenwirkung zum System der direkten Verwaltung darzustellen, wie später die Doktrinäre der *École coloniale*¹⁷⁹ behaupteten, läuft diese Politik durch Absetzung der fremdstämmigen Aristokratien auf das gleiche hinaus. Eben dasselbe ist zu Van Vollenhoven zu sagen. Sein berühmter Runderlaß vom 15. August 1917 bezweckt eine Anpassung an die Notwendigkeiten des Krieges, aber keine grundlegende politische Richtungsänderung. Ohne Zweifel prangert er die sich aus der „Regierung der Kreiswachen“ ergebenden Mißbräuche an; aber, wie wir bereits sahen, bedeutete die „Regierung durch die Kantonhäuptlinge“ nur eine Ersetzung des Kreiswachmannes durch den Diener des Kantonhäuptlings, wenn sie nicht beide zur gleichen Beschäftigung zusammenführte. Da die Beschränkung des europäischen Verwaltungspersonals die direkte Verwaltung, wie man sie bis dahin beabsichtigt hatte, unmöglich machte, legt Van Vollenhoven den Nachdruck auf die Verwendung dieser indirekten Hilfskräfte (Häuptlinge) und schlägt unaufschiebbare Maßnahmen zur Festigung ihrer Autorität vor (Berücksichtigung der gewohnheitsrechtlichen Regeln bei ihrer Ernennung bis zur Einholung der Meinung der Bevölkerung, Verleihung von Auszeichnungen, Erhöhung der Pensionen). Er verurteilt mit Bezug auf die Häuptlinge den aus launenhaften Motiven getriebenen Mißbrauch mit Verwaltungsstrafen, der zur Herabsetzung ihres Ansehens führt. Aber er hebt hervor, daß darin

¹⁷⁹ Wie zum Beispiel Georges Hardy. Der weiter oben zitierte Text William Pontys. ergänzt zur Widerlegung des erwähnten Erklärungsversuches.

keine Rückkehr zur Vergangenheit zu sehen ist und bekräftigt deutlich das Prinzip der direkten Verwaltung: „Sie [Häuptlinge] haben keinerlei eigentliche Macht irgendwelcher Art, denn es gibt nicht zwei Autoritäten im Kreise, die französische und die eingeborene, es gibt nur eine. Einzig der Kommandant des Kreises befiehlt, er allein ist verantwortlich. Der eingeborene Häuptling ist nur ein Werkzeug, eine Hilfskraft.“

Genauer stellt er fest: „... Diese Gründe [für die Zuhilfenahme der Häuptlingschaft] hängen nicht vom Interesse der Häuptlinge ab. *Diese sind keine früheren Herrscher, auf deren Throne wir Rücksicht zu nehmen hätten. Die Throne existierten entweder nicht, oder sie wurden von uns umgestürzt und werden nicht wiedererrichtet werden.*¹⁸⁰ Diese Gründe hängen einzig vom Interesse der unserer Autorität unterstehenden Bevölkerungen ab. Zwischen uns und diesen Bevölkerungen muß es einen Mittelsmann geben. Dieser Mittelsmann ist der Häuptling.“¹⁸¹ Damit ist auch der grundlegende Wandel unterstrichen, den der Kolonialismus in der Rolle und selbst dem Charakter der Häuptlingschaft bewirkte, deren „althergebrachtes“ Aussehen da, wo es weiterbesteht, eine neue Realität umkleidet. Die tiefgehende Veränderung der Rolle der Häuptlingschaft oder der traditionellen Feudalität im Rahmen der Kolonialherrschaft muß ständig im Auge behalten werden.

3. „Assimilation“ und „Assoziation“

Man hat das System der direkten Verwaltung manchmal als Ausdruck einer „Assimilationspolitik“ aufgefaßt, deren Ziel es gewesen sei, die Kolonien in einem solchen Maße zu „französisieren“, daß sie zur einfachen, in andere Klimate verlagerten Kopie französischer Departements hätten werden sollen. In Wirklichkeit war das koloniale Verwaltungssystem mit seiner prinzipiellen Despotie den (wenigstens ihrer Form nach) demokratischen Einrichtungen der III. Republik in Frankreich absolut entgegengesetzt. Das Regime des Eingeborenenstatuts machte übrigens aus Eingeborenen französische „Untertanen“ (nicht Bürger), über die die Beamten durch einfache Entscheidung Gefängnis, Strafen und körperliche Züchtigung verhängen durften. Die „Assimilation“ bestand als Bezeichnung nur

¹⁸⁰ Hervorhebung von mir – J. Suret-Canale.

¹⁸¹ Runderlaß vom 15. August 1917, in: Bulletin du Comité de l'Afrique française, Nr 12, Dezember 1917, S. 270.

in einem negativen Sinne zu Recht: Sie unterdrückte oder übersah bewußt die eigentlich afrikanischen politischen Strukturen und die afrikanische Kultur, um an ihre Stelle die kolonialen Strukturen und den kolonialen Unterricht zu setzen. Zweifellos war das „französisch“ aber völlig verschieden von dem, was auf der gleichen Ebene in Frankreich gegeben war. Allerdings wurde die Doppelsinnigkeit, mit der die Kolonialpolitik zur Bildung eines „Überseeischen Frankreich“ führte, sorgfältig gehegt, und zwar zunächst zu Zwecken der Innenpolitik. Die über die koloniale Wirklichkeit völlig unwissenden französischen Schüler oder Wähler ließ man in dem Glauben, die Politik der direkten Verwaltung bringe dem Schwarzen Afrikas nach und nach die Lebenslage eines „vollpersönlichen“ Franzosen.

Einige begrenzte Maßnahmen – die im Widerspruch zu der allgemein verfolgten Politik standen – nährten die Illusion. So erhielten die Gemeinden von Gorée und St. Louis (1872), dann Rufisque (1880) und Dakar (1889) das französische Munizipalstatut („vollberechtigte“ Gemeinden). 1879 erlangten die „Urbürger“ der vollberechtigten Gemeinden des Senegal wieder das Recht (welches ihnen das II. Kaiserreich genommen hatte), einen Conseil général zu wählen und einen Abgeordneten in das französische Parlament zu entsenden.¹⁸² Wie die Einwohner der Antillen und Réunions waren sie also französische „Bürger“. In Wirklichkeit war die Vollgültigkeit dieses Bürgerrechts lange Zeit bestritten.¹⁸³ Hinsichtlich der Bewohner der Antillen und Réunions gab es dafür keine Vorwände. Aber, so argumentierte man, konnten die senegalesischen Gemeinden als vollberechtigte gelten, wo die Senegalesen ein Personenrecht besaßen, das auf das koranische Recht zurückging, wo sie polygam waren und damit also ablehnten, sich wie echte französische Citoyens (Bürger) dem *Code civil* zu unterwerfen? Es handelte sich um die gleiche Frage wie in jenem langen

¹⁸² Als Senegal im Jahre 1840 ein reguläres Verwaltungssystem empfing, bestand es erst aus der Insel Gorée, dem Hafen St.-Louis-du-Sénégal und einigen „Etappenorten“ am Fluß Senegal. Dakar wird erst 1857 besetzt werden. Die königliche Ordonnanz vom 7. September 1840 legte die Vollmachten des Gouverneurs fest, dem ein Verwaltungsrat (wo der lokale Handel vertreten war) beiseite stand. Ein Allgemeinrat wurde in St. Louis und ein Arrondissementsrat in Gorée geschaffen. Darin lag eine in der Anpassung mehr oder weniger gut gelungene Nachahmung der französischen Einrichtungen, analog dem Modell, das in den anderen „alten“ Kolonien (Antillen, Réunion, Französisch-Indien) verwendet wurde.

¹⁸³ Zu den Einzelheiten dieser Frage und den Kontroversen, zu denen sie Veranlassung gab, siehe L. Gueye, *De la situation politique des Sénégalais originaires des communes de plein exercice*, Paris 1922.

Prozeß, den die Einwohner der kleinen Insel Sainte-Marie-de-Madagascar mit der Kolonialverwaltung führten. Bei der Einverleibung dieser „alten Kolonie“ in die Kolonie Madagaskar forderte die Kolonialverwaltung, daß der Bewohner nicht „Citoyen“, sondern Kolonialuntertan sei. Erst während des Krieges wurde diese Frage endgültig gelöst. Der Abgeordnete Blaise Diagne erhielt von Clemenceau das Gesetz vom 29. September 1916. Darin wird folgendes festgestellt: „Die Eingeborenen der vier vollberechtigten Gemeinden des Senegal und ihre Nachkommen sind und bleiben französische Bürger, die den vom Gesetz vom 19. Oktober 1915 vorgesehenen Militärdienstverpflichtungen unterliegen.“ Überzeugte die Existenz dieser Bürger die Welt nicht von den liberalen Absichten Frankreichs? Die Verwendung dieser „Citoyens“ als Verwaltungshilfskräfte gegen die Masse ihrer „Untertanen“ gebliebenen Brüder war ein weiterer Vorteil für die Kolonialisten. Das gleiche Ziel verfolgte die Erteilung der französischen Bürgerrechte in persönlicher Form an ganz wenige Privilegierte.¹⁸⁴ Ferner wurden einige Beamte oder Notabeln im Wege ausnahmsweiser Belohnung dem Eingeborenenstatut entzogen, ohne deshalb die französischen Bürgerrechte zu erhalten. Nach dem ersten Weltkrieg wurde die angebliche „Assimilation“ als demagogisch und unerfüllbar verurteilt, um den Forderungen der Afrikaner, welche die Versprechungen der Kriegszeit ernstgenommen hatten, aus dem Wege zu gehen . . . Man setzte ihr eine angebliche „Assoziationspolitik“ entgegen, die sich auf die Runderlasse von Ponty und Van Vollenhoven über die „Politik der Volkstümer“ und die Verwendung der eingeborenen Häuptlinge bezog: „Die Assoziationspolitik“.

¹⁸⁴ Ein Dekret vom 25. Mai 1912 stellte für die Zulaßbarkeit zur Vollbürgerschaft den französischen Kolonialuntertanen in Französisch-Westafrika folgende Vorbedingungen:

1. Sie mußten in Französisch-Westafrika geboren und wohnhaft sein.
2. Sie mußten das 21. Lebensjahr vollendet haben.
3. Lesen und Schreiben können oder Mitglied der Ehrenlegion oder Besitzer der Militärmedaille sein bzw. Frankreich oder der Kolonie ganz außerordentliche Dienste geleistet haben.
4. Nachweis von Existenzmitteln, guter Lebensführung und guten Sitten.
5. Erfolgreicher Beweis der Ergebenheit für die französischen Interessen oder Nachweis von zehn verdienstvollen Dienstjahren in einem öffentlichen oder privaten Unternehmen.

Die Kolonialverwaltung hatte also jedwede Möglichkeit, sich den Naturalisierungen zu widersetzen. Sie war diesen nun aber aus Prinzip feindlich gesonnen. Die Nutznießer der Naturalisierung waren nur eine verschwindend geringe Zahl.

schreibt H. Labouret, „gründet sich auf die Berücksichtigung der Sitten, der Gebräuche und der Religionen; sie setzt überall an die Stelle der einfachen Ausbeutung der einheimischen Arbeitskräfte, der Inbesitznahme ihrer Güter und ihres Grundeigentums, die gegenseitige Hilfe. Sie trägt zu deren intellektueller Entwicklung bei. Übrigens bleibt sie realistisch und weise, indem sie mit unerschütterlicher Festigkeit alle Rechte der Herrschaft reserviert und deren Anforderungen in Rechnung stellt. Sie beabsichtigt nicht die Verwirklichung einer Gleichheit, die gegenwärtig oft genug unmöglich ist...“¹⁸⁵

In Wirklichkeit war die angebliche „Assoziation“ (verbunden mit der Aufrechterhaltung der „Rechte der Herrschaft“) kaum etwas anderes als die Assoziation von Pferd und Reiter. – Unter dem Vorwand der Achtung der Rechtsgebräuche – derselbe Verfasser gibt zu, daß sie im allgemeinen den Beamten infolge mangelhafter Zurenntnisnahme nicht geläufig waren – geht die Kolonialverwaltung jeder demokratischen Forderung entschieden aus dem Weg. Die „Sitten“ und die „Rechtsüberlieferungen“ werden mit der Häuptlingschaft identifiziert, die, wie wir bereits sahen, nur noch scheinbar mit der Vergangenheit verbunden war.¹⁸⁶ Infolgedessen zögerten auch einige Kolonialtheoretiker vor 1914 nicht damit, sich über die Debatten bezüglich der Assoziation oder der Assimilation und die Gardinenpredigten über die Wohltaten der Kolonialherrschaft lustig zu machen. Charles Régismanset, ein hoher Beamter des Kolonialministeriums und Verfasser eines *Essai sur la colonisation*, schrieb unter dem ironischen Titel: „Die europäische Kolonisation, ein Fortschritt?“: „Arme schwarze Menschheit! Seien wir wenigstens so ehrlich, zuzugeben, daß, wenn wir uns derart um dich bemühen, es deshalb ist, weil du uns ein unerschöpfliches Reservoir an Arbeitskraft zu sein scheinst... Wir erwarten, daß die afrikanischen Völker das Maximum ‚abwerfen‘. Wir wollen, daß sich Kautschukbälle und Elfenbein auf den Hafenmauern von Bordeaux und Le Havre häufen, die Erdnüsse sich mehren, volle Schiffsladungen Palmöl fließen. Gar nichts weiter. Aber was haben bis jetzt die Wissenschaft, die Gerechtigkeit, die Güte und vor allem der Fortschritt damit zu tun? Ich wünsche keineswegs, daß die Erziehung der Schwarzen zu weit voran-

¹⁸⁵ H. Labouret, *A la recherche d'une politique indigène dans l'Ouest africain*, a. a. O., S. 13.

¹⁸⁶ H. Labouret, a. a. O., erkennt dies übrigens an, indem er bemerkt: „... Keines der Hilfsmittel, die eine Lage bessern sollten, die seit 1909 als unbefriedigend beurteilt wurde, hat Erfolg gehabt. Sie waren empirisch, bezogen sich allein auf die Häuptlinge, statt die Zusammenhänge in Betracht zu ziehen.“

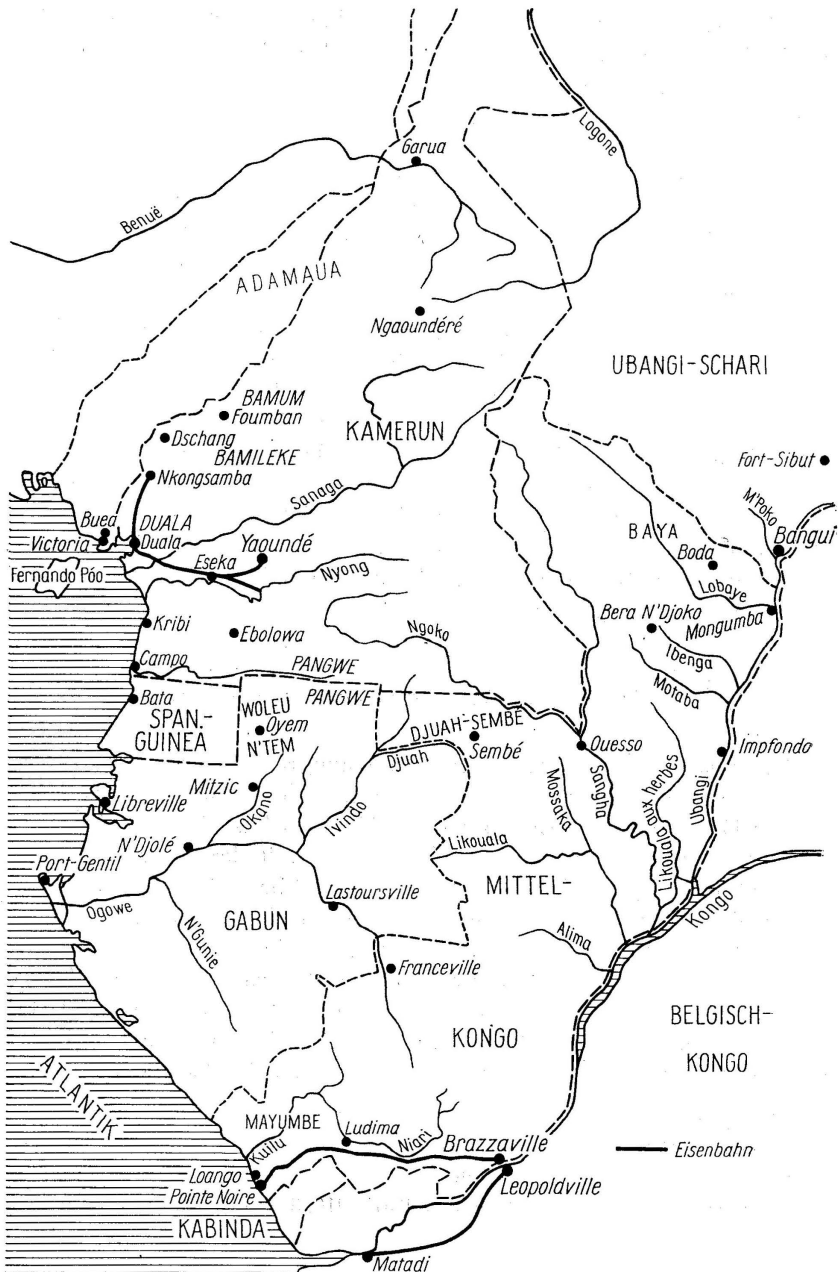


Abb. 4. Orientierungsskizze. Gebiete unter französischer Kolonialherrschaft in Zentralafrika: Verwaltungsgrenzen-Eisenbahnen (1939)

getrieben wird ... Solange sie [Bevölkerungen] am schwächsten sind, werden sie das Recht des Stärkeren anerkennen. An dem Tage, da der „Stärkere“ abrüsten würde, wo sie die bewundernswerte Täuschung all dieser Abstraktionen erkennen würden, hätten sie – die Annamiten geben uns einen Vorgeschmack davon – nichts Eiligeres zu tun, als diesen angeblichen „Assoziationsvertrag“ zu kündigen und sich gegen die europäische Vormundschaft und Ausbeutung zu erheben.“¹⁸⁷ Und zusammenfassend heißt es bei ihm: „... Unausführbare Assimilation oder heuchlerische Assoziation, das sind zwei Systeme, die gleicherweise in offenem Widerspruch zu den Tatsachen stehen.“¹⁸⁸

Jules Harmand stellt in seinem Werk *Domination et colonisation*¹⁸⁹ die Siedlungskolonien den von ihm so bezeichneten „Herrschaftskolonien“ gegenüber. Régismanset beglückwünscht ihn, weil er erkannt habe, daß „das jeder Kolonialpolitik Zugrundeliegende *die Gewalt* ist“¹⁹⁰. Und Jules Harmand unterstreicht: „Der Eroberer darf sich also keiner Illusion hingeben. Wie groß seine Weisheit, seine Erfahrung, die Geschicklichkeit seines Benehmens und die Vorzüge seiner Regierung auch seien, er wird niemals den Besiegten und den Unterworfenen, die er damit zu leiten beansprucht, die Gefühle instinktiver Zuneigung und freiwilliger Solidarität einflößen, die eine Nation ausmachen.“¹⁹¹

4. Die Zentralisation: die *Generalgouvernements*

Die Organisation der kolonialen Verwaltungsspitze hatte nur geringen Einfluß auf all diese Zusammenhänge. In Westafrika wie im Kongo führten die Etappen der Eroberung zu verschiedenen Zwischenererscheinungen: Zwischen der Zentralisierung unter der Amtsgewalt des Gouverneurs von „Senegal und zugehörigen Gebieten“, einem Erbe Faidherbes, und der notwendigen Autonomie der neu sich bildenden Kolonien schwankte man lange. Das gleiche war im Kongo der Fall, wo die Rivalität zwischen Libreville (Gabun) und Brazzaville (dem eigentlichen Kongo) in Schwankungen zwischen einer strengen Zentralisation unter der Amtsgewalt des „Generalkommissars der Besitzungen des französischen Kongo und Dependenz“ und einer verhältnismäßigen Autonomie der Kolonien zum

¹⁸⁷ *Cb. Régismanset*, *Questions coloniales*, Paris 1912, S. 94.

¹⁸⁸ Ebenda, S. 183. ¹⁸⁹ Paris 1910.

¹⁹⁰ *Cb. Régismanset*, *Questions coloniales*, a. a. O., S. 183.

¹⁹¹ *J. Harmand*, *Domination et colonisation*, Paris 1910, S. 153.

Ausdruck kam. In den Jahren 1890 bis 1899 kommen die Auswirkungen der Autonomie der Kolonien in häufigen Grenzkonflikten und gegenseitigem Vorgehen, wie es zwischen feindlichen Ländern üblich ist, militärischen Expeditionen und Streifzügen gegen die Bevölkerung, die der „rivalisierenden“ Kolonie untersteht, zum Vorschein. Dieses Verhältnis lag zum Beispiel zwischen Senegal und Guinea¹⁹², zwischen Sudan und Dahomey vor. Das endgültige Ergebnis war die Bildung von Gruppen oder Bündnen von Kolonien, an deren Spitze für die ganze Gruppe der Gouverneure der einzelnen Kolonien ein Generalgouverneur steht. Dieser betätigt sich als Zwischengewalt zwischen Gouverneuren und dem Minister und ist von zentralen Verwaltungen umgeben, die immer verzweigter und schwerfälliger werden. Gouverneure und Generalgouverneure haben einen Verwaltungsrat bzw. einen Regierungsrat zur Seite, dem obere Beamte und Vertreter des Großhandels angehören. Von Beginn an überwiegt mit dem Übergewicht der Generalgouverneure, tatsächlichen Autokraten, die Zentralisierung. Auf Grund eines Erlasses des Kassationshofes und eines ihm folgenden Dekrets von 1902 (demzufolge der Generalgouverneur der „einzige Hüter der Vollmachten der Republik“ ist) sind sie allein bevollmächtigt, Gesetze und Dekrete zu veröffentlichen.¹⁹³

Diese Entwicklung verstärkte sich noch bis zum Inkrafttreten der französischen Verfassung von 1946, die die Vorrechte der Generalgouverneure (nun „Hochkommissare“) noch erweitert hatte. Sie kommt in dem wachsenden Übergewicht des allgemeinen Budgets über die Sonderbudgets der Kolonien zum Ausdruck. Der sich auf den Artikel 33 des Finanzgesetzes vom 13. April 1900 stützende Grundsatz der Finanzautonomie kam in Französisch-Westafrika seit dem Jahre 1902 zur Geltung. Abgesehen von den militärischen Ausgaben fielen jetzt alle Verwaltungskosten den Kolonien zur Last, einschließlich der Bezüge der nach Frankreich beurlaubten Beamten. Vor diesem Zeitpunkt besaßen übrigens die meisten Einzelbudgets einen Überschuß. Aber die Gouverneure sorgten sich weniger um die Verwendung dieser Überschüsse zu Zwecken der Ausrüstung, als um die Vergrößerung der „Reservekassen“ als Zeichen der Sparsamkeit ihrer Amtsführung¹⁹⁴. Auf dem Anleihewege mußte Französisch-Westafrika für seine

¹⁹² Beispiele bei C. W. Newbury, The formation of the Government general of French West Africa, in: Journal of African History, I, 1, 1960, S. 111–128.

¹⁹³ P. Lampué, La Promulgation des lois et des décrets dans les Territoires d'Outre-mer, in: Annales africaines, 156, Nr 1, S. 7–26.

¹⁹⁴ Im Jahre 1908 wiesen die „Reservekassen“ Französisch-Westafrikas 9,6 Millionen Franken aus, entgegen 1,8 Millionen im Jahre 1895. Dieser Betrag setzte sich wie

Technologie sorgen. (65 Millionen im Jahre 1903, davon 45 für Häfen und Schienenwege; 100 Millionen 1907, davon 78,5 für die Eisenbahnen und 11,5 für die Häfen.) Das nicht so günstig gestellte Französisch-Äquatorialafrika mußte sich auf die zu diesem Zwecke völlig ungenügenden Subventionen Frankreichs (etwa 700 000 Franken jährlich) verlassen. Generalgouverneur Merlin griff die Vernachlässigung, der das koloniale „Aschenbrödel“ überlassen wurde, an und erhielt 1909 eine Anleihe von 21 Millionen¹⁹⁵, wozu 1912/13 eine für die Errichtung von Schienenwegen bestimmte Anleihe von 172 Millionen kam. Der erste Weltkrieg sollte diese Pläne zum Scheitern bringen. Von den deutschen Kolonien befand sich nur Togo mit seinem Budget im Jahre 1906 im Gleichgewicht. Kamerun erhielt bedeutende Subventionen, doch der Anteil der Technologie war größer als in den benachbarten französischen Kolonien.

Nun kurz zur Verwaltungsgeschichte der uns beschäftigenden Gebiete: Im Senegal tritt der Konflikt zwischen Zentralisation und Dezentralisation schon im II. Kaiserreich zutage. Gorée als nach Süden orientierter Exporteur von Erdnüssen sträubt sich gegen seine Abhängigkeit von St. Louis. 1854 trägt man dem Rechnung, indem man zwei Kolonien bildet: *Senegal* (St. Louis mit dem Stromgebiet des gleichnamigen Flusses) und *Gorée und Dependenz* unter einem besonderen Kommandanten, der der westafrikanischen Flottenstation Frankreichs unterstand. Die Erfolge Faïdherbes am Senegal führen 1859 zu einer Neugestaltung: Dem Senegal werden Gorée und die Niederlassungen der Südflüsse bis Sierra Leone angegliedert. Der Kommandant der Flottenstation behält von Assini bis Gabun seine Autorität über die Niederlassungen der Guineaküste. 1882 bildet man die Kolonie der „Südflüsse“, welche zeitweilig das „2. Arrondissement des Senegal“ der Zeit Faïdherbes und alle Kontore der Küstenlinie bis nach Gabun umfassen wird. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sie dem „Höchstkommandierenden Gabuns“ unterstanden; außerdem handelt es sich um die früheren „französischen Niederlassungen der sogenannten Goldküste“¹⁹⁶ und Gabuns“. An der Spitze der Kolonie der Südflüsse stand ein Gouverneur-

folgt zusammen: Allgemeinbudget 2,4 Millionen, Guinea 2,48, Dahomey 1,5, Senegal 1,1, Elfenbeinküste 1,1, OberseNEGAL-und-Niger 1 Million (Bulletin du Comité de l'Afrique française, Nr 4, April 1908, S. 134).

¹⁹⁵ Die seinen „Freunden“ von der Bank Lhote anvertraut wurde. Merlin wurde, nachdem er den Dienst in der Kolonialverwaltung quittiert hatte, Aufsichtsratsmitglied einer Kolonialbank. Über die Käuflichkeit seiner Person siehe General *Hilaire*, *Du Congo au Nil*, Marseille 1930, S. 298.

¹⁹⁶ In diesem Fall Bezeichnung für die zukünftige Elfenbeinküste.

stellvertreter, der in Dakar residierte und dem Gouverneur des Senegal unterstand. Zur Kolonie der Südflüsse kommen auch die Niederlassungen in „Benin“ (Porto Novo), nachdem sie (1883) dem Kommandanten von Gabun unterstanden hatten. 1889/90 verliert die Kolonie der „Südflüsse“ ihre senegalesischen und gabunesischen Verlängerungen und erhält 1891 die Bezeichnung „Kolonie des französischen Guinea“. Die Kolonien Elfenbeinküste (1893) und Dahomey (1894) werden bald von dieser Kolonie abgetrennt und erhalten eigene Verwaltungen. Im April 1886 wird ein dem Senegal unterstehender „Gouverneurstellvertreter Gabuns“ ernannt; schon im Monat Juni des gleichen Jahres wird die Verwaltung von Gabun und Kongo unter einem „Regierungskommissariat“ für sich gestellt. Gabun und Kongo werden 1891 unter der Bezeichnung „Besitzungen des französischen Kongo und Dependenz“ vereinigt, wobei an der Spitze Gabuns ein dem Generalkommissar untergeordneter Gouverneurstellvertreter steht. Im gleichen Zeitraum entstand aus dem militärischen Kommando des oberen Stroms in Kayes der „französische Sudan“. Bis zu seiner verwaltungsmäßigen Suspendierung im Jahre 1899 (abgesehen von dem kurzen Zwischen spiel des Zivilgouverneurs Grodet 1893–1895) war er das Leibgedinge der Offizierspartei. Durch das Dekret vom 16. Juni 1895 entstand das „Generalgouvernement von Französisch-Westafrika“. An der Spitze steht ein in St. Louis residierender Zivilgouverneur, der zugleich Gouverneur des Senegal ist. Dieses Dekret liegt in der Linie der „senegalesischen“ Zentralisierung, die bald Gegenwirkungen im umgekehrten Sinn hervorruft. Von Beginn an blieb Dahomey faktisch außerhalb dieser Gruppe. Sein Gouverneur hatte in dieser Beziehung keine andere Verpflichtung, als dem Generalgouverneur Abschriften seiner Berichte an den Minister zuzusenden. 1896 werden die Elfenbeinküste und Guinea verwaltungsmäßig gesondert gestellt. Die Konflikte innerhalb dieses gemischten Systems führen zu einer Rückkehr zur Zentralisation: Dahomey wird der Gruppe 1899 angeschlossen. Zur selben Zeit kommt ein Teil des „militärischen“ Sudan zur Elfenbeinküste und zu Guinea; aus dem „Oberen Flußgebiet“ (Obersenegal) und Bamako wird das von 1902 bis 1904 dem Generalgouverneur direkt unterstehende Gebiet „Senegambien-und-Niger“ gebildet. Der übrige Teil wird in „Militärterritorien“ geteilt. 1902 wird das Generalgouvernement endgültig vom Senegal getrennt, indem es ein eigenes Budget und den Sitz Dakar erhält, während St. Louis Sitz eines eigenen „Gouverneurstellvertreters des Senegal“ wird. Die Gruppe Französisch-Westafrika erhält im Jahre 1904 ihre endgültige Gestalt mit den fünf Kolonien Senegal, Guinea, Elfenbeinküste, Dahomey, „Obersenegal-und-Niger“. Die zuletzt genannte

Kolonie war aus Militärterritorien und einem Teil Senegambiens – der andere Teil kam zu Senegal – entstanden. Des weiteren gehörten dieser Gruppe das „Territorium Mauretanien“ und seit 1911 das „Militärterritorium des Niger“ an, das von der Kolonie „Obersenegal-und-Niger“ abgetrennt worden war. 1920 bzw. 1921 werden diese zu „Kolonien“. Eine achte Kolonie, Obervolta, wird 1919 von „Obersenegal-und-Niger“ abgetrennt. „Obersenegal-und-Niger“ erhält 1920 die Bezeichnung „Französisch-Sudan“. Im Kongo wird im Jahre 1897 Libreville zur Residenz des Generalkommissars bestimmt. Diesem sind Gouverneurstellvertreter für Kongo und Ubangi zugeordnet. Ferner unterstehen ihm ein „Kommissar“ für Schari und seit 1900 ein Kommandant für das „Militärterritorium“ des Tschad. 1903 wird der Sitz des Generalkommissars erneut verlegt, und zwar nach Brazzaville. 1906 führt eine nach dem Beispiel Französisch-Westafrikas vorgenommene verwaltungsmäßige Reform zu einer ausgedehnten Zentralisierung, deren Resultate man als unzutraglich empfindet. Die Reform wird 1908 abgeschwächt. In diesem Jahr nimmt der Generalkommissar den Titel „Generalgouverneur“ an. 1910 wird die Bezeichnung „Französisch-Kongo“ durch „Französisch-Äquatorialafrika“ ersetzt, und die verwaltungsmäßige Einteilung wird derjenigen Französisch-Westafrikas konform. Die Gruppe umfaßt drei Kolonien: Gabun, Mittel-Kongo und Ubangi-Schari-Tschad. (1920 wird das Militärterritorium Tschad zu einer vierten Kolonie.) Die Kolonien Französisch-Äquatorialafrikas werden in „Regionen“ und „Distrikte“ unterteilt, die fast genau den „Kreisen“ und „Unterbezirken“ (Subdivisions) Französisch-Westafrikas entsprechen. Das deutsche Verwaltungssystem in Kamerun und Togo sei hier noch kurz erwähnt. Bismarck hatte die Kolonialexpansion mehr geduldet als gewollt, und die Verwaltung hätte er lieber den Kolonialkompanien überlassen. „Bei dem System, welches ich das französische nannte, will die Staatsregierung jedesmal beurteilen, ob das Unternehmen ein richtiges ist und ein Gedeihen in Aussicht stellt; bei dem [deutschen] System überlassen wir dem Handel, dem Privatmann die Wahl, und wenn wir sehen, daß der Baum Wurzel schlägt, anwächst und gedeiht und den Schutz des Reiches anruft, so stehen wir ihm bei.“¹⁹⁷ Dieses System scheiterte überall. In Togo und Kamerun, wo die deutschen Kaufleute weder die Mittel noch die Absicht hatten, die Verwaltung zu übernehmen, erwies es sich von Anfang an als unpraktisch. Das am 12. Oktober 1884 auf Vorschlag Bismarcks gebildete „Syndikat“ der interessierten Kaufleute, das diese Aufgabe über-

¹⁹⁷ Deutscher Reichsanzeiger vom 27. Juni 1884 (zitiert von H. Brunschwig, L'Expansion allemande outre-mer du XVe siècle à nos jours, Paris 1957, S. 131).

nehmen sollte, trat mit Ratschlägen und Forderungen auf, hielt sich jedoch von jeglicher Geldausgabe zurück.¹⁹⁸ Schon 1884 war es notwendig, Beamte und Offiziere zu entsenden. An der Spitze der zwei Kolonien verfügte ein vom Kaiser ernannter und ihm verantwortlicher Gouverneur über die Militär- und Zivilverwaltung, wobei ihm der gesamte Beamtenapparat unterstand. Das war – einschließlich seiner Beamtenselbstherrlichkeit – das „französische System“. Es rief die gleichen Mißbräuche hervor. Im Reichstag von der Sozialdemokratie (besonders Bebel) und zusätzlich von den Zentrumskatholiken angeprangert, wurden sie in der breiten Öffentlichkeit weit mehr bekannt als in Frankreich. Sie wurden auch strenger bestraft als in Frankreich. In Kamerun hatte der „Kaiserliche Kanzler des Schutzgebietes“, Leist, die Frauen der dahomeyischen Soldaten in Gegenwart ihrer Gatten auspeitschen lassen, was eine Empörung der Soldaten zur Folge hatte (Dezember 1893). Leist ließ sich die zu Gefängnis verurteilten Frauen vorführen, um sie nachts zu mißbrauchen. Er wurde vor einen Disziplinargerichtshof gestellt und „wegen dienstlicher Verfehlung“ zur Strafversetzung auf einen gleichwertigen Posten mit Zurückstufung im Dienstalter verurteilt. Der Skandal war derart, daß die Regierung das Urteil aufheben mußte. Der neue Urteilsspruch hatte die Entlassung aus der Beamtenlaufbahn zur Folge.¹⁹⁹ Der Gerichtsassessor Wehlan erzwang Schuldbekennnisse durch Schläge mit dem Tauende, sprach Urteile auf einfachen Verdacht hin aus und lieferte die Gefangenen den Soldaten aus, die sich damit vergnügten, sie hinzurichten. Er wurde vom Disziplinargerichtshof zu 500 Mark Geldstrafe und zur Strafversetzung auf einen gleichwertigen Posten verurteilt. Hauptmann Kannenberg ließ die Kameruner Häuptlinge, die sich abgeneigt zeigten, Deutsch zu lernen, zu Tode prügeln. Er wurde aus dem Dienst entlassen und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.²⁰⁰

¹⁹⁸ H. Stoecker, Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft, Berlin 1960, S. 84.

¹⁹⁹ Ebenda, S. 145.

²⁰⁰ H. Brunschwig, L'Expansion allemande outre-mer, a. a. O., S. 159.

Die „Pazifizierung“

Mit dem Sieg von Kuseri war auch in den Augen der übrigen Kolonialmächte die Besitzergreifung jener Gebiete abgeschlossen, die Frankreich durch Verträge mit seinen imperialistischen Rivalen (Großbritannien und Deutschland hauptsächlich) vorbehalten waren. Anders sah es mit der Anerkennung dieser Herrschaft durch die davon betroffenen Bewohner aus. In einigen Gebieten, so im Küstenland, war das allerdings keine Frage mehr, da die Besetzung schon alt und die Europäer ziemlich zahlreich waren. Ebenso trifft das für jene Gebiete zu, in denen das lange Vorhandensein organisierter Staaten (besonders im Sudan) es erlaubte, die bereits angenommenen Gewohnheiten der Unterordnung unter eine höhere Gewalt für sich auszunutzen und das örtliche Häuptlingtum als Zwischengewalt zu Hilfe zu nehmen. Diese Verhältnisse sind jedoch nicht in den saharischen und den Gebieten nördlich und östlich des Tschad anzutreffen: Die Schwierigkeiten des Zugangs schieben hier die tatsächliche Besitznahme hinaus.²⁰¹ Die dauernde Festsetzung in den wichtigsten Zentren – getrennt durch große nichtbesetzte Flächen – wird erst durch den Einsatz der beweglichen Polizeikräfte (Meharisten) ergänzt werden. In Mauretanien stößt die französische Durchdringung auf die Feindschaft von Ma El Aïnin, Sohn des religiösen Reformators Mohamed Fadel. Der aus dem Hodh stammende Ma El Aïnin hatte sich gegen 1873 in der Seguiet El Hamra (Südmorokko, frühere spanische Zone) festgesetzt. Er bezeichnete sich als Lehnsmann des Sultans von Marokko. Mit Hilfe seines Bruders hielt er den jungen Emir von Adrar, Ahmedould Aïda, unter seiner Vormundschaft. Coppelani, erster „Generalkommissar“ des Territoriums von Mauretanien (1904) wird im Verlauf eines Überraschungsangriffes bei Tidjikja getötet. Der Widerstand von Adrar wird endgültig erst durch den Einsatz der Kolonne Gouraud (1907–1909), die Einnahme von Tichit (1911) und die Besetzung von Walata (27. Januar 1912) gebrochen. Ma El Aïnin stirbt

²⁰¹ J. Suret-Canale, Schwarzafrika, Bd I, a. a. O., S. 276–277.

1910, nachdem er sich zum Sultan proklamiert und erfolglos versucht hat, in den Besitz von Fez zu gelangen. Aber Mauretanien ist erschöpft: „Die für den Transport und die Verpflegung der schwerfälligen Kolonne unbedingt notwendigen Anforderungen von Kamelen, Ochsen und Schafen erschöpften die Haupthilfsquelle des Landes, die Viehpacht. Viele Jahre wird man brauchen, um die durch die mangelnde Sachkenntnis Gourauds und seiner Umgebung zugrundegerichteten Herden prächtiger Kamele wiederheranzuziehen.“²⁰²

El Hiba, der Nachfolger Ma El Aïnins, erklärt sich ebenfalls zum Sultan von Marokko und nimmt 1912 Sûs und Marrakesch ein. Nachdem er in Marokko besiegt worden ist, zieht er sich auf Adrar zurück (Januar 1913). Oberstleutnant Mouret, der Militärkommandant Adrars, antwortet (unbekümmert um die eventuell zu befürchtenden diplomatischen Komplikationen) mit einem Angriff auf die von Ma El Aïnin angelegte, inmitten „spanischen“ Territoriums liegende Hauptstadt Smara. Der *ksar* von Smara wird zerstört, und der den Kommandanten begleitende Ould Aïda wird in seine Funktionen als Emir von Adrar wieder eingesetzt. – Im Jahre 1918 wird er nach St. Louis „entfernt“ (unter dem Vorwand, man habe bei ihm Briefe aus dem Lager El Hibas beschlagnahmt), aber im Jahre 1920 bereits rehabilitiert.

Im heutigen Niger werden Air 1904, Kawar und Bilma 1905 besetzt. Doch diese vorgeschobenen Stellungen bleiben unsicher. In Tschad folgen der Besetzung von Abeschr, der Hauptstadt Wadais (1909), zwei aufsehenerregende Rückschläge: die Vernichtung der Kolonne Fliegenschuh bei Wadi Kadscha (Januar 1910) und die Niederlage von Doroté (9. November 1910), wobei Oberst Moll, Militärkommandant von Tschad, den Tod fand. In Wadai mußte in den Monaten Mai bis August 1911 eine allgemeine Empörung unterdrückt und der Widerstand des Sultans von Dar El Kuti, Mohammed es Senussi, und seines Sohnes Kamun (1911 bzw. 1912) gebrochen werden.²⁰³ Die Nachbarschaft umstrittener oder nicht kontrollier-

²⁰² G. Désiré-Vuillemin, Contribution à l'histoire de la Mauritanie de 1900 à 1934, Dakar 1962, S. 179.

²⁰³ Über diese Angelegenheit siehe *Afa Ti Goumbé*, Notes sur Senussi, in: Le Courrier européen, 1911, S. 313–316. Der Autor verneint, daß Senussi Crampel habe ermorden lassen. Dieser sei vielmehr von den Banda-Stämmen zwischen N'Délé und Krébedjé getötet worden. Er bezieht sich in dieser Hinsicht auf das Zeugnis des Beamten Mercuri und Auguste Chevaliers. Er bezeichnet Senussi als „bemerkenswerten Mann, einen der seltenen Intelligenzen, denen ich in Afrika begegnet bin, . . . unterrichteten, scharfblickenden und von seinen Untertanen hochgeliebten

ter Grenzgebiete verlängerte mehr oder weniger die militärischen Operationen: In Borku stärkte bis zum Jahre 1912 die Anwesenheit einer türkischen Garnison in Aïn Galakka²⁰⁴ den Widerstand, da die Türkei den englisch-französischen Abgrenzungsvertrag über Tschad, Libyen und den ägyptischen Sudan nicht anerkannt hatte. Erst der Italienisch-Türkische Krieg von 1911/12 und der Verlust Libyens und der Cyrenaika durch das Ottomannische Reich ermöglichen es Oberst Largeau, sich 1913 in Aïn Galakka festzusetzen. General Hilaire schreibt über die Einnahme von Aïn Galakka (27. November 1913): „...Fürchterliches Handgemenge, in dem es notwendig wurde, jede Gasse, jedes Haus schrittweise gegen Wahnsinnige einzunehmen, die entschlossen waren, sich bis zum Letzten unter den Ruinen ihres Allerheiligsten begraben zu lassen, für ihren Glauben, ihre Familien und ihre unrecht erworbenen Güter. Die Flammen vollendeten schließlich das Werk der Schrapnells, der Kugeln und der Bajonnette... Straßen- und Häuserkampf in alter Weise, gnadenlos auf beiden Seiten, Plünderung und selbst...ein wenig Gewalttat.“²⁰⁵ Dagegen erlaubte das Fehlen einer effektiven Besetzung Rio de Oros durch die Spanier die Fortsetzung des maurischen Widerstandes bis 1934–36. 1934 wird Tinduf besetzt.

In den Waldgebieten und in solchen, wo die in der Stammesorganisation lebende Bevölkerung noch niemals unter organisierten Staaten gelebt und nie eine höhere politische Gewalt gekannt hatte, waren die Schwierigkeiten noch viel größer. Es gab hier keine einheimische Häuptlingschaft, auf die man sich stützen konnte. Infolge des Fehlens organisierter Staaten war die bloße „Durchdringung“ auf keine ernstlichen Hindernisse gestoßen. Die Bevölkerung hatte die Einrichtung von Stationen oft geduldet, vorausgesetzt, daß sich die französischen Beamten und Offiziere nicht in ihre Angelegenheiten einmischten. Aber jeder Versuch, Träger oder Handarbeiter auszuheben oder die Steuereinhebung zu organisieren, mußte die Feindseligkeiten zum Ausbruch bringen. Außerhalb der französischen Stationen und einiger großer Kreuzungen von Verbindungslinien blieb die Bevölkerung in der Tat unabhängig. Das gleiche war der Fall in fast ganz Französisch-Äquatorialafrika (Inneres von Gabun, Mittel-Kongo, Ubangischari), in der gesamten Waldzone der Elfenbeinküste, in den Wald-

Häuptling“. Die Angelegenheit Crampel sei ausgegraben worden, um seine Beiseitigung zu rechtfertigen.

²⁰⁴ Aïn Galakka wurde 1907 von französischen Truppen besetzt, dann aber wieder von ihnen verlassen.

²⁰⁵ General *Hilaire*, *Du Congo au Nil*, a. a. O., S. 199.

gebieten Guineas (wo die ganz nominelle liberianische Grenze eine bequeme Zuflucht war), bei den „Palänegriden“ (Konjagi und Bassari an den senegalesisch-guineischen Grenzen, Dogon, Bergvölker von Atakora, Lobi und anderen). Die „Aufschließung“ dieser Gebiete – d. h. für die koloniale Ausbeutung – verlangte die Einführung des Verwaltungssystems: nicht nur die Anlage von Verwaltungs- und Militärstationen an strategisch und verkehrsmäßig wichtigen Punkten, sondern die Einführung einer als Verbindung dienenden „Häuptlingschaft“. Diese übernahm die Erhebung der Steuer, die Stellung von Frondienstpflichtigen und andere Verpflichtungen. Das konnte der an ein freies Leben gewöhnten Bevölkerung nur mit Gewalt aufgezwungen werden. Diese Vorgänge sind es, die wie aus Selbstironie von der Kolonialhistoriographie als „Pazifizierung“ bezeichnet worden sind. In Wirklichkeit stellt dieser Komplex eine Reihe langer und grausamer militärischer Operationen zur Entwaffnung der Bevölkerung dar, um ihr jegliche Möglichkeit zum Widerstand zu nehmen.

1. Die „Pazifizierung“ der Elfenbeinküste

Ein typisches Beispiel für diese Art der „Pazifizierung“ bietet die Elfenbeinküste. Sie war das Werk des Gouverneurs Angoulvant, eines „Theoretikers“ auf diesem Gebiet, eines Apostels der „starken Hand“. Er hat das Bedürfnis verspürt, seine Handlungsweise ausführlich darzulegen und zu rechtfertigen zu suchen; dabei ließ er allerdings einige peinliche Aspekte im dunkeln, über die uns wiederum zeitgenössische Zeugen freundlicher Weise aufklären.

Man glaubte die 1893 gebildete Kolonie „in der Hand“ zu haben. Wenn man die Grenzgebiete Liberias ausnimmt, so war das gesamte Territorium durchstreift, erforscht und mit einem Netz von Stationen überzogen. Waren die letzten ernstlichen militärischen Operationen (Bezwingung Samoris, Affäre von Assikasso und Besetzung Baules) nicht der Schlußpunkt hinter der französischen Besitzergreifung gewesen? Im gesamten Gebiet war 1901 die in den Verwaltungskreisen des alten Sudan bereits in Kraft befindliche Kopfsteuer eingeführt worden. Dennoch hatte die Errichtung einer regulären Verwaltung den Widerstand in der Waldzone und ihren Randgebieten nicht gebrochen, besonders nicht im Baule-Land. Dieses Gebiet war seit 1900 stark besetzt worden; aber hier bestand ein unaufhörlicher Guerillakrieg: „Die beträchtlichen Trägerdienste, die zur Versorgung der dort stationierten 1000 Mann gefordert wurden, trieben die Baule sehr rasch

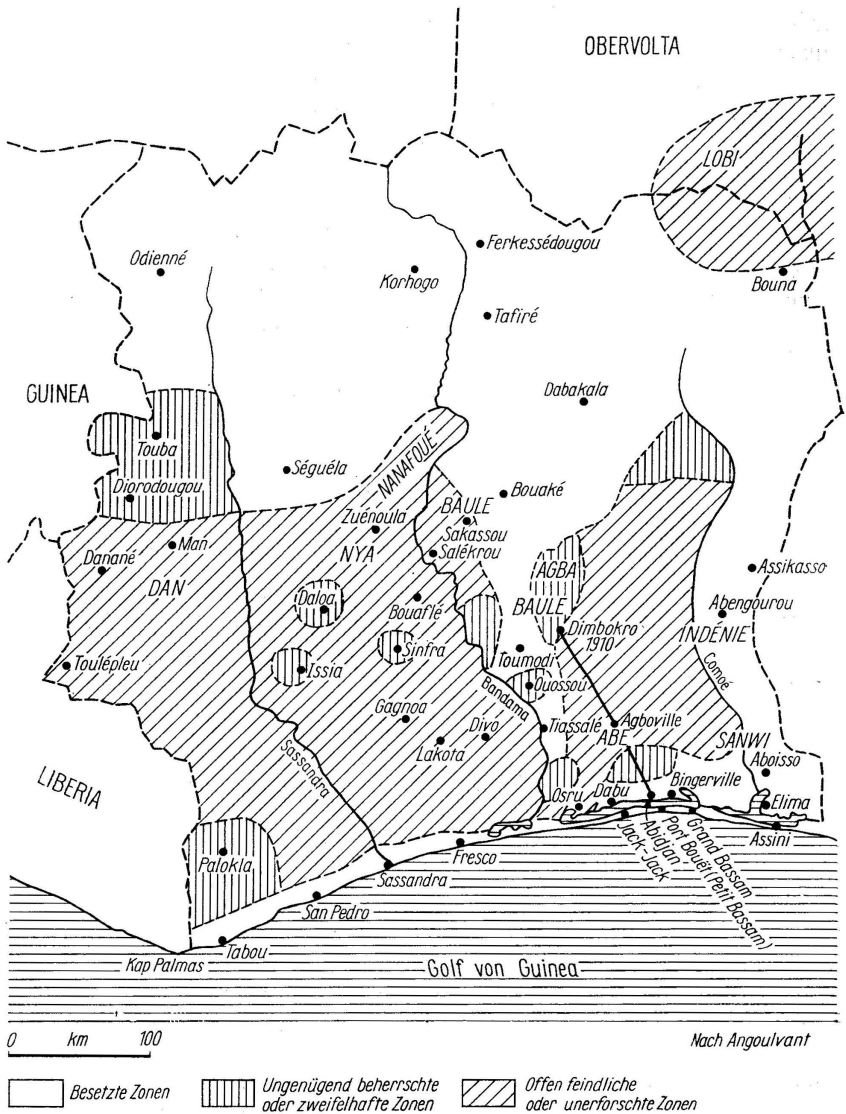


Abb. 5. Politische Lage an der Elfenbeinküste am 1. Mai 1908 (nach Angoulvant)

in die Verzweiflung. Ihre Weigerungen führten während des ganzen Jahres 1902 zu zahlreichen militärischen Operationen . . ., deren einziger Erfolg die Ausweitung des Aufstandes war. Der Tod zwei sehr hoher Personen, Kuame Guies, des Häuptlings der Warebros von Sakassu und Erben der Baule-Eroberin Aura Poku, und Akafus, des sehr reichen und angesehenen Häuptlings der südlichen N'gbans, trug zur Komplizierung der Situation bei, um so mehr als diese zwei Häuptlinge bei Unruhen umkamen, die nach der zweifellos (sic!) zu Unrecht bestehenden Meinung der Eingeborenen einen gefährlichen Charakter annehmen konnten.“²⁰⁶

Zwischen 1900 und 1906 lösten ohne sichtbares Ergebnis Empörungen und Strafexpeditionen einander ab. Nicht nur das Baule-Land blieb in einem nur halb unterworfenen Zustand, auch die Durchdringung in den oberen Becken des Cavally und der Sassandra trat auf der Stelle, und selbst die Beherrschung des Lagunengebietes war lückenhaft: Angriffe erfolgten bis acht Kilometer vor Bingerville, dem Sitz der Verwaltung der Kolonie.²⁰⁷ 1908 faßt der Gouverneur Angoulvant bei seinem Amtsantritt die Situation wie folgt zusammen: Besetzt und wirklich im Besitz sind im Norden die Savanne (mit der Elfenbeinküste verbundener Teil des früheren Sudan), im Süden der Streifen der Küste, im Osten ein schmales gebietsmäßiges Band von Assini bis Indenie; Baule-Land ist zur Hälfte besetzt, an anderer Stelle gibt es nur isolierte und belagerte Stationen. „*Wir haben nicht die geringste Steuersumme* in den oben als unbekannt, feindlich oder

²⁰⁶ F. J. Clozel, Dix ans à la Côte d'Ivoire, Paris 1906, S. 79.

²⁰⁷ Eine 1910 angestellte Untersuchung gibt von diesen Ereignissen die folgende unvollkommene Liste:

1896: Empörung des Zaranon. Ermordung des Beamten Pouille.

1898: Gefecht von Assikosso. Empörung von Osru.

1899: Brand der Station Toumodi.

1900–1902: Allgemeine Empörung der Baule.

1903: Empörung des Mango.

1904: Angriff auf Bingerville.

1905: Kolonne gegen die Agbas.

1906: Feldzüge von Sassandra und am oberen Cavally.

1907: Kolonne gegen die Gouro . . ., usw.

(La situation politique en Côte d'Ivoire, in: Bulletin du Comité de l'Afrique française, Nr 2, Februar 1910, S. 60–62.)

Über die Lage im westlichen Teil der Elfenbeinküste (Becken des Cavally und der Sassandra) siehe C. Wondji, La Côte d'Ivoire occidentale, période de pénétration pacifique (1890–1908), in: Revue française d'histoire d'Outre-Mer, L, 1963, 180–181, S. 346–381.

zweifelhaft bezeichneten Gebieten eingezogen. *Der Handel wart dort gleich Null, man hatte daselbst keinerlei Sicherheit.*²⁰⁸

In seinen theoretischen Betrachtungen weist Angoulvant die „Absurdität“ der „friedlichen Durchdringung“ zurück. Die Kolonisation, so erläutert er ausdrücklich, kann sich nur mittels Gewalt durchsetzen: „Unser Feind – unser Herr, sagte bereits der Fabeldichter. Und wenn man es uns nicht in gutem Französisch sagt, denkt und murmelt man es in allen Dialekten von Afrika und selbst von anderwärts.“²⁰⁹

Die Afrikaner sind unempfindlich gegen das Argument des „Zivilisationswerkes“ und „fahren nichtsdestoweniger fort, uns als Eindringlinge zu betrachten, wobei sie ihrer inneren Ansicht nach davon überzeugt sind, daß sie vor unserer Ankunft keinesfalls so elend dran waren...“²¹⁰ Wir können nicht voraussetzen, daß es die einzige Aufgabe des Beamten ist, Gefallen zu erregen. Es wird ein Augenblick kommen, da er Forderungen stellen muß...²¹¹ Findet man denn auf unserer Erde ein Gebiet, sei es auch noch so klein, wo die Verwaltung beliebt ist, abgesehen bei jenen, die von ihr leben? ... Diese Gegend wird man nicht finden.²¹² ... Wir hatten freilich Stationen, aber ihre Chefs verließen sie nicht. Sie hätten es nur unter der Bedingung gekonnt, niemals die geringste Macht auszuüben und viel zu bezahlen. In Wirklichkeit war unsere Durchdringung daher friedlich, daß unsere Beauftragten sich darauf beschränkten, in ihren vier Wänden zu bleiben, oder daß sie Geschenke zahlten und an Ansehen verloren, wenn sie ungehindert reisen wollten.²¹³ Sicherlich können Forscher ein erstes Mal ein neues Land durchziehen, sogar Kaufleute können es durchreisen. *Der Grund liegt darin, daß sie keine Forderungen zu stellen haben...* Aber der Stationsführer ist nicht in ein Gebiet geschickt oder auch nur bezahlt worden, um die Natur zu beobachten und ethnographische, botanische, geologische oder linguistische Untersuchungen anzustellen. Er hat die Aufgabe, zu administrieren. Übersetze man sich dieses Wort, ... administrieren heißt am letzten Ende, mit dem Gesichtspunkt der Erreichung von Zielen, die in einem höheren Zivilisationsinteresse liegen, Vorschriften auferlegen, Freiheiten einzelner zugunsten der Freiheit aller begrenzen, Steuern erheben.“²¹⁴ Angoulvant gibt für das „höhere Zivilisationsinteresse“ eine klare Definition in einem seiner Berichte an den Generalgouverneur: „In der

²⁰⁸ G. Angoulvant, *La Pacification de la Côte d'Ivoire*, Paris 1916 (Hervorhebung der Passagen von mir – J. Suret-Canale).

²⁰⁹ Ebenda, S. 138.

²¹⁰ Ebenda, S. 32.

²¹¹ Ebenda, S. 24.

²¹² Ebenda, S. 22.

²¹³ Ebenda, S. 49.

²¹⁴ Ebenda, S. 22.

gesamten vorhergehenden Zeit hat man, wie es im wohlverstandenen Interesse der Kolonie liegt, den militärischen dem politischen und verwaltungsmäßigen Einsatz untergeordnet. Aber dieser Einsatz muß zum größten Teil erst festgelegt werden unter Zugrundelegung *sowohl der Vorteile, die unsere Siedler und Kaufleute erwarten können als auch der im Spiel befindlichen ökonomischen Interessen.*“²¹⁵ Angoulvant wird nicht zögern, seine „höheren Interessen“ (wohlverstanden der Kolonialpolitik) untergeordnete Politik auch gegen die Verblendung gewisser Kaufleute durchzusetzen, die „jedes Gebiet, wo sie fast frei ihren Handel treiben konnten, als pazifiziert betrachteten: es interessierte sie wenig, ob der Einheimische seine Steuer bezahlt, den Tribut entrichtet, sich einverstanden erklärt hatte, seine Streitigkeiten vor die Justiz zu bringen.“²¹⁶ „Vor allem ist das unantastbare Prinzip unserer Herrschaft zu betonen... Zum Ausdruck kommen muß seitens der Eingeborenen die Anerkennung dieses Prinzips in bereitwilliger Aufnahme und absoluter Achtung unserer Vertreter, wer sie auch seien, in der ungeschmälernten Bezahlung der Steuer zum gleichmäßigen Satz von 2,50 Franken, in der Entrichtung eines entscheidenden Beitrages zum Bau von Wegen und Straßen, in der Einwilligung in verlangte Trägerdienste, der Beachtung unserer Ratschläge (sic!) betreffend die Notwendigkeit der Arbeit und der Inanspruchnahme unserer Justiz...“²¹⁷

„Die Zeichen von Unlust oder Respektversagung gegenüber unserer Autorität, die Manifestationen fehlender Gutwilligkeit, sind unverzüglich zu unterdrücken.“²¹⁸ Mit dem Beginn seiner Verwaltung wendet Gouverneur Angoulvant auch seine Methoden an. Er leitet sie mit Kriegshandlungen in der Region Man (November 1908) ein, wo die im Juli gegründete Station von den Dan belagert wurde, „eigensinnigen Wilden... [die] uns aus dem Lande jagen wollen.“²¹⁹ „Da er sich wegen der Schwäche seiner aktiven Truppen nicht entfernen kann, begnügt sich Hauptmann Laurent damit, scharf gegen das ganz in der Nähe der Station liegende Dorf Deaguï vorzugehen... Er nimmt die Angesehenen des Dorfes Guapole fest, die, obwohl verdächtig, mit Beteuerungen ihrer Treue zu ihm gekommen sind.“ Die Ankunft von Verstärkungen gestattet es endlich, offen Krieg zu führen: „Gleich am folgenden Tag beginnen die Unterdrückungsoperationen gegen

²¹⁵ Ebenda, S. 159. (Hervorhebung von mir – J. Suret-Canale.)

²¹⁶ Ebenda, S. 191.

²¹⁷ Ebenda, S. 57. (Briefe an den Kreiskommandanten von Lahou betreffend das Dida-Land vom 29. Juli 1908.)

²¹⁸ Ebenda, S. 63 (Instruktionen vom 26. November 1908).

²¹⁹ Ebenda, S. 252.

die in der Nähe der Station gelegenen Dörfer. Am 8. wird in allen vier Himmelsrichtungen Brand angelegt: Ziélé, Kogui, Gbuetongui, Guama, Man werden zerstört; am 9. und am 10. sind die Feldbaudörfer der Nachbarschaft an der Reihe, deren Reisvorräte in die Station getragen werden.²²⁰ Dann wird im Dezember 1909 das große Dorf Osru in der Lagunenregion Ziel einer ähnlichen Strafexpedition. All das nennt Gouverneur Angoulvant, auch darin Systematiker, die „Periode der Unzulänglichkeit der Einsatzmittel, die Periode der Sprünge“. Zu Beginn des Jahres 1910 endet sie mit einem jähen „Sprung“, der den theoretisierenden Gouverneur fast die Stellung gekostet hätte, es ihm aber schließlich ermöglichte, zur „Periode des lebhaften Einsatzes und der Kolonnen“ überzugehen. Der Eisenbahnbau in der Elfenbeinküste hatte 1904 begonnen. Von der Küste verlief die Linie nach Dimbokro, wobei sie die Waldzone durchquerte. Ihr erster Abschnitt war Anfang 1910 gerade beendet, da erhebt sich am 6. Januar vormittags das ganze Waldvolk der Abes: „Das Land erhob sich wie auf ein Kommando einmütig zwischen den Kilometern 40 und 120.“²²¹ Das Gleis und die Gleisanlagen werden angegriffen, das Gleis wird allein zwischen den Kilometern 24 und 42 an 25 Punkten unterbrochen. Weder der Führer der Station Agboville (der die Landessprache verstand), noch die sonstigen in der Region ansässigen Europäer oder Senegalesen und Bambara ahnten von der Vorbereitung der Empörung das geringste. Am Vortag des Beginns der Bewegung sind alle in ihrem Dienst stehenden Diener und Frauen, die dem Volk der Abes angehören, verschwunden. Der Gouverneur Angoulvant hat für diese Abes nur Verachtung. Für ihn sind sie „auf der letzten Stufe der Menschheit stehende ungesellige Wilde, die sich weigerten, den ihnen nahe gelegenen Schienenstrang anzusehen, sich dem primitiven und nomadischen Leben von Jägern ergaben, bis dahin keine Steuer zahlten [und] entschlossen waren, mittels Gewalt sich der Durchdringung ihres Landes zu widersetzen“.²²² Der Gouverneur will gelten lassen, daß „die Abes hier auch eine günstige Gelegenheit erhielten, die schändliche Behandlung durch heute aus der Kolonie verschwundene“²²³ Holzunternehmer zu rächen“.²²⁴ Die zeitgenössische Presse erklärt das Ereignis anders als aus der Fortschrittsfeindlichkeit der „wilden“ Abes: „Man muß die wirklichen Ursachen der Erhebung in der Furcht suchen, sich völlig entwaffnet und allen Befehlen der Verwaltung restlos ausgeliefert zu wissen. Man

²²⁰ Ebenda, S. 252 ff.

²²¹ *Revue indigène*, Nr 46, Februar 1910.

²²² G. Angoulvant, a. a. O., S. 281.

²²³ Offenbar! ²²⁴ G. Angoulvant, a. a. O., S. 281

begreift eine solche Furcht, wenn man gewisse Tatsachen erfährt – zum Beispiel diese: 1. In Bingerville leisteten die Leute der umliegenden Dörfer binnen eines Monats 1200 Tagewerke Arbeit, ohne einen Centime Entschädigung zu erhalten. 2. In einem friedlichen Palaver wurde auf die Eingeborenen, die Miene gemacht hatten, aufzustehen und sich zu entfernen, das Feuer eröffnet, ohne daß von ihrer Seite eine Provokation vorgelegen hätte. 3. In der gesamten Kolonie hat man Wege von sechs m Breite in Angriff genommen... Arbeiten, die in dünnbesiedelten Gebieten ausgeführt werden, ohne daß man die Eingeborenen dafür bezahlt.“²²⁵ Außerdem begann die Verwaltung, die Gewehre der Afrikaner zu beschlagnahmen. Es wurde für die beschlagnahmten Waffen weder eine Entschädigung gezahlt noch wurde die im gleichen Jahr für das Waffentragen erhobene Steuer zurückgezahlt... Der Aufstand war daher eine echte Verzeiungstat. Die Situation wird derart bedenklich, daß General Caudrelier, Oberbefehlshaber der französischen Truppen in Westafrika, und Generalgouverneur William Ponty auf dem Schauplatz erscheinen. Die Politik Angoulvants wird mit heftiger Kritik bedacht: er habe zu schnell vorgehen wollen. Die Steuer, deren Betrag in der Regel zwischen einem halben und einem Franken lag, oder höchstens zwei Franken betragen hatte, wurde plötzlich auf 4,50 Franken erhöht. Die Erhebung der Steuer konnte nur durch Polizeiexpeditionen bewirkt werden. „Substantielle Resultate dieser Expeditionen sind unvollständig eingezogene Steuern zu dem folgenden Preis: niedergebrannte Dörfer, in großer Zahl getötete Häuptlinge und Eingeborene, auf Piken gepflanzte Köpfe von Häuptlingen, Kriegskontributionen.“²²⁶ Die Erhebung der Steuer und der Kontributionen stieß allerdings auf eine Schwierigkeit. Es war zu wenig oder überhaupt kein Münzgeld vorhanden. Man war daher gezwungen, an seiner Stelle die zu einem Tauschsatz geschätzten und für die Kolonialbehörden sehr vorteilhaften Äquivalente anzunehmen: Manillen²²⁷ zu einem Tarif von 30 Franken für 15 Pakete, Ochsen zu 50 Franken je Haupt, Goldstaub zu 100 Franken für 50 Gramm.²²⁸ Eine Gebühr für das Tragen von Waffen – in Höhe von 5 Franken – war am 20. Juli 1908 von Angoulvant verordnet worden. Sie wirkte sich auf „alle Eingeborenen der Kolonie, da sie alle ein

²²⁵ *Revue indigène*, Nr 53, September 1910, S. 518–519.

²²⁶ J. La Bruère, Les événements de Côte d'Ivoire, in: *Revue indigène*, Nr 46, Februar 1910, S. 104.

²²⁷ *Manillen*: Kupferarmringe, die an der Elfenbeinküste als Geld Verwendung fanden. Ihr Import war 1895 verboten worden, aber sie zirkulierten weiter.

²²⁸ M. Simon, Souvenirs de Brousse, 1961, S. 83/84.

Gewehr und manchmal zwei besitzen“, aus.²²⁹ Sobald man die Gebühr erhoben hatte, ging man zur Entwaffnung der Bevölkerung über (21. August 1909). Bei all diesen Erpressungen wurden die kolonialen „Interessen“ nicht vergessen. Man vergleiche zum Beispiel die Bilanz der Operation gegen Osru: „Das Dorf Osru wird mit 14 600 Franken zur Steuer veranschlagt. Eine Expedition von 300 Mann wird beauftragt, diesen Betrag mit Gewalt einzuziehen. Osru wird eingenommen und – nachdem es seine Steuer bezahlt hat – zu einer Kriegskontribution von 100 000 Franken, zahlbar in Geld binnen acht Tagen, verurteilt! Das Dorf verfügte natürlich nicht über eine solche Summe. Es fanden sich jedoch – zum Teil wird behauptet, diese Idee sei von der örtlichen Kolonialverwaltung suggeriert und die Abmachung von einigen Beamten legalisiert – Leute, die diese Summe vorschossen, um sie auf die kommende Ernte zu verrechnen, wobei diese Ernte den anstelle der Eingeborenen zahlenden Handelshäusern abgetreten wurde.“²³⁰

Im Endergebnis aber begann sich die von der Empörung der Abes ausgehende Aufregung zugunsten Angoulvants auszuwirken. Er wird vom Generalgouverneur gedeckt, und es werden ihm militärische Verstärkungen gesandt (fast 1400 Mann, sämtlich Senegalesen). Die vor Angst irren Colons schließen sich der Politik der „starken Hand“ an: „Die dem Gleis zugefügten Schäden..., die Verluste der Kaufleute an der Bahnlinie, der Mahagonihändler mit Holzplätzen längs des Bahnweges, sind zu beträchtlich, um nicht die schrecklichste Unterdrückung gutzuheißen und zu rechtfertigen... Die eingenommenen Dörfer werden verbrannt, den Gefangenen wird kein Pardon gegeben. Die abgeschnittenen Köpfe werden auf Piken gepflanzt und vor den Bahnhöfen oder den Hütten der Dörfer aufgestellt.“²³¹ Der mit den nötigen Truppenverstärkungen ausgerüstete Gouverneur beschränkt sich nicht mehr auf die sogenannten einfachen Unterdrückungsmaßnahmen. Es handelt sich nun darum, endgültig jede Widerstandsmöglichkeit zu brechen. Er zählt selbst die eingeleiteten Maßnahmen auf, wobei er sie zu rechtfertigen sucht.

Erstens: *Die Entwaffnung, die vollständige Ablieferung aller Gewehre* als „wirksamste Strafe“ und grundlegende Maßnahme. Angoulvant kritisiert rücksichtslos Binger, der 1895 unter dem Vorwand, daß das Land pazifiziert sei und der lokale Handel 300 000 Franken jährlich verlieren würde, den Erlaß zum Verbot der Einfuhr von Gewehren in die Kolonie

²²⁹ J. La Bruère, Les événements de Côte d'Ivoire, a. a. O.

²³⁰ Ebenda.

²³¹ *La Dépêche de la Côte d'Ivoire*, 25. März 1910.

aufgehoben hatte. Die an Afrikaner verkauften Gewehre seien zweifellos von geringer Tragkraft, bildeten aber im Waldland eine gefährliche Waffe bei Hinterhalten. Man werfe ihm, Angoulvant, vor, nach Bezahlung der Waffensteuer die Feuerwaffen konfisziert zu haben? Diejenigen, deren Gewehre konfisziert worden seien, hätten „im allgemeinen“ die Steuer nicht entrichtet, und von einer Entschädigung könne nicht die Rede sein, da es sich um eine „Kriegsmaßnahme“ handle. Man wende ein, das Aufhören des Waffenhandels sei eine Schädigung des Handels und gebe Felder und Menschen den wilden Tieren preis? Ein Erlaß vom 15. Mai 1911 gestattete doch „einigen zuverlässigen Privilegierten“ das Waffentragen. Auf jeden Fall würden die ökonomischen Vorteile der Entwaffnung die eventuell auftretenden Nachteile überwiegen. „Mit ihren Feuerwaffen, deren Gebrauch sie über alles lieben, geben sich die Eingeborenen nur zu sehr dem Vergnügen der Jagd hin, die so eine ausschließliche Ernährungsquelle für sie wird.“²³² Die entwaffneten Eingeborenen würden schließlich gezwungen sein, die Jagd zugunsten des Feldbaus aufzugeben, der allein in der Lage sei, den Handel zu fördern. Am 30. September 1914 betrug die Zahl der beschlagnahmten Gewehre in der Elfenbeinküste 111 912.

Zweitens: *Festnahme der an der Empörung schuldigen Häuptlinge und Fetischpriester und Internierung außerhalb der Kolonie*. Offiziell wurden 220 Personen nach Port-Etienne oder Dahomey deportiert. Für Angoulvant handelt es sich dabei um eine „unzulängliche“ Strafe. Er hätte Hinrichtungen für richtig gehalten. (In Wirklichkeit fanden solche ohne Verurteilung statt.) Er schlägt die Einrichtung eines Strafgerichtshofes analog dem in Indochina bestehenden vor und bedauert diese „beklagenswerte Lücke“ unserer „Einrichtungen“ in Französisch-Westafrika. Er tröstet sich aber damit, daß, wie er vermerkt, von der Sterblichkeit aus beschen, das Exil in Port-Etienne fast zu denselben Resultaten führt.

Drittens: *Bezahlung der rückständigen Steuern und einer Kriegskontribution*. Die Unterworfenen und Entwaffneten müssen die Steuer zahlen, und zwar bedarfsweise rückwirkend bis 1901. Darüber hinaus werden sie mit Kriegskontributionen belegt. Man hat die Regelmäßigkeit dieser Kontributionen bestritten. Das Dekret von 1904 über das Eingeborenenstatut setzte ihre „unbezweifelhafte Legalität“ fest. Von reichen Bevölkerungen waren die Kontributionen dank ihrer Palmenhaine und Goldlagerstätten relativ leicht aufzubringen. So wurde Osru mit 75 000²³³ Franken besteuert, der

²³² G. Angoulvant, a. a. O., S. 221. Darlegung der Gründe für den Haushalt von 1910, 24. Juni 1909.

²³³ J. La Bruère, Les événements de Côte d'Ivoire, a. a. O., macht die Angabe von

Distrikt von Dabu mit 66 676, der Stamm der Abes mit 79 700 Franken, die Akue mit 44 850 Franken und die Attje mit 18 200 Franken. „Die Ursache ihres Übermutes war ihr akkumulierter Reichtum. Indem man ihnen diesen nahm, brachte man sie zu einem bescheideneren Verhalten und regte sie zur Arbeit an, welche nur allein sittenverbessernd und erzieherisch auf Völker wirkt, deren Entwicklung kaum begonnen hat.“²³⁴

Viertens: *Zustimmung zur Jahressteuer, zu Trägerdiensten und Tributen, zur Eröffnung von Wegen und Pfaden*. Die entwaffneten, ihrer Häuptlinge beraubten und ihrer Reichtümer entblößten Bevölkerungen befinden sich in einer Lage, die zur Einwilligung in die von der Verwaltung geforderte Abgabe von Arbeitskräften und Produkten an die *Colons* und Kaufleute zwingt.

Fünftens: *Zerstörung der Lagerplätze und Zusammenfassung zu Dörfern*. Auf Grund der natürlichen Bedingungen, die das Waldland bot und ihres gesellschaftlichen Entwicklungsniveaus waren die Waldbevölkerungen oft nicht in großen Wohnsiedlungen, sondern in den einer Großfamilie entsprechenden Lagersiedlungen ansässig. Solche Lagerplätze lagen „oft in geringer, manchmal, wenn in fruchtbaren Gegenden, in sehr naher Entfernung, aber in jedem Fall in großer Isolierung voneinander, je mit Feldbaugelände und Pfaden“.²³⁵ Diese Isolierung begünstigte die „Jagdlust“, die „Faulheit“, die „Anarchie“ und „fehlende Autorität der Häuptlinge“. Die Lagersiedlungen werden systematisch zerstört. Man zwingt die Bewohner, sich in der Nähe von Stationen oder Wegen niederzulassen, um die Autorität der Häuptlinge zu stärken und die Bevölkerungszählung zu erleichtern. Man wende gegen diese Politik nicht den „Respekt vor den Traditionen“ ein: „Wir sind dort, um sie zu ändern.“²³⁶ In dieser Weise werden die

100 000 Franken. Die im obigen Text angegebenen Ziffern decken sich mit den vom Regierungsrat von Französisch-Westafrika in seiner Sitzung vom 21. Juni 1910 gebilligten (L'A.O.F., Nummer vom 9. Juli 1910); es ist möglich, daß die tatsächlich erhobenen Summen diese Angaben etwas überstiegen haben.

²³⁴ G. Angoulvant, a. a. O., S. 245. Bemerken wir, daß die Beschlagnahme der Gewehre ohne Entschädigung und die Unterlassung der Rückzahlung der Steuer für das Waffentragen schon einer schweren Geldstrafe gleichkam. Da der Durchschnittspreis eines Gewehres 20 Franken, die Steuer 5 Franken betrug, schätzt die Revue indigène (Nr 55, 30. November 1910) den erlittenen Schaden für 1910 auf 600 000 Franken. Berücksichtigt man die Gesamtzahl der 1914 beschlagnahmten Gewehre, so kommt man auf eine Sondersteuer von fast 2 800 000 Franken (Goldfranken).

²³⁵ G. Angoulvant, a. a. O., Kap. I.

²³⁶ Ebenda, II. Teil des Buches, Kap. I.

Akue aus 247 Lagern in 17 Dörfer „umgruppiert“, die N'gbans aus 312 Lagern in 47 Dörfer. Die „Umgruppierung“ muß dauernd fortgesetzt werden: „Nach erfolgter Umgruppierung ist es noch jahrelang nötig, die Lager zu suchen und zu zerstören, die sich aus verschiedenen Ursachen erneut bilden: wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Häuptling, Uneinigkeit im Dorf oder ganz einfach wegen des Weiterbestehens atavistischer Unabhängigkeitsinstinkte . . . Wohlgemerkt wird zwischen endgültigen Lagern und provisorischen Schutzunterkünften unterschieden, welche die aus der Bodenrotation stammende Entfernung der Felder unumgänglich macht.“²³⁷ So weicht die „Periode des lebhaften Einsatzes“ der „Periode des langsamen Einsatzes“, die Politik des „Ölflecks“ der Politik der Expeditionen. Nach diesen Grundsätzen „pazifizierte“ Gouverneur Angoulvant von 1908 bis 1916 die Elfenbeinküste. Angoulvant erkennt zuweilen die „energische“, „mutige“ Verteidigung der Bevölkerung an und scheut sich doch nicht, sie später als „Wilde . . ., die vom Alkohol erregt, von den Fetischpriestern fanatisiert waren“, zu bezeichnen. Nach der „Kolonnie der Abes“ (Januar–April 1910) kommt es zur „Kolonnie der N'gbans“ (30. Mai bis 31. Juli 1910). Die N'gbans sind „unabhängig, tapfer, widerstrebend“, haben „kategorisch verweigert, ihre Waffen abzugeben“ und „den Stationschef von Uassu aus ihren Dörfern verjagt“.²³⁸ Es folgt der Widerstand der Salefues unter der Leitung von Boni N'Diolé (August–Dezember 1910), die „Kolonnie des Bandama“ (1. Januar–1. Juli 1911) gegen die von einer Frau geführten Nanafue-Kpri. Sie ist Häuptling des Dorfes von Salekru und hatte bereits 1902 die Franzosen verjagt. Ebenso zu nennen sind die Operationen im Bezirk von Züenula gegen die Nyas, welche „niemals einen feindseligen Akt begingen, . . . lange die Steuerzahlung verweigerten, sich aber vor einiger Zeit dazu entschlossen“. Als sie erfuhren, daß „wir die vollständige Entwaffnung und die Bezahlung der rückständigen Steuern wollen“²³⁹, schlossen sie sich dem Aufstand an. „So züchtigt der Hauptmann Larroque die Yansuas, die auf eine Forderung nach Trägern frech geantwortet haben . . ., vom 20. bis 25. verbrennt er sämtliche Dörfer der Nionos . . ., vom 29. bis 31. macht er noch fünf große Dörfer dem Erdboden gleich.“²⁴⁰ Im Bezirk von Sinfra, „werden die Wegebauarbeiten verweigernden Finas von Hauptmann Plomion und Hauptmann Javouhey zugleich angegriffen . . .“²⁴¹ Im Westen flieht die Bevölkerung zu Tausenden, um nach Liberia zu gehen. Am Ende seiner Amtszeit wird Angoulvant

²³⁷ Ebenda, S. 216.

²³⁸ Ebenda, S. 289.

²³⁹ Ebenda, S. 335.

²⁴⁰ Ebenda, S. 336.

²⁴¹ Ebenda, S. 338.

es verstanden haben, „die Sophismen zu widerlegen“ (besonders den Sophismus der „friedlichen Eroberung“), „mit denen man zu oft die Geister verwirrte und die Interessen des kolonialen Frankreichs bloßstellte“.²⁴² Er wird zum Generalgouverneur von Französisch-Westafrika, dann von Französisch-Äquatorialafrika ernannt werden. Nachdem er die Verwaltung verlassen hat, wird er in Politik und Geschäften seine Karriere beenden.²⁴³ 1924 läßt er sich „unter verdächtigen Bedingungen“ zum Abgeordneten für Französisch-Indien wählen.²⁴⁴ In der Folgezeit beteiligt er sich, wenn man General Hilaire glauben soll, an Geschäften im Alkoholschmuggel nach den Küsten der USA (zur Zeit der Prohibition). In den dreißiger Jahren ist er einer der großen Vertreter des kolonialen Finanzkapitals geworden: Mitglied der Verwaltungsräte der Compagnie générale des Colonies, der Banque commerciale africaine, der Compagnie d'exploitations forestières africaines, der Plantations réunies de l'Ouest africain, der Compagnie forestière Sangha-Oubangui, der Plantations et palmeraies de l'Ogôoué und anderer.

2. Die „Pazifizierung“ der übrigen Widerstandsherde in Französisch-Westafrika

Mit mehr oder weniger Methode, mehr oder weniger Schnelligkeit, wird diese gleiche Politik überall angewandt, wo sich nur Widerstand zeigt. Im Waldland von Guinea hatten die Völker der Guerzé, Manon, Toma und Kissi allen sudanischen Eroberern, zuletzt Samori, Widerstand geleistet. Die durch die Vereinbarung vom 8. Dezember 1892 festgelegte Grenze gab das

²⁴² Ebenda, Vorwort.

²⁴³ Über seine Moral hier die Meinung des General Hilaire, der unter seiner Verwaltung Höchstkommandierender der Truppen in Französisch-Äquatorialafrika war: „Eifriger Geschäftsmann, betrieb sehr zynisch seine eigenen Geschäfte und nebenbei zugleich auf gut Glück die der Kolonie.“ (General *Hilaire*, *Du Congo au Nil*, a. a. O.)

Ein Beispiel: 1919 erbittet die Gesellschaft Sangha-Ubangi eine Modifizierung ihrer Konzession, was er verweigert. Der Generaldirektor der Gesellschaft, Jean Weber, riet seinem Vertreter in Afrika zur „liebenswürdigen Diplomatie“: Aus Anlaß einer Kapitalaufstockung werden dem Generalgouverneur 8000 Stück Aktien (zum Nominalwert von 107 Franken, an der Börse liegt die Notierung jedoch schnell bei 150 Franken) angeboten, welcher annimmt . . . und dem Minister ein wohlwollendes Gutachten zu der erbetenen Modifizierung einreicht. (*F. Challaye*, *Souvenirs sur la colonisation*, a. a. O.)

²⁴⁴ *J. Runner*, *Les Droits politiques des indigènes des colonies*, Paris 1927.

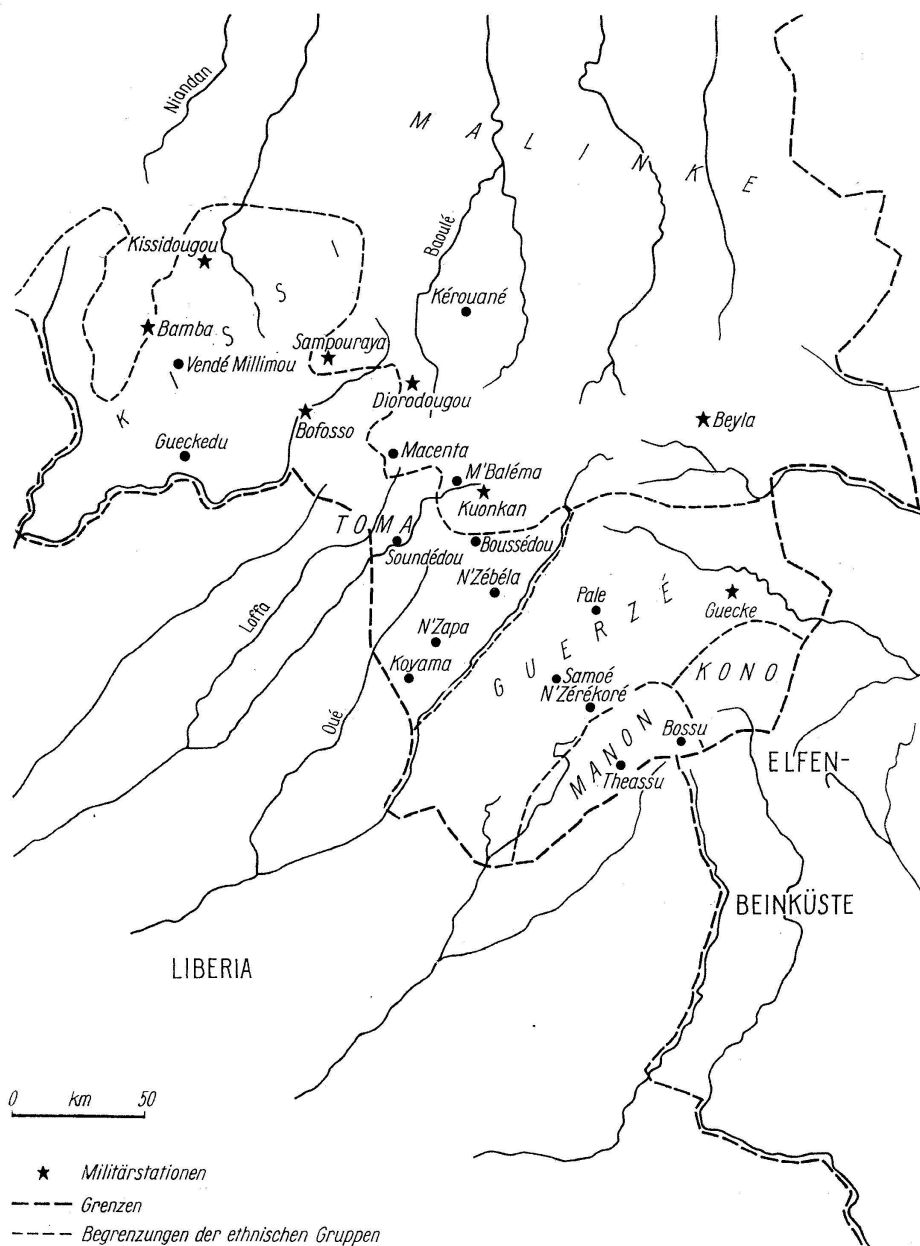


Abb. 6. „Pazifikation“ des Waldlandes von Guinea um 1900

ganze Waldgebiet mit Beyla an Liberia. Operationen gegen Samori brachten die französischen Truppen bald dazu, diese rein theoretisch existierende Linie zu überschreiten. Die Ungewißheit der Grenzfestlegung, das Fehlen einer effektiven Besetzung durch die Liberianer, erleichterten den Widerstand der Bewohner des Waldgebietes. 1894 wird Leutnant Lecerf getötet, der erschienen war, um einen für Samori bestimmten Waffen- und Munitionstransport aus Monrovia abzufangen.²⁴⁵ Die Toma massakrierten die Mission Bailly und Pauly (1898), ohne die geringste Gegenwirkung auf sich zu lenken. Nachdem dieser Bezirk 1899 Guinea zugesprochen worden war, wurde er als „Militärregion“ organisiert, zu dem die vorgeschobenen Stationen Kissidugu, Sampuyara, Diorodugu und Beyla gehörten.²⁴⁶ Eine zur Ersetzung der Station Diorodugu bestimmte Expedition (Kolonne Conrart), die beständig von den Toma angegriffen wird, führt zur Einnahme des befestigten Dorfes Bafobakoro (28. Februar 1900). Aber der die Operationen führende französische Offizier wird getötet, während der feindliche Kriegshäuptling, Koko Tolno, sich nach N'Zapa auf liberianisches Gebiet flüchtet. Kurze Zeit danach beginnen die Operationen gegen den Häuptling Kissi Digo. Das Widerstandszentrum, das Dorf Niadu, wird von Leutnant Crébessac verbrannt.²⁴⁷ Der Jahresbericht von 1903 über die allgemeine Lage in Französisch-Guinea bemerkt: „Der Unabhängigkeitssinn der Eingeborenen ist sehr groß. Sie leben in untereinander völlig unabhängigen Dörfern. Die Autorität der Dorfhäuptlinge ist sehr schwach und die der in den Militärkreisen eingesetzten Kantonhäuptlinge absolut gleich Null.“²⁴⁸ 1903 scheitern französisch-liberianische Verhandlungen zur Festlegung der Grenze. Sie werden 1904/05 fortgeführt. Aber in derselben Zeit unternehmen die liberianischen Kommissare Cummings und Loomax die Besetzung des Hinterlandes. Zwischen Franzosen und Liberianern beginnt der Wettlauf um die günstigsten Positionen. 1905 wird ein Teil der Garnisonen aus Kissidugu, Sampuyara, Diorodugu und Beyla nach dem Süden verlegt, also nach Bamba, Bofosso, Kuonkan und Guecké. Sogleich beginnen Operationen, um den neuen Stationen „Luft zu schaffen“ und sie durch einen zur Grenze parallel verlaufenden Weg mit-

²⁴⁵ Das Toma-Dorf N'Zapa hatte 1891 ein Bündnis mit Samori geschlossen, um als Etappenort für dessen Verbindungen mit Monrovia zu dienen.

²⁴⁶ Die Stationen von Sampouyara und Diorodougou wurden 1891 gegründet.

²⁴⁷ *Histoire militaire de l'A.O.F.*, Paris 1931.

²⁴⁸ *Rapport d'ensemble sur la situation générale de la Guinée française en 1903*. Conakry, Imprimerie Ternaux, S. 66.

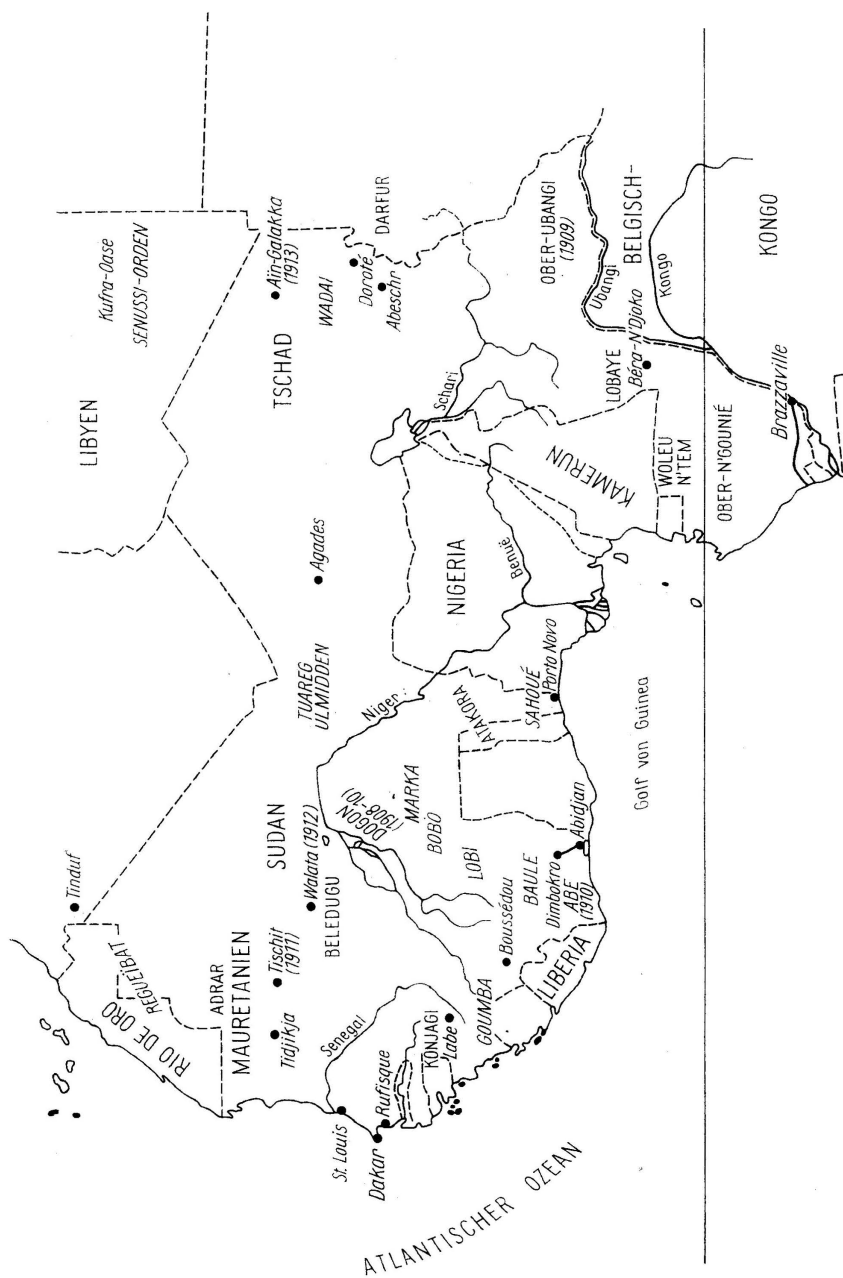


Abb. 7. Die „Pazifikation“ in Französisch-Westafrika und in Französisch-Äquatorialafrika nach 1900

einander zu verbinden. Zahlreiche Operationen lösen sich von 1905 bis 1907 ab, in Bamba, im Gebiet des großen Millimu, in Bofosso gegen den Häuptling Kokogu, im Bezirk von Kuonkan, wo die Operationen das Ziel verfolgen, die Straße Kuonkan–Singenu–Massenta–Bofosso zu entlasten. Die Einnahme der Toma-Dörfer M'Baléma und M'Balasso ist hier das entscheidende Ereignis. Im Bezirk von Guecké zerstört Leutnant Guignard das befestigte Dorf M'Palé. Jedoch die berühmteste Periode des Widerstandes der Toma spielte sich in dem befestigten Dorf Bussedu, östlich von Kuonkan, ab. Das Vorgehen des liberianischen Oberst Loomax, des Befehlshabers der liberianischen Grenztruppe (Frontier force), der einige Schützen in die Dörfer geschickt und die liberianische Flagge hatte aufziehen lassen, zwang die Franzosen in die Defensive. Zu Beginn des Jahres 1907 kommt der Kommandant des Militärbezirks von Guinea nach Kuonkan und gibt die Erlaubnis zum Angriff auf Bussedu. Nach kampf-erfülltem Tag (16. Februar 1907) stehen die französischen Kräfte, die die drei ersten „Saniés“ (Palisadenverschanzungen) eingenommen haben, vor einer Umfassungsmauer und müssen sich mit schweren Verlusten zurückziehen. Zwei Monate später wird der Angriff wieder aufgenommen, dieses Mal mit Artillerie. Nach vierstündigem Beschuß scheitert der Angriff, Leutnant Guignard wird getötet und der Rückzug befohlen. Zwei entnervte Leutnants geben sogar ihre Stellung auf und ziehen sich auf Kuonkan zurück. Die Belagerten wissen, daß die Palisaden der Artillerie nicht standhalten werden. Daraufhin benutzen sie die entstandene Lücke in der Einschließungslinie, um Bussedu während der Nacht zu räumen und Liberia zu erreichen. Als am folgenden Tag (1. April 1907) nach einer furchtbaren Artillerievorbereitung die Schützen zum Sturm ansetzen, finden sie das Dorf leer . . . Der unklugerweise allein im Dorf zurückgebliebene Schweizer Forscher Dr. Volz wurde von den Schützen getötet. Die französischen Offiziere behaupteten, die über dem Dorf wehende liberianische Flagge und die Fahne der Schweiz über dem Hause von Dr. Volz nicht bemerkt zu haben. Der Widerstand setzt sich 1908 fort. Die zur Grenzfestlegung entsandte Expedition muß darauf verzichten, östlich von Gueckedu zu operieren, wo ihr Koko Tolno eine Niederlage bereitet. Das Dorf von N'Zapa, eines früheren Verbündeten Samoris, wird als „Repressalie“ für den 1894 erfolgten Tod des Leutnant Lecerf verbrannt. Bei dem Gefecht von Koyama wird der die Mission begleitende Arzt Dr. Mariotte tödlich verwundet. Das Ende dieser umfassenden Kriegshandlungen ist die Zerstörung der „Manon-Schlupfwinkel“ (sic!) Samoe und N'Zérékoré im Oktober 1911. Die Dörfer Theassu, Bossu und Thüo werden von den fran-

zösischen Truppen verbrannt; aber der die Kolonne kommandierende Hauptmann Héquet und Faktoreibeauftragter Barthié, der das Eingreifen der Truppen bei N'Zérékoré herbeigeführt hatte, werden getötet.²⁴⁹

Solange der Kommandant der Station von Bussurah Versuche zur Einziehung der Steuer unterließ, kam es im Lande der Konjagi zu keinerlei Zusammenstößen. Im April 1902 versuchte Leutnant Moncorgé an der Spitze einer aus Schützen und Fulbekriegern bestehenden Truppe, die Alfa Yaya (der Todfeind der Konjagi) gestellt hatte, zur Steuereinzahlung zu schreiten. Der Kriegshäuptling der Konjagi von Ithiou (oder Ityo), Jalu-Tene, hatte auf eine vorherige Anfrage wissen lassen, daß er bereit sei, die Steuer in Hirse oder Erdnüsse zu zahlen, Geld sei ihm aber unbekannt.²⁵⁰ Nach Annäherung auf 150 Meter bis zum Dorfrand verlangt Moncorgé, daß der Häuptling vor ihm erscheine. Dieser verweigert es dreimal. Der Häuptling hatte Gründe zur Vorsicht: Kurz zuvor hatte derselbe Moncorgé den König von N'Dama, Thierno Ibrahima, in seine Nähe gelockt. Im Schlafe überrascht, wurde dieser dann gefesselt, nach Konakry geschickt und nach dem Kongo deportiert, wo er sechs Monate später starb.²⁵¹ Moncorgé schießt einen der vom Häuptling geschickten Malinke mit dem Revolver nieder. Die Konjagi-Krieger greifen zu den Waffen: Moncorgé und seine Kolonne sind nach zweistündigem Kampf vernichtet (16. April 1902). Zwei Jahre später (April 1904) erscheint eine 500 Mann starke Strafexpedition, zu der eine starke Abteilung Artillerie gehört, um Moncorgé zu „rächen“. Die Dörfer werden verbrannt, die in den Wald geflüchteten Frauen und Kinder mit Geschützfeuer niedergemacht. Jalu-Tene und seine Krieger fallen, bis zum letzten Mann kämpfend, einer nach dem anderen im Tata von Ithiou

²⁴⁹ Siehe *Baratier*, *Epopées africaines*, Paris 1913 (S. 15–34: Le siège de Boussé-dou); *A. Terrier*, La frontière franco-libérienne, in: Bull. du Comité de l'Afrique française, Nr 4, August 1910, S. 127–132; Leutnant *Bouet*, Les Tomas, in: Bull. du Comité de l'Afrique française, Nr 8, August 1911, S. 185–199, und Nr 9, September 1911, S. 220–246). Die Empörung von 1911 im Land der Guerzé und Manon wurde durch die Erhebung der Steuer hervorgerufen. Die Berichte der Verwaltung bringen die Tätigkeit des liberianischen Kommissars Bernard, eines in Liberia naturalisierten Martiniquesen, der die Bevölkerung zur Empörung getrieben habe, damit in Zusammenhang. Pater Lelong bemerkt darüber: „Die am Vorabend der Erhebung von 1911 verfaßten Berichte sprechen von liberianischen Agitatoren, wie wenn die zu schweren Belastungen, die damals auf dieser Bevölkerung ruhten . . ., nicht zur Erklärung dieser Rückwirkung genügen.“ (*M. H. Lelong*, *Ces Hommes qu' on appelle anthropophages*, Paris 1946, S. 269.)

²⁵⁰ Archives nationales de la République de Guinée, I D 18.

²⁵¹ *M. Crespin*, La question du Coniagui, in: Revue indigène, Nr 4, 1906, S. 88–93.

(13. April 1904).²⁵² 1908 erheben sich die Dogon²⁵³ gegen die Mißbräuche der Steuereinzahlung. Da das Dorf Pesséma dem zur Bevölkerungszählung auf einer Rundreise befindlichen Hilfsbeamten den Eintritt verweigert, werden der Dorfhauptling, sein Sohn und die Angesehenen des Dorfes festgenommen und in Niore interniert. Von September bis Oktober 1908 verwüstet eine „Polizeistreife“ ihre Felder in der Ebene, um sie zur Zahlung der Steuer zu zwingen. Im Januar 1909 verhindern die Einwohner von Ibissa erneut das Eindringen des Hilfsbeamten Vieyres in ihr Dorf. Am 31. Mai wird der Beamte d'Arboussier in den Schluchten von Pelinga plötzlich angegriffen, und im November fällt der Hilfsbeamte Vieyres in dem Dorf Kinian. Eine Strafexpedition von 500 Mann mit vier Rohren Artillerie zieht gegen die Bewohner mit dem Auftrag, sie von ihren Steilklippen zu vertreiben und sie zur Errichtung ihrer Dörfer in der Ebene zu zwingen. Die in vier Widerstandszentren gruppierten sechzehn aufständischen Dörfer werden nacheinander eingenommen und Ibissa, der letzte Widerstandspunkt, am 14. Januar 1910 erobert. Damit ist die „Pazifizierung“ beendet. Zu ihr können noch die Kriegshandlungen gegen die Lobi (1903) sowie gegen die Häuptlinge des oberen Gambia (1901 – Fodé Kaba; 1908 – Bayaga), die sich unter Ausnutzung der englischen Grenze der Unterwerfung zu entziehen suchen, gerechnet werden.

3. Die Operationen in Äquatorialafrika

Wir haben hier bereits einige kennzeichnende Episoden der „Pazifizierung“ in Französisch-Westafrika geschildert. Die im Falle der Waldgebiete der Elfenbeinküste bestehenden geographischen und gesellschaftlichen Bedingungen finden wir auch in Äquatorialafrika, allerdings in einem viel größeren Maßstab. Auf begrenztem Territorium hatte Angoulvant durch ein achtjähriges systematisches Vorgehen die Widerstandsfähigkeit der Bewohner brechen können. Nun waren die Voraussetzungen für die Zivilverwaltung und für die weitere Ausdehnung des Stationsnetzes gegeben, da die

²⁵² Archives nationales de la République de Guinée, I D 18. Ein Teil dieser Dokumente ist wiedergegeben in B. Maupoil, Notes concernant l'histoire des Coniagui-Bassari et en particulier l'occupation de leur pays par les Français, in: Bull. I.F.A.N., XVI, 364, 1954, Serie B, S. 378–389.

²⁵³ Es war damals gebräuchlich, sie Habé zu nennen (wie sie von den Fulbe bezeichnet wurden). Vgl. La Pacification du pays Habé, in: A.F., R.C., Nr 3, März 1911.

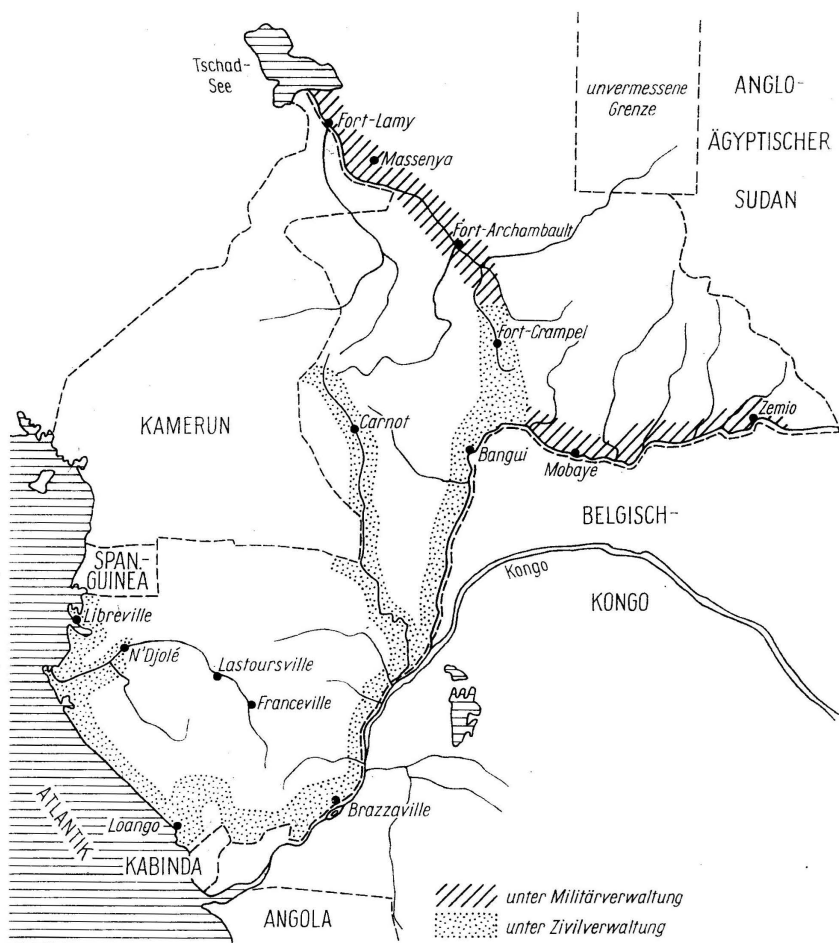


Abb. 8. Die „Pazifizierung“ in Fränzösich-Äquatorialafrika. Lage im Jahre 1900

einheimische Häuptlingschaft künftig als Vermittlerin zur Verwaltung diene, welche sporadische Aufstände ohne viel Gefahr unterdrücken konnte, zumal die Bevölkerung praktisch entwaffnet war. Es war äußerst schwierig, die gleiche Methode auf ein ausgedehnteres Territorium mit wenig dichter Bevölkerung anzuwenden, wo die gesellschaftlichen Gruppen noch viel weniger komplex waren: Ohne gänzlich den Typus eines Staates darzu-

stellen, vermochten die „Stammesfürstentümer“ der großen Stammesbünde der Elfenbeinküste einen dichteren Widerstand zu leisten, führten aber andererseits zu Unterwerfungen in pauschalerer Form. In Äquatorialafrika erinnerten die gesellschaftlichen Verhältnisse mehr an die des Waldlandes von Guinea und der „Palänegriden“ Westafrikas. Darüber hinaus waren die Mittel an Menschen und Material, über die die „Pazifikatoren“ verfügten, noch begrenzter. 1908 gab es etwa 1000 „Schützen“ in Kongo-Brazzaville und 1200 in Tschad, im Unterschied zu Kamerun, wo es 10 000 gab.²⁵⁴ Andererseits riefen die besonderen Modalitäten der Kolonialpolitik in Französisch-Äquatorialafrika erbitterten und verzweifelten Widerstand hervor. Die wirkliche Besetzung ging daher äußerst langsam vor sich; die Periode der „unterbrochenen Bewegung“ und des „lebhaften Einsatzes“, um auf die Terminologie von Angoulvant zurückzukommen, zog sich Jahrzehnte hin, ohne den Widerstand völlig zu brechen. Schon am Ende des Jahrhunderts eröffneten die Expedition Marchand, dann die Expedition nach dem Tschad, schließlich die Niederlassung der Angestellten der Konzessionskompanien den endlosen Kreislauf der Empörungen und Strafexpeditionen.

Im Jahre 1900 beschränkte sich die wirkliche Besetzung auf einige Stationen und auf die Kontrolle der großen Verkehrsachsen. 1908 war die Ausdehnung der Besetzung sehr bescheiden. Von 1900 bis 1908 lösten Empörungen und Strafexpeditionen einander ab. Die Operationen im Gebiet der Flüsse Sangha (1904) und Lobaye (1904–1907) fallen unter diese Kriegshandlungen. Im Lobaye-Gebiet gab es keine einzige Verwaltungstation. Die Beauftragten der Konzessionsgesellschaften, Senegalesen und Europäer, plünderten das Land systematisch aus. Der Aufstand bricht 1904 aus: Den am meisten verhaßten Konzessionsbeauftragten sendet die Bevölkerung unter dem Vorwand eines Festes Hühnchen, Palmwein und Frauen. Als die Beauftragten berauscht sind, werden die Faktoreien eingenommen, die Gewehre fortgenommen, die Beauftragten selbst massakriert.²⁵⁵ Die Strafexpeditionen durchsuchen das Gebiet vier Jahre lang, um es schließlich zu räumen. Am oberen Kotto (bzw. Ubangi) kommt es 1906/07 zu Operationen gegen den Vridi-Häuptling Baram Bakié. Er wird am 7. April 1907 geschlagen, aber das Gebiet anschließend so-

²⁵⁴ Kommandant *Vallier*, *L'Organisation militaire du Congo français*, Paris 1909, und *Une Etape de la conquête de l'Afrique Equatoriale française (1908–1912)*, publié sous la direction de la section technique des troupes coloniales du ministère de la Guerre, Paris 1921.

²⁵⁵ Vgl. *Challaye*, *Souvenirs sur la colonisation*, Paris 1935.

gleich geräumt.²⁵⁶ Nach der Bildung des Generalgouvernements gibt es eine Reihe großer Operationen, um „das Land zu pazifizieren“: „Der Kongo, eine friedliche Eroberung, ist weder je erobert noch pazifiziert worden. Das Mutterland scheint heute bereit zu sein, ihn dem einzigen Instrument auszuliefern, das seine Ausbeutung garantieren kann – der militärischen Gewalt“²⁵⁷, schreibt Mangin im Jahre 1908. Die Unterwerfung wurde durch die fehlende Einheit der Bevölkerung erleichtert sowie durch ihre Taktik des Widerstandes in festen Schirmwerken, sogenannten „Bandza“, die im Waldgebiet die Stelle des *Tata* der Savanne vertraten. (Die Bandza waren aus starken Baumstämmen errichtete mehrstöckige Blockhäuser.²⁵⁸) Aber es war unendlich schwieriger, die endgültige Entwaffnung der Völkerschaften vorzunehmen. Die weiten Waldgebiete boten ihnen die Möglichkeit zum Ausweichen. Eine einfache Bewaffnung – die sich notwendigerweise nur auf Wurfaffen beschränkte – genügte zur Organisation eines wirkungsvollen und mit Hinterhalten geführten Krieges. Die 1908 mit ungenügenden Kräften begonnenen Operationen riefen weiter ausgedehnte Erhebungen hervor. Sie erinnern an diejenigen von 1908/09 in der Elfenbeinküste („Periode der ungenügenden Einsatzmittel und unterbrochenen Bewegung“ des Gouverneurs Angoulvant). In Gabun „kann man sagen, daß, abgesehen von der Meeresküste und gerade dem Ogowé-Ufer – kaum würde ich die nähere Umgebung von Libreville dazurechnen können – alles außerhalb unserer Autorität stand und nirgends die Sicherheit garantiert war.“²⁵⁹

Zu Beginn des Jahres 1908 wird auf Bitten der Konzessionsgesellschaft N'Goko-Sangha die Einrichtung von Stationen am Ivindo beschlossen. Ein Beamter der N'Goko-Sangha, der den Auftrag hatte, eine Faktorei an der Grenze zu errichten, war von der Bevölkerung festgenommen und von den Truppen der deutschen Kolonie Kamerun befreit worden. Das Gebiet des Flusses Woleu N'Tem muß jedoch wieder evakuiert werden, und das ganze

²⁵⁶ Vgl. *Histoire militaire de l'A.E.F.*, Paris 1931.

²⁵⁷ Vgl. *Mangin*, *Souvenirs d'Afrique*. Bd II: *Tournée d'inspection au Congo* (1908), Paris 1936, S. 235.

²⁵⁸ Die genaue Beschreibung des damals in Französisch-Äquatorialafrika gebräuchlichen Befestigungssystems findet sich in Leutnant *Debrand*, *La Conduite des petits détachements en Afrique Equatoriale*, Paris 1911.

²⁵⁹ Generalgouverneur *Merlin*: Eröffnungsansprache für die Sitzungsperiode des Regierungsrates von 1909, zitiert in *Une Etape de la conquête de l'Afrique Equatoriale française, a. a. O.*

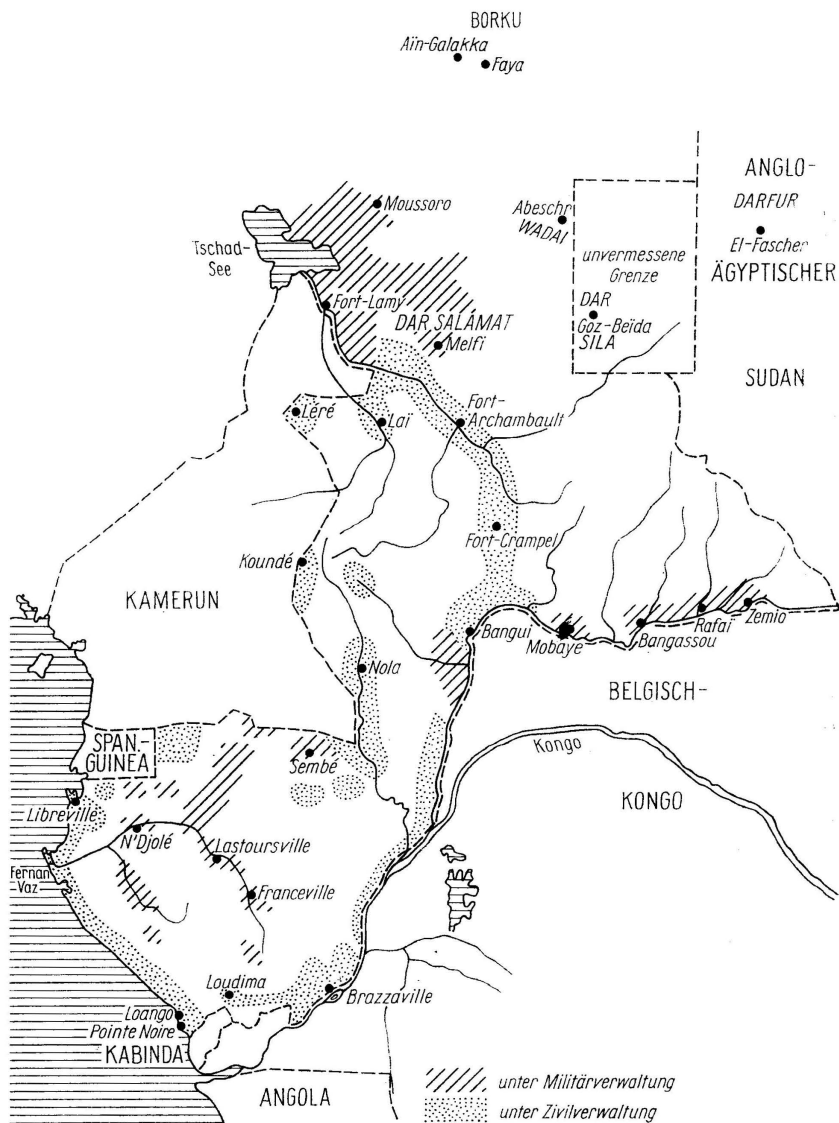


Abb. 9. Die „Pazifikation“ Französisch-Äquatorialafrikas. Lage im Jahre 1938.
(Vgl. Abb. Nr. 5 und Nr. 8)

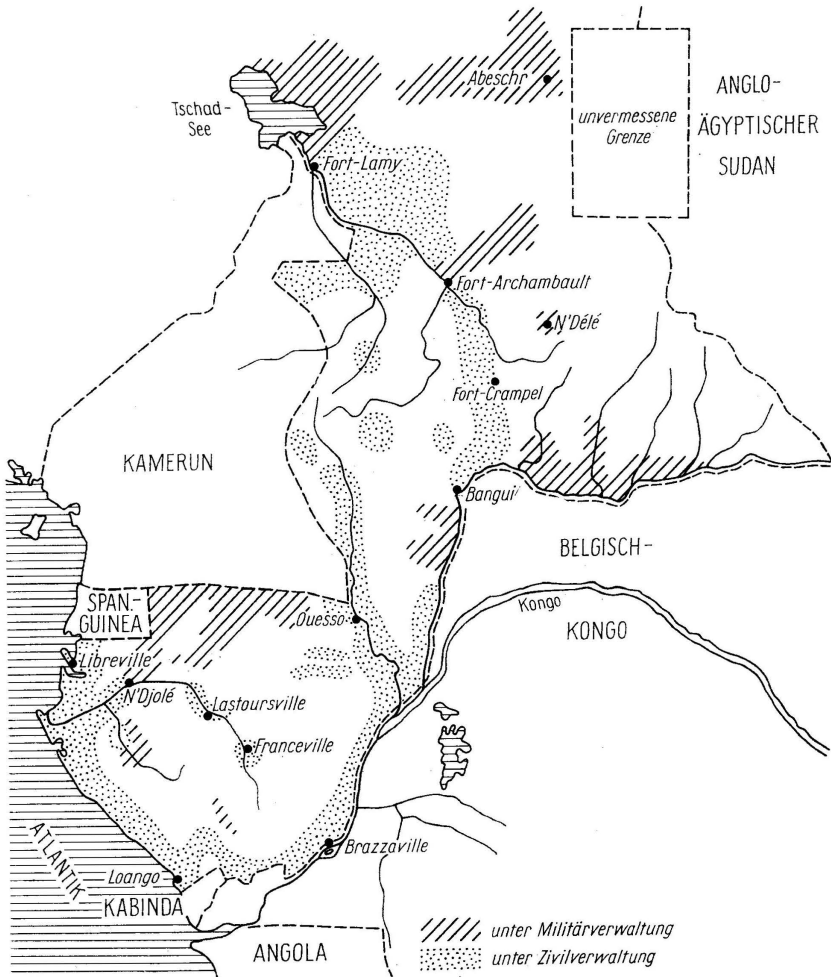


Abb. 10. Die „Pazifikation“ Französisch-Äquatorialafrikas. Lage im Jahre 1910

Gebiet am Oberlauf des N-Gounié empört sich unter Leitung des Kriegshäuptlings Mavurulu. Weiter im Osten führen im Gebiet des Djouah-Sembé Kolonnen unter Kommandant Garnier bzw. Oberst Mangin „sehr harten Krieg“. Im Mai 1908 hatte ein auf die zur Verhandlung über ihre Unterwerfung zusammengeholten Delegierten der Dörfer „unabsichtlich

abgegebener Schuß“ eine allgemeine Empörung ausgelöst.²⁶⁰ Beim Abzug der Expedition werden die Faktoreien der N'Goko-Sangha angegriffen und geplündert (August–Oktober 1908). Im Süden finden in Mayumbe und in der Umgegend von Loango „Polizeioperationen“ als Repressalie gegen Angriffe auf die Faktoreien der Compagnie du Congo occidental statt, ohne greifbare Ergebnisse zu haben. Ebenfalls im Jahre 1908 operiert eine von Hauptmann Prokos und Leutnant Mourin befehligte Expedition am Lobaye und dem mittleren Ubangi. Das Widerstandszentrum ist das Dorf der „Elefantenjäger“ von Bera N'Djoko, das auf einem Bergmassiv am oberen Ibenga liegt. Ende des Jahres 1908 wird versichert, dieser „Schlupfwinkel“ sei besetzt, die Aufständischen hätten sich unterworfen.²⁶¹ Aber die Operationen gegen dasselbe Dorf werden 1909 wieder aufgenommen. ... Im Tal des M'Poko, „wo die Umtriebe von Angestellten der Konzessionsgesellschaften die Sicherheit gefährdet hatten“²⁶², finden im Laufe der Jahre 1908 und 1909 Unternehmungen gegen den Häuptling Kugulutu statt. Die Bilanz (Besetzung des Ivindo . . ., aber Rückzug von Wolcu N'Tem, illusorische „Pazifizierung“ des Flußgebietes der N'Goko-Sangha und des mittleren Ubangi) ist mittelmäßig, wenn nicht negativ. Unter diesen Bedingungen werden 1909 neue Maßnahmen ergriffen. Die Rundschreiben des Generalgouverneurs Merlin (April und September 1909) setzen ein „Programm der Durchdringung und der Vormerkung der zu besetzenden Gebiete nach ihrer Vordringlichkeit fest“. Es handelt sich darum, die Zahl der für dauernd errichteten Stationen zu vermehren, anstatt das Land mit Expeditionen zu durchkämmen, deren Einsatz sich nach ihrem Abmarsch nicht mehr auswirkt. Im Umkreis dieser „festen Basen“ sollten die Truppen in Aktion treten, die Widerstrebenden „umzingeln und einschließen“, um ihnen jede Möglichkeit zur Flucht zu nehmen. Ein selbständig gestelltes Oberkommando der Truppen in Kongo, die bis dahin dem Oberkommando in Französisch-Westafrika unterstanden hatten, wird 1909 gebildet. Die 1909 bis 1911 verfolgten Unternehmungen haben greifbarere Resultate zur Folge. Das Gebiet von Mayumbe (in der Nähe der Straße Ludima–Loango) wird „pazifiziert“ (1909–1911), die Kolonne Sicre im Mocabé-Land (am oberen N'Gounie) unterwirft das Gebiet und erlegt ihm eine Kriegskontribution auf (August–September 1909), ohne daß es ihr gelingt,

²⁶⁰ *Une Etape de la conquête* . . ., a. a. O., S. 84.

²⁶¹ *Revue indigène*, Nr 32, 30. Dezember 1908, S. 550.

²⁶² *Histoire militaire de l'A.E.F.*, S. 138. Nach F. Challaye, *Souvenirs sur la colonisation*, wären in diesem Gebiet allein im Laufe des Jahres 1906 1500 Afrikaner massakriert worden.

den Häuptling Mavurulu gefangenzunehmen. Militärische Abteilungen werden in Lastoursville und Franceville am oberen Ogowé stationiert, bleiben jedoch inmitten des nicht unterworfenen Landes isoliert. Die bedeutendsten Truppeneinsätze finden im Grenzgebiet zwischen Gabun und Kamerun statt, wo es darum geht, entsprechend der Abgrenzungsvereinbarung von 1908 die Rechte Frankreichs zur Geltung zu bringen. 1909/10 wird das Flußgebiet des Woleu N'Tem wieder besetzt und Truppenbewegungen im Becken des Okano bezwecken die Herstellung der Verbindung zwischen diesem Gebiet und der Station N'Djolé. Die französischen Truppen haben gegen die von den Kolonialisten als „Straßenräuber“ bezeichneten „bewaffneten Banden“ der „Binzimas“ zu kämpfen. Die Binzimas erhalten die Unterstützung zahlreicher Dörfer und haben sich eine regelrechte militärische Organisation mit Anführern und militärischen Rängen, die an einer roten Mütze zu erkennen sind, gegeben. Die Erkundung des Gebietes von Ekoreti, das 1908 Frankreich abgetreten wurde, hat „gezeigt, daß dieses niemals besetzte und erkundete Land praktisch in den Händen der Deutschen ist. In der Mehrzahl der Dörfer gibt es Faktoreien, die fest ansässig sind und von Händlern aus Kamerun verwaltet werden“.²⁶³ Im Flußgebiet des Ivindo und des mittleren Ogowé „pazifiziert“ die Kolonne Debievre das Bakota-Land. Im Gebiet der Flüsse Djouah Sembé und N'Goko-Sangha gehen die im Jahre 1908 begonnenen Operationen ohne Unterbrechung weiter. Hierbei handelt es sich um die Expedition Garnier im Mai und Juni 1909, die Züge des Hauptmann Curault von August bis September 1909, die Einnahme der befestigten Dörfer von Goudou im Juni 1910, die Kolonne Blaise am Oberlauf des Mossaka-Flusses vom Juli bis August 1910, die Züge des Hauptmanns Geoffroy gegen die Sangha-Sanghas im Flußgebiet der Djouah, welche die Faktoreien der Société du Haut-Ogooué (Gesellschaft des Oberen Ogowé) angegriffen hatten. Die zuletzt genannten Züge fallen in den August und September 1911. Im Gebiet des Mittellaufs des Ubangi führt Hauptmann Prokos mit 250 Schützen und 750 Hilfskriegern Züge gegen das Gebiet der Flüsse Lobaye, Ibenga und Motaba durch. Es ist das Konzessionsgebiet der Waldnutzungsgesellschaft Sangha-Ubangi. Die Züge finden von August bis September 1909 statt. Bera N'Djoko wird zum zweiten Mal eingenommen. An Prokos' Stelle tritt anschließend Hauptmann Calisti (Juli–August 1910), der weiter im Norden einen Feldzug gegen die M'Bis (November 1910–Februar 1911) führt. Die Bevölkerung am Fluß M'Poko unterwirft sich (1910/11). Am oberen

²⁶³ *Une Etape de la conquête . . .*, a. a. O., S. 47/48.

Ubangi kommt es zu Feldzügen gegen den sich empörenden Häuptling Baram-Bakié. Dessen Festung am Fluß N'Dahaye wird zwar am 10. Mai 1909 eingenommen, doch seine endgültige Unterwerfung erst 1912 erreicht. In derselben Zeit werden die Eroberungszüge in Tschad fortgesetzt. Die politische Krise von 1911, die Überlassung eines großen Teils des Gebietes an Deutschland, ergaben kein klares Bild für die Zukunft; aber die aus den abgetretenen Gebieten zurückgezogenen Truppen²⁶⁴ erlaubten eine Beschleunigung des militärischen Programms in dem Restgebiet. In einer Bilanz dieses Programms stellte Generalgouverneur Merlin am Ende des Jahres 1912 fest, daß der Anteil der besetzten Gebiete von 26 auf 60 Prozent gestiegen sei. Von 1908 bis 1911 stieg die Zahl der verfügbaren Truppen von 3400 auf 7200 Mann, die Zahl der Verwaltungsbezirke von 17 auf 59, die der Stationen von 87 auf 144. Das Verwaltungspersonal verdreifachte sich fast in diesem Zeitraum.²⁶⁵ Doch stellt Merlin fest, daß dies zur Beherrschung des Landes noch nicht ausreichte: „Es bleiben noch 40 Prozent an Gebieten, in denen unsere Verwaltung in Wirklichkeit nur einen schwachen Einfluß ausübt und von denen 20 Prozent noch unerforschte Gebiete sind.“²⁶⁶ In Gabun hat sich die Besetzung (die sich 1908 auf die Küste und einige Punkte des Ogowe-Laufes beschränkte) auf das Becken des Ogowe und die Grenze mit Kamerun ausgedehnt. Aber das Land befindet sich nicht tatsächlich „im Griff“. Von den zwei Verwaltungsgebieten Lastoursville und Franceville sind nur diese zwei Ortschaften von Beamten mit etwa 100 Mann Gebietswachen inmitten eines undurchdrungenen Gebiets von 80 000 km² besetzt: „Fast überall können unsere Beauftragten die einfachsten Handlungen einer dürftigen Verwaltung nur mit Hilfe der bewaffneten Macht vornehmen; die Gewehre sprechen täglich und bei jeder Gelegenheit.“²⁶⁷

In Mittel-Kongo „haben ein großer Teil des Landes der Bateke, der Bakota-Länder, der oberen Beckengebiete der Flüsse Kouilou, Mossaka und

²⁶⁴ Sie brachen nicht mit leeren Händen auf. Im Gebiet von Woleu N'Tem war, obwohl die bevorstehende Übergabe seit dem Beginn des Jahres 1912 bekannt war, der Befehl gegeben worden, die Einziehung der Steuer zu beschleunigen, ehe die Stationen endgültig den deutschen Behörden übergeben würden. (*Une Etape de la conquête* . . . , a. a. O., S. 54.)

²⁶⁵ Eröffnungsansprache Merlins vor dem Regierungsrat Französisch-Äquatorialafrikas, Sitzung vom Juli 1912, in: *Emprunt de l'Afrique Equatoriale française*, Paris, Larose, 1913.

²⁶⁶ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, 1913, Nr 1, S. 44.

²⁶⁷ Ebenda, S. 45.

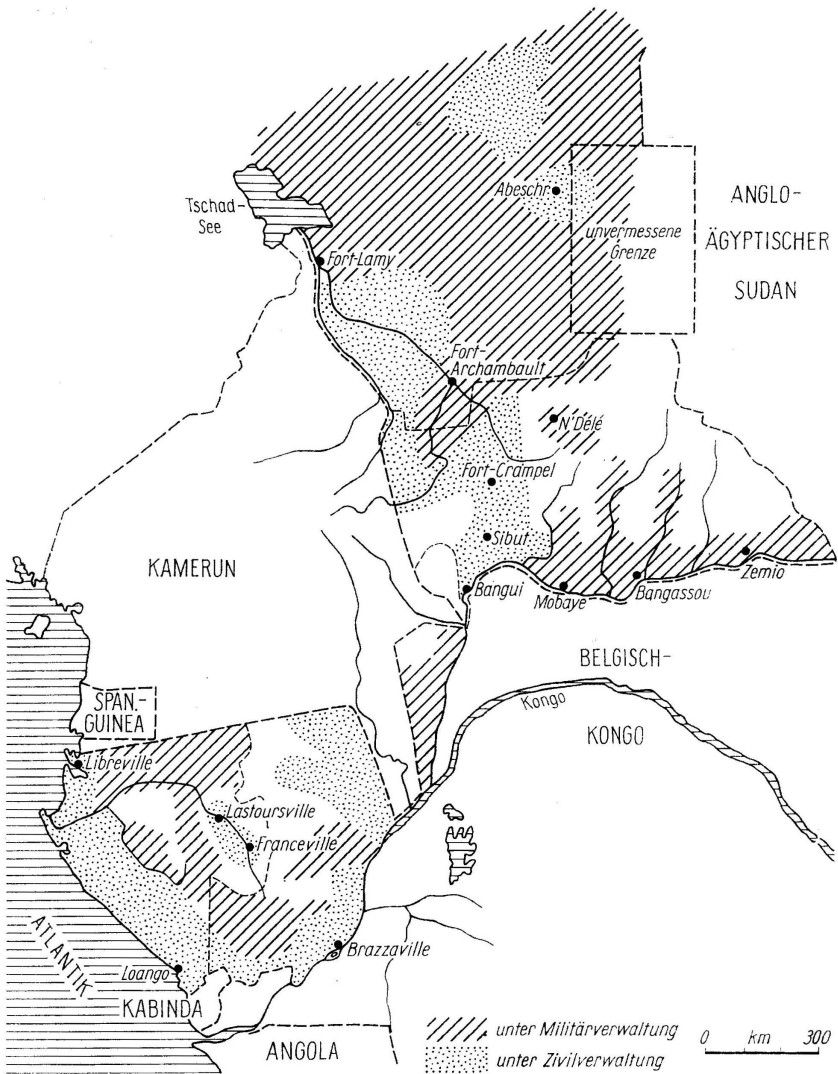


Abb. 11. Die „Pazifikation“ Französisch-Äquatorialafrikas. Lage im Jahre 1912

Ofia niemals irgendeine Oberhoheit anerkannt.“²⁶⁸ In Ubangi ist die Hälfte des unter Militärverwaltung stehenden Gebietes unbesetzt und unerforscht; seine Eroberung ist unmöglich, da die Besetzungstruppen „unablässig zu Expeditionen in dem von ihnen beherrschten Gebiet gezwungen sind“. Strafexpeditionen von Polizeikolonnen werden zu einer gewohnten Erscheinung: „Ich kam im August 1920 nach Brazzaville“, bemerkte Generalgouverneur Augagneur, „einige Wochen zuvor hatte eine *Polizeiexpedition* nach dem Wegetagebuch der befehligenen Offiziere 538 Eingeborene, Männer, Frauen und Kinder, ausgerottet. (In Französisch-Äquatorialafrika war die Polizeie Expedition die Regel; jedes Jahr gingen mehrere in die verschiedenen Gebiete ab.) Diese Hekatombe hatte niemanden bewegt, weder den Gouverneur der Kolonie, noch den interimistischen Generalgouverneur, noch den General, der Oberkommandierender der Truppen war. Ganz im Gegenteil, die militärischen Befehlshaber beantragten beim Kriegsministerium Belohnungen für die Offiziere, die dieses Blutbad befehligt hatten.“²⁶⁹ Und er fügt hinzu: „Im Augenblick, wo ich das Vorwort abschließe, erfahre ich, daß die durch die Maßnahmen der Verwaltung zur Verzweiflung getriebenen Bayas des Gebietes von Boda sich empört und in den Buschwald zurückgezogen haben. Die Verwaltung war beauftragt worden, mit Gewalt Arbeiter zu rekrutieren. Sie wurden weit von ihrer Heimat weggeschickt, und die Hälfte von ihnen kam ums Leben... Hier haben wir die Ergebnisse der Gewaltpolitik.“²⁷⁰ Dafür steht auch die Bemerkung, daß „seit dem Durchzug der Mission Marchands und der Truppen von Gentil bis 1920, abgesehen von der Zwischenzeit bis 1930, die versteckten oder eng begrenzten Erhebungen aufeinanderfolgen. Es ist das große Charakteristikum der französischen Durchdringung Französisch-Äquatorialafrikas, friedlich (sic!) gewesen zu sein, aber das schließt eine lange und mühsame Arbeit der Unterwerfung nicht aus.“²⁷¹

²⁶⁸ Ebenda, S. 46.

²⁶⁹ V. Augagneur, *Erreurs et brutalités coloniales*, Paris 1927, Vorwort S. X. Es handelt sich um einen Feldzug gegen die Karé, Bergbewohner von Ouham-Pendé. General Hilaire, Höchstkommmandierender, den Augagneur mit den Ereignissen in Zusammenhang bringt, behauptet, die Hunderte von Toten seien Erfindung. Es handelt sich nach ihm um eine „Aufschneiderei“ der die Kolonne befehligen Offiziere, die der Generalgouverneur als Vorwand für einen antimilitaristischen Feldzug aufgegriffen habe (Du longo au Nil, a. a. O., S. 311–313). Selbst wenn eine Übertreibung vorgelegen haben sollte, ist diese „Aufschneiderei“ für den Geisteszustand der Militärs bezeichnend.

²⁷⁰ Ebenda.

²⁷¹ H. Zieglé, *Afrique Equatoriale française*, Paris 1952, S. 100.

4. Der Widerstand in Togo und Kamerun

Um sich in Nordtogo festsetzen zu können, hatten die Deutschen einen Aufstand im Konkomba-Land niederzuwerfen. Dieser Aufstand war durch die Brutalität Dr. Grüners hervorgerufen worden (Zusammenschießung des Markttortes Binaparba: 79 Tote, Männer, Frauen und Kinder, und 20 Verletzte). Eine von Leutnant von Massow geleitete Hilfskolonne konnte nur unter großen Schwierigkeiten den Aufstand unterdrücken (Mai 1897–März 1898). In derselben Zeit wurden die Kugelspritzen desselben Massow mit dem Widerstand der Kabré-Clans fertig (Januar 1898).²⁷² Zahlreiche „Polizeiexpeditionen“ vollendeten die „Pazifizierung“ (1897–1900).²⁷³ In Kamerun hatten die deutschen Behörden, die Bestimmungen des Vertrages von 1884 mit den Duala mißachtend, diesen den Handel auf dem Sanaga verboten (1895). Das ist der Ursprung einer 1914 zum Ausbruch kommenden tiefgehenden Mißstimmung. 1899 erheben sich die Bulu, „die anscheinend das Handelsmonopol zwischen der Küste und dem Landesinnern behalten wollten“²⁷⁴, und belagern Kribi. Der Krieg geht im Innern bis 1901 weiter. Das Zentralgebiet wird endgültig erst 1911 unterworfen. Im Norden war die Expedition Passarge (1893/94) erst ein bewaffneter Erkundungszug gewesen. Der Fall von Tibati (1899) öffnet den deutschen Truppen den Zugang zum Norden und erlaubt ihnen, sich in einer Reihe von Schlüsselstellungen festzusetzen (Einnahme von Ngaundere 1901; Einnahme von Marua 1902; Unterwerfung des Mandara-Landes und Anlage der Station Mora 1902). Der Hauptakteur dieser Eroberung, Major Hans Dominik, hat ein Bild des Schreckens hinterlassen; es erinnert an das Combes in Oberguinea. Hier ging es mehr um verspätete Eroberungen als um die Unterdrückung eines Widerstandes, der nach der Festsetzung stattgefunden hatte. Die systematische Ausschaltung der afrikanischen Händler zum Nutzen des deutschen Handels, wie auch die für diese Periode der Kolonialausbeutung bezeichnenden zahlreichen Erpressungen und Gewalttaten führen zu einem Zustand der Spannung, der die reihenweise Hinrichtung von zahlreichen Häuptlingen und Angesehenen im Jahre 1914 erklärt, obwohl sie bis dahin ergebene Hilfskräfte der deutschen Verwaltung gewesen waren. Die Enteignung des Joss-Plateaus bei Duala, um die „Europäerstadt“

²⁷² Vgl. Cornevin, *Histoire du Togo*, Paris 1959, S. 161–163.

²⁷³ Ebenda, S. 164.

²⁷⁴ E. Mveng, *Histoire du Cameroun*, Paris 1963, S. 300.

dorthin zu verlegen, gab dem Konflikt die schärfste Zuspitzung, selbst bei jenen, die 1884 an den deutschen „Schutz“ appelliert hatten... Der im Jahre 1910 auf den Thron gekommene Rudolf Manga Bell, Erbe des „König Bell“, trat an die Spitze des Widerstandes gegen die Projekte zur Enteignung und gegen das Dekret der Enteignung vom 15. Januar 1913. Er wurde am 4. August 1913 abgesetzt. Die Duala verpflichteten Rechtsanwälte in Deutschland und entsandten illegal Ngoso Din, Sekretär von Rudolf Manga Bell, als ihren Sprecher nach Deutschland. Ihre Angelegenheit schwebte anscheinend noch in der Untersuchung, als die Kolonialverwaltung mitteilte, daß Rudolf Manga Bell wegen „Hochverrat“ verhaftet worden sei, da er eine Erhebung in Verbindung mit den Häuptlingen des Inneren vorbereitet und mit fremden Mächten Verbindungen angeknüpft habe. Die Kriegserklärung brachte die Angelegenheit schnell zu einem tragischen Ausgang. Der am 7. August 1914 eröffnete Prozeß endete schon am folgenden Tag um 17 Uhr mit der Vollstreckung des Urteils für Rudolf Manga Bell und Ngoso Din durch den Strang. Zur selben Zeit fand eine ganze Reihe von Verhaftungen und Hinrichtungen von Angesehenen statt. So wurden, wie der am 8. August standrechtlich erschossene Häuptling Martin Samba in Ebolowa, der Häuptling Madola von Groß-Batanga und einige Tage später der Lamibé von Kalfu und Mindiff sowie fünf Würdenträger von Marua hingerichtet. Hatte wirklich eine Verschwörung der Notabeln vorgelegen? Man kann daran zweifeln. Höchstens die Unruhe vor einer sich immer noch mehr zuspitzenden Lage hat Kontakte zwischen den Häuptlingen verschiedener ethnischer Gruppen hervorrufen können, welche die Geschichte in der Vergangenheit niemals miteinander in Beziehungen gebracht hatte. Aber nicht einmal dafür gibt es einen Beweis. Wahrscheinlicher ist, daß die Verschwörung von den deutschen Kolonialbehörden erfunden wurde, um die Duala-Angelegenheit zu beenden und die Bevölkerung in dem Moment in Schrecken zu versetzen, da der Krieg die Behörden in eine gefährliche Situation brachte. Pater Mveng bezieht sich auf die herrschende Stimmung, wenn er von dem „allgemeinen Ausbruch eines seit Jahren schwelenden Brandes“ spricht und hinzufügt: „Man begreift schließlich die drakonischen Maßnahmen, wie die Austreibung der ‚Kleinen Weißen‘ im Jahre zuvor und das Verbot der ‚Pidgin‘ genannten englischen Mundart, deren Gebrauch zum ‚Staatsverbrechen‘ erklärt wurde! Die Kameruner Atmosphäre am Vorabend des Krieges war sturmgeladen.“²⁷⁵

²⁷⁵ Ebenda, S. 343–344.

Die imperialistischen Rivalitäten. Der erste Weltkrieg

Die Periode der Eroberung war vom französisch-britischen Gegensatz beherrscht worden. Am Vorabend der endgültigen Aufteilung hatte die Fashoda-Krise einen Krieg schon befürchten lassen. Delcassé, der zurückgewichen war und im Augenblick von Fashoda verhandelt hatte, gelang es trotz der feindseligen Stimmung der französischen Öffentlichkeit, die sogenannte Politik des „herzlichen Einvernehmens“ (Entente cordiale) vorherrschen zu lassen. Besiegelt wurde diese Politik durch das Abkommen vom 8. April 1904. Sein Hauptinhalt waren die Abgrenzung der Einflußzonen und die Regelung von Streitigkeiten bezüglich der kolonialen Besitzungen der beiden Mächte. Fortan rückte der französisch-deutsche Gegensatz in den Vordergrund. Auf Marokko, eines der wenigen noch unabhängigen afrikanischen Territorien, das aber von der französisch-englischen Vereinbarung von 1904 Frankreich reserviert war, richtet sich die Begehrlichkeit des deutschen Imperialismus. Der geräuschvolle „Besuch“ Wilhelms II. in Tanger (1905) ist ein Beweis dafür, aber die internationale Marokko-Konferenz von Algeciras enttäuscht die deutschen Bestrebungen. Die Lage spitzt sich Marokkos wegen im Laufe der Jahre 1907 und 1908 erneut zu. Ende 1908 schlägt Wilhelm II., darauf bedacht, Frankreich zu einer „verständnisvolleren“ Haltung in den Balkanangelegenheiten zu bringen, einen Vertrag vor, der am 8. Februar 1909 unterzeichnet wird. Er betrifft Marokko, wo Deutschland sich mit der politischen Hegemonie Frankreichs unter der Bedingung der geteilten ökonomischen Ausbeutung dieses Landes abfindet. Französische und deutsche Finanzkapitalisten verbinden sich geschäftlich in bezug auf die marokkanischen Eisenbahnen und öffentlichen Unternehmungen.

1. *Die Konzessionsgesellschaft N'Goko-Sangha,
Agadir und der Kompromiß von 1911*

Um die ökonomische Zusammenarbeit auch auf den Kongo auszudehnen, kommt es zu französisch-deutschen Vorgesprächen. An diesem Punkt tritt die Gesellschaft N'Goko-Sangha hervor. 1904 war sie durch Fusion zweier Konzessionsgesellschaften²⁷⁶ entstanden; ihr Konzessionsgebiet umfaßte im Rahmen der 1899 bewilligten Konzessionen mehr als 3 200 000 Hektar. Die sie leitenden Gesellschafter hatten die 2 320 000 Franken eingeschriebenen Kapitals kaum „produktiv“ angelegt, ja nicht einmal den Versuch einer ernstlichen Handelstätigkeit unternommen. In den Berichten der Kolonialverwaltung wurden ihren Vertretern zahlreiche Erpressungen und sogar illegaler Waffenhandel zur Last gelegt.²⁷⁷ Mangels anderer Einnahmequellen hatten ihre Verwalter sehr frühzeitig den ganzen Vorteil erkannt, den sie aus der Grenzlage ihrer Konzession in einem Gebiet ziehen konnten, dessen Abgrenzung noch ausstand. Die Grenzen stellten nur geometrische Linien auf der Karte dar. Im Jahre 1900 kommt es zu Streitigkeiten zwischen den Beauftragten der französischen Konzessionsgesellschaften und der deutschen Chartergesellschaft Süd-Kamerun.²⁷⁸ Bald bringt die N'Goko-Sangha ihre Klage dem Staatsrat vor, wobei sie Entschädigungen für den „Schaden“ verlangt, der ihr durch die Einfälle der Vertreter der Süd-Kamerun-Gesellschaft entstanden sei, die auf dem Gebiet der N'Goko-Sangha Kautschukaufkäufe betreiben. Dann zieht sie diese Klage zurück und erhält gegen Zahlung von 325 000 Franken die Rechte der Société d'exploration coloniale, einer völlig gescheiterten Konzessionsgesellschaft (1905). Ihr Konzessionsgebiet wächst dadurch auf sieben Millionen Hektar an. Zwei Monate später verursacht sie eine Pressekampagne über einen französisch-deutschen Zwischenfall (Vorfall von Missoum-Missoum), der sich übrigens auf Kameruner Gebiet zutrug...²⁷⁹, und setzt eine neue Forderung nach „Entschädigungen“ in Form der Anerkennung von drei Millionen Hektar zu vollem Eigentum in Umlauf... Auch danach setzt die N'Goko-Sangha mit Hilfe der von ihr besoldeten Journalisten und Politiker ihre Laufbahn auf diesem Gebiet fort: „Alles

²⁷⁶ Nämlich der „Compagnie des produits de la Sangha“ (Mestayer) und der „Compagnie de la N'Goko-Ouessou“ (Mimerel, Paquier und Kunkler).

²⁷⁷ Vgl. M. Viollette, *A la veille d'Agadir. La N'Goko-Sangha*, Paris 1914. Siehe auch J. Caillaux, *Agadir. Ma Politique extérieure*, Paris 1919.

²⁷⁸ Vgl. *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, 1900, Nr 9, S. 368–369.

²⁷⁹ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, 1905, Nr 8, S. 309–310.

resümiert sich für sie auf die Jagd nach Entschädigung.²⁸⁰ Nachdem sie 1907 einen in Hamburg gegen die Süd-Kamerun-Gesellschaft geführten Prozeß verloren und vergeblich eine diplomatische Intervention gefordert hatte, beansprucht die N'Goko-Sangha als „Wiedergutmachung“ außer dem vollen Eigentum von drei Millionen Hektar: erstens das ausschließliche Recht der Suche nach Bodenschätzen und deren Ausbeutung auf sieben Millionen Hektar; zweitens die vorzeitige Verlängerung der Konzessionsdauer; drittens die Abänderung des Artikels 5 des Konzessionsdekrets. Dieser Artikel 5 betrifft den Prozentsatz fremder Verwalter, welche die Gesellschaft in ihren Verwaltungsrat übernehmen konnte und deren Zahl sie nun zu erhöhen beabsichtigte. Es ging offenbar darum, die erreichten Vorteile durch Verkauf von Aktien an ausländische Finanzkapitalisten in Geld umzumünzen. Deutschland interessierte sich ja am Kongo... Die deutschen imperialistischen Schichten arbeiteten Projekte eines deutschen „Mittel-Afrika“ aus, das Kamerun und Deutsch-Ostafrika durch „Erwerbung“ des französischen Kongo und des Unabhängigen Kongostaates (Eigentum des Königs der Belgier, Leopold II.) verbinden würde. Beide Territorien waren durch Skandale in ihrer Verwaltung international bloßgestellt. Somit fordert die N'Goko-Sangha von der französischen Regierung also Entschädigung im Namen der „verletzten Nationalinteressen“... und findet sich zugleich bereit, die erreichten geschäftlichen Vorteile den deutschen Finanzkapitalisten gegen klingende Münze zu verkaufen! Die Pressekampagne geht 1908 und 1909 weiter, und die Berichtigung der Grenzziehung durch die Konvention von Berlin vom 18. April 1908 gibt für die Fortsetzung dieser Kampagne einen neuen Vorwand.²⁸¹ Diese Forderungen hatten keinerlei rechtliche Basis: „Sie [N'Goko-Sangha] kann zugunsten ihrer Forderungen weder anständige Gründe der Gerechtigkeit noch ausschlaggebende rechtliche Gründe ins Feld führen. Die Gründe, auf welche sie ihre Forderungen stützt – erschwerte Nutznießung ihrer Konzession als Folge der Anwesenheit fremder Kaufleute und Modifizierung der Abgrenzung ihres Gebietes durch Grenzberichtigungen –, berechtigen sie selbst auf Grund der von ihr unterschriebenen Konzessions-

²⁸⁰ M. Viollette, a. a. O.

²⁸¹ Diese Konvention berichtigte die Grenzen Kameruns und Französisch-Kongos, indem sie die in vielfacher Hinsicht theoretische Grenzziehung durch Annahme von Wasserläufen als Grenze ersetzte und die im Norden des 10. Breitengrades von den Flüssen Schari und Logone gebildete Wachstumsspitze des „Kameruner Entenschnabels“ beseitigte.

vereinbarungen nicht zur Forderung irgendeiner Entschädigung.“²⁸² Der geschäftsführende Direktor der Gesellschaft droht dem Kolonialminister Milliès-Lacroix und versichert ihm, daß hinter ihm die ganze Presse und 200 Parlamentarier stünden . . .²⁸³ Die Pressekampagne zugunsten der „geschädigten“ Gesellschaft wird stärker: Unter den Tonangebenden dieses Konzerts bemerkt man André Tardieu, Rechtsanwalt der Gesellschaft und zudem Leiter der außenpolitischen Tagesübersicht in der Zeitung „Temps“. Nach Tardieu hätten von 1899 bis 1908 drei deutsche Firmen von mehr als drei Millionen Hektar der französischen Besitzungen Elfenbein und Kautschuk abgezogen, und 35 deutsche Faktoreien hätten sich unter Ausnutzung der Schwäche der französischen Verwaltung auf dem Konzessionsgebiet der N'Goko-Sangha illegal niedergelassen.²⁸⁴

Zu dieser Zeit kommt es zu einem deutschen Hinweis, daß das über Marokko getroffene Übereinkommen eine „Verlängerung“ in einem französisch-deutschen Konsortium zur Ausbeutung des Konzessionsgebietes der N'Goko-Sangha finden könnte. Die N'Goko-Sangha würde zu diesem Konsortium ihre Konzession und die durch die Süd-Kamerun-Gesellschaft vertretenen Deutschen würden Kapitalien beisteuern. Das Kabinett Briand sieht darin ein Mittel, den ständigen Entschädigungsforderungen der N'Goko-Sangha ein Ende zu setzen. Als man die Geschäftspraktiken der Gesellschaft näher beleuchtet, geht sie auf das Angebot ein, doch unter der Bedingung, daß die Regierung von vornherein eine wohlwollende Stellung in der Frage der Entschädigung einzunehmen hätte!

Nach zahlreichen Kunstgriffen schlägt ein „Schiedsrichter“ unter Mitwirkung von Generalgouverneur Merlin (als Vertreter der Regierung) und von Tardieu (Anwalt der Gesellschaft) eine Entschädigung von 2 393 000

²⁸² F. Challaie, Un aspirant dictateur: A. Tardieu, Paris 1930, S. 13. (Speziell sind die Artikel 3 und 29 des „Beschwerdeheftes“ der Gesellschaft gemeint.)

²⁸³ Der geschäftsführende Direktor war Mestayer, dessen Charakterbild Caillaux wie folgt entwirft: „Nachdem er ein großes ererbtes Vermögen schnell verschwendet hatte, hatte er dank sehr hoher Beziehungen das Glück, eine Konzession am Kongo, von der ich nicht beschwören würde, daß er ihre Längen- und Breitengrade kannte, einzuheimen . . . Seine Mentalität als müßiggängerischer Weltmann, seine Vergangenheit als verschwenderischer Pariser, führten ihn dazu, die Geschäfte so zu verstehen, wie man sie in den Kreisen auffaßt, in denen er verkehrte, und wo man der Ansicht ist, daß *ein Geschäft machen* heißt, mit Hilfe gesellschaftlicher Verbindungen und ohne Arbeit auf leichte Art große Summen verdienen.“ (J. Caillaux, Agadir, a. a. O., S. 57/58.)

²⁸⁴ A. Tardieu, Le Mystère d'Agadir, Paris 1912.

Franken und 150 000 Hektar zu vollem Eigentum²⁸⁵ vor (29. April 1911). Die Aktionärsversammlung entscheidet sofort, von dieser Entschädigung 30 000 Franken für Prozeßzwecke und 400 000 Franken ihrem Präsidenten zur „Deckung angeblicher Auslagen und zur Finanzierung einflußreicher Verbindungen“²⁸⁶ zur Verfügung zu stellen. Schon im Mai 1910 bietet die N'Goko-Sangha ein Konsortiumsprojekt an, und ihr geschäftsführender Direktor beschäftigt sich jetzt schon in Gedanken mit einer ihm zur Organisation dieses Konsortiums übertragenen „Kommission“. Das Außenministerium übernimmt – ohne Begeisterung – das Konsortiumsprojekt (22. November 1910), und am 21. Dezember 1910 schließen sowohl das Außenministerium als auch der deutsche Botschafter eine Vereinbarung darüber ab. Das Unternehmen kommt im Endeffekt zu Fall. Die „Französische Liga für die Verteidigung der Eingeborenen des konventionellen Kongobeckens“, an deren Spitze Félicien Challaye steht, und die unter anderem von Pierre Mille und Paix-Séailles unterstützt wird, führt zusammen mit ihrem Presseorgan „Le Courier européen“ einen von der Sozialistischen Partei unterstützten Feldzug gegen die Entschädigung. Albert Thomas wird zu ihrem Wortführer in der Kammer. Das Parlament steht der Entschädigung feindlich gegenüber, und die Regierung annulliert am 25. Januar 1911 den Schiedsspruch als juristisch unannehmbar.²⁸⁷ Um das Konsortium besser durch die Abstimmung kommen zu lassen, hatte Pichon die Bildung eines parallelen deutsch-französischen Konsortiums vorgeschlagen, dessen Tätigkeitsgebiet Süd-Kamerun sein sollte. Aber „mit dem Fall der Entschädigung verfiel auch das Angebot der N'Goko-Sangha“²⁸⁸: ohne Entschädigung kein Konsortium. Mit dieser Erpressung hofften die Leiter der Gesellschaft, daß ihre Forderungen befriedigt würden. Darin täuschten sie sich, denn am 30. März 1911 verkündet der

²⁸⁵ Die Gesellschaft beanspruchte 12 675 000 Franken, die Regierung schlug 903 000 Franken vor. Wenn man der Zeitschrift *Le Courier européen* (1911, S. 141) glauben darf, so hätte zwischen Merlin (dessen Käuflichkeit sehr festzustehen scheint) und Tardieu ein geheimes Einverständnis bestanden. Diese Zeitschrift beruft sich in dieser Beziehung auf einen „vernichtenden Bericht“ der Kolonialinspektion.

²⁸⁶ J. Caillaux, Agadir, a. a. O., S. 64.

²⁸⁷ In der Zeitschrift *Le Courier européen* (1911), S. 378, schreibt Félicien Challaye unter der Überschrift „Première victoire“ („Erster Sieg“): „Die Entschädigung der N'Goko-Sangha wird nicht bezahlt werden . . . Auswirkung des Feldzuges der Französischen Liga zur Verteidigung der Eingeborenen des konventionellen Kongobeckens.“

²⁸⁸ J. Massiou, *Les Grandes concessions au Congo français*, Paris 1920.

Kolonialminister Messimy in der Budgetkommission, daß es unter diesen Umständen weder Entschädigung noch Konsortium geben wird. Um den Ärger der Deutschen zu beschwichtigen, die ihren französischen Partnern schlechten Willen vorwerfen, beauftragt Caillaux, Befürworter des Abkommens, einen der an den Kongoangelegenheiten interessierten Finanzkapitalisten, Fondère, mit den Deutschen als Entschädigung für das Nichtzustandekommen des Konsortiums über den Bau einer Eisenbahn Kongo-Kamerun zu verhandeln. Denn „als früherer Mitarbeiter von Brazza und ehemaliger Beamter des Kolonialministeriums war und ist Herr Fondère noch die Seele der großen kongolesischen Angelegenheiten.“²⁸⁹ Fondère ist der Gründer der Messageries fluviales, die im Besitz des Monopols der Schifffahrt auf dem Kongo und Ubangi sind. Er ist darüber hinaus tonangebend in der eng mit den Messageries fluviales verbundenen Gesellschaft Afrique et Congo (Handel, Plantagen) und geschäftsführender Direktor von zwei Konzessionsgesellschaften in Gabun (Société des Factoreries de N'Djolé et Société de l'Ogooué-N'Gounié), ebenfalls geschäftsführender Direktor der mächtigen Société forestière Sangha-Oubangui. Diese Gesellschaft hat die Absicht, die N'Goko-Sangha durch Zahlung der vorgesehenen Entschädigung als Konkurrentin in der Angelegenheit auszuschaftern. Fondère verhandelt in Berlin in Gegenwart des Präsidenten der N'Goko-Sangha mit Semler, dem Präsidenten der Süd-Kamerun-Gesellschaft. Bei seiner Rückkehr aus Paris schließt Fondère mit Hilfe von drei Ministern das Eisenbahnprojekt ab, das aber vom Kolonialminister abgelehnt wird, der darin eine verschleierte Besitznahme des Kongo durch Deutschland erblickt.

In diese Situation platzt der „Panthersprung nach Agadir“. Die Franzosen haben in Marokko am 21. Mai Fez besetzt. Die deutschen Imperialisten bestehen auf einer „Kompensation“. Da sich die Verhandlungen hinziehen, haben sie den Eindruck, dupiert worden zu sein. Am 1. Juli 1911 ankert ein deutsches Kriegsschiff, der „Panther“, vor Agadir und setzt eine kleine Abteilung an Land. Gleichzeitig bezeichnet eine Note die marokkanische Frage als offene Frage. Die Unterhandlungen beginnen in einer äußerst scharfen diplomatischen Krise erneut: zweimal wiederholt es sich, daß der Ausbruch des Krieges auf Messers Schneide zu stehen scheint. Deutschland verlangt im Austausch für Marokko zunächst den gesamten Kongo. Frankreich weigert sich mit Unterstützung Englands, das den Deutschen bedeutet, ihre Ansprüche gingen zu weit. Deutschland verlangt nun einen Teil des französischen Kongo bis an den Kongo und den Ubangi,

²⁸⁹ J. Caillaux, Agadir, a. a. O., S. 79.

wodurch Französisch-Äquatorialafrika in zwei Teile geschnitten würde. Ferner verlangt Deutschland, Frankreich solle zu seinen Gunsten auf das Vorkaufsrecht auf Belgisch-Kongo verzichten.²⁹⁰ Das ist die Vorbereitung „Mittel-Afrikas“. Der französisch-deutsche Vertrag wird schließlich am 4. November 1911 unterzeichnet: Deutschland überläßt Marokko an Frankreich, das dort 1912 sein „Protektorat“ errichten wird. Im Austausch dafür erhält Deutschland 259 000 km² von Französisch-Äquatorialafrika, die im Süden Spanisch-Guineas vom Atlantik begrenzt werden und an zwei Punkten das rechte Ufer des Kongo und des Ubangi berühren. Frankreich verzichtet zugunsten Deutschlands auf seine Vorkaufsrechte auf Spanisch-Guinea, das künftig zu einer Enklave des Kameruner Gebietes wird. Frankreich erhält das kleine Gebiet des „Kameruner Entenschnabels“ zwischen Schari und Logone (16 600 km²).

Dieser Kompromiß ist zum großen Teil der Intervention Großbritanniens zuzuschreiben. Zu Beginn der Krise hatte das von Frankreich konsultierte Großbritannien jenem die militärische Unterstützung versagt und zu Verhandlungen geraten. Als Deutschland den gesamten Kongo verlangte, ließ Großbritannien den deutschen Botschafter wissen, daß die Ansprüche seines Landes zu weit gingen und gab zu verstehen, daß die Aufrechterhaltung dieser Forderungen unweigerlich zum Kriege führen werde. Großbritannien war jedoch nicht geneigt, sich wegen der Verteidigung französischer Interessen auf einen Krieg einzulassen. Es war aber nicht bereit, zuzusehen, wie Deutschland die Lage zu seinem Vorteil ausnutzte und das Gleichgewicht zu seinen Gunsten veränderte, um in der Konkurrenz, die es Großbritannien im Handels- und Schifffahrtswettstreit bot, einen ernstlichen Vorteil zu erringen. Der deutsche Generalstab hatte andererseits seine Kriegsvorbereitungen noch nicht abgeschlossen, und im französischen Kabinett war Caillaux ein entschiedener Parteigänger des französisch-deutschen Ausgleichs. Aus allen diesen Gründen wurde der Krieg noch einmal vermieden, aber der Kompromiß fand bei den mit dem Kriege spielenden imperialistischen Kreisen und der von ihnen bezahlten Presse und ihrer „öffentlichen Meinung“ in Deutschland wie in Frankreich eine gereizte Aufnahme. Genauer gesagt: diese Schichten bemühten sich, aus der ihrem Lande angeblich beigebrachten „Demütigung“ den größtmöglichen Vorteil zu ziehen, um die uneingeschränkte Herrschaft über die Außenpolitik zu erlangen, die zum Frieden neigenden Strömungen zu isolieren und die Kriegsvorbereitungen zu verstärken. So kam in Deutschland die Enttäu-

²⁹⁰ Der „unabhängige Kongostaat“ wurde 1908 vom belgischen Staat übernommen.

schung der kolonialistischen Kreise, die sich „geopfert“ fühlten, in der Demission des Kolonialsekretärs Dr. Lindequist zum Ausdruck und wirkte sich begünstigend auf die Offensive der militaristischen Schichten und die Annahme der Heeresvergrößerungen im Jahre 1912 aus. In Frankreich bezichtigte man Caillaux, den Kongo „geopfert“ zu haben. Eine Anfrage Clemenceaus in der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Senats, die unter Mitwissen des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten und Vertragsgegners de Selves zustandekommt, enthüllt, daß dieser von Caillaux über dessen Verhandlungen betreffend die Eisenbahn Kongo-Kamerun nicht auf dem Laufenden gehalten wurde... Der Minister Caillaux demissioniert und wird durch einen von Poincaré beeinflussten Minister abgelöst, einen Vertrauensmann des Comité des Forges²⁹¹. Dieser wird die Militärdienstzeit auf drei Jahre verlängern und sich fest entschlossen auf die Vorbereitung des Konfliktes konzentrieren.

So beschleunigt sich das gegenseitige Wettrennen zum Kriege, das Abrutschen in die Explosion des Weltkonflikts, in dem die rivalisierenden imperialistischen Staaten versuchen werden, ihre inneren und äußeren Widersprüche mit der Durchsetzung einer Neuaufteilung der Welt und ihrer Einflußsphären und Kolonien zu lösen.

2. Die antikolonialistischen Kräfte

Die antikolonialistische Strömung in Frankreich wurde hier und da im Verlauf unserer Betrachtungen berührt. Im Verhältnis zur Zeit der Eroberung hat sie sich im Charakter gewandelt. Der Antikolonialismus der Rechten verschwindet: wenn er sich offenbart, so richtet er sich weniger gegen die koloniale Bewegung an sich, als gegen die Finanzbetrügereien, zu denen sie Anlaß gibt und die die Gelegenheit bieten, die durch sie bloßgestellten republikanischen oder radikalen Politiker anzugreifen. Die einfache Solidarität der französischen Arbeiterklasse mit den Kolonialvölkern, die Opfer derselben Ausbeuter sind, wird von ihren politischen Vertretern mehr und mehr zum Ausdruck gebracht, ganz besonders durch die Wortführer der vereinten Sozialistischen Partei, die gerechterweise auf die Bezeichnung als Partei der französischen Arbeiterklasse Anspruch erheben

²⁹¹ Gruppierung der großen Trusts der französischen Eisenindustrie, die an den Rüstungsaufträgen direkt interessiert waren.

kann.²⁹² Trotz allem tritt dieser Antikolonialismus oft in zerfahrener und hilfloser Weise hervor. In dieser Verschämtheit und Hilflosigkeit kommt vor allem der Einfluß der opportunistischen Strömung im Innern der Sozialistischen Partei zum Ausdruck, eine Strömung, die die Partei untergraben und zum Verrat von 1914 führen wird.

Schon vor der Vereinigung zur Sozialistischen Partei hatte die Französische Arbeiterpartei von Jules Guesde, des Vertreters der marxistischen Strömung, gegen die Kolonialpolitik Stellung genommen. Aber in dieser Stellungnahme selbst spiegeln sich die zugleich sektiererischen wie opportunistischen Schwächen des Guesdismus wider. Sie enthält keine grundlegende Analyse der Erscheinung des Kolonialimperialismus; der Nachdruck liegt nicht auf der Solidarität mit den Völkern, die zu Opfern der Kolonialaggression geworden sind. Das Problem wird hauptsächlich auf Grund von taktischen Erwägungen auf dem Gebiet der französischen Politik, man ist versucht zu sagen, in wahltaktischer Weise, behandelt. Man stellt sich zweifellos auf den Klassenboden, aber die getroffenen Feststellungen weichen im Endergebnis nicht sehr von jenen der Antikolonialisten der Rechten, von denen Paul Déroulès gegen den Dahomey-Krieg, ab.²⁹³ Denn „die Kolonialpolitik ist und kann nichts anderes sein [für die Französische Arbeiterpartei] als eine Spekulation der Kapitalistenklasse, als eine Quelle von Finanzbetrügereien.“²⁹⁴ Als der der Sozialistischen Partei angehörende Bürgermeister von Marseille, Flaissières, den „Helden von Dahomey“, General Dodds, überschwenglich zu seiner Rückkehr beglückwünscht, erheben die Guesdisten keinen Einspruch. Zuvor hatten sie sich jedoch jedem offiziellen Empfang im Rathaus widersetzt und auch erreicht, daß die Hälfte des für diese Gelegenheit bewilligten Kredits von 5000 Franken für die verwundeten oder kranken Soldaten, die in Dahomey gewesen sind, verwandt wird. Die Zeitung „Le Socialiste“ vom 20. Mai 1893 verliert über die Rede des Bürgermeisters kein Wort und begnügt sich damit, den Stadtrat von Marseille zu beglückwünschen, daß er sich „geweigert hat, den Sozialismus ... einen Fußfall vor dem Säbel des General Dodds machen zu lassen“.²⁹⁵

²⁹² Vgl. R. Thomas, *La politique socialiste et le problème colonial de 1905 à 1920*, in: *Revue française d'histoire d'Outre-mer*, 1960, S. 213–245.

²⁹³ J. Suret-Canale, *Schwarzafrika*, Bd I, a. a. O., S. 240 f.

²⁹⁴ A. Zévaès, *Histoire des partis socialistes en France*, Paris 1911; Bd III: *Les Guesdistes*, S. 100–102.

²⁹⁵ Vgl. A. Olivesi, *Les socialistes marseillais et le problème colonial*, in: *Mouvement Social*, Nr 46, Januar–März 1864, S. 27–66, und Cl. Willard, *Les Guesdistes*, Paris 1965, S. 63.

1895 bekräftigt der in Romilly stattfindende Kongreß der Französischen Arbeiterpartei: „Der 13. Nationalkongreß der Französischen Arbeiterpartei wendet sich mit aller Kraft gegen die kolonialen Freibeutereien, für die kein bewußter Sozialist jemals einen Mann und einen Groschen bewilligen wird.“ Wenigstens ist diese doktrinäre Position weit davon entfernt, ungeteilten Beifall zu finden. In der Zeitung „Le Socialiste“ bekräftigt Bonnier, daß die Sozialisten „nicht a priori Feinde jeder Kolonisation sind“, und in der Abgeordnetenkammer stimmt Jourde für die Militärkredite der Expedition nach Madagaskar, wie auch für das Gesetz zur Annexion Madagaskars (1896), während andere guesdistische Abgeordnete dagegen stimmen oder sich der Stimme enthalten.²⁹⁶

Im Jahre 1905 – das die Einheit der französischen Sozialisten verwirklichte – erscheint die erste in Frankreich veröffentlichte systematische Analyse des Kolonialphänomens. Es ist eine Broschüre von Paul Louis unter dem Titel „Le Colonialisme“²⁹⁷. Durch sie scheint der Terminus „Kolonialismus“ in das politische Vokabular eingegangen zu sein. Sie legt den Mechanismus bloß, durch den die von der Masse der Steuerzahler, d. h. vom Volk, erbrachten kolonialen Ausgaben sich in Profit für das Kapital verwandeln. „Wir haben gesehen“, schreibt Paul Louis, „daß die Abhängigkeit entfernter Länder den Bedürfnissen des Kapitalismus entgegenkommen und ihm neue Felder der Betätigung und Enteignung eröffnen mußte. So zahlt die Allgemeinheit die Kosten der Expeditionen, die Unkosten der ständigen Besatzstreitkräfte oder der Zivilverwaltungen. Die Allgemeinheit leistet so für die Schulden, die, wie es in Frankreich geschieht, unter Verantwortung des Mutterlandes gemacht werden, noch Zinsen. Die vorgeschossenen Gelder, welche die Nutzbarmachung oder die einfache Ausdehnung des Kolonialreiches verlangen, verbucht die Nation auf ihrer Verlustseite. Das ist der Grund, weshalb die vor allem die Begierden der herrschenden Klassen verkörpernden Parlamente des 19. und 20. Jh. und die die Interessen der Bourgeoisie wahrnehmenden ausführenden Gewalten nicht zögern, wachsende Summen für den Kolonialismus auszugeben und schonungslos mit den einmal bewilligten Krediten Schindluder treiben. Die Bourgeoisie profitiert in jeder Weise: an Beamtengehältern, Materiallieferungen und Aufträgen für öffentliche Arbeiten.“²⁹⁸

²⁹⁶ Cl. Willard, a. a. O., S. 209–212.

²⁹⁷ P. Louis, *Le Colonialisme*, Paris 1905.

²⁹⁸ Ebenda, S. 47/48.

Paul Louis antwortet hier sowohl den Cartieristen²⁹⁹ als auch Henri Brunschwig³⁰⁰, die behaupten, die französische Kolonisation habe uneigennützigen Zielen entsprochen, da sie mehr kostete, als sie einbrachte. Sie vergessen nur hinzuzufügen, *wen* sie etwas kostete und *wem* sie etwas einbrachte... Erkennen muß man allerdings, daß es Paul Louis aufzuzeigen nicht gelingt, was der Kolonialimperialismus am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts an qualitativ Neuem aufwies. Er bleibt in dieser Hinsicht weit hinter den Analysen nicht nur Lenins (1916) und Hilferdings (1910), sondern auch hinter jenen von Hobson (1902) zurück.³⁰¹ Paul Louis beweist klar die Notwendigkeit der Solidarität der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder mit den Kolonialvölkern: „Die Arbeiterklasse kann es sich um so weniger leisten, sich von trügerischen Illusionen der Worte, von Verführungen der menschlichen Phraseologie beeindrucken zu lassen. Sie muß erkennen, daß es keinerlei friedlichen Kolonialismus gibt, daß jeder Kolonialismus Gewalttat, Krieg, Plünderung der Städte, Ausraubung der Stämme, mehr oder weniger verschleierte Vernechtung, zur Folge hat. Die Autorität der Arbeiterklasse ist schon genügend groß, um sie zu einer effektiven Solidarität mit den unterworfenen Eingeborenen zu befähigen, indem sie wesentliche Rechte, Schutz ihres Lebens und Unterhalt für diese fordert. Sie wird jede Auseinandersetzung wahrnehmen, in welchem Rahmen sie auch stattfindet, um die auswärtige Eroberung, den Imperialismus zu brandmarken, um alle logischen Folgerungen der imperialistischen Expansion zu ziehen.“³⁰²

Aber obwohl er das Problem in richtiger Weise anpackt, erklärt der Autor, daß es der Arbeiterklasse unmöglich sei, die Kolonialpolitik zu verhindern, außer, wie er in dem Zusammenhang sagt, die Arbeiterklasse habe die Herrschaft über den Staat errungen, sei aus der Periode des Widerstandes zu der des Angriffs übergegangen.

Es ist wahr, daß die französische Arbeiterklasse damals noch nicht über die Möglichkeiten verfügte, die Kolonialpolitik zu verhindern. Aber dieses Argument führt unter dem Vorwand des Realismus praktisch zum Über-

²⁹⁹ „Cartieristen“: Parteigänger der seit 1958 von Raymond Cartier entwickelten Vorstellungen, eines proamerikanischen Journalisten, der sich heftig gegen die „Hilfe“ für die französischen oder früheren französischen Kolonien wendet.

³⁰⁰ H. Brunschwig, *Mythes et réalités de l'impérialisme colonial français*, Paris 1960.

³⁰¹ Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*; R. Hilferding, *Das Finanzkapital*, Wien 1910; J. A. Hobson, *Imperialism*, London und New York, 1902.

³⁰² P. Louis, *Le Colonialisme*, a. a. O., S. 109.

gang auf die Position der Opportunisten und bürgerlichen Humanitaristen, die vor den kolonialen Tatsachen als „unvermeidbar“ und sogar „notwendig“ in die Knie gehen und sich damit zufriedengeben, ihre „Humanisierung“ – was völlig utopisch ist – zu verlangen. Diese Position verwischt für die Arbeiterklasse die Pflicht, öffentlich gegen die Kolonialunternehmen aufzutreten und ihre Solidarität mit den Kolonialvölkern zu erklären, selbst wenn unter den jeweiligen Bedingungen bedeutende und unmittelbare Resultate in diesem Sinn nicht zu erhoffen waren. Paul Louis vertrat die „revolutionäre“ Tendenz. Aber in der Leitung der Sozialistischen Partei waren die opportunistischen Auffassungen stark vertreten, selbst unter den „Fachleuten“ der Kolonialfrage. Jaurès, der aus den Reihen der bürgerlichen Republikaner gekommen und von der Bewunderung für Jules Ferry und dessen Unterrichtswerk befangen war, wird sich lange zögernd und abgeneigt zeigen, den Kolonialismus grundsätzlich zu verurteilen. Erst verspätet, in parlamentarischen Reden und Zwischenbemerkungen gegen die Besetzung Marokkos, kommt er zu einer klareren Stellungnahme. Seine Verurteilung der Kolonialpolitik ist weit mehr auf ihre Anlässe und Methoden und die von ihr geförderte Kriegsgefahr, als auf den Kolonialismus an sich gerichtet. Auf der positiven Seite Jaurès' ist dennoch an die Richtung seiner Entwicklung zu erinnern, die ganz entgegengesetzt zu derjenigen der Briand, Viviani oder Millerand verläuft, die vom „unversöhnlichen“ Sozialismus zur Reaktion überlaufen.³⁰³ Aber „der Theoretiker Jaurès hat niemals auf der Höhe des Praktikers Jaurès gestanden“³⁰⁴, wie J. Bruhat bemerkt. Er zeigte sich nicht imstande, seine Verurteilung der Kolonialpolitik auf eine exakte Analyse ihrer Erscheinungsformen zu stützen. Jaurès schwimmt damit in der allgemeinen Entwicklung der Partei gegen den Strom. Die Kolonialpolitik war auf den Parteikongressen von Chalons, Limoges und Nancy verworfen worden. In Nancy werden zwei Berichte zu dieser dort sonst wenig diskutierten Frage vorgetragen. Der eine, von Paul Louis, vertrat die revolutionäre, der andere, von Gustave Rouanet, die reformistische Richtung. Dagegen erhielt auf dem Parteitag von Toulouse (1908) der reformistische Antrag mit einigen Vorbehalten die Mehrheit.³⁰⁵ Gustave Rouanet, in der Deputiertenkammer einer der parlamentarischen sozialistischen Fachleute für Kolonialfragen, geht so weit, ein Loblied auf den

³⁰³ Vgl. *Bruhat*, Jaurès devant le problème colonial, in: *Cahiers Internationaux*, 94, März 1958, S. 43–62.

³⁰⁴ Ebenda, S. 62.

³⁰⁵ *R. Thomas*, La politique socialiste et le problème colonial de 1905 à 1920, a. a. O., S. 213–245.

Ruhm Brazzas, „des Forschers, der Frankreich den Kongo gegeben hat“, anzustimmen.³⁰⁶ Man wird einwenden, daß Rouanet in dieser parlamentarischen Anfrage mit den Verbrechen der Kolonialpolitik im Kongo ins Gericht gehen wollte, welche die Affäre Gaud-Toqué auf die Tagesordnung gestellt hatte. Er suchte sich darin auf die Mission Brazza als Quelle zu stützen, und seine Lobreden hatten etwas von einer „taktischen“ Besorgnis an sich. Was aber konnte der sozialistische Durchschnittswähler denken, außer, daß es einen „guten“ Kolonialismus gab, der gerechtfertigt und für Frankreich rühmlich war und dessen Vorkämpfer Männer wie Brazza waren, und verbrecherische Mißbräuche, deren Illustration die Affäre Gaud-Toqué war? Man findet denselben Gedanken in dem für die sozialistische Parlamentsfraktion von dem Abgeordneten Charles Dumas am Vorabend des ersten Weltkrieges gehaltenen Untersuchungsbericht. Die Veröffentlichung dieses Berichtes geschah unter dem bezeichnenden Titel: „Befreit die Eingeborenen oder verzichtet auf die Kolonien.“³⁰⁷ Mit anderen Worten: der Kolonialismus kann von den Sozialisten gebilligt werden, vorausgesetzt, daß man den Einheimischen der Kolonien die Grundfreiheiten gibt. Im Grunde genommen teilten die meisten Sozialisten die Ansichten des Pazifisten Félicien Challaye, der sie wie folgt ausdrückte: „Der Kolonialismus ist ein notwendiger gesellschaftlicher Vorgang... Aber die Gerechtigkeit erfordert, daß die Herrschaft der Weißen nicht die schlimmsten Folgen wie Versklavung, Raub, Folter, Mord, nach sich zieht. Die Gerechtigkeit erfordert, daß die Eingeborenen von unserer Gegenwart irgendeinen Vorteil hätten.“³⁰⁸ Eine derartige Argumentation konnte den Parteigängern des Kolonialismus nicht grundlegend den Boden entziehen, da sie sich im Endeffekt auf ein und denselben Boden mit ihnen stellte. Man muß hinzufügen, daß in internationaler Beziehung die Lage nicht sehr viel anders war. Auf

³⁰⁶ Interpellation vom 19. und 20. Februar 1906.

³⁰⁷ *Cb. Dumas*, *Libérez les indigènes ou renoncez aux colonies*, Paris 1914.

³⁰⁸ *F. Challaye*, *Le Congo français*, Paris 1909, S. 313. Er wird später seine Illusionen erkennen und einsehen, daß die „Gerechtigkeit“, die er forderte, unvereinbar war mit der kolonialen Wirklichkeit (siehe *Souvenirs sur la colonisation*, Paris 1935); „Auch ich habe lange versucht, mich unparteiisch zu halten, und diese Illusion bewahrt, daß das Gute triumphieren könnte. Ich dachte: alles hängt von einer besseren Verwaltung ab. Ich habe mich überzeugen müssen, daß verhängnisvollerweise und trotz der Tätigkeit der Besten die materiellen Interessen der Begehrlichsten (und immer auf Kosten der Eingeborenen) triumphieren, und immer triumphieren werden.“ (*F. Challaye*, zitiert in *P. Herbart*, *Le Chancre du Niger*, Vorwort von André Gide, Paris 1939, S. 11.)

den Kongressen der Internationale trat seit 1900 der Holländer van Kol als Wortführer eines „kolonialen“ Sozialismus auf; auf dem Kongreß der Internationale in Stuttgart im Jahre 1907 hatte Kautsky mit großer Mühe die Verwerfung seines Berichtes erreicht.³⁰⁹ Wohlgedenkt kann man deswegen das Wirken der zu dieser Zeit gegen die Schandtaten des Kolonialismus auftretenden Sozialisten oder der Pazifisten, selbst wenn ihre Stellungnahme nicht ganz konsequent war, weder vernachlässigen noch bagatellisieren. Die Bedeutung des öffentlichen Auftretens der Sozialistischen Partei gegen den Kolonialismus ist zweifellos hauptsächlich sowohl in der Massenwirkung derselben wie auch in dem Umstand zu suchen, daß sich alle übrigen politischen Formationen grundsätzlich auf den Boden der Kolonialpolitik gestellt hatten.³¹⁰ Auf dem besonderen Gebiet Tropisch-Afrikas waren ihre Proteste allerdings begrenzt. Ihr Ziel war vielmehr Nordafrika, wozu die marokkanische Frage und der Umstand der sich häufenden direkten Beweisstücke beitrugen. In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die Debatte im französischen Parlament über die Lage im Kongo mit der Anfrage Gustave Rouanets hingewiesen, der bereits in der „Humanité“ in einer Artikelreihe mit den Kongoverbrechen ins Gericht gegangen war. Eine bedeutende Rolle spielte andererseits die 1904 unter der Protektion von Edmund D. Morel gegründete Zweimonatszeitschrift „Le Courrier européen“. Sie diente der Liga zur Verteidigung der Eingeborenen des konventionellen Kongobeckens als Sprachrohr, an deren Spitze hauptsächlich Paix-Séailles, Félicien Challaye und Pierre Mille standen. Sie stand ihrer Inspiration nach allerdings nicht nur auf dem Boden humanitärer Erwägungen. Wenn für einige der Mitglieder (wie Challaye) dieses Gefühl entscheidend war, so ist es nicht zweifelhaft, daß es für andere hauptsächlich darum ging, ein Angriffsinstrument gegen die Konzessionsgesellschaften des Kongo und deren Monopol zu finden. In diesem Sinn ordnet sich das Auftreten der Liga im Augenblick der Affäre der N'Goko-Sangha viel eher in den Umkreis „mutterländischer“ Politik, als in das antikolonialistische Wirken ein. Schließlich muß das politische Allein-

³⁰⁹ M. Rébérioux und G. Haupt, *Le socialisme et la question coloniale avant 1914: l'attitude de l'Internationale*, in: *Mouvement social*, Nr 45, Okt.–Dez. 1963, S. 7–38. In demselben Jahr 1907 veröffentlicht Kautsky sein Buch „Sozialismus und Kolonialpolitik“, das dem von Paul Louis ähnelt.

³¹⁰ Am aufsehenerregendsten kam dieser Anschluß an die Kolonialpolitik in der Orientierung der radikalen Partei zum Ausdruck. Nachdem Doumergue den Posten des Kolonialministers (im Kabinett Combes) eingenommen hatte, bemühten sich die Radikalen von da ab, die eifrigsten Wortführer der Kolonialpolitik zu sein.

gängertum des Radikalen Vigné d'Octon erwähnt werden. Er war bereits 1900 mit der öffentlichen Anprangerung der Verbrechen bei der Eroberung des Sudan hervorgetreten, sowohl in der Abgeordnetenkammer als auch in seinem Buch *La Gloire du Sabre*.³¹¹ Vigné d'Octon, dessen Parlamentsmandat 1906 nicht verlängert wurde, bleibt dem Antikolonialismus der Radikalen des alten Stils treu. Da er den Sozialismus schlecht versteht, der sich wenig mit seinem eingefleischten Individualismus verträgt, orientiert er sich auf den Anarchismus. Aber Nordafrika gelten seine Untersuchungen in den Jahren 1907–1909, wie sein Buch *„Les Crimes coloniaux de la III^e Republique, La Sueur du burnous“* beweist, das von Gustave Hervé im Jahre 1911 veröffentlicht wird.³¹² Dieses Buch steht im Mittelpunkt einer antikolonialistischen Kampagne von Versammlungen, die er von 1911 bis 1913 in Frankreich durchführt. In der *„Guerre Sociale“*, in der die Briefe mohammedanischer Korrespondenten in Algerien, die der Zeitschrift Beiträge einsenden, erscheinen, führt er eine regelmäßige Chronik. Im Juni 1912 wird er jedoch unter dem Vorwand seiner regelmäßigen Mitarbeit in der *„Bataille syndicaliste“* aus der Zeitschrift entfernt. Es ist eine erste Wendung, ein Vorspiel zu derjenigen von 1914, die Gustave Hervé vom wilden Antimilitarismus zur „Bis zum Ende“-Propaganda (des Kriegs bis aufs Messer) führt.³¹³ Bezeichnenderweise wird Vigné d'Octon, der seine Laufbahn in Westafrika begann und den Hauptteil seiner Anklagen gegen den Kolonialismus gerade zur Zeit der Eroberung dieser Gebiete schleuderte, nach dieser Zeit auf diese nie wieder zu sprechen kommen. Der tiefere Grund liegt darin, daß Schwarzafrika jetzt praktisch all denen verschlossen ist, die nicht ihre Verwaltungs- und Militärfunktionen dorthin rufen und deren Verschwiegenheit nicht im Wege des Berufsgeheimnisses gewährleistet ist. Dort unten gibt es nun keine widerstrebenden Kolonialisten mehr, die, wie zur Zeit der Eroberung, in der Lage sind, das anzuprangern, was sie als Zeugen sahen. Es gibt nur noch berufsmäßige Kolonialisten, die moralisch und materiell mit dem System solidarisch sind. Vigné d'Octon

³¹¹ P. Vigné d'Octon, *La Gloire du sabre*, Paris 1900.

³¹² P. Vigné d'Octon, *Les Crimes coloniaux de la III^e Republique*. Band I: *La Sueur du burnous*, Paris 1911. Die zwei weiteren Bände, die folgen sollten, der eine über die algero-marokkanischen Grenzgefechte von 1900 bis 1910, der andere über die Fremdenlegion und das militärische Bagno – „Biribi“ – werden niemals erscheinen und wurden, wie es scheint, niemals geschrieben.

³¹³ Vgl. M. Rébérioux, *La gauche socialiste française, la Guerre sociale et le Mouvement socialiste face au problème colonial*, in: *Mouvement Social*, Nr 46, Januar bis März 1964, S. 91–104.

schwang sich niemals zu einer grundlegenden Kritik des Kolonialsystems auf. Aber von einer rein gefühlsmäßigen aus stellt er sich im Endergebnis auf exaktere Positionen als die meisten der Sozialisten. Im Vorwort seiner „Kolonialverbrechen“ zögert er nicht zu schreiben: „Ich hatte diesen Traum: es gab für die unterworfenen Rassen und abhängigen Völker auf der Erde endlich eine Gerechtigkeit. Müde ihrer Beraubung, Ausplünderung, Bedrängung, Massakrierung, verjagten die Araber und Berber ihre Beherrscher aus Nordafrika. Das gleiche taten die Schwarzen für den übrigen Teil des Kontinents und die Gelben für den Boden Asiens. Nachdem sie so mit Macht und Gewalt ihre unveräußerbaren Rechte, die ihnen mit Macht und Gewalt geraubt worden waren, wiedererlangt hatten, setzte jede dieser Menschheitsgruppen die für einen Augenblick unterbrochene Bahn ihres Geschickes fort. Und ich fühlte – indem ich vergaß, daß ich Franzose war, was unwichtig ist, um mich nur einer Sache zu entsinnen, die überaus wichtig ist, daß ich Mensch war – in der Tiefe meines Herzens ein unsagbares Jubilieren.“³¹⁴

3. Der Zustand Französisch-Schwarzafrikas um 1914

In den Jahren der Vorbereitung des ersten Weltkonflikts rundet sich die Ausgestaltung des Kolonialsystems ab. Im Sudan schwächen sich die Auswirkungen der Eroberung. In Kongo, Tschad und in den Waldgebieten Französisch-Westafrikas die „Befriedungsfeldzüge“ erst abgeschlossen. Die vom Kolonialherrn auferlegten Verpflichtungen werden überall in dem noch ausgebluteten Lande niederdrückender. Der Steuersatz wächst in schnellem Rhythmus. Zu diesen Verpflichtungen gehören auch die verschiedenen Formen der Zwangsarbeit – Bau der Straßen, Stationen, Wiedererrichtung der Dörfer, Anlage von Zwangskulturen, Anforderung von Arbeitskräften für die Errichtung von Eisenbahnen und für die Privatunternehmen. Die in die Berge geflüchteten Bewohner der Waldgebiete der Elfenbeinküste, Palänegride, verloren ihre Reservevorräte. Die soziale Nivellierung nach unten muß die Bevölkerungen zur „sittenlehrenden“ (und für den Tauschhandel einträglichen) Arbeit zwingen. Keinerlei Fortschritt

³¹⁴ P. Vigné d'Octon, *Les Crimes coloniaux de la III^e République*, a. a. O., S. 8.
Über die Persönlichkeit und das Werk Vigné d'Octons siehe unseren Artikel:
L'Anticolonialisme en France sous la III^e République: Paul Vigné d'Octon, in:
Cahiers internationaux, Nr 107, September–Oktober 1959, S. 57–68.

war in den Produktionstechniken und der technischen Ausrüstung verwirklicht worden. 1917 unterstreicht Generalgouverneur van Vollenhoven die Dürftigkeit dieser Ausrüstung: 1914 wurden im Haushalt Französisch-Westafrikas weniger als 2,5 Millionen Franken für ärztliche Betreuung und kaum etwas mehr als 2 Millionen Franken für das Unterrichtswesen ausgegeben. Ein Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter besuchten die Schule. Das Landwirtschaftsamt mußte sich mit 700 000 Franken begnügen. Gerätehilfe, Post und Telegraphie, öffentliche Arbeiten, Unterricht, Gesundheitswesen hatten sich „mit ungefähr der Hälfte der Summe“ zu begnügen, „die die Stadt Paris für die Unterhaltung ihrer Straßen und Spazierwege aufwendet“.³¹⁵

Die Bedingungen für Französisch-Äquatorialafrika waren noch ungünstiger. Die Haushalte der einzelnen Kolonien, deren eigentliche Mittel fast ausschließlich aus der Kopfsteuer stammten, wurden fast völlig von den Ausgaben für das Verwaltungs- und Polizeipersonal verbraucht. In Gabun wurden 1911 von 972 000 Franken Einnahmen für das Personal der Bezirke 608 000 Franken, für das der Regionalwachen und der Gefängnisse 299 000 Franken ausgegeben. Obwohl für den Ausgabenzweig „öffentlicher Unterricht“ 25 000 Franken vorgesehen waren, gab man nur 5406,84 Franken aus. Nur vier Schulen gab es im Jahre 1910. Drei davon wurden mangels eines Lehrers geschlossen. In der einzigen Schule, in der von Libreville, unterrichteten an Stelle von Lehrern Beamte der allgemeinen Verwaltung, die den Unterricht außerhalb ihrer Dienststunden gegen eine kleine Entschädigung abhielten. In Mittel-Kongo gab man etwas weniger als 20 000 Franken für den gleichen Zweck aus, und im Haushalt von Ubangi und Tschad waren überhaupt keine Ausgaben für das Unterrichtswesen vorgesehen.³¹⁶ Das Verschwinden der Vorräte der Bauern, die in verschiedener Weise (zum Beispiel steuermäßig) vorgenommene Einziehung sogar eines Teils des zur Sicherstellung des Unterhalts der Bevölkerung notwendigen Minimums, hatten jedes Jahr zur Zeit des geringsten Angebots und der gleichzeitig größten Nachfrage die Hungersnot zur Folge. Die Verwaltung erklärt diese Lage aus „mangelnder Vorsorge“ des Bauern und beginnt seit 1910 mit der Bildung von „Bevorratungsgesellschaften“ (sogenannten Sociétés de prévoyance). Sie sind dazu bestimmt, den Bauern wenigstens das notwendige Saatgetreide zur Verfügung zu stellen. Aber

³¹⁵ Runderlaß vom 20. September 1917. Bulletin du Comité de l'Afrique française, 1917, Nr 9–10–11 (September–Oktober–November), S. 353.

³¹⁶ Gouvernement général de l'A.E.F.: *Comptes définitifs des recettes et des dépenses*. Exercice 1911, Paris 1912.

bald sahen die Beamten darin ein glänzendes Mittel zur Erhöhung der Staatseinnahmen, da sie über das Saatgut dank der Pflichtablieferungen unbeschränkt verfügten. Der vollständige Mangel, in den man die Bevölkerung gebracht hat, liefert sie unmittelbar der aus natürlichen oder gesellschaftlichen Ursachen entstehenden kleinsten Krise aus. Aus dem zeitweiligen Mangel wird dann einfach der schreckliche Hunger, wird die Katastrophe. Diese Bedingungen finden wir in den Jahren von 1912 bis 1914 vor. Die Krise hat wirtschaftliche und gesellschaftliche Ursachen: es handelt sich um die mit ihrem Preissturz hauptsächlich Guinea und Kongo überfallende Kautschukkrise. Zur selben Zeit folgten zwei Dürrejahre mit schlechten Ernten in der sudanischen Zone von Senegal bis Wadai (1912 und 1913).³¹⁷ Da die Archive nicht zugänglich und die gedruckten Dokumente diesbezüglich sehr wenig Aufschluß geben, lassen sich Ausmaß und Art der Hungersnot 1913/14 schwer beurteilen. Diese Hungersnot zieht eine Südwanderung der Saharer, ihr Seßhaftwerden in neuen Gebieten und Konflikte mit der alteingesessenen Bevölkerung nach sich. In Massina beginnt die erste Tuareg-„Invasion“ während der Hungerszeit 1913/14.³¹⁸ Zahlreiche Eltern „verpfänden“ ihre Kinder, d. h. sie treten sie für eine bestimmte Zeit als Hörige ab. Das ist ein Mittel, um sich ein wenig Essen zu verschaffen. Bei den Dogon wurden sogar Kinder für eine Handvoll Hirse verpfändet.³¹⁹ Außerdem ist das ein Weg, die Fürsorge und damit auch die Ernährung der Kinder anderen zu überlassen. Im Endergebnis vermehrt der Hunger aber die Zahl der Sklaven nicht. Im Gegenteil! Zehntausende von *captifs* wurden von ihren Herren heimgeschickt. Diese machten sich damit von der Verpflichtung frei, sie zu ernähren.³²⁰ Die Hungersnot trug zur gesellschaftlichen Nivellierung bei. Im eigentlichen Sudan führte sie zu 250 000 bis 300 000 Todesfällen. Ein Beispiel dafür ist die aus dem Bericht des Kreiskommandanten entnommene Beschreibung der Hungersnot im Kreis Bandiagara: „Zwei Jahre halber Dürre (1911/12),

³¹⁷ „Dem Hunger von 1914 im Sudan war im Jahre 1912 und im Jahre 1913 die Dürre vorausgegangen, die eine schlechte Ernte in dem gesamten Gebiet, das sich vom Senegal bis zum Tschad über eine Breite von 450 Kilometern erstreckte, im Gefolge hatte.“ (H. Labouret, *Famines et disettes aux colonies*, Paris 1938.)

³¹⁸ Vgl. J. Gallais, *La Vie saisonnière au sud du lac Debo*, in: C.O.M. 1958, II, S. 117–141.

³¹⁹ H. Ortolí, *Le Gage des personnes au Soudan français*, in: Bulletin de l'I.F.A.N., Bd I, 1939, S. 313–324.

³²⁰ F. de Kersaint-Gilly, *Essai sur l'évolution de l'esclavage en A.O.F.*, in: B.C.E.H.S., 1924, Nr 3, S. 469–478.

denen ein Jahr vollständiger Dürre folgte, mußten eine schreckliche Hungersnot hervorrufen. In der Zeit von der Ernte 1913 bis zur Ernte von 1914 haben die Mehl- und Futtergetreide vollständig gefehlt, was eine hohe Sterblichkeit unter Menschen wie Tieren zur Folge hatte. Da 1913 die Ernte vollständig ausgefallen war, hatten sich die Vorräte in einigen Wochen so sehr erschöpft, daß seit dem Monat November die Hirse zu 40 Centimes pro Kilogramm verkauft wurde und bald – im Februar – auf einen Franken stieg. Obwohl dieser Preis sehr hoch lag und bis zur Ernte 1914 beibehalten wurde, war die Hirse schwer zu beschaffen. In dieser Zeit waren große Teile der Bevölkerung gezwungen, sich von den Früchten der Bäume, dann lediglich von deren Blättern zu ernähren. Im Februar beginnen sich die Dörfer zu entvölkern. Zu den Todesfällen kommt die Abwanderung eines großen Teils der Überlebenden in die weniger bevölkerten Gebiete. Um nur von dem Dorf Bandiagara zu sprechen, so sterben dort (wochenlang) täglich zehn Personen. Insgesamt wird die Hungersnot von 1913 bis 1914 die Bevölkerung des Kreises um ungefähr ein Drittel vermindert haben. Was die Viehpacht angeht, so wird sie fast um die Hälfte vermindert sein.“³²¹

Über das Gebiet Tschad geben uns die von Denise Moran zitierten Texte – Auszüge aus Lokalararchiven – bezeichnende Hinweise.³²² Das noch der Militärverwaltung unterstehende Gebiet Tschad war kurz zuvor erobert worden. Zunächst hatte man die Franzosen gut aufgenommen, da man sich von ihnen die Beendigung der vielen von den Sultanen durchgeführten Sklavenjagden erhoffte. Die Bevölkerung wurde jedoch sehr bald enttäuscht. Als erstes kam die Steuer. Oberst Moll erklärt dazu: „Die Naturalsteuer ist unbequem und lästig. Der Eingeborene soll sein Korn und seine Stoffe auf den Markt bringen, ehe er sich an die Kasse des Steuernehmers begibt.“³²³ Da die Steuer nicht eingeht, holt man sie. „Es entstand eine allgemeine Flucht der Einwohner in die Berge. Außerdem war es notwendig, die Steuer mit Gewalt zu holen, sich ihrer ... *manu militari*

³²¹ Zitiert von E. L. Bélime, *Les Travaux du Niger* (o. O.). Gouvernement général de l'A.O.F., 1940, S. 17.

³²² D. Moran, *Tchad*, Paris 1934. Der Autor, der Texte zitiert, deren Veröffentlichung im allgemeinen untersagt war, hat unglücklicherweise oft die Namen von Orten und Personen in Wegfall kommen lassen.

³²³ D. Moran, a. a. O., S. 70. In Kongo waren die Konzessionsgesellschaften an der Bezahlung der Steuer in Naturalien interessiert, in Tschad dagegen, wo die Waren nicht abtransportiert werden konnten, war es für die Kolonialisten bequemer, die Steuer in Geld zu erheben.

durch Überraschung zu bemächtigen.“³²⁴ Alles wurde in Bausch und Bogen an die Schützen und an die mit Talern zahlenden Araber verkauft. Die Preise fielen „unter den marktüblichen Preis“, d. h. unter den, zu dem der Weiße und seine Truppe sich herabließen, ihre Lebensmittel zu zahlen: zur „Hälfte oder dem Drittel des Wertes der Landwirtschaftswaren oder der Gegenstände“.³²⁵ Es kommt zu Klagen der Einwohner: „Dudmura [der entthronte frühere Sultan von Wadai] verlangte nicht so viel, er nahm einige Sklaven, und das war alles.“³²⁶ Aber das war noch nicht alles. Die Militärverwaltung wurde zudringlicher. Die Steuern, „die man glücklich war, im April zur Hälfte erhoben zu haben, werden bereits im März in voller Höhe verlangt“; zur Kopfsteuer fügt man eine Viehsteuer (in Höhe eines Dreißigstels vom Wert der Herden) hinzu.

Bei der Steuerfestsetzung geht man von einer höheren Volkszahl aus als der wirklich vorhandenen. Die Steuereinnahmen steigen von ursprünglich 371 000 auf 750 000 Franken im Jahre 1911. Zu diesem Zeitpunkt stellt ein Bericht fest: „Es wird absolut unmöglich, von Leuten, die kaum genügend Hirse und Gabaks³²⁷ für ihre Nahrung und Kleidung besitzen, irgend etwas zu erhalten.“³²⁸ Aus dieser Lage wird die allgemeine Erhebung Wadais (von Mai bis August 1911) besser verständlich. Ihr Ausgangspunkt war die Ankunft einer am 21. Mai in Abeschr erschienenen Protestdelegation gegen die Bezahlung der Steuern in Geld.³²⁹

Oberst Largeau teilt mit, für das Jahr 1912 sei der Mangel vorauszusehen, um dann sogleich darauf hinzuweisen, daß man sich von Kanem „erbeten“ (sic!) habe, die Steuer für 1912 schon im September 1911 zu zahlen. Kanem habe diese Steuer bis zum 31. Dezember des gleichen Jahres entrichtet.³³⁰ Um die Bevölkerung „in die Hand zu bekommen“, griff man zu denselben Methoden wie im Dogon-Land: systematische Verwüstung der Kulturen in der Ebene, Kriegführung im Bergland, um die Bewohner aus ihren Fluchtorten zu vertreiben und zur Ansiedlung in der Ebene zu zwingen. Die Steuer war nicht die einzige Belastung, welche die Bevölkerung zu ertragen hatte. Es kamen noch zahlreiche Forderungen auf Stellung

³²⁴ D. Moran, a. a. O., S. 71.

³²⁵ Ebenda.

³²⁶ Ebenda.

³²⁷ Gewebte Baumwollstreifen.

³²⁸ D. Moran, Tchad, a. a. O., S. 71.

³²⁹ Oberst Largeau, La Situation militaire du Tchad au début de 1912, in: A.F., R.C., 1913, Nr 1, S. 3–19.

³³⁰ Oberst Largeau, a. a. O.

von Arbeitern zur Erweiterung der Wege sowie nach Trägern und Wegeführern hinzu. Die für diese Abstufungen wenig empfängliche Bevölkerung nannte die einen wie die anderen „Hörige“ der Weißen.³³¹ Die angeforderten Arbeitskräfte werden bezahlt – wenn man es kann: „Wenn die Preise bekannt sein werden“, bemerkt ein Bericht, „werden die gelieferten Materialien abgegolten werden... Dieses Jahr habe ich nur die Arbeiter der Ost-West-Straße bezahlen können. Im folgenden Jahr wäre es wünschenswert, wenn ich die Bezahlung für die zwei vom Busch gesäuberten Straßen vornehmen könnte.“³³² In der halb wüstenhaften Zone, in der weder Brunnen noch Dörfer vorhanden sind, mehrere Tage ohne Verpflegung, müssen die Träger Wege erschließen... Zur Ausbesserung der Wege und Stationen werden dreimonatliche Fronen ohne Verpflegung auferlegt. Ein Stationschef schreibt: „Die Eingeborenen sind seit acht Monaten zu Fronen und Steuer herangezogen. Sie haben wohl ein Recht auf ein wenig Ruhe.“³³³ Ein militärischer Beamter beschließt, einen Markt zu gründen, „mit dem Ziel, die Kirdi³³⁴ zu zwingen, sich Taler für die Steuer zu verschaffen“. Im Februar brechen also 1000 Einheimische nach dem Markt auf, „aufgemuntert von zwanzig Goumiers [Kamelreitern]“. Das Resultat ist gleich Null: es stellt sich nicht ein einziger Käufer ein. Und der Beamte schließt gekränkt: „Diese Bewohner scheinen den Handel zu verabscheuen.“³³⁵ Zu alldem kommen noch die Erpressungen der unteren Offiziere, Stationschefs, Wachmannschaften, Schützen, politischen Beauftragten... Ein Inspektionsbericht bemerkt, daß „einige Militärpersonen bis zum Zehnfachen ihres Solds durch Zahlungsanweisung nach Frankreich schicken“³³⁶. Über einen Unterbezirk bemerkt der Kreiskommandant: „Meistens liefern die Dörfer Nahrungsmittel ohne Entgelt. Für unsere Leute, d. h. für unsere Vertreter, die wir mit einem Auftrag in das Innere des Unterbezirks schicken, ist das zulässig. Aber für die Irregulären oder Schützen der benachbarten Unterbezirke ist es nicht angängig, daß sie umsonst ernährt werden.“ Unerwartet bricht in diese Verhältnisse die Hungersnot von 1913 ein. Der gerade das Kommando in Wadai übernehmende Bataillonschef (später General) Hilaire fand „alle Felder aufgegeben, geplündert, verbrannt, kahl; die meisten unbewohnten und in Ruinen liegenden Dörfer strömen beim

³³¹ *D. Moran*, Tchad, a. a. O., S. 73.

³³² Ebenda.

³³³ Ebenda, S. 81.

³³⁴ Nicht islamisierte Bergbewohner.

³³⁵ *D. Moran*, Tchad, a. a. O., S. 74.

³³⁶ Ebenda, S. 86.

Vorübergehen Leichengerüche aus. Auf den nicht weniger einsamen Pfaden nichts als fleischlose Leichen, von Hyänen und Schakalen verschmäht, hier und da abgemagerte Sterbende mit tiefliegenden Augenhöhlen, aufgetriebenen Bäuchen, hervorstehenden Rippen, die Glieder gleich Knotenstöcken, die Knochen die rissige Haut durchstoßend, kraftlos die Mumienhand nach einer Zehrung ausstreckend, die man ihnen übrigens nicht zu reichen wagt. Kaum daß sie sie verschluckt hätten, würden sie sogleich daran sterben.“³³⁷ Nichts war zur Abwendung der Hungersnot geschehen. „Auf dem fast menschenleeren Markt von Abeschr verkaufte man unter den Mauern unserer Station Menschenfleisch, das als Hyänenfleisch zurechtgemacht, angeboten und in kleinen Stücken abgesetzt wurde.“³³⁸ Der Kommandant Hilaire klagt als Verantwortlichen für diese Zustände den früheren Unterbezirkschef, der ein Offizier der Fremdenlegion türkischer Herkunft, bekehrter Mohammedaner und Schützling der Herzogin von Uzès war, an: „Seinen Regierten verkaufte er mit 100 Prozent Gewinn eine in seinem Gepäck auf Staatskosten aus Frankreich gelieferte Sendung Schundwaren... Sogar während der Hungersnot vertrieb er an die Haushalte der Schützen und der Wachen Hirse zu 2,50 Franken je Kilogramm, die einige Monate zuvor den Eingeborenen unter Berechnung von 0,05 Franken als Steuer abgenommen und ihr letzter Silovorrat gewesen war.“³³⁹ Eingerechnet die 1916, 1917 und 1918 folgenden Epidemien erlitt die Bevölkerung einen Rückgang um 60 Prozent und mehr: „Überall findet man, daß von 200 Dorfeinwohner 150 fehlen“.³⁴⁰ Ein Siedler schrieb: „Man hat übrigens die Schrecken der alten Zeit übertrieben... Während der Hungersnot von 1898/99 versorgte der Sultan seine Untertanen, Ihr habt sie 1914 umkommen lassen. Die Araber haben die Fluchtdörfer der Hörigen beschützt, Ihr habt sie abgeschafft. Früher gab es keine Passierscheine, Jagdscheine, kein Dorf war gezwungen, wegen der vorüberführenden Straße auf felsigem Boden, entfernt von den Brunnen zu leben... Daß die Beschlagnahme des Besitzes früher weniger zu fürchten war, ist zweifellos: große, bevöl-

³³⁷ General *Hilaire*, *Du Congo au Nil*, a. a. O.

³³⁸ Ebenda, S. 201.

³³⁹ Ebenda, S. 202.

³⁴⁰ *D. Moran*, *Tchad*, a. a. O., S. 93. Das Pamphlet „Victor Augagneur et l'A.E.F., par R.S., colon du Congo“ (Bordeaux 1913) schätzt den Bevölkerungsverlust infolge der Hungersnot von 1913–1914 in Wadai auf die Hälfte der Bevölkerung. General Hilaire schätzt, daß die Bevölkerung Wadais von 700 000 Einwohnern im Jahre 1912 auf 400 000 im Jahre 1914 zurückgegangen sei. Abeschr, das 1912 28 000 Einwohner zählte, besaß deren im Juli nur 5–6000 (General *Hilaire*, a. a. O., S. 91).

kerte, vichreiche, über Hirsevorrräte verfügende Dörfer bestanden bei unserer Ankunft nicht mehr. Sie sind zurückgegangen und verschwunden.“³⁴¹ Zu all diesen Übeln sollte der Krieg noch neue hinzufügen.

4. Der erste Weltkrieg und die schwarzen Truppen

a) Die Schwarze Armee

Schon 1908 erwägt man im Rahmen der Vorbereitung des imperialistischen Krieges die Zuhilfenahme der kolonialen Besitzungen, besonders Schwarzafrikas, als Reservoir für Soldaten, für „Kanonenfutter“.

Die schwarzen Truppen – mit deren Bildung 1857 Faidherbe durch die Gründung von Einheiten „senegalesischer Schützen“ begonnen hatte – waren bis dahin hauptsächlich zur Eroberung Schwarzafrikas selbst und erst in zweiter Linie zu anderen Kolonialfeldzügen (Madagaskar) eingesetzt worden. Erneut waren sie bei der militärischen Intervention in Marokko zu Beginn des Jahres 1908 im Einsatz. Im allgemeinen waren sie jedoch nur gelegentlich auf die Schlachtfelder der europäischen Politik geschickt worden (allgemein unter Zusammenlegung mit den algerischen Truppen), so im Krimkrieg, bei der Mexiko-Expedition Napoleons III., im Krieg von 1870/71, wo eine Anzahl Senegalesen in den Gefechten von Weißenburg und Fröschweiler unter den „Turkos“ eine Rolle spielte. Der große Theoretiker der „Schwarzen Armee“ war Oberst (später General) Mangin. In zwei aufsehenerregenden Artikeln in der Zeitschrift *Revue de Paris*³⁴² erklärte er den sich aus der Aufstellung einer Schwarzen Armee ergebenden Vorteil: „Der Rückgang der Geburtenziffer in Frankreich und die Herabsetzung des Militärdienstes auf zwei Jahre haben in den Mannschaftsstärken der Armee eine beträchtliche und sich ständig vergrößernde Lücke hervorgerufen. Die Zahl der unter die Fahnen Gerufenen betrug im Jahre 1907 457 000. Seit der Anwendung des neuen Gesetzes handelt es sich nur noch um 433 000, und durch die Statistik der männlichen Geburten können wir vorausschen, daß die Zahl nach zehn Jahren auf 371 000 gefallen sein wird, was einen Verlust von 62 000 Männern bedeutet – die Mannschaftsstärke von vier Armeekorps. Durch regelmäßige Aushebung der Eingeborenen in Algerien könnte man die Schwächung unserer mutterländischen Streitkräfte zum Teil wettmachen;

³⁴¹ D. Moran, Tchad, a. a. O., S. 230.

³⁴² *Revue du Paris*, Nummern vom 1. und 15. Juli 1909.

aber das in Untersuchung befindliche Projekt stößt auf verschiedene Einwände, die von der europäischen Bevölkerung Algeriens ausgehen. Sie befürchtet, die von uns eingeübten Araber würden sich nach ihrem Militärdienst im Falle eines Aufstandes gegen uns wenden. Dagegen würden unsere algerischen Siedler beruhigt sein, wenn sie sich durch Regimenter senegalesischer Schützen, zum großen Teil Fetischisten, geschützt wüßten.“³⁴³ Zur Untersuchung der Frage bereist eine von Oberst Mangin geleitete Kommission, bei der sich die Beamten Guignard und Le Hérissé und die Kapitäne Cornet, Renard und Salaün befinden, 1910 Französisch-Westafrika. Sie kommt zu der Schlußfolgerung, daß es möglich ist, in Französisch-Westafrika jährlich 40 000 Mann für eine Dienstzeit von fünf Jahren auszuheben, was eine fünffach größere Mannschaftsstärke ergeben würde, als sich zur Ausführung des in Aussicht genommenen Projekts notwendig machen würde. Der Generalgouverneur von Französisch-Westafrika, W. Ponty, pflichtet den Schlußfolgerungen der Kommission bei. Nach diesen Anhaltspunkten entsteht 1911 ein Vorschlag, der vom Kolonialminister Messimy und dem Obersten Mangin ausgeht: 1. Bildung einer Arabischen Armee (algerische Schützen) zur Verstärkung der mutterländischen Armee, 2. Aufstellung einer Schwarzen Armee zur Verteidigung des Kolonialreichs, besonders in Afrika „und die, wenn es notwendig werden sollte, sogar an der Seite der zwei anderen [Armeen] kämpfen könnten“.³⁴⁴ Ein Dekret von 1912 macht die Schaffung dieser „Schwarzen Armee“ möglich: die Einheimischen von 20 bis 28 Jahren können durch Aushebung für eine Dauer von vier Jahren rekrutiert werden, soweit die Meldung von Freiwilligen nicht ausreicht. In den Jahren vor dem Kriege wird die Rekrutierung gewöhnlich 8000–10 000 Mann jährlich betragen.

b) Der erste Weltkrieg: Die Rekrutierungen

Zum Zeitpunkt der Kriegserklärung zählte man 14 142 Schützen, die innerhalb Französisch-Westafrikas, und 15 600 Schützen, die außerhalb Französisch-Westafrikas im Dienst standen. Seit September 1914 wurden

³⁴³ *Bulletin du Comité de l'Afrique française*, Nr 7, Juli 1909. Mit der Absicht, auf die große Öffentlichkeit zu wirken, wird Mangin seine Argumente in seinem Buch *La Force noire*, Paris 1910, entwickeln. Über die Auseinandersetzung, die das Projekt Mangin hervorrief, siehe *Abdoulaye Ly*, *Mercenaires noirs*, Paris 1957, besonders S. 33 ff.

³⁴⁴ *Revue indigène*, Nr 61, 30. Mai 1911, S. 279.

alle unmittelbar verfügbaren senegalesischen Bataillone (zwei aus Französisch-Westafrika, zwei aus Marokko, zwei aus Algerien) nach Frankreich verlegt und sogleich an die Front geworfen. Zur selben Zeit stellte man in Afrika die Expeditionskolonnen gegen Togo und Kamerun zusammen. Die Hekatomben von Opfern, die der Krieg bereits 1914 fordert, führen rasch zu einer intensiveren Ausbeutung dieses Reservoirs. Im Oktober 1915 waren 30 000 Freiwillige und Ausgehobene rekrutiert worden, um nach Europa zu gehen. Ein Dekret vom 9. Oktober 1915 befahl die Mobilisierung der Eingeborenen über 18 Jahre in den Einheiten der senegalesischen Schützen, um während der Dauer des Krieges außerhalb Französisch-Westafrikas als Soldaten verwendet zu werden. Die Dauer dieser Zeit war von der obligatorischen Militärdienstzeit abzurechnen, und die Freiwilligen hatten eine Einreihungsprämie von 200 Franken zu erhalten. Auf diese Weise konnte man 1916 weitere 51 000 Mann rekrutieren; zur Hälfte kamen sie aus den traditionellen Rekrutierungsgebieten Senegal und Sudan. 1917 wurden 17 Bataillone von Senegalesen an der Somme eingesetzt. Insgesamt waren 120 000 Schützen rekrutiert worden. Man rühmte den Schrecken, den sie den Deutschen einflößten, ihre Verachtung der Gefahr –, was erlaubte, sie weitgehend als „verlorene Kolonne“ zu verwenden und dort einzusetzen, wo Franzosen sich zu weigern begannen. Man glaubte zu dieser Zeit gern, daß man alle Mobilisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft hätte. Dabei spielten auch die Schwierigkeiten mit, die sich wider die Rekrutierungen erhoben und die wir noch sehen werden. „Die Truppen, die man noch ausheben könnte [in Französisch-Westafrika], würden nicht die Mühe lohnen, zusammengestellt, ausgebildet und ausgerüstet zu werden.“³⁴⁵ Während des Jahres 1917 wurde die Notwendigkeit der „Versorgung Frankreichs“ durch Westafrika herausgestellt. Zu diesem Zweck entsandte man im Juni 1917 zur Ersetzung des Generalgouverneurs Clozel den neuen Generalgouverneur Joost van Vollenhoven nach Dakar. In seiner Rede vom 7. Juni 1917 verkündet er, der Versorgungsminister habe sich entschlossen, die gesamte Ernte Französisch-Westafrikas des Jahres 1917 in Form von Mehlgetreiden, Mehl- und Ölfrüchten aufzukaufen. Anstelle der Zwangsablieferung will man sich aber an das „Interesse“ (des Handels) wenden: ein Übereinkommen wird zwischen den in einem Konsortium zusammengeschlossenen Handelshäusern, als deren Beauftragter Vézia fungiert, und der Regierung geschlossen. Diese verpflichtet sich, den Firmen alle zu vereinbarten Preisen vorgelegten Produkte abzu-

³⁴⁵ G. François, *L'Aide de l'Afrique occidentale à la métropole*, in: Bulletin du Comité de l'Afrique française, Nummer 5–6, Mai–Juni 1917, S. 195–198.

kaufen. In Wirklichkeit aber werden diese Produkte mittels Zwangskulturen und Zwangslieferungen, deren sich die Bewohner wohl oder übel nur gegenüber dem Handel entledigen können, gestellt. . . Dieses „phantastische Programm“ erhält seine Verwirklichung im totalen Wegkauf „auf dem Halm“, im „Hunger“, „ohne anderes Resultat als den Export von einigen tausend Tonnen Sorghum, deren Konservierung unmöglich ist, und ungeschältem Reis.“³⁴⁶

Es ist notwendig, hier auf die Person von Joost van Vollenhoven einzugehen. Man hat ihn zum Modell eines guten Beamten und patriotischen Helden gemacht. Er habe seine Demission aus Protest gegen die übergroßen Ausmaße der militärischen Rekrutierung eingereicht, um an die Front zurückzufahren, wo er dann am 18. Juli 1918 fiel: „Als einer der Strahlendsten unter den Tapfersten gehört er der Galerie der Bayard und La Tour d'Auvergne an, um kommenden Generationen als Beispiel zu dienen.“³⁴⁷ Der Mut des Mannes ist unbestreitbar. Der Sinn seines Lebens verdient eine objektivere Prüfung. Als Sohn eines großen in Algerien ansässigen holländischen Siedlers wuchs er in jenem Milieu heran, das man später als das Milieu der „Ultras“ bezeichnen wird. Als naturalisierter Franzose absolviert er die École coloniale. Nach Erhalt der höchsten Auszeichnung im Abschlußexamen der École coloniale wird er sogleich im Leitungsstab des Kolonialministers Doumergue (unter der Regierung Combes), und zwar im Beamtenbüro zur besonderen Verwendung des Ministers, angestellt. Zwei Jahre nach seinem Abgang aus der École coloniale kehrt er dorthin als Lehrer zurück. Dann ist er im Verwaltungsapparat verschiedener Gouverneure und Generalgouverneure Generalsekretär und Kabinettschef des Kolonialministers Lebrun. So führt er im Jahre 1911 die Verhandlungen über die Abtretung einiger Gebiete des Kongo. Schließlich wird er an der Seite von Albert Sarraut (1912–1914) Generalsekretär Indochinas und interimistisch in dessen Abwesenheit Generalgouverneur von Indochina (1914–1915). Er ist intelligent und auf Arbeit versessen, aber von kaltem Ehrgeiz und maßlosem Machtstreben erfüllt. Anstelle einer Laufbahn in der Praxis hat er es vorgezogen, sofort die Spitzen der Macht zu gewinnen, indem er sich auf die Politiker der Radikalen Partei stützte. Diese zu „loyalen Sachwaltern“ der kapitalistischen Gesellschaft gewordenen Politiker sind darauf bedacht, zu zeigen, daß sie ebensogut, und selbst noch besser als die Männer der traditionellen Rechten, die Geschäfte der großen Kolonialpolitik besorgen können.

³⁴⁶ H. Cosnier, *L'Ouest-Africain français*, a. a. O., S. 148.

³⁴⁷ Belobigung van Vollenhovens im Tagesbefehl der 10. Armee.

Seine Jugend, seine blendende Karriere, die sich offen auf die politische „Drehscheibe“ gestützt hat, sein herrschsüchtiger Autoritarismus, seine ausländische Abkunft, sind ebensoviele Motive, um die Streitlust der Beamten und der den Gepflogenheiten entsprechend aufgestiegenen Gouverneure zu wecken. „Er hat Schläge empfangen und ausgeteilt, um sich an die Spitze zu setzen.“³⁴⁸ Als er zu Beginn des Krieges das Amt des Generalgouverneurs von Indochina ausübt, empfindet er die Anspielungen auf seine Position als „Etappenkrieger“ und die feindseligen Intrigen, die ihn als „Boche“ behandeln, als sehr hinderlich. Im März 1915 reist er als einfacher Sergeant an die Front ab. Ebenso sehr wie er Gefallen an der Macht findet, hat er auch für das Risiko etwas übrig. Freiwillig meldet er sich zu gefährlichen Unternehmungen, zweimal wird er verwundet, aber er ist mehr am Tisch der Offiziere und Stäbe als in den Laufgräben. Zweimal wird er dem Stab des früheren radikalen Kolonialministers Messimy zugeteilt. Er gewinnt seine Leutnantsepauletten und hat nun genügend militärische Ehrenzeichen, um seinen Verleumdern Trotz zu bieten. Nun wird er zum Generalgouverneur von Französisch-Westafrika ernannt. Sechs Monate hindurch gibt er sich der Aufgabe des höchsten Kolonialbeamten in Französisch-Westafrika hin, wobei Rundreisen, Reden und Runderlasse aufeinander folgen: er ist mehr als irgendein Generalgouverneur vor ihm, der absolute Herr, da er zugleich der Vertreter des im Kriege befindlichen Frankreich ist. Aber er hat mit einem noch Machtvolleren zu rechnen: Ende 1917 entscheidet Clemenceau, daß Französisch-Westafrika nicht nur mehr Lebensmittel, sondern auch Menschen für das große Sterben liefern wird. Der Ministerrat entscheidet am 8. Januar 1918 über die Wiederaufnahme der Rekrutierungen. Ein Dekret erweitert die Jahrgänge der Rekrutierung vom 18. bis zum 35. Lebensjahr und dehnt sie auf Französisch-Äquatorialafrika aus. Um der bereits aufgetretenen Schwierigkeiten Herr zu werden, erhöht man die Versprechungen. Sechs Ergänzungsdekrete sehen vor: Ausnehmung von den Steuern, Zuwendungen an die Familien, Erteilung der Bürgerschaftseigenschaft in gewissen Fällen, Reservierung von Beschäftigungen für ehemalige Schützen. Schließlich greift man zu einer „psychologischen“ Maßnahme: eine am 11. Januar 1918 gebildete Kommission wird zur Intensivierung der Rekrutierungen nach Französisch-Westafrika geschickt. Sie steht unter der Leitung von Blaise Diagne, dem schwarzen Deputierten der vier vollberechtigten Gemeinden des Senegal, der den Titel „Kommissar der Republik in Westafrika“ mit dem Rang eines Gene-

³⁴⁸ R. Delavignette, *Les Constructeurs de la France d'Outre-mer*, Paris 1946, S. 422.

ralgouverneurs mitbekommt. Clemenceau hatte weder van Vollenhoven befragt, noch dessen Meinung über die Opportunität der Rekrutierung eingeholt. Das lag ganz in seiner Art. Van Vollenhoven hätte es vielleicht übernommen, diese neue Politik auszuführen. Diejenige, mit deren Ausführung er bis dahin betraut war, stand in vieler Hinsicht humanen Erwägungen noch viel gleichgültiger gegenüber; aber was für ihn unannehmbar war, das war eben die Tatsache, nicht mehr der höchste Beamte zu sein. „Die Vollmachten der Republik“, schrieb er, „sind nicht wie Kuchenteig zu zerschneiden. Der Generalgouverneur ist ihr einziger Verwahrer. Das ist klar, offen, genau und endgültig.“³⁴⁹ Dazu kommt (was er nicht sagt, was aber andere Kolonialisten für ihn sagen) die für den Sohn eines algerischen „Colon“, für diesen „kolonialen Vorgesetzten“, in der Seele unannehmbare Demütigung, seine Vollmachten mit einem Schwarzen teilen zu müssen... Van Vollenhoven demissioniert und reist wieder an die Front ab.

Mit Hilfe der Mission Diagne werden im Jahre 1918 weitere 63 000 Soldaten rekrutiert.³⁵⁰ Von 211 000 Afrikanern, von denen 163 952 auf den europäischen Kriegsschauplätzen eingesetzt wurden, werden offiziell 24 762 als „gestorben für Frankreich“ bezeichnet, ungerechnet unzählige „Vermißte“, deren Tod nicht registriert werden konnte. Die Verluste übertreffen also zehn Prozent und erreichen in Wirklichkeit wahrscheinlich 20 Prozent der rekrutierten Truppenstärken.

Die Qualität der Truppen entspricht nicht immer den in sie gesetzten Hoffnungen. Die zwangsweise Rekrutierten haben nicht den gleichen Ursprung und denselben militärischen Wert wie die zur Zeit der Eroberung rekrutierten Militärangehörigen: Bis 1914 war die Schwarze Armee eine hauptsächlich aus der kriegserprobten Bevölkerung des Senegal und Sudan rekrutierte Berufarmee. Die Schützen – hauptsächlich in den militärisch verwalteten Gebieten – waren privilegiert. Ihre Ausschreitungen wurden geduldet. Sogenannte „inoffizielle Kassen“, welche den Offizieren zur Ver-

³⁴⁹ R. Delavignette, a. a. O., S. 425–426.

³⁵⁰ Siehe nach A. Sarraut, *La Mise en valeur des colonies françaises*, Paris 1923, das amtliche Verzeichnis der Rekrutierungen von 1914 bis 1918:

	1914	1915	1916	1917	1918	Gesamt
Französisch-Westafrika . .	29 742	34 655	51 913	13 831	63 208	193 349
Französisch-Äquatorialafrika	–	3766	–	–	14 164	17 930
Insgesamt	29 742	38 421	51 913	13 831	77 372	211 279

fügung standen, erlaubten es, die Soldaten durch „Geschenke“ „zu ermutigen“.³⁵¹ „Vergessen wir nicht“, schreibt ein Offizier, „... daß, wenn wir gegen Ahmadu, Samori und andere deren eigene Soldaten rekrutieren und sie nach ihrer Niederlage verwenden konnten, das deswegen geschehen ist, weil wir weise das einzige Mittel verwandten, das je zu einer guten Söldnerarmee führte: die Beteiligung an der Beute“.³⁵² Nun war aber diese Anlockung verschwunden, noch schlimmer: die Familien der Einberufenen waren praktisch ohne jede Unterstützung, und erst im Jahre 1918 machte man den Schützen das Versprechen einiger insgesamt begrenzter Begünstigungen. Doch das geschieht mit dem Hintergedanken, später aus den „ehemaligen Kriegsteilnehmern“ eine soziale „Puffergruppe“ (nach dem Ausdruck von George Padmore³⁵³) zur Unterstützung der Kolonialverwaltung zu machen.

Die ethnische Zusammensetzung der Truppen verändert sich: Der bis dahin unbedeutende Anteil der Waldbewohner wächst und macht bis zur Hälfte der Truppenstärke aus. Da die Häuptlinge damit beauftragt sind, die neuen Rekruten zu liefern, so bestimmen sie dazu meistens die Ärmsten, die Sklaven und früheren Sklaven und die aus der Gesellschaft Verstoßenen: Dreiviertel der Truppenkontingente, die zwischen 1914 und 1918 von Französisch-Westafrika gestellt wurden, waren noch Sklaven oder ehemalige Sklaven.³⁵⁴ Dieser Umstand trug zur Zersetzung der alten Sozialbeziehungen bei. Bei ihrer Rückkehr gelangen diese früheren Sklaven, die nun relativ privilegiert, unabhängig und pensioniert sind und denen Beschäftigungen bis zur Häuptlingswürde offengehalten werden, auf das Niveau ihrer früheren Herren und selbst darüber hinaus. Manchmal entledigen sich die Häuptlinge im Zuge der Rekrutierung unassimilierbarer oder nicht zu gebrauchender Mitglieder der Gesellschaft, von Querköpfen, eingefleischten Faulpelzen, sogar von Schwächlingen oder Kranken..., die abgewiesen oder wieder entlassen werden müssen.

c) Der Widerstand während des ersten Weltkrieges

Diese neue Anforderung nimmt dem Lande die jüngsten und kräftigsten Männer. Sie kommt zu den „gewohnten“ Belastungen, deren Gewicht sich

³⁵¹ A. Digu'en, *Notre Empire africain noir*, Paris 1928. ³⁵² Ebenda, S. 63.

³⁵³ G. Padmore, *La Vie et les luttes des travailleurs nègres*. Petite Bibliothèque de l'Internationale Syndicale Rouge, XXXVII, Paris (o. J.).

³⁵⁴ F. de Kersaint-Gilly, *Essai sur l'évolution de l'esclavage en A.O.F., a. a. O.*, S. 469–478.

durch den Krieg noch verdoppelt, in einem erschöpften und teilweise vom Hunger geschwächten Lande hinzu. Die Schwierigkeiten treten bei der Rekrutierung nicht sogleich auf. Nach dem Hunger von 1913/14 erscheint der Eintritt in die Armee einigen als ein ehrenvoller Ausweg. Man erhofft, wenn nicht, wie einst, Erwerb von Sklaven, so doch zumindest Ruhm und Reichtum. Die Illusion ist schnell genommen. Dieser Krieg hat mit den afrikanischen Kriegen von einst, eingerechnet jene, die von den Kolonisatoren geführt wurden, nichts gemein. Diejenigen, die in den Krieg gezogen sind, geben im allgemeinen keine Nachrichten mehr, ihre Familien sind verlassen, ohne andere Hilfe, außer der ihrer Nächsten. Einige Heimgeschickte und einige Briefe berichten bald von dem Grauen der Schlachten, von dem Blut, dem Schmutz, dem Schnee; das allgemeine Gerücht gibt die Nachrichten in einem vielleicht übertriebenen phantastischen Widerschein weiter. Die Rückkehr der ersten Verwundeten und Verstümmelten verbreitet Grauen. Anfang 1915 brechen die ersten Erhebungen gegen die Rekrutierungen aus. General Abadie zählt als Ursachen dieser Erhebungen auf: „die Unvollkommenheit der Propaganda, die mangelhafte Zusammensetzung und Arbeit von verschiedenen Rekrutierungskommissionen, die Zwangsanwerbungen und willkürlichen Bestimmungen zum Heereseintritt, die Verzögerungen in der Zahlung von Anwerbungsprämien und Entschädigungen an die Familien, die wachsende Zahl der Frondienste und Spendenwerbungen³⁵⁵, Weitererzählen phantastischer Kriegsberichte durch die ersten heimgeschickten Verstümmelten sowie Tätigkeit der Zauberer.“³⁵⁶ Die erste Erhebung bricht schon 1915 im Sudan bei den Bambara von Beledugu aus. Eine von dem Kommandanten Caillet geführte Kolonne „bringt sie zur Vernunft“.³⁵⁷ Der Führer der Aufständischen, Diocé Traoré, sprengt sich auf dem Pulvervorrat in seinem Tata von Nkume in die Luft (18. März

³⁵⁵ Über die verschiedenen „Subskriptionen“ (für die nationale Verteidigung, für die Kriegsoffer usw.) ließe sich eine besondere Studie anfertigen. Ganz offensichtlich sind die Häuptlinge gezwungen, sich daran zu beteiligen, wenn sie ihre „Loyalität“ unter Beweis stellen wollen. Ihre „Treue“ zu Frankreich wird nach der Höhe der gezeichneten Summe bewertet. Wohlgemerkt gehen diese Summen aus Ergänzungssteuern ihrer Untertanen hervor. Allein für das Jahr 1915 „zeichnen“ die Nomaden Mauretaniens, obwohl sie sehr unbemittelt sind, 60 000 Goldfranken für die „Kriegsoffer“. (G. Désiré-Vuillemin, *Contribution à l'histoire de la Mauritanie de 1900 à 1934*, a. a. O., S. 210.)

³⁵⁶ General Abadie, *La Défense des colonies*, Paris 1937.

³⁵⁷ *Histoire et épopée des troupes coloniales*, Paris 1956, S. 162.

1915).³⁵⁸ Dann erreicht die Bewegung das Volta-Gebiet (Dedugu, Bobo-Dioulasso, das Gurunsi-Gebiet) im Oktober und November 1915.³⁵⁹ „Eine 1916 gebildete Kolonne nahm die Rebellendörfer ein und durchzog die in der Erhebung begriffene Region nach allen Richtungen.“³⁶⁰ Aber in der Zwischenzeit, seit dem Monat März, dehnt sich die Erhebung auf die Kreise von San, Koutiala, Bandiagara, Dori, Wagadugu, aus. Vom Oktober 1915 bis zum April 1916 benötigt man zur Unterdrückung 2500 Schützen, 200 Kreiswachen, 2000 Irreguläre, 6 Kanonen und 4 Mitrailleurse.³⁶¹ Die Hoffnung auf Unterstützung seitens der Türken und der Deutschen veranlaßt die Senussi, die auch nach dem italienischen Sieg in Libyen in der Kufra-Oase unabhängig geblieben sind, zur Offensive. In der gesamten Sahara und im Ostsudan (wo die vorgeschobenen Posten, wie die zwischen Dar Sila und Tschad, im September 1914 zurückgezogen werden) kommt es zur Erhebung. Man steht einer allgemeinen Erhebung der Tuareg gegenüber. Der Targuihäuptling *Kaossen* trifft Anfang August 1916 mit 200 Mann regulären Soldaten, einer Kanone und einer Mitrailleurse in Ghat ein. Er besetzt Fort-Polignac und Djanet (welches er bis 1918 halten wird) und beginnt Agades zu belagern. Um den Widerstand der aufständischen Sultane von Dar Sila (Tschad) und Darfur (Ägyptischer Sudan) im Jahre 1916 zu brechen, wird es kombinierter französisch-britischer Kriegszüge

³⁵⁸ *L'Artillerie aux colonies*, Paris 1931, S. 148.

³⁵⁹ Während ein in Vorbereitung zu dieser Frage befindliches Werk noch aussteht, sei als Beispiel darauf hingewiesen, daß im Bwa-Land (Bobo-Oulé) die Empörung im Dezember 1915 bei Gelegenheit von Straßenarbeiten ausbrach. Ein Aufseher des Beamten Haillot, der vom Amt für Eingeborenenangelegenheiten war, hatte eine Frau, die einen einen Tag alten Säugling hatte, gezwungen, am Straßenbau teilzunehmen. Der Säugling starb. Die Arbeiter empörten sich und töteten den Aufseher. Die Empörung scheint das Ergebnis gehäufte Gewalttaten des genannten Haillot und von gewissen Offizieren zu sein: Gefangene wurden gewürgt, junge Mädchen wurden von den Märkten entführt, Notzüchtigungen wurden von Erhängungen begleitet, Säuglinge wurden auf dem Rücken ihrer Mütter getötet, usw. Die Aushebung von Soldaten scheint – in diesem Fall, und wenigstens nach den Erinnerungen der Alten, die diese Zeit erlebt haben – nicht die entscheidende Rolle gespielt zu haben. (*M. Nazi Boni*, in litteris. Siehe vom gleichen Autor: *Crépuscule des temps anciens*, Paris 1962, wo die Erinnerung an diese Tragödie beschworen wird.)

³⁶⁰ *Histoire et épopée des troupes coloniales*, Paris 1956, S. 162.

³⁶¹ General *Abadie*, *La Défense des colonies*, a. a. O.

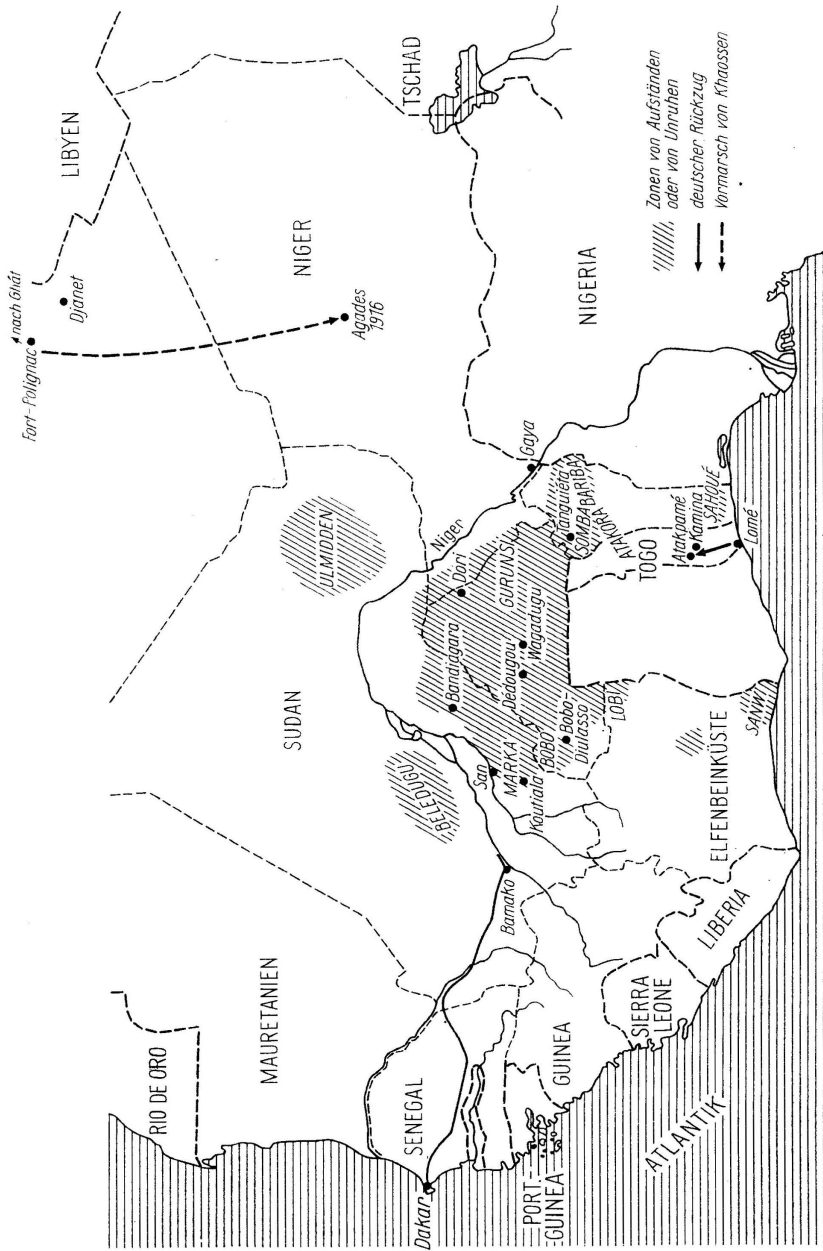


Abb. 12. Die Widerstandsbewegungen in Französisch-Westafrika während des Krieges 1914 – 1918

bedürfen.³⁶² „Die während der türkisch-senussistischen Offensive von 1916 in Afrika befindlichen Franzosen werden nicht den Hoffnungsschauer vergessen, welcher den ganzen Sudan in der Erwartung des Einfalls der Harka des Targuihäuptlings Kaossen, der glücklicherweise vor Agades zum Stehen gebracht und nach Aïr zurückgeworfen wurde, den Atem anhalten ließ. Das Widerstreben gegen die intensive Zwangsrekrutierung rief trotz der Diagne anvertrauten Kampagne – welche vor allem dazu geeignet war, in den Augen der Bevölkerung die weißen Mitglieder der Kommission, die dem Triumphwagen des schwarzen Hochkommissars nachgeschleppt wurden, herabzusetzen – eine Erhebung von fetischistischen und mohammedanischen Vorkämpfern und zahlreiche örtliche Erhebungen hervor, die beinahe zu einem heiligen Krieg angewachsen wären...“³⁶³ Dieses Zeugnis eines Offiziers der Kolonialtruppen ist bezeichnend für die Weite und Tiefe der Bewegung, die ganz Französisch-Westafrika erregte. Aber im Endergebnis blieben die Erhebungen lokalisiert, isoliert und konnten eine nach der anderen „liquidiert“ werden, wie vordem die Widerstandskräfte bei der Eroberung. Das Übermaß der Rekrutierung und der „Kriegsanstrengung“ lösten besonders in den Grenzgebieten bedeutende Wanderungen in Richtung auf die benachbarten Enklaven (besonders die britischen) aus, in denen es keine Rekrutierung gab und wo der Fiskalismus weniger drückend war. In Dahomey begann die Empörung schon im Januar 1914 im Lande der Holli, an der Grenze zu Nigeria, in einer sumpfigen und bewaldeten Region, die den Kleinkrieg sehr begünstigte. Nach einer ersten Unterwerfung kommt es erneut zu einer Erhebung (22. August 1915 – 15. Februar 1916) und im November 1916 zu einer dritten. Der Häuptling der Holli wird nach Port-Etienne deportiert und stirbt dort. Zu Beginn des Jahres 1916 erheben sich die Sumba von Atakora, als man bei ihnen die Rekrutierung durchführen wollte. Unter der Leitung von Gaba aus dem Dorf von Pelima gehen die jungen Leute zum Buschkrieg über, und die Empörung dehnt sich auf die Gebiete von Tangieta und Kuande aus. Die Kolonne Renard verwüstet im September 1916 das Land ohne Ergebnis. Im Januar 1917 erreicht die Bewegung den mittleren Niger (Unruhen von Kasadi und Gaya). Doch schon im Oktober 1916 war andererseits die Empörung in der Gebirgsregion von Borgu ausgebrochen. Unter der Leitung des Königs von Nikki, Chabi Prouka und seines Kriegshäuptlings Bio

³⁶² *Les Troupes coloniales pendant la guerre 1914–1918: Les senoussistes pendant la guerre 1914–1918*, Paris 1931, S. 483–498.

³⁶³ A. *Digu'en*, *Notre Empire africain noir*, a. a. O., S. 90–91.

Guéra unterbrechen die Bariba die Brücken und Telegraphenlinien, errichten Wegsperren und belagern die Station von Bimbéréké. Im Dezember 1916 läuft die Unterdrückung an. Bio Guéra und sein Sohn werden getötet. Der König von Nikki entkommt, wird aber den Franzosen von Ago-li-agbo ausgeliefert und zu fünf Jahren Internierung verurteilt. Er stirbt wenig später im Bagno von Fotoba. Schließlich richtet sich seit Februar 1917 die Offensive gegen Atakora. Sieben Fluchtorte im Bergland werden im Angriff genommen. In dem letzten eingenommenen (Dara Ouri) wird Gaba mit 300 oder 400 Männern, Frauen und Kindern getötet. Die Überlebenden, etwa 300, werden am 7. April 1917 gefangengenommen. „Sein Tod im letzten Kampf fordert die Achtung des Kommandanten Renard (seines Gegners) und des Historikers heraus.“³⁶⁴ Die letzte Aufstandsbewegung gegen die Rekrutierung in Dahomey ist die der Sahue (zwischen See Ahémé und See Toho) im Jahre 1918. Da der Kreiskommandant getötet worden war, unternahm man regelrechte Kriegszüge (Kolonne gegen Mono: 27. Juli 1918 bis 1. Februar 1919). „... Militärische Stationen wurden fast überall im Sahue-Land und besonders an Wasserstellen (Tokpa, zum Beispiel an der Grenze zu Togo) errichtet. Personen, die sich diesen näherten, wurden getötet. Es gab viele verbrannte Hütten, viele Tote, mehr als tausend ohne Zweifel.“³⁶⁵ Die Unterdrückungsmaßnahmen reihten sich sieben Monate lang aneinander, und 15 Häuptlinge wurden nach dem Kongo deportiert. Als Beispiel der Auswanderungsbewegungen sei das der Anyi des Flusses Sanwi, Bewohner der Grenzlandschaft zur Goldküste, erwähnt. Die Steuern, besonders die Besteuerung des Abschlagens der Mahagonistämme (bei den Engländern steuerfrei), die Abschaffung des alten Königtums und schließlich die von Gouverneur Angoulvant eingeführte Zwangskultur des Kakao hatten seit 1913 zahlreiche Auswanderungen hervorgerufen. Durch den Krieg und durch die Rekrutierungen verschärfte sich die Bewegung noch mehr, wobei sich die angesehensten Persönlichkeiten des Stammes anschlossen. Sie forderten die Wiederinkraftsetzung des 1843 mit Frankreich abgeschlossenen und durch Dekret im Jahre 1900 einseitig außer Kraft gesetzten Vertrages. Während der durch Vermittlung des englischen District Commissioner von Axim aufgenommenen Verhandlungen stellten sie als Bedingung für ihre Rückkehr die Abschaffung der Steuer, insbesondere der des Holzeinschlags, sowie den Wegfall der Fronen und Steuer-

³⁶⁴ R. Cornevin, *Histoire du Dahomey*, Paris 1962, S. 422.

³⁶⁵ M. Collely, *Origine historique des cantons de la subdivision d'Athiémié*, in: *Études dahoméennes*, 1952, VIII, S. 106.

arbeiten nebst der Abschaffung der militärischen Rekrutierung. Sie kehrten schließlich nach einer im Juni 1918 abgeschlossenen Vereinbarung, die ihnen die Amnestie versprach, zurück. Zwölf der zurückgekehrten Häuptlinge wurden wenig später festgenommen und deportiert, dann schließlich begnadigt (Ende 1918).³⁶⁶ Zu ähnlichen Zwischenfällen kam es an anderen Grenzen und in der gesamten Elfenbeinküste. „1915 flüchteten zahlreiche Eingeborene nach Liberia, um der Rekrutierung zu entgehen. Von Dezember 1917 bis August 1918 operierte eine Kolonne im Lande Dida, dessen Einwohner sich empört hatten. Die intensive Rekrutierung rief zahlreiche Desertionen [besonders in den Gebieten von Adzopé und Kong – J. S.-C.] hervor. Im Lande Lobi gab es einige Versuche, den Marsch der Detachements zu behindern.“³⁶⁷ In Französisch-Äquatorialafrika reihten sich die Empörungen aneinander und wiederholten sich. Sie richteten sich gegen die Steuer, gegen die Zwangsarbeit und gegen die Requirierungen. Die Rekrutierungen von Trägern und das Beschlagnahmen von Lebensmitteln für die gegen Kamerun operierenden Kolonnen sind eine weitere Belastung für die Bevölkerung. „1915 machte der Widerstand von ganzen Stämmen am Bangana zwischen Ouadda und Yalinga, welche die Besteuerung und jede Arbeit für die Compagnie des Sultanats verweigerten, die Entsendung einer militärischen Kolonne notwendig.“³⁶⁸

In den Jahren 1917 und 1918 „war die Wiederkehr der Steuer oder die Errichtung von gewissen Stationen der Anlaß zu feindseligen Kundgebungen, zum Beispiel in Ivindo und Woleu N'Tem“.³⁶⁹ Im Zentrum und im Osten Gabuns erreichte die Erregung einen solchen Grad, daß sie regelrechte Kriegszüge veranlaßte. In Mittel-Kongo finden militärische Operationen in Lobaye (1917), Louessé (1916), Koudou (1917) und N'Goko statt, die jeweils – unvollständig – unterdrückt werden. Die Truppen stoßen

³⁶⁶ H. Mouezy, *Assinie et le royaume de Krinjabo*, Paris 1942, S. 158–162.

³⁶⁷ *Histoire et épopée des troupes coloniales*, Paris 1956.

³⁶⁸ P. Kalck, *Réalités oubanguiennes*, Paris 1959, S. 48.

³⁶⁹ *Histoire militaire de l'A.E.F.*, Paris 1931. Für die genannten Gebiete wie für die weiter unten angeführten an der oberen Sangha sei erwähnt, daß sie zu „Neu-Kamerun“ (Gebiete von Französisch-Äquatorialafrika, die auf Grund der Verträge von 1911 von Deutschland annektiert worden waren) gehörten. Die deutsche Ordonnanz vom 4. Dezember 1912, die das Maß der persönlichen Steuer in Kamerun festsetzte, nahm „aus politischen Gründen“ Neu-Kamerun von dieser Personensteuer aus. Vor der Räumung hatte die französische Verwaltung im allgemeinen die Steuer für 1912 im voraus eingezogen. Die Wiedereinführung der Steuer konnte nach zwei steuerlosen Jahren nicht gut aufgenommen werden.

auf den Widerstand von Gruppen „bewaffneter Deserteure, die aus den deutschen Truppen“ in Neu-Kamerun stammen. In Ubangi geht der Kampf im Becken des Flusses Kotto gegen den Häuptling Gaïac weiter, der sich im Mai 1918 unterwirft. (Die Unterdrückungskolonnen hatten das Land systematisch verheert, um es dem Hunger auszusetzen). Am Oberlauf des Mbomu wird der Sultan Mopoï, der sich 1911 im französischen Territorium niedergelassen hatte, nachdem er aus dem belgischen Kongo vertrieben worden war, für „arrogant“ erklärt: Seine Festnahme wird 1916 beschlossen. Aber der Sultan verfügt über 400 „Bazinguers“ (Soldaten), die gut eingeübt und zu einem Drittel mit Schnellfeuergewehren ausgerüstet sind. Da der Versuch eines Handstreiches fehlgeschlagen war, den der Stationschef auf die Person des Sultans unternommen hatte, werden die französischen Truppen geschlagen und die Station geräumt. Belgische und englische Truppen müssen helfend eingreifen, um den Sultan zu überwinden (Gefecht vom 17. März 1916) und gefangenzunehmen (15. April 1916). 1917 führt die Empörung des Häuptlings Krikri (dicht an der Grenze zum Ägyptischen Sudan) zur Entsendung einer Kolonne, die ihn gefangennehmen soll (Februar bis April). 1919 setzt sich der Widerstand in den Bergen von Uham-Pende und Uham-Barga fort, wo Grotten den Kämpfern – den Baya, Pana und Karé – als Fluchttort dienen. In Ouham-Pendé setzen die Baya ihren Widerstand in den Höhlen von Yadé fort, wo sie von März bis Mai 1919 bestürmt werden. „Der Häuptling Nome, die Seele des Aufstandes, der mit einigen Wahnsinnigen in der Höhle eingeschlossen war, verweigerte jede Unterwerfung und ließ sich nach einem heldischen Widerstand töten.“³⁷⁰ Bei den Pana wird der Häuptling Goïbina, der den Deutschen im Jahre 1914 vier Monate lang siegreich Widerstand geleistet hatte, in einem Ausfallversuch (23. April 1919) getötet. Am 1. Mai 1919 ist die Unterwerfung abgeschlossen. Aber eine letzte Erhebung der Karé, die ständig in ihren Höhlen widerstanden, fand 1920 (14.–17. Juni) statt.³⁷¹ Im Tschad setzt die mit dem Angriff der Senussi in Verbindung stehende Unterdrückungsbewegung³⁷² dem Widerstand und seiner Bekämpfung kein Ende. Im November 1917 kommt es zu dem Massaker von Abeschr, einer „furchtbaren Tragödie, die an Grausamkeit und Schrecken die schlimmsten Mißbräuche der früheren Sultane, selbst die blutigsten, übertraf, das ganze

³⁷⁰ *Histoire militaire de l'A.E.F.*, S. 327.

³⁷¹ Es handelt sich um die Unterdrückung der Erhebung, auf die der Generalgouverneur Augagneur in dem weiter oben zitierten Text hinweist.

³⁷² Siehe weiter oben.

Land entnervte und für lange Zeit ein schreckliches Angedenken hinterließ“. ³⁷³ 1918 rief die militärische Rekrutierung neue Unruhen und neue Bestrafungsaktionen, „wie bei den ersten Steuern“, hervor. Zahlreiche Dörfer, die man durch die systematische Verwüstung ihrer Kulturen gezwungen hatte, sich in der Ebene anzusiedeln, kehrten in ihre alten Gebiete im Berglande zurück. ³⁷⁴

5. Eroberung und Annexion Togos und Kameruns (1914–1919)

Der Beginn des Krieges verlief für die Alliierten in Europa nicht verheißungsvoll. Dagegen hatten sie in Afrika, wo die von französischen, englischen und belgischen Gebieten eingeschlossenen deutschen Besitzungen keinen ernsthaften Widerstand leisten konnten, leichte Erfolge.

Togo, geographisch gesehen keine Verteidigungsmöglichkeiten bietend, war die erste Kolonie, die sich ergab. Der Gouverneur, Major von Döring, schlug am 5. August seinen Nachbarn der Goldküste und Dahomeys vor, die Kolonie solle neutral bleiben. Sie wurde am 6. gleichzeitig von Engländern und Franzosen in sehr überlegener Zahl besetzt: von Döring verfügte kaum über 1500 Mann, darunter 200 Deutsche. Er zog sich auf die Radiostation von Kamina zurück, wo er am 26. August kapitulierte, nachdem er die Einrichtungen zerstört hatte. In Kamerun dagegen erleichterten die geographischen Verhältnisse (schwer zugängliche Wald- und Berglandzonen) den Widerstand. Gegen die etwa 3500 Mann des deutschen Obersten Zimmermann wurde der Angriff auf drei Fronten geführt: Vom Meere aus von Oberst Meyer, aus Französisch-Äquatorialafrika von General Aymerich, aus Nigeria von Generalmajor Conliffe. Die sehr große Ausdehnung dieser Fronten, die Beschaffenheit des Geländes, machten das Zusammenwirken schwierig, ebenso wie auch die Versorgung der Truppen erschwert war. In Französisch-Äquatorialafrika verursachte die Heranziehung zum militärischen Trägerdienst im Kamerunfeldzug „den Tod von

³⁷³ General *Hilaire*, *Du Congo au Nil*, a. a. O., S. 328. Der Kommandant von Abeschr [ein bereits disziplinarisch bestraffter Alkoholiker] ließ zwei örtliche Häuptlinge mit ihrem gesamten Hauspersonal und sämtliche Fakire (mohammedanischer Klerus) von Abeschr, insgesamt mehr als einhundert Personen, auf die Anzeige einer angeblichen „Verschwörung“ von den Senegalesen mit Haumessern umbringen.

³⁷⁴ *D. Moran*, *Tchad*, a. a. O.

Tausenden der kräftigsten Männer“.³⁷⁵ Es gab einige Mißerfolge, besonders im Norden. Da die Verbündeten 1915 Verstärkungen erhalten hatten, besonders die belgischen Kontingente, welche die Truppen Französisch-Äquatorialafrikas verstärkt hatten, gelang es ihnen, 13 000 Mann ins Feld zu schicken. Sie konnten erneut zum Angriff übergehen, aber die Kriegsführung zog sich noch ein Jahr hin und war kostspielig. Garua fiel am 11. Juni 1915, Ngaoundere am 19. Juni: nach der Regenzeit wurde die Unterwerfung der letzten Widerstandszentren beendet. Am 22. Dezember 1915 flüchteten Oberst Zimmermann, der Gouverneur und der Hauptteil der deutschen Truppen nach Spanisch-Guinea, wo sie entwaffnet und interniert wurden. Schließlich kapitulierte am 18. Februar 1916 das seit September 1914 belagerte Fort Mora. Die Truppen Äquatorialafrikas, welche die Hälfte der in Kamerun eingesetzten Mannschaftsstärken der Verbündeten gestellt hatten, erlitten schwere Verluste: mehr als ein Drittel der Truppe, ungerechnet die nach dem Rücktransport Verstorbenen.³⁷⁶ Durch vorläufige Verträge teilten Frankreich und Großbritannien die Verwaltung Togos und des eroberten Kameruns. (Vertrag vom 7. September 1914 für Togo, Vertrag vom 4. März 1916 für Kamerun). Solange das Waffengeschick einen deutschen Sieg in Europa in Aussicht zu stellen schien, spielte die Verwirklichung eines „Mittel-Afrika“ eine Rolle unter den „deutschen Kriegszielen“. Auf alliierter Seite wollten Franzosen und Engländer die sich angeeigneten Territorien behalten. Im Verlauf des Kampfes der zwei imperialistischen Mächtigkeitsgruppierungen hatte eine Reihe von Geheimverträgen, die zwischen 1915 und 1917 abgeschlossen worden waren, bereits die Aufteilung der deutschen und türkischen Besitzungen unter den Ententemächten vorgesehen. Nun hatte sich aber die alliierter Propaganda – besonders nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg – auf den Grundsatz des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ gestützt. Hinter „dem Idealismus“ des Präsidenten Wilson verbarg sich der amerikanische Wunsch, die Expansion der europäischen Alliierten soweit wie möglich zu begrenzen. In seiner Botschaft an den amerikanischen Kongreß vom 8. Januar 1918 hatte Präsident Wilson in 18 Punkten die Grundsätze eines „gerechten Friedens“ dargelegt: Der fünfte Punkt, der die Kolonialfrage berührte, ließ die Möglichkeit zur Umgehung des von ihm eingeräumten

³⁷⁵ Victor Augagneur et l'A.E.F., par R.S., *colon du Congo*. Bordeaux, Imprimerie coopérative, 1923, S. 9.

³⁷⁶ A. Annet, *En colonne dans le Cameroun*, Paris 1949, S. 118–119.

Selbstbestimmungsrechts der Völker offen, da den Kolonialvölkern die Unfähigkeit zur Ausübung ihres Rechts unterstellt wurde.³⁷⁷

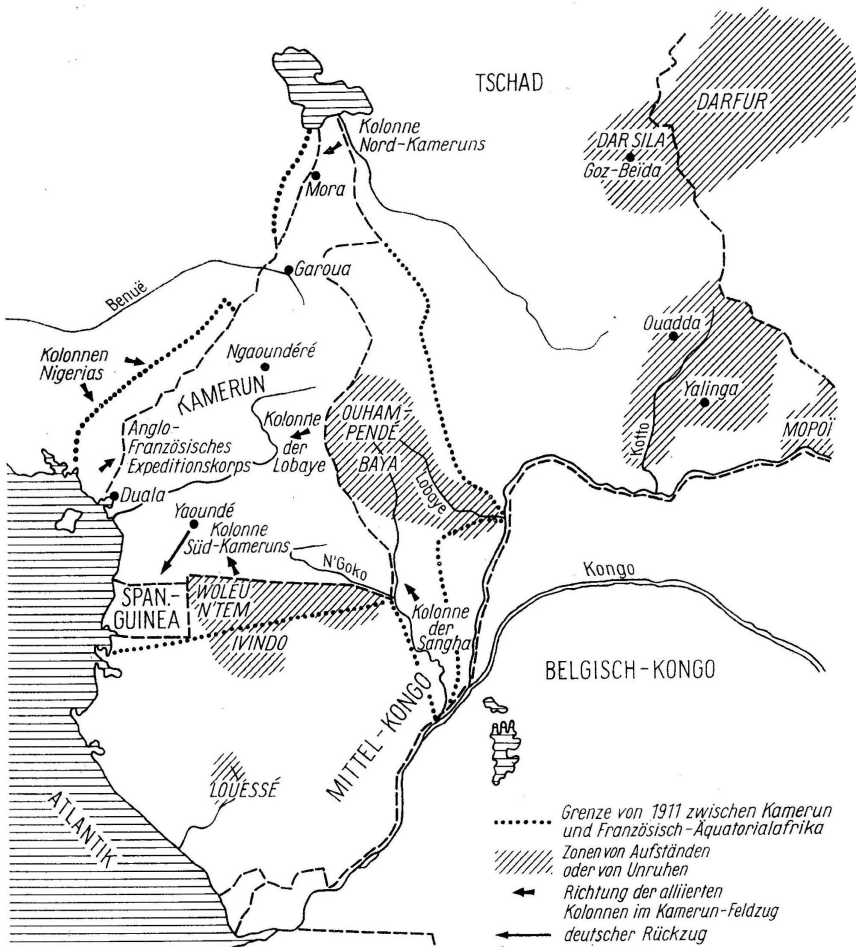


Abb. 13. Die Eroberung Kameruns 1914–1916

³⁷⁷ „Die freie (sic!), offenherzige und völlig unparteiische Regelung aller Kolonialansprüche, die sich auf die strikte Beachtung des Prinzips gründet, daß in der Entscheidung all dieser Souveränitätsfragen das Interesse der in Frage kommenden

Der Artikel 119 des Versailler Vertrages nahm Deutschland vorbehaltlos alle Rechte auf seine Kolonien. Durch eine 1915 eingeleitete Propaganda über die „Abscheulichkeiten“ der deutschen Kolonialpolitik hatten die europäischen Alliierten die Einwilligung der Vereinigten Staaten zu dieser grundsätzlichen Regelung unter dem Vorwand erreicht, daß sich die Deutschen „moralisch“ unwürdig erwiesen hätten, zu kolonisieren.³⁷⁸ In einer Adresse an den amerikanischen Senat im Juli 1919 hatte Wilson erklärt: „Die Kolonien müssen Deutschland genommen werden, da es sie als Ausbeutungsobjekte gebrauchte.“³⁷⁹ Es blieb noch übrig, ihre Aufteilung unter die Eroberer mit den Wilsonschen Grundsätzen in Einklang zu bringen. Wilson war so weit gegangen, in Betracht zu ziehen, daß „die deutschen Kolonien zum gemeinsamen Eigentum des Völkerbundes erklärt und durch kleine Nationen verwaltet werden sollten“.³⁸⁰ Die in Artikel 22 des Völkerbundesvertrages definierte Mandatsidee stellte eine Kompromißlösung dar. In der Praxis behielten die französischen und englischen Imperialisten die eroberten deutschen Kolonien, juristisch übten sie die „Vormundschaft über Völker, die noch nicht in der Lage sind, sich unter den besonders schwierigen Bedingungen der modernen Welt zurechtzufinden“ im Auftrage des Völkerbundes aus, dem sie einen jährlichen Bericht über ihre Verwaltung der Mandatsgebiete zu geben hatten. Konkret zwang der amerikanische Imperialismus den Mandatsmächten das Prinzip der „offenen Tür“ (gleiche Bedingungen im Tauschhandel und Handel für alle Mitglieder des Völkerbundes), Gewissens- und Religionsfreiheit (offene Tür für amerikanische Missionare), Verbot der Anlage von Militärstützpunkten und der militärischen Ausbildung der Bevölkerung (abgesehen von Polizeikräften) auf.

Bevölkerungen ein ebensolches Gewicht haben muß, wie die gerechten Ansprüche der Regierungen, deren Rechtstitel bestimmt werden müssen.“ (Zitiert von H. Brunschwig, *L'Expansion allemande outre-mer*, Paris 1957, S. 182.)

³⁷⁸ Vgl. *Les Crimes allemands en Afrique*, Paris, Comité de l'Afrique française, 1917 (Broschüre).

³⁷⁹ Zitiert von H. Brunschwig, a. a. O., S. 181. In Deutschland entrüstete man sich über die Scheinheiligkeit dieser Argumentation... Man hob hervor, daß Franzosen und Engländer dieselben Gräßlichkeiten begangen hatten und daß sie weniger oft bestraft worden wären, und daß schließlich Franzosen, Engländer und Belgier ihre Kolonien ebenfalls als „Ausbeutungsobjekt“ verwendeten. Ein offizielles Pamphlet rechnete mit der französischen Kolonialpolitik ab. (Reichskolonialministerium. Deutsche und französische Eingeborenenbehandlung. Eine Erwiderung auf die im „*Journal officiel de la République française*“ vom 8. November 1918 und 5. Januar 1919 veröffentlichten Berichte. Berlin 1919.)

³⁸⁰ H. Brunschwig, a. a. O., S. 183.

Das waren die Grundsätze des „B-Mandats“, denen unter anderem auch Togo und Kamerun unterworfen wurden.

Trotz der Proteste der Weimarer Republik, die für sich das Mandat der früheren deutschen Kolonien beanspruchte, ratifizierte eine am 19. Mai 1919 in London zusammentretende interalliierte Kommission, bis auf einige Einzelheiten, die zwischen Franzosen und Engländern während des Krieges vereinbarte Aufgliederung. Kamerun wurde in drei Teile geteilt. Die 1911 zu Kamerun gekommenen früheren französischen Gebiete wurden vorbehaltlos wieder Französisch-Äquatorialafrika zugeschlagen. Der größte Teil des restlichen Gebiets von Kamerun (432 000 km² mit 2,8 Millionen Einwohnern) fiel als Mandat an Frankreich. Großbritannien erhielt zwei Gebietsstreifen an der Grenze Nigerias mit 550 000 Einwohnern. Der südliche Teil umfaßte den Kamerun-Berg mit Victoria und Buea, der früheren Hauptstadt der Kolonie, der nördliche Teil enthielt das Emirat von Dikoa, das dem schutzabhängigen Sultanat Bornu wieder angegliedert wurde. Togo wurde in zwei Teile geteilt: der größte (etwa $\frac{2}{3}$ des Territoriums, 747 000 Einwohner) mit der Küstenzone und der Hauptstadt Lomé kam als Mandat an Frankreich. Ein an die Goldküste grenzender Streifen mit 185 000 Einwohnern wurde Großbritannien als Mandat übertragen. Die Konvention von Paris vom 8. September 1919 regelte schließlich das Grenzproblem zwischen der Kolonie Tschad und dem Anglo-Ägyptischen Sudan, wobei Dar Sila endgültig an Frankreich kam.

6. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Afrika

Dem äußeren Anschein nach hatte sich nichts geändert. Von dem deutschen Konkurrenten befreit, verstärkt der siegende Teil der Imperialisten seine Herrschaft über Afrika. Das goldene Zeitalter des Kolonialismus beginnt, die Zeit des großen Schweigens, wo nichts über Tropisch-Afrika in die Welt dringt, nicht einmal eine Klage. Liest man die einschlägigen Veröffentlichungen, so hat sich seitdem in Afrika nichts mehr ereignet, und die Bevölkerungen leben dort unter dem wachsamen und aufgeklärten Schutz der Beamten und Gouverneure in Wohlstand und Frieden. Außerhalb Afrikas ist in das Weltsystem des Imperialismus eine erste Bresche geschlagen. Am 7. November 1917 wirft die Große Sozialistische Oktoberrevolution den Imperialismus zu Boden, schlägt der Welt den Frieden vor, proklamiert das Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit der bis dahin vom russischen Imperialismus unterdrückten Völker. Bis zu diesem Zeit-

punkt „schien der Wunsch der unterdrückten Kolonialvölker nach Freiheit keine Hoffnung auf Erfolg zu haben. Sie sahen sich der monopolistischen Front einer internationalen Klasse von Ausbeutern gegenüber, die über alle Hilfsquellen und alle Waffen der Welt verfügte“.³⁸¹ Es hatte nicht an Widerstand gefehlt, aber dieser schien eher das letzte Aufbegehren einer verurteilten Welt als die Ankündigung einer neuen Welt zum Ausdruck zu bringen. Die Sozialisten Europas hielten es nicht für möglich, der Kolonialpolitik Widerstand entgegenzusetzen. Ungeachtet des „cordon sanitaire“, unverzüglich vom internationalen Imperialismus um Sowjetrußland gelegt, wurde das Echo der Oktoberrevolution in der ganzen Welt hörbar. Die Oktoberrevolution bewies, daß das Unterdrückungssystem, das die Arbeiterklasse der „Mutterländer“ und die Kolonialvölker gleichermaßen bedrückte, weder ewig noch unbesiegbar war. Sie erwies die notwendige Solidarität zwischen den zwei Gruppen von Unterdrückten, zwischen der sozialistischen Revolution der Industrieländer und der demokratischen anti-imperialistischen und agrarischen Revolution der abhängigen Länder. Zuerst waren die Folgen hiervon in den der UdSSR benachbarten, angrenzenden oder nahegelegenen Ländern zu verspüren. In dem halbkolonialen, dem Regime der „offenen Tür“ zugunsten verschiedener imperialistischer Mächte unterworfenen China, in Britisch-Indien, im Mittleren Orient, begann die Krise des Kolonialsystems. Das Echo ist sogar in Nordafrika stark. 1920 schreibt der alte Radikale Vigné d'Octon: „... Zur Stunde, wo ich diese Zeilen schreibe, gibt es zwischen dem äußersten tunesischen Süden und den westlichen Grenzstrichen Marokkos nicht einen einzigen Beduinen, der nicht die große russische Revolution kennt und der, das Gesicht nach Osten geneigt, nicht seinen Gott bittet, mit der Republik der Sowjets die Herrschaft der Gerechtigkeit auf dem Boden des Islams und der Welt triumphieren zu lassen.“³⁸² Wir verfügen über keine Anhaltspunkte, die es erlauben, der Frage auf den Grund zu gehen, in welchem Maße sich diese Erscheinung auf Tropisch-Afrika ausdehnte. Auf jeden Fall ist es sicher, daß im Gefolge des Krieges ein erstes Erwecken des Bewußtseins stand. Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß die Soldaten andere Länder sahen, in denen Weiße arbeiten und ausgebeutet werden. Manche von ihnen hatten an den Soldatenaufständen gegen Kriegsende, in der Champagne, in der Schwarzmeerflotte, teilgenommen. Dennoch war

³⁸¹ W. Markov, *Sistemi coloniali e movimenti di liberazione*, Rom 1961, S. 42.

³⁸² P. Vigné d'Octon, *La Nouvelle gloire du sabre*, Marseille, Petite Bibliothèque du Mutile, o. J., S. 136.

der Mythos der Unbesiegbarkeit des Weißen nicht ernstlich erschüttert. Was konnte man den schreckenerregenden Kriegsmitteln entgegensetzen, über die er ab jetzt verfügte und die den Lebel-Gewehren und der bereits unüberwindlich gewordenen Artillerie der Eroberungskriege so hoch überlegen waren. Das Kolonialsystem fühlt sich noch kräftig. Es wird des zweiten Weltkrieges bedürfen, damit es den entscheidenden Schlag erhält.

ZWEITER TEIL

Das Kolonialsystem in seiner gesichertsten Zeit
(1919 – 1945)

Die Zwischenkriegszeit schien für Tropisch-Afrika das Prinzip der Kolonialherrschaft unverrückbarer als je zu bestätigen. Das bedeutet nicht, daß sich bei den Kolonialherren keinerlei Unruhe über den Bestand ihrer Herrschaft gemeldet hätte. Trotz gewisser Erschütterungen in Äquatorialafrika ist die Zeit zwischen den zwei Weltkriegen eine Periode der politischen Stabilität. Das Verwaltungssystem, das ein politischer Beobachter 1920 als eine „Vorstufe zur regelmäßigen Verwaltung“, die „viel länger als rechtens“³⁸³ gewährt habe, bezeichnet, hält sich, konsolidiert sich in demselben Geist aus Autokratie, bürokratischer Routine und Improvisation. Die verwaltungsmäßige Unbeweglichkeit spiegelt nur die ökonomische Unbeweglichkeit wider. Von 1919 bis 1939 oder selbst bis 1945 wandelt sich das Antlitz „Französisch“-Tropisch-Afrikas, doch wie wenig in Anbetracht der tiefgehenden Veränderungen in der außerafrikanischen Welt! Die Einführung des Automobils und die Verwendung des Radios, die sich am Ende dieser Periode zu verallgemeinern beginnen, sind die bezeichnendsten Veränderungen für Französisch-Tropisch-Afrika. Nicht weiter vorgeschritten ist die ökonomische „Nutzbarmachung“, und das System des Tauschhandels dauert ohne viel Veränderungen an. Es liegt nicht daran, daß es keine Überlegungen gegeben hätte, eine rationellere Ausbeutung dieser in Reserve gehaltenen Besitzungen vorzunehmen. Pläne dazu werden zuerst in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, dann zum Zeitpunkt der großen Weltwirtschaftskrise aufgestellt. Das einzige große in Angriff genommene Unternehmen ist das der Nigerbehörde (Office du Niger), aber wie schwach sind die Resultate im Vergleich zu den aufgewendeten Mitteln! Sogar die – sehr bescheidenen – vor 1914 aufgestellten Technologie-Pläne werden unausgeführt bleiben. Hinsichtlich der Eisenbahnen hatte Roume 1904 den Bau eines von Westen nach Osten führenden großen Verkehrsweges

³⁸³ H. Cosnier, *L'Ouest-Africain français*, a. a. O., S. 140.

vorgesehen, der die verschiedenen Teile Französisch-Westafrikas durch das Innere miteinander in Verbindung setzen und durch Zweigbahnen die Verbindung mit der Meeresküste verschiedener Kolonien, Guinea, Elfenbeinküste, Dahomey, herstellen sollte. Aber mit der Einführung des Automobils verliert dieser Hauptweg, dessen Konzeption im wesentlichen strategisch war, an Interesse. Auf dem Gebiet der Erschließungswege wird man nicht einmal das vollenden, was vor 1914 begonnen worden war. In Äquatorialafrika wurde in 20 Jahren ein einziges Projekt verwirklicht: die 512 km der Eisenbahn Kongo–Ozean; aber wir werden sehen, unter welchen Bedingungen und zu welchem Preis! Dazu berühren die Veränderungen, an die wir erinnerten, kaum mehr als die Hauptorte von Kolonien oder die großen „Rastplätze“ des Tauschhandels. Für das flache Land hat sich nichts geändert. In Faranah (Ober-Guinea) bestand der Haupthandel weiterhin im Austausch von Ware gegen Ware, ohne daß Geld als Zwischenmittel zu Hilfe genommen wurde. Ein Beamter, der im Oktober 1932 den Kanton von Soliman (Unterbezirk von Faranah) durchreist hat, bemerkt: „Von dieser schnellen Rundreise habe ich den Eindruck behalten, daß dieses Gebiet, das ich schon 1906 bereist habe, keine Fortschritte gemacht hat. Im Gegenteil! Was die Verkehrswege betrifft, so hat es Rückschritte gemacht.“³⁸⁴

Bei seiner Bereisung der Niederungsgebiete des Senegal, die er zum erstenmal am Ende des 19. Jh. besucht hatte, hat Professor Auguste Chevalier im Jahre 1947 denselben Eindruck: Die Hütten sind immer noch so elend, die Bauern sind immer noch in Lumpen, und er stellt die Frage, „aber was ist aus den Millionen Goldfranken geworden, die der Verkauf der Erdnüsse einbrachte?“³⁸⁵ Und was soll man erst von den straßenlosen Gebieten sagen? Noch 1947 benutzten die Beamten, wie in der Frühzeit der Eroberung, auf ihren Rundreisen im Waldland von Guinea den „Hakmak“, eine von vier Trägern, die der Häuptling stellte, getragene Sänfte. Hinzu kommen weitere derartige zur Gepäckbeförderung angeforderte Sänften, deren Zahl vom Beamtenrang des Reisenden abhängt.³⁸⁶

Diese Unbeweglichkeit war auch nicht etwa der Preis für die berühmte ruhevolle Gemütlichkeit. Dieses eintönige Bild von Mittelmäßigkeit und

³⁸⁴ *Brière de l'Isle*, Tournée dans le canton de Soliman du 25 au 29 octobre 1932 inclus, in: Archives de Faranah, DI.

³⁸⁵ A. Chevalier, Amélioration et extension de la culture des arachides au Sénégal, in: Revue de botanique appliquée, Nr 295–296, Mai–Juni 1947, S. 173–192.

³⁸⁶ Noch 1958 enthielten in Guinea die bei Transportrequisitionen der Beamten verwendeten vorgedruckten Formulare die Rubrik „Zahl der Träger“.

Elend konnte schlagartig aufgepeitscht werden: kaum vorstellbar sind die Leiden, die mit der Amtszeit eines sadistischen oder aus dem Gleichgewicht geratenen Beamten oder einer Hungersnot verbunden waren, an deren Wurzel eine beliebige Naturkatastrophe lag, kaum faßlich ist auch, was für die Bewohner die großen Prüfungszeiten der zwei „Kriegsbeiträge“ (1914–18 und 1939–45) oder die Zeit der großen Flaute (1930–1936) bedeutete. Man konnte von Glück sagen, wenn sich nach einer solchen Tragödie nichts verändert hatte. Bei der Untersuchung dieser Periode erscheint es ratsam, sich ganz vom Zusammenhang der Zeit zu lösen, um jeden der Aspekte der kolonialen Ausbeutung, jedes Stück des Systems einmal für sich vor Augen zu haben. Das gilt auch, wenn man auf die Zeit vor 1914 zurückgehen oder über den zweiten Weltkrieg hinausgehen muß, um sich die Tragweite der Hauptcharakteristika dieser Periode ganz zu erschließen: die Einheitlichkeit der Periode berechtigt schon dazu. Aber geben wir ohne Umschweife auch zu, daß wir aus der Not eine Tugend machen, indem wir uns auf diese Umstände berufen. Wir sagten schon, das goldene Zeitalter der Kolonisation sei auch das des großen Schweigens. Schwarzafrika gibt damals kaum zu Sorgen Anlaß. Nicht so Asien, das sich bereits in heftigen Bewegungen befindet, nicht so der Mittlere Orient oder Nordafrika. Die Kolonialkriege in Syrien und gegen die Rifstämme zeigen es. Schwarzafrika war nicht ernstlich „angesteckt“. Höheren Orts beschränkte man sich nicht darauf, das festzustellen, sondern man traf alle Vorkehrungen, damit es kein Risiko der Ansteckung geben sollte: vor 1914 stand der naive Glaube in die tausendjährige Zukunft der Kolonialherrschaft fest. Dieses Vertrauen brachte eine gewisse Freiheit in der Formulierung der Gesichtspunkte bezüglich der Kolonialherrschaft und ihrer Methoden mit sich, deren Prinzip damals nur von wenigen in Frage gestellt wurde. Das Jahr 1917 säte Zweifel und Unruhe. Man versicherte sich häufiger als früher, daß das Kolonialunternehmen festbegründet sei. Das war eine gute Methode zur gelegentlichen Selbstberuhigung, aber man war sich der Gefahren bewußt, die dem Kolonialunternehmen drohten. Deshalb wurden auch alle Maßnahmen getroffen, daß von den Vorgängen in Afrika nichts – außer an die Kolonialverwaltung – durchsickerte. Kein lästiger Besucher erhielt die Erlaubnis, die Ruhe der Behörden zu stören. Besonders die Fremden wurden fast völlig ausgeschlossen. Die Zahl der Einreiseerlaubnisse an Fremde, welche nicht aus geschäftlichen Gründen kamen und daher verdächtig waren, die kolonialistische Solidarität nicht zu unterstützen – zum Beispiel Amerikaner –, könnte man mühelos zählen. Die Reisen von Journalisten, wenn solche überhaupt stattfanden, wurden ge-

wöhnlich angeregt und bezahlt, um den Ruhm des Ministers oder des Generalgouverneurs und damit die Wohltaten des Kolonialismus zu verkünden, sowie als uninformiert und unfreundlich alle in den Schmutz zu zerren, die es wagen sollten, mit ihren ungelegenen Kritiken die Forsche der schneidigen Akteure des „großen Kolonialepos“ zu dämpfen. „Die Leiter unserer Kolonien wollen ‚ihr‘ Land schon einigen Bürgern zeigen“, bemerkt Albert Londres, „aber nur beim Schein einer Blendlaterne.“³⁸⁷ Sehr selten sind diejenigen, die sich mißtönend vernehmen lassen: es sind nur wenige Namen – Robert Poulaine vom „Temps“ (übrigens sehr gemäßigt), Albert Londres, André Gide, die Lehrerin Denise Moran. Das sind nur einige Klarstellungen, einige flüchtige Eindrücke einer tragischen Wirklichkeit. Handelsvertreter oder Kolonialbeamte ließ das gegenseitige Einverständnis oder einfach der Wunsch, ihre Karriere nicht zu gefährden, schweigen; die Afrikaner waren durch das Eingeborenenstatut geknebelt. Die kolonialen Veröffentlichungen, wie „L’Afrique Française“, die offiziellen Berichte vor 1914, sagten zweifellos nicht alles, aber sie sagten genügend, um daraus die Wirklichkeit mühelos rekonstruieren zu können. Die „Revue Indigène“ oder „Le Courrier Européen“ zögerten nicht, den Finger auf die Wunde zu legen. Aber seitdem findet man nur Statistiken oder feststehende Darlegungen. Im übrigen geht alles gut: Die politische Lage ist ausgezeichnet, die Eingeborenen sind fest in der Hand der Verwaltung. Die Wirklichkeit wird „vertraulich“ und nur in Berichten mitgeteilt, die in Archiven vergraben sind, zu denen noch heute wenigstens die kritisch eingestellten Forscher keinen Zutritt haben. Über die ersten Bekundungen einer politischen Aktivität der Afrikaner sind wir auf Anspielungen angewiesen, die wir aus den Verschleierungen zu entnehmen haben, die vielleicht einmal im Umfang einer Seite zu lesen sind und Eingeständnisse darstellen, die in einem unbedachten Moment den höheren Beamten aus der Feder geflossen sind. Das heißt, es ist noch unmöglich, die Geschichte dieser Periode in ihren Einzelheiten und in ihrem chronologischen Zusammenhang zu rekonstruieren. Diese Geschichte wird eine der am wenigsten bekannten bleiben, solange die Archive nicht geöffnet werden.³⁸⁸

³⁸⁷ A. Londres, *Terre d’èbène*, Paris 1929, S. 260.

³⁸⁸ Man könnte allerdings an Ort und Stelle Nachforschungen anstellen und die informatorischen Hinweise bei den zahlreichen noch lebenden Zeugen dieser Zeit sammeln. Dazu würde es allerdings materieller Mittel bedürfen, die mir nicht zur Verfügung standen.

Die ökonomische Ausbeutung

1. Die Handelsmonopole

Im allgemeinen Rahmen des zeitgenössischen Kolonialimperialismus zeigt die französische Kolonisation Tropisch-Afrikas zweifellos sehr eigentümliche Züge, der augenscheinlichste ist das Weiterbestehen eines aus einem vergangenen Zeitalter ererbten ökonomischen Systems. Von diesem Gesichtspunkt aus konnte ein Autor 1957 schreiben, Schwarzafrika bleibe „das bevorzugte Gebiet der kolonialen Handelsgesellschaft mit all ihren Eigenheiten, die sie aus den Verhältnissen erhalten hat, unter denen sie ihre Tätigkeit ausübt, das heißt aus den Bedingungen des Tauschhandels, der in der Anhäufung und Zusammenführung der Rohstoffe in den Häfen, ihrem Export in rohem Zustand und der Gegengabe von importierten Fabrikprodukten im Austausch besteht.“³⁸⁹ Der Export der Rohstoffe und der Import der Fabrikprodukte bleiben in dem imperialistischen Kolonialsystem wie in demjenigen der vorhergehenden Epoche das Charakteristikum der Ökonomie der kolonisierten Länder. Aber der Kapitalexport nach diesen Ländern hat eine entscheidende Eigentümlichkeit angenommen: die Monopole, die ihre Kapitalien in der feldwirtschaftlichen und bergbaulichen Produktion angelegt haben, spielen die Hauptrolle, der Handel ist der Produktion untergeordnet und nicht die Produktion dem Handel, wie es im ersten Kolonialzeitalter war. West- und Zentralafrika unter französischer Herrschaft scheinen in dem Sinn eine Ausnahme zu machen, daß – wie einst – die Ökonomie hier von den Handelsgesellschaften beherrscht wird. In der Tat ist der Handel in den imperialistischen Zusammenhang einbezogen. An die Stelle des juristischen Monopols der Konzessionsgesellschaften von einst ist das tatsächliche Monopol der Finanzoligarchie getreten. Auch hier ist es das exportierte Kapital, das die Wirtschaft kontrolliert, aber sein vorzugsweises Gebiet ist im Import- und Exporthandel angesiedelt und nicht in der Produktion. Aus diesem Grunde bleibt der Umfang des investierten Kapitals äußerst gering. Der Imperialismus hat den traditionellen Tauschhandel ganz und gar übernommen. Die politische

³⁸⁹ H. Durand, *Essai sur la conjoncture de l'Afrique noire*, Paris 1957, S. 27.

und militärische Besitzergreifung garantiert das Monopol der Tauschhandelsgesellschaften ebenso wie das Ausmaß ihrer Gewinne. Die Schwäche der Produktion und infolgedessen der Geschäftsvorgänge, was eine Folge der Unscheinbarkeit der produktiven Investitionen ist, wird von der Erhöhung der Gewinnspannen des Handels ausgeglichen. Der Handel eignet sich, über das Überprodukt nämlich sogar hinausgehend, einen Teil des zur einfachen Reproduktion notwendigen Produktes an und bringt den Erzeuger in ein Elend, das ein Hindernis für jede Akkumulation und für jeden technischen Fortschritt darstellt. Monopol, Merkantilismus, Parasitismus, Stagnation, so sind, kurz zusammengefaßt, die hauptsächlichen Charakterzüge der französischen Kolonisation in Tropisch-Afrika beschaffen. Sie fügen sich übrigens harmonisch in das allgemeine Bild ein, das man von dem französischen Imperialismus entwerfen kann. Er hat es trotz der Weite seiner kolonialen Besitzungen vor 1914 vorgezogen, seine Aktivität in andere Richtungen (Rußland, Türkei, Ägypten, Lateinamerika) zu lenken. Am Vorabend des ersten Weltkrieges macht der Handel mit den Kolonien 12 Prozent des französischen Außenhandels aus, was zwar nicht zu unterschätzen, aber keineswegs bestimmend ist. Von den im Auslande angelegten 41 Milliarden Goldfranken entfallen nur vier Milliarden (darunter 1,25 Milliarden Staatsanleihen) auf den Kapitalexport nach den Kolonien. Diese Ausrichtung hängt mit den hohen Gewinnen zusammen, die die Banken aus der Unterbringung von ausländischen Schuldtiteln bei kleinen Sparern und aus den oft sehr hohen Zinsen ziehen, welche die Staaten mit unausgeglichene Finanzen bewilligen müssen und die oft Wucherbedingungen gleichkommen (Rußland, Ottomanisches Reich, lateinamerikanische Republiken). Dagegen sind die Schuldner gehalten, zu einem bedeutenden Anteil die bewilligten Kredite zu Käufen in Frankreich zu verwenden, dessen eng mit den Banken verbundenen Ausrüstungs- oder Waffentrusts (besonders Eisenverhüttung) die Profite einheimen. Das Finanzkapital gewinnt so auf zwei Seiten und rupft außerdem den französischen Leichtgläubigen, den Liebhaber von „sicheren“ Werten (und gibt es Werte, die sicherer sind als solche mit Staatsgarantie?). Der Mechanismus der Operation ist gut bekannt, besonders im Fall der russischen Anleihe. Denn: „Zum Unterschied vom kolonialen englischen Imperialismus konnte man den französischen einen Wucherimperialismus nennen.“³⁹⁰

Nach 1919 ist der französische Imperialismus, der nach den Schätzungen zwei Drittel bis drei Viertel seiner ausländischen Kapitalanlagen eingebüßt

³⁹⁰ W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd 22, Berlin 1960, S. 247.

hat, weniger denn je in der Lage, seine kolonialen Investitionen wirklich zu entwickeln; daran ändern auch einige diesbezügliche Wünsche nichts. Der Hauptteil der Kapitalanlagen erfolgt weiter in Form von Staatsanleihen, die besonders nach Zentral- und Osteuropa gehen. Soweit ein Teil dieses Kapitalstroms nach den Kolonien fließt, sind es Nordafrika (besonders das neu eroberte Marokko) und Indochina, die den Hauptteil aufnehmen.

a) Das Kapital

Schon 1938 hatte Frankel die Geringfügigkeit der in den französischen Territorien Tropisch-Afrikas vorgenommenen Investitionen, besonders im Verhältnis zu jenen in den britischen Territorien, nachgewiesen. Man wird unter diesen Ziffern das Vorwiegen der öffentlichen Investitionen bemerken, die man eigentlich nicht als importierte Kapitalien betrachten kann, da sie im wesentlichen aus örtlichen, zum Budget gehörigen Kraftreserven abgeleitet wurden. Das trifft auch auf die aus den Budgets der Kolonien zurückgezählten Anleihen zu. Nach Frankel betrugen die Investitionen in den drei von ihm betrachteten Gruppen von Territorien 5,94 Prozent der in Afrika vorgenommenen Investitionen, dagegen aber 4,13 Prozent, wenn man sich auf die Privatkapitalien beschränkt, und zwar entfiel dieser Anteil auf eine Bevölkerung, die insgesamt 19 Prozent der von Frankel in Vergleich gesetzten afrikanischen Länder darstellte. Das pro Kopf investierte Kapital war gleich 2 Pfund Sterling gegen 9,8 Pfund Sterling in den portugiesischen Kolonien – die dennoch weit unterentwickelt waren – und gegen 56 Pfund Sterling in Südafrika. Außer den Angaben von Frankel ist die einzige Quelle, durch die wir über eine Einschätzung der Investitionen verfügen, eine 1943 vom Kolonialministerium durchgeführte Untersuchung.³⁹¹ Die Untersuchung von 1943 beruhte auf der Heranziehung der von den Kolonialgesellschaften veröffentlichten Bilanzen, die durch an diese gerichtete Fragebogen ergänzt wurden. Das Ziel bestand darin, die von Frankreich in Schwarzafrika angelegten Kapitalien zu bewerten, und zwar, wie es scheint, im Hinblick auf eventuelle Unterhandlungen mit den

³⁹¹ Diese Untersuchung ist unveröffentlicht, wir konnten sie jedoch einsehen. Sie hat der Studie *J. Dresch, Les trusts en Afrique noire*, in: *Servir la France*, 1946, S. 30 ff., zugrunde gelegen, welche die erste wissenschaftliche Analyse der „Tauschhandelsökonomie“ war. (Dieser klassisch gewordene Begriff erscheint in diesem Artikel anscheinend zum erstenmal.)

Deutschen. Unter diesem Gesichtspunkt ist anzunehmen, daß die Schätzungen eher übertrieben sind, woraus sich erklären würde, daß sie merklich über die von Frankel, wenigstens was das Privatkapital betrifft, hinausgehen.³⁹²

Investiertes Kapital von 1870 bis 1936
(Nach Frankel. Schätzung in je 1000 Pfund Sterling³⁹³)

Land	Investierungen öffentliche	private	Insgesamt	Nicht registriertes Kapital, Schätzung in % des regi- strierten Kapitals	Allgemeine Gesamtsumme
FÄA	15 248	5 000	20 248	5 % = 1012	21 260
FWA	16 477	12 500	28 977	5 % = 1449	30 426
Kamerun	11 306	6 431	17 737 ³⁹⁴	5 % = 887	18 624
Togo					
Insges.	43 031	23 931	66 962	3348	70 310

Die Ziffern der vorstehenden Aufstellung gaben also nicht das in Tropisch-Afrika unter französischer Herrschaft *akkumulierte* Kapital, sondern (im Prinzip) das aus Frankreich nach diesen Ländern *exportierte* Kapital wieder. Von den seit 1900 investierten Kapitalien ist ein Teil als Folge schlechter Geschäftsführung oder der Auswirkung der Krisen verlorengegangen oder vernichtet, ganz abgesehen von dem, was niemals investiert wurde, sondern in Frankreich durch die schwindlerischen „Gründer“ von manchen – vor allem in Hinblick auf die Börsenspekulation gegründeten –

³⁹² Rechnet man das Pfund Sterling 1936 zu zwanzig Goldfranken, ergeben die Ziffern Frankels, macht man sich den Umwandlungskoeffizienten der französischen Untersuchung von 1940 zu eigen, 12 264 (anstatt 7033) Millionen Franken des Wertes vom Jahre 1940 an öffentlichen, aber nur 7775 (anstatt 26 965) Millionen an privaten Investitionen. Allerdings sind die betrachteten Perioden nicht dieselben, aber die Privatinvestitionen in den Zeitabschnitten 1870–1900 und 1936 bis 1940 waren nicht sehr bedeutend.

³⁹³ Über den annäherungsmäßigen Charakter dieser Schätzung sagt der Verfasser selbst: „Eine Schätzung der ausländischen Investitionen in den französischen Kolonien ist sehr erschwert durch die Spärlichkeit der Angaben, besonders was das nicht registrierte Kapital betrifft.“ (Frankel, Capital investment in Africa, its course and effects. London 1938, S. 168.)

³⁹⁴ Das deutsche Kapital (15 827 000 Pfund Sterling) eingeschlossen. Letztere Ziffer betrifft beide Territorien zur Gänze. Die Nachkriegsinvestitionen betreffen nur die französischen Mandatsteile.

Stand der Investitionen (FWA, FÄA, Kamerun, Togo)

von 1900 bis 1940

(in je 1000 Franken von 1940)*

(nach der Untersuchung des Kolonialministers)

Tätigkeits- zweige	Investitionen der		Investitionen Insgesamt	Prozentanteil an Inve- stitionen der einzelnen Tätigkeitszweige (od. ihrer Gruppe)	
	Gesell- schaften	Einzel- personen			
Handel	8 761 962	1 752 392 ²	10 514 354	39 0/0	} 48,5 0/0
Immobilien- gesellschaften	814 953	81 495 ¹	896 448	3,5 0/0	
Banken	1 556 732	—	1 556 732	6 0/0	
Industrien	2 176 801	435 460 ²	2 612 161	9,6 0/0	} 17,1 0/0
Bergwerke	1 860 304	186 030 ¹	2 046 334	7,5 0/0	
Transportwesen	879 150	87 915 ¹	967 065	3,6 0/0	3,6 0/0
Plantagen	2 451 848	2 451 848 ⁴	4 903 696	18 0/0	} 30,8 0/0
Vichzucht	71 450	14 290 ²	85 740	0,3 0/0	
Wälder	1 933 236	1 449 927 ³	3 383 163	12,5 0/0	
Private Investie- rungen insgesamt	20 506 436	6 459 357	26 965 693	100 0/0	
Öffentliche In- vestierungen (Anleihe)	7 033 014	—	7 033 014		
Gesamtsumme	27 539 450	6 459 357	33 998 707		

1 Pauschale Schätzung: 10 0/0 der Investitionen der Gesellschaften.

2 — — 20 0/0 — —

3 — — 75 0/0 — —

4 — — 100 0/0 — —

* Diese Tabelle wurde unter Zugrundelegung der von den Gesellschaften publizierten Bilanzen erarbeitet. Die Fremdkapitalien wurden ausgeschlossen, wenigstens soweit, wie sie durch statutarisch als fremd feststehende Gesellschaften vertreten waren, ein sehr künstlich angelegtes Verfahren, da es die Kapitalien von Gesellschaften wie John Holt, Ollivant oder King, die ihren Sitz in Großbritannien haben, nicht in Betracht zieht, dagegen die Kapitalien der „französischen Gesellschaften“, die in Wirklichkeit Tochterunternehmen des englisch-holländischen Unilever-Konzerns sind (N.O.S.O.C.O., Compagnie du Niger français, C.F.C.I.). Gleichfalls wurden im Prinzip jene Kapitalien ausgeschlossen, die aus der an Ort

Gesellschaften beiseitegeschafft oder aufgebraucht wurde. Beispiele sahen wir bei verschiedenen Konzessionsgesellschaften des Kongo. Dagegen sind Kapitalien, die aus den an Ort und Stelle gemachten Gewinnen stammen, die erneut investiert wurden, nicht berücksichtigt worden. Es handelt sich

und Stelle vor sich gegangenen Akkumulation herrühren (Gewinne der Gesellschaften, die an Ort und Stelle zu Neuinvestitionen in dem gleichen Unternehmen – Kapitalerhöhungen durch Hinzunehmung von Notenreserven – oder in neuen Gesellschaften verwendet wurden, ebenso wie die von Einzelpersonen akkumulierten Kapitalien). Die Berechnung des von jeder Gesellschaft investierten Kapitals gründet sich auf folgende Elemente ihres Aktivbestandes:

a) Völlig in Aktien angelegte Kapitalien mit Ausschluß jener, die aus der Hinzunehmung von Bankdepositen oder von Notenreserven entstanden sind. Eventuelle Kapitalverringerungen sind nicht in Abzug gebracht.

b) Anleihen.

c) Offene und verborgene Notenreserven und Depositen. Da die Bilanzen aus fiskalischen Gründen fast allgemein zu niedrig angegeben wurden, schätzte man die versteckten Investitionen – sehr niedrig – auf 5 Prozent der wirklich angegebenen Investitionen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß die Notenreserven und verschiedenen Depositen zu einem großen Teil wiederinvestierte oder verschleierte Gewinne sind, die so zu der Gesamtsumme der Investitionen hinzugenommen werden, was man in dem angegebenen Verfahren als Doppelberechnung hatte ausschließen wollen, indem man die Kapitalerhöhungen durch Hinzunahme von Notenreserven nicht in Betracht zog.

d) Amortisationen.

e) Bilanzüberschüssige Guthaben.

Zum Vermögen einer Gesellschaft zählende Aktien anderer Gesellschaften, die in diesen angelegte Kapitalien vertreten, wurden nicht in Betracht gezogen, um die Mehrfachberechnung derselben oder der in anderen Ländern investierten Kapitalien zu vermeiden. Ebenso ist hinsichtlich jener Gesellschaften, deren Tätigkeitsgebiet auch außerhalb Schwarzafrikas liegt, der Teil ihrer Aktivsumme, der den in anderen Ländern investierten Kapitalien entspricht, in Abzug gebracht worden. Es liegt auf der Hand, daß derartige Berechnungen große Störungsfelder aufweisen und oft dazu führen, daß man auf Schätzungen angewiesen ist, besonders für die Immobiliengesellschaften, die Banken und die Geldinstitute. Was die Investitionen der Einzelpersonen, die sich unmöglich in genauer Weise feststellen lassen, betrifft, so wurden sie auf einen gewissen Prozentsatz der Gesamtsumme der Investitionen der Gesellschaften geschätzt. Dieser Prozentsatz wurde für jeden Sektor der Ökonomie pauschal angenommen und reicht von zehn Prozent (für die Investitionen im Immobilien- und Transportgeschäft) bis zu 100 Prozent (für die Plantagen). Diese Prozentsätze scheinen sehr gut geschätzt zu sein, wenn man die

nur um eine geringe Summe, da der einheimische Kapitalismus noch nicht existierte und die Gewinne der Kolonialunternehmen fast völlig exportiert wurden. Die einzige ernsthafte Auswirkung auf diesen Posten betrifft die Sphäre der Verkehrsmittel, wo die Investitionen im wesentlichen vom Staat aus den örtlichen Kraftreserven getragen wurden. Nach diesen Feststellungen und unter Berücksichtigung der Störungsfelder, welche die Schätzungen der Untersuchung einschließen, kann man die daraus entspringenden Ziffern als Anhaltspunkte für brauchbare Größenordnungen betrachten und aus ihrer Prüfung gewisse Schlußfolgerungen ableiten.

1. Von den aus Frankreich im Laufe von 40 Jahren exportierten Kapitalien ist nur wenig investiert worden: 28 Milliarden Franken von 1940 Milliarden, was die privaten Investitionen betrifft. Welche Abweichungen zwischen der Bewertung bei Frankel (der so detaillierte Angaben nicht verarbeitet zu haben scheint) und der Umfrage von 1943 auch bestehen mögen, die eine wie die andere führt zu äußerst niedrigen Ziffern im Vergleich zu dem, was in den anderen afrikanischen Gebieten, besonders den britischen, investiert worden ist.

2. Die Aufschlüsselung der Investitionen nach Geschäftszweigen offenbart den *merkantilistischen* und *parasitären* Charakter des Kapitals in Französisch-Tropisch-Afrika: 39 Prozent der Investitionen wurden im Handel angelegt, fast die Hälfte in den nichtproduktiven Sektoren, wobei man zum Handel das Bankgeschäft und die Immobilienanlagen hinzunehmen muß.

Die Gruppierung nach Geschäftszweigen hat zweifellos zum Teil etwas Willkürliches an sich: die meisten der Handelsgesellschaften, deren Aktiv-

geschilderten Schwierigkeiten der Beurteilung der vor 1940 bestehenden Sachlage in Betracht zieht. Die öffentlichen Investitionen sind einzig und allein mit den kolonialen Anleihen gleichgesetzt worden. Die Summen wurden für jede Periode in Franken von 1940 nach folgendem Schlüssel umberechnet:

1 Franken von 1803 („Goldfranken“) ... 14,25 Franken von 1940

1 — 1928 ... 2,8 —

1 — 1936 ... 2 —

1 — 1938 ... 1,1 —

Es ist wert, anzumerken, daß der Koeffizient von 14,25 Franken von 1940 für einen Goldfranken merklich die von anderen Autoren verwendeten Koeffizienten übersteigt. (Dieser Koeffizient liegt nach verschiedenen Untersuchungen ungefähr bei 12. Man vergleiche dazu Marcel Piquemal, *Exportation de capitaux aux colonies*, in: *Économie et politique*, August-September 1957, S. 69/70. Index für den Vergleich der Bilanzen: 8,33; Index der Großhandelspreise: 8,93.)

vermögen sich praktisch schwer nach diesen Zweigen auseinanderhalten läßt, besitzen Handelskontore, Speicher und Krananlagen zum Beladen und Entladen der Schiffe, Rollwagen, Hafenfrachtkähne, Werkstätten, feld- und forstwirtschaftliche Konzessionen und anderes. Der dem Handel beigemessene Anteil ist daher überschätzt worden, vor allem auf Kosten der Anlagen im Transportwesen (die meisten der Handelsgesellschaften besitzen ihr eigenes Automobiltransportwesen und selbst ihre eigenen Schiffsverkehrslinien) und etwas auf Kosten der Industrie. Aber dieser Irrtum wird zweifellos, wenigstens zum Teil, und vielleicht sogar mehr als ausgeglichen durch die Unterbringung der Unternehmen für das Hafenwesen (zehn Prozent des industriellen Sektors: 235 investierte Millionen) in der Industrie und vor allem durch die Eingruppierung der alten Konzessionsgesellschaften Französisch-Äquatorialafrikas, deren Geschäftstätigkeit in Wirklichkeit vor allem auf dem Gebiet des Handels lag, im Sektor der Feld- und Forstwirtschaft. Erstaunenswert ist die Schwäche der Privatinvestitionen im Transportsektor: Die einzig augenfällige, übrigens mittelmäßige Technologie, mit deren Verwirklichung die Kolonisation hausieren gehen konnte, bestand 1940 (und die Sachlage hat sich seit über 20 Jahren nicht entscheidend verändert) fast nur in Häfen, Eisenbahnen und Spurwegen. Selbst wenn man die eben erwähnten Elemente der Unterbewertung in Betracht zieht, bleibt die Gesamtsumme gering. Sie liegt ohne Zweifel unter zwei Milliarden. Die Privatinvestitionen haben für diese Technologie offenbar nur eine geringwertige Rolle gespielt: sie betreffen nur die Automobiltransportunternehmungen, die Küstenschifffahrt, die Flußschifffahrt³⁹⁵ und die Eisenbahnen Dakar–St. Louis (vor 1900 erbaut) und Dahomeys vor dem Rückkauf dieser Eisenbahnen durch das *Generalgouvernement Französisch-Westafrikas*.³⁹⁶ Der ganze übrige Teil des Eisenbahnnetzes, wie die Errichtung des Straßennetzes und die Häfen, stellen öffentliche Investitionen dar. Ihre Kosten wurden teilweise durch Kolonialanleihen gedeckt³⁹⁷, aber die Budgets der einzelnen Kolonien oder die von den Steuerzahlern der Kolonie gespeisten Reservekassen haben die Hauptquelle der Finanzierung gebildet. Zwangsarbeit oder Fronen wurden weitgehend für die Errichtung der Infrastruktur der Eisenbahnen verwendet und bildeten das fast ausschließliche Mittel zur Errichtung von

³⁹⁵ Insgesamt 624,5 Millionen Franken von 1940.

³⁹⁶ 254,67 Millionen Franken von 1940.

³⁹⁷ Und zwar 3,5 Milliarden Franken, wenn man annimmt, daß 50 % der Gesamtsumme der Anleihen für Eisenbahnen aufgewandt worden sind, eine Bewertung, die jedoch wahrscheinlich noch beträchtlich über die Wirklichkeit hinausgeht.

Straßen und Spurwegen. Allein die Ausgaben für den Bau des Eisenbahnnetzes, umgerechnet auf Franken des Jahres 1940, wurden auf 11,6 Milliarden³⁹⁸ geschätzt, wozu noch 1,5 Milliarden für die vor 1914 angelegten deutschen Eisenbahnen in Kamerun und Togo kommen. Was die unmittelbar produktiven Sektoren betrifft, so haben sie nur schwache Investitionen erhalten, da sie im wesentlichen den Einheimischen und ihren vorkapitalistischen Produktionsmethoden überlassen geblieben sind.

Auf Feldbau, Viehzucht und Forstwirtschaft entfielen insgesamt nur 30 Prozent der investierten Kapitalien. Nimmt man Französisch-Westafrika und Togo für sich, so liegt der Prozentsatz unter einem Fünftel (18,3 Prozent). Man wird die Schwäche der Investitionen in der Bergwerksindustrie (7,5 Prozent: 18 Prozent der Anlagen in Französisch-Äquatorialafrika, aber nur 3 Prozent der Investitionen in Französisch-Westafrika) bemerken. Und dabei handelt es sich im Bergwerkswesen noch um einen der wenigen industriellen Anlagezweige, für die es sonst eine gewisse Entwicklung in kolonialen Ländern zu geben pflegte. Auf diesen Zweig entfiel an Kapitalien noch weniger als auf die eigentliche Industrie. Es erscheint richtig, sich über diese keine Illusionen zu machen: sie beschränkt sich nur auf die unerläßlichen Tätigkeitszweige zur Gewährleistung des Stadt- und Hafenlebens und auf den Betrieb der Transportmittel. So entfallen in Französisch-Westafrika von 1800 Millionen Franken im Wert von 1940, die investiert wurden (= 10,3 Prozent der gesamten Privatinvestitionen), 35 Prozent auf Bauunternehmungen und Unternehmungen öffentlicher Dienste (1 Prozent davon auf die Unternehmen zur Erzeugung von Baumaterialien: Kalk, Ziegelsteine usw.), 28 Prozent auf die Erzeugung und die Verteilung von Elektrizität in den Stadtgebieten, 18 Prozent auf Unternehmungen zur Unterhaltung der Häfen. Der übrige Teil der Investitionen, das sind 19 Prozent, entfiel auf mechanische Reparaturwerkstätten und eigentliche verarbeitende Industrien. Kurz und gut, Industrie und Transportwesen erscheinen schon in ihrer Struktur als einfache Hilfswerkzeuge des Handels. Das Überwiegen des Handels tritt durch die Prüfung der Kapitalisierung der an der Börse zugelassenen Gesellschaften noch deutlicher hervor.³⁹⁹ Die Statistik dieser Börsenkapitalisierung für ganz Französisch-

³⁹⁸ Wobei man die vor 1900 vorgenommenen Arbeiten zum Bau der Linie Dakar-St. Louis einrechnete. (Les chemins de fer en A.O.F., in: *Marchés coloniaux*, Sondernummer vom 14. Mai 1949.)

³⁹⁹ Das Kapital der Gesellschaften ist hier berechnet worden, indem man für jede von ihnen den Gesamtbetrag der ausgegebenen Aktien nicht nach dem Nominalwert, sondern nach ihrem Kurswert an der Börse berechnet hat.

Schwarzafrika vom 4. Juni 1945 ergab folgende Verteilung nach Sektoren⁴⁰⁰:

Handel	Plantagen und Wälder	Industrie	Bergwerke
63 %	16 %	4 %	7 %

Diese Aufteilung erklärt sich einfach auf Grund der Rentabilität der verschiedenen Sektoren. Die auf ihr eigentliches Monopol gestützten Handelsgesellschaften erhalten für ein geringes Kapital hohe Profite, während die bergwerklichen oder feldbauwirtschaftlichen Geschäftsunternehmen, die Einzelpersonen oder der Spekulation überlassen sind, viel ungewissere Profite abwerfen. Den Prozentsatz der Gewinne im Verhältnis zu den investierten Kapitalien für einige Gesellschaften (1939 und 1940) gibt die nachstehende Statistik wieder. Diese Angaben machen klar, daß das Übergewicht der Investitionen im Handel immer mehr hervortrat.

Handel	Bergbau		Plantagen	
	1939 (%)	1940 (%)	1939 (%)	1940 (%)
S.C.O.A. ...	25	30	Minière du Congo ...	12
			Equato- riale des	—
C.F.A.O. ...	27,7	30	Mines ...	17,5
Maurel & Prom ...	34	23	Agricole du Gabon ...	1
			Plantations de l'Ouest africain ...	5
			Sociétés cultures de	7
			Diakandapé ...	0

1916 entfielen auf den Handel in Französisch-Westafrika 36 Prozent der Investitionen. Der Handel stand also an erster Stelle, aber dichtauf folgten die feldbau- und forstwirtschaftlichen Unternehmungen (34 Prozent). 1940 lag das beiderseitige Verhältnis dagegen bei 50 und 18 Prozent. Das Übergewicht des *ausländischen Finanzkapitals* (d. h. im wesentlichen des französischen) ist erdrückend. Das Kapital der anonymen Gesellschaften, das man hier mit Recht dem ausländischen Finanzkapital gleichsetzen kann, stellt 21 Milliarden von einer Gesamtsumme von 28 Milliarden importierter privater Kapitalien dar. Die an Ort und Stelle entstandenen privaten Kapi-

⁴⁰⁰ Vgl. P. Valdant, *Marchés coloniaux*, 23. März 1946, S. 269.

talien (afrikanische oder libano-syrische), die hier nicht mit eingerechnet wurden, stellen im Endeffekt eine sehr geringe Summe dar. In der alten afrikanischen Gesellschaft befanden sich in den Händen der Feudalen oder der einheimischen Kaufleute nicht derartige akkumulierte Reichtümer, die beträchtlich genug waren, um, wie in Japan, oder in geringerem Maße wie in Indien, China oder den arabischen Ländern, sich in Kapital verwandeln zu können. Die Konzentration zeigt, wie es natürlich ist, ihren vollendetsten Charakter im Sektor der Banken: Bei Investitionen von insgesamt 1,5 Milliarden stellen allein 1,45 Milliarden die Kapitalien von drei Banken dar, der Banque de l'Afrique occidentale, der Banque commerciale africaine, die am Ende der betrachteten Periode unter die Kontrolle der vorhergenannten Bank gekommen ist, und der Banque française de l'Afrique, die ihre Geschäfte hauptsächlich in Französisch-Äquatorialafrika machte und während der Weltwirtschaftskrise in Konkurs ging. So war am Ende der betrachteten Periode der Sektor der Banken zum fast absoluten Monopol der Banque de l'Afrique occidentale geworden, die übrigens mit dem Privileg der Notenausgabe ausgestattet war.

Die Konzentration ist auch auf dem Gebiet des Handels spürbar. Hierbei ist noch zu unterstreichen, daß die folgenden Ziffern den Konzentrationsgrad nur unvollständig zum Ausdruck bringen, da manche statutarisch unterschiedlichen Gesellschaften oft nur Gründungen derselben Finanzgruppen waren.⁴⁰¹ Von 10,5 im Handel investierten Milliarden (von denen 8,7 durch Gesellschaften investiert wurden) waren allein 7,7 Milliarden von nur 23 Gesellschaften investiert worden, von denen wiederum 11 Gesellschaften jede mehr als 200 Millionen Investitionen mit einer Gesamtinvestierung von 5,8 Milliarden, und 3 Gesellschaften (S.C.O.A., C.F.A.O., Unilever) insgesamt 2,8 Milliarden an Investitionen darstellten, das ist mehr als ein Viertel der obenangegebenen Summe. Dieser monopolistische Charakter des Handels datiert schon vom Ende des 19. Jahrhunderts, aber er hat sich verschärft, und vor allem wurden die alten „Handelshäuser“ von einst durch ihn völlig dem Finanzkapital einverleibt. Die drei „Großen“, die wir soeben anführten, kontrollieren in der Tat den Handel, wobei sie, je nach den Produkten, 50 bis 90 Prozent der Importe und Exporte an sich ziehen.⁴⁰² Im Endergebnis tätigte eine kleine Anzahl

⁴⁰¹ Fast nur mit einer Ausnahme. Wir haben die drei Filialen des Unilever als ein einziges Ganzes betrachtet: N.O.S.O.C.O., Niger français und Compagnie française de la Côte d'Ivoire.

⁴⁰² Als Beispiel seien hier die Anteile der „großen Drei“ an den Lebensmittelimporten Senegals im Jahre 1949 angeführt. (Eher sind Angaben nicht vorhanden, das Bei-

von Gesellschaften – weniger als zehn – fast die Hälfte der Export- und Importgeschäfte.

Industrie und Bergwerke zeigen eine ähnliche Konzentration. In der Industrie waren insgesamt 2,17 Milliarden investiert; davon entfielen auf 13 Gesellschaften 1,3 Milliarden Investitionen, allein auf die „Société française d'entreprises de dragages et de travaux publics“ 328 Millionen. In den Bergwerken kamen auf sieben Gesellschaften 1,2 Milliarden von einer in diesem Sektor investierten Gesamtsumme von 1,86 Milliarden. In der Forstwirtschaft und im Feldbau kommt ohne Berücksichtigung der Investitionen von Einzelpersonen, die auch in den vorhergehenden Beispielen nicht berücksichtigt worden sind, ebenfalls die Konzentration zum Vorschein: elf Plantagengesellschaften stellen 1,3 Milliarden Investitionen dar und 33 Gesellschaften teilen sich den Rest von 1,1 Milliarden; neun forstwirtschaftliche Gesellschaften vereinigten bei einer Gesamtsumme von 1,93 Milliarden Investitionen davon 1,5 Milliarden auf sich.

b) Das Gesicht der Finanzoligarchie

Es ist fast unmöglich, vollständig und genau das ganze Netz zu schildern, in dem das Finanzkapital die hier untersuchten Gebiete gefangenhält, und so hinter der anonymen Bezeichnung der Gesellschaften die wirklichen Beherrscher und Ausbeuter des Landes zu erkennen. Die Einbeziehung der Handelshäuser in das Finanzkapital vollzog sich bereits vor dem zweiten Weltkrieg durch die gegenseitige Durchdringung der Kapitalien der Handelshäuser, der Schiffahrtsgesellschaften (die oft mit ihnen identisch waren) und der Bank. Eines der Zeichen dieser Vereinigung ist die Umwandlung der alten „Häuser“, die entweder Familienbesitz waren oder eine

spiel erscheint aber dennoch annehmbar, wenn es auch über die von uns betrachtete Periode etwas hinausführt):

	Reis	Mehl	Zucker
N.O.S.O.C.O. (Unilever)	21 0/0	20 0/0	23 0/0
S.C.O.A.	18 0/0	9 0/0	29 0/0
C.F.A.O.	27 0/0	16 0/0	21 0/0
Insgesamt	66 0/0	45 0/0	73 0/0

Erwähnt sei noch, daß 20 0/0 der Einfuhr jedes dieser Produkte offiziell durch die S.Y.P.A.O.A. (Syndikat der kleinen Kaufleute) geschah, daß diese Einfuhr jedoch in Wirklichkeit durch die „großen Drei“ erfolgte.

kleine Anzahl von Gesellschaftern umfaßten, in anonyme Gesellschaften. Hier einige Daten: 1907 wird die Firma Ryff & Roth zur Société Commerciale de l'Ouest Africain (S.C.O.A.); 1908 wird das Handelshaus Peyrissac von Bordeaux in eine anonyme Gesellschaft umgewandelt; 1919 wird das hundertjährige Unternehmen Maurel & Prom (gegründet 1822) zu einer anonymen Gesellschaft; 1917 Gründung der Société commerciale et industrielle de la Côte d'Afrique (C.I.A.C.), welche unter Beteiligung des Reeders Fraissinet die Nachfolge des Hauses Armandon antritt; 1921 Gründung der Gesellschaft Le Commerce africain und Verwandlung in eine Holding-Gesellschaft des Handelshauses Gradis von Bordeaux (gegründet 1688).

Die auf bestimmte Territorien spezialisierten Bankinstitute umfassen die hauptsächlichsten der bestehenden Interessen, und die Zusammensetzung ihrer Aufsichtsräte spiegelt mehr oder weniger die Kräftebeziehungen dieser Interessen wider. Die Banque de l'Afrique occidentale nimmt unter den Banken bei weitem den ersten Platz ein. Ihr Kapital ist an sich geringfügig: von 6 Millionen vor 1914 stieg es auf 50 Millionen im Jahre 1931 und wird erst nach dem zweiten Weltkrieg erhöht werden. Dieses nominelle Kapital bedeutet in Wirklichkeit nicht sehr viel. 1901 gegründet, erhielt die B.A.O. das Privileg zur Banknotenausgabe für alle unter französischer Herrschaft stehenden Länder Schwarzafrikas. Sie ist die wichtigste Depotbank. Schließlich hat sie 1904 das Recht, das der Banque de France verweigert wurde, erhalten: sie durfte an der Bildung von Gesellschaften teilhaben, wobei Bedingung war, daß die Gesamtsumme ihrer Beteiligungen ein Viertel der Notenreserven nicht überstieg.⁴⁰³ Im Unterschied zur Bank von Frankreich, in erster Linie „Bank der Banken“, ist sie zugleich Notenbank, Handelsbank, Girobank und Geschäftsbank. Die Zusammensetzung ihres Verwaltungsrates im Jahre 1923 scheint ein Übergewicht der Bordelaiser Kapitalverbindungen (Maurel, Gradis) und der mit ihnen verbundenen Interessen (Delmas) widerzuspiegeln. Präsident des Verwaltungsrates war allerdings Paul Boyer vom Comptoir d'Escompte⁴⁰⁴, der die Interessen der großen französischen Banken vertrat. Das der Bank für 20 Jahre bewilligte Notenprivileg wurde bis 1929 verlängert und dann für weitere 40 Jahre (ab 1921 gerechnet) erneuert. Der 1929 unterzeichnete Vertrag reduzierte, wenigstens formal, das ungeheure Ausmaß der Privilegien dieser Privatbank, indem ihr namentlich vorgeschrieben wurde, eine Abgabe für die Zirkulation ihrer

⁴⁰³ Vgl. M. Capet, *Traité d'économie tropicale*, Paris 1958, S. 174.

⁴⁰⁴ Diese Bank gewährte den Finanzgeschäften der B.A.O. die erforderliche Deckung.

Bankbillets an den Staat abzuführen, während dem Staat die Ernennung des Präsidenten des Verwaltungsrates und von vier Administratoren vorbehalten blieb. Der Verwaltungsrat von 1938 bringt kaum eine Veränderung zum Ausdruck. Wir finden in ihm, wie 1923, Maurel, Gradis und einen gewissen Jean Pion, früherer Staatsrat und Schwager eines Le Cesne. Dieser gehört wahrscheinlich zu der Familie von Julien Le Cesne, gestorben 1931, mit Frédéric Bohn zusammen Gründer der C.F.A.O.⁴⁰⁵ und Begründer der Union coloniale française. Einige hohe Beamte des Kolonialministeriums vertreten den Staat. Die allgemeine Leitung der Bank wurde im Augenblick der Krise (1931) Edwin Poilay übertragen, zuvor Generalsekretär der Banque d'Indochine. Der Crédit foncier de l'Ouest Africain (das wichtigste Immobilienunternehmen Französisch-Tropisch-Afrikas: fast die Hälfte des von den Immobiliengesellschaften investierten Kapitals) ist, wie es scheint, eine territorial eingeschränkte Dublette der B.A.O.: Sein Verwaltungsrat hat mehrere Ratsmitglieder mit der B.A.O. gemeinsam und verkörpert fast dieselben Interessengruppen wie diese.

Die Banque commerciale africaine, die zweitwichtigste Bank, wurde 1924 mit einem Kapital von 6 Millionen Franken gegründet, das etappenweise vergrößert wurde und 1929 schon 40 Millionen Franken betrug. Während sie später Girobank war, scheint sie ursprünglich vorwiegend Geschäftsbank gewesen zu sein. In ihren Geschäften finden wir die in Äquatorialafrika tätigen gewichtigen Interessengruppen wieder, die vor dem ersten Weltkrieg in den Konzessionsgesellschaften vertreten waren. Im Verwaltungsrat sitzen E. Alcan (Société Anonyme Française pour l'Importation du Caoutchouc (S.A.F.I.C.) – Alcan & Cie), E. Motte aus der Dynastie der Motte (Textilindustrie Nordfrankreichs: vor 1914 nahm A. Motte, „Industrieller in Roubaix“, Präsident der Gesellschaft Mines de Lens, Aufsichtsratsmitglied der Caoutchoucs de l'Indochine, die Stelle des Vizepräsidenten der Compagnie forestière Sangha-Oubangui ein), J. Weber, 1931 Präsident derselben Forestière Sangha-Oubangui, Aufsichtsratsmitglied von zahlreichen anderen Gesellschaften Französisch-Äquatorialafrikas, die an Handel und Plantagen und auch an ähnlichen Geschäften Französisch-Westafrikas (Comptoirs réunis de l'Ouest Africain usw.) interessiert waren.⁴⁰⁶ In derselben Gruppe des Forestière Sangha-Oubangui finden wir den Ex-

⁴⁰⁵ F. Bohn war Direktor der C.F.A.O. in Marseille, Le Cesne in Paris.

⁴⁰⁶ J. Weber war innerhalb der Union coloniale Präsident einer „Vereinigung der Kakao-, Kaffee-, Hevea- und Ölpalmenpflanzer Westafrikas“ (*Dépêche coloniale* vom 25. Juli 1931).



Abb. 14. Die Bordelaiser Gruppe und S. C. O. A.: Die Finanzverbindungen

Generalgouverneur Angoulvant und Herrn Carton de Wiart, der die an diesen Geschäften teilhabenden belgischen Interessen vertritt.⁴⁰⁷

Die Banque française de l'Afrique ist ebenfalls eine Bank, die vorzugsweise in Äquatorialafrika arbeitet. 1904 wurde sie als Kreditgesellschaft gegründet; mehrfach wechselte sie den Namen.⁴⁰⁸ Man begegnet in ihrem Aufsichtsrat im Jahre 1923 Adrien Josse von der Bank R. Josse, A. Lippens & Cie., A. Fondère und erneut Jean Weber. 1931 finden wir diese Namen nicht wieder, aber wir sehen die des früheren Generalgouverneurs Merlin und des Journalisten und Schriftstellers Pierre Mille, die hier offensichtlich zur Bemäntelung dienen. In der Weltwirtschaftskrise brechen die beiden letztgenannten Banken, zu unbedenklich als Deckung für abenteuerliche Spekulationen benutzt, zusammen. Die zur Einstellung ihrer Zahlungen gezwungene B.C.A. wurde von der Regierung saniert und zugleich bevollmächtigt, zu diesem Zweck 15 Millionen an Banknoten⁴⁰⁹ herauszugeben. Aber diese Sanierung wurde an strenge Bedingungen geknüpft. Das Kapital der B.C.A. wurde von 40 Millionen auf 6 Millionen herabgesetzt, und man schuf 1000 Stück Gründeraktien, die das Kolonialministerium erhielt. Die B.C.A. konzentrierte sich nun auf die Rolle einer Girobank und hing zukünftig von der Gnade der B.A.O. und der großen französischen Banken (Banque de l'Union Parisienne, Crédit commercial de France, den wir seit 1931 in den westafrikanischen Geschäften wiederfinden werden) ab. Die Vertretung ihrer alten Geschäftsinteressen in Äquatorialafrika geht auf Adrien Josse, Robert Josse sowie auf einen Belgier über. Die B.C.A. scheint die 1932 gegründete Société immobilière et financière africaine, ein Immobilienunternehmen, deren Aufsichtsrat die Vertreter derselben Interessen umfaßt (besonders soweit sie mit der Banque de l'Union Parisienne verbunden sind) und deren Präsident niemand anders als der Generaldirektor der B.C.A. ist, zu kontrollieren. Die wahrscheinlich am Börsenspiel mit rumänischem Erdöl beteiligte Banque française de l'Afrique⁴¹⁰ mußte zur

⁴⁰⁷ 1911 gehörte Jean de Hemptinne, Präsident der Compagnie du Kasai zum Aufsichtsrat der „Forestière Sangha-Oubangui“.

⁴⁰⁸ 1904: Société d'études et de participations industrielles.

1905: Société française industrielle et coloniale.

1909: Banque française industrielle et coloniale.

1910: Banque française de l'Afrique équatoriale.

1924: Banque française de l'Afrique.

⁴⁰⁹ Vertrag vom 26. Juni 1931 mit der Banque de l'Afrique occidentale (C. Fidel, L'Afrique occidentale française et la crise, Paris 1932).

⁴¹⁰ Nach R. Monmarson, L'Afrique noire et son destin, Paris 1950, S. 36/37.

selben Zeit mit einem Defizit von fast 200 Millionen (bei 50 Millionen nominellem Kapital...) in Konkurs gehen. Ihre Gläubiger wurden teilweise von der B.A.O. befriedigt, die bevollmächtigt wurde, zu diesem Zweck 75 Millionen Franken an Banknoten herauszugeben.⁴¹¹ Aber die Bank verschwand. Das Eindringen der großen französischen Geschäftsbanken in die Handelsgesellschaften oder Unternehmungen Afrikas kam in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg durch die Schaffung von Holding- oder Kredit-Gesellschaften zum Ausdruck. Eine der bedeutendsten war die Compagnie générale des colonies, deren durchaus bedeutendstes Geschäftsgebiet vor allem in Nordafrika und Indochina lag, die aber an verschiedenen Unternehmungen Tropisch-Afrikas beteiligt war. Sie wurde 1920 durch ein Konsortium von Banken und Bauunternehmen⁴¹² gegründet, in dem die Bank von Paris und der Niederlande eine entscheidende Rolle spielte. Die Beteiligungen der Compagnie générale des colonies waren hauptsächlich auf das Bankgeschäft gerichtet (Gesellschaften Construction africaine, Hydraulique africaine, Port de Dakar, Silico-calcaire), aber auch auf die Industrie (kleine senegalesische Ölmühlen) und den Handel (Maurel & Prom). Sie wurde mit den Voruntersuchungen für das Bewässerungsunternehmen des Niger beauftragt und erhielt 1926 die Arbeiten am Hafen von Dakar übertragen. In dem gleichen Geschäftsaufschwung wurde 1920 die Société financière française et coloniale unter dem Einfluß der Bank Lazard und des Bankiers Octave Homberg gegründet. Sie interessierte sich vor allem für Kautschuk und Fernostgeschäfte, hatte aber in verschiedenen Gesellschaften Äquatorialafrikas Interessen erworben. Ihr Kapital von 20 Millionen Franken im Jahre 1924 wurde auf 96 Millionen Franken er-

⁴¹¹ Vgl. Anmerkung 410.

⁴¹² Hier sind zu erwähnen: Die Bank von Paris und der Niederlande, vertreten besonders durch *A. Laurent-Attbalin*, der *Crédit Lyonnais* (*E. Enders*), der *Crédit foncier d'Algérie et de Tunisie*, die *Société générale* (*J.-C. Charpentier*), die *Marseillaise de crédit* (*Edouard de Cazalet*), *Adrien Josse* (den wir bereits anführten) und *G. Schwob d'Héricourt* (die Namen in der Hervorhebung erscheinen auch in den Verwaltungsräten von 1923 und 1938). Im Verwaltungsrat von 1923 stellt man die Namen *P. Fougnerolle* (*Travaux publics*), *P. Delmas*, des früheren Kolonialministers *Messimy* und des Generalgouverneurs *Angoulvant* fest. Den Vorsitz führte der frühere Kolonialminister *Adré Lebon*, der anschließend von *Émile Moreau*, Präsident der Bank von Paris und der Niederlande, ersetzt wurde. Ursprünglich gehörte dem Aufsichtsrat auch *Fondère*, einer der großen Geschäftsleute der Konzessionsgesellschaften Französisch-Äquatorialafrikas (*Messageries fluviales du Congo*, die 1907 zur „*Afrique et Congo*“ wurden) an.

weitert, aber im Jahre 1933 auf 15 Millionen verringert, da die Überprüfung ihrer Finanzen 86 Millionen Franken Schulden ergab. Sie wurde von einem Konsortium saniert, in dem sich Lazard, die Banque de l'Union parisienne und die Banque de l'Indochine (Ed. Giscard d'Estaing, geschäftsführender Direktor, dann Präsident, René Bouvier, Paul Bernard) zusammenfanden. In diesem Konsortium befand sich auch Edmond Du Vivier de Streel. Durch seine Vermittlung kontrollierte diese Holding-Gesellschaft anfangs die Gruppe der aus den Konzessionsgesellschaften hervorgegangenen waldwirtschaftlichen Gesellschaften in Gabun, dann ihr handelsmäßiges Organ, die Compagnie commerciale de l'Afrique équatoriale (frühere Etablissements F. Brandon), gegründet 1909 und Sitz in Libreville. Indem er sich der Konjunktur anpaßt, unterstützt Ed. Du Vivier de Streel nach dem endgültigen Niedergang des Kautschukhandels die auf dem Wege der Entwicklung befindlichen Baumwollgesellschaften, die im Comité cotonnier de l'A.E.F. (Compagnie cotonnière équatoriale française, Compagnie cotonnière du Haut-Oubangui, Société française des cotons africains, Compagnie commerciale Ouahm et Nana) zusammengeschlossen sind. All' diese Gesellschaften weisen eine belgische Beteiligung auf (Compagnie cotonnière congolaise, u. a.). Man begegnet Ed. Du Vivier de Streel zusammen mit D. Guynet wieder in der Compagnie Minière du Congo français. Er sitzt in den Verwaltungsräten von Say und den Sucreries et raffineries de l'Indochine, Gesellschaften, die ebenfalls zum Geschäftsbereich der Bank von Indochina und darüber hinaus der Bank von Paris und der Niederlande gehören. Die Vertreter einer weiteren Interessengruppe sahen wir bereits in der Banque française de l'Afrique (A. Josse von der Banque R. Josse, A. Lippens & Cie., Aufsichtsratsmitglieder bei Bergougnan, A. Motte, Textilindustrieller aus Roubaix). Zu ihr gehörten W. Guynet (später auch D. Guynet) – Afrique et Congo mit Fondère, Compagnie Minière du Congo français, Compagnie équatoriale des Mines, Société africaine d'entreprises, Société des Sultanats – und belgische und niederländische Interessen. Der leitende Vorsitzende dieser Gruppe scheint bis in die dreißiger Jahre Jean Weber gewesen zu sein; ihr Ausgangspunkt waren die Compagnie forestière Sangha-Oubangui und ihr Zwillingsunternehmen Compagnie commerciale Sangha-Oubangui. Es war im Jahre 1928 zur Verschiffung der von den Faktoreien gelieferten oder importierten Waren gegründet worden. Diese Gruppe kontrollierte unter anderem die Congolaise du caoutchouc, die Compagnie nouvelle du Kouango français, die Compagnie commerciale Sangha-Likouala (Transportunternehmen), sämtlich in Französisch-Äquatorialafrika, die Plantations de la Tanoé.

(Elfenbeinküste) und ein Handelsunternehmen, die Comptoirs réunis de l'Ouest africain (Dahomey). Die Gruppe scheint den Bankenkrach Äquatorialafrikas und die Krise, auf die das Erlöschen der letzten Konzessionen (31. Dezember 1935) folgte, nicht überstanden zu haben. Die „Forestière“, deren Kapital von 36 auf 9 Millionen im Jahre 1934 reduziert worden war, gerät mit den meisten ihrer Tochterunternehmen unter die Kontrolle einer Holding-Gesellschaft Union minière et financière coloniale⁴¹³, deren Verzweigungen wir nicht genau feststellen konnten, aber die sich mit der Financière française et coloniale, d. h. mit der Bank von Indochina, zu durchdringen scheint. Auf jeden Fall sind nach dem zweiten Weltkrieg die „Forestière“ und die angeschlossenen Gesellschaften Filialen der Financière française et coloniale geworden. Die Handelsgesellschaft Sangha-Oubangui ebenso wie die Gesellschaft Plantations de la Tanoé werden ihrerseits Filialen der S.C.O.A. Am Ende dieser Periode besteht von der Gruppe Fondère-Guynet noch die Société Afrique et Congo (Bénédict-Guynet), die sich auf den Handel beschränkt und einer Tochterunternehmung, der Compagnie générale des Transports en Afrique, ihre Transportaufgaben (Schiffahrtstransport auf dem Kongo und dem Ubangi) überträgt. Die schnell unter die Vorherrschaft der „Bank von Indochina“ fallende Gruppe hat Interessen in der Compagnie minière de l'Oubangui-Oriental und in der Compagnie minière du Congo français, in der ebenfalls direkte oder indirekte Vertreter der Banque de l'Union Parisienne sitzen.

Eine andere Holding-Gesellschaft mit Interessen in Afrika (Kamerun) ist die von der Banque de Rivaud abhängende Société financière des caoutchoucs. Der Geschäftsbereich dieser Gesellschaft lag in erster Linie in Indochina. Sie kontrolliert die Société Africaine forestière et agricole⁴¹⁴ (bis 1939 Plantations de la Sanaga) und die Compagnie commerciale de l'Equateur (mit dem Reeder Vieljeux), die Union tropicale de plantations⁴¹⁵ und die Forestière équatoriale. Diese Holding-Gesellschaft scheint unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg ihren Geschäftsbereich auf Schwarzafrika ausgedehnt zu haben, wobei sie sich die Ausschließung der deutschen Gesellschaften zunutze machte. Wie man sehen wird, erstreckte sich

⁴¹³ Diese Holding-Gesellschaft besitzt Beteiligungen an der Compagnie Équatoriale des Mines, der Compagnie minière coloniale und an anderen Gesellschaften.

⁴¹⁴ Kamerun und Elfenbeinküste.

⁴¹⁵ Sie besaß von 1920–1928 afrikanische Ölmühlen. Weiter gehörten zu ihrem Geschäftsbesitz eine Ölpalmenpflanzung und eine Ölmühle in Dabou (Elfenbeinküste). Das Aktienpapiereigentum der Gesellschaft (Heveapflanzungen in Indonesien, usw.) stellte 1939 vier Fünftel ihres Vermögens dar.

der direkte Zugriff der französischen Hochfinanz schließlich vor allem auf Äquatorialafrika. Westafrika bleibt das Gebiet der aus den alten Geschäftshäusern hervorgegangenen Interessengruppen, aber nicht ohne ein zu beobachtendes Eindringen der Interessen der Hochfinanz oder vielmehr nicht ohne eine Verschmelzung mit ihnen, wie sie schon in der Struktur der Banque de l'Afrique occidentale sichtbar ist. Die Bordelaiser Gruppe ist überaus umfassend. Ihre finanzkapitalistischen Elemente haben Interessen, die unter denen der eigentlichen Bank, der Bordelaiser Geschäftsunternehmen und den kolonialen Unternehmungen aufgeteilt sind. Aus der Bordelaiser Gruppe ist zum Beispiel Baron Jean Davillier zu nennen, der nach dem zweiten Weltkrieg Präsident des Crédit commercial de France⁴⁴⁶ wurde und eng mit der Société de banque suisse verbunden ist.⁴⁴⁷ Mit Baron Léon de Nervo (Metallurgie: Denain-Anzin, Saut-du Tarn; Chemins de fer de l'Est; Kolonialunternehmungen: Mokta El Hadid, Phosphates de Gafsa; Hafenunternehmen), Schwager des Baron Jean Davillier, kommen wir in die Späre der französischen Hochfinanz. Leitender Angestellter seiner Gruppe in den Bordelaiser und afrikanischen Unternehmungen derselben ist Robert Lemaigen, Schwiegersohn von Léon de Nervo, der auf Handels- und Kolonialgeschäfte spezialisiert ist. Er wirkt hauptsächlich durch eine Holding-Gesellschaft, die Société commerciale d'affrètements et de commissions, welche eine ganze Reihe von Gesellschaften kontrolliert, die mit dem Hafengeschäft verbunden sind (Verproviantierung, Bootswesen, Transithandel, Schiffswerkstätten). Man begegnet am Vorabend des zweiten Weltkrieges im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft außer Robert Lemaigen, dem vorsitzenden Generaldirektor, zwei englischen Aufsichtsratsmitgliedern, Cyril Hay und Charles Ascherson⁴⁴⁸, daneben Louis Beigbeder aus einer – anscheinend mit der Hochfinanz verbundenen – protestantischen Familie von Bordelaiser Reedern.⁴⁴⁹ Unter den von der Commerciale d'Affrè-

⁴⁴⁶ Der Crédit commercial de France kontrolliert besonders die Zementtrusts (Lafarge, Chaux et Ciments de Marseille sowie ihre westafrikanische Tochtergesellschaft) und Bierbrauereien, mit denen die Société des Brasseries de l'Ouest africain – S.O.B.O.A. – und ihre Interessengruppe verbunden ist.

⁴⁴⁷ Besonders übt diese ihre Kontrolle über Nestle aus.

⁴⁴⁸ 1949 gehört dem Aufsichtsrat Alexander Hay an, ein Verwandter (wahrscheinlich Sohn) des ersten.

⁴⁴⁹ Vor dem Kriege ist er mit der Interessengruppe Mirabaud-Puerari-De Nervo, dann mit der Banque de l'Union Parisienne verbunden. Die Genannten finden sich sämtlich im Verwaltungsrat von Mokta-El-Hadid, einem anderen Unternehmen der Gruppe Nervo wieder.

tements et de commissions kontrollierten Gesellschaften und den mit ihr verbundenen müssen wir die Société Commerciale des Ports de l'Afrique occidentale (S.O.C.O.P.A.O.), die Ateliers et Chantiers maritimes de Dakar, die Sénégalaise d'approvisionnements, die Charbonnages de Dakar sowie die Gesellschaften Sénégal-Mazout und Dakar-Soutes⁴²⁰ erwähnen. Baron Jean Davillier sitzt außerdem in den Aufsichtsräten des Crédit foncier de l'Ouest africain⁴²¹ und der Eaux et Électricité de l'Ouest africain.

In der Holding-Gesellschaft von Gradis (Société française pour le commerce avec des colonies et l'étranger) – aus den Anciens Établissements David Gradis et fils von Bordeaux im Jahre 1921 hervorgegangen – finden wir dieselbe Verbindung zwischen den Bordelaiser Familieninteressen und der protestantischen Hochfinanz (Banque de l'Union Parisienne). 1688 in Bordeaux niedergelassen, begründet die Familie Gradis ihr Vermögen aus dem Handel mit Westindien, bestehend in Zucker- und transatlantischem Sklavenhandel. Sie bleibt an den Kolonialgeschäften (O.P.T.O.R.G., eine Kreditgesellschaft, die ursprünglich auf Indochina ausgerichtet war, Crédit marocain, Comptoir français du Maroc) und an den Proviantierungsgeschäften (Distilleries de l'Indochine, Agricole et Sucrière de Nossi-Bé, Brasseries du Maroc und Brasseries de l'Ouest-africain) interessiert.⁴²² Im Aufsichtsrat dieser Holding-Gesellschaft sitzen an der Seite der Mitglieder der Familie Gradis Vertreter der Banque de l'Union Parisienne (besonders ihr stellvertretender Generaldirektor Charles Letondot). Die alten Bordelaiser Geschäftshäuser, entweder Handelsunternehmen wie Peyrissac, Devès & Chaumet, Buhan & Teyssère, Chavanel, Vézia, Schiffahrtsgesellschaften wie Delmas, oder beides zugleich wie Maurel & Prom, arbeiten weiterhin direkt in Französisch-Westafrika, hauptsächlich im Senegal und im Sudan (heute Mali). Sie haben sich, was ihre Struktur betrifft, unterschiedlich entwickelt. Manche von ihnen, die anonyme und an der Börse zugelassene Gesellschaften geworden sind, durchdringen sich mit den zuvor angeführten Holding-Gesellschaften: Jean Davillier und Robert Lemaig-

⁴²⁰ Darüber hinaus ist die Geschäftstätigkeit dieser Gesellschaft oft vielschichtig. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges dehnen die „A.C.D.“ (Ateliers et Chantiers maritimes de Dakar) ihre Geschäftstätigkeit auf alle Zweige der Metallurgie aus, Dakar-Soutes verkauft chemische Erzeugnisse, Insektenpulver, und umfaßt ein Unternehmen zur Desinfektion von Wohnungen.

⁴²¹ Wo die Bank von Indochina und der Crédit Commercial de France zu herrschen scheinen.

⁴²² Vertreten zum Teil durch die Gradis, zum Teil durch die Schwob d'Héricourt, rechtsseitige Vettern der Gradis.

nen sitzen im Aufsichtsrat von Peyrissac, und Gaston Gradis sitzt in den Aufsichtsräten von Maurel & Prom und von Gebrüder Maurel. Chavanel und Vézia dagegen figurieren nicht in den Finanzjahrbüchern, was übrigens nicht den Schluß zuläßt, daß sie dem Finanzkapital nicht angehören. Die Entwicklung von Peyrissac ist charakteristisch. Der Begründer der Firma, zuerst kaufmännischer Angestellter, läßt sich auf seine Rechnung 1872 in St. Louis nieder, gründet Kontore, vergesellschaftet sich 1886 mit einem Bordelaiser Reeder und legt sich eine Flottille zu. Zuerst ausschließlich im Gummi- und sudanesischen Kautschukhandel tätig, muß er 1908, um seine Geschäfte zu halten und zu erweitern, an auswärtige Kapitalien appellieren und sein Unternehmen in eine anonyme Gesellschaft umwandeln. Von 1920 bis 1933 fügen seine Nachfolger den alten Kontoren zahlreiche Tochterunternehmungen hinzu: Salins du Cap Vert, Compagnie d'électricité du Sénégal, Compagnie La Bia (Forstwirtschaftsbetrieb und Plantagen in Elfenbeinküste), Société de Bamako (Flußschiffahrt auf dem Niger). Die Krise zwingt Peyrissac, die meisten seiner Tochterunternehmen aufzulösen oder sie mächtigeren Unternehmungen als Beteiligung einzugliedern.⁴²³ Peyrissac ist in verschiedenen Unternehmungen mit der Gruppe Delmas verbunden. Das ist der Fall in der Holding-Gesellschaft Société auxiliaire africaine (an der auch die C.F.A.O. beteiligt ist), von welcher die Manutention africaine (Schiffsreparaturen, Maschinerie, Baumaterialien) kontrolliert wird. Ebenso kontrolliert sie die Grande imprimerie africaine (die einzige Druckerei Französisch-Westafrikas, die über eine Rotationsmaschine verfügt und die Tageszeitung Paris-Dakar und verschiedene andere Zeitungen druckt). Weitere von ihr beherrschte Unternehmen sind die Salins du Sine Saloum (deren Markt vom Senegal bis zum Sudan (Mali) und bis zum Niger reicht), die Eaux et Électricité de l'Ouest-Africain (mit der Gesellschaft Thomson-Houston und der Gesellschaft Omium sucrier), die Bananeraies de Kin-San (mit der Financière française et coloniale) und andere.

Über diesem Kaleidoskop von Gesellschaften, die zusätzliche Geschäftszweige darstellen, dürfen wir nicht vergessen, daß die mit der Schifffahrt und den Ölmühlen von Bordeaux vergesellschafteten Firmen des Tauschhandels immer das Wesentliche darstellen, wobei sie Transportwesen oder abhängige Industrien direkt mit dem Handel verbinden. Peyrissac, zuerst auf die Gebiete längs des Senegal und Niger konzentriert, dann in Guinea niedergelassen, kontrolliert im Jahre 1946:

⁴²³ J. u. R. Charbonneau, *Marchés et marchands d'Afrique noire*, Paris 1961, S. 73–78.

Im Senegal und Mauretanien 4 Hauptgeschäfte und 29 Zweiggeschäfte, die längs der Eisenbahnen Dakar-St. Louis und Thiès-Kayes, im Salum und an der Küste verteilt sind. Eines der Zweiggeschäfte befindet sich in vorgeschobener Stellung in Port-Etienne (Mauretanien).

Im Sudan (Mali) 2 Hauptgeschäfte und 31 Zweiggeschäfte.

In Guinea 1 Hauptgeschäft und 6 Zweiggeschäfte.

In Elfenbeinküste 2 Hauptgeschäfte.

Peyrissac „handelt“ Gummi, Erdnüsse und Kautschuk. Während der Gummi zu Beginn des Jahrhunderts schon keine Bedeutung mehr hatte, verlor der Kautschuk diese nach 1914. Dafür wird aber jetzt mit anderen Produkten gehandelt. Es sind Lebensmittelprodukte (Hirse, Fonio) für den Lokalmarkt, in den dreißiger Jahren das Gold Guineas, wobei Peyrissac mit Chavanel bis 1940 der Hauptkäufer ist (Handelsumfang 600 kg jährlich zu dieser Zeit). Im Import erfüllen diese Rolle Reis, Zucker, Tee, Alkoholika, Baumwollstoffe (Absatz von 500–600 t Gewebstoffen im Senegal und Sudan im Jahre 1939, was 35–40 Prozent der Geschäftsumsätze Peyrissacs darstellt). Dann sind es Haushaltgeräte, Baustoffe und technische Geräte, Fahrzeuge. Peyrissac ist ausschließlicher „Vertriebsbeauftragter“ der Compagnie des compteurs, von Remington (Schreibmaschinen), von Peugeot (Automobile und Fahrräder), von Hotchkiss, von Thomson-Houston, der Firma Lampes Mazda und anderer. Die Elemente der Handelstätigkeit der Établissements Maurel & Prom unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg bestehen in folgendem: Grundbesitz, Immobilien und Zweiggeschäfte in 148 Orten, davon 111 im Senegal, 17 in Guinea und im Sudan (Mali), 30 in Gambia, ferner aus einem Netz von 18 Großbäckereien (in den Hauptorten des Senegal und in Bathurst, in Gambia). In Dakar betreibt die Firma ein Industrieunternehmen und Kühllhäuser (die wichtigsten der Stadt) und in Gemeinschaft mit der amerikanischen Vacuum Oil Treibstofflager. Ihre Flotte umfaßt zwei Mehrzweckfrachter von 6200 und 4200 Tonnen, 11 Kutter, 26 Frachtboote.

So ergibt sich aus einer langen Reihe von Tatsachen die Verflechtung und gegenseitige Durchdringung der Bordelaiser Gruppe mit der protestantischen Hochfinanz (Banque de l'Union Parisienne), die wahrscheinlich unmittelbar an den Familienbeziehungen der Bordelaiser Reeder angeknüpft hat.

Die Marseiller Gruppe erscheint einheitlicher. Sie umfaßt finanzkapitalistische Elemente (Marseillaise de crédit, wo man Reedern, Kaufleuten und Industriellen aus Marseille begegnet) und Reeder (Cyprien-Fabre und Fraissinet). Ihr Organ ist in erster Linie die mächtige Compagnie fran-

gaise de l'Afrique occidentale (C.F.A.O.). Zu den Mitgliedern ihres Aufsichtsrates zählen der französische Botschafter Charles-Roux, Präsident der Suez-Kanal-Gesellschaft, Paul Cyprien-Fabre, Edouard de Cazalet (der in Chaix' Finanzjahrbuch von 1923 noch kurz Cazalet hieß), P. Zarifi, der später durch G. Mitaranga (Vertreter einer griechisch-marseillaiser Gruppe, die an allen großen Marseiller Geschäften beteiligt ist, wie Ölmühlen, Zuckerindustrie, Brauereien, nordafrikanische Geschäfte, Bank und Eisenbahnen in Griechenland) ersetzt wird. Die C.F.A.O., eine der drei „Großen“ des Tauschhandels, verfügt über eine sehr feste Finanzlage, die es ihr ermöglichte, die Krise von 1929 bis 1931 ohne größere Schwierigkeiten zu überstehen. Ihr Netz von Geschäftsstellen erstreckt sich auf ganz Französisch-Westafrika und auf die britischen Territorien Westafrikas. Sie betreibt einige Ölmühlen (besonders in Rufisque und in Dahomey), eine Seifenfabrik (in Lomé), Entkernungsanlagen für Baumwolle und Früchte des Baumwollbaums (Dahomey) sowie Gerbereien (Tanneries de Rufisque, Société Manucuir à Koulikoro). Die Firma verfügt über Tochtergesellschaften (Sénégalaise de précontrainte industrielle, Société des fruits coloniaux) und besitzt Beteiligungen an verschiedenen Unternehmen (Société auxiliaire africaine, zusammen mit der Bordelaiser Gruppe, Société Palme, zusammen mit dem Unilever-Konzern und der C.I.C.A., Bank of the British West Africa).

Unter den Marseiller Geschäftsinteressen sei noch die 1917 gegründete Société commerciale et industrielle de la Côte d'Afrique (C.I.C.A.) erwähnt, die Niederlassungsgeschäfte in Elfenbeinküste, Dahomey und Togo besitzt. Ihr Präsident ist Marc Fraissinet. In ihrem Aufsichtsrat befinden sich mehrere Aufsichtsratsmitglieder aus der Marseillaise de Crédit: seit dem zweiten Weltkrieg auch Luc Durand-Reville, leitender Angestellter bei verschiedenen Unternehmen der protestantischen Spitzenbank, der hier anscheinend die Interessen einer anderen Gruppe vertritt. In den dreißiger Jahren saß im Aufsichtsrat der C.I.C.A. ein Daniel-Dreyfus, den man zusammen mit Graf Pastré und den Herren Paul und Léon Cyprien-Fabre im Aufsichtsrat der Chargeurs Réunis, einem Marseiller Schiffsverkehrsunternehmen, wiederfindet. Dieses ist mit der schon erwähnten Bank Worms & Cie vergesellschaftet und besaß das Monopol der Regierungs- und Posttransporte nach den französischen Territorien der afrikanischen Küste. Die Chargeurs Réunis haben in Afrika einen bedeutenden Immobilienbesitz inne. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß zwischen der Bordelaiser und der Marseiller Gruppe keine undurchdringlichen Trennwände bestehen. Auf dem Gebiet der Schifffahrt bildet die Gruppe Fraissinet-

Fabre-Paquet-Delmas-Vieljeux eine einheitliche Organisation. Ein Fraissinet sitzt im Aufsichtsrat der Schiffahrtsgesellschaft Delmas-Vieljeux⁴²⁴, Lucien Maurel begegnet mit Daniel-Dreyfus Paul und Lucien Cyprien-Fabre in der Compagnie de navigation sud-atlantique, einem Tochterunternehmen der Chargeurs Réunis. Delmas, Fabre und Fraissinet sind wieder im Aufsichtsrat der U.S.I.M.A. (Union sénégalaise d'industries maritimes), unabhängig davon behält die Firma Fabre ihre aus der Vergangenheit stammenden eigenen Geschäftsstellen für den Tauschhandel in Dahomey bei.

In der Société commerciale de l'Ouest africain (S.C.O.A.) haben wir einen zweiten „Großen“ des Tauschhandels vor uns. Von Schweizer Kaufleuten gegründet, vereint sie in ihrem Aufsichtsrat Schweizer Aufsichtsratsmitglieder (Hans O. Ryff, dann Fräulein Ryff zwischen den zwei Weltkriegen; H. Sigg und Maurice Golay, beide mit Wohnsitz Basel und nach dem zweiten Weltkrieg ständige Aufsichtsratsmitglieder), Vertreter des Crédit commercial de France (mit der Société de Banque suisse liiert), der Banque Lambert-Biltz (Alfred Lambert), der Banque Jacquier & Cie. aus Lyon, (Paul Isnard Le Francé). Ihr Präsident war lange Jules Exbrayat von der Banque Demachy (liiert mit de Wendel), der zugleich Aufsichtsratsmitglied der Banque de l'Union Parisienne war.

Die finanzkapitalistischen Elemente scheinen ihren Einfluß als Folge der Krise von 1929 bis 1931 erlangt zu haben, die für diese Gesellschaft infolge einer gewagten Geschäftsführung eine schwierige Periode war. Das Kapital, das 1931 157,5 Millionen Franken betrug, mußte schrittweise von 1932 bis 1934 auf 65 Millionen Franken verringert werden. Nachdem die finanzkapitalistischen Elemente durch die Sanierung des Unternehmens zu dessen Herren geworden waren, schlossen sie ihm die Société commerciale Sangha-Oubangui und die Plantations de la Tanoé an. Die Société commerciale Sangha-Oubangui ist eigentlich nur eine besondere geschäftliche Bezeichnung, die die S.C.O.A. in Französisch-Äquatorialafrika führt. Die Plantations de la Tanoé sind ein früheres Unternehmen der Gruppe Sangha-Oubangui. Die S.C.O.A. ist an den Messageries africaines und an den Messageries du Sénégal (zu der die Société auxiliaire africaine und die von Luc Durand-Reville vertretenen Interessen gehören) beteiligt. Die Ge-

⁴²⁴ 1948 findet man in den Aufsichtsräten dieser Gesellschaften: Compagnie de navigation Cyprien-Fabre: Geschäftsführer Paul Cyprien-Fabre und Jean Fraissinet. Compagnie de navigation Fraissinet: Präsident Jean Fraissinet, Verwalter P. Vieljeux, usw. Compagnie de navigation Paquet: Präsident Jean Fraissinet. Compagnie Delmas-Vieljeux (La Rochelle): Präsident P. Vieljeux, Verwalter Jean Fraissinet, Frau Frank Delmas, usw.

schäftslage der S.C.O.A. besserte sich schnell: die Höhe ihrer Geschäfte betrug 1938/39 800 Millionen, 1948/49 25 Milliarden.⁴²⁵

Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg umfaßte sie die folgenden Geschäftsniederlassungen:

Senegal: 2 Hauptgeschäftsstellen, 25 Nebengeschäftsstellen;

Guinea: 1 Hauptgeschäftsstelle, 26 Nebengeschäftsstellen;

Sudan (Mali): 1 Hauptgeschäftsstelle, 10 Nebengeschäftsstellen;

Elfenbeinküste und Obervolta: 6 Hauptgeschäftsstellen, 37 Nebengeschäftsstellen;

Dahomey: 1 Hauptgeschäftsstelle, 20 Nebengeschäftsstellen;

Niger: 2 Hauptgeschäftsstellen, 3 Nebengeschäftsstellen;

insgesamt: 14 Hauptgeschäftsstellen, 134 Nebengeschäftsstellen in dem Block Französisch-Westafrika und Togo.

Kamerun: 1 Hauptgeschäftsstelle, 8 Nebengeschäftsstellen;

Tschad: 1 Hauptgeschäftsstelle.

Für ihre Importe verfügte sie über eine Agentur in Manchester und über eine Filiale in New York.

Der dritte „Große“, die Gruppe Unilever, erscheint nirgends unter dem eigentlichen Namen, sondern nur in Gestalt verschiedener vorgeschobener Gesellschaften. Hier handelt es sich nicht um eine auf ein bestimmtes Gebiet des Tauschhandels begrenzte Gruppe, sondern um einen Welttrust von außergewöhnlichem Umfang. Wir halten es für zweckmäßig, dem Leser die Geschichte des Trusts vor Augen zu führen und seine wichtigsten Eigenheiten zu beschreiben, ehe wir seine Geschäftstätigkeit in Tropisch-Afrika untersuchen. Unilever ist ein Welttrust für Pflanzenfette (60 Prozent seines Geschäftsumfanges); darüber hinaus befaßte er sich mit verschiedenen damit verbundenen Geschäften. 1946 befand sich mehr als ein Drittel des Welthandels der Fettstoffe in seinen Händen: Er lieferte 12 Prozent des Weltverbrauchs an Seife und zwei Drittel des Verbrauchs an Seife im britischen Empire sowie 75 Prozent der in Europa und 40 Prozent der in der Welt verbrauchten Margarine. Hervorgegangen aus der Verschmelzung eines britischen Seifentrusts und eines niederländischen Margarinetrusts, erhielt diese Finanzgruppe 1937 ihre endgültige Form. Aus fiskalischen Gründen besteht die Spitzengruppe aus zwei Holding-Gesellschaften, einer britischen und einer niederländischen, aber beide besitzen den gleichen Aufsichtsrat. Die zwei Gesellschaften sind die Lever Brothers and Uni-

⁴²⁵ Laufendes Rechnungsjahr vom 1. April–31. März des folgenden Jahres.

lever Ltd beziehungsweise Lever Brothers and Unilever N.V. Der Präsident der britischen Holding-Gesellschaft, Geoffrey Heyworth (Engländer), ist Vizepräsident der niederländischen Holding-Gesellschaft, und deren Präsident, Paul Rykens (Holländer), ist Vizepräsident der britischen Holding-Gesellschaft.⁴²⁶ Das eigentliche, aus vier Mitgliedern bestehende Leitungskomitee hat in London in dem 1932 in der City errichteten Unilever-Haus seinen Sitz. Das erste Bildungselement der Finanzgruppe war der englische Seifentrust Lever Brothers. Der Gründer der Firma, William Hesketh Lever (1851–1925), der kurz vor seinem Tode Lord Leverhulme wurde, begründet sein Vermögen mit der Einführung der Seifenkugel, die die bis dahin übliche Lieferung an den Kleinhandel in Stangenform ersetzte (Sunlight-Betriebe, 1888 gegründet). Er gründet Tochterunternehmungen in ganz Westeuropa und dem britischen Empire. Mit Hilfe der englischen Regierung entwickelt er während des ersten Weltkrieges die Margarineindustrie und gründet ein Unternehmen für Fischfang und Fischverkauf. 1920 kontrolliert er drei Viertel der britischen Seifenherstellung. Schon vor 1914 ist die Gruppe Lever an den Kolonialgeschäften interessiert, um ihre Rohstoffversorgung auf direktem Wege sicherzustellen. Davon zeugen Kokospalmenplantagen auf den Salomonen und Ölpalmenplantagen in Belgisch-Kongo. 1921 kauft sie für 8,5 Millionen Pfund Sterling die Royal Niger Company, eine das Monopol für Flußtransporte auf dem unteren Niger und dem Benuë besitzende und den Handel Nigeriens beherrschende alte Chartergesellschaft. 1929 nimmt die Gruppe unter Ausnutzung der Krise und in Vergesellschaftung mit Vertretern der Shellgruppe von ihrer hauptsächlichen britischen Rivalin, der durch fehlgeschlagene Kakaospekulationen in Schwierigkeiten geratenen Handelsgesellschaft African and Eastern Company Besitz. Anschließend verschmilzt die African and Eastern Company mit der Royal Niger Company und bildet mit ihr zusammen die United Africa Company, die zum wichtigsten Vertreter des Unilever-Trusts in dem Kontinent werden wird. Zur selben Zeit (1928) verschmilzt das Monopol der holländisch-deutschen Margarinefabriken Jurgens-Van den Bergh-Schicht mit den Lever Brothers, um gemeinsam mit ihnen die Unilever-Gesellschaft zu bilden, die der europäischen Margarineherstellung die afrikanischen Kraftreserven der Gruppe erschließt. Zur Seife und zur Margarine fügt die Gruppe andere Geschäftszweige (in

⁴²⁶ Die weiter unten aufgeführten Angaben, betreffend Zustand und Struktur des Unilever-Konzerns, beziehen sich, außer wenn anders angegeben, auf das Jahr 1946. (Quelle: *Fortune*, Dezember 1947, Januar, Februar 1948.)

Großbritannien Fischfang, verbunden mit Fischhandel, Lebensmittelkonserven, Sahneis, Liptontee usw.), Beteiligungen an Papier und Textilindustrie hinzu. Im Weltmaßstab ist der Trust an der Herstellung solcher Toiletterzeugnisse und Kosmetika beteiligt, die mit der Seifenherstellung in Verbindung stehen. In Tropisch-Afrika ist die Gruppe am Tauschhandel (60 Prozent der Käufe und 50 Prozent der Verkäufe in Nigeria, 45 Prozent der Käufe und 30 Prozent der Verkäufe in Westafrika insgesamt, und fast der gleiche Anteil an Käufen und Verkäufen in Belgisch-Kongo), am Transportwesen (Flußschifffahrt auf dem Niger und dem Kongo, Frachtdampfer), an den Plantagen⁴²⁷ (in Belgisch-Kongo, wo sie 40 000 Personen beschäftigt, die jährlich 37 000 Tonnen Palmöl und 16 000 Tonnen Palmenmark herstellen) beteiligt. In ihren verschiedenen Unternehmen sind in Westafrika 30 000 Personen beschäftigt. Kurz ausgedrückt, erstreckt sich der Einfluß der Unilever mit Hilfe von 516 Tochtergesellschaften, die mehr als 200 000 Personen beschäftigen, und von 55 anderen Gesellschaften, in denen die Gruppe mehr als 50 Prozent der Aktien besitzt, auf mehr als 40 Länder.

Während in Britisch-Afrika und Togo Unilever unter der Firmierung United Africa Co. (U.A.C.) auftritt, ist der Trust in Französisch-Westafrika durch Gesellschaften mit abgegrenzter Geschäftstätigkeit vertreten: Nouvelle Société Commerciale Africaine (N.O.S.O.C.O.) in Senegal und Portugiesisch-Guinea; Compagnie du Niger français in Guinea, im Sudan (Mali) und Niger, mit Sitz in Dakar; Compagnie française de la Côte d'Ivoire (C.F.C.I.) in Elfenbeinküste und Ober-Volta. Nach dem zweiten Weltkrieg spielte diese Rolle in Dahomey ein altes britisches Handelshaus, John Walkden & Cie. In allgemeiner Beziehung scheint es, daß die U.A.C. ihren Einfluß schrittweise auf die Mehrzahl der alten Tauschhandelsfirmen ausgedehnt habe, die besonders in Kamerun und Französisch-Äquatorialafrika bedeutend waren, aber ebenfalls Kontore in Westafrika, im Süden des Senegal besaßen: R. & W. King aus Bristol (Kamerun, Elfenbeinküste); John Holt (Gabun, Kamerun, Dahomey, Togo); Hatton & Cookson (Kongo, Gabun) aus Liverpool; Paterson & Zochonis aus Manchester (Guinea, Sudan, Kamerun); G.B. Ollivant (Elfenbeinküste, Dahomey, Kongo); Crombie, Stedman & Cie (Togo). Manche von ihnen haben wahrscheinlich Beteiligungen von Unilever erhalten, andere haben wenigstens mit der U.A.C. Übereinkommen getroffen, durch die sie sich praktisch in Ab-

⁴²⁷ Diese liefern dennoch kaum mehr als ein Zwanzigstel der Käufe an afrikanischen Produkten, die die Gruppe vornimmt.

hängigkeit vom Unilever-Trust befinden.⁴²⁸ Die Unilever-Interessen greifen auf Französisch-Äquatorialafrika über, wo sich die Lever Brothers schon 1921, bedacht auf die Sicherung eines Ölpflanzenbereichs, für die Plantagen interessierten und auf die Compagnie propriétaire du Kouilou-Niari die Hand gelegt hatten. Diese Gesellschaft befand sich, selbst nach dem Erlöschen der Konzessionen, im Besitz eines Gebietes, das fast ebenso groß war wie Belgien. Die Société commerciale du Kouilou-Niari, der Schatten der eben angeführten Gesellschaft, betreibt den Tauschhandel in Mittel-Kongo, in Ubangi-Schari und am Tschad, und die Société forestière du Niari beutet Holzeinschläge in demselben Gebiet aus. Alle diese Gesellschaften werden völlig von der U.A.C. kontrolliert. Die „französischen“ Tochtergesellschaften in Französisch-Westafrika sind eng mit den französischen Tochtergesellschaften im „Mutterland“ liiert, wie die Astra-Margarinefabriken, die Palmolive-Seifenfabriken, die Gibbs-Parfümfabrik und andere. Alle diese haben ihren Sitz in Paris, 33, Rue de Miromesnil. Allerdings ist man über die Einzelheiten ihrer finanziellen Struktur schlecht unterrichtet, da die Aktien dieser Gesellschaften sich alle im Besitz der Unilever-Holding-Gesellschaft befinden und nicht an der Börse gehandelt werden. Die entscheidenden französischen Leiter der Finanzgruppe scheinen in der Zeit von 1930 bis 1946 Amédée Thubé und Arnaud Faure gewesen zu sein. 1938 hatte der Export der drei wichtigsten Tochterunternehmen (NOSOCO, Niger français, C.F.C.I.) aus dem gesamten Französisch-Westafrika, Togo, Kamerun, Französisch-Äquatorialafrika, insgesamt den folgenden Umfang:

Produkte	insgesamt in Tonnen	Gruppe (NOSOCO- NIGER FRANÇAIS - C.F.C.I.)	Prozent
Erdnußöl	5 681	—	0
Geschälte Erdnüsse	179 153	28 836	16
Erdnußöl	5681	—	0
Palmöl	29 126	6 965	23,7
Palmenmark	118 905	38 235	32
Schibutter	6 951	3 973	32
Karité-Kerne	11 657	4 147	35
Kakao	83 636	19 945	23,8
Kaffee	20 966	3 272	15

⁴²⁸ Auf alle Fälle sind nach dem zweiten Weltkrieg R. und W. King die Vertreter des Trusts in Kamerun, und Hatton & Cookson in Gabun.

Die Gruppe besitzt außerdem Beteiligungen an verschiedenen Unternehmungen (*Société de fruits coloniaux*, gemeinsam mit der C.F.A.O.; *Société d'exploitation des acajous de Bassam*, *Société minière du Niger français*), sie gibt sich mit der C.I.C.A. und der C.F.A.O. im Aufsichtsrat der *Société Palme (Dahomey)* ein Stelldichein. Zusammen mit der S.C.O.A., der *Société auxiliaire africaine* und der *Société du Haut-Ogooué* ist sie an den *Messageries africaines* (Flußschiffahrt auf dem Niger von Kulkoro bis Gao) und den *Messageries sénégalaises* (Flußschiffahrt auf dem Senegal und Küstenschiffahrt) vertreten.

Der Unilever-Trust hat Verträge mit der C.F.A.O. abgeschlossen, scheint aber sehr enge Verbindungen mit der *Société commerciale d'affrètements et de commissions* (wo es zwei britische Aufsichtsratsmitglieder gibt) zu pflegen. An einigen Bordelaiser Unternehmungen scheint Unilever ebenfalls Interessen erworben zu haben (wobei der genaue Zeitpunkt der Erwerbung nicht festzustellen ist), wie auch an solchen, die mit der protestantischen Finanzaristokratie (*Delmas, Devès & Chaumet, Société du Haut-Ogooué*) liiert sind. Zwischen den Maschen des Netzes, das die drei „Großen“ und die Bordelaiser Gruppe gewoben haben, bleibt in Westafrika wenig Platz. An der Seite der kleinen, sich auf die Rolle von Satelliten beschränkenden Unternehmungen findet man indessen einige direkte Fühler hoher Bankverbindungen oder anderer Gruppen der Finanzaristokratie, wobei es sich übrigens oft um sanierte kleine Unternehmungen handelt. Es wurde bereits auf die Rolle hingewiesen, die Herr Luc Durand-Réville seit den Jahren unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg als leitender Beamter einer von der protestantischen Finanzaristokratie (*Banque de l'Union Parisienne*) kontrollierten Interessengruppe spielte. Zuerst Angestellter von *Maurel & Prom*, wechselte er zur *Société commerciale, industrielle et agricole du Haut-Ogooué*, der Erbin einer der ältesten Konzessionsgesellschaften Französisch-Äquatorialafrikas (Daumas: 1895) über, deren Tätigkeit den Tauschhandel und die Waldnutzung in Gabun und Kamerun einschloß. Luc Durand-Réville war ihr Generaldirektor, bevor er Herrn Jean Boissonnas, verwandt mit den Puerari, Mirabaud, Eichthal, auf dem Präsidentensessel ablöste. Jean Boissonnas saß in einem guten Dutzend von Aufsichtsräten der Finanzgruppe⁴²⁹ und war auch Präsident der *Société des mines de Falémé-Gambie*. 1938 scheinen die Banken Mirabaud und Rueff die größten Aktionäre der Gesellschaft gewesen zu sein. Sie kontrolliert die So-

⁴²⁹ Nach dem zweiten Weltkrieg in den meisten dieser Aufsichtsräte ersetzt durch Rémi Boissonnas.

ciété forestière d'Azingo und das ebenfalls Luc Durand-Réville unterstehende Textilwerk Gonfreville von Bouaké an der Elfenbeinküste. Sie besitzt Beteiligungen an den Messageries du Sénégal, der Société Palme, der Compagnie des recherches aurifères au Gabon, der Société des fibres coloniales, dem Syndicat pétrolier colonial. Luc Durand-Réville sitzt auch neben Jean Fraissinet im Aufsichtsrat der C.I.C.A.

Eine andere am Handel interessierte, aber auch auf Plantagen und Ausbeutung von Wäldern ausgerichtete Gruppe ist die der Mizraki-Lemaître, deren Höhepunkt im Jahre 1929 erreicht war. Den Kern der Unternehmungen dieser Finanzgruppe bildet das Erbe der Firma Verdier an der Elfenbeinküste: Nouvelle compagnie française de Kong, Société des plantations réunies de l'Ouest africain⁴³⁰, Forestière de l'Indénié, Plantations d'Elima. Man findet in dieser Gruppe rein handelsmäßig betriebene Unternehmungen (Compagnie générale des comptoirs africains, gegründet 1921) und forstwirtschaftliche Unternehmungen (Société d'importation des bois exotiques⁴³¹: 1919; Société des bois de Sassandra: 1925). Die Häufung der Gesellschaften dieser Gruppe (Société française des cafés de Côte d'Ivoire, Société coloniale africaine, Compagnie pastorale et commerciale africaine, Plantations et huileries de Bingerville) läßt die Frage entstehen, ob die eigentlichen Unternehmungen der Gesellschaft nicht zum großen Teil spekulative Tätigkeiten verschleiern. Die Gruppe scheint auf jeden Fall sehr von der Weltwirtschaftskrise mitgenommen und seitdem auf eine Schattenrolle beschränkt worden zu sein. Sie kontrolliert übrigens eine ganze Reihe von Gesellschaften des früheren Französisch-Äquatorialafrika (Société agricole du Gabon, Société de la haute Bokoué, Union forestière de l'Ogooué, Union forestière du Fernan-Vaz) und Kameruns (Compagnie pastorale africaine). Zusammen mit der Gruppe Weber ist sie an der Compagnie générale des plantations et des palmeraies de l'Ogooué und an der Compagnie d'exploitations forestières africaines (gegründet 1920) in Französisch-Äquatorialafrika beteiligt. Man findet in allen diesen Gesellschaften die Namen derselben Aufsichtsratsmitglieder: Mizraki, Lemaître, G. Lévi, Calcat, Merle. Eine der Vollständigkeit halber zu erwähnende Gruppe weist neben der Société financière française et coloniale und den Vertretern eines tatsächlichen Bankenkonsortiums (Rothschild, Union Parisienne, katholische Finanzaristokratie) den Präsidenten der Handelskam-

⁴³⁰ Gegründet im Jahre 1926. Pflanzungen in Elfenbeinküste und Kamerun.

⁴³¹ Gegen Ende dieser Periode (Vorabend des zweiten Weltkrieges) ist diese Gesellschaft unter die Kontrolle von Banken gekommen (besonders Gruppe Hottinguer-Vernes).

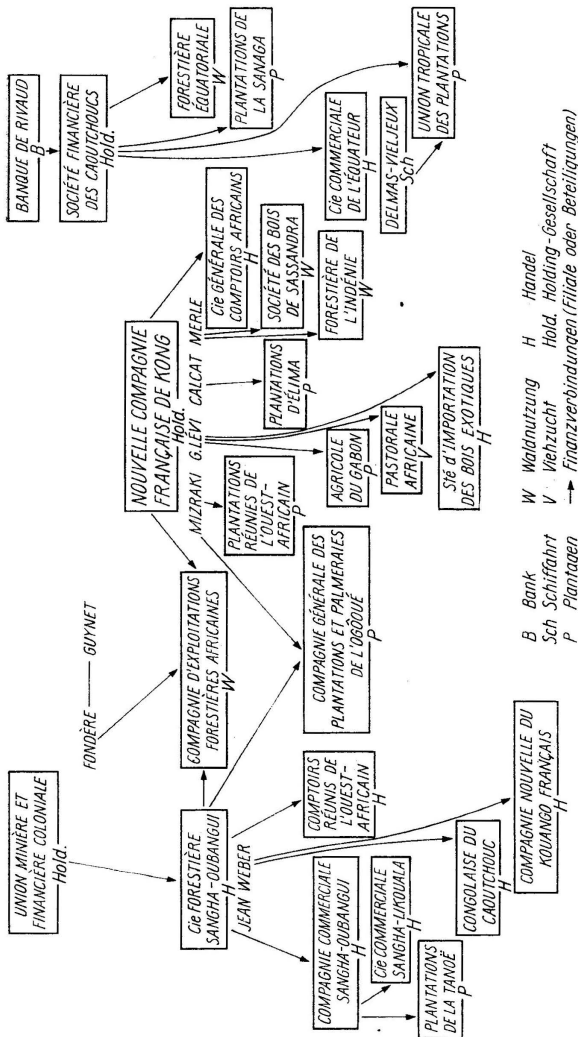


Abb. 16. Zweitrangige Gruppen: Finanzverbindungen

mer von Le Havre (Herrmann du Pasquier), die Société coloniale de représentation (Hirsch), auf. Letztere ist hauptsächlich an Baumwolle und Sisal interessiert. Diese gesamte erlauchte Gesellschaft sitzt im Aufsichtsrat der Compagnie de culture cotonnière du Niger, auf die man große Hoffnungen gebaut hatte und die durch Verträge 1919–1928 und 1936 das

Monopol auf den Baumwollvertrieb im Sudan (Mali) erhalten hatte. Es handelt sich um die erhofften Gewinne aus den enormen Staatsinvestierungen für das Nigerprojekt. Die Zusammensetzung der Gruppe ist Ausdruck der Hoffnungen, die dann aber nicht von den Resultaten bestätigt werden. Man findet die Interessen Hirsch mit einer Bordelaiser Gruppe (*Société coloniale de gérance et d'études: Devès & Chaumet, Gradis, Banque Demachy*) vergesellschaftet in der *Société des cultures de Diakandapé (Sisal)* sowie in der *Société des plantations de Casamance* und in der *Compagnie agricole et industrielle du Soudan*. Neben diesen abgeschlossenen Gruppen seien noch einige Handelshäuser zweitrangiger Größe erwähnt, deren Finanzverbindungen mehr oder weniger bekannt sind. Das Unternehmen *Commerce africain* (Hauptgeschäfte und Nebengeschäfte in Senegal, in Gambia und Elfenbeinküste; Immobiliengüterbesitz in Kamerun) ist aus der früheren Firma *Barthes & Lesieur* hervorgegangen (1920). 1930 schluckte dieses Unternehmen die *Comptoirs sénégalais* der Finanzgruppe *Octave Homberg* auf. Das Unternehmen *Commerce africain* ist ein Tochterunternehmen der Ölgruppe *Lesieur*. Die 1910 die Nachfolge des Bordelaiser Handelshauses *Dutheil de la Rochère & Cie* antretende Firma *Africaine française* beutet ein Netz von Faktoreien an der Elfenbeinküste und in Ober-Volta aus. Sie wird anscheinend von der Bank *Lehideux*⁴³² und von Vertretern der protestantischen Bankaristokratie kontrolliert. Die *S.A.E.R. (Société des anciens établissements Rouchard)*, die die Nachfolge des 1907 gegründeten Handelshauses *L. Rouchard* antrat, zieht ihre Gewinne aus Hauptgeschäftsstellen in Guinea und interessiert sich für öffentliche Arbeiten und Orange-Essenzen und Parfüme (durch ihr Tochterunternehmen *Société commerciale et agricole de Ditinn*). Sie wird anscheinend durch die Gesellschaft von zwei Finanzgruppen, d. h. von der *Union française d'Outre-mer* kontrolliert. Letztere ist eine 1936 gegründete Holding-Gesellschaft (*P. Strohl, Rodolphe d'Adler*). Diese Holding-Gesellschaft unterliegt nämlich teilweise der Kontrolle der *Banque Nationale pour le Commerce et l'Industrie* und teilweise der *Société anonyme française pour l'importation du caoutchouc (S.A.F.I.C.) – Alcan & Cie (E. Crémieu-Alcan, Generaldirektor, und Maurice Alcan)*. Die *S.A.F.I.C.* ist wahrscheinlich mit der *Banque Lazard* liiert.

Die *C.C.I.C. (Compagnie coloniale industrielle et commerciale)*, die frühere *Société africaine des Etablissements Mory*, ist die Filiale einer „algerischen“ Gruppe, die anscheinend von der zum Umkreis von Roth-

⁴³² Verwandter und Gesellschafter des Automobilindustriellen Louis Renault.

schild gehörenden Société anonyme de gérance et d'armement (S.A.G.A.) kontrolliert wird. Die Société générale du Golfe du Guinée ist 1926 durch Verschmelzung der Établissements J. B. Carbou mit der Compagnie cotonnière Ouest-africaine „La Cotoa“, den Comptoirs et huileries du Dahomey und der Société française d'entreprises au Cameroun entstanden. Sie betreibt den Tauschhandel und unterhält Industriewerkstätten (Entkernung von Baumwolle in Togo) in Dahomey, Togo und Kamerun. Sie wird von der Bank Borgeaud (Zuckerraffinerien François, Omnium sucrier) kontrolliert. Die Compagnie foncière de l'Afrique (gegründet 1927) scheint derselben Gruppe anzugehören. Die 1927 gegründete Compagnie soudanaise betrieb ursprünglich Geschäftsstellen im Sudan, um sich dann mehr und mehr auf Kamerun umzustellen, wo sie nach 1944 ausschließlich tätig war (10 Hauptgeschäfte). Die Entreprises africaines, 1921 gegründet, haben Hauptgeschäfte im Sudan (4), in Kamerun (3) und in Gabun (3). Die eine und die andere dieser Gesellschaften hängen von einer wiederum von der protestantischen Bankaristokratie abhängigen Gruppe ab, in der man die Banken Hottinguer und Vernes im Zusammenhang mit der an den Kolonialgeschäften interessierten Bordelaiser Bank Loste⁴³³ findet. Die Compagnie française du Haut et Bas-Congo wurde 1929 durch das Aufschlucken der Compagnie française du Haut-Congo (Gebr. Tréchet, eine Konzessionsgesellschaft mit abgelaufener Konzession) durch die Compagnie française du Bas-Congo (früheres „freies“ Handelsunternehmen in Brazzaville) gegründet. Sie treibt Handel, besitzt eine Flottille zur Flußschifffahrt, die ihre Faktoreien und Plantagen (Ölpalmen) versorgt. Die noch 1931 im Aufsichtsrat sitzenden Gebrüder Tréchet verschwinden anschließend. Die Gesellschaft ist zum Tochterunternehmen einer Holding-Gesellschaft, der Société financière du Congo français⁴³⁴ geworden, die ebenfalls das Unternehmen Crédit foncier du Congo kontrolliert. Diese langen Aufzählungen sollen die eigentliche Sachlage nicht verwirren. Das Wesentliche sind die drei „Großen“ (oder vier Großen, wenn man die Bordelaiser Gruppe als Einheit betrachtet). In den Verwaltungsräten der „Großen“ kommt der Einfluß der Bankenoligarchie zum Ausdruck. Dieser Einfluß war anfangs

⁴³³ Die Bank Loste war auch gemeinsam mit der Société des Batignolles dazu aussersehen, die Aufträge aus der 1914 für die Ausrüstung Französisch-Äquatorialafrikas bewilligten Anleihe, deren Ausführung durch den Krieg verhindert wurde, zu vergeben.

⁴³⁴ Sie besitzt fast die Hälfte der Aktien. Zusammen mit ihrer anderen Filiale, dem Crédit foncier du Congo, der auch an dem Haut et Bas-Congo beteiligt ist, ist sie im Besitz der Aktienmehrheit.

durch die Wirtschaftskrise von 1921, später durch die „Weltwirtschaftskrise“ 1929–1931 gefestigt worden. Die direkt von der Oligarchie der Banken kontrollierten Gesellschaften sind im allgemeinen dem Umfang ihrer Geschäfte nach zweitrangige Gesellschaften. Sie sind oft bedeutungsloser als die nicht an der Börse notierten alten „Firmen“, wie zum Beispiel Vézia, Chavanel oder Soucail. Manche machen den Eindruck, daß sie im wesentlichen Börsenunternehmungen sind, die der systematischen Aussaugung des Publikums und als Deckung für alle Arten von Spekulationen dienen.

c) Der Tauschhandel und die ökonomischen Strukturen

Die Methoden und die Tätigkeit der großen Tauschhandelsgesellschaften haben sich in ihren Hauptzügen nicht entwickelt. Ihr eigentliches Monopol, ihre rein merkantilistische Geschäftstätigkeit, bilden ein Hindernis jedes ökonomischen Fortschritts. 1958 – also weit entfernt von der von uns zu untersuchenden Periode – konnte ein Ökonom schreiben: „Die großen Handelsgesellschaften kennen das Land sehr gut. Sie verfügen über relativ bedeutende Kapitalien, sind aber bestrebt, ihre Investitionen auf gewisse Sektoren zu begrenzen. Diese Sektoren sind: Kauf der Feldprodukte, Verkauf der importierten Produkte, mehr oder weniger starke Verarbeitung der einheimischen Produkte (das erst seit 1940 – J.S.-C), Investitionen in Immobilien. Die Gesellschaften kennen sehr wohl die Schwierigkeiten, denen sie in anderen Geschäftszweigen begegnen würden. Sie wissen, daß sie dazu weder die Techniker noch die Ausrüstungen haben, daß ihr Handelsvolumen groß genug ist, um den Handel unentwickelt lassen zu können, und schließlich, daß andere Geschäftszweige mehr oder weniger den stillschweigenden oder ausdrücklichen Verträgen widersprechen würden, die sie mit den Lieferanten oder europäischen Abnehmern getroffen haben. Aber, indem sie nur importierte Produkte verkaufen und nur kaufen, um zu exportieren, behindern sie durch ihre Stellung auf dem Markt die Führung von Unternehmungen in den afrikanischen Absatzgebieten.“⁴³⁵

In der Tat erlaubt das faktische Monopol den Tauschhandelsgesellschaften, beim Kauf der Feldbauprodukte die Preise so niedrig anzusetzen, daß der Feldbau nicht rentabel im kapitalistischen Sinne des Wortes ist, besonders nicht in den mittelmäßigsten Feldbauzonen (Savannenzonen). Nicht aus Routine vernachlässigen die Tauschhandelsgesellschaften die Produktion, sondern weil dieser Sektor für sie nicht rentabel ist. Ohne Zweifel

⁴³⁵ M. Capet, *Traité d'économie tropicale*, a. a. O., S. 15.

ist die Exportproduktion durch die afrikanische Bauernschaft mittelmäßig und wenig einer schnellen Ausbreitung fähig, wenn man die technischen Mittel bedenkt, die sie besitzt. Aber die Gesellschaften sind nicht daran interessiert, viel zu kaufen; sie sind nur daran interessiert, billig zu kaufen. Die Weite der Profitspannen gleicht die Dürftigkeit der Geschäftstätigkeit aus. 1945/46 machten der Klein- bzw. Zwischenhändler und der Exporteur (der oft zugleich die Rolle des Detailverkäufers übernahm) auf eine Tonne Erdnüsse, die dem senegalesischen Erzeuger mit 3500 Franken bezahlt wurde, jeder einen Profit von 150 Franken netto, d. h. insgesamt einen Profit von 8,5 Prozent. Noch skandalöser erscheinen die aus dem Kaffeeverkauf realisierten Gewinne⁴³⁶: Kaffee wurde grün das Kilo zu 20 Franken (französische Kolonialfranken in Afrika) verkauft, was 42,50 „mutterländischen“ Franken für 1,250 kg des grünen Kaffees entsprach. Diese Menge grünen Kaffees war ausreichend für die Erzeugung von 1 kg geröstetem Kaffee. Der Verbraucherkaufpreis auf dem offiziellen Markt betrug aber 174 Franken das Kilo. Der Erzeuger erhielt davon also 24,4 Prozent. Man wird schwer einsehen, daß die Kosten für Transport und Rösten das Dreifache des Erzeugerpreises ausmachen. Zur selben Zeit wurde die Banane⁴³⁷, die zu 18 Franken vom Erzeuger verkauft wurde, zu 72 Franken an den Verbraucher weiterverkauft. Der Erzeuger erhielt also nur 25 Prozent des Verkaufspreises. Auch hier kann man derartige Spannen durch die Kosten von Transport, Lagerung und Erhaltung, selbst wenn man einen sehr hohen Prozentsatz von Verlusten annimmt, nicht erklären. Die für diese zwei letzteren Produkte festgestellten Gewinnspannen von ungefähr 300 Prozent sind übrigens die bezeichnendsten, denn der Kaufmann, der diese zwei Produkte exportiert, ist nicht sein eigener Abnehmer, während das bei der Erdnuß oft der Fall ist, zumal ein einziger und ständiger Kunde (die Ölindustrie) besteht, was die Verschleierung der wirklichen Spannen zuläßt. In den hohen Handelsspannen liegen auch im voraus schon bezahlte hohe Sätze, welche an das Schiffahrtsmonopol und den Hafentransport gehen, aber derselben Kasse zufließen, da all diese Tätigkeiten in den Bereich desselben Unternehmens fallen.

Um auf die Handelsspanne der Erdnuß zurückzukommen, so stellten die 8,5 Prozent Gewinn des „reinen“ Handels (Transporte ausgenommen) für die Saison 1945/46 (mit etwa 354 000 gehandelten Tonnen Erdnüssen) die beträchtliche Summe von mehr als 100 Millionen französische Kolonialfranken in Afrika allein für den Senegal dar. Da 1 t Erd-

⁴³⁶ Verkaufspreis vom Oktober 1947; Aufkaufspreis aus der Erntezeit 1946–1947.

⁴³⁷ Verkaufspreis vom Oktober 1947; Aufkaufspreis aus der Erntezeit 1946–1947.

nüsse die durchschnittliche Erzeugung einer senegalesischen Bauernfamilie darstellt, der Verkaufspreis (3500 Franken) also infolgedessen ihre Jahreseinnahme ist, versteht man, daß weder der Erdnußanbau unter Verwendung entlohnter Arbeitskraft noch ein Betrieb mit irgendwelchen erforderlichen Investitionen rentabel waren, da das Lohnminimum zu jener Zeit in Dakar und St. Louis bei 20 Franken täglich (also etwa 6000 Franken jährlich) lag. Der Selbstkostenpreis hätte notwendigerweise den dem Bauern zugebilligten Verkaufspreis überschritten...⁴³⁸ Das Monopol und die üblichen Gewinnspannen bildeten ein Hindernis für die Einführung der kapitalistischen Verhältnisse und für den technischen Fortschritt des Produktionsniveaus.⁴³⁹ Im Vorwort seines Werkes über die Bauern Westafrikas, führt Henri Labouret einige Stellen aus der Antrittsrede des britischen Generalgouverneurs Sir Hugh Clifford auf der Sitzung des Legislativrats Nigerias vom Jahre 1920 an, die auf die französischen Kolonien Westafrikas anwendbar sind: „Ihm zufolge ist die ‚einheimische Bauernschaft‘ vorzuziehen, da die europäischen Unternehmungen weniger begünstigt (sic!) sind, indem sie schwere Kosten für Urbarmachung und Niederlassung zu tragen und beträchtliche Kapitalien, die mehrere Jahre unproduktiv bleiben werden, zu investieren und schließlich inmitten einer wenig dichten Bevölkerung die für ihre Tätigkeit unentbehrlichen Arbeiter zu rekrutieren haben.“⁴⁴⁰ Klar ausgedrückt, der afrikanische Bauer wird in der Konkurrenz mit dem kapitalistischen Unternehmen „begünstigt“, da sein Erzeugnis das Ergebnis seiner unmittelbaren Arbeit unter Ausschluß jeder Kapitalinvestierung ist und diese Arbeit ihm nicht nach ihrem Wert bezahlt wird. Der ihm vorgeschriebene Preis beim Kauf seines Erzeugnisses liegt unter den niedrigsten Erzeugerpreisen eines kapitalistischen Unternehmens, da er ein Minimum

⁴³⁸ Es sei bemerkt, daß der Lohn von 20 Franken denjenigen von 1945 darstellt, der im Dezember auf 40 Franken und im Februar 1946 auf 44 Franken gesetzt wurde.

⁴³⁹ Es sei noch bemerkt, daß wir voraussetzen, der Bauer werde zum „richtigen“ Preis bezahlt... In Wirklichkeit erhielt dieser oft weniger: durch die Zurückstufung der Produkte unter dem Vorwand der „Gütebestimmung“, was unter Mitwirkung der Kolonialverwaltung geschah. Diese ließ in Form einer Mischung als höhere Qualität exportieren, was als durchschnittliche oder mindere Qualität gekauft worden war. Ein weiteres Mittel der Preisschmälerung lag in dem allgemein verbreiteten Betrug am Gewicht, in wucherischen Darlehnsrückzahlungen, die die Kaufleute und die „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ von den Preisen absetzten, usw.

⁴⁴⁰ H. Labouret, *Paysans d'Afrique occidentale*, Paris 1941.

an Investitionen und ein Minimum an bezahlter Arbeitskraft einschließt. Das ist das Geheimnis der Großmut, mit der die Kolonisation dem afrikanischen Bauern den Hauptteil der Feldproduktion eingeräumt hat.

Die Gewinnspannen waren nicht weniger annehmlich beim Import. Die einzigen konkreten Anhaltspunkte, die eine Einschätzung in dieser Hinsicht zulassen und über die wir verfügen, stammen ebenfalls aus der ersten Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, als Preis und Handelsspannen von regierungswegen festgesetzt wurden. Die „Fabriksätze“ waren mit Geschicklichkeit nach dem Kleinverkaufspreis kalkuliert, um den übermäßigen Charakter der inliegenden Gewinne weniger augenscheinlich zu machen. Stellen wir zunächst fest, daß diese genehmigten Gewinnspannen Nettogewinne darstellen, da die Transportkosten, der Transit, die Zölle und die allgemeinen Unkosten im Selbstkostenpreis eingeschlossen sind. Hier einige dieser Gewinnspannen in Prozenten vom Selbstkostenpreis oder sogenannten Selbstkostenpreis für die Periode 1945/46:

Perkal- und Guineezeug	35 %
Hemden, Tücher, Servietten	42 %
Zement	25 %
Eisen und Stahl	30 %
Haushaltartikel	40 %
Reis und Grieß	20 %

Fügen wir noch hinzu, daß, da die Berechnung des Selbstkostenpreises durch den Kaufmann erfolgt, es ihm möglich ist, die Ansetzung seiner Warenpreise zu erhöhen und hohe Selbstkostenpreise vorzuschützen. So wurde 1946 die in Marseille mit 798,35 französische Kolonialfranken in Afrika notierte Tonne Zement in Dakar im Durchschnitt für 3035 Franken der französischen Gemeinschaft verkauft. Wenig aber teuer verkaufen war also, kurzgefaßt, die Philosophie des Importhandels, die derjenigen des Exporthandels, „wenig kaufen, aber billig kaufen“, symmetrisch war. Das Interesse der Tauschhandelsgesellschaften war das der liefernden Industriellen. Beide Seiten waren durch stillschweigende oder ausdrückliche Verträge verbunden, die jenen letzteren beschränkte, aber regelmäßige Absatzmöglichkeiten zu hohen Preisen verschafften. Das Fehlen jeder industriellen Tätigkeit seitens der Tauschhandelsgesellschaft – außer in gewisser begrenzter Hinsicht – rührte nicht allein von ihrer „Routine“ her, sondern von Verträgen derselben Art mit den Lieferanten oder den Abnehmern, die geschworene Feinde der Schaffung von „konkurrierenden“ Industrien waren, welche den Vorteil der Billigkeit der Arbeitskraft gehabt hätten. Wo Zwischenhändler und Abnehmer ein und dieselben waren

(zum Beispiel Maurel, Exporteur von Erdnüssen des Senegal und Öl-erzeuger in Bordeaux), brauchte die Frage nicht einmal gestellt zu werden. Aber wenn zufällig Außenseiter mit dieser Politik des „Kolonialinteresses“ zu plänkeln suchten, so wußte die im Dienste der Kolonialinteressen stehende Verwaltung sehr bald die gute Ordnung wiederherzustellen. Die einzigen geduldeten „Industrien“ sind aber solche, die unumgängliche Bedingungen für die Gewinnung der Exportprodukte darstellen (Ausgießen des Kaffees, Enthülsen der Erdnuß – letzteres bis 1940 nur für einen ganz kleinen Teil der exportierten Erdnüsse –, Auspressen des Palmöls), oder deren Erzeugnisse nur unter ungünstigen Bedingungen durch Import geliefert werden können (Eis, kohlen saures Wasser).

Wenn wir daran erinnerten, daß zwischen Handelshäusern und ihren Lieferanten und Abnehmern – die im Endergebnis mehr oder weniger im Innern der Finanzoligarchie verschmolzen sind – Absprachen bestehen, so nehmen wir das zum Anlaß, jeder vereinfachenden Interpretation der von den Kolonialunternehmen gemachten Gewinnspannen vorzubeugen. Der von Marx aufgestellte und von Lenin⁴⁴¹ übernommene Begriff der *kolonialen*

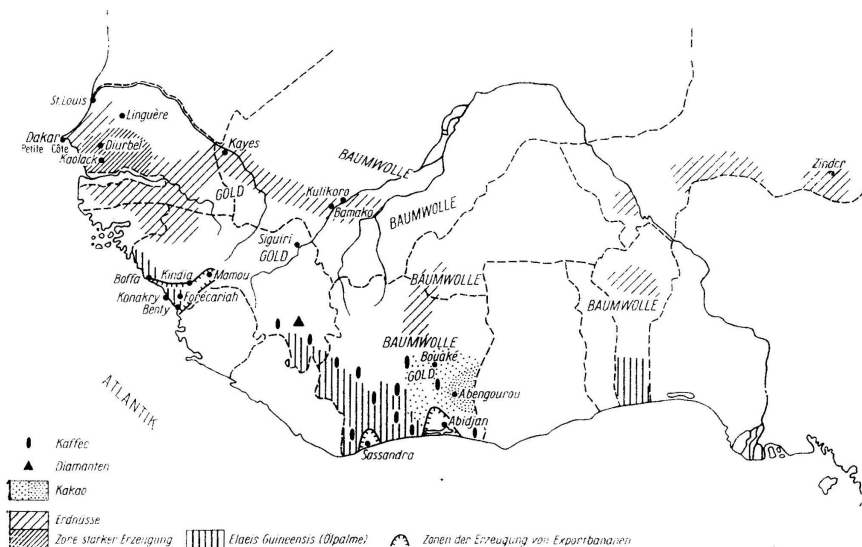


Abb. 17. Wirtschaftskarte Französisch-Westafrikas für 1938

⁴⁴¹ W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd 22, Berlin 1960.

Überprofite ist älter als der Imperialismus. Diese *Überprofite* hängen einerseits mit dem Zustand der Unterentwicklung der kolonialen Länder zusammen: „Was andererseits die in Kolonien etc. angelegten Kapitale betrifft, so können sie höhere Profitraten abwerfen, weil dort überhaupt wegen der niedrigen Entwicklung die Profitrate höher steht, und ebenfalls bei Anwendung von Sklaven und Kulis etc. (in der gegenwärtigen Zeit auf Grund der verschiedenen Formen von Zwangsarbeit und der niedrigen Löhne – J.S.-C.), die Exploitation der Arbeit.“⁴⁴²

Zur Zwangsarbeit und zu den niedrigen Löhnen kommen noch die Plünderung und reine Enteignung durch die Praxis der Monopolpreise beim Export und Import, von der wir eben einige Beispiele sahen und die keine auf die gegenwärtige Zeit begrenzte Erscheinung sind, denn die Tauschhandelsökonomie reproduziert und konserviert unter den Bedingungen des Imperialismus Eigenheiten des Kaufmannskapitals der Zeit vor dem Beginn des modernen Industriekapitalismus. „Solange das Handelskapital den Produktaustausch unentwickelter Gemeinwesen vermittelt, erscheint der kommerzielle Profit nicht nur als Übervorteilung und Prellerei, sondern entspringt größtenteils aus ihr.“⁴⁴³

„Das Handelskapital in überwiegender Herrschaft stellt also überall ein System der Plünderung dar, wie denn auch seine Entwicklung bei den Handelsvölkern der alten wie der neuen Zeit direkt mit gewaltsamer Plünderung, Seeraub, Sklavenraub, Unterjochung (in Kolonien) verbunden ist; (...)“⁴⁴⁴ Aber diese Übergewinne, deren Existenz aus allen ökonomischen Angaben hervorgeht, bleiben nicht völlig in der Hand der eigentlichen sogenannten Kolonialunternehmungen. „Warum nun die höheren Profitraten, die in gewissen Zweigen angelegte Kapitale so abwerfen und nach der Heimat abführen, hier, wenn sonst nicht Monopole im Wege stehn, nicht in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate eingehn und daher diese pro tanto [dementsprechend] erhöhen sollen, ist nicht abzu-sehn.“⁴⁴⁵

In der Tat schaffen die zeitgenössischen Monopole (im Unterschied zu den Handelsmonopolen des 16.–17. und 18. Jh.) die Gesetze der Konkurrenz nicht ab, sondern modifizieren nur die Bedingungen, unter denen die Konkurrenz auftritt. Im besonderen zirkulieren unter den Bedingungen

⁴⁴² K. Marx, *Das Kapital*, Kritik der politischen Ökonomie, Bd III, Buch III, Kap. XIV, Berlin 1953, S. 266.

⁴⁴³ Ebenda, Bd III, Buch III, Kap. XX, Berlin 1953, S. 362.

⁴⁴⁴ Ebenda, Bd III, Buch III, Kap. XX, Berlin 1953, S. 363.

⁴⁴⁵ Ebenda, Bd III, Buch III, Kap. IV, Berlin 1953, S. 266.

des Kapitalismus der Monopole die Kapitalien von einem Geschäftszweig zum anderen, wie unter den Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz. Die Kontrolle all dieser Geschäftszweige durch eine kleine Anzahl von großen Geschäftsbanken erleichtert diese Zirkulation sogar. Die Flucht der Kapitalien aus einem wenig rentablen Sektor ruft eine verstärkte Nachfrage, eine Erhöhung der Preise und Profite in diesem Geschäftszweig hervor, und es entsteht die Tendenz der Herausbildung eines mittleren Gewinnsatzes, der in allen ökonomischen Sektoren übereinstimmt. Die Existenz der Monopole bildet kein Hindernis für das normale Spiel dieses Gesetzes, außer im Sinne einer wachsenden Ungleichheit des Profitsatzes zwischen den nichtmonopolisierten Sektoren (kleine und mittlere Unternehmen), wo der Profitsatz in der allgemeinen Regel im Durchschnitt unter dem der monopolisierten Sektoren liegt, die von der Finanzoligarchie kontrolliert werden, wo der Profitsatz höher als der Durchschnitt ist, da ein Überprofit der Monopole besteht. Kurz gesagt, die besonderen, durch die koloniale Ausbeutung erreichten Überprofite fallen zum großen Teil an die gemeinsame Kasse der Finanzoligarchie und tragen zur Bildung des allgemeinen monopolistischen Überprofits bei. Es besteht also Ursache zu der Annahme, daß die Gewinnspannen der Kolonialtrusts außer unter besonderen Umständen nicht sehr merklich über den in den anderen monopolistischen Sektoren der Wirtschaft festgestellten Gewinnspannen liegen. Sie liegen dennoch hoch genug, um während dieser ganzen Periode den kolonialen Börsenwerten eine im Durchschnitt klar höhere Notierung zu geben. Der Kauf exportierbarer Feldprodukte und der Verkauf der Importprodukte werden auch weiterhin durch das Netz der Faktoreien der Gesellschaften und zusätzlich durch Vermittler, libanesische, afrikanische, manchmal auch europäische Zwischenhändler, zugleich vorgenommen. In den sahelischen und sudanischen Ländern hat die Kolonialverwaltung unter dem Vorwand der Kontrolle den Tauschhandel mit festgesetztem Beginn (wir werden sehen, welche Rolle in dieser Beziehung die „Eingeborenenbevorratungsgesellschaften“ spielen) eingeführt. In Wirklichkeit wirkt sich die Festsetzung vor allem zugunsten der Gesellschaften aus, die ihre Monopolpreise mit Unterstützung der Verwaltung leichter durchsetzen können. Deren Rolle besteht darin, Anbau und Verkauf exportierbarer Produkte zu erzwingen. Dieses System erlegt den Bauern schwere zusätzliche Lasten auf. Schon der Warentransport geht so vor sich, daß die Produkte zuweilen Dutzende von Kilometern weit auf dem Kopf getragen werden müssen. Im Senegal und im Sudan ist man auf die Hilfe mauretanischer Esel- und Kamelführer angewiesen, die bis zu 20 Prozent des Waren-

preises für sich als Beisteuer erheben. Dieses System erlaubt es den Gesellschaften unregelmäßige Zwischenhändler“ auszuschalten. Nur diejenigen finden ihren Platz, die durch Verträge an die Gesellschaften gebunden sind, deren Vermittler sie sind, von denen sie Vorschüsse im Tauschhandel erhalten und nach Kommission belohnt werden. Sie sind jedoch zu der Gegengabe verpflichtet, den Gesellschaften ihre Verproviantierung und ihre Verkäufe restlos zur Verfügung zu stellen und alle Risiken auf sich zu nehmen. Dieses System entwickelt sich dort weiter, wo der Geschäftsumfang nicht ausreichend ist, wobei die Gesellschaften darauf verzichten, Faktoreien zu eröffnen.

Die Organisation der Tauschhandelsgesellschaften ist schwerfällig. Der Absatz der exportierten Produkte, die Versorgung mit Fabrikerzeugnissen machen die Unterhaltung von Filialen in Frankreich, von Agenturen im Ausland zu einer Notwendigkeit. Zwischen dem Zentralsitz und der Faktorei im Busch schieben sich mehrere bürokratische Stufen ein, Leitung eines größeren Gebietes, Bezirkshauptgeschäft, um den einfachsten Fall zu nennen. Die europäischen Faktoreiangeestellten aber, die übrigens ohne jede soziale Sicherheit diesen Beruf ausüben, sind für ihre Waren fast in dem gleichen Maße verantwortlich wie die Zwischenhändler, und die Strenge ihrer Verantwortlichkeit erinnert an die der Verwalter in Handelshäusern mit zahlreichen Filialen. Der Trust sichert sich so gegen alle Möglichkeiten und zieht die Anstellung des landesunkundigen europäischen Personals vor, das weniger in der Lage ist, mit der Kasse in der fremden Natur zu verschwinden. Der Tauschhandel macht ständig die Vorstreckung erheblicher Kapitalien notwendig. Der Umschlag dieser Kapitalien ist jedoch kurzfristig. Er dauert nur 4 bis 5 Monate. Die Banque de l'Afrique occidentale streckt die notwendigen Kredite vor und verfügt über Mittel, unredliche Konkurrenten oder lästige Menschen zum Nutzen der großen Gesellschaften auszuschalten. Wir werden hier weder auf die geographische Verteilung der Handelshäuser noch auf den für die Handelssphäre charakteristischen Konzentrationsgrad zurückkommen. Diese Fragen sind bei der Untersuchung der Finanzoligarchie zur Sprache gekommen. Einzig die „drei Großen“ üben ihr Geschäft fast überall aus, auch in den benachbarten Kolonialgebieten. Andere beschränken sich auf einige Territorien oder auf ein einziges. Das ist der Fall bei mehreren Bordelaiser Häusern: Buhan & Teyssère, Vézia, Devè & Chaumet, die sich fast ganz auf den Senegal und den Sudan (Mali) beschränken, oder englische Firmen, die, wie R. & W. King, Ollivant, J. Walkden & Cie., ihren Geschäftsbereich nur im Süden (Kamerun, Dahomey, Togo, Elfenbeinküste) haben. Im Prinzip kauft

und verkauft jedes Handelshaus alles, in der Praxis beginnt sich eine verhältnismäßige Spezialisierung herauszubilden. Die oft mit Ölindustrien verbundenen Bordelaiser Firmen interessieren sich hauptsächlich für den Handel der Erdnuß, daher ihre geographisch bestimmte Verbreitung. Der Unilever-Trust macht jedes Geschäft, kümmert sich aber mehr um die Ölpflanzen, den Existenzgrund der Firma, als für den nur nebenbei interessierenden Kaffee oder Kakao. Dennoch sind die „drei Großen“ für den Export der Feldbauerzeugnisse weitgehend vielseitig. Diese Entwicklung ist beim Import fühlbarer. Neben Geweben, Reis, Zucker und den üblichen Klein-eisenwaren beginnen Erzeugnisse für die Ausrüstung (Eisen, Zement) und entwickelte Produkte der mechanischen Industrie mit ihren Treibstoffen und Schmiermitteln, importiert zu werden. Zuerst waren es Automobile, dann verschiedene kleine Maschinen (Pumpen, Maschinen der Elektroindustrie, Motorsägen), solche Gegenstände wie Grammophone, Kofferradios, für die im Mutterland selbst eine heftige Konkurrenz zwischen den einzelnen Fabrikmarken besteht. Anscheinend wurde zwischen den zwanziger und dreißiger Jahren die „Alleinvertretung“ üblich, was dem neuen Angebot, im Unterschied zu dem früheren undifferenzierten, entsprach. Obwohl in Frankreich diese Erzeugnisse von Spezialhändlern verkauft werden, unterbleibt hier oft die Spezialisierung. Für die Lieferanten ist entscheidend, welche Firmen bereits am Ort ein Verkaufsnetz haben und den Markt besser kennen. Dann ist das Ausmaß der Verkäufe auch zumeist von vornherein begrenzt (und sogar in der Hauptsache für die europäische Kundschaft bestimmt). Für die Handelshäuser ist es vorteilhaft, sich die „Alleinvertretung“ eines Warenzeichens zu sichern, wenn es sich um ein Erzeugnis handelt, dem ein Markt geschaffen werden soll und dessen Absatz sich durch Reklame fördern läßt. Der „allseitige“ Charakter der Handelshäuser wird dadurch in gewisser Weise ausgedehnt. Ihre Haupt- und Nebengeschäftsstellen verbinden sie zum Beispiel mit einem Netz von Garagen und Tankstellen. Eine relative Spezialisierung entsteht dennoch in bestimmten Gebieten für verschiedene Erzeugnisse. So richten sich im Senegal Maurel & Prom hauptsächlich auf Lebensmittelerzeugnisse aus und schaffen sich ein Netz von Großbäckereien. Peyrissac und Vézia streben dagegen nach einer Spezialisierung im Angebot von Kleinenwaren und metallurgischen Erzeugnissen. Dabei kann man freilich noch nicht von einer wirklichen „Spezialisierung“, sondern nur von Variierungen in der Zusammensetzung der angebotenen Waren sprechen.

Betrachten wir die ökonomische Rolle des Tauschhandelsgeschäftes nun etwas näher. Wie wir schon gesehen haben, überlagert der Tauschhandel

die alte patriarchalische, auf Selbstverzehr begründete Wirtschaft. Dabei verändert er sie, ohne sie aber zu zerstören. Diese alte Wirtschaft schloß gewisse Formen des Handels ein, aber diese erfaßten entweder nur die Überschüsse der für den Verbrauch der Familie bestimmten Erzeugung (Lokalmärkte) oder manche Produkte, die von allgemeinem Nutzen waren und deren Verbreitungsgebiet begrenzt war (interregionaler Großhandel). Diese hergebrachten Formen waren nicht soweit gediehen, daß sie die regelmäßige Verwendung des Geldes erfordert hätten.

Die Ausdehnung der Warenproduktion für die Kaufleute und die Einführung des Geldes durch den Tauschhandel übte auf die althergebrachten Formen des Handels unterschiedliche Wirkungen aus. Manche Formen des alten Großhandels wurden fast ganz ausgeschaltet. Der saharische Salzhandel, der zu Beginn des Jahrhunderts noch mehr als ein Sechstel der Importe von „Obersenegal-und-Niger“ (gleichbedeutend mit der ganzen inneren sahelischen und sudanischen Zone) ausmachte, fällt nach 1919 auf ein ganz unbedeutendes Niveau. Abgesehen von einigen Gebieten der Sahel wird das Salz zukünftig über die Häfen der ozeanischen Küste geliefert. Dagegen blieben der interregionale Handel mit Kolanüssen (aus der Waldzone nach dem Sudan und der Sahel) und der Handel mit getrocknetem Fisch und Vieh (aus der Nigerlandschaft oder den der Waldzone benachbarten Savannenzonen) weiterbestehen und entwickelten sich. Dennoch ist anzunehmen, daß die Zahl der diesen Handel ausübenden „Dyulas“ (Guinea und Elfenbeinküste) oder der „Hausa“ (Kamerun, Tschad, Ubangi) und der Umfang ihrer Geschäfte sich verringerten, da bis zum Beginn des 20. Jh. die Binnenhandelsumsätze nur eine Seite ihres Geschäftes bildeten, während die andere Seite in ihrer Tätigkeit als Vermittler des Tauschhandels bestand. Die Zeit der „Tauschhandelskarawanen“ ist vorbei. Das Netz der Faktoreien hat sich gefestigt, die Zahl der Faktoreien ist durch die Einführung des Automobils nicht nur in den alten „Rastorten“ des Senegal, des Niger und der Eisenbahnlinien vergrößert worden, sondern auch in jedem Hauptort eines Kreises oder eines Unterbezirkes und manchmal auch in Orten, die keine Verwaltungsmittelpunkte sind, sondern einfach einen Kreuzungspunkt von Wegen darstellen oder ein großes Erzeugungsgebiet von exportierbaren Feldbauerzeugnissen handelsmäßig versorgen. Der Dyula (im Senegal handelt es sich um den Wolof oder den Mauren) hat sich als Handelsvermittler auf den Kleinsteinzelhandel beschränken müssen. Das kann mittels eines festen Standortes der Fall sein oder mit einem begrenzten Radius zur Versorgung von Dörfern, die nicht an einer Straße liegen und in denen keine Faktorei besteht. Es handelt

sich um Kleinhandel, denn neben den Faktoreien der großen Geschäftshäuser oder in den Maschen ihres Verkaufsnetzes sind die Kleinstzwischenhändler schon sehr zahlreich. Es handelt sich um Libanesen im Senegal und Guinea, um Griechen in der Elfenbeinküste und in Kamerun, um Portugiesen in Äquatorialafrika, manchmal um Franzosen, welche die großen Firmen mit Vorliebe als kleinere Zwischenhändler einsetzen. Die Franzosen sind selbst auf dieser Stufe im allgemeinen dem Handel nicht recht gewachsen, da ihre Allgemeinunkosten zu hoch sind. Die Kleinhändler aus anderen Nationen sind während des ersten Weltkrieges, als ihre französischen Konkurrenten mobilisiert waren, bedeutender geworden. Sie wurzelten sich wegen ihrer größeren Geschäftstüchtigkeit (bescheidenerer Lebensstandard, schnelle Erlernung der örtlichen Sprachen und direkterer Kontakt mit der Bevölkerung, Einbeziehung des Familienhandwerks in das Geschäft) ein. Die Praxis der „Vorschüsse“ ist erhalten geblieben, da sich die Geschäftssicherheit dabei sogar erhöht hat. Der wandernde Dyulahändler von einst hatte oft Mühe, sein Darlehen wiederzuerlangen. Wenn der Ladeninhaber den Bauern der Nachbarschaft etwas borgt, so weiß er, wen er vor sich hat, und die Kaufleute des Ortes können leicht die Absprache treffen, dem schlechten Zahler die Abnahme der Ernte zu verweigern. Der Vorschuß erfolgt in Naturalien (Reis, Zucker, Gewebe oder andere Importartikel) und wird mit einem Wucherzins von der folgenden Ernte wieder hereingeholt. Selten finden wir afrikanische Kaufleute, die ein solches Geschäft betreiben. Meistens sind sie zum Wanderhandel oder zum Kleinhandel der „Kistchenmänner“⁴⁴⁶ gezwungen, die in den Städten zu einer Form des Volkselends werden. Der bäuerliche Zusatzhandel (oft von den Frauen betrieben, besonders in der Waldzone der Elfenbeinküste) ist eine Folge des immer mehr in den Handel eindringenden Geldes, und er entwickelt sich auch auf Grund des gestörten Gleichgewichts in der alten Wirtschaft des Selbstverbrauchs. In bestimmten Gebieten Gabuns und Kongos kann man sogar davon sprechen, daß der Handel von der Kolonisation eingeführt wurde.⁴⁴⁷ Das Eindringen der Kaufmannswirtschaft – und, genauer gesprochen, der Tauschhandelsökonomie – bleibt in den einzelnen Gebieten äußerst unterschiedlich. Der gesamte Länderblock – Französisch-Westafrika, Kamerun, Französisch-Äquatorialafrika – ist

⁴⁴⁶ Nach den Tischchen oder Kästchen, auf denen ihre Besitzer auf den Fußsteigen Kolanüsse, Zigaretten, Biskuits oder Zuckerstückchen einzeln verkaufen.

⁴⁴⁷ Für die vertiefte Analyse dieser Erscheinung siehe die eindringenden Untersuchungen von Georges Balandier über die Gesellschaft der Pangwe.

hauptsächlich kontinental orientiert und besteht aus weit von der Küstenlinie entfernten Gebieten. Diese sind oft durch solche Gebiete getrennt, die anderen Mächten unterstehen und einem anderen Zoll- und Geldsystem unterworfen sind. Trotz Eisenbahn und Automobil trägt die Entfernung dazu bei, die Preise zu belasten, sobald man sich einige hundert Kilometer von der Küste entfernt.

Daraus ergibt sich, daß 80 bis 90 Prozent der Tauschhandelsgeschäfte auf einem Gebiet abgeschlossen werden, das weniger als ein Zwanzigstel der Gesamtoberfläche und – auf die es bewohnende Bevölkerung bezogen – einen noch geringeren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung beträgt. Die Erdnuß, die hauptsächlich vom Senegal (besser gesagt, von einigen Gebieten des Senegal) geliefert wird, stellt 40 bis 60 Prozent (je nach Konjunktur) des Gesamtexportwertes Französisch-Westafrikas. Die liefernden Gebiete haben Anschluß an die Eisenbahn. Der Anteil der an der Bahnlinie Dakar–St. Louis liegenden Gebiete geht dabei zurück. Er beträgt etwa ein Zehntel der gesamten Menge. Der Anteil des Gebietes von Thiès mit Baol beträgt drei Zehntel, das Sine-Salum stellt fast die Hälfte, das Gebiet von Tambacounda liefert ein Zwanzigstel der Gesamtsumme, das durch die Küstenschiffahrt versorgte Casamanza-Gebiet etwas mehr als ein Zehntel.⁴⁴⁸ Wichtige Gebiete, wie das am Unterlauf des Senegal (Futa Toro), über die einst der Tauschhandel in Französisch-Westafrika Eingang fand, sind am Export praktisch unbeteiligt und stehen außer Konkurrenz. Die längs der Eisenbahnlinie Koulikoro–Kayes erzeugten und über den Senegal ausgeführten Erdnüsse und die der sahelischen Gebiete des Niger, die über Kano ausgeführt werden, haben noch keine große Bedeutung. Anderwärts bezog sich der Tauschhandel lange Zeit auf Erzeugnisse, die direkt von den Europäern ausgebeutet wurden (Holz der Elfenbeinküste: 1 bis 6 Prozent des Wertes vom Gesamtexport Französisch-Westafrikas; Holz Gabuns: größter Teil der Exporte Französisch-Äquatorialafrikas zwischen den beiden Weltkriegen) oder auf Produkte, welche die Zwangsarbeit lieferte (Kautschuk, dann Baumwolle Französisch-Äquatorialafrikas) und deren Geldeinkünfte nicht viel über die verlangten Steuerbeträge hinausgingen und aus diesem Grunde kaum zur Ausdehnung der Kaufmannswirtschaft beigetragen hatten.⁴⁴⁹ Einzig das Küstengebiet Dahomeys, ein

⁴⁴⁸ Durchschnittsproduktion 1930–1940 (*Les exportations agricoles des cercles de l'Afrique occidentale et du Togo français*, Paris 1944, S. 233 ff.).

⁴⁴⁹ Vielleicht außer Guinea, wo die Kautschukkrise mangels eines Ersatzerzeugnisses einen Rückgang der Kaufmannswirtschaft und des Tauschhandels im Verhältnis zu den Jahren 1904–1910 zur Folge hatte.

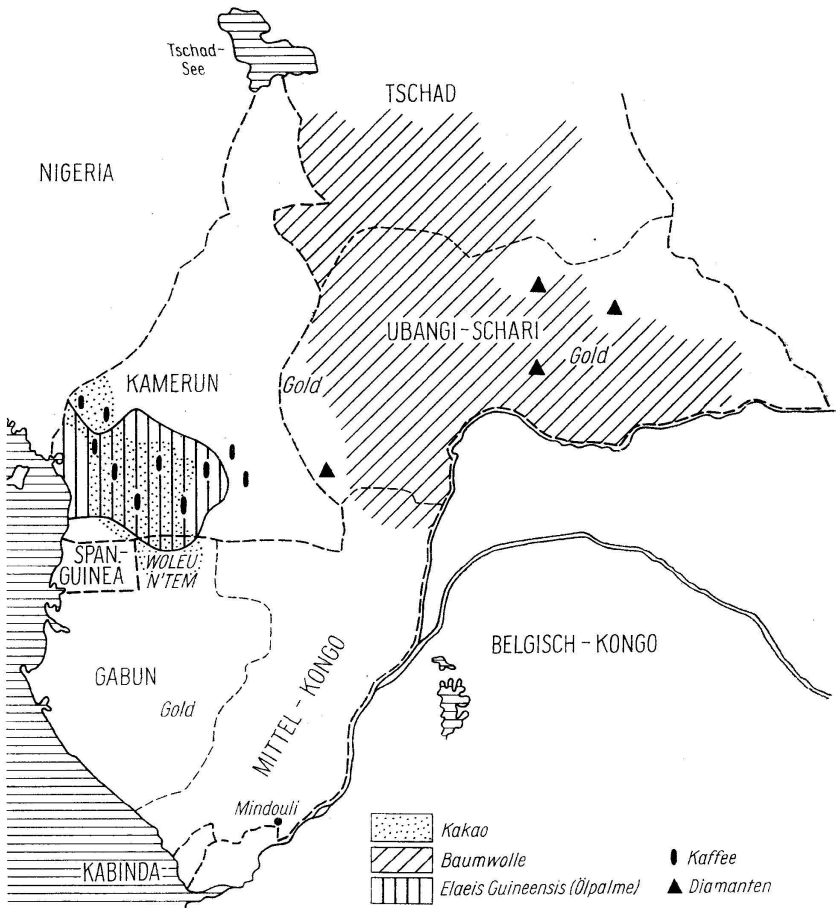


Abb. 18. Wirtschaftskarte Französisch-Äquatorialafrikas und Kameruns für 1938-1939

wenig ausgedehntes, aber bevölkerteres Gebiet, verdankte der Ölpalme und den Palmkernen eine frühzeitige Einführung der Geldwirtschaft, aber die Exporte dieser Erzeugnisse ließen keinen Fortschritt erkennen, und ihr relativer Anteil an den Exporten Westafrikas ging zurück (20 Prozent in der Periode 1913-1925; 8,5 Prozent 1937-1938; mehr als die Hälfte dieser Produkte kam aus Dahomey). Man könnte hier noch die Küstenlinie der Elfenbeinküste und die an der Eisenbahnlinie von Abidjan bis Bouaké

liegenden Gebiete hinzunehmen sowie in Guinea das Gebietsdreieck Boffa-Mamou-Benty, das von der südlichen Küstenlinie Guineas und der Eisenbahnlinie begrenzt wird. Auch die Bestimmung dieser zwei Gebiete war lange Zeit ungewiß: in der Elfenbeinküste wächst der Anteil des Kakao am Export, der 1925 noch einen unbedeutenden Anteil darstellt (1,8 Prozent des Wertes der Erzeugung Französisch-Westafrikas) und im Jahre 1930 auf 9 Prozent ansteigt, dann aber auf diesem Prozentsatz stehenbleibt. Der noch 1930 völlig unbedeutende Kaffee (0,30 Prozent des Wertes der Exporte) entwickelt sich erst am Vorabend des zweiten Weltkrieges (1937: 3,4 Prozent; 1938: 5,5 Prozent). Fast das gleiche trifft für die Banane in Guinea zu (zusätzlich auch in der Elfenbeinküste): 0,1 Prozent im Jahre 1925; 0,8 Prozent 1930; 4,2 Prozent 1934; 5,1 Prozent 1938 des Gesamtwertes der Exporte Französisch-Westafrikas. Die Tauschhandelswirtschaft führt die Kolonie zur völligen Abhängigkeit vom sogenannten Mutterland. Der ökonomische Kreislauf ist auf das letztere abgestimmt: Der Handel kauft nur, um zu exportieren und verkauft nur importierte Produkte. Die Abhängigkeit ist um so vollständiger, als die Kaufmannswirtschaft tief eingewurzelt ist. In den Gebieten des Inneren, wo der Selbstverzehr die Regel ist, bleibt der Austausch ganz eng auf die Sphäre des Überflüssigen beschränkt. Der Austausch besteht darin, daß exportierbare Feldbauerzeugnisse gegen importierte Fertigprodukte ausgetauscht werden. In den dem System des Tauschhandels eingegliederten Ländern, besonders im Senegal, erreicht die Abhängigkeit die Sphäre des Notwendigen. Der Bauer erzeugt weiterhin Hirse und die Niébés, eine besondere Bohnenart, die bei der Bodenumteilung, in deren Mittelpunkt die Erdnuß steht (und in diesem Sinn kann man nicht von Monokultur sprechen, sondern man müßte Monospekulation sagen, wenn es erlaubt ist, diese Sprachvergewaltigung zu prägen), unbedingt notwendig ist, aber er erzeugt bei weitem nicht alles, was er an Lebensmitteln braucht. Etwa ein Drittel der Einnahme des senegalesischen Bauern der Erdnußzone wird zum Kauf von Lebensmitteln, hauptsächlich von Importreis, verwendet.⁴⁵⁰ Die Kreisläufe der örtlichen oder regionalen Wirtschaftsbewegung (außer dem Eigenverzehr) spielen also nur eine sekundäre Rolle und sind nicht in ihrer Ganzheit dem Handel angeschlossen, sondern bilden eine Reihe von sich hin- und herbewegenden, auf bestimmten Wegen verlaufenden, isolierten Wirtschaftsströmen. Diese Segmentation ist noch betonter in der eigentlichen Tauschhandelszone. In diesem Sinne gibt es nicht *eine* Ökonomie, sondern mehrere Ökonomien

⁴⁵⁰ Die Angaben gelten für 1946.

Französisch-Westafrikas entsprechend der Formel, die ein Ökonom auf eine viel jüngere Periode, die der Nachkriegszeit 1945–1957, anwandte.⁴⁵¹ Jedes ökonomische Gebiet entspricht einer „Ökonomie-Linie“, einer einem Hafen, welcher Importe und Exporte vermittelt, zulaufenden Achse. Zu jeder Achse gehört außerdem eine Reihe von angrenzenden Verzweigungen, die sich ihrerseits unterteilen, um sich im Buschwald zu verlieren. Achse und Verzweigungen sind von einem aufsteigenden Strom, dem der importierten Erzeugnisse, und von einem ansteigenden Strom, dem der Exporterzeugnisse, erfüllt. Jedes Gebiet erinnert an eine Art Lunge mit ihrem System von Venen und ihrem parallelen System von Arterien, das seinen Sauerstoff auf der Stufe der Feldbauerzeugung empfängt. Aber das zu diesem System gehörende Herz liegt weit jenseits der Meere. Von dort kommen die die Art und Stärke der Lebensströme regelnden Anstöße. Außerhalb liegt auch der dazugehörige Körper, den diese Ströme bewässern und in dem sich die entgegengesetzten Strömungen wieder vereinigen.

Als solche ökonomischen Gebiete sind zu erwähnen:

- Das Gebiet, dessen Achse die Eisenbahn Dakar–Niger ist. Es umfaßt Senegal und das heutige Mali (ehemals Sudan). Die ursprüngliche Achse (Dakar–St. Louis und Senegalfluß) ist in ihrer Bedeutung auf die Rolle eines anliegenden Zweiges der heutigen Achse beschränkt worden. Die Rolle als Hafen geht mehr und mehr auf Dakar über, während die zweit-rangigen Häfen (Rufisque und Kaolack) sich streng auf den Export von Erdnüssen beschränken.

- Guinea mit der Achse Konakry–Kankan (Eisenbahn Konakry–Niger).

- Elfenbeinküste–Obervolta mit der Achse Port-Bouët und Abidjan–Bobo-Dioulasso, die ihren Einfluß auf die sudanischen Grenzgebiete erstreckt.

- Dahomey–Niger (soweit der Niger nicht auf Kano, den leichter erreichbaren Endpunkt der Eisenbahn in Nordnigeria – von der Zollgrenze abgesehen – „abgestimmt“ ist).

- Togo (Nord–Süd–Achse, parallel derjenigen Dahomeys und mit dieser in ungünstiger Übereinstimmung befindlich).

- Kamerun.

- Gabun.

- Die Achse Kongo–Ubangi–Schari–Tschad. Diese schmale Achse ist künstlich von der Verwaltung geschaffen worden. Ihre Begehung ist obligatorisch, sie hat jedoch fast nur Verkehrsverkehr – einschließlich Erzeugnissen aus der Zwangsarbeit –, und bis 1934 mündete diese Achse

⁴⁵¹ M. Capet, *Traité d'économie tropicale*, in: „Les économies d'A.O.F.“, a. a. O.

eher in den belgischen Hafen Matadi als in Loango oder Pointe Noire.⁴⁵² Zu dieser Zeit schafft die Vollendung der Eisenbahnlinie Kongo-Ozean dieser Achse einen eigenen Zugang zum Meer, wodurch der künstliche Charakter dieser Arterie jedoch noch betont wurde.

Abschließend kann man sagen, daß diese Struktur – sei es im Maßstab der großen Verwaltungseinheiten (Französisch-Westafrika, Französisch-Äquatorialafrika), oder selbst im Maßstab der isolierten Achsen – keinen Platz für irgend etwas läßt, was einem Gesamtmarkt ähnlich sieht oder die Bildung eines nationalen Marktes vorbereitet.

d) Transport und Industrie

Diese bilden insgesamt die Betriebsmittel des Tauschhandels. Häfen, Eisenbahnen und Spurwege bilden eine zum Teil durch Anleihen (deren Kapital- und Zinsrückzahlungen die Budgets der einzelnen Kolonien – d. h. im Endergebnis die Masse der Bevölkerung – zu tragen haben), zum anderen Teil eine direkt von den Budgets der einzelnen Kolonien (Heranziehung der einzelnen Reservekassen) oder durch die unbezahlte Arbeit immer derselben Steuerpflichtigen geschaffene Ausrüstung. Sie entsprechen der Mittelmäßigkeit des sich durch seine hohen Gewinnspannen mit einem begrenzten Geschäftsumfang begnügenden Tauschhandels.

Die Häfen

Der einzige gut ausgerüstete Hafen ist der von Dakar. Seit er St. Louis und Gorée in der Funktion als Zugangshafen zu der Achse Senegal-Sudan ablöste, entwickelte er sich schnell auf Grund seiner zusätzlichen Funktionen. Als erster Rastplatz der aus Europa kommenden Schiffe, als Verwaltungshauptstadt der wichtigsten Gruppe von Kolonien, war Dakar zum vermittelnden Hafen und Stapelplatz zwischen Europa und den nachfolgenden Rastplätzen vorherbestimmt. Die meisten der Tauschhandelsgesellschaften haben hier ihren afrikanischen Hauptsitz, von wo aus die zentralen Hauptgeschäftsstellen der anderen kolonialen Hauptorte gelenkt werden. Darüber hinaus spielt Dakar die Rolle eines transatlantischen Ruheplatzes für die von Europa nach Südamerika fahrenden Schiffe, die hier die Möglichkeit haben, ihre Süßwasser- und Kohlevorräte zu ergänzen. Aller-

⁴⁵² Selbst nach 1934 bleibt ein gewisser Strom dieses Verkehrs, solange der Hafen nicht vollendet war, der belgischen Eisenbahn erhalten.

dings bleibt Dakar in dieser Beziehung der Konkurrenz der Inseln (Saint Vincent auf den Azoren, Las Palmas auf den Kanarischen Inseln) ausgesetzt. Dakar ist auch ein Kriegshafen. Sein Trockendock für die Kriegsmarine wurde zwischen 1903 und 1912 erbaut und blieb bis nach dem zweiten Weltkrieg das einzige seiner Art zwischen Gibraltar und dem Kap der Guten Hoffnung. Der erste im Jahre 1863 erbaute Hafen Dakar, der lediglich eine Tiefe von 5 m besaß, gab Dakar kaum einen Vorteil über Gorée, Rufisque oder selbst St. Louis. Erst nach 1898 erhält Dakar mit der Errichtung der zwei ersten Hafendämme, die eine rationelle Ausnutzung der Wasserfläche der Reede ermöglichten, endgültig ein sicheres Übergewicht. Fast zur selben Zeit beginnt auch die Rolle Dakars als Hauptstadt. Durch große Hafenarbeiten wird in den Jahren von 1902 bis 1912 die südliche Zone des Hafens eingerichtet. Seit 1910 kann Dakar mit Saint Vincent als Verproviantierungshafen konkurrieren. Aber sein Fassungsvermögen bleibt ungenügend⁴⁵³: „... An der Landebrücke kann jedesmal nur ein einziges Schiff anlegen. Kommt es vor, daß manche Frachter, wie es zum Beispiel mit denen der Chargeurs Réunis während des Baues der Eisenbahn⁴⁵⁴ der Fall ist, acht oder zehn Tage lang anliegen, so sind die übrigen Schiffe dann gezwungen, entweder zu warten oder ihre Landevorgänge auf der Reede abzuwickeln.“⁴⁵⁵ So ist die Lage am Vorabend des ersten Weltkrieges. Nach dem Abschluß der Einrichtung der südlichen Hafenzone verfügt man 1925 über 100 m Hafenmauer in tiefem Wasser im südlichen Hafenbecken und über zwei Molen von 300 m Länge. Ferner standen drei Steinbuhnen von einer Länge von 124, 274 und 325 m zur Verfügung. Eine zweite Abteilung von Arbeiten, von der Compagnie générale des Colonies ausgeführt, wurde zur Einrichtung der nördlichen Hafenzone durchgeführt (1926–1932). 1936 verfügt Dakar über zwei zusätzliche Molen und eine sich an das große nördliche Hafenbecken anlehrende halbe Mole; im ganzen sind es 15 ha fester Boden und 5 km Hafenmauer.⁴⁵⁶ Das Monopol von Dakar als Importhafen der Achse Senegal–Sudan ist damit

⁴⁵³ Die Landungsbrücke besteht zunächst aus 385 m Lateritausführung, dann folgt eine fliegende Brücke von 248 m Länge, von denen lediglich 120 m für das Anlegen der großen Schiffe geeignet sind. Die Tiefe des Fahrwassers beträgt 7 m.

⁴⁵⁴ Es handelt sich um die Eisenbahn Thiès-Kayes.

⁴⁵⁵ J. Goulven, Les ports maritimes de l'Afrique occidentale, in: Bull. Ste. de Géographie commerciale de Paris, 1913, S. 523. Wohlbemerkt protestierten die fremden Schifffahrtsgesellschaften, deren reguläre Linien Dakar berührten (Woermann und Elder Dempster).

⁴⁵⁶ A. Boucher, Le port de Dakar, in: B.C.E.H.S., 1925, S. 651–675.

fest begründet. Für den Export bleibt seine Rolle zweitrangig. Weit übertroffen wird Dakar jedoch von Kaolack. Wenn dieses auch an einem Golf in 120 km Entfernung vom eigentlichen Ozean liegt und nur für Küstendampfer mit 3,50 m Tiefgang erreichbar ist, so liegt es doch inmitten der Erdnußproduktionszone des Sine-Salum.⁴⁵⁷ Die übrigen Häfen der Küste des Senegal, das Gebiet von Casamanza einbegriffen, werden nur noch durch Küstenschiffahrt erreicht. Konakry, dessen Lage am äußersten Ende der Halbinsel von Kaloum inmitten der abgesackten Mündungen der „Südflüsse“ an eine natürliche Schiffsbrücke erinnert, liegt außerdem etwas geschützt durch die Nähe der Los-Inseln. Es ist keine Barre vorhanden; die einst von der deutschen Firma Colin benutzte Bucht von Boulbinet wurde zugunsten der Hafenbrücke der Compagnie française de l'Afrique occidentale aufgegeben, um die untergeordnete Rolle eines Fischereihafens zu erfüllen. Eine neue hölzerne Landebrücke wurde hier errichtet, wo Schiffe mit einem Tiefgang bis zu 6 m anlegen können. Da die Ankergründe jedoch ungenügend sind, kann das Anlegen nur während der Flut erfolgen. Schiffe, die keine lange Ruhepause beabsichtigen, bleiben daher auf der Reede. Zwischen den zwei Weltkriegen wurde der Ausbau des Hafens fortgesetzt, und 1940 verfügte Konakry über 300 m Hafenmauer mit einer Anlegetiefe von 8 m. Dennoch bleibt die Hafentätigkeit begrenzt, da der in der Bedeutung zurückgegangene Kautschuk durch kein neues Exporterzeugnis ersetzt worden ist. Der Bau der Eisenbahn gab Konakry das Importmonopol für Guinea, und die alten Ruhepunkte der „Südflüsse“ wurden immer unbedeutender; Victoria an der Mündung des Rio Nuñez, Boké, Boffa, Taboria, Benty, werden nur noch von der Küstenschiffahrt besucht. Über Liberia hinaus bis zur Mündung des Niger zwingt der schlechte Ankergrund dazu, das Be- und Entladen auf der Reede vorzunehmen. Die Existenz der Barre gibt den Entladungsbooten nicht die Möglichkeit, direkt am Schiff anzulegen, d. h. wenigstens nicht ohne ernstes Risiko. Eine Landungsbrücke aus Metall und Holz muß daher über die Barre hinweghelfen.⁴⁵⁸ An ihrem äußersten Ende werden die Waren per Kran in Leichter befördert, die an dem draußen auf der Reede liegenden Schiff anlegen, und dieses kann nun die Waren übernehmen. Die Passagiere müssen aus dem Leichter in kleine, nur mit einer Bank versehene hölzerne Boote umsteigen und werden in derselben Weise wie die Ware auf das

⁴⁵⁷ 1933 erfolgten 62 % der Erdnußexporte über Kaolack, 28 % über Dakar, 10 % über Rufisque (vgl. *Morazé*, Dakar, in: *Annales de Géographie*, 1936, S. 607–631).

⁴⁵⁸ Lediglich die britische Goldküste (das heutige Ghana) verfügt über einen künstlichen Tiefwasserhafen in Takoradi (eröffnet 1928).

Schiff befördert, wobei sie ein Bad riskieren oder starken Stößen ausgesetzt sind, wenn der Kranführer den Leichter verfehlt. Es ist verständlich, daß ein so umständliches Verfahren den Umfang der Geschäfte begrenzen muß.

An der Elfenbeinküste war zuerst die im Jahre 1911 erbaute und 1922 erneuerte Landungsbrücke von Grand-Bassam der Endpunkt der Eisenbahn. Um sich dem vom Gelbfieber heimgesuchten Grand-Bassam zu entziehen, stellt man 1932 in Port Bouët eine neue Landebrücke in Betrieb. Durch eine Eisenbahn von 11 km Länge mit der neuen Hauptstadt Abidjan – das 1933 Bingerville als Hauptverwaltungsort ersetzt – verbunden und besser ausgerüstet als Grand-Bassam, wird Port Bouët zum Haupthafen der Elfenbeinküste, während Grand-Bassam nach und nach nur noch für den örtlichen Handel in Frage kommt.

Die Tiefwasser-Lagune von Ebrié bot die Möglichkeit, aus Abidjan einen Hochseehafen zu machen. Doch dazu hätte die sandige Küstenschwelle durchstochen werden müssen, die es vom Ozean trennt. Nachdem die zu diesem Zweck von 1904 bis 1907 unternommenen Arbeiten gescheitert waren und die Geschäftslage der Kolonie die zu diesen Arbeiten notwendigen Investitionen nicht zu rechtfertigen schien, vertagte man ihre Verwirklichung auf eine spätere Zeit. Die über kein wirtschaftlich bedeutendes Hinterland verfügenden zweitrangigen Häfen wie Grand-Bassam, Assini, Grand-Lahou, Fresko, Sassandra und San Pedro werden fast nur zur Übernahme von Edelhölzstämmen angelaufen, Tabou, dicht an der liberianischen Grenze gelegen, zum Anheuern der „Kru-Leute“⁴⁵⁹, die, bis das Schiff auf seiner Rückreise wieder diesen Hafen anläuft, als Hilfsmannschaft bei den Be- und Entladungsarbeiten beschäftigt werden. Lomé verfügt über eine von den Deutschen erbaute Landebrücke. Kotonu besitzt seit 1893 eine; ihr Bau würde ein Kapitel einer Skandalchronik füllen.⁴⁶⁰ Die französischen Landungsbrücken nehmen sich neben dem von den Eng-

⁴⁵⁹ Die Kru sind ein Küstenvolk Liberias (rechtes Ufer des Cavally). Sie gelten als ausgezeichnete Seeleute und stellen daher traditionell die Ergänzungsmannschaften der Schiffe, die die afrikanische Küste über das Kap Palmas hinaus befahren.

⁴⁶⁰ Siehe A. H. *Canu*, *La Pétaudière coloniale*, Paris 1894. Viard, ein früherer Verwalter der Zweigniederlassung des Handelshauses „Flers-Exportation“ in Kotonu, der sich als „Forscher“ bezeichnete, erhielt von gefälligen Freunden die „Konzession“ der zu erbauenden Landungsbrücke. Er vergesellschaftete sich mit Bankiers, die ihm das notwendige Kapital von einer Million Franken stellten. Sie zwangen ihn zu einer „Einlage“ von 300 (von insgesamt 2000) Aktien und 300 (von insgesamt 2000) Anteilscheinen. Für den Bau wurde eine Anleihe aufgelegt. Die an der Börse aufgeblähten Werte platzten ein Jahr später, ohne daß das geringste gebaut worden wäre.

ländern in demselben Küstenabschnitt gebauten Tiefwasserhafen von Takoradi sehr unscheinbar aus.

In Kamerun verlief schon 1914 der Hauptteil des Außenhandels über die Flußmündung des Wouri, nach dem auch das Gebiet benannt worden war⁴⁶¹, und zwar über Bonabéri als Endstation der Nordbahn und vor allem über Duala, wo zwei Landungsbrücken gebaut worden waren. Sie gestatteten das Anlegen von Schiffen mit einem Tiefgang von 4 und 6 Metern. Kribi, das einen etwas lebhaften Kautschukhandel gehabt hatte, verödete fast gänzlich. Infolge der Schwierigkeiten, die beim Einlaufen in den Hafen von Duala bestanden, mußten die Postschiffe und Küstendampfer von einer gewissen Größe den 30 km entfernten Ankerplatz anlaufen, von wo der Transit durch zwei kleine Dampfer erfolgte, die dann von den Deutschen im Kriege versenkt wurden. 1918 wurden sie wieder flottgemacht und bis 1935 verwendet. Von 1926 bis 1931 wurde der Hafen von Duala ausgebaut. Die Ausführung der Arbeiten übernahm die Compagnie générale des colonies, aus Budgetgeldern des Gebietes ausgeführt, ohne daß Subventionen oder eine Anleihe zu Hilfe genommen wurden. Es handelte sich um Ausbaggerungs- und Erdräumungsarbeiten. Insgesamt baute man 564 m Haufenmauer in tiefem Wasser. In Bonabéri entstand zwischen 1933 und 1935 ohne eine Anleihe eine Landebrücke zum Verfrachten der Bananen.

Äquatorialafrika war – dem Stand und den Methoden seiner Ausbeutung entsprechend – noch schlechter ausgerüstet. Das an der Flußmündung des Gabun gelegene Libreville ist ein gut geschützter natürlicher Hafen. Er ist jedoch schwer anzulaufen, da er über keine tiefen Gewässer verfügt und somit für die moderne Schifffahrt wenig geeignet ist. Infolge des Fehlens eines Wasserlaufes oder einer Eisenbahn, die das Hinterland erschließen, sind seine Möglichkeiten, obwohl Hauptort der Kolonie, sehr beschränkt. Er macht den Eindruck einer verschlafenen tropischen Unterpräfektur. Die einzige Landebrücke ermöglicht das Entladen oder Beladen jeweils nur eines einzigen Schiffes. Port-Gentil am Kap Lopez ist gut geschützt und auch hinsichtlich des Hinterlandes an der Mündung des Ogowe in einer besseren Position. Seine Lage auf einer Insel ist dagegen nicht günstig. In Wirklichkeit bestand zwischen den zwei Weltkriegen der Hauptteil des gesamten Hafenbetriebes von Gabun im Einfrachten von Holz.

Der eigentliche Kongo hatte lange Zeit nur Außenreederei in Betrieb, hauptsächlich die von Loango, dem Ausgangspunkt des zum Stanleyepool

⁴⁶¹ In Form der portugiesischen Bezeichnung Rio dos Camaroes, von der der heutige Name Kamerun abgeleitet worden ist.

führenden Trägerweges. Seit der Eröffnung der belgischen Eisenbahn verlief der gesamte Verkehr über den Hafen Matadi. Der nach dem ersten Weltkrieg beschlossene Bau einer Eisenbahn im französischen Territorium mußte die Errichtung eines Hafens nach sich ziehen. Die hydrographische Untersuchungskommission Lafargue hatte das Gelände von Banda-Pointe für den Bau des Hafens empfohlen. Generalgouverneur Augagneur bestimmte aus eigener Machtvollkommenheit, daß die Arbeiten tatsächlich in Pointe Noire begannen, wo eine „befreundete“ Gesellschaft Gelände besaß.⁴⁶² Die sich aus dieser Ortswahl ergebenden technischen Schwierigkeiten verzögerten den Baubeginn bis 1932. Mit Hilfe einer Anleihe von 300 Millionen Franken war es möglich, mit der Société des Batignolles einen Vertrag abzuschließen. Der „erste Stein“ wurde vom Generalgouverneur Antonetti 1934 gelegt. Der letzte Stein mußte noch lange warten. Die Baukosten waren 1932 auf 190 Millionen Franken berechnet worden. Aber die technischen Schwierigkeiten waren größer als vorausgesehen (Versorgung mit Steinen, die es in der Nachbarschaft nicht gab), da der Hafen völlig künstlich, ohne Ausnutzung einer natürlichen Hafenbildung erbaut werden mußte. In der Zwischenzeit hatte man das aufgebrauchte Anleihekapital in „Budgetübertragungen“ für die verschiedensten Ausgaben verwendet, so daß für die Hafenarbeiten davon nicht mehr als 177 Millionen Franken zur Verfügung standen, deren Kaufkraft sich zudem noch sehr verringert hatte. Wenigstens trug der Bau des Hafens dazu bei, der Eisenbahn, die die Steine 100 bis 150 km weit herangeschafft hatte, einen Anschein von Aktivität zu verschaffen. Die notwendige Menge an Steinen betrug 1,5 Millionen Tonnen. Bis zur Vollendung des Hafens gingen die Entladungen und Beladungen mittels einer hölzernen Landungsbrücke (1925–1928), später mit Hilfe einer Landungsbrücke aus Beton vor sich. Der Bau der Brücke wurde 1939 abgeschlossen. Das „reduzierte“ Programm konnte erst 1942, mitten im Krieg, abgeschlossen werden, die gesamte Infrastruktur 1945.

Die Schifffahrt

Außer den Frachtdampfern der einzelnen Gesellschaften und sonstigen gelegentlich fahrenden Frachtschiffen verkehrten an der Küste regelmäßig Schifffahrtslinien. Der Gesellschaft der Chargeurs Réunis war 1907 der

⁴⁶² Es handelte sich um die Firma Établissements Sargo Frères, später die Société forestière et agricole du Kouilou.

Postdienst und 1912 das Monopol für den Personen- und Materialtransport der Regierung übertragen worden. Ein Vertrag mit dem Kolonialministerium sicherte der Gesellschaft den Transport. Die subventionierte französische Gesellschaft, die auf die Regierungstransporte ganz sicher zählen konnte, hatte ihre Linie mit der den Monopolen eigenen Fahrlässigkeit eingerichtet. Ständige Klagen wurden über den Postdienst laut. Briefe und vor allem Pakete waren häufig unordentlich verstaut und erreichten ihre Adressaten in Guinea oder Elfenbeinküste erst auf dem Rückweg über Loango. Im allgemeinen hütete man sich, den Chargeurs Réunis leicht verderbliche Waren anzuvertrauen. In der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bemerkte man, daß „fast die Gesamtheit der nicht fahrgeldfrei fahrenden Reisenden die Fahrt mit fremden Dampfern zu machen vorzieht, da diese in der ersten und zweiten Klasse billiger sind als die französischen Schiffe und außerdem Vergünstigungen durch Rückfahrkarten bieten“.⁴⁶³

1929 wickelt sich der Hauptteil des unter französischer Flagge vor sich gehenden Handels über die Chargeurs Réunis (24 Postdampfer, 36 Frachtdampfer) und durch Fabre und Fraissinet aus Marseille (18 Postdampfer, 23 Frachtdampfer) ab. Regelmäßige Frachtdampferlinien werden von der Société navale de l'Ouest, Paquet, Delmas-Vieljeux, Maurel & Prom, Devès & Chaumet (diese zwei letzteren vor allem zum Betrieb ihrer eigenen Unternehmungen⁴⁶⁴) betrieben. Unter fremder Flagge werden regelmäßige Schifffahrtslinien von Elder Dempster (englisch), Woermann (deutsch) und der Holland West Africa Lijn (niederländisch) unterhalten. Ein System von Absprachen zwischen den Schifffahrtsgesellschaften errichtet ein wirkliches Monopol von Frachtpreisen: Diese Gesellschaften erheben, ebenso wie die Transit- und Landungsbootgesellschaften, die eng mit den Tauschhandelsgesellschaften verknüpft sind (wenn sie nicht gar deren Gründung sind), eine hohe Beisteuer aus dem Seeverkehr. Sie tragen dazu bei, das tatsächliche Monopol einer kleinen Anzahl von Finanzgruppen über den Import- und Exporthandel zu festigen. Die Küstenschifffahrt verbindet das Flußgebiet der Casamanza mit Dakar, die „Südflüsse“ mit Konakry. Die sich nicht als rentabel erweisenden Reise- und Postdampferlinien werden den Regierungslinien in Guinea überlassen, deren Betrieb einer privilegierten monopolistischen Gesellschaft im Senegal, den Messageries du Sénégal, übertragen wird.

⁴⁶³ *Les Colonies et la défense nationale*. Paris 1916, S. 195.

⁴⁶⁴ Chambre de commerce de Bordeaux; *Les ports de la Côte occidentale d'Afrique*, Bordeaux 1929.

Die Eisenbahnen

Das Eisenbahnnetz entwickelt sich kaum über den schon 1914 erreichten Stand hinaus. Es handelt sich nicht um ein Netz, sondern um eine Reihe von unvollständigen Durchdringungswegen in Meterspurweite. Ursprünglich waren es strategische Bahnen, die mit wenig Kosten erstellt wurden, eine schwierige Linienführung aufwiesen und sich mit einem nennenswerten Handel schlecht vertrugen. Man hatte die Absicht, die Häfen mit den schiffbaren Abschnitten des Niger zu verbinden. Der Plan Roume von 1904 hatte eine große strategische Ost-West-Querbahn vorgesehen. Der Plan Sarraut von 1920 nimmt die Hauptgedanken dieses Planes wieder auf: die Linie Thiès-Kayes soll beendet und die innere Querbahn hergestellt werden. An diese sollte die Verlängerung der togolesischen Bahn in Wagadugu, die Bahn der Elfenbeinküste in Sikasso Anschluß gewinnen. Ein weiterer Teil dieses Planes sah die Verlängerung der Südbahn in Kamerun von Duala bis Yaoundé und an den Tschad vor. Weiterhin sollte die Verbindung Kongo-Ozean, von Brazzaville an die Küste, verwirklicht werden. Aber man erhält die notwendigen Kredite nicht, und mit der Entwicklung des Automobils verliert die diesen Plänen vorschwebende Konzeption ihre strategische Bedeutung ebensowohl wie ihr ökonomisches Interesse, da ein einheitlicher Binnenmarkt fehlt. Einige Zeit später erklärt der Kolonialminister Albert Sarraut persönlich: „Die Eisenbahnen müssen das Ziel haben, sämtlichen Verkehr nach den Seehäfen zu ziehen bzw. von ihnen zu erhalten.“⁴⁶⁵ Man begnügt sich von 1920 bis 1936 mit der Verlängerung oder Ergänzung der unvollendeten Sackbahnen. Dabei geht man ohne Über-eilung vor, denn die Entwicklung der Eisenbahn ist der Entwicklung des Fassungsvermögens der Häfen untergeordnet. In Dahomey und in der Elfenbeinküste erfordern die allzu begrenzten Kapazitäten der Landungsbrücken keine Erweiterung der Eisenbahnlinien. In Guinea, wo der Kautschukhandel durch nichts ersetzt worden ist und wo Konakry „nicht ein Hafen, sondern eine einfache Außenreederei ist“, glaubte man allen Ernstes, die eine Unterbilanz aufweisende Eisenbahn sei zu früh erbaut worden.⁴⁶⁶ Das Material bleibt im wesentlichen das der Vorkriegszeit. In Kamerun war nach dem zweiten Weltkriege noch deutsches Material in Gebrauch. In der senegalesischen Zone nimmt man im Jahre 1920 die durch den Krieg unterbrochenen

⁴⁶⁵ A. Sarraut, *La Mise en valeur des colonies françaises*, Paris 1923, S. 373.

⁴⁶⁶ C. Guy, *L'avenir de l'A.O.F.*, in: *L'Afrique française*, 1927, Nr 1, S. 15–17.

Arbeiten an der Linie Thiès–Kayes wieder auf. Die Verbindung zu der durchgehenden Linie Thiès–Kayes erfolgt 1923. Diese Bahnlinie von 667 km Länge gibt dem Sudan einen direkten Absatzmarkt in Dakar, durchquert die ergiebigsten Erdnußanbaugebiete und wird, da der Senegal-Fluß zum doppelten Umladen zwingt und nur von Juli bis Oktober schiffbar ist, zur Hauptachse des ökonomischen Gebietes.

Zur Bahnlinie Dakar–Niger kommt 1923 die von der Regierung aufgekaufte Linie Dakar–St. Louis hinzu. Die Abzweigung Diurbel–Touba (46 km) stellt die Verbindung zu der Heiligen Stadt der Mouriden her und besorgt den Abtransport ihrer Erdnüsse. Dagegen ist die Abzweigung Louga–Linguère (129 km), die zu einer Zeit beendet wurde, als der Schwerpunkt der Erdnußproduktion sich nach Süden verlagerte und die ein jetzt halbwüstenhaftes Gebiet erschließt, mit dem etwa einmal wöchentlich fahrenden Zug fast unnütz.⁴⁶⁷ In Guinea wird der 1914 erreichte Endpunkt Kankan nicht überschritten. Die Pläne zur Verlängerung der Linie nach Beyla oder N'Zérékoré bleiben im Projektstadium, ebenso wie der durch eine Querlinie Tabili–Youkoukounn geplante Anschluß des Futa-Djalon. In der Elfenbeinküste führte die Linie nicht über Bouaké hinaus, welches im Jahre 1912 erreicht wurde (315 km). Die 1922 begonnene Verlängerung nach Wagadugu, dem Hauptort von Obervolta, wird sehr langsam vorangetrieben und nicht vollendet: Ferkessédougou wird 1926 (558 km) erreicht und Bobo-Dioulasso (796 km) 1934. Der frühere Teil der Linie, der in erster Linie zu strategischen Zwecken geplant worden war, mußte nach 1929 überholt und durch die Sackbahn Abidjan–Port Bouët mit einer Schwimmbrücke zur Überwindung der Ebrié-Lagune ergänzt werden.

In Dahomey bestanden drei Hauptlinien. Die 1905 bis 1913 erbaute ostdahomeische wird mit Kotonu verbunden (1928–1930) und gibt ihr somit im ganzen eine Länge von 108 Kilometern. Sie wird von der Kolonie bewirtschaftet, die sie 1932 aufkauft, während die übrigen Sackbahnen die Compagnie des chemins de fer du Dahomey betreibt. Es handelt sich dabei um die mitteldahomeische, die die bedeutendste ist, seit 1910 bis Savé

⁴⁶⁷ Der 1932 unterzeichnete Vertrag betrifft den Rückkauf der Eisenbahnkonzession für die Linie Dakar–St. Louis und die „Verpachtung“ der Eisenbahn in Djolof (Louga–Linguère) gegen Jahrgelder in Höhe von 1 550 000 Franken bis 1942, von 1 375 000 Franken bis 1956, von 1 165 000 Franken bis 1983! Die Eisenbahngesellschaft Dakar–St. Louis beutet andererseits ein bedeutendes Immobilienvermögen aus. Die Bewirtschaftung des Liniennetzes, das weitgehend mit Verlust arbeitet, fällt indessen, wie die der Gesellschaft gezahlte Rente, dem Haushalt der Kolonie zur Last.

reichte und bis Parakou verlängert wird (1929–1936), sowie um die west-dahomeische Linie (Pahou–Segboroué), die zu Beginn des Jahrhunderts erbaut wurde und eine einfache Abzweigung der vorhergehenden darstellt. Die Bahnen mit 60 cm-Spur Segboroué–Grand-Popo–Athiémé–Lokossa und Abomey–Zagnanado bilden ein sehr dichtes Netz für Unter-Dahomey, bedeuten jedoch keinen Anschluß an das nigerische Hinterland. Im ganzen hat Dahomey nur 577 km Eisenbahn, die in Meterspurweite erbaut sind. Togo verfügt über drei von den Deutschen erbaute Bahnen in Meterspurweite: Lomé–Anecho, Lomé–Palimé und als Mittelbahn Lomé–Atakpamé, die längste Linie, die 1934 bis Blita verlängert wurde. Die 1929 unternommenen Arbeiten sollten die Bahn eigentlich bis Sokodé weiterführen. Ausgeführt wurde aber nur die Hälfte der geplanten Verlängerung.

In Kamerun blieb die 1911 beendete Nordbahn (Bonabéri–Nkongsamba) in dem Zustand, in dem die Deutschen sie gelassen hatten. Die Südbahn, von den Deutschen von Duala nach Escka geführt, wurde 1922–1927 bis Yaoundé, der auf der Hochebene im gesündesten Klima gelegenen Gebietshauptstadt, verlängert. Diese Bahn wird durch eine Abzweigung in 60 cm Spurweite von Otélé bis Mbalmayo ergänzt, die dazu bestimmt ist, einem Kakao erzeugenden Gebiet als Verkehrsanschluß zu dienen. Der Bau erfolgt aus Budgetmitteln des Gebiets (50 Millionen Franken Kosten) und vor allem durch massive Zuhilfenahme von Zwangsarbeit, was wiederum zur Ausdehnung der Schlafkrankheit beiträgt.

In Französisch-Äquatorialafrika hatte es an Projekten nicht gefehlt. Das anlässlich der Anleihe von 1914 angenommene Eisenbahnprogramm sah u. a. den Bau der Eisenbahn Brazzaville–Ozean vor, einer Verbindung von 310 km Länge. Ferner sah dieses Programm vor, zwischen dem schiffbaren Teil des Ogowe unterhalb N'Djolé und dem Zubringerfluß Ivindo eine Eisenbahn zu bauen. Darüber hinaus war die Errichtung einer Bahn mit 60 cm Spurweite zwischen Bangui und Fort-Crampel vorgesehen. Dadurch sollte das Schiffsnetz am Tschad mit demjenigen des Kongo verbunden und der mörderische Trägerdienst auf dieser Strecke abgeschafft werden. Der Krieg verhinderte jede Verwirklichung. Dennoch hatten zwischen 1886 und 1921 sieben Untersuchungskommissionen an dem Studium einer Linie Kongo–Ozean zugebracht und dabei 4 Millionen Goldfranken ausgegeben! Das Programm Sarraut von 1921 gab das gabunesische Programm auf, veränderte die für die Eisenbahn Ubangi–Oberschari vorgesehene Linienführung und nahm ein Eisenbahnprojekt Logone–Garua hinzu, das der Kolonie Tschad einen Absatzmarkt über das Benuë-Tal erschließen sollte. In Angriff genommen wurde lediglich das Projekt Kongo–Ozean. Es wurde

1921 begonnen und im Juli 1934 abgeschlossen. Man wählte die Spurweite von 1067 mm, nämlich die Spurweite der britischen und belgischen Kolonialbahnen, wobei man eine Vereinigung mit dem Eisenbahnnetz von Südafrika ins Auge faßte. Man spitzte sich auf einen Anschluß an die („projektierte“) belgische Bahn, die von Katanga nach dem Unterlauf des Kongo führen und Elisabethville mit dem Stanleypool verbinden sollte, um Katanga auf belgischem Territorium einen Absatzmarkt zu eröffnen. Dieses Projekt wurde übrigens bald zugunsten der nach Lobito führenden Eisenbahn aufgegeben, die den katangesischen Mineralien den kürzeren, über Angola führenden Absatzweg erschloß. Um die Vorbereitungen zu der Bahn Brazzaville–Ozean abzukürzen, nahm man die Gleisführung durch ein schwieriges Gelände in Kauf. Dabei machten sich zwölf Tunnel (darunter einer mit einer Länge von über 1600 m), scharfe Steigungen und Kurven notwendig. Den Zügen war daher keine höhere Geschwindigkeit als im Durchschnitt 30 Stundenkilometer möglich. Der Kostenpreis je Kilometer erreichte die Rekordziffer von 445 000 Goldfranken gegenüber einem Durchschnitt von 119 000 Goldfranken für das Netz Französisch-Westafrikas. Der Preis an Menschenleben war noch höher. Die Tragödie des Bahnbaus Kongo–Ozean war so schrecklich, daß sie der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben konnte. Die wesentlichen Fakten enthüllten André Gide und Albert Londres, aber die große Presse, die dem Projekt wohlwollend gegenüberstand, bildete durchaus kein Echo, und die Masse der Franzosen blieb ungerührt. Die Aufdeckung des Skandals beantwortete man nicht wie im Jahre 1905 mit der Entsendung einer Untersuchungskommission, sondern mit dem Siegel des Schweigens und der Anwendung aller Mittel – einschließlich der Zensur der Privatkorrespondenz aus Französisch-Äquatorialafrika. Die *Revue indigène*, die vor 1914 die Unterdrückungsmaßnahmen Angoulvants in der Elfenbeinküste angegriffen hatte, schrieb mit der ernstesten Miene der Welt, daß die zum Bau der Linie Kongo–Ozean ausgehobenen Arbeiter so zufrieden seien, daß sie wiederkämen, um sich als Freiwillige zu verpflichten.⁴⁶⁸ Wie üblich, wurden die durch die Anleihe erhaltenen Kapitalien dazu verwendet, der Gesellschaft, die den Bauauftrag erhalten hatte – es handelte sich um keine andere als um die *Société des Batignolles* –, leichte Profite zu ermöglichen.⁴⁶⁹ Maschinen

⁴⁶⁸ R. I., Mai–Juni 1925, Nr 197–198, S. 106–111.

⁴⁶⁹ So erhielt die Konzessionsgesellschaft auf Grund ihres Vertrages für den Transport der beim Bahnbau aufzuschüttenden Erde 18,70 Franken für das Kubikmeter, während der für andere Unternehmer übliche Satz 9,80 Franken für das Kubikmeter betrug (*R. Susset, La Vérité sur le Cameroun et l'A.E.F.*, Paris 1934).

fehlten praktisch ganz. Die Gesellschaft sparte möglichst, und die Anleiheklauseln untersagten jeden Materialkauf außerhalb Frankreichs. Es kam hinzu, daß die französischen Industriellen anscheinend nicht das geeignete Material liefern konnten. Das wäre übrigens vom Standpunkt der Gesellschaft aus auch überflüssig gewesen, da (in diesem wie in den vorhergehenden Fällen) die Verwaltung die erforderlichen Arbeitskräfte ohne Entgelt, durch „Aushebung“ stellen konnte: „Die Verwaltung hatte der Gesellschaft eine gewisse Anzahl von Tagelöhnern zu stellen oder für jeden fehlenden Mann je Tag eine Entschädigung zu zahlen. Die Tagelöhner wurden mitnichten angefordert: lange Zeit erhielt die Gesellschaft, ohne Leistung eines Pickelschlags, die Entschädigung.“⁴⁷⁰

Da die Arbeiten keineswegs vorankamen, der im Jahre 1924 eingesetzte Generalgouverneur Antonetti sich aber entschlossen hatte, die Bahnlinie Kongo-Ozean zu dem Werk seiner Amtszeit zu machen, nahm man die gewohnten Verfahren zu Hilfe. Um das zu beweisen, genügt es, General Hilaire zu zitieren, früher Höchstkommmandierender der Truppen Äquatorialafrikas und des prinzipiellen Antikolonialismus wenig verdächtig: „Seit etwa fünf oder sechs Jahren hat das brennende Problem der einheimischen Arbeitskräfte fast nur eine unheilvolle Lösung gefunden. Sie besteht in der intensiven Dezimierung einer überdies schon bedauerlich spärlichen Bevölkerung, was durch die unklugen Aushebungen zur Zwangsarbeit für die menschenmörderischen Bauplätze einer Strecke von 500 km Länge geschehen ist. Diese Aushebungen betrafen die am wenigsten widerstandsfähigen Bevölkerungsteile . . .! Nach den Bakongo, Loango, Gabunesen, Souma, Dagba, Baya, Krèche, Yacoma und anderen hat man selbst die Sara, diese ethnische Elite Französisch-Äquatorialafrikas, diese herrliche und letzte Reserve an Ackerbauern und Soldaten, unaufhörlich dezimiert, manche durch dieses Bagno der ‚Maschine‘, wie sie in ihrer schrecklichen Lingua franca die mörderischen Arbeiten der Eisenbahn bezeichnen, sogar fast ausgerottet.“⁴⁷¹

Man wird verstehen, daß Zehntausende von Arbeitern nicht an Ort und Stelle in einem schon unterbevölkerten Lande rekrutiert werden konnten. Man ließ sie zuerst aus Mittelkongo kommen – auf flachen Booten zusammengepfercht –, vom Ubangi, von den Zuflüssen des Kongo bis Brazzaville. Dann mußten sie bis 600 km durch die gebirgige Gegend von Mayumbe bis nach Pointe Noire zu Fuß gehen. Nahrungsmittel waren für sie nicht bereitgestellt. Von 8000 Männern, die die ersten Transporte

⁴⁷⁰ D. Moran, Tchad, Paris 1934, S. 295.

⁴⁷¹ General Hilaire, Du Congo au Nil, Marseille 1930, S. 333.

brachten, erreichten 1700 ihren Bestimmungsort. Mehr als bei den vorhergehenden „Aushebungen“ verbreitete sich der Schrecken in den Dörfern. Bei der Ankunft der ersten Aushebungskommandos wurden sie von den Bewohnern verlassen. Nun begann der gewohnte Prozeß – Menschenjagd durch Wachmannschaften, „bestrafte“ und zerstörte Dörfer. Albert Londres weist auf Zahlen hin: Bei den Likouala-Mossaka wurden 1250 Männer ausgehoben. Ihre Zahl ging bald auf 429 zurück. Das Kontingent von Ouessou am Oberlauf des Sangha bestand aus 174 Männern. Bei der Ankunft in Brazzaville war ihre Zahl auf 80, bei der Ankunft auf der Baustelle auf 69 und drei Monate später auf nur noch 36 Überlebende zusammengeschmolzen. Da die lokalen⁴⁷² Arbeitsreserven nicht mehr ausreichten, rekrutierte man nicht mehr nur in Mittelkongo und Gabun. Von 3000 km und weiter her, vom oberen Ubangi und vom Tschad, ließ man neue Zwangsarbeiter kommen. Außer der Erschöpfung durch die Reise und die Epidemien, die mit der wochenlangen Einpfcherung in flachen Booten fast ohne Nahrung und unter unmenschlichen hygienischen Bedingungen verbunden war, konnten die Sara und Banda der Savannen um so weniger widerstehen, weil sie an ein trockenes Klima und an Pflanzenkost gewöhnt waren. Nun wurden sie aber nackt in ein äquatoriales Feuchtklima verpflanzt und einer ganz anderen Kost ausgesetzt. Albert Londres beschreibt uns, wie diese für ihre athletische Gestalt berühmten Sara – auf den Zustand von Skeletten heruntergebracht – die Tunnel mit der Hand in den Felsen trieben, wobei ihr ganzes Material je Bauplatz ein Hammer und ein Hau Eisen war. Antonetti, diese Mischung aus Himmler und „Joseph Prudhomme“, erklärte: „Man muß mit dem Opfer von 6 bis 8000 Menschen einverstanden sein oder auf die Eisenbahn verzichten.“⁴⁷³ Mit mehr Hysterie sagte er: „Mein Herr, ich brauche 10 000 Tote für meine Eisenbahn.“⁴⁷⁴ Albert Londres schließt mit den Worten: „Das Opfer war beträchtlicher. Bis zu diesem Tage überschreitet es die 17 000 allerdings nicht, und es bleiben uns noch mehr als 300 km Bahnlinie zu erbauen.“⁴⁷⁵ Dennoch gab es, wenn man den offiziellen Statistiken glauben will, „eine Verbesserung“, da die Sterblichkeit der Arbeitskommandos von 45,20 Prozent im Jahre 1927 auf 39,18 Prozent im Jahre 1928 und auf 17,34 Prozent im Jahre 1929 zurückging.⁴⁷⁶ Die Folgen waren so, wie man es erwarten konnte: 1928

⁴⁷² Es sei bemerkt, daß Ouessou 1000 km von Brazzaville entfernt liegt.

⁴⁷³ A. Londres, *Terre d'èbène*, Paris 1929, S. 236.

⁴⁷⁴ D. Moran, *Tchad*, a. a. O., S. 292.

⁴⁷⁵ A. Londres, a. a. O., S. 236.

⁴⁷⁶ R. Susset, *La Vérité sur le Cameroun et l'A.E.F.*, a. a. O., S. 131 ff.

bricht ein allgemeiner Aufstand der Sangha in Ubangi aus; seine Unterdrückung dauert Jahre. Inzwischen mußte die Eisenbahn fertiggestellt werden. Man „importierte“ (das Wort ist von einem offiziellen Autor) chinesische Kulis aus dem Pachtgebiet von Kuangtschou-wan. Die Resultate waren nicht viel besser. Und dann, so elend wie die Lebensbedingungen auch waren, welche die Chinesen zur Auswanderung trieben (wenn auch viele amtlich als Freiwillige „eingetragen“ worden waren und von einer Verwaltung, die sich mit Skrupeln nicht belastete), man mußte sie ernähren (mit Reis) und auch ein wenig entlohnen. Man kam zu der Auffassung, daß das zu teuer wäre, und man übertrug schließlich die Aufgabe französischen oder italienischen Teilunternehmern, mittellosen Abenteurern, die darauf brannten, sich schnell zu bereichern. Einmal mehr trug die afrikanische Bevölkerung die Kosten, die durch erneute „Rekrutierungen“ entstanden. Die Eisenbahn wurde schließlich im Juli 1934 fertiggestellt, aber der Hafen war nicht erbaut, und es gab nichts zu transportieren außer Beamten, die zu Aushebungen fuhren und die infolge der Häufigkeit der durch die Baumstände bedingten Unglücksfälle nicht immer sehr beruhigt auf diese Reise gingen.

Verbindungswege und Flüsse

Ein Wort ist noch über die übrigen Verkehrswege, Verbindungsstraßen und Wasserläufe zu sagen. Bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges gab es kaum Verkehrsstraßen. Das gilt insbesondere für die Waldzone, wo ihre Anlage schwierig war. „Im Jahre 1905 gab es in Französisch-Äquatorialafrika keine 20 km Straßen“⁴⁷⁷, sondern nur Trampelpfade für Fußgänger (und Träger), die für jedes Fahrzeug unbefahrbar waren. Sie überquerten die Bäche mittels hinübergelegter Baumstämme oder, wenn es sich um einen größeren Wasserlauf handelte, durch zum Teil sumpfige Furten oder durch Umwege, die teils abwärts, teils aufwärts über Abhänge und Felsen führten. Die Kolonialisten ließen sich in einer Art Tragbare, der „Tipoya“ des Kongo und dem „Hamak“ Westafrikas, auf diesen Pfaden transportieren. In Westafrika hatten die militärischen Anforderungen und die Verwendung der Pferde oder der „Lefèvre-Wagen“ (kleine Rollwagen mit zwei Rädern, die von einem Esel oder notfalls von Menschenkraft gezogen werden konnten) zu einer Verbesserung der Spurwege geführt. (Militärische Etappenstraße Kayes-Bamako, „Leprince-Straße“ von Konakry nach

⁴⁷⁷ H. Zieglé, *Afrique Equatoriale française*, Paris 1952, S. 129.

Kankan). Selbst im Waldgebiet der Elfenbeinküste ließ man strategische Straßen von mehreren Metern Breite durch Ausbau von Spurwegen schaffen, weniger um einen gar nicht existierenden Wagenverkehr zu ermöglichen, als um die Verlegung der Truppen zu erleichtern und die Risiken eines Hinterhaltes zu vermindern. 1920 schätzte man die Länge der „Straßen“ Französisch-Westafrikas auf 20 000 km. Die Mehrzahl der Straßen, besonders im Senegal, waren kaum ausgebesserte Spurwege im nackten Erdboden. Indessen bürgerte sich nach dem ersten Weltkriege das Automobil in Afrika ein. Die erste transsaharische Automobilverbindung kommt 1923 zustande. 1928 zählt man 6000 Automobile in Französisch-Westafrika, wovon zwei Drittel nach 1925 eingeführt waren. Ihre Verwendung verallgemeinert sich seit 1929/30. Die Einführung des Automobils führt zur Bildung eines Netzes von verbreiterten Spurwegen in den Jahren 1920 bis 1930. Entgegen den optimistischen Behauptungen der Panegyriker des Kolonialismus bedeuteten die Automobile nur eine begrenzte Erleichterung hinsichtlich der harten Fronen durch Trägerdienste. Ohne Zweifel ging die Verwendung von Trägern über lange Strecken dort zurück, wo die Wege verbreitert worden waren. Aber die Trägerdienste für die Regierung blieben in den Gebieten ohne Spurwege ebenso wie in den Gebieten mit Spurwegen bestehen, wenn es sich um Entfernungen zwischen den Dörfern und den von der Straße durchzogenen Orten handelte. Das Nachlassen der Trägerfron wurde auf der anderen Seite durch das Aufkommen der Fronen zur Ausbesserung der Straße wieder ausgeglichen. Die Spurwege wurden ausschließlich durch Handarbeit von Ausgehobenen oder Frondienstpflichtigen erweitert und unterhalten. Dabei macht man sich kaum Gedanken über die finanziellen Mittel; die Häuptlinge wurden lediglich verpflichtet, die Straße nach den erhaltenen Instruktionen zu erbauen oder zu erweitern. Man überließ es ihnen, für die damit verbundenen Schwierigkeiten einen Ausweg zu finden. Wenn die Männer sich versteckten oder bereits für andere Fronen ausgehoben waren, wurden Frauen und Kinder gewöhnlich mit diesen Arbeiten beschäftigt. Werkzeuge waren nicht vorhanden. Schaufeln und Hacken waren ein Luxus, den die Schwierigkeiten des Budgets nicht zuließen. Die einzigen verwendeten Werkzeuge waren die bloßen Hände und Körbe. Diese hatten die Ausgehobenen selbst aus harten Gräsern geflochten. Gide zeigt uns, wie im Kongo die Frauen ihre Kleinen auf dem Rücken trugen und mit ihren bloßen Händen an der Ausbesserung der Wege arbeiteten. Das war 1926.⁴⁷⁸ 1943 beschreibt uns Pater Lelong⁴⁷⁹

⁴⁷⁸ A. Gide, *Voyage au Congo*, Paris 1927, S. 89.

⁴⁷⁹ M. H. Lelong, *Ces Hommes qu'on appelle anthropophages*, Paris 1946.

im einzelnen die Errichtung der Bergstraße Boola-Guecké im Waldland von Guinea. Hier arbeitete eine ausgehungerte Gruppe Frauen, Kinder und Greise unter der neunschwänzigen Katze der Kreiswachen. Wie in Mayumbe im Kongo während des Baues der Linie Kongo-Ozean greift man den Felsen mit der Stoßstange an, da an Sprengstoff gespart werden muß. Unter einer Photographie, auf der arbeitende Kinder zu sehen sind, schreibt Pater Lelong voller Ironie: „Man hüte sich vor Fotoapparaten, die unter einer sonderbaren Wirkung der tropischen Sonne Vorkommnisse festhalten, welche sich niemals ereignet haben, wie die amtlichen Berichte bezeugen. Es ist zum Beispiel völlig unexakt, daß Gruppen von Kindern jemals zum Bau einer Straße ausgehoben worden sein sollen.“⁴⁸⁰

Diese ausgebauten Spurwege waren offensichtlich mittelmäßig. Im äquatorialen Gebiet wurden sie oft von Schlammflöchern unterbrochen, im tropischen Gebiet verhärteten sie unter dem Einfluß der Trockenzeit und warteten darauf, den Fahrzeugen durch rasche Ausbildung von Berg- und Tallinien oder durch das Hervortreten von Teilen des Lateritpanzers eine unangenehme Überraschung zu bereiten. Aber während der Regenzeit waren sie unbefahrbar. Im tiefliegenden Gelände wurden sie überschwemmt, ihre kleinen Brücken trieben davon, Fährten, Furten und vor allem Brücken aus Knüppeln und Brettern, welche die Frondienstpflichtigen unter der Anleitung von Angestellten des Amts für öffentliche Arbeiten hergestellt hatten, mußten die Verbindung herstellen, wie im allgemeinen noch heute das Überqueren der Flüsse durch sie ermöglicht wird. Wenn die Brücke unter dem Gewicht des Wagens nicht zusammenbrach, so passierte es oft genug, daß ein unglücklicher oder ungeschickter Wagenlenker mit seinem Gefährt im Flußbett landete. Es versteht sich von selbst, daß auf derartigen „Straßen“ die Abnutzung der Beförderungsmittel unendlich schneller vor sich ging als auf den asphaltierten Straßen Europas, und daß die durchschnittliche Lebensdauer der Autos viel kürzer war als dort, wozu schon die Unerfahrenheit der Chauffeure und Mechaniker beitrug.

Die Bilanz war sehr ungleich. In Westafrika, wo schon vor 1914 die Anfänge eines Verkehrsnetzes gegeben waren, zählte man 1930 63 000 km Spurwege, 1940 101 000 km, wovon 27 000 km zu jeder Jahreszeit befahr-

⁴⁸⁰ Dieser Pater war nicht eigentlich antikolonialistisch. In Belgisch-Kongo, am oberen Ouelle, einer Domäne der Dominikaner, stand, seinen Büchern nach zu urteilen, alles zum besten (der Pater war Dominikaner). Aber in N'Zérékoré war der Beamte Freimaurer und antiklerikal. Er hatte sogar eine Moschee bauen lassen, um die Patres zu ärgern. Die Kolonialverwaltung war also in diesem Falle nicht zu schonen!

bar waren. Dagegen hatte Gabun 1936 keine 100 km Straßen. In Französisch-Äquatorialafrika besaß einzig Ubangi-Schari, das am meisten von Trägerdiensten auf weite Entfernungen heimgesuchte Gebiet – Klima und Gelände waren günstig –, ein annehmbares Netz von Spurwegen. Der Hauptverkehrsweg verband Bangui mit Fort-Crampel. Andererseits gab es zwischen Brazzaville und Bangui noch keine direkte Straßenverbindung, sondern lediglich den Flußweg. Man hatte zwar 1928 den Weg Bangui–Duala vollendet, aber seiner Benutzung standen die Interessen der in Französisch-Äquatorialafrika bestehenden Transportmonopole und die Existenz der Verwaltungsgrenzen zwischen Französisch-Äquatorialafrika und Kamerun entgegen. Kamerun, das 1914 nur über 40 km Straßen verfügte, wozu die 300 km ausgebauter Spurweg von Kribi nach Yaoundé kamen, hatte 1936 4000 km an Spurwegen. 2400 km davon waren auch in der Regenzeit verwendbar (hauptsächlich die zwei Verkehrsachsen Duala–Yaoundé und Duala–Fort–Lamy). Die in der Zeit nach der Eroberung häufig benutzten Wasserwege haben in Westafrika nur noch einen geringen Verkehr. Auf dem Senegal ist die Schifffahrt zwischen St. Louis und Kayes nur während des Hochwassers von Juli bis Oktober möglich. Der Fluß hat mit der Herstellung der Eisenbahn Thiès–Kayes seine Rolle für den Transitverkehr verloren. Der Verkehr auf dem Wasser dient nur noch der Verbindung seiner eigenen Ufer, deren Anwohner selbstgenügsam wirtschaften. Das gleiche ist der Fall mit dem südlichen Flußabschnitt des Niger (von Kurussa am Niger oder Kankan am Milo bis Bamako). Dieser Flußabschnitt führte den Verkehr der Eisenbahn Konakry–Niger in Richtung auf den Sudan weiter. Nachdem der Fluß in diesem Abschnitt von 1911 bis 1923 einen sehr ausgeprägten Verkehr gehabt hatte, ebte dieser allmählich völlig ab. Die Flußschifffahrt auf dem Niger behält nur in dem Abschnitt Kulikoro–Ansongo ihre Bedeutung bei. Es ist der längste Teil des Flusses, der hier Gebiete durchströmt, welche auf der Straße schwer oder gar nicht zu erreichen sind. Den Verkehr sichern Dampfschiffe während der Hochwässer von Juli/August bis Dezember/Februar (diese Daten verlagern sich, je weiter man sich stromabwärts befindet), und flache Frachtkähne während der Niedrigwässer. Zwischen Kulikoro und Segou ist die Flußschifffahrt während einer wechselhaften Periode, die in den einzelnen Jahren zwischen drei Wochen und zwei Monaten schwankt, völlig unterbrochen. Während einer viel längeren Periode bleibt sie schwierig und wenig rentabel. Der Flußverkehr entwickelte sich in diesem Abschnitt von 4 Millionen Tonnenkilometern im Jahre 1920 auf 13 Millionen Tonnenkilometer im Jahre 1930.

Nach 1930 macht sich jedoch die Konkurrenz der Straße fühlbar, die schnellere Transporte ermöglicht und das Umladen ausschaltet.⁴⁸¹

Die im Schutze der Küstenschwelle liegenden und dadurch vom Meer isolierten Lagunen der Elfenbeinküste werden zur Beförderung von Hölzern verwandt. Die Flußschiffahrt behält – mangels Straßen – dagegen ihre ehemalige Bedeutung von Gabun bis Kongo bei. Besonders in Gabun gestatten die Wasserläufe einen leichten Zutritt zu den Einschlagplätzen des Holzes und ermöglichen auch dessen Abtransport. Aber vor allem die von Kongo und Ubangi gebildete Hauptverkehrsader bleibt bei dem Fehlen jedes anderen Weges lebenswichtig. Unterhalb des Stanleypool unterbrechen allerdings die Stromschnellen die Flußschiffahrt. Jedoch von Brazzaville bis Bangui⁴⁸² stellen der Kongo und der Ubangi einen guten Schiffahrtsweg dar. Wäre dieser jedoch nur mittelmäßig, so würde es doch keine anderen Verkehrswege geben. Die morastige Zone, wo die Sangha und die zwei Likouala-Flüsse ineinanderfließen, bildet ein Hindernis für den Bau einer Straße längs des Flusses. Aber mehrere dieser Wasserläufe sind ebenfalls schiffbar. So ist die Sangha bei Niedrigwasser auf einer Strecke von 650 km schiffbar. Ebenso ist die sogenannte Likouala-aux-herbes und der Alima-Fluß auf mehr als 300 km schiffbar, wie auch andere Flüsse dieses Gebietes. Das Flußnetz des Schari ist nur bis zu den Hochwässern schiffbar. Aber zu eben dieser Zeit sind die Wege überschwemmt. Der Verkehr bleibt hier dennoch mittelmäßig, was der geringen Entwicklung des Landes entspricht. Die Verwertung der Straßen und Flußverkehrsmöglichkeiten schwankt je nach den ökonomischen Herrschaftsformen. Westafrika ist im allgemeinen seiner Linie der „Freiheit“ . . . , wohlverstanden unter der Kontrolle der Monopole, wenigstens auf dem Gebiet des Fernstraßenverkehrs, treu geblieben. Nachdem dieser die Domäne der großen Gesellschaften und der Kolonialverwaltung gewesen war, wandelte sich dieses Bild seit den dreißiger Jahren. Libanesen und Kommissionshändler vereinigten den Zwischen- und Kleinhandel mit dem Geschäft des Straßentransports. Andererseits begannen die das Alleinvertriebsrecht für verschiedene Typen von Automobilen und Lastwagen innehabenden großen Gesellschaften damit, ihren Geschäftsvertretern bereitwillig Kredite zur Verfügung zu stellen. Diese befanden sich in der Zwangslage, dafür Tag und Nacht zu arbeiten bzw. ihre Chauffeure arbeiten zu lassen, um ihre Schuld abzutragen, wobei

⁴⁸¹ J. Champaud, La navigation fluviale sur le Moyen-Niger, in: C.O.M., Juli-September 1961, S. 255–292.

⁴⁸² Bis Bangui vom 15. Juli bis 31. Dezember. und während der übrigen sechs Monate – d. h. von Januar bis Juli – bis 100 oder 200 km stromabwärts von Bangui.

sie ihrer Gläubigergesellschaft bei Kauf und Verkauf ihre gesamte Kundschaft zur Verfügung stellen mußten. Dabei nehmen sie die nicht gerade geringfügigen Risiken, Wucher oder Unfälle in Kauf. Der Vorteil liegt in jedem Fall auf der Seite der Gesellschaften. Auf den Flüssen bleibt, wie in der Vergangenheit, der Verkehr auf dem Senegal und dem mittleren Niger⁴⁸³ das Monopol der alten Reise- und Transportgesellschaften, die die Dürftigkeit der Verkehrsdichte durch Unterstützung aus Haushaltsmitteln ausgleichen. Diese Reise- und Transportgesellschaften sind gemeinsame Tochtergesellschaften der seit langem im Lande niedergelassenen Tauschhandelsgesellschaften. Am Mittelniger ist das Monopol durch Aufsaugung der Société de Bamako (1934), dann der Verwaltungsflottille (1935), durch die „Messageries africaines“ entstanden. Der im Dezember 1935 geschlossene Geschäftsvertrag verpachtet dieser Gesellschaft auf 25 Jahre den „Betrieb der Schifffahrt und die Bewirtschaftung der Nigertransporte“. Einzig das Niger-Bewässerungsunternehmen (Office du Niger) und in einem geringeren Maße die C.F.A.O. behielten für ihre Privatzwecke noch eine Flottille. Der untere Abschnitt des Niger (Niamey–Malanville) wird von der Eisenbahnverwaltung bewirtschaftet, die ebenso für die Straßenverbindung zwischen Malanville und Parakou, dem Endpunkt der dahomeischen Zentralbahn, zuständig ist.

Äquatorialafrika ist auf dem Gebiet des Transportwesens wie auf dem des Verkaufs seiner Erzeugnisse dem Monopolcharakter treu geblieben. Auf dem Flußnetz des Kongo und des Ubangi liegt das Monopol des öffentlichen Transportwesens faktisch in den Händen der Gesellschaft Afrique et Congo (gegründet 1907), in der die Interessen von Fondère und Guynet zusammenlaufen und die das Erbe der 1900 von einer Gruppe von Konzessionsgesellschaften gegründeten Messageries fluviales du Congo angetreten hat. Sie übertrug im Jahre 1927 ihr Flußschiffahrtsnetz einer Tochtergesellschaft, der Compagnie générale des transports en Afrique (C.G.T.A.). Die C.G.T.A. verfügt über eine Flottille von insgesamt 2000 BRT, die die Linie Brazzaville–Bangui (bei Niedrigwässer bis Mongoumba) im Verkehrsnetz des Kongo-Ubangi und die Linie Brazzaville–Nola (bei Niedrigwässer bis Ouesso) im Flußgebiet des Kongo-Sangha befährt. Daneben besitzen einige Konzessionsgesellschaften (oder Tochtergesellschaften der Konzessionsgesellschaften) Flottillen, womit sie ihre eigenen Faktoreien bedienen. Ein Beispiel dafür ist die Gesellschaft Sangha-Likouala, eine

⁴⁸³ Am südlichen Flußlauf (Kurussa bis Bamako) hat die Société de Bamako auf die Ausübung des Verkehrsmonopols nach der Fertigstellung der Eisenbahn Thiès-Kayes, deren Tarife vorteilhafter waren, verzichtet (1923).

Tochtergesellschaft der Forestière Sangha-Oubangui, ein anderes die Compagnie du Haut et Bas-Congo. Diese besitzt 14 Dampfer und 30 Lastkähne, die auf den Flüssen Alima und Likouala zu den Faktoreien der Gesellschaft fahren. Auf dem Schari gehört das Schiffahrtsmonopol der Compagnie française de l'Ouahm et Nana, der Tochtergesellschaft einer holländischen Tauschhandelsgesellschaft mit Sitz in Brazzaville (Nieuwe Africaansche Handels Vennootschap). Ihr Generaldirektor übt das Amt des Konsuls der Niederlande in Brazzaville aus, und der Präsident ihres Aufsichtsrates ist ein früherer Gouverneur von Ubangi-Schari, in dessen Amtsperiode die Gründung der Gesellschaft fällt. Diese hat das Monopol aller öffentlichen, zivilen und militärischen Transporte im Schari-Becken. Durch einen Erlaß des Generalgouverneurs erhielt sie im Jahre 1932 sogar ein geschäftliches Monopol, wodurch kein Transportunternehmer oder Kaufmann ohne ihre Vermittlung mit einer Verwaltung des Tschad ein Geschäft abschließen konnte. Der Pachtvertrag über die Verwaltungs- und Posttransporte, den das Generalgouvernement im Oktober 1931 ungeachtet der Proteste der Verwaltung der Kolonie Tschad mit ihr abschloß, enthielt die Bestimmungen: Zwischen Fort-Archambault und Fort-Lamy kann die Gesellschaft 6,50 Franken je Tonnenkilometer beanspruchen (während der normale Tarif bei 3,50 Franken je Tonnenkilometer gelegen hätte). Zwischen Bongor und Fort-Lamy wird der Gesellschaft ein „Pflichtpreis“ von 458 Franken je Tonne zugestanden (während die Verwaltung mit eigenen Hilfsmitteln, was ihr zukünftig untersagt ist, den Transport je Tonne für 100 Franken erledigt hätte). Dazu sicherte der Vertrag der Gesellschaft einen jährlichen Transport von 750 000 Kilo im Minimum auf dem Verkehrsweg Bangui-Fort-Archambault zu.⁴⁸⁴ Zu der Flottille der Gesellschaften gehörten zwei Dampfer und sechs Schmalboote, die Eigentum der Kolonie Tschad darstellten, die zu dem Preis von 50 Franken pro Jahr und Dampfer und 10 Franken pro Jahr und Schmalboot entliehen waren, ein Preis, der seit dem Beginn des Jahrhunderts konstant geblieben war. In den dreißiger Jahren waren vier der sechs verlustig gegangenen Schmalboote weder ersetzt noch bezahlt worden. Die Gesellschaft besaß andererseits 44 Schmalboote als Eigentum. Die Ruderer der Gesellschaft wurden zum gesetzlichen Tarif von 1,40 Franken pro Tag zuzüglich Verpflegung entlohnt, wobei die Wartezeiten auf den Stationen nicht bezahlt wurden und die „leere Rückfahrt“ (selbst wenn die Boote gefüllt waren) nur mit 0,50 Franken pro Tag verrechnet wurde. Die Gesellschaft machte mit einem Kapital, das praktisch gleich Null war, 500 000 Franken Netto-

⁴⁸⁴ R. Susset, a. a. O., S. 120-121.

gewinn pro Jahr, da sie für ihr Monopol nichts zahlte, ihre sehr mäßigen Unkosten aus den Gewinnen ihrer Faktoreien deckte und jede Verantwortlichkeit für die Verluste ablehnte, die häufig durch Schiffsschäden oder Unfälle entstanden. Da die von der Gesellschaft erhobenen Preise die wirklichen maximalen Transportkosten fast um das Doppelte überschritten, war es für andere Transportunternehmer nicht unvorteilhaft, sich durch die Vermittlung der Gesellschaft am Transportwesen zu beteiligen, wobei ein befriedigender Profit herausrang und der Unterschied zwischen den bewilligten Preisen und dem offiziellen Tarif der Gesellschaft eine unbedingte Monopolrente ergab, die faktisch vom Budget der einzelnen Kolonien zugunsten der Gesellschaft abging.⁴⁸⁵ Unter den Umständen versteht man die feindliche Einstellung der „Interessen“ Französisch-Äquatorialafrikas gegen eine Verkehrsverbindung von Ubangi und Tschad nach Kamerun. Wenigstens von Tschad aus war die direkte Route nach Duala, die zu allen Jahreszeiten möglich war, oder die Straße bis zum Hafen Garua am Benuë mit Umladung auf die Flottille der U.A.C. und Gütertransport über Nigeria billiger. Man hätte von Fort-Lamy bis Duala über Yaoundé nur eine Woche gebraucht. Statt dessen benötigte man einen Monat, um über Brazzaville nach Pointe Noire zu kommen, was der vorgeschriebene Weg war. Aber diese Richtungsänderung hätte zahlreiche Interessen geschädigt, besonders die der *Compagnie française de l'Ouahm et Nana* und der Gesellschaft *Afrique et Congo*. Und nicht zuletzt sollte der Bau der Linie Kongo-Ozean gerechtfertigt erscheinen und ihr deshalb der Verkehr zugeschoben werden! Daher schrieb man Passagieren und Gütern, die von der Verwaltung abhängig waren oder von der Verwaltung gefördert wurden (Baumwolle seit den dreißiger Jahren) weiterhin den kostspieligsten, kompliziertesten und längsten Weg vor. Vom Tschad bis zum Ozean wurde zweimal umgeladen, die anfängliche Beladung und die Entladung im Hafen nicht mitgerechnet. Die Reisedauer für die 1000 km von Bangui bis Brazzaville betrug 13 Tage, was der Reisezeit von Bordeaux bis Lomé in den Postdampfern zur selben Zeit entsprach. Je nach Bedarf führte man „nationale“ Gründe dafür an: es sei nicht sicher, ob das Mandatsterritorium Kamerun unter französischer Herrschaft bliebe, und außerdem müsse man eine „nationale“ Verbindungslinie aufrechterhalten. Die 1930 für die Er-

⁴⁸⁵ Vgl. *D. Moran*, Tschad, a. a. O., S. 296, und *M. Homet*, Kongo, terre de souffrances, Paris 1934, S. 155–156. Die Nachfolge hat seit dem letzten Kriege die „Compagnie des Transports Congo-Oubangui-Tschad“, eine Filiale der C.G.T.A., übernommen.

richtung einer Eisenbahn Duala-Tschad bewilligte Anleihe von 10 Millionen Franken wurde niemals in Anspruch genommen.

Der Luftverkehr bedarf nur kurzer Erläuterungen. Lange Zeit galt er rein militärischen Interessen. Die erste Luftverbindung zwischen Südalgerien und Gao stellte der Kommandant Vuillemin im Februar 1920 her.⁴⁸⁶ Erst nach einigen Jahren wurde die Luftpostlinie über Dakar mit Südamerika eingerichtet und erregte Bewunderung. Die erste Flugverbindung zwischen Marokko und Französisch-Westafrika kam 1925 zustande, und die erste transatlantische Luftlinie zu Zwecken des Handels (von St. Louis im Senegal nach Natal in Brasilien per Wasserflugzeug) stellte Mermoz im Jahre 1930 her. Die erste transafrikanische französische Fluglinie (Algier-Niamey-Brazzaville) wurde 1934 in Betrieb genommen, und im gleichen Jahre wurde auch eine Linie für den Küstenflug von Dakar nach Pointe Noire eingerichtet, die der Aéromaritime, einer Tochtergesellschaft der Chargeurs Réunis, gehörte. 1936 kam zu dieser Linie ein Fluganschluß von Niamey nach Kotonu hinzu. 1938 eröffnet die Air France eine Linie Dakar-Bamako, die über Kaolack, Tambacounda, Kayes führte. Diese Linien wurden von der Luftpost, aber noch wenig von Passagieren benutzt. Der Lufttransport blieb vielmehr militärischen Zwecken vorbehalten und stand gegebenenfalls zur Verfügung der Gouverneure und Generalgouverneure, was manchmal nicht ohne Risiken war. Der Generalgouverneur von Französisch-Äquatorialafrika, Edouard Renard, kam 1935 mit dem Flugzeug um.

Die Industrie

Die Struktur der industriellen Investitionen im Jahre 1940 gibt uns über ihren ökonomischen Charakter hinreichenden Aufschluß. In Französisch-Westafrika waren 35 Prozent dieser Investitionen in Form von Unternehmungen für öffentliche Arbeiten erfolgt. Das wichtigste Beispiel dafür ist die Société française d'entreprises de dragages et de Travaux publics, die mit der Bank von Indochina und den Banken Worms und Lazard verbunden war. Ihr Geschäftsbereich waren der Hafen von Dakar und Eisenbahnen. Man muß erwähnen, daß mehrere Bautrusts und Trusts für öffentliche Arbeiten eine rege Geschäftstätigkeit in Französisch-Äquatorialafrika besaßen, ohne daß sie sich in den statistisch erfaßten Investitionen während der uns beschäftigenden Periode nachweisen ließen. Der Grund liegt darin, daß diese Gesellschaften ihre Geschäftstätigkeit in Schwarz-

⁴⁸⁶ Ein zweites Flugzeug, in dem sich General Laperrine, Kommandant der Territorien Süd-Algerien befand, ging, in der Nähe des Ziels, in der Wüste zugrunde.

afrika nicht über ständige Tochtergesellschaften abwickelten, sondern daß diese Tätigkeit von einem bestimmten Vorhaben abhängig war. Solche Vorhaben waren aber ebenfalls im wesentlichen Hafenausbauten und Bau von Eisenbahnen. Das trifft zum Beispiel auf die schon erwähnte Société de construction des Batignolles zu, die mit der protestantischen Hochfinanz, besonders mit Hottinguer, verbunden war, ebenso auf die mit Schneider liierte Firma Hersent.

Um nur von Französisch-Westafrika zu sprechen, so rührt 1 Prozent von den 35 Prozent der im Bauwesen investierten Kapitalien von Baustoff produzierenden Unternehmungen her. Hier sind die folgenden Gesellschaften zu nennen: Silico-Calcaire africaine (Gründungsjahr 1922 – Herstellung von Ziegelsteinen und Rohren, Geschäftsbereich in der Umgebung von Dakar); Chaux et ciments du Sénégal (Gründungsjahr 1926 – Steinbrüche⁴⁸⁷); Briqueteries de Bamako (Gründungsjahr 1926 – Ziegelherstellung und öffentliche Arbeiten). Diese Unternehmungen lieferten nur den kleinsten Teil des notwendigen Materials. Ungeachtet der Erhöhung der Transportkosten – vor allem, wenn es sich um Orte handelt, die entfernt von den großen Verkehrsachsen lagen, oder um Gebiete des Innern, wie Obervolta und Niger –, halten es die Tauschhandelsgesellschaften für das vorteilhafteste, wenn sie sich die Einfuhr und den Verkauf des Zements, der Metallzurüstungen und der Bleche zu Höchstpreisen vorbehalten. Aber noch am Vorabend des zweiten Weltkrieges waren viele Büros von Kreiskommandanten und viele Wohnungen mit primitivem Baumaterial, an der Sonne getrockneten Lehmziegeln und Strohdächern, erbaut. Als zweiter wichtiger Sektor der industriellen Investierung folgen Erzeugung und Verteilung von Elektrizität. Sie macht zu diesem Zeitpunkt 28 Prozent der Investitionen in Französisch-Westafrika aus. Ungeachtet der großen Wasserkräfte in verschiedenen Gebieten (besonders Guinea) begnügten sich die daran interessierten Gesellschaften mit der Errichtung von kleinen Wärmekraftwerken, die mit importiertem Brennstoff gespeist wurden. Sie lieferten den städtischen Zentren die Beleuchtung. Diese Gesellschaften waren im allgemeinen durch die Vergesellschaftung entsprechender französischer Trusts und solcher des westafrikanischen Handels entstanden. Sie verbanden die Erzeugung und Verteilung von Strom manchmal mit der Verteilung des Trinkwassers. Ein Beispiel dafür ist die im Jahre 1929⁴⁸⁸

⁴⁸⁷ Vor 1948 wird es in Französisch-Tropisch-Afrika keine eigene Zementproduktion geben.

⁴⁸⁸ Durch Sanierung der Compagnie d'Électricité du Senegal und deren Verschmelzung mit der Compagnie africaine d'Électricité.

gegründete Compagnie des Eaux et Électricité de l'Ouest African. In ihrem Gesellschaftsrat saßen Baron Jean Davillier und Vertreter der französischen Thomson-Houston-Gesellschaft und der Société auxiliaire africaine. Sie besaß Wärmekraftwerke in Dakar, St. Louis, Kaolack, Rufisque, Thiès und Louga. Ihre Geschäftsberichte von 1947 wiesen einen Bruttogewinn von 73 Millionen⁴⁸⁹ Franken aus. Das war mehr als das Zweieinhalbfache ihres nominellen Kapitals. Zur selben Zeit erzeugte das Arsenal in Dakar den Strom zum Selbstkostenpreis von 3 CFA-Franken pro kwh. Die Compagnie des Eaux et Électricité de l'Ouest Africain verkaufte ihn den Verbrauchern in Dakar zum Preise von 17 Franken, zum höchsten Tarif der Welt. Die Energiezentralen von Diurbel und Ziguinchor wurden von kleinen Gesellschaften⁴⁹⁰ betrieben, die 1920 und 1930 gegründet worden waren und auch in anderen Geschäftszweigen (Ölmühlen) tätig waren. Diese Gesellschaften wurden von der Compagnie générale des Colonies kontrolliert. Die 1929 gegründete Union Electrique coloniale (Interessengemeinschaft der Gesellschaft Sud-Lumière und der Banque de l'Afrique occidentale) betrieb die Kraftwerke von Lomé, Brazzaville, Pointe-Noire und Bangui.

18 Prozent der industriellen Kapitalien von Französisch-Westafrika stellten Unternehmungen der Hafenverwaltung dar. 19 weitere Prozent liefen unter der Rubrik „Verschiedenes“, wobei es sich um Reparaturwerkstätten und eigentliche verarbeitende Industrien handelte. Den Sektor der mechanischen Industrie vertreten – abgesehen von den Depots der Verkehrsmittel – sowohl Privatfirmen als auch der Staat. In Dakar stoßen wir auf die Manutention africaine (Delmas), ferner auf die 1938 gegründeten Ateliers et chantiers maritimes de Dakar, die zur Société commerciale d'affrètements et de commissions gehören. Der Staat betrieb das Arsenal von Dakar und die Werkstätten der Eisenbahnverwaltung von Französisch-Westafrika in Thiès. Die verarbeitende Industrie hatte nur geringen Umfang. Es handelte sich um Ölmühlen auf der Grundlage von Palmkernen (Elfenbeinküste, Dahomey, Kongo). Der Betrieb war halb handwerklich. Daneben existierten Ölmühlen zur Verwertung von Erdnüssen. Sie arbeiteten hauptsächlich für den örtlichen Markt. Das Erdnußöl stellt vor 1936 keinen besonderen Exportposten dar, und für die Jahre 1937–39 liegen die Exporte gewöhnlich bei 5000 t Öl pro Jahr, was 3 Prozent des Um-

⁴⁸⁹ Von diesen Gewinnen wurden 60 Millionen Franken zur „Kapitalreserve“ geschlagen.

⁴⁹⁰ Société électrique et industrielle du Baol, Société électrique et industrielle de Casamance.

fanges der Erdnußexporte ausmacht.⁴⁹¹ Die wenigen vorhandenen Seifenfabriken hatten ebenfalls einen halb handwerklichen Charakter und arbeiteten nur für den örtlichen Markt, dem sie einen ganz geringen Teil seines Bedarfs lieferten. Während des ersten Weltkrieges hatte man in Lyndiane (bei Kaolack im Senegal) eine Fleischkonservenfabrik für Corned beef gegründet, die die örtlichen Viehbestände verwertete. Kurz nach dem ersten Weltkrieg schloß das Werk seine Pforten. Wenn es im Senegal Erdnußschälereien gibt und in der Elfenbeinküste der Kaffee enthülst bzw. in Guinea und im Sudan der Reis geschält, in Dahomey, Togo, Obervolta und im Sudan die Baumwolle und die Früchte des Kapok- oder Wollbaumes entkernt werden, so stellt das, ebenso wie die Sägewerke in der Elfenbeinküste, nur eine ganz rohe Verarbeitung dar, die zudem noch einen mehr handwerklichen als industriellen Charakter hat. So waren 1935 nur ein Zehntel, 1939 dagegen fast die Hälfte der von Senegal exportierten Erdnüsse geschält. In Französisch-Äquatorialafrika sind nur Sägewerke und Werke zum Glätten von Brettern aus Okumeholz (Kongo und vor allem Gabun) sowie Stationen zum Entkernen und Pressen der Baumwolle in Ubangi zu nennen. Ein einziges Textilwerk, das Unternehmen Gonfreville, entstand infolge der Konjunktur während des ersten Weltkrieges in Bouaké in der Elfenbeinküste. Es wurde von einem früheren Angestellten des Amtes für Eingeborenenangelegenheiten gegründet und produziert nur für den örtlichen Markt. Es kann sich trotz administrativen Druckes kaum mit dem notwendigen Rohstoff versorgen.

2. Die Produktion

In der Wirtschaft des Tauschhandels bleibt der Feldbau die fast ausschließliche Quelle der Produktion. Die Techniken bleiben mit sehr wenigen Ausnahmen die der vorkolonialen Zeit: extensiv betriebene Hackbaukultur auf Brandflächen, verbunden mit ausgedehnter Anwendung der Brache. Arbeitstiere als Zugkraft (Bearbeitung des Bodens mit Pflug-

⁴⁹¹ Von der Gesamtsumme des Exports von Erdnußerzeugnissen, wobei die enthülsten Erdnüsse als 70 %, das Erdnußöl als 30 % der zugrunde liegenden Erdnußmenge einbezogen sind (Rapport de l'inspection des colonies – Februar 1942). Die ersten Ölmöhlen wurden in Diurbel und Kaolack 1920 und 1922 von Filialen der Compagnie générale des colonies eingerichtet, andere (Ziguinchor, Louga, Dakar) werden in den Jahren 1929–1933 gegründet.

gespannen) und mechanische Energie (selbst in der rohen Form der Bewässerung mit Hilfe von Schöpfkrädern) bleiben in der Landwirtschaft im allgemeinen unbekannt. Der intensive Anbau unter Verwendung von Dünger ist zwar nicht unbekannt, aber nur gering verbreitet. Im allgemeinen ist er auf den Gemüsefeldern in der Nähe der Hütten üblich und findet in Gebieten mit starker Bevölkerungsdichte Verbreitung. Hierbei handelt es sich um Flüchtlingsbevölkerungen, die sich im Gebirge oder in Küstenstrichen ansiedeln. Dieser Anbau mit Düngern ist hier jedoch kein Zeichen des Fortschritts, selbst wenn er die Natur der Landstriche zugunsten des Menschen stärker beeinflußt hat, denn seine technischen Grundlagen sind dieselben wie die des extensiven Anbaus geblieben, und für dieselbe Erzeugungsmenge ist sogar mehr Arbeit erforderlich. Dementsprechend gehen die Bevölkerungen, die zum intensiven Anbau genötigt sind, auch wieder zum extensiven Anbau über, sobald sich ihnen die Möglichkeit dazu bietet. Die Produkte und Anbauformen wechseln mit dem Klima. In der feuchten Waldzone tritt die „Plantage“ mit Erd- oder Knollenfrüchten auf, in der Savannenzone oder der Steppe das Feld (der „*lougan*“ der Senegalesen). Dabei überwiegen die einjährigen Kulturen der Gräserfrüchte. Auf diese Fragen kommen wir im einzelnen nicht wieder zurück.⁴⁹² Auch der gesellschaftliche Rahmen bleibt im wesentlichen unverändert. Es handelt sich immer noch um die alte patriarchalische Gemeinde. Sie neigt manchmal der Zersplitterung in begrenzte Familiengemeinschaften zu, aber das ist eine Tendenz, die zumindest in gewissen Gebieten schon vor der Kolonialzeit spürbar war. Veränderungen treten nur in der Art der Erzeugnisse zutage. Denn zu den alten Nahrungsmittelpflanzen kommen die Exportkulturen hinzu. Manchmal verdrängen sie die Nahrungsmittelpflanzen voll und ganz. In der Zone mit einer ausgeprägten Trockenzeit handelt es sich um Erdnüsse und Baumwolle, in den Feuchtgebieten um Kaffee, Kakao und Bananen. Die vor 1914 mehr als die Hälfte der Exporte darstellenden Sammelprodukte (Gummi, Wachs, Produkte der Ölpalme und vor allem Kautschuk) treten in die zweite Reihe – eine große Ausnahme bilden die Hölzer, deren Export sich noch entwickelt. Neben der „afrikanischen Bauernschaft“, die den Hauptteil der Produktion liefert, nimmt der europäische Ansiedler künftig einen beachtlichen, aber begrenzten Platz ein. Er monopolisiert die Ausbeutung des Waldes und kontrolliert zum Teil die Pflanzungskulturen. In Ländern mit einjährigen Kulturen gibt es praktisch keine europäischen Siedler, da die Produktion kapitalistischen Typs

⁴⁹² J. Suret-Canale, Schwarzafrika, Berlin 1966, Bd I, S. 80–82.

sich für die Baumwoll- oder Erdnußkultur nicht rentiert. Die Anwesenheit des europäischen Siedlers bringt keine ernstzunehmende Veränderung mit sich, weder in den Techniken noch in der Organisation der afrikanischen Gesellschaft. Der Werkzeugbestand setzt in den Pflanzungen der Europäer, ebenso wie überall, fast ausschließlich Handarbeit voraus und beschränkt sich auf Haumesser und Hacke. Die Arbeiterschaft besteht aus ausgehobenen Tagelöhnern oder aus solchen, die für begrenzte Zeit angeworben wurden. Sie haben ihre Familien im Dorf zurückgelassen und beabsichtigen, sobald wie möglich nach dorthin zurückzukehren, so daß man von einem wirklichen landwirtschaftlichen Proletariat nicht sprechen kann.

a) Die Entwicklung der Exportkulturen

1920 steigerte sich die zum Export gelangende Erdnußerzeugung auf 220 000 t. Diese Erdnüsse kamen hauptsächlich aus dem Senegal. Für 1924–28 schätzt man die durchschnittliche Jahresernte des Senegal auf 600 000 t Erdnüsse (ungeschält). Davon wurden 410 000 t exportiert.⁴⁹³ Weitere 30 000–40 000 t, die außerdem jährlich erzeugt wurden, stammten aus den übrigen Territorien Französisch-Westafrikas. Die Fertigstellung der Bahn Dakar–Niger und die Eröffnung der über Kano führenden Eisenbahn erweiterten die Exportmöglichkeiten für die Erdnußernten im Sudan und Niger. Die Weltwirtschaftskrise beeinflusst die Größe der Ernten nur kurze Zeit. So wurden 1930 520 000 t exportiert und 1932 weniger als 200 000 t. Die Ernten erreichen 1933 wieder die frühere Höhe. Vom Sudan exportieren die Kreise von Kayes, Segou, Bamako und San 20 000 t geschälte Erdnüsse, was ungefähr 27 000 t Nüssen im ungeschälten Zustande entspricht. Die Kolonie Niger erzeugt 1935 50 000 t Erdnüsse (ungeschält), wovon 30 000 t geschält über Kano zum Export gelangten. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges betrug die Ernte gewöhnlich 600 000 t Erdnüsse (mit Schalen gerechnet). Davon stellten Senegal und Sudan den Hauptteil. Aus Niger kamen 40 000 t, aus Obervolta und dem Gebiet von Korhogo in der Elfenbeinküste 25 000 t, aus Dahomey 7000 t und aus Guinea 4000 t. Die Erdnuß gedeiht mit Vorliebe in sandigen, gut durchlüfteten Böden, weil darin die Fruchtschalen nicht anfaulen. Im Senegal und in der sahelischen Zone treffen wir diese Böden an. Die Erdnuß ist niemals eine Mono-

⁴⁹³ Für Aussaaten fanden 35 000 t, für den örtlichen Verbrauch 50 000 t Verwendung, Verluste betrugen 100 000 t (*Auguste Cbevalier*, *La culture de l'arachide au Sénégal*, in: *Bull. des matières grasses*, 1931, Nr 7, S. 199–210).

kultur, ihr Anbau erfolgt im Rahmen einer mehr oder weniger idealen Feldumteilung, und zwar im Wechsel mit der Hirse. Man nimmt dazu eine kleine körnige Hirseart, besonders die schnellwachsende Varietät Suna, die sich für die leichten Böden gut eignet. Diese bildet die Grundlage des Anbausystems und bleibt die hauptsächliche Nahrungsmittelpflanze. In der gleichen Weise wird eine Leguminose, die Niébé, eine Bohnenart, ferner die Voandzeia oder Erderbse verwendet. Letztere afrikanische Pflanze ist zugleich diejenige, die seit dem 16. Jh. von der amerikanischen Erdnuß weitgehend verdrängt worden ist. Eine gewisse Rolle spielt im Anbausystem der Erdnuß auch der Maniok.⁴⁹⁴

Auf den jungfräulichen oder in Brache liegenden Böden beginnt die Feldbauarbeit mit der Beseitigung des Busches, was Ende April oder Anfang Mai, also vor dem Anfang der Regenzeit stattfindet. Als Werkzeuge werden dazu nur die Hacke, der Hausäbel und der „Rhock“ verwendet. Es ist ein zum Abschlagen und Aufhäufen der Reste des Buschwerks dienendes Instrument.⁴⁹⁵ Bäume und Bäumchen werden bis auf wenige Ausnahmen dicht am Boden abgeschlagen, wobei man jedoch einige Stümpfe stehenläßt. Das Buschwerk wird verbrannt und die Asche auf dem Feld verstreut. Das Feld wird nicht umgegraben, sondern man sticht lediglich Löcher für die hineinzulegende Saat in das Feld. Die gesamte Feldarbeit (Jäten, Hacken, Verziehen) vollzieht sich von Ende Juni bis Ende Oktober und wird mit der Hand oder mit Hilfe einfacher Werkzeuge – Daba und Iler⁴⁹⁶, letzteres eine Art Schaufel – vollbracht. Die Feldbautechniken haben keinerlei Entwicklung durchgemacht: „Während sich in der Tat alles in Tropisch-Afrika verändert hat“, bemerkt Auguste Chevalier, „während heute Eisenbahnen, zu einem großen Teil des Jahres befahrbare Autostraßen, ein sehr aktiver Handel bestehen und die Einwohner eine höhere gesellschaftliche Stufe erreicht haben, nach Wohlstand trachten und der Idee der Kooperation zugänglich sind, hat sich der senegalesische Feldbau nicht entwickelt. Die Anbaumethoden sind noch immer ebenso primitiv, die Insekten und Parasiten erheben einen schweren Zoll von den Ernten,

⁴⁹⁴ Über die Bodenumteilungen vgl. R. Portères, L'assolement dans les terres à arachides du Sénégal, in: Revue intern. de Botanique appliquée et d'Agriculture tropicale, Jan.-Febr. 1950, Nr 327–328, S. 44–50.

⁴⁹⁵ Über den Werkzeugbestand siehe J. Suret-Canale, Quelques aspects de la géographie agraire au Sénégal, in: C.O.M., Okt.–Dez. 1948, S. 346–367, und vor allem A. Chevalier, Monographie de l'arachide au Sénégal, in: Revue internationale de Botanique appliquée et d'Agriculture coloniale, 1936, Kap. III, S. 674–872.

⁴⁹⁶ Schreibweise manchmal „hilaire“.

weil es an Maßnahmen fehlt, die relativ einfach zu ergreifen sind.“⁴⁹⁷ Das bedeutet nicht, daß es manchmal an annehmbaren technischen Versuchen gefehlt hätte. Da der Pflug und andere bespannte europäische Geräte wenig zweckentsprechend sind, haben französische Unternehmungen den Versuch gemacht, den senegalesischen Bedingungen angepaßte Hilfsmittel zu entwickeln: die „Houe alouette“ mit Eselbespannung zum Furchenziehen und Behacken, „Hilaire Bajac“, Sämaschinen. Sie alle bringen die Schwierigkeit mit sich, daß ihre Anwendung eine vollständige Urbarmachung, die Entfernung aller Stümpfe und Wurzeln voraussetzt, die die alte Feldbaukunst bestehen läßt und deren Schößlinge eine wichtige Rolle in der Brache und beim Schutz des Bodens spielen. Ihre Anwendung stößt auf alle möglichen unlösbaren Schwierigkeiten, wobei die Hauptschwierigkeit in dem Fehlen eines für Feldarbeit geeigneten und heranziehbaren Viehbestandes liegt. Soweit für das Pferd in Schwarzafrika die Lebensbedingungen zuträglich sind, ist es ein Luxustier. Die recht und schlecht von den Pflanzen des Busches lebenden Rinder und Esel werden besonders während der Trockenzeit von Krankheiten und Parasiten geschwächt und dahingerafft. Einen Esel oder einen Ochsen kann man kaum länger als 6 Stunden täglich arbeiten lassen, was ebenfalls schon eine lange und schwierige Abrichtung voraussetzt. Jeder Ausdehnung der ortsständigen Viehzucht sind übrigens durch den Mangel an Trinkwasser Grenzen gesetzt. Die Verwendung angeschirrter Geräte setzt Schmiede, Stellmacher und Sattler voraus. Ein solcher Stamm von Handwerkern existiert jedoch nicht, beziehungsweise ist durch die Konkurrenz der eingeführten Artikel zum Verschwinden gebracht worden. Aber vor allem, und das ist der Hauptgrund, schließt die Geringfügigkeit der Einnahmen des senegalesischen Bauern als Erzeuger der Erdnüsse jede Möglichkeit einer Investierung – und sei sie noch so bescheiden – aus. Geräte zum Anschirren verbreiten sich nur mit äußerster Langsamkeit. Der Beweis ist die Tatsache, daß zum Beispiel 1946 von 70 000 ha, die im Kreis Louga der Erdnußerzeugung dienten, nur 3000 ha mit angeschirrten Geräten bewirtschaftet wurden. Im wesentlichen bleibt die Geräteanschirrung auf einige „Vornehme“ und Kantonschefs beschränkt. Der Versuch zur Einführung des mechanisierten Anbaues wurde 1921 in Laté-Mingué in der Region von Kaolack von einem Angestellten der C.F.A.O. unternommen⁴⁹⁸: Rein technisch waren die Ergebnisse zufrieden-

⁴⁹⁷ A. Chevalier, Monographie de l'arachide, a. a. O., S. 676.

⁴⁹⁸ Maunoury, La culture mécanique des arachides au Sénégal, in: Revue internationale de Botanique appliquée et d'Agriculture coloniale, 1923, S. 533–554, und 1935, S. 879–881.

stellend, aber es wurde der Beweis geführt, daß diese Kultur unter den vorhandenen ökonomischen Bedingungen nicht rentabel war. Die unqualifizierteste Lohnarbeit war „teurer“ als die „selbständige Arbeitskraft“, was bei der Amortisierung der aufgewendeten Technik ins Gewicht fiel. Was die Verbesserung der Böden betrifft, so war sie nur bei den Serern, die den Feldbau mit der Viehzucht verbanden, in Form einer oberflächlichen Düngung der Felder vorhanden.⁴⁹⁹ Auguste Chevalier hatte schon 1930 auf die nützliche Wirkung der kalksauren Phosphate aufmerksam gemacht, aber es erforderte noch zahlreiche Experimente, um herauszufinden, unter welchen Verhältnissen und in welcher Form sie angewendet werden konnten. Auf alle Fälle besaß der Bauer nicht genügend Rücklagen, die ihm den Ankauf von Düngemitteln ermöglicht haben würden, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, die der Einführung des Düngers zunächst noch im Wege standen. Infolgedessen blieben die Erträge mittelmäßig. Sie betrugen selbst in guten Jahren 600–800 kg je Hektar, während der mechanisierte Anbau erfahrungsgemäß durchschnittliche Erträge von 1000 kg je Hektar abwarf und speziell in Ägypten und Indien (allerdings bei intensiver Kultur mit Düngung und Bewässerung) sogar Erträge von 2000 bis 2500 kg je ha erbrachte. Die festgestellten und hinsichtlich der Wirkungsweise ihrer Ergebnisse umstrittenen Fortschritte beschränken sich auf die Arbeiten der Pflanzenselektion, die in der agronomischen Experimentierstation von M'Bambey verwirklicht wurden. Diese Station war im Jahre 1922 gegründet worden.⁵⁰⁰ Außer Erdnüssen erzeugt die sudano-sahelische Zone fast keine Exportprodukte, wenn man von ganz geringen Mengen anderer Produkte absieht. Die Gummierzeugung der alten merkantilistischen Kolonie des „Senegalfusses“, die von Senegal und Mauretanien gestellt wird, bleibt ein den Marktschwankungen unterworfenen Sammelprodukt. Der Export von 4000–5000 t deckt ein wenig mehr als die Hälfte des französischen Bedarfs. Sammelprodukte sind auch die Früchte des Schibutterbaums, Baumwollfasern (Mittel-Togo und Mittel-Dahomey⁵⁰¹) und Raphiafasern.

Die Sisalfaser – 4479 t lieferte Französisch-Westafrika davon im Jahre 1938 – wird in der Hauptsache von fünf großen Plantagen der Regionen

⁴⁹⁹ Vgl. P. Pélissier, *Les paysans Serères*, in: C.O.M., 1953, S. 106–127.

⁵⁰⁰ Die geschäftliche Betriebsführung, die der Station vorgeschrieben war, beschränkte ihre Untersuchungsmöglichkeiten. Die erzielten Ergebnisse (besonders nach 1930) besaßen Gültigkeit für Baol, wo sich die Station befindet, aber nicht notwendigerweise auch für Gebiete mit abweichendem Boden und Klima (A. Chevalier, *Monographie de l'arachide*, a. a. O.).

⁵⁰¹ Im Durchschnitt 500 bzw. 200 t pro Jahr.

von Kayes und Tambacounda geliefert. Die Produktion der Sisalfaser geht von Anfang an unter der Kontrolle von Gesellschaften vor sich, die vom großen Finanzkapital abhängig sind. Ökonomisch gesehen fällt die Produktion von Sisalfasern jedoch nicht ins Gewicht, und die erzielten Ergebnisse liegen 2–3fach unter jenen der hauptsächlich übrigen Erzeugungsländer. Der Export unterliegt je nach der Konjunktur bedeutenden Schwankungen.

Unter den Faserstoffen scheint die Baumwolle den klimatischen Bedingungen dieser Zone am besten zu entsprechen. Im Sudan, in Dahomey, in der Elfenbeinküste hatte die Association cotonnière coloniale – ein 1903 gegründetes Konsortium der französischen Baumwollimporteure und Textilindustriellen – einige Werkstätten für Baumwollentkernung angelegt. Ein großer Erfolg war ihnen nicht beschieden. Welche grandiosen Perspektiven man sich in dieser Hinsicht am Vorabend des ersten Weltkrieges ausmalte, werden wir noch ersehen. Die Korrigierung des inneren Deltas des Niger sollte angeblich aus dem französischen Sudan ein neues Ägypten machen. Diesem war die Aufgabe zugewiesen, den Bedarf der französischen Baumwollindustrie an Rohstoffen zu decken. Die Bilanz des Niger-Bewässerungsprojektes (Office du Niger) entsprach jedoch nicht den Hoffnungen. Die Kommission Bélime hatte in den Jahren 1919–21 verheißen, daß das Projekt nach einem Zeitraum von etwa zwanzig Jahren 300 000 t Baumwolle liefern würde. Statt dessen waren es nur kaum einige wenige 1000 t mittelmäßiger Qualität, die man erst 1939 unter großem Aufwand verkaufen kann. Die Privatinitiative hatte keinen besseren Erfolg. Die Hirsch-Gruppe (Compagnie de culture cotonnière du Niger) versuchte sich darin. 1919 erhielt sie das Monopol für den Aufkauf der Baumwolle im Sudan. Abgesehen von den Profiten, die sie aus den Bewässerungsvorhaben des Staates zu ziehen hoffte, begann die Gesellschaft mit eigenen Anpflanzungen. Sie erwarb zu diesem Zweck im Jahre 1919 in Diré bei Timbuktu eine Konzession von 100 000 ha mit der Verpflichtung, davon innerhalb von zwanzig Jahren 50 000 ha, 4/5 davon mit Baumwolle, zu bepflanzen. 1935 waren jedoch erst 1500 ha, davon 600 mit Baumwolle, bepflanzt, und zwar nach dem Halbpachtsystem, wodurch sich die Rolle der Gesellschaft darauf beschränkt, von den afrikanischen Baumwollbauern eine drückende Abgabe zu erheben.⁵⁰²

Von den im Jahre 1942 vom Sudan erzeugten 1876 t Baumwolle lieferte das Niger-Bewässerungsobjekt (Office du Niger) genau 606 t, Diré 270 t, während die Verwaltungskreise, d. h. die Zwangskultur auf den „Feldern des

⁵⁰² E. Baillaud, *L'Organisation économique de l'Afrique occidentale française*, Marseille 1936.

Kommandanten“, 1000 t lieferten! Auch in Dahomey, Obervolta und Elfenbeinküste erzeugte die Zwangskultur auf den „Feldern des Kommandanten“ einige 100 t. Dahomey lieferte ungefähr 1000 t⁵⁰³ für den Export, welche aus den Entkernungsanlagen der Association cotonnière, der Société du Haut-Ogooué, der Firma Walkden und einigen weiteren Entkernungsstationen stammten. Die Elfenbeinküste und Obervolta erzeugten etwa 2000 t für den Export, die in den 8 Entkernungsstationen der Association cotonnière aufbereitet worden waren. Der Überschuß der Erzeugung der Elfenbeinküste und Obervoltas diente der Versorgung der Spinn- und Webwarenfabrik Gonfreville in Bouaké. Die Baumwollexporte Französisch-Westafrikas fielen, nachdem sie 1930 ihr Maximum (4234 t) erreicht hatten, infolge der Krise im Jahre 1932 auf 1376 t, um 1939 wieder 3916 t (und zwar Sudan 585 t, Elfenbeinküste 2219 t, Dahomey 1071 t, Niger 41 t) zu erreichen. Die gleiche Bedeutung hatte die für die Baumwolle in Ubangischari auf Initiative von Eboué seit 1924 eingeführte Zwangskultur. Sie sollte den zukünftig nicht mehr an erster Stelle stehenden Kautschuk ersetzen. Die Zwangskultur der Baumwolle und das Aufkaufsmonopol der Konzessionsgesellschaften nach dem Beispiel des belgischen Kongo wurden 1927 eingeführt. Die äußerst geringen Ertragnisse blieben unter 300 kg je ha. Der dem Erzeuger in den Jahren 1925/26 gezahlte Preis von 1 Franken je kg unentkernter Baumwolle fiel 1933/34 auf 0,60 Franken je kg. Legt man zugrunde, daß 10 kg ungereinigter Baumwolle 3 kg Baumwollfaser ergeben, so erhielt der Erzeuger also bei diesem letzteren Preis je kg Baumwollfaser 2 Franken. Die im Besitz des Aufkaufsmonopols befindlichen Gesellschaften verkauften die Baumwollfaser jedoch für 5,50 Franken pro Kilo und erhielten dazu noch vom französischen Staat eine Prämie von 3,50 Franken. 1936 wurde die Prämie gestrichen, nachdem die Preise angezogen hatten, aber der dem Erzeuger gezahlte Aufkaufspreis erhöhte sich nur auf 0,75 Franken pro Kilo ungereinigter Baumwolle.⁵⁰⁴ 1939 kam man auf den Preis von 1 Franken für das Kilo ungereinigter Baumwolle zurück. Ungeachtet dieser lächerlichen Preise erhöhte sich die Erzeugung weiterhin, da der verwaltungsmäßige Zwang nicht nachließ. Dagegen hatten die Behörden Französisch-Westafrikas, da die Baumwolle hier mehr eine zusätzliche Bedeutung hatte, während der Weltwirtschaftskrise auf Zwang verzichtet. Insgesamt erzeugte Französisch-Schwarzafrika an Baumwolle 242 t im Jahre 1928, 810 t 1933, 9800 t 1937 und fast je 9000 t in den Jahren

⁵⁰³ Die folgenden Exportziffern verstehen sich in Tonnen Baumwollfasern.

⁵⁰⁴ Rede des Generalgouverneurs Reste vor dem Regierungsrat von Französisch-Äquatorialafrika, in: *L'Afrique française*, 1937, Nr 3, S. 131–140.

1938 und 1939. Zwei Drittel dieser Ernten erzeugte Ubangi-Schari, ein Drittel die Tschad-Kolonie. Die exportierten Baumwollernten in Französisch-West- und Französisch-Zentralafrika einschließlich der Mandatsterritorien betrugen 1913 insgesamt 300 t, 1929 insgesamt 7400 t und 1938 16 500 t. Von dieser letzteren Ziffer lieferte Ubangi den Hauptteil. Weltwirtschaftlich gesehen bedeutet auch diese Exportziffer noch sehr wenig.

Ebensowenig zählten die Plantagenkulturen (Kakao, Bananen, Kaffee), die vor dem ersten Weltkrieg in Französisch-Schwarzafrika vorhanden waren, weltwirtschaftlich gesehen mit. Während die Goldküste (das heutige Ghana) zum großen Kakaowelterzeuger geworden war und in den küstennahen Bezirken Kameruns gewisse Resultate in der Erzeugung dieser Produkte erreicht worden waren, blieb die Plantagenerzeugung Französisch-Tropisch-Afrikas ganz unbedeutend.⁵⁰⁵ Von den zur Erzeugung von Plantagenprodukten geeigneten Territorien hatte Guinea sie mitten im „Kautschukfieber“ vernachlässigt, und die Elfenbeinküste und Französisch-Äquatorialafrika waren gerade erst effektiv besetzt worden. In der Amtsperiode des Gouverneurs Angoulvant wurde der Kakao seit 1908 an der Elfenbeinküste in Kultur genommen, wozu die von diesem Beamten so geschätzte „Politik der starken Hand“ diente.⁵⁰⁶ Besonders wurde die Zwangskultur des Kakaos nach 1913 allgemein eingeführt, nachdem die Kautschukkrise das Problem des Ausgleichs der Exportausfälle an Kautschuk mit aller Schärfe gestellt hatte. Das Beispiel der Goldküste, wo die „Eingeborenenkultur“ des Kakaos vollen Erfolg gehabt hatte, übte seine Wirkung aus. Da aber ein ökonomisches Interesse fehlte, hatten die Methoden administrativen Zwanges eine ungleich schwächere Wirkung. Die Bevölkerung, die die üblichen Methoden der Verwaltung zu spüren bekommen hatte, zeigte kaum Begeisterung. In verschiedenen Gebieten beschäftigte sie sich nachts damit, die Kakaopflanzen mit heißem Wasser zu übergießen, um das Scheitern der Pflichtanpflanzung um so sicherer herbeizuführen. Die Produktion war 1913 gleich 44 t. Dennoch entwickelte sich die Kultur in den Aschanti (Goldküste) benachbarten Grenzgebieten, und zwar besonders in Indenie. Sie wurde auch von einigen europäischen Pflanzern

⁵⁰⁵ Export im Jahre 1913: Kakao 150 t, Bananen 30 t, grüner Kaffee 10 t.

⁵⁰⁶ Auf dieselbe Weise hatte er 1909 die Maiskultur einführen wollen . . . „Eine große Leistung in der Bewirtschaftung der Böden wird von den Bevölkerungen verlangt. Der Versuch ist ein Fehlschlag, da das Saatgut seine Keimfähigkeit verlor. Daher rührt eine Unzufriedenheit, die in gewissen Stämmen soweit gehen wird, daß sie sich in Rebellion äußern wird.“ (*G. Joseph, La Côte d'Ivoire, Paris 1914.*)

betrieben, aber von Anfang an war sie vor allem ein Erzeugnis der afrikanischen Bauern. 1939 gehörten von den mit Kakaobäumchen bepflanzten 180 000 ha nur 8000 ha europäischen Pflanzern. Die Erzeugung stieg 1922 auf 2500 t, 1929 erreichte sie 16 000 t, 1932 25 700 t, 1937 48 000 t, 1939 55 000. Bei einer Bevölkerung von 40 000 Einwohnern stiegen im Jahre 1936 im Verwaltungskreis von Indenie die Einnahmen auf 25 Millionen Franken. Diese Einnahmen stammten zu $\frac{9}{10}$ aus dem Kakao. Derartige Ziffern waren für Französisch-Tropisch-Afrika noch Ausnahme. Verschiedene afrikanische Pflanzern gingen bereits zur Verwendung bezahlter Lohnarbeit über.⁵⁰⁷ In Kamerun war bis zum Jahre 1905 die Kakao-kultur nur Angelegenheit der großen Plantagen (nach dem Beispiel Fernando Póo).⁵⁰⁸ Nach dem ersten Weltkrieg entwickelte sie sich und wurde mehr und mehr Sache der hauptsächlich in den Gebieten von Mungo und Ebolova lebenden afrikanischen Bauernschaft. Besonders trat das zu dem Zeitpunkt ein, als die Weltwirtschaftskrise zahlreiche europäische Pflanzern zur Aufgabe dieser Kultur zwang.⁵⁰⁹ 1935 erreichte die „Eingeborenenkultur“ 21 400 t Erzeugertonnen, wovon 4200 t aus dem Gebiet von Mungo, 4500 t aus dem Gebiet von Nyong und Sanaga, 8500 t aus dem Gebiet von N'Tem kamen. 1938 stiegen die Exporte auf 31 000 t. Das Erzeugungsgebiet rückte bis in die Nähe der Pangwe vor und reichte so über die Grenze bis nach Gabun hinein, wo das Flußgebiet des Woleu-N'Tem den Hauptanteil der 1000–1500 t Kakao lieferte, die Französisch-Äquatorialafrika jährlich exportierte. Die Jahresproduktion von Französisch-Tropisch-Afrika insgesamt erreichte im Durchschnitt der fünf Jahre 1935–1939 86 000 t.⁵¹⁰ 1938 waren es 92 300 t. Aber bereits damals hatte die von einem Virus übertragene „swollen shoot“ genannte Krankheit sehr ernste Schäden unter dem Bestand an Kakaobäumen bewirkt. Dazu kam noch, daß die Verstreutheit der Anbauflächen die Bekämpfung dieser Pflanzenkrankheit erschwerte.

Der Kaffee, dessen Produktion vor dem ersten Weltkrieg unbedeutend war (1913 wurden 10 t Kaffee exportiert), entwickelte sich noch später als der Kakao. Durch die üblichen verwaltungsmäßigen Maßnahmen versuchte man seinen Anbau in der Elfenbeinküste, in Guinea, in Äquatorialafrika zu verbreiten. Das war auch in Ubangi der Fall, wo sei 1922 der Gouverneur Lamblin Kaffeebäumchen pflanzen ließ. Die Resultate waren

⁵⁰⁷ H. Labouret, *Paysans d'Afrique occidentale*, Paris 1941.

⁵⁰⁸ H. Labouret, *Le Cameroun*, Paris 1937.

⁵⁰⁹ Exporte 1929: 8000 t.

⁵¹⁰ Fünfjahresdurchschnitt 1925–1929: 23 500 t.

dürftig, da die angepflanzten Kaffeebäumchen einer sorgfältigeren Pflege bedurft hätten, zumal es sich um die *Coffea arabica*, der meist geschätzten, aber empfindlichsten Sorte, handelte. In Guinea hatte Auguste Chevalier das Bergland des Futa Djalon für die *Coffea arabica* empfohlen. Die Plantagen kamen jedoch erst zum Tragen, als die Krise den Preissturz bewirkte. Daraufhin wurden die Versuche eingestellt. Die Exportproduktion von ganz Französisch-Schwarzafrika überstieg im Fünfjahresdurchschnitt von 1925–1929 nicht 277 t, wobei der Einfluß der Krise noch nicht zu spüren war.⁵¹¹ Die eigentliche Entwicklung des Kaffeeanbaues begann erst nach der Krise, im wesentlichen seit den Jahren 1934 und 1935. Aber die Erzeugung des Kaffees wurde zum großen Teil noch von den europäischen Siedlern gestellt, und die zu zarte *Coffea arabica* war zugunsten widerstandsfähigerer, aber qualitätsmäßig weniger geschätzter Arten, besonders zugunsten der Robusta, aufgegeben worden. So stieg in der Elfenbeinküste die Exporterzeugung von 1327 t im Jahre 1932 auf 10 079 t im Jahre 1937. 17 900 t erreichte sie 1939, und 28 360 t betrug die Exportproduktion im Jahre 1941. In Äquatorialafrika (Ubangi, Kouilou, Woleu-N'Tem usw.) wurden nur 6000 t erzeugt, deren Qualität jener der Elfenbeinküste klar unterlegen war, obwohl diese durch die Präparation von Le Havre selbst den Ruhm genoß, „fuchsig-rot“ und „herb in der Tasse“ zu sein.⁵¹² Einzig Kamerun, dessen Produktion 1938 die Menge von 4250 t erreichte, lieferte weiterhin $\frac{1}{6}$ seiner Erzeugung in *Coffea arabica*, die in den Ländern der Bamileke und Bamum angebaut wurde.⁵¹³ In der Tat hätte die Kaffeeproduktion der unter französischer Herrschaft stehenden Länder ohne die zur selben Zeit ergriffenen Zollschutzmaßnahmen weder qualitäts- noch selbstkostenmäßig mit den südamerikanischen Kaffeesorten konkurrieren können. Indessen entwickelt sich die „Eingeborenenkultur“. In der Elfenbeinküste liefert sie schon 1939/40 $\frac{2}{3}$ der Erzeugung (mit 55 000 ha Erzeugungsgebiet gegen die 19 000 ha der 218 europäischen Pflanzler). Die Entwicklung der Kaffeekultur hat sich also erst am Vorabend des zweiten Weltkrieges von ihren Anlaufschwierigkeiten befreit und gewinnt ihre volle Kraft erst nach dem Kriege.⁵¹⁴

⁵¹¹ In Elfenbeinküste: 166 t im Jahre 1926, 405 t im Jahre 1929.

⁵¹² J. Richard-Molard, *Afrique occidentale française*, Paris 1948, S. 209.

⁵¹³ Davon wurden zwei Drittel von Europäern geliefert.

⁵¹⁴ Prozentmäßiger Anteil des Kaffees am wertmäßigen Gesamtexport Französisch-Westafrikas: 1930: 0,3 %; 1934: 2,3 %; 1937: 3,4 %; 1938: 5,5 %; 1948: 13,8 % (im Jahre 1948 belegte der Kaffee dem Wert der Ausfuhr nach den Platz unmittelbar nach den Erdnüssen).

Zur selben Zeit entwickelt sich sehr schnell die Bananenerzeugung, die ihre Anfangsschwierigkeiten paradoxerweise mitten in der Weltwirtschaftskrise hinter sich läßt. Während der Bananenexport einen wertmäßigen Anteil an den Exporten Französisch-Westafrikas von 0,8 Prozent im Jahre 1930 belegt, stellt er seit 1934 4–5 Prozent des Gesamtexportwertes dieses Gebiets. Das entscheidende Element des ökonomischen Anlaufs liegt hier, außer in den politischen Vorzugsbestimmungen und den staatlichen Stützungsmaßnahmen (Prämien, Lieferung von Düngemitteln auf Kredit), in der Organisation von Transport und Speicherung wie in der Indienstellung (besonders seit 1935) einer besonderen Transportflotte von Bananenschiffen.⁵¹⁵ Die Bananenproduktion Guineas zeigt eine ununterbrochen aufwärtssteigende Kurve:

1920:	114 t	1933:	21 758 t
1925:	1187 t	1934:	26 000 t
1928:	3993 t	1935:	30 900 t
1929:	6112 t	1936:	45 000 t
1930:	8769 t	1938:	52 800 t

Der Gesamtexport von Französisch-Westafrika an Bananen erreicht im Jahre 1938 65 000 t. Den Hauptteil davon liefert Guinea mit den sich längs der Eisenbahnlinie Konakry–Mamu hinziehenden Plantagen. Den übrigen Teil stellte die Elfenbeinküste (Regionen Abidjan, Agboville-Tiassalé, ferner zum Teil Agnéby und Umgebung von Sassandra), deren ökonomischer Anlauf später ins Rollen gekommen war (1930: 2 t; 1933: 196 t; 1934: 1378 t; 1935: 4378 t; 1939: 14 000 t). Die angebaute Art ist die „Sinensis“. Diese Art ist gefragter, aber anfälliger als die auf den Antillen und in Kamerun angebaute Staude des „Gros-Michel“. Infolge der besonders riskanten Anbaubedingungen wurde die Banane bis zum Krieg mit wenigen Ausnahmen nur von europäischen Pflanzern angebaut, da diese auf Grund gewährter landwirtschaftlicher Kredite am ehesten über Kapital verfügten, so daß sie in einer Plantage 50–100 Handarbeiter, wohlverstandenen ohne Mechanisierung, beschäftigen konnten. Infolge der Anfälligkeit der Frucht erforderte der Anbau die Verwendung von Düngemitteln, Stroh und Mist sowie Bewässerung oder Berieselung. Darin lagen die besonderen Risiken des Anbaus. 1934 lieferte die „Eingeborenenkultur“ ungefähr $\frac{1}{15}$ der Gesamtproduktion Guineas. Der Rückgang der Erzeugung während

⁵¹⁵ Vgl. V. *Champion*, *Le bananier*, Paris 1963, S. 213–214. In den französischen Importen verdrängen Guinea und die Antillen langsam die Kanaren. Nach 1936 sind diese für Frankreich keine nennenswerten Bananenlieferanten mehr.

des Krieges wurde nur langsam ausgeglichen. Insgesamt kann man sagen, daß nach einem sehr schnellen Aufschwung sich die Produktion auf gleicher Höhe hielt oder nur noch wenig anstieg. Die Ziffern für die Bananenproduktion von 1938 werden in Guinea erst 1951 (in der Elfenbeinküste schon 1948), und dieses Mal mit dem ins Gewicht fallenden Beitrag einer Produktion durch afrikanische Bauern, übertroffen. Für die Bananenerzeugung in Kamerun gilt fast die gleiche Entwicklung. 1938 wurden hier 28 000 t Bananen erzeugt.

Mit der Ölpalme kommen wir zur Kategorie der Sammelprodukte. Die Produkte der Ölpalme stellen auch weiterhin den Hauptteil der Exporte Dahomeys. Die Palmenhaine sind überaltert, und die Dürftigkeit der Lebensbedingungen – besonders in dem überbevölkerten Nieder-Dahomey – erlaubt es nicht, an ihre Neupflanzung zu denken, während die übliche Anwendung intensiver Zwischenkulturen (Mais, Maniok) zum Sinken der Erträge beiträgt.⁵¹⁶ In der Elfenbeinküste und in Guinea sind die Palmenhaine eher als natürliche Palmenhaine anzusehen, deren Produkte nur gelegentlich zum Export kommen. Die Zerstreutheit der Erzeugung bildet ein Hindernis für die Durchsetzung einer modernen Technik in bezug auf das Auspressen des Öls. Mechanische Pressen und Stampfen (ganz zu schweigen von Maschinen) sind importiert und ebenso selten wie in der sudanischen Zone die Pflüge und Sämaschinen. Die meisten rosten in den Speichern der Gesellschaften für Eingeborenenbevorratung (*Sociétés Indigènes de Prévoyance*) oder sind nur bei offiziellen Besuchen in Betrieb. Nur einige Kantonshäuptlinge ziehen daraus Vorteil. Aber die Hauptursache der Stagnation ist der ungünstige Stand der Preise auf dem Weltmarkt, da die Ölpalmenprodukte verhältnismäßig stark im Preis nachlassen, stärker als zum Beispiel Kakao und Kaffee. Während der wertmäßige Anteil der Ölpalmenprodukte an den Exporten Französisch-Westafrikas 1925 wie schon 1913 bei 20 Prozent lag, betrug dieser Anteil 1930 nur 13 Prozent und 1934 5,6 Prozent. Der durchschnittliche Jahresexport an Palmkernen für den Zeitraum von je 5 Jahren verändert sich in den Jahren von 1921 bis 1925 und 1950 bis 1954 (119 000 t) im Durchschnitt nicht. Dahomey liefert 50 000 bis 60 000 t, Äquatorialafrika erreicht im Maximum 15 000 t, Kamerun 20 000 t, Guinea und die Elfenbeinküste je ungefähr 10 000 t . . . Was das Palmöl betrifft, so verringert sich sein Export in derselben Periode fast um $\frac{1}{3}$ (von 32 000 auf 19 000 t). Von 1928 bis 1933 geht der Preis der Palmkerne in Marseille um $\frac{4}{5}$ zurück (im Unter-

⁵¹⁶ J. Richard-Molard, A.O.F., a. a. O., S. 213. So kommt es zu einem Endprodukt von 120–150 kg Öl je Hektar (gegen 1500–2000 kg bei rationeller Bepflanzung).

schied zu einem Preissturz des Kakaos um $\frac{3}{4}$, der Erdnüsse um $\frac{2}{3}$). Der Preis des Palmöls fällt in derselben Zeit um mehr als $\frac{3}{4}$. Von September 1937 bis Juli 1938, während der kleinen dem Kriege vorangehenden zyklischen Krise, läßt der Preis der Palmkerne um 27 Prozent und der des Palmöls um 67 Prozent nach. Während 1938 der Preis der Erdnuß fast wieder den gleichen Stand erreicht hat wie vor der Weltwirtschaftskrise, während sich der Kakaopreis 1938 auf ungefähr 50 Prozent seines Preises vor der Weltwirtschaftskrise beläuft, bleibt der Preis der Palmkerne unter 50 Prozent seines Preises im Jahre 1928 stehen.

Der besonders konjunkturrempfindliche Holzexport erlebte am Vorabend des ersten Weltkrieges eine aufsehenerregende Entwicklung. Das Ausfuhrgeschäft mit Hölzern in Gabun war bereits vor 1914 gut: aber die Verwendung des Okumeholzes als Material zur Herstellung von Zigarrenkisten stellte mengenmäßig nur eine begrenzte Absatzmöglichkeit dar. Erst nach dem ersten Weltkriege kam man auf seine häufige Verwendbarkeit zur Herstellung von Intarsien und Sperrholzplatten. Zwischen 1913 und 1929 wuchsen die jährlichen Hölzerexporte auf mehr als das Doppelte der Vorkriegsexporte. Die Arbeitsmethoden blieben so roh wie möglich. Die „Aushebung“ von Zwangsarbeitern, die zu unspezialisierter Beschäftigung jederlei Art, einschließlich des Transports der Holzstämme bis zu den Wasserläufen, gezwungen waren, stellte die „rationellste“ Lösung dar. Die Arbeiter waren gänzlich ohne maschinelle Hilfsmittel. Die Verwendung von Decauville-Bahnen auf den Holzplätzen kommt vor 1930 nicht zur ausschlaggebenden Anwendung. Die Spekulation spielt in der Produktionsregelung die Hauptrolle und gibt ihr einen besonders unübersichtlichen Charakter. Die Produktion Gabuns betrug 1913 150 000 t. Während und nach dem ersten Weltkrieg, als Deutschland als Hauptkunde ausfiel, ging sie stark zurück und überschritt dieses Niveau erst 1924 (198 000 t gegen 104 900 t im Jahre 1923). Die Jahre 1924–1927 stellen einen „Rush“ dar. Die Produktion steigt dabei von 219 727 t auf 335 454 t. 1928 erreicht die Produktion mit 469 512 t ihr Maximum, womit sie die Nachfrage um 60 000 t übersteigt. Die Folgen zeigen sich in einem ersten Produktionsrückgang. Es werden im Jahre 1929 nur 310 000 t erzeugt. Trotz der von der Verwaltung ergriffenen Maßnahmen zur Einschränkung der Erzeugung erreicht die Produktion im Jahre 1930 381 000 t. Im geringeren Maße macht sich dieser „Boom“ in der Elfenbeinküste und in Kamerun bemerkbar. Der Fünfjahresdurchschnitt der Exporterzeugung für Tropisch-Afrika unter französischer Herrschaft, betreffend die Zeit 1925–1929, erreicht 483 000 t. Ungefähr $\frac{4}{5}$ entfallen dabei auf das Okumeholz Gabuns. In Franzö-

sisch-Westafrika steigt der Anteil der Hölzer am Gesamtexport von 4,3 Prozent im Jahre 1913 auf 6,3 Prozent im Jahre 1930. Der Rückgang der Erzeugung seit 1930 verlief schockartig. Seit diesem Jahr fallen die Preise für das Okumeholz um 50 Prozent. Die gabunesische Erzeugung beträgt 1931 nur 224 227 t. 1937 steigt sie wieder auf 434 800 t an, ohne jedoch die Rekordziffer von 1928 wieder zu erreichen. Der Rekord dieses Jahres wird vor den fünfziger Jahren nicht wieder überschritten. In dem Jahrfünft 1950–1954 liegt für das gesamte Französisch-Tropisch-Afrika der Jahresdurchschnitt der Erzeugung bei 500 000 t.

Der Kautschuk hat die Bedeutung verloren, die er einst in den Statistiken vor 1911 innehatte. Aber er spielt weiterhin eine gewisse Rolle, wenigstens für viele Gebiete, die über kein anderes Exportprodukt verfügen. In Französisch-Äquatorialafrika wird er weiterhin zwangsweise für den Profit der Konzessionsgesellschaften gesammelt. Gestützt auf die günstigen Preise steigt sein Export von 1000 t im Jahre 1924 auf 1900 t im Jahre 1926. In Französisch-Westafrika, besonders in Guinea, wo sich anstelle des Kautschuks keine andere Exportkultur entwickelt hat, beobachtet man stellenweise dieselbe Entwicklung. Die Kautschukausfuhr betrug 1924 1282 t, und im Jahre 1926 war sie gleich 1913 t. Dennoch bleibt man von den Resultaten der Vorkriegszeit weit entfernt. Schon 1929 geht die Kautschukausfuhr von Französisch-West- wie von Französisch-Äquatorialafrika unter die 1000 t-Grenze zurück, und die Weltwirtschaftskrise bringt sie zur völligen Bedeutungslosigkeit. Dennoch erreicht die Erzeugung von Französisch-Äquatorialafrika im Jahre 1937 1106 t Kautschuk. Das Elfenbein belegt noch im Jahre 1925 wertmäßig die vierte Stelle in der Ausfuhrstatistik Französisch-Äquatorialafrikas (9 600 000 Franken). Ihm voran gehen nur Hölzer, Palmkerne und Kautschuk.

b) Die Zwangskulturen

Die sehr geringe Produktivität, die der Geringfügigkeit der angewandten technischen Mittel durchaus entspricht, der sehr niedrige Stand der Erzeugerpreise, den die Tauschhandelsgesellschaften durchsetzen und den die „Preistabellen“ der Kolonialbehörden sanktionieren, behindern in entscheidender Weise die Entwicklung eines ökonomischen Anreizes für die Produktion. Der Selbstverzehr im Innern der patriarchalischen Familie, etwas Austausch auf den lokalen Märkten, hatten einst den Bevölkerungen eine mittelmäßige Existenz in herkömmlicher Weise gesichert. Der Anreiz der importierten Fabrikwaren war dagegen nicht in der Lage, den Bauern zur

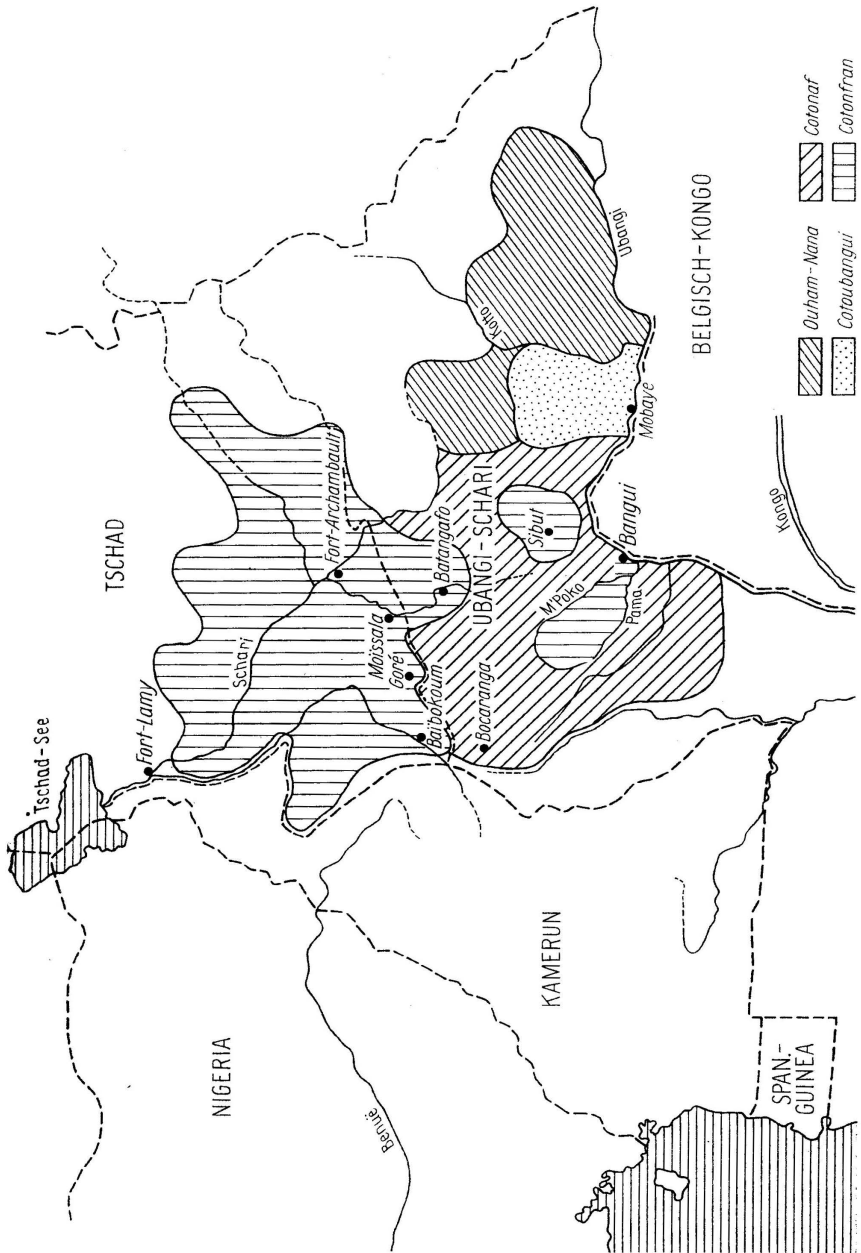


Abb. 19. Gebiete der Großhandelsgesellschaften für Baumwolle zwischen 1930 und 1945 (Grobumriss)

Übernahme neuer, für den Markt bestimmter Kulturen zu bewegen. Diese konnten sich außerdem in der allgemeinen Regel nicht ohne Einschränkung oder Rückentwicklung der Lebensmittelkulturen entwickeln. Sie wurden aber kaum in genügender Menge angebaut, um das Überleben der ohnehin von regelmäßigen Mangelzeiten gequälten Bevölkerung zu sichern. Mangels eines ökonomischen Anreizes bildete die Verhängung von Zwangssteuern ein ausgezeichnetes Druckmittel. Um zu dem Geld zu kommen, das zur Bezahlung der Kopfsteuer für alle Erwachsenen unbedingt nötig war, befand sich das Oberhaupt der patriarchalischen Familie in der Zwangslage, einen Teil der Familienfelder für Kaufmannsprodukte, d. h. in der allgemeinen Regel für Exportprodukte, zu reservieren. In der Elfenbeinküste und anderwärts hatte darüber hinaus die Entwaffnung der Stammesgruppen zur Verringerung ihrer Ernährungsmöglichkeiten und dazu beigetragen, daß sich die Bevölkerung auf den Feldbau „auszurichten“ begann. Aber in der allgemeinen Regel genügte der indirekte Zwang nicht, und man griff weiterhin zu den alten Methoden der Zwangskulturen und der Pflichtablieferungen. In dem 1914 für die Lieferung des Kautschuks angewandten System, welches während des Krieges zur Aufbringung des „Kriegsbeitrages“ verallgemeinert wurde, bildeten sich verschiedene Varianten heraus. Die einfachste bestand darin, den Verwaltungskreis steuermäßig zu „veranlag“, d. h. ihm die Lieferung einer bestimmten Menge von Produkten aufzuerlegen. Das geschah unter Berücksichtigung der ihm unterstellten Möglichkeiten und vor allem nach Maßgabe der Anforderungen durch die interessierten Tauschhandelsgesellschaften. Wohlgermerkt wurde der Kolonialbeamte nach der „Ergiebigkeit“ seines Verwaltungskreises bewertet und ausgezeichnet, sowohl für die Tauschhandelsprodukte als auch für die mit diesen in enger Verbindung stehende Steuer. Wenn das Programm festgestellt war, gab der Kommandant des Verwaltungskreises seine Instruktionen an die Häuptlinge des Kantons weiter, die ihrerseits veranlagt und jeder für seinen Kanton verantwortlich gemacht wurden. Für die Nichterfüllung drohte ihm Gefängnis oder Abberufung. So sollte das angestrebte Ziel erreicht werden. Nach der Ernte wurde das Produkt auf die Tauschhandelsmärkte gebracht, wo es in mehr oder weniger korrekter Weise gewogen und von den Händlern nach den von der Kolonialverwaltung festgesetzten Preisen bezahlt wurde. Im allgemeinen lagen diese Preise mehrfach unter dem Stand der Preise des freien Marktes.⁵¹⁷ Der

⁵¹⁷ Gide zitiert das Beispiel eines Unterbezirks von Französisch-Äquatorialafrika im Jahre 1926, wo der Bevölkerung die Ablieferung von 10 t Hirse auferlegt wird.

Transport erfolgte auf den Köpfen der Menschen bis zu einhundert Kilometer. Jeder Widerstrebende, der weder geneigt noch in der Lage war, die angeforderten Mengen und Qualitäten zu liefern, setzte sich der „Bestrafung“ in Form einer Geldstrafe, des Gefängnisses oder der Schläge mit dem „Manigolo“ aus.⁵¹⁸ Zur größeren Sicherheit wurden die Kulturen vermessen und kontrolliert. Im Sudan war es lediglich erforderlich, die Gepflogenheiten der vorkolonialen Feudalstaaten wieder aufzunehmen. Beim Fehlen einer Geldwirtschaft stammte der Hauptteil der Bezüge des Fiskus aus der Naturalsteuer der Dörfer. In jeder Feldbaugemeinde war ein Kollektivfeld ausgegrenzt, dessen Produkt als Ergebnis der gemeinsamen Arbeit zum Unterhalt des Häuptlings und seiner Parteigänger bestimmt war. Zukünftig hatten die Bauern nicht nur die „üblichen“ Felder der Häuptlinge, die von der Verwaltung beibehalten oder sogar in manchen Fällen erst eingeführt wurden, sondern auch die „Felder des Kommandanten“ zu bebauen. Diese wurden von den Kreiswachen ausgegrenzt und in den aufeinanderfolgenden Etappen des Anbaus und der Ernte kontrolliert. Aber diese Arbeitssteuer war nun ein zusätzliches Element zu der von der Kolonialherrschaft bereits verhängten Geldsteuer. Dieses System wurde bei den Kolonialbeamten sehr beliebt, weshalb sie es verallgemeinerten und ihm auch in jenen Gebieten Eingang verschafften, wo es nie bestanden hatte. So führte in der Elfenbeinküste am Vorabend des ersten Weltkrieges Gouverneur Angoulvant den Zwangsanbau von Mais und Kakao ein. Angoulvant nahm bei der Rechtfertigung der Zwangskulturen kein Blatt vor den Mund: „... Wenn die Vertreter der Handelshäuser und europäischen Kolonisationsgesellschaften es erst auf sich nehmen müssen, damit der Einwohner die ihm und ihrem Geschäft einträgliche Arbeit in Angriff nimmt, dann scheitern sie fast sicher, nicht ohne dabei noch drückende Opfer zu bringen.“⁵¹⁹ In derselben Weise ging es um die von Eboué in Ubangi eingeführte Baumwollkultur. Dort hatte es in vorkolonialer Zeit keinen Staat gegeben, und die Häuptlingschaft verfügte über keine feudalen Machtvollkommenheiten im politischen Sinne. Die Solidarität der Großfamilie drückte sich, ungeachtet ihrer großen Wirksamkeit, kaum auf dem Gebiet der Produktion aus, wo der Individualismus eine

Da sie diese Menge nicht hat, muß sie sie drei Tagereisen weiter zu 3 und 4 Franken das Fäßchen mit 20 kg kaufen, das man ihr mit dem „Ortspreis“ von 1,50 Franken bezahlen wird. (*A. Gide, Voyage au Congo, Paris 1927, S. 215.*)

⁵¹⁸ Malinke-Bezeichnung für die Reitpeitsche aus Nilpferdleder, die von den Kreiswachen und anderen Vertretern der öffentlichen Gewalt gebraucht wurde.

⁵¹⁹ A.F., R.C., 1910, Nr 10, S. 320.

sehr wirksame Rolle spielte. Die Kolonialisten taten nichts anderes, als die sudanesischen Normen für die zwangsweise Organisation der Kautschukernte zu übernehmen. Der Gouverneur Lamblin führte das System am Vorabend des ersten Weltkrieges ein. Es bestand in kollektiv bebauten Maniokfeldern und in Plantagen von Kautschukbäumen, um den „Lianenkautschuk“ zu ersetzen. Das System ging unter der Kontrolle der Milizleute vor sich und wurde schnell in den Aufgabenkomplex der administrativen Häuptlingschaft eingegliedert. In der Folge bestand eine ganze Reihe von „Zwangskulturen auf Rodungsfeldern“⁵²⁰: Rizinus, Reis zur Versorgung der Bauarbeiter der Linie Kongo-Ozean, Ölfrüchte, Kaffee. Nach dem Ende der Konjunktur wurde die jeweilige Kultur zugunsten einer anderen aufgegeben. Diese Entwicklung setzt sich seit 1925/1926 fort, als Eboué, auf neue ökonomische Interessen orientiert, der Baumwolle vor den Kautschukpflanzen den Vorrang überläßt. Das geschieht entgegen den von Lamblin vertretenen und am Kautschuk interessierten Konzessionsgesellschaften, wie der Compagnie des Sultanats.⁵²¹ Das Baumwollzwangssystem von Ubangi verdient im einzelnen betrachtet zu werden. Der Anbau der Baumwolle wurde in Verbindung mit großen französischen Interessengruppen eingeführt. Sie befaßten sich mit dem Import von Textilrohstoffen und bestanden aus belgisch-niederländischen Mehrheitsgruppen. Ein an dem in Belgisch-Kongo bestehenden System inspirierter, 1927 abgeschlossener Vertrag gab den Aufkaufsgesellschaften, die die Verpflichtung übernahmen, Werke oder besser gesagt Werkstätten für die Baumwollentkernung einzurichten, das Aufkaufsmonopol in einem bestimmten Gebiet. Die Kolonialverwaltung dagegen verpflichtete sich, die genannten Entkernungsanlagen mit Baumwolle zu versorgen. Der Vertrag erstreckte sich anfangs auf die Société cotonnière française (COTONFRAN), die 1926 mit einem Kapital von 11 Millionen Franken entstanden war⁵²², und auf die Société textile africaine, die ein Kapital von 7,5 Millionen Franken besaß. Ihre Bezeichnung lautete später Société française des cotons africains (COTONAF). An ihr war belgisches Kapital beteiligt. Das Privileg wurde 1930 auf die Compagnie commerciale Ouahm et Nana (COMOUNA, Kapital 5 Millionen Franken), die aus einer alten Konzessionsgesellschaft

⁵²⁰ Vgl. *Daigre*, Oubangui-Chari, Issoudun 1947, S. 129.

⁵²¹ Vgl. *E. de Dampierre*, Coton noir, café blanc. Deux cultures du Haut-Oubangui à la veille de la loi-cadre, in: *Cahiers d'Etudes africaines*, Nr 2, Mai 1960, S. 128–147. Der frühere Gouverneur Bobichon, der an den Baumwollgeschäften interessiert war, unterstützte diese „Wiederbekehrung“.

⁵²² Ihr Gebiet erstreckte sich auf das Territorium von Tschad.

gleichen Namens mit niederländischen Kapitalien hervorgegangen war, und auf die Société de la Kotto, später Société cotonnière du Haut-Oubangui (COTOUBANGUI, 4,5 Millionen Franken Kapital) ausgedehnt. Diese Verträge wurden 1939 und 1949 erneuert. Die in Belgisch-Kongo auf die Konzessionsgesellschaften entfallenden Kosten für den „technischen Rahmen“ der Erzeuger wurden hier von der Verwaltung getragen. Dieser technische Rahmen umfaßte einen umständlichen Verwaltungsapparat: einen Landwirtschaftsingenieur, landwirtschaftliche Aufseher und Anbauspezialisten (Europäer oder Senegalesen), landwirtschaftliche Ratgeber, die unter der Bezeichnung „Baumwolljungen“ (boys-coton) bekannt waren. Die Erzeugung der „Baumwolle des Kommandanten“ wurde von den landwirtschaftlichen Aufsehern vorbereitet, welche die steuerliche Veranlagung der Bevölkerung in die Hand nahmen. Von der Besteuerung dieser Art waren ausgenommen: alle der Gewerbesteuer Unterworfenen, alle diejenigen, die ein Gewerbe vollberuflich ausübten, die Alten, die Mütter von fünf und mehr Kindern, die Frauen der auf europäischen Plantagen beschäftigten Tagelöhner. Dagegen waren alle übrigen Erwachsenen von 15 bis 50 Jahren der Steuer unterworfen.

Als nächstes wurde vom boy-coton unter Beihilfe des Boden- oder Dorfhäuptlings die Auswahl der zu bebauenden Böden vorgenommen. Nach der Zahl der Veranlagten wählte man dann eine oder mehrere Parzellen aus, die zur Vorbereitung für die Bestellung bestimmt wurden, wobei man in verschiedenen Fällen auf die Hirsefelder der Bauern eventuell Rücksicht nahm. Die Fläche dieser Parzellen richtete sich nach der Anzahl der „Stränge“, die das Dorf anbauen sollte. Die Länge des „Stranges“ (so nannte man die Seite an der Parzelle, die man jedem Steuerpflichtigen zu-maß), war zuvor von der Verwaltung festgelegt worden. Der „Strang“ wurde im allgemeinen zu 70 m gerechnet, was dann für einen Steuerpflichtigen 49 Ar bedeutete. In jedem Dorf wurde außerdem ein besonderes Feld ausgegrenzt, das in Frondiensten für den Häuptling zu bestellen war. Natürlich wurden boys-coton und andere Vertreter der Macht von der Bevölkerung während ihrer Arbeiten königlich bewirtet und mit allem versehen, was sie zu ihrer Bequemlichkeit für notwendig hielten oder was die Annehmlichkeit ihres Aufenthaltes erhöhen konnte. Nötigenfalls stand der weltliche Arm der Wachmannschaften bereit, um Widerstrebenden die Mucken auszutreiben. Über die boys-coton teilten die Gesellschaften dann die Sämereien zu. Mit der Zeit fand man sich auch bereit, etwas Werkzeug, bestehend aus einigen Feldhacken, zuzuteilen. Dieselben boys-coton überwachten anschließend sowohl die Feldarbeiten als auch die Ernte. Diese

Arbeiten waren beschwerlich und anstrengend. Zunächst mußte alles Buschwerk beseitigt werden, was mit der besonderen Auslaugung des Bodens durch die Baumwolle, die daher nur auf ausgeruhten Böden (neugewonnenes Land oder Brachfelder) angebaut werden kann, zusammenhängt. Dadurch sind die Möglichkeiten des Bauern zum Anbau anderer Kulturen beschränkt. Dann folgen erst die übrigen Arbeiten: Aussaat, Verziehen und Jäten, von den *boys-coton* sorgfältig überwacht. Schließlich erfolgt in drei sich wiederholenden Kampagnen von November bis März das Pflücken der Baumwolle. Bevor die Regenzeit einsetzt, macht es sich außerdem notwendig, die alten Pflanzen auszureißen und auf dem Felde zu verbrennen. Das ist ebenfalls ein stets zu beobachtender Vorgang, und zwar um die Verbreitung von Pflanzenkrankheiten und Parasiten zu vermeiden.⁵²³ In Körben wird die Baumwolle anschließend auf dem Kopf der Leute bis zum Baumwollentkernungszentrum getragen. Die gefüllten Körbe wiegen 30–40 kg. Dort werden die Lieferungen einer Kontrolle unterzogen. Etwa nicht erscheinende Personen, wie auch diejenigen, die nicht genügend erzeugt haben, will man bei dieser Kontrolle gleichzeitig bestrafen. Der Vertreter der Gesellschaft nimmt das Wiegen der gelieferten Ware vor, wobei im allgemeinen etwas „überschwerte“ Gewichte verwendet werden. Dann wird der Produzent bezahlt. Da uns eine Beschreibung der „Zahlung“ der Baumwolle nicht vorliegt, können wir auch eine solche nur für den Kautschuk anführen, der in den Nachbargebieten des Mittel-Kongo weiterhin zur Ablieferung kam. Die Verfahren waren aber die gleichen: „Auf ein Zeichen des ‚Pächters‘ (so wurde der Vertreter der Handelsgesellschaft genannt – J.S.C.) dreht der Milizsoldat einem armen Teufel, der eine ungenügende Menge Rohkautschuk abzuliefern scheint, den Arm um. Die Kautschukbälle werden auf die Erde geworfen, während ihr Eigentümer verprügelt wird. Danach schickt man ihn mit dem Strick um den Hals in die Reihe der armen Opfer, die die Nacht im Gefängnis verbringen werden, um dann als ‚Freiwillige‘ zum Streckenbau Kongo-Ozean geschickt zu werden. Selbstverständlich enthält das Eingangsregister des Gefängnisses niemals die wahren Gründe dieser Festnahme. – Die Arbeit geht schnell. Die Lianenfasern werden an den Haken der Waage gehängt, dann dauert es nur noch einen Augenblick, man zieht 1/3 vom Gewicht ab und bezahlt. – Du bist nicht zufrieden, Klatsch! Ein voller Schlag ins Gesicht des Verkäufers. – In den Kasten! sekundiert der Milizmann, der darin

⁵²³ Vgl. *J. Cabot*, *La culture du coton au Tchad*, in: *Annales de Géographie*, 1957, S. 499–508.

wie ein Idiot herumwühlt. Am Abend bleibt auf der Erde ein Haufen nicht bezahlten ‚schlechten‘ Kautschuks zurück. Am nächsten Tag ist er verschwunden!...“⁵²⁴ Es sei bemerkt, daß für den Kautschuk wie für die Baumwolle die „Bezahlung“ im allgemeinen in Form von Steuerzetteln erfolgte, womit die Kolonialverwaltung ihrer alten Tradition treu bleibt. Man begreift, daß der Erzeuger, der so für etwa 6 Monate Arbeit bezahlt wurde, für die Baumwolle die gleiche geringe Begeisterung wie für den Kautschuk aufbrachte. Das Kilo ungereinigter Baumwolle wurde 1925/26 mit 1 Franken bezahlt. 1927 zahlte man dafür 1,25 Franken. Zur selben Zeit wurde das Kilogramm Baumwollfasern in Le Havre mit 12 Franken gehandelt. Rechnet man 10 kg ungereinigte Baumwolle auf 3 kg Baumwollfasern, so verkauften die Baumwollgesellschaften also für 36 Franken, was sie für 12,50 Franken eingekauft hatten. Diese Gesellschaften schrien dennoch Ach und Weh, damit die an den Erzeuger gezahlten Preise heruntergesetzt werden möchten; sie führten dafür „nationale“ Gründe ins Feld, was um so lächerlicher war, als diese Gesellschaften ihrer Aktienmehrheit nach aus ausländischen Kapitalien bestanden. Mit der Wirtschaftskrise wurden die an den Erzeuger gezahlten Preise heruntergesetzt. So fiel das Kilo Baumwolle 1933/34⁵²⁵ für den Erzeuger auf 0,60 Franken und wurde erst 1939 auf 1 Franken erhöht, der inzwischen beträchtlich entwertet worden war. Die Gewinne der Baumwollgesellschaften wurden trotz allem nie angegriffen. Ein kompliziertes System, das aber für die „Preisunterstützung“ sehr günstig war, sicherte ihnen abzüglich aller Kosten eine feste Gewinnspanne. Was die Zwischenkosten für die Baumwollentkernung und den Transport betreffen, so hatte man sie hoch einkalkuliert, und die von derselben Finanzgruppe finanzierten Transportunternehmen profitierten aus diesem Grunde von sehr lohnenden „Verträgen“. Wie schon gesagt wurde, hatten sich die Gesellschaften eigentlich verpflichtet, maschinelle Anlagen zur Baumwollentkernung zu schaffen. Aber diese Verpflichtungen wurden lange Zeit nicht beachtet, mangels solcher Angaben löste man die Frage anfangs durch Anwendung von Fronarbeit zum „Dreschen“ der Baumwolle.⁵²⁶ Das anschließende Pressen der Baumwollballen geschieht mittels Handpressen: „Eine wahre Sträflingsarbeit wird von den sieben Tagelöhnern der Belegschaft verlangt“, schrieb lange nach dem Ende des zweiten Welt-

⁵²⁴ M. Homet, *Congo terre de souffrances*, Paris 1934, S. 65/66.

⁵²⁵ Zur selben Zeit ließen sich die Baumwollgesellschaften vom Staat zur „Stützung“ der Baumwolle Französisch-Äquatorialafrikas eine Prämie von 3,50 Franken je kg zuteilen (F. Challaye, *Souvenirs sur la colonisation*, Paris 1935.).

⁵²⁶ Vgl. M. Homet, *Afrique noire, terre inquiète*, Paris o. J., S. 202 ff.

krieges ein Kolonialbeamter. „Sie beginnen damit, die Baumwolle im Takt in den Preßkasten zu stoßen, jeder mit demselben Fuß zugleich. Wenn sie diese Schwerarbeit beendet haben, kommt der Preßkasten unter die Presse und dieselben Tagelöhner drehen die Schraube. Schweißtriefend arbeiten die Männer unter dem Wellblechdach, wobei sie unaufhörlich zwischen dem Preßkasten und der Schraube hin- und herpendeln.“⁵²⁷ Die meisten der mit der Aufbereitung und Lagerung der Baumwolle zusammenhängenden Arbeitsvorgänge wurden bis 1949 ohne Zuhilfenahme von Maschinen durchgeführt. Die damals erneuerten Verträge schrieben eine Modernisierung und auch die Vervielfachung der Verkaufszentren vor, um den Umfang der Trägerfrondienste einzuschränken. Aber das Beladen und Entladen von Kraftwagen, das Verpacken und Verschnüren der Baumwollballen sowie die Magazinierung wurden weiterhin in Handarbeit ausgeführt. Dem Prinzip nach sind die Beschäftigten frei und stehen im Lohnarbeiterverhältnis. Aber „sehr oft, wenn die Bevölkerungen störrisch die Rekrutierung ablehnen, findet ihre Verpflichtung unter Einschaltung der Kantonschäuptlinge, die von der Gesellschaft an dem Geschäft interessiert werden, statt.“⁵²⁸ Das in Ubangi allgemein eingeführte System wurde auf die Nachbardiatrikte von Tschad und später auf Nordkamerun ausgedehnt. In Ubangi zählte man in den fünfziger Jahren auf 473 000 gesunde Männer und Frauen 330 000 „Pflanzer“. Die Einführung des Systems fiel zeitlich mit den „Rekrutierungen“ für den Streckenbau Kongo-Ozean zusammen. Der Ausbruch der großen Empörung der Baya in den Jahren 1928/29 scheint hier seine Ursache zu haben. Mit zeitlichen Unterbrechungen und Varianten in den angebauten Produkten und Ausführungsmodalitäten findet sich das gleiche System fast überall. Albert Londres beschreibt den „Baumwollmarkt“ von Bouaké in der Elfenbeinküste: Das gesamte Dorf langt am Sitz des Verwaltungskreises an, die Lasten auf dem Kopf schleppend, in Begleitung eines den „Manigolo“ schwingenden bewaffneten Wachmannes. Diejenigen, die qualitätsmindere und zu wenig Baumwolle bringen, wandern ins Gefängnis.⁵²⁹ Der Kauf wird zu Preisen vorgenommen, die ganz offenkundig unter denen des freien Marktes liegen. Auf diese Weise versorgt sich zum Beispiel das von Gonfreville gegründete Werk. Letzterer war vor 1914 Amtsgeselle des Büros für Eingeborenenangelegenheiten in Dabakala, verließ dann den Kolonialdienst, wonach seine Witwe das Unternehmen wei-

⁵²⁷ Zitiert von P. Kalck, *Réalités oubangiennes*, a. a. O., S. 167.

⁵²⁸ J. Cabot, *La culture du coton au Tchad*, am zitierten Ort.

⁵²⁹ A. Londres, *Terre d'ébène*, Paris 1929, S. 159.

terführte. Bald wurde es jedoch in eine anonyme Gesellschaft umgewandelt, die die protestantische Hochfinanz (*Société du Haut-Ogooué*) in die Hand nahm. In Obervolta schreibt Delavignette der Zwangskultur der Baumwolle die Auswanderung von 100 000 Mossi nach der Goldküste zu.⁵³⁰ In seinem Bericht „*Les Paysans noirs*“ beschreibt der Autor in selbstgefälliger Weise – nach Art eines Heldengedichtes – die Einführung der Erdnußkultur im Lande der Bobo (Obervolta).⁵³¹ Die C.F.C.I., eine Filiale von Unilever, gründet eine Ölmühle zur Verarbeitung von Erdnüssen, und dem Beamten wird die Sorge überlassen, die zum Betrieb der Ölmühle notwendigen 6000 t Erdnüsse herbeizuzaubern. „Schon der Moloch der Eisenbahn der Elfenbeinküste, die Verlängerung der Strecke über Tafré hinaus, verschlang die Träger, und da war plötzlich ein Erdnußmoloch, der das Herz des Landes selbst auffraß... und das Land war ermüdet, abgestumpft von Wegebau- und Anbaufronen.“⁵³² Nichts da! Der „Kommandant“ zieht eben alle ihm zur Verfügung stehenden Register. Er verspricht Reichtümer, die sich aus der Erdnuß ergeben sollen, zieht die hohe Politik hinein, indem er den Ruin der Dyula-Feudalen beschleunigt, um die ihrer Zuchtrute unterworfenen Bauern mit sich auszusöhnen; schließlich wendet er notwendigenfalls auch Zwangsmaßnahmen an, was man klugerweise in den Berichten zu erwähnen unterläßt. In der seit langem von der Geldwirtschaft berührten Erdnußzone des Senegal spielt der ökonomische Anreiz – oder besser gesagt, die Not – die Hauptrolle. Der Bauer ist gezwungen, zu importierten Produkten zu greifen – Gewebe, Eisenwaren, Feldbaugeräte –, die der von der europäischen Konkurrenz ruinierte afrikanische Handwerker nicht mehr liefert. Der Bauer hat sich daran gewöhnt, Importpreis zu verzehren, der nicht gestampft werden muß wie die Hirse, und sein Lebensmittelanbau ist für seine Ernährung zu wenig. Der Erdnußanbau zum Tauschhandel ist daher in dieser Zone aktuell geworden, aber wenn die Preise stürzen, und das Jahresprodukt kaum zur Bezahlung der Vorschüsse der Händler und des Steuerbetrags genügt, erfaßt tiefe Mutlosigkeit den Bauern. Dementsprechend bemüht sich die Verwaltung, wobei sie unter dem Antrieb der sich über den Ruin der Kolonie beklagenden Handelskammern handelt, den Erzeugungseifer durch verschiedene Mittel wieder zu erwecken. Außer den Kantonschäuptlingen werden die „großen Marabuts“, besonders die Muriden, mobilisiert, um die Erzeugungsziele zu erreichen. Im Maße ihres Erfolges kommen sie in den Genuß der Gunstbezeugungen der Kolonialverwaltung und werden

⁵³⁰ R. Delavignette, *Les vrais Chefs de l'Empire*, Paris 1939.

⁵³¹ R. Delavignette, *Les Paysans noirs*, Paris 1931.

⁵³² Ebenda, 1946², S. 24.

persönlich am Fortgang der Erzeugung interessiert, da ihre Schäfchen, ihre „Talibes“, um so sicherer in den Himmel kommen werden, je vollständiger sie ihre materiellen Gewinne dem fürsprechend wirkenden Marabut überlassen. Zum näheren Beleg sei auf jenes Stück kolonialistischer Literatur verwiesen, in dem sich der Gouverneur des Senegal, Wiltord, zu Beginn des Landwirtschaftsjahres 1947/48 „unter der Adresse der Herren Kreiskommandanten“ an die Marabuts wandte. Es heißt hier: „Die ökonomische Konferenz von St. Louis hat für das Landwirtschaftsjahr 1947/48 die Ziele wie folgt gesteckt: Entwicklung der Kulturen und maximale Verstärkung der Erzeugung von Erdnüssen... Ich weiß sehr wohl, in welchem Grade in dieser Hinsicht Ihre Autorität, Ihr persönlicher Einfluß, Ihre Beziehungen und Ihre kräftige Einwirkung von Nutzen sein können. Daher wäre ich Ihnen für eine aktive Propaganda zugunsten des begonnenen Landwirtschaftsjahres verbunden. Auch dafür, wenn Sie *direkt* auf die Bauern *einwirken*⁵³³, indem Sie ihnen das Interesse vor Augen halten, das für sie und für das Land im allgemeinen darin liegt, zu *erzeugen*,⁵³³ und sie veranlassen, *mehr*⁵³³ zu erzeugen. Ebenso wäre ich verbunden, wenn Sie die verdienstvollen und seriösen Bauern Ihrem Kreiskommandanten nennen würden, damit diese ein Maximum von Vorteilen, besonders Lebensmittel auf Kredit, erhalten können, und ihn über die böswilligen Schuldner ebenfalls unterrichten... Die Erdnuß ist eine Reichumsquelle für das Land... In naher Zukunft wird sie Ihnen Glück und Überfluß bringen, zweifeln Sie nicht daran. Sie wissen ja wie ich, daß die Erde noch niemals jemand enttäuscht hat.⁵³⁴ Ich zähle also auf Ihre volle Unterstützung... So werden Sie dem Allgemeininteresse am besten dienen, und ich kann in dieser Hinsicht nur Ihrer persönlichen Initiative die Aufgabe überlassen, die Ihnen als geeignet erscheinenden einzelnen Propagandamittel, welche zur Erhöhung der Wirksamkeit der bisherigen Propaganda beitragen, im Einvernehmen mit Ihrem Kreiskommandanten auszuwählen. Groß ist übrigens die Zahl jener Ihrer Talibes, welche, angelockt von den städtischen Zentren, die Landwirtschaft verlassen haben. Außerdem ist Ihnen der Wunsch des Zurückführens zum Anbau bekannt, zumal unterhaltsreiche Gewinne locken und viele von ihnen keine dauernde Beschäftigung finden.⁵³⁵ Ich weiß, daß Sie in dieser Hinsicht einwirken könnten und daß Ihre Stimme in vielen Fällen erhört und Ihr Rat befolgt werden wird.“

⁵³³ Hervorhebung im zitierten Text.

⁵³⁴ Der (S.F.I.O.-) Gouverneur von 1947 spricht im Stil Pétains.

⁵³⁵ Der Erdnußpreis war auf 7 Franken der Französischen Gemeinschaft je kg für die Ernte 1947–1948 festgelegt worden. Nimmt man hinzu, daß der Durchschnitts-

c) Die Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene (S.I.P.)

Um ihre Obliegenheiten auf dem Gebiet der Erzeugung erfüllen zu können, mußte sich die Kolonialverwaltung nach und nach ein institutionelles Werkzeug schmieden, eben die „Bevorratungsgesellschaft für Eingeborene“ (*Sociétés indigènes de Prévoyance*).⁵³⁶ Worin bestand ihr ursprüngliches offizielles Ziel? Es handelte sich darum, der „Unvorsorglichkeit“ des Afrikaners abzuhelfen, der, ohne Sorge um die Zukunft, angeblich seine gesamte Ernte verzehrt, ohne das für die Bestellung im folgenden Jahre notwendige Saatgut zurückzubehalten. Diese angebliche Unvorsorglichkeit war in Wirklichkeit, sofern überhaupt, nur eine Folge des ständigen Mangels, den die Kolonialausbeutung gerade zur Zeit der Aussaat hervorrief. Der Bauer, gezwungen, einen Teil seiner Arbeitskraft auf Exportkulturen, die keine Lebensmittelkulturen waren, zu verwenden, der überdies durch Arbeits- und Militäraushebungen der Arbeitskraft seiner Familie zum Teil verlustig ging und den die Steuern und verschiedene von der Häuptlingsschaft erhobene legale oder nicht legale Nebensteuern tief niederdrückten, hatte überhaupt keine Möglichkeit, zurechtzukommen. Es gibt überhaupt keine unvorsorglichen Bauern. Die Familienoberhäupter der vorkolonialen Zeit begnügten sich nicht damit, nur das für die folgende Ernte unumgänglich notwendige Saatgut zurückzubehalten, sondern sie bewahrten in den Familienspeichern bedeutende Vorräte, um den Auswirkungen eines eventuell schlechten Erntejahres begegnen zu können. Man denke nur an den gar nicht seltenen Fall der Gefährdung der Ernte durch Dürre oder Heuschrecken. Im Mossi-Land hatten die Bauern gewöhnlich zwei Ernten im Vorrat. Die Kolonialausbeutung machte das Weiterbestehen einer solchen Reserve wirtschaftlich unmöglich, und bei Defizit war der Bauer gezwungen, selbst die für die kommende Aussaat unerläßlichen Vorräte aufzubrauchen. „Es ist heute gefährlich“, bemerkt Delavignette, „daß die Familie deshalb oft gezwungen ist, von der Ernte des laufenden Jahres

ertrag je Familie bei einer Tonne lag, so machten diese „nahrhaften Gewinne“ (vorausgesetzt, daß sie in den Händen des Produzenten blieben) also 7000 Franken der Französischen Gemeinschaft für ein landwirtschaftliches Arbeitsjahr aus . . . Dabei ist augenscheinlich noch nicht gerechnet, was der „Großmarabut“ in die Tasche stecken würde.

⁵³⁶ Das vollständigste Werk über die juristischen Seiten der Frage bleibt das von M. Boyer, *Les Sociétés indigènes de prévoyance, de secours et de prêts mutuels agricoles en A.O.F.*, Paris 1935.

zu leben. Reserven sind selten. Es ist vorbei mit jenen dreijährigen Hirse-vorräten, die die alten Familienhäuptlinge einst im Überfluß horteten.“⁵³⁷ Seit dem Beginn des Jahrhunderts entschloß sich die Kolonialverwaltung – ohne eine allgemeine und systematische Einrichtung daraus zu machen –, Reservespeicher anzulegen. Es handelt sich um kollektive Speicher, an die jeder Bauer, unter Androhung von Strafe im Falle der Unterlassung, einen Teil seiner Ernte abgeben mußte. Es war ihm bis zum kommenden Jahr nicht erlaubt, über diesen Vorrat zu verfügen. In einzelnen Gebieten – besonders am Niger – sollte diese Verpflichtung bis nach dem zweiten Weltkrieg in Kraft bleiben. An anderen Orten gab es dieserhalb nur mehr oder weniger beständige Versuche. So schrieb in Guinea ein Runderlaß des Generalgouverneurs Roume am 28. Mai 1907 die versuchsweise Bildung von Reservespeichern vor. Die Versuchszentren waren Labé, Kurussa und Mellacorée, Kreise, die aus jedem der drei natürlichen Landschaftsgebiete ausgewählt worden waren. Nach den Behauptungen der offiziellen Berichte sei das Experiment von 1908 ein voller Erfolg gewesen. 1909 entschloß man sich, es auf die ganze Kolonie auszudehnen.⁵³⁸ Doch diese Verallgemeinerung wurde niemals vollständig durchgeführt. Die Einrichtung stieß seitens der Bauern auf den heftigsten Widerstand. Die der sorglosen Behandlung durch die Kolonialverwaltung anheimgegebenen Reservevorräte wurden nicht selten von Ratten oder Insekten vernichtet. Die Häuptlingschaft und die Verwaltungsbeamten, die vor allem damit beschäftigt waren, den Bauern den Zugang zu verweigern, sahen in den Speichern oft ein zusätzliches Mittel zur Ausplünderung des Bauern, und ihre Entnahmen aus den Speichern trugen mit dazu bei, dem Bauern das vorzuenthalten, was er einst hinterlegt hatte.

Parallel dazu hatte die Verwaltung des Senegal – wobei sie unter dem Antrieb des Handels stand, der ständig schlechte Ernten prophezeite – seit 1905 die Vergebung von Erdnußsämereien durch die Handelshäuser an die Bauern als Darlehen erleichtert, indem die Handelshäuser eine behördliche Garantie für ihr Darlehen erhielten. Die Garantie wirkte sich für diese großen Handelshäuser sehr einträglich aus, da sie nun unter dieser Garantie die Rückgabe des bei der Ernte nach 3 bis 4 Monaten in Naturalform zu entrichtenden Kredits mit einem Zinssatz von 100 Prozent forderten. Gegen diese Ermunterung des Wuchers der großen Handelshäuser erhoben sich Stimmen des Protestes. Nach dem Beispiel Algeriens, das auch in dieser Beziehung der französischen Kolonisation Tropisch-Afrikas ein

⁵³⁷ R. Delavignette, *Les vrais Chefs de l'Empire*, a. a. O., S. 208.

⁵³⁸ Vgl. R.I., Nr 35, 30. März 1909, S. 146.

institutionelles Modell lieferte, entstand die Idee, diese zwei Vorgänge in demselben Rahmen von „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ zu vereinen. In der Tat waren die letzteren Schöpfungen der Verwaltung, die sich vornahm, dem Bauern das Saatgut vorzuschießen, um es mit Zins bei der Ernte wiederzuerlangen. Seit 1865 im Versuchsstadium, nach 1871 verallgemeinert, hatte dieses System in Algerien durch ein Gesetz vom 14. April 1894 eine institutionelle Form angenommen, die für die Bauern Zwangsmitgliedschaft und Zwangsveranlagung zur Gemeinschaftsabgabe für diese Einrichtung mit sich brachte. So dehnte sich dieses System auf Tunesien aus. Der Kommandant des Verwaltungskreises von Sine-Salum ging 1907 zu dem ersten Versuch dieses Typs über. Privatkauflaute, die Saatgutdarlehen vergaben, forderten Zinsen von 200 bis 300 Prozent in Naturalform. Die Bevorratungsgesellschaft lieferte das Saatgut zum Zinssatz von 5 Prozent mit Rückerstattung in Naturalform bei der Ernte. Das sicherte den Erfolg. Aber seit 1908 fügte man den 5 Prozent einen Zwangsbeitrag von 5 Franken je Bauer hinzu (wobei man sich auf das algerische Beispiel berief), und 1909 wurde der Zinssatz auf 25 Prozent erhöht. Dieser lag zweifellos unter dem, den die privaten Kreditgeber forderten, war aber dennoch blanker Wucher. Dem Beispiel der zwei ersten (Kreise von Sine-Salum und von Baol) in der Erdnußzone des Senegal geschaffenen Bevorratungsgesellschaften folgend, gab ein Dekret vom 29. Juni 1910 den Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene eine Ordnung, die „sich in Algerien und Tunesien erprobt habe“.⁵³⁹ 1912 waren im Senegal, wo sie fast in allen Verwaltungskreisen bestanden, zehn, und in Guinea vier „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ geschaffen. Die hauptsächlich für die Gebiete mit Erdnußanbau⁵⁴⁰ ins Leben gerufene Einrichtung wurde vom Handel begrüßt. Die in dieser Einrichtung liegende „Vorsorge“ begünstigte den Tauschhandel mehr als den Wohlstand des Bauern, den sie zudem von der Versuchung heilte, die Exportkultur zugunsten der alten Lebensmittelkulturen zu vernachlässigen. Sie begünstigte andererseits gewinnreiche Spekulationen, wie sie sich an dem Verkauf des wieder abgelieferten Getreides durch die „Bevorratungsgesellschaft für Eingeborene“ und an den \Aufkauf von wirklichem oder angeblichem Saat-zuchtgetreide beim Handel anknüpfen ließen. Die Organisation der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“, die zuerst streng entsprechend

⁵³⁹ A.F., 1911, Nr 2, S. 69.

⁵⁴⁰ Von vier „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“, die in Guinea bestanden, waren 1915 zwei in Wegfall gekommen. 1920 gab es in Guinea keine mehr.

der algerischen Gesetzgebung errichtet worden war, wurde zu verschiedenen Malen abgeändert: durch die Dekrete vom 8. Januar 1915 und vom 4. Juli 1919, die 1923 und 1930 Abänderungen erhielten. Die „Vorteile“ der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ wurden seit dem Beginn des Krieges so wenig einleuchtend, daß das Dekret von 1915 allen einheimischen Bauern die Zwangsmitgliedschaft (und damit die Zwangsfinanzierung) auferlegen mußte. Seitdem treten sie (was ihr Hauptfehler bleiben wird) als ein Vorwand für die Zusatzsteuer ohne nennenswerten Gewinn für die Bauern auf. Schon 1920 bemerkt ein Beobachter: „Da keine klar umrissenen Ziele für ihre Tätigkeit aufgestellt worden waren, haben diese Gesellschaften in Wirklichkeit nichts vollbracht. Die Bauern haben daraus geschlußfolgert, daß sie nur ein Vorwand für die Erhebung einer Ergänzungsteuer sind.“⁵⁴¹

Andererseits erinnerte die Bezeichnung dieser „Gesellschaften“ an eine gemeinnützige oder kooperative Gesellschaft. Aber eine solche Einrichtung, von einem solchen Geist beseelt, wäre unvereinbar mit dem bürokratischen und autokratischen Regime gewesen, wie es die Kolonialverwaltung ist. Der „genossenschaftliche“ Aspekt stellte niemals mehr vor als eine leere Form. In der Theorie gab es zwar eine „Generalversammlung“ der Genossenschaftler, der ein Delegierter je Dorf oder je Dörfergruppe angehörte, und die alle drei Jahre einen „Verwaltungsrat“ zu wählen hatte. Dieser Rat, besagt der Erlaß vom 23. Januar 1925, wird „gemäß dem örtlichen Gewohnheitsrecht“ (sic!, will heißen nach dem unbeschränkten Willen des Kommandanten des Verwaltungskreises) gewählt. Der Text des Dekrets von 1910 (in Nachahmung des algerischen Beispiels) sah die Wahl des Präsidenten durch den Gouverneur unter Zugrundelegung einer Liste von drei Kandidaten vor, die der Verwaltungsrat nach der Ansicht des Kreiskommandanten vorzuschlagen hatte. Der Präsident, der praktisch vom Kreiskommandanten ernannt wird, ist allmächtig. Er vertritt die Gesellschaft rechtskräftig bei allen Gelegenheiten und ist berechtigt, alle Entscheidungen in ihrem Namen zu treffen. Während des Krieges hatte man 1915 die Präsidentschaft einfach dem Kreiskommandanten übertragen. 1919 kehrte man zum früheren System zurück. Es stellte sich schnell als unbequem, wenn nicht als undurchführbar heraus. In Wirklichkeit entschied der Kreiskommandant, aber der Form halber brauchte er die Unterschrift des ansonsten gänzlich einflußlosen, meist als analphabetische Standesperson fungierenden Präsidenten. Im Jahre 1923 kam man endgültig auf die Prä-

⁵⁴¹ H. Cosnier, *L'Ouest africain français*, a. a. O., S. 240.

sidentschaft des Kreiskommandanten zurück, dessen Verwaltung der „Bevorratungsgesellschaft für Eingeborene“ (je Kreis oder Verwaltungsbezirk bestand eine solche) von da an zu einer seiner regulären Verwaltungsaufgaben wurde. Schon vor diesem Jahr konnte jedoch kaum ein Zweifel bestehen: „Die Gesellschaft ist im buchstäblichen Sinne des Wortes die Angelegenheit des Kolonialbeamten“.⁵⁴² Unterstützt wird dieser in seiner Verwaltung von einem Sekretär und einem Schatzmeister, welcher anfangs der bedeutendste Beamte der Kolonialverwaltung im betreffenden Verwaltungsbereich (mit der Verwaltung der Finanzen des Kreises beauftragter Angestellter des Amtes für Eingeborenenangelegenheiten) war. Er war ebenfalls Beamter des Kreises, der die Obliegenheiten der Gesellschaft neben seiner regulären Beschäftigung erfüllte. Das Dekret von 1930 verschmolz beide Ämter zu dem Amt des „Sekretär-Schatzmeisters“, das einem vertraglich gebundenen europäischen Beamten oder Angestellten übertragen wurde. Er übte nur diese Beschäftigung aus und wurde auf Vorschlag des Kreiskommandanten vom Gouverneur ernannt. Die „Bevorratungsgesellschaft für Eingeborene“ erscheint von Anfang an als ein Bestandteil der Kolonialverwaltung. Sie mußte dem Gouverneur einen jährlichen Bericht erstatten und unterstand der Kontrolle der Inspektionsbeamten des Amtes für Eingeborenenangelegenheiten sowie derjenigen der vom Kolonialministerium hinausgesandten Inspektionsbeamten. Die Wirtschaftskrise der Jahre 1930–1933 führte zu einer Ausdehnung der Zuständigkeiten der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ und zu einer verallgemeinerten Einführung dieser Einrichtung in dem ganzen unter französischer Herrschaft stehenden Teil Tropisch-Afrikas. Auch die neue Entwicklung der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ wurde nicht von den Bedürfnissen oder dem Vorteil der Bauern, sondern sehr von den Schlichen des Privathandels und der Bequemlichkeit der Kolonialverwaltung bestimmt. Diese hatte die Gewohnheit angenommen, die Hilfsmittel der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ und ihr oft sehr umfangreiches (selbst wenn nicht unentbehrliches) Personal auf die Abhilfe der Dürftigkeit der regulären Hilfsmittel und des Verwaltungspersonals der Kreise zu verwenden. Es war verführerisch, auf diesem Wege fortzuschreiten, wobei Zwangsveranlagungen zur Ablieferung von Saatgut und Verkauf desselben regelmäßige und große Einkünfte verschafften. Der Handel, dem sich ein interessanter Absatzmarkt in den Ankäufen bot, den die „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ vornahmen, drängte in die gleiche

⁵⁴² Ebenda, S. 241.

Richtung. Jedes Jahr befand man sich im schönsten Bündnis mit den Handelskammern, „um Saatgutaufkäufe beim Handel zu fordern, damit der Ruin und das bevorstehende Scheitern der Kolonie verhindert werden“.⁵⁴³

Der Preissturz der Jahre 1931 und 1932 hatte den senegalesischen Bauern in ein solches Elend gebracht, daß die Einkünfte aus dem Verkauf der Erdnüsse es ihm nicht weiter erlaubten, die zu seinem Unterhalt notwendigen Quantitäten Reis zu kaufen, und er gezwungen war, das Saatgut zur Ernährung seiner Familie zu verwenden. Zur „Rettung der Kolonie“ verkauften die großen Handelsgesellschaften den Bevorratungsgesellschaften zu sehr hohem Preis (fast zum Dreifachen des Aufkaufspreises) einen Teil der Erdnüsse, die sie den Bauern zum niedrigsten Preis der Flaute abgekauft hatten. Zur Deckung dieser Käufe wurde eine Anleihe von mehreren Dutzend Millionen Franken aufgenommen, an deren jährweiser Tilgung die „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ noch nach dem zweiten Weltkrieg zahlten.⁵⁴⁴ Unter diesen Umständen versteht man den Rettungsseifer der Handelshäuser! In Wirklichkeit war hinsichtlich der vorhandenen Reserven die Lage nicht so katastrophal, wie es diese Unternehmen versicherten, die sich so hingebungsvoll dem öffentlichen Interesse zu widmen vorgaben. Der schon zitierte Kommandant des Kreises von Baol schreibt ferner: „Entgegen den Behauptungen der Handelskammern sind die Eingeborenen im Besitz von Saatgut und entledigen sich desselben nicht so leichthin wie man behauptet... Im Jahre 1931 machten die Reserven 70 Prozent des notwendigen Bedarfs aus, 1932, in welchem Jahre die Ernte mangelhaft war, beliefen sich die Reserven der Eingeborenen noch auf 50 Prozent des Bedarfs. Bleibt zu sagen, daß es bei einigen Bauern... zu der Gewohnheit kam, die Hilfe der Bevorratungsgesellschaften in Rechnung zu stellen, und daß man im besten Zuge ist, infolge des Bestehens der Bevorratung tatsächlich sorglos in Sachen der Bevorratung zu werden.“⁵⁴⁵ Denselben Eindruck gibt der Beamte in Sine-Salum wieder, der bemerkt, daß die Vorräte in den Magazinen der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“, deren Umfang von den Handelskammern in Zweifel gezogen wurde, einen höheren Posten darstellten, als aus den Büchern der Gesellschaft ersichtlich war. Der Übertrag erklärte sich aus

⁵⁴³ Bericht des Kreiskommandanten von Baol vom 23. April 1932. Archives du Sénégal, Akte „Semences“, 1930–1938.

⁵⁴⁴ Siehe darüber: *L. Méral*, *Fictions... et réalités coloniales*, Paris 1947.

⁵⁴⁵ Ebenda.

den von den Kantonhäuptlingen zu Zwecken des Wuchers erzwungenen Rückzahlungen an Saatgut, womit sie sich eine erkleckliche Pfründe zu sichern bestrebt waren.⁵⁴⁶ Die über die Zweckmäßigkeit befragten Kreiskommandanten, den Kaufleuten auf Rechnung der Kolonie 25 000 t, statt der vorgesehenen 20 000 t Saatgut abzukaufen, rieten ab. Sie wiesen nämlich auf eine Tendenz hin, die darauf gerichtet ist, die Familienspeicher wieder zu Ehren zu bringen. Die Kollektivspeicher wurden wenig geschätzt, da die Bauern fürchteten, ihr abgeliefertes gutes Getreide werde mit weniger gutem vermengt, ganz zu schweigen von ihrer Befürchtung, überhaupt um einen Teil des Eingelagerten gebracht zu werden. Der Kommandant des Verwaltungskreises von Baol schlägt individuelle Speicher innerhalb einer gemeinsamen besonderen Einzäunung vor, der des Sine-Salums warnt vor der Gefahr unmäßiger Feldbestellungen mit Erdnüssen auf Kosten der Lebensmittelkulturen. Der mit der Untersuchung beauftragte Inspekteur des Amtes für Verwaltungsangelegenheiten kommt in einem Bericht an den Gouverneur des Senegal (10. Januar 1933) zu dem Schluß, daß sich die Tendenz abzeichnet, zur familienmäßigen Speicherung der Saatgutvorräte zurückzukehren und die Inanspruchnahme der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ zu verringern. Diese Tendenz, so respektabel sie auch in sozialer Hinsicht sei, bringe die Finanzsituation der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ in Gefahr. Er ist daher der Meinung, ihr Einhalt zu gebieten. Ein Runderlaß des Gouverneurs an die Kreiskommandanten schreibt ihnen also vor, „die Bildung von Erdnußreservespeichern mit der Notwendigkeit in Übereinstimmung zu bringen, daß die Saatgut-

⁵⁴⁶ Brief vom 14. März 1932. Archives du Sénégal. Akte „Semences“, 1930–1938. Gegen die Mißbräuche, die der Kreiskommandant des Sine-Salum festgestellt hatte, wurde deshalb nicht etwa eingeschritten. Im Jahre 1934 schreibt das Oppositionsblatt *Le Périscope africain*: „Es ist unter anderem bewiesen worden, daß im Laufe der Tauschahndelskampagne 1933–1934 im Kreis von Sine-Salum die Kantonhäuptlinge und verschiedene Angestellte der ‚Bevorratungsgesellschaft für Eingeborene‘ dieses Gebietes mehr als 1000 t Erdnüsse zum Schaden der genannten Gesellschaft unterschlagen haben. Dabei sind noch gar nicht die Erpressungen berücksichtigt, denen der Bauer bei der Regelung der Zuteilung und Zurücknahme des Saatgutes ausgesetzt ist. Im Augenblick der Zuteilung erhält der Bauer von 100 ihm angerechneten Kilogramm nur 75, während er 150 für 125 Kilogramm zurückgeben muß. Er ist, nachdem von dem normalen auf 25 % festgesetzten Zinssatz ausgegangen wurde, gezwungen, dem Häuptling noch ein kleines Naturaliengeschenk zu machen, um ihm für seine Wohltat zu danken.“ (*Le Périscope africain*, 5. Dezember 1934.)

zinsen der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ zur Deckung von ihnen vorgestreckter Darlehen hereinkommen“.⁵⁴⁷

Aber der Handel glich dem Zauberlehrling, der einen Prozeß ausgelöst hatte, der sich gegen ihn zu wenden begann. 1933 stellte der Sturz der Erdnußpreise, die von 81 Franken pro 50 kg im Jahre 1930 auf 50 Franken pro 50 kg im Jahre 1933 fallen, die Zukunft des Anbaues der Erdnuß in Frage. Die Budgetmittel der französischen Föderation erleiden gegenüber den Vorausberechnungen einen Rückgang um 50 Prozent. Zur Stützung der Preise und zur Überwindung der Zurückhaltung des auf Baisse spekulierenden Handels entschließt sich der Generalgouverneur Brévié zur Erweiterung der Zuständigkeit der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ auf den Verkauf der Erzeugnisse ihrer Mitglieder. Ferner genehmigt er die Schaffung eines Gemeinschaftsfonds der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“, und dieser Fonds erhält Körperschaftsrecht. Dadurch wird es möglich, die Mittel der reichsten „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ auf Vorschüsse zugunsten derjenigen „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ zu verwenden, die ungünstiger dastehen. Ein Gesetz vom 6. August 1933 und ein Dekret vom 9. November 1933 legalisieren diese neuen Kompetenzen der Bevorratungsgesellschaften, deren Geschäftsbereich zugleich eine derart weite Umschreibung erhält, daß die ganze Verfügungsgewalt an die Kreiskommandanten fällt und gleichzeitig die Möglichkeit für alle möglichen Mißbräuche gegeben ist. Der Artikel 2 des Dekrets nennt als Ziel, „alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Entwicklung des Ackerbaus, der Viehzucht, des Fischfangs und der Sammelwirtschaft, wie auch zur Verbesserung der Bedingungen führen, in denen die Ernte, die Verarbeitung der Produkte, die Zirkulation, die Aufbewahrung und der Verkauf der Produkte vor sich gehen; namentlich können sie den Verkauf der Produkte ihrer Mitglieder organisieren“. Landwirtschaftlichen Zwecken dienendes Material können sie kaufen, verkaufen, vermieten und Arbeiten von gemeinsamem Interesse in Angriff nehmen. Die vor 1930 fast ausschließlich auf Senegal beschränkten Bevorratungsgesellschaften werden in ganz Französisch-Westafrika geschaffen. Im Jahre 1934 gibt es in Senegal ihrer 15 (je Kreis eine) und im gesamten Französisch-Westafrika 102. In Guinea, wo sie 1920 verschwunden waren, wurden sie 1932 wieder eingeführt; 1934 gibt es davon 18, je Kreis eine. In der

⁵⁴⁷ Archives du Sénégal. Akte „Semences“, 1930–1938. Ein Erlaß wird nichtsdestoweniger die Reservespeicher allgemein verbindlich machen. Er wird kaum zur Durchführung kommen.

Elfenbeinküste, wo nur eine einzige bestanden hatte, die im Jahre 1926 im Kreisgebiet der Lagunen (zum Ankauf von Pressen für Palmöl) gegründet worden war, kommen sie 1930/31 überall vor. In Dahomey waren die ersten 1930 eingerichtet worden, seit 1932 sind sie allgemein verbreitet. Im Sudan, wo es 1920 nur eine gegeben hatte, existieren sie seit 1930 in größerer Anzahl, und in Niger treten sie erst 1933 auf. Durch Dekrete werden die „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ in den anderen Teilen des afrikanischen Kolonialbesitzes Frankreichs eingeführt, in Togo (Dekrete von 1934 und 1937), Kamerun (Dekrete von 1937 und 1939), Französisch-Äquatorialafrika seit 1937 (Dekrete von 1940). Der Großhandel und seine Vertreter (Handelskammern, Union coloniale) reagieren mit heftigen Protesten auf diese Einschaltung halbstaatlicher Organe in den Handelssektor und die damit verbundene Konkurrenz, die sie als schändlich betrachten. Die Kolonialverwaltung antwortet ihnen, daß „die Beteiligung der Bevorratungsgesellschaften – Gott sei Dank! – den Skandal einer ewig gleichen Spekulation beseitigen wird, deren Folge die Preiserhöhung des Getreides darstellt, sobald es nicht mehr demjenigen gehört, der es erzeugt“.⁵⁴⁸ Die von den privaten Handelsgesellschaften geäußerte Enttäuschung sollte sich jedoch mehr in Worten als in Taten äußern. In seinem Bericht von 1939 an das Generalgouvernement bemerkt der Generaldirektor des Wirtschaftsamttes von Französisch-Westafrika: „Die Haltung des Handels gegenüber den Einlagerungsvorkehrungen hat sich nicht verändert. Wenn die großen Exporthäuser dieser Aktivität auch grundsätzlich abgeneigt sind, so wissen sie doch die Vorteile der bedeutenden, von den Gesellschaften periodisch losgeschlagenen Anteile und der Garantien zu schätzen, welche die Geschäftsabschlüsse mit den gemeinnützigen Organisationen bieten. Dagegen sehen die kleinen Kaufleute in den Gesellschaften ernste Konkurrenten, welche durch ihre Preispolitik die Geschäftspreise auf ihrem Maximum halten.“⁵⁴⁹ Die Mengen der von den Bevorratungsgesellschaften in den Handel geschleusten Erdnüsse blieben übrigens bescheiden. Im Kreis Sine-Salum, der fast die Hälfte der senegalesischen Ernte lieferte, machten sie 2–16 Prozent der schiffsmäßig verhandelten Menge aus, wobei das Maximum (16 Prozent) übrigens in die Erntekampagne 1940/41 fällt. Aber diese Aktivität hatte das Entstehen von Immobilienanlagen (Schuppen, Trockenspeicher) und selbst die Grün-

⁵⁴⁸ H. Labouret, A.F., 1925, Nr 1, S. 47.

⁵⁴⁹ Nr 434, A.E., vom 10. Juli 1939. A./s. Action des Sociétés de Prévoyance au cours de la traite 1938–1939.

dung eines Werkes zur Enthüllung von Erdnüssen in Lyndiane (1937) zur Folge, das von dem Gemeinschaftsfonds der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ betrieben wurde. Außerhalb der Erdnußgebiete, im wesentlichen also außerhalb des Senegal, blieb die Tätigkeit der Bevorratungsgesellschaften nicht so scharf umrissen. Zweifellos war infolge der pflichtmäßigen Gemeinschaftssteuer die finanzielle Lage gesichert: 1934 betrugen ihre Überschüsse in Französisch-Westafrika insgesamt mehr als 19,5 Millionen Franken⁵⁵⁰, was für diese Zeit der Krise ein ansehnlicher Betrag war, aber – „eine gute Geschäftslage ist nicht immer das Zeichen einer großen Geschäftstätigkeit“⁵⁵¹. Manchmal bedeutet sie sogar das Gegenteil. In der Elfenbeinküste waren die Hilfsquellen der Bevorratungsgesellschaften zum großen Teil auf den Ankauf von Pressen und Zerkleinerungsmaschinen zur Verwertung der Produkte der Ölpalme verwendet worden. Die Verstreutheit der Produktion selbst, die Furcht vor unberechtigten Anforderungen seitens der Angestellten der Kolonialverwaltung bewirkten, daß diese Maschinen jedoch wenig verwendet wurden, es sei denn anlässlich eines offiziellen Besuches... In der Elfenbeinküste blieben 1935 für 1 700 000 Franken Material auf Lager. Im Sudan, wo man sich auf den Kauf von Pflügen ausgerichtet hatte, blieb davon ein Lagerbestand im Werte von 2 Millionen Franken zurück.⁵⁵² In Faranah (Guinea) stellte sich heraus, daß kaum ein Drittel der in Dienst gestellten Pflüge Verwendung fand.⁵⁵³ Mangels einer mehr oder weniger mit dem Ackerbau zusammenhängenden Tätigkeit führt der Vorwand, das verwaltungsmäßige Funktionieren der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ sichern zu müssen oder Notwendigkeiten von Allgemeininteresse zu entsprechen, zur Verwendung der Mittel der Bevorratungsgesellschaften als „frei verfügbarer Fond“ in der Hand des Kolonialbeamten. Aus den verfügbaren Mitteln kauft man Kraftwagen, die dem Prinzip nach den Bevorratungsgesellschaften gehören, in der Praxis aber für den Bedarf der allgemeinen Kolonialverwaltung, die Rundreisen der verschiedenen Ämter, den Transport durchreisender Europäer, zur Verfügung gestellt werden. „Es ist festgestellt worden, daß die Wagen der ‚Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene‘ häufig, oft auf Kredit, im Dienst der Verwaltung verwendet werden. Ein Verbot wäre zweifellos völlig nutzlos, wenn man begreift, daß kein Bezirkschef

⁵⁵⁰ Annuaire statistique de l'A.O.F. (1933–1934).

⁵⁵¹ M. Boyer, Les Sociétés indigènes de prévoyance... a. a. O., S. 176.

⁵⁵² E. Baillaud, L'Organisation économique de l'A.O.F., a. a. O., S. 61–63.

⁵⁵³ Archives de Faranah, D I, Rapport 1935.

sich bereitfinden wird, lange Tagereisen mit einer Bezirksbereisung zu Fuß zu verlieren oder auf einen dringenden Transport zu verzichten, wenn er einen Lastkraftwagen zur Hand hat. Um so weniger bleibt es aus, daß dieser allgemeine Vorgang eine schwere Last für die Bevorratungsorganisationen bedeutet und die Wagen abnutzt, welche anschließend nicht nur große Überholungskosten erfordern, sondern noch zudem gar nicht zur Verfügung stehen, wenn sich ihr Einsatz notwendig macht, was namentlich bei der Erfassung und dem Transport der Produkte der Fall ist.“⁵⁵⁴ Aus dem verfügbaren Kapital wird man lustig Gebäude, Wohnungen und Ambulanzen für die europäischen Beamten errichten, ja man wird Brunnen erschließen und Straßen bauen, um die Lücken des regulären Budgets auszugleichen. „Auf dieselbe Weise verrechnet man Badewannen, Badezimmereinrichtungen, die offensichtlich aus Gründen der Bequemlichkeit zum Vorteil der Kolonialverwaltung angeschafft worden sind. Auf den Gebieten der Ersten Hilfe und der Hygiene sind Resultate erreicht worden, die der Dürftigkeit der örtlichen Einrichtungen zu Hilfe kommen. Aber diese Einrichtungen wurden überall, vor allem von den Nutznießern, für einfache Leistungen des Gesundheitsamtes angesehen...“ Mit dem Kriege gelingt es den „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ – durch Ausweitung ihrer Rolle als Organisation für landwirtschaftliche Darlehen –, die Verteilung der Konsumtionsgüter zu zentralisieren (Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln, Verteilung von Bezugsscheinen für Gewebestoffe). Die Bevorratungsgesellschaften (wenn auch unter gewissen Änderungen ihres Namens) bestehen bis zum Ende der Kolonialherrschaft. Aber seit dem Ende des zweiten Weltkrieges sind sie moralisch verurteilt, da ihre Ausbreitung nur dazu beitrug, die Übel, die der Abgeordnete Henri Cosnier im Jahre 1920 anprangerte, zu verewigen und zu verschärfen. Mehr als je bleiben sie ein Bestandteil des Verwaltungsapparates. „Die Distriktschefs von Französisch-Äquatorialafrika“, schreibt 1950 der Generalsekretär dieser Gruppe von Territorien, „müssen sich davon überzeugen, daß *das Funktionieren der ‚Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene‘ eine ihrer Hauptaufgaben ist* (Hervorhebung im Original – J. S. C.), und daß ihnen das dieselben Mühen, dieselbe Aufmerksamkeit, dieselbe Hingabe abverlangt, wie alle anderen Verwaltungsarbeiten: Lokalpolitik, Sonderverwaltung, Eingehen der Steuer, und andere. Die Verwaltungschefs der Territorien werden daher nicht zögern, ein Bild der Tätigkeit der ‚Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene‘

⁵⁵⁴ *Le Fonctionnement des Sociétés indigènes de Prévoyance de l'A.E.F.*, Brazzaville 1950, S. 19/20.

borene' zu entwerfen, vor allem bei der besonderen Erwähnung der Distriktschefs angelegentlich der Gesamtbewertung ihrer Tätigkeit. Was mich betrifft, so werde ich auf solche Berichte den größten Wert legen".⁵⁵⁵ Der gleiche Runderlaß stellt allerdings fest: „Die Aktivität von einigen (Bevorratungsgesellschaften) beschränkt sich offensichtlich auf die Erhebung der Gemeinschaftssteuern... Man begreift die Gefühle, mit denen sie (Bauern) der Erhebung einer Ergänzungssteuer gegenüberstehen... Ebenso notwendig erscheint es, die Tätigkeiten, welche dem Wesen der ‚Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene‘ fremd sind, anzuprangern. In der Tat ist ihre Tätigkeit oft ohne Entgelt, d. h. mit Verlust, zum Nutzen der Europäer der Station (Gemüsegarten, Kleinviehzucht, Milch- und Buttergewinnung usw.) oder des Lokalbudgets in Anspruch genommen worden: Verwendung der Lastkraftwagen, der Immobilien, der Werkzeuge (Tischlerei, Garage, Ziegelei, Schmiede). Diese Praktiken müssen unterbunden werden.“ Und der Verfasser fügt mit noch viel mehr Grund den Bau von Schulen, Ambulanzen, Entbindungsheimen und Straßen hinzu.⁵⁵⁶ Schon 1947 hatte sich ein Runderlaß des Ministers Moutet kritisch mit den „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ auseinandergesetzt und ihre Umwandlung in wirkliche Kooperativen empfohlen, wobei sie allerdings weder aufgelöst noch der freiwilligen Kooperation überlassen bleiben sollten: Der Vorschlag Moutets lief also auf eine scheinbare Befriedigung der öffentlichen Meinung hinaus, ohne den Weg zu einer wirklichen Veränderung zu weisen, da die Bevormundung durch die Kolonialverwaltung ja genau das Grundübel der Bevorratungsgesellschaften war. „Die Bevorratungsgesellschaften sind als halboffizielle Einrichtungen ins Leben gerufen worden... Die Kolonialbeamten verwechseln häufig das Budget der Bevorratungsgesellschaften und das Budget ihrer Verwaltungseinheit, wobei sie die Budgetlücken der letzteren durch die Einnahmen der ersteren auszufüllen suchen und die ersteren die Ausgaben der letzteren tragen lassen. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor werden das Personal und die Arbeitskraft nach dem Willen der Verwaltung oft zu verwaltungsmäßigen Aufgaben herangezogen. Das Material, namentlich die Lastkraftwagen und die Personenkraftwagen, dient nicht einzig und allein dem Zwecke der Bevorratungsgesellschaft. Der Bestand an landwirtschaftlichen Geräten ist gewöhnlich sehr unbedeutend und wird auf schlechteste Weise verwendet... Von 1940 bis 1945 insbesondere waren die Gesellschaften nur Hilfskräfte zur befohlenen Intensivierung der Produktion und der Erfassung der Erzeugnisse.

⁵⁵⁵ Ebenda, S. 11.

⁵⁵⁶ Ebenda.

Diese Entfremdung wurde ihnen verhängnisvoll.“⁵⁵⁷ Aber handelte es sich wirklich um eine „Entfremdung“? Und hatten die „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ jemals eine andere tatsächliche Zielsetzung? Die Kolonialverwaltung der Jahre 1946 bis 1958 war sich des Scheiterns der Einrichtung bewußt und erklärte sich außerstande, sie zu reformieren oder zu ersetzen.

d) Wanderungen und Zwangsarbeit

Auf Grund der Unzulänglichkeit der Transportmittel stammte fast die Gesamtheit der exportierbaren Produkte aus Zonen, die weniger als 300 km von der Küste entfernt waren. Im Inneren, wo die Naturalwirtschaft weiterbestand, reichte das geringfügige und kaum bezahlte Produkt der Zwangskulturen nicht aus, um die Steuer aufzubringen. Da man die Erzeugnisse nicht verlagern kann, verlagert man also die auszubeutende Arbeitskraft, die „Pfeifenköpfe“, wie die Waldnutzer der Elfenbeinküste sagen. So entstehen Wanderströme. Manche sind freiwillig: die Jugend bricht auf, um das Steuergeld oder das Brautgeld für die Angebetete zu verdienen, manchmal auch einfach, um dem grassierenden Hunger zu entgehen. Andere Wanderungen sind künstlich hervorgerufen, nicht nur von den „Rekrutierungen“ für öffentliche Arbeiten (Eisenbahnbau), sondern auch von solchen für private Unternehmen, Minenbetriebe, Plantagen, Holzeinschläge. Die freiwilligen Wanderungen sind hauptsächlich saisongebunden.

Die älteste und wichtigste ist die der „Navetanen“ im Senegal. Der Schwerpunkt des Erdnußanbaus verlagerte sich schon vor 1914 von Kayor nach Baol, dann, entsprechend den Fortschritten der Eisenbahn, nach dem Sine-Salum. In den neu in Anbau genommenen Gebieten waren die vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichend. Es bildet sich ein **Wanderstrom**, der in erster Linie die Arbeitskräfte aus jenen Gebieten heranzieht, deren Boden erschöpft ist, oder die künftig abseits der Handelsstrecken liegen, ein Geschick, wie es das Gebiet am Unterlauf des Senegal (Futa Toro), das halb wüstenhaft gewordene Walo und Kayor teilen. Im Jahre 1936 (dem Jahr der Hochkonjunktur, das mit der Annahme der speziellen Eisenbahntarife den Zufluß der Arbeitskräfte begünstigt) kommen aus diesen Gebieten⁵⁵⁸ fast 12 000 Navetanen – von insgesamt 76 000. Davon gehen

⁵⁵⁷ Ministerialdepesche, Runderlaß vom 22. Oktober 1947.

⁵⁵⁸ Im Jahre 1936 gab es hier 75 900 Navetanen, wovon 64 119 von außerhalb der Kolonie Senegal kamen. 1935 gab es dagegen 59 000 Navetanen und 1934 (De-

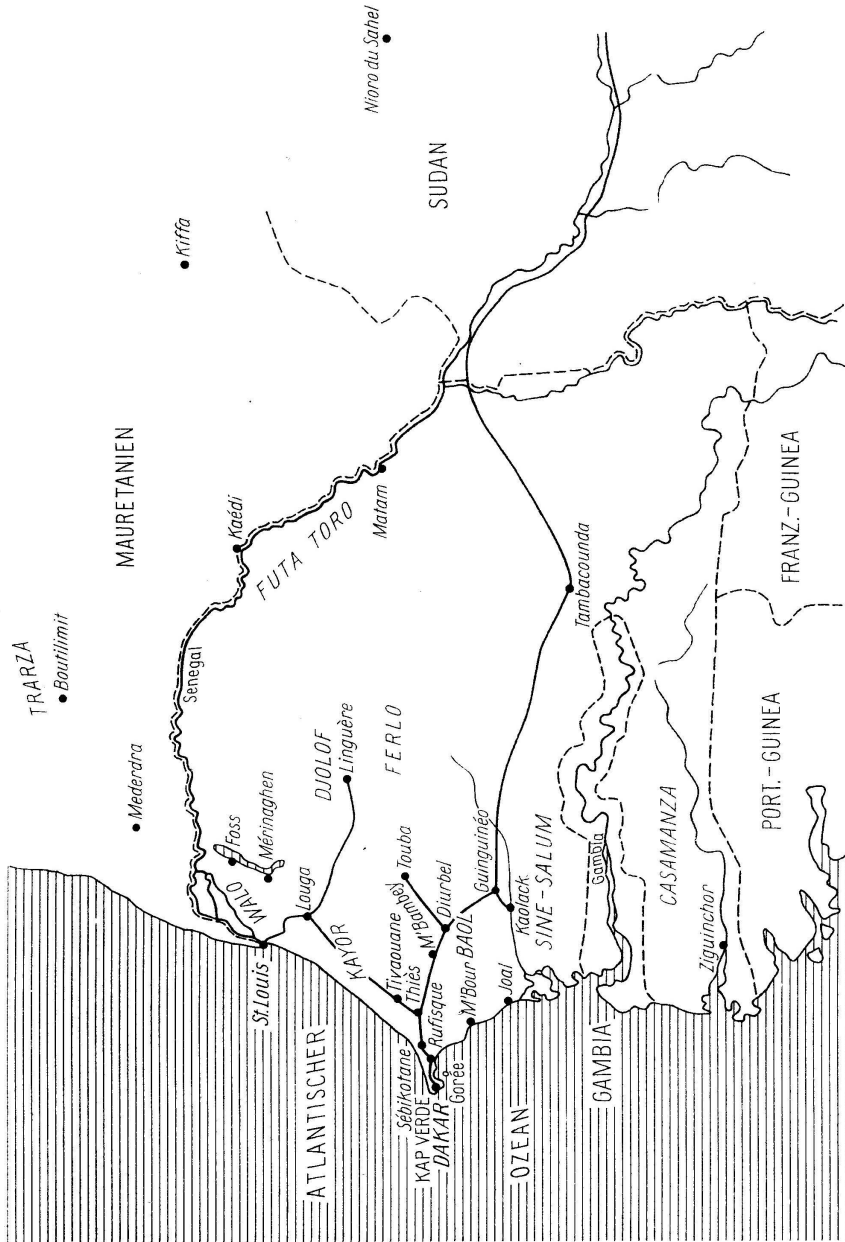


Abb. 20. Senegal zwischen 1900 und 1945

9000 in die Kreise Sine-Salum (7000), Baol und Thiès. Die Hauptzahl der Navetanen kommt nicht aus dem Senegal. Das stärkste Kontingent sind Bambara oder Malinke aus dem westlichen Sudan und vom Oberlauf des Gambia (etwa 35000). Als ausgezeichnete Bauern sind sie die geschätztesten Arbeiter. Der Bedeutung nach das zweitwichtigste Kontingent lieferten die Fulbe des Futa Djallon, genauer gesagt des übevölkerten Gebietes von Labé (Kreise von Labé, Pita, Mali). Von hier kamen etwa 20000 in demselben Jahre 1936. Als schwächliche, landwirtschaftlichen Arbeiten wenig gewachsene und als anspruchsvoll verschrieene Leute waren sie weniger gesucht. Der Navetane (Regenzeitarbeiter, in der Wolofsprache bedeutet „Navète“ Regenzeit) ist in der allgemeinen Regel ein einjährig oder besser saisonläufig befristeter Halbpächter. (Die Anbaumonate entsprechen der Regenzeit). Der Navetane steuert seine Arbeit und einige Geräte bei, der „Diatigui“, der Verpächter des Bodens, stellt Wohnung, Unterhalt, Saatgut, zusätzliche Werkzeuge und vermietet an den Navetanen während der Saison ein Areal, das dieser letztere zu seinem eigenen Gewinn bewirtschaftet.⁵⁵⁹ Auf den Feldern des „Diatigui“ arbeitete der Navetane vier „Vormittage“ in der Woche (von 6 bis 15 Uhr), und zwar am Dienstag, Mittwoch, Samstag und Sonntag. Am Nachmittag und den folgenden Tagen, Montag, Donnerstag und Freitag, kann der Navetane für sich selbst arbeiten. Der Montagnachmittag stellt für die Animisten, der Freitagnachmittag für die Mohammedaner eine Ruhezeit dar. So ist wenigstens in Sine-Salum der Brauch. In Casamanza sind die Bedingungen üblicherweise weniger günstig: Die dem Beschäftigten reservierte Arbeitszeit kann sich auf drei Tage je Woche erhöhen bzw. der Navetane verliert, was mit der Pacht begründet wird, 10–20 Prozent des Ertrages seiner persönlichen Felder, oder er muß Zwischenkulturen betreiben, deren Ertrag dem Arbeitgeber zufällt. Das Navetanat versteht sich im allgemeinen als individuelles Verhältnis. Allerdings gibt es einige Beispiele von „Unterpacht“. Hierbei handelt es sich um einen mit einem Navetanen als „Meister“ abgeschlos-

pressionsjahr) nur 38 000. (Archives du Sénégal. Rapports du service de l'Agriculture. Jahr 1936.) Der Sine-Salum beschäftigt den Hauptteil dieser Arbeitskräfte (53 500 Navetanen). Danach kommen Casamanza (13 500), der Pionierkreis von Tambacounda (3312), die Kreise von Baol (1686) und von Thiès (1173), wobei die Arbeitskräfte in den zwei letzten Kreisen hauptsächlich aus dem Senegal stammen. Zu den 70 000 Navetanen Senegals sind noch ungefähr 10 000 hinzuzurechnen, die im britischen Gambia als Navetanen tätig waren.

⁵⁵⁹ Ph. David, *Fraternité d'hivernage (le contrat de navétanat)*, in: *Présence africaine*, XXXI, April–Mai 1960, S. 45–57.

senen Vertrag, wobei der Navetane 5 oder 6 Tagelöhner beschäftigt. Dieses Verhältnis besteht in frisch urbar gemachten Teilen des Kreises von Tambacounda.⁵⁶⁰ Die eigentliche Pachtung (ohne Arbeitsverpflichtung gegenüber dem Verpächter) wird von den jungen Leuten aus Kayor und dem Unterlauf des Senegal⁵⁶¹ betrieben. Zu den eigentlichen Navetanen kommen während der Ernte im Monat Oktober noch Tagelöhner hinzu. Meist handelt es sich um junge Menschen, die sogenannten „Baraguini“.⁵⁶² Während der Arbeiten wird der Navetane im allgemeinen gut beköstigt. Zwischen dem Ende der Bestellung und der Ernte gibt es für ihn keine Beschäftigung mehr und der Verpächter, dessen Reserven sich nun erschöpfen, zeigt sich sparsamer. Der Navetane sucht während dieser toten Zeit manchmal etwas Geld als Tagelöhner zu verdienen. Es kommt vor, daß Navetanen sich im Lande niederlassen. Das ist aber eine Ausnahme, denn es handelt sich zumeist um junge Leute, die aus Gebieten stammen, wo die Solidarität der Großfamilie und die Autorität des Familienhäuptlings erhalten geblieben sind. Dieser Familienhäuptling ist im allgemeinen dem endgültigen Verlust einer guten Arbeitskraft streng abgeneigt. Der Feldbau des Navetanen kann kaum als sehr rationell bezeichnet werden. Er geht mit seinem Feld nicht sehr rücksichtsvoll um, da er nach der Ernte von diesem nichts mehr zu erhoffen hat. Sein Hauptanliegen besteht darin, während der Saison das Höchstmögliche aus dem Feld herauszuholen, ohne sich um die Zukunft desselben Gedanken zu machen.

Diese „westliche“ Wanderung ist im allgemeinen freiwillig, wenn ihr auch in der Periode der Depression durch verschiedene Verwaltungsmaßnahmen etwas „nachgeholfen“ wird. Solche Maßnahmen gehen von der gebührenfreien Beförderung oder der Beförderung zu Vorzugstarifen bis zur gewaltsamen Anwerbung von Arbeitskräften. Die Einnahmen des Navetanen sind bescheiden: Zwischen 1920 und 1930 schwankten sie zwischen einigen 100 Franken und – als Maximum – 2000 Franken. „1927 hat die Mehrzahl der sudanesischen Navetanen keinerlei Gewinn realisiert, einige von ihnen haben sogar im Senegal verbleiben müssen, da es ihnen an Mitteln fehlte, wieder in ihr Dorf zu gelangen.“⁵⁶³

⁵⁶⁰ Am zitierten Ort.

⁵⁶¹ Archives du Sénégal. Rapports du service de l'Agriculture. 1936.

⁵⁶² Von „M'bé bara guini“, was in der Malinkesprache soviel bedeutet wie: ich suche Arbeit (H. Labouret, *Paysans d'Afrique occidentale*, Paris 1941).

⁵⁶³ H. Labouret, *La main-d'œuvre dans l'Ouest africain*, in: A.F., 1930, Nr 5, S. 240–250.

Der zweite große Wanderungsstrom, den man als „östlichen“ bezeichnen kann, zeigt sehr unterschiedliche und umfassendere Kennzeichen. Darunter fallen die freiwillige Wanderung der Bewohner der heutigen Republik Niger nach Nigeria oder Dahomey und vor allem die freiwillige Wanderung der Mossi, Gurunsi, Dogon nach den Aschanti-Ländern im heutigen Ghana. Diese Wanderung wirkt auch anziehend auf die jungen Menschen Nord-dahomeys und Nordtogos. Manche von ihnen lassen sich im heutigen Ghana für eine bestimmte Zeit als Handeltreibende nieder. Gegen 1930 zählt man an der Goldküste mehr als 12 000 französische Untertanen (einschließlich Afrikaner aus dem französischen Mandatsteil Togos). Die meisten von ihnen aber kommen hierher als Saisonarbeiter zur Arbeit auf den Kakaoplantagen und in den Bergwerken. 1929 registrierte die britische Verwaltung an den Grenzübergangsstellen am Volta 79 399 Grenzübertritte von Mossi nach der Goldküste, eine Ziffer, die in Wirklichkeit wahrscheinlich noch höher liegt, denn H. Labouret schätzt die jährliche Wanderung nach der Goldküste und Nigeria für diese Zeit auf ungefähr 180 000. Hinzu kommt, daß die Wanderung nach den britischen Kolonien ein Weg – manchmal der wirksamste – ist, den Zwangskulturen, die für die Afrikaner einen reinen Verlust bedeuten, der Militärdienstaushebung, den „Rekrutierungen“ von Arbeitskräften in jeder Weise, zu entgehen, kurz gesagt, sich etwas Freiheit zu bewahren. Die Bezahlung ist hier besser als in den französischen Territorien, vor allem besser als beim Niger-Bewässerungsunternehmen (Office du Niger) oder bei den Pflanzern der Elfenbeinküste, die gewohnt sind, Arbeitskräfte fast umsonst einzusetzen. Es gibt daher Perioden, in denen diese Wanderung beträchtlich anschwillt.

Kurz vor dem zweiten Weltkrieg schätzt Delavignette, daß die Zwangskultur der Baumwolle in Obervolta 100 000 Mossi zur Flucht nach der Goldküste bewogen habe.⁵⁶⁴ Neben dieser freiwilligen Auswanderung besteht eine zwangsmäßige Wanderung im Innern der französischen Territorien. In erster Linie kommen dabei die Rekrutierungen für Privatunter-

⁵⁶⁴ R. Delavignette, *Les vrais Chefs de l'Empire*, a. a. O. Die Ziffern von 600 000 Auswanderern nach der Goldküste und 2 Millionen nach Nigeria, die Albert Londres im Jahre 1929 gab (a. a. O., S. 126), waren wahrscheinlich übertrieben. Aber die Ziffern aus amtlicher Quelle, über die wir verfügen, sind wahrscheinlich auf der anderen Seite unterschätzt. Die heutigen Untersuchungen geben uns an, daß 3–400 000 Auswanderer von Niger, Obervolta und Mali in Ghana beschäftigt sind und 40 % der Arbeitskräfte der Plantagen und 16 % der Kaufleute stellen (Jahre 1953–1955). Vgl. J. Rouch, *Migrations au Ghana*, in: *Journal de la Société des Africanistes*, XXVI, 1956, S. 33–196.

nehmungen in der Elfenbeinküste in Frage; das betrifft sowohl Waldnutzung wie Pflanzungen. In der Elfenbeinküste herrscht in den Jahren der Prosperität der Waldwirtschaft (zwischen 1920 und 1930) keine offizielle, wohl aber eine „tolerierte“ Rekrutierung, wobei die Kolonialverwaltung Vorschub leistet. Je nach den Umständen fordern die Kolonialbeamten Männer für den Dienst bei den Holzeinschlägern an. Sind die Waldkonzessionäre nämlich einflußreiche und von oben protektionierte Leute, so bekommen die Beamten Instruktionen. Diese schreiben ihnen vor, alle Maßnahmen für die Förderung der „ökonomischen Entwicklung“ dieser für den Bezirk so wichtigen Tätigkeit zu treffen. Was kleinere Holzeinschläger betrifft, so sind sie mehr der Gnade der Kolonialbeamten überlassen... Einige verstehen es, sich die Beamten zu verpflichten, andere wenden sich direkt an die Kantonhäuptlinge, die für gewisse klingende und schwerwiegende Argumente oder für ein Geschenk von einigen Kasten Gin, Whisky oder Apéritifs sehr aufgeschlossen sind.

In Bouaké bringen Vermittler die in Obervolta rekrutierten Arbeitskräfte mit Lastwagen an und „treten die Gefangenen zu 200 Franken pro Kopf den in Verlegenheit befindlichen Unternehmern ab“.⁵⁶⁵ Um die „Treue“ der Arbeitskräfte zu sichern, läßt die Kolonialverwaltung Verträge auf ein Jahr, ja auf zwei Jahre unterschreiben, die eine tatsächliche Sklaverei auf Zeit bedeuten, denn der Pflanze erhält das Recht, die öffentliche Gewalt auf die Flüchtlinge zu hetzen. Unter dem Vorwand, den Arbeitern „Sparsamkeit“ beizubringen, bezahlt man sie nicht direkt, sondern läßt die ihnen geschuldeten Beträge in ein Rechenbuch eintragen. Mit diesem (allerdings gar nicht immer sehr wirkungsvollen) Mittel sucht man der Flucht des Arbeiters vorzubeugen. Schlägt das Mittel fehl, so wird der Arbeiter für „vertragsbrüchig“ angesehen und erhält überhaupt keinen Lohn, selbst wenn er schon mehrere Monate gearbeitet hat. In jeder Weise fällt seine Löhnung mager aus. Unter dem Sparsystem hat er keine Möglichkeit, etwa einen Zweckgegenstand zum persönlichen Gebrauch oder Fabrikwaren zu erwerben, um sie später in seinem Dorf vorteilhaft wiederverkaufen zu können. Er ist gezwungen, sein Geld nicht ohne Kenntnisnahme des Kanton- und Dorfhäuptlings und seiner Verwandtschaft in Empfang zu nehmen, die ihm von seinen Ersparnissen, von denen man zuvor die Steuern abgezogen hat, kaum etwas übriglassen. „Zié verdiente während seines Monats 77 Franken“, ironisiert Albert Londres. [Das Beispiel stammt von den Holzschlagplätzen der Elfenbeinküste – J. S.-C.] „Der Arbeitgeber

⁵⁶⁵ A. Londres, *Terre d'ébène*, a. a. O., S. 165.

zahlte 88 Franken Steuern: 40 für die Kopfsteuer, 48 zur Ablösung der Frondienste. Nach einem Arbeitsmonat (im Walde) ist Zié 11 Franken schuldig.“⁵⁶⁶ Darüber hinaus wird der Tagelöhner in gewissen Kreisen mit einer von der „Wanderbevölkerung“ erhobenen Sondersteuer belegt und nach geläufiger Praxis gezwungen, Kopfsteuer und deren Zusatzsteuer doppelt zu zahlen, einmal im Heimatkanton und ein weiteres Mal in dem Kanton, in dem er arbeitet. In der Elfenbeinküste betragen die offiziellen Löhne 160 Franken pro Monat zuzüglich einer Tagesration in Naturalien, deren monatlichen Wert man auf 57 Franken veranschlagt. In der Goldküste (dem heutigen Ghana) schwanken die Löhne zwischen 2 £ 10 s. und 4 £ 10 s. (300 bis 540 Franken) ohne Naturalien. Da ein Zimmer in Kumasi 15 s. monatlich und die Mahlzeiten in den afrikanischen Restaurants dort 6 Pence täglich kosten, gewinnt der Arbeiter mehr als im französischen Gebiet, wobei er weder dem Sparsystem noch der Knechtschaft eines langfristigen Vertrages unterworfen ist; die Arbeitgeber richten sich hier nach der wöchentlich oder monatlich erneuerten mündlichen Anwerbung.⁵⁶⁷ Deshalb versteht man, daß nur der offene oder verschleierte Zwang die Arbeitskräfte nach der Elfenbeinküste „lenken“ konnte. (1928 waren es 30 000, im Jahre 1929 38 000 solcher Arbeiter). Die Kampffaktionen, die Albert Londres, André Gide, die Antiimperialistische Liga, die Liga für Menschenrechte und die Volkshilfe durchführen, blieben schließlich nicht ganz ohne Ergebnis. Unter der Volksfrontregierung verbietet ein Runderlaß des Generalgouverneurs De Coppet den Beamten Französisch-Westafrikas die zwangsweise Aushebung von Arbeitskräften für Privatunternehmen. 1936 befindet sich die Wirtschaft wieder mitten im Aufschwung, das Vorrücken der Gleisspitze bis nach Bobo-Dioulasso bindet einen Teil der bereits für die untere Küste ausgehobenen Arbeitskräfte. Die Holzeinschläger benötigen wenigstens 8000 Tagelöhner, die Kakaopflanzer dieselbe Anzahl... „Die noch vor kurzem mögliche Schuldhaft, welche in diesem Augenblick so notwendig gewesen wäre, ist abgeschafft“, bemerkt bedauernd ein Fürsprecher der Siedler. „Die gesamte europäische Kolonisation der Elfenbeinküste und die Waldnutzung schweben aus diesem Grunde in unmittelbarer Todesgefahr.“⁵⁶⁸ In Wirklichkeit handelt es sich gar nicht so sehr um das „Überleben“ der Pflanzler, das bedroht wird, als vielmehr um die Rückkehr zu den Gewinnen, die in den zwanziger und dreißiger Jahren den Holzeinschlägern eine Bereicherung innerhalb von drei Jahren ermöglichten;

⁵⁶⁶ Ebenda, S. 186.

⁵⁶⁷ Ziffern von 1929.

⁵⁶⁸ R. Monmarson, *L'Afrique noire et son destin*, Paris 1950 (1937: Soudan, Côte d'Ivoire et Guinée, S. 91).

wenigstens wenn sie es nicht mit jenem Colon hielten, der sich an einem Premierenabend des Theaters von Bordeaux den Witz leistete, sämtliche Taxen der Stadt zu mieten, bzw. ihre „Ersparnisse“ für ähnliche kostspielige Extravaganzen ausgaben. Die an die „Wohltaten“ der Gouverneurs Reste gewöhnten Pflanzer drohten damit, sich zu empören und den „Gouverneur der Volksfront“, Mondon, bei seiner Ankunft in Port Bouët ins Meer zu werfen!

Der bereits erwähnte Autor erinnert daran, daß, „wenn die Verwaltung einen Bauhof zu errichten und zu eröffnen, eine Straße zu unterhalten, irgendwelche öffentlichen Arbeiten durchzuführen wünscht, sie ständig Leute findet. In erster Linie sind da die Fronarbeiter, dann, für die Vielzahl der täglich anfallenden Arbeitsaufgaben die Gefangenen, und schließlich gibt es das Mittel der Aushebung von Arbeitern in großem Maßstab“.⁵⁶⁹ Und der Autor verlangt die gleichen Vorteile für die Colons, im Namen – der Rechtsgleichheit!

Nicht nur die Colons treiben Opposition. Die Kolonialbeamten in Dahomey wenden sich einheitlich gegen die Milderungen in der Zwangsarbeit. In der Kolonie Niger hat man eine Lösung gefunden: es ist die Reserve des Militäraufgebots. Statt sie in die Armee einzugliedern, wird sie den Privatunternehmern für Arbeiten von „öffentlichem Interesse“ zur Verfügung gestellt. Schon 1938 wird die alte Verwaltungsform wieder hergestellt. Mit dem Krieg und dem Vichy-Regime erhält sie einen reglementären Charakter, wie sie ihn in der Vergangenheit in diesem Ausmaß niemals besessen hatte. Zu den Rekrutierungen für den privaten Sektor kamen solche für öffentliche Arbeiten hinzu, die ebenfalls ununterbrochen stattfanden. „Auf den in militärischer Zucht gehaltenen Werkhöfen des Niger-Bewässerungsprojektes sind ungefähr 2000 Arbeiter durch die Verwaltung rekrutiert und dem Konsortium zur Verfügung gestellt worden“⁵⁷⁰, bemerkt neidvoll der schon genannte Sprecher der Colons. Aber beim Niger-Bewässerungsobjekt waren es weniger die eigentlichen Arbeiten als die feldbauliche Erschließung der zu dem Projekt gehörigen Böden durch für immer angesiedelte Afrikaner, die eine reichliche Zufuhr an Arbeitskräften erforderte. Man griff hier, wie überall, zu dem so einfachen Verfahren der „Aushebung“, indem man die bevölkerungsmäßigen Reserven

⁵⁶⁹ Ebenda, S. 93.

⁵⁷⁰ R. Monmarson, *L'Afrique noire et son destin*, a. a. O., S. 93. Es handelt sich um das Consortium des Sociétés de Travaux publics, das mit dem Bau des Kanals von Sansanding beauftragt war.

des Mossi-Landes (speziell des am nächsten liegenden Gebietes von Ya-tenga) in Anspruch nahm. Zweifellos machten die Bevölkerungsstatistiken wie die Statistiken des Niger-Bewässerungsprojektes einen Unterschied zwischen „völlig Freiwilligen“ und „teilweise Freiwilligen“ (sic!). In Wirklichkeit war in dem einen wie in dem anderen Fall der verwaltungsmäßige Druck entscheidend gewesen. Den afrikanischen „Ansiedlern“ hatte man 1937 das volle Eigentumsrecht an den von ihnen bewirtschafteten Ländereien nach Ablauf einer Probezeit von zehn Jahren versprochen, aber dieses Versprechen wurde nicht gehalten; nach dem zweiten Weltkrieg wurde ein Halbpachtsystem eingeführt. Aber ganz abgesehen davon: Was konnten diese Versprechungen überhaupt wert sein, wo doch die Ansiedler kasernenmäßiger Zucht unterworfen waren! „Man zwingt die Ansiedler nicht, gemeinsam auf die Felder zu gehen“, bemerkt ein offizieller Bericht, „aber niemand darf zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang im Dorf angetroffen werden; niemand darf sich ohne Erlaubnis an einen anderen Ort begeben, und mit noch viel weniger Recht darf jemand das Gebiet des Projektes verlassen... Strafen werden gegen jene verhängt, die eine ungenügende Arbeit leisten.“⁵⁷¹ Die Arbeit ging unter der Leitung von Aufsehern von 6 bis 12 Uhr und von 14 Uhr bis Sonnenuntergang vor sich. Wie für die Aushebungen des ersten Weltkrieges entsandten die Mossi-Häuptlinge zu diesem Bagno Hörige oder auch unverwendbare oder unerwünschte Personen (einschließlich Gebrechlicher und Schlafkranker). Diese mittelmäßigen Arbeitskräfte waren darüber hinaus wenig auf die Bewässerungskultur vorbereitet, die sich grundlegend von der im Mossi-Lande ausschließlich geübten Trockenbaukultur unterschied. Man begreift unter diesen Umständen die mageren landwirtschaftlichen Erfolge. Auch die Fluchtversuche konnten nur durch die ständige Drohung mit Verwaltungsstrafen in gewissen Grenzen gehalten werden. Die Mission Béline (von 1919 bis 1921) sah nichtsdestoweniger die Verpflanzung von 1,5 Millionen Mossi vor. Im Jahre 1937 sprach man von 800 000 Mossi, die umgesiedelt werden sollten, und am Vorabend des zweiten Weltkrieges waren trotz häufiger Zwangsaushebungen von Arbeitern erst 8000 Mossi angesiedelt! 1936 weigerte sich der Generalgouverneur De Coppet, weitere Aushebungen von Arbeitern zuzulassen, obwohl er für die bereits Angesiedelten die Verpflichtung aufrechterhielt, am Ansiedlungsort zu bleiben. Er hatte jedoch

⁵⁷¹ Diese Strafe bestand im Entzug der gleichwohl bezahlten Essensration (eine Ration, die, wie der Berichterstatter bemerkt, niemals Fleisch enthielt). Zitiert von P. Herbart, *Le Chancré du Niger*, Paris 1939, S. 106.

nicht die geringste Illusion über die angebliche Freiwilligkeit ihrer Niederlassung. „Auf ein Zeichen von mir“, schrieb er, „wären ganze Dörfer von ihren sämtlichen Einwohnern verlassen worden.“⁵⁷² Angesichts des Fehlschlags der Versuche, die notwendigen Arbeitskräfte in Westafrika zu rekrutieren, tauchte wiederholt der Gedanke der Heranziehung von Fremdarbeitern auf. Man sprach von Algeriern und wollte sie auf der geplanten transsaharischen Eisenbahn, die bei den Bewässerungsunternehmen am Niger zu enden hätte, heranzuführen, selbst von Polen –: diese Projekte blieben jedoch der Phantasie der Journalisten anheimgegeben.

Man muß nicht nur die Heranziehung von Arbeitskräften für das Niger-Projekt sehen. Hinzu kommen noch die zwangsweisen Arbeiteranwerbungen für die schon weiter oben angeführten Eisenbahnbauten. Auch diese Zwangsanwerbungen wurden hauptsächlich im Mossi-Land vorgenommen. So hatte im Jahre 1922 Obervolta 6000 Arbeiter zu stellen. Alle sechs Monate mußte dieselbe Zahl von Arbeitern bis zur Vollendung der Linie Thiès–Kayes erneut erbracht werden. Außerdem waren für diesen Zweck Bambara-Leute im Sudan zwangsweise angeworben worden. Obervolta hatte ferner für den Eisenbahnbau der Elfenbeinküste 2200 Arbeiter zu schicken. In mehr oder weniger großem Maße mußte Obervolta bis 1939 wiederholt Arbeitskräfte für diesen Zweck erbringen. In Äquatorialafrika und Kamerun, wo man die Verhältnisse weniger schnell den Fluktuationen der französischen Politik angepaßt hatte, wurden die Zwangsanwerbungen durch die Kolonialverwaltung für öffentliche und private Zwecke nicht unterbrochen. Damit wollen wir aber nicht nochmals auf die Zwangsarbeit zu administrativen oder halbadministrativen Zwecken, die den Bau der Eisenbahnlinie Kongo–Ozean und der Straßen Ubangi–Scharis betrafen, zurückkommen. Zu Beginn der Arbeiten an der Eisenbahnlinie Kongo–Ozean erforderten diese allein 10 000–15 000 Arbeitskräfte, wie aus einem offiziellen Bericht des Generalgouverneurs Antonetti hervorgeht.⁵⁷³ Abgesehen von den öffentlichen Arbeiten mußten die „Zwangsanwerbungen“ in Ubangi-Schari auch den Arbeitskräftebedarf der europäischen Kaffeepflanzungen und Minenbetriebe (für Gold und Diamanten) sicherstellen. Die Zwangsangeworbenen wurden von der Pflichtablieferung der Baumwolle freigestellt, was eine Quelle endloser Konflikte zwischen den der Zwangsanwerbung abgeneigten Baumwollgesellschaften, den Kolonialbeamten, den Pflanzern oder Minen-

⁵⁷² P. Herbart, a. a. O., S. 80–105.

⁵⁷³ Bericht vom 28. April 1927 an die Union coloniale française (Dépêche coloniale vom 30. April 1937). Nach *Gonidec* und *Kirsch*, *Droit du travail des Territoires d'outre-mer*, Paris 1958.

gesellschaften war, die allesamt Bedarf an Arbeitskräften hatten.⁵⁷⁴ Die Arbeit in der Baumwolle hatte gegenüber dem Kautschuksammeln allerdings noch den Vorteil, daß sie nicht die gesamte Bevölkerung zum Verlassen der Dörfer zwang. Dieser Vorzug kann der Waldarbeit nicht nachgesagt werden. In Mittel-Kongo und vor allem in Gabun verschlangen die Holzeinschlagplätze, besonders während der Konjunktur der Jahre 1920–1930, eine Menge Arbeitskräfte. So legt ein Erlaß des Generalgouverneurs für Mittel-Kongo für jeden Bezirk der Kolonie die „maximale Zwangsanwerbung für besondere Bedürfnisse“ für das Jahr 1927 in einem Plan fest, der 400 Arbeitskräfte im Minimum (Bezirk des Stanley-Pool, in ihm liegt die Hauptstadt Brazzaville) und 2000 im Maximum (Bezirke von Ober-Sangha und der Likouala-Mossaka) vorsieht.⁵⁷⁵ Holzausbeutungsbetriebe und Minenbetriebe schluckten 20 000 bis 30 000 „verpflichtete Tagelöhner“ bei einer Bevölkerung von 420 000 Einwohnern, d. h. sie nahmen 40 Prozent der männlichen Bevölkerung im Alter von 20 bis 40 Jahren in Anspruch.⁵⁷⁶ Die Holzausbeutungsbetriebe lagen in nächster Nähe der Ausfuhrwege (Wasserläufe, Meereslagunen), und die Verpflichteten wurden über Entfernungen von 1000 km und mehr unter den üblichen Bedingungen (zu Fuß und ohne eingeplante Beköstigung) zu ihren Arbeitsplätzen geschickt. Während der ganzen Dauer des „Vertrages“ (1–2 Jahre) waren sie in unhygienischen Lagern bei schlechter Ernährung zusammengepfercht. In den verlassenen Dörfern lebten nur noch Frauen, Kinder und Greise, aus deren Zahl man Arbeitskräfte für „Fronddienste“ und Arbeiten für die Verwaltung aushob und von denen man ebenfalls zwangsweise „Beiträge“ an Lebensmitteln zur Ernährung der Tagelöhner der privaten Betriebe und der Linie Kongo–Ozean erpreßte. 1941 konnte der Generalgouverneur Eboué schreiben: „Heute – und die Tatsache prägt sich vor allem in Gabun ein – wird die männliche Jugend der Dörfer des Inneren ihrem althergebrachten Leben, ihren Frauen und Kindern entzogen, um in die Lager transportiert zu werden, wo die Mischung aller Völker vor sich geht, wo der Mann entwurzelt, zu seinem größten mora-

⁵⁷⁴ Noch im Jahre 1950 erklärt ein Beamter: „Es fehlen tausend Tagelöhner in M'Bomou. Käme der administrative Druck zugunsten des Baumwollanbaues in Wegfall, so würde das notwendigerweise die Aushebung von Arbeitskräften begünstigen.“ (Bericht über die Verhandlungen der Konferenz für Produktion und Investitionen vom 11. bis 12. Dezember 1950 in Bangui.)

⁵⁷⁵ Erlaß vom 26. November 1926. *Journal officiel de l'A.E.F.*, 1927, S. 58.

⁵⁷⁶ G. Balandier, *Les problèmes du travailleur africain au Gabon et au Congo*, in: *Bulletin international des Sciences sociales*, Bd VI, Nr 3, 1954, S. 504–513.

lischen Schaden entpersönlicht wird, wo einige unfruchtbare Prostituierte, ohne ihm die Möglichkeit der Fortpflanzung zu geben, ihn oft für sein ganzes Leben anstecken, wo er sogar im Austausch für ein Gehalt und eine bessere Entwicklung seiner Muskeln (sic!) den tiefen Sinn der Existenz zur selben Zeit verliert wie die Möglichkeit, sie fortzusetzen. Während sich dieses männliche Proletariat bildet, vegetieren die Dörfer, die ihrer kräftigsten Elemente beraubt sind, dahin; die Frauen haben keine Kinder mehr, das Volk verschwindet.“⁵⁷⁷ In diesen Lagern war die Sterblichkeit beträchtlich, und es war nicht einmal Vorsorge dafür getroffen, die Männer nach Ablauf ihres „Vertrages“ heimzuschaffen. Der sehr amtliche Georges Bruel führt sogar das Beispiel eines Bezirks in Gabun an, wo in drei Jahren von 1000 „Verpflichteten“ nur 423 in ihre Dörfer zurückkehrten. 182 waren gestorben, 395 waren nicht heimgekehrt.⁵⁷⁸ Kamerun mit seiner wenig spezialisierten Wirtschaft kannte die Geisel der Zwangsanwerbung in einem Maße, das zwischen ihrem Vorkommen in Französisch-Äquatorialafrika und in Französisch-Westafrika, wo sie wenigstens in gewissen Gebieten gemäßigter war, schwankte. „... Jährlich im Oktober und im April“, schreibt der Beamte von Bafoussam, „brauchen die Pflanzler des Gebietes von Foumban Arbeitskräfte. Deshalb geben sie ihre ‚Bestellung‘ dem Arbeitsamt des Gebietes von Foumban auf, das mir einen Brief schickt, in welchem der Befehl für mich enthalten ist, soundso viel Leute zu Herrn X... oder zu Herrn Y... zu schaffen. In Bafoussam rufe ich meinerseits die Häuptlinge zusammen und nehme unter ihnen eine gerechte Verteilung vor. Da 50 Prozent der Leute zu jeder regelmäßigen Arbeit körperlich untauglich und 90 Prozent der Jugendlichen des Landes auf der Flucht sind und fast im ganzen Bezirk herumschweifen, verlange ich anstelle von 20 Mann 40, da das Gesundheitsamt wenigstens die Hälfte von ihnen wegen mangelnder Tauglichkeit zurückweisen wird. Die Häuptlinge kehren dann nach Hause zurück, die Menschenjagd beginnt. Niemand wünscht freiwillig auf gewissen europäischen Plantagen zu arbeiten. Die Tschindas⁵⁷⁹ der Häuptlinge bringen nach einiger Zeit alle diejenigen, die nicht schnell genug die Flucht ergreifen konnten. Sie werden von einem Gehilfen des Gesundheitsamtes untersucht, an die Meßlatte gestellt, gewogen und manu praetorii auf die Pflanzungen geschickt.“⁵⁸⁰ Was die Ordnung betrifft, der die zwangs-

⁵⁷⁷ F. Eboué, *La nouvelle politique indigène en A.E.F.*, Brazzaville 1941.

⁵⁷⁸ G. Bruel, *La France équatoriale africaine*, Paris 1935.

⁵⁷⁹ Gefolgsleute und Leibwächter der Bamilekehäuptlinge.

⁵⁸⁰ Bericht über Rundbereisung vom 25. Oktober 1944, zitiert von C. Tardits, *Les Bamiléké de l'Ouest-Cameroun*, Paris 1960, S. 67.

verpflichteten Arbeiter unterworfen wurden, so scheute sich ein des Extremismus unverdächtiger Zeuge, der Pater Aupiais (der nach dem zweiten Weltkriege Abgeordneter der M.R.P. für die europäischen Wähler Dahomeys und Togos war), nicht, folgendes zu sagen: „Es kommt vor, a) daß die zwangsverpflichteten Arbeiter niedriger bezahlt werden als die freien Arbeiter; b) daß sie überhaupt nicht bezahlt werden; c) daß die zum Erreichen des Arbeitsortes benötigten Tage nicht bezahlt werden; d) daß ungerechte Kürzungen am Lohn der Eingeborenen vorgenommen werden, damit sie ihre Arbeit unter dem Vorwand der Steuern, des Unterhalts, der Materiallieferung fortsetzen müssen.“⁵⁸¹ Die Zwangsanswerbungen umfassen nicht die Fronarbeiten (im Grundsatz 10 oder 12 Tage im Jahr), denen alle Steuerpflichtigen unterworfen sind, ohne daß sie die Möglichkeit haben, sich davon freizukaufen. Die offizielle Zahl der verlangten Fronarbeitstage wird selten eingehalten. Wie für die Steuer, so „veranschlagt“ man jeden Kanton entsprechend seiner Bevölkerung bzw. seiner offiziell festgesetzten Bevölkerungszahl in der Zahl der Fronarbeitstage. Die Tagesleistungen, die somit auch für die Toten und Abwesenden verlangt werden, entfallen auf die wirklich vorhandenen Einwohner. Unter dem Vorwand dringend notwendiger Arbeiten wächst die von ihnen geforderte Anzahl von Fronarbeitstagen noch weiter an. Jede Weigerung würde die Strafen, die das Eingeborenstatut vorsieht, nach sich ziehen. Der Beamte Gilbert Vieillard bemerkt dazu: „Vierzig Jahre lang hat die Arbeitspflicht die Form einer willkürlichen Fron gehabt. Für die Einwohner des Futa Djalon war sie zum Schreckgespenst geworden.“⁵⁸² Die verschiedenen Formen der Zwangsarbeit, die in den französischen Kolonien in Kraft waren, bildeten das Ziel heftiger Kritiken im Ausland und vor verschiedenen internationalen Gremien. Diese Kritiken waren nicht immer rein und selbstlos, aber es ist Tatsache, daß unter dem Deckmantel des Wahlspruchs „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ das Zwangsarbeitssystem der französischen Kolonien – besonders in Französisch-Äquatorialafrika – Beispiel eines selten – selbst nicht immer in den portugiesischen und belgischen Kolonien – erreichten Ausmaßes an Unterdrückung und Willkür bot.⁵⁸³ Da es keine wirkliche

⁵⁸¹ Comité national d'Études politiques et sociales. Comment nous comporter envers les populations noires de notre domaine africain? (Sitzung vom 18. März 1929, S. 47.)

⁵⁸² G. Vieillard, Notes sur les Peuls du Fouta-Djalon, in: Bull. I.F.A.N., 1940, Nr. 1, S. 142–143.

⁵⁸³ Seit 1919 antwortete das besiegte und von den Alliierten des Besitzes von Kolonien für „unwürdig“ erklärte Deutschland damit, daß es sich auf die eigenen

Arbeitsgesetzgebung gab, hatte der Gouverneur freie Hand.⁵⁸⁴ Das Dekret von 1903 schrieb die zwangsweise Arbeitsverpflichtung durch die Kolonialverwaltung vor und begrenzte die maximale Vertragsdauer auf zwei Jahre. Das Dekret für Französisch-Äquatorialafrika vom 7. April 1911 sah in seinen Artikeln 15 und 16 die Möglichkeit zur Zahlung der Löhnung erst am Ende der Vertragszeit vor. In diesem Falle waren die Unternehmer verpflichtet, den fälligen Betrag alle sechs Monate in den öffentlichen Kassen zu hinterlegen.

In Französisch-Westafrika geschah durch das Dekret vom 22. Oktober 1925 nichts anderes, als daß die zeitlichen Grenzen der Arbeitsvorgänge durch ein Minimum von zwei Monaten und ein Maximum von zwei Jahren umrissen und „Schiedsgerichte“ unter dem Vorsitz des sie ernennenden Kreiskommandanten vorgesehen wurden. Diese bestanden neben dem Vorsitzenden aus einem Pflanzer und einem Afrikaner als Beisitzer, gewählte Mitglieder gehörten ihnen nicht an.⁵⁸⁵

Bezeichnenderweise blieb die Einrichtung des „Sparsystems“ aber der Entscheidung des Gouverneurs überlassen. Die Durchführungsbestimmung im Runderlaß des Generalgouverneurs enthielt die Weisung an die Gouverneure: „Wo Sie sich zur Einführung der Maßregel entschlossen haben, wird selbstverständlich das Sparsystem ohne die Möglichkeit für die Betreffenden eingerichtet, sich dieser Verpflichtung zu entziehen.“ So legte in Dahomey ein Lokalerlaß vom 17. August 1927 den in Form der „Ersparnis“ einzubehaltenden Lohnanteil auf 50 Prozent fest. Dieser Anteil mußte vom Arbeitgeber dem Fiskus eingezahlt werden, der dafür „Sparmarken“ ausgab, die in das Arbeitsbuch des Beschäftigten geklebt und am Ende des Vertrags von der Verwaltung ausgezahlt wurden.⁵⁸⁶ Dieses System ver-

Zeugnisse der Franzosen über ihre Kolonialmethoden berief. (*Reichskolonialministerium*. Deutsche und französische Eingeborenenbehandlung. Berlin 1919.) Eine scharfe Kritik der französischen Herrschaft findet man auch in dem Werk des Amerikaners *Raymond Leslie-Buell*, *The Native Problem in Africa*, New York 1928, 2 Bde.

⁵⁸⁴ Neben einem Dekret des Jahres 1903, das Richtlinien über die Arbeitskontrakte enthielt, gab es auf diesem Gebiet vor 1920 nur die Erlasse oder Rundschreiben der Gouverneure. Erste gesetzliche Festlegungen auf diesem Gebiet: Dekrete vom 4. Mai 1922 (Französisch-Äquatorialafrika), vom 4. August 1922 (Kamerun), vom 22. Dezember 1922 (Togo) und vom 22. Oktober 1925 (Französisch-Westafrika).

⁵⁸⁵ *M. Besson*, *La législation ouvrière en A.O.F.*, in: *La Quinzaine coloniale*, 1929.

⁵⁸⁶ *Réglementation du travail indigène en A.O.F.*, Porto-Novo, Imprimerie du gouvernement, 1929.

schaffte der Verwaltung die Möglichkeit einer Budgetstützung auf Kosten der Arbeiter, ohne daß sie diesen die geringsten Zinsen zu zahlen hatte. Wenn es für die als Steuer betrachteten Fronleistungen noch eine gewisse formale gesetzliche Handhabe gab, so war das bei den Zwangsanwerbungen keineswegs der Fall. Die Zwangsanwerbungen für den direkten Bedarf der Verwaltung kommen eigentlich erst mit den Strafen für Widerstrebende, die man wegen angeblichen Verstoßes gegen das Eingeborenenstatut verurteilte, zur Erwähnung. So bedrohten Erlasse von 1923 und 1924 in Togo und Kamerun den „Ungehorsam gegen die Heranziehung zu wesentlich öffentlichen (sic!) Arbeiten durch die Verwaltung“ mit Strafen. Gleichartige Erlasse gab es in Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika. In Madagaskar erlaubte ein Dekret vom 3. Juni 1926 die Verwendung des „zweiten Teils“ des Militäraufgebots zu „Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen“; die Durchführung dieser Arbeiten konnte jedoch Privatunternehmen übertragen werden. Dieser „zweite Teil“ bestand aus Dienstauglichen, die jedoch nicht einberufen wurden und drei Jahre lang zur Verfügung der Militärbehörden standen. Während dieser Zeit konnte er durch Verfügung des Gouverneurs zu Arbeiten herangezogen werden, und zwar als „Arbeitsdienst für allgemeinnützige Arbeiten“ (SMOTIG, „Service de la main-d'œuvre des travaux d'intérêt général“). Ein analoges Dekret ergeht am 31. Oktober 1926 für Französisch-Westafrika, aber der Erlaß mit den Durchführungsbestimmungen folgt erst am 4. Dezember 1928. Die Anwendung dieser Verfügungen erfolgt in Französisch-Westafrika nur gelegentlich.

Zwangsanwerbungen für Privatunternehmen entbehrten jeglicher Rechtsgrundlage, hier war nicht einmal der kümmerlichste Verordnungstext zu ihrer Rechtfertigung vorhanden. Die französische Praxis stand im buchstäblichen Gegensatz zur Konvention des Völkerbundes vom 25. Dezember 1926, die in ihren Bestimmungen über die Sklaverei die Zwangsarbeit im Dienste von Privatinteressen verbot. Die skandalösen Fälle von Zwangsarbeit im Kongo setzten die internationale Öffentlichkeit in Bewegung, und 1929 wurde ein Bericht zur Vorlage an die XII. Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes fertiggestellt, dem die Antworten der Regierungen zu einem Fragebogen betreffend die Zwangsarbeit beigelegt waren. Der Bericht schlug eine internationale Konvention zum Verbot der Zwangsarbeit vor.⁵⁸⁷ Dieses Projekt rief heftige Reaktionen seitens der kolonialen Inter-

⁵⁸⁷ R. Mercier, *Le Travail obligatoire dans les colonies africaines*, Vesoul, Imprimerie nouvelle, 1933 (Rechtswissenschaftliche Dissertation).

essengruppen und ihrer Stimmorgane (Union coloniale, Ligue maritime et coloniale, Académie des sciences coloniales) hervor, besonders als die Fachkommission für die Arbeiterfrage während der Debatten in Genf die Einführung einer internationalen Kontrolle auf diesem Gebiet vorschlug. Die XII. Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes (B.I.T.) nahm schließlich mit 93 Stimmen bei 50 Stimmenthaltungen (darunter der Vertreter der französischen Regierung) eine Konvention der moralischen Verurteilung eines Systems, wie es in den französischen Kolonien bestand, an. Die Signatäre der Konvention verpflichteten sich, die Zwangsarbeit in allen ihren Formen „in kürzest möglicher Frist“ abzuschaffen, wobei einzig die Zwangsarbeit zu öffentlichen Zwecken zeitweise erlaubt sein sollte. Die Verwendung von Militärabteilungen zu zivilen Arbeiten – das zielte auf die SMOTIG – wurde ausdrücklich verurteilt. Die den Entwurf bis zum Schluß bekämpfenden Delegierten der französischen Regierung wagten es nicht, offen Stellung für die Zwangsarbeit zu nehmen. Ihr Sprecher M. A. Fontaine, erklärte vor der Abstimmung mit einem unüberbietbaren Zynismus, daß Frankreich „entschlüssener Parteigänger der Abschaffung der Zwangsarbeit“ sei und daß es „den allgemeinen Prinzipien, die in dem Entwurf der Konvention ausgesprochen sind, beipflichte“, wobei er jedoch „Vorbehalte“ wegen des Textes machte –: „Was auch immer aus dem Entwurf der Konvention wird, Frankreich, das ihre Grundsätze bereits anwendet (!), wird ohne Schwanken in eben dieser Richtung weiter bemüht sein, indem es in der ihm am schnellsten verwirklichtbar erscheinenden Weise über besondere Maßnahmen entscheiden wird, deren unverzügliche oder zu jähe Anwendung ihm im Interesse der Bevölkerungen nicht möglich erschienen ist.“⁵⁸⁸ Das kam dem Eingeständnis gleich, daß man nach der „Beipflichtung zu den Grundsätzen“ ihre Anwendung verweigerte.

Die französische Regierung schenkte den Beschlüssen des Internationalen Arbeitsamtes keinerlei Beachtung. Im Gegenteil, unter dem Druck der „Union coloniale“ erließ sie ein Dekret (1. April 1930), das es in Erneuerung desjenigen von 1921 über die „Unterdrückung der Vagabundage“ gestattete, geflohene Zwangsarbeiter zu schweren Gefängnisstrafen zu verurteilen. Ein am 21. August 1930 erlassenes weiteres Dekret schloß unter dem Vorwand, die Arbeit zu „regulieren“ und mißbräuchliche Zwangsanwerbungen zu verhindern, von dieser Regulierung sorgfältig solche Arbeiten aus, die durch „Fälle höherer Gewalt“ oder „Brauchtum“ bedingt seien. Diese Ausnahmen gestatteten die weitesten Auslegungen.

⁵⁸⁸ R. Millet, *Le piège du B.I.T.*, in: *Afrique française*, 1930, S. 380–382.

Muß man erst sagen, daß für keinerlei Garantie „sozialer Sicherheit“ gesorgt war? Im Falle von Krankheit war es günstigstenfalls dem Arbeiter erlaubt, mit Hilfe eigener Mittel in die Heimat zurückzukehren, ein Weg, auf dem er dann gewöhnlich verstarb. Verblieb er am Arbeitsort, so strich man ihm Lohn und Kost und zwang ihn, von den Spenden seiner Arbeitskollegen zu leben. Im Fall von Arbeitsunfällen war für nichts gesorgt. Ob eine Entschädigung gezahlt wurde, blieb dem Ermessen der Unternehmer vorbehalten. Die „Verträge“ am Streckenbau Kongo–Ozean sahen im Falle hundertprozentiger Invalidität eine Gesamtentschädigung von – 600 Franken vor! Zwei Sara-Leute, denen ein Bein amputiert worden war, erhielten jeder 400 Franken und die Erlaubnis, über etwa 2000 km auf eigene Kosten in ihr Land zurückzukehren.⁵⁸⁹ Das Dekret vom 2. April 1932 betreffend Arbeitsunfälle in Westafrika verdient einen Platz unter den schönsten Denkmälern menschlicher Scheinheiligkeit. Die vorgesehenen, übrigens lächerlich geringen „Renten“ betrafen nur Unfälle mit Maschinen anderer als menschlicher oder tierischer Antriebsenergie, also automatischen Maschinen, die fast gar nicht vorhanden waren... Die häufigsten Unfälle (Stürze und Verletzungen auf Bauplätzen und bei der Durchführung öffentlicher Arbeiten, Minenexplosionen) wurden nicht in Betracht gezogen. Erst zur Zeit der Volksfront erfolgten neben Milderungen der Zwangsarbeit (wenigstens in Französisch-Westafrika, und zwar hauptsächlich auf dem Gebiet der Zwangsanwerbungen zugunsten der Privatunternehmen) erste Schritte in Richtung auf eine Sozialgesetzgebung. In Französisch-Westafrika handelte es sich um das Dekret vom 11. März 1937, das die Bildung von Gewerkschaften erlaubte, und um das Dekret vom 20. März 1937, das Kollektivverträge und Arbeiterdelegierte einführte, ferner um das Dekret vom 18. September 1936, das die Frauen- und Kinderarbeit regelte, in Kamerun um das Dekret vom 17. November 1937. All diese Gesetze, deren Tragweite übrigens begrenzt war, übten nur geringe Wirkung aus, da es zu ihnen keine Durchführungsbestimmungen gab. Ihre Durchführung war ebenso nicht durch Kontroll- oder Strafbestimmungen gesichert.

e) Der Landraub: Konzessionen für Land-, Wald- und Stadtgebiete

Wie man sah, erklärten das Dekret vom 23. Oktober 1904 für Westafrika und das Dekret vom 28. März 1899 für Französisch-Äquatorialafrika (dieses letztere zwecks Ermöglichung der großen Landzuteilungen

⁵⁸⁹ R. Susset, *La Vérité sur le Camerun et l'A.E.F.*, Paris 1934.

an die Konzessionsgesellschaften) die „leeren und herrenlosen Böden“ zum Eigentum des französischen Staates. Diese Anwendung des Eigentumsbegriffs des römischen Rechts war keineswegs, wie man manchmal behauptete, eine Verkenntung der afrikanischen Verhältnisse. Sämtliche kolonialistischen Verfasser erkennen an, wie man 1920 feststellte, daß es in Tropisch-Afrika „keinen Fußbreit Gelände ohne einen oder mehrere Besitzer gibt“.⁵⁹⁰ In einem Bericht, der einstimmig vom Conseil général der Elfenbeinküste angenommen wurde, stellt der Ratsmann J. B. Mockey richtig: „Kein Quadratmeter Gelände kann für herrenlos gelten. Leer? Zweifellos, aber gewöhnlich zeitweilig, periodisch, durch das Spiel der Bodenumteilung beim Anbau, durch die zwischenzeitliche Verwendung als Weiden usw. bedingt. Herrenlos? Ganz gewiß nicht. Kein Boden Afrikas kann als herrenlos betrachtet werden. Die Stämme haben untereinander ihre Grenzen. Diese werden im allgemeinen durch Landschaftsmerkmale wie Wasserläufe und Hügelketten gekennzeichnet. Aber es gibt auch abstrakte Grenzen, deren Verlauf im allgemeinen mit Hilfe von Merkmalen erkannt wird. Diese Merkzeichen befinden sich gewöhnlich an Spurwegen oder man sieht felsige Erhöhungen im Gelände als solche an. Wenn die Stämme schon als Ganzes ihre Grenzen besitzen, so um so mehr auch die Unterstämme oder Kantone. Diese stellen kleinere territoriale Einheiten dar, und sie besitzen noch genauer abgesteckte Grenzen. Diese Bemerkung trifft auch für das Dorf und die Familie zu.“ In derselben Hinsicht besteht der Autor auf dem Begriff des Kollektivbodens (der sich auf der Stufe des Dorfes in Europa wie in Afrika vorfindet) und auf dem einseitigen Bruch der in der zweiten Hälfte des 19. Jh. geschlossenen Protektorsverträge durch die Kolonialherren, die durch diese Verträge begrenzte Besetzungsrechte, aber nirgendwo ein Besitzrecht oder ein Eigentumsrecht an den afrikanischen Böden hatten. Der Gesetzgeber zu Beginn des 20. Jh., der von einer völlig eingeweihten Kolonialverwaltung inspiriert war, wußte, was er tat. Die Unkenntnis der traditionellen Rechte der afrikanischen Gemeinwesen auf das Land war gewollt, dazu bestimmt, die Allmacht und infolgedessen die „höheren Rechte“ des Kolonialismus zu bestätigen, indem man sich von jeder juristischen Fessel freimachte. Das französische Bodenrecht des Code civil wurde im Prinzip schon 1830 im Senegal eingeführt. Wirksamkeit besaß es praktisch nur für einige Liegenschaften in Gorée und St. Louis. Die von den Siedlern erworbenen Ländereien – wir werden

⁵⁹⁰ J. B. Forgeron, *Le Protectorat en Afrique occidentale française et les chefs indigènes*, Bordeaux 1920.

sehen, unter welchen Verhältnissen – wurden nach dem Beispiel des in Australien üblichen „Torrens-Systems“ der Registrierung unterzogen. Dasselbe galt von den Ländereien, für die die Afrikaner die Eigentumsanerkennung wünschten. Dieses Registrierungssystem wurde zuerst in Nordafrika eingeführt, 1900 auf Senegal, Elfenbeinküste und Dahomey, 1901 auf Guinea, und schließlich durch ein Dekret vom 24. Juli 1906 auf ganz Französisch-Westafrika ausgedehnt. In der Tat wurde von der Bodenregistrierung fast nur von den europäischen Siedlern Gebrauch gemacht, da schon nach einmal bestätigter Erfüllung der Nutzbarmachungsklausel die „Registrierung“ der ihnen überwiesenen Landkonzessionen erfolgen durfte. Die Afrikaner machten mit wenigen Ausnahmen von dieser Einrichtung keinen Gebrauch bzw. konnten keinen Gebrauch davon machen. Die Mehrzahl von ihnen hätte es kaum wagen dürfen, die formalen Schritte dafür zu unternehmen oder sie hätte nicht für die Kosten aufkommen können, die der Registrierung nachfolgten. Aber selbst denjenigen von ihnen, die das beabsichtigt hätten, wurden Schwierigkeiten zum Hindernis. Sie ergaben sich daraus, daß der römisch-juristische oder bürgerliche Begriff des individuellen und absoluten Eigentums in Schwarzafrika tatsächlich unbekannt war. Dementsprechend zählte man in Französisch-Westafrika am Vorabend des zweiten Weltkrieges bei einer Bevölkerung von etwa 16 Millionen Einwohnern nur 1742 „registrierte“ afrikanische Landeigentümer. Zusammen besaßen sie 29 000 ha Land. In der Mehrheit waren es städtische Grundeigentümer. In Französisch-Äquatorialafrika gar wurde die Registrierung „Nichtbürgern“ erst durch ein Dekret des Jahres 1920, und auch das nur mit Einschränkungen, gestattet. Die Einregistrierung der Gemeindeböden war nicht vorgesehen, und sie war auch unvereinbar mit der Pyramide von Rechten, die normalerweise auf den afrikanischen Böden ruhte.⁵⁹¹ Der Antrag auf „Registrierung“ rief fast in jedem Fall die Proteste und Opposition aller hervor, deren Rechte gleichzeitig mit denen des Antragstellers auf dem Boden ruhten: Familienmitglieder, patriarchalische Dorf- und Stammesgemeinschaft. Diese Schwierigkeiten konnten nur die Häuptlinge oder Kollaborateure der Kolonialverwaltung überwinden, die höhern Orts genügend starke Unterstützung besaßen. Aber dann führte es nur dazu, daß die wenigen tatsächlich zugunsten von Afrikanern vorgenommenen Registrierungen weit entfernt da-

⁵⁹¹ Ein Urteil vom 3. November 1934 des Appellationsgerichtshofes von Dakar hatte dennoch den gewohnheitsrechtlichen Gemeinschaften das Recht zugesprochen, die Böden, auf die sich ihre Autorität erstreckte, einregistrieren zu lassen. Die Kolonialverwaltung hütete sich, die Anwendung dieser Entscheidung zu begünstigen.

von waren, automatisch traditionelle Reste zu bestätigen; zumeist lief es nur auf die Bestätigung von Raub und Usurpationen hinaus. Angesichts dieser Lage und der heraufbeschworenen Unruhen setzte ein Dekret vom 8. Oktober 1925, das an dem System der Registrierung nichts änderte, eine Prozeßordnung zur Bestätigung und Aufhellung gewohnheitsrechtlicher Bodenrechte fest.⁵⁹² Diese Prozeßordnung war zu verwickelt und wurde daher kaum in Anspruch genommen. Den Inhabern solcher Rechte gab sie nur eine illusorische Garantie. Sie verschaffte wohl einen Rechtsanspruch, aber keine Registrierung. Sie ging davon aus, daß die Rechte mit dem „Verlassen“ des Gebietes erlöschen, und das konnte während der Brachezeiten jederzeit behauptet werden. Ein Dekret vom 15. November 1935 schaffte das Gesetz von 1904 für Französisch-Westafrika ab und trat an seine Stelle. Theoretisch war es dazu da, die in dem Gesetz von 1904 unberücksichtigt gebliebenen gewohnheitsrechtlichen Bodenrechte zu schützen. In Wirklichkeit lieferte es der Verwaltung nur freiere Hand zur Zurückweisung gewohnheitsrechtlicher Ansprüche und verschaffte ihr dazu die juristische Grundlage. Dieses Dekret von 1935 gab für die „leeren und herrenlosen Ländereien“ eine genauere Definition, die in sehr vielen Fällen die Geltendmachung des Gemeineigentums ausschloß. Der Artikel 1 rechnete dieser Kategorie die Ländereien hinzu, „auf die sich kein ordentlicher und legaler Eigentums- und Nutznießungsanspruch bezog und die seit mehr als zehn Jahren unbewirtschaftet oder nicht besetzt gewesen waren“. So konnten also die nicht bebauten, in Kollektivnutzung befindlichen Böden (Weiden, Wälder, Jagdgebiete) durch Gesetz und ohne Möglichkeit juristischer Anfechtung vom Staat konfisziert und neuen Eigentümern übergeben werden. Ebenso traf dies auf jene Ländereien zu, die seit langem in Brache lagen. Bei vielen bebauten Ländereien waren Brachezeiten von mehr als zehn Jahren häufig und durchaus normal. Der Generalgouverneur von Französisch-Westafrika genierte sich übrigens nicht, zu betonen: „Als Folge dieser neu herausgegebenen Anordnungen werden Sie sich zukünftig besonders den Ansprüchen von gewissen Spekulanten entgegensetzen können, die den Versuch machen, ohne irgendein Recht die seit langem wüst liegenden und herrenlosen Ländereien registrieren zu lassen oder zu beanspruchen. Sie erklären nämlich, daß diese einst von ihren Vorfahren bebaut worden seien.“⁵⁹³ Die „Spekulanten“ sollen hier ganz zweifellos die Afrikaner sein, welche an ihren

⁵⁹² Diese Prozeßordnung wurde in der Folge in Kamerun (1927 und 1932), in Togo (1934) und in Französisch-Äquatorialafrika (1938) eingeführt.

⁵⁹³ Rundschreiben Nr 515 S.E./4 vom 7. Dezember 1935.

Rechten auf Böden festhielten, die durch die Ausdehnung der Städte, durch Straßen oder Eisenbahnbau plötzlich im Wert gestiegen waren. Daher wollten Gesellschaften oder einzelne Europäer sie sich „zuteilen“ lassen, um anschließend zwar „Spekulation“ damit zu treiben, freilich in ganz legaler Weise! Die „Landzuteilung“ besteht im Prinzip in der Privatpersonen übertragenen Nutznießung eines Teiles des staatlichen Landbesitzes zu gewissen Bedingungen. Sie schließt in der allgemeinen Regel die Möglichkeit für den Nutznießer ein, in gewissen Fristen und bei Erfüllung gewisser Verpflichtungen das volle Eigentum an dem gesamten Landgebiet, oder doch an gewissen Teilen davon, erwerben zu können. Die 1910 abgeschlossenen Verträge hatten die unmäßigen Rechte vieler Konzessionsgesellschaften Französisch-Äquatorialafrikas ein wenig beschnitten, aber vor allem in Landstrichen, wo man sie niemals ausgeübt hatte und wo man auch nicht in der Lage war, sie auszuüben. Die 1920 abgeschlossenen Verträge erneuerten die Verträge von 1910 auf 15 Jahre, wobei die den Gesellschaften gewährten Vorteile allerdings verringert angesetzt wurden. Das für ein Gebiet von 17 Millionen ha bewilligte Monopol der Kautschukausbeutung wurde auf die Fläche von 5 Millionen ha beschränkt. Die Flächen, die nach einer geringfügigen Urbarmachung in endgültiges Eigentum der besitznehmenden Gesellschaften verwandelt werden sollten, wurden von 110 000 auf 50 000 ha herabgesetzt. Als „Kompensation“ erhielten die Konzessionsgesellschaften ohne eine Gegenleistung und zu vollem Eigentum verschiedene Geländestreifen in der Nähe der künftigen Eisenbahnlinie. Der Prozeß der Konzentration hatte von 40 Konzessionsgesellschaften, juristische oder tatsächliche Verschmelzungen eingerechnet, nur eine kleine Anzahl bestehen lassen. In Gabun waren die mächtige Société du Haut-Ogooué und eine bestimmte Anzahl weiterer Konzessionsgesellschaften, von denen die meisten zur Gruppe Du Vivier de Streel gehörten, neben dem Tauschhandel zur Ausbeutung der Wälder übergegangen. In Mittel-Kongo, im Norden des Lefini-Flusses, besitzt die mächtige Compagnie Forestière Sangha-Oubangui zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (Sangha-Likouala und anderen) den beherrschenden Einfluß: sie monopolisiert den Kautschukhandel in einem ungeheuren Gebiet. Weiter im Süden, in der Region Likouala-Mossaka und bis zur Umgebung von Brazzaville, erstreckt sich die Domäne der Gebrüder Trechot, d. h. der Compagnie du Haut-Congo, die übrigens 1919 die Konzession der Gesellschaft Ngoko-Sangha übernahm, nachdem sie den 1913 französisch verbliebenen Teil des Gebietes dieser Gesellschaft (insgesamt 5,6 Mil-

lionen ha) gepachtet hatte. Sie ist mit der Compagnie du Bas-Congo verbunden, die Faktoreien im Gebiet von Brazzaville besitzt. Der Südwesten Französisch-Äquatorialafrikas ist das Gebiet der „Gesellschaften mit vollem Besitztum“, die 1910 gegen Abtretung eines Teils ihrer Konzessionsgebiete umfangreiche Ländereien zu vollem Eigentum erhielten (Société propriétaire de l'Ongomo, Société forestière et agricole du Kouilou – Gebrüder Sargos), beziehungsweise solcher Konzessionsgesellschaften, deren Konzession vor der Regelung von 1899 erteilt wurde. Ein Beispiel dafür ist die Compagnie propriétaire du Kouilou-Niari, deren Besitztum sich über 2 735 000 ha, also über eine größere Fläche als die des Staates Belgien erstreckt, und die seit 1921 von der Gesellschaft Lever Brothers kontrolliert wird. In Ubangi sind die bedeutendsten Gesellschaften die Société des Sultanats mit einem ähnlichen Rechtsstand wie die Forestière Sangha-Oubangui (Monopol des Kautschukhandels) und die bereits genannte Ouahm et Nana. Das Jahr 1930 bezeichnete das Erlöschen der Konzessionen und hätte die einfache Beseitigung der Konzessionsgesellschaften bedeuten müssen.⁵⁹⁴ In Wirklichkeit büßten diese jedoch nichts ein, im völligen Gegensatz zu dem, was man hätte erwarten können. Sie stellten nur ihre Zahlungen an den Fiskus ein, und ihre tatsächliche Stellung wurde kaum verändert. Das Monopol des Kautschukhandels, das die 1910 „reformierten“ Gesellschaften bis 1935 behalten sollten, hatte schon den größten Teil seines ökonomischen Anreizes verloren. Die Gesellschaften, die sich nicht anzupassen gewußt hatten (wie die Sociétés des Sultanats und die Forestière Sangha-Oubangui), erhielten ihren letzten Schlag durch die Krise oder wurden von anderen Interessengruppen übernommen. Dagegen schlugen andere, wie die Ouahm et Nana, die auf neue und ergiebige Geschäftsquellen einschwenkten (Transportwesen, Baumwollhandel), eine profitreichere Laufbahn ein als je zuvor. Bei allen diesen Umständen sicherte das Netz von Faktoreien, über das die Gesellschaften verfügten, ebenso wie die zur Kolonialverwaltung geschaffene Verbindung ihnen in ihren alten Konzessionsgebieten weiterhin ein tatsächliches Geschäftsmonopol, obwohl sie dieses, juristisch gesehen, nicht mehr besaßen. Die Gefälligkeit der Regierung und der Kolonialverwaltung sicherte ihnen darüber hinaus unter dem Vorwand der „freundschaftlichen Abschaffung“ ihrer Rechte ungeheure Landzuteilungen zu vollem Eigentum ohne jede Gegenleistung. Die Société du Haut-Ogooué

⁵⁹⁴ Für die acht noch bestehenden umgebildeten Gesellschaften lief 1929 die im Jahre 1899 auf 30 Jahre gewährte Konzession ab. Das Ende des Konzessionssystems wurde offiziell jedoch erst am 24. August 1930 verkündet.

erhielt so 30 000 ha, davon 15 000 ha im Umkreis ihrer früheren Konzession, dazu in Pointe Noire einen hohe Übergewinne versprechenden Hektar Stadtgelände sowie 350 000 Franken Entschädigung. Die Gesellschaft Ouahm et Nana erhielt 10 500 ha zuzüglich 4000 Quadratmeter in Pointe Noire. Die Compagnie Forestière Sangha-Oubangui erhielt mehrere Parzellen, davon eine von 15 000 ha am Fluß Lobaye und am Oberlauf der Sangha. Die so mit Parzellen beschenkten Gesellschaften dachten nicht daran, diese vollständig in Anbau zu nehmen, ebensowenig wie sie das unter dem Konzessionssystem mit den Parzellen getan hatten, die sie eigentlich „nutzbar zu machen“ hatten. Sie beschränkten sich im Höchstfalle auf die Bebauung unendlich kleiner Landteilchen, während sie sich den übrigen Teil ihrer Besitztümer zu Spekulationszwecken freihielten. Die Verbesserung des Straßensystems und vor allem der Bau der Eisenbahnlinie Kongo-Ozean und des Hafens von Pointe Noire gaben ihnen die Möglichkeit, rechtzeitig zu hohem Preis die am besten gelegenen Gebiete, die ihnen ohne Gegenleistung zugeteilt worden waren, zu verkaufen. Wenn auch nach 1899 nicht mehr Landgebiete in der Größe von Millionen Hektar vergeben wurden, so erteilte man andererseits beschränktere Konzessionen (wenn sie auch oft 10 000 ha überstiegen) in wachsender Zahl an Gesellschaften und einzelne Europäer, besonders in den fruchtbarsten und verkehrsgünstigsten Gebieten. In Französisch-Westafrika blieben bezüglich der Konzessionen die Anordnungen des Domänenedikrets von 1904 in Kraft. Die Konzessionen von weniger als 200 ha und die städtischen Parzellen konnten dementsprechend durch den Gouverneur nach Anhören im Verwaltungsrat der Kolonie vergeben werden. Konzessionen von 200 bis 2000 ha konnte der Gouverneur zwar in Vorschlag bringen, die Entscheidung aber erfolgte durch den Generalgouverneur. Die Zuteilung einer Konzession über 2000 ha konnte nur durch ein Dekret des Kolonialministers erfolgen. In Französisch-Äquatorialafrika bestanden für die Konzessionen unter 200 ha die gleichen Bestimmungen. Für eine Konzession über 200 ha bis zur Größe von 10 000 ha war eine Entscheidung des Generalgouverneurs unter Hinzuziehung des Conseil de gouvernement notwendig. Konzessionen über 10 000 ha erforderten ein Dekret des Kolonialministers. Auch jetzt wurden, wie vor 1914, die Konzessionen oft ohne die geringste Prüfung erteilt und die Rechte der Afrikaner dabei nicht im geringsten berücksichtigt. Die Erteilung einer solchen Landkonzession erfolgte zunächst auf Zeit. Die Landvergabe wurde jedoch zu vollem Eigentum, wenn ihr Nutznießer einen einfachen dementsprechenden Antrag stellte und die Kolonialverwaltung anerkannte, daß er das Land „nutzbar“ gemacht hatte. Diese machte sich

oft nicht einmal die Mühe, dies nachzukontrollieren, und eine behelfsmäßige Niederlassung des Konzessionärs auf seinem Gebiet wurde dann als ausreichender Beweis für die „Nutzbarmachung“ angesehen. Die Entziehung einer Konzession kam nur sehr selten vor, d. h. im Fall völliger Nichterfüllung der Bedingungen durch den Konzessionär, und das nur dann, wenn die Kündigung der Konzession von einem Konkurrenten gewünscht wurde. Konnte man denn Gesellschaften oder einflußreichen Personen, die über genügend Rückhalt in den Büros der Rue Oudinot verfügten, Mißtrauen entgegenbringen? Was die noch kleineren Konzessionen betraf, so wurden sie ohne Schwierigkeiten vergeben, besonders wenn der Nutznießer eine bekannte Persönlichkeit (Kolonialbeamter oder ein aus dem Dienst geschiedener oder pensionierter Militärangehöriger) oder sonstwie mit Empfehlungen versehen war. „Wenn in Ubangi-Schari“, schreibt 1951 der Abbé Boganda, „ein neuangelangter Siedler sich niederzulassen wünscht, so sucht er sich ein Gelände aus, sei es bewohnt oder nicht, bilde es das Eigentum von Familien, Clans und Stämmen oder nicht, – und alles übrige findet sich bei einem Apéritif. Was den wirklichen Besitzer betrifft, so wird er zu allerletzt benachrichtigt. Man fragt ihn nicht nach seiner Meinung. Steht auf dem begehrten Besitz ein Anwesen, so treibt man manchmal die Herablassung so weit, ihm eine lächerliche Summe zu zahlen (2000–3000 für den Umlauf in den französischen Kolonien in Afrika herausgegebene Kolonialfranken für Flächen von 500–1000 ha). Diese Summe wird „Entschädigung für Besitzaufgabe“ genannt. Sehr oft wird sie von Drohungen und Schlägen begleitet, wenn nicht gar die Milizsoldaten die vorhandenen Anwesen in wenigen Stunden niederreißen.“⁵⁹⁵ Mit einigen Abwandlungen wurde dieses Verfahren überall angewendet. Die vom Gouverneur festgesetzte Entschädigung für den „Besitzverzicht“ entsprach unter den hier angeführten Verhältnissen einer Bezahlung der Gebäude und manchmal des Wertes der Ernte, die auf den gerade bewirtschafteten Ländereien stand. Sie berücksichtigte hingegen nicht den Wert der in Brache liegenden Böden. Im allgemeinen jedoch bezahlte man die Gebäude nicht, besonders wenn in dem enteigneten Gebiet umfassende Wohnsiedlungen waren. Man sparte lieber solche Kosten, indem man die Dörfer aus der Konzession herausließ, ihnen aber die besten Ackerflächen nahm. Für die Bewohner gab es dann nur zwei Möglichkeiten: bei dem Besitzer der Landkonzession in Lohnverdienst zu gehen oder ihre Wohnsiedlungen aufzugeben. In einem Rund-

⁵⁹⁵ B. Boganda, Proposition de loi à l'Assemblée Nationale, Nr 1130. Sitzungsperiode 1951 (Exposé des motifs).

schreiben von 1937 gab selbst der Generalgouverneur Französisch-Westafrikas zu, daß „mit der unüberlegten Vergabe von Konzessionen zu vollem Besitztum, besonders in den Gegenden mit guter Verkehrslage, die Verwaltungsbehörde an einem gewissen Punkt in Gefahr kommt, den Bedarf einer zahlenmäßig gewachsenen Eingeborenenbevölkerung an Siedlungsland nicht befriedigen zu können... Wird von jetzt ab die Landvergabe nicht durch ernstliche Garantien erschwert, so sehen wir uns nach meiner Meinung in nicht allzu ferner Zukunft Mißbräuchen und Schwierigkeiten gegenüber, deren alleinige Verantwortung die Verwaltungsbehörde zu tragen haben wird, da es ihr nicht gelang, sie zu verhindern“.⁵⁹⁶ Trotz dieser Feststellungen verringerte sich die Anzahl der vergebenen Landkonzessionen keinesfalls. Erst am Vorabend des Sturzes des Kolonialsystems wurden die „wüsten und herrenlosen Ländereien“ ausdrücklich vom Landbesitz des Staates ausgenommen, ohne daß übrigens das System der Landverteilung geändert worden wäre. (Dekrete vom 20. Mai 1955 und vom 10. Juli 1956, die in Westafrika durch einen Erlaß vom 7. Dezember 1956 rechtskräftig wurden.) Künftig war der Landbesitz des Staates oder der öffentlichen Körperschaften auf regulär registrierte und daher genau bezeichnete Ländereien beschränkt. Was die „wüsten“ Ländereien betraf, so konnten sie von da ab nur dann registriert und dem öffentlichen Landbesitz zugeschlagen werden, wenn sich nach einer Voruntersuchung, bei der beide beteiligten Seiten anwesend sein mußten, ergeben hatte, daß sich auf sie keine Gewohnheitsrechte bezogen, bzw. daß die Inhaber derselben auf deren Wahrnehmung verzichtet hatten.⁵⁹⁷ In Wirklichkeit sind es aber die im Rahmengesetz autonomen Regierungen und dann die unabhängigen Staaten, die von nun an das Bodenrecht bestimmen.

Die *Waldkonzessionen* (so in Gabun und Mittel-Kongo, Kamerun, Elfenbeinküste) hatten nur einen einstweiligen Charakter, aber sie trugen nicht minder zur Unterdrückung und Diskriminierung der Bevölkerungen bei. „Sie werden immer auf Zeit erteilt. Entweder auf kürzere Dauer, dann sind es kürzer oder länger befristete Erlaubnisformulare, kurzfristige Nutzungserteilungen (*Permis temporaires d'exploitation*, P.T.E.) oder Scheine für industrielle Flächenabholzung (*P.C.I.: Permis de coupe industrielle*, erneuerbar, im allgemeinen aber auf drei Jahre erteilt); oder es

⁵⁹⁶ Runderlaß Nr 263 S.E./4 vom 27. April 1937.

⁵⁹⁷ Vgl. J. Chabas, *Le régime foncier coutumier en A.O.F.*, in: *Annales africaines*, 1957, S. 53–78, und *La réforme foncière et le régime des concessions en A.O.F.*, in: *Annales africaines*, 1958, S. 37–52.

handelt sich um langfristige Waldkonzessionen, die eine Geltungsdauer von 25 oder 65 Jahren haben. Die Waldkonzessionen gelten für beträchtliche Flächen, die übrigens für eine effektive und methodische Ausbeutung gar nicht immer geeignet waren. Gewiß zwang ihre Erteilung nicht zu einer Verzichtserklärung der Eingeborenen, die auf konzessioniertem Gebiet lebten. Im Gegenteil, für den Bedarf an eingeborener Arbeitskraft bilden die örtlichen Bevölkerungen den ersten und wichtigsten Teil, was zur Belassung der Dörfer in den Konzessionsgebieten führt. Aber all das wird nur zur Quelle zahlreicher Quälereien. Zunächst werden alle möglichen Einflüsse aufgeboten, um die Eingeborenen dazu zu bringen, mehr oder weniger verschleierte Zwangsarbeit in den Holzeinschlägen zu leisten. [Der zitierte Text ist aus dem Jahre 1951. Wohl gemerkt war vor 1945 die Anwendung von Zwangsarbeit ganz offiziell – J. S.-C.] Dann kommen die zahlreichen Eingriffe in die Lebensverhältnisse der Bevölkerung durch die Schädigung, wenn nicht gar Zerstörung des Lebensmittelanbaus und die Anpflanzung von Bäumen für Sammelprodukte. So prangerte im Verlauf der ordentlichen Sitzung des Großen Rats von Französisch-Äquatorialafrika das Ratsmitglied Tchitchelle mit Nachdruck die zahlreichen Bedrückungen an, denen die Bevölkerung des Waldgebietes von Mayumbe (Mittel-Kongo) ausgesetzt ist, die Zerstörungen von Lebensmittelkulturen, von Palmenhainen mit Kokosnußbäumen, Bananenstauden, verschiedenartigen Fruchtbäumen usw.⁵⁹⁸ Zu den durch die Konzessionen verursachten Widrigkeiten kommen noch weitere durch „Klassifizierung“ von riesigen Wald-, ja sogar Savannenflächen durch die Wasser- und Forstverwaltung. Unter dem Vorwand, der Entwaldung zu begegnen, bescherte man den Afrikanern neue Härten; so gebot man ihnen, die Nutzung von Ländereien aufzugeben, obwohl diese für ihren Unterhalt notwendig und oft seit langem Teil des Feldbaugesbietes waren. Den wirklichen Ursachen der Entwaldung, der unbedachten Ausdehnung der Exportkulturen, ging man mitnichten zu Leibe. So führte das Forstdekret vom 4. Juli 1935 mit Hilfe einer kaugummiartigen Auslegung des Begriffs „Wald“ in Französisch-Westafrika eine ganze Reihe von Bodenkategorien ein, die für den Feldbau gesperrt wurden. Dadurch entriß man den Bauern weiteres Land. Es wurden ihnen übrigens nicht nur die „klassifizierten“ und „geschützten“ Wälder, sondern auch die „Aufforstungszonen“ genommen. Obwohl technisch sehr begründet – vom Stand-

⁵⁹⁸ Proposition de loi tendant à garantir et à codifier la propriété foncière africaine... présentée par le groupe communiste à l'Assemblée Nationale. Nr 356. Sitzungsperiode 1951. Exposé des motifs, S. 8.

punkt der Erhaltung der Landschaft oder der Böden aus –, nahmen die zur Ausführung dieses Dekrets ergriffenen Maßnahmen oft keinerlei Rücksicht auf die durch das Kolonialregime bedingten Lebensumstände der Menschen. „Sowohl in den Waldzonen wie in den weiten Savannen erheben sich starke Proteste gegen diese Praktiken, die unter Androhung schwerer Geld- und Gefängnisstrafen ganze Dörfer dazu zwingen, sich in 10, 20 und manchmal 40 km Entfernung freie Böden für ihren Feldbau zu suchen.“⁵⁹⁹ Der ungleiche Charakter dieser Maßnahmen wurde um so härter verspürt, als die Waldkonzessionen faktisch den Europäern reserviert waren, die zur gleichen Zeit das Recht erhielten, die afrikanischen Waldreserven auszubeuten (deren Schonungsbedürftigkeit ansonsten strapaziert wurde) und die „Klassifizierungen“ zu vermehren. In der Elfenbeinküste umfaßten im Jahre 1945 die im Süden gelegenen Waldkonzessionen mehr als 2,5 Millionen ha, die auf 60 Waldnutzer mit 1019 Holzeinschlägen entfielen. Zu den größten Konzessionsbesitzern gehörte die S.C.A.F. (400 000 ha), die Société Forestière de l'Indénie (245 000 ha), die Société Forestière équatoriale (235 000 ha), die Société d'Importation des bois exotiques (S.I.B.E., 222 500 ha), die Société forestière et agricole de la Côte d'Ivoire (150 000 ha), die Société des Acajous de Bassam (137 500 ha). Im Kreis Agboville, der Anschluß an die Eisenbahn besitzt, machen die Konzessionswälder *mehr als die Hälfte* der Fläche dieses Gebietes aus. Das gleiche Verhältnis besteht im Kreis Bassam. In den Kreisen der unteren Küste macht der Gesamtanteil der Konzessionswälder und der klassifizierten Wälder 3,1 Millionen ha (die also der afrikanischen Bewirtschaftung versperrt sind) bei einer Gesamtfläche von 8 451 000 ha aus. Im einzelnen weist das die folgende Statistik aus:

Kreis	Gesamtoberfläche	Konzessionswälder	klassifizierte Wälder	Anteil der Konzessionswälder bzw. klassifizierten Wälder an der Gesamtoberfläche in Prozent
Agboville	1 052 000	680 000	214 000	85
Grand-Bassam	925 000	530 000	162 000	75
Grand-Lahou	1 320 000	430 000	173 000	45,6
Abidjan	855 000	215 000	184 000	46,6
Sassandra	1 299 000	295 000	250 000	42

Eine Gesamtaufstellung der forstwirtschaftlichen Unternehmer der Elfenbeinküste mit dem Stand vom 31. Dezember 1947 zeigt, daß von insgesamt

⁵⁹⁹ Ebenda, S. 9.

69 Unternehmern nur zwei Afrikaner waren, einer davon ein Senegalese. In Kamerun bezogen sich im Jahre 1938 die Unternehmungspermisse auf 252 235 ha, am 8. November 1947 auf 2 046 057 ha, wovon vier große Gesellschaften 1 050 000 ha besaßen, davon die Société des forêts tropicales 300 000 ha, die Compagnie française du Cameroun 250 000 ha, die C.I.F.A. 250 000 ha, die Société Les Bois du Cameroun 250 000 ha. Von der erwähnten zum Abholzen freigegebenen Gesamtfläche von 2 046 057 ha entfielen auf Afrikaner nur 63 395 ha. In einer an die UNO gerichteten Petition schrieb ein Vertreter der Bulu-Bevölkerung des Gebiets von Kribi: „Drei Viertel der Wälder unseres Gebietes haben bereits die Colons verbraucht... Die unglückliche Bevölkerung . . . wird Zeuge . . . ihres Unheils, wie ihre Wälder mißhandelt und ohne Bezahlung für die Gesellschaften der Colons geopfert werden, so, als ob niemand dieses Gebiet bewohnte.“⁶⁰⁰ Das Innere Gabuns war aus Mangel an Verkehrswegen unerschlossen geblieben. Die Gesamtheit der Konzessionsfläche von 1 168 000 ha Wäldern und fast die gesamte Fläche von 662 000 ha klassifizierter Wälder lag daher in der „ersten Zone“, d. h. in der Küstenzone.⁶⁰¹ Die konzessionierten oder klassifizierten Wälder machen mehr als die Hälfte der gesamten Fläche dieser Zone aus. Unter den Hauptkonzessionen ist die durch Dekret vom 19. Juli 1920 dem Schienenkonsortium der großen französischen Eisenbahnkonzessionsgesellschaften („grands réseaux“) erteilte zu nennen, die 197 000 ha umfaßte und für dreißig Jahre galt. In Mittel-Kongo beginnt die koloniale Waldausbeutung faktisch erst nach dem zweiten Weltkrieg. Hier umfassen die konzessionierten Wälder 1945 eine Fläche von 50 000 ha und 1950 eine Fläche von 186 500 ha. Bald ist fast der gesamte in der Nähe der Eisenbahn verfügbare Platz in land- oder forstwirtschaftliche Konzessionen aufgeteilt. „In Mayumbe ist der gesamte längs der Eisenbahn verfügbare Platz belegt, und das zwischen Loémé-Fluß und Kabinda gelegene Gebiet (zwischen Eisenbahn und Südgrenze) wird bald fast völlig aus Konzessionen bestehen.“⁶⁰²

Zur Frage der *städtischen Konzessionen* ist zu bemerken, daß sich die Kolonialherren von Anfang an unter „Hygiene“-Vorwänden das Gelände aneigneten, auf dem sie ihre „Europäerviertel“ zu errichten wünschten. Diese wurden selbstverständlich in der vorteilhaftesten Gegend angelegt, während man die Afrikaner an die Peripherie drängte. Das Presseorgan

⁶⁰⁰ Ebenda, S. 10.

⁶⁰¹ Es handelt sich um die Zone zwischen der Küste und einer Linie Cocobeach, M'Foua, N'Djolé, Sindara, Pointe Sainte-Catherine.

⁶⁰² *Bulletin du gouvernement général de l'A.E.F.*, 15. Oktober 1949.

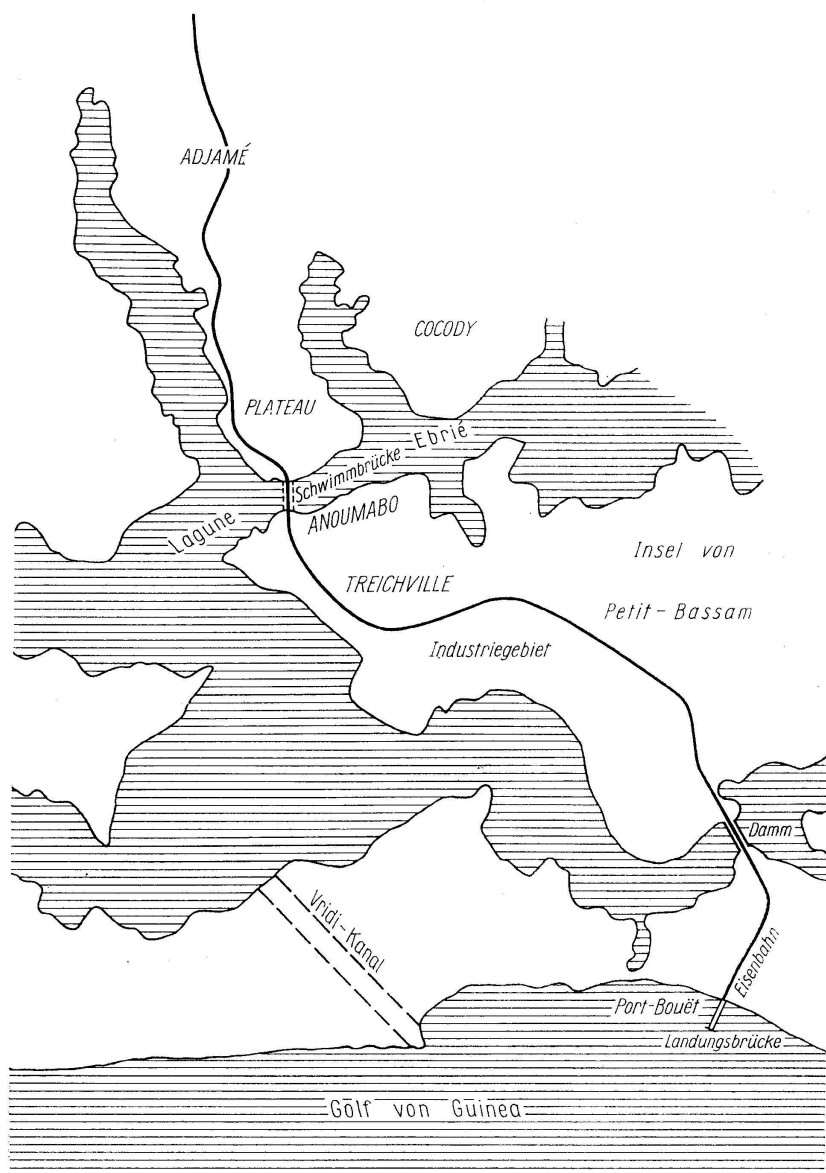


Abb. 21. Lageplan von Abidjan (vor 1945)

der *Demokratischen Einigungsbewegung Afrikas* (Rassemblement Démocratique Africain, RDA) für die Elfenbeinküste schrieb dazu im Jahre 1950: „Hat der besiegte Afrikaner sein Dorf auf dem Berg – verbannt man ihn in die Sumpfgebiete. In Abidjan lagen Anoumabo und Cocody auf der Hochfläche. Sie wurden evakuiert. Die Bevölkerung kam in die besonderen Zonen – nach Adjamé mit seinen zahlreichen und tiefen Wassergräben, nach der sumpfigen und ungesunden Insel Petit-Bassam, wo sich bald die ersten Hütten des Viertels Treichville erhoben.“⁶⁰³ Kommt aber der Augenblick der Stadtvergrößerung, in dem auch das „Eingeborenenviertel“ für die großen Geschäftsgesellschaften interessant wird und die Kolonialverwaltung Platz für ihre Schuppen, Büros und Wohnungen benötigt, so vertreibt man die Afrikaner in noch entlegenere Außenbezirke... Schon vor dem ersten Weltkrieg hatten die Deutschen in Duala diese Praxis angewendet, wobei sie Unruhen provozierten, die mit „starker Hand“ unterdrückt wurden (Hinrichtung des Königs Rudolf Manga Bell im August 1914 durch den Strang).

Fast überall lassen sich derartige Vertreibungen, oftmals mit sehr häufigen Wiederholungen, beobachten. „Selbst in Bangui“, bemerkt Abbé Boganda, „wurden die eingeborenen Bevölkerungen vertrieben und ihre Wohnstätten zerstört, was mehr als fünfmal innerhalb von zwanzig Jahren geschehen ist.“⁶⁰⁴ Solche Austreibungen wurden durch das Dekret vom 15. November 1935 ermöglicht. Dadurch konnte der Gouverneur (oder Generalgouverneur) die Beschlagnahme der zu „Verbesserungen oder Bauten von allgemeinem Interesse“ notwendigen Ländereien anordnen, wobei er gegebenenfalls über die den Besitzern zu gewährenden Entschädigungen zu entscheiden hatte... Selbst die Besitzer von registrierten Liegenschaften waren nicht vor der Willkür sicher – gegen sie konnte der Rechtsgang der Enteignung aus öffentlichen Nützlichkeitsgründen in Szene gesetzt werden. Nach den Bestimmungen von Artikel 5 des Dekrets vom 25. November 1930 (für Französisch-Westafrika) konnte der Gouverneur diese Maßnahme auf dem Erlaßwege verlangen, „wenn die Enteignung... im Interesse von Hygiene oder Ästhetik oder zur besseren Erreichung des verfolgten öffentlichen Nützlichkeitsziels für notwendig gehalten wird, oder auch wenn die Ausführung der Maßnahme eine Werterhöhung der Immobilien über 20 Prozent bedeutet“. Diese sehr unklare Definition setzte der Willkür praktisch keine Schranke. Das Gericht, das anschließend die Enteignung aus-

⁶⁰³ *Le Démocrate*, Nummer vom 23. November 1950.

⁶⁰⁴ B. Boganda, am zitierten Ort.

sprach und die Entschädigung festsetzte, hatte keine andere Wahl, als die vom Gouverneur verkündete Erklärung über die öffentliche Nützlichkeit zu sanktionieren. Sogleich nach ihrer Beschlagnahme oder Enteignung wurden die von der Verwaltung erworbenen Gebietsteile parzelliert und zu lächerlichen Preisen den großen Tauschhandelsgesellschaften und europäischen Kolonisten „als Konzession zugeteilt“. Diese wiederum verkauften den größten Teil davon einige Jahre später zu beträchtlich erhöhten Preisen, die sich aus den städtischen Verbesserungen, welche mit Hilfe der öffentlichen Kassen bewirkt worden waren (öffentlicher Wegebau usw.), ergeben hatten. Das „öffentliche Interesse“ wurde also so aufgefaßt, daß es sich in ganz eindeutiger Weise mit den besonderen Interessen der Tauschhandelsgesellschaften und Kolonisten deckte. Es sei auch noch gesagt, daß die Klauseln der „Nutzbarmachung“ bei städtischen Konzessionen, die im allgemeinen die Errichtung von Bauten in vorgeschriebener Güte einschlossen, zwar häufig gegen die Afrikaner ins Feld geführt wurden, die ihren Gebietsanteil tatsächlich bewohnten, aber aus finanziellen Gründen nicht in der Lage waren, alle verlangten Verbesserungen durchzuführen, jedoch niemals gegen die großen Handelsgesellschaften (wenigstens nicht, wenn diese sich einig waren, Konzessionen ohne Gewinn zu vernachlässigen). In Konakry sollte es bis zur Unabhängigkeit dauern, bis Konzessionen, die mitten im Zentrum der Altstadt lagen und am Ende des 19. Jh. großen Gesellschaften überwiesen worden und seitdem wüstes Gelände geblieben waren, annulliert und vom Staat zurückgenommen wurden.

Als Beispiel sei noch die „Parzellierung“ der Insel von Klein-Bassam (Petit-Bassam) angeführt, eines Geländes, das bis zum zweiten Weltkrieg der afrikanischen Bevölkerung überlassen war, auf welches jedoch mit wachsender Bevölkerungsdichte in Abidjan und im Hinblick auf die Durchstechung des Kanals von Vridi die Spekulanten aufmerksam wurden. Seit September 1943 – mitten im Kriege – wurden Anträge auf Konzessionen von einer Gruppe von Großgesellschaften und Kolonisten eingereicht, die sich den Kuchen schon im voraus „geteilt“ hatten. Es war auch eine „afrikanische Zone“ vorgesehen; für sie hatten die Antragsteller bereits verschiedene als Strohänner der großen Gesellschaften persönlich gut bekannte Afrikaner vorgeschoben. Der zur Ablösung des Vichy-Gouverneurs nach der Elfenbeinküste entsandte Gouverneur André Latrille setzte diesen Anträgen ein kategorisches Nein entgegen. Er bot widerrufliches Pachtgelände auf kurze Zeit ohne irgendein Vorzugsrecht an, denn die Parzellen dieses Geländes sollten nach Eröffnung des Hafens versteigert werden, da-

mit der Gewinn den öffentlichen Kassen zufließen konnte. Diesen Vorschlag erhielt er aufrecht, obwohl höhern Orts lebhafter Druck auf ihn ausgeübt wurde. Während seines Urlaubs beeilte sich jedoch sein Vertreter, De Maud'huit, das Gelände den Spekulanten zuzuteilen (13. März 1946). Vergeblich bemühte sich Gouverneur Latrille nach seiner Rückkehr um die Aufhebung dieser Konzessionen.⁶⁰⁵ Sie blieben in Kraft, und ihre „Nutznießer“ realisierten nach einigen Jahren bei der Eröffnung des Hafens Hunderte Millionen an Gewinn.

In Dakar, wo die Einwohner das Wahlrecht besaßen, gingen die Entscheidungen nicht so glatt und mühelos vor sich. Der Widerstand der Lebu-Gemeinde (Eingesessene der Halbinsel Kap Verde) verursachte das berühmte und lange nicht enden wollende juristische Szenarium der Affäre der „Tound-Ländereien“. Die französischen Kräfte hatten 1853 Dakar besetzt. Die Kolonialverwaltung berief sich auf die im 18. Jh. mit den Herrschern von Kayor geschlossenen Verträge und proklamierte ihr Eigentumsrecht an den „wüsten und herrenlosen Böden“ der Halbinsel. Die erwähnten Verträge hätten – so argumentierte sie – die Halbinsel an Frankreich abgetreten –, in Wirklichkeit waren diese Verträge fast sicher als apokryph⁶⁰⁶ anzusehen. Die Lebu-Gemeinde – sie hatte sich am Ende des 18. Jh. von Kayor unabhängig gemacht – behauptete ihr kollektives Besitzrecht an der gesamten Halbinsel, während andererseits der Verkauf zahlreicher Gelände an einzelne Europäer die Situation noch weiter komplizierte. Nach der endgültigen Erhebung Dakars zur Hauptstadt Französisch-Westafrikas schloß Generalgouverneur Roume mit der Lebu-Gemeinde ein Abkommen (23. Juni 1905), durch welches das Stadtgebiet von Dakar – es handelt sich um das ursprüngliche Stadtgebiet – im Namen des französischen Staates registriert werden sollte. Ein erster Abschnitt dieses Gebiets, „Bougnoul“ genannt, welches die „Hochebene“ und die Küstenzone von Kap Manuel bis Les Madeleines umfaßte, wurde einfach abgetreten, wobei die Zahlung verschiedener Gebühren an die Lebu-Gemeinde vorbehalten war. Ein zweiter Teil, der die „Tound“ (Dünen) genannten Ländereien umfaßte, sollte „einem Dorf, das im einzelnen nach den Bedürfnissen der Eingeborenen-

⁶⁰⁵ Protokolle der parlamentarischen Untersuchungskommission über die Ereignisse an der Elfenbeinküste, 1951.

⁶⁰⁶ Vgl. *Cl. Faure*, *Histoire de la presqu'île du Cap Vert et des origines de Dakar*, Paris 1914. Von dem Vertrag, den Boufflers mit dem Damel im Jahre 1787 unterschrieben haben soll und auf den sich die Regierung in der Folge berief, ist keine Spur gefunden worden. Die Verträge von 1826 und 1830 mit dem Kap Verde nehmen keinen Bezug auf ihn.

bevölkerung zu parzellieren ist“, vorbehalten bleiben. Diese Übereinkunft rief von Anfang an zahlreiche Proteste der Lebu hervor, die anführten, daß die Unterzeichner aus den Reihen ihrer Notabeln vom Gouverneur und dem Dolmetscher betrogen worden seien, was übrigens gar nicht unwahrscheinlich ist. Es kam niemals zur Parzellierung des Gebietes von Tound, und mit der fortschreitenden Ausdehnung der Stadt wurden die Afrikaner einfach vom Stadtzentrum nach der „Médina“, einem Vorort, der jedes ordentlichen städtischen Weges und aller Hygiene entbehrte, verdrängt; ja man schützte die „Hygiene“ vor, um die noch in der Stadt befindlichen Hütten durch den Hygienedienst zerstören und verbrennen zu lassen. Nach zahlreichen Wechselfällen hieß schließlich ein Erlaß vom 14. März 1926 die Feststellung der afrikanischen Besitzberechtigten gut, wobei ihre Ansprüche dem Grundsatz nach als berechtigt anerkannt wurden. Dem Anspruch der Lebu auf das Gelände am Tound wurde formal entsprochen. Doch nur diejenigen Lebu konnten Anspruch auf Parzellen erheben, die schon vordem diese Parzellen besessen hatten. Aber die (auf Kosten der Interessierten vorgenommene) Registrierung konnte nur unter der Bedingung der tatsächlichen Bewohnung während fünf Jahren vorgenommen werden; sie setzte die Errichtung von „festen“ Wohnsitzen voraus, die nach bestimmten Normen errichtet sein mußten. Der Besitzanspruch war während der ersten sechs Jahre nicht übertragbar. Doch schon die erste Einschränkung war der Beginn zahlreicher Schikanen, denn wie sollten sich die wirklichen Besitzberechtigten herausfinden lassen? Andererseits wurden die Zuweisungen ganz individuell an die Familienhäuptlinge vorgenommen, die nach afrikanischem Brauchtum nur die Verwalter der Kollektivrechte der Großfamilie waren. Das hinderte jedoch nicht, daß eine große Anzahl von ihnen anschließend behauptete, wobei sie von der Gesetzgebung unterstützt wurden, daß sie diese Rechte zu ihrem persönlichen Vorteil nutzen konnten. – Die daraus resultierenden Streitigkeiten und Prozesse kann man sich vorstellen. Übrigens gehörten die Lebu von Tound zu den ärmsten der Lebu-Gemeinde; sie waren auf keinen Fall in der Lage, die verlangten Bedingungen der „Nutzbarmachung“ aus eigenen Mitteln zu erfüllen. Aber gerade damit hatte die Kolonialverwaltung gerechnet. Die „Grundbesitzer“ hatten keinen anderen Ausweg als die parzellenweise Verpachtung zu spottbilligen Preisen und auf lange Fristen (20–40 Jahre) an Europäer oder Libano-Syrer, wobei die Pächter die Verpflichtung auf sich nahmen, nach den verlangten Normen „feste“ Bauten zu errichten und das Gebäude nach Ablauf der Pachtzeit an den Besitzer des Grund und Bodens zurückfallen zu lassen. Nur so konnte der Verpächter seinen

Grundbesitz bestätigt erhalten. Muß man noch sagen, daß die Pächter, die die Verpflichtung übernommen hatten, ein Gebäude zu errichten, das schließlich nicht in ihrem Besitz blieb, nur minimale Kosten aufwandten, um die „Nutzbarmachung“ damit nachzuweisen, und daß der „Stadtcharakter“ dieses zentral gewordenen Viertels darunter litt? Im Endergebnis, und abgesehen von einigen mageren Mieten, wurde die Mehrheit der früheren afrikanischen Besitzer zugunsten von Europäern oder Libanesen ausgeschaltet.⁶⁰⁷

Zum Konzessionswesen ergeben sich einige Schlußfolgerungen. Wie quälerisch und niederhaltend der Bodenraub in Form von landwirtschaftlichen, waldwirtschaftlichen oder städtischen Konzessionen auch war, für die Gesamtheit der hier betrachteten Länder stellte er nicht, wie in anderen Ländern (zum Beispiel Algerien oder Südafrika), eine Hauptform der kolonialen Ausbeutung dar. Wie man sah, überließ das Tauschhandelssystem den afrikanischen Bauern in der Mehrzahl der Fälle die landwirtschaftliche Erzeugung. In den Savannen blieben die Konzessionen selten und von geringer Ausdehnung; in den Ländern mit Pflanzungskulturen und Wäldern spielten sie eine bedeutendere Rolle, führten jedoch, abgesehen von einigen sehr begrenzten Fällen, nicht zur Vernichtung jeglicher Existenzmöglichkeit für den afrikanischen Bauern. In Senegal und in Guinea umfaßten die Privatkonzessionen im Jahre 1912 ungefähr 6000 ha in jeder der beiden Kolonien. Im Jahre 1945 machten die vorhandenen Konzessionen eine merklich geringere Fläche aus. Im Sudan, wo sie unbedeutend waren, hatte sich ihre Fläche nur durch das Niger-Projekt vergrößert. In der Elfenbeinküste war die den Europäern abgetretene Fläche von 3290 ha im Jahre 1912 auf fast 40 000 ha (davon 27 045 ha Kaffeebäumchen, 7718 ha Kakaobäumchen, 1077 ha Bananenhaine) angewachsen. Die Rolle der europäischen Kolonisten in der landwirtschaftlichen Produktion der Elfenbeinküste war zwar bedeutend, aber nicht entscheidend. In Kamerun hatte es unter deutscher Herrschaft (1912/1913) 115 147 ha Konzessionsgebiet gegeben, wovon 22 225 ha bepflanzt und 11 393 ha (58 Plantagen) ertragbringend gewesen waren. 1935 nahmen die Konzessionen hier eine Fläche von 68 745 ha ein, wovon 26 739 ha bebaut waren und 21 969 ha, das waren 77 Konzessionen, endgültiges Eigentum darstellten.⁶⁰⁸ 1938 zählte man 551 europäische Konzessionen mit etwa

⁶⁰⁷ Über diese Angelegenheit siehe die Bittschrift der Lebu-Gemeinde an den Generalgouverneur unter dem Datum des 13. September 1944, *E. Rau*, *La question des terrains de Tound*, in: *Annales africaines*, 1956, S. 141–163, und *A. Sylla*, *Vérités sur Dakar*, in: *Présence africaine*, XXIII, Dezember 1958–Januar 1959, S. 81–87.

⁶⁰⁸ *H. Labouret*, *Le Cameroun*, Paris 1937.

100 000 ha Gesamtfläche, wovon 35 000 ha⁶⁰⁹ tatsächlich nutzbar gemacht waren. Obwohl diese Zahlen nicht gering zu veranschlagen sind, bedeuteten sie doch wenig im Verhältnis zu der Fläche und den Möglichkeiten des Landes. Wenn die Waldkonzessionen auch in der Elfenbeinküste fast ein Viertel des Waldgebietes einnehmen, so fällt dieser Anteil, Kamerun betrachtet, doch auf ein Achtel. Nur in Französisch-Äquatorialafrika hat das Konzessionssystem eine erstrangige Rolle gespielt, vor allem wegen der in besonders hohem Maße vorgenommenen „Rekrutierungen“ für die Zwangsarbeit. Im allgemeinen kann man sagen, daß das Agrarproblem, im Unterschied zu den meisten anderen Kolonialländern, hier kein Schlüsselproblem darstellt.

f) Die Minenausbeutung

Die Bedeutungslosigkeit der Bergwerke vermerkten wir bereits bei der Behandlung der investierten Kapitalien. In Westafrika ist die Ausbeutung der oberflächlichen Eisenerze und des Goldes weiterhin von den Afrikanern nach den vorkolonialen Methoden vorgenommen worden. Die handwerkliche Eisenverhüttung, die der Konkurrenz durch die Importprodukte unterliegt, aber in Notzeiten wieder in Übung kommt (wie in der Weltwirtschaftskrise und während der Weltkriege), geht langsam zurück. Schrittweise geben die afrikanischen Schmiede das Schmelzen einheimischen Erzes auf, um fast ausschließlich importierte Eisenmaterialien zu benutzen. Das geschieht in relativ großem Maße, da das Eisenmaterial einem raschen Verbrauch oder Verschleiß unterliegt, der sich oft aus dem Mangel an entsprechendem Personal und fehlenden Einrichtungen für Unterhaltung und Reparatur von Werkzeugen erklärt. Über diese handwerkliche Tätigkeit unterrichtet leider keinerlei Gesamtstudie und keinerlei statistisches Material.⁶¹⁰ Die altertümliche Goldwäscherei setzt ihren Betrieb im tausendjährigen gesellschaftlichen und technischen Rahmen in den sudanischen Gebieten (Fundplätze von Siguiiri und Bambuk) wie in der Elfenbeinküste fort.

⁶⁰⁹ Kaffeebäumchen: 12 000 ha; Heveapflanzen: 6500 ha; Bananenpflanzungen: 6000 ha; Palmenpflanzungen: 4000 ha, Verschiedenes: 5000 ha.

⁶¹⁰ Das Dorf der Schmiede von Dianforodou am Fuß der Bergkette von Simandou (Republik Guinea) führte 1960 seine letzten Güsse in der örtlichen Gußtechnik aus, die der Herstellung der Ngindzas dienten, eines lokalen Eisengeldes, das im Toma-Land verwendet wurde. Siehe die Angaben über Nordtogo in R. Cornevin. *Les Bassari du Nord-Togo*, Paris 1962.

Ihre praktisch nicht zu kontrollierende Produktion bleibt sehr konjunkturfempfindlich. Das Durchschnittseinkommen des Goldwäschers liegt in Wirklichkeit nicht über dem des Tagelöhners, und es ist nur die Hoffnung auf eine außergewöhnliche Chance, die sich allerdings sehr selten bietet, aber immer möglich ist, die auch weiterhin zahlreiche Menschen nach den Goldfeldern zieht. Gegen 1936 schätzt man die Zahl der Goldwäscher in Siguiri, dem regsten Abbaugbiet, auf 30 000 bis 60 000. Was die kapitalistische Betriebsform des Abbaus betrifft, so hatten sich ihre wesentlichen Besonderheiten wenig weiterentwickelt und waren fast dieselben wie vor 1914 geblieben: sie bestanden in Börsenspekulationen, technischer Unzulänglichkeit und Geschäftszusammenbrüchen. Die Zeit zwischen beiden Kriegen überdauert nur die Compagnie des Mines de Falémé-Gambie. Seit ihrer Gründung im Jahre 1911 hatte sie ständig am Rande des Abgrunds geschwebt, war oft wieder saniert worden (1927 von der Société belge des mines de Kilo-Moto), benutzte ein geradezu archaisches Betriebsmaterial, verlor ihre Minenrechte aus mangelnder Wahrnehmung, interessierte sich weniger für die Goldförderung als für die Verhandlung des Goldes der Auswäscher, lebte jedoch dank erfolgreicher Börsenoperationen in Bordeaux weiter.⁶¹¹ Die Golderzeugung Französisch-Westafrikas bleibt unendlich gering, und ihre Menge wechselt stark, je nach der Konjunktur (von 66 bis 460 kg zwischen 1920 und 1930); die Golderzeugung betrug

1921	460 kg
1928	256 kg
1929	66 kg
1930	286 kg

Die afrikanische Goldwäscherei lieferte davon die Hauptmenge: 200 kg im Jahre 1928. Die Produktion europäischer Betriebe (Falémé-Gambie: 46 kg, Société de Kokumbo in der Elfenbeinküste: 10 kg) betrug dagegen 1928 nur 56 kg. Die unter dem Eindruck der in der Goldküste erlangten Erfolge in der Elfenbeinküste von verschiedenen Gesellschaften unternommenen Versuche (Poura im Lobi-Land, Kokumbo) waren nur vorübergehend oder scheiterten aus denselben Gründen wie vor 1914. Derartige Versuche unternahm ohne besseren Erfolg (Zusammenbruch der Compagnie minière de Haute-Volta) auch das Nigeramt. Dagegen eröffnete die Kolonialverwaltung am Vorabend des Krieges mit Erfolg die Ausbeutung der Vorkommen von Perma, deren Abbaurechte sie der Société minière du Dahomey verkaufte (1940).

⁶¹¹ Diese Gesellschaft wird erst 1955 aufgelöst werden.

So ging der verhältnismäßige Aufschwung der Golderzeugung nach der Weltwirtschaftskrise auf die alterfahrene Goldwäscherei zurück. „Die eingeborene Goldwäscherei“, bemerkt H. Labouret, „stellt im Gegensatz zum manchmal überfinanzierten europäischen Abbau eine sehr wirtschaftliche Art der Nutzbarmachung lokaler Reichtümer dar, denn sie bedingt keinerlei Kapitalfestlegung und keinerlei Ausgaben an Allgemeinkosten.“⁶¹² Zwei Handelshäuser, Peyrissac und Chavanel, spezialisierten sich auf den Goldhandel, der 1936 in der Ausfuhr Guineas wertmäßig an die erste Stelle trat. In Französisch-Westafrika betrug die Golderzeugung im Jahre 1934 insgesamt 3039 kg (davon 130 kg Abbau durch europäische Betriebe), 1937 waren es 3993,9 kg (davon Abbau durch europäische Betriebe = 85 kg) und 1939 4530,7 kg. „Vor dem Kriege“, bemerkt J. Richard-Molard, „konnte Oberguinea offiziell jährlich 3 bis 4 Tonnen aus seinen Fundstellen ausführen. Ein großer Teil entzog sich jedoch der offiziellen Kontrolle. Mehr als 100 000 Tagelöhner, die zum Teil von Importreis lebten, wurden dabei beschäftigt. Als 1940 dieser Import wegfiel, wurden die Abbaustellen geschlossen. Ihre Tätigkeit hat seitdem kaum wieder zugenommen. Der von der internationalen Konvention festgelegte offizielle Goldpreis ist zu niedrig.“⁶¹³ Der Abbau von Bodenschätzen durch die Kolonialisten blieb nicht auf das Gold beschränkt. Nach dem ersten Weltkrieg wurden die titanhaltigen Sande der Petite Côte (Gebiet von Joal im Senegal) in Angriff genommen. Die Gesellschaften Gaziello und L'Ilménite exportierten den Sand im Rohzustand als Titan- und Zirkoniumerze. Die Förderungsmenge richtete sich stark nach der Konjunktur, wie folgende Statistik zeigt:

1921	1922	1923	1924	1927	1930
435 t	6 t	492 t	300 t	7260 t	1200 t
1932	1934	1936	1937	1939	
0 t	523 t	3228 t	2016 t	4200 t	

Der in Oberguinea und der Elfenbeinküste häufig zu findende Diamant kommt hauptsächlich in jenen Gebieten vor, die relativ spät der Kolonialherrschaft unterworfen wurden und zog erst nach der Weltwirtschaftskrise

⁶¹² H. Labouret, L'A.O.F. en 1934, in: A.F., 1935, Nr 1, S. 45.

⁶¹³ J. Richard-Molard, Afrique occidentale française, Paris 1962, S. 200. Die Bewertung von Richard-Molard über die Kriegsperiode ist ein wenig zu starr: Es gab während dieser Zeit Versuche der Wiederbelebung der Goldwäscherei unter der Kontrolle der Kolonialverwaltung, besonders in Elfenbeinküste. Produktion 1954: 61 Kilogramm.

die Aufmerksamkeit auf sich.⁶¹⁴ Sein Vorhandensein war in Liberia seit 1913 bekannt. In der Goldküste und Sierra Leone baute man nach dem Kriege einige begrenzte Vorkommen ab. Der ertragreiche Abbau in den britischen Gebieten ermunterte aber die systematische Suche nach Diamanten in Oberguinea und der Elfenbeinküste. Die erste erteilte bedeutende Konzession war die der Soguinex⁶¹⁵ im Gebiet zwischen Beyla und Macenta. Eine mechanische, auch jetzt noch arbeitende Diamantenwaschanlage, deren Teile die Menschen auf ihren Köpfen herangeschafft hatten, wurde 1936 in Banankoro aufgestellt. Der in sehr erfahrener Weise ausgeführte Abbau durch die Soguinex war nur ein Deckmantel. Es handelte sich um eine Tochtergesellschaft des Sierra Leone Consolidated Selection Trust und damit im weiteren Sinne des mächtigen De Beers-Welt-diamantenmonopols. Der beabsichtigte Zweck bestand anscheinend weniger in dem Abbau der guinesischen Diamantenlager als in der Verhinderung des Abbaus durch Konkurrenten. Dies stellte sich sehr klar heraus, als es 1956 individuellen afrikanischen Schürfern, die nur mit Schaufeln und Eimern bewaffnet waren, gelang, Diamanten im Gelände zu finden, das die Gesellschaft seit mehr als 20 Jahren hatte als Reserve ruhen lassen. Was die anderen Mineralien betrifft, von denen verschiedene seit langem in ihrem Vorkommen erkannt waren (Bauxit der Los-Inseln, Eisen von Kalum⁶¹⁶ usw.), so blieben sie ebenfalls ohne Abbau als Reserve liegen. Seit langem beklagten höhere Beamte die Verzögerung in der minenmäßigen Ausbeutung Französisch-Westafrikas und verglichen neidvoll die in der Goldküste (Ghana) und Nigeria erreichten Resultate mit der mageren Bilanz der französischen Gebiete.⁶¹⁷ Auf der Sitzung des Obersten Kolonialrates zeigte sich Minister Léon Perrier „überrascht von der durchschnittlichen förderungsmäßigen Rückständigkeit der Bergwerke unseres Westafrika. Gewisse fremde Nachbarkolonien lassen alljährlich erkennen, daß ihre Minenförderung neue und bemerkenswerte Fortschritte machte.“⁶¹⁸ Die

⁶¹⁴ Diamantenproduktion Französisch-Westafrikas: 1936: 5495 Karat; 1937: 52 934 Karat; 1938: 62 905 Karat; 1939: 56 300 Karat.

⁶¹⁵ Société guinéenne de recherches et d'exploitation minières.

⁶¹⁶ Für das Eisen des Kaloum schienen sich die Amerikaner zu interessieren. Man hatte geglaubt, daß da die „elegante“ Lösung läge, sie den Hafen von Konakry bauen zu lassen . . . In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg schienen sich die Deutschen ihrerseits daran zu interessieren, und man sorgte sich auf Grund der strategischen Lage der Halbinsel. Keines dieser übrigens unbestimmten Projekte führte zu irgendeinem Ergebnis.

⁶¹⁷ A.F., 1925, Nr 1, S. 51.

⁶¹⁸ A.F., 1927, Nr 1, S. 34.

Lage hatte sich am Vorabend des zweiten Weltkrieges kaum gebessert. Wenigstens hatte das Bewußtwerden der Schwächen zur Schaffung der Anfänge eines geologischen Dienstes geführt, und junge Geologen nahmen dieses seit langem vernachlässigte Gebiet in Angriff. Aber im Jahre 1940 war auf dem größten Teil des Territoriums kaum die Suche nach Bodenschätzen bzw. nicht einmal die geologische Bestandsaufnahme begonnen worden. In Kamerun erfolgte die Bergwerksausbeutung ebenfalls in ganz geringem Maße. Es war ein wenig Gold aus Ostkamerun (Export 1933: 14 kg, 1936: 384 kg), Zinnerze (314 t 75prozentiger Kassiterit im Jahre 1935), Rutil (Titanoxyd), das in der Nähe von Yaoundé abgebaut wurde (45 t im Jahre 1935). In Äquatorialafrika traten die Minengesellschaften erst spät in Erscheinung, und zwar seit dem Ende der Konzessionen und der Eröffnung von Verkehrswegen in den Jahren 1928–1930. Die 1905 gegründete Compagnie minière du Congo français versandte weiterhin von Minduli auf ihrer Decauville-Eisenbahn und durch die belgische Eisenbahn Kinshassa–Matadi, wobei drei Umladungen vorgenommen werden mußten, 400–800 t Kupfererz jährlich. Gegen 1929 wirkte sich die Aussicht auf die Eisenbahn Kongo–Ozean, für die das Kupfererz als eines der Hauptelemente des örtlichen Frachtverkehrs geplant war, für die Kupfervorkommen von Niari als Wiedererweckung des Interesses aus. Damals entstand eine ganze Reihe an Kupfer interessierter Gesellschaften (Congo-Mines 1929; Consortium minier Congo-Niari 1929; Compagnie des mines du Niari 1931). Im Augenblick, da die Linie Kongo–Ozean Möglichkeiten des Abtransports schuf, kam der Abbau zum Erliegen (1935). Einige wollten darin die Auswirkung belgischer Kapitalinteressen sehen, die das Kupfer von Katanga kontrollierten. Sie hätten die französische Gesellschaft Minière du Congo finanziell saniert, um diese Konkurrenzproduktion vom Markt auszuschalten und die Kontrolle zu erhalten. Andere beziehen sich zur Erklärung auf die Geringfügigkeit des Vorkommens und den Preissturz. In Wirklichkeit hatte man den Hauptreichtum des Vorkommens bereits erschöpft, indem man nur das reichhaltigste Erz, das Chalkosin, abgebaut hatte. Nach seiner Erschöpfung erforderte die Ausbeutung der zusammengesetzten und ärmsten Erze der „Schwarzerden“ eine erste Aufbereitung derselben an Ort und Stelle, um aus ihnen ein Erz mit stärkerem Kupfergehalt zu gewinnen, das den Transport verlohnte. Diese Behandlung der „Schwarzerden“ stieß auf ernste technische Schwierigkeiten.⁶¹⁹ Insgesamt

⁶¹⁹ Vgl. Le cuivre en A.E.F., in: *Marchés coloniaux*, Nr 257, 14. Oktober 1950, S. 2458.

waren 14 000 t Erz gefördert worden; das war sehr wenig. Nach dem Kupfer wurden die in der Nähe von Minduli gelegenen Blei- und Zinkerzvorkommen von M'Fouati von derselben Gesellschaft abgebaut. Die jährlichen Förderungen schwankten unter dem Einfluß der Konjunktur beträchtlich. 1938 waren es 5000 t Bleierz und zum erstenmal auch Zinkerz, und zwar 1512 t. Nachforschungen nach Gold und anschließend auch nach Diamanten stellten die Compagnie Équatoriale des Mines (1927 gegründet) und die Compagnie minière de l'Oubangui oriental (Gründungsjahr 1927) an, die schließlich auch die Ausbeutung übernahmen. Im Jahre 1930 erscheint das Gold in den Ausfuhrstatistiken von Französisch-Äquatorialafrika. Man begnügte sich mit dem Abbau von alluvialem Gold aus Schichten mit großer Goldstärke. Die Abbaumethoden waren äußerst unvollkommen. Dabei verwandte man die Handarbeit von zwangsverpflichteten Arbeitern anstelle von Maschinenkräften. Vor und während des zweiten Weltkrieges war der Abbau des Goldes zum bedeutenden Teil das Werk kleiner Unternehmungen mit fast familienmäßigem Charakter, an deren Spitze Colons standen. Die Hauptmenge wurde zuerst von Ubangi-Schari, dann mehr und mehr von Gabun (Ansturm von 1938, an dem auch belgische Kapitalien teilnahmen: Gebiete von N'Djolé und von Etéké) und Mittel-Kongo (Mayumbe) geliefert. Von 500 kg im Jahre 1936 stieg die Goldproduktion auf 3 t im Jahre 1941. Dieses Niveau sollte sie jedoch nicht wieder erreichen. Die seit 1931 abgebauten Diamantvorkommen, besonders in Ubangi-Schari, lieferten 15 000 Karat im Jahre 1938 gegenüber 1509 Karat im Jahre 1931. Wie in Französisch-Westafrika, so bestand auch hier die Tätigkeit der Gesellschaften hauptsächlich in Börsengeschäften. Es gelang ihnen jedoch, weiter zu existieren und stellenweise Gewinne zu realisieren. Das verdankten sie ihren Finanzverbindungen (da die meisten von der Finanzoligarchie kontrolliert wurden⁶²⁰) und den leichten Möglichkeiten, die ihnen die massenhaften Zwangsverpflichtungen von Arbeitern boten.

⁶²⁰ So wurde die Équatoriale des Mines von der Union minière et financière coloniale (die selbst wahrscheinlich eine Gründung der Bank von Indochina war), die Compagnie minière du Congo français von der Banque de l'Union Parisienne kontrolliert.

g) Die Konjunktur und die Versuche der „Nutzbarmachung“.
Die Nachkriegszeit

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges hatte der französische Imperialismus trotz des Sieges und seiner militärischen Vorherrschaft in Europa zwei Drittel bis drei Viertel seiner Kapitalanlagen im Auslande verloren. Allein in Rußland verlor er mehr als 10 Milliarden Goldfranken. In einer eingeeengten kapitalistischen Welt, in der Deutschland zeitweilig auf die Knie gezwungen war, aber wo aufsteigende imperialistische Mächte, die Vereinigten Staaten und Japan, den durch den Krieg geschwächten alten Mächten schärfere Konkurrenz als jemals boten, dachten die industriellen und politischen Kreise Frankreichs an eine bessere Ausnutzung des Kolonialreiches. „Um die Ruinen und die Verwüstungen [des Krieges] wieder zu ersetzen, kann das Vaterland hier Kräfte für die Industrie und den Handel, die in gewisser Weise *keiner Beschränkung* unterliegen, gewinnen... Die Kolonien müssen in den Stand gesetzt werden, die beträchtlichen Hilfsmittel aller Art zum *Wiederaufbau des Vaterlandes* zur Verfügung zu stellen...“⁶²¹. „Täglich mehr Finanziers, Industrielle, Kaufleute“, fährt Kolonialminister Albert Sarraut fort, „haben seit dem Waffenstillstand ihr Interesse diesen neuen, ihnen lange Zeit unbewußten Möglichkeiten zugewandt, die sich ihrer Geschäftstätigkeit genau in dem Moment anboten, wo auf dem teilweisen Ruin unseres Rentnerkapitals andere Möglichkeiten sich ihnen versagten.“⁶²² Im Sommer 1920 weist Albert Sarraut darauf hin, daß sich seit einem Jahr in Französisch-Westafrika 40 neue Gesellschaften und in Französisch-Äquatorialafrika 8 neue Gesellschaften gebildet haben, während insgesamt in den Kolonien 125 Gesellschaften bestünden. (Einige der bekanntesten Französisch-Tropisch-Afrikas wurden oben genannt.) Der Kolonialminister führt noch Gründe an, die mit der internationalen politischen Situation zusammenhängen. Eben hat Frankreich zur Rechtfertigung der anglo-französischen Besitznahme der früheren deutschen Kolonien angeführt, Deutschland habe sich unwürdig gezeigt, Kolonien zu besitzen, da wird von einer gewissen anderen Seite der Wink gegeben, es habe sich ebenfalls als unfähig dazu herausgestellt... In den Vereinigten Staaten geht die Rede von einer Verrechnung der Kriegsschulden Englands und Frankreichs durch die teilweise Überlassung ihres Kolonialbesitzes. Im Völkerbund protestieren die Italiener gegen den mageren Anteil, der ihnen aus dem

⁶²¹ A. Sarraut, *La Mise en valeur des colonies françaises*, a. a. O., S. 27.

⁶²² Ebenda, S. 51.

Nachlaß der Besiegten (die der Türkei genommenen griechischen Inseln des Dodekanes) zufiel. „Die Rechtmäßigkeit des Kolonialbesitzes wird seinen Besitzern sicherlich niemand bestreiten, ebensowenig, wie das legitime Privileg, das sie durch ihre Opfer für die Erforschung und die Gestaltung des Gebietes erworben haben. Aber kann ihr Recht so weit gehen, ewig einen Acker ruhen zu lassen, dessen Fruchtbarkeit für den Bedarf der Menschen so viele köstliche und notwendige Speise anbietet?“⁶²³ All das spreche für die „Nutzbarmachung“ der bis dahin vernachlässigten Kolonien. Dennoch stößt sie auf die Unzulänglichkeit der technischen Ausrüstung. Die Haushalte der Kolonien können die notwendigen Ausgaben nicht tragen. Aber es lassen sich jährliche Schuldtilgungsraten von ihnen erwarten. In keinem Stadium des Projekts wird man daran denken, den Haushalt des „Mutterlandes“ einen direkten Beitrag leisten zu lassen. Dieser ist übrigens für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete und für die innerfranzösischen Bedürfnisse selbst ziemlich verschuldet. Man rechnet auf die deutschen Reparationen. An Stelle einer Zerstreuung des Kapitalaufkommens durch besondere, von jeder Kolonie aufgenommene Anleihen, wie sie vor 1914 vorkamen, propagiert man ein „koloniales Kreditwesen“, das in Form staatlich garantierter Schuldscheine die notwendigen Summen aus den Kreisen der Kapitalrentner beschaffen soll. Die aus der Verwendung dieser Kapitalien zu Arbeiten in den Kolonien hervorgehende Bereicherung soll dann Haushaltsüberschüsse mit der Möglichkeit jährlicher Schuldrückzahlungen durch die einzelnen Kolonien zur Folge haben.⁶²⁴ Albert Sarraut bringt am 12. April 1921 einen Gesetzentwurf über die „Nutzbarmachung der französischen Kolonien“ ein. Der „Plan Sarraut“ sieht eine ganze Reihe von Arbeiten zur Schaffung einer technischen Ausrüstung vor: Eisenbahnen, Häfen und Bewässerungsanlagen im Nigertal. Allein für Französisch-Westafrika sind im Hinblick auf die Eisenbahnen 497 Millionen Franken, für die Häfen 63 Millionen Franken (davon 40 für den Hafen von Dakar), 62 Millionen Franken für die Regulierung von Flüssen, 38 Millionen Franken für städtische Lasten vorgesehen usw. Man erwog sogar, die Eisenbahn Kayes-Niger zu elektrifizieren. 280 Millionen Franken waren für die vom Niger abzuzweigenden Bewässerungskanäle bestimmt, die uns noch beschäftigen werden...⁶²⁵ Die im selben Jahr stattfindende Kolonialausstellung in Marseille dient der gleichen Propaganda.

⁶²³ Ebenda, S. 30.

⁶²⁴ M. Besson, *Le crédit colonial*, in: A.F., 1920, Nr 9–10, S. 285–286.

⁶²⁵ A.F., R.C., 1920, Nr 6, und A.F., 1921, Nr. 3. (Bericht Generalgouverneurs Merlin an den Regierungsrat von Französisch-Westafrika, Dezember 1920.)

Diesen Illusionen folgte jedoch die rasche Enttäuschung. Die Wirtschaftskrise von 1921 brachte atemberaubende Preisverluste für Kolonialwaren. Aus eben diesen Gründen kam das Projekt des „kolonialen Kreditwesens“ ins Wanken. „Äußerste Zurückhaltung gegenüber öffentlichen Arbeiten ist bitter notwendig“, bemerkt „Bulletin du Comité de l'Afrique française“, das nicht die Frage versäumt: „Kommt das Projekt Sarraut überhaupt noch rechtzeitig?“⁶²⁶ Die Zahlung der Deutschland auferlegten Reparationen bleibt aus: Die Finanzlage Frankreichs wird ebenfalls erschwert. Albert Sarraut muß das in Rechnung stellen, und er bemerkt: „Wir leben im Jahre 1922. Die Illusionen von 1920 sind geplatzt. Deutschland zahlt nicht. Frankreich selbst muß die Lasten tragen aus seinem Haushalt verfügbarer Ausgaben, die der Besiegte mit seinen Kontributionen decken sollte . . . Der Finanzmarkt ist für das 1920 geplante Vorhaben nicht mehr aufnahmefähig. Man muß sich anderweitig bemühen.“⁶²⁷ Der „Plan Sarraut“ verschwindet von der Bildfläche, ehe das Parlament ihn debattieren kann. Tatsächlich sucht man, da die Kapitalien fehlen, mit Hilfe der Zwangsarbeit zurechtzukommen, um die Mittel zur Bildung einer mittelmäßigen und ungenügenden technischen Ausrüstung zu finden; wir sahen bereits, um den Preis welcher Leiden und wievieler Menschenleben. Die Haushalte einzelner Kolonien werden zum größten Teil von Ausgaben für den Beamtenapparat verzehrt, besonders durch die kostspielige Unterhaltung französischer Beamten, Beförderungskosten und Urlaubsgehälter in Frankreich eingeschlossen. Die Haushaltsüberschüsse sammeln sich in den „Reservekassen“, nach deren Umfang die Öffentlichkeit die Qualität des Gouverneurs einschätzt. Übrigens gibt es in Frankreich auch Stimmen, die die Verwendung der Überschüsse zur Ausfüllung der Löcher im Haushalt Frankreichs verlangen. Einerseits dienen sie zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten, aber dann nur zum Ankauf von Materialimporten, andererseits ist es ihnen bestimmt, im Abgrund profitreicher „Geschäftsabschlüsse“ zu verschwinden, die die Konsortien für öffentliche Arbeiten tätigen. Im übrigen verließ man sich auf die kostenlosen Zwangsarbeiter. „Dreihundert Millionen in der Reservekasse“, ruft Albert Londres aus, „aber kein Lastwagenkipper und keine Dampfwalze. Nur Neger und Negerinnen, einen Stein auf dem Kopf, und zur Vervollständigung der Harlekinade, eine Latte in der Hand! In Sudan, Obervolta, Elfenbeinküste, insgesamt in den Plejaden“⁶²⁸, zählt man mehr

⁶²⁶ A.F., 1921, Nr 3, S. 233.

⁶²⁷ A. Sarraut, *La Mise en valeur des colonies françaises*, a. a. O., S. 21.

⁶²⁸ Es handelt sich um Kolonien, die Französisch-Westafrika bildeten.

als 50 000 km Straßen. Sämtliche zu ihrer Errichtung notwendigen Baumaterialien sind auf dem Kopf des Negers befördert worden.“⁶²⁹ Lediglich Französisch-Äquatorialafrika nimmt (für das Vorhaben der Eisenbahn Kongo–Ozean) 1924 eine Anleihe von 300 Millionen Franken auf. Das Budget Französisch-Äquatorialafrikas wird diese Anleihe in Jahresschuldsommen mit Zinsen zurückzahlen. Was private Investitionen betrifft, so bleiben sie ganz unbedeutend. Bis 1925 treten sie fast überhaupt nicht in Erscheinung, um dann anzuwachsen und ihre größte Höhe 1929 zu erreichen.⁶³⁰ Außerdem muß betont werden, daß die Ausgabe von Wertpapieren, nach denen wir die Investitionen bemessen, für diesen Zeitpunkt zu einem großen Teil einen spekulativen Charakter hatte und bei weitem nicht in ihrer Gesamtheit den wirklichen Investitionen entsprach.

h) Das Niger-Projekt

Das einzige große Unternehmen, das vom Projekt Sarraut des Jahres 1920 übrigblieb, und dessen Entwicklung mehr in den Einzelheiten betrachtet werden muß, ist das der Bewässerung des Nigertals. Gehen wir zunächst auf die Ursprünge ein. Wie wir sahen, war vor dem Kriege die Erdnuß praktisch das einzige Anbauprodukt und erwähnenswerte Exportprodukt Französisch-Westafrikas. Ein anderes Produkt, das die sudanische Zone zu liefern imstande war – Baumwolle –, rief das große Interesse der französischen Wirtschaft hervor. Seit der Mitte des 19. Jh. war Baumwolle der hauptsächliche Textilrohstoff. Die Versorgung der französischen Textilindustrie mit Baumwolle erfolgte fast ausschließlich durch das Ausland. Von 261 520 t Baumwolle, die Frankreich 1923 importierte, lieferte Französisch-Westafrika kaum 2000 t und Französisch-Äquatorialafrika nur rund 100 t. Beides war ein Tropfen auf den heißen Stein. Es fragte sich, ob nicht Französisch-Westafrika das „Mutterland“ mit diesem Rohstoff so versorgen könnte, wie Indien und Ägypten England damit versorgten. Man versprach sich von der Baumwollbelieferung aus Französisch-Westafrika Devisenersparungen, für die in der Baumwolle anzulegenden Kapitalien eine neue Profitquelle. Wenn das Tropenklima des Sudan dieser Kultur auch grundsätzlich günstig ist, so blieben die Resultate doch enttäuschend.

⁶²⁹ A. Londres, *Terre d'ébène*, Paris 1923, S. 124.

⁶³⁰ Ausgaben von Aktien durch die französischen Gesellschaften mit Sitz in Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika – 1925: 6,1 Millionen Goldfranken; 1929: 81,3 Millionen Goldfranken.

Die Fruchtbarkeit der sudanischen Böden läßt sich nicht mit der der Böden von Regur in Indien vergleichen, und der trockene Anbau der Baumwolle führt nur zu unsicheren Erträgen. Man versteht deshalb die Entstehung des Projekts einer Bewässerungskultur mit Hilfe der Gewässer des Niger, dessen mittleres Tal (das „innere Delta“) man zu einem neuen Ägypten entwickeln wollte. Eine „Studienkommission für die Nigerbewässerung“ wird unter Leitung des Ingenieurs Bélime an Ort und Stelle entsandt und ist dort von 1919 bis 1920 tätig. Der von dieser Kommission erarbeitete Vorentwurf wird mit seinen Zielsetzungen dem „Projekt Sarraut“ eingefügt. Entsprechend diesem Entwurf sind 750 000 ha zur Bewässerung bestimmt, eineinhalb Millionen Einwohner aus dem Mossiland sollen umgesiedelt (da sich an Ort und Stelle weder Arbeitskräfte noch Bevölkerungen befinden) und jährlich 300 000 t Baumwolle erzeugt werden, um damit die französische Baumwollindustrie zu versorgen. Das Projekt sollte 280 Millionen Franken auf dem Anleihewege erhalten und in zwanzig Jahren abgeschlossen sein. Das Finanzkapital setzte sich augenblicklich in Positur, um das erhoffte Manna aufzufangen. Eine „Gesellschaft für die Baumwollkultur des Niger“ (Compagnie de culture cotonnière du Niger) bildete sich. Sie umfaßte die Société financière française et coloniale, ein Konsortium der Spitzenbanken (Rothschild und die katholische Hochbank Banque de l'Union parisienne) die Handelskammer von Le Havre (das der große französische Handelsplatz für Baumwolle war) und die Hirsch-Gruppe mit der Société coloniale de représentation. Die Hirsch-Gruppe war auf die Einfuhr kolonialer Textilrohstoffe spezialisiert.

Auffällig ist das Fehlen der Textilindustriellen in dieser Gruppe und das Übergewicht der mit den Baumwollimporteuren vergesellschafteten eigentlichen finanzkapitalistischen Kreise. Die Textilindustriellen hatten wenig Interesse an der Angelegenheit. Vor der „nationalen“ Baumwolle, deren Qualität und Kosten unbestimmt waren, gaben sie der ausländischen Baumwolle den Vorzug. Ungeachtet des von ihr geführten Namens leistete die Gesellschaft wenig auf dem Gebiet des Anbaus.⁶³¹ Ihre Tätigkeit bestand darin, sich einfach durch Verträge (1919, 1928 und 1936) das Aufkaufsmonopol für die im Sudan produzierte Baumwolle zu sichern. Aber der Hauptinteressent an dem Geschäft war die Compagnie générale des colonies. Sie umfaßte Banken⁶³² und Unternehmungen für öffentliche Arbeiten. Diese Gesellschaft erhielt durch Vertrag vom 10. Januar 1922 die Aufgabe der

⁶³¹ Man sah weiter oben die schlechten Resultate ihrer Konzession Diré.

⁶³² Hauptsächlich die Bank von Paris und der Niederlande.

Untersuchung der technischen und agronomischen Möglichkeiten des inneren Delta des Niger und damit schon eine ganz außerordentliche Vorzugstellung im Hinblick auf zukünftige Arbeiten. Wenn die Baumwollerntern auch unsicher in ferner Zukunft lagen, so verhiessen die aus den Mitteln der Anleihe vorzunehmenden Arbeiten doch unmittelbare und greifbare Gewinne. Der Ingenieur Bélime, der Fürsprecher des Projektes, hatte berufliche Beziehungen zu den Unternehmungen für öffentliche Arbeiten. Der Generalgouverneur Merlin konnte dieser mächtigen Gesellschaft keinen Wunsch verweigern, und sein Vorgänger Angoulvant, der Verwaltungsratsmitglied dieser Gesellschaft geworden war, vertrat sie innerhalb des im Jahre 1921 entstandenen Nigerkomitees (Comité du Niger), um für das Unternehmen patriotische Propaganda zu machen.⁶³³ Später versuchte eine andere, eng mit dem Comité des Forges verbundene Interessengruppe das Nigerprojekt mit dem der Transsaharischen Eisenbahn zu verbinden. Es ging darum, den vom Niger bewässerten Böden eine direkte Absatzmöglichkeit in Nordafrika zu erschließen, die strategische Einheit des französischen Kolonialreiches und die Möglichkeit der Heranführung nordafrikanischer Arbeitskräfte zu sichern. Das Comité de l'Afrique française gründete zu diesem Zweck im Juni 1927 einen besonderen Propaganda-ausschuß, „dem die großen kolonialen Gruppierungen, insbesondere die Union coloniale, ihre ganze Unterstützung liehen“.⁶³⁴ Der Ausschuß veranstaltete am 23. Februar 1928 im Hotel Continental ein Transsaharabahn-Essen. Der lothringische Abgeordnete Edouard de Warren vom Comité de l'Afrique française und vom Comité des Forges präsiert bei diesem Essen, umgeben von den Marschällen Joffre, Lyautey und Franchet d'Espérey. Am 13. März 1928 bewilligt die französische Kammer einen Gesetzentwurf, der ein „Studienorgan für die Transsahara-Eisenbahn“ schafft. Eine lebhaftige Kampagne beginnt: Seit 1931 erscheint das „Bulletin du Comité de l'Afrique française“ nicht nur mit seinen „Renseignements coloniaux“, sondern noch mit einem zweiten Supplement, das den Titel führt „Untersuchungen und Dokumente des Komitees Algerien-Tunesien-Marokko und des Komitees der Transsahara-Bahn“ („Études et documents du Comité Algérie-Tunisie-Maroc et du Comité du Transsaharien“). Die Gegner des Projekts, darunter der Geograph Camille Vallaux, die

⁶³³ Präsident des „Comité du Niger“ war ursprünglich De Monzie, Vizepräsidenten waren Generalgouverneur Angoulvant und General Archinard. Generalsekretär war General Hélo, Schatzmeister war William Guynet. (A.F., 1921, Nr 3.)

⁶³⁴ J. Vidailhet, *Le Transsaharien*, Paris 1934, S. 11. Siehe ebenso A. M. Schaller, *Le Chemin de fer transsaharien*. Paris, Strasbourg 1932.

nachweisen, daß die Transsaharabahn von geringer strategischer Nützlichkeit sei und Milliarden verschlucken würde, ohne auf den geringsten Verkehr rechnen zu können, sind heftigen Polemiken ausgesetzt. Die Studienorganisation erarbeitete von 1928 bis 1930 ein Projekt. Abgesehen von den Zielen, die in der Propaganda dargestellt waren, bestand das der Vertreter des Projekts augenscheinlich darin, gewinnreiche Abschlüsse für die französische Eisen- und Stahlindustrie zu erhalten. Da dieses Projekt zu ehrgeizig war, hatte es weiter keine Folgen. Trotz der Aufgabe des Planes Sarraut und dem Entschwinden der erhofften 280 Millionen gaben die Compagnie générale des colonies und ihre Gesellschaften die Partie nicht verloren. Schnell wurde das sichtbar nach dem Beginn der Amtsperiode des Generalgouverneurs Carde, der dem Projekt zuerst sehr reserviert, wenn nicht feindlich, gegenüberstand. Zur Begründung hatte man auf die Versorgung Frankreichs mit eigener Baumwolle verwiesen. Das Projekt hatte jedoch schon viel von seinem Interesse dadurch verloren, daß die Konjunktur des internationalen Baumwollmarktes sich 1923 gegenüber der Lage von 1919 grundlegend gewandelt hatte. Carde, der dem auf ihn ausgeübten Druck nachgab, ernannte Bélime zum „Leiter des allgemeinen Amtes für Textilrohstoffe und landwirtschaftliche Wasserversorgung“, indem er ihm jedoch eine Modifizierung der anfänglichen Zielsetzung auferlegte. 1922 schrieb Bélime klipp und klar: „Die Frage der Lebensmittelkulturen hat keine Perspektive, und von diesem Gesichtspunkt aus sind die Bewässerungsanlagen gewissermaßen überflüssig. ... Jedes Bewässerungssystem, das irgendeiner Lebensmittelkultur dienen wollte, wäre zum vollständigsten Scheitern verurteilt.“⁶³⁵ Dennoch verlangt das „Programm Carde“ von 1924 die Hinzunahme des Reises, ohne auf die Baumwolle zu verzichten, und die Propaganda für die Niger-Bewässerungsarbeiten wird zukünftig auf die Frage der Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung, die Realisierung der „Vollen-Bauch-Politik“, die Schaffung einer „glücklichen Insel“, abgestimmt, was alles geeignete Themen waren, den Gefühlen der Öffentlichkeit zu schmeicheln.⁶³⁶ Vor dem Regierenden Rat (Conseil de gouvernement) von Französisch-Westafrika erklärt Generalgouverneur Carde: „... Ich bin der Ansicht, daß, wenn die Baumwoll-erzeugung von diesen Arbeiten Nutzen haben soll, sie doch keineswegs

⁶³⁵ Zitiert von P. Herbart, *Le Chancré du Niger* a. a. O., S. 82/83.

⁶³⁶ Aber im Jahre 1940 eröffnete Bélime seinen Bericht über die Arbeiten der Nigerbewässerung „*Les travaux du Niger*“ (Publications du gouvernement général de l'A.O.F., 1940) mit einem düsteren Bild von der Hungersnot 1913–1914 im Sudan, deren Schreckbild, wie er meinte, die Bewässerungen endgültig verbannen würde.

das bezweckte, in meinem Sinn liegende Endziel ist... Ihr [sc. Bewässerungen] Hauptziel ist der Schutz der Eingeborenen vor den Leiden des Hungers, und ich sage hier, was ich wiederholt in Frankreich sagte: Sollten wir niemals in Französisch-Westafrika ein Kilogramm Baumwolle mehr ernten, so werde ich dennoch die Arbeiten fortsetzen.“⁶³⁷ Nach Carde soll der Reis der neuen Erzeugungsgebiete am Niger den Ausfall der Lebensmittelerzeugung in Senegal ersetzen, wie auch den vorauszusehenden Ausfall der Erzeugung von Lebensmitteln in den Gebieten am oberen Volta und mittleren Niger, sobald Eisenbahn und Exportkulturen diese Gebiete einmal erreicht haben. Die Jahre 1924 und 1929 vergingen mit genaueren Untersuchungen und der Ausführung eines ersten, sehr bescheidenen Teils der Arbeiten (Bau des Bewässerungskanals von Sotuba). Diese Arbeiten wurden mit Hilfe von Budgetmitteln des Generalgouverneurs ausgeführt. Die Einweihung nahm Minister Maginot im Februar 1929 vor. Die endgültige Aufstellung des Projektes wurde im Jahre 1929 abgeschlossen. Es umfaßte – im Sinne der Direktiven von Carde – die Bewässerung von 990 000 ha, davon 510 000 vorgesehen für den Anbau von Baumwolle und 480 000 ha für den Anbau von Reis. Die Ausführung des Projektes wurde dem Programm der „großen öffentlichen Arbeiten“ Französisch-Westafrikas eingefügt. Das Anleihebilligungsgesetz vom 22. Februar 1931, das 314 Millionen Franken von einer vorgesehenen Gesamtsumme von 1690 Millionen Franken bewilligte, eröffnete die Durchführung dieses Programms. Es sah die Errichtung des Regulierungsdammes bei Sansanding, eines 8 Kilometer langen Schiffahrtskanals am rechten und eines 8 Kilometer langen Verteilungskanals am linken Ufer des Nigers vor, der zu zwei großen Bewässerungsachsen, zum Kanal von Massina (12 km Länge) und zum Sahel-Kanal (24 km Länge) führen sollte. Die an öffentlichen Arbeiten interessierten Gesellschaften suchten verzweifelter denn je nach Absatzmöglichkeiten, als in einem dafür sehr geeigneten Augenblick mit der Ankunft des Generalgouverneurs Brévié in Dakar eine neue Propagandaoffensive begann: „Die zahlreichen Zeitschriften, die die Begeisterung für die Wasserbauten am Niger in Gang halten, erhielten 1931 insgesamt 113 000 Franken, das ist die Jahressteuer von 8692 Schwarzen im Sudan.“⁶³⁸ Schließlich zeugt ein Dekret vom 5. Januar 1932⁶³⁹ durch die Schaffung des „Niger-

⁶³⁷ Discours d'ouverture à la session du Conseil de gouvernement, 2. Dezember 1926, in: A.F., R.C., 1927, Nr 1, S. 23.

⁶³⁸ P. Herbart, Le Chancre du Niger, a. a. O., S. 69.

⁶³⁹ Datiert vom 5. Januar 1932.

amtes“, einer autonomen öffentlichen Körperschaft, die mit der Verwaltung der bewässerten Ländereien beauftragt ist und einen tatsächlichen Staat im Staate darstellt, vom Sieg der Parteigänger dieses Projektes. Zum Sitz des Nigeramtes (Office du Niger) wird Segu bestimmt und zum Generaldirektor Bélime ernannt. Ziehen wir jetzt Bilanz: Zuerst war die Bewässerung von 750 000 ha, dann von fast 1 Million ha geplant. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges (1939) begnügte man sich mit der Hoffnung auf die Bewässerung von 20 000 ha, was im Jahre 1951 erreicht sein sollte. 1953 waren nicht mehr als 25 000 ha bewässert. Anstelle der vorgesehenen Ansetzung von 1,5 Millionen afrikanischer Bauern bestanden 1940 nur drei Siedlungszentren, in denen 1500 beziehungsweise 5500 und 5268 Einwohner lebten.⁶⁴⁰ Die Erzeugung von Rohbaumwolle durch das Projekt beschränkte sich 1937 auf ganze 80 t. In den Jahren 1944/55 schwankte ihre Erzeugung zwischen jährlich 2000 und jährlich 4000, die Erzeugung von Reis zwischen 10 000 und 20 000 t. Eine neuere Untersuchung schätzt die Investitionen der öffentlichen Hand für die 12 Jahre von 1928 bis 1939 unter Umrechnung auf den Frankenwert vom Jahre 1959 auf insgesamt 14,4 Milliarden Franken, wovon 12 Milliarden Franken auf das Nigeramt im eigentlichen Sinne und 2,4 Milliarden auf Regierungsstraßen und Regierungsgebäude entfallen.⁶⁴¹ Es ist bei solchen Ziffern keineswegs übertrieben, von einer Verlustbilanz zu sprechen. Deshalb ist es notwendig, hierfür auch die Ursachen zu kennen. Eine erste Ursache besteht in der Tatsache, daß die Leitung der Investitionen in der Hand des Konsortiums der Banken und Unternehmungen für öffentliche Arbeiten lag, das Nutznießer der Verträge war. Man begreift, daß die jährlich ausgegebenen 1,2 Milliarden nicht für alle der Beteiligten eine Verlustziffer darstellten... Während fast die gesamten Ausgaben für den „Tiefbau“ verwandt wurden, kam den agronomischen und soziologischen Untersuchungen, deren Ergebnisse die in Angriff zu nehmenden Arbeiten hätten bestimmen müssen, nichts zugute. Man übertrug einem amerikanischen Spezialisten die Aufgabe, die Zuchtauswahl der geeignet erscheinenden Baumwollarten vorzunehmen, da sich die amerikanischen oder ägyptischen Arten im allgemeinen für eine Verpflanzung nicht eigneten und die westafrikanischen Arten

⁶⁴⁰ E. Bélime, *Les Travaux du Niger*. Gouvernement général de l'A.O.F., 1940. Für die Nachkriegszeit siehe G. Gayet, *Les Villages de colonisation de l'Office du Niger*, Ve C.I.A.O., Abidjan 1953, S. 126–130.

⁶⁴¹ S. Amin, *Trois expériences africaines de développement: le Mali, la Guinée et le Ghana*, Paris 1965. 1956 bezifferte man die Gesamtbilanz der vorgenommenen Investitionen auf 20 Milliarden C. F. A. – Franken.

qualitäts- und ertragsmäßig zu mittelmäßig waren. Seine 1922 begonnenen Arbeiten waren 1940 „fast“ abgeschlossen. Über die Böden und ihr Verhalten gegenüber der Bewässerung sowie über die Anbaumethoden hatte man keine eingehende Untersuchung begonnen. Erst durch die Praxis bemerkte man, daß die Bewässerung, nachdem trotz ihrer Anwendung die Erträge unter dem Durchschnitt lagen, auf die Sterilisierung des Bodens durch Auslaugung hinauslief. Sowohl beim Bau der Bewässerungsanlagen als auch bei den Anbauarbeiten machte man unter den üblichen schändlichen Vorkommnissen weitgehend von zwangsverpflichteten Arbeitskräften Gebrauch. Die Ansiedlungsdörfer erinnerten mit Zwangsarbeit von 6 Uhr morgens bis zum Sonnenuntergang, Beraubung der Bewegungsfreiheit und halb-militärischem Gebaren an Konzentrationslager. Obwohl es im Wesen der Bewässerungsbauten lag, daß sie die Zahl der stagnierenden Gewässer und das Grassieren der Malaria vergrößerten, ergriff das Nigerramt vor dem Kriege keinerlei sanitäre Maßnahmen.⁶⁴² Die Einleitung solcher Maßnahmen ging auf Kosten des Haushaltes der Kolonie: 1951 verbrauchte das vom Nigerramt verwaltete Gebiet 10 Prozent der Ausgaben für Sozial- und Schulzwecke des Sudan.⁶⁴³ Schließlich wurde ein beträchtlicher Teil der Betriebskosten von dem unmäßig großen Verwaltungsapparat verschlungen. Dieser Apparat war auf die im Projekt vorgesehene eine Million Hektar, die ursprünglich bewässert werden sollte, zugeschnitten. Er war von oben bis unten mit Kolonialbeamten oder früheren Militärangehörigen ausgefüllt, wobei man die Unterbeamten weniger nach Sachkenntnis als mit Rücksicht auf ihre „Leitungsfähigkeit“ herangezogen und die höheren Beamten mit Rücksicht auf ihre Beziehungen ausgewählt hatte, die ihnen das Anrecht auf Stellungen verschafften, die mit mühelosen Einkünften verbunden waren.

i) Die Krise

Die Weltwirtschaftskrise erreichte nach ihrem Beginn in den USA im Jahre 1929 Afrika in der Mitte des Jahres 1930. Die ersten Anzeichen für die Krise hatten sich schon 1927 mit der Depression, die der Stabilisierung des Frankens folgte, und 1929 mit der Überproduktion an Okumeholz gezeigt. Insgesamt gesehen hatte jedoch Französisch-Tropisch-Afrika 1929

⁶⁴² P. Herbart, a. a. O., beruft sich in diesem Zusammenhang auf einen Bericht des Generalarztes Sicé vom 7. August 1937.

⁶⁴³ M. Capet, *Traité d'économie tropicale*, a. a. O., S. 95.

und während der ersten Monate des Jahres 1930 der Krise „widerstanden“.⁶⁴⁴ Aber die Erschütterung der Preise überstürzt sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1930. „1929 hatte die Intensivierung der Produktion noch das Fortschreiten des Gesamtwertes der Exporte zur Folge gehabt, und zwar trotz des manchmal empfindlichen Fallens der Preise der örtlichen Erzeugnisse. Im Jahre 1930 war die umgekehrte Tendenz: auch weiterhin ist die Erzeugung in starkem Steigen begriffen, aber der Zusammenbruch der Preise zieht die Rückwärtsentwicklung des Gesamtwertes der Exporte nach sich. Für das laufende Jahr (1930) lassen die Statistiken zum erstenmal seit Ende des Krieges einen Stillstand für die mengenmäßige Entwicklung des Exports erkennen.“⁶⁴⁵ Die Geschäftszusammenbrüche häufen sich, und am 26. Juli 1931 stellt die Banque française de l'Afrique die Zahlungen ein. In kurzem Abstand folgt ihr darin die Banque commerciale africaine. Während die Weltpreise im allgemeinen um 50 bis 60 Prozent fielen, lag der Sturz der Preise der hauptsächlich afrikanischen Exportprodukte etwa bei 60 bis 70 Prozent.⁶⁴⁶ Die afrikanische Bevölkerung hatte die Hauptlast der Krise zu tragen. Der Sturz der Preise der importierten Erzeugnisse erreichte bei weitem nicht den der Exportwaren. Die schon auf ein Minimum reduzierte Kaufkraft der Afrikaner wurde dadurch noch beträchtlich gesenkt. Der Rückgang der Handelsgeschäfte und Handelsabschlüsse⁶⁴⁷ wirkte sich besonders schroff auf die aus den Zöllen stammenden Haushaltseinnahmen aus. Von 1930 bis 1931 sanken die Zolleinnahmen Französisch-Westafrikas um 47 Prozent. Am meisten angegriffen wurde der allgemeine Haushalt, der der Föderation, während die einzelnen Haushalte der Kolonie stabiler blieben, da in ihnen die von den Schwankungen der Wirtschaft nicht betroffene Kopfsteuer den Hauptanteil ausmachte. Die Krise mit ihren Folgeerscheinungen führte zu einer anwachsenden Einmischung des Staates in die ökonomischen Angelegenheiten und das auch infolge der Ansprüche des die Kolonien ausbeutenden

⁶⁴⁴ M. Carsow, *Quelques aspects du commerce impérial de la France*, Paris 1935, Bd I.

⁶⁴⁵ J. Brévié, *Discours d'ouverture au Conseil de gouvernement de l'A.O.F.*, Sitzung vom Dezember 1930. A.F., R.C., 1931, Nr 1, S. 27/28.

⁶⁴⁶ Von 1929–1933 beträgt der Sturz der registrierten Preise: für Erdnüsse 58 0/0, für Baumwolle 59 0/0, für Häute 66 0/0, für Kakao 67 0/0, für Palmkerne 67 0/0, für Palmöl 70 0/0, für Vieh 71 0/0, für Gummi 73 0/0. (*Le redressement économique de l'A.O.F.*, Supplément à *La Presse coloniale*, vom 30. Oktober 1935.)

⁶⁴⁷ Das Minimum der Papiergeldzirkulation in Französisch-Westafrika fällt von 174 Millionen Franken im Jahre 1926 auf 43 Millionen Franken im Jahre 1932.

Kapitals, das Staatshilfe beantragte, um die Höhe seiner Profite aufrechtzuerhalten. „... Es ist eine Stützungs politik mit Zollgebühren, Kontingentierungen, Prämien, Kompensationskassen. Von 1931 bis 1941 ergehen mehr als 50 Gesetze und Durchführungsbestimmungen, wobei es sich in der Mehrzahl der Fälle um Maßnahmen handelt, die den Bedürfnissen des Augenblicks entsprechen und die in dem Maße getroffen werden, in dem die Krise dieses Gebiet oder jenes Produkt befällt. Kompensationskassen für Kautschuk, Kaffee, Bananen, die mittels einer Sondersteuer geschaffen werden, die bei der Einfuhr der Produkte in Frankreich bezahlt wurde, erlauben die Zahlung von Exportprämien zum Ausgleich der Differenz zwischen den Durchschnittspreisen und den Selbstkostenpreisen der Produkte.“⁶⁴⁸ So organisierten zwei Gesetze vom 21. März 1931 den „Schutz“ von Kautschuk, Kaffee, Sisal, Maniok.⁶⁴⁹ Ein Gesetz vom 7. Januar 1932 betraf die Bananen, ein Gesetz vom 28. April 1932 die Ananas. Die Prämien konnten von den verschiedenen Kompensationskassen den exportierenden Kolonien gutgeschrieben werden und waren an den Transport unter französischer Flagge gebunden. „Ein Gesetz vom 6. August 1933 modifizierte den Zolltarif für Ölfrüchte fremdländischer Herkunft und sicherte so den Fettstoffen Schwarzafrikas einen Absatzmarkt. Diese Maßnahme wurde durch ein Dekret vom 12. Januar 1934 untermauert, das die Getreide- und Ölfrüchte ebenso wie die Palmöle und die Palmkerne kontingentierte.“⁶⁵⁰ Das Gesetz von 1933 belegt die Ölfrüchte fremder Herkunft mit einem speziellen Eingangszoll, der 80 Franken für die Tonne Erdnüsse mit Schalen und 110 Franken je Tonne Erdnüsse ohne Schalen betrug. 1935 wurden diese zwei Zollbeträge auf 163 und 224 Franken erhöht. Die Einnahmen aus diesem Zoll kamen zum Teil den Budgets der Kolonien zugute (im Maximum bis 75 Prozent). Die Gutschreibungen erfolgten im Hinblick auf Maßnahmen zur Ankurbelung der Erzeugung. In Wirklichkeit dienten sie der Stützung der Preise. Die Maßnahmen bestanden u. a. in der Streichung der Einfuhrzölle und in Subventionen an die „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“. Allein diese Maßnahmen werteten die Erdnußpreise um 45 Prozent auf. Das Gesetz von 1934 schrieb den Vorzugskauf für Öl-

⁶⁴⁸ H. Durand, *Essai sur la conjoncture de l'Afrique noire*, Paris 1957.

⁶⁴⁹ Prämien von 1,50 Franken je kg für den Kautschuk, von 1,40 Franken je kg für den Kaffee, von 800 Franken je t Sisal und von 100 Franken je t Maniok.

⁶⁵⁰ H. Durand, a. a. O., S. 53. Es sei bemerkt, daß für die Erntezeit 1933–1934, da das Dekret nach der Tauschhandelskampagne in Anwendung gekommen war, der Vorteil allein den Handelsgesellschaften und nicht den Produzenten zufiel.

früchte aus dem französischen Kolonialreich vor. Ähnliche Gesetze sicherten durch den Mechanismus der vorgeschriebenen Koppelkäufe⁶⁵¹ den vorzugsweisen Absatz der französischen Kolonialprodukte. Die Baumwolle Französisch-Äquatorialafrikas wurde mit Stützungsprämien bedacht: Für jedes Kilogramm exportierter Baumwolle bezogen die Exportgesellschaften eine Prämie von 3,50 Franken.⁶⁵² Die Zahlung dieser Stützungsprämie erfolgte mit Hilfe von Sonderanleihen, die Französisch-Äquatorialafrika aufnahm. Es waren 1931 20 Millionen und 1933 11 Millionen Franken. Darüber hinaus erhielten die Exportgesellschaften langfristige staatliche Darlehen. Im Rahmen dieses staatlichen Interventionismus sind auch die Schaffung und Entwicklung von Unternehmen für die besondere Aufbereitung von Produkten⁶⁵³ zu erwähnen. Ihre Kontrolle und Leitung lag zum großen Teil in der Hand der Handelskammer, das heißt der Exporteure. In der Vergangenheit war der Export Kontrollen unterworfen gewesen. Aber gerade das hatte den Handelshäusern nicht gepaßt. Die Qualitätskontrolle der Produkte im Augenblick des Verkaufs durch den Produzenten erlaubte vor allem den Handelshäusern die Verbilligung ihres Einkaufes durch Unterbewertung der Güte der Produkte. Unweigerlich mußte das ausführende Personal dieser Ämter für „Konditionierung“ die Bauern erpressen, indem sie die „Gütebewertung“ von Sonderzuwendungen abhängig machte. Dieses Personal befand sich oft in keinem festen Anstellungsverhältnis, war nicht besonders sachkundig und wurde nur für je eine Saison verwendet. Die großen Geschäftshäuser wußten dagegen um das Geheimnis der Gefälligkeiten, die notwendig waren, um die für minderwertig geltenden Qualitäten in bessere Qualitäten „umzumünzen“ und zu hohen Preisen zu exportieren. Der Interventionismus kommt schließlich in der Entwicklung der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ zum Ausdruck. Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen, die in gewisser Weise an Schutzzölle erinnern, werden Maßnahmen getroffen – wie am Vorabend des ersten Weltkrieges –, um das wirtschaftliche Leben Frankreichs auf die protegierten Märkte der Kolonien auszurichten. Die internationale Kolonialausstellung von 1931 in Paris (im Wald von Vincennes) mußte propagandistisch dazu

⁶⁵¹ Die Zuweisung von Kontingenten von Auslandswaren (Importerlaubnis) wird abhängig gemacht von dem vorhergehenden oder gleichzeitigen Kauf (daher der Ausdruck „Koppelkauf“) von gleichwertigen oder höheren Kontingenten aus den Kolonien.

⁶⁵² E. Du Vivie De Streel, L'A.E.F. et la crise, Bruxelles 1953.

⁶⁵³ In Französisch-Westafrika waren die Grundsätze für die Organisation dieser Dienste seit 1924 aufgestellt worden.

beitragen.⁶⁵⁴ Kolonialminister André Maginot belebt den Plan Sarraut im Rahmen der Kampfmaßnahmen gegen die Krise erneut und bringt die Gesetze vom 22. Februar und 10. Juli 1931 zur Annahme, die ein Programm von großen Arbeiten für jedes Territorium eröffneten und zur Ausführung derselben die Möglichkeit von staatlich garantierten Schuldauflagen schufen. Französisch-Äquatorialafrika wurde wegen seiner Hilfsmittel und seiner Bevölkerungszahl deren Hauptempfänger. Es erhielt auf diesem Wege im Jahre 1931 insgesamt 1120 Millionen und 1939 60 Millionen Franken. Französisch-Westafrika war 1931 Schuldempfänger von 1670 Millionen und 1932 von 60 Millionen Franken. Kamerun bekam 1931–1934 49,3 Millionen Franken und Togo 79 Millionen Franken. Die konkreten Resultate hinsichtlich der Schaffung einer technischen Ausrüstung waren wenig spürbar, sowohl infolge der Geldabwertung am Ende der Vorkriegszeit wie auch infolge der Verwendungsweise des Anleihekaptals, für die uns das Nigerramt schon ein typisches Beispiel gegeben hat.⁶⁵⁵

j) Die relative Stabilisierung und die Lage am Vorabend des zweiten Weltkrieges

Die relative Stabilisierung war auf dem Gebiet der Erzeugung und der Exporte seit dem Jahre 1934 spürbar. Der Produktionsrückgang, besonders ausgeprägt 1931 und 1932 als Folge des Preissturzes, hatte niemals das Ausmaß des Rückgangs der Preise erreicht. Es ist übrigens anzumerken,

⁶⁵⁴ Die Kolonialausstellung war ursprünglich für 1927 vorgesehen und wurde seit der Beendigung der Ausstellung von Marseille vorbereitet. Sie wurde jedoch verschoben und schließlich auf 1931 festgesetzt. Es beteiligten sich daran alle Kolonialmächte einschließlich Dänemarks (für Grönland) und der USA (für Puerto Rico und die Philippinen), mit Ausnahme jedoch Großbritanniens und des Commonwealth, das kurze Zeit zuvor eine getrennte Ausstellung in London organisiert hatte.

⁶⁵⁵ Indem er die Nichtigkeit der medizinischen Ausrüstung Französisch-Äquatorialafrikas feststellt (ein einziger Röntgenapparat in Brazzaville, der sich außer Gebrauch befand, keine Medikamente und keine Fahrzeuge für die Ärzte), schreibt der als Journalist tätige Colon Homet: „1931 hat das Parlament eine Summe von 75 Millionen Franken, die ausschließlich dem Gesundheitsdienst in Französisch-Äquatorialafrika vorbehalten war, bewilligt, und das Generalgouvernement hat sie ausgegeben. Wißbegierig fragt man sich, wohin diese Millionen gewandert sind.“ (M. Homet, *Afrique noire, terre inquiète*, Paris 1939, S. 218.) Wir werden weiter unten sehen, wie die Gelder verwandt worden sind.

daß der Preissturz für verschiedene Produkte, wie das Okumeholz, das den Hauptexport Französisch-Äquatorialafrikas darstellte (aber fast ausschließlich von europäischen Forstnutzern geliefert wurde), nur relativ gewesen war. So erreichte der Verkaufspreis für das Okumeholz, der 1913 zwischen 35 und 50 Franken je Tonne lag, 1929 800 Papierfranken und 1933 500 bis 550 Franken je Tonne, was in beiden Fällen trotz der Krise noch dem Doppelten des realen Vorkriegspreises entsprach.⁶⁵⁶ Konstante Preise gerechnet, hatte sich für die Gesamtheit der von Frankreich beherrschten Gebiete Schwarzafrikas das Exportvolumen im Verhältnis zu seinem Maximum im Jahre 1930⁶⁵⁷ bzw. zu seinem Stand im Jahre 1925 im Jahre 1932, als die Exportziffer ihr Minimum erreichte, um ein Drittel bzw. um 14 Prozent gesenkt. Schon 1934 ist die Ausfuhrrekordziffer von 1930 wieder erreicht, und 1937 wird diese Rekordziffer um mehr als 70 Prozent überschritten.⁶⁵⁸ „So erscheint nicht nur der Exportrückgang auf ein oder zwei Jahre begrenzt, sondern die Krise läuft schließlich auf eine bemerkenswerte Entwicklung der Ausfuhren hinaus.“⁶⁵⁹ Bezeichnenderweise hatte der Export des Haupterzeugnisses, der Erdnuß, der sich 1934 auf der Rekordhöhe von 1930 (500 000 Tonnen) gefangen hatte, 1937 sogar 722 600 Tonnen erreicht. „Übrigens sind die erreichten Ziele bei den neuen Erzeugnissen, besonders bei Kaffee und Bananen, bemerkenswert. Der Bananenexport, 6000 t im Jahre 1929, erreichte 1935 42 900 t, 1938 91 200 t, der Kaffeeexport, der 1929 470 t betrug, hatte 1935 den Stand von 7600 t und 1938 den von 21 000 t.“⁶⁶⁰ Die Gewinner der „Stabilisierung“ sind aber vor allem die französischen Industriellen, die ihre Erzeugnisse zu hochgebliebenen Preisen auf einem Vorzugsmarkt absetzen, die Handelshäuser, denen neben Prämien, Steuer- und Zollbefreiungen Vorzugstarife im Transportgewerbe⁶⁶¹ zugute kommen, schließlich die Colons, besonders der Elfen-

⁶⁵⁶ E. Du Vivier eu Streel, *L'Afrique équatoriale et la crise*. (Rapport à l'Institut colonial international, XXII. Sitzung, Lisbonne, 18.–20. April 1933.)

⁶⁵⁷ Es handelt sich um ein Minimum als Durchschnittswert, das, Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika als Ganzes genommen, errechnet wurde. In Togo wird das Minimum 1933, in Kamerun 1934 erreicht. Das allgemeine Maximum für 1930 drückt die wirkliche Lage für Französisch-Äquatorialafrika, Kamerun und Togo aus. In Französisch-Westafrika wurde das Maximum im Jahre 1929 erreicht.

⁶⁵⁸ H. Durand, a. a. O. Index: 1925: 100; 1930: 129; 1934: 128; 1937: 219.

⁶⁵⁹ H. Durand, a. a. O., S. 32. ⁶⁶⁰ Ebenda, S. 52/53.

⁶⁶¹ Die Tarifherabsetzung ging für gewisse Produkte in Elfenbeinküste bis zu 33 0/0. (Le Redressement économique de l'A.O.F., am zitierten Ort.)

beinküste, die Gouverneur Reste dorthin zwischen 1930 und 1934 zahlreich geholt und besonders gefördert hat (Edelholzunternehmer und Kaffeepflanzer). Die Bauernmassen verfügen bei einer gewachsenen Erzeugungsmenge nur über eine begrenzte Kaufkraft und haben von der Stabilisierung nur langsam in einem gewissen Ausmaß, 1936 und 1937, einigen Nutzen. Dieser Produktionszuwachs ist im wesentlichen durch eine Erhöhung des Grades der Ausbeutung der Afrikaner erreicht, am wenigsten durch neue Kapitalinvestitionen. Die Kapitalanlagen der französischen Gesellschaften mit Sitz in Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika stagnieren nicht nur, sie verringern sich sogar unaufhörlich, um 1936 auf 2,3 Millionen Goldfranken (gegen 9,9 Millionen im Jahre 1931, 81,3 Millionen im Jahre 1929, 6,1 Millionen im Jahre 1925) zu fallen. Nach einem flüchtigen Wiederanstieg im Jahre 1937 (27,3 Millionen), fallen sie auf ungefähr Null in den Jahren 1938 und 1939.⁶⁶² Auf Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika entfallen 22,8 Prozent der Anlagen von Kolonialgesellschaften in der Periode 1927–1931. Dieser Anteil fällt (bei einem beträchtlich verminderten Gesamtwert) auf 7,8 Prozent in den Jahren 1931–1936. Man kann nicht einmal sagen, daß die staatlichen Investitionen die privaten Investitionen ablösen, denn der Betrag der staatlichen Anleihen läßt sich mit den im Hinblick auf die Ausrüstung vollbrachten Leistungen gar nicht vergleichen. Die „Wiederbesinnung auf das Kolonialreich“, die der Krise folgt, kommt daher im wesentlichen durch eine verstärkte Ausbeutung und andererseits durch ein verschärftes Hervortreten der kolonialen Charakteristika der Wirtschaft der Länder Schwarzafrikas zum Ausdruck. Die „Wirtschaftliche Konferenz des französischen Reiches und seiner Kolonien“ („Conférence économique impériale“) von 1935 untersagt den Kolonien in schärfster Form jede Verarbeitung ihrer Rohstoffe und damit jeden Beginn einer Industrialisierung, während sie gleichzeitig das Ende der Freiheit des Außenhandels bedeutet. Das vor 1914 zum Abschluß gebrachte Zollsystem, dessen Gesamtrahmen wir sahen, war nur in kleinen Einzelheiten verändert worden. Die Konvention von Saint-Germain-en-Laye (10. September 1919) hatte die Berliner Kongoakte (1885) und die „Brüsseler Antisklaverei-Akte“ (1890) bezüglich ihrer Bestimmungen über die Freiheit des Handels im konventionellen Kongobecken erneuert. Bis auf Deutschland unterzeichneten die Konvention von Saint-Germain-en-Laye die alten Signatarmächte der Berliner Kongo-Akte und der Brüsseler Antisklaverei-Akte, wozu als wei-

⁶⁶² Nach H. Durand, a. a. O.

tere Unterzeichner noch die USA, Japan und Italien kamen. In erster Linie waren dadurch die Bestimmungen über den Spirituosenhandel verändert worden. Die Erzeugung destillierter Getränke in Tropisch-Afrika selbst wurde verboten. Ein weiteres Verbot betraf die Einfuhr solcher Getränke, die „schädliche Substanzen“ enthielten, also Absinth und Tauschhandelsschnaps. Es war eine Maßnahme, die sich direkt gegen Deutschland richtete, das in der Vorkriegszeit Hauptexporteur dieser Sorten gewesen war. Ein Minimalzoll von 800 Franken je Hektoliter reinen Alkohols wurde auf Spirituosen gelegt. In Französisch-Westafrika wurden die Zölle auf einen sogar noch höheren Satz festgelegt, und in Französisch-Äquatorialafrika ging man bis zum Verbot von Alkoholika. Trotz dieser Maßnahme verdoppelten sich von 1923 bis 1928 die Alkoholimporte, wobei sie allerdings sehr unter denen der Vorkriegszeit blieben. Vor allem trat an die Stelle des Schnapsimports jetzt der Import von Weinen und Apéritifs. Das Zollgesetz vom 13. April 1928 veränderte an diesen Verhältnissen nicht viel. Es trug vor allem der Zollsituation Gabuns Rechnung, das bis dahin zollmäßig der Metropole angeglichen (ihr „assimiliert“) war, was die Geltung der französischen Importtarife auch für Gabun bedeutet und ständige Proteste der europäischen Kaufleute hervorgerufen hatte. Das neue Zollgesetz betraf nur die nicht durch internationale Verträge gebundenen Territorien, („Freizone“ Französisch-Westafrikas und Gabun). Von nun an wurde in diesen Gebieten ein Wertzoll von 5 Prozent als Eingangszoll erhoben, wozu für die Waren fremder Herkunft noch ein Wertzuschlag von 7 Prozent kam, der als Zoll erhoben wurde, bzw. es wurden bei ihrer Einfuhr gewisse Fabrikate (Gewebe, Tabak und selbstverständlich Schnaps) zusätzlich auch mit gewissen Sonderzöllen belastet. Das Kongo-becken, Kamerun, Togo blieben auf Grund der internationalen Verträge, die für die Form ihrer Verwaltung maßgebend waren, dem System der „Offenen Tür“ unterworfen, dem Prinzip der Gleichheit der Behandlung der importierten Waren. Aber das System der Prämien, der Kontingentierung und bald auch die Kontrolle des Außenhandels tragen dazu bei, daß dieses System nach und nach seine Bedeutung verliert. Im Oktober 1936 kündigt die französische Regierung den Artikel 9 der französisch-britischen Niger-Konvention (1898), welcher ihr die Gleichheit der Behandlung der britischen Waren in der Elfenbeinküste und in Dahomey vorschrieb. Die Tarife werden für ganz Französisch-Westafrika vereinheitlicht, und der Wertzoll, der bis dahin in der ehemaligen „Freizone“ 5 Prozent und in der ehemaligen „Konventionszone“ 10 Prozent betrug, wird auf 7 Prozent vereinheitlicht. Die Abhängigkeit der kolonialen Territorien von

Frankreich wird durch den „Vorzugszoll im Kolonialreich“ verstärkt. Ein System von künstlichen Preisen entsteht, von dem behauptet wird, es wirke sich „zugunsten“ der Kolonien aus, indem es den Exportprodukten Absatzmärkte zu höheren Preisen als den Weltpreisen sichert; aber in Wirklichkeit ist vor allem der handelsmäßige Parasitismus der Nutznießer. Der Anteil des französischen Außenhandels, der mit den Kolonien abgewickelt wird, wie der Anteil des Außenhandels der Kolonien mit Frankreich wachsen prozentmäßig, manchmal auch dem absoluten Wert nach, merklich an.⁶⁶³

Außenhandel der Länder Schwarzafrikas mit der Frankenzeone⁶⁶⁴

(in Prozenten vom Gesamtexport und vom Gesamtimport
der betreffenden Länder)

	Export	1932	1938	
		Import	Export	Import
Französisch-Westafrika	66 ‰	44,5 ‰	82 ‰	69 ‰
Französisch-Äquatorialafrika	59 ‰	52,5 ‰	72 ‰	37 ‰*
Kamerun	39,6 ‰	34,4 ‰	56,4 ‰	30 ‰
Togo	54,2 ‰	18,4 ‰	67,5 ‰	20 ‰

* Das außerordentliche Sinken der Importsätze im Jahre 1938 ist auf die Fertigstellung der Eisenbahn Kongo-Ozean zurückzuführen.

Es besteht also Grund zur Schlußfolgerung, daß „all diese Maßnahmen [des Vorzugszolls im Kolonialreich – J. S.-C.] die Territorien nötigen, die zweitrangige Rolle einer vom Mutterland abhängigen Wirtschaft zu spielen, woraus sich die Härten und schädigenden Wirkungen beim Wegfall dieser Bedingungen während des zweiten Weltkrieges erklären“.⁶⁶⁵ Mit anderen Worten, der abhängige, koloniale Charakter der Wirtschaft der Länder Schwarzafrikas verschärfte sich: stärker als jemals geriet ihr Wirtschaftsleben in Abhängigkeit von den Bedürfnissen der Metropole. Mehr als jemals wurde ihnen wirtschaftlich jede Möglichkeit zur selbständigen Existenz genommen. Schon vor dem Ausbruch des Krieges genügt die

⁶⁶³ Dem absoluten Wert nach, nicht immer, da der französische Außenhandel insgesamt beträchtlich zurückgegangen war.

⁶⁶⁴ Praktisch mit Frankreich, da der interkoloniale Handel in seiner Gesamtheit vor 1939 unbedeutend war.

⁶⁶⁵ H. Durand, a. a. O., S. 53.

„kleine Krise“ von 1937/38, dem vorübergehenden Aufschwung der Jahre 1936 und 1937 ein Ende zu setzen. Große Gesellschaften und Siedler werden nicht müde, die Verantwortung dafür der Volksfront und den Anfängen der von ihr im Jahre 1937 in Westafrika ermöglichten Gewerkschaftsbewegung und Sozialgesetzgebung zuzuschreiben. Sie verlangen neue „Stützungsmaßnahmen“ und stoßen „südstaatliche“ secessionistische Drohungen nach dem Beispiel der algerischen Colons aus, ganz wie es bei diesen Mode ist, wenn man ihren Produkten den privilegierten Absatz auf dem französischen Markt verweigert.⁶⁶⁶

3. Die ökonomische Bilanz

Es ist nun Zeit, aus dieser ökonomischen Darstellung eine Bilanz abzuleiten. Man kann diese freilich nicht positiv nennen. Die sehr schwachen Mittel, die die kapitalistischen Investitionen gebracht hatten, waren nicht auf die Vorwärtsentwicklung der Produktion, nicht auf die Errichtung einer Technik verwandt worden, sondern im wesentlichen auf die Herausziehung von höheren Profiten ohne Veränderung der vorkolonialen Technik, also hauptsächlich durch Steigerung des Ausbeutungstempos der Bevölkerung. Daraus resultiert ein wachsendes Mißverhältnis zwischen den Produktionstechniken – es sind die traditionellen Produktionsmittel und Arbeitsmethoden der Bevölkerung, hauptsächlich feldbaulicher Arbeit – und den Produktionsanforderungen, da die Bevölkerung über das zur Sicherung ihres Lebensunterhalts notwendige Minimum hinaus immer größere Mengen Exportprodukte erzeugen muß.

a) Die Verarmung

Allerdings nimmt man als Element des Fortschritts in Anspruch, daß diese Exporte durch entsprechende Importe ausgeglichen werden, die die afrikanischen Bevölkerungen mit neuartigen Produkten bekannt gemacht

⁶⁶⁶ „... Legen sie sich keine Rechenschaft darüber ab, daß, wenn das so weitergeht, wir, die wahren Franzosen, zum Gewehr greifen werden, um uns zu verteidigen... Wie oft, von Dakar bis zum Kongo, habe ich das gehört: Aufgepaßt also! Die britischen Dominions und das portugiesische Brasilien mußten auch erst einmal munter werden.“ (*M. Homet, Afrique noire, terre inquiète*, Paris 1939, S. 229.)

und die Verbesserung ihres Lebensniveaus ermöglicht haben. Dieses Argument ist falsch. Man muß vielmehr feststellen, daß die fortschreitenden Importe von Fabrikaten den Niedergang und Ruin des afrikanischen Handwerks zur Folge hatten, besonders des Schmiedegewerbes und der Weberei. Es muß schließlich gewertet werden, auch wenn die Exportprodukte in ihrer Gesamtheit das Ergebnis der Arbeit der einheimischen Bevölkerungen waren, handle es sich um die Arbeit der „unabhängigen“ Bauern oder Tagelöhner auf Plantagen oder Holzschlagplätzen, so waren doch die importierten Produkte nur zu einem Teil für die einheimische Bevölkerung bestimmt. Tatsächlich waren es zu einem bedeutenden Teil Ausrüstungsgegenstände, die nicht zur Verbesserung der Lage der einheimischen Bevölkerung bestimmt sind, sondern zur Vervollständigung der Ausbeutungsmöglichkeiten (Baumaterialien für Garagen und Faktoreien, Kraftwagen usw.). Darüber hinaus ist ein bedeutender Teil der Verbrauchsartikel für die Europäer (Beamte und Siedler) gedacht, deren Kaufkraft in keinem Verhältnis zu ihrer geringen Anzahl steht. Das trifft besonders auf die gesamten Luxusartikel zu. Zur besseren Verdeutlichung und als ein gewisser Ersatz dafür, daß man für die Zeit vor 1940 solche Angaben nicht zur Verfügung hat, seien die von Capet und Fabre für 1951 gemachten Angaben herangezogen. Sie schätzen den im Jahre 1951 von den Europäern in Französisch-Westafrika verbrauchten Anteil des Sozialprodukts auf 15 Prozent. Diese Europäer machten höchstens 50 Personen aus, die afrikanische Bevölkerung Französisch-Westafrikas betrug 17 Millionen.⁶⁶⁷ Hinzu kommt, daß der Außenhandel der Länder Tropisch-Afrikas nicht Ausdruck eines gleichberechtigten Austauschs ist. Gerade in der Sphäre des Außenhandels (und nicht in jener der Produktion oder der sichtbaren Teilung des Sozialproduktes) geht der Prozeß der kolonialen Ausbeutung vor sich. Man kann zunächst eine viel größere Unbeständigkeit in den Preisen der Exportprodukte feststellen, deren Preistrückgang immer allein den Erzeuger trifft, aber deren Preisanstieg zum großen Teil den Zwischenhänd-

⁶⁶⁷ M. Capet und J. Fabre, *L'économie de l'A.O.F. depuis la guerre*, in: *Annales africaines*, 1957, S. 135–194. Die „Comptes économiques de l'A.O.F. 1956“ (ein unveröffentlichtes Dokument) geben 17,5 % und 27 % an, wenn man nur die geldlichen Einnahmequellen betrachtet und die Selbstverbraucherwirtschaft ausschließt. Für Französisch-Äquatorialafrika (1958) erlauben offizielle Angaben die Schätzung der entsprechenden Prozentsätze auf 20 und 36 %. In Kamerun (1959) würde der der europäischen Bevölkerung zugeschriebene Teil der Geldrevenue ein Viertel bis ein Drittel derselben betragen (*Marchés tropicaux*, 21. November 1959).

lern zugute kommt, als in den Preisen der Einfuhrwaren. Seit dem Ende des ersten Weltkrieges haben bei einer mittleren Schwankung des allgemeinen Index der Großhandelspreise von ± 10 Prozent die Schwankungen im einzelnen betragen:

- für den Kautschuk : 35,5 Prozent
- für den Kaffee : 24,6 Prozent
- für Palmkerne : 17,7 Prozent
- für das Palmöl : 17,7 Prozent
- für den Kakao : 14,7 Prozent

Dagegen betrugen die Schwankungen bei Reis nur 9,7 Prozent und für den Zement 3,9 Prozent.⁶⁶⁸ Die Entwicklung der „Terms of trade“ (Handelsspannen), um die Fachsprache anzuwenden, verlief im allgemeinen ungünstig. Ausgesprochenem Fallen der Erzeugerpreise in Zeiten der Krise oder des Krieges folgten Erhöhungen, die, abgesehen von sehr kurzen Perioden, die frühere Kaufkraft selten wieder herstellten. Diese Feststellung wurde für Französisch-Westafrika schon nach dem ersten Weltkrieg, unmittelbar nach der Krise von 1921, getroffen. Während in der Zeit von 1913 bis 1922 der Koeffizient der Preiserhöhung für die als Guineastoffe bekannten Baumwollwaren 5,7 und für die anderen Gewebe 5,1 betrug, war der Koeffizient der Preiserhöhung für Exportprodukte bei Erdnüssen nur 1,6, für Palmkerne 1,8 und für Palmöl 2,2. „Die Kaufkraft des Eingeborenen erfuhr also ganz unzweifelhaft eine starke Verringerung, die sich direkt auf den Verbrauch der Importgewebe auswirkte.“⁶⁶⁹ Verfolgen wir die Preisentwicklung in der sogenannten Periode der „Prosperität“ und bis zur Weltwirtschaftskrise, so verlaufen die Feststellungen in derselben Richtung. Von 1913 bis 1927 sind die Preise für Erdnüsse und Gewebe zu den Koeffizienten 7,5 und 9,4 fortgeschritten, was besagt, daß die in Geweben ausgedrückte Kaufkraft sich ihrem Stand von 1913 genähert hat. Aber im Oktober 1930 fallen die entsprechenden Koeffizienten auf 3,4 bzw. 7,6

⁶⁶⁸ J. de Castro, *Le Livre noir de la faim*, Paris 1961, S. 80/81.

⁶⁶⁹ A.F., 1923, S. 435.

	1913	1922
Durchschnittspreis für 1 m Guineastoff	0,39	2,25
Durchschnittspreis für 1 kg andere Gewebe	4,72	24,34
Durchschnittspreis für 100 kg Erdnüsse	33,00	52,60
Durchschnittspreis für 100 kg Palmkerne	37,42	66,60
Durchschnittspreis für 100 kg Palmöl	49,52	111,78

und 1931 (erstes Halbjahr) auf 2,6 bzw. 7.⁶⁷⁰ Die Entwicklung der Kaufkraft der Erdnuß, gemessen am Importpreis, zeigt dieselbe Tendenz. Der Kurve, die den Gegenwert zu 100 kg Erdnüssen in Kilogramm Reis zum

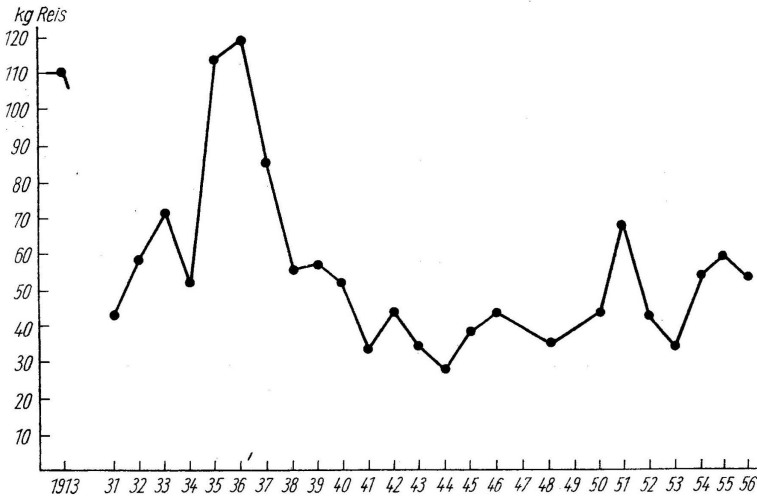


Abb. 22.

Ausdruck bringt, sind die folgenden Hinweise zu entnehmen: Von 110 kg im Jahre 1913 fällt die Kaufkraft auf 42,8 kg im Jahre 1931. Nur in den Jahren der relativen Stabilisierung 1935/1936 wird die Kaufkraft 110 kg übersteigen, um dieses Niveau niemals wieder zu erreichen. Wohlgermerkt erreichen die Verluste des Erzeugers ihr Maximum in den Jahren der Krise. Von Generalgouverneur Brévié werden die Verluste des Erzeugers für das Jahr 1930, verglichen mit dem Jahr 1927, auf 400 Millionen Franken beziffert, die sich wie folgt verteilen:

Erdnüsse	285 Millionen
Kakao	57 Millionen
Palmkerne und Palmöl	47 Millionen

⁶⁷⁰ Preisentwicklung:

	1927	1930	1. Halbjahr 1931
	(Franken)	(Franken)	(Franken)
1 kg Baumwollgewebe (außer Perkal)	44,63	36,28	33,59
1 t Erdnüsse	2500	1150	875

(Rede von J. Brévié vor dem Regierungsrat von Französisch-Westafrika, Sitzungsperiode Dezember 1931, A.F., RC., 1932, Nr 1.)

oder Verluste nach Kolonien:

Senegal	274 Millionen
Elfenbeinküste	67 Millionen
Dahomey	35 Millionen
Guinea	9 Millionen
andere Kolonien	15 Millionen

Der Kakaopreis fällt von 1927 bis September 1931 von 10 000 Franken auf 3000 Franken je Tonne, der Kaffee von 12 000 Franken auf 4000 Franken je Tonne, die Baumwolle von 13 000 Franken im Jahre 1927 auf 4500 Franken im Jahre 1931 je Tonne.⁶⁷¹ Die „Erholung“ von der Krise in den Jahren 1935/1936 wird kaum die Möglichkeit bieten, den Produzenten die frühere Kaufkraft zurückzugeben. So geben uns die Berichte des Bezirks Faranah (Guinea) die folgenden Preise an, die der Handel den Produzenten im Jahre 1927 und im April 1936 pro Kilogramm zahlte⁶⁷²:

	1927 (in Franken)	1936 (in Franken)
Reis	2	0,65
Kautschuk	7,50	5
Indigo	0,75 bis 1	0,50
Wachs	12,50	5

Die Preise der Importwaren hatten dagegen ihr altes Niveau wieder erreicht und oft sogar überschritten. Die „kleine Krise“ von 1937/38 zieht einen neuen Preissturz im Oktober 1937 nach sich, der aber nur die Tropenprodukte betrifft. In Kamerun erreicht von Oktober 1937 bis Juli 1938 der Sturz der Preise für die Palmkerne 27, für das Palmöl 67 und für den Kakao 83 Prozent; in derselben Zeit steigt der Preis für den Reis um 43, für Salz um 93 und für Salzfish um 112 Prozent.⁶⁷³ Allerdings war die Erzeugung beträchtlich gestiegen; doch die Zahl der in den Warenkreislauf einbezogenen Erzeuger hatte sich ebenfalls erhöht, auf Kosten der afrikanischen Nahrungsmittelwirtschaft. Die Fortschritte der Exportproduktion waren zu einem Teil (vor allem in Senegal) auf Kosten der afrikanischen Lebensmittelerzeugung verwirklicht worden, deren Fehlbetrag durch den Verzehr importierten Reises nicht genügend ausgeglichen

⁶⁷¹ Dieselbe Quelle.

⁶⁷² Archives de Faranah. D¹. Rapports d'ensemble: 1921–1938.

⁶⁷³ G. R. Manue, Cameroun, création française, Paris 1938.

wurde. Merken wir an, daß, abgesehen von Senegal, der Bauer weiterhin – wie in der Vergangenheit – seinen Nahrungsunterhalt aus seiner eigenen Wirtschaft bezieht und der Import im Prinzip nur ein solcher von Fabrik-erzeugnissen ist. Das vorkoloniale Anbausystem stellte in seinem althergebrachten gesellschaftlichen Rahmen, wenn man alle seine Teile betrachtet, ein dauerhaftes Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur her. Gezwungen, zukünftig mit den gleichen technischen Mitteln nicht nur seinen eigenen Unterhalt zu sichern, sondern darüber hinaus noch einen Überschuß an Exportprodukten zu liefern, kommt der Bauer damit nur zu Rande, indem er diesen Unterhalt auf ein Minimum beschränkt. Sein Unterhalt liegt sogar unter dem notwendigen Existenzminimum. Das bedeutet, daß die Vorräte verschwinden, die er für die Feste, die er nach alter Gewohnheit feierte, oder für schlechte Jahre auf die Seite gelegt hatte. In jedem Jahr stellt sich kurz vor der Ernte die Not ein. Die Unterernährung wird zum Dauerzustand. Im Falle einer Natur- oder Wirtschaftskatastrophe (schlechte Ernte, Preissturz) wird der Mangel zur Hungersnot, wie es 1913/14 im Sudan der Fall war. Zu dieser Unterernährung kommt eine erhöhte Arbeitsbeanspruchung. Die zu bebauenden Feldflächen werden größer, die für die Verwaltung abzuleistenden Fronen vielfältiger. Infolge der Aushebung von Zwangsarbeitern und der Einziehung von Soldaten wächst zugleich der Mangel an Arbeitskräften. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges hat nach Generalgouverneur Delavignette der Bauer Französisch-Westafrikas jährlich zu liefern: 175 Millionen Franken an Steuern (Kopf- und Viehsteuer), 21 Millionen Fronarbeitstage und 12 000 Schützen.⁶⁷⁴ Diese Liste ist keineswegs vollständig. Zur Steuer gehören auch (seien sie nun „gewohnheitsrechtlich“ oder auch nicht) die von den Häuptlingen erhobenen Ergänzungssteuern und die Verpflichtungen gegenüber den „Gesellschaften für Eingeborenenbevorratung“. Diese nahmen in Senegal bei Darlehen an Saatgut für Erdnüsse 25 Prozent Zinsen; bei den Mißbräuchen der Praxis kam oft ein Satz von fast 100 Prozent *für drei Monate* heraus. Dazu kam der Jahresbeitrag, den die „Gesellschaft für Eingeborenenbevorratung“ von den Bauern empfing. Weitere Belastungen der Bauern waren die „Geschenke“ für die Angestellten der Gütekontrolle, die zum Unterhalt des Beamten oder des auf einer Rundreise befindlichen Bezirksbeamten und seiner Begleitmannschaften angeforderten Lebensmittel, die Verkäufe der Produkte der Zwangskulturen unter dem Selbstkostenpreis, die wucherische Begleichung der Regenzeitschulden. Unmittelbar vor der

⁶⁷⁴ R. Delavignette, *Les vrais Chefs de l'Empire*, a. a. O.

Ernte verpfändeten die geldlos dastehenden Bauern Kleiderstoffe, Schmuck-sachen und andere Dinge als Schuldsicherheit bei einem bis auf drei Mo-nate gerechneten minimalen Prozentsatz von 50 Prozent an die Großkau-leute. Die Tagewerke an Fronen stellen darüber hinaus nur einen Bruchteil der geforderten Zwangsarbeit dar. Nicht einbegriffen in ihnen waren die Zusatzfrondienste für die Häuptlinge wie die Zwangsaushebungen für die großen Arbeiten der Verwaltung oder für die Privatunternehmen. Auch die Anwendung des „zweiten Teils des Militäraufgebotes“ zu Fronarbeiten ist in dieser Aufzählung nicht enthalten. Es ist nicht unnütz, daran zu erinnern, will man die Richtigkeit der Versicherungen nachprüfen, die Unterernäh-rung erkläre sich aus Ungunst der Natur oder einer angeblichen Trägheit oder Sorglosigkeit der Bewohner Afrikas. In einer Darstellung über den Ernährungszustand der Bevölkerung Französisch-Westafrikas schreibt im Jahre 1949 Oberst Pales: „Mit Ausnahme von einigen Gebieten, die zu-gleich selten und von geringer Ausdehnung sind – Küstenstriche (Unter-lauf der Casamanza, Baga-Länder usw.), Anwohner von großen Flüssen (Nigerfischer: Bozo und Somono) – und einigen wenigen Gebieten der Savanne und des Waldes, die tatsächlich Vorratskammern an Hirse, Reis oder von Knollenfrüchten darstellen, kann man sagen, daß die Bevölkerung des gesamten Territoriums als *Dauerzustand*⁶⁷⁵ keineswegs den Vorteil eines ausgeglichenen Wirtschaftssystems kennt.“⁶⁷⁶ Neben den Gebieten, die über den Durchschnitt hinaus begünstigt waren, gab es auch kritische Zonen, wo die relative Überbevölkerung zu den üblichen Faktoren des nackten Elends noch hinzukam: Obervolta und Futa Djalon. Derselbe Autor stellt fest: „Die Zeit der Ernte ist die eines sehr begrenzten Wohl-standes und eines mengenmäßig befriedigenden Ausgleichs. Ihr folgt eine Zeit des Ausbleibens qualitativ wertvoller Nahrungsmittel, und dann kommt die Zeit härtester Verlegenheit. Die unausgeglichene Ernährungs-weise hat einen Zustand leichter Unterernährung (an Vitamin C, A usw.) zur Folge, dann Hand in Hand gehende Mangelerscheinungen quantitativer und qualitativer Art (von denen ungefähr 40 Prozent der Einzelpersonen betroffen sind).“⁶⁷⁷ Über diese Zeit „härtester Verlegenheit“, die „zwischen dem Augenblick liegt, in dem die Ernte erschöpft ist und demjenigen, in dem die ersten schnellwachsenden Feldbauprodukte für den Verbrauch zur

⁶⁷⁵ Hervorhebung im Text.

⁶⁷⁶ Conférence interafricaine sur l'alimentation et la nutrition, (Dschang, Cameroun. 3.-9. Oktober 1949) [Paris], Documentation française [1950], S. 152.

⁶⁷⁷ Ebenda.

Verfügung stehen“⁶⁷⁸, sagt H. Labouret: „In dieser Zwischenzeit veralbert der Bauer seinen Magen, indem er Wildpflanzen von schwachem Nahrungswert verzehrt, die er hauptsächlich in rohem Zustand oder in Form von Suppen oder Spinaten zu sich nimmt.“⁶⁷⁹ Die Tagesration des Landwirtschaftsarbeiters, die nach der Ernte einen Nährwert von ungefähr 3250 Kalorien besitzt, fällt im Juli auf 750 Kalorien ab und liegt manchmal noch sehr weit unter dieser Kalorienmenge.⁶⁸⁰ „Der Wert der Tagesration eines Erwachsenen kann dann auf 208 Kalorien fallen. Ohne jeden besonderen Mangelfall wirkt sich einfach die regelmäßige Zeit der Knappheit so aus. Die Überraschung beim Personal des Statistischen Amtes in Frankreich war derart, daß es die Arbeit unterbrach, da es an einen unsererseits unterlaufenen Irrtum glaubte. Es lag aber kein Irrtum vor.“⁶⁸¹ Bei den städtischen Arbeitern stellt sich neben der jährlichen Hungerzeit noch eine allmonatlich wiederkehrende ein. Es sind die dritte und vierte Woche eines jeden Monats. Die Tagesration von 2500 Kalorien (Oktober bis November) fällt von Juni bis Juli auf 1500 Kalorien. Dazwischen weist innerhalb dieser beiden Monate jedoch jede dritte und vierte Monatswoche nur 1250 Kalorien auf, weil in dieser Zeit der Lohn erschöpft ist.⁶⁸² Der Mangel an stickstoffhaltigen Nahrungsmitteln – besonders läßt sich der Mangel an Fleisch durchaus nicht immer mit Fisch kompensieren – wird dann besonders fühlbar. „Der jährliche Fleischverzehr eines Einwohners beträgt in der unteren Elfenbeinküste und in Unterdahomey kaum 1 kg, in einem großen Teil des Senegal und des Sudan 3–5 kg, in Guinea 5–8 kg, in Mauretanien und im Norden des Sudan mehr als 20 kg.“⁶⁸³ Wir finden dieselbe Sachlage in Französisch-Äquatorialafrika aus schon erwähnten Gründen verschärft vor. Für Ubangi bemerkt P. Kalck, daß die Durchschnittsration überall unter 3000 Kalorien liegt, die als das notwendige Minimum für einen Arbeiter gelten, der mit leichter Arbeit beschäftigt ist. Die Durchschnittsration liegt im allgemeinen unter 2000 Kalorien und ist nährstoffmäßig schlecht proportioniert, da sie sich fast ausschließlich aus Maniokbrei zusammensetzt. Fleisch und Fisch, die einst in großem Maße verzehrt wurden, sind seit zwei Generationen (genauer: seit der Durch-

⁶⁷⁸ H. Labouret, in „Le Travail en Afrique noire“, in: *Présence française*, Paris 1952. S. 125–126.

⁶⁷⁹ Ebenda.

⁶⁸⁰ L. Pales, *L'Alimentation en A.O.F.*, Dakar, O.R.A.N.A., 1955, S. 71.

⁶⁸¹ L. Pales, *Le Bilan de la mission anthropologique de l'A.O.F.*, Dakar 1948, S. 22.

⁶⁸² L. Pales, *L'Alimentation en A.O.F.*, a. a. O., S. 71.

⁶⁸³ *Encyclopédie coloniale et maritime* A.O.F., Bd II, S. 28.

dringung) selten geworden. „Der Ubangimann war einst ein großer Jäger, und das Frischfleisch war reichlich vorhanden.“⁶⁸⁴ Die Zwangsarbeit hat die Bevölkerung Ubangis gezwungen, den Anbau der Hirse, die in reichem Maße Fettstoffe (Lipoide) enthält, zugunsten des Maniok, der weniger Anbaupflege verlangt, aufzugeben. Der Zwangsanbau der Baumwolle hat diese Lage noch mehr eingebürgert, indem er die frühere Mannigfaltigkeit der Bodenumteilungen verhindert. Der Mangel an Salz, das zu 100 C.F.A.-Franken pro Kilogramm oder zu 5 Franken pro Kaffeelöffel verkauft wird, während es am Kap Verde 2 Franken je Kilogramm kostet, ist besonders fühlbar. Für den Kongo sei speziell jene Bemerkung nicht vergessen, die aus einem Originalbericht über das Gebiet von Kouilou in den allgemeinen Bericht über Französisch-Äquatorialafrika anlässlich der Konferenz von Dschang übernommen wurde: „Die Strafgefangenen führen sich ausgezeichnet, da von der ganzen afrikanischen Bevölkerung sie es sind, die am besten zu essen haben.“⁶⁸⁵ Hinsichtlich dieser „Durchschnittslage“ kann man sich denken, was erst Hungersnöte bedeuteten. In Gabun wird die Hungersnot von 1924 bis 1926 erwähnt, die dem plötzlichen Aufschwung der Hölzerausbeutung der Wälder und den zugunsten der Waldunternehmer vorgenommenen mißbräuchlichen Arbeitskräfteaushebungen entspricht. Die Folge war, daß die Lebensmittelkultur im ganzen Küstengebiet verfiel, da die vorhandenen Arbeitskräfte für die Waldnutzer zur Verfügung gestellt wurden. Im Innern führte die Beschlagnahme von Lebensmitteln für die Holzeinschlagplätze im Walde zusammen mit der zwangsweisen Anwerbung von Arbeitskräften zu den gleichen Ergebnissen. Die Hungersnot von 1931 in Niger und den benachbarten Gebieten, wie Obervolta, soll auf die Zerstörung der Ernten durch die Heuschreckenplage zurückgehen. Es ist jedoch offensichtlich, daß die Wirtschaftskrise zur Verschlimmerung dieser Hungersnot beitrug.⁶⁸⁶ Ein Verfasser spricht von „etwa 15 000 an Hunger Gestorbenen in Niger“⁶⁸⁷. Noch Ende des Jahres 1938 schreibt der Generalgouverneur von Französisch-Westafrika

⁶⁸⁴ P. Kalck, *Réalités oubanguines*, a. a. O., S. 131.

⁶⁸⁵ Conférence interafricaine de Dschang, a. a. O., S. 163.

⁶⁸⁶ H. Labouret erwähnt sie ohne Erklärung in seiner Broschüre: *Famine et disette aux colonies* (Paris 1938). Der Bericht Kameruns auf der Konferenz von Dschang schreibt sie den Heuschrecken zu. Die Rede des Generalgouverneurs Brévié auf der Sitzung des Regierungsrates von Französisch-Westafrika vom Dezember 1931 erwähnt in ihrer Allgemeinschilderung der ökonomischen Krise „den Mangel in Obervolta und in gewissen Verwaltungskreisen Nigers“.

⁶⁸⁷ R. Monmarson, *L'Afrique noire et son destin*, Paris 1950, S. 95.

die Budgetlücken in Obervolta und in Niger der „Hungersnot“ und den „Auswanderungen des vergangenen Jahres“ zu.⁶⁸⁸ In einem großen Teil von Französisch-Westafrika übten auf alle Fälle in den Jahren 1930–1936 trotz der Besserung der wirtschaftlichen Allgemeinlage, die seit 1934 eingetreten war, der Hunger und das Elend als Folgen der Krise ihre Wirkung aus. Eine am Ende des Jahres 1930 in Senegal durchgeführte Untersuchung zeigt, daß in zahlreichen Kantonen „sich die Lage ebenso kritisch (für 1931 – J. S.-C.) wie im Jahre 1930 verhielt. Zur Bezahlung der Steuern sind die Eingeborenen genötigt, alle ihre Erzeugnisse und einen Teil ihres Viehs zu verkaufen.“⁶⁸⁹ Im Kanton Diet-Salao müssen sie sogar ihre gesamte Ernte und ihr gesamtes Vieh verkaufen und können doch nur einen Teil ihrer Zahlungen an die Verwaltung leisten. Was den anderen Teil betrifft, so müssen sie sich von Händlern und Wucherern Vorschüsse bewilligen lassen.⁶⁹⁰ Im Kreis von Baol kostet die Hirse im Januar 1931 4,50 Franken das Kilogramm, und die Bevölkerung läuft Gefahr, in drei oder vier Monaten weder Vorräte noch sonstige Lebensmittel mehr zu besitzen. Die Fulbe haben bereits alles verkauft.⁶⁹¹ Im Kanton von Foss (einem der am meisten geschädigten des Kreises von Louga) bemerkt der im September 1934 den Bezirk bereisende Beamte: „Die Wolof-Bauern haben keine Aussaaten gemacht und den größten Teil des Saatgutes an Erdnüssen verzehrt.“ Die Steuern waren im Rückstand.⁶⁹² In dem benachbarten Kanton von Mérinaghen bemerkt derselbe Beamte, er habe am 31. Mai, nachdem er einen Teil des Viehs der Bevölkerung von Amts wegen verkauft hatte, nur ein Drittel der Steuern des Kantons vereinnahmt: der Kanton bleibt die Steuern eines Jahres rückständig, während der zuvor in der Steuerzahlung bestehende Rückstand wenigstens anderthalb oder zwei Jahre betragen hatte. Im Futa war der Viehbestand um ein Viertel oder um die Hälfte zurückgegangen. Eine starke Auswanderung nach den benachbarten Kolonien (Portugiesisch-Guinea und Sierra Leone) hatte eingesetzt. Der Bevölkerung war es nicht möglich, die Steuer zu zahlen. Die Dienstmansschaft („Batoulabé“) der Kantonhäuptlinge führte sich als Garnisonstruppe auf, indem sie alles Verkäufliche beschlagnahmte und zu niedrigen Preisen an Spießgesellen verkaufte, wobei selbst das Küchen-

⁶⁸⁸ Rede des Generalgouverneurs Brévié vor dem Regierungsrat, Sitzung vom Dezember 1933 (A.F., 1934, Nr 1, S. 19–27).

⁶⁸⁹ Archives du Sénégal. Akte „Semences“.

⁶⁹⁰ Ebenda.

⁶⁹¹ Ebenda. Gerichtsverhandlung in Diurbel (Januar 1931).

⁶⁹² Archives du Sénégal. 1 D 2/28. Rapport des cercles 1933–1934.

geschirr und die Koranbücher der Bevölkerung keine Ausnahme machten. Die Kinder wurden verpfändet.⁶⁹³ Die „normalen“ Verhältnisse der Zeit der Krise stellten sich erst 1937 wieder ein.

b) Die Zerstörung der Böden Afrikas

Da sich das Anbausystem nicht verändert hatte, erfaßte die Gleichgewichtsstörung der Wirtschaft, die in der Lebenshaltung zum Ausdruck kam, auch die Bewirtschaftung des Bodens. Unter vorkolonialen Bedingungen sicherte die langfristige Brache in ihrem Gesamtrahmen den erforderlichen Bodenreichtum ohne Zufuhr von Düngemitteln. Der Zwang, mehr zu produzieren, obwohl keine Ackerflächen zur Ergänzung zur Verfügung standen, ja manchmal selbst bei Beschneidung der vorhandenen Böden (durch Landzuteilungen und Waldkonzessionen⁶⁹⁴ an europäische Siedler), zog eine Beschleunigung der Bodenumteilungen, ein Sinken der Erträge und manchmal die Verschlechterung der Böden sowie die Einengung der Möglichkeiten zur Viehzucht nach sich. Kurz gesagt, nicht einmal mehr die einfache Reproduktion war durch den erzwungenen Anbauzyklus gesichert. Nicht nur die produktive Akkumulation war unmöglich geworden, auch die materiellen Elemente der Reproduktion (hauptsächlich die Bodenfruchtbarkeit) wurden von Jahr zu Jahr verringert. Die Auswirkung auf die Produktion ist nicht in dem gesamten Gebiet Schwarzafrikas spürbar. Wir sahen schon, daß die Kaufmannswirtschaft eingreifend nur beschränkte Zonen durchdrungen hatte und deshalb noch beträchtliche Möglichkeiten zur Ausdehnung des Anbaus erhalten blieben. Die Gesamtproduktion blieb daher im Wachsen, aber gewisse Gebiete, welche die Erdnußspekulation als erste erreicht hatten, wie zum Beispiel Walo und Kayor in Senegal, wurden von ihr tiefgreifend in Mitleidenschaft gezogen.⁶⁹⁵ Vor allem seit

⁶⁹³ G. Vieillard, Notes sur les Peuls de Fouta-Djalou, in: Bulletin de l'I.F.A.N., 1. 1940.

⁶⁹⁴ In Savannengegenden stellen diese nicht „Wälder“ im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern Landflächen dar, deren Bebauung verboten ist.

⁶⁹⁵ Die Entwertung der Böden in diesen Gebieten ist nicht so offensichtlich, wie es scheinen mag: auch auf diesem Gebiet muß man sich vor Übereinfachungen hüten. Das Studium der Quellen läßt in Kayor kein Sinken, sondern vielmehr eine größere Unregelmäßigkeit der Erträge feststellen. Das Verlassen Kayors durch die Siedler ist vielmehr ein ökonomisches Problem, das auf die Anziehungskraft und die höheren Erträge Baols und des Sine-Salums zurückgeht. Nach diesen Gebieten begaben sich die Bauern, sobald sie von der Eisenbahn verkehrsmäßig er-

1936 gehen die Fortschritte der Erdnußkultur in Senegal auf das Vorücken einer „Pioniergrenze“ zurück, dem die Böden an der Casamanza verhältnismäßig freundlich gegenüberstehen, während sich diejenigen der östlichen und südlichen Grenzen des Gebietes von Baol-Salum dem Menschen weitaus feindlicher zeigen. Die jungfräulichen Böden dieses Gebietes sind von guter Fruchtbarkeit, aber der Feldbauer, der es sich gewöhnlich nicht leisten kann, sich schon bei der Urbarmachung gemeinsam mit seiner Familie niederzulassen, hat harte Urbarmachungsarbeit zu leisten. Es fehlt an Wasser oder vielmehr an Mitteln zur Brunnenerschließung. Die Brunnen müssen bis zur Tiefe von 40, 60, ja 80 Metern ergraben werden. Um eine Zweiliterflasche mit Wasser aus einem solchen Brunnen zu füllen, braucht ein einzelner Mann zwei Minuten. Vier Mannschaften, die volle 24 Stunden Schöpfarbeit leisten, fördern in dieser Zeit weniger als 6 Kubikmeter Wasser zutage. Das ist weniger als ein Drittel der Menge, die zur Versorgung eines Dorfes von 200 Einwohnern, die 200 Ochsen und 400 Schafe besitzen, erforderlich ist!⁶⁹⁶ Volkselend und Bodenvernichtung waren bis zum zweiten Weltkrieg als Diskussionsthema sehr verpönt. Gegen Ende des Krieges und alsbald nach seiner Beendigung setzte die hilflose Lage der Kolonialländer, Produktionsanstrengungen zu unternehmen, die zu ihrer wirtschaftlichen Erholung führen konnten, das, was man später als das Problem der „Unterentwickeltheit“ bezeichnete, auf die Tagesordnung. Ein Diskussionsbeitrag war das 1947 erschienene Buch „Die Tropenländer – Grundsätze einer Humangeographie“.⁶⁹⁷ Sein Verfasser, P. Gourou, war seit zwanzig Jahren Spezialist für die Geographie tropischer Länder, und in seinem Buch entwickelte er mit einem großen Aufwand an Beispielen und zahlreichen neuen Darlegungen die folgende These: Die tropischen Länder (darunter Tropisch-Afrika) sind für eine verspätete Zivilisation mit niedrigem Lebensniveau vorherbestimmt, und zwar durch den unausweichlichen Zwang der natürlichen Bedingungen, die dem menschlichen Leben und der menschlichen Tätigkeit ungünstig sind. Versuchen wir, die Hauptpunkte seiner Beweisführung kurz zusammenzufassen. Die Bevölkerung der tropischen Länder ist wenig zahlreich und in schlechtem physischen Zustand. Ihre Produktionskapazität ist daher gering. Dieser

schlossen waren. Die Versteppung von Walo ist offensichtlicher, aber sie steht wahrscheinlich mit den Abwandlungen der Wasserführung und des Stromlaufes des Senegal in Verbindung. (Vgl. für Kayor: J. Suret-Canale, *Quelques aspects de la géographie agraire au Sénégal*, in: C.O.M., 1948, Nr 4, S. 348–367.)

⁶⁹⁶ Rapport annuel des services de l'Agriculture du Sénégal, Jg. 1938.

⁶⁹⁷ P.U.F., 1947. Sammlung „Colonies et Empires“.

schlechte Gesundheitszustand geht auf die Ungesundheit der tropischen Länder zurück, deren heißes und feuchtes Klima wenigstens während eines Teils des Jahres die große Vermehrung schädlicher Kleinstorganismen begünstigt. Unzählige, nie verschwindende Krankheiten, in erster Linie die Malaria, ziehen eine beträchtliche Sterblichkeit nach sich und begünstigen das Auftreten anderer Krankheiten, indem sie die menschlichen Organe schwächen. Erwähnen wir noch die Schlafkrankheit, das Gelbfieber, die Magen- und Darmerkrankungen (parasitäre und bakterielle Krankheiten), zu denen noch viele andere kommen. Die Naturschätze sind geringfügig. Entgegen einer weitverbreiteten unbegründeten Meinung sind die tropischen Böden wenig fruchtbar und sehr anfällig für Erosion und Verpanzerung. Sie sind sehr arm an vorteilhaften chemischen Bestandteilen. Die landwirtschaftlichen Erträge, selbst bei intensivem Feldbau, so beim bewässerten Reisanbau, liegen sehr unter denen der Landwirtschaft in der gemäßigten Zone. Der althergebrachte Feldbau auf Brandflächen erschöpft die Böden, und die Anwendung der europäischen Landwirtschaftsmethoden (Pflug, fortdauernder Anbau) macht die Sache immer schlimmer, indem sie die Böden noch schneller erschöpft. Die extensive Viehzucht, die im allgemeinen vom Feldbau getrennt ist, wirft nur schwache Erträge ab und wirkt sich ebenfalls zerstörend aus. Schlecht ernährt auf wildwachsenden Wiesen von geringer Güte, von Krankheiten geschwächt (Schlafkrankheit, durch Parasiten verursachte Krankheiten usw.), sind die Tiere nur in geringem Maße Ernährungsquelle und zur Arbeit fast gar nicht tauglich. Die Unterernährung ist Folge dieser schlechten Naturbedingungen und der eingewurzelten Lebensweise. Die Ernährung besteht hauptsächlich aus Pflanzenkost und ist kalorienmäßig ungenügend, ganz zu schweigen von ihrer Einseitigkeit. Lassen sich diese ungünstigen Naturbedingungen überwinden? Der Verfasser ist in dieser Hinsicht skeptisch. Die Industrialisierung dränge noch nicht, da schon in der Feldwirtschaft die Anzahl der vorhandenen Arbeitskräfte zu gering sei. Außerdem sei die Rohstofflage schlecht (Schwierigkeiten in der Verwendung der Wälder, Knappheit der Kohle). Die Einführung einer modernen Agrikultur mit beständigem Anbau, futterwirtschaftlichen Bodenumteilungen und Verbindung von Viehzucht und Ackerbau im Rahmen der Pachtwirtschaft, wie alterfahrene Tropenagronomen (Auguste Chevalier) es sich dachten, kommen dem Verfasser utopisch vor: „Ein Versuch ihrer [der Anbautechniken – J.S.-C.] Verbesserung durch Nachahmen der europäischen Techniken ist vielleicht ein Betrug.“⁶⁹⁸ Erst

⁶⁹⁸ Ebenda, S. 117.

im neunten Kapitel beschäftigen den Verfasser die „durch die europäische Einmischung aufgeworfenen Probleme“. In seiner Bewertung dieser Einmischung halten sich aber „der Natur und den Menschen der Tropen ungewollt von der europäischen Einmischung zugefügte Schädigungen“ wie auch die „direkt der Gewinnsucht und dem Geist der Gewalttätigkeit entsprungenen Schädigungen“ einerseits und „wohltätige Wirkungen“ andererseits die Waage. Seine Schlußfolgerung daraus ist pessimistisch: „Die Hebung des Lebensniveaus der tropischen Bevölkerung wird also sehr große Probleme schaffen. Vielleicht werden deren mehr entstehen als gelöst werden können. Muß man für die letzte Ursache all dieser Schwierigkeiten nicht die Armut der tropischen Böden ansehen, die es denen, die sie bebauen, nicht erlaubt, dasselbe Lebensniveau wie die Feldbauern der gemäßigten Zone zu erreichen?“⁶⁹⁹ P. Gourou sieht wenig Möglichkeiten für Fortschritte im Feldbau und in der Erhaltung der Böden, wenn nicht im Pflanzungsbau mit kleinen Strauchgewächsen und der Bewässerung des Reises. Die tropischen Länder behalten dabei die Bestimmung der Lieferung von „Kolonialwaren“ an die industrialisierten Länder der gemäßigten Zone, die ihnen als Gegenleistung Fabrikprodukte und Lebensmittel liefern werden. Die Autorität des Verfassers und der Reichtum seiner Dokumentation übten zur damaligen Zeit einen starken Einfluß auf die Geographen aus.⁷⁰⁰ Seine Argumentation erscheint heute kaum noch haltbar, und der Verfasser selbst hat seine Stellungnahme in neueren Arbeiten beträchtlich abgeschwächt. Dennoch konnte selbst eine flüchtige Prüfung schon damals die Fragwürdigkeit seiner Position zeigen.⁷⁰¹ Bei seiner Untersuchung der gemeinsamen Charakteristika der tropischen Länder zog P. Gourou nur die natürlichen Gegebenheiten (Klima, Böden usw.) in Betracht, während er die ökonomischen und gesellschaftlichen Tatsachen, das heißt im Grunde den kolonialen Zusammenhang, völlig beiseite ließ –, und das eigentümlicherweise in einer Sammlung, die sich „Kolonien und Reiche“ nannte und „Koloniale Studien“ als Reihentitel führte! Obwohl er von objektiven, sehr reichhaltigen und oft hochinteressanten Gegebenheiten ausging, gefährdete der Verfasser von Anfang an die Exaktheit seiner Beweisführung, indem er Dinge verglich, die sich nicht miteinander vergleichen lassen. Ist es denn wirklich angängig, den demographischen und gesundheitsmäßigen Zustand

⁶⁹⁹ Ebenda, S. 181.

⁷⁰⁰ Besonders *Richard-Molard* in seinem Werk: *Afrique occidentale française*, Paris 1948 [1956³].

⁷⁰¹ Vgl. *J. Suret-Canale*, *L'exploitation coloniale est-elle une réalité géographique?* in: *La Pensée*, Januar–Februar 1948, Nr 16, S. 103–104.

der Bevölkerung, die Erträge und Ergebnisse der Landwirtschaft in den *heutigen* tropischen Ländern und dem *heutigen* Europa miteinander zu vergleichen? War der gesundheitsmäßige Zustand der Bevölkerung Europas im Mittelalter und, sagen wir, bis zum Beginn des 18. Jh. derart besser als der der vorkolonialen afrikanischen Bevölkerung? War ihre Ernährung soviel reichhaltiger und rationeller? Die Ergebnisse des Hackfelddbaus auf Brandflächen im tropischen Land sind für die tropischen Lebensbedingungen nur dann bezeichnend, wenn sie mit denen einer gleichartigen Technik in einem Land mit gemäßigttem Klima verglichen werden. Wenigstens hätte man sich nicht auf die Erträge des heutigen Feldbaus in der gemäßigten Zone, sondern auf die des mittelalterlichen Feldbaus dieser Zone vor der agrikolen Revolution, beziehen müssen. Ungeachtet der Existenz der Wechselwirtschaft und des Pfluges ist es gar nicht sicher, daß die Erträge an Roggen oder Buchweizen der „kalten Böden“ Westfrankreichs zur damaligen Zeit derart über jenen des alten tropischen Feldbaus lagen. Die tropischen Böden sind einem starken Zerfall ausgesetzt, nicht weniger die der Länder mit gemäßigttem Trockenklima wie z. B. die der USA, die jedenfalls auch die Verheerungen der Bodenerosion kennengelernt haben. Der Bodengehalt an chemischen Elementen ist nicht so überaus ausschlaggebend, da den biochemischen Prozessen hinsichtlich der Fruchtbarkeit die entscheidende Rolle bleibt, wenn diese Rolle auch noch ungenügend erforscht ist. Ein Beispiel sind die Sandböden in Senegal. Sie werfen gute Erdnußernten ab, während sie in Europa regelrecht unfruchtbar sein würden. Schließlich liegt das Scheitern der Modernisierungsversuche des tropischen Feldbaus nicht in der Natur der Sache, sondern am ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhang. Die mechanische Anwendung der im gemäßigten Klima vervollkommenen Methoden, die lediglich unter den Bedingungen dieses Klimas Zweckmäßigkeit haben, konnte nur zu katastrophalen Ergebnissen führen, und sie hat in der Tat dazu geführt. So beabsichtigte man nach dem ersten Weltkrieg in Westafrika die Einführung der Bodenbestellung mit dem Pflug. Man beschlagnahmte Ochsen, um sie dafür einzugewöhnen. Die mit ihrer Bereitstellung beauftragten Häuptlinge hielten die schönsten Tiere für sich selbst zurück . . . , und die übrigbleibenden eigneten sich weder zur Abrichtung als Zugtiere noch als Stalltiere und starben schnell dahin. Die importierten Pflüge, derbe „Brabant-Pflüge“, machten die Böden in wenigen Jahren unfruchtbar. Jahrelang bemühte sich Gouverneur Poiret um die stärkere Einbürgerung des Pfluges in Guinea. Bei seiner Abreise aus der Kolonie legte ihm der Generalgouverneur den Namen „Vater des Pfluges“ bei, doch es ist von diesem Werk fast nichts mehr zu

sehen. Ähnliche Resultate ergab die Feldbestellung mit dem Traktor; sie wurde mit Maschinen durchgeführt, die man für die Böden von Beauce oder der Picardie vervollkommen hatte. Deshalb kann man nicht den Schluß ziehen, daß der Feldbau mit Zugtieren oder Maschinen in tropischen Ländern unmöglich ist, sondern es müssen vielmehr die Methoden und das Material vervollkommen werden. Niemals besaß aber jemand, einschließlich der Spezialdienste für Fragen des Feldbaus, die notwendigen Mittel, um die Vervollkommenung zu bewirken, wenn auch seit zehn Jahren ernsthaft Fortschritte in dieser Richtung gemacht wurden. Der technische Aspekt dieses Problems beschränkt sich keineswegs auf die Anbauweisen und die angewandte Technik, er beinhaltet auch das Problem der Veredelung der angebauten Fruchtsorten. Man debattiert über den Wert der tropischen Futterpflanzen und darüber, welche von ihnen die Rolle übernehmen könnten, die während der landwirtschaftlichen Revolution in Europa im 18. Jh. Klee, Luzerne und Futterrüben spielten. Aber waren damals in Europa die im Mittelalter angebauten Sorten dieser Pflanzen sofort in der Lage, diese Rolle zu übernehmen? Und lassen sich die Zuchtergebnisse noch zählen, mit denen man diese angebauten Arten in der europäischen Landwirtschaft im Laufe der zwei letzten Jahrhunderte verbessert hat? Schließlich und vor allem kann die Technik nur fortschreiten, wenn die ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen dafür geeignet sind. In Europa wurde die landwirtschaftliche Revolution vom kapitalistischen Pächter und vom Großagrарier getragen, nicht vom Kleinbauern. Die Fortschritte des Handels, die Anfänge der modernen Industrie, gaben den Anstoß zu dieser Revolution, da sie einen erweiterten Markt erforderten. Der selbstwirtschaftende Bauer besitzt allerdings in Tropisch-Afrika keine Mittel, seine Technik zu verbessern und die Kapitalisten haben kein Interesse, Kapitalien in der Landwirtschaft zu investieren, da das Handelsgeschäft weit mehr einbringt und mit weniger Risiken verbunden ist. Übergehen wir die Fragwürdigkeit der gegen die Industrialisierung Afrikas eingewandten Argumente: Wenn Afrika arm an Kohle ist, so ist es doch reich an Wasserkraften, an Uranerzen, und ohne Zweifel auch an Erdöl, mehr noch an Erzen, und gerade Erze scheint es mehr zu besitzen als Europa. Übrigens ist das Vorkommen von Naturschätzen, wenn sie die Industrialisierung auch begünstigen, dafür keine unabdingbare Voraussetzung: Auch hier sind die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse entscheidend; Japan oder zum Beispiel Italien, für die Energiequellen und Rohstoffe einen Engpaß bedeuten, wurden dennoch zu großen Industrieländern. Wohlgerne soll all das nicht heißen, daß die Hebung des tropischen Feldbaus auf ein

modernes Niveau oder die Industrialisierung Afrikas leicht lösbare Probleme seien. Aber die Schwierigkeit liegt nicht in den Naturverhältnissen. Die Entwicklungsverzögerung Afrikas, welche das Kolonialsystem aufrechterhalten und vergrößert hat, ist die entscheidende Ursache dieser Schwierigkeiten. In Wirklichkeit lief die These von P. Gourou darauf hinaus, das Kolonialsystem auf Kosten der Naturverhältnisse zu entlasten, indem man ihm nur einige Mißbräuche, einige „Schönheitsfehler“ vorwarf. Seine Schlußfolgerung lief auf die Verewigung dieses Systems hinaus, da den tropischen Ländern keine andere Bestimmung als die des „Kolonialwaren“lieferanten zu bleiben schien.

Die politische und verwaltungsmäßige Unterdrückung

1. Kolonialverwaltung

Hinter all den Theorien von direkter Verwaltung, von Assimilation und Assoziation herrschte in Wahrheit die Improvisation. Die Verwaltungsorganisation, die am Vorabend des ersten Weltkrieges Gestalt angenommen hatte, wird zu jener Zeit allgemein als „Vorläuferin“ einer normalen Verwaltung betrachtet.⁷⁰² Weit entfernt davon zu verschwinden, bildet sich diese Organisation immer mehr heraus und nimmt nach und nach institutionelle Formen an. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges ist man in Kolonialkreisen nicht weit davon entfernt, sie – abgesehen von einigen Schwächen der Verwaltungspraxis – als die bestmögliche Verwaltung, und zwar nicht nur für die Kolonien, zu erachten. Der Niedergang der bürgerlichen Demokratie, das wohlgefällige Interesse, das die herrschenden Kreise der imperialistischen Staaten für den Faschismus und seine Methoden hegen, tragen dazu bei. Gouverneur Delavignette machte sich zum Lobredner der „Befehlsgewalt“, die, entgegen der in Europa herrschenden „unpersönlichen Verwaltung“, die Verwaltung der Zukunft sei.⁷⁰³ Sie ist dasselbe, was Hitler „Führerprinzip“ nennen wird. Nach der Schilderung der Bildung dieses Verwaltungssystems und seiner Hauptcharakteristika brauchen wir auf Einzelheiten hier nicht noch einmal zu sprechen zu kommen. Es seien nur kurz die Grundsätze, die Strukturen und die Entwicklung dieser Verwaltung beschrieben.

a) Gouverneure und Beamte

Die Souveränität der afrikanischen Staaten war, wie schon geschildert, zugunsten des französischen Staates aufgehoben. Ihre souveränen Rechte, die in der Person ihrer Herrscher in unzähligen Verträgen von Frankreich

⁷⁰² H. Cosnier, *L'Ouest africain français*, Paris 1921.

⁷⁰³ R. Delavignette, *Les vrais Chefs de l'Empire*, Paris 1939, S. 24.

anerkannt worden waren, wurden einseitig annulliert, und zwar in Französisch-Äquatorialafrika durch die Dekrete über den Grundbesitz von 1899 und in Französisch-Westafrika durch das Dekret vom 23. Oktober 1904. Wenn auch die Verfassungsgesetze der III. Republik eine parlamentarische und volksvertretende Ordnung geschaffen hatten, so waren es doch nicht die gewählten Vertreter des französischen Volkes, die diese Souveränität ausübten. Wie schon zu sehen war, übte das Parlament sein Gesetzgebungsrecht für die Kolonien nur sehr selten aus. Diese wurden, wie im II. Kaiserreich, mit Dekreten regiert. Der Kolonialminister, der im Namen des Staatsoberhauptes auftrat, übte praktisch die Machtvollkommenheit Frankreichs in den ihm unterstehenden Territorien aus. Und das sowohl im Hinblick auf die Gesetzgebung selbst wie auch im Hinblick auf die Anwendung der Gesetze.

Die Grenzen der von uns untersuchten Länder (Binnengrenzen und äußere Grenzen) waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg endgültig festgelegt worden. Beispiele sind die Grenzen der französischen Mandatsgebiete in Togo und Kamerun (19. Mai 1919) und die Grenze zwischen der Kolonie Tschad und dem anglo-ägyptischen Sudan (Konvention von Paris vom 8. September 1919). Das Gebiet, das wir hier besprechen, umfaßt einmal Französisch-Westafrika (offizielle Bezeichnung *Afrique occidentale française*) mit einer Flächengröße von 4 633 985 km², zu dem die Kolonien Senegal, Französischer Sudan, Französisch-Guinea, Elfenbeinküste, Dahomey, Obervolta, Niger und Mauretanien gehörten.⁷⁰⁴ Zum anderen handelt es sich um Französisch-Äquatorialafrika (offizielle Bezeichnung *Afrique équatoriale française*) mit einer Flächengröße von 2 510 000 km², das aus den Kolonien Gabun, Mittel-Kongo, Ubangi-Schari und Tschad bestand.⁷⁰⁵ Am Ende des ersten Weltkrieges kamen dann noch die „Mandatsgebiete“ von Kamerun und Togo hinzu. Es handelte sich um Teile der ehemaligen deutschen Kolonien, die

⁷⁰⁴ Obervolta wurde 1919 aus Gebieten der Kolonie „Obersenegal-und-Niger“, deren restlicher Teil den Namen Französisch-Sudan erhielt, gegründet. Die Territorien Mauretanien und Niger erhielten den Status der Kolonie im Jahre 1920 bzw. im Jahre 1921. Obervolta wurde 1932 aus Sparsamkeitsgründen aufgehoben und zwischen den benachbarten Kolonien aufgeteilt, wobei die Elfenbeinküste den größten Teil mit der Hauptstadt Wagadugu erhielt: In Wagadugu wird 1937 ein „Oberbeamter“ („administrateur supérieur“) eingesetzt, der dem Gouverneur der Elfenbeinküste unterstand. Schließlich wurde Obervolta 1947 endgültig neu gebildet.

⁷⁰⁵ Das Militärterritorium Tschad wurde von Ubangi-Schari losgelöst und 1920 zur Kolonie erhoben.

französischem Mandat unterstellt worden waren (432 000 km² bzw. 57 000 km²). Die zwei „Föderationen“ von Kolonien wurden von einem Generalgouverneur verwaltet. Die Mandatsgebiete unterstanden der Verwaltung eines „Kommissars der Republik“⁷⁰⁶. In Kamerun war das ein Generalgouverneur, in Togo ein Beamter im Gouverneursrang. Ungeachtet des Unterschieds, der im juristischen Status zwischen Mandaten und Kolonien besteht, ist das Verwaltungssystem praktisch dasselbe. Mandate wie Kolonien werden an der Spitze von denselben Büros der Rue Oudinot, wo das Kolonialministerium seinen Sitz hat, verwaltet. Der Hochkommissar in Kamerun hat praktisch dieselben Vollmachten wie ein Generalgouverneur. Was Togo betrifft, so wird es zweimal, zuerst von 1917 bis 1921, dann von 1936 bis 1946, einfach verwaltungsmäßig Französisch-Westafrika angeschlossen.⁷⁰⁷ Die meisten der den benachbarten Kolonien eigentümlichen Einrichtungen werden auch auf die Mandate Togo und Kamerun übertragen. Die einzigen Hindernisse für ihre völlige Ausrichtung nach dem Verwaltungsschema der benachbarten französischen Kolonien lagen in den internationalen Verpflichtungen, die das Mandatsstatut mit sich brachte. Hier sind zum Beispiel zu nennen: das System der Offenen Tür auf dem Gebiet des Zollwesens, die Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Missionen, das Verbot der militärischen Rekrutierung, welches aber nicht die Milizstreitkräfte betraf, die für die Ausübung der inneren Polizei bestimmt waren – Kameruner und Togoer entgehen so der militärischen Zwangsrekrutierung –, und die ganz formale Verpflichtung, dem Völkerbund jährlich einen Bericht über die Verwaltung des Mandatsgebietes vorzulegen. Der Generalgouverneur ist der „Verwalter der Vollmachten der Republik“. Er verkörpert an Ort und Stelle und in unumschränkter Weise die Machtvollkommenheiten der Regierung, die ihn ernennt und abberuft. Er allein hat das Recht, mit der Regierung in Schriftverkehr zu treten. Von oben wird seine Allgewalt zweifellos durch die des Kolonialministers begrenzt, seines Vorgesetzten in der Verwaltungspyramide, der die Regierung verkörpert und dessen Befehlen und Direktiven er Folge zu leisten hat. An

⁷⁰⁶ In Kamerun bald „Hochkommissar“ genannt.

⁷⁰⁷ Von 1934–1936 hatte man versucht, durch Zusammenlegung der Aufgaben des Gouverneurs bzw. der Verwaltungsleiter in den zwei Gebieten Dahomey und Togo die Sparsamkeit noch weiter zu treiben: Der Gouverneur von Dahomey wurde gleichzeitig Kommissar der Republik in Togo, wo ihn ein Oberbeamter mit Sitz in Lomé vertrat. Der Zollamtsvorsteher von Dahomey nahm dieselben Obliegenheiten für Togo wahr, usw. Dieses System stellte sich schnell als unpraktisch heraus. (Vgl. L. Pécoux, *Le Mandat français sur le Togo*. Paris 1939.)

Ort und Stelle und nach unten hin gibt es für die Allgewalt des Generalgouverneurs keine Grenze. Kein Gesetz und kein Dekret, und seien sie auch besonders für die in Betracht stehende Gruppe von Kolonien geschaffen worden, können rechtskräftig sein, wenn sie nicht zuvor durch Erlaß des Generalgouverneurs verkündet worden sind. Dazu ist ihm jedoch keinerlei Frist gesetzt. Allerdings kann der Disziplinarweg beschritten werden, denn der Minister verfügt gegenüber seinen Untergeordneten über Druckmittel. Äußerstenfalls kann er seinen widerspenstigen Untergebenen abberufen. Es muß allerdings alles nach Wunsch gehen, denn wenn der Generalgouverneur ein geschickter Beamter ist und einflußreiche Verbindungen an hoher Stelle besitzt, so steht er nicht weniger stark da, um den Einfluß des Ministers unwirksam zu machen. In der Tat wird das Recht der Verkündung der Gesetze zuweilen als ein wirkliches Einspruchsrecht gehandhabt. Auf diese Weise wird zum Beispiel ein Gesetz für das Unterichtswesen, das eigens für Französisch-Äquatorialafrika erlassen wurde, von Generalgouverneur zu Generalgouverneur acht Jahre lang verschleppt und damit völlig unwirksam gemacht.⁷⁰⁸ Dem Generalgouverneur stehen eine Rechtskammer, die die Rolle eines Verwaltungsgerichts spielt, und ein Regierungsausschuß (Conseil de gouvernement) zur Seite. Dieser heißt in Kamerun, Togo und nach 1934 in Französisch-Äquatorialafrika Verwaltungsrat (Conseil d'administration). Er besteht aus dem Generalsekretär, der Gehilfe und nötigenfalls Vertreter des Generalgouverneurs ist, dem Obersten Befehlshaber der Truppen, dem Oberstaatsanwalt, den Generaldirektoren der wichtigsten Verwaltungen, den Gouverneuren der verschiedenen Kolonien der „Föderation“, einigen Vertretern des Handels und der Colons, und erst in jüngerer Zeit auch aus einigen afrikanischen Standespersonen, wobei diese anfangs durch Erlaß des Generalgouverneurs ernannt, später durch eingeschränktes Wahlrecht gewählt wurden. Dieser Verwaltungsrat, der kaum einmal jährlich für wenige Tage zusammentritt und dessen Mitglieder ihrer Mehrzahl nach obendrein höhere Beamte sind, die direkt vom Generalgouverneur abhängen, spielt kaum eine andere als eine beratende Rolle. Er erteilt Ratschläge in Fragen, in denen eine solche Verfahrensweise vom Gesetz erfordert wird. Namentlich die Konzessionen müssen durch einen im Verwaltungsrat beschlossenen Erlaß zuerteilt sein. Es ist gar keine Frage, daß dieser Rat nicht zum Generalgouverneur in Opposition treten kann; er kann höchstens gewisse Ressortentscheidungen verhindern. Als oberster Leiter der Verwaltung steht dem Generalgouverneur das Ernennungsrecht

⁷⁰⁸ A. Zieglé, A.E.F., Paris 1952, S. 178.

für alle Verwaltungsposten zu. Er entscheidet über die Verwendung der vom Kolonialminister ihm zur Verfügung gestellten Beamten und kann sie jeden Augenblick wieder dem Minister zur Verfügung stellen, ohne den Betroffenen dafür Gründe angeben zu müssen. Er verfügt über die bewaffnete Streitmacht und bestimmt die Ausgaben des allgemeinen Budgets. Es handelt sich hier um einen tatsächlich uneingeschränkten Beamten. Zu seiner Unterstützung sind ihm Ämter und eine Reihe von Verwaltungsleitungen beigegeben, die im Rahmen der Verhältnisse die Rolle von Ministerien spielen. Ihre Leiter, Generaldirektoren, sind nur seine Angestellten, die von ihm ernannt und abberufen werden und auch nur ihm verantwortlich sind. Die Allgemeine Direktion für Finanzen verwaltete den allgemeinen Finanzhaushalt⁷⁰⁹ und den dafür zuständigen Bereich, in Französisch-Westafrika gehört zum Beispiel der Hafen von Dakar dazu. Der Oberkassenverwalter (*Trésorier général*) leitet das Schatzamt. Die Generaldirektion für politische, administrative und soziale Angelegenheiten (*direction générale des Affaires politiques, administratives et sociales: A.P.A.S.*) ist die bedeutendste zentrale Behörde. Sie spielt die Rolle eines Innenministeriums und kontrolliert die allgemeine Verwaltung und die Polizei.⁷¹⁰ Die Allgemeine Direktion für öffentliche Arbeiten leitet oder kontrolliert die hauptsächlichlichen technischen Ämter, Häfen, Eisenbahnen, Straßen, öffentliche Bauten und den Betrieb der Bergwerke. Die Spezialdienste dieser Direktion werden sich mit der Zeit entwickeln (meteorologischer Dienst, Bergamt usw.). Die Allgemeine Direktion für wirtschaftliche Angelegenheiten beschäftigt sich mit den allgemeinen ökonomischen Fragen (Handel, Preise usw.). Sie leitet die besonderen Ämter für wirtschaftliche Fragen, das heißt für Feldbau, Viehzucht, Gewässer und Wälder sowie Fischfang. Dazu kommen schließlich noch eine Allgemeine Direktion für das Unterrichtswesen⁷¹¹ und eine Allgemeine Direktion für Volksgesundheit (hervorgegangen aus dem Gesundheitsamt der Kolonialtruppen). Dem Oberstaatsanwalt endlich untersteht das Gerichtswesen. Mit dem zunehmenden

⁷⁰⁹ Das heißt den Haushalt der Föderation, im Unterschied zu den Haushalten der verschiedenen Kolonien, die die Föderation zusammensetzen.

⁷¹⁰ Zu ihr gehörte ein „Dienst für mohammedanische Angelegenheiten“, den Roume im Jahre 1906 gegründet und zuerst einem algerischen Beamten, dem früheren Verwalter einer Zusammengesetzten Gemeinde, Robert Arnaud (Romanschriftsteller unter dem Pseudonym Robert Randau), dann Paul Marty, Offiziersdolmetscher, den William Ponty 1912 ebenfalls aus Nordafrika kommen ließ, übertragen hatte.

⁷¹¹ In Französisch-Äquatorialafrika erst am Vorabend des zweiten Weltkrieges.

Ausbau der technischen Dienste und der größeren Schnelligkeit in den Verkehrsverbindungen macht sich die Tendenz zu einer wachsenden Zentralisierung bemerkbar. Wenn sie auch verwaltungsmäßig der Amtsgewalt der Gouverneure unterstellt waren, so wurden die lokalen technischen Dienste doch mehr und mehr direkt verwaltet, und zwar in der Praxis durch die Allgemeinen Direktionen. Das war die Quelle unzähliger Konflikte und eines unaufhörlichen bürokratischen Kleinkrieges. Das eben entwickelte Schema trifft voll und ganz nur auf Französisch-Westafrika zu. Französisch-Äquatorialafrika schwankte, wie wir sahen, lange Zeit zwischen dem Föderaltypus und dem Zentralisationstypus. Dieses Schwanken hielt auch an, trotz der 1910 durchgeführten Nachahmung der Einrichtungen und der Übernahme des verwaltungsmäßigen Zuschnitts Französisch-Westafrikas. Der schwerfällige Apparat einer Föderalbükratie, der den Verwaltungszweigen der vier Kolonien Französisch-Äquatorialafrikas vorge setzt wurde, war für diese Kolonien besonders schwer finanzierbar: waren sie doch schon an sich wenig bevölkert und ohne Einkünfte. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit übte der Generalgouverneur auch das Amt des Gouverneurs von Mittel-Kongo aus.⁷¹² Während der Krise 1934 ging man dazu über, die Lokalbudgets einfach abzuschaffen und die Gouverneure zu einfachen Bevollmächtigten des Generalgouverneurs zu machen, die ohne eigene Finanzmittel, ohne Initiative bleiben mußten. Das Dekret vom 1. Juli 1934, das nach der Abreise des Generalgouverneurs Antonetti erging, machte aus Französisch-Äquatorialafrika eine Einheitskolonie. Dem Generalgouverneur unterstanden nun ein stellvertretender Gouverneur mit Sitz in Bangui (Ubangi-Schari), ein Administrateur Supérieur für Gabun und ein Beamter als „Kommandant“ in Tschad. Das vorgesehene Budget sollte einen Umfang von 15 Millionen Franken haben. Die Verbindungsschwierigkeiten machten dieses System schnell unpraktisch. Ein Dekret vom 12. Oktober 1937 führte daher die Ämter eines Gouverneurs von Gabun und eines Gouverneurs von Ubangi-Schari wieder ein, und 1940 wurden den Gouverneuren vom Generalgouverneur Eboué „ständige Vollmachts-

⁷¹² Aus ganz anderen Gründen wurden in Französisch-Westafrika die Halbinsel des Kap Verde und Gorée im Jahre 1924 der Autorität des Gouverneurs des Senegal entzogen und unter der Bezeichnung „Unterbezirk Dakar und zugehörige Gebiete“ („Circonscription de Dakar et dépendances“) der direkten Verwaltung des Generalgouverneurs, der durch einen Beamten vertreten war, unterstellt. Es handelte sich darum, die Schwierigkeiten und Autoritätskonflikte zu vermeiden, die sich aus der Tatsache ergaben, daß die Stadt Dakar, die zur Bundeshauptstadt geworden war, zuvor von St. Louis, dem Hauptort des Senegal, verwaltungsmäßig abhing.

übertragungen“ bewilligt. Aber die wiedereingeführte Dezentralisation blieb mangels finanzieller Selbständigkeit der Kolonien wenig wirksam. Dieses System wird bis 1946 bestehen, und zwar war es, wenn man die Ausdehnung von Französisch-Äquatorialafrika in Betracht zieht, nicht ohne Nachteile. „Man muß 1000 oder 2000 km von Brazzaville entfernt leben und gezwungen sein, alle Fragen schriftlich und unter Einhaltung des Weges über das jeweilige Gouvernementsamt zu erledigen, das nur einen Briefkasten darstellt, der nicht alle Tage geleert wird, und muß Wochen und Monate auf Antwort gewartet haben, um die Notwendigkeit der Dezentralisation zu begreifen“, wird im Jahre 1947 der Präsident des Großrates von Französisch-Äquatorialafrika erklären.⁷¹³ In Kamerun wird das nicht zum Problem, da die Verwaltung in ihrer von unten nach oben führenden Gliederung eine in sich abgeschlossene Einheit darstellt.

Die Kolonien bilden die zweite Sprosse in der Kolonialverwaltung. An der Spitze der Kolonie verfügt der Gouverneur⁷¹⁴ über sehr ausgedehnte Vollmachten, wenn auch die Allmacht und die relative Nähe des Generalgouverneurs deren Grenzen stärker festlegen als im Fall dieses ihm in der Amtspyramide übergeordneten Vorgesetzten. Der Gouverneur kann Entscheidungen treffen, die die Anwendung der in Kraft befindlichen Gesetze und Verordnungen regeln. Das Dekret vom 18. Oktober 1904 gibt seiner Verordnungsbefugnis eine sehr große Ausdehnung. Lediglich bei gewissen Angelegenheiten muß er die Ansicht des Verwaltungsrates (*Conseil d'administration*) hören, der nach dem Modell des *Conseil de gouvernement* zusammengesetzt ist, also aus einem Generalsekretär, bestimmten Leitern einzelner Ämter und zwei durch Erlaß des Generalgouverneurs ernannten Standespersonen besteht.⁷¹⁵ Die Autorität des Gouverneurs gilt für alle Verwaltungen oder Ämter der Kolonie. Unter seine Zuständigkeit fallen auch die Leiter der besonderen technischen Ämter und die Kreiskommandanten, die an der Spitze der Verwaltungsgebiete stehen. Diese Gebiete

⁷¹³ Zitiert von H. Zieglé, A.E.F., a. a. O., S. 175.

⁷¹⁴ Da der Titel „Kolonialgouverneur“ („gouverneur des colonies“) eine Rangstufe in der Kolonialverwaltung darstellte, behielt man die Bezeichnung „stellvertretender Gouverneur“ („lieutenant-gouverneur“) lange bei. Ein Dekret vom 14. Juni 1937 setzte an ihre Stelle die Bezeichnung „Gouverneur“.

⁷¹⁵ Seine Obliegenheiten erfüllte im Senegal zum Teil der gewählte Koloniale Rat (*Conseil colonial*). Der Verwaltungsrat hatte dort die Bezeichnung „*Conseil privé*“ („Geheimer Rat“). Zu den Verwaltungsräten (*Conseils d'administration*) Kameruns und Togos gehörten, wie zu den Regierungsräten (*Conseils de gouvernement*) der Gruppen von Territorien, vier Standespersonen.

sind ihrer Zahl und Ausdehnung nach variabel. In Französisch-Westafrika tragen sie die Bezeichnung Kreis, und es gibt ihrer dort etwa einhundert. Die Kreise umfassen einen oder mehrere Unterbezirke (*subdivisions*), die ihrerseits wieder von einem Beamten als „Administrateur“, einem Leiter des Unterbezirks, verwaltet werden. Derartige Unterbezirke bestehen etwas mehr als zweihundert. Die den Kreisen entsprechenden Gebietseinheiten trugen in Französisch-Äquatorialafrika bis 1934 die Bezeichnung „Circonscription“. Es gab damals in Äquatorialafrika 49 dieser Bezirke (*Circonscriptions*). Aus Sparsamkeitsgründen beschränkte man dann ihre Zahl auf zwanzig und nannte sie „Departements“. Die Erfordernisse der Verwaltung zwangen bald dazu, diese Beschneidung zu überprüfen und die Zahl der *Circonscriptions* auf etwa dreißig zu erhöhen. Sie erhielten in der Folge die Bezeichnung „Regionen“. Jede Region umfaßte eine gewisse Anzahl von Distrikten, was dasselbe war wie die Unterbezirke (*Subdivisions*) in Französisch-Westafrika. Ihre Gesamtzahl betrug etwa einhundertfünfzig. Diese Bezeichnung (*Subdivision*) war ursprünglich in beiden Koloniengruppen dieselbe gewesen. In Kamerun unterteilte man das Territorium ebenfalls in 15–20 Regionen und 60–70 Unterbezirke. In Togo war man bescheidener und untergliederte das Gebiet in 10 Verwaltungskreise, von denen nur zwei solche verwaltungsabhängigen Unterteilungen besaßen. Hier bestanden 13 solcher Unterteilungen (*Circonscriptions*). Wie wir sahen, wäre es das Ideal der direkten Verwaltung vor 1914 gewesen, ein Netz von bevollmächtigten Beamten bis hinunter zum Dorf oder zur Dörfergruppe zu haben, wobei jede einheimische Zwischengewalt abgeschafft worden wäre. Die Kriegsbedingungen bewirkten dagegen, zahlreiche Stationen oder Gebietsunterteilungen abzuschaffen, da sich die Zahl der dafür verfügbaren Beamten verringerte. Die Angestellten und beigeordneten Beamten des Amtes für Eingeborenenangelegenheiten, *commis et adjoints des affaires indigènes* (später die Beamten und Angestellten der zivilen Dienste, *commis et adjoints des services civils*), das heißt untere europäische Beamte, die zur Direktion der Allgemeinen Verwaltung gehörten, waren dem Grundsatz nach für ausschließlich administrative Angelegenheiten vorgesehen; die Mehrzahl von ihnen befand sich im Dienstrang eines „Spezialbeauftragten“ „*agent spécial*“, der mit der Verwaltung der Finanzen seines Kreises beauftragt war. Anfangs handelte es sich dabei um untere Offiziere, von denen eine gewisse Anzahl noch nach dem ersten Weltkrieg auf solchen besonderen Verwaltungsposten zu finden waren. Die meisten von ihnen waren Anfänger ohne besondere Qualifikation. Der Mangel an Beamten führte dazu, ihnen auch weiterhin Ver-

waltungsposten zu übertragen, aber nicht mehr als „Stationschef“ wie zur Zeit der Eroberung, sondern teils als Leiter von Untergebieten der Kreise, die den Kreiskommandanten beigeordnet waren, teils selbst als Kommissarische Kreiskommandanten. Was die Verwaltungsbeamten betraf, so waren sie zu Beginn ihrer Karriere Beamte zur Verfügung des Kreiskommandanten, dann Unterbezirksleiter, während die Kreiskommandantenstellen dem Grundsatz nach den älter Gedienten von ihnen vorbehalten blieben. Dieser Beamtenstab konzentrierte sich mehr und mehr in den Büros der Hauptorte. 1912 gab es 341 Verwaltungsbeamte, die in Französisch-Westafrika in Dienst standen, 1937 betrug die Zahl dieser Beamten in Französisch-Westafrika 385, von denen die Hälfte ihre Tätigkeit in den Hauptorten der Verwaltungsgebiete ausübte. In Französisch-Äquatorialafrika wurde der gesamte Stab an Beamten, der der Direktion für Allgemeine Verwaltung unterstand (Administrateurs und Beamte der zivilen Dienste), der im Jahre 1913 398 Beamte zählte, im Jahre 1928 auf 366 Beamte eingeschränkt, wovon nur 250 gleichzeitig in der Kolonie tätig waren. Die wachsende Komplizierung der Verwaltung und ihrer Aufgaben, die Notwendigkeit zur Kontrolle der Tätigkeit der Angestellten der besonderen Ämter, deren Zahl in den Kreisen und Unterbezirken der Kreise zunahm, verbürokratisierten mehr und mehr die Tätigkeit der Verwaltungsbeamten, veranlaßten sie zu Augenblickslösungen oder zur Entscheidung auf Gebieten, zu denen sie kraft ihrer im wesentlichen juristischen und verwaltungsfachlichen Ausbildung nicht vorbereitet waren. „Die Beamten der technischen Dienste sehen sich, sobald sie nicht mehr in den Hauptorten wirken, unter der Befehlsgewalt von bevollmächtigten Beamten, deren menschliche Überlegenheit sie nicht immer anerkennen und die versucht sind, der Übermittlung der Direktiven des Hauptortes ihre eigenen mehr oder weniger aufgeklärten Gesichtspunkte hinzuzufügen.“⁷¹⁶

Nach der Doktrin des Generalgouverneurs Merlin liegt die Regierung beim Generalgouverneur, das heißt, er tut das, was Paris tun müßte, setzt die zu befolgende Politik fest, was das Ministerium, das zu weit vom Schuß ist, nicht unter Beachtung aller erforderlichen Details zu leisten vermag. Der Gouverneur spielt die Rolle eines Verwalters, und um so mehr noch der Kreiskommandant, der in der Hierarchie auf der untergeordneten Stufe der Exekutive steht. Aber diese von einem Generalgouverneur formulierte Theorie wird in der Praxis nicht ohne weiteres von den Gouverneuren und Kreiskommandanten geschluckt. Die räumliche Isolierung,

⁷¹⁶ H. Zieglé, A.E.F., a. a. O., S. 176.

die Schwerfälligkeit der Verbindungsmittel, die Unkenntnis der tatsächlichen Lage im Kreis oder in der Kolonie, die auf der höheren Verwaltungsebene herrscht, lassen dem Gouverneur oder dem Kreiskommandanten einen großen Spielraum. Die Allmacht, die jeder der beiden auf seinem Posten genießt, verdreht ihnen oft den Kopf, und sie erheben den Anspruch, ebenfalls Regierung zu spielen, „ihre“ Politik zu befolgen. Die Stelle eines kolonialen „Leiters“ flößt selten Bescheidenheit ein, und Gouverneure und höhere Beamte nehmen mehr und mehr die Gewohnheiten an, in ihren Berichten solche Wendungen zu gebrauchen wie: „meine Eingeborenepolitik setzt voraus...“, „meine Eingeborenepolitik erfordert“. Zu allem Unglück geht diese wachsende Selbstüberhebung mit einer zunehmenden Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, wie sie an Ort und Stelle herrschen, einher. „(...) Kein höherer Beamter ist noch zu mehr als kurzen und schnellen Bereisungen in der Lage; seine ganze Leistung geht auf in der Einziehung der Steuer, in den zahlreichen Fragen, welche die Rekrutierung der Schützen mit sich bringt, in der Eingeborenenrechtspflege, die fast ebenso formalistisch ist wie das französische Recht, und in den laufenden Geschäften.“⁷¹⁷ Vor dem ersten Weltkrieg stand für jeden Kreis Französisch-Westafrikas eine monographische Studie zur Verfügung, die die Landeskenntnisse über diesen Kreis zusammenfaßte und alle fünf Jahre überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht wurde. Diese Monographien sind von unterschiedlichem Wert, aber viele von ihnen bilden noch heute eine unersetzliche Informationsquelle, besonders für die Lokalgeschichte. Sie zeugen von einer tatsächlichen und auch vertieften Landeskenntnis ihrer Verfasser. Seit 1914 werden diese Monographien nicht mehr auf den neuesten Stand gebracht, und nach dem ersten Weltkrieg wären mit wenigen Ausnahmen die höheren Beamten nicht in der Lage gewesen, solche Studien anzufertigen bzw. nicht einmal dazu, sie zu ergänzen. Zwischen 1914 und 1920 tritt die Generation der Kolonialbeamten aus der Anfangszeit der Besetzung in den Ruhestand. Viele von ihnen, die seit der Eroberung fast ständig in demselben Gebiet tätig gewesen waren, hatten eine gute Kenntnis desselben erlangt, indem sie die jeweiligen Sprachen ihrer Landschaft geläufig beherrschten und dem Studium der natürlichen oder gesellschaftlichen Verhältnisse einen Teil der Zeit ihrer Bereisungen und ihrer Muße widmeten. Die neue Generation von Beamten verfügt nicht mehr über diesen Bildungsgang. Diejenigen von ihnen, die aus der *École coloniale* hervorgingen, hatten sich oft der Mühe unterzogen, ein oder zwei afrikanische Sprachen zu erlernen

⁷¹⁷ A.F., 1921, Nr 2, S. 560.

und ein den Prüfungsbedingungen der École des langues orientales vivantes entsprechendes Diplom zu erwerben. Selten jedoch hatten sie die Gelegenheit, diese unvollständigen Kenntnisse in der Praxis zu erweitern. Aus Gründen der Sparsamkeit und der Verwaltungsroutine entsandte man Beamte, die ihren Urlaub in Frankreich beendet hatten, dorthin, wo „ein Mann fehlte“, das heißt, wo ein Beamter desselben Ranges zum Antritt seines Urlaubs nach Europa ausreiste: Nach der Befähigung oder den besonderen Kenntnissen des Beamten fragte man nur nebenbei. Ein Gouverneur, der befugt ist, sein Personal selbst auszusuchen, orientiert sich dabei oft mehr an der Freundschaft oder Sympathie, die ihn mit irgendeinem Beamten verbindet, oder nach den Empfehlungen irgendeiner hochgestellten Persönlichkeit, deren Unterstützung ihm selbst nützlich sein kann, als nach Fähigkeiten. Dieses System der „Drehscheibe“⁷¹⁸ wird Generalgouverneur Carde zugeschrieben. Danach wissen die von ihrem Urlaub zurückkehrenden und für Westafrika bestimmten Beamten bis zum Vorabend ihrer Ankunft in Dakar nicht, wohin sie beordert werden. Auf dem Dampfschiff teilt man ihnen telegraphisch ihren Bestimmungsort mit, was von den Posten abhängig ist, die gerade unbesetzt sind. Irgendein Spezialist für saharische Fragen kann nach den Waldgebieten der Elfenbeinküste beordert werden, oder umgekehrt. Das führt dazu, daß es immer weniger und weniger Spezialisten gibt und immer mehr austauschbare Bürokraten, die dieselben Grundsätze oder dieselben Methoden in Agades wie in Sassandra anwenden, wobei sie weniger die wirklichen örtlichen Verhältnisse als ihre persönlichen Marotten zugrunde legen. Die geringe Amtsdauer des Beamten verschärft diese Auswirkungen noch, – im Laufe eines Kolonialaufenthalts von zwei Jahren ist es nicht selten, daß der Beamte nacheinander vier oder fünf verschiedene Posten innehat, jeweils wenn infolge von Krankheit oder Urlaubsreisen Stellen unbesetzt sind. Durchschnittlich hatte jeder Bezirk Guineas in einem Zeitraum von ungefähr 60 Jahren nacheinander etwa 80 amtierende Kreiskommandanten. Diese Lage trug dazu bei, die direkte Verwaltung, wie man sie vor 1914 aufgefaßt hatte, unmöglich zu machen: „(..) Unter dem Druck der Umstände sind die Kreiskommandanten in der Tat genötigt, sich mehr und mehr mit ihren eingeborenen Häuptlingen ins Benehmen zu setzen und in gewisser Weise zum System eines Halb-Protektorats überzugehen.“⁷¹⁹ So kommt man also von der Theorie der Assimilation, die als endgültig unanwendbar

⁷¹⁸ In der Tat wies bereits 1920 Cosnier auf die ungünstigen Auswirkungen dieses Systems, die in Form verwaltungsmäßiger Labilität zutage traten, hin.

⁷¹⁹ A.F., 1921, Nr 2, S. 56.

zurückgewiesen wird, zur Theorie der Assoziation, die in Wirklichkeit eine verdeckte Bankrotterklärung bedeutet. Diese Gesamtübersicht über die „Befehlsgewalt“ sei nicht abgeschlossen, ohne noch einmal klarzustellen, daß der mit ihr verbundene Despotismus nur gegenüber der afrikanischen Bevölkerung voll zur Gestaltung kam. Die großen ökonomischen Interessen die ihre Leute in der höheren Verwaltung und vor allem in den Amtszimmern der Rue Oudinot zu sitzen hatten, und für die die Kolonialherrschaft aufrechterhalten wird, wissen den Verwaltungsapparat ihren Interessen dienstbar zu machen. Gouverneure und Beamte machen manchmal ein böses Gesicht, aber schließlich unterwerfen sie sich oder werden abgesetzt. „Es gibt kein eingeborenes Gegengewicht gegen den Einfluß der Verwaltung“, bemerkt Gouverneur Deschamps. „Die Eingeborenen haben keinerlei Vertreter in Frankreich. Dagegen ist der Einfluß der Colons und Geschäftsleute, besonders der der großen Gesellschaften, häufig in Paris fühlbar und ‚stürzt‘ die Gouverneure, wenn sie sich nicht ‚verständnisvoll‘ genug zeigen.“⁷²⁰ Vor allem in Senegal kann man beim Durchblättern der Archivalien die aufschlußreiche Beobachtung machen, mit welcher Unverschämtheit Handelskammern und „Komitee der wirtschaftlichen Interessen des Senegal“ (Comité des intérêts économiques du Sénégal) bei den Gouverneuren ihre Forderungen stellen und mit welcher Klugheit und manchmal Überfreundlichkeit die Kolonialverwaltung ihnen antwortet. Vor Antritt seiner Stellung als Generalgouverneur von Französisch-Westafrika glaubte Carde – ähnlich einem Ministerpräsidenten vor dem Parlament – die Politik, die zu befolgen er sich vorgenommen hatte, auseinandersetzen und vertreten zu müssen –, aber in Bordeaux, vor dem „Verband zur Verteidigung der senegalesischen Interessen“ (Syndicat de défense des intérêts sénégalais) und vor den Vertretern der Landesgruppe Französisch-Westafrika des „Kolonialbunds“ (Union coloniale⁷²¹). Das eigentliche „Colonat“ wußte sich ebenfalls bemerkbar zu machen, wenn seine Einwirkungsmittel auch beschränkter waren. 1924 setzten die Waldnutzer der Elfenbeinküste die Abberufung des Gouverneurs Brunot durch, der sich geweigert hatte, ihren Forderungen hinsichtlich der Aushebung von Zwangsarbeitern nachzugeben. Im selben Gebiet werden 1936 Siedler und Waldnutzer drohen, den neuen Gouverneur Mondon bei seiner Ausschiffung in Port Bouët ins Wasser werfen.

Einige der Kolonialbeamten arrangierten sich leichten Herzens. So führt Gouverneur Annet, „Held“ der vichyhörigen Verteidigung von Madagaskar,

⁷²⁰ H. Deschamps, *Méthodes et doctrines coloniales de la France*, Paris 1953, S. 174.

⁷²¹ A.F., 1924, Nr 10, S. 549.

ohne daß man die geringste Verlegenheit bemerkt, folgendes „Hauptrezept“ an, das ein früherer Gouverneur stillschweigend zu beachten hatte: „Bleiben Sie immer im Einverständnis mit dem Handel. Ob die Beamten mit Ihnen zufrieden sind oder nicht, ist wenig bedeutsam. Die Unterstützung des Handels wird Ihre Stärke bilden. Sie ist gleichzeitig Ihre eventuelle Stütze bei der Regierung.“⁷²² In der Tat bestand oft eine enge Verknüpfung, wenn nicht Symbiose, zwischen der hohen Kolonialverwaltung und der Finanzoligarchie. Die hohen Beamten, sofern sie willfährig waren, wußten sich durch „Geschenke“ von Aktienpaketen oder, nach ihrer Pensionierung oder ihrem Ausscheiden aus der Verwaltung, durch ansehnliche Tantiemen sichergestellt, die sie als Verwaltungsratsmitglieder der Gesellschaften erhielten, zu deren Begünstigung sie beigetragen hatten.⁷²³ Wir sahen bereits in dieser Hinsicht die Käuflichkeit eines Angoulvant, der zum Verwaltungsratsmitglied zahlreicher Gesellschaften, zum Strohmann der Compagnie générale des Colonies wurde, oder eines Merlin, der einen Verwaltungsratsposten der Banque française de l'Afrique vor deren Bankrott innehatte. Bobichon wird Verwaltungsratsmitglied der Banque coloniale d'Études und Teilhaber der Baumwollgesellschaften Französisch-Äquatorialafrikas, Roume begnügt sich mit einem Verwaltungsratsposten der Gesellschaft „Le Nickel“. Es ließen sich noch mehr Beispiele anführen und sehr weit in die Gegenwart hinein fortsetzen. Gesagt sei, daß es sich um kein Spezifikum der Kolonialverwaltung dabei handelt. Die hohe französische Bürokratie folgt hier einer Tradition, indem sie aus dem Dienst des Staates in den der Trusts überwechselt, oder umgekehrt. Das gilt überhaupt für Finanzaufsicht, Organisation der öffentlichen Arbeiten und Präfekturverwaltung. Wohlgemerkt, es läßt sich nichts restlos verallgemeinern. Es gab einige hohe Beamte, die vollkommen rechtschaffen waren und ihre Rolle als eine Mission im öffentlichen Interesse auffaßten. Aber das öffentliche Interesse blieb für sie das Interesse der französischen Allgemeinheit, dem sie das Interesse der einheimischen Bevölkerung unterordnen wollten, und der Einfluß der Umwelt, auch Klugheitsgründe, führten sie dazu, sich gegenüber dem, was um sie herum geschah, tolerant, wenn nicht gar nachgiebig zu zeigen. Für die Besten unter ihnen blieb die Illusion beherrschend, daß

⁷²² A. Annet, *Je suis gouverneur d'Outre-mer*, Paris 1957, S. 101. Von der Meinung der afrikanischen Kolonialuntertanen ist offenbar nicht die Rede.

⁷²³ Diese Geschenke der Gesellschaften haben zuweilen alle Auswirkungen der Korruption an sich, da die Gesellschaften geschäftsmäßig faul sind und die in ihrem Rahmen übernommenen Verantwortlichkeiten oft vor die Gerichte führen...

der Kolonialismus das Los der Afrikaner ipso facto verbessern mußte oder wenigstens diese Wirkung haben konnte. Einer der Klarsichtigsten von ihnen, Maurice Delafosse, zögerte nicht zu schreiben: „Wenn wir uns selbst gegenüber ehrlich sein wollen, so sind wir allerdings gezwungen zuzugeben, daß uns nicht die Nächstenliebe, wenigstens was uns als Nation betrifft, nach Afrika geführt hat. Ich gebe gern zu, daß fromme Missionare, die ihr Leben dem Seelenheil ihrer Nächsten verschrieben hatten, mit dem einzigen Ziel, ihren schwarzen Brüdern, wenn nicht in diesem, so doch in jenem Leben zu helfen, nach da unten gegangen sind. Aber nicht derartige Beweggründe haben uns veranlaßt, unsere Flagge in Senegal und an den Küsten Guineas aufzupflanzen oder mit den Eingeborenen zu kämpfen, um sie zur Annahme unserer Obrigkeit zu bringen. Wir wollten unserem Handel Absatzmärkte oder unserer Industrie Rohstoffe verschaffen, wir verspürten das Bedürfnis, für die Sicherheit unserer Kaufleute zu sorgen, oder das Bedürfnis, uns nicht von fremden Rivalen zuvorkommen lassen zu wollen. Es bewegte uns die dunkle und unbewußte Begierde, unserem Vaterland etwas Ruhm oder Größe zu verschaffen, oder wir gehorchten einfach nur den wunderlichen Launen des Zufalls bzw. folgten der Bahn eines Entdeckers, da wir glaubten, nicht anders handeln zu können. In keinem Fall entdeckte ich als Triebfeder unserer kolonialen Ausbreitung in Afrika den wirklichen und durchdachten Wunsch, zur Glückseligkeit der Bevölkerung beizutragen, zu deren Unterwerfung wir schritten. Es handelt sich dabei nur um eine nachträglich leicht hingesagte Entschuldigung, aber niemals ist das der Zweck gewesen... Es liegt mir fern, auf jene den Stein zu werfen, die Frankreich auf diesen Weg brachten... Aber der Edelmut ihrer Absicht überschritt nicht die Grenzen des französischen Vaterlandes, und die nationale Aktion, die sie in Bewegung setzten, so bewunderungswürdig sie vom nationalen Standpunkt aus war und ist, war deshalb vom menschlichen Standpunkt aus nicht weniger egoistisch...“⁷²⁴ Im gleichen Beitrag protestiert Delafosse gegen die Verachtung, die man den negroafrikanischen Kulturen entgegenbrachte, denen er „sehr viele Stadien der eigentlich primitiven Menschheit“ zuspricht, und weist auf den Irrtum hin, der in ihrer Unkenntnis und in der Absicht lag, sie vernichten zu wollen.⁷²⁵ Seine Schlußfolgerung lautet: „Es ist absolut notwendig, daß

⁷²⁴ M. Delafosse, *Sur l'orientation de la politique indigène de l'Afrique noire*, in: A.F., R.C., 1921, Nr 6, S. 146–147.

⁷²⁵ Diese These wird er in seinem kleinen Büchlein „*Les Noirs d'Afrique*“, Paris 1921, entwickeln. Aber in den Kolonialkreisen dieser Zeit ist er, zusammen mit dem

unser Eingreifen für sie [die afrikanischen Gesellschaften – J. S.-C.] Ursache und Element von Fortschritt und Glückseligkeit werde. Ist das nicht der Fall, so bedeutet das die Verurteilung der ganzen kolonialen Bestrebung. Es würde gleichzeitig ihren Fehlschlag bedeuten.“⁷²⁶ Bei Delafosse finden sich also die Illusionen der Reformisten der Linken über die Möglichkeit eines „guten“ Kolonialismus, den Zielsetzung und Mechanismus des Kolonialsystems jedoch ausschließen.⁷²⁷ Die besten Menschen des Verwaltungsapparates konnten kaum über diesen frommen Wunsch hinausgelangen. Übrigens verpflichteten ihre amtlichen Aufgaben sie dazu, Helfer der Ausbeutung und der Unterdrückung zu sein. Die Vollmachten der europäischen Beamten hatten zum Ziel, die „Ordnung“ zu sichern, d. h. die Möglichkeit für die Monopole und für die Colons, „friedlich“ und unter bestmöglichen Bedingungen die Bevölkerung des Landes auszubeuten, die Steuer, die menschliche Ware für Zwangsarbeit und die Soldatenrekrutierung sowie die vorgeschriebenen Zwangsablieferungen von Produkten herauszupressen. Für seine „Erfolge“ auf diesem Gebiet wird der Beamte eingeschätzt bzw. belobt oder zur Beförderung eingereicht. Alle Runderrlasse schärfen ihm das ein. In der Ausübung dieser Amtsbefugnisse oder in ihrer Überschreitung läßt man ihm jede Möglichkeit für Willkür, Phantasie, Grausamkeit offen, vorausgesetzt, daß nicht Unruhe oder „öffentlicher Skandal“ entstehen. „Öffentlicher Skandal“ bedeutet dabei jedes mögliche Ruchbarwerden in Frankreich. „Der Kolonialbeamte, der im Bösen so mächtig ist, ist im Guten ohne Kraft.“⁷²⁸ Wenn auch die Möglichkeiten des Kolonialbeamten im Rahmen seiner Befugnisse bleiben, so bedingen Charakter und Verhaltensweise des einzelnen unzweifelhaft große Verschiedenheiten in der Praxis. Offensichtlich schätzt die Bevölkerung jene Beamten, die bei der Anwendung einer ungerechten Politik so gerecht wie möglich zu verfahren suchten, mehr als grausame Narren, von denen es manchmal

General Meynier, fast der einzige, der diese Auffassung entwickelt, die erst mit dem Zusammenbruch der Kolonialherrschaft ein Bürgerrecht erhalten wird.

⁷²⁶ M. Delafosse, a. a. O., S. 147.

⁷²⁷ Bei der Beschreibung der Schwierigkeiten, welche die massenhafte Anforderung und Aushebung der Arbeitskräfte, die für den Bau der Linie Dakar-Niger erfolgte, zögert er allerdings im Jahre 1922 nicht zu schreiben: „Viele sind dahin gekommen, die Tyrannei eines El Hadj Omar oder Samori zu bedauern, die zweifellos launenhafter waren, aber deren Launen eine weniger allgemeine Tragweite besaßen und mehr mit Windstillen durchsetzt waren.“ (Les points sombres de l'horizon en Afrique occidentale, in: A.F., 1922, Nr 6, S. 275.)

⁷²⁸ D. Moran, Tchad, Paris 1934, S. 240.

wimmelte. Für die Kenntnis der Verhältnisse können einige Einzelheiten, die die Zusammensetzung des kolonialen Personals betreffen, nützlich sein. Die „Buschhasen“ der Anfangszeit, in ihrer Psychologie von Maurice Delafosse fein gezeichnet⁷²⁹, werden späterhin seltener. Zahlreich vertreten bleiben aber die „Kolonialbeamten aus Selbstüberwindung“. Die Berufung in die Anfangsstellungen – besonders Bürobeamte der Zivilverwaltung – erfolgt auf Wunsch von Ministerialbüros oder von Parlamentariern. Das ist übrigens nicht nur in der Kolonialverwaltung so. Man belohnt auch gut abstimmende Abgeordnete, indem man ihnen Kreuze der Ehrenlegion, Medaillen für Verdienste um die Landwirtschaft anheftet oder ihnen etwa die Verwaltungsressorts für Tabakläden, des Straßenunterhaltungswesens und Redakteurposten überträgt. Ein gewisser Unterschied besteht aber doch. Während man die Posten in Frankreich an Schützlinge verteilt, denen ein schmeichelhafter Dienst erwiesen werden soll, werden die Kolonialposten solchen „Schützlingen“ gewährt, von denen man sich befreien will. „Es ist jene Hintertür, durch die Leute hereinkommen, die in Frankreich gar nicht immer sehr erwünscht sind, unmündige Söhne, von denen man sich am liebsten trennen möchte, die in Frankreich tolle Streiche verübten und die man mittels der Protektion eines Parlamentariers in die Kolonialverwaltung eintreten läßt. Es gibt dort alle möglichen Arten von Menschen.“⁷³⁰ Leichten Herzens schiebt die französische Groß- und Mittelbourgeoisie ihre unerwünschten Mitglieder „in die Kolonien“ ab, wie einst der Adel derartige Standesmitglieder nach Amerika schickte . . . Die Ergebnisse einer solchen Beamtenauswahl kann man sich leicht vorstellen. Robert Poulaine führt das Beispiel eines Unterbezirks (Circonscription) von Französisch-Äquatorialafrika an, dessen Personal sich so zusammensetzte: ein Verwaltungsbeamter, ehemaliger Schüler der Kolonialschule (École coloniale); drei Büroangestellte, und zwar ein ehemaliger Zahnarzt, ein früherer Unteroffizier der Kolonialinfanterie (der sich abends im betrunkenen Zustand damit vergnügt, die Stationsflagge durch Karabinerschüsse einzuholen) und ein „junger Mann aus gutem Hause“ im Alter von 24 Jahren – mit zwei Morden auf dem Kerbholz.⁷³¹ Das Ausscheiden des früheren Stammbestandes an „Beamten der zivilen Dienste“ seit 1929 und die fast ausschließliche Neuzusammensetzung der Beamtenschaft aus Abgängern der École colo-

⁷²⁹ M. Delafosse, Broussard ou les états d'âme d'un colonial, in: A.F., 1909, Nr 2 bis 12.

⁷³⁰ R. Poulaine, Exposé au Comité national d'Études politiques et sociales, März 1929.

⁷³¹ Ebenda.

niale bedeutete eine fortschreitende Beschränkung dieser Ergänzungsweise des Beamtenstandes der allgemeinen Verwaltung. Diese Art der Beamtenergänzung bleibt jedoch auf einer untergeordneten Stufe in anderen Verwaltungszweigen erhalten, die dem Grundsatz nach „technisch“ sind und wo man weiterhin unbedenklich als ausführendes oder organisierendes Personal Abenteurer und Deklassierte jeder Art aufnimmt (Öffentliche Arbeiten, Eisenbahnen usw.). Was die früheren Schüler der École coloniale betrifft, die mehr und mehr die Masse des Beamtenpersonals stellen, so sind sie, wie die Mehrzahl der Beamten ihres Ranges, zum geringeren Teil aus der Groß- und zum größeren Teil aus der Kleinbourgeoisie hervorgegangen. Es ist interessant, was sie zu ihrem Beruf bestimmt. Die jungen Gymnasiasten, die die „Colo“⁷³² besuchen, sind im allgemeinen das Bildungsprodukt der patriotischen und beweihräuchernden Kolonialliteratur, die andere zum Besuch der Kriegsschule von Saint-Cyr bringt. Die Versessenheit auf Risiken und Abenteuer spielt in ihrer Berufswahl mit: „Warum mündet dieser Drang in die Welt gerade in die Kolonien? Aber, sind denn das nicht die einzigen Länder, die noch Abenteuer anbieten?“⁷³³ Der entscheidende Grund scheint mir aber woanders zu liegen. Delavignette bemerkt: „Ich frage die Abgänger der Gymnasien nach bestandener Aufnahmeprüfung zur École coloniale: ‚Warum wolltet Ihr hierher?‘ Aus allen Antworten sprudelt eine Freiheitsbegierde.“⁷³⁴ Das ist wohl das Schlüsselwort. Nur daß diese persönliche „Freiheit“, die von den Verpflichtungen des Amtes begrenzt wird, die Knechtschaft der anderen zum Preis hat. Es ist dieselbe „Freiheit“ wie die des Feudalherrn oder des Sklavenhalters. Die Idee, als Apostel zu gehen, um für „das Wohl“ der Bevölkerung zu arbeiten, macht sich nicht geltend, und wenn sie manchmal existiert, so in untergeordneter Weise. In den Kolonien vergehen die Illusionen – soweit es solche gibt – schnell. Die jungen Verwaltungsbeamten oder stellvertretenden Beamten werden durch ihren „Chef“ und die koloniale Umgebung, von der sie sogleich entzückt sind, schnell eingeweiht. Viele haben nach einer Laufbahn von 20 oder 30 Jahren noch keinerlei wirklichen „Kontakt“ mit der Bevölkerung. Diese ist ihnen lediglich aus dem Gesichtswinkel der Beziehungen zwischen dem „Chef“ und seinem Diener oder Koch, bzw. zwischen dem Beamten und seinen Verwaltungsuntertanen geläufig. Delavignette fühlt sich verpflichtet, dem zukünftigen Kommandanten in Erinne-

⁷³² Vorbereitungsklasse für den Wettbewerb zur Aufnahme in die École coloniale.

⁷³³ Deschamps, *La vocation coloniale et le métier d'administrateur*, in: A.F., R.C., 1931, Nr 9, S. 498.

⁷³⁴ R. Delavignette, *Les vrais Chefs de l'Empire*, Paris 1930.

rung zu bringen, daß die Europäer nur eine Minderheit sind. „Er möchte sich einen Tag in der Woche reservieren, der ohne Kolonialpersonen und ausschließlich den Eingeborenen vorbehalten ist.“⁷³⁵ In Wirklichkeit wird das Heraustreten aus dem Kolonialmilieu kaum geduldet. Das beweist schon jene Einschätzung in der Personalakte eines Beamten: „Hat Umgang mit den Eingeborenen. Empfängt sie sogar an seinem Tisch. Ist dem Kolonialleben nicht gewachsen.“ Der neue Beamte sieht sich schnell mit Faustregeln über die „Denkweise“ des Afrikaners versorgt, die vom Bequemlichkeitsbedürfnis geheiligtes Allgemeingut der Kolonialisten sind: Der Afrikaner sei ein großes Kind, ein „gesetzlich untauglicher Unmündiger, der seine Erziehung noch zu bekommen hat“.⁷³⁶ Man bringt dem Neuen bei, was er sehr schnell übernimmt, daß die von der Verwaltung geduldeten oder verdeckten Mißbräuche, deren Vorhandensein die bisher von ihm verbrauchte Literatur im Dunkeln ließ, unvermeidlich und die Gegengabe für die „Denkweise des Eingeborenen“ sind. Man beruhigt ihn, indem man ihm vorbetet, daß „es schlimmer sein würde“, wenn „wir nicht dort wären“ und daß „jedermann gezwungen ist, das mit sich abzumachen“. Der Neuling hat damit sein ruhiges Beamtenbewußtsein. Von nun an ist es der bürokratische Charakter seiner Aufgabe, der ihn nach den Träumen, in denen er sich hoch zu Roß Bezirksreisen machen sah, am ehesten abstößt. Delavignette erzählt von der Enttäuschung des Beamten, der entdeckt, daß er zum „vereidigten Wiegemeister“ für Exportprodukte und zum Rekruteur von Arbeitskräften für Vorhaben wird, die der Staat für die eigentlichen Unternehmer durchführt.⁷³⁷ Er warnt ihn vor den Forderungen der Kaufleute und der europäischen Kolonie, die ihn dazu bringen, seine Zeit zur Heranschaffung von Waren für diese Leute zu verwenden, die ihn zum „Großhändler in Gewürzen“ machen. Die weniger angenehmen Aufträge werden also an die Zwischenpersonen, die Häuptlinge, abgeschoben. Die Scheinheiligkeit in den Bekanntmachungen und Runderlassen wirkt auf die Beamten oft empörend. „Wer von unseren Kameraden kennt nicht den kleinen Widerspruch zwischen offiziell befohlener maßvoller Steuereinzahlung und Berufswertung seiner Person nach den eingegangenen Steuern als Gesamtsumme? Den Widerspruch zwischen den väterlichen Empfehlungen über die Unverletzlichkeit der Lebensmittelkulturen und einem

⁷³⁵ Ebenda, S. 62.

⁷³⁶ J. Brévié, *Circulaires sur la politique et l'administration indigènes en A.O.F., Gorée 1935*, S. 7. Das ist die offizielle Meinung des Generalgouverneurs, der später der Kolonialstaatssekretär Pétains sein wird.

⁷³⁷ R. Delavignette, a. a. O., S. 10.

bestimmten Losungswort (woher inspiriert, bleibt Geheimnis) als Befehl ihrer Abschaffung zugunsten ‚reicher‘ Rohstoffkulturen? Zwischen den feierlich bestätigten Grundsätzen der Freiheit der Arbeit und gewissen Zwangsaushebungen ‚Freiwilliger‘, Unternehmen zum Gewinn, deren Lebensinteresse vielleicht weniger Opfer wert wäre?“⁷³⁸ Aber die Proteste der Beamten können, ohne ihre Karriere zu gefährden, keinen persönlich vertretenen und öffentlichen Charakter annehmen. Die Beamten schweigen und führen aus. Die materiellen Vorteile des Berufs und die Benebelung durch den Machtrausch tragen dazu bei, ihnen ihre Lebensweise angenehm zu machen. Zweifellos sind die „Residenzen“ der Beamten, so hoheitsvoll ihr Anblick zuweilen ist, nicht mit einem entsprechenden Komfort ausgerüstet, wenn man europäische Normen zugrunde legt. Der Kühlschrank ist am Vorabend des zweiten Weltkrieges noch ein Luxus und nicht überall hingedrungen. Fließendes Wasser und Elektrizität gibt es nicht. Aber man ersetzt den fehlenden Luxus, wie zur Zeit Ludwigs XIV., durch den Überfluß an Hausarbeitskräften. Zu den Hausangestellten, die die Kolonialverwaltung für den Kommandanten bestimmt und für ihn bezahlt, kommt die unbezahlte Arbeitskraft der Gefangenen, die die Fron des Wasserschöpfens, die Unterhaltung des Gemüsegartens u.a.m. übernehmen müssen. Um die Gunst des Beamten zu gewinnen oder ein Gesuch zu unterstützen, wird es üblich, Geschenke zu machen. Rechtsuchende, Bittsteller, Kantonshäuptlinge wollen mit Geschenken an den Kommandanten – Eier, Hühner, Schafe, seitens der Häuptlinge Kunstgegenstände und Erzeugnisse des örtlichen Handwerks – nicht zurückstehen. Die meisten der Beamten geben diesem „Brauch“ um so lieber nach, als er ihnen hilft, die Ausgaben für ihren Kolonialaufenthalt gering zu halten und ihr Gehalt für die Urlaube in Europa zu sparen. Doch die Machtausübung und die damit verbundene Vernunftberaubung sind noch das stärkste Mittel, den Beamten an seine Beschäftigung zu fesseln. Der militärische Ursprung haftet dem Amt des Kommandanten noch in seinen äußeren Kennzeichen an. Daran erinnern Galauniform, Kreiswachmänner, die über die Sicherheit ihres Vorgesetzten wachen und seine gegen Straf- oder Mißfällige ergangenen Urteile (Gefängnis- oder Prügelstrafe) sofort vollziehen, sowie das laute Trompetengeschmetter, das Anfang und Ende seiner Bürozeit verkündet, und der militärische Gruß, den ihm jeder erweisen muß. Der kleine Gymnasiast von gestern, den die Studienaufseher in die Enge trieben, kann nun Gleiches mit Gleichem vergelten.

⁷³⁸ *Bulletin des administrateurs des colonies*, Nr 2, April 1937 (zitiert von Delavignette, a. a. O., S. 117).

Augenblicklich wird er sich seiner „Führerseele“ bewußt und findet an einem System Gefallen, das ihm die Mittel gibt, sich ihr entsprechend zu verhalten. Die eintönige Tagesarbeit hält er dabei schon leichter aus. Berichte sind anzufertigen, wobei man nur die vorhergehenden Monats-, Vierteljahres- oder Jahresberichte mit den nötigen kleinen Veränderungen zu versehen hat, Eilboten warten auf Antwort, auf Runderlasse hin ist Bericht zu erstatten oder das Nötige anzuordnen. Einige Beamte verknöchern und werden durch und durch Bürokraten, die bar jedes menschlichen Gefühls sind. Sie haben nur noch Sinn für Karriere, Beförderung, Europaurlaub, Empfänge, Kirchturmsintrigen. Sie reden und schreiben im Ton von Runderlassen. Diese Beamten sind oft die Ärgsten für die Bevölkerung.⁷³⁹ Es gibt noch jene, die wie die SS-Leute der Konzentrationslager Lust an Szenen der Menschenschinderei finden: „Der große Chef, den ich mit der Reitpeitsche in seinem Büro regieren sah und der stolzgeschwellt den Diener kommen ließ, damit dieser das dabei von ihm verspritzte Blut aufwische, war sehr davon überzeugt, daß er gute Arbeit leistete! Er nannte diese Grausamkeitsanfälle sinnreich ‚Woche des Wohlwollens‘, – und das war im Jahre der Gnade 1943!“⁷⁴⁰ Hinter der Begierde nach Ungebundenheit, die für die koloniale Berufung so maßgeblich war, zeigten sich oft die dunkelsten, psychopathologische Fälle darstellenden Naturen. Ein Kolonialmediziner stand nicht an, zu schreiben: „... Die freiwilligen Psychopathen ... sind besonders zahlreich in den Kolonien. Ihr Prozentsatz ist hier viel höher als in Frankreich, denn sie gehören zur großen Schar der aus dem Gleichgewicht Gekommenen. Diese Psychopathen suchen das Kolonialleben. Ihre seelische Veranlagung läßt sie besonders nach der Exotik verlangen. Das Leben in den Tropen zieht sie an wie ein Magnet. Es bietet für ihre Triebe der Seele und Leidenschaft Befriedigung: Ungeahntes, Geheimnisvolles, Macht, Ungebundenheit, glänzende Taten, weite Reisen, sexuelle Neugier für unbekannte Rituale, Träume von Opium- oder Hasischrausch ... Das Kolonialleben setzt all ihre Wahnbilder in die Wirklichkeit um.“⁷⁴¹ Delafosse äußert von ihnen: „Jene [die Haltlosen] umgeben uns dicht. Wir haben immer mit ihnen Fühlung, in der Straße wie in den Salons der besten Gesellschaft. Nur kommt ihre Veranlagung, durch gesellschaftliche Rücksichten im Zaum gehalten, nicht zum Durchbruch,

⁷³⁹ Man findet in *D. Moran*, Tchad (Paris 1939), das schreckenerregende Bild eines Beamten dieser Art und seiner Gattin.

⁷⁴⁰ Pater *Lelong*, *Ces Hommes qu'on appelle anthropophages*, Paris 1946, S. 18.

⁷⁴¹ Dr. *Cazanove*, *Memento de psychiatrie coloniale africaine*, in: *Bulletin du Comité d'Études historiques et scientifiques de l'A.O.F.*, 1927, Nr 1, S. 140.

und diese Leute leben und sterben im Geruch vollkommenster Ehrbarkeit. Aber bringt sie in den Busch, frei und ledig all ihrer Rücksichten, die in Frankreich jede ihrer Handlungen, jede ihrer Gesten vorherbestimmten, gebt ihnen kitzelnde Machtfülle, noch mehr, *verlangt von ihnen Ergebnisse, ohne sie in Besitz der dazu notwendigen normalen Mittel zu setzen* [Hervorhebung von mir – J. S.-C.], und diese selben Menschen, die in Europa rechtschaffen gewesen wären, werden in Afrika Verbrecher.“⁷⁴² Die Tragödie bestand darin, daß man diesen Leuten freien Lauf ließ. Man begnügte sich damit, belustigt von ihren „glänzenden Taten“ zu erzählen, um die Schelmenchronik kolonialer Abendgesellschaften mit neuem Stoff zu versorgen. Solche Menschen waren im Gegenteil oft sehr gut angesehen, da der Schrecken, den sie der Bevölkerung einflößten, als „wirkungsvoll“ gewertet wurde. Es gab schließlich die Karrieristen, die, je nach ihrem Intelligenzgrad, mehr oder weniger Erfolg hatten, aber alle gleichermaßen ohne Skrupel waren. Ihre Zahl wuchs in dem Maße, in dem man in der Hierarchie hinaufkletterte. Sie hielten sich nicht im Busch auf, sondern waren bemüht, in den Hauptorten, so bald wie möglich in den Amtsstuben der Gouverneure und Generalgouverneure, Karriere zu machen, wozu sie politische Beziehungen verwerteten oder sich mit Haut und Haar in den Dienst irgendeiner Gruppierung der Finanzoligarchie stellten. Diese „guten Sitten“ bürgerten sich nicht erst nach dem ersten Weltkrieg ein, sie bestanden schon vorher.⁷⁴³ Auch waren sie keine Besonderheit der Kolonien, in Frankreich wurden sie nur weniger öffentlich zur Schau getragen. Manche Leute machten auch Karriere durch ihre Frauen, aber keinesfalls in dem Sinn, wie man das gewöhnlich versteht, sondern gewisse Generalgouverneure, besonders von Französisch-Äquatorialafrika, die sich dieser Manie überließen, bildeten sich aus den Gattinnen von willfähigen, auf rasche Beförderung erpichten Beamten eine Art Serail, wie einst Ludwig XV. in seinem Lustschloß „Parc aux Cerfs“! Bei diesen Zuständen konnte die Unredlichkeit ein Unterpfand für schnelle Beförderung sein. Jener Beamte, der am Vorabend des zweiten Weltkrieges in der Kasse der „Gesellschaft für Eingeborenenbevorratung“ von Kaolack einen Fehlbetrag von 2 Millionen hinterließ, wurde rasch Gouverneur. Wie mich zu jener Zeit ein hoher Beamter aufklärte, ist eine solche Angelegenheit, die gegen

⁷⁴² M. Delafosse, *États d'âme d'un colonial*, in: A.F., 1909, Nr 5, S. 164.

⁷⁴³ R. Randau (mit seinem wirklichen Namen Robert Arnaud, Leiter des Amtes für mohammedanische Angelegenheiten in Dakar von 1906–1912), hat sie in seinem Roman „Le Chef des porte-plumes“, Paris 1926, beschrieben.

den Betreffenden jederzeit gerichtsanhängig werden kann, für den Fall sehr günstig, daß man einen Gouverneur braucht, der keine Scherereien macht.

Einige Beamte, die eine Minderheit darstellten, vereinten die Rechtsschaffenheit mit einem klaren Bewußtsein von der Rolle, die ihnen zugewiesen war, aber sie schwiegen (es sei denn, sie waren ganz unter sich), da sie sich nicht in der Lage glaubten, die ihnen vorgeschriebene Ordnung zu verändern, und sie flüchteten sich in den Skeptizismus. Sehr selten waren jene Fälle, wo sich Beamte geradewegs dem antikolonialistischen Kampf anschlossen: ihr Wirksamwerden war fast ganz auf eine kurze Zeit um das Kriegsende herum beschränkt. In ihren eigenen Kreisen waren sie das Ziel einer unglaublichen Haßkampagne. Als „Verräter“ denunziert und isoliert, wurde die Willenskraft einiger von ihnen gebrochen. Jene, die genügend Energie hatten, um auszuhalten, wurden nach Frankreich abgeschoben oder einfach aus der Verwaltung entlassen. Sie verdienen eine besondere Würdigung, da wenige Menschen die moralischen und oft materiellen Heimsuchungen, die über sie verhängt wurden, hätten ertragen können.

b) Die Häuptlingschaft

Mehr als je zuvor blieb die Häuptlingschaft das unentbehrliche Räderwerk der Kolonialverwaltung, das entscheidende Exekutivorgan, das auf der untersten Verwaltungssprosse allen Anforderungen zu genügen hatte.⁷⁴⁴ Die Stellung des Häuptlingsamtes leidet ständig unter diesem Widerspruch: Auf der einen Seite kehrt man sie als Beweis für die Achtung der „Gebräuche“ und der „afrikanischen Institutionen“ heraus, die man ganz oder fast ganz auf die Häuptlingschaft beschränkt. Aber auf der anderen Seite erinnert man daran, daß sie nur durch Machtspruch des Kolonialherrn besteht und nur sein Werkzeug sein dürfe. Noch ein Widerspruch belastet das Amt des Häuptlings. Er ist auf der einen Seite Vertreter und ausübendes Organ der Kolonialverwaltung, auf der anderen Seite der allein anerkannte und verantwortliche Vertreter des afrikanischen Gesellschaftskollektivs, an dessen Spitze er gestellt ist. Er befindet sich auf diese Weise zwischen Hammer und Amboß. Kein Verwaltungsstatut und keine behördliche

⁷⁴⁴ Die vollständigste Untersuchung über die Chefferie ist gegenwärtig die von R. Cornevin, *L'évolution des chefferies dans l'Afrique noire d'expression française*, in: *Recueil Penant*: 1961, Nr 686, S. 235–250; Nr 687, S. 379–388, und Nr 688, S. 539–556.

Garantie sichern seine Stellung. Erwähnung findet er nur in den Rund-
erlassen, die bis zu den Jahren 1934–36 an sich keinen offiziellen Charakter
für die Stellung des Häuptlings schaffen.⁷⁴⁵ Inoffiziell besteht jedoch die
Verwaltungsgliederung Kantonhäuptling – Dorfhäuptling, die sich zuerst
in Französisch-Westafrika herausbildet, dann auf Französisch-Äquatorial-
afrika übertragen wird, wo man ihr einen etwas ausgeglicheneren Charak-
ter (Stammeshäuptling oder Bodenherr, was einer Gruppe von mehreren
Dörfern entsprach, Dorfhäuptling) verleiht. Dasselbe ist in Kamerun und
Togo der Fall. Zweifellos verpaßt man keine Gelegenheit, an die Notwen-
digkeit zu erinnern, zur Sicherung der Autorität der Häuptlinge ihre Wahl
unter Beachtung der örtlichen „Rechtsbräuche“ vorzunehmen und ihnen
die Möglichkeit zu geben, ihre Amtsbefugnisse würdevoll auszuführen. Ein
Beispiel dafür ist der ministerielle Runderlaß vom 9. Oktober 1929. Noch
in der Dämmerung der Kolonialherrschaft stimmt Eboué das ewige La-
mento über die Notwendigkeit an, „wirklich traditionsgemäße Häuptlinge“
zu suchen, einzusetzen und ihnen die notwendige Autorität zu geben.⁷⁴⁶
Er zitiert die berühmte Regel von Lyautey: „In jeder Gesellschaft ist eine
herrschende Klasse vorhanden, die zum Herrschen geboren ist, ohne die
man nichts macht. Sie ist in unserem Interesse zu nutzen...“. Aber jeden
Augenblick erinnern andere Erklärungen an die schon von van Vollenhoven
formulierte Theorie, Macht nur in die Hand des Kolonialherrn zu geben.
Der Häuptling ist lediglich das Werkzeug, das der Kolonialherr sich zur
Ausübung dieser Macht schafft, das er ein- und absetzt: „Er ist kein Rechts-
nachfolger für den früheren eingeborenen Kleinkönig... Selbst wenn es
die gleiche Person ist, ist der alte und der neue Stand der Dinge in nichts
derselbe. Der Kantonhäuptling, selbst als Nachkomme des Königs, mit
dem wir verhandelten, hat keine eigene Macht. Von uns nach einer im
Prinzip bedingungsweisen Wahl ernannt, ist und bleibt er nur unser Ge-
hilfe...“.⁷⁴⁷ Und Gouverneur Reste bemerkt ausdrücklich: „Der Kanton

⁷⁴⁵ Runderlaß Bréviés vom 27. September 1932 für Französisch-Westafrika. 1934–1936
in den verschiedenen Territorien Französisch-Westafrikas ergangene Erlasse legten
endlich ihre Rechtsstellung fest. In Französisch-Äquatorialafrika legt ein Allgemein-
erlaß vom 28. Dezember 1936 ihre Amtsgliederung offiziell fest. In Kamerun da-
gegen waren die Häuptlinge schon frühzeitig mit Amtsgliederung, Ordensauszeich-
nungen und sogar Uniformen versehen.

⁷⁴⁶ F. Eboué, *La Nouvelle politique indigène en A.E.F.*, Paris 1945.

⁷⁴⁷ Bericht des Kolonialinspektors Maret (5. Dezember 1930). Zitiert von R. Cornevin,
L'évolution des chefferies dans l'Afrique noire d'expression française, in: *Recueil*
Penant, Nr 687, Juni–August 1961, S. 380.

ist aus einer Anzahl von Dörfern gebildet. Er ist unter die Autorität eines *Beauftragten des Amtes für Eingeborenenangelegenheiten* [Hervorhebung von mir – J. S.-C.] gestellt, der die Bezeichnung Kantonhauptling erhält. Diesem hilft unter Umständen ein Sekretär, der ihm zur Seite ist und ihn notfalls vertritt. Die Kantonhäuptlinge und der Sekretär des Kantons-häuptlings werden vom stellvertretenden Gouverneur auf Vorschlag des Kreiskommandanten ernannt.“⁷⁴⁸ „Für diese Ernennung... gibt es und kann es keine Regel geben. Alles hängt von den Umständen ab. Wie soeben gesagt, besteht der Grundsatz darin, daß unsere Wahl ganz unbeschränkt ist. Es handelt sich um eine Stufe der Befehlsgewalt, die von uns geschaffen wurde, und nicht etwa um eine von uns geschonte gewohnheitsrechtliche Einrichtung.“⁷⁴⁹ Und der Kolonialinspekteur, von dem diese unzweideutigen Zeilen stammen, sagt ausdrücklich, daß die Wahl des Häuptlings aus früher regierenden Familien mit Rücksicht auf ihr Prestige empfehlenswert ist, aber nur aufrechtzuerhalten sei, wenn sie nicht in anderer Beziehung Anlaß zu Ungelegenheiten erzeuge. Dasselbe will Generalgouverneur Cardes Ausspruch besagen: „Wir sollten kein unbegrenztes Überwiegen von gewissen unfähigen oder unerwünschten Familien gestatten.“⁷⁵⁰ Wenn alte Familien fehlen, so empfiehlt er, die Häuptlinge aus der gebildeten Schicht der afrikanischen Angestellten zu erwählen. Damit ist schon gesagt, daß alle alten Mißbräuche weiterbestanden. Es wurden blindlings Häuptlinge ernannt, die entweder keine altüberlieferte Autorität besaßen oder die landesfremd waren. Das ist besonders in den Gebieten der Fall, wo die Einrichtung der Häuptlingschaft als Ausdruck einer staatlichen Gewalt vor der Kolonialherrschaft unbekannt war. Zahlreiche Gebiete Französisch-Äquatorialafrikas, des Waldlandes von Guinea, das Atakora-Gebiet, das Lobi-Land und andere, sind Beispiele dafür. Man wird fortfahren, gute Angestellte, ehemalige Soldaten, ja frühere Dienstboten von hochgestellten Persönlichkeiten mit diesen Posten zu belohnen. Kurz vor dem zweiten Weltkrieg entstanden in einem Kanton Guineas Meinungsverschiedenheiten, weil als Häuptling ein früherer Dienstbote des amtierenden Generalgouverneurs eingesetzt worden war, den der Gouverneur, ungeachtet seiner Vorbehalte, nicht zurückzuweisen gewagt hatte. Aber als ein im Lande geborener Vollstrecker von Aufgaben der Kolonialverwaltung steht der Häuptling keineswegs im Angestelltenverhältnis. Um den drückenden öffentlichen Aufgaben, zu deren Erfüllung die Verwaltung ihn zwingt, nachkommen zu

⁷⁴⁸ Colonie de la Côte d'Ivoire. *Programme d'action économique, politique et sociale*, Abidjan 1933, S. 185.

⁷⁴⁹ Bericht Maret, am zitierten Ort.

⁷⁵⁰ Runderlaß vom 11. Oktober 1929.

können und um für sich selbst in seiner Armut zu sorgen, darf er ein unbedeutendes Scherfflein der Steuersumme beanspruchen. Die Verwaltung muß also vor den zusätzlichen Forderungen, die der Häuptling an die Bevölkerung stellt, um seine spärlichen Einkünfte aufzubessern, die Augen schließen, seien diese Forderungen nun „gewohnheitsrechtlich“ oder nicht. So kommt es infolge dieser Nachteile indirekt doch zu einem Verhältnis, das einem Anstellungsverhältnis etwas ähnelt. Gouverneur Reste führt zuerst in Dahomey, dann in der Elfenbeinküste zugunsten der Kantonhäuptlinge eine Rangordnung mit fester Bezahlung ein. Dieses System kommt in den Jahren 1934–36 zu allgemeiner Geltung, ohne jedoch eine grundsätzliche Veränderung der Stellung der Häuptlinge zu bedeuten. Zunächst deshalb nicht, weil dieses System nur die obere Stufe, die der Kantonhäuptlinge, betraf. Die Dorfhäuptlinge hatten für ihre Aufgaben nur ein kleines Scherfflein an der Steuer zu beanspruchen. In Kamerun waren es 3 Prozent der Steuer, wenn diese im ersten Vierteljahr, 2 Prozent, wenn sie im zweiten Vierteljahr, und nur 1 Prozent, wenn sie später einging. Die Kantonhäuptlinge dagegen erhielten 10 Prozent neben ihrer Bezahlung.⁷⁵¹ Schließlich aber war die gewährte Bezahlung äußerst gering. In der ersten Zeit bewegte sie sich in der Elfenbeinküste für die Kantonhäuptlinge zwischen 2600 und 18 000 Franken jährlich, für die Sekretäre, die im Ergebnis öffentlicher Bewerbung auf ein Jahr Probezeit und nach dessen Ablauf fest angestellt wurden, schwankte die Bezahlung im Jahr zwischen 1500 und 2400 Franken.⁷⁵² In Guinea liegen 1934 die Jahresentschädigungen zwischen 250 Franken, die der Häuptling von Kassa auf den Los-Inseln erhält, und 11 200 Franken, die das Jahresgehalt des Almami Bokar Biro, des Kantonhäuptlings von Dabola, bilden.⁷⁵³ Der Durchschnitt bewegt sich zwischen 2000 und 4000 Franken. In der Elfenbeinküste gibt es 1937 500 Kantonhäuptlinge, auf die 1 500 000 Franken Bezahlung entfallen. Im Durchschnitt sind das 3000 Franken pro Jahr. Delavignette erklärt, daß dagegen die europäischen Beamten der Kreise und Unterbezirke der Elfenbeinküste, ohne die Büros der Hauptorte, 7 430 000 Franken jährlich kosten.⁷⁵⁴ Der „Oberhäuptling“ von Nikki in Norddahomey, der Erbe der früheren Großkönige der Ba-

⁷⁵¹ Bittschrift an die UNO vom 28. Oktober 1952, ausgehend von 35 Dorfhäuptlingen von Ndogbessel, Unterbezirk von Eseka (Kamerun).

⁷⁵² Die immer komplexeren Aufgaben, die dem Häuptling übertragen werden, zwingen dazu, ihm einen schriftkundigen Sekretär beizugeben (Colonie de la Côte d'Ivoire. Programme d'action . . . , usw., am zitierten Ort).

⁷⁵³ Erlaß des Gouverneurs von Französisch-Guinea vom 21. Dezember 1934.

⁷⁵⁴ R. Delavignette, *Les vrais Chefs de l'Empire*, Paris 1939.

riba, „erhält jeden Monat von dem Ressortbeamten ein Gehalt, das merklich unter dem der Hilfsordonnanz des Unterbezirks liegt“.⁷⁵⁵ Dieses symbolische Gehalt ändert im Grunde genommen nichts an der Stellung der Häuptlinge. Die Autorität, die man den Häuptlingen zu geben behauptet, ist andererseits durch die Anforderungen, die man an sie stellt, harten Belastungen unterworfen. „Bei der großen Inanspruchnahme durch komplizierte Geschäfte [klarer gesagt, durch den amtlichen Papierkrieg – J. S.-C.] benötigt der Kreiskommandant oder der Leiter des Unterbezirks Mittelsleute, damit er den eingeborenen Einwohnern seines Verwaltungsbereichs seine Anordnungen und Belehrungen zur Kenntnis bringen und die Durchführung überwachen kann.“⁷⁵⁶ Der Kommandant hält sich auf Kosten des Häuptlings von der praktischen Ausführung der komplizierten Aufgaben und damit auch von der der zusätzlichen amtlichen Forderungen frei, die an die Afrikaner gestellt werden. Für den Häuptling ist es um so schlimmer, wenn die gestellte Aufgabe nicht zu erfüllen geht. Gehen die Steuern oder die Pflichtbeiträge zu den „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ nicht ein, ist die Straße schlecht unterhalten, werden die behördlich geforderten Waren nicht oder nicht in gewünschter Menge geliefert, ist die Mannschaft für die Zwangsarbeit oder die Ergänzung der Schützen nicht gestellt worden, so kommt er ins Gefängnis oder wird abgesetzt. Es bleibt allein ihm überlassen, Mittel und Wege zu finden, um mit den gestellten Aufgaben zurechtzukommen – der Beamte kann hinsichtlich der Wahl dieser Mittel ein ruhiges Gewissen haben. Das heißt, man überläßt es dem Häuptling, sich die Hände schmutzig zu machen; der Kommandant spielt den Unwissenden. Für einige Auszeichnungen, die die Regierung dem Häuptling erteilt, riskiert dieser beständig sein Amt und seine persönliche Freiheit. Dem Grundsatz nach ist der Kantonhäuptling dem System des Eingeborenenstatus entzogen und die Verwaltung kann ihn nicht einfach ins Gefängnis werfen, aber es ist natürlich immer Anlaß gegeben, ihn durch das Gericht festnehmen zu lassen, wenn man das will. In einer Mitteilung „an die Kantonhäuptlinge“ schärft der Kreiskommandant von N'Zérékoré in Guinea ihnen ein: „... Sie müssen das Feld des Kommandanten, das Fronarbeitsfeld und das individuelle Feld bestellen. Stellen Sie die Kautschuktrupps frei, damit die Männer dieser Trupps den Anbau vornehmen können. Ein Kanton ist das wert, was sein Häuptling wert ist: es gibt im Kreise sehr gute Häuptlinge, also sehr gute Kantone. Leider gibt es auch

⁷⁵⁵ Bericht des Beamten M. Bramoulé. Zitiert von P. Mercier, *Les Tâches de la sociologie*, Dakar 1951, S. 78.

⁷⁵⁶ Colonie de la Côte d'Ivoire. *Programme d'action* ... usw., am zitierten Ort, S. 179.

schlechte Kantone, also mittelmäßige Häuptlinge, die ihre Amtstätigkeit verbessern müssen, wenn sie nicht die Strafe treffen soll, die ich jederzeit, wenn es nötig ist, verhängen werde: Absetzung oder einfach Auflösung des Kantons, der einen gutem Kanton eingeordnet werden wird.“⁷⁵⁷ Was die einfachen Dorfhäuptlinge betraf, so wurden sie mit körperlichen Züchtigungen, was ungesetzlich war, aber dennoch ständig geschah, oder mit Gefängnis (auf gesetzliche Weise) für ihre Vergehen oder ihre Unterlassungen bestraft. In einem Reisebericht meldet der Kommandant des Kreises von Louga in Senegal: „Am Donnerstag, dem 11., begab sich der Kreiskommandant nach Léona, um den neuen Kantonhäuptling einzusetzen . . . Die Dorfhäuptlinge waren jeder persönlich von den Kreiswachen dazu beordert worden. Nur vier hatten nicht Folge geleistet. Sie wurden unverzüglich festgenommen und nach Louga gebracht, zur ersten Kontaktaufnahme und um zu zeigen, daß jede Säumigkeit unmittelbar bestraft wird . . .“⁷⁵⁸ Es gibt kaum einen Dorfhäuptling, der nicht bei dieser oder jener Gelegenheit mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht hätte . . . Pater Lelong führt als „sehr auffallend“ das Beispiel eines Dorfhäuptlings im Kreis von N'Zérékoré an, der noch niemals im Gefängnis gesessen hatte.⁷⁵⁹ Eboué bedauert nach vielen anderen diese Verfahrensweise der Kolonialisten: „ . . . Das Eingeborenestatut wird auf Dorfhäuptlinge nur mit der äußersten Klugheit angewendet werden. Meine Instruktion lautet, daß der Beamte eines Unterbezirks, der seine Aufgaben versteht, es nicht nötig hat, disziplinarisch Gefängnis über einen Dorfhäuptling zu verhängen.“⁷⁶⁰ Aber diese Ratschläge, die mit den Forderungen und den Annehmlichkeiten der Kolonialverwaltung wenig vereinbar waren, wurden wenig befolgt. Unter der beständigen Androhung der Ausübung des Zwanges pflanzt der Häuptling den Zwang auf die afrikanischen Bewohner seines Verwaltungsbezirks fort. Dieser Zwang bleibt im Endergebnis einzige feste Basis der Autorität des Häuptlings. „Bis in die letzte Zeit war der afrikanische Häuptling Dienstbote des Kreiskommandanten. Da er mit diesem nur über den Kreiswachmann in Verbindung treten konnte, übte er ebenfalls die Autorität der unbarmherzigen Lederriemenpeitsche aus . . . Der Häuptling war der Mann, der für den Kommandanten Hühner be-

⁷⁵⁷ Promemoria Nr 310 vom 23. Februar 1944. Zitiert von Pater *Lelong*, *Ces Hommes qu'on appelle anthropophages*, a. a. O., S. 264.

⁷⁵⁸ Bericht des Beamten Mercadier, September 1934. Archives du Sénégal, 1 D 2/28. Rapport des cercles 1933–1934.

⁷⁵⁹ Pater *Lelong*, *Ces Hommes qu'on appelle anthropophages*, a. a. O., S. 50.

⁷⁶⁰ *F. Eboué*, am zitierten Ort.

schlagnahmte, dem Kommandanten Tagelöhner verschaffte, usw. In einem Wort, er war der harte Überwachungsmann für die Verwaltung. Sein Ansehen richtete sich nach der Fähigkeit und Schnelligkeit, mit der er den zahlreichen amtlichen Forderungen Genüge tat. Furchtbar unterdrückt, pflanzte er die Unterdrückung fort.“⁷⁶¹ Eine senegalesische Zeitschrift beschreibt die Steuererhebungsmethoden eines Kantonhäuptlings wie folgt: „Um die in seinem Kanton rückständigen Steuern einzuziehen, läßt Kantonhäuptling Saliff Fall alle Eingeborenen, die ihm im Laufe seiner Steuererhebungstournee nicht ihre Steuerzahlungsbescheinigung vom vergangenen Jahr vorlegen können, an einen Strick legen. Diese Unglücklichen werden anschließend vor dem versammelten Dorf bis aufs Blut gepeitscht. Um die Autorität des Kantonhäuptlings besser zur Geltung zu bringen, reibt er ihnen die Wunden anschließend mit feuchtem Salz ein. Aber Saliff Fall ist nicht nur ein Folterknecht. Er ist auch ein Häuptling, der das Geld liebt, und der vor keinem Mittel zurückschreckt, sich solches zu verschaffen. Er hat in seinem Kanton eine Sondersteuer eingeführt, die dazu bestimmt ist, seine persönliche Kasse zu bereichern. Jeder Carré-Häuptling⁷⁶² muß ihm einen Ochsen entrichten. Aus dem ihm so gestellten Vieh hat er bereits eine Herde von 17 Haupt bilden können. Und das ohne die Strafgebühren, die über die unglücklichen Eingeborenen dieses Kantons verhängt wurden und die ein kleines Trinkgeld für den Häuptling sind.“⁷⁶³ Wenn im Futa Djalon, wo die feudale Tradition das Häuptlingtum besonders unterdrückerisch macht, der Augenblick der Steuererhebung oder der Ernten herangekommen ist, befinden sich die Wachmannschaften (Batulabe) und Söhne oder Verwandten der Häuptlinge auf „Dienststreisen“, auf denen sie die Landschaften auspressen. Die „gewohnheitsrechtlichen Abgaben“ umfassen dem Grundsatz nach die Fronarbeit auf den Häuptlingsfeldern, Abgaben von den Ernten und Nachlässen. „*Sie wechseln im höchsten Grade* [Hervorhebung im zitierten Text], je nach den Kantonen innerhalb desselben Unterbezirks, denn sie hängen zugleich von der Persönlichkeit und der Begehrlichkeit des Häuptlings und seiner Umgebung ab.“⁷⁶⁴ Das Prinzip der feudalen „Hilfeleistung“ (außerordentliche Beisteuer zu außerordentlichen Aufwendungen) wird häufiger und häufiger angewandt. Noch 1953 legen die Häuptlinge des Futa, wenn sie ein Haus oder einen ameri-

⁷⁶¹ Le Reveil (Dakar), Nr. vom 10. Oktober 1949.

⁷⁶² Leiter der Großfamilie, die einen bestimmten zugeteilten Landabschnitt, sogenanntes Carré („Quadrat“), innehat.

⁷⁶³ *Le Périscope africain* vom 5. Dezember 1934.

⁷⁶⁴ Archives de Dalaba (Guinea). Bericht vom 9. Januar 1955.

kanischen Wagen kaufen oder eine Pilgerreise nach Mekka unternehmen, eine Pro-Kopf-Steuer auf die Bevölkerung. Aus Anlaß jedes religiösen oder offiziellen Festes verlangen sie von jeder Familie 50 Franken als zusätzliche Steuer, für den 14. Juli und den 11. November 25 Franken pro Kopf, aus Anlaß der Bevölkerungszählung 15 Franken. Die Steuer wird sogar für die Toten und für Kinder im Alter von sieben Jahren erhoben. Im Fall des Ablebens eines Erwachsenen im Alter von mehr als 25 Jahren werden 10 000 Franken oder zwei Ochsen als „Erbchaftsgebühr“ gefordert. Ist eine solche Summe nicht zu erbringen, so konfisziert man die von dem Verstorbenen hinterlassenen Äcker. Hat der Verstorbene kein Kind, so wird die Herde konfisziert. Manchmal werden seine Vorratsspeicher entleert, ohne dem überlebenden Gatten das Geringste davon zu lassen. Die Widerstrebenden bekommen die Prügelstrafe, erhalten die Kleider zerrissen, und man läßt sie zwei Tage ohne Essen in gebundenem Zustand. Ihr Vieh wird beschlagnahmt.⁷⁶⁵ Sie können sich glücklich schätzen, wenn man ihnen das Leben läßt. Die Abberufungen der Häuptlinge für Gewalttaten und Morde sind nicht selten, noch weniger die Klagen darüber, daß solche Taten ohne gerichtliche Verfolgung gelassen wurden... „Wie viele umfangreiche Akten über regelrechte Erpressungen wurden in den Kreisbüros begraben... Wie viele mehr oder weniger verdächtige Angelegenheiten werden in den Unterbezirken des Futa noch mit viel zu viel Nachsicht behandelt... Wieviel allgemein bekannte Plünderungen und noch ärgere Sachen, die mit Wissen der Verwaltung und der Rechtsprechung ausgeführt wurden, bleiben unbestraft.“⁷⁶⁶

c) Die Vertreterkörperschaften

Das rein selbstherrliche System der „Befehlsherrschaft“ hatte seine Nachteile. Der Kommandant, der einzig von seinen Kantonhäuptlingen, seinen Kreiswachen und politischen Beauftragten informiert wurde, konnte sehr wohl in Unkenntnis über viele wichtige Tatsachen und Vorgänge in seinem Unterbezirk gehalten werden. Andererseits betrachtete die Öffentlichkeit Frankreichs und des Auslandes mit einigem Erstaunen dieses System, das eine Republik zu seiner Beschützerin hatte, die ihre Treue gegenüber den Prinzipien der Demokratie behauptete. Der Deputierte Diagne hatte allerdings das französische Bürgerrecht für seine Wähler der vier Gemeinden

⁷⁶⁵ Archives de Dalaba. Plaintes (1951–1956).

⁷⁶⁶ Ebenda, Bericht vom 9. Januar 1955.

des Senegal erhalten, und dieses Zugeständnis von Clemenceau war nicht ohne Einfluß nach außenhin geblieben. Die amerikanischen Schwarzen, die an die schärfste Rassendiskriminierung gewöhnt waren, wunderten sich, einen Afrikaner, der von schwarzen Bürgern gewählt war, im Deputiertenhaus zu sehen und waren bereit, den Liberalismus Frankreichs zu loben. Dennoch handelte es sich nur um ein sehr kleines Zugeständnis. In dem Augenblick, in dem man Deutschland für unwürdig erklärt hatte, Kolonialmacht zu sein, und wo die USA im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sich den Ansprüchen des französischen Imperialismus widersetzen, war es nicht ohne Bedeutung, zu versichern, daß Frankreich die Absicht habe, seinen Kolonien Vertreterkörperschaften geben zu wollen. Das war die Ursache für die Dekrete vom Mai 1919. Ein erstes Dekret vom 15. Mai 1919 betraf das Munizipalsystem. Bis dahin hatten außer den vollberechtigten Gemeinden nur die Gebiete mit direkter Verwaltung in Senegal die Möglichkeit gehabt, Kommunalverwaltungen zu besitzen. Ein Dekret vom 13. Mai 1891 gestattete hier die Bildung von „gemischten“ Gemeindeverwaltungen, deren Verwaltung einem „Bürgermeisterbeamten“ (Administrateur-Maire) oblag, dem eine Munizipalversammlung zur Seite stand. Die Munizipalversammlung wurde vom Gouverneur ernannt, und sie spielte kaum eine andere als eine beratende Rolle. Das Dekret sah auch die Bildung von Eingeborenen-Stadtgemeinden (*communes indigènes*) vor, die niemals gebildet wurden. Einzig derjenige Teil des Dekrets, der sich auf die „zusammengesetzten“ Gemeindeverwaltungen bezog, war in einigen „Rastorten“ des Senegal durchgeführt worden. Das Dekret von 1919 sah die Bildung solcher zusammengesetzter Gemeindeverwaltungen im ganzen Umfang der Kolonie Senegal vor. Ein zweites Dekret vom 21. Mai 1919 gestattete die Bildung von „Spitzenräten der Eingeborenen“ (*Conseils de notables indigènes*) in den einzelnen Verwaltungsunterbezirken. Diese Räte, die unter dem Vorsitz eines Beamten standen, mußten 8 bis 16 Mitglieder umfassen, die der Gouverneur auf Vorschlag des Kreiskommandanten ernannte. Ihre Rolle war ausschließlich beratend. Die wirkliche Tragweite dieser Maßnahmen war, wie sich also zeigt, sehr begrenzt. Sie hatten vor allem den Zweck, in Frankreich Eindruck zu machen und die politischen Forderungen zu beschwichtigen, die in Afrika selbst erhoben wurden. In Senegal „spricht man davon, etwa 20 Ortschaften zu Gemeinden mit vollem Bürgerrecht zu erheben . . . , Thiès, Tivaouane, usw.“⁷⁶⁷ Die

⁷⁶⁷ J. B. Forgeron, *Le Protectorat en Afrique occidentale française et les chefs indigènes*, Bordeaux 1920.

Parteilgänger der Assimilationspolitik erhofften sich eine weitgehende Befriedigung ihrer Forderungen. Aber diese Politik rief hinwiederum heftige Proteste solcher Kolonialisten hervor, die ihrerseits die Beseitigung der Privilegien der vier vollberechtigten Gemeinden des Senegal forderten und die diese Privilegien als unannehmbar, als gefährliches Beispiel bezeichneten.

Nach der Unterzeichnung des Friedens von Versailles und der Wahl einer Kammermehrheit der Rechten in Frankreich fühlte sich die koloniale Gruppe der Reaktion frisch gestärkt. Von seiten der Radikalen stellte sich die notwendige Zustimmung heraus, wobei sie sich natürlich veranlaßt sahen, vor den Wählern ihre Treue zu ihren „unsterblichen Prinzipien“ zu erklären, obwohl sie schon lange im großen Kolonialgeschäft mit von der Partie waren. Kolonialminister Albert Sarraut gab vor dem Senat diese Erklärung ab: „Wenn meine Eingeborenenpolitik vollkommen auf dem Boden der Notwendigkeit von gewissen örtlichen Konsultativversammlungen steht, die aus Eingeborenen bestehen sollen, die durch ein entsprechendes Wahlrecht in der Eingeborenenstadtgemeinde zu wählen sind, so sage ich doch sehr deutlich, daß diese Politik keiner mehr oder weniger getarnten Abdankung unserer Oberhoheit dient.“⁷⁶⁸ Dieses Einverständnis kam auch in den Dekreten vom 4. Dezember 1920, die die verwaltungsmäßige Reorganisation Französisch-Westafrikas betrafen, zum Ausdruck.⁷⁶⁹ Man wagte zwar nicht, die Erteilung des Bürgerrechtes an die vier Gemeinden zurückzunehmen, aber mit der Aufhebung des Unterschiedes zwischen den „direkt verwalteten Gebieten (territoires d'administration directe) und den „Protektoratsländern“ („pays de protectorat“) wurde der Senegal verwaltungsmäßig einheitlich. Der Haushalt der „direkt verwalteten Gebiete“ wurde bis dahin vom Allgemeinen Rat (Conseil général) des Senegal bewilligt, dessen Wahl den Bürgern der vier vollberechtigten Gemeinden zustand. Der Conseil général wurde nun zum „Conseil colonial“, der zwei Kategorien von Gewählten umfaßte, die aus zwei verschiedenen Wahlversammlungen hervorgingen. Die „Bürger“ (Citoyens) hatten 24 Ratsmitglieder (anstelle von bisher 20) zu wählen, aber die Abstimmung wurde von allen Citoyens des Senegal vorgenommen und nicht nur von denen der vier vollberechtigten Gemeinden. Dahinter verbarg sich in Wirklichkeit

⁷⁶⁸ A.F., 1920, Nr 2, S. 97.

⁷⁶⁹ Der Wortlaut dieser Dekrete gab übrigens Niger und Mauretanien den Status einer Kolonie. Ferner gab er „Obersenegal-und-Niger“ die Bezeichnung Französisch-Sudan zurück.

ein Zugeständnis an die Europäer im Innern, die außer sich waren, daß sie nicht wählen sollten, während die Afrikaner von Dakar und St. Louis das Recht dazu besaßen. Zu den von den Citoyens gewählten Ratsmitgliedern kamen 16 weitere (später wurden es 18) als Vertreter der Kolonialuntertanen (Sujets) Frankreichs. Diese Vertreter der Kolonialuntertanen wurden von den Provinz- und Kantonhäuptlingen gewählt, waren also völlig von der Kolonialverwaltung abhängig. Andererseits wurde es dem Ermessen der Generalgouverneure anheimgestellt, die bisher in Senegal bestehende Möglichkeit zur Bildung von „Zusammengesetzten Gemeinden“ auf ganz Französisch-Westafrika auszudehnen. Für die Wahl der Stadtgemeinde waren in diesem Fall drei Verfahrensweisen als verschiedene Möglichkeiten („Stufen“!) vorgesehen.⁷⁷⁰ In der ersten vorgesehenen Regelung sollten die Abgeordneten der Stadtversammlung aus einer Liste von Notabeln vom stellvertretenden Gouverneur unter Beratung durch den Obersten Rat der Kolonie (Conseil d'administration bzw. Conseil privé) bestimmt werden. Die zweite Regelung sah vor, die Stadtverordneten nach einem beschränkten Wahlrecht zu wählen. In diesem Fall sollten die Abgeordneten zu 50 Prozent von den „Bürgern“ (Citoyens) und zu 50 Prozent von einem Gremium afrikanischer Notabeln gewählt werden. Dabei galt für die Citoyens die Bestimmung, daß das passive Wahlrecht nur Personen besaßen, die nicht Angestellte öffentlicher Dienste waren. Die Abgeordneten waren aus diesem Grunde automatisch Vertreter der Handelswelt und der Colons. Dem erwähnten Gremium, das als Wahlversammlung der „Untertanen“ (Sujets) zu fungieren hatte, gehörten an: beruflich tätige oder pensionierte Angestellte der öffentlichen Dienste, Mitglieder der Ehrenlegion oder Inhaber der Kriegsverdienstmedaille (Médaille militaire), Bezieher von Pensionen, Eigentümer registrierter Grundstücke, Gewerbesteuerpflichtige mit einer jährlichen Steuerleistung über 200 Franken und zu diesem Zweck vom Bürgermeisterbeamten ernannte afrikanische Würdenträger, die zugleich Grundbesitzer sind. Die dritte Regelung, die die Wahl der Stadtverordneten nach dem allgemeinen Wahlrecht einschloß, fand keine Anwendung. In jedem dieser drei Fälle war die behördliche Allmacht eingeschränkt worden, da die Stadtversammlung nur eine beratende Rolle spielte. In zwanzig Jahren wurde das System der „Zusammengesetzten Gemeinden“ fast nur auf die Hauptorte der Kolonien und auf einige wichtige Städte angewendet, wo es den Vertretern der Geschäftskreise und des Colonats ein Mitspracherecht in den kommunalen Angelegenheiten gab. 1939 gab

⁷⁷⁰ Dekret vom 4. Dezember 1920, verändert durch Erlaß vom 27. November 1929.

es 23 derartiger „Zusammengesetzter Gemeinden“, wovon allein 14 auf den Senegal entfielen. Die stellvertretenden Gouverneure hatten das Recht erhalten, „eingeborene Stadtgemeinden“ zu errichten, wovon sie jedoch niemals Gebrauch machten.⁷⁷¹ Das war auch in Französisch-Äquatorialafrika so, wo ein in Kraft gebliebenes Dekret vom 14. März 1911 dem Generalgouverneur zugestanden hatte, über die Bildung entweder von „Zusammengesetzten Gemeinden“ oder von afrikanischen Stadtgemeinden sowie über die Festsetzung ihrer Geschäftsordnung zu befinden. Die Räte aus einheimischen Notabeln (Conseils de notables), in denen Delafosse und einige andere lebendige Körperschaften zu sehen gewünscht hätten, befanden sich ihrem Grundsatz nach zu sehr im Widerspruch mit dem Geist der „Befehlsherrschaft“, um irgendeine Zukunft haben zu können. Im Prinzip traten sie zweimal jährlich zusammen und mußten verbindlicherweise in folgenden Fragen um Rat angegangen werden: Erstens hinsichtlich des Systems und der Modalitäten der Steuersätze der Afrikaner; zweitens bei der Festsetzung der Summen für den persönlichen Freikauf von Fronarbeiten; drittens in Fragen der Erhebung der Naturalsteuer; viertens bei der Ausführung von Arbeiten, die für den jeweiligen Unterbezirk von Interesse waren. Kurzum, man beschäftigte diese Räte bei der Vorbereitung der Pläne für die Durchführung der Volkszählung zum Zwecke der Steuerveranlagung, der Steuereinzahlung und der Aushebung von Arbeitskräften. Im allgemeinen hatte die Erfahrung ihre Mitglieder dahingehend belehrt, sich darauf zu beschränken, dem Kommandanten das zu sagen, was er gerade hören wollte. Ihr Einfluß war gleich Null. Im Conseil de gouvernement, der beim Generalgouverneur von Französisch-Westafrika in Dakar bestand, bzw. innerhalb der in den einzelnen Kolonien bestehenden Conseils d'administration (in Senegal Conseil privé genannt) gab es zwar auch Mitglieder, die nicht Angestellte der Kolonialverwaltung waren, aber sie kann man ebenso wenig als „Volksvertreter“ ansehen. In Französisch-Westafrika wurden diese Mitglieder bis 1925 von der Kolonialverwaltung ernannt, wenn man von dem Delegierten Französisch-Westafrikas im Obersten Rat der Kolonien (Conseil supérieur des colonies) in Paris absieht, der von den Bürgern (Citoyens) der „Föderation“⁷⁷² gewählt worden war und der automatisch Mitglied des Conseil de gouvernement Französisch-Westafrikas war. In all

⁷⁷¹ Es gab eine einzige Ausnahme: Agoué in Dahomey.

⁷⁷² Die Citoyens Französisch-Westafrikas und Französisch-Äquatorialafrikas wählten für jede Koloniengruppe (Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika) je einen Delegierten in den „Obersten Rat der Kolonien“ („Conseil supérieur des Colonies“), einen Scheinorganismus mit Sitz in Paris.

diesen Obersten Räten saßen keine Afrikaner. 1925 wurde ein Teil dieser Delegierten von Amts wegen gewählt bzw. ernannt (Vertreter der Handelskammern, des Conseil colonial Senegals, usw.), und schließlich legte man ihre Zahl auf vier „Citoyens“ und vier „Eingeborene“ fest. Auf dieselbe Weise saßen in den Conseils d'administration jeder einzelnen Kolonie je zwei „Citoyens“ und je zwei „Eingeborene“.⁷⁷³ Einzig die Mitglieder, die den Handel oder das Colonat vertraten, ließen sich hören, während die anderen fast nur die Rolle von Statisten spielten. In Französisch-Äquatorialafrika kommen erst 1936 zu den drei von den Handelskammern gewählten Citoyens drei einheimische Notabeln hinzu, die nach eingeschränktem Wahlrecht gewählt wurden.⁷⁷⁴ In jedem dieser Fälle waren die Gouverneure und Generalgouverneure nur in gewissen Fällen verpflichtet, die Meinung dieser Ratskörperschaften einzuholen, ohne jedoch zur Befolgung ihrer Ratschläge verpflichtet zu sein. 1932 verbreitete ein Runderlaß von Brévié die propagandistischen Schlagworte sogenannter „Dorfräte“ und „Kantonsräte“. Diese Räte waren nicht wählbar. Die Dorfräte sollten aus Familienhäuptlingen, die Kantonsräte aus Dorfhäuptlingen zusammengesetzt, bzw. „nach dem landläufigen Brauch“ ernannt werden. „Diese Art automatischer Bildung würde die Konkurrenzbewerbungen ausschalten, die individuellen Ernennungen vorausgehen.“⁷⁷⁵ Dieses System, das auch in Kamerun und Togo eingeführt wurde, hatte nicht mehr praktische Konsequenzen als die Einrichtung der Räte afrikanischer Honoratioren.

d) Das Eingeborenenstatut. Das Justizsystem

Die rechtliche Unmündigkeit, der der Nichtbürger, der Untertan – um die offizielle Terminologie anzuwenden – unterworfen wird, beschränkt sich nicht auf den Ausschluß vom Wahlrecht. Der Untertan ist dem System des Eingeborenenstatuts unterworfen. Wie zahlreichen anderen kolonialen Einrichtungen, so liegt diesem System die Kolonialgesetzgebung in Algerien zugrunde. In Algerien selbst war sein Charakter so ungewöhnlich erschienen, daß man es nur auf Schleichwegen und unter dem Deckmantel einer vorläufigen Regelung einzuführen gewagt hatte. Es bestand darin, daß es den

⁷⁷³ Die gleichen Grundsätze wurden in Kamerun und Togo angewendet.

⁷⁷⁴ Die Zusammensetzung des Wahlkollegiums entsprach der der afrikanischen Wahlkollegien für die gemischten Gemeinden. Für 3,5 Millionen Einwohner zählte man 3799 Wähler (A.F., 1937, Nr 12, S. 599).

⁷⁷⁵ Runderlaß 421 A.P. vom 28. September 1932.

französischen Kolonialbehörden das Recht zu Strafverfügungen gegen Untertanen gab, ohne daß sie die verhängten Strafen vor irgendeiner gerichtlichen Instanz zu vertreten hatten. In Algerien hatte man zuerst durch ein Dekret des Jahres 1874 dem Friedensrichter das Recht zugesprochen, gewisse, nicht als Verstöße gegen das Strafgesetzbuch bewertete Vorfälle (z. B. Rückständigkeit bei der Bezahlung der Steuer) mit einfachen Polizeistrafen zu belegen. Ein Gesetz von 1881 übertrug dieses Recht „zeitweilig“ den über die „Zusammengesetzten Gemeinden“ eingesetzten Kolonialbeamten. Danach wurde dieses Recht periodisch „erneuert“.⁷⁷⁶ Örtliche Erlasse, dann ein Dekret vom 15. November 1924⁷⁷⁷, das auf den ganzen unter französischer Herrschaft stehenden Teil Tropisch-Afrikas (einschließlich Mandate) anwendbar war, gaben den Beamten das Recht, über die Sujets (Untertanen) Disziplinarstrafen zu verhängen. Das Strafmaß dabei wurde ursprünglich auf höchstens 15 Tage Gefängnis bzw. 100 Franken Geldstrafe festgelegt. Anfangs waren in Westafrika praktisch alle Weißen berechtigt, Strafen zu verhängen. Dann wurde dieses Privileg „auf die Beamten der Behörde, die die öffentliche Gewalt vertreten, die Verwaltungsbeamten und ihre Büroangestellten“ beschränkt. Für die Stationschefs, die nicht „Administrateurs“ waren, hatte man die obere Grenze der Strafgewalt auf fünf Tage Gefängnis und 25 Franken Geldstrafe festgelegt.⁷⁷⁸ Die erwähnten Gesetze und Verordnungen zählten die Fälle auf, die danach als Verletzungen des Eingeborenstatuts galten und für die sie eine Bestrafung durch den Richter vorschrieben. Das Gesetz von 1924 beschränkte sich dabei auf 24 Fälle, aber die Mischung der als strafbar angeführten Handlungen war derartig und ihre Definition so verschwommen, daß dadurch ganz einfach nur ein Deckmantel für die Willkür geliefert wurde. Darüber hinaus gab die einzelne Definition dem Beamten eine Liste für die

⁷⁷⁶ R. Ruyssen, *Le Code de l'indigénat en Algérie*, Alger 1908.

⁷⁷⁷ Verändert durch Dekrete vom 30. November 1926 und vom 14. Mai 1936.

⁷⁷⁸ Darüber hinaus bevollmächtigte ein Dekret vom 21. November 1904 die Gouverneure, Internierungen und Beschlagnahmen für eine Höchstdauer von zehn Jahren auszusprechen, aber unter Vorbehalt der Bestätigung durch den Minister. Sie konnten ebenso Kollektivstrafen verhängen. Diese Maßnahmen waren vorgesehen für „Fälle der Auflehnung gegen die Autorität Frankreichs oder bei Volkerhebungen, und schweren politischen Spannungen, die die öffentliche Sicherheit bedrohen und nicht in die Zuständigkeit des Landrechts fallen“ (Art. 2). Angoulvant bediente sich, wie man sah, dieser Grundsätze in der Elfenbeinküste im großen Maßstab. Auch weiterhin benutzte man die Internierung durch die Kolonialverwaltung aus politischen Gründen im hohen Maße.

verschiedenen „Beweggründe“ in die Hand, aus der er nur auszuwählen brauchte, wobei er ganz sicher war, daß einer davon auf den Untertanen zutraf, den er bestrafen wollte. In Guinea betrachtete der Erlaß vom 1. Oktober 1902, der durch den Erlaß vom 20. September 1905 geringfügig verändert wurde, unter den 56 aufgeführten Verstößen gegen das Eingeborenenstatut als solches auch die „nach einem ordentlichen Entscheid vor derselben Behörde wieder vorgebrachten Klagen und Forderungen“. Das bedeutete, daß es gegen die Abweisung von Rechtsuchenden keine Hilfe gab! Die folgenden sind einige der 26 Verstöße gegen das Eingeborenenstatut, wie sie der Erlaß vom 14. September 1907 für Senegal wertete:

„1. Verweigerung der Bezahlung der Steuern, Strafgeelder oder jedes der Kolonie geschuldeten Betrages bzw. der Leistung von Naturalabgaben, *Säumigkeit* [Hervorhebung von mir – J. S.-C.] bei der Entrichtung und Durchführung dieser Leistungen.“ Man sieht, welch „weitherzige“ Auslegungen das Wort „Säumigkeit“ haben kann.

„5. Verweigerung im Interesse von Ordnung, Sicherheit, öffentlichem Wohl liegender Arbeits- oder Hilfeleistungen, Säumigkeit ihrer Durchführung.“ Diese Definition bietet die Handhabe, jeden zu bestrafen, der die Leistung von Zwangsarbeit verweigert, oder sie nicht schnell genug ausführt.

„8. Jede respektlose Handlung oder beleidigende Redensart gegenüber einem Beauftragten oder Angestellten der Behörde.“ Mit dieser Begründung wurden all die Unglücklichen bestraft, die es verpaßten, den vorüberkommenden Kommandanten in militärischer Haltung zu grüßen.

„9. Reden oder Redensarten, die in der Öffentlichkeit mit dem Ziel geführt werden, den der französischen Obrigkeit oder ihren Beamten schuldigen Respekt zu untergraben...“. Derselbe Artikel führt in seiner Aufzählung „Gesänge“ und „lügnerische Gerüchte“ an. Das Gesetz von 1924, das das Strafmaß im Höchstfall auf 5 Tage Gefängnis und 15 Franken Geldstrafe herabsetzt, läßt noch großzügige Möglichkeiten zu seiner Auslegung offen. Nach diesem Gesetz können bestraft werden: „Gerüchte lügnerischen Inhalts und Gerüchte, die zur Störung der öffentlichen Ruhe angetan sind, Verbreitung aufrührerischer Schriften und Äußerungen, Beschimpfung amtlicher Vertreter der Behörde“ usw., ferner die „Verschandelung des der Verwaltung gehörenden Materials“, zu welchem z. B. auch die „Staatsforsten“ gerechnet wurden.

Diese Bestimmungen zeigen, welche Grenzen das Eingeborenenstatut der Meinungsfreiheit setzte. Im Prinzip waren die von den Verwaltungsbeamten ausgesprochenen Strafen nur nach Gutheißung durch den Gouverneur auf

dem Wege eines Erlasses rechtskräftig. In Wirklichkeit bedurften sie jedoch nicht seiner Zustimmung, sondern es handelte sich um eine einfache Formalität. Zuerst erfolgte zum Beispiel die Gefangensetzung, dann wurde die fertige Tatsache dem Gouverneur zur nachträglichen Entscheidung zur Kenntnis gebracht. Es liegt dabei kaum ein Beispiel vor, daß die sozusagen gleichsam vorgeschlagene Strafe vom Gouverneur zurückgewiesen worden wäre. Manchmal vergaß man sogar das Eintragen der Strafe im Strafregister oder den Namen des Gefangenen im Eingangsregister des Gefängnisses. Im Falle einer Inspektion konnte es passieren, daß das Register erst einmal auf das laufende gebracht werden mußte. Die Gefangensetzung durch die Verwaltung machte man sich besonders dann zunutze, sobald die Arbeitskräfte fehlten. In Kamerun zählt man im Jahre 1935 nach den offiziellen Statistiken 32 858 Personen, die durch einfache Verfügung der Verwaltung, also ohne Gerichtsverfahren, ins Gefängnis kamen. Dem stehen, ebenfalls 1935 in Kamerun, 5312 Personen gegenüber, die auf Grund eines Gerichtsverfahrens ins Gefängnis eingeliefert wurden.⁷⁷⁹

Das Gesetz untersagte die körperlichen Züchtigungen. Das „Bulletin du Comité de l'Afrique française“ feiert die Einführung der französischen Strafjustiz des Eingeborenenstatuts in Kamerun, wo sie die durch die Reichskanzlerverordnung vorgesehenen Maximalstrafen, nämlich 14 Tage Gefängnis, 20 Stockschläge und 25 Peitschenschläge, ersetzen, als einen großen Akt der Menschlichkeit.⁷⁸⁰ Aber wenn die Peitsche von nun ab nicht mehr legal war, so waren doch alle Kreiswachen mit einer Chicote (Lederriemenpeitsche) ausgerüstet und wußten damit umzugehen. Gewisse Beamte – wie der von N'Zérékoré im Jahre 1943 während seiner „Wochen des Wohlbollens“ – verschmähten es nicht, persönlich davon Gebrauch zu machen, nur daß man die Schläge nicht zählte. Und es wäre seltsam gewesen, wenn man gewagt hätte, sich darüber zu beklagen.⁷⁸¹

Für den Sujet ist es praktisch unmöglich, abgesehen von sehr seltenen Ausnahmen, die Bürgerrechte zu erwerben. Man ließ die französische Öffentlichkeit in der Meinung, und einige haben es geglaubt, daß „die Untertanen den Bürgerstand erwerben konnten, indem sie ihren persönlichen Rechtsstand aufgaben und sich dem französischen Zivilgesetz (Code

⁷⁷⁹ H. Labouret, *Le Cameroun*, Paris 1937.

⁷⁸⁰ A. F., 1924, Nr 10, S. 504.

⁷⁸¹ Noch 1947 geschieht es, daß der Dorfhäuptling von Akroufla (Elfenbeinküste), ein siebzigjähriger Greis, 25 Peitschenhiebe auf Befehl des Kommandanten von Oumé durch einen Kreiswachmann erhält (Le Reveil, 3. November 1947).

civil) unterstellten“.⁷⁸² Doch das war keineswegs der Fall: Wir lernten schon die zahlreichen Bedingungen kennen, die für die „Naturalisierung“ durch Dekret vom 25. Mai 1912 gesetzt wurden. 1926 gab es in sämtlichen französischen Kolonien insgesamt nur 84 ehemalige Untertanen, die den französischen Bürgerstatus für sich erlangt hatten!⁷⁸³ Das Dekret vom 23. Juli 1937, betreffend die „Verleihung der französischen Bürgereigenschaft an Eingeborene Französisch-Westafrikas“, stellte anstelle der fünf unumgänglichen Bedingungen *elf* solcher, darunter die, „keine Feindseligkeit durch Handlungen, Schriften oder Worte gegen Frankreich bekundet zu haben“. Der Artikel 2 fügt *sieben* wahlweise Bedingungen hinzu. Wenn die *elf* ersten Bedingungen erfüllt waren, genügte eine dieser sieben Bedingungen zur Stellung des Antrages auf Naturalisierung. Als eine solche wahlweise Bedingung galt zum Beispiel, wenn der Betreffende mit einer Französin verheiratet war und aus dieser Verbindung ein Kind besaß. Schließlich konnten „mit vollem Recht“ die Naturalisierung beanspruchen: die pensionierten Offiziere und die Inhaber von einem der 35 als Ergebnis des Hochschulstudiums möglichen Diplome. Es kam dabei nicht darauf an, ob die unter diese Bestimmung fallenden Agrégés und Absolventen der Polytechnischen Schule ihren Wohnsitz in Französisch-Westafrika hatten oder nicht.⁷⁸⁴ Die letztere Bestimmung war aber reine Propaganda, da praktisch kein Afrikaner die Möglichkeit hatte, Hochschulstudien zu betreiben.

Die Erteilung des Bürgerrechtes an Afrikaner blieb also in Wirklichkeit auf Personen beschränkt, die aus den vollberechtigten Gemeinden des Senegal stammten. 1921 handelte es sich um 25 000 Personen, wovon 23 000 in Senegal und 1000 in Kayes lebten. Die Zahl der Wahlberechtigten der senegalesischen Gemeinden ging bei 12 bis 15 Millionen Einwohnern nicht über 10 000 hinaus. Dieses Verhältnis hat sich fast nicht verändert. Richtig ist, daß nach und nach gewisse Bevölkerungskategorien dem Eingeborenenstatut entzogen wurden. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges fielen darunter Kantonhäuptlinge, Angestellte der Verwaltung, frühere Offiziere, Inhaber von Diplomen und Gewerbesteuerpflichtige. Aber wenn die

⁷⁸² J. Richard-Molard, A.O.F., Paris 1952, S. 151.

⁷⁸³ L. Gueye, *Étapes et perspectives de l'Union française*, Paris 1955.

⁷⁸⁴ A. F., 1937, Nr 9-9, S. 441. Diese letztere Anordnung betraf nur einen einzigen individuellen Fall, den des heutigen Präsidenten der Republik Senegal, Léopold Sédar Senghor, der *Agrégé de grammaire* und damals Gymnasialprofessor in Frankreich war. Meines Wissens gab es keinen afrikanischen „Untertan“, der jemals die Schwelle der École Polytechnique überschritten hatte . . .

Betreffenden dem Eingeborenstatut entzogen waren, so entgingen sie deshalb noch nicht der „Eingeborenenrechtsprechung“, durch die die Allmacht des Kommandanten noch vermehrt wurde.

In der Tat gab es in dem französischen Herrschaft unterstehenden Teil Tropisch-Afrikas zwei Gerichtsbarkeiten, eine französische und eine sogenannte Eingeborenengerichtsbarkeit. Über die Zuständigkeit, den Aufbau und die Entwicklung dieser zwei Gerichtsbarkeiten läßt sich folgendes sagen: Seit dem Beginn der Kolonialherrschaft bestand die französische Gerichtsbarkeit in der gewohnten Abstufung der Gerichte. Es bestanden drei Appellationsgerichtshöfe (für Französisch-Westafrika, Französisch-Äquatorialafrika, für Kamerun), Schöffengerichtshöfe (je Kolonie, außer in Französisch-Äquatorialafrika) und Gerichtshöfe erster Instanz in jeder Kolonie. Im Unterschied zu den französischen Gerichten waren diese Gerichte erster Instanz nicht an die Ordnung der Kollegialität gebunden. Die Sitzungen werden von einem einzigen Richter ohne Beisitzer abgehalten. In gewissen Gebieten, wo der einzige Richter gleichzeitig Untersuchungsrichter und Staatsanwalt ist, treten „Friedensrichter“ mit „erweiterter Zuständigkeit“ an die Stelle des Gerichts. Diese aus französischen Zivilbeamten gebildeten Gerichte entscheiden nach dem französischen Recht in allen Angelegenheiten, in denen ein französischer Bürger beteiligt ist. Sie können aber auch auf Antrag einer der streitenden Parteien Streitfragen zwischen Untertanen (*Sujets*) entscheiden. In diesem Fall kommt das jeweilige Gewohnheitsrecht zur Anwendung. Eine solche Form des Verfahrens ist sogar für Personen verbindlich, die aus den vier vollberechtigten Gemeinden stammen und als Bürger (*Citoyens*) zur Kompetenz der französischen Gerichte gehören, aber sonst ihren gewohnheitsrechtlichen Status behalten.⁷⁸⁵ In allen anderen Fällen ist die „Eingeborenengerichtsbarkeit“ zuständig.⁷⁸⁶ Die richterliche Gewalt, die von altersher den Häuptlingen gehörte, wurde ihnen Schritt für Schritt entzogen. In Französisch-Westafrika ließ das Dekret vom 18. November 1903 den Dorfhäuptlingen einige Vollmachten

⁷⁸⁵ Einzige Ausnahme bildeten die „besonderen Streitfälle“ (Ehe- und Erbschaftssachen und dergleichen), wenn die interessierten Parteien sämtlich *Citoyens* und Mohammedaner waren. In diesem Fall gehörten die Rechtssachen vor die „mohammedanischen Gerichte“, auf die wir noch weiter unten zu sprechen kommen werden.

⁷⁸⁶ Vgl. H. Labouret, *A la recherche d'une politique indigène dans l'Ouest africain*, Paris 1931, Kap. VI, und *La justice indigène en A.O.F. et les coutumes*, in: A.F., 1935, Nr 7, S. 411–416. Siehe auch J. Chabas, *La justice indigène en Afrique occidentale française*, in: *Annales africaines*, 1954, S. 91–152.

auf dem Gebiet der Polizeistrafgewalt, wobei das Strafmaß, das sie aussprechen konnten, auf 15 Franken bzw. 5 Tage Gefängnis beschränkt war. Das Dekret vom 16. August 1912 nahm ihnen endgültig jede Zuständigkeit in Strafrechtsangelegenheiten, um sie auf die Schiedsgerichtsbarkeit zu beschränken. Das Gericht erster Instanz – zuerst als Provinztribunal, dann als Tribunal des Unterbezirks (Subdivision) bezeichnet – hatte bis 1924 einen Kantonshauptling als Präsidenten, dem zwei afrikanische Notabeln zur Seite standen, die vom Gouverneur dazu ernannt waren. Das Dekret von 1912 gab diesem Präsidenten noch einen europäischen „Sekretär“ bei. Ein Dekret vom 22. Mai 1924 übertrug die Präsidenschaft des Gerichtes ohne Umstände dem leitenden Beamten des Unterbezirks (Subdivision) oder einem anderen europäischen Angestellten. Das Gericht zweiter Instanz, das ursprünglich Kreistribunal hieß, hatte den Kreiskommandanten bzw. seinen besonderen Vertreter („Adjoint“), oder auch einen anderen europäischen Beamten, der dazu vom Gouverneur ernannt wurde, zum Präsidenten. Diesem standen zwei afrikanische Notabeln zur Seite, die ebenfalls der Gouverneur ernannt hatte. Dieses Gericht zweiter Instanz verhandelt als Appellationsgerichtshof auf der Grundlage von Entscheidungen des vorgenannten Gerichtes erster Instanz, was Zivilsachen oder Prozesse in Handelsstreitsachen betrifft, in schweren Straffällen ist es allein zuständig und wird dabei durch zwei europäische Beisitzer erweitert. Auf der Stufe des Unterbezirks wie auf der des Kreises verfügt der europäische Beamte also über die Vollmachten, die ihm kraft der verwaltungsmäßigen „Beherrschung“ des Landes gegeben sind, über diejenigen, die er im Rahmen des Eingeborenenstatuts besitzt, und über eine umfassende richterliche Gewalt über die Afrikaner, die in seinen Händen liegt. Die afrikanischen Notabeln als Beisitzer, die auf Vorschlag desselben europäischen Beamten ernannt werden, und die obendrein in seinem Verwaltungsgebiet leben, können gegen seinen Willen nichts unternehmen. Der Beamte ist darüber hinaus als ein unumschränkter Richter anzusehen, da er zugleich Polizist, Untersuchungsrichter, Staatsanwalt, Richter und Beauftragter für die Durchführung der Strafen ist. Die darin liegende Willkür ist um so schärfer, als das Recht, nach dem er entscheidet, ein „Gewohnheitsrecht“, ein nicht geschriebenes und daher allen Auslegungen ausgeliefertes Recht ist. In Wirklichkeit ist die „Eingeborenengerichtsbarkeit“ eine Erweiterung der Machtgewalt des Beamten hinsichtlich des Eingeborenenstatuts, wobei ihm eine gerichtliche Verfahrensweise vorgeschrieben ist. Im Prinzip kann also niemand dem Wunsch des Beamten, der zugleich Richter ist, Einhalt gebieten. Aber seine mangelnde Bildung und seine Unkenntnis der afrikanischen

Gewohnheitsrechte lassen oft seinen Helfern das Mittel, diesen Wunsch in eine bestimmte Richtung zu lenken, die leider im allgemeinen nicht zum Vorteil des Rechts und der Gerichtsuntertanen ausschlägt. Meistens ist das örtliche Gewohnheitsrecht dem Kommandanten ein Buch mit sieben Siegeln: Die Beisitzer sind im Prinzip dazu da, ihm das Gewohnheitsrecht aufzuzeigen. Sie sind jedoch nicht immer wirkliche Kenner, da ihre Wahl oft aus Gründen erfolgt ist, die hauptsächlich politischer Natur sind. Sie sind nicht immer unbestechlich, um so mehr als sie entweder nicht entlohnt werden oder nur Entschädigungen erhalten, die etwa dem Lohn eines Trägers entsprechen... Sie können versucht sein, in einem Sinne, der ihre Freunde oder Schützlinge bevorteilt, „Recht zu sprechen“. Meistens versteht der Kommandant die Sprache der Angeklagten nicht. Er weiß von den Debatten nur das, was ihm der Dolmetscher zu übersetzen für richtig befindet. Wenn dieser nicht ehrenhaft ist und sich in strafbarem Einverständnis mit den Beisitzern befindet, wird es möglich sein, den Richter zum Vorteil der reichsten oder der freigebigsten Kläger in Bewegung zu setzen. Um diesem Übelstand vorzubeugen, ließ Gouverneur Clozel die Gewohnheitsrechte schriftlich niederlegen, zuerst in der Elfenbeinküste, dann im Sudan.⁷⁸⁷ Diese Arbeit wurde 1931 auf Anweisung des Generalgouverneurs Brévié wieder aufgenommen und führte 1939 zur Veröffentlichung einer Sammlung der „Gewohnheitsrechte von Französisch-Westafrika“.⁷⁸⁸ Diese „Gewohnheitsrechte“ konnten die Frage nicht lösen. Ihre Redaktion beschränkte sich übrigens auf Französisch-Westafrika. Ein ähnliches Unternehmen wurde in Französisch-Äquatorialafrika und in Kamerun nicht in Angriff genommen.⁷⁸⁹ Diese Sammlungen von Gewohnheitsrechten waren nicht vollständig, und vor allem handelte es sich bei den Initiatoren derselben um Beamte, die eine juristische Bildung, aber nur eine sehr schwache ethnographische und überhaupt keine soziologische Vorbildung besaßen. Sie versteiften sich darauf, Rechtsbegriffe über den Kamm des Code civil zu scheren, die sich auf eine ganz andere gesellschaftliche Ordnung bezogen. Dieser Irrtum war bereits vor 1903 gemacht worden, und bei der Sammlung der Gewohnheitsrechte wurde er nicht berichtigt. Diese Sammlungen wurden niemals offizielle Rechtsquelle. Man zog sie nur „zur Orien-

⁷⁸⁷ Ein Runderlaß von Roume hatte die Gouverneure dazu verpflichtet, aber es wurde, wie es scheint, in den anderen Territorien nichts unternommen. Für Sudan befindet sich die Veröffentlichung in *Delafosse*, Haut-Sénégal-et-Niger, Paris 1911.

⁷⁸⁸ 3 Bände, Paris 1939.

⁷⁸⁹ Eine für Togo redigierte Sammlung des Gewohnheitsrechtes stellte sich schnell als unbrauchbar heraus.

tierung“ heran. Zur Richtigstellung der eventuellen Irrtümer existierte für jede Kolonie ein besonderes Gericht als „Bestätigungsinstanz“. Seit 1931 hieß dieses Gericht „Kolonialer Appellationsgerichtshof“. Die Aufgabe desselben bestand darin, die Rechtsfälle, die mit Strafen von über drei Jahren Gefängnis entschieden worden waren, zu prüfen. Außerdem waren diesem Gericht alle Fälle vorbehalten, für die Strafen von mehr als zehn Jahren festgesetzt waren.⁷⁹⁰ Eine „Annullierungsabteilung“ dieses Gerichts spielte die Rolle eines Kassationsgerichtshofes. Der Kuriosität halber seien die „Mohammedanischen Gerichtshöfe“ erwähnt, die ein Erbe der Zeit Faidherbes und durch ein Dekret vom 20. Mai 1857 entstanden waren. Ein Dekret vom 20. November 1932 diente ihrer Reorganisation. Derartige Gerichte existierten nur in Französisch-Westafrika. Sie bestanden in den vier Ortschaften, in denen die französische Kolonialherrschaft zuerst begründet worden war (Dakar, Rufisque, St. Louis, Kayes). Zu ihnen gehörten ein mohammedanischer Richter (Kadi), ein Beisitzer und ein Gerichtsschreiber. Im Prinzip entschieden sie nach dem koranischen Recht, in der Praxis folgten sie dem Gewohnheitsrecht, d. h. sie nahmen im einzelnen Fall die Übereinstimmung des koranischen mit dem Gewohnheitsrecht an. Ihre Zuständigkeit beschränkte sich auf Rechtsangelegenheiten, an denen mohammedanische Einwohner der vollberechtigten Gemeinden des Senegal oder Nachkommen solcher beteiligt waren.

e) Militärische Rekrutierung

Der Sujet (Untertan) ist zahlreichen Verpflichtungen zur Zwangsarbeit unterworfen: besondere Leistungen als Beitrag zu den Arbeiten, die die Kolonialverwaltung durchführt und die eine Ergänzung zur Steuer bilden. Die Dauer dieser Sonderarbeiten ist im Prinzip begrenzt. Dazu kommen außerordentliche Aushebungen von Arbeitskräften für das Programm der „großen Arbeiten“ bzw. für die Privatunternehmungen. Diese Arbeiten wurden weiter oben bereits eingehend aufgezeigt. Es ist daher nicht notwendig, darauf zurückzukommen. Der Krieg fügte zu den Belastungen der Zwangsarbeit noch die des Militärdienstes hinzu. Was zuerst ein zeitweiliger Ausweg sein sollte, wurde zur dauernden Einrichtung. Der im Krieg angewandte massenhafte Einsatz der Kolonialsoldaten wurde eine der grundlegenden Einrichtungen des französischen Imperialismus. Schwarzafrika

⁷⁹⁰ Eine „Bestätigungskammer“ des Appellationsgerichtshofes spielte dieselbe Rolle wie in Französisch-Äquatorialafrika und Kamerun.

blieb nicht das einzige Feld für die Rekrutierung von Kolonialsoldaten. Marokko (besonders die Berberbezirke des Atlas), dazu Algerien und Indochina werden ebenfalls mit herangezogen. Aber man sah in den algerischen oder annamitischen Schützen nicht Soldaten des gleichen militärischen Wertes, vor allem aber betrachtete man sie als politisch unsicher. Dagegen glaubte man, der Ergebenheit, blindgehorchenden Disziplin und Gefechtsbereitschaft der senegalesischen Schützen sicher zu sein. Nach ihrer Verwendung als Hilfstruppen gegen Deutschland im ersten Weltkrieg verwendet sie der französische Imperialismus zwischen den zwei Weltkriegen als militärisches Haupteinsatzmittel gegen die sich erhebenden Völker seines Kolonialreichs.

Die Erfahrung des ersten Weltkrieges hatte einerseits gezeigt, daß die afrikanischen Truppen für den modernen „technischen“ Krieg verhältnismäßig wenig kriegsfertig waren. Im fast ausschließlich mit älteren Waffen, wie Messer- oder Bajonettkampf, geführten Krieg, erwiesen sie sich andererseits jedem Gefechtsgegner sofort sehr überlegen.⁷⁹¹ Gerade diese Kriegführung wird in den Kolonialkriegen und Unterdrückungsexpeditionen vorrangig angewandt. Der französische Soldat paßt sich dieser Kriegsweise schlecht an, und aus juristischen wie politischen Gründen war es gar nicht möglich, bei solchen Kriegszügen französische Rekruten einzusetzen. Die freiwilligen und ausländischen Söldner (Fremdenlegion) reichten nicht aus und verursachten zudem große Kosten. Daher ließ man in großem Maßstab schwarze Truppen kämpfen: in Marokko während des Rif-Krieges, in Syrien gegen die Drusen und in Vietnam gegen die aufständischen Bauern. Daneben suchte man der französischen Wählerschaft einen Gefallen zu erweisen, indem man die Militärdienstdauer für französische Bürger erst auf 18, dann auf 12 Monate verkürzte. So wird der senegalesische Schütze in erster Linie zum Gendarm des französischen Imperialismus. Bedarfsweise kann er an anderen Fronten des Imperialismus, z. B. bei der Besetzung des Rheinlandes und der Ruhr, eingesetzt werden. Man züchtet sowohl den Schrecken, den er verbreitet, wie den Rassismus, und bedient sich seiner, um die Deutschen zu „beeindrucken“. Es ist bekannt, wie sich Hitler diese Gefühle zunutze machte, um seinen rassistischen Irrlehren eine scheinbare Stütze zu verleihen und zur Revanche gegen das „vernegerte“ Frankreich zu hetzen. In Verfolgung des Prinzips „teile und herrsche“ wird man sich bemühen, verschiedene Rassen oder Völker gegeneinander zu stellen: In Afrika selbst wird man z. B. die in Französisch-Westafrika

⁷⁹¹ Vgl. A. Ly, *Mercenaires noirs*, Paris 1957.

rekrutierten Schützen zur Unterdrückung des Aufstandes in Ubangi und Ober-Sangha (Französisch-Äquatorialafrika) oder zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ in Kamerun und Madagaskar einsetzen. Das Dekret vom 30. Juli 1919 reorganisiert die „schwarze Armee“. Die Rekrutierung erfolgt unter Zuhilfenahme des Freiwilligenprinzips, in der Hauptsache aber durch Rekrutenaufruf in die Armee. Wie in Frankreich unter dem Ancien Régime erfolgt die Ernennung zum Wehrdienst, indem unter einer bestimmten Anzahl von Leuten das Los entscheidet. Da der Istbestand der Truppe beschränkt war, wird nur ein Teil der Rekruten in Uniform gesteckt, während der „zweite Teil des Jahrgangs“ den militärischen Behörden zur Verfügung blieb, um möglicherweise Pionierbataillone daraus bilden zu können. Später wird, wie wir bereits sahen, der „zweite Teil“ einfach für die Zwangsarbeit zu zivilen Zwecken verwendet. Die Militärdienstdauer wird für alle afrikanischen Untertanen Französisch-Westafrikas und Französisch-Äquatorialafrikas auf drei Jahre festgesetzt. Ein Dekret vom Jahre 1923 wird im einzelnen bestimmen, daß alle Bürger der vier vollberechtigten Gemeinden des Senegal nur einer Militärdienstpflicht für 18 Monate unterliegen, die im Senegal abzuleisten ist, während die Untertanen im Laufe ihrer dreijährigen Dienstpflicht in das Ausland geschickt werden können. Und zwar werden diese letzteren zuerst in Abteilungen von 600 Mann nach Frankreich gebracht, von wo aus man sie nach dreimonatiger Ausbildung in Gebiete außerhalb Französisch-Westafrikas schickt (Nordafrika, Indochina, Syrien), die oft Kriegsschauplätze sind (Rif-Krieg, Syrien-Feldzug).⁷⁹² Der Grundsatz der Rekrutierung durch Aufruf des Jahrgangs und der Auslandsdienst hatten den Vorteil, zahlreiche und wenig kostspielige Truppenverbände zu schaffen. Die Militärspezialisten wendeten ein, die Truppenqualität werde dadurch herabgesetzt. Sie bedauerten die Zeit der Berufsarmee, da der Soldat an den Feldzügen „gewinnbeteiligt“ war und „Sonderkassen“ es den Offizieren erlaubten, „ihre Schützen substantiell zu ermutigen“. An derselben Stelle heißt es: „Es gibt im Innenministerium Gelder für geheime Zwecke... Warum ist das nicht für die Militärpolitik möglich?“⁷⁹³ Da der Offizier den Schützen nicht mehr mit Geschenken „ermutigen“, ihn nicht mehr gegen die Zivilisten „beschützen“ könne, verliere er seine Autorität und seinen Glanz. Bei ungenügendem Sold sind Freiwillige selten. Der Mehrzahl nach bestehen die

⁷⁹² G. Padmore, *La Vie et les luttes des travailleurs nègres* (Petite bibliothèque de l'Internationale syndicale rouge), XXXVII, Paris o. J.

⁷⁹³ A. Digu'en, *Notre Empire africain noir*, Paris 1928, S. 64.

Truppen aus Einberufenen, und Freiwillige oder langdienende Berufssoldaten sind in der Truppe schlecht angesehen. Die Berufskrieger (besonders Bambara), die einst den Hauptteil der Iststärke ausmachten, bilden inmitten der weniger kräftigen und wenig Neigung zum Militärstand verspürenden Rekruten nur noch eine Minderheit. Die Beamten beißen ebenfalls die Zähne zusammen, aber aus anderen Gründen, und zwar zunächst deshalb, weil die Rekrutierung, auf die wir noch zurückkommen werden, für sie eine zusätzliche Arbeit bedeutet, und zwar eine der mühsamsten ihres Berufes. Der Umstand, daß es in den benachbarten Kolonien (besonders den englischen) keinen Militärdienst gibt, treibt die Jugend zur Auswanderung, besonders in den Grenzgebieten. Die Resultate sind geringer Anbau, weniger Arbeitskräfte, weniger Steuerpflichtige. Eine weitere Sorge der Beamten ist die geistige Verfassung der ehemaligen Soldaten, die in Frankreich herumgekommen sind, neue Ideen mitbringen und keinen Respekt vor den Weißen mehr verspüren. Die Beamten fürchten auch, daß der Militärdienst ein „Vorwand für politische Rechte“ werden könne.⁷⁹⁴ Diese Umstände erklären die Verringerung der rekrutierten Jahrgänge von 1919 bis zu dem Zeitabschnitt 1922–1937. Von 23 000 Männern im Jahre 1919 geht die Stärke des Jahrgangs in Französisch-Westafrika auf ungefähr 12 000 Mann der Jahrgänge 1922–1937 zurück. In seiner Rede vom Dezember 1921 vor dem Regierenden Rat von Französisch-Westafrika ist Generalgouverneur Merlin der Ansicht, daß der jährliche Rekrutierungsbeitrag Französisch-Westafrikas 12 000 bis 15 000 Mann nicht übersteigen dürfe. Die aus Untertanen (Sujets) gebildete Kolonialarmee, deren Iststärke anfänglich auf 300 000 Mann veranschlagt worden war, wurde übrigens auf 100 000 Mann verringert. Der in Frankreich in Garnison liegende Teil dieser Kolonialarmee, den man dort für politisch gefährdet hielt, betrug nur 27 000 Mann. Der Mangel an Arbeitskräften und die Erschöpfung des Landes gestatteten keine weitergehende Truppenaufstellung. Die Gesamtzahl der einberufenen Soldaten belief sich für Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika insgesamt für drei Jahrgänge im Jahre 1920 auf 63 000 Mann und im Jahre 1922 auf 52 000 Mann, wovon 27 500 in der Kolonie Dienst taten und 24 500 im Auslande verwendet wurden.⁷⁹⁵ Dieses Verhältnis in der Verteilung der Mannschaftsstärke (ungefähr die Hälfte im Ausland) wird in der Folgezeit etwa bestehen bleiben. Das in Französisch-Westafrika ein-

⁷⁹⁴ A.F., 1922, Nr 2, S. 109: Brief eines Beamten aus Guinea, zitiert von Camille Guy.

⁷⁹⁵ A. Sarraut, *La Mise en valeur des colonies françaises*, Paris 1922.

berufene Truppenkontingent beträgt im Jahre 1926 11 150 Mann⁷⁹⁶, 1927 sind es 13 460 Mann. Im Jahre 1938 führt die Kriegsgefahr zur Rückkehr zu den Ausmaßen von 1919: „Im Laufe des letzten Jahres“, heißt es im Begründungsteil des Dekrets vom 8. April 1939, „haben besondere Rekrutierungen die unter die Fahnen gerufenen Mannschaftsstärken fast verdoppelt“. Was die Rekrutierungen betrifft, so sind sie für die Beamten die langweiligste und unbequemste Sache von der Welt. Dem Grundsatz nach sind es die jungen Leute von 21 Jahren, die aufgerufen und zur Aushebung durch das Los zu bestimmen sind. Aber wie soll man sie feststellen und zusammenrufen, da es sich um ein Land ohne Zivilstandsregister handelt? „Da ein Zivilstandsdienst in Französisch-Westafrika noch nicht besteht und es übrigens sehr schwer ist, sogar das ungefähre Alter eines Schwarzen festzustellen, war für die Bestimmung der in einem Jahrgang zu erfassenden Männer ein großer Spielraum zu lassen: diese mußten älter als 19 und jünger als 28 Jahre sein.“⁷⁹⁷ In der Tat brauchte man für den Dienst nur einen von zehn bis zwanzig Männern des dienstfähigen Alters. Aber es handelte sich um einen dreijährigen Dienst, der in einer Fremde, die Tausende von Kilometern entlegen war, unter den Risiken einer erheblichen Sterblichkeit abgeleistet werden mußte, wobei die Sterblichkeit auf Krankheiten oder auf Entsendung in Kriegsgebiete zurückging. Unter diesen Bedingungen war nicht immer damit zu rechnen, daß sich die Betreffenden selber meldeten. Außerdem kannten sie ja gar nicht ihr Alter! Aus diesem Grunde übertrug man den Häuptlingen, gewohnten Methoden gemäß, die Herbeischaffung des notwendigen Tributs an Menschen. So heißt es an einer Stelle: „Diese Auswahl war unglücklicherweise meistens nach den Angaben der Kantonhäuptlinge erfolgt.“⁷⁹⁸ Wohlge- merkt sind es die Armen, Sklaven, Mißliebigen, die man zur Kommission schickt, ohne sich zu viele Gedanken über ihr Alter zu machen. Die Rekrutierungen erfolgen im allgemeinen in der wirtschaftlich toten Zeit, also von Dezember bis Anfang März. Die Rekrutierungskommission, bestehend aus dem Kreiskommandanten als Vorsitzendem, einem Offizier, einem Zivil-

⁷⁹⁶ Verteilung nach Kolonien:

Obervolta	2500	Elfenbeinküste	1500
Sudan	2000	Dahomey	800
Senegal	1700	Niger	700
Guinea	1800	Mauretanien	100

⁷⁹⁷ Hauptmann Houdry, *Le recrutement en A.O.F.*, in: A.F., R.C., 1929, Nr 5, S. 373–378.

⁷⁹⁸ Ebenda, S. 374.

oder Militärarzt, denen ein afrikanischer Büroangestellter oder Dolmetscher zur Seite steht, läßt die zu Rekrutierenden im Hauptort am festgesetzten Tage, Kanton nach Kanton, erscheinen. Sie werden zuerst ärztlich untersucht. Diese Untersuchung scheidet oft drei Viertel der erschienenen Ersatzmannschaft aus, da man anstelle junger kräftiger Menschen gern die Gebrechlichen und Kranken schickt, von denen man weiß, daß sie nicht behalten werden. „... Der bedeutende Anteil der Zurückgestellten und Zurückgewiesenen an der Anzahl der untersuchten jungen Leute zeigt klar, daß die zum Aufruf vorgeschlagenen Eingeborenen nicht die Diensttauglichsten sind. In verschiedenen Orten habe ich diesen Anteil 87 Prozent erreichen sehen. Ich sah oftmals Häuptlinge die Frechheit haben, ganz junge Kinder zu schicken. Im ersten Augenblick scheint darin der Beweis grenzenloser Ergebenheit zu liegen. Denn bedeutet das nicht, daß man die diensttaugliche Bevölkerung bis zur äußerst möglichen Grenze vor die Kommission schicken will? In Wirklichkeit fällt das immer zahlenmäßig ins Gewicht und gestattet eine bessere Möglichkeit zur Vorenthaltung derjenigen, die ausgezeichnete Schützen sein können.“⁷⁹⁹ Diejenigen, die über die entsprechenden Mittel verfügen, bezahlen eine Ersatzperson, was die Verwaltung nur als Eifer auslegen wird, oder erkaufen sich das geheime Einverständnis eines Kantonhäuptlings, damit sie von der Liste verschwinden. „So ist die Vorbereitung der Rekrutierung für die Kantonhäuptlinge eine Quelle bedeutender Einnahmen.“⁸⁰⁰ Zu den wirklich Dienstuntauglichen kamen häufig diejenigen, die ihre Untauglichkeit nur vorgetäuscht hatten: In den Waldgebieten der Elfenbeinküste, in Dahomey und Französisch-Äquatorialafrika wurden gern Drogen eingenommen, die die verschiedensten Krankheiten – zum Erstaunen der erfahrensten Ärzte – in verblüffendster Weise vortäuschen. Nach der Untersuchung macht man Propaganda für Freiwilligenmeldung. Die Freiwilligen erhielten (1929) eine Prämie von 50 Franken pro Dienstjahr. Anschließend schreitet man zur Aushebung durch das Los. Diejenigen, auf die das Los gefallen ist, werden dann in die Stammrolle eingetragen, erhalten ihre Kleidung (Fes und rote Leibbinde, aber weder Schnürstiefel noch Riemenschuhe⁸⁰¹), und werden in Marsch gesetzt. Es kommt vor, daß die Macht der Häuptlinge

⁷⁹⁹ Ebenda, S. 376.

⁸⁰⁰ Ebenda.

⁸⁰¹ Wenigstens für den Dienst in den Kolonien. Gewisse sadistische Offiziere waren schnell dabei, die jungen „Évolués“, die an das Tragen von Schuhwerk gewöhnt waren, im Namen des Reglements zur Teilnahme an langen Märschen mit bloßen Füßen zu zwingen.

Grenzen hat, und daß weder die „Diensttauglichen“ noch überhaupt die Musterungsbereiten in genügender Anzahl erscheinen. Dann werden regelrechte Kriegszüge mit Kreiswachen, Gendarmen und eventuell auch der Kolonialtruppe unternommen, die Dörfer überraschend umstellt und, an einen Strick gebunden, alle dem Anschein nach im erforderlichen Alter Befindlichen vorgeführt. Der bereits zitierte Militärschriftsteller kommt zu der Schlußfolgerung: „Die Rekrutierung ist gewissermaßen eine Art Fischzug, der jedes Jahr erneut stattfindet.“ Die „senegalesischen Schützen“, denn das ist der Name der Einheiten, zu denen man die afrikanischen Rekruten zusammenfaßt, haben nicht nur einen längeren Dienst zu leisten als der französische Rekrut. Sie unterstehen einem fast ausschließlich aus Franzosen bestehenden Offiziers- und Unteroffizierskorps und sind einer wahrhaft „preußischen“ Disziplin unterworfen. Sie sind gezwungen, das „petit nègre“ zu gebrauchen, ein entstelltes Französisch, aus dem die Militärgewalt eine Amtssprache machte, um das zur Zeit der Eroberung verwendete Bambara zu ersetzen. Wie die Nichtadligen im Ancien Régime sind die Afrikaner von den eigentlichen Offiziersstellen ausgeschlossen. Die sogenannten „Eingeborenenoffiziere“ sind äußerst selten. Sie erhalten den Unterleutnantsrang nur nach erfolgreicher Ablegung der Examen des „Zentrums für Ausbildungsergänzung eingeborener Unteroffiziere“ (*centre de perfectionnement des sous-officiers indigènes*) in Fréjus, oder allenfalls nach fünfzehnjähriger Dienstzeit oder als Auszeichnung für Kriegstaten. Sie können Leutnant werden, aber der Rang des Hauptmanns – die Spitze ihrer Rangordnung – wird nur unter „ganz außergewöhnlichen Umständen“ verliehen.⁸⁰² Die Beförderung geschieht ausschließlich als Auszeichnung. Selbst wenn Afrikaner durch Naturalisierung die Bürgereigenschaft erhalten, so stehen sie weiterhin im „Eingeborenendienstverhältnis“. Etwas bevorzugter sind jene von ihnen, die in den Polizeieinheiten, Kreiswachen, der Gendarmerie und der städtischen Polizei Dienst tun. In Französisch-Westafrika sind das etwa 15 000 Mann, darunter viele frühere Berufssoldaten bzw. Veteranen des ersten Weltkrieges. Dasselbe gilt von den Angehörigen der Milizen oder Wachmannschaften, den einzigen militärischen Formationen, die in den Mandatsgebieten zulässig waren (1500 Mann in Kamerun, 400 Mann in Togo). Dennoch sind ihre Besoldungen äußerst geringfügig, und die Berechnung ihrer Pensionsgelder erfolgte derart, „daß den Pensionierten eine gerechte Belohnung ihrer früheren Dienste gesichert war, ohne ihnen jedoch zu erlauben, müßig zu bleiben und so das Terri-

⁸⁰² Dekret vom 29. November 1926 betreffend die „eingeborenen Kolonialoffiziere“.

torium einer wertvollen Arbeitskraft zu berauben“.⁸⁰³ Die früheren Kriegsteilnehmer, die Soldaten, die ihre dreijährige Dienstzeit abgeleistet, in Frankreich und anderen Ländern gelebt, an Feldzügen teilgenommen haben, kehren mit geweitetem Gesichtskreis zurück. Sie haben das Bewußtsein einer größeren Erfahrung. Der Kontakt mit der Außenwelt hat ihnen geholfen, sich der eigenen Situation bewußt zu werden. In Frankreich haben sie außerhalb der Kaserne bemerkt, daß die Franzosen nicht alle Kolonialisten sind, sie haben die Überraschung erlebt, als gleichwertig behandelt zu werden, von der Existenz von Franzosen zu erfahren, die von eigener Arbeit leben und gegen die Ausbeutung kämpfen. „Der Schütze, der aus dem Ausland zurückkommt, und auf dessen ausgezeichnete Moral ich in meinem Vortrag von 1924 hinwies, ist in Frankreich nicht immer vor extremistischer Propaganda sicher, und seine einfältige Denkart wird ihr zur leichten Beute. An seinen heimischen Herd zurückgekehrt, kann man nicht mehr ganz ohne Sorgen über ihn sein.“⁸⁰⁴ Diese Erklärung des Generalgouverneurs Carde auf der Novembersitzung des Jahres 1928 des Regierenden Rates von Französisch-Westafrika ist bezeichnend. Diesen Überlegenheitskomplex der Soldaten versucht die Kolonialverwaltung, die sich „auf den Boden der Tatsachen stellt“, für ihre Zwecke auszubeuten. Um zu verhindern, daß die früheren Kriegsteilnehmer sich gegen sie stellen, versucht sie, dieses Selbstbewußtsein der früheren Soldaten im feindlichen Sinne gegen die Masse ihrer afrikanischen Landsleute zu verwenden, indem sie, wenn nicht eine Aristokratie, so doch wenigstens eine „Puffergruppe“ aus ihnen zu machen sucht. Mangels hinreichender Pensionen verleiht man ihnen Ordensauszeichnungen, reserviert ihnen bei allen Gelegenheiten eine besondere Behandlung und besondere Rücksichten; sie werden dem Eingeborenenstatut entzogen, und es werden ihnen kleinere Anstellungen, z. B. als Ordonnanzunteroffiziere und Wachleute, vorbehalten. Einige von ihnen werden zu Häuptlingen ernannt. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges werden zur reibungsloseren Durchführung der verdoppelten Aushebungen von Soldaten zwei Dekrete erlassen. Sie kommen zwar nicht zur Ausführung, aber sie sehen neue Bestimmungen in dieser Richtung vor und sind darauf gerichtet, aus den früheren Soldaten einen privilegierten Stand zu machen. In Senegal sollen danach alle Untertanen, die ihrer Militärdienstpflicht nachgekommen sind, Wähler zum Kolonialrat (Conseil colonial) werden. Man schafft dazu 18 zusätzliche Ratssitze (Dekret vom

⁸⁰³ V. Chazelas, *Territoires africains sous mandat de la France: Cameroun et Togo*, Paris 1931 (Internationale Kolonialausstellung in Paris), S. 131.

⁸⁰⁴ A.F., R.C., 1928, Nr 11, S. 696.

8. April 1939). Für ganz Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika befreit das Dekret vom 14. Mai 1938 die früheren Soldaten von der Personensteuer und den Fronarbeiten. Ebenso befreit es sie von den Strafen, die im Eingeborenenstatut vorgesehen sind, was bis dahin nur für die früheren Kriegsteilnehmer gegolten hatte.

f) Das Steuersystem

Die Grundsätze der finanztechnischen Beziehungen zwischen Frankreich und seinen Kolonien waren im Artikel 33 des Finanzgesetzes vom 13. April 1900 niedergelegt. Sie kommen zum Ausdruck im System der Finanzautonomie: Die Kolonien müssen mit ihren Hilfsmitteln sowohl ihre eigenen wie auch die von der Kolonialmacht auf ihrem Gebiet gemachten Ausgaben bestreiten. Alle Ausgaben der Zivilverwaltung und der Gendarmerie werden also von den Haushalten der einzelnen Kolonien getragen. Die Kolonialarmee hängt zwar nicht von dem Budget der einzelnen Kolonie ab, sondern von dem des französischen Kriegsministeriums, aber dennoch werden die Kosten ihres Unterhalts in der Kolonie zu Lasten der Haushalte der jeweiligen Kolonie geführt. „Finanzielle Beiträge können den Haushalten der Kolonien bis zur Gesamtsumme der in diesen aufgewandten Militärkosten angerechnet werden.“⁸⁰⁵ So wurde in den dreißiger Jahren der allgemeine Haushalt in Französisch-Westafrika zu einer jährlichen Leistung von fast 7 500 000 Franken zum Haushalt des Kriegsministeriums herangezogen.⁸⁰⁶ Das Gesetz von 1900 sieht indessen vor, daß Unterstützungsbeiträge aus dem Budget des französischen Staates gewährt werden können. Aber diese Ausnahmebestimmung wird für Französisch-Westafrika niemals genutzt. Die Mandatsterritorien kommen dagegen ständig für ihre eigenen Ausgaben auf. Einzig Französisch-Äquatorialafrika, dessen dünnbesetzte, übermäßig ausgebeutete und verelendete Bevölkerung die Kosten eines zu schweren bürokratischen Überbaus und beträchtliche Anleiherückzahlungen zu tragen hat, ist nicht in der Lage, seinen Haushalt im Gleichgewicht zu halten und muß daher Subventionen Frankreichs in Anspruch nehmen. 1920–1924 handelt es sich dabei um 32 Millionen Franken.⁸⁰⁷ 1929 behauptet der Generalgouverneur zwar, Französisch-Äquato-

⁸⁰⁵ R. Barges, *Problèmes financiers en A.O.F.*, Info-Dakar 1949, S. 5.

⁸⁰⁶ G. Padmore, a. a. O.

⁸⁰⁷ Eröffnungsrede des Generalgouverneurs Antonetti auf der Oktobersitzung des Jahres 1929 des Regierungsrates von Französisch-Äquatorialafrika (A.F., R.C., 1929, Nr 12, S. 685–698).

rialafrika erhalte seit 1926 keine Subventionen mehr⁸⁰⁸, aber dem würden andere Quellen widersprechen⁸⁰⁹, und zweifellos meint er damit überhaupt nur *außerordentliche* Subventionen. Die Haushalte von 1929, 1930 und 1931 werden als überschüssig dargestellt. Aber die Krise beendet dieses zeitweilige Gleichgewicht und führt sogar dazu, wie man sah, daß die Haushaltsautonomie der Kolonien Französisch-Äquatorialafrikas im Jahre 1934 wegfällt. 1939 nimmt Französisch-Äquatorialafrika bei einem Haushalt von 300 Millionen Franken 87 Millionen Subventionen zu Hilfe und verzeichnet auch noch ein Defizit von 7 Millionen. Es muß aber wiederholt werden, daß Französisch-Äquatorialafrika eine Ausnahme bildet. Ebenso ist Französisch-Äquatorialafrika vor der Weltwirtschaftskrise für seine technische Ausrüstung auf eine Anleihe angewiesen, und zwar 1924 für den Bau der Linie Kongo-Ozean. Alle anderen Territorien finanzieren sich im wesentlichen selbst; das betrifft sowohl ihre laufenden Finanzanforderungen, wie auch ihre Ausgaben für die Schaffung einer technischen Ausrüstung, wozu die Reservekassen das Finanzierungsmittel sind. 1926 stellt die Zeitschrift *Revue indigène* stolzgeschwellt fest, daß von 1904 bis 1926 in Französisch-Westafrika 596,8 Millionen Franken aus dem Allgemeinbudget (296 Millionen) und den Anleihen (300 Millionen) verausgabt wurden, davon 308 Millionen für den Bau der Eisenbahn und 149 Millionen für Schuldrückzahlungen.⁸¹⁰ Die gesamte technische Ausrüstung war aus Hilfsmitteln der Kolonie finanziert worden. Ausnahmen bildeten die Eisenbahn Dakar-St. Louis und ein Teil der Ausgaben, die die Bahn von Kayes nach dem Niger verursacht. 1931, wo die Einnahmen statt der erwarteten 1809 Millionen Franken nur 961 Millionen Franken betrugen, gelang es dennoch, das Finanzjahr mit einem Überschuß von 80 Millionen abzuschließen. Ebenso deckt Kamerun seinen Finanzbedarf und sichert die Verlängerung der Eisenbahnlinie bis Yaoundé, ohne äußere Finanzhilfe oder eine Anleihe in Anspruch nehmen zu müssen. In Kamerun wies nur das Finanzjahr 1931 ein Defizit auf, das jedoch mit Hilfe der Reservekasse gedeckt wurde. Mitten in der Krise war das Finanzjahr 1932 gewinn-

⁸⁰⁸ Ebenda.

⁸⁰⁹ A.F., 1926, Nr 12, S. 585, rechnet mit Sicherheit auf eine Subvention von 13 200 000 Franken für das Jahr 1926, und von 10 750 000 Franken für 1927, ferner mit dem Wegfall einer für dieses Rechnungsjahr im französischen Budget vorgesehenen außerordentlichen Subvention in Höhe von 4 Millionen Franken.

⁸¹⁰ R.I., Nr 205-206, Januar-Februar 1926. Der Artikel sagt leider nicht, um was für Franken (Goldfranken oder Papierfranken) es sich handelt, und ob diese Ziffern ausschließlich nur die Ausgaben für die Ausrüstung betreffen.

bringend, wobei einzig die Eisenbahn einen Einnahmeüberschuß von einer Million Franken zu verzeichnen hatte. Togo, das unter der deutschen Herrschaft seine Finanzen seit 1906 ausgeglichen und dadurch die Bezeichnung „Musterkolonie“⁸¹¹ verdient hatte, finanzierte sich weiterhin selbst. Man begnügte sich nicht damit, ausgeglichene Finanzhaushalte zu haben. Die Gouverneure machten eine Ehrenfrage daraus, Überschüsse zu erzielen; sie wanderten in die „Reservekassen“. Diese Reservekassen sollten eventuelle Defizite decken und notfalls die Kosten für technische Ausrüstungen tragen. Aber jeder Gouverneur hielt sich für verpflichtet, seine gute Verwaltung durch das Anwachsen der Reservekassen zu beweisen. Da die kapitalistischen Staatshaushalte bis zur Weltwirtschaftskrise infolge der ökonomischen Expansion Überschüsse aufwiesen, wurden die Reservekassen bis dahin wenig herangezogen, und ihr Bestand war ständig im Wachsen begriffen. Kamerun, dessen Jahreshaushalt von 8 Millionen Franken im Jahre 1920 auf mehr als 25 Millionen Franken im Jahre 1925 anwuchs, hatte zu diesem Zeitpunkt einen Bestand seiner Reservekasse von 12 Millionen Franken. In Französisch-Westafrika besaßen die Reservekassen zusammengekommen (Gesamtreservekasse und Reservekassen der einzelnen Kolonien) um das Jahr 1929 etwa 300 Millionen Franken, während im Jahre 1908 nur ein Bestand von 9800 000 Franken vorhanden war. Man hat gesehen, welchen Preis diese Politik hatte, nämlich die massenhafte Zuhilfenahme von Zwangsarbeit. Untersuchen wir jetzt den Ursprung der Einnahmequellen der Haushalte. Es gibt zwei Hauptquellen: die Zölle und die „Kopfsteuer“ (Personalsteuer). Die Zolleinnahmen umfassen Eingangs- und Ausgangszölle, deren Existenzgrund rein fiskalisch ist, und eigentliche Zollgebühren, deren Entstehung im Schutzzollsystem liegt. Ihr Betrag wächst natürlicherweise mit den Fortschritten der Kaufmannswirtschaft, die im System des Tauschhandels fast geradlinig im Wachstum der Export- und Importumschläge zum Ausdruck kommen. Für Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika bilden die Einfuhr- und Ausfuhrzölle die Grundlagen ihres allgemeinen Haushaltes. Das Allgemeinbudget einer Kolonien Gruppe deckt die Ausgaben der allen Kolonien gemeinsamen Verwaltungszweige, finanziert gewisse Investitionen und unterstützt die Budgets der mit einem Fehlbetrag wirtschaftenden Kolonien. Generalgouverneur Bargues ist übrigens darüber hinaus der Ansicht, daß das Bundessystem, das in Französisch-Westafrika kurz vor dem Finanzgesetz von 1900 geschaffen worden war, außer den Zielen, die es auf dem Gebiet der

⁸¹¹ Vgl. R. Cornevin, *Histoire du Togo*, Paris 1959, S. 176.

Behördenorganisation verfolgte, finanztechnische Beweggründe hatte. „Die in Frankreich herrschende Geisteshaltung, deren eine Äußerung das Gesetz von 1900 ist, führt die Regierungs- und Parlamentarierkreise auf den Gedanken, es sei unzweckmäßig, daß der Staatshaushalt die Haushalte gewisser Kolonien stützt, während ihnen benachbarte Territorien, die mit ihnen gemeinsame Interessen haben und ihnen entwicklungsmäßig verbunden sind, über einen Einnahmeüberschuß verfügen. Es scheint eine gute Finanzlogik zu sein, unter diesen Territorien eine Solidarität im Soll und Haben zu schaffen. Auf diese Weise wird ihre Nutzbarmachung mit den geringstmöglichen Kosten und ohne Inanspruchnahme des Staatshaushalts gesichert werden können.“⁸¹² Der allgemeine Haushalt der Koloniengruppe Französisch-Westafrika wird in Verfolg dieser Politik zum Beispiel beständig zum Ausgleich des Defizits Mauretaniens herangezogen, das von eigenen Einkünften entblößt ist.⁸¹³ In Französisch-Äquatorialafrika nimmt die Stützung des Budgets der einzelnen Kolonien durch den Allgemeinhaushalt dieser Koloniengruppe einen fast allgemeinen und ständigen Charakter an. So wird bereits 1911 der Haushalt von Gabun, der eine Höhe von 2,2 Millionen Franken hat, zu mehr als der Hälfte (1,2 Millionen Franken) vom Allgemeinhaushalt gedeckt. Der Haushalt Mittel-Kongos (2,57 Millionen Franken) wird zu 880 000 Franken vom Allgemeinbudget gestützt. Diese Erscheinung setzt sich bis in die Gegenwart hinein fort.⁸¹⁴ Sie erklärt zu einem Teil die schwache wirkliche Autonomie, die den Kolonien Französisch-Äquatorialafrikas vom Generalgouvernement zugestanden wurde. In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg hat einzig die Kolonie Tschad, wo sich die Steuereinnahmen von 1913 bis 1923 vervierfachen und die Verwaltungslasten schwach sind, Überschüsse zu verzeichnen. Die Reservekasse von Tschad wird regelmäßig vom Generalgouvernement geplündert, und 1923 wird sogar der gesamte Kassenbestand von 3 400 000 Franken übernommen. Die Verwaltung der Kolonie beklagt sich bitter darüber.⁸¹⁵ Nach Leistung der obligatorischen Ausgaben, den Subventionen zum Ausgleich des Haushalts defizitärer Kolonien und Einzahlungen an die Reservekasse, können die Überschüsse des Allgemeinhaushalts der betreffenden Koloniengruppe, soweit sie vorhanden sind, den Haushalten der einzelnen Kolonien

⁸¹² R. Barges, *Problèmes financiers en A.O.F.*, a. a. O., S. 7.

⁸¹³ Im Jahre 1926 zum Beispiel decken die Einnahmen nur etwas mehr als 50 % der Ausgaben.

⁸¹⁴ Noch im Jahre 1949 werden 50 % der Zolleinnahmen durch das Allgemeinbudget den Kolonien der Gruppe übertragen. (H. Zieglé, *A.E.F.*, Paris 1952, S. 180.)

⁸¹⁵ F. Lavit, *La colonie du Tchad en 1923*, in: *A.F., R.C.*, 1924, Nummern 4, 6 und 8.

zugewendet werden, und zwar „im Verhältnis des tatsächlichen Produktions- und Verbrauchsumfangs, der in jeder derselben [Kolonialgebiete] zur Erhebung der verschiedenen Steuern geführt hat“.⁸¹⁶ So leicht sich die Zölle erheben lassen, so haben sie doch den schweren Nachteil, von den Schwankungen der Konjunktur abhängig zu sein. So fallen, wie wir sahen, im Jahre 1931 die Zolleinnahmen Französisch-Westafrikas, verglichen mit dem Vorjahr, um 47 Prozent. Die Budgets der einzelnen Kolonien, deren Hilfsquellen hauptsächlich aus der direkten Besteuerung stammen, unter der die keineswegs herabgesetzte Personalsteuer den Hauptplatz einnahm, waren viel beständiger. So sind sich die Haushalte von 1930 und 1932 in Guinea fast gleich, im Sudan weist der Haushalt von 1932 dagegen sogar eine Vermehrung von fast 4 Millionen Franken aus. Außer in Senegal stellt die Kopfsteuer (Personalsteuer) wenigstens die Hälfte und oft 60–70 Prozent der Haushaltseinnahmen dar.

*Prozentsatz der Einnahmen aus der Personalsteuer als Anteil
an den Haushalten der einzelnen Kolonien*

	1925	1928	1930	1932	1933	1936	1940
Senegal	22,3	14,5	13,1	17,9	20,8	24,3	
Sudan	53,4	49,2	49,3	49,4	59,9	51,9	
Guinea	69,5	70,8	61,2	58,4	63,7	54	46

Die indirekten Steuern erbringen ungefähr ein Viertel (in Senegal ein Drittel) der Einnahmen, während die restliche Summe von den direkten Steuern gestellt wird, also von Gewerbesteuer, Gewerbescheinen, Umsatzsteuer und Einkommenssteuer. Die Kopfsteuer stellt die fast ausschließliche Einnahme der Kolonien mit wenig entwickelter Marktwirtschaft dar. Dadurch ist sie ein mächtiges Mittel, die Bevölkerung zum Anbau von Exportkulturen zu zwingen. Sie trägt auch zur Auswanderung bei. Da es ihnen unmöglich ist, an Ort und Stelle das Steuergeld zu verdienen, gehen Mossi oder Navetanen aus dem Volk der Bambara bzw. Fulbe anderwärts auf Arbeit. Das verhältnismäßige Gewicht der Kopfsteuer tendiert dahin, sich in dem Maße zu vermindern, in dem sich die Kaufmannswirtschaft entwickelt. Die übrigen Posten der Budgeteinnahmen sind fast alle mit der Handelstätigkeit verbunden und entwickeln sich mit ihr. Aber die Periode der Krise führt infolge des Sturzes der Handelsumsätze zum Ansteigen des Anteils der Kopfsteuer. Die Kopfsteuer erhöht sich oft auch in ihrem abso-

⁸¹⁶ R. Barges, Problèmes financiers en A.O.F., a. a. O., S. 11.

luten Wert, so im Sudan von 1930 bis 1933 von 36,8 auf 40,5 Millionen Franken. Die Bevölkerung, deren tatsächliche Einnahme sich beträchtlich vermindert hat, wird von der Kopfsteuer buchstäblich erdrückt. Das fiskalische System wälzt also die Lasten für den Haushalt auf die Masse der Bevölkerung und besonders auf die Masse der Ärmsten ab. Die je Person erhobene Kopfsteuer wird ohne Rücksicht auf die Einkommensmöglichkeiten der Betroffenen auf einen gleichförmigen Satz festgelegt. Sie betrifft alle Erwachsenen, Männer und Frauen; lediglich die Mütter sehr großer Familien werden ausgenommen. Die Verteilung der Kopfsteuer ist zweifellos leichter vorzunehmen als die der anderen Steuern. Zur Auferlegung der Kopfsteuer genügt die einfache Zählung der Bevölkerung. Der Steuersatz wechselt dabei von Kolonie zu Kolonie, und innerhalb der einzelnen Kolonie nach den Gebieten. Dabei spielen die Entwicklungs- und Reichtumsunterschiede der einzelnen Bezirke eine Rolle. Es ist zu beachten, daß das zugleich ein Mittel ist, den Zustrom Einkommensloser in die Städte zu vermeiden. So wird 1926/27 die Kopfsteuer, für die der Satz nach den einzelnen Unterbezirken Ubangi-Scharis zwischen 2 und 17 Franken wechselt, für den Hauptort auf 25 Franken festgelegt. In Gabun, wo der Steuersatz zwischen 2 und 20 Franken schwankt, zahlt man in Libreville 28 Franken für die Kopfsteuer. Der Satz von 28 Franken kommt einem Monatslohn gleich. Die Verteilung der Kopfsteuer wird entsprechend der Bevölkerungszählung festgelegt. Dabei muß man aber wissen, daß die Bevölkerungszählungen mittels Schätzverfahren erfolgen, die selten die richtige Zahl ergeben. Aber auf alle Fälle würden Kantonhauptlinge und Beamte schief angesehen werden, wenn ihre Schätzung auf einen Rückgang der Bevölkerung schließen würde. So erklärt es sich, daß die ermittelten Bevölkerungszahlen sehr oft Überschätzungen darstellen. Kantone und Dörfer aber werden dann global im Verhältnis zu ihrer theoretischen Bevölkerungszahl zur Steuer veranlagt, und daher muß jede Einzelperson in Wirklichkeit mehr übernehmen als den offiziellen Satz, und was sie mehr bezahlt, ist faktisch die Steuer, die die Ausgewanderten, die Toten usw. zu bezahlen gehabt hätten. Die letzteren werden nicht von den Steuerlisten gestrichen. In einem Bericht vom 12. Oktober 1933 gibt der Beamte des Kreises von Ziguinchor an, daß „die von verschiedenen meiner Vorgänger den Zählbeauftragten erteilten Instruktionen vorschrieben, nur Vergrößerungen der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen, während im Falle eines Bevölkerungsrückganges die in der alten Steuerrolle eingetragenen Ziffern beibehalten wurden“.⁸¹⁷

⁸¹⁷ Archives du Sénégal. 1 D 2/28. Bericht der Kreise 1933–1934.

Darüber hinaus ging man in dem gleichen Kreis dazu über, alle Durchreisenden in die Steuerrollen einzutragen, und zwar selbst dann, wenn sie die Steuer bereits bezahlt hatten oder in einem anderen Kanton bereits in den Steuerrollen erfaßt waren. Personen in nicht steuerfähigem Alter (Kinder unter zehn Jahren) wurden in die Steuerrollen eingetragen. Auf diese Weise mußte im Kanton von Djibélor anstelle von 20 Franken jeder tatsächliche Steuerzahler in Wirklichkeit 30–32 Franken zahlen. Diese Mißbräuche wiederholen sich fast überall. Zu den Mißbräuchen, die in der Verteilung der Kopfsteuer bestehen, kommen jene, die mit ihrer Erhebung verbunden sind. Die Einziehung der Steuer (der Kopfsteuer und ihrer Zusatzsteuer: Viehsteuer, Pflichtbeiträge und Rückzahlungen an die Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene) wird den Dorf- und Kantonhäuptlingen übertragen. Diese müssen die eingezogenen Summen zur Gänze in die öffentlichen Kassen abführen, wonach ihnen die offiziell für sie bestimmten Steueranteile ausgeschüttet werden. Es kommt häufig vor, daß die Kantonhäuptlinge die für die Dorfhäuptlinge bestimmten Steueranteile unterschlagen. Um nicht zu lange auf ihre Anteile warten zu müssen, erhöhen die Häuptlinge gewöhnlich die Steuer, wobei sie sich auf die sogenannte „gewöhnheitsrechtliche Abgabe“, was eine schwer zu widerlegende Bemäntelung ist, herausreden. Wenn die Anforderungen der Kolonialverwaltung die Möglichkeiten der Bevölkerung überschreiten, so haben die Häuptlinge die Folgen dafür zu tragen. In dem sehr hilfsbedürftigen Kanton von Foss im Kreis von Louga im Senegal hatten die Bauern von 570 000 Franken Steuern, die für die Jahre 1932–1934 von ihnen zu zahlen waren, im Jahre 1934 nur erst 157 000 Franken gezahlt. Der Kolonialbeamte setzt den Kantonhäuptling wegen „fehlender Energie“ ab und läßt vier Dorfhäuptlinge ins Gefängnis bringen.⁸¹⁸ In dem benachbarten Kreise von Djolof verzeichnet der Beamte, daß im Kanton von N'Dienguel „für die Steuer von 1934 keine Zahlung geleistet worden ist. 9 Häuptlinge werden nach Linguère abgeführt, um dort dienstlich bestraft zu werden“.⁸¹⁹ Um derartigen Nachteilen aus dem Wege zu gehen, greifen die Häuptlinge zur Gewalt gegen die ihnen verwaltungsmäßig Unterstellten und lassen es Strafverfügungen regnen, für die sich immer eine Begründung findet, denn das Eingeborenenstatut bestraft „Säumigkeit“ in der Steuerzahlung. Eine

⁸¹⁸ Archives du Sénégal. 1 D 2/78. Bereisungsbericht des Beamten von Louga, September 1934.

⁸¹⁹ Gleiche Quelle. Bereisungsbericht des Beamten von Louga, September 1934.

dahomeyische Zeitschrift schreibt: „Täglich werden Männer und Frauen, selbst solche, die beim Fiskus keine Schulden mehr haben, unter dem Vorwand von Böswilligkeit bei der Steuerzahlung, festgenommen, gefesselt und ausgepeitscht . . . Das führt soweit, daß die meisten Menschen, um nur die Zahlung ihrer Steuern leisten zu können, . . . ihre eigenen Kinder verpfänden . . . Awéhanson Houcangué, Bauer im Dorf von Djégan Daho, hatte seinen Steueranteil bereits entrichtet. Häuptling Adoto, unter dessen Herrschaft sein Wohnbezirk steht, weiß das sehr wohl. Dennoch lädt er ihn vor, läßt ihn auspeitschen und zwei Steueranteile zahlen, den einen für seinen Bruder, der . . . verstorben ist, und den anderen für die Frau dieses letzteren, die nicht von dem Häuptling abhängig ist . . . Der alte Jécha, im Alter von etwa 80 Jahren, ist festgenommen, gepeitscht worden, weil er nicht geschwind genug die Steuer entrichtet hat. Zur Stunde, da wir schreiben, ist er zwei Kilometer von hier, wo er unter der Riemenlederpeitsche Frondienste ableistet.“⁸²⁰ „Im Verlauf eines Tages, des 16. Februar 1935, wurden im Dorf von Djegbi 22 Eingeborene auf zehn Tage ins Gefängnis eingeschlossen, da sie ihre Steuern unvollständig bezahlt hatten . . . Vor ungefähr drei Monaten starb der genannte Agassin auf der Straße von Savi am Tage nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis von Widah, wo er eine zehntägige dienstlich verhängte Gefängnisstrafe abgebußt hatte, weil er in dieser Zeit der Krise seine Kopfsteuer nicht schnell genug beisammen hatte. Es geht das Gerücht, er sei an Schlägen gestorben, die er im Gefängnis erhalten habe.“⁸²¹ Aus der Feder des Beamten Gilbert Vieillard lesen wir diese Schilderung, die sich auf das Jahr 1936 im Futa Djalon bezieht: „ . . . Die jungen Leute, die sich aufgemacht hatten, um sie zu verdienen [die Steuer – J.S.-C.], waren noch nicht wieder da. Die sich versteckenden, ausgewanderten, flüchtigen Steuerpflichtigen, die bei der Bevölkerungszählung in die Steuerrolle eingetragenen Verstorbenen vergrößerten die Steuerlast der Anwesenden. Dadurch wurde es um so schlimmer, denn man mußte das Geld beibringen. Man war also gezwungen, die Habe jener zu verkaufen, die die Steuer schon entrichtet hatten, aber die es nicht wagten, sich zu sehr darüber zu beklagen. Man verkaufte zuerst die Tiere, d. h. Kühe, Schafe, Hühner, dann das Korn, die Fleischkochtöpfe, die Koranbücher, alles was verkäuflich war. Die Preise waren sehr niedrig, die Leute der Häuptlinge und die Syrer fischten im trüben: der Steuerpflichtige erhielt kaum die Differenz zwischen dem Verkaufspreis

⁸²⁰ *Le Courrier du golfe du Bénin*, 1. September 1934.

⁸²¹ *Le Courrier du golfe du Bénin*, 1. März 1935.

und dem zu entrichtenden Steuerbetrag. Wenn er nichts besaß, so verpfändete man die Ernte auf dem Halm und die Kinder.“⁸²² An der Grenze nahm die Erhebung der Steuer, wie in den ersten Zeiten der Kolonialherrschaft, den Charakter eines militärischen Streifzuges an: „Im Laufe seiner Rundreisen hat der neue Kantonhauptling den Eingang einer geringen Steuersumme verzeichnen, oder in Louga im Interesse der Steuer etwas Vieh, das ihm überflüssig erschienen war, verkaufen können“, bemerkt der Beamte von Louga in seinem bereits zitierten Bericht hinsichtlich des Kantons von Foss. Dem Volke gegenüber unbarmherzig, zeigte sich die Kolonialverwaltung den großen Gesellschaften und dem Colonat gegenüber von einer unendlichen Dienstfertigkeit. Die von den Gesellschaften abgeführten Steuern, die eigentlich den Kolonien zufließen sollten, wurden in das Budget Frankreichs mit einbezogen, soweit diese Gesellschaften, wie es häufig war, dort ihren Sitz hatten. Die Europäer, für die keine Verpflichtung zu Kopfsteuer und Frondiensten bestand, werden in bezug auf die Einkommens- und Gewinnsteuer für Industrie und Handel und in bezug auf andere Steuern viel besser behandelt als in Frankreich. In Guinea stellte 1940 die Einkommenssteuer, die hauptsächlich von den Europäern, wenn auch nicht allein von ihnen, bezahlt wurde, 1,5 Prozent der Haushaltseinnahmen, wogegen die Personalsteuer 46 Prozent von den Haushaltseinnahmen stellte. Im Augenblick der Krise forderten Gesellschaften und Colons mit großem Geschrei Steuerbefreiungen, die sie auch erhielten. Von 1930 bis 1932 verringerte sich in Senegal die Einnahme aus den Gewerbe-, Patent- und Umsatzsteuern um zwei Drittel, während die Einnahme aus der Personalsteuer praktisch unverändert blieb. Dieser letztere Posten betrug im angegebenen Zeitraum 19,1 Millionen Franken, während er zuvor 20 Millionen Franken betragen hatte. In Guinea geht im gleichen Zeitraum die Einnahme aus den ersten Steuerarten von 9,3 Millionen Franken auf 6,1 Millionen Franken zurück, während dort der Betrag der Personalsteuer von 32,4 Millionen Franken auf 33 Millionen Franken anwächst.

Ganz entschieden trug so das Fiskalsystem, indem es die Wirkung der direkten Zwangsarbeit ergänzte, dazu bei, daß die der Kolonialverwaltung unterworfenen Bevölkerung die zu ihrer eigenen Ausbeutung notwendige technische Ausrüstung selbst erst schuf. Dazu erlegt das Fiskalsystem ihr die Kosten für den ihrer Unterdrückung dienenden Verwaltungsapparat der Kolonialherrschaft auf. Die außerordentlich hohen Kosten dieses Ver-

⁸²² G. Vieillard, Notes sur les Peuls du Fouta-Djalon, in: Bull. I.F.A.N., Nr 1, 1940, S. 171.

waltungsapparates verschleiern gleichzeitig eine der Formen der Kolonialausbeutung. Sie machten eine außerordentlich hohe Zahl von überbezahlten Sinekuren möglich, welche, um den von Marx auf die freien Berufe angewandten Ausdruck zu verwenden, für die französische Großbourgeoisie ein Mittel darstellten, einen Teil ihrer Überschußbevölkerung unterzubringen. Für das Jahr 1951 (frühere Angaben fehlen) steht fest, daß in Französisch-Westafrika auf die Beamten (0,3 Prozent der Bevölkerung) der Verwendung nach 13 Prozent des Nationaleinkommens und 62 Prozent der Haushaltseinnahmen entfielen.⁸²³ Das Fiskalsystem trägt schließlich infolge der Bedeutung, die die Kopfsteuer erhält, dazu bei, auf künstlichem Wege die Ausdehnung der Kaufmanns- und Geldwirtschaft zu bewirken. Indem es die Bevölkerungen um ihre Erntereserven bringt und sie daran hindert, solche zu bilden⁸²⁴, zwingt es sie zur Beschäftigung mit den Exportkulturen und zur Tagelöhnerlei, wodurch sich die Gewinne der Kolonialunternehmen erhöhen.

g) Direkte und indirekte Verwaltung

Man hat viel Tinte über die Vorteile und Nachteile der direkten Verwaltung und ihre Anwendung in den französischen Kolonien bzw. der indirekten Verwaltung in den benachbarten englischen Kolonien verschrieben. Wenn man sich auf Westafrika beschränkt, so sind die Unterschiede weit geringer, als man sich manchmal vorstellt. Das ökonomische System ist das gleiche. Es besteht in der Kontrolle der ökonomischen Kreisläufe durch gleichartige Monopole des Tauschhandels (C.F.A.O., United Africa Company usw.) und in der Überlassung des Feldbaus an das „eingeborene Bauerntum“. Ähnlichkeit besteht auch in den politischen Grundsätzen. Nach dem Beispiel des berühmten Runderlasses von van Vollenhoven bekräftigt die *Native Authority Ordinance* von Nigeria: „Es gibt keine zwei Arten von Obrigkeiten, eine englische und eine eingeborene, die getrennt voneinander oder gemeinsam arbeiten, sondern eine einzige Regierung im Inneren,

⁸²³ Essai de récapitulation des éléments connus à Dakar pour servir à un calcul de revenu national de l'A.O.F. Dakar, Direction générale des Finances, Februar 1953. Zitiert von J. Lecaillon, L'Intégration de l'Union française dans l'Union européenne, in: Annales africaines, 1954, S. 22/23.

⁸²⁴ Für Angoulvant (siehe oben) bedeutete der übermäßige „Reichtum“ der Waldbevölkerungen der Elfenbeinküste eine Ermutigung ihrer „Faulheit“. . .

für die die eingeborenen Häuptlinge gut umrissene Aufgaben zu erfüllen haben. Diese sind ganz wie die britischen Angestellten im Besitz eines anerkannten Rechtsstands.“⁸²⁵ Der einzige Unterschied zwischen den zwei Herrschaftsformen besteht darin, daß die Grundsätze in unterschiedlicher Art und Weise angewandt werden. Die britische Regierung, die keine „kleinen Weißen“ unterzubringen hat (oder sie vielmehr anderwärts unterbringen kann), entsendet in ihre westafrikanischen Kolonien keine untergeordneten Angestellten. Sie nimmt in größerem Maße afrikanische Angestellte und die Häuptlingschaft zu Hilfe, deren gewohnheitsrechtliche Stellung und Privilegien eine formalrechtliche Anerkennung erhalten. Aber wenn die kolonialen Interessen auf dem Spiel stehen, zögert die britische Kolonialverwaltung ebenfalls nicht, sich in die „Verwaltung“ der „beschützten“ Herrscher einzumischen, deren Entscheidungen aufzuheben oder zu berichtigen, bzw. sie im Notfall abzusetzen und durch Personen zu ersetzen, die ihr erwünschter sind. Die besseren ökonomischen Ergebnisse, die die Briten erreichten, erklären sich aus der Tatsache, daß die Gebiete, die sie besetzten, reicher und bevölkerter sind, und schließlich aus der Tatsache, daß sie sie besser (besonders mit Eisenbahnen) und früher technisch ausrüsteten. Das politische System hat damit nichts zu tun. Welches System war für die afrikanische Bevölkerung am vorteilhaftesten? Es ist schwer zu sagen. Die Bevölkerung der britischen Gebiete wurde, insgesamt gesehen, weniger auf dem Steuerweg erschöpft (mäßiger Steuern, beschränktere Anforderungen an Fronarbeit, keine Soldatenaushebung). War aber das britische System, wie George Padmore glaubt, dasjenige, das „den abhängigen Völkern die größte Möglichkeit zur Erringung der Selbstbestimmung auf verfassungsmäßigem Wege bot?“⁸²⁶ Man kann es bezweifeln, selbst vom formalen und verfassungsmäßigen Gesichtspunkt aus. Und andererseits schuf die Kristallisierung und Verstärkung des Feudalsystems durch die indirekte Verwaltung ein ernstes Hindernis für den Fortschritt in den britischen Gebieten. Jede der zwei Herrschaftsformen hat sich nach und nach auf empirische Weise in Abhängigkeit von den Charakteristika des französischen bzw. englischen Kolonialimperialismus herausgebildet, und man kann die eine nicht als „besser“ als die andere bezeichnen.

⁸²⁵ Zitiert von *H. Labouret*, *Politique indigène et administration indirecte*, in: A.F., 1938, Nr 5, S. 205.

⁸²⁶ *G. Padmore*, *Panafricanisme ou communisme?* Französische Übersetzung, Paris, Présence Africaine, 1960, S. 197.

2. Missionen

Die Dreieinigkeit, welche von Anfang an dem Kolonialunternehmen vor-schwebt, umfaßt den Offizier, den Beamten und, nicht zu vergessen, den Missionar. Am Rande des offiziellen Apparates stehend, ist dieser letztere den zwei anderen oft sogar vorausgegangen. Schon Napoleon bemerkte mit gewohntem Zynismus, das Priestergewand gestatte es, „politische und handelsmäßige Absichten zuzudecken“.⁸²⁷ Bei vielen Gelegenheiten dienten Verfolgungen, die sich Missionare zugezogen hatten (meistens infolge Einmischung in bürgerliche und politische Angelegenheiten), dem direkten Übergang zu kolonialistischen Eingriffen als Vorwand. Besonders unter dem zweiten Kaiserreich war dies der Fall. Natürlich betrachten wir hier hauptsächlich die weltliche Seite der Missionarstätigkeit, wohlgemerkt ohne die religiösen Fragen gänzlich davon trennen zu können. Wir betrachten nur die katholischen Missionen, da die protestantischen für Französisch-Tropisch-Afrika eine relativ beschränkte Rolle gespielt haben.⁸²⁸ Bis in die fünfziger Jahre – d. h. weit nach dem zweiten Weltkrieg – war eine völlige Interessengemeinschaft zwischen der missionarischen Betätigung und dem Kolonialunternehmen vorhanden. Gegen diese Einschätzung lassen sich auch nicht die wenigen Stellungnahmen einzelner Missionare oder die wenigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Missionaren und Kolonialverwaltung ins Feld führen. Für diese waren die „Geschäftsivalität“ zu einigen Elementen der Kolonialverwaltung viel maßgebender als eine prinzipielle Ablehnung des Kolonialsystems. Diese Interessengemeinschaft geht übrigens auf die Ursprünge des Kolonialunternehmens selbst zurück, d. h. auf die Kolonisation, wie sie in den Anfängen der kolonialen Ausbeutung Portugiesen und Spanier im 15. und 16. Jh. unternahmen. Für die portugiesischen und spanischen Kolonialeroberer war das Unternehmen der Eroberung gerechtfertigt und geheiligt durch die Pflicht, die Seelen zur wahren Religion zu bekehren und für ihr Heil Sorge zu tragen, wenn es in dieser Welt nicht möglich sei, dann wenigstens in der anderen. 1930, am Vorabend der internationalen Kolonialausstellung, nimmt Joseph Fol-

⁸²⁷ J. Suret-Canale, Schwarzafrika, Bd I, a. a. O., S. 139, Anm. 163.

⁸²⁸ Außer in Kamerun und Togo, wo die französischen protestantischen Missionen nach dem ersten Weltkrieg die Nachfrage der deutschen protestantischen Missionen antraten, deren Vermögen und Missionsbereich sie übernahmen, und wo verschiedene ausländische Missionen (besonders Amerikaner) auf Grund des internationalen Statuts dieser Gebiete Fuß faßten.

liet, später Hauptinspirator der „*Semaines Sociales*“, in seiner vom Institut catholique in Paris angenommenen Dissertation über das „Recht der Kolonisation“⁸²⁹ die 400 Jahre zuvor von dem spanischen Theologen De Vittoria vertretenen Auffassungen wieder auf.⁸³⁰ Nach Joseph Folliet lassen sich die Thesen von Vittoria wie folgt zusammenfassen: Die Vorsehung hat das Universum für alle Menschen erschaffen, und keiner von ihnen kann ein Hindernis dafür sein, daß sie alle zu den Reichtümern dieser Welt freien Zutritt haben. Ebenso ergebe sich aus dem Gebot des Evangeliums „Gehet und predigt allen Völkern“, daß niemand das Recht habe, die religiöse Predigt zu hindern. Sollten sich also die Barbaren [Indianer Amerikas bei Vittoria, in der weiteren Auslegung alle Kolonialvölker] den auf die Güter ihres Landes erpichten Ausländern mit Gewalt widersetzen, so haben diese nach Vittoria das Recht, kräftig Schläge auszuteilen, sowie als Sicherheitsgarantie, das Land zu besetzen und die Einwohner unter ihre Herrschaft zu beugen. Wenn die vom Teufel beherrschten Barbaren sich dann bemühen, sie zu vertilgen, so hätten die Spanier hinreichenden Grund, volles Kriebsrecht gegen sie auszuüben, sie zu berauben und in Sklaverei zu überführen. In unserer Zeit erklärte Pater Muller: „Die Menschheit muß nicht und kann nicht leiden, daß die Unfähigkeit, Fahrlässigkeit, Trägheit der wilden Völker unbestimmte Zeit die Reichtümer ungenutzt lassen, die Gott diesen mit dem Gebot gab, sie zum Wohle aller gereichen zu lassen. Wenn es Gebiete gibt, die von ihren Eigentümern schlecht verwaltet werden, so ist es das Recht der in dieser mangelhaften Verwaltung geschädigten menschlichen Gemeinschaften, sich an die Stelle dieser unfähigen Verwalter zu setzen und die Güter, aus denen diese keinen Nutzen zu ziehen verstehen, für den Gewinn aller zu nutzen.“⁸³¹ Die Theologie reicht sich hier mit Albert Sarraut die Hand, der sich 1931 auf das „Recht“ des Kolonialismus beruft, „die Hilfsquellen, welche schwache Besitzer ohne Nutzen für sich selbst und für alle besaßen, in Verkehr zu bringen“.⁸³² Die Idee einer besonderen göttlichen Verwünschung, die auf der schwarzen Rasse lastet und so die Sklaverei der Schwarzen rechtfertigt, wird vom 16. bis zum 18. Jahrhundert oft von katholischen Verfassern zum Ausdruck gebracht. Noch im 19. Jh. tritt sie in dem Gedanken des Paters Liebermann, des Gründers der Or-

⁸²⁹ J. Folliet, *Le Droit de colonisation*, Paris 1930.

⁸³⁰ F. de Vittoria, *De Indis recenter inventis; De Indis, sive de jure belli Hispanorum in barbaros* (Über die neuentdeckten Indien; Über die Indien oder das Recht der Spanier, den Barbaren den Krieg zu bereiten), 1532.

⁸³¹ Zitiert von J. Folliet, a. a. O., S. 265.

⁸³² A. Sarraut, *Grandeur et servitude coloniales*, Paris 1931. S. 121.

densgesellschaft vom Reinen Herzen Mariä (die bald mit der Ordensgesellschaft des Heiligen Geistes zusammengelegt wurde), in Erscheinung: „Das Blendwerk und der Geist Satans haben zu tiefe Wurzeln geschlagen in diesem Volk. Außerdem trägt es an der Verfluchung seines Stammvaters.⁸³³ Zu erlösen ist es nur durch in Nacheiferung Jesu getragene Leiden, die die Fähigkeit haben, die in Finsternis stürzenden Sünden dieses Volkes zu sühnen . . . , damit der Fluch von ihm genommen wird.“⁸³⁴ Kurz, das schreckliche Elend der schwarzen Völker wird nicht den Missetaten des Sklavenhandels und des Kolonialismus, sondern einer Art von besonderer Erbsünde zugeschrieben, die auf der schwarzen Rasse lastet. Die Verwandtschaft von solchen Auffassungen mit denen der Rassisten, die sich ohne Verzug auf sie berufen werden, ist nur zu deutlich zu merken. Man wird sicher einwenden, daß solche Auffassungen im Widerspruch zu der allgemeinen Berufung des Christentums stehen. Aber man muß schon feststellen, daß der Hinweis auf diese Berufung zugunsten der afrikanischen Völker erst nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte. Alle früheren offiziellen Stellungnahmen von Vertretern der Kirche hatten den Sinn einer Unterstützung des Kolonialismus. Ebenso wird man einwenden, daß die Theologie Vittorias in unserer Zeit nicht mehr, wie 1930, zugunsten des „Rechts auf Kolonisation“, sondern zur Begründung der Entkolonisierung von den Autoren zitiert wird.⁸³⁵ So geschieht das z. B. durch Pater Lelong, der nicht ansteht, Vittoria (der, wie er selbst, Dominikaner ist) als „Fortschrittsmann“ vorzustellen. – Vittoria habe sich, indem er das Recht der Indianer auf Eigentum verteidigte, den Zorn Karls V. zugezogen.⁸³⁶ Das ist allerdings möglich. Aber es ist nicht weniger wahr, daß Vittoria an anderen Stellen seiner Schriften im Namen eines *jus communicationis et societatis*⁸³⁷ das Recht der Spanier verteidigte, sich das Eigentum der Indianer anzueignen, was unbestreitbar viel weniger fortschrittlich ist. Sicher, in den Ansichten der geistlichen und der weltlichen Macht zu gewissen Fragen auf kolonialem Gebiet gab es Meinungsverschiedenheiten, aber man muß immerhin auch ihre Übereinstimmung und ihr Zusammenwirken in den hauptsächlichen

⁸³³ Es handelt sich um die Verfluchung, die nach einigen Interpretationen der Bibel auf Cham, Sohn Noahs und angeblichem Ahnherrn der schwarzen Rasse, lastete.

⁸³⁴ Zitiert von G. Goyau, *La France missionnaire dans les cinq parties du monde*, Paris 1948, Bd II, S. 177.

⁸³⁵ Wie das zum Beispiel durch den Pater *Ducatillon*, *Théologie de la colonisation*, in: *Revue de l'Action populaire*, Juli 1955, geschehen ist.

⁸³⁶ M. H. Lelong, *Mes Frères du Congo*, Algier 1946, Bd I, S. 290.

⁸³⁷ Recht auf Teilnahme und Gemeinsamkeit.

Grundfragen zur Kenntnis nehmen. In der Periode der Kolonialeroberung stellte sich die Kirche völlig an die Seite dieses Unternehmens, das Innerafrika in den Bereich der Mission brachte. Dabei kehrte sich die Kirche nicht daran, daß dieses Unternehmen auch gleichzeitig heftigen Kritiken der Linken und sogar der Rechten ausgesetzt war. Im Rahmen der „Ausöhnung“ der Katholiken mit der bürgerlichen, geschäftemacherischen und kolonialistischen Republik erteilte Leo XIII. dem Kolonialunternehmen seinen Segen. „Im Verhältnis seiner Fortschritte im christlichen Glauben sah man Frankreich immer mehr moralisch jene Größe werden, die es als die politische und militärische Macht erreichte . . . Und noch heute zollt man Frankreich Bewunderung, wenn es fernen Ländern zustrebt, wo es mit seinem Golde, den mühseligen Arbeiten seiner Missionare, um den Preis ihres Blutes sogar, gleichzeitig den Klang seines Namens und die Wohltaten der katholischen Religion verbreitet.“⁸³⁸ Im Bekehrungswerk der Missionare sehen Offiziere und Beamte ein Mittel, die zum Christentum übergetretenen Teile der Bevölkerung an Frankreich zu binden und sie gegen ihre widerspenstigen Brüder auszuspielen. Ein Archinard, persönlich Protestant, würde zu politischen Zwecken nicht davor zurückstehen, Tjeba zum Katholiken zu machen. Dafür verkünden die Missionare ihre uneingeschränkte Unterstützung für die koloniale Sache. Die in Dakar errichtete Kathedrale wird eine Art kolonialer Ruhmestempel, auf dessen Mauern die Namen sämtlicher in Afrika gefallener Kolonialsoldaten verzeichnet stehen. Übrigens ist das ein Mittel zur Baufinanzierung: In seiner Rede zur feierlichen Grundsteinlegung regt Mgr. Le Hunsec an, die Verwandten und Freunde „derer, die bis zur letzten Stunde die guten Diener des kolonialen Frankreichs waren“⁸³⁹ und deren Namen auf diesem Denkmal der „afrikanischen Erinnerungen“ stehen werden, um ihre Beitragszeichnung zu bitten.

In jüngster Zeit haben die Vertreter der Missionen, bedacht auf Distanzgewinnung, behauptet, die Mission sei ständig Gegenstand einer wahren Verfolgung seitens der Kolonialbehörden gewesen. „Was Französisch-Afrika betrifft“, schreibt Pater Bouchaud, „so muß man allerdings anerkennen, daß sich die Kolonialverwaltung gegen die Missionen nicht nur neutral und im Grundsatz laizistisch zeigte, sondern sehr oft in Wirklichkeit schikanös und übelwollend war, wobei sie ihre Gunst einzig dem Islam vorbehielt und die Aufgabe der Missionare kaum erleichterte. Lange

⁸³⁸ Breve „Inmitten der Kümernisse“ vom 16. Februar 1892.

⁸³⁹ A.F., 1923, Nr 12, S. 631. (Rede vom 11. November 1923.)

war das Kolonialministerium die Hochburg der Freimaurerei.“⁸⁴⁰ Um den Wert dieser Meinung zu beurteilen, ist es von Nutzen, die Lage der Missionen im französischen kolonialen Afrika näher zu prüfen. Eine erste Tatsache, die festgehalten zu werden verdient, ist die, daß die Missionen niemals direkt von der französischen Kirche abhingen, sondern von Rom. Sie gehörten zur „*Congregatio de propaganda fide*“ (für die Verbreitung des christlichen Glaubens⁸⁴¹), die 1597 von Papst Clemens VIII. gegründet und 1622 von Papst Gregor XV. reorganisiert worden war, „um den Glauben unter den Häretikern und Ungläubigen zu verbreiten“. Man kann diese Kongregation, um einen Ausdruck des Paters Bouchaud anzuwenden⁸⁴², als „Kolonialministerium“ des Heiligen Stuhls betrachten. Der Kanon 252 legt die Rolle dieser Kongregation fest: Sie sorgt für die Ansetzung und den Austausch von Missionaren und hat über die religiösen Vereinigungen, die missionarisch tätig sind, die volle Befugnis. „Ihre richterliche Befugnis ist auf die Gebiete beschränkt, wo noch keine kirchliche Hierarchie besteht und das Missionsverhältnis andauert. Sie gilt ebenso für Gebiete, deren Kirchenorganisation bei einer bereits bestehenden Organisation noch in den Anfängen steckt.“⁸⁴³ Kurz gesagt, außerhalb der eigentlich „unabhängigen“ Länder, in denen die Kirchenhierarchie in der Gänze ihrer Zuständigkeiten besteht, unterscheidet die katholische „Geographie“ noch „Kolonien“, d. h. Missionsgebiete, die von ausländischen Priestern unter der direkten Rechtsprechung der römischen Kongregation verwaltet werden, und Protektorate, d. h. neugebildete Bistümer, deren Hierarchie – ausländische oder auch einheimische Bischöfe – gewissermaßen unter Vormundschaft der römischen Kurie stehen. Also sollte man die Missionen als völlig unabhängig von der Kolonialmacht, wenn nicht sogar im Widerspruch zu ihr befindlich ansehen? Ein kolonialistischer Gegner des Vatikans, François Méjean, der der Kirche heftig ihr neuerliches Umschwenken bezüglich des Kolonialismus vorwirft, steht nicht an, ihr für die Vergangenheit folgendes bloßstellendes Kompliment zu machen: „Rom bremste zur selben Zeit und in den nachfolgenden Jahren [19. Jh. und Anfang des 20. Jh. – J. S.-C.] die unbestreitbare geistliche und kulturelle Hilfe, welche die französische Kolonialausbreitung von den katholischen Missionen er-

⁸⁴⁰ Pater Bouchaud, *L'Église en Afrique noire*, Paris 1958, S. 106–107.

⁸⁴¹ Und nicht „für die Propaganda“, wie manchmal unexakt übersetzt wird.

⁸⁴² Pater Bouchaud, *L'Église en Afrique noire*, a. a. O., S. 14.

⁸⁴³ Nach der Übersetzung der Abhandlung über das kanonische Recht des Domherrn R. Naz, Paris 1948, Bd I, S. 391. Zitiert nach F. Méjean, *Le Vatican contre la France d'Outre-mer*, Paris 1947, S. 37/38.

hielt, nicht ernstlich. Selbst wenn die heutige Lehrmeinung bei Schaffung der Propaganda dieser schon zugrunde gelegen haben sollte, wie es katholische Historiker, allerdings ohne Beweis, behaupten, so begann diese Lehrmeinung doch vor sehr wenigen Jahren erst... offen in Erscheinung zu treten.“⁸⁴⁴ Hatte dem Grundsatz nach die bürgerliche Gewalt auch kein Vormundschaftsrecht über die Missionen, so duldete das Kolonialministerium doch niemals die Anwesenheit ihm unerwünschter Missionare. Mit wenigen Ausnahmen (außer in der Periode unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg) wurden in den Kolonien nur französische Missionare geduldet. In Kamerun und Togo konnte die französischen Regierung, die durch internationale Abmachungen in diesen Mandaten gebunden war, sich dem Eindringen von fremden protestantischen Missionen, wie zum Beispiel amerikanischen, nicht widersetzen, aber sie „nationalisierte“ die deutschen katholischen oder protestantischen Missionen und übergab sie französischen Missionaren.⁸⁴⁵ Das Ziel Roms, nicht immer erreicht, aber ständig angestrebt, bestand darin, die Unterstützung der Kolonialbehörden zu erhalten und nichts zu tun, was ihren Argwohn erregen konnte. Der Grundsatz der Machtvollkommenheit der Kolonialbehörde wurde von der Mission niemals angezweifelt, sie kritisierte höchstens manchmal die ungenügende Anwendung dieser Macht zu ihren Gunsten. Das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche (1905) galt niemals für die afrikanischen Kolonien.⁸⁴⁶ Die dem Konkordat entsprechenden Verhältnisse vor diesem Gesetz waren ebenfalls niemals auf die Kolonien angewendet worden. Wie in anderen Bereichen blieb es den Behörden der einzelnen Kolonien überlassen, zu entscheiden, welche Möglichkeiten sie den Missionen eröffnen wollten. Die objektive Prüfung der Tatsachen verpflichtet zu der Feststellung, daß das nicht zum Nachteil der Missionen war.

Das Konkordat von 1801 gewährte der Kirche greifbare materielle Vorteile, indem es die Kosten für den Kultus und die Bezahlung des Verwaltungspersonals der Kirche zu Lasten des Staates regelte, aber

⁸⁴⁴ F. Méjean, *Le Vatican contre la France d'Outre-mer*, Paris 1957, S. 40/41.

⁸⁴⁵ Es sei dennoch bemerkt, daß die Akten von Berlin und Brüssel, verändert durch die Konvention von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919 (Artikel 11), es den Signatarmächten zur Pflicht machten, den Missionaren aller Nationen, die der Konvention beigetreten waren, den freien Aufenthalt und das Recht der Ansiedlung „zur Betreibung ihres religiösen Werkes“ zu garantieren. Aber diese Bestimmungen konnten dadurch umgangen werden, daß man sich auf die „Sicherheit und öffentliche Ordnung“ berief.

⁸⁴⁶ Außer in Algerien und in Madagaskar.

auf der anderen Seite stellte es auch die Kirche unter die genaue Aufsicht der Regierung. Gesichert war das sowohl durch die ausdrücklichen Festlegungen im Konkordat selbst wie durch die „organischen Artikel“, die der Erste Konsul einseitig hinzusetzte und denen die Kirche sich unterwarf, ohne sie jemals im Grundsatz anzuerkennen. Ohne daß die Missionen jemals aufgehört hätten, Gelder aus öffentlichen Mitteln zu beziehen – sowohl für die Bezahlung ihres Personals wie für Zuschüsse zu religiösen Schulen oder zu ihrem Hilfswerk⁸⁴⁷ –, waren sie doch andererseits niemals den konkordatsmäßigen Beschränkungen unterworfen. Die in Frankreich nach der Trennung von Staat und Kirche gebildeten „Vereinigungen zum Zwecke des Kultus“ („Associations cultuelles“) hatten lediglich das Recht, „zu den Kosten, der Unterhaltung oder der öffentlichen Ausübung eines Kultus“ (z. B. des katholischen) beizutragen, wenn es ihnen auch gestattet war, Schenkungen und Nachlässe anzunehmen. In den Kolonien gaben dagegen die im Rahmen derselben geltenden Ordonnanzen, die durch ein Dekret vom 15. Januar 1939 bestätigt und verallgemeinert wurden, den „Verwaltungsausschüssen der Missionen“ nicht nur das Recht öffentlicher Körperschaften, sondern auch das Recht, Mobilien und Immobilien und jederlei Geschäftsinteressen erwerben, besitzen oder veräußern zu können. Dadurch waren sie in der Lage, landwirtschaftliche, industrielle und handelsmäßige Tätigkeit ausüben zu können. Allerdings waren nur diejenigen Besitztümer der Missionen, die kulturellen, schulischen oder Wohltätigkeitszwecken dienten, von den Steuern, die vom Fiskus der jeweiligen einzelnen Kolonie festgesetzt waren, ausgenommen. Von Anfang an waren so die Missionen mit dem Kolonialsystem verwachsen. Wenn die Mission beschlossen hatte, sich irgendwo niederzulassen, so beantragte und erhielt sie, ganz wie irgendein Colon, eine Landkonzession. Die Mitglieder der Mission (Väter und unter ihrer Leitung stehende Laienbrüder, die sich nicht mit der Missionierung, sondern mit technischen und ökonomischen Aufgaben beschäftigten) ließen sich nieder, und bald entstanden die ersten Einrichtungen und Gebäude, die Kirche, das Wohnhaus der Missionare bzw. der Missionarinnen, die Schule, eine Apotheke, Werkstätten usw. Die Kolonialverwaltung unterstützte die Missionare mit mehr oder weniger Begeisterung, indem sie die verlangten Arbeitskräfte nach dem üblichen Verfahren zur Verfügung stellte. Wenn sie dabei Schwierigkeiten machte,

⁸⁴⁷ Die Höhe dieser Zuschüsse regelte sich bis 1924 nach einem Gehaltstarif für das „Kultuspersonal“, dann, infolge Dekrets vom 12. März 1924 durch Erlasse der Gouverneure.

so protestierten die Väter in formvollendeter Weise gegen diese „Unduldsamkeit“. Zu den Werkstätten kamen im allgemeinen Gärten und Pflanzungen; ständige Arbeitskräfte waren die Missionsschüler, später waren in wachsendem Maße auch bezahlte Arbeitskräfte tätig. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges stellten die Missionen eine wirtschaftliche Macht dar. In den hauptsächlichen Bevölkerungszentren verfügten sie z. B. über Tischlerwerkstätten, Maschinenschlossereien, Manufakturen (Teppichknüpfereien in Segu und Wagadugu) und Druckereien, welche „sich gewöhnlich auf geschäftliche Aufträge beschränken, die dazu bestimmt sind, das Budget der Mission zu stützen“.⁸⁴⁸ In den ersten Zeiten der Kolonialherrschaft hatten die Missionen große städtische Grundstücke als Landkonzessionen erhalten, und sie verfügten daher über einen bedeutenden Immobilienbesitz, der gut instand gehalten war (als Gebäude zu Wohn- oder Geschäftszwecken) und ihnen beachtliche Einkünfte sicherte. Es konnte sogar vorkommen, daß ihre ökonomischen Hauptsorgen den Vorrang vor dem Apostelberuf hatten. Die ersten im Waldgebiet von Guinea eingesetzten Missionen hatten als Anfangsaufgabe nicht die Missionierung, sondern die Erzeugung der im Export wertbeständigen Kolanüsse. Soweit sich nicht der Islam im Buschland ihrem Einfluß entgensetzte – Mossiländer, Kamerun, Französisch-Äquatorialafrika –, standen die Missionare nicht an, mit „verwaltungsmäßigen“ Mitteln zu arbeiten, und das nicht etwa nur bei den Missionsschülern. Häuptlinge und Bevölkerungen, durch Schaden klug, wußten, daß es gefährlich war, sich dem Willen eines Weißen zu widersetzen. Die Verwaltung ließ sie schalten und walten, aber manchmal verweigerte sie ihre Zustimmung, besonders wenn die Väter so weit gegangen waren, die überaus heiligen Grundsätze der „Regierung auf dem Erlaßweg“ außer acht zu lassen und über den Kopf der Kolonialverwaltung hinweg zu handeln. Noch 1952 machte sich der Superior der Mission von Brouadou im Kissi-Land (Guinea) nichts daraus, die Kanton- und Dorfhäuptlinge zusammenzurufen und sie für den Wiederaufbau der Kirche zu „besteuern“. Der Kreiskommandant protestierte in diesem Fall, aber vor allem, weil er weder benachrichtigt noch hinzugezogen worden war. Abgesehen von Priesterrock und Bart konnte die afrikanische Bevölkerung also oft kaum einen Unterschied im Betragen dieser besonderen Kategorie von Weißen gegenüber dem der

⁸⁴⁸ Pater *Bouchaud*, *L'Église en Afrique noire*, a. a. O., S. 62. Bis in jüngster Zeit wurde in Togo zum Beispiel das *Journal officiel* von dem Verlag der katholischen Missionen gedruckt.

übrigen Weißen feststellen. Wie die übrigen Weißen erteilten sie Befehle und verlangten, für ihren Gewinn zu arbeiten. Pater Bouchaud versucht, seine Amtsbrüder zu rechtfertigen: „Es ist nicht weniger wahr“, schreibt er, „daß die Missionare mit Gewalt auf der Arbeit bestanden haben: das erklärt sich daraus, daß sie diese Forderung als eine Form des Apostelamtes (sic)! verstanden und die Arbeit selbst als Beweis und Garantie für eine ernstliche und dauerhafte Bekehrung werteten. Besonders in Äquatorialafrika waren die Verachtung der Arbeit und der Müßiggang als Folge davon lange Zeit eine der hauptsächlichen Hindernisse für den Fortschritt der Bevölkerung.“⁸⁴⁹

Wir sahen bereits, was von dieser Einschätzung der Bevölkerung Äquatorialafrikas zu halten ist.⁸⁵⁰ Derselbe Autor zeigt andererseits, daß „man die Missionare nicht nur beschuldigte, materiellen Aufgaben eine Tätigkeit zugewandt zu haben, die man auf religiöse Zwecke besser angewandt hätte, sondern auch, sich in behaglicher Weise, dank der Ausbeutung der Arbeit ihrer Gläubigen, schadlos gehalten zu haben“.⁸⁵¹ Zu ihrer Entlastung führt er an, daß „die Missionen weder über die Polizei noch über das Gefängnis verfügten, um durchzusetzen, was eine Ähnlichkeit mit der Zwangsarbeit hätte haben können. Was den moralischen Druck betrifft, den sie sozusagen ausgeübt hätten, so unterwarf sich ihm, wer wollte, und es war sehr leicht, sich ihm zu entziehen.“⁸⁵² Das ist schnell dahingesagt, aber gewisse Priester hatten ihre „schlagkräftigen Katechismuslehrer“ und wußten die guten Dienste „befreundeter“ Häuptlinge in dieser Hinsicht ebenfalls zu nutzen. Offiziell verfügten sie nicht über die Zwangsmittel, die die Verwaltung besaß, aber häufig verlangten sie, daß diese sie ihnen zur Verfügung stellte. Besonders auf diesem Gebiet sind die *wirklichen* Konflikte beheimatet, zu denen es zwischen Kolonialverwaltung und Mission kam. Aus diesen „Streitigkeiten von Priestertum und weltlicher Gewalt“ neuer Art bestanden die „Verfolgungen“, denen ausgesetzt zu sein sich die Missionen beklagten. Im allgemeinen war ihre Ursache die Weigerung oder Unterlassung der Verwaltung, sich bedingungslos in den Dienst der Missionare zu stellen. In gewissen Gebieten strebten die Missionen herzlich gern nach der Priesterherrschaft. Von ihren Missionsschülern verlangten die Väter dieselbe Unterwürfigkeit und dieselben Dienste wie der Kantonhäuptling oder der Kommandant. Die Kirchenabgabe wurde mit derselben Strenge erhoben

⁸⁴⁹ Pater Bouchaud, *L'Église en Afrique noire*, a. a. O., S. 40.

⁸⁵⁰ Vgl. dazu die weiter oben aus Pater Daigre zitierten Stellen.

⁸⁵¹ Pater Bouchaud, *L'Église en Afrique noire*, a. a. O., S. 38.

⁸⁵² Ebenda, S. 40.

wie die gewohnheitsrechtlichen Abgaben oder die Kopfsteuer. Ein von Pater Bouchaud zitierter Autor bringt übrigens dieses Zeugnis: „... Das unbestreitbare Ansehen [des Missionars], sein Einfluß, so wenig materiell dieser auch war, erlaubten es ihm, das gesellschaftliche Leben nach sehr autoritären Methoden zu beherrschen... Gewöhnlich hatte er ebenso in Gerichtsverhandlungen über Flurstreitigkeiten wie in Ehedramen zu vermitteln, was manchmal mit jenem heiligen Zorn geschah, der Christus gegen die Händler im Tempel anfeuerte. Seine großen Sonntagsmessen erinnerten oft an ein Gericht, wo die zu lauen Gläubigen in jeder Hinsicht anstelle einer Predigt Verweise erhielten, wie sie sich der verwegenste unserer bretonischen Kirchspielpfarrer nicht vorstellen könnte.“⁸⁵³ Von dieser Art Mission und Missionaren gab Mongo Beti in seinem *Armen Christen von Bomba* ein verschönertes, aber sehr getreues literarisches Abbild. Auf dem Höhepunkt dieses Systems, unter dem Vichy-Regime, als die theokratischen Ansprüche gewisser Väter offizielle Stützung erhielten, wird Mgr. Thévenoud, apostolischer Vikar von Wagadugu, wie ein beliebiger Kantonhauptling seine Missionsschüler den Colons der unteren Elfenbeinküste zur Behebung ihres Arbeitskräftemangels für Bargeld saisonweise abtreten. Es ist sicher, daß diese zu weltliche Orientierung, der der Kolonialismus mit seinen Verhältnissen sehr entgegenkam, im Endergebnis der Missionsarbeit mehr schadete als nützte. Das ändert nichts daran, daß die Verhältnisse zwischen Mission und weltlicher Gewalt nicht immer das Gepräge der Herzlichkeit trugen. Dennoch war niemals die Rede davon, auch nicht auf dem Höhepunkt des von 1905 bis 1910 herrschenden Antiklerikalismus, das Gesetz der Trennung von Kirche und Staat auf die Missionen auszudehnen oder den Missionaren gar radikal die Gehälter und sonstigen Zuschüsse zu streichen.⁸⁵⁴ Es kam lediglich, und das in Anwendung von Gesetzen, die die Ordensgesellschaften betrafen, zur Verweisung der Ordensgeistlichen von den öffentlichen Schulen und den drei zu jener Zeit bestehenden Hospitälern. So wurde in dem Ballay-Hospital von Konakry die Kapelle in ein... Badehaus verwandelt. Das heißt, es gab einen gewissen Kleinkrieg, in dem einige Missionare der „kämpfenden Kirche“ nicht immer als Sieger glänzten. Diese Zwischenfälle hatten aber immer nur örtlichen Charakter, der hier auf den heftigen antiklerikalen Eifer gewisser Beamter zurückging, während dort

⁸⁵³ R. Charbonneau-Beauchar, *Missionnaires d'hier*, in: Cahiers Charles de Foucauld, Bd XLII, 2. Vierteljahr 1956; zitiert von Pater Bouchaud, a. a. O., S. 42.

⁸⁵⁴ Lediglich Französisch-Westafrika schaffte die für Schulen bestimmten Subventionen 1903–1942 ab. Französisch-Äquatorialafrika zahlte sie weiter. In Kamerun und in Togo wurden ihre Gewährung und ihr Ausmaß durch Dekret geregelt.

zur selben Zeit andere Beamte die Missionen offen unterstützten. Die radikalen Freimaurer, die im Kolonialministerium saßen, beteuerten ständig, daß der Antiklerikalismus, den sie in Frankreich zur Wahldemagogie benutzten, kein Exportartikel sei, und daß die Missionare als gute Diener der Kolonialarbeit gestützt und unterstützt werden mußten. Viel eher als auf der Ebene der Opposition gegen die religiöse Dogmatik entstanden die häufigsten Zusammenstöße auf dem Gebiet der Obrigkeitskompetenz. Das war auch der Fall bei dem Konflikt, der sich in den Jahren 1932–34 zwischen den Missionen im Mossi-Land (Mgr. Thévenoud) und der Verwaltung (Generalgouverneur Brévié) hinsichtlich der Taufe und der bürgerlichen Freiheit der Frauen abspielte. Die Missionen nahmen junge Mädchen oder auch Frauen, die sich zwangsweisen Heiraten zu entziehen suchten, unter ihren Schutz. Daraus entstanden heftige Konflikte, vor allem mit den Häuptlingen, die behaupteten, daß man ihnen ihre Bräute oder ihre Frauen „stahl“. Die Verwaltung, der das Schicksal der Frauen sehr gleichgültig war und die die Häuptlinge benötigte, gab für diese Einmischung in ihre „Eingeborenenpolitik“ den Missionaren heftig Kontra. Der Streit erhielt eine besondere Schärfe, als sich die Bobo von Dédugu gegen die über sie eingesetzten Häuptlinge empörten und sich dabei auf die Missionare beriefen. Nebenbei wäre zu bemerken, daß der Konflikt gerade mit Brévié ausbrach, der später Staatssekretär für Kolonien in Vichy werden sollte. (Als solcher führte er gegenüber den Missionen dann die wohlwollendste Politik durch, die jemals ihnen gegenüber praktiziert worden war.) Dagegen benahm sich gerade der radikale und freimaurerische Gouverneur Reste den Missionaren gegenüber in diesem Konflikt so wohlwollend wie möglich.⁸⁵⁵

Ebensowenig ernst zu nehmen wie die Anklage der „Verfolgungen der Missionen durch die Kolonialverwaltung“ ist die Behauptung Pater Bouchauds, daß die Kolonialverwaltung ständig den Islam zum Schaden der Missionen begünstigt habe. „Es ist eine Tatsache, daß seit hundert Jahren ihre Politik ständig promohammedanisch war und daß sie fast immer ihre Gunst dem Islam vorbehalten und ihm ihre Unterstützung geliehen hat, wobei sie die Marabuts in die Heidenländer brachte, den animistischen Bevölkerungsgruppen mohammedanische Häuptlinge gab, Moscheen und Koranschulen baute, Pilgerzüge nach Mekka organisierte und finanziell unterstützte, usw.“⁸⁵⁶ Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß im

⁸⁵⁵ Über diese Angelegenheit vgl. P. Baudu, *Vieil Empire, jeune Eglise*. Mgr. V. Thévenoud (1878–1949). Paris 1957.

⁸⁵⁶ Pater Bouchaud, *L'Église en Afrique noire*, a. a. O., S. 135.

ganzen Gegenteil zu dieser Behauptung die Kolonialverwaltung, die das Gespenst der Senussi- und panislamischen Gefahr fürchtete, ein beständiges Mißtrauen gegenüber dem Islam an den Tag legte. Von Ahmadu Bamba bis zu Scheich Hamalla wurden Hunderte von Marabuts eingekerkert und deportiert, selbst wenn ihre Lehren nicht im geringsten einen antikolonialistischen Charakter hatten. Niemals widerfuhr den Missionaren so etwas. Was die Moscheen und Koranschulen betrifft, so würde es interessant sein, einmal über eine genaue Aufstellung zu verfügen, was davon mit Hilfe der Kolonialverwaltung gebaut wurde. Dann könnte man einen Vergleich zu den Kirchen- und Konfessionsschulen anstellen, die mit den Zuschüssen derselben Verwaltung errichtet waren. Dabei dürfte man nicht aus dem Auge verlieren, daß der Islam 70 Prozent der Bevölkerung zu seinen Anhängern hat, die katholische Kirche aber höchstens 8,5 Prozent derselben, was aus den Angaben Pater Bouchauds hervorgeht. Was die „Koranschulen“ betrifft, so begnügte sich die Verwaltung damit, daß drei oder vier Medresen in Form einer geduldeten Nebenrolle ihre Tätigkeit ausübten. Diese lagen alle in der sahelo-saharischen Zone. Tatsache ist, daß sich die Kolonialverwaltung mittels Geld bemühte, die mohammedanische Religion und deren führende Kräfte ihren Zwecken dienstbar zu machen. Sie strebte auch nach einer genauen Kontrolle der Marabuts und bewilligte Zuschüsse in dem Maße, in dem sie sich bereitfanden, als politische Agenten zu dienen. Dasselbe galt für die Pilgerzüge nach Mekka, die nur organisiert wurden, um kontrolliert werden zu können. Im ganzen läßt sich nicht verneinen, daß die Missionen, besonders wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß sie bei Beginn ihrer Tätigkeit eine landesfremde Religion vertraten, sich nur dank der Unterstützung der Kolonialherrschaft einwurzeln und Fortschritte machen konnten.

Nach dieser Darlegung des materiellen Rahmens ihrer Tätigkeit sei jetzt etwas zu den Menschen gesagt, durch die die Missionen in Erscheinung traten. Da dem Grundsatz nach der religiöse Glaube die allgemeine Triebfeder ist, die zum kirchlichen Stand hinführt, ist es angebracht, das besondere Element zu suchen, das in der Berufswahl des Missionars ausschlaggebend mitwirkte. Es ist keinesfalls sicher, daß es immer der Wunsch nach Seelenbekehrung war, denn die äußere Mission ist nicht das einzige Feld, das der missionarischen Berufung offensteht. Ohne diesen frommen Beweggrund auszuschließen, ist es nicht verboten, daran zu denken, daß, wie bei den Beamten, der „Ruf der weiten Ferne“, ein Wunsch, in die Welt hinauszukommen, eine Rolle gespielt hat. Der Geschmack an der „Freiheit“ in der von Delavignette in Hinblick auf die Beamten angeführten Be-

deutung, die Möglichkeit des selbständigen Handelns, der Ausübung von Autorität, verbunden mit der Überzeugung, zum höheren Ruhme Gottes tätig zu sein und durch Leiden und Opfer sich den Himmel zu erzwingen, sind gewissen Berufungen zweifellos nicht fremd gewesen. Sicher, Berufsrisiken gab es ebenso wie im zivilen oder militärischen Kolonialdienst: Gesundheit und Leben standen auf dem Spiel. Aber es war doch schon ein Unterschied zwischen einer Berufung, wo man auf neuen Seelen aufbauen konnte und der viel trügerischeren eines Vikars oder Pfarrers in einem französischen Kirchspiel. In den ersten Zeiten der Kolonialherrschaft gab es die „Buschhasen“ unter den Missionaren ebenso wie unter den Beamten, die Delafosse in seinen „Seelenzuständen eines Kolonialen“ schilderte. Sie teilten deren Auffassungen und Vorurteile, aber sie besaßen auch deren Qualitäten: eine vollkommene Kenntnis des Landes und seiner Sprache, die um so vertiefter war, als die Missionare keine Unbeständigkeit in dem Besitz ihres einmal in einem bestimmten Ort angetretenen Amtes kannten, wie sie später für die Kolonialbeamten typisch wurde. Viele von ihnen verbrachten ihr Leben in ein und demselben Gebiet, verbunden mit ein und derselben Mission. Jene von ihnen, die Neigung zu schriftstellerischer Tätigkeit besaßen, haben Dokumente hinterlassen, die oft unersetzlich sind. Auf dem Gebiet der afrikanischen Linguistik – ein Bereich, der in der Tat sehr im Rückstand ist – haben sie einen grundlegenden Beitrag geleistet. Zweifellos hat ihre ungenügende wissenschaftliche Vorbildung – sie waren weder auf dem Gebiet der Geschichte, noch der Ethnographie, noch der Linguistik Fachleute – den Wert ihrer Beiträge oft herabgemindert, aber diese Beiträge haben wenigstens das Verdienst, überhaupt zu existieren.⁸⁵⁷ Diese Missionare haben viel länger auf ihrem Posten gesessen als die Beamten der gleichen Generation, wenigstens gilt das für jene von ihnen, welche nicht Krankheiten vorzeitig hinwegrafften. Es gibt bei den katholischen Missionaren keinen Ruhestand, außer wenn die physischen Kräfte endgültig versagen. Noch nach dem zweiten Weltkrieg gab es einige von diesen Männern, die seit dem Beginn des Jahrhunderts in demselben Winkel Afrikas ansässig waren und sehr selten nach Frankreich zurückkamen, außer infolge der Mobilisierung im ersten Weltkrieg. Unter ihnen gab es Menschen mit einer wahrhaft gottesfürchtigen Lebensführung, die sich, selbst

⁸⁵⁷ Es sei bei dieser Gelegenheit auf das erstrangige Interesse hingewiesen, welches die *Missionstagebücher* (Journaux de mission) als zeitgenössische Quelle der Lokalgeschichte beanspruchen dürfen. Sie wurden oft regelmäßig seit dem Beginn des Jahrhunderts geführt, was, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, mit den *Stationstagebüchern* der Kolonialverwaltung (Journaux de poste) nicht der Fall war.

wenn sie keine Bekehrungen erzielt hatten, uneigennützig ihrem Werk der christlichen Nächstenliebe widmeten, ohne Ruhe Weiler und Dörfer besuchten, nach Maßgabe ihrer Mittel Kranke pflegten, Sumpfwasser tranken und auf der bloßen Erde schliefen. Daneben gab es solche, bei denen das gänzlich weltliche Gefallen an der Autorität schließlich die Überhand über alles übrige gewonnen hatte, die intolerant und schikanös, Soldaten Christi nach der Leitidee der Kreuzzüge, waren. Hier sind z. B. Mgr. Augouard in Brazzaville oder auch Mgr. Thévenoud in Wagadugu zu nennen, dessen dennoch gefälliger Biograph den schwierigen Charakter nicht verkennen kann. Die leitenden Posten wurden im allgemeinen gerade von jenen eingenommen, und ihre Reibereien mit der Kolonialverwaltung sind sehr oft im Zusammenhang mit ihrem Temperament zu sehen. Unannehmlichkeiten und Schikanen traten übrigens auch zuweilen innerhalb der Missionen auf.

Es sei jetzt auf die Stellung dieser missionarischen Körperschaften in der Gesamtstruktur der Mission eingegangen. Unter der Autorität der *Congregatio de propaganda fide* war Afrika in Kirchenbezirke eingeteilt, die jeweils einen Präfekten oder apostolischen Vikar an der Spitze hatten.⁸⁵⁸ Jedes besondere Gebiet ist einer Missionsgesellschaft oder besser einem religiösen Orden anvertraut, der sich teilweise oder gänzlich der missionarischen Tätigkeit widmet. Unter den Orden, die nur teilweise missionarisch tätig sind, sind Kapuziner, Dominikaner und Jesuiten zu erwähnen. Von den spezialisierten Orden sind anzuführen: die Väter vom Heiligen Geist, die Weißen Väter (eine Missionsgesellschaft mit dem ausschließlichen Gebiet Afrika, die in Algerien gegründet wurde) und die Missionsgesellschaften von Lyon. Die Geistlichen dieser Orden bleiben unter der Autorität ihres „Mutterhauses“ in Frankreich, das als Ausbildungszentrum, Urlaubsort und Altersheim diente. Jeder Orden hatte seine „Lehen“: In Senegal, Guinea und Französisch-Äquatorialafrika, im größeren Teil Kameruns herrschen die Väter vom Heiligen Geist; in Bamako, Wagadugu, Bobo-Dioulasso, Gao, N'Zérékoré die Weißen Väter; in Dahomey, Togo und der Elfenbeinküste die Missionshäuser von Lyon⁸⁵⁹; in Adama die Väter vom Heiligen Herzen von Saint-Quentin usw. Daraus ergeben sich oft engstirniger „Korpsgeist“ und wenig rühmliche Katzbalgereien, wenn

⁸⁵⁸ Der „Vikar“ hatte als persönlichen Titel die Episkopatswürde (in Form eines Bistums „in den Gebieten der Ungläubigen“).

⁸⁵⁹ Der Gründer der Missionshäuser von Lyon, Mgr. de Marion-Brésillac, stand mit dem Marseiller Großkaufmann Victor Régis, dem Initiator des Tauschhandels von Ölpalmprodukten, dessen Haupthandelsgebiet Dahomey war, in enger Verbindung (vgl. G. Goyau, *La France missionnaire* . . ., Paris 1948, Bd II, Buch VII).

es um die Durchführung von „Grenzberichtigungen“ zwischen den Missionen geht. Der Heilige Stuhl hatte in dieser Frage die Missionen wiederholt zur Ordnung zu rufen.⁸⁶⁰ Wie in der Kolonialverwaltung verschwinden die „Buschhasen“ nach 1914 mehr und mehr. Die Heldenzeit ist vorüber, die Missionen haben Fuß gefaßt. Die Neigung zur Autorität vergeht zwar nicht, aber die zum Komfort (auf die Pater Bouchaud anspielt) setzt sich durch, und die eigentlich missionarischen Naturen werden seltener. Über diese aufeinander folgenden Generationen hinweg hält sich in der Vorstellung der Missionare der unerschütterliche Glaube an die wechselseitige Haftung von Koloniarbeit und Missionsarbeit.⁸⁶¹ Alles bringt die Missionare mit einigen Ausnahmen dazu, sich die Anschauungsweise der „Pflanzerseele“ zu eigen zu machen. Man gibt den „Eingeborenen“ keinerlei Vertrauensstellung, sie können höchstens, wie in der Kolonialverwaltung, die untergeordneten Stellen, die der Katechismuslehrer, einnehmen. Man denkt zwar an die Notwendigkeit der Ausbildung einheimischer Priester, aber die Missionare sind derart von der Unterlegenheit und Unwürdigkeit der „Eingeborenen“ und davon überzeugt, daß diese noch nicht „reif“ sind, daß ihre Praxis die Berufungen hintertreibt und scheitern läßt. Es vergehen Jahre, ohne daß die in Afrika errichteten Seminare einen einzigen Priester ausbilden. Während dreißig Jahren bildet das in Dahomey eingerichtete Seminar drei Priester aus. In Sudan und Guinea gibt es 1944 nur einen einzigen einheimischen Priester. Selbst in Senegal, wo seit 1857 ein Seminar besteht, habe die drei ersten Priester, die ausgebildet worden sind, das Land verlassen: Der eine verstirbt auf hoher See, der andere beschließt seine Tage als Pfarrer im Kirchensprengel von Meaux, der dritte ist zur Ausübung seines Amtes nach Haiti ausgewandert. Von 1870 bis 1938 er-

⁸⁶⁰ Verlautbarungen von 1919 bis 1926, und zuletzt noch die Enzyklika *Evangelii Praecones* (2. Juni 1951), die unterstreicht: „Die religiösen Orden und Kongregationen können sich die Heidenmissionen, die sie erhalten haben, als Eroberungen, die sie dem Reich Christi hinzugefügt haben, zum Ruhme anrechnen, aber sie müssen sich auch daran erinnern, daß sie die Missionsgebiete nicht zu persönlichem und ewigem Recht erhalten haben. Diese Territorien sind ihnen nach freier Entscheidung des Apostolischen Stuhls anvertraut worden, dem das Recht und die Aufgabe verbleibt, über ihre richtige und volle Entwicklung zu wachen.“ (Ed. de la Bonne Presse, Paris o. J., S. 23).

⁸⁶¹ Eine vereinzelte bewußte Kritik an der französischen Kolonialherrschaft ist die des Paters Lelong. Für diese Kritik waren die lokalen Konflikte mit dem antiklerikalen Beamten von N'Zérékoré nicht unmaßgeblich. Sie erscheint übrigens im Jahre 1946.

folgen in Senegal nur drei Priesterweihen. Dieser Fehlschlag ist eine Folge der – im Unterschied zu den in Frankreich üblichen an die afrikanischen Priesterkandidaten gestellten – viel härteren Prüfungsbedingungen, vor allem aber der Absicht der Väter, sie in der Stellung von Priestern „zweiten Ranges“ zu erhalten. Selbst nach Meinung eines Missionars liegen die Schwierigkeiten der Ergänzung der afrikanischen Priester keineswegs in einem besonderen Unvermögen der Afrikaner, die Priestergelübde einzuhalten. Er erklärt sogar, daß es „von seiten der Keuschheit keine Gefahr gibt... Die wahre Gefahr liegt vielmehr in der geistigen Selbständigkeit und den verschiedenen Formen eines leicht reizbaren Hochmuts.“⁸⁶² Der tiefste Grund ist die Weigerung der Priesterkandidaten, das Rassenvorurteil anzuerkennen. „Die europäische Welt gibt dem nach, was man das Farbvorurteil genannt hat, und dieses Vorurteil hält sich. Ohne so weit gehen zu wollen wie in Amerika, muß man anerkennen, daß man das Recht hat, seine Bekannten auszusuchen.“⁸⁶³ Weshalb, „wenn der (europäische) Pater gütig und hochherzig ist, der (afrikanische) Abbé bescheiden und diskret bleibt, man nicht nur dazu kommt, einander zu lieben, sondern auch, was manchmal schwieriger ist als sich zu lieben, einander zu verstehen“.⁸⁶⁴ Das Bekenntnis dieser Geisteshaltung erklärt sehr leicht die Rückstände, die in der Herausbildung des afrikanischen Klerus bestanden. Der moralische „Imperialismus“ der Missionsorden und selbst der Rassismus vieler ihrer Mitglieder sind dafür im großen Maße verantwortlich. All das erkennen die Wortführer der Kirche heute zuweilen an, wobei sie darin das Ergebnis einer „historischen Lage“ sehen, für die die Kirche keine Verantwortung trug. Gegenüber diesem Gesichtspunkt ist einfach festzustellen, daß sich ja dann Kolonialbeamte und Offiziere ebenfalls von der kolonialen Vergangenheit „reinwaschen“ könnten, indem sie deren ganzes Gewicht einfach auf die von der Geschichte geschaffene Lage schieben würden. „Die Missionierung von Afrika ist Hand in Hand mit der kolonialen Eroberung gegangen“, erkennt Pater Mosmanns an. „Die Kirche hat das Kolonialsystem manchmal unterstützt, da es damals unentbehrlich war, um Frieden zu schaffen oder Gedeihen zu bringen.“⁸⁶⁵ Ohne dieses „manchmal“ zu bekritteln, sei einfach das Eingeständnis zur Kenntnis genommen, daß die Kirche die Thesen der Apologeten des Kolonialismus übernahm, der in

⁸⁶² J.-M. Sédès, *Le Clergé indigène de l'Empire français*, Paris 1944, 2 Bände.

⁸⁶³ Ebenda.

⁸⁶⁴ Ebenda, S. 8

⁸⁶⁵ Pater Mosmanns, *L'Église à l'heure de l'Afrique*, Tournai 1961, S. 69.

Wirklichkeit nur einen sehr relativen Frieden⁸⁶⁶ geschaffen und das Elend gebracht hat. „Sie hat oft von dem Kolonialregime in dem Maße Vorteile gehabt, in dem der Kolonialismus die Zerstreuung der Missionare über den afrikanischen Kontinent hat begünstigen können. Sie befand sich sehr oft in einem Abhängigkeitsverhältnis infolge der Hilfgelder für ihre Schulen und Bauten, manchmal für ihre Kirchen.“⁸⁶⁷ Setzen wir als Schlußfolgerung noch hinzu, daß das Kolonialregime, wenn es sich gegenüber den Missionaren großzügig zeigte, nur so verfuhr, weil ihm das Geschäft vom Standpunkt seiner Interessen aus als vorteilhaft erschien.

3. Kultur und Unterricht⁸⁶⁸

a) Die kulturelle Unterdrückung

Die Maßnahmen der Kolonialisten auf dem Gebiet der eigentlichen Kultur waren in der Hauptsache negierend. Sie bestanden in der Negierung und – wenn möglich – Zerstörung der kulturellen Werte und Einrichtungen, die aus der vorkolonialen Zeit stammten. Das bildete den Hauptteil dieses „Werkes“. Einige Koloniale – Delafosse, General Meynier – hatten das erkannt, um es zu bedauern: sie begriffen nicht, daß dieser „Irrtum“ für das Kolonialregime eine unabdingbare Notwendigkeit war. Jede Nationalkultur (dieser Ausdruck in seinem weitesten Sinne genommen) ist Ausdruck der Bewußtwerdung und kann daher zu einem Widerstandsmittel

⁸⁶⁶ Sein Amtsbruder, der Pater Lelong, schrieb: „Wir übertreiben oft ein wenig, wenn wir unter den Wohltaten, die unsere Zivilisation nach Schwarzafrika gebracht hat, auch die des Friedens rühmen. Die schwarzen Schützen, die in Europa bei der Begleichung der Rechnungen zwischen den großen Weißen ihr Leben verloren, hätten als Opfer der mörderischen Kriege der Neger für Jahrhunderte gelangt.“ Pater *Lelong*, *Ces Hommes qu'on appelle anthropophages*, Paris 1946, S. 56.

⁸⁶⁷ Pater *Mosmans*, am zitierten Ort.

⁸⁶⁸ Über den gleichen Gegenstand siehe *A. Moumouni*, *l'Éducation en Afrique*, Paris 1964, Kap. I: L'Éducation et l'Enseignement dans l'Afrique noire précoloniale, und Kap. II: L'Enseignement colonial, et son évolution (1 und 2, S. 41–75). Dieses Buch wurde zur selben Zeit wie das meinige von meinem Freunde und früheren Schüler, Professor Abdou Moumouni, geschrieben, ohne daß es uns die Umstände erlaubt hätten, von unseren gleichzeitigen Arbeiten Kenntnis zu nehmen; indem er zum Teil andere Quellen verwertete als ich, kam er zu parallelen Schlußfolgerungen, macht aber zahlreiche ergänzende Angaben.

werden. Nicht zufällig versuchen die Apologeten des Kolonialsystems dieses zu rechtfertigen, indem sie vor der Welt und vor sich selbst, wenn es ihnen not tut, behaupten, die kolonial unterdrückten Völker seien „Völker ewiger Kindheit“, unmündig und ohne Eigenpersönlichkeit. Jede ihrer kulturellen Erscheinungen wird von diesen Verteidigern des Kolonialsystems als Stammelken der Kindheit, als Kinderei, als Barbarei betrachtet. Die Missionare sehen darüber hinaus darin noch das Zeichen einer Unterjochung durch den Teufel. Man interessiert sich also für die Kultur (Folklore, Archäologie, „Negerkunst“) nur aus Kuriosität für das Fremde und Bizarre – einige Beamte werden so zu Folkloristen oder Archäologen aus Liebhaberei –, oder man interessiert sich dafür auch wegen der Verwendung, die man auf dem Gebiet der „Eingeborenenpolitik“ dafür hat. In diesem Geist schafft Generalgouverneur Clozel 1915 ein „Komitee für historische und wissenschaftliche Untersuchungen Französisch-Westafrikas“ („Comité d'études historiques et scientifiques de l'A.O.F.“), dessen Zeitschrift Studienaufsätze von Offizieren oder Beamten aufnimmt, die sich mit ethnographischen oder historischen Problemen bzw. mit den Naturwissenschaften beschäftigen. Es wird noch bis 1938 dauern, bis in Dakar das „Institut français d'Afrique noire“ (Französisches Institut für Schwarzafrika) gegründet wird, und zwar übrigens als eine Arbeitsbasis für französische afrikanistische Gelehrte und nicht als ein Ausbildungszentrum für afrikanische Gelehrte. Was die afrikanischen Institutionen anbelangt, so findet man den Ausweg, sie entweder zu ignorieren oder als politisches Instrument zu benutzen, oder auch man zerstört sie in dem Maße, in dem sie sich aufrührerisch oder ungeeignet für die ihnen bestimmte Rolle zeigen. Dasselbe geschah mit der von Afrika assimilierten arabischen Kultur. Zweifellos war diese Kultur nicht modern. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf das Erlernen der arabischen Schriftzeichen und auf das mechanische Auswendiglernen des Korans. Aber diese untere Stufe, die wenigstens die Möglichkeit einer schriftlichen Mitteilung herstellte, indem sie das arabische Alphabet auf die afrikanischen Sprachen anwandte⁸⁶⁹, wurde oft überschritten. Das war offensichtlich der Fall bei der saharischen Bevölkerung, für die das Arabische die Muttersprache war, wie zum Beispiel bei Mauren und Kunta-Arabern. In Timbuktu, wie groß hier auch auf diesem Gebiet – im Vergleich zur Vergangenheit – der Verfall gewesen sein mag, in Djenne, aber vor allem in Mauretanien, bestand ein Lehrsystem höherer Art, das Grammatik, Lite-

⁸⁶⁹ Dieses Verfahren hat eine geschriebene Literatur nur in der Fulbe- und Haussasprache entstehen lassen, aber es wurde und wird noch zu Korrespondenz- und Mitteilungszwecken in vielen afrikanischen Sprachen benutzt.

ratur, Theologie und Jurisprudenz vermittelte. In Futa Djalon und in Bundu gab es kein Dorf ohne Schule. Die Zahl der Karamokos, die über eine umfassende Bildung des Literaturarabischen verfügten, war sehr groß. 1907 bemerkt der Inspekteur für das mohammedanische Unterrichtswesen, Mariani, den das Generalgouvernement zur Untersuchung der Verhältnisse aus Algerien berufen hatte, mit Überraschung in seinem Bericht, daß er nicht nur im Futa Djalon, sondern auch in Unterguinea in bescheidenen Dörfern Marabuts angetroffen habe, die in der Lage seien, eine Unterhaltung in arabischer Literatursprache zu bestreiten. Nach einer aus dem Jahre 1906 stammenden Schätzung waren damals in Guinea 3756 Karamokos vorhanden, welche fast 25 000 Schüler unterrichteten. Dieser Beitrag der arabischen Kultur wurde ignoriert oder für gefährlich erachtet. Das Verwaltungspersonal insgesamt hatte nicht die geringste Ahnung von dieser Kultur. Man sah bereits bei der Darstellung der Eroberung, was aus den bei den besiegten Herrschern oder Privatpersonen erbeuteten Bibliotheken wurde: einige Manuskripte wurden vernichtet, andere gingen in den Privatsammlungen exotischer „Kuriositäten“ von Offizieren oder Beamten unter. Der übrige Teil wurde nach Frankreich geschickt, wo er im Staub der Magazine einiger Spezialbibliotheken ruht. Nach der Schaffung eines „Amtes für mohammedanische Angelegenheiten“ durch Roume im Jahre 1906 gab es verschiedene Versuche, das traditionelle arabische Unterrichtswesen in Regeln zu fassen und zu kontrollieren. Diese Versuche verliefen schnell im Sande, da es an sachkundigem Personal fehlte. Was den Koranunterricht betraf, so hatte die Inspektionsreise des algerischen Inspektors Mariani keine Fortsetzung. Man begnügte sich damit, über die Marabuts eine polizeiliche Kontrolle auszuüben. Auf einer höheren Stufe erhielt die Schule für Häuptlingssöhne von St. Louis die Bezeichnung „Medrese“, und man richtete ähnliche „Medresen“ oder, nach einer viel zutreffenderen Bezeichnung, „französisch-arabische Schulen“ in Timbuktu, Djenne und Boutilimit⁸⁷⁰ ein. Der erste Inspekteur des Unterrichtswesens von Französisch-Westafrika, Georges Hardy, erkannte an, daß diese Einrichtungen nichts vermitteln, was einem höheren Unterricht gleicht, sondern daß es sich um „Einrichtungen von politischem Charakter“ handelt, „die sehr nützlich sind, aber keinen wissenschaftlichen Ehrgeiz haben“.⁸⁷¹ Ihre Rolle besteht darin, Dolmetscher,

⁸⁷⁰ In Mauretanien, die Residenz des Scheichs Sidya, des Hauptverbündeten der Franzosen unter den Mauren des Trarza. Im Jahre 1939 hatte die geistliche Schule (Medrese) von Djenne zu existieren aufgehört, aber zwei andere waren in Atar (Mauretanien) und Timbédra (Sudan) gegründet worden.

⁸⁷¹ G. Hardy, *Une Conquête morale: l'enseignement en A.O.F.*, Paris 1917, S. 40.

Richter und Sekretäre für die mohammedanischen Gerichte auszubilden.⁸⁷² Hinzu kommt, daß man darin bald ein nicht aufrechtzuerhaltendes Zugeständnis sah. Die „Medrese“ von Djenne wurde flugs wieder geschlossen und die von St. Louis hieß seit 1922 wieder „Schule für Häuptlingssöhne und Dolmetscher“. Es handelte sich also nicht etwa darum, die arabische Bildung aufrechtzuerhalten oder zu pflegen, sondern um die Ausbildung einiger einheimischer Angestellten, die in der Lage sein sollten, Worte und Schreiben der arabisch gebildeten Notabeln und Schriftgelehrten in das Französische zu übersetzen.

Die sich selbst überlassene arabische Kultur verfiel in Niedergang. Die arabisch Gebildeten hatten einst die Perspektive, eine gewisse gesellschaftliche oder politische Stellung zu erreichen: sie waren die Ratgeber oder Sekretäre der Könige, einige von ihnen waren sogar Staatsoberhäupter geworden. Künftig konnten sie kaum noch auf einem anderen als einem unteren Niveau tätig sein, als Lehrer an der Koranschule, Ratgeber von Kantonshäuptlingen (in dieser Stellung waren sie der Verwaltung verdächtig), als wundertätige Marabuts, die von Almosen lebten oder, wenn es hochkam, als Häuptlinge mystischer Bruderschaften, die ständigen Verfolgungen ausgesetzt waren, wenigstens wenn sie sich nicht bereitfanden, die Rolle williger Diener der Kolonialverwaltung zu spielen. Die Stufe ihrer Kenntnisse war entsprechend gering, selbst im Rahmen der üblichen scholastischen Bildung.⁸⁷³ Sogar in Mauretanien führt das Eindringen der Kolonialisten zu einer Rückentwicklung der arabischen Kultur, was besonders vom Niveau des höheren Unterrichts gilt.⁸⁷⁴ Was die eigentlich afrikanischen Kulturen betrifft, so wurden sie mit Hochmut völlig übergangen und flüchteten sich in die Heimlichkeit, was durch ihren esoterischen Charakter begünstigt wurde. Die heiligen Wälder, Orte für den Kult und die Jünglingsweihe, waren ein sicherer Schutz für oftmals sehr langandauernde „Lager“, in denen die Jugendlichen eine Vorbereitung auf das Leben und eine Erziehung erhielten, die den Notwendigkeiten der Umwelt (einschließlich Mutproben) entsprach. Diese Erziehung trug in vieler Hinsicht ein altertümliches Gepräge. Viele ihrer Züge ließen die Erinnerung an eine Zeit hervortreten, in der das Leben im Walde und die Jagd mehr Bedeutung hatten als der

⁸⁷² J. Carde, La réorganisation de l'enseignement en A.O.F., in: R.I., Nr 185–186, Mai–Juni 1924, S. 111–129.

⁸⁷³ Über diesen Niedergang vgl. J. C. Froelich, Les Musulmans d'Afrique noire, Paris 1952, S. 174 ff.

⁸⁷⁴ Über diesen Punkt: J. Beyriès, Évolution sociale et culturelle des collectivités nomades de Mauritanie, in: B.C.E.H.S., 1937, Nr 4, S. 465–481.

Feldbau. Sie verschloß sich dennoch nicht jeder Entwicklung. In ihrem Rahmen erfolgte im 19. Jh. die Verbreitung der Silbenschriften, die besonders von den Vaï in Sierra Leone und von den Toma verwendet wurden. Ihre Erlernung erfolgte im Toma-Land im heiligen Walde, und man gebrauchte sie zu Korrespondenzzwecken. Die Kolonialherrschaft beargwöhnte diese „Schulen von Zauberern“. Vor allem machte die Zwangsarbeit die in diesen Schulen üblichen langen Vorbereitungszeiten auf die Jünglingsweihe (bis zu 7 und 9 Jahren) mehr und mehr unmöglich: „Seit die wirtschaftlichen Lebensbedingungen sich wandelten, die Rekrutierungen die jungen Männer in Anspruch nehmen, ist die Probezeit in der Dauer herabgesetzt worden, damit den Dörfern die Ergänzung der Zahl ihrer Arbeiter möglich wird.“⁸⁷⁵ Die übertriebene Vorliebe für die „Negerkunst“ nach dem zweiten Weltkrieg, meist Ausdruck des Snobismus, rührte gewöhnlich aus einem totalen Nichtverstehen von Gesinnung und Bedeutung der afrikanischen plastischen Kunst her, die man im Namen der „Ursprünglichkeit“, der „Rückkehr zur Primitivseele“ usw., ebenso feierte wie Zeichnungen von Kindern oder Geisteskranken und die automatische Schrift. Für Afrika selbst hatte diese Mode kaum andere Auswirkungen als den massenhaften Abzug von Kunstprodukten zum Nutzen von Spekulanten. Außer der spät erfolgten Restauration der Königspaläste von Abomey wurde für die Erhaltung der Denkmäler der vorkolonialen Zeit nichts getan; im allgemeinen wurden sie dem Verfall überlassen oder zerstört. Im Endergebnis beschränkte sich die koloniale Tätigkeit auf kulturellem Gebiet fast ganz auf den Unterricht, einen Unterricht, der ausschließlich vom Gesichtspunkt seines Nutzens aus betrieben wurde und von jener Kultur ausging, die allein als wertvoll betrachtet wurde – von der des Kolonialherren.

b) Geschichte des kolonialen Unterrichtswesens in Afrika

Bis zum Beginn des 20. Jh. wurde das Unterrichtswesen fast vollständig den Missionaren überlassen, genauer gesagt, den Brüdern von Ploërmel, denen die Regierung die zwei Schulen von Boké und St. Louis übertragen hatte, und den Schwestern vom Heiligen Joseph von Cluny.⁸⁷⁶ Das laizistische Unterrichtssystem wurde von Faidherbe im Jahre 1854 in Senegal

⁸⁷⁵ Hauptmann *Duffner*, *Croyances et coutumes religieuses chez les Guerzés et les Manons de la Guinée française*, in: B.C.E.H.S., 1934, Nr 4, S. 545.

⁸⁷⁶ Mutter Javouhey, Gründerin dieser Ordensgesellschaft, hatte mehrere junge Senegalesen nach Frankreich geschickt, von denen drei Priester wurden. Bei ihrer

eingeführt. Damit verfolgte er das Ziel, die Mohammedaner, die die Mehrheit der Bevölkerung von St. Louis ausmachten, und sich im allgemeinen weigerten, ihre Kinder den Priestern anzuvertrauen, zu gewinnen. Mit demselben politischen Ziel gründete er dann die „Schule für Geiseln“ (École des Otages). Der Name war bezeichnend genug, und diese Schule war dazu bestimmt, die Söhne der von Frankreich abhängigen oder unterworfenen Häuptlinge in einem für Frankreich günstigen Sinne zu erziehen. Wegen Geldmangel wurde die Schule nach 18 Jahren wieder geschlossen. Von der Zeit Faidherbes bis zum Ende des Jahrhunderts war kaum ein Fortschritt zu verzeichnen. Die Zahl der Schulen und der sie besuchenden Schüler war dem Augenschein nach gegen 1870 sehr hoch, wenn man die tatsächliche koloniale Besitzergreifung damit vergleicht: aber die Schulen waren an einigen Ortschaften konzentriert, in St. Louis, Gorée, Dakar und Libreville. In Sudan hatten die Offiziere während der Eroberung zwar ebenfalls eine Reihe von Schulen gegründet, aber diese improvisierten Schulen, die Unteroffizieren anvertraut worden waren, verschwanden sogleich wieder. 1860 zählten die Schulen von St. Louis 860 Schüler, darunter 200 Schülerinnen. 1898 war die Zahl der Schüler in den neun Grundschulen von St. Louis bei gestiegener Bevölkerungszahl kaum höher. Allerdings kam eine 1884 gegründete Mittelschule hinzu, die jedoch nur eine geringe Anzahl von Schülern aufwies. Die Schule für Geiseln war 1893 unter der Bezeichnung „Schule für Häuptlingssöhne“ (École des fils de chefs) wieder eröffnet worden. In Sudan bestanden am Ende des Jahrhunderts noch etwa 30 Schulen, darunter eine Schule für Häuptlingssöhne in Kayes, und eine Berufsschule, die zusammen etwa 800 Schüler zählten. Von der Schule für Häuptlingssöhne, die in Kayes gegründet worden war, wird berichtet, daß ihre Geschichte von 1886 bis 1897 „eine Serie von Versuchen und Probemaßnahmen“ war. „Die materielle Einrichtung gehörte im übrigen zu den primitivsten ihrer Art.“⁸⁷⁷ Im Jahre 1902 zählte sie 75 Schüler, die in drei Klassen lernten. Ihr Personal bestand aus einem Direktor und einem mohammedanischen Hilfslehrer aus Algerien. Die Berufsschule hatte 1900 nur Mißerfolge zu verzeichnen. Im weiteren sind zu nennen: zwei Stadtschulen in Kayes und Medina (50 bzw. 60 Schüler, vor allem Jugendliche vom Wolofstamm aus Familien in St. Louis) und 25 Kreisschulen. In Guinea hatten sich die Väter vom Heiligen Geist die

Rückkehr versuchte man, ihnen eine höhere Schule in St. Louis zu übertragen. Sie begegneten derartigen Schwierigkeiten, daß sie schließlich ihr Land verlassen mußten.

⁸⁷⁷ Territoires du Haut-Sénégal-Moyen-Niger. Rapport (1900–1903), S. 37.

Schule in Boffa übertragen lassen (1878), dann, zusammen mit den Schwestern vom Heiligen Joseph von Cluny, die zwei Schulen in Konakry (Knabenschule 1890, Mädchenschule 1893) übernommen. 1898 kamen hierzu noch fünf weitere Schulen, sämtlich in Unterguinea gelegen und im allgemeinen von Ordensgeistlichen geleitet. Die Schulen in Guinea besaßen im ganzen 300 Schüler. In der Elfenbeinküste zählte man sieben Knabenschulen und eine Mädchenschule, die sämtlich von Missionaren geführt wurden, und fünf Dorfschulen, welche afrikanische Hilfslehrer versahen. In Dahomey war der Unterricht bis zum Jahre 1894 von portugiesischen Missionaren versehen worden, die ihn in ihrer Sprache erteilten. Sie wurden nach der Annexion durch französische Missionare ersetzt. Es gab in Dahomey im ganzen etwa 20 Schulen, die sich auf Porto Novo, Widah und Kotonu beschränkten. In Kongo schließlich hatten die Missionen in ihren Schulen 2654 Kinder mit 85 Lehrern und Lehrerinnen. In Libreville, wo die Schwestern vom Heiligen Joseph von Cluny sich 1863 niedergelassen hatten, erfaßten die Missionsschulen mit 300 Schülern fast den ganzen im schulfähigen Alter befindlichen Bevölkerungsteil. Es sei gleich betont, daß diese Zahlen in ihrem richtigen Zusammenhang gesehen werden müssen. Einzig die schulischen Einrichtungen der Hauptorte konnten als Grundschulen im gewohnten Sinne des Wortes gelten. Die Dorfschulen und die ländlichen Missionsschulen hatten den Charakter einer vorübergehenden Einrichtung, der ihrer Wirkung jede Dauerhaftigkeit versagte. Sie verschwanden oft plötzlich mit der Abreise des Schullehrers, der den Unterricht oft nur nebenberuflich erteilte. In Senegal, wo das Unterrichtswesen am ältesten war, bemerkt ein Augenzeuge, daß es zwar eine große Zahl von Schulen, aber nur zwei Lehrer mit Lehrberechtigungsschein für Grundschulen gab. Die übrigen erteilten den Unterricht entweder nur gelegentlich oder es handelte sich um die Brüder des Ordens von Ploërmel und die Schwestern vom Heiligen Joseph von Cluny. Das Wissen der eben genannten Missionare war mittelmäßig, und die von ihnen angewandten pädagogischen Methoden werden als „bestürzend“ bezeichnet.⁸⁷⁸ In Sudan gibt ein offizieller Bericht folgende Aufschlüsse über die Missionsschulen: „Diese Schulen, die bis zum heutigen Tage sehr hohe Hilfgelder aus dem Budget der Kolonie bezogen, haben keine sehr schätzenswerten Ergebnisse geliefert... Die Schüler sind mit den Feldarbeiten beschäftigt, wobei sie einfach Felder mit Getreide und getreideartigen Früchten bebauen, die für den Bedarf der Mission während des Jahres notwendig sind.“⁸⁷⁹ Die Gesetze über

⁸⁷⁸ C. Guy, in: A.F., 1924, Nr 8, S. 438.

⁸⁷⁹ Territoires du Haut-Sénégal-Moyen-Niger. Rapport (1900–1903).

die geistlichen Orden führten die Kolonialverwaltung im Jahre 1903 dazu, den Ordensgeistlichen die Leitung der öffentlichen Schulen zu entziehen. Sie behielten jedoch diejenigen Schulen, die den Missionen als eigener Besitz beigeordnet waren und gründeten in der Folge Privatschulen, die wenigstens in Französisch-Äquatorialafrika von der Kolonialverwaltung subventioniert wurden.⁸⁸⁰

Zum ersten Mal gezwungen, sich mit den Angelegenheiten des Unterrichtswesens zu beschäftigen, setzte das Generalgouvernement von Französisch-Westafrika durch drei Erlasse vom 24. November 1903 ein Schulsystem in Kraft, welches, abgesehen fast nur von Ausnahmen, bis zum Ende der Kolonialherrschaft bestehen bleiben sollte. Diese Erlasse waren nach Instruktionen des Generalgouverneurs Roume von Gouverneur Camille Guy ausgearbeitet worden, einem außerordentlichen Universitätsprofessor, der in den Kolonialdienst getreten war und damals das Amt des Generalsekretärs ausübte. Das Unterrichtswesen erhielt dadurch folgenden Aufbau. Der Vermittlung der Grundschulbildung sollten drei Arten von Schulen dienen:

- auf der untersten Stufe die Dorfschule, in der der Unterricht von einheimischen Hilfslehrern erteilt wurde. Man lehrte hier die „Anfangsgründe der französischen Sprache und des Rechnens“ und setzte sich zum Ziel, „die Kinder in die Feldarbeiten einzuführen“⁸⁸¹.
- Auf der höheren Stufe die Regionalschule, die im Hauptort des Kreises gelegen war und außer den Vorbereitungs- und Grundschulklassen, die von Hilfslehrern betreut wurden, eine *mittlere Stufe* umfaßte, für die ein europäischer Lehrer beschäftigt war, der gleichzeitig die Aufgaben des Direktors erfüllte. Zur Bestätigung des abgeschlossenen Besuches der Regionalschule wurde ein Schulzeugnis über den Grundschulunterricht (certificat d'Études primaires élémentaires – C.E.P.E.) ausgegeben, das geringwertiger erachtet wurde als das in Frankreich verliehene Zeugnis dieser Art.

⁸⁸⁰ Im Jahre 1928 waren die Subventionen für Privatschulen (für insgesamt 4000 Schüler) wie folgt verteilt:

Apostolisches Vikariat von Brazzaville	32 000 Franken
Apostolisches Vikariat von Gabun	10 000 Franken
Apostolisches Vikariat von Loango	5 000 Franken
Apostolisches Vikariat von Bangui	7 500 Franken

(P. Gamache, L'enseignement en A.E.F., in: A.F., R.C., 1928, Nr 12, S. 751–759.)

⁸⁸¹ L'enseignement dans les territoires d'outre-mer. Documentation française, Notes et Études documentaires, Nr 1896 (19. Juli 1954).

– Parallel dazu vermittelte die *städtische Schule* in den Hauptorten der Kolonien und in den großen Bevölkerungszentren den Kindern der europäischen und assimilierten Bevölkerung einen Unterricht, der dem französischen Muster mit seiner Verleihung des Grundschulabschlußzeugnisses (C.E.P.E.) entspricht.

Das *Berufsschulwesen* war auf eine einzige Schule, die École Pinet-Laprade in Gorée beschränkt, die von 1904 bis 1924 bestand. Diese Schule bildete Vorarbeiter aus, konnte die praktische Ausbildung jedoch nur außer Haus, „in öffentlichen und privaten Werkstätten“, vermitteln. Der Mittelschul- und Handelsschulunterricht wurde von der École Faidherbe in St. Louis erteilt. Die Mittelschulen trafen ihre Schülerauswahl aus den Abgängern der Volksschulen; die Schulzeit der Mittelschulen war auf zwei Jahre bemessen, konnte jedoch, je nach dem Bedarf, den man für neues untergeordnetes Personal hatte, auf ein Schuljahr reduziert werden. Schließlich bildete eine höhere Schule für ganz Französisch-Westafrika die afrikanischen Fachkräfte nach zwei Hauptrichtungen aus, in einer Abteilung für Lehrerbildung (Schullehrer) und in einer Abteilung für Verwaltungswesen (Dolmetscher, Häuptlinge). Diese höhere Schule wählte ihre besten Schüler aus den bereits genannten Mittelschulen aus, und die Dauer der Studienzzeit betrug drei Jahre. Diese „École normale“ in St. Louis ist die alte „Schule für Häuptlingssöhne“ („École de fils de chefs“). Dieses Schulsystem war weitgehend von der schon vorhandenen Wirklichkeit abgeleitet, wie sie in Dorfschulen, Regionalschulen und Stadtschulen zum Ausdruck kam. Aber die Verallgemeinerung, die es bezweckte, blieb lange Zeit rein theoretisch. Sein Begründer selbst erkannte an, daß es kaum anderswo durchführbar war als in Senegal, und ein Erlaß von 1911 gab den Kolonien Französisch-Westafrikas ihre Handlungsfreiheit auf dem Gebiet des Schulwesens zurück.⁸⁸²

Die Kolonialverwaltung brachte dem Unterrichtswesen wenig Interesse entgegen und hatte dafür kein Geld. Von 1895 bis 1908 wandte Französisch-Westafrika jährlich weniger als 2 Prozent seiner Kredite für das Unterrichtswesen auf.⁸⁸³ Gewisse Schulen blieben drei Jahre über ohne Schulmittel.⁸⁸⁴ Man begann, einige Lehrer aus der französischen Lehrerschaft herbeizuziehen, aber die Bewerbungen waren selten, und die Bewerber wurden von der Kolonialbürokratie kaum ermutigt. Manche von ihnen

⁸⁸² C. Guy, A.F., 1924, Nr 8, S. 438.

⁸⁸³ G. François, L'enseignement en Afrique occidentale, in: A.F., R.C., Nr 1–2, 1919, S. 34–39.

⁸⁸⁴ G. Hardy, Une Conquête morale, a. a. O., S. 37.

warteten ein Jahr und blieben inzwischen ohne Gehalt, ehe man sich zu ihrer Einschiffung entschließen konnte! Im Jahre 1904 war grundsätzlich festgelegt worden, daß bei jedem Gouverneur die Stelle eines Schulrats zu schaffen wäre. Dieser Inspektor (Schulrat) war als Kontrollbeamter des Gouverneurs gedacht, der damit seine direkte Verfügungsgewalt über das Unterrichtswesen behielt und die Besetzung dieses Postens von sich aus entschied. Dadurch kamen meistens Abenteurer, die in der Kolonie aus Verlegenheit zum Lehrerberuf gekommen waren und über keine vollwertige Ausbildung oder nicht über entsprechende Fähigkeiten verfügten, in dieses Amt.⁸⁸⁵ Mangels Fachkräften stellte man als Lehrer weiterhin fast jedermann ein: ruinierte Siedler, Kaufleute oder Faktoreiangestellte, die von ihren Chefs den Laufpaß bekommen hatten. Neben ihrer Hauptbeschäftigung ließ man auch Offiziere und Beamte unterrichten. 1906 zählte man in Guinea 12 Regionalschulen (nicht einmal in jedem Kreis war eine solche vorhanden), eine Stadtschule, ferner eine Mädchenschule in Konakry und nur drei Dorfschulen. Im ganzen besuchten 1345 Schüler, darunter 243 Mädchen, die öffentlichen Schulen. Dazu kamen noch drei Missionsschulen mit insgesamt 83 Schülern. Das Lehrpersonal bestand aus 13 europäischen Lehrern, 6 europäischen Lehrerinnen, 18 afrikanischen Hilfslehrern und 2 afrikanischen Hilfslehrerinnen. Im Jahre 1907 besitzt ganz Französisch-Westafrika nur 76 Dorfschulen, 33 Regionalschulen – zwei Drittel der Kreise besitzen solche also nicht – und 12 städtische Schulen. 1912 beläuft sich die Zahl der Schüler in den öffentlichen Schulen auf 11 000, wozu noch 2600 Schüler des Privatschulwesens kommen.

In Französisch-Äquatorialafrika sucht man ein Unterrichtswesen fast vergebens; sofern vorhanden, bleibt es den Missionen überlassen. Der erste Haushaltsposten zu diesem Zweck wurde 1906 in Gabun errichtet, hatte eine Höhe von 12 000 Franken und diente der Begründung einer weltlichen Schule in Libreville. Im Haushalt von 1911 hatte Gabun von 2 200 000 Franken Gesamthöhe 25 000 Franken für den Unterricht vorgesehen. Davon wurden nur 5406,84 Franken ausgegeben, da von den im Jahre 1910 bestehenden 4 Schulen 3 aus Mangel an Lehrern geschlossen worden waren. In der Schule von Libreville, der einzigen, die geöffnet geblieben war, wurde der Unterricht von Angestellten der Zivilverwaltung erteilt, die dafür eine zusätzliche Entschädigung erhielten. Im gleichen Jahr wandte Mittelkongo für den Unterricht etwas weniger als 20 000 Franken auf, wäh-

⁸⁸⁵ G. Hardy erkennt an, daß diese Art der Gewinnung neuer Kräfte „bedauernswürdig“ und durch das „Günstlingstum“ verfälscht war.

rend Ubangi und Tschad überhaupt keine Ausgaben für diesen Zweck machten.⁸⁸⁶ Ein Erlaß vom 4. April 1911 hatte die Schaffung einer regulären Lehrerschaft vorgesehen, blieb aber ohne jede Wirkung. Von 1910 bis 1919 wurden für Französisch-Äquatorialafrika lediglich fünf Lehrer angestellt. Erst 1912 unternahm Französisch-Westafrika einen ersten Schritt zur Verwirklichung der 1903 festgelegten Grundsätze. Damals wird eine Verwaltung für Unterricht geschaffen, die dem Generalgouverneur untersteht, der also maßgebend bleibt und dem für Französisch-Westafrika ein Schulrat zur Seite steht. Der erste Schulrat für Französisch-Westafrika ist Georges Hardy, Außerordentlicher Professor für Geschichte und Geographie, früherer Schüler der Lehrerbildungsanstalt École normale supérieure. Die „École normale“ genannte höhere Schule in St. Louis, die École Pinet-Laprade, die Verwaltungsschule Faidherbe, die Mechanikerlehrlingsschule der Marine in Dakar kommen unter seine direkte Zuständigkeit und nehmen einen Bundescharakter an. Die École normale in St. Louis, bis dahin eine einfache 1904 an der Schule für Häuptlingssöhne gegründete Lehrerbildungsabteilung, wird von St. Louis nach Gorée verlegt und nimmt bald die Bezeichnung Höhere Bildungsanstalt William Ponty (École normale William Ponty) an. In den Kolonien werden die Schulräte aus der Zahl der Lehrer mit einem Abschlußexamenszeugnis der Lehrerbildungsanstalt und der Lehrbefähigungsbescheinigung (Certificat d'Aptitude Pédagogique) ausgewählt, die fünf Berufsjahre in Französisch-Westafrika aufweisen können. Diejenigen, die zufällig zum Lehrerberuf kamen, sind somit zwar ausgeschaltet, aber das Favoritentum ist deshalb nicht beseitigt. Der Posten des Schulrats wird allerdings „zum Wettbewerb“ ausgeschrieben, aber der Wettbewerb geht in der Kolonie selbst vor sich, unter Kollegen, und sein Wert wird umstritten sein. Darüber hinaus erhält das Generalgouvernement das Recht, jeden für unerwünscht angesehenen Bewerber von der Beteiligung auszuschließen. Ein Erlaß vom 25. Januar 1913 schafft einen Leitenden Rat für Grundschulbildung (Conseil supérieur de l'enseignement primaire), der bei Erlassen, betreffend die Schulordnung seines Bereiches, zuvor gehört wird, sowie ein Bulletin de l'enseignement de l'A.O.F. (Bulletin über das Unterrichtswesen Französisch-Westafrikas). Ende 1914 werden die Schülerzahlen für Französisch-Westafrika wie folgt aussehen: Senegal 4500, Haut-Sénégal et Niger 3000, Guinea 2600, Elfenbeinküste 3400, Dahomey 3000, Niger 400, Mauretanien 100 Schüler.⁸⁸⁷ Aber die zu Un-

⁸⁸⁶ Gouvernement général de l'A.E.F. Comptes définitifs des recettes et dépenses. Exercice 1911. Paris 1912.

⁸⁸⁷ G. Hardy, a. a. O.

terrichtszwecken für Französisch-Westafrika aufgewandten Haushaltskredite bleiben schwach. 1914 waren es weniger als 2 Millionen Franken. Der Krieg verhindert eine Fortsetzung der 1912–1914 zu bemerkenden Fortschritte. 1922 beläuft sich die Schülerzahl in Französisch-Westafrika für die öffentlichen Schulen auf 25 000, wozu noch etwas weniger als 5000 Schüler in den privaten Schulen kommen. 1944 gibt es 57 000 Schüler in den öffentlichen Schulen und 19 000 in den Missionsschulen. Wie man sieht, war der Fortschritt sehr langsam. In gewissen Kolonien ist er nach der Wirtschaftskrise fast gleich Null. Während des zweiten Weltkrieges war er sehr verzögert worden, da Personalmangel herrschte (außer für die Privatschulen, die seit 1942 sehr großzügig mit Subventionen versehen wurden). Die Unterrichtsstruktur entwickelte sich wenig. Die Erlasse von 1918 und 1923 brachten strukturell gegenüber 1903 nur kleine Veränderungen. Dorfschulen, die in jedem Falle Einklassenschulen sind, sollten danach grundsätzlich zwei Stufen umfassen (Vorbereitungs- bzw. Grundschulklasse) und Kinder im Alter von 6 bis 11 Jahren unterrichten. Von 1920 bis 1923 erhöht sich ihre Zahl von 227 auf 275 und ihr Schülerbestand von 16 000 auf 22 000. 1938 gibt es 310 dieser Schulen mit 26 195 Schülern, von denen 2625 Schülerinnen sind.

Für die Regionalschulen wurden drei Klassen vorgesehen, und zwar zwei als Vorbereitungs- und Grundschulklassen und eine als höhere Schulklasse. Diese letzte Klasse nimmt die besten Schüler des Grundschulkursus der Schule bzw. der benachbarten Dorfschulen in einem bestimmten Umkreis auf, der ein Schulgebiet („Schulsektor“) bildet. Dieser Schulsektor sollte von da ab einem Verwaltungskreis entsprechen, aber in der Praxis umfaßt er mehrere solcher Kreise. So sind 1922 69 Regionalschulen für 115 Verwaltungskreise und 1938 für die gleiche Zahl von Verwaltungskreisen 96 Regionalschulen vorhanden. Der Besuch dieser Schule endet mit dem Grundschulabgangszeugnis, welches, je nach der Bewertung der Leistungen, den Zugang zur Mittelschule ermöglicht. Der Mittelschulkursus wird dem Grundsatz nach einem voll ausgebildeten europäischen Lehrer übertragen. Der Schülerbestand der Regionalschulen entwickelte sich entsprechend dem Bedarf an untergeordnetem Verwaltungspersonal. 1920 waren es 4791 Schüler, 1923 sind es 4831. Die Schüler dieser Schulen sind Stipendiaten, die im allgemeinen im Internat wohnen. Das Höchstalter für die Aufnahme liegt bei 15 Jahren.

Die städtischen Schulen waren ebenfalls als Drei-Klassen-Schulen geplant, aber man unterschied in ihnen Klassen für Afrikaner, die dasselbe Lehrprogramm hatten wie die Regionalschulen, und Klassen für Europäer,

die Europäern und Assimilierten vorbehalten waren; die letzteren erhielten das in Frankreich übliche Lehrprogramm vermittelt. 1938 gibt es 26 städtische Schulen mit 7944 Schülern. 1927 mußte der Senegal erst durchsetzen, daß an allen seinen städtischen Schulen die europäischen Lehrprogramme vermittelt werden. Diese Programme werden zweifellos nicht voll verwirklicht, aber der senegalesische Anspruch macht die Sorge deutlich, das „Eingeborenenlehrprogramm“, das einen wenig geschätzten Unterricht bedeutete, abzuschütteln. Schließlich verfügt jede Kolonie über eine Mittelschule, die im Prinzip am Hauptort der Kolonie bestand. Im Jahre 1922 gibt es sechs Mittelschulen. Nur in Niger und Mauretanien fehlen sie. Die durchschnittliche Schülerzahl jeder Mittelschule liegt bei 80–100 Schülern. Die Mittelschule umfaßt drei Ausbildungsrichtungen mit einem für alle Schüler gemeinsamen Schuljahr. Der erste Ausbildungszweig ist Hauptlingssöhnen vorbehalten und soll einfach eine zusätzliche Bildung vermitteln. Der zweite nimmt Anwärter auf die Berufe des Lehrers und des Hilfsarztes auf, die nach Absolvierung in Bundesfachschulen weitervermittelt werden, der dritte Kursus führt zu einem zweiten Schuljahr als Oberstufe, welche „die Angestellten der für die Bedürfnisse der Kolonie unumgänglich notwendigen örtlichen Verwaltungen ausbildet“⁸⁸⁸, wie zum Beispiel Postbeamte, Krankenwärter, Angestellte der öffentlichen Dienste.

Der zweite Ausbildungszweig der höheren Schule von St. Louis, der 1914 etwa 50 Schüler und nicht mehr als drei Klassen umfaßte, war faktisch nur für das Bürgertum von St. Louis da. 1920 wird dieser zweite Kursus am Gymnasium Faïdherbe eingerichtet, aber seine Schülerzahl bleibt bescheiden. Am Ende des Schuljahres 1922/23 zählen die Anfangsklassen dieses Gymnasiums 69 Schüler. Ein Dekret vom 28. März 1924 schafft in Französisch-Westafrika ein „koloniales Prüfungszeugnis“, das dem Bakkalaureat gleich erachtet wird und auf welches das Gymnasium Faïdherbe und der zweite Ausbildungszweig der höheren Schule von Dakar (gegründet 1925, seit 1940 Gymnasium van Vollenhoven) vorbereiten. Dieser zweite Ausbildungszweig der höheren Schule von Dakar war „vor allem für die immer zahlreicher werdende europäische Bevölkerung in Dakar gedacht“.⁸⁸⁹

Wenden wir uns nun den Schulen zu, die direkt der Verwaltung einer Kolonialgruppe unterstanden. Die höhere Bildungsanstalt William Ponty

⁸⁸⁸ Runderlaß Carde, in: R.I., Nr 185–186, Mai–Juni 1924, S. 111–129.

⁸⁸⁹ A. Prat, Hauptschulrat für das Unterrichtswesen in Französisch-Westafrika, in: A.F., 1926, Nr 3, S. 118.

in Gorée⁸⁹⁰ nimmt die zukünftigen Lehrer und Ärzte auf. Die Dauer der Studien ist für zukünftige Lehrer auf drei Jahre bemessen. Den Abschluß der Studien bildet ein Abgangsdiplom, das den Zugang zum Lehrkörper der höheren Schulen ermöglicht. Die zukünftigen „Hilfsärzte“ absolvieren nach einem mit den Lehrerkandidaten gemeinsamen Jahr ein zweites Jahr spezieller Ausbildung, das auf ein „für die Kolonien gültiges Diplom“ vorbereitet. Sie gehen anschließend in die Hochschule für Medizin über. 1938 zählt die höhere Bildungsanstalt William Ponty 220 Schüler. Die 1918 gebildete Medizinische Schule bildet Hilfsärzte und Hilfspharmakologen aus. Eine Veterinärabteilung dieser Schule wird 1924 nach Bamako verlegt. Sie ist militärisch organisiert und untersteht der Verwaltung für koloniales Gesundheitswesen, die ebenfalls militärischen Charakter trägt.

Die Berufsschule Pinet-Laprade kehrt wieder zur Verwaltungszuständigkeit der Kolonie zurück, und der Schulunterricht wird der Initiative der Kolonien überlassen. Berufsschulen werden fortlaufend in den verschiedenen Hauptorten der Kolonien eingerichtet. Anfangs stellen sie lediglich einen Ausbildungszweig für Werkunterricht dar, wie er an den höheren Schulen besteht. Erst 1939 führt die wachsende Entwicklung der technischen Verwaltungen zur Schaffung einer höheren technischen Schule in Bamako, die Abgänger der Grundschulen aufnimmt, um „höhere Angestellte“ (Zeichner, Topographen, Aufseher von öffentlichen Arbeiten) auszubilden. Eine zweite höhere Bildungsanstalt war 1934 in Katibougou (Sudan) mit einem vornehmlich landwirtschaftlichen Ausbildungsprogramm eingerichtet worden. Sie bildete Lehrer, aber auch höhere Angestellte für die Verwaltungen für Ackerbau, Wasser- und Forstwirtschaft aus. Eine Schule für „Hilfslehrer für den feldbaulichen Unterricht“ wurde 1938 in Dabu (Elfenbeinküste) eröffnet. Erst 1939 wird in Rufisque eine höhere Bildungsanstalt für Mädchen eröffnet, deren Schülerinnenzahl nur beschränkt ist. Diese Schule bildet Lehrerinnen aus. Außerdem bereitet sie Bewerberinnen für den Hebammenberuf auf den Besuch der Medizinischen Schule vor. Der Unterricht für Mädchen bleibt sehr im Rückstand. In Französisch-Westafrika sind im Jahre 1922 bei einer Gesamtzahl von 25 000 Schulbesuchern 1000 Mädchen, im Jahre 1938 unter 56 852 Schulbesuchern 6529 Mädchen, während 1945 unter 110 951 Schulbesuchern⁸⁹¹ (einschließ-

⁸⁹⁰ Sie wurde 1938 nach Sébikotane (zwischen Dakar und Thiès) verlegt.

⁸⁹¹ Quelle: Bericht von Fily Dabo Sissoko, Abgeordneter des Sudan, in der commission de la France d'Outre-mer der Nationalversammlung. Das „Carnet de documentation Nr 5-A.O.F.“ des französischen Überseeministeriums gibt für das gleiche Jahr 88 584 Schüler im gesamten öffentlichen und privaten Unterricht an,

lich des Privatschulunterrichts) schon 21 355 Mädchen sind. Sehr oft widerstrebt es den Eltern, ihre Töchter die Schule besuchen zu lassen. Sie betrachten diese als einen Herd der Verbreitung schlechter Sitten. Eine gewisse Ausnahme von diesem Widerstreben machen Süddahomey und die großen städtischen Zentren in Senegal. Der Schulbetrieb in den übrigen afrikanischen Territorien unter französischer Herrschaft wird nach dem Muster von Französisch-Westafrika eingerichtet. Der Rückstand hinter Französisch-Westafrika ist dabei mehr oder weniger groß. Für Togo veranschlagten die deutschen Statistiken die Zahl der den Missionen anvertrauten Schüler auf 12 000. Davon entfielen 7000 auf die katholischen, 5000 auf die protestantischen Missionen. Einige Regierungsschulen bildeten für die Kolonialverwaltung untergeordnete Kräfte aus. 1922 wiesen die Statistiken 1500 Schüler im Regierungsschulunterricht zuzüglich 5000 Schüler in Privatschulen aus, die in der Hauptsache französischen Missionaren übertragen worden waren. Durch Erlaß wurde im Jahre 1928 eine Mittelschule gegründet, aber der Zweig für höhere Ausbildung, der der Schule angeschlossen war, wurde als Sparsamkeitsmaßnahme im Jahre 1934 wieder geschlossen. Ein Erlaß im Jahre 1929 billigte Privatschulen ein staatliches Unterstützungsgeld zu. Seine Höhe belief sich auf zwei Drittel der Gehälter des Personals an den Privatschulen der Missionen, wobei Bedingung war, daß an diesen Schulen der Unterricht in Französisch als Unterrichtssprache erteilt wurde, wobei täglich nur eine Schulstunde in den Lokalsprachen gehalten werden durfte. Die „Religionsschulen“, die im wesentlichen ihren Unterricht in der jeweiligen Sprache der Landschaft erteilten, waren also von der Nutznießung dieser Maßnahme ausgeschlossen. 1930 zählt der Regierungsschulunterricht 3800 Schüler. 1944 sind es 7000 Schüler im Regierungsschulunterricht, zu denen 7000 Schüler der katholischen Missionen und 1500 Schüler der protestantischen Missionen kommen. Von diesen insgesamt 15 500 Schülern sind 2500 Mädchen.

In Kamerun erwähnen die deutschen Statistiken im Jahre 1913 41 500 Schüler, die die Missionsschulen besuchen. In diesen Schulen wird der Unterricht in der Lokalsprache erteilt und steht auf einem sehr mäßigen Niveau. Gewisse Versuche, die deutsche Sprache zu lehren, wurden unternommen, und im Jahre 1914 unterrichteten sechs deutsche Lehrer in sieben öffentlichen Schulen, in denen man 1000 Schüler zählte. Ein Erlaß vom

und nicht 110 951. Diese Ziffer von 88 584 scheint der Wirklichkeit viel näher zu kommen. Aber in diesem letzteren Dokument ist die Zahl oder der verhältnismäßige Anteil der Schülerinnen nicht aufgeführt.

21. Juni 1921 führte ein Unterrichtssystem nach dem Vorbild Französisch-Westafrikas ein. 1935 gab es ungefähr 8500 Schüler im öffentlichen Unterricht. Davon besuchten 1646 Schüler die acht Regionalschulen. Die Hälfte dieser Schülerzahl entfiel auf die Regionalschulen von Duala und Yaoundé. 5904 Schüler besuchten die Dorfschulen. Darüber hinaus gab es einige wenige Fachschulen, die nur mäßig besucht waren. Eine höhere Schule, die 1927 eröffnet worden war, bestand in Yaoundé und hatte 1935 eine Jahrgangsstärke von 80 Schülern. Ihr drittes Schuljahr leitete zur Schule für Krankenpflege (École des Aides de Santé) von Ayoul über, an der die Studiendauer drei Jahre betrug.⁸⁹² Die „anerkannten“ Missionsschulen (die die gleichen Vorteile genossen wie in Togo) hatten zu jener Zeit 6610 Schüler, und die „nicht anerkannten“ besaßen 81 756 Schüler. 1944 verteilten sich die Schülerzahlen wie folgt: 18 000 Schüler im öffentlichen Unterrichtswesen (davon 2000 Mädchen), 16 000 Schüler im staatlich anerkannten Privatschulunterricht, wozu 100 000 Schüler der „Religionsschulen“ kamen. Am traurigsten war die Lage in Französisch-Äquatorialafrika. Ein Erlass von 1925 sah eine ähnliche Organisation wie in Französisch-Westafrika vor, doch dieser Erlass wurde nicht durchgeführt. Von 1920 bis 1924 stellte man 14 Lehrer an, zwischen 1926 und 1930 waren es 21. In Tschara erinnerte im Jahre 1921 die Lage stark an die im Sudan vor 1900. In Fort-Lamy bestand eine Schule, die von 50 oder 60 Schülern besucht wurde, die aber während der Hälfte des Jahres, wenn nämlich ihr einziger Lehrer den Urlaub angetreten hatte, geschlossen war. Dazu kamen 10 „Unterbezirksschulen“. Den Unterricht besorgten hier Angestellte der zivilen Verwaltung, Unteroffiziere, oder auch afrikanische Hilfslehrer. Diese Lehrkräfte konnten sich nur auf ganz allgemeine Kenntnisse stützen.⁸⁹³ 1928 zählte man in den öffentlichen Schulen 3431 Schüler, in den Missionsschulen 6000. 1935 sind die entsprechenden Ziffern 6594 und 9327. 1939 liegen sie bei 9290 bzw. 12 605, 1944 bei annähernd 10 000 und 15 000. Erst 1935 wird in Brazzaville eine Mittelschule gegründet. Die Verwaltung für Unterricht unter Leitung eines Schulrats entsteht erst 1937. Zuvor unterstand der Unterricht der Leitung des Amtes für politische Angelegenheiten. Eboué mußte 1941 unter den beklagenswerten Zuständen in Französisch-Äquatorialafrika den „Dämmerzustand“ des Unterrichtswesens erwähnen.

⁸⁹² Sie wird 1945 geschlossen und ihre Schüler werden an die École de Médecine in Dakar überwiesen. Die sich an den Besuch dieser Schule anschließenden beruflichen Ernennungen betrafen nur vier oder fünf Schüler.

⁸⁹³ F. Lavit, *La colonie du Tchad en 1921*, in: A.F., R.C., 1924, Nr 4, S. 117 ff.

c) Geist und Methoden des Unterrichts

Ohne die Einschätzung Eboués zurückweisen zu wollen, wäre es richtiger, sie umzukehren und zu sagen, daß der ökonomische und gesellschaftliche Rückstand, die elenden Allgemein Voraussetzungen des menschlichen Lebens, die das Erbe der Tauschhandelswirtschaft sind, sich im Zustand des Unterrichtswesens widerspiegeln. Je deutlicher sich die ökonomische und technische Rückständigkeit zeigt, desto weniger bedarf man unterrichteter Kräfte. Je unterdrückerischer das System ist, um so mehr erscheint der Unterricht als eine Gefahr. Für das Kolonialregime stellt die Unter richtung der Massen eine doppelte Gefahr dar. Die Qualifizierung der Arbeitskraft durch den Unterricht kann diese für die Kolonialherren teuer machen. Andererseits kann der Schulunterricht den Massen die Tatsache ihrer Ausbeutung und Unterdrückung voll bewußt machen. Aber auf der anderen Seite kann der ökonomische Ausbeutungsapparat, der Apparat der verwaltungsmäßigen und politischen Unterdrückung, ohne ein Minimum an untergeordneten einheimischen Kräften, die als „Treibriemen“ und Ausführungskräfte zwischen dem europäischen „Beamtenstab“ und den Massen der Afrikaner wirken, nicht bestehen. Mit der Ausdehnung der Tausch handelswirtschaft, mit dem Fortschritt der Technik – so wenig schnell er sich im kolonialen Afrika auch bemerkbar macht –, mit der Vervollkommen nung (oder dem Schwerfälligerwerden) der Verwaltungsmaschine, ist der Kolonialismus gezwungen, derartige Kräfte in wachsender Zahl auszubilden. Die Kolonialpolitik auf dem Gebiet des Unterrichtswesens ist auf der Grundlage dieses Widerspruchs zu verstehen. Für die Kolonialisten ist der Unterricht ein notwendiges Übel. Sie bemühen sich daher, seine Ausbrei tung auf das für ihre Interessen unerläßliche Minimum, sowohl quantitäts wie qualitätsmäßig, zu begrenzen. Und da man nicht ganz auf den Unter richt verzichten kann, versucht man, ihn soweit wie möglich den Interessen des Kolonialismus dienstbar zu machen. Die kulturelle Entpersönlichung wird hier zum Werkzeug der Kolonialpolitik auf dem Gebiet des Unter richtswesens. Daher erhalten die untergeordneten afrikanischen Fachkräfte eine rein französische Ausbildung. Man redet ihnen die ausschließliche Überlegenheit dieser europäischen Kultur ein, von der einige Häppchen zu erhalten sie das Privileg haben sollen; man paukt ihnen ein, diese stelle sie weit über ihre Brüder, die „wild“ und „ungebildet“ seien. Aus Leibes kräften bemüht man sich dabei, sie nach der Lehre des „guten Geistes“ zurechtzurücken: sie sollen die Überlegenheit des Weißen ebenso aner

kennen, wie daran glauben, seine Zivilisation bringe die Rettung aus blutrünstiger Grausamkeit „barbarischer Winkeldespoten“; ihm, dem Weißen, sei bußfertige Achtung, Dankbarkeit und vor allem Gehorsam entgegenzubringen. Wenn man sie ermuntert, den Abstand, der sie von der verachteten Masse scheidet, zu erkennen zu geben, so ermahnt man sie doch ausdrücklich, nicht den Abstand zu vergessen, der sie selbst von den europäischen Herren trennt: man bedeutet ihnen, in ein paar Jahren könne man die hohe Stufe einer jahrtausendealten Kultur nicht erreichen. Kolonialminister Albert Sarraut läßt keinen Zweifel an der Rolle, die er dem Unterrichtswesen in den Kolonien zuweist: „Den Eingeborenen Schulunterricht zu geben, ist einfach unsere Pflicht . . . Aber diese grundlegende Pflicht stimmt darüber hinaus mit unseren offenkundigsten ökonomischen, verwaltungsmäßigen, militärischen und politischen Interessen überein. Der Unterricht hat wirklich erstens das Ergebnis, daß die koloniale Wertproduktion anwächst, denn er vertieft die Kenntnisse der Masse der eingeborenen Arbeiter, er vergrößert die Zahl der Geschicklichkeiten. Seine notwendige weitere Folge ist die Entwicklung und Qualifizierung von Mitarbeiterkadern, die als Techniker, Vorarbeiter, Aufseher, Handlungsdiener, Schriftführer Ausgleich für die zahlenmäßige Unterlegenheit der Europäer sind und der wachsenden Nachfrage der landwirtschaftlichen, industriellen oder im Handel tätigen Kolonialunternehmen genügen.“⁸⁹⁴ Jenen, welche „die verderblichen Auswirkungen eines verallgemeinerten Schulunterrichts in den Eingeborenenkreisen fürchten“, gibt er zur Antwort, daß „die Wirkungen der Verbreitung des Schulunterrichts entsprechend der Ungleichheit der Länder verschiedenartig abzustufen und, schon der Vernunft gemäß, klüglich zuzumessen sind.“⁸⁹⁵ In der Tat zeigt sich die Furcht der Verantwortlichen vor den Gefahren einer zu weiten Verbreitung des Schulunterrichts beständig. Schon auf den ersten Seiten seines Buches über das Unterrichtswesen in Französisch-Westafrika teilt Georges Hardy sein Anliegen mit: „. . . zu verhindern, daß die Unterrichtung der Eingeborenen zu einem Werkzeug gesellschaftlichen Unfriedens wird.“⁸⁹⁶ Die scharfe Kontrolle des Unterrichtswesens und die Entpersönlichung der Schüler führen zur Ausschaltung der Lokalsprachen. Andererseits sollen die afrikanischen Absolventen der Schulen Dolmetscher für die französische Befehlsgewalt spielen; daher wird die Erlernung der französischen Sprache zum Hauptziel des Unterrichts. Carde legt diese Aneignung der französischen Sprache

⁸⁹⁴ A. Sarraut, *La Mise en valeur des colonies françaises*, Paris 1923, S. 95.

⁸⁹⁵ Ebenda, S. 96.

⁸⁹⁶ G. Hardy, *Une Conquête morale*, a. a. O., S. 12.

als einzigen Stoff der Vorstufe (Vorbereitungsklasse) der Dorfschule fest. „Französisch muß der Mehrzahl der Eingeborenen vermittelt werden und als Verkehrssprache in ganz Französisch-Westafrika dienen. Seine Erlernung hat für die zukünftigen Häuptlinge obligatorisch zu werden, und in dieser Maßnahme bedeutet der Erlaß eine Neuerung.⁸⁹⁷ Nach vierzigjähriger Besetzung ist es nicht angängig, daß keiner der Häuptlinge, mit denen wir täglich im Dienstverkehr sind, sich direkt mit uns unterhalten kann.“⁸⁹⁸ Bei dem fast völligen Fehlen eines Schulsystems in Französisch-Äquatorialafrika beschränkt man sich hier darauf, durch Erlasse von 1917 und 1922 die Verwendung von anderem als französischem Schulmaterial und den Gebrauch einer anderen Unterrichtssprache als Französisch in den Privatschulen zu verbieten. In Kamerun und Togo sahen wir, daß die Zubilligung der regelmäßigen Unterstützungen an die Missionsschulen an den ausschließlichen Unterricht in französischer Sprache gebunden war, wobei lediglich eine einzige Stunde pro Tag für den Unterricht in der Lokalsprache zugebilligt wurde. Bis zum Ende wird die französische Kolonialpolitik dieser Linie treu bleiben. In ihrer Sitzung vom 8. Februar 1944 nahm die Konferenz von Brazzaville auf Vorschlag von Felix Eboué eine Empfehlung an, deren Punkt 3 lautete: „Der Unterricht muß in französischer Sprache erteilt werden, wobei die pädagogische Verwendung der lokalen Dialekte absolut untersagt ist, was ebensogut auf die Privatschulen wie auf die öffentlichen Schulen zutrifft.“⁸⁹⁹ Und einige Monate später erklärt die in Dakar tagende „Afrika-Konferenz des Unterrichtswesens“ (*Conférence africaine de l'enseignement*) in ergänzender Weise zu den Entscheidungen in Brazzaville durch den Mund des Hauptschulaufsehers Delage: „Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß das Ziel weniger darin besteht, die Originalität der kolonisierten Völker zu schützen, als darin, sie zu uns emporzuheben.“ Mit dieser Schulpolitik, die der „assimilatorischen“ Tendenz der französischen Kolonialherrschaft entsprach, aber auch, und vor allem, Bequemlichkeitsgründen der „direkten“ Verwaltung entsprang, folgte Frankreich einem Weg, der besonders dem Großbritanniens und Belgiens diametral entgegengesetzt war. Diese Kolonialmächte haben in ihren Kolonien Tropisch-Afrikas das Grundschulwesen in den Lokalsprachen organisiert. Sie befürchteten, mit Englisch oder Französisch als

⁸⁹⁷ Der Runderlaß Cardes bezieht sich hier auf den Erlaß vom 1. Mai 1924.

⁸⁹⁸ J. Carde, *La réorganisation de l'enseignement en Afrique occidentale française*, in: R.I., Nr 185–186, Mai–Juni 1924, S. 115.

⁸⁹⁹ Vgl. J. de la Roche, *Le gouverneur général Eboué*, Paris 1957, S. 167–168.

Unterrichtssprache „gefährlichen“ Ideen oder Werken den Zugang zu eröffnen. In den Lokalsprachen dagegen existierte, abgesehen von der Bibel, einigen Religionsbüchern, die von den Missionen herausgegeben waren, hauptsächlich dem Katechismus, und einigen Schulbüchern, keinerlei gedruckte Literatur, also auch nichts, wodurch der Unterricht im Schreiben und Lesen einen Sinn über den gedachten Verwendungszweck hinaus hätte bekommen können. Das französische System hatte das Fehlen jeder ernstlichen und systematischen Untersuchung der afrikanischen Linguistik, das Fehlen jeder gedruckten Literatur in den Lokalsprachen und selbst von jederlei Transkriptionssystem zur Folge. Dagegen bot es nach dem zweiten Weltkrieg den von den französischen Kolonialherren ungewollten Umstand, für das politische Erwachen und das politische Bewußtwerden der Bevölkerung vorteilhaft zu sein. Dieser assimilatorische Aspekt der französischen Politik, der vom offiziellen Frankreich dahingehend interpretiert wurde, man hätte vor, „afrikanische Franzosen“ auszubilden, hat keineswegs mehr als auf anderen Gebieten der französischen Politik den Sinn einer wirklichen Assimilation gehabt. Die Gefahr, die eine tatsächliche Angleichung des Unterrichtswesens für den Kolonialismus bedeutet hätte, wird von den Kolonialisten vollkommen verstanden. Sie bemühten sich, das Unterrichtswesen von allem zu säubern, was für die praktischen Zwecke der Kolonialherrschaft nicht unumgänglich notwendig war: „Luft, vor allem Luft!“, ruft Gouverneur Camille Guy aus. „Die guten Lehrprogramme gewinnt man durch Weglassen, nicht durch Anfügen. Unterricht in der französischen Sprache, in den Anfangsgründen des Wissens, in handwerklichen Arbeiten und technischer Unterricht, der den Voraussetzungen der natürlichen Umgebung entspricht, das ist genug. Wenn man anders vorgeht, so bildet man nicht französische Bürger aus, sondern Entwurzelte, Großtuer, Wahnwitzige, die ihre angeborenen Vorzüge verlieren und von ihren Lehrern nur die Laster erlernen. Ein solches System würde lauter René Maran heranzubilden und eines schönen Tages würde ein Roman wie *Batouala* erscheinen, sehr mittelmäßig vom literarischen Standpunkt aus, kindisch im Entwurf, ungerecht und böswillig in der Tendenz.“⁹⁰⁰ Die Unterrichtsprogramme

⁹⁰⁰ C. Guy, A.F., 1922, Nr 1, S. 43. René Maran, ein von den Antillen stammender Kolonialbeamter, hatte in seinem Roman „*Batouala*“, der 1921 den Prix Goncourt erhielt, auf die gräßliche Lage der Schwarzen des Kongo hingewiesen und in realistischer Weise die Kreise der Kolonialverwaltung geschildert. Er erregte damit den Zorn der Kolonialisten. Der Autor sollte übrigens seine Tage in der vollständigsten kolonialen Orthodoxie beschließen.

lassen also jede allgemeine Naturgeschichte vermissen, wie jeden Stoff, der geeignet sein könnte, das Nachdenken zu entwickeln: die Lokalgeschichte wird nur in Form einer Apologie des Kolonialismus gelehrt. Dagegen besteht man auf „praktischem“ Unterricht, der aus Mangel an Mitteln und Geräten meistens ein Hohn auf einen wirklich praktischen Unterricht ist. In diesem Geist führte 1924 das System Carde in der Elementarschule einen „Landwirtschaftsunterricht“ ein und schrieb die Unterhaltung „schulischer Hilfskassen“ aus dem Verkauf der Erzeugnisse der von den Schülern unterhaltenen Felder und Pflanzungen vor. Die Krise trug das ihre dazu bei, diese Tendenz zu verstärken. Seit seiner Amtsübernahme im Jahre 1931 gibt der Generalgouverneur von Französisch-Westafrika, Jules Brévié, die Losung einer „Landwirtschaftsschule“ aus. Vor der Akademie für Kolonialwissenschaften (*Académie des sciences coloniales*) legt er das damit beabsichtigte Ziel wie folgt dar: „Wenn unsere so eingerichteten Schulen [mit Lehrprogrammen, wie sie den in Frankreich verwendeten ähnlich waren – J. S.-C.] uns zahlreiche Mitarbeiter von erprobter Loyalität verschafften, so bildeten sie leider auch einen wachsenden Anteil von verbitterten Entwürfeln aus, die unsere Verächter und Feinde wurden. Soll man deshalb nun unsere Schulen schließen, wie es einige rieten? Abgesehen von der praktischen Undurchführbarkeit einer so radikalen Lösung, würde das dazu führen, die Erziehung unserer Untertanen ihrer eigenen Inspiration oder, was noch gefährlicher wäre, den Maßnahmen der Gegner des Kolonialismus anheimzustellen. Es handelt sich somit nicht darum, den Schulunterricht fallenzulassen, sondern darum, ihn zu reformieren.“⁹⁰¹ Man begreift also sehr leicht den Geist dieser „Reform“. Der „landwirtschaftliche“ Unterricht wird zum Pflichtfach, und man verwendet auf ihn bis zur Hälfte der Schulstunden, während der eigentliche Klassenunterricht auf vierundeinhalb Stunden je Tag zusammenschrumpft. Der Schule werden Felder, Pflanzungen, Herden zugeteilt, deren Unterhaltung zur Hauptbeschäftigung wird. Nach dem Zustand dieser Herden und des zugeteilten Anbaulandes bewertet man die Leistung der Lehrer. Ein offizielles Dokument gibt von diesem System die folgende Einschätzung: „Die Ergebnisse der Dorfschule waren kaum glänzend. In diesen Schulen mußte das Kind, das manchmal mit Gewalt zum Schulbesuch gezwungen wurde, oft bei der Bewirtschaftung der der Schule angeschlossenen Farm mithelfen, wo es harte Arbeiten leistete, die meistens den erzieherischen Wert vermissen lie-

⁹⁰¹ Mitteilung des Generalgouverneurs Jules Brévié an die Académie des Sciences coloniales vom 13. Oktober 1935 (*J. Brévié, Trois études, Gorée 1936, S. 21*).

ßen. Aus diesem Grunde zogen es einige vor, flüchtig zu werden.“⁹⁰² Von allem modernen Unterrichtsmaterial entblößt, können diese Schulen keinen wertvollen landwirtschaftlichen Unterricht erteilen. Was aber den altherkömmlichen Feldbau betrifft, so können die jungen Schüler, die diesen seit frühester Kindheit aus dem Elternhaus kennen, auf diesem Gebiet nichts mehr hinzulernen und sind darin oft klüger als ihre Lehrer. Der „Feldbauunterricht“ besteht also in Handdiensten und anderen Fronarbeiten. Rektor Capelle führt den Fall einer Schule an, wo alle vier Tage ein halber Tag darauf verwandt werden mußte, Wasserkalebassen zur Bewässerung der Felder heranzufahren.⁹⁰³ Theoretisch sollten die Produkte aus der Farm in die „schulische Hilfskasse“ fließen, und ihr Verkauf war für Lebensmittel, Kleider und Schulbedarf der Schüler bestimmt. In der Praxis eigneten sich häufig der Lehrer oder die europäischen Beamten des Ortes die Erzeugnisse an. Die „Farm“ der Schule wurde so zu einer Neuauflage des „Küchengartens der Verwaltung“, der von den Justizgefangenen des Unterbezirks oder Kreises unterhalten wurde. Eingestandene Zielsetzung dieser Schulpolitik war die Senkung des Unterrichtsniveaus. Und das war auch ihr Resultat. Einzig der Senegal blieb gegen die „Landwirtschaftsschule“ aufsässig. Die Existenz des Conseil colonial bot der Opposition gegen den Obskurantismus einen von den Kolonialisten nicht beabsichtigten Ansatzpunkt. Man begreift, daß in zahlreichen Gebieten der Unterricht durch die obskurantische Schulpolitik der Kolonialisten für die Bevölkerung zu einer zusätzlichen Geißel wurde, die zu Frondiensten und Truppenaushebungen noch hinzukam. Häuptlinge und Angesehene hatten, wie man sah, die Verpflichtung, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken. Dieser Verpflichtung zuwiderhandeln wurde als Zeichen von Feindseligkeit ausgelegt. Aber verschiedene der Betreffenden entzogen sich diesem Zwang, indem sie so weit gingen, den Lehrer zu bestechen, der gegen ein ansehnliches Geschenk – z. B. einen Ochsen – das fehlende Kind in seinen Listen führte. Die bauliche Gestalt der Schulen blieb auf die einfachste Andeutung einer solchen beschränkt. Noch 1949 schrieb ein Lehrer von Kédougou in Senegal: „Den Besuch des Schulaufsehers für das Grundschulwesen habe ich erhalten. Zusammen besuchten wir der Reihe nach die 21 Schulen des Kreises, die nur dem Namen nach solche sind, weil es in ihnen einen Lehrer und Schüler gibt. Diese Schulen sind bedauernswürdig und

⁹⁰² L'enseignement dans les territoires d'outre-mer, *Documentation française, Notes et Études documentaires*, Nr 1896, 19. Juli 1954, S. 14.

⁹⁰³ *Encyclopédie maritime et coloniale*: L'A.O.F., S. 272–273.

bestehen aus einigen in die Erde gesteckten Pfählen, die von etwas Stroh oder Blättern überdacht sind. Das Amt für öffentliche Arbeiten und die Verwaltung haben kein Interesse an den Bauten.“⁹⁰⁴ Die Regionalschulen standen keinesfalls günstiger da: „Für die weitab wohnenden Schüler wird ein ganz einfaches Schülerheim eingerichtet. Die Lebensmittel werden grundsätzlich von den Eltern geliefert. Die Küche des Schülerheims ist äußerst ländlich, sei sie nun in einer Lehmziegelhütte mit gestampftem Erdfußboden oder in einer Hütte mit leichtem Strohdach untergebracht. Das ganze Personal des Heims besteht aus einer alten Frau zur Zubereitung des ewig unveränderlichen Küchenzettels und ein oder zwei Hirsestampferinnen, die das Hirsemehl herstellen. Als Schlafraum dienen oft das Klassenzimmer oder ein unausgestatteter Raum bzw. sogar ein Zelt (von Mauren und Tuareg bevorzugte Lösung). Was das Bett betrifft, so besteht es aus einer einfachen Matte, die auf dem Boden ausgebreitet ist.“⁹⁰⁵ Ein guter Teil der Schulstunden mußte für den Bau oder die Ausbesserung der Schulräume oder des Schulmaterials aufgewandt werden. Die Entwicklung auf der Seite der Kredite, die für das Unterrichtswesen bestimmt waren, kam der Entwicklung der Schülerzahl nicht nach. Die Zahl der Schüler hatte sich von 1908 bis 1945 mehr als versechsfacht. Der prozentuale Anteil der Aufwendungen für den Unterricht am Haushalt von Französisch-Westafrika war in derselben Zeit nur von 2 auf 5,75 Prozent gestiegen. Ein Teil dieser Haushaltsmittel wurde dabei nicht einmal in Anspruch genommen, was auf Mangel an Baumaterialien und Arbeitskräften oder auf verwaltungsmäßige Saumseligkeit zurückzuführen war, die sich aus der bürokratischen Verfahrensart bei Bestellung und Bezahlung von Baumaterialien ergab. In anderen Fällen wurden die vorgesehenen Haushaltsmittel auch zweckentfremdet. In der Kolonie Tschad verbrauchte der Leiter eines Unterbezirks die für den Bau einer Schulklasse vorgesehenen Mittel für eine großartige Treppenanlage, die von seinem Amtssitz zum Fluß führte. Ein anderer Beamter verwandte diese Mittel, um seinem Reitpferd einen Stall bauen zu lassen. Die Verfügung über den Haushaltskredit für Unterricht hatte in der Tat nicht der Lehrer, sondern der Beamte als Verantwortlicher für die Haushaltsausgaben seines Amtsbezirks. Ein Beobachter, der Französisch-Äquatorialafrika besucht hatte, bemerkte: „Es fehlen die Mittel, das Personal, die Schulräume. Wie ich bemerkt zu haben glaube,

⁹⁰⁴ Zitiert von J. Suret-Canale, *L'enseignement en A.O.F.*, in: *La Pensée*, Nr 29, März-April 1949, S. 36.

⁹⁰⁵ *Notes et Études documentaires*, am zitierten Ort.

ist keine deutlich bekräftigte Absicht der Staatsgewalt vorhanden, den Unterricht in der Masse der Eingeborenen zu entwickeln... Ich glaube, daß man es höhern Orts gar nicht so sehr wünscht, daß die riesige Mehrheit der schwarzen Kinder aus dem Unterricht ihren Vorteil zieht, selbst was den Elementarunterricht betrifft.“⁹⁰⁶ Der Gouverneur von Ubangischari bemerkt in seinem Bericht von 1932: „Es ist bedauerlich, daß man gezwungen ist, den Bestand an europäischem Lehrpersonal aus Etatsgründen zu verringern, während sich doch die Zahl der Schüler ständig vermehrt. Das gilt so sehr, daß die Zahl der europäischen Lehrer auf vier beschränkt wurde.“⁹⁰⁷ In Kamerun begrenzt man die Zulassung zu den Regionalschulen, „um nicht in unkluger Weise die hohe Zahl von Anwärtern auf nicht beschaffbare Anstellungen zu vermehren“.⁹⁰⁸ In Togo wird als Sparsamkeitsmaßnahme der der Mittelschule angeschlossene Zweig für höhere Bildung 1934 geschlossen. 1928 umfaßte der Lehrkörper von Französisch-Äquatorialafrika bei 3000 Schülern 21 europäische Lehrer, 26 hauptberufliche afrikanische Hilfslehrer und 33 nicht reguläre Hilfslehrer. Die Kredite aus der Anleihe von 1931 ermöglichten die Durchführung einiger weniger Propagandabauten, so des Gymnasiums van Vollenhoven in Dakar und der höheren technischen Schule von Bamako. Diese wenigen Bauten mußten als Zeichen „schulischen Aufbaus“ für Besuche von Journalisten und Fotoaufnahmen von allen Seiten reichlich herhalten. Aber die meisten der übrigen höheren Anstalten befanden sich in einer viel weniger günstigen Lage. 1947 besaß die höhere Bildungsanstalt William Ponty nicht eine einzige geographische Wandkarte...

d) Das Lehrpersonal

Das Personal selbst ließ viel zu wünschen übrig, sowohl hinsichtlich der Anzahl als auch der Ausbildung. In Französisch-Äquatorialafrika bestand bis 1937, wie man schon sah, kein organisiertes Schulbildungswesen. „Von mehreren hunderttausend Kindern schulpflichtigen Alters besuchten lediglich 7000 die öffentlichen Schulen. Eine gute Hälfte derselben war unbefugten Hilfslehrern überlassen. Weder das Unterrichtsprogramm noch die Schulstunden, noch die pädagogischen Methoden waren festgelegt. Es bestand keine Schulaufsicht. Der afrikanische Lehrer war zur selben Zeit

⁹⁰⁶ R. Susset, *La Vérité sur le Cameroun et l'A.E.F.*, Paris 1934, S. 171.

⁹⁰⁷ Ebenda.

⁹⁰⁸ H. Labouret, *Le Cameroun*, Paris 1937, S. 39/40.

Dolmetscher, der europäische Lehrer gleichzeitig Post- oder Rechnungsbeamter. Man sah selbst Schulen, die durch Irrtum völlig ungebildeten landwirtschaftlichen Hilfslehrern übertragen waren.“⁹⁰⁹ 1944 umfaßte die Lehrerschaft Französisch-Äquatorialafrikas bei 10 000 Schülern 10 europäische Lehrer⁹¹⁰, kaum 20 afrikanische Lehrer (Ausbildung bestehend aus Grundschule, einem Jahr Vorbereitungs-klasse und vier Jahren höherer Bildungsanstalt), die sich in einer „bedauernswerten materiellen Lage (600 Franken durchschnittlicher Monatsverdienst)“⁹¹¹ befanden, und 350 Hilfslehrern (Ausbildung Grundschule und ein Jahr Fachschule). In Kamerun war der Leiter des Amtes für Unterrichtswesen von 1922 bis 1939 ein ehemaliger Erdnußhändler, der nach seinem Bankrott in die Verwaltung eingetreten war und einen Lehrberechtigungsschein für die Grundschule besaß. Er hatte sich selbst das zum Wettbewerb ausgeschriebene Amt des Schulaufsehers übertragen... Unter dem europäischen Personal der einzelnen Schulen befanden sich noch ein früherer Barmixer, ein früherer Schmied und ein früherer Unteroffizier der Kolonialtruppe. Kamerun zählte 1944 drei Schulräte, 38 europäische Lehrer und Lehrerinnen (10 davon nicht voll ausgebildet) und 260 afrikanische Hilfslehrer (Ausbildung Mittelschule und ein Jahr Probezeit im Lehrerberuf). In Französisch-Westafrika betrug zur selben Zeit die Zahl der europäischen Lehrer ungefähr 150.⁹¹² Unter ihnen befanden sich Lehrer und Lehrerinnen aus Frankreich, die nach Westafrika versetzt waren. Daneben gab es aber auch – wie in Kamerun – europäische Lehrer, die sich erst in den Kolonien dem Lehrerberuf zugewandt hatten und die manchmal nur den Lehrberechtigungsschein für die Elementarschule besaßen. Die qualifiziertesten von ihnen unterrichteten oft in den höheren Schulen und den Mittelschulen. Selbst die höhere Bildungsanstalt William Ponty verfügte nur über ein Personal von einfachen Lehrern. Professoren gab es nur an den Gymnasien von St. Louis und Dakar. Aber diesen regulären Kräften waren auf Grund des Erlasses Nr. 436 – I. P. Hilfskräfte beigeordnet, die im allgemeinen nicht voll ausgebildet waren.

⁹⁰⁹ H. Zieglé, A.E.F., Paris 1952, S. 184.

⁹¹⁰ Vor dem zweiten Weltkrieg und den durch ihn verursachten Mobilisierungen gab es etwa dreißig europäische Lehrer.

⁹¹¹ M. Fournier, Situation actuelle de l'enseignement en A.E.F. (Conférence africaine de l'enseignement, Dakar 1944). Für 1943 macht R. Susset, a. a. O., die Angabe von dreißig europäischen Lehrern und Lehrerinnen, 160 afrikanischen Hilfslehrern mit Lehrerlaubnisschein und zehn afrikanischen Hilfslehrern ohne Lehrerlaubnisschein.

⁹¹² Ihre Zahl war durch den Krieg zurückgegangen. Stand von 1932: 150 europäische Lehrer und 75 europäische Lehrerinnen.

Dieser Erlaß war noch lange nach dem zweiten Weltkrieg in Kraft. Es handelte sich im allgemeinen dabei um die Gattinnen von europäischen Beamten. Das Resultat war, daß die Frau eines Europäers, die nur über ein Schulabgangszeugnis verfügte und als Hilfslehrerin verpflichtet war, mehr Gehalt bezog als ein afrikanischer Lehrer, der das Diplom der Lehrerbildungsanstalt von Ponty besaß. Es muß gesagt werden, daß die Mehrzahl der europäischen Lehrer die kolonialistischen Auffassungen ihrer Umgebung teilten. Diese wurden gelegentlich verstärkt durch die Lebens- und Arbeitsbedingungen. So übten in Französisch-Westafrika bis 1946 und in Französisch-Äquatorialafrika in noch viel jüngerer Zeit die meisten im Buschland angestellten europäischen Lehrer die Ämter des „Schulbezirksleiters“ aus, leiteten die Regionalschule, inspizierten die Dorfschulen des Schulbezirks (Sektors) und hatten aus diesem Grunde selbst keine Klassen zu unterrichten. Sie strebten auf diese Weise danach, kleine Verwaltungsleiter zu werden, die mehr mit Jagden und Empfängen zu tun hatten als mit Schulproblemen. Aber es gab auch urteilsfähige Lehrer, die Liebe zu ihrem Beruf hatten. Sie konnten, selbst wenn sie kolonialistisch beeinflußt waren, kraft ihrer Herkunft und ihrer beruflichen Tätigkeit die in den Kreisen der Verwaltung herrschenden Auffassungen nicht zur Gänze teilen. Sie glaubten an die „zivilisatorische Mission“ Frankreichs, sie glaubten an ihre Arbeit als Erzieher, die beauftragt waren, „afrikanische Franzosen“ heranzubilden, aber diese Bestrebungen führten sie trotz der darin liegenden paternalistischen Aspekte oft dazu, über die von der kolonialistischen Weisheit gezogenen Grenzen des Unterrichts hinauszugehen. Die Lehrprogramme und ihr assimilatorischer Charakter wirkten oft fremdartig. Die Realität war in dieser Beziehung oft noch grotesker als es die Anekdote von den jungen Afrikanern, die in der Schule „unsere Vorfahren, die Gallier“ lernen, auch nur entfernt ahnen lassen könnte. Diese Fremdartigkeit führte sie zu Erörterungen, die wiederum zur Nachdenklichkeit anregten. Die außerordentliche Hervorhebung der republikanischen Grundsätze und die Geschichte der französischen Revolution führten zwangsläufig zu insgeheimen Vergleichen mit der kolonialen Wirklichkeit, spielten – wenn auch unbeabsichtigt – zum Beispiel eine Hauptrolle beim Erwachen des Bewußtseins.

Das afrikanische Lehrpersonal bestand aus Lehrern und Hilfslehrern. Die ersteren waren im allgemeinen frühere Schüler der höheren Bildungsanstalt William Ponty, die übrigen waren vollausgebildete Lehrer für die Grundschule, die anschließend eine mehr oder weniger intensive Berufsschulbildung erhalten hatten. 1932 gab es in Französisch-Westafrika 436 „höhere“ Lehrer und nur 42 Hilfslehrer und 13 Hilfslehrerinnen. Diese

letztere Kategorie wurde damals als „im Verschwinden begriffen“ bezeichnet. Die „Landwirtschaftsschule“ führte aber erneut zu einer massenhaften Anstellung von „Hilfslehrern“. Gegen 1945 war die Zahl der afrikanischen Hilfslehrer in Französisch-Westafrika fast der der Lehrer gleich. Französisch-Äquatorialafrika, Kamerun und Togo hatten fast nur Hilfslehrer. Die gesellschaftliche Herkunft der Lehrer war sehr unterschiedlich. Sie waren, wie das Gros der afrikanischen Angestellten, aus dem Kern der kleinen Zahl von Kindern hervorgegangen, die Schulbildung erhalten hatten. Die Kolonialverwaltung wollte diese Kinder vorzugsweise den Häuptlingsfamilien entnehmen. Letztere sollten dadurch um so mehr an den französischen Verwaltungsapparat gebunden werden. Das war das Ziel der „Schule für Geiseln“. Aber was die Häuptlinge betrifft, so war es im allgemeinen nicht nach ihrem Geschmack, die Söhne den oft weit entfernten liegenden Internaten zu überlassen, wo sie ohne sie und gegebenenfalls gegen sie ausgebildet werden könnten. Indem sie sich die Unkenntnis der Weißen zunutze machten, übergaben viele von ihnen der französischen Schule junge Sklaven als ihre Söhne. Durch diesen Umstand stiegen jene unvorhergesehen in der gesellschaftlichen Stufenleiter, was später wiederum von denen bedauert wurde, die sie geschickt hatten. Diese Leute einfacher Herkunft bildeten einen beachtenswerten Prozentsatz der ersten Lehrerabsolventen. Ihre Bildung war sehr ungleich. In Ponty war die erhaltene Ausbildung trotz eines sehr „gelichteten“ Programms sehr gründlich, wenigstens in Französisch und Arithmetik, was der Tradition der französischen höheren Schulen entsprach. Allgemeine Kulturgeschichte wurde nur sehr unzureichend geboten. Es war indessen schwierig, dem kulturellen Interesse der jungen Normalschulstudenten und den Fragen, die ihnen über die Vergangenheit und das Schicksal ihres Volkes möglicherweise kommen würden, auszuweichen. Gegen diese Entwicklung suchte man in folkloristischen Untersuchungen über Sagen und Märchenspiele⁹¹³ ein Sicherheitsventil zu schaffen. In den dreißiger Jahren nahmen daher Übungen in Bühnenkunde (Anfertigung von Textbüchern und Rollenverzeichnissen) einen großen Teil der Freizeit der Schüler in Anspruch. Der Stoff dieses Theaters bestand in Sagen oder historischen Episoden, die im Notfall den Darbietungen der Griots entlehnt waren. Aber der Inhalt war sorgfältig durchgesehen, ver-

⁹¹³ Einige dieser im *Bulletin de l'enseignement* und dann in *L'Éducation africaine* veröffentlichten Untersuchungen können ein unbestreitbares quellenmäßiges Interesse beanspruchen. Die zusammengetragenen Materialien wurden von Ch. Béart, früherem Direktor der École normale W. Ponty, in seinen Arbeiten über die öffentlichen Spiele und Spielzeuge Westafrikas verwertet.

ändert und notfalls einer offen kolonialistischen Bearbeitung unterzogen worden. Afrikanische Herrscher wurden darin als grausame Unmenschen geschildert usw. So diente dieses „Theater von Ponty“ als ungefährliches Ablenkungsmittel.⁹¹⁴ Das in Ponty verliehene Diplom hatte praktisch nur in den Kolonien Wert und wurde den französischen Diplomen nicht gleichgestellt. So suchte man es zu rechtfertigen, daß die „eingeborenen Lehrer“ als eine untergeordnete Berufsgruppe niedergehalten wurden. Den jungen afrikanischen Lehrern bot sich keinerlei Möglichkeit, normale Studien aufzunehmen, und – was noch schwerer wiegt – sie hatten keine Möglichkeit, den höheren Lehrberuf zu ergreifen. Die Stipendien für „Eingeborene“ waren an die Mittelschulen gebunden. Das Gymnasium von St. Louis und das von Dakar standen praktisch nur den Söhnen von französischen Beamten oder Assimilierten (Söhnen von „Bürgern“ der vier vollberechtigten Gemeinden des Senegal) offen, die von ihren Eltern auf eigene Kosten bis zum Bakkalaureat unterhalten werden konnten. Sicher gab es Stipendien in Frankreich (für Gymnasialunterricht und Universitätsstudien), die aus den Haushalten der Kolonien bezahlt wurden, aber diese Stipendien waren ausschließlich den Kindern der europäischen Kolonialbeamten vorbehalten. Erlasse vom 29. Oktober 1920 und vom 12. September 1923 sahen die Vergabe von Stipendien an der Lehrerbildungsanstalt von Aix-en-Provence für „junge Elitelehrer“ vor, die aus Ponty hervorgegangen waren. Diese „Normalschulstudenten“ im Alter von 25 Jahren und darüber wurden hier von den französischen Normalschulstudenten isoliert, einer kleinlichen Überwachung ausgesetzt, die bis zur Kontrolle der Lektüre und der Zensur ihres Briefverkehrs ging. Zwei von ihnen wurden 1923 durch Generalgouverneur Carde wegen „schlechter Noten“, ein dritter im Oktober 1924 auf Anzeige des Direktors der Lehrerbildungsanstalt als „der französischen Verwaltung insgeheim feindlich (sic!)“ verabschiedet.⁹¹⁵ In der Tat sollte

⁹¹⁴ Vgl. B. Traoré, *Le Théâtre négro-africain et ses fonctions sociales*, Paris 1958. Nach 1945 führte das Erwachen des politischen Bewußtseins dazu, diesem Schultheater einen antikolonialistischen Inhalt zu geben. Seitdem wirkte die Kolonialverwaltung diesem Theater entgegen. Siehe auch R. Delavignette, *Le théâtre de Gorée et la culture franco-africaine*, in: A.F., 1937, Nr 10, S. 471–472, und Sondernummer von *L'Éducation africaine* (1937). Eine Kritik der Thesen von B. Traoré vom Standpunkt der Kolonialverwaltung aus befindet sich in Ch. Béart, *Recherche des éléments d'une sociologie des peuples africains à partir de leurs jeux*, Paris 1960, S. 128 ff.

⁹¹⁵ L'A.O.F., Nummer vom 20. Juli 1925. Artikel von *Lamine Gueye*, *Pour notre jeunesse intellectuelle*.

ihr antikononialistischer Geist, geweckt von der afrikanischen Kultur, getroffen werden. „Das unglückliche Beispiel der Lehrerbildungsanstalt von Aix scheint zu beweisen, daß der Aufenthalt in Frankreich auf unsere Schüler einen bösen Einfluß ausübt“, schrieb der Hauptschulrat für Unterrichtswesen in Französisch-Westafrika.⁹¹⁶ Das Experiment wurde abrupt abgebrochen. 1927 erreichte der französische Lehrer Dupont, damals Direktor der Lehrerbildungsanstalt W. Ponty, einen Erlaß, der in Französisch-Westafrika den Lehrberechtigungsschein für Grund- bzw. höhere Schulen auf der gleichen Grundlage wie in Frankreich vorsah und Französisch-Westafrika der Akademie von Bordeaux zuwies. Dementsprechend hätten die afrikanischen Lehrer dazu vorgebildet werden müssen, sich auf dieselben Diplome vorzubereiten und dieselben Prüfungen abzulegen wie ihre französischen Kollegen. Diese Entscheidung rief ein Zetergeschrei der Kolonialkreise und ganz angelegentlich gewisser europäischer Lehrer hervor, die es für eine Zumutung erachteten, daß die zukünftigen afrikanischen Lehrer die gleichen Titel haben könnten wie sie selbst (ja sogar, verglichen mit einigen von ihnen, höhere Titel) und so ein gleichartiges Anstellungs- und Entlohnungsverhältnis würden beanspruchen können. Dupont reiste endgültig nach Frankreich ab, und der Erlaß wurde niemals ausgeführt. Die Krise ließ die Reaktion übermütig werden. Die Kolonialisten waren sich plötzlich darüber einig, daß die Bevölkerung der Kolonien für den höheren Unterricht noch nicht „reif“ sei. Albert Sarraut bestand darauf, die Bevölkerung der Kolonien so weit wie möglich von diesem Unterricht auszuschließen. Er führte aus, daß in Frankreich schon die Gefahr einer intellektuellen Inflation bestehe und daß diese Gefahr in den Kolonien noch viel schwerwiegender sei. „Wissenschaftliche Spekulationen sind ein berauscherender Wein, der leicht den Kopf verdreht. Gewisse Temperamente leisten den Reizmitteln keinerlei Widerstand... Der höhere Unterricht verlangt neben einer ererbten Vorbereitung ein Gleichgewicht in der Aufnahmefähigkeit, ein Urteilsvermögen, zu dem erst eine schwache Minderheit unserer Untertanen und Schützlinge in der Lage ist.“⁹¹⁷ Ferner äußerte er sich: „– Wenn die Kolonialverwaltung sie nicht aufnehmen kann, so werden sie [afrikanische Lehrerkandidaten – J. S.-C.] Entwurzelte, Verbitterte und zu oft schlechte Schäfer.“⁹¹⁸ In eben demselben Jahr bringt auf der Sitzung des internationalen Kolonialinstituts,

⁹¹⁶ A. Prat, A.F., 1926, Nr 3, S. 118.

⁹¹⁷ A. Sarraut, *Grandeur et servitudes coloniales*, Paris 1931, S. 152.

⁹¹⁸ Ebenda, S. 154.

die unter dem Vorsitz Diagnes stattfindet und an der Georges Hardy teilnimmt, ein gewisser G. Norès, der der französischen Delegation angehört, die folgende EntschlieÙung zur Annahme: „Indem die Konferenz die Gefahr feststellt, die gewisse eingeborene Elemente mit Schulbildung darstellen, die in der Gesellschaft keine ihren wirklichen oder unterstellten Fähigkeiten angemessenen Beschäftigungen finden, bringt sie den Wunsch zum Ausdruck, daß die Zahl der ihnen gewährten höheren Diplome beschränkt werden möge.“⁹¹⁹ In diesem Geist kommt Generalgouverneur Brévié mit der Neuerung seiner „Landschule“: für den Unterricht an derselben hält man den Kenntnisstand der an der höheren Bildungsanstalt Ponty ausgebildeten Lehrer noch für zu hoch, für zu theoretisch. Zur Ausbildung von Lehrern für die „Landschulen“ gründet der Leiter des Unterrichtswesens im Sudan, Frédéric Assomption, gestützt durch den Gouverneur Eboué, die Lehrerbildungsanstalt Katibougou. Der Allgemeinunterricht dieser Schule steht auf einem geringeren Niveau als in der höheren Bildungsanstalt W. Ponty, und das Lehrprogramm ist überwiegend „landwirtschaftlich“. Da der Stand des Lehrers als Ausbildungsziel für Afrikaner den Kolonialisten immer noch zu ehrgeizig erschien, setzte man sich zum Ziel, höhere Bildungsanstalten zu schaffen, die „Hilfslehrer für den Landwirtschaftsunterricht“ ausbilden sollten. Je eine derselben sollte in den wichtigsten Feldbauzonen geschaffen werden. Für die Waldzone wird eine solche Anstalt in Dabu errichtet. Im inneren Sudan entsteht ein derartiges Seminar in Sévaré. Eine dritte Schule, für die Erdnußzone, war in M'Bambey oder Louga vorgesehen, aber infolge des passiven Widerstandes der Senegalesen blieb sie auf dem Papier. So verfügte Französisch-Westafrika 1945 über keine höher ausgebildete einheimische Intelligenz. Die afrikanischen Ärzte mit Arztzeugnis der medizinischen Schule in Dakar und die mit dem Diplom von Ponty dekorierten Lehrer bildeten die obere Schicht der intellektuellen Elite. Die höhere Bildungsanstalt W. Ponty hatte 281 Schüler (davon 42 in der Abteilung für Unterricht⁹²⁰), 106 die medizinische Schule in Dakar. Der einzige afrikanische außerordentliche Professor hatte in Frankreich studiert und unterrichtete dort in einem Provinzgymnasium. Der niedergehaltene afrikanische Diplomlehrer von Ponty fiel im Buschland, wenn er die Schule verlassen hatte, seinen weißen Vorgesetzten und

⁹¹⁹ Sitzung vom 25. Juli 1931, La Quinzaine coloniale, 1931, S. 357.

⁹²⁰ Nach einem allen Kursen gemeinsamen Jahr brachte die Schule einen (vorberreitenden) Kursus für Medizin, der sich über ein Jahr, und einen Pädagogikkursus, der sich über zwei Jahre erstreckte.

dem Kreiskommandanten in die Hände. Vom afrikanischen Leben weit entfernt, aber von den Kreisen der Colons gemieden, jeder Möglichkeit eines intellektuellen Lebens beraubt, ging er oft in der Routine zugrunde. Diejenigen, die sich empörten, wurden zugrunde gerichtet. Häufig sind die Entlassungen eine Disziplinarmaßnahme, sowohl unter den Lehrern wie unter den Schülern der höheren Bildungsanstalten. Die Davongejagten hatten kaum eine andere Möglichkeit, als Handlungsdiener oder kleine Kaufleute zu werden.

Die Lage der Hilfslehrer – der *Parias* unter den Lehrern in den Kolonien – ist noch ärger. Da sie in ihren Schulen im Buschland faktisch isoliert sind, bleiben sie sich selbst überlassen. Ihr Bildungsstand ist sehr unterschiedlich. In Französisch-Westafrika ist es allerdings Grundsatz, daß sie nach dem Erhalt des Schulabgangszeugnisses der Grundschule drei Jahre Mittelschule und ein Jahr Fachschulausbildung hinter sich bringen. Anderwärts, wie in Französisch-Äquatorialafrika, beträgt ihre Fachschulausbildung nur ein Jahr. Ihre Gehälter sind elend. Ebenfalls Hilfslehrer – nur noch dürftiger ausgebildet – stellen in den Missionen den Hauptteil des Lehrkörpers. Das Format des Unterrichts ist dem angestrebten Ziel entsprechend. „Warum eröffneten die Missionen Schulen? In Ergänzung der christlichen Erziehung der Kinder, innerhalb des sehr klaren Ziels der Christianisierung also, die ihr alleiniger Existenzzweck ist. Folgerichtig und tatsächlich ist nicht zu leugnen, daß sie der Kolonie sehr nützlich wurden, indem sie die Zahl der Kinder, die Schulunterricht erhalten hatten, vermehrten ...“⁹²¹

e) Schlußfolgerungen

Die mitgeteilten Tatsachen machen die Bilanz nicht schwierig. Für 1945 darf man schätzen, daß der Anteil der Analphabeten 95 Prozent der Bevölkerung übersteigt. In Französisch-Westafrika liegt die Zahl der tatsächlich eingeschulten Kinder im Verhältnis zur Zahl der Kinder schulfähigen Alters bei 3,34 Prozent. Im einzelnen schwankt dieses Verhältnis von 0,82 Prozent (Niger) bis 4,25 Prozent für Senegal und 7,8 Prozent für Dahomey. Auch ist bei letzterem Prozentsatz, wie auch bei demjenigen Französisch-Äquatorialafrikas (6,1 Prozent), Togos (16,1 Prozent) und Kameruns (17,3 Prozent) –, zu bedenken, daß beträchtliche Schülerzahlen auf die

⁹²¹ Pater *Catlin*, *Situation de l'enseignement privé catholique en A.O.F.* (Conférence africaine de l'enseignement, Dakar 1944).

³² Schwarzafrika Bd. II

Privatschulen entfielen, deren Niveau äußerst geringwertig war. Unter den negativen Elementen der Maßnahmen hinsichtlich des Schulunterrichts kann man festhalten: die absichtliche Verleugnung des afrikanischen Kulturerbes, manchmal seine Zerstörung, der innerlich unglaubliche Assimilationsantrieb des spärlich bemessenen Unterrichts. Auch den früheren Teil der kolonialistischen Schulpolitik in seine Kritik einbeziehend, konnte Hauptschulrat Delage 1944 sagen: „... Unser kolonialistisches Unterrichtswesen (wird sich) in keinem Fall mit einer einfachen Ausbildung zufrieden geben können. Nicht darum wird es gehen, den Schwarzen Begriffe von Sprache, Schrift, Rechnen und Hygiene zu geben, die bestimmt sind, die Befehle der Weißen verstehen zu lernen. Es wird sich nicht darum handeln, einen zu unseren Diensten stehenden Automaten zu vervollkommen. Unsere afrikanische Schule sollte nicht als Dienerschule aufgefaßt werden.“⁹²²

Unter den positiven Elementen, als ungewolltes Resultat der Verbreitung der Schulbildung, wäre vor allem anzumerken, daß sie die Annäherung an die außerafrikanische Welt und die Bewußtwerdung ihrer eigenen Lage und der der Massen erleichterten; insoweit spielte der Schulunterricht tatsächlich jene revolutionäre Rolle, die viele verantwortliche Kolonialisten so sehr befürchtet hatten. Darin liegt zugleich das, was als historische Leistung an der unter schwierigen materiellen und moralischen Bedingungen vom Hauptteil der europäischen wie der afrikanischen Lehrkräfte vollbrachten Arbeit zu würdigen ist: gegenüber dem Mißtrauen und manchmal der Feindschaft der Kolonialverwaltung und ungeachtet der Illusionen, die sie über den Charakter des Kolonialsystems haben konnten (manchmal sogar auf Grund dieser Illusionen), bemühten sie sich, mehr zu leisten als bloßes Eintrichtern. Das Werk der Bildung im Geiste des Humanismus, das viele von ihnen vollbrachten, hat für den Aufschwung der Befreiungsbewegung nach dem zweiten Weltkrieg eine bedeutende Rolle gespielt. Nur so stellt sich dieses „Erziehungswerk“, das so oft als Entschuldigung, wenn nicht als Rechtfertigung der Kolonialgesellschaft gebraucht wurde, in seinen genauen Ausmaßen und seinem wirklichen Zusammenhang dar.

4. Medizinische Einrichtungen und Gesundheitswesen

Wir kommen damit auf den zweiten, sehr oft auf der Verdienstseite des Kolonialismus verbuchten Komplex zu sprechen. Um eine Einschätzung

⁹²² Conférence africaine de l'enseignement, Dakar 1944.

des Gesundheitswesens (bzw. der Krankenpflege) vornehmen zu können, ist es zuvor notwendig, die Lage der Bevölkerung im Hinblick auf die Krankenpflege (bzw. die Entwicklung dieser Lage) im Laufe der Kolonialzeit einer kurzen Überprüfung zu unterziehen.

a) Krankenpflege

Unter den in vorkolonialer Zeit als endemisch bezeugten Krankheiten ist zunächst die Malaria zu nennen. Sie hatte zugleich die größte Verbreitung und richtete den größten Schaden an. Ihre gewaltige Verbreitung ist jeder Statistik entglitten. Im Erwachsenenalter hinterläßt eine überstandene Malaria im menschlichen Körper gewöhnlich eine relative Immunität gegen eine neue Erkrankung an Malaria. Als Folgeerscheinung kommt es allerdings ziemlich häufig zu bösartigen Fieberanfällen, zum Blutharnen und zur Gelbsucht, wobei eine hohe Zahl von Todesfällen auftritt. Der Malariainfizierte bleibt in jedem Falle in seiner Arbeitsfähigkeit durch periodische Anfälle gehemmt, die den Organismus schwächen und anderen Erkrankungen den Boden bereiten. Bei malariakranken Kindern ist durch die direkten und indirekten Auswirkungen der Erkrankung die Sterblichkeit besonders hoch. Für die endemische Entwicklung dieser Krankheit während der Kolonialzeit liegen keine genauen Beobachtungen vor. Dennoch scheint sie in dieser Zeit eine größere geographische Ausbreitung genommen zu haben. So verbreitete sie sich zum Beispiel in saharischen Oasen, wo sie früher unbekannt war.

Das Gelbfieber mit seinen schrecklichen Epidemien verschaffte den Küstengestaden Westafrikas lange Zeit einen fürchterlichen Ruf. Am meisten heimgesucht wurden Senegal von St. Louis bis Dakar und die Elfenbeinküste (Grand-Bassam). 1878 fielen von 1474 in Gorée, Dakar und St. Louis wohnenden Europäern 749 der Epidemie zum Opfer; darunter 22 der 26 mit ihrer Bekämpfung beauftragten Ärzte und Pharmazeuten der Marine. Später starben während der Epidemie der Jahre 1900–1901 sehr viele Einwohner von Dakar und St. Louis. Der Generalgouverneur von Französisch-Westafrika, Chaudié, verließ „mutvoll“ und überstürzt seinen Posten, wo ihn Dr. Noël Ballay, Gouverneur von Guinea, ersetzen mußte. Die letzte große Epidemie war die des Jahres 1927 in Dakar. In der Folge schränkte die Verwendung von Seren die Wirkungen der Epidemien ein, die indessen niemals gänzlich verschwanden, da die Impfung nicht allgemein war. 1949 wurde erstmals kein Krankheitsfall registriert.

Wie die Malaria, so entwickeln sich auch die Darmkrankheiten, deren Erreger in einem Wirtskörper schmarotzende Mikroben sind, ebenso wie alle Parasitosen, besonders unter den Bedingungen eines warmen Feuchtklimas. So ist die Amöbenruhr besonders in Tropisch-Afrika verbreitet, und verschmutzte Gewässer begünstigen ihre Verbreitung. Die Krankheitsfälle an Amöbenruhr sind häufig in den Gegenden mit starker Regendichtigkeit (Küsten- und Waldgebiete Guineas, Elfenbeinküste, Dahomey, Kamerun, Gabun, Kongo), wie bei den Anwohnern der großen Flüsse Senegal und Niger. 1940 gab es mehr als 22 000 Fälle von Amöbenruhr.

Die Ankylostomiasse oder Hakenwurmkrankheit, verbreitet von einer in zahlreichen Abarten auftretenden Parasitenart, dem Hakenwurm, die Bilharziose („ägyptische Wurmkrankheit“) oder auch etwa die Blasenwurmkrankheit (begünstigt durch die mit gewissen kleinen Mollusken als Wirtstieren des Parasiten verunreinigten Gewässer) sind weit verbreitet und tragen zur Schwächung der Organismen bei. Die Verseuchung durch den Hakenwurm, wie durch verschiedene Untersuchungen festgestellt ist, erfaßt in Senegal 50 Prozent, in Guinea 60–90 Prozent, in der unteren Elfenbeinküste 74 Prozent und in Obervolta 45 Prozent der Bevölkerung.

Von der Bilharziose angesteckt sind in den Waldgebieten Guineas 50 Prozent der Kinder; außerdem fast alle Frauen, die beim Reinigen von Kalebassen, Wäschestücken usw. in ständigen Kontakt mit dem Sumpfwasser geraten. An der Filariose (Filariasis), deren Erreger durch Moskitostiche in das Blut des Menschen gelangen, leiden in dem nördlich des in 15° nördlicher Breite liegenden Teils Senegals 18 Prozent, in Südsenegal 66 Prozent der Bevölkerung; der Parasit ist der Fadenwurm. In Sudan leiden in der Sahel und am Nigerbogen 18 Prozent, im Tal des oberen Senegal 31 Prozent, im östlichen Teil des Sudan südlich des 14° nördlicher Breite 58 Prozent der Bevölkerung darunter, in den Küstenbezirken Guineas 51 Prozent, am oberen Niger 68 Prozent, an der Elfenbeinküste 71 Prozent und in Korogho sogar fast 90 Prozent der Bevölkerung. Die Onchozerkose, die im Becken des oberen Niger weit verbreitet und an Verunstaltungen des Auges zu erkennen ist, führt häufig zur Blindheit.

Eine Krankheit, die dagegen keinerlei Beziehung zum Tropenklima zu haben scheint, ist die Lepra – 1937 zählte man in Französisch-Westafrika 41 400 Leprakranke. Ohne zu bestreiten, daß die Eigenheiten des Tropenklimas ihrerseits die Mehrzahl dieser Epidemien begünstigen, muß man feststellen, daß einige von ihnen, wie die Lepra, für ihre Verheerungen schon im mittelalterlichen Europa bekannt waren und andere von ihnen (wie die Cholera) dort bis in die neuere Geschichte vorkommen. Die Malaria

und verschiedene „Fieber“ hielten ebenfalls viele Gebiete Europas in Schrecken. Ihr Zurückweichen und Verschwinden steht zu den Fortschritten der Medizin in keiner klaren Beziehung. Die Veränderung der allgemeinen Existenzbedingungen, die sich insgesamt verbesserten (Ernährung, Hygiene), scheint an dem Zurückweichen dieser Krankheiten in Europa durchaus nicht unbeteiligt gewesen zu sein. Es ist auf der anderen Seite daher sehr wahrscheinlich, daß die Rückentwicklung der Existenzbedingungen, die wir in Afrika hatten feststellen können, das Weiterbestehen der alten endemischen Krankheiten wenigstens begünstigte, wenn sie nicht gar deren Verbreitung und Auswirkungen vergrößerte. Wenn also für eine Reihe von Krankheiten für die Kolonialzeit keine Verschlimmerung feststeht, so kann man doch nicht leugnen, daß die direkten Auswirkungen des Kolonialismus (Unterernährung, Fehldiät, körperliche Erschöpfung) und seine indirekten Folgen (Verbreitung und Verschlimmerung gewisser Endemien, Einschleppung neuer Krankheiten) einen negativen Einfluß auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung hatten. Es sei nur an das weiter oben über die Unterernährung Ausgeführte erinnert. Man versteht aber, daß die Medizin gegen die Unterernährung und ihre Folgen nichts vermag. So stellt in seinem Gesundheitsbericht von 1945 der Direktor des Gesundheitswesens von Kamerun fest: „Wenn die Krankheiten in der absteigenden Entwicklung der eingeborenen Bevölkerungen eine große Rolle spielen, so sind sie nicht allein verantwortlich, und andere Ursachen, die ihre Verbreitung begünstigen und von großer Bedeutung sind, sich aber der Zuständigkeit des Gesundheitswesens entziehen, sind mit Sicherheit zu beschuldigen: Unterernährung und fast allgemeiner Mangel an stickstoffhaltigen Nahrungsmitteln, eine unbesonnene Wirtschaftspolitik, die in gewissen Gebieten reiche Kulturen zum Schaden des Lebensmittelanbaus entwickelte, das Mißverhältnis zwischen den Einkünften der Eingeborenen und den Preisen der wichtigsten Waren.“⁹²³ Zahlreiche in Tropisch-Afrika verbreitete Krankheiten sind Mangelkrankheiten, die ganz besonders die Kinder treffen. „Die Mangelkrankheiten, Avitaminosen, sind in Afrika ungezählt. Jedermann sprach von Mangelkrankheiten. Niemand, glaube ich, hat sich mit diesem Problem befaßt, nicht einmal mit seinem gewöhnlichen klinischen Krankheitsbild; vielleicht deshalb, weil es das ganze Volk erfaßt hat und somit schon zu seinem Gesamtbild gehört. Ihr größtes Opfer sind die Kinder. Die aufgetriebenen Bäuche, das geschwollene, dunkelrote und blutende Zahnfleisch, wacklige Gebisse, Zungen- und Bindehautent-

⁹²³ Oberstabsarzt *Farinaud*: Medizinalbericht 1945.

zündungen, die Hautschädigungen, die man lange in die verschiedenen Kapitel der Pathologie verwiesen hat, gehören zu einem großen Teil, ja meistens, in das Gebiet der Ernährungskrankheiten. Das pauschale Verzeichnis der 4000 Kinder aus Obervolta, die Kommandantarzt Raoult im Laufe der letzten Rundbereisung untersuchte, enthält zu 20 Prozent derartige Krankheitsfälle.“⁹²⁴ Die Langsamkeit der demographischen Entwicklung Französisch-Westafrikas in dem Zeitabschnitt von 1900 bis 1940 – trotz einer klar über dem Durchschnitt liegenden Fertilität – wird durch den anormal hohen Prozentsatz der Kindersterblichkeit erklärt. Gewiß tragen unterschiedliche Faktoren zu dieser hohen Kindersterblichkeit bei: zu plötzliche Entwöhnung, bei der der kindliche Organismus relativ spät und übergangslos von der Muttermilch auf Erwachsenenkost umgestellt wird, die hygienische Betreuung der Kinder usw.; aber es leidet keinen Zweifel, daß die schlechende Unterernährung eine Hauptrolle spielt. Von Medizinern vorgenommene Befragungen von Frauen, die sich in den Wechseljahren befanden, ergaben, daß die Mehrzahl von ihnen eine hohe Zahl von Schwangerschaften (mehr als 10 im allgemeinen, oft mehr als 15) gehabt hat. Dennoch ist es häufig, daß die Zahl der lebenden Kinder solcher Frauen nicht zwei oder drei überschreitet. Gegen 1940 ergab eine in Elfenbeinküste durchgeführte Untersuchung, daß von den Todesfällen fast die Hälfte (41,6 Prozent) auf Kinder unter 15 Jahren entfiel. Die kläglichen Ernährungsverhältnisse sind es aber nicht allein. Ähnlich sieht es auch mit den übrigen materiellen Existenzbedingungen aus, mit Kleidung und Wohnung. Was die Kleidung betrifft, so waren die Verhältnisse in vorkolonialer Zeit vielleicht nicht viel besser, wenn auch hervorzuheben ist, daß die dicken, steifen Gewebe jener Zeit, die heutzutage in kleinen Mengen das Handwerk der einzelnen Dörfer noch liefert, von den leichten Importstoffen aus Baumwolle abgelöst wurden.

Hinsichtlich der Wohnungen sind die Lebensbedingungen hier, besonders in den Städten, erschwert worden. Paradoxerweise leiden die Bevölkerungen Tropisch-Afrikas unter der Kälte. Das trifft nicht nur auf die Bewohner der Höhenlagen (Atakora, Futa Djallon) zu, wo in gewissen Nächten zu Beginn der Trockenzeit das Thermometer unter 10 °C sinken kann, sondern die Gebiete des klassischen Tropenklimas zeichnen sich durch starke Schwankungen des Tagesmittels aus. Im Laufe des Tages kann während des Harmattans das Thermometer leicht auf 35° und 40°C steigen,

⁹²⁴ Oberstleutnant *Pales*, Le Bilan de la mission anthropologique de l'A.O.F., Dakar 1948.

während es in der nächtlichen Abkühlung auf 15° fällt. Nun – „die Eingeborenen sind wenig bekleidet, ein Stück Stoff um den Leib bildet das Blusenhemd, ein anderes, das die untere Hälfte des Körpers bedeckt, gibt den Schurz ab. Um sich vor Kälte zu schützen und wenn sie die Mittel dazu haben⁹²⁵, wickeln sie sich über Hemd und Schurz weitere Stoffbänder. Was die Kinder angeht, so sind sie meistens nur mit einem Hemd bekleidet, wenn sie nicht ganz nackt gehen.“⁹²⁶ Nachts braucht man unbedingt ein Deckbett. Aber nicht jeder ist im Besitz eines solchen, und es sind oft nur dünne Bettdecken aus Baumwolle, die Import sind und keinen genügenden Schutz bieten. Darüber hinaus bietet die Wohnung in gewissen Gebieten, wie zum Beispiel in Senegal, wo die Hütten mit dünnen Wänden aus Flechtstroh errichtet sind, keinen Schutz gegen die Kühle. „Wenn man dazu noch berücksichtigt, daß sie in der Zahl von 7 bis 8 in einer Hütte mit nicht mehr Wohnfläche als 9 m² wohnen, so begreift man, daß sie für den Pneumokokkus ein besonders günstiges Entwicklungsfeld sind.“⁹²⁷ Die Folge davon ist, daß „die vom Pneumokokkus erregten Infekte alljährlich unter der Bevölkerung eine sehr große Zahl von Todesfällen hervorrufen. Die Seuchenberichte über ansteckende Krankheiten, die in den *Annales de médecine et de pharmacie coloniales* veröffentlicht werden, lassen keinen Zweifel daran.“⁹²⁸ Die von den Pneumokokken verursachte Krankheit verläuft entweder unter dem klassischen Bild der Pneumonie, oder „die Pneumokokken überspringen die Etappe der Lunge und rufen sofort, je nach dem Organ, das sie befallen, eine äußerst gefährliche Hirnhautentzündung oder Gelbsucht hervor, die unter den daran Erkrankten eine Sterblichkeit bis zu 80 Prozent hervorruft. Diese Epidemien suchen da, wo eine große Zahl von Personen versammelt ist, die Eingeborenen häufig heim, wie in den Werkplätzen und Truppeneinheiten.“⁹²⁹ Die Epidemien an Meningitis cerebrospinalis⁹³⁰ sind noch heute eine der gefürchtetsten Heimsuchungen der sudanischen Gebiete (Senegal, Oberguinea, Obervolta, Tschad, Ubangi), wo sie zur Trockenzeit regelmäßig auftreten und Tausende von Opfern dahintragen.⁹³¹

Die Ansammlungen von Zwangsarbeitern für die öffentlichen Arbeiten bzw. (in Ubangi) das „Dreschen“ der Baumwolle, das sich infolge des

⁹²⁵ *Hervorhebung* von mir – J. Suret-Canale.

⁹²⁶ Generalarzt Mathis, *L'Œuvre des pastoriens en Afrique noire*, Paris 1946, S. 307.

⁹²⁷ Ebenda. ⁹²⁸ Ebenda, S. 303.

⁹²⁹ Ebenda, S. 306.

⁹³⁰ Hervorgehoben durch den Pneumokokkus oder den Meningokokkus.

⁹³¹ Im Jahre 1948 verliefen in Obervolta von 13 876 festgestellten Krankheitsfällen 2931 tödlich. Im Kreis von Natitingou (Norddahomey), der 140 000 Einwohner besaß, verursachte die Epidemie in dem gleichen Jahr 3000 Todesfälle.

Fehlens von Baumwollentkernungsmaschinen notwendig macht, haben diese Epidemien erst noch gefährlicher gemacht. Die indirekten Wirkungen der Kolonialherrschaft machen sich hier besonders bemerkbar. Der die Verbreitung von Krankheiten fördernde Verkehr ist durch die Entwicklung der Marktwirtschaft angewachsen, die Ansammlung Tausender von Arbeitern, die schlecht genährt sind und schlecht wohnen, auf den Baustellen für öffentliche Arbeiten, den Holzeinschlagplätzen, den Pflanzungen, die Einschleppung von Krankheiten durch frühere Schützen aus Übersee, – all diese Faktoren wirkten auf eine in ihrer gesundheitlichen Widerstandskraft geschwächte Bevölkerung ein, trugen zur Verbreitung bereits bestehender und zur Einführung neuer Krankheiten bei.

Wie wir bereits bei der Erwähnung der Schlafkrankheit in Französisch-Äquatorialafrika feststellten, fällt die endemische Entwicklung der Krankheit in die Zeit der Errichtung der Kolonialherrschaft. Die ersten in Guinea angestellten Untersuchungen (Forschungsexpedition Martin: 1905/1906) erwiesen, daß die Krankheit, ohne in der vorkolonialen Periode unbekannt gewesen zu sein, im Laufe der letzten Jahrzehnte ständige Fortschritte gemacht hatte. Ohne daß sich die Faktoren mit Sicherheit bestimmen lassen, ist kein Zweifel möglich, daß die Bevölkerungsverlagerungen sowie die Schwächung des menschlichen Körpers durch Unterernährung und Übermaß an Arbeit, besonders in Französisch-Äquatorialafrika und Kamerun, bei der Verbreitung der Krankheit eine Rolle spielten. Dr. Martin stellt 1923 fest: „Das physiologische Elend ist eines der hauptsächlichen Elemente der großen Sterblichkeit, mit der die Schlafkrankheit Kongo heimsucht.“⁹³² Unter den eingeschleppten Krankheiten spielen eine Rolle auch Lustseuchen (besonders Syphilis), Pocken, Tuberkulose, Pest, Rückfallfieber. Die Einschleppung der Syphilis ist vielleicht alten Datums und geht auf die Zeit des Sklavenhandels zurück. Der Pian, der vor allem in der Waldzone verbreitet und sehr schwer von der Syphilis zu unterscheiden ist, soll nach einigen Autoren eine einheimische Form der Syphilis sein, die sich nicht in derselben Weise entwickelte wie in Europa.⁹³³ Sicher ist, daß die Kolonialeroberung am Ende des 19. Jh. die Verbreitungsherde der

⁹³² Rapport provisoire sur la tuberculose et la maladie du sommeil en Afrique équatoriale, Genève 1923, S. 41. Über das Fortschreiten der Schlafkrankheit in Französisch-Äquatorialafrika siehe Karte und Bemerkungen von *L. Maillot*, in: Bulletin de l'Institut de recherches scientifiques au Congo, 1962, 1, S. 45–54.

⁹³³ Darüber: *A. Basset, H. Boiron und M. Basset*, A propos d'une enquête sur le pian en Haute-Volta, in: Bulletin de la Société de Médecine d'Afrique noire, V, 2, 2. Vierteljahr 1960, S. 186–190.

Krankheit vermehrte und daß die Entwicklung der Austauschbeziehungen sie fast überallhin brachte. Wenig von Krankheiten berührt blieben nur jene Gebiete, die dem alten patriarchalischen Leben treu blieben und aus denen niemand auswanderte. Die umfangreichen Auswanderungen, die Arbeitsplätze, auf denen monatelang die Männer fern ihren Familien sind, der Militärdienst und die parallel gehende Entwicklung der Prostitution, haben das Übel in beträchtlichem Ausmaß vermehrt. Am meisten davon berührt sind offensichtlich die Häfen.⁹³⁴

Gewisse Bevölkerungen des Innern (Futa Toro, Mauretanien, Futa Djalon), die saisonmäßig auf Wanderarbeit gehen, haben jedoch unter dieser Krankheit sehr zu leiden. Der Tripper hat sich unter denselben Bedingungen verbreitet wie die Syphilis. Die in Europa faktisch beseitigten Pocken fordern weiterhin regelmäßig furchtbare Opfer an Menschenleben, da es keine allgemein eingeführte Pockenschutzimpfung gibt. Im Jahre 1940 zählt man in Französisch-Westafrika 1627 Pockenfälle, von denen 72 tödlich verlaufen.⁹³⁵ Die Tuberkulose wurde zweifellos erst in neuerer Zeit von den Kolonialisten eingeschleppt. „Nach den Berichten der früheren Marineärzte, die an der Westküste Afrikas praktizieren, war dort die Tuberkulose in der Küstenzone äußerst selten, und man wähnte, daß sie bei den Eingeborenen im Zentrum Afrikas nicht existiere. Verschiedene Leute waren deshalb auf den Gedanken gekommen, gegen bazilläre Infekte besäßen die Schwarzen eine natürliche Immunität.“⁹³⁶ Die ersten Fälle dieser Krankheit in Französisch-Westafrika wurden 1880 in Gorée und St. Louis beobachtet. Von 1900 bis 1910 weisen die Gesundheitsberichte eine wachsende Verbreitungstendenz der Tuberkulose nach. Eine im Jahre 1910 von A. Calmette⁹³⁷ geleitete Untersuchung erweist erst, daß eine solche Immunität nicht vorhanden ist und daß zwischen der Ansteckung und der Einwanderung aus dem Ausland ein direkter Zusammenhang gegeben ist. Die Heftigkeit der um sich greifenden Krankheit ist um so furchtbarer, als der

⁹³⁴ Die Bedeutung der serologischen Prüfungen (die zuweilen bestürzende Resultate ergeben) ist umstritten. H. Boiron und A. Bassat verzeichnen im östlichen Mauretanien 30 0/0 positive Reaktionen bei den Mauren (Erwachsene), 85 0/0 bei den Fulbe. *Bulletin de la Société de Médecine d'Afrique noire*, V, 3, 3. Vierteljahr, 1960, S. 328–333.

⁹³⁵ *Le Gall und Giordani*, La situation sanitaire de l'Empire français en 1940, Paris 1943.

⁹³⁶ C. Mathis, *L'Œuvre des pastoriens en Afrique noire*, a. a. O., S. 333.

⁹³⁷ A. Calmette, Enquête sur l'épidémiologie de la tuberculose dans les colonies françaises, in: *Annales de l'Institut Pasteur*, 1912, Bd XXVI, S. 497–514.

Angesteckte früher vor Ansteckung geschützt war. Die Formen mit plötzlicher und schneller Entwicklung der Krankheit, wie sie in Europa selten geworden sind (sogenannte „galoppierende Schwindsucht“), sind häufig. Der durchschnittliche Grad der Infizierung mit Tuberkulose steigt für ganz Französisch-Westafrika von 13 Prozent im Jahre 1912 auf 44 Prozent im Jahre 1930. In Kindia schätzt man 1910 den Grad der Verseuchung auf 1,8 Prozent. Sämtliche von dieser Krankheit betroffenen Personen waren Wanderarbeiter und mehr oder weniger mit Europäern und Syrern in Kontakt gekommen. Im Jahre 1922 erhöht sich der Krankheitsindex bei den Kindern von Kindia auf 24,6 Prozent. Die Heimschaffung und Verteilung zahlreicher Schützen, die infolge schwerer Tuberkulose entlassen und pensioniert werden mußten, auf ihre Heimatdörfer, wo sie sich außerhalb jeder ärztlichen Kontrolle befinden, trägt zur Verbreitung der Krankheit bei. „Seit Jahren werden im Halbjahr 70 bis 100 Tuberkulosekranke heimgeschafft und auf den ganzen Bereich von Französisch-Westafrika verteilt, wodurch unweigerlich Ansteckungsherde entstehen.“⁹³⁸ Zu jener Zeit steht die Verseuchung noch im umgekehrten Verhältnis zur Entfernung der Häfen und zur Stärke des Verkehrs. Für die Schützen wurde 1925 der Prozentsatz der an Tuberkulose Erkrankten wie folgt berechnet: in Senegal 15, in Sudan 12, in Obervolta 3,6. 1925/26 schreibt man in Dakar 23 Prozent der allgemeinen Sterblichkeit im „Eingeborenenhospiz“ der Tuberkulose zu. Der Prozentsatz des Tuberkulosenachweises durch Kutanreaktion steigt bei den Schulkindern in Dakar von 38,5 Prozent im Jahre 1922 auf 43,3 Prozent im Jahre 1927.⁹³⁹ Als Hauptursachen für die Verbreitung der Krankheit führt L. Covy die in hygienischer Hinsicht schrecklichen Wohnverhältnisse und die Zusammenpferchung der Bevölkerung an, wobei auch die „fest“ erbauten Häuser keine Ausnahme machen. „Vor diesen unabänderlichen und mörderischen Ruinen, die ein wahrer Hohn auf die Hygiene sind, beginnt man der alten Strohütte nachzutruern. Im Innern grenzt eine gedrängte Zimmerunterteilung finstere Verschläge voneinander ab, in denen eine ganze Bevölkerung zusammengedrängt ist. Bis zu acht Bewohnern hat man in einem Zimmer von 4,60 × 3 m, das nur über eine einzige ordentliche Tür verfügte, zählen können.“⁹⁴⁰

Die Pest ist ebenfalls erst in jüngerer Zeit eingeschleppt worden, woher (vielleicht aus Indien, wo sie endemisch ist), ist nicht bekannt. Die ersten

⁹³⁸ C. Mathis, a. a. O., S. 337.

⁹³⁹ L. Covy, La tuberculose à Dakar, in: Bulletin Société de Pathologie exotique, 1927, Bd XX, S. 228–232.

⁹⁴⁰ L. Covy, am zitierten Ort.

Pestfälle wurden 1899 in Grand-Bassam gemeldet, das damals Hauptumschlaghafen der Elfenbeinküste war, dann 1912 im Hafen von Ziguinchor (an der Casamanza). Seit 1914 nimmt die Krankheit im senegalesischen Küstengebiet endemischen Charakter an. Die Krankheit wird von Flöhen übertragen, deren Wirtstiere Ratten sind, und der Sandboden der Küste von Senegal bietet für die Krankheitsträger anscheinend sehr günstige Bedingungen. Die Krankheit dringt nicht in das Landesinnere vor, und die übrigen Kolonien werden von ihr nicht berührt. Von 1920 bis 1940 werden in Senegal 29 180 Pestfälle registriert, wobei die Krankheit in 65,6 Prozent aller Fälle tödlich verläuft. Wird die Krankheit von einer Lungenschwindsucht begleitet, so liegt die Sterblichkeit bei 100 Prozent. Anscheinend ist die Krankheit 1937, dank der Anwendung des 1935 vervollkommenen Impfstoffes, besiegt; sie erscheint jedoch 1940 in den Gebieten von M'Bour und Tivaouane wieder, wo sie 82 Todesfälle verursacht. Das Rückfallfieber (von Läusen verbreitet) brachten Soldaten, die in Syrien und Marokko eingesetzt waren, bei ihrer Entlassung nach Französisch-Westafrika mit. Das war im Jahre 1921. „Diese Krankheit hat in Form einer Epidemie gewütet und schreckliche Opfer von den Eingeborenen von Französisch-Westafrika gefordert. Sie begann im Jahre 1921 aufzutreten und erlosch nicht vor 1929.“⁹⁴¹ Von Kurussa, wo die Epidemie bei den Schützen ausgebrochen war, die ab Konakry auf der Eisenbahn gewesen waren, erreicht sie Bamako, Mittel-Niger, den ganzen Bogen des Flusses und endlich die Kolonie Tschad und den Ostsudan. Gleichzeitig trieb sie nach dem Senegal, der Goldküste und Nigeria Ausläufer vor. In den von der Epidemie betroffenen Gebieten wurden 10 Prozent der Bevölkerung von der Krankheit erfaßt, die eine Sterblichkeit von 5 bis 25 Prozent der Krankheitsfälle zeitigte. Die Zahl der festgestellten Todesfälle betrug jährlich mehrere tausend, mit besonderen Höhepunkten in den Jahren 1923 (14 000 Todesfälle) und 1924 (20 000 Todesfälle). Insgesamt belief sich die Zahl der Todesfälle sicher bald auf 100 000. Den durch die europäische Einmischung verbreiteten Krankheiten kann man mit Fug und Recht noch das Unheil hinzurechnen, das der Alkohol bedeutete. Die Afrikaner haben allerdings die Europäer nicht abzuwarten brauchen, um alkoholische Getränke herstellen zu können. So bereiteten die Völkerschaften der Küstenzone und der Waldzone den Palmwein und den Raphiawein (bzw. den bandyi des Waldlandes Guineas) durch den Gärprozeß des Saftes des Palmbaumes oder der „ban“ (Raphia) genannten Palmenart. Die Völker der Savanne kannten Met und

⁹⁴¹ C. Mathis, a. a. O., S. 313.

Hirsebier (dolo). Dennoch war der Alkoholgrad dieser ungebrannten Getränke niedrig, und ihr Genuß, so schädlich er vom hygienischen Gesichtspunkt aus auch gewesen sei, hatte keine schwerwiegenden Folgen. Andererseits trug das tiefe Eindringen des Islam in die sudanische Zone unbestreitbar zum Rückgang des Genusses von Met und Hirsebier bei. Es ist der Sklavenhandel, wie man weiß, der dem Alkohol in seinen schädlichsten Formen in Afrika Eingang verschaffte. In dem schlecht destillierten Tauschhandelschnaps waren oft giftige Substanzen. Seit dem Ende des 19. Jh. beobachtete man die Folgen, die der Tauschhandelsschnaps bei verschiedenen Küstenbevölkerungen, zum Beispiel in dem Gebiet von Loango, bewirkte, die nach Berichten typische Merkmale eines Degenerierungszustandes aufwiesen. Die Kolonialeroberung und die Verallgemeinerung der Kaufmannswirtschaft verbreiteten die importierten Alkoholika auch im Innern des Kontinents. Die nichtislamisierten Gebiete (das Waldgebiet der Elfenbeinküste, Dahomey, der Süden Kameruns, Französisch-Äquatorialafrika mit Ausnahme der Kolonie Tschad) wurden am meisten von der Alkoholeinfuhr erfaßt. Der Alkohol als Werkzeug des Kolonialismus ließ verschiedene Leute ganz kalt. In einer kleinen Schrift über die Elfenbeinküste schreibt Leutnant Bonneau, nachdem er die Verheerungen des Alkohols beklagt hat: „Wenn indessen die verderbliche Leidenschaft, die von den Europäern mitgebracht wurde, ein Übel ist, so muß man auch zugeben, daß sie ein notwendiges Übel ist. Damit es den Weißen möglich ist, in derartigen Ländern sich anzusiedeln, dort Handel zu treiben, müssen offenbar für den Eingeborenen neue Bedürfnisse geschaffen werden: der Alkohol ist dabei ein kräftiger, aber zuverlässiger Bundesgenosse.“⁹⁴²

Die Konvention von Saint-Germain-en-Laye (1919) brachte das Verbot der schädlichsten Alkoholerzeugnisse (Absinth, sogenannter Tauschhandelsschnaps) mit sich. Diese Konventionen kamen jedoch nicht in ihrer ganzen Schärfe zur Geltung. Eine Rolle spielte dabei der Umstand, daß der Begriff des Tauschhandelsschnapses nicht klar definiert war. Allerdings verminderten die von ihr vorgeschriebenen hohen Einfuhrzölle die Alkoholimporte. Der Import nach Französisch-Westafrika betrug 1923 15 000 hl, 1924 21 640 hl, 1928 29 664 hl, entgegen einem Alkoholimport von 71 900 hl im Jahre 1913. Ein Erlaß vom 30. Dezember 1924 verbot die Einfuhr der Tauschhandelsalkoholika nach Französisch-Westafrika endgültig. In Französisch-Äquatorialafrika untersagte ein Dekret vom 18. Juni 1927 den Verkauf oder die Verteilung des Alkohols an Afrikaner. Da sich dieses

⁹⁴² Leutnant Bonneau, *La Côte d'Ivoire*, Paris 1899, S. 87.

Verbot nicht auf die Europäer erstreckte, blieb es zum Teil wirkungslos und berührte nicht die Weine mit einem Gehalt von weniger als 14 Prozent Alkohol.

Der Alkoholismus, ein gesellschaftlicher Fluch, ist die Frucht des Elends und der gewohnte Weggenosse der Unterernährung, deren Wirkungen er noch vergrößert. Maßnahmen wie Alkoholverbot oder Spirituosensteuer werden immer nur teilweise Abhilfe bieten. Solche Maßnahmen hatten die Entwicklung der geheimen Alkoholdestillation zur Folge, die in beliebigen Destilliergeräten die unterschiedlichsten Gärprodukte (Palmwein, Hirse-, Mais- und Bananen- oder Maniokbier) verwerteten. Die so hergestellten Alkohole waren oft giftig, manchmal tödlich. 1938 war die Einfuhr von Branntweinen und Likören nach Französisch-Westafrika auf weniger als 10 000 hl zurückgegangen, aber der Import von Weinen und Apéritifs war auf 11 367 t, d. h. auf weit mehr als 100 000 hl, gestiegen.⁹⁴³ „Der Alkoholismus hat sich unter den Häuptlingen fast eingebürgert, seien sie nun herkömmliche Häuptlinge oder nicht“, bemerkt P. Kalck über Ubangi-Schari, „und die ‚Notizbüchlein‘, die bis gegenwärtig die lokale Verwaltung an sie ausgab, enthielten meistens Erwähnungen über alkoholische Ausschweifungen“.⁹⁴⁴ In Senegal, in Sudan, in Guinea, scheint es, daß in einem gewissen Maß der Alkoholismus im Volk vor den Fortschritten des Islam zurückgewichen ist. Der Alkoholismus richtete jedoch weiter seine Verheerungen in den „besseren Schichten“ an, die sich den Alkohol leisten konnten und mit seinem Gebrauch oft das Beispiel der Koloniaeuropäer nachzuahmen wünschten, bei denen der ständige Genuß des Alkohols oft zur gesellschaftlichen Gewohnheit geworden war, da das Trinken bzw. Anbieten von Apéritifs, Magenlikören, Punschgetränken usw., zur gesellschaftlichen Verpflichtung geworden war, der man sich, ohne in den Verdacht der Unhöflichkeit zu geraten, schwer entziehen konnte.

⁹⁴³ Importe von alkoholartigen Getränken im Jahre 1938 (in Tonnen):

	Französisch- Westafrika	Kamerun	Französisch- Äquatorial- afrika
Weine und verschiedene Apéritifs	11 367	1367	2292
Branntweine und Spirituosen	840	61	103

(Annuaire statistique de la France d'Outre-mer, Bd J [1939–1946], Paris 1949.)

⁹⁴⁴ P. Kalck, *Réalités oubanguines*, Paris 1959, S. 138–139.

b) Das Medizinalwesen

Die alte afrikanische Gesellschaft war Krankheiten gegenüber nicht machtlos. Eine tausendjährige Erfahrung hatte auf diesem Gebiet schätzbare Kenntnisse angesammelt. Diese waren allerdings empirischer Art. Aber man tut gut daran, sich in dieser Hinsicht daran zu erinnern, daß die Medizin in Europa noch nicht seit gar so langer Zeit die Stufe des Empirismus verlassen hat und in vielen Bereichen noch im Empirismus befangen ist. Wieviel Heilverfahren, wie viele Heilmittel, die von der „modernen“ Medizin häufig verschrieben werden, entziehen sich nicht jeder wissenschaftlichen Analyse? Und wie viele derselben können sich nicht mit einer ernstlichen experimentellen Analyse rechtfertigen, da der Erfolg, den sie manchmal haben, mehr auf den Wirkungen der Autosuggestion als auf einer eigentlich medizinischen Wirkung beruht? Es ist gewiß, daß die altafrikanische Medizinpraxis viele Heilmittel oder Heilverfahren kannte, die über keine eigentlich medizinische Berechtigung verfügen – solche zum Beispiel, die aus der Magie abgeleitet waren –, und deren Heilerfolge, sofern es welche gibt, sich nur aus der Autosuggestion erklären lassen. Aber diese Medizinpraxis enthielt auch einen Teil, der der Kritik standhält und von der Erfahrung bestätigt wird, da er wirksame afrikanische Heilsubstanzen zur Grundlage hatte, und zwar ganz besonders im Kampf gegen die Tropenkrankheiten. „Eine große Zahl empirischer Heilmittel, die aus dem Pflanzen- oder Tierreich stammen, haben den Beweis für ihre Heilwirksamkeit erbracht“, bemerkt Dr. Aujoulat.⁹⁴⁵ „Wenigstens wäre es notwendig gewesen, sie genau kennenzulernen und wissenschaftlich zu verwerten“, fügt er gerechterweise hinzu und bedauert den Irrtum, der begangen wurde, als man die alte afrikanische Medizin verachtete. Die koloniale Befangenheit spielte auf diesem Gebiet, wie in den übrigen Bereichen der Kultur, in der Tat ihre Rolle. Für die Kolonialärzte gab es keineswegs eine afrikanische Medizin, sondern nur „Zauberer“ und „Scharlatane“, die die Gutgläubigkeit ihrer Stammesgenossen ausbeuteten. Es muß auch gesagt werden, daß die landesübliche Medizin umgebende Geheimnistuerei (ganz wie die der europäischen Kräuterärzte von einst) nicht dazu beitrug, für sie Verständnis aufzubringen. Auf diesem Gebiet wurde sehr wenig getan, und man kann heute noch sagen, daß das Problem völlig offen ist.⁹⁴⁶

⁹⁴⁵ Dr. L. Aujoulat, *Aujourd'hui l'Afrique*, Paris, Tournai 1958.

⁹⁴⁶ Einige Hinweise über am Vorabend des Krieges gemachte Versuche (wenigstens auf dem Gebiet der pflanzlichen Arzneimittel) verzeichnet E. Perrot, *Où en est*

Von kolonialer Seite erfolgte die erste Bekanntschaft mit der Tropenpathologie durch die Stabsärzte der Marine, die die Marineinfanterie und das Verwaltungspersonal der Küstenniederlassungen medizinisch zu betreuen hatten. Den jungen Ärzten, die an diese Orte berufen worden waren, setzte Professor Mahé von der Hochschule für Schiffschiffsmedizin zu Brest den Stand der Kenntnisse wie folgt auseinander: „Dort unten, an den verpesteten Ufern des Atlantik, werdet Ihr die furchtbare Sphinx der Malaria, den verderblichen Proteus, das phantasierende Gespenst des Typhus, das fahle und eisige Traumgebilde der Cholera, die gelbe Maske des Vomito Negro antreffen. Seht Euch vor! Aus der Erde und aus Gewässern steigt ein vergifteter Hauch auf...“⁹⁴⁷ Diese lyrische Sprache war nichts anderes als ein totales Eingeständnis der Unkenntnis der Tropenkrankheiten. Ausgehend von klinischen Beobachtungen, bemühten sich die praktischen Ärzte, die verschiedenen „Fieber“ der heißen Länder zu beschreiben und zu klassifizieren; da ihnen jedoch die Ursachen derselben unbekannt waren, tappten sie im dunkeln. In den Werken des Dr. A. Corre, die damals maßgebend waren⁹⁴⁸, wurden die in der Entwicklung befindlichen Thesen Louis Pasteurs bestritten. Man zog die Ansicht, daß viele dieser Krankheiten auf Mikroben zurückzuführen seien, ins Lächerliche und ahnte noch weniger von der krankheitsübertragenden Rolle der Insekten. Die Malaria wurde den Ausdünstungen („Miasmen“) der Sümpfe zugeschrieben. Mangels einer genauen Definition sagte A. Corre darüber: „Für das schädliche Prinzip können wir nur einen chemischen Stoff halten. Er entsteht, wie die Ptomaine (Leichengifte), aus der Zersetzung der organischen Substanzen, er bildet sich im Erdboden unter den günstigen Einflüssen bei den Verbrennungen dieser Stoffe und, ohne Zweifel, besonders auf Kosten der pflanzlichen Substanz.“⁹⁴⁹ Obwohl das Trypanosom 1901 von Forbe entdeckt worden war, untersuchte 1903 eine vom Kolonialministerium vorgeschriebene Befragung über die Schlafkrankheit in Französisch-Westafrika noch, ob Ernährung, Kleidung oder Sitten nicht in irgendeiner Weise als Ursache der Krankheit zu gelten hätten. Die Be-

l'Afrique occidentale française? Paris 1939, Kap. VI: Drogues médicinales ou toxiques de l'A.O.F., S. 223–252. Andererseits kennt man die Bedeutung der in China verwirklichten Bemühungen, die positiven Erkenntnisse der alten Medizin der Wissenschaft zugänglich zu machen.

⁹⁴⁷ Zitiert von C. Mathis, a. a. O., S. 7.

⁹⁴⁸ *Traité des fièvres bilieuses et typhiques des pays chauds* (1883) und *Traité clinique des maladies des pays chauds* (1887).

⁹⁴⁹ Zitiert von C. Mathis, a. a. O., S. 9.

handlungsarten entsprachen dieser Unwissenheit. Zur Bekämpfung der „Sumpfanämie“ ihrer europäischen Angestellten gab die Compagnie du chemin de fer Dakar–St. Louis nach den Vorschriften der Ärzteschaft „kräftigende Weine“. Während der Gelbfieberepidemien in St. Louis rief man den Einwohnern, des Nachts sich auf die Terrassen der Häuser zu begeben, um den „Miasmen“ zu entgehen und die reine Luft zu atmen . . . Indem sie das taten, setzten sie sich den Stichen der Moskitos aus, die die Epidemien verbreiteten . . . Erst 1888, als das Institut Pasteur gegründet wurde, begehrte ein junger Marinearzt, Albert Calmette, sich dort in die neuen Untersuchungsmethoden einweihen zu lassen. 1896 begründete Dr. Marchoux in St. Louis-du-Sénégal das erste mikrobiologische Laboratorium in Afrika. In Kongo entsteht infolge der Forschungsexpedition über die Schlafkrankheit von 1906 durch Vertrag vom 1. Januar 1909 ein bakteriologisches Labor, das zum Institut Pasteur gehört und bald „Institut Pasteur von Brazzaville“ heißen wird. Das Labour von St. Louis, das nach seiner Verlegung nach Dakar das „Institut biologique de l'A.O.F.“ (Biologisches Institut von Französisch-Westafrika) geworden war, wurde durch Vertrag des Generalgouvernements mit dem Institut Pasteur am 1. Januar 1924 zum Nebeninstitut desselben. Etwa zur gleichen Zeit erhielt das Institut Pasteur durch einen Vertrag vom 20. November 1922 eine Landkonzession in der Nähe von Kindia (Guinea), um dort ein Laboratorium und ein Zentrum zur Aufzucht von Menschenaffen gründen zu können, das dazu bestimmt war, die Pasteur-Institute mit Versuchstieren zu versorgen. Daraus entstand zwischen 1923 und 1927 die unter dem Namen „Pastoria“ bekannte Einrichtung. Schließlich nahm 1934 ein Lepra-Institut in Bamako seine Tätigkeit auf. Hier ist nicht der Ort, die Bilanz der Arbeit der Pasteur-Institute auf dem Gebiet der Tropenmedizin zu ziehen. Man kann sagen, daß diese Arbeit den Hauptteil dessen, was getan worden ist, darstellt, nämlich die Feststellung der Mikroben als der häufigsten Erreger von Tropenkrankheiten und die Feststellung der Art der Übertragung dieser Krankheiten sowie die Fertigstellung von Impfstoffen und des Serums gegen bestimmte Krankheiten. Dabei sind besonders zu erwähnen der Antipestimpfstoff, der 1935 im Institut Pasteur von Madagaskar entwickelt wurde, und der Antigelfieberimpfstoff, der 1927 vom Institut Pasteur in Dakar entwickelt und 1938–1940 endgültig vervollständigt wurde. Diese wissenschaftliche Arbeit ist um so verdienstlicher, als die zur Verfügung gestellten Geldmittel wie die Zahl der eingesetzten Mitarbeiter äußerst gering waren. Die Haushaltsbürokratie, die bei der Eröffnung von Krediten Wochen und Monate mit den Formalitäten verbrachte, legte die Aktivität

der Labore lahm, die sich zum Beispiel in Epidemiefällen nicht das notwendige Arbeitsmaterial verschaffen konnten. Der Anschluß der Labore an das Institut Pasteur, eine private Einrichtung, sicherte ihnen die finanzielle Autonomie, aber der Kolonialverwaltung widerstrebte es sehr, ihnen die notwendigen finanziellen Unterstützungen zu geben. Das Wort „Institut“ sollte übrigens keine Illusion erzeugen, da die meisten dieser Einrichtungen lange Zeit nur über ein oder zwei qualifizierte wissenschaftliche Mitarbeiter, Ärzte oder Veterinärmediziner verfügten. Wenn es dem Institut Pasteur von Dakar auch an nichts fehlte, so besaß dasjenige von Kindia niemals mehr als ein oder zwei wissenschaftliche Mitarbeiter. Das Institut Pasteur von Dakar war lange Zeit in verfallenen Gebäuden untergebracht und erhielt angemessene Räumlichkeiten erst aus den Mitteln der Anleihe von 1931. Diese Räumlichkeiten übernahm es am 29. März 1937. Auf Grund dieser Anleihe wurde ferner das Lepra-Institut eröffnet. Wie kostbar auch der Beitrag der in Afrika tätigen Wissenschaftler zur Ätiologie und Therapie war, so muß doch gesagt werden, daß die Mehrzahl der Fortschritte, die in Schwarzafrika in der angewandten Medizin gemacht wurden, nur eine weitere Folgewirkung der insgesamt festzustellenden Fortschritte der Medizin hauptsächlich in Europa und Amerika war. Der Umfang der auf dieser wissenschaftlichen Grundlage erreichten Resultate sei jetzt einer näheren Prüfung unterzogen. Die Überseemedizin war Bereich der Marine-stabsärzte, deren Erben auf diesem Gebiet die Militärärzte des Sanitätskorps der Kolonialtruppen wurden⁹⁵⁰, zu denen auch Pharmazeuten und Tierärzte gehörten. Ihre fast ausschließliche Aufgabe bis zum ersten Weltkrieg bestand darin, die zur Armee und Kolonialverwaltung gehörenden Kranken zu versorgen, wozu gelegentlich der Personenkreis der Colons kam, und zwar an erster Stelle die Europäer und dann das afrikanische Hilfspersonal. Der koloniale Gesundheitsdienst ist übrigens im großen Maße eine ärztliche Betreuung für Beamte geblieben; die ihm zur Verfügung gestellten medizinischen Hilfskräfte und Mittel gestatteten es ihm kaum, mehr zu tun. Manchmal erwies er sich nicht einmal ausreichend für die Bedürfnisse der Beamten und Colons. Was hinsichtlich der Masse der Bevölkerung getan werden konnte, war nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, und geschah nur dann, wenn durch Epidemien auch das Leben der Europäer in Gefahr geriet. Die Missionen hatten Krankenhäuser oder Armenapotheken errichtet, verfügten jedoch selten über qualifiziertes Perso-

⁹⁵⁰ Ihre Ausbildung erfolgte durch die École de Santé maritime et coloniale in Bordeaux.

nal und noch weniger über Ärzte. Diese gesellschaftliche Aktivität war übrigens von Hintergedanken eingegeben, die der ärztlichen Zielsetzung fremd waren: „Oft . . . wurden die ersten Kontaktaufnahmen mit der Bevölkerung durch diese [Stiftungen] begründet, wodurch bei ihnen die direkte Missionsarbeit in Angriff genommen werden konnte.“⁹⁵¹ Bis 1903 stellten die Missionen das Pflegepersonal für die Hospitäler.⁹⁵² Erst 1905 gründete ein Erlaß in Französisch-Westafrika einen Gesundheitsdienst, der der medizinischen Betreuung der Masse der Bevölkerung dienen sollte. Dieser Gesundheitsdienst erhielt die Bezeichnung „Medizinische Betreuung für Eingeborene“ (Assistance médicale indigène, A.M.I.). Er umfaßte damals 21 Ärzte und afrikanische Hilfsärzte. 1910 gehörten zum A.M.I. 53 Militärärzte und 35 vertragsmäßig angestellte Zivilärzte, die auf 102 Behandlungszentren (darunter die drei Hospitäler St. Louis, Gorée und Konakry) verteilt waren. Senegal verfügte über 22 Armenapotheken, die Kolonie Obersenegal-und-Niger über drei „reguläre Sanitätskurse“ in Kayes, Kati, Timbuktu und über 28 Armenapotheken. Guinea besaß zu jener Zeit 13 Armenapotheken, die Elfenbeinküste 17 Ambulanzen und Notapotheken, Dahomey deren 11, Mauretanien 5 „Sanitätswachen“.

1920 sind 95 Zivil- und Militärärzte (einschließlich für die aktive Truppe) vorhanden, davon 20 in Dakar. Zum großen Teil praktiziert das vorhandene ärztliche Personal nicht ausschließlich in den A.M.I., sondern steht hauptsächlich den militärischen Formationen und Beamten zur Verfügung. 1908 werden nach den Statistiken 150 000 Kranke behandelt (die Einwohnerzahl beträgt etwa 12 Millionen). Legt man den Unterschied in der Bevölkerungszahl zugrunde, so scheinen in Kamerun mit seinen 2,5 Millionen Einwohnern die Deutschen weiter zu sein. Sie haben 42 Ärzte für den Sanitätsdienst (darunter 17 Militärärzte), 15 für die ärztliche Betreuung und 10 Ärzte ausschließlich für den Kampf gegen die Schlafkrankheit, deren Umsichgreifen ernstliche Unruhe hervorruft, da sie die Rekrutierung von Arbeitskräften beeinträchtigt. In Französisch-Äquatorialafrika gibt es gegen 1920 im ganzen 40 Zivil- und Militärärzte. Dem Buch eines Kolonialarztes, der gegen den Roman „Batouala“ von René Maran protestieren will, der den Zorn der Kolonialkreise hervorgerufen hat, kann man die folgenden sehr klaren Eingeständnisse entnehmen: „Einige Ziffern und eine kurze Darlegung genügen, um zu beweisen, daß jene medizinische Betreuung

⁹⁵¹ Pater *Bouchaud*, *L'Église en Afrique noire*, a. a. O., S. 36.

⁹⁵² Hospitäler, deren Bedeutung damals sehr gering war, und die fast ausschließlich den Europäern reserviert waren.

fast vollständig fehlte, die man so unverdient Betreuung der Eingeborenen nannte . . . Sie [die Ärzte – J. S.-C.] sind in Wirklichkeit ‚Ärzte für Weiße‘ und nur ganz nebenbei ‚Ärzte für Neger‘ . . .“⁹⁵³ Und der Autor gibt die folgende Erläuterung: „Die Ärzte im ‚Busch‘ haben ihren Wohnsitz im Hauptort eines Kreises. Theoretisch sollen sie häufig Bereisungen durchführen. Praktisch verändern sie ihren Aufenthaltsort nur selten, und wenn sie sich dazu entschließen, so einzig zu dem Zweck, einem Europäer, Beamten oder Kaufmann, der schwer erkrankt ist, zu Hilfe zu kommen . . .“⁹⁵⁴ „Und“, setzt der Verfasser hinzu, „wenn der Arzt kommt, ist der Betreffende im allgemeinen gestorben . . . oder wieder genesen!“

Die medizinische Massenbetreuung beginnt ebenso in einer anderen Form, nämlich in der hygienischen Betreuung. Zu Beginn ist diese im wesentlichen auf die Stadt beschränkt und läßt sich hauptsächlich die Erhaltung der Gesundheit der europäischen Bevölkerung angelegen sein: Sie besteht in der Beseitigung der Brutstätten der Moskitolarven (Mission von Dr. Le Moal in Konakry). Die damit verbundene Entwässerung ist oft ein Vorwand für die Durchführung der Segregation, wobei die den Europäervierteln benachbarten afrikanischen Wohnstätten vernichtet und ihre Bewohner in die Randgebiete der Stadt verwiesen werden. Erst 1920 wird das Problem der medizinischen Massenbetreuung in seiner eigentlichen Ausdehnung angesprochen; jedoch nicht aus humanitären, sondern aus puren Nützlichkeitsbetrachtungen. Die ersten Wirkungen des Kolonialsystems auf dem Gebiet der Unterernährung werden fühlbar. Bei der Aushebung zum Militärdienst stellen die Musterungskommissionen den gesundheitlichen Verfall eines großen Teils der Bevölkerung fest. In Kamerun und Französisch-Äquatorialafrika nimmt die Schlafkrankheit katastrophale Ausmaße an. 1922 stellt man im Tal des Nyong (Kamerun) 80–97 Prozent Schlafkranke unter der Bevölkerung fest, und die Krankheit verläuft in 22 Prozent aller Fälle tödlich. Ganze Dörfer verschwinden. Albert Sarraut schreibt damals: „Die medizinische Betreuung . . . stellt unsere Pflicht dar . . . Aber sie ist auch, wie man sogar sagen konnte, vor allem unser unmittelbarstes und alltäglichstes Interesse. Denn das ganze Werk der Kolonisation, die ganze Aufgabe der Erzeugung von Reichtum, wird in den Kolonien von der Frage der ‚Arbeitskräfte‘ beherrscht.“⁹⁵⁵ Er schlußfolgert daraus die einfache „Notwendigkeit der Erhaltung und Vergrößerung des menschlichen Kapitals, um das Geldkapital arbeiten und sich mehrten lassen zu kön-

⁹⁵³ R. Trautmann, *Au pays de Batouala*, Paris 1922, S. 214.

⁹⁵⁴ Ebenda, S. 215.

⁹⁵⁵ A. Sarraut, *La Mise en valeur des colonies françaises*, a. a. O., S. 94.

nen“.⁹⁵⁶ Generalgouverneur Carde, ein Liebhaber kraftvoller Lehrsprüche, gibt eine neue Parole, „Arbeit am Neger“, dafür aus. „Seit mehr als 15 Jahren, in denen in Französisch-Westafrika die medizinische Betreuung für Eingeborene besteht, hatte ich den Eindruck, daß sie auf der Stelle trat, und daß ihre Auswirkung auf die Entwicklung der eingeborenen Völker fast gleich Null blieb.“⁹⁵⁷ Die völlige Unzulänglichkeit der Heilmedizin der A.M.I. führte dazu, daß man die Notwendigkeit einer vorbeugenden Medizin für die Bevölkerung erkannte. Indem er für das Werk der „afrikanischen Wiege“ spricht, legt der Direktor der C.F.A.O., Julien Le Cesne, eingangs dar: „Sie wissen, wie in der gegenwärtigen Situation Frankreich die großen finanziellen Schwierigkeiten zu bewältigen sucht, vor denen es steht . . . Sie wissen auch, wie sehr es darauf angewiesen wäre, seine Käufe an Rohstoffen im Ausland einzuschränken und im eigenen Hause, in den eigenen Kolonien, seinen Bedarf zu decken . . . Nun, trotz der aufgewandten Bemühungen erhöht sich der Export an Produkten der großen Kultur nur in unzulänglicher Weise. Woran liegt das? Am Mangel an Arbeitskräften. Mit 12 Millionen Einwohnern ist Französisch-Westafrika unterbevölkert. Französisch-Äquatorialafrika ist es noch mehr. Und, was noch schwerer wiegt, man ist gezwungen, sich zu fragen, ob diese Bevölkerung, die schon so gering ist, sich nicht noch weiter verringert . . . Es ist unsere strikte Pflicht, einzugreifen. Zunächst im Namen der Humanität. Ebenso im Namen unseres Interesses: die Entwicklung der Erzeugung, die einzig die Entwicklung der Bevölkerung ermöglichen wird, wird das Mutterland ebenso bereichern, wie die Kolonie. Und jeder von uns wird durch die Ausdehnung der Handelsgeschäfte, durch die Vermehrung der Rohstoffe, die sich daraus ergeben werden, reichlichen Gewinn haben. Wir müssen also in der gegenwärtigen Situation – Sie werden mir erlauben, darauf den Nachdruck zu legen –, um ein schon von anderen, ich glaube, von Herrn Carde, ausgesprochenes Wort zu wiederholen, „Arbeit am Neger“ leisten.“⁹⁵⁸

Diese Parolen lassen den Nützlichkeitsstandpunkt und den Zynismus erkennen, und zwischen ihnen und ihrer Übertragung in die Wirklichkeit wird immer ein Abgrund liegen. Der französische Kolonialismus, besonders in seiner Anwendung auf Tropisch-Afrika, trägt den auf knappste Ausmaße zugeschnittenen Geist, der auch der Tauschhandelswirtschaft vorschwebte.

⁹⁵⁶ Ebenda, S. 95.

⁹⁵⁷ J. Carde, Discours au Conseil de gouvernement de l'A.O.F., 2. Dezember 1926, in: A.F., R.C., 1927, Nr 1, S. 19.

⁹⁵⁸ A.F., R.C., 1926, Nr 2, S. 65/66.

Man lebt in den Tag hinein, sucht in erster Linie gute Geschäfte auf dem Rücken der Bevölkerung und auf Kosten des Budgets zu machen, oder man kümmert sich überhaupt nicht um die Zukunft. Das trifft auf die Geschäftskreise ebenso zu wie auf die Verwaltung, die in ihrer bürokratischen Routine versunken und nicht nur jedes menschlichen Gefühls, sondern auch jeder Perspektive bar ist. Die Geschichte des Kampfes gegen die Schlafkrankheit ist ein einzigartiges Beispiel dafür. Sein Hauptheld war Dr. Jamot. Er hatte seine ärztliche Tätigkeit 1914 in Brazzaville begonnen, wo er sich bereits mit dem Studium der Trypanosomen, der Erreger der Schlafkrankheit, befaßte. Während des Feldzuges in Kamerun war er Chefarzt der Militärkolonne Sangha-Kamerun. Danach wurde er 1916 zum Direktor des Instituts Pasteur in Brazzaville ernannt. Er sammelte dann seine ersten Erfahrungen auf dem Gebiet der vorbeugenden Medizin in Ubangi-Schari. Auf seine Initiative hin schuf ein Erlaß des Generalgouverneurs von Französisch-Äquatorialafrika vom 22. Januar 1921 in dieser Gruppe von Kolonien besondere „Bezirke für vorbeugende Medizin“. 1921 wird er für Kamerun bestimmt, um dort den Kampf gegen die Schlafkrankheit zu führen. Schon vor dem Kriege hatte hier eine ernste Lage bestanden, und die Deutschen hatten hier, wie man sagt, einen besonderen Sanitätsdienst zum Kampf gegen die Schlafkrankheit geschaffen. Die Jahre des Krieges und der Besetzung hatten die Lage verschlimmert. In verschiedenen Gebieten befand sich die Bevölkerung im raschen Aussterben. Ein Drittel der Bevölkerung war bedroht. Jamot wandte vorwiegend die folgenden Methoden an: er richtete spezielle bewegliche Sanitätstrupps ein und ließ die Schlafkranken systematisch ausfindig machen und zählen. Nachdem die Herde der Schlafkrankheit erkannt waren, folgte dann eine Massenbehandlung durch Injektionen von Atoxyl. 130 000 Schlafkranke wurden so in Kamerun ausfindig gemacht. Während unter den Schlafkranken, die keine Behandlung erhielten, die Sterblichkeitsziffer 25–50 Prozent im Jahr erreicht hatte, wurde sie unter den behandelten Schlafkranken auf einen Prozentsatz von 5 bis 15 Prozent herabgedrückt.

Nicht ohne Schwierigkeit gelang es Jamot, seine Gesichtspunkte durchzusetzen. Da die Infektionsherde isoliert und von Aushebungen verschont bleiben mußten, stieß er auf die Gegnerschaft der Kolonialverwaltung, als er 1923 die Absicht äußerte, Sondierungen nach Schlafkranken im Gebiet von Yaoundé aufzunehmen, wo die Kolonialverwaltung starke Aushebungen von Arbeitskräften für die Fertigstellung der Eisenbahn in Angriff nahm . . . Mehrere Feldzüge gegen die Schlafkrankheit führte Jamot in Nordkamerun durch (im Jahre 1924/25). Jamot, der die Geringfügigkeit der ihm

zur Verfügung stehenden Mittel erkannte, setzte 1926 die Gründung der „ständigen Expedition gegen die Schlafkrankheit“ (Mission permanente de la maladie du sommeil) durch. Er erreichte das um so eher, als zum selben Zeitpunkt Deutschland, um seine Rechte zur Wiedererlangung seiner verlorenen Kolonien geltend zu machen, einen Feldzug gegen die schlechte Verwaltung der Mandatsmächte, besonders Frankreichs, führte. In diesem Zusammenhang wies man darauf hin, daß im Vergleich zur Zeit der deutschen Verwaltung die Zahl der Ärzte sich in Togo um 50 Prozent und in Kamerun um 57 Prozent verringert hatte.⁹⁵⁹ Von 10 Ärzten, 20 europäischen Hilfskräften, 150 Krankenwärtern, die sie am Anfang zählte, veränderte sich die ständige Mission zum Kampf gegen die Schlafkrankheit 1931 auf 18 Ärzte, 36 europäische Kräfte und 400 Krankenpfleger. Die aufgewandten Kredite betragen 1929 10,7 Millionen Franken (mehr als $\frac{1}{6}$ der Einnahmen Kameruns), im Jahre 1930 waren es 14,59 Millionen Franken (darunter eine Subvention Frankreichs von 3 Millionen Franken), und im Jahre 1931 beliefen sie sich auf 15,9 Millionen Franken. Südkamerun, das am meisten von der Schlafkrankheit erfaßt ist, wird zwischen 1926 und 1931 von Jamot systematisch behandelt. Jamot, der endlich von der Verwaltung erhört wird, spürt den „Ruhm“.⁹⁶⁰ Die von Jamot angewendeten Methoden waren nichtsdestoweniger in ihrer Verfahrensweise typisch kolonial. Jamot war im Namen des Heilerfolgs ein Parteigänger der „starken Hand“ auf medizinischem Gebiet. Um die Bevölkerungen zusammenzurufen, ihre Zählung vorzunehmen und die Schlafkranken ausfindig zu machen, wandten die beweglichen Trupps Methoden an, die denjenigen, die zum Zweck ziviler oder militärischer Aushebung angewandt wurden, sehr ähnlich waren und fast der Menschenjagd gleichkamen. Die geringe Begeisterung der Bevölkerung erklärt sich leicht. Die beweglichen Trupps und ihr Gefolge lebten nach guter alter kolonialer Tradition vom Lande, in dem sie sich aufhielten, und erpreßten dabei schamlos Lebensmittel, Frauen usw. Die für die bakteriologischen Untersuchungen unentbehrlichen Lendenpunkturen, die von Krankenpflegern – die nicht immer die besten waren – durchgeführt wurden und unter sehr oberflächlichen hygienischen Bedingungen stattfanden, zogen manchmal schwere Unfälle nach sich, die bis

⁹⁵⁹ Der Professor *L. Tanon* verneint in einem Artikel darüber die Tatsachen keineswegs, macht aber die Elendsgehälter der französischen Kolonialmediziner dafür verantwortlich (A.F., 1926, Nr 4, S. 160–163), weshalb kein übermäßiger Zudrang nach diesen Gebieten besteht.

⁹⁶⁰ Professor *H. Galliard*, Eugène Jamot, France Outre-mer, 2. Vierteljahr 1959, S. 12–14.

zur Lähmung und bis zum Tode führten. Gewisse Kräfte des „Trypano“-Trupps brachten es fertig, die Kolonialuntertanen, die zu genau auf das Verhalten ihrer Frauen oder Töchter sahen, mit einem „bösen Stich“ zu bedrohen.

Schließlich war die angewandte Therapie nicht ohne Gefahr. Seit 1928 ersetzte man das Atoxyl, dessen Heilerfolge hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren, durch das Tryparsamid. Die Anwendung des Tryparsamid erforderte viel größere Sorgfalt, da die Injektionen individuell und sehr sorgfältig dosiert werden mußten, wobei jeder Irrtum schwere Schädigungen des Nervensystems (Nierenentzündungen, Blindheit) nach sich ziehen konnte. Die unzureichende Zahl der Ärzte, die Notwendigkeit der schnellen Behandlung einer zahlreichen Bevölkerung, ließen es nicht immer zu, diesen Bedingungen Rechnung zu tragen. Der Generalarzt Sicé verteidigt Jamot wie folgt: „Es ist nicht der Moment, das wissenschaftliche Verfahren dieses unaufhörlich von ihm geführten Kampfes zu untersuchen. Die Gefahr war beträchtlich, und es mußte dringlichste Abhilfe erfolgen: die Methoden der vorbeugenden Medizin, die er ohne die notwendige klinische Aussonderung anwandte, hatten es ihm erlaubt, wohltuend zu wirken. Das genügt.“⁹⁶¹ Man begreift, bis zu welchem Grade die kolonialmedizinische Pflichtenlehre von der allgemein üblichen abweicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Europa auf Grund von einzelnen Zweifelsfällen die Verordnung weitgehend erprobter Arzneimittel unterbrochen wurde, während bei der kolonialmedizinischen Pflichtenlehre einige Dutzend, ja Hunderte bei einer Heilbehandlung mit erkannter Massenwirkung auftretende „Unglücksfälle“ kein Hindernis für deren unbekümmerte Weiteranwendung waren. Man begreift unter diesen Umständen den Schrecken, den die Trypano-Trupps der Bevölkerung einflößten, einen Schrecken, der nicht auf einem angeborenen Aberglauben, sondern auf sehr konkreten Erfahrungen beruhte. Der „Ruhm“ des Dr. Jamot schwand ganz plötzlich und über Nacht durch einen „Unglücksfall“, der ihn seine Stellung kostete, dahin. Einer seiner Schützlinge, Dr. M..., ließ seine Bezirksbereisungen durch Hilfskräfte durchführen und verschrieb Tryparsamid-Injektionen in hoher Dosis; vielfach zwei- oder dreifach stärker als normal. Zahlreiche der behandelten Kranken erblindeten. Dr. M..., der davon in Kenntnis gesetzt wurde, gab nicht das geringste darauf. Eines Tages brach der Skandal aus. Der Leiter eines Unterbezirks meldete, daß in seinem Verwaltungs-

⁹⁶¹ Generalarzt Sicé, *L'Afrique équatoriale française et le Cameroun au service de la France*, Paris 1946, S. 36.

gebiet 500 der behandelten Schlafkranken erblindet seien. Jamot begab sich an Ort und Stelle zur Überprüfung und zählte 700 erblindete Patienten. Aus Standesdünkel, vielleicht auch, weil er darin nichts so Schlimmes sah, deckte Jamot seinen Untergebenen. Er enthielt sich der Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuß, der zur Untersuchung der Tätigkeit des Dr. M... gebildet worden war; dieser Ausschuß begnügte sich damit, dem Schuldigen eine einfache Rüge zu erteilen. Doch zum Unglück für Jamot sprach sich die Sache herum. Diagne, damals Unterstaatssekretär im Kolonialministerium, erhielt Kenntnis von der Akte, und der Schützling von Jamot wälzte alle Verantwortlichkeit auf seinen Vorgesetzten.⁹⁶² Jamot wurde in Dakar vom Schiff geholt, das ihn nach Frankreich bringen sollte, arrestiert, auf ministeriellen Entscheid in Absprache mit seinen amtlichen Vorgesetzten dann seiner Ämter enthoben (1931). Der von ihm in Kamerun geschaffene Dienst zur Bekämpfung der Schlafkrankheit wurde der Leitung der Gesundheitsdienste unterstellt. 1932 wird Jamot erneut nach Französisch-Westafrika entsandt, wo ein Erlaß einen Dienst für vorbeugende Medizin begründet.⁹⁶³ Fast gleichzeitig, ohne Jamot vorher gefragt zu haben, gliedert man seinen Dienst der A.M.I. ein, wodurch er jeder Initiative beraubt wird. Er läßt sich in Wagadugu in Obervolta nieder, wo die Krankheit die schlimmsten Ausmaße angenommen hatte. Hier verschwinden ganze Dörfer durch die Schlafkrankheit, und die Zahl der Erkrankungen macht manchmal 93 Prozent der Bevölkerung aus. In zwei Jahren ermittelt er 30 000 Kranke, wobei er nur zwei Drittel der Bevölkerung besucht hat. In Norddahomey stellt sich heraus, daß ein Achtel der Bevölkerung von der Krankheit erfaßt ist. Von 230 Dörfern eines Kreises gibt es nur acht, die von der Schlafkrankheit frei sind. Nach offizieller Version ist die Schlafkrankheit in Guinea von selbst erloschen, aber Jamot findet in den Waldgebieten, daß mehr als 53 Prozent der Dörfer von ihr erfaßt sind. In einigen Monaten werden im Kreis von Kissidugu 2500 Kranke notiert. In Sudan, wo die Krankheit nach offizieller Version unbekannt ist, werden in einigen Monaten 2580 Fälle ermittelt, darunter einige an den Ufern des Niger, in unmittelbarer Umgebung von Bamako. In Senegal, im Gebiet der Niayes, stellt er das Weiterbestehen von Krankheitsherden fest, die man bereits

⁹⁶² Über diese Angelegenheit siehe Dr. *M. Bebey-Eyidi*, *Le Vainqueur de la maladie du sommeil: Eugène Jamot (1879–1937)*, Paris o. J.

⁹⁶³ Ein besonderer Dienst war schon 1928 in den Grenzgebieten Obervolta-Togo-Dahomey geschaffen worden. Dazu gehörten Wachmannschaften „zur Sicherung der Polizei und der Versammlung der zu untersuchenden Völkerschaften“, aber nur ein Arzt und sieben Krankenwärter.

vor dem Kriege erkannt hatte. 1935 schlägt Jamot die Bildung eines autonomen Dienstes zum Kampf gegen die Schlafkrankheit vor, der jenem entsprechen soll, den er in Kamerun geschaffen und beseelt hatte. Er stößt auf die Skepsis der Kolonialverwaltung, für die die Schlafkrankheit in Französisch-Westafrika eine Ausgeburt der Phantasie ist, und die hinter seinen Forderungen nur den Wunsch sieht, Kredite an sich zu bringen und sich ein Mittel zum Emporkommen zu schaffen, kurz eine Äußerung von persönlichem Ehrgeiz und Größenwahn. Außerdem sei man auf Sparbetrieb eingestellt, und seine Kreditgesuche könnten daher nicht erhört werden. Die Zeitung „Le Temps“ vom 9. Oktober 1935 verkündet übrigens, daß in den anderen Gebieten „die wenigen Spezialdienste, die zum Kampf gegen diese furchtbare Krankheit bestanden, aus budgetmäßigen Ersparnisgründen abgeschafft worden sind“. Entmutigt läßt Jamot sich in den Ruhestand versetzen und stirbt einige Monate später, am 24. April 1937, in Frankreich. Diese Geschichte des Kampfes gegen die Schlafkrankheit spiegelt sehr gut die ganze verwickelte Persönlichkeit Jamots wider. Ihm war die Arbeit zweifellos ans Herz gewachsen, er verweigerte sich jede Ruhe und war dabei brummig und eigenmächtig, brachte es fertig, keinen Schritt vor einem Gouverneur zurückzuweichen und belegte dessen Weigerung, die Existenz der Schlafkrankheit anzuerkennen, mit den schockierendsten Ausdrücken⁹⁶⁴, aber er teilte die Reaktionsweise und den Standesdünkel der Kolonialbeamten. Am 31. Dezember 1934 hatte er etwa zwei Drittel der Bevölkerung in die Untersuchung einbezogen und in Französisch-Westafrika und Togo fast 70 000 Schlafkranke entdeckt. Als Folge der „Sparsamkeit“ der Kolonialverwaltung zählte man im August 1938 etwa 151 000 Schlafkranke. Erst sehr spät erfolgte dann im Jahre 1939 die Gründung jenes Dienstes, den Jamot gefordert hatte. Das Muster war der von Jamot in Kamerun eingerichtete Dienst zum Kampf gegen die Schlafkrankheit, dessen gute, aber auch schlechte Seiten die 1939 gegründete Einrichtung hatte. In Französisch-Äquatorialafrika war der Kampf gegen die Schlafkrankheit nach denselben Grundsätzen aufgenommen worden, und ein Dekret vom 18. Januar 1928 begründete eine spezielle Einrichtung für vorbeugende Medizin nach dem Muster Kameruns. Dennoch blieben zahlreiche Herde der Krankheit erhalten, besonders in Ubangi (Obersangha), wo sie immer in sehr schwerer Form aufgetreten war.

So verzweigt sich also am Vorabend des zweiten Weltkrieges die Struktur der Gesundheitsdienste: neben der A.M.I. – welche die Kranken von

⁹⁶⁴ Eine hübsche Anekdote darüber kann man in der Dissertation des Dr. Bebey-Eyidi finden.

fester Station aus behandelt – entwickelten sich Dienste für Hygiene und vorbeugende Medizin, die mitunter, wie der zur Bekämpfung der Schlafkrankheit, eigenständig sind. Die Eigenständigkeit dieser Dienste hatte den Vorteil, die lähmende Wirkung der Kolonialbürokratie auszuschalten, sie hatte aber auch ihre Nachteile, die durch fehlende Koordination und Rivalität der einzelnen Dienste bedingt sind, die bis zum versteckten Krieg zwischen ihnen geht, deren Wirkungen besonders in Französisch-Äquatorialafrika fühlbar sind. Außerhalb des großen Werkes der Bekämpfung der Schlafkrankheit, dessen besondere Grenzen wir sahen, hingen die Resultate von den aufgewandten Mitteln ab. Diese wuchsen zweifellos, aber nicht im richtigen Verhältnis zu den der Lösung harrenden Problemen. In den städtischen Zentren gab es einige Hospitäler. So verfügte das Hospital Ballay in Konakry, das ein den Kolonialminister Albert Sarraut auf seiner Westafrika-Reise begleitender Publizist als „das Schönste von ganz Westafrika“ bezeichnete, im Jahre 1920 über 100 Betten mit zwei Ärzten und zwei Krankenpflegerinnen. Von Ausnahmefällen abgesehen, stand es nur Europäern offen. Dakar verfügte künftig, abgesehen vom Europäerkrankenhaus, über ein „Eingeborenenkrankenhaus“, die Elfenbeinküste erbaute in den dreißiger Jahren neben dem Europäerkrankenhaus in Abidjan ein „Eingeborenenkrankenhaus“ in der Vorstadt Treichville. Wenn die Europäerkrankenhäuser noch angehen, so sind die Krankenhäuser für Afrikaner mörderisch. Natürlich machte man die auf Station liegenden Patienten für diese Lage selbst verantwortlich. Aber die Verantwortlichen des Gesundheitsdienstes finden sich leicht mit ihr ab. Noch 1948 lagen in dem für Afrikaner bestimmten Krankenhaus von Dakar die schweren Tuberkulosefälle in Sälen, deren „Fenster“ unverglaste und nicht vergitterte Löcher waren. Diese Kranken waren mit Fliegen bedeckt, und als einziges Zubehör stand eine leere Konservendose als Spucknapf neben ihrem Bett... Auf der anderen Seite wurden die Kredite oft auf zweckwidrige Gebäude, abgesehen vom Architekten und Bauunternehmer, vergeudet. Das „Krankenhaus“ von Fort-Archambault, das aus den Mitteln der Sonderanleihe von 75 Millionen Franken, die für die Gesundheitsdienste in Französisch-Äquatorialafrika bestimmt waren, errichtet worden war, hatte 1934 weder Arzt, Personal, Operationssaal, noch Apotheke, Küche oder Brunnen-schächte... Es gab kein Wasser außer dem des Schari, das aus drei Kilometer Entfernung geholt werden mußte... In Bangui war das Hospital in Form von kleinen Gartenhäuschen erbaut worden, was dazu zwang, die Kranken „unter freiem Himmel“ von und nach dem Operationssaal zu transportieren. Das chirurgische Material ist schrecklich veraltet und besteht

darüber hinaus nur aus den allernotwendigsten Instrumenten. Es gibt Elektrizität in der Residenz des Gouverneurs, aber nicht im Krankenhaus, wo Nachtoperationen beim Schein einer Spirituslampe vor sich gehen müssen. Es gibt kein Wasser. 800 Liter am Tag (statt der benötigten 8000 Liter) werden durch die Fronarbeit von Gefangenen herangeschafft. Ein Teil der Anleihe wurde für den Bau der Entbindungsanstalten von Brazzaville und Bangui verwendet, die zum Beispiel besondere Zimmer mit Bade-räumen (ohne Wasser!) enthielten. Derart war 1934 die Lage, woraus sich die geringe Wirksamkeit der investierten 75 Millionen Franken erklärt.⁹⁶⁵ Aber die 69 Ärzte, die in Französisch-Äquatorialafrika praktizierten (einschließlich des Dienstes zur Bekämpfung der Schlafkrankheit) hatten meistens keinen Wagen, um sich an andere Orte zu begeben, und es fehlten ihnen die Medikamente. Die Krankenhäuser verfügten über 2200 Betten (für 3,5 Millionen Einwohner). Es gab ferner 115 Armenapotheken oder Gesundheitswachen, wo die Ärzte und Krankenpfleger endlose Reihen von Kranken abfertigten und sie so gut wie möglich betreuten... In Kamerun verfügen 1935 die Krankenhäuser über 50 „europäische“ und 3000 „afrikanische“ Betten. Die Statistiken registrieren 9300 Betten, aber davon sind 6200 Betten, die auf die in „Ackerbaukolonien“ organisierten Lepraspitale und die Spitale für Schlafkranke entfallen, wobei es sich um Hütten oder Baracken handelte, wo der dem Stationierten zugeteilte Mattenzipfel nur schwer als „Hospitalbett“ gelten kann. Die A.M.I. beschäftigte 47 Militärärzte, 2 vertragsmäßig angestellte Zivilärzte, 2 Apotheker und 1 Dentisten, was keinen sehr beträchtlichen Fortschritt gegenüber 1914 darstellt. Die medizinische Betreuung war allerdings kostenlos, während die der deutschen Verwaltung nur gegen Bezahlung gewährt worden war. Aber unter welchen Bedingungen erfolgte die medizinische Betreuung? Der Afrikaner, der nicht am Ort wohnte, mußte manchmal Hunderte von Kilometern (zu Fuß) durchwandern, das heißt wochenlang reisen, um bis zur Armenapothek zu gelangen. War er dort angelangt, so hieß es, in der endlos langen Reihe derer anstehen, die sich zu den Sprechstunden drängten. Manchmal hatte er Stunden, wenn nicht Tage zu warten, um an den Arzt heranzukommen, sofern ihm nicht ein nachgiebiger Krankenpfleger gegen Geschenk die Gunst einer Bevorzugung erwies. Die Sprechstunde regelt nicht alles, denn die Behandlung erfordert Medikamente, und diese fehlen oft. Man muß sie erst kaufen, vorausgesetzt, daß sie überhaupt zu haben sind.⁹⁶⁶ Viele Kranke

⁹⁶⁵ R. Susset, *La Vérité sur le Cameroun et l'A.E.F.*, Paris 1934.

⁹⁶⁶ In Grand-Popo (Dahomey) „beklagen sich die Kranken über den Mangel an Medikamenten im Kreishospital. Man empfängt sie sehr aufgeräumt zur Konsultation.

verloren den Mut, suchten den Arzt nicht auf oder stellten sich erst dann bei ihm ein, wenn ihr Leiden sehr weit fortgeschritten war und Hilfe zu spät kam. Die Arbeit der A.M.I. war, gemessen an den Bedürfnissen, ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die bis 1930 beachtliche Entwicklung seines medizinischen Personals wurde anschließend durch die Weltwirtschaftskrise gehemmt und veränderte kaum etwas an den allgemeinen Grundtatsachen des Problems.⁹⁶⁷ 1946 läßt sich in den folgenden wenigen Ziffern die Bilanz von 50 Jahren Gesundheitspflege zusammenfassen⁹⁶⁸:

	Zahl der Betten	Zahl der Hospi- täl- er	Behand- lungs- zentren	Armen- apotheken	Euro- päische Ärzte	Afrika- nische Ärzte	Medizi- nische Hilfs- kräfte
Französisch-Westafrika	23 067	8	152	253	170	335	—
Togo	633	2	7	31	11	16	—
Kamerun	12 897	7	20	81	35	—	42
Französisch-Äquatorial- afrika	13 768	6	44	177	94	19	—

Insgesamt gesehen läßt die Bilanz des Medizinalwesens auf seiten der Verantwortlichen eine Medizinalpolitik hervortreten, die den Interessen des Kolonialismus stark untergeordnet ist und keinerlei uneigennützige humanitäre Zielsetzung verfolgt. Diese Medizinalpolitik hat nach zwei Richtungen hin medizinisch gewirkt: 1. schützte sie die Gesundheit der europäischen Beamten, der Truppen und im geringeren Maße der im kolonialen Beamtenapparat tätigen afrikanischen Kräfte. Das war bis 1914 das Hauptziel. 2. versuchte sie, dem Mangel an Arbeitskräften zu begegnen, ehe dieser für die Kolonialausbeutung zur ernststen Gefahr werden konnte.

man untersucht sie, man sagt ihnen, woran sie leiden, aber man gibt ihnen nichts zum Einnehmen. Wie lange wird diese Tragikomödie noch dauern?“ (Le Courrier du golfe du Bénin, Nr 35, 15. Juni 1933.)

⁹⁶⁷ Vergleichsweiser Stand des medizinischen Personals Westafrikas:

	europäische Ärzte	afrikanische Ärzte	Hebammen
1924	87	26	53
1929	189	88	133

⁹⁶⁸ *Annuaire statistique de la France d'Outre-mer* (1939–1946), Bd C, Paris 1949.

Besonders durch die vorbeugende Medizin bei gewissen großen Epidemien wurde das wichtig. Das war das Hauptziel nach dem ersten Weltkrieg, wurde jedoch aus Mangel an Mitteln nur sehr unvollständig erreicht. Auch hier läßt sich erkennen, daß das medizinische Werk des Kolonialismus ebensowenig wie das des Unterrichtswesens als „Ersatz“ für die Freveltaten auf anderen Gebieten in Anspruch genommen werden kann.

Gesellschaftliche und politische Entwicklung

1. Gesellschaftliche Entwicklung

Wir werden uns hiermit nur sehr kurz zu beschäftigen haben. In erster Linie, weil die Bausteine für eine vertiefte Untersuchung noch fehlen, und auch deshalb, weil alles darauf hindeutet, daß eine solche Untersuchung zu keinen weitgespannten Darlegungen führen würde. Der ökonomischen Unbeweglichkeit entspricht ganz natürlich die gesellschaftliche Ergebnislosigkeit. Das bereits für die Zeit vor 1914 Ausgeführte bleibt mit geringen Ausnahmen gültig: die frühere Gesellschaftsstruktur geht langsam zugrunde, ohne ganz zu verschwinden; die inneren Widersprüche, die im allgemeinen aus der vorkolonialen Zeit stammen, spitzen sich noch mehr zu. Aber man kann keinerlei qualitative Veränderung im Gesamtbild des Gesellschaftsaufbaus feststellen. Das macht sich erst nach dem zweiten Weltkrieg bemerkbar.

a) Die Städte⁹⁶⁹

Sie bleiben, was sie waren: Verwaltungszentren und Plätze des Tauschhandels. Die Industrie beschränkt sich fast ganz auf Bauunternehmen für öffentliche Arbeiten und Instandhaltung der Häfen. Bevölkerungshäufungen, die einen eigentlich städtischen Charakter haben, sind selten: Selbst in den Hauptorten beschränken sich die in Stein errichteten Gebäude auf die Geschäfts- und Europäerviertel. Auf die Randgebiete der Stadt verwiesen, versuchen die Afrikaner den dörflichen Typus – Lehmziegel- oder Strohhütten – wieder zu beleben, wozu wie im Dorf die Kleintierzucht (Schafe, Ziegen, Zwerg- und Perlhühner) und, wenn es der Platz erlaubt, einige

⁹⁶⁹ Ich werde davon absehen, hier das Problem der Stadt in seiner ganzen Weite aufzuwerfen: die Frage wird in vertiefterer Weise in dem Band fortgeführt, der über die unmittelbar gegenwärtige Zeit handelt.

wenige Anbauflächen gehören. Die Straßen der afrikanischen Stadtviertel – Medina in Dakar, Treichville oder Adjamé in Abidjan, Poto-Poto oder Bakongo in Brazzaville – stellen nur kleine Gäßchen mit Sand oder Schmutz dar. Eine städtische Müllabfuhr fehlt. An Stelle der Kloaken treten einige freiliegende oder oberflächlich mit Steinplatten abgedeckte Kanalisationen. Es gibt gar kein oder wenig Wasser, abgesehen von einigen wenigen öffentlichen Springbrunnen, wo die sich dehnenden Schlangen der Wartenden seit den ersten Stunden des Tages anstehen, keine öffentliche Beleuchtung, da diese den Europäervierteln vorbehalten ist. Die Bevölkerungshäufung führt zu bejammernswerten hygienischen Zuständen.⁹⁷⁰

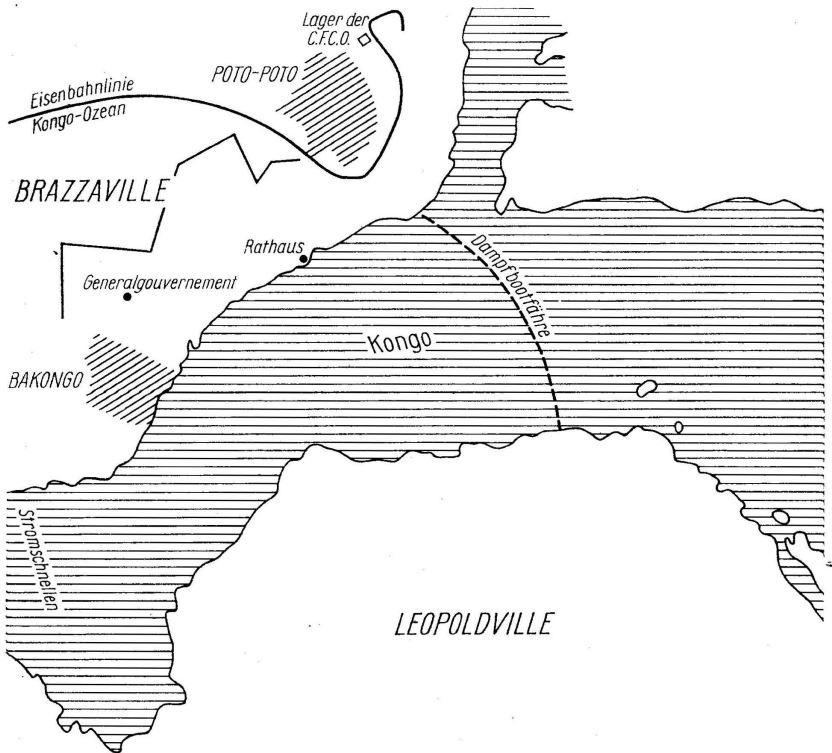


Abb. 23. Brazzaville (vor 1945)

⁹⁷⁰ Vgl. J. Dresch, *Villes d'Afrique occidentale*, in: C.O.M., 1950, Nr 11, S. 200–230.

Die kleinen Handelsplätze oder Stationen des Inneren beschränken sich auf die „Residenz“ (des Kreiskommandanten), auf die Büros, einige Faktoreien, denen sich einige afrikanische „Viertel“ anschließen und die eigentlich nur große Dörfer sind.

Außer den Colons oder Libanesen existiert keine Bourgeoisie. Es gibt noch einige afrikanische Händler in Dakar, aber man kann nicht sagen, daß sie eine echte soziale Gruppe darstellen: es handelt sich vielmehr um Einzelfälle. In St. Louis und in noch geringerem Umfang in Dakar (durch Auswanderung aus Gorée) leben einige Abkömmlinge alter Kaufmannsfamilien des 19. Jh., die afrikanischer oder mulattischer Herkunft sind wenigstens dem Ursprung nach, denn sie sind oft völlig afrikanisiert. Sie sind gesellschaftlich isoliert, verachten den „unzivilisierten Neger“ und trachten – vergeblich – danach, Zugang zu den Kolonialkreisen zu erhalten, deren Gesichtspunkte und Vorurteile zu teilen sie vorgeben. Sie leben bescheiden von den Resten des ihnen verbliebenen Vermögens (Einnahmen aus Immobilienbesitz) oder von kleinen Anstellungen in Verwaltung und Handel. In geringerem Maße ist diese Geisteshaltung in jenen Familien zu finden, die von früheren amerikanischen Sklavenhändlern⁹⁷¹ im Gebiet der Südfüsse oder von früheren portugiesischen Sklavenhändlern an der Casamanza und Brasilianern in Dahomey oder, im umgekehrten Fall, von befreiten Sklaven in Libreville abstammen. Aber während die Familien von St. Louis und Gorée den Vorzug des „Bürger“rechts haben, sind die übrigen eben nur „Eingeborene“ wie die anderen Afrikaner. Sie werden jedoch manchmal zur Häuptlingschaft des Kantons zugelassen, wie etwa die De Souza in Widah, deren Salon die bis ins 19. Jh. zurückgehenden Familienporträts schmücken, wovon die ältesten sehr helle Gesichtsfarbe zeigen, während die übrigen von Generation zu Generation dunkler werden.

Die „Évolués“ (eigentlich „Entwickelten“) sind untergeordnete afrikanische Beamte und Angestellte mit Schulbildung und im Handel tätig. Sie bilden keine Klasse, da sie keine bestimmte Rolle in den Produktionsbeziehungen spielen, sondern nur eine einfache Schicht oder gesellschaftliche Zwischengruppe. Wenn auch sehr wenig zahlreich, so sind sie doch in eine große Anzahl von Kategorien unterteilt, die sich durch Schulbildung und Stellung in der Kolonialverwaltung unterscheiden. Diese Kategorien sucht die Kolonialverwaltung aufrechtzuerhalten. Sie betrachtet sie als nützliche und der Spaltung dienende Scheidewände. An der Spitze steht die sehr

⁹⁷¹ Sie tragen deren Namen: Wilkinson, Curtis, Lightburne, usw. Böse Zungen behaupten, daß sie von deren früheren Sklaven abstammen, die den Namen ihrer Herren angenommen haben.

kleine Elite der früheren Schüler von Ponty. Viele von ihnen würden sich niemals dazu bereitfinden, mit irgendeinem Beamten zu verkehren, der im örtlichen Rahmen tätig ist und nur das Abgangszeugnis der Mittelschule besitzt, noch viel weniger mit einem einfachen Handlungsangestellten oder Krankenpfleger, der nur das Abgangszeugnis der Elementarschule hat. Dieser letztere würde sich nicht dazu herablassen, Umgang mit analphabetischen Wächtern oder Ordonnanz zu pflegen, deren „Entwicklung“ im Tragen der weißen oder gelben Uniform mit Metallknöpfen, und vor allem des Tropenhelms, zuzüglich einer mehr oder weniger weit gediehenen Kenntnis des Französischen, zum Ausdruck kommt. Der Arzt mit dem Abgangsexamen der Medizinischen Schule in Dakar wie die Ordonnanz – der frühere Soldat –, die eine Vorzugsstellung erhalten haben, sie alle leiden unter demselben Widerspruch zwischen dem Milieu, aus dem sie hervorgegangen sind und der gesellschaftlichen Stellung, die ihnen zugewiesen ist. Ihre Ausbildung an der französischen Schule oder in der Armee hat sie mehr oder weniger entwurzelt und dazu gebracht, mit Verachtung oder wenigstens mit dem Gefühl der Überlegenheit ihre in der altüberlieferten Gesellschaft verbliebenen Brüder zu betrachten. Von diesen als Diener der Weißen betrachtet, widmen sich verschiedene von ihnen ihrer Aufgabe mit Eifer und suchen bei Gelegenheit ihren persönlichen Vorteil dabei zu finden, indem sie an der kolonialen Unterdrückung und Ausplünderung teilhaben. Andere dagegen verspüren vor allem die Unwürdigkeit der Situation. Der Weiße läßt ständig merken, daß sie für ihn „Eingeborene“ wie die übrigen sind. Doch ihre Revolte kann um so weniger zu einer durchschlagenden Gegenwirkung zusammenwachsen, je mehr sie von den Massen, von der alten Gesellschaft, die sie mit Argwohn und Ironie betrachten, abgeschnitten sind. Ohnmächtig – sind sie auf die Revolte oder auf die individuelle Verbitterung angewiesen. Der Colon verpaßt keine Gelegenheit, sich tadelnd über die Gefahren zu ergehen, die der Schulunterricht in Kolonialländern bietet, da er nur „Verbitterte“ und „Versager“ hervorbringt. Die Arbeiterklasse ist erst in der Entstehung begriffen; sie ist weder fest umrissen noch ernstlich differenziert. Die städtischen Massen, die noch keine Rolle spielen, bestehen entweder aus gesellschaftlich Entwurzelten oder aus Halbproletariern, aus Bauern, die ihre Bindung zum Dorf noch nicht aufgegeben haben. Letztere überwiegen zahlenmäßig bei weitem; es sind fast ausnahmslos nichtqualifizierte Arbeiter, Tagelöhner der Häfen und Eisenbahnen, Dienstboten, Köche und andere Hausangestellte. Verschiedene von ihnen sind nur saisonweise als Arbeiter tätig – Tukulör vom Senegaltal, Serer aus dem Sine-Salum in Dakar – und kehren für die drei- bis viermonatige

Zeit der landwirtschaftlichen Arbeiten wieder in ihr Dorf zurück. Andere verlassen es für mehrere Jahre mit der – später nicht erfüllten – Hoffnung, unter Entbehrungen den Brautpreis zusammensparen zu können, der es ihnen ermöglichen soll, zu heiraten, zum Dorf zurückzukehren und dort einen Hausstand zu gründen. Die eigentlichen Arbeiter sind sehr wenig zahlreich und über die privaten und der Kolonialverwaltung gehörigen Arbeitsplätze verstreut. Dem Ursprung nach sind es zu einem großen Teil (besonders Maurer, Schlosser und ähnliche Berufe) Senegalesen. Fast nur in den Häfen und an der Eisenbahn sind Arbeiter in größerer Zahl beschäftigt, so daß die Entwicklung eines Klassenbewußtseins möglich wird.

b) Das flache Land

Mehr der weniger untergraben von der Entwicklung der Geldwirtschaft mit ihrem wachsenden Interessengegensatz zwischen den „Alten“ und ihrer Tendenz, die Familiengüter und -einnahmen zur eigenen Bereicherung zu verwenden, und den „Jungen“ auf der anderen Seite, die auf Emanzipierung und persönliche und ausschließliche Verfügung über die Einnahmen aus ihrer Arbeit drängen, besteht die patriarchalische Gemeinde fast überall noch. In den Gebieten, die weder von der Tauschhandelswirtschaft noch von der Wanderarbeit auf Zeit ernstlich erfaßt sind, ist die Entwicklung unbedeutend. In den von der Tauschhandelswirtschaft wenig berührten Gebieten, in denen aber die Wanderarbeit bedeutend ist, ist die althergebrachte soziale Ordnung nicht verändert, jedoch verschärfen sich die inneren Spannungen. Die genaue Bestimmung, in welchem Ausmaß vor-koloniale gesellschaftliche Beziehungen wie Sklaverei, Hörigkeit, Schutzabhängigkeit weiterbestehen, gestaltet sich im Einzelfall schwierig. Die amtlichen Berichte berücksichtigen diese feinen Unterschiede im allgemeinen nicht. In Mauretanien und in einer gewissen Weise überhaupt in den saharischen Gebieten, in denen die Anwesenheit der Franzosen sich auf eine militärische Besetzung und eine einfache Kontrolle beschränkt, was übrigens in den nördlichen Grenzbezirken relativ spät und in spärlicher Form erfolgt ist, sind die Beziehungen der althergebrachten Gesellschaft von der neuen Lage kaum berührt worden. Die krieglerische Aristokratie ist zum Teil ihrer zusätzlichen Einkünfte aus Beutezügen gegen die Grenzländer und ihrer direkten oder indirekten Einkünfte, die sie aus dem Karawanenhandel ableitete, beraubt worden und in ihrer gesellschaftlichen Position schwer angeschlagen: die Verpflichtung in den „Goums“ und die

Razzien gegen die Rebellen, die mit offizieller Billigung der Behörden geführt wurden, vermögen diese Einnahmen und Prestigeverluste nicht auszugleichen. Die Marabutstämme dagegen, deren Existenz einst unsicher war, verzeichnen ein Steigen ihres gesellschaftlichen Ranges. Manche ihrer Mitglieder suchen im Süden Vermögen zu erwerben, die einen im Handel, die anderen, deren Zahl allerdings gering ist, mit Predigtreisen und Almosensammeln bei den mohammedanischen Schwarzen, die für das Wissen und Prestige der Marabuts aufgeschlossen sind. Die Sklaverei – einschließlich des Kaufs und Verkaufs von Hörigen (Captifs) – bleibt praktisch unversehrt.⁹⁷² Am Niger und am Tschad ist die Lage nicht viel anders. Im Mossi-Land und im Futa Djalon erhält und festigt sogar die Aristokratie ihre Privilegien, hauptsächlich jedoch als Nutznießerin der Kolonialherrschaft, von der sie durch die Einrichtung des Häuptlingsamtes als Verwaltungseinheit profitiert. In den Ländern, in denen die Häuptlingschaft unbekannt war (Atakora, Lobi-Land, Ubangi usw.), ist es erst das Kolonialsystem, das mit der Häuptlingschaft Formen der bis dahin unbekannten oder unbedeutenden Ausbeutung des Menschen durch den Menschen einführt. Der Sklavenhandel besteht infolge des Elends, das die Eltern vielfach zum Verkauf ihrer Kinder treibt, weiter; das gilt insbesondere für Ubangi, von wo aus Haussa- oder Bornu-Kaufleute ihre Ware nach den feudalen Höfen am Tschad und Nordnigerien „exportieren“. „Es ist nicht selten, zum Beispiel in wohlhabenden Familien, Kinder zwischen acht und fünfzehn Jahren zu sehen, Knaben oder Mädchen, die mit der Beaufsichtigung der Kinder niedrigen Alters beauftragt sind. Man gibt sie für Verwandte aus, für die man sich interessiert, während es in Wirklichkeit Sklaven sind, die für billiges Geld erworben wurden. Wenn man darauf acht gibt, bemerkt man, daß sie immer ärmlich gekleidet gehen. Man wird sie nicht die Schule besuchen sehen, wenn sie im schulfähigen Alter sind und die eigenen Kinder der Familie die Schule besuchen.“⁹⁷³ Analoge Tatsachen kann man in mehr oder weniger starkem Ausmaß in den meisten Gebieten Westafrikas feststellen. Die Kolonialverwaltung ließ sich nichts Besseres einfallen, als die Verwendung der Bezeichnung „Sklave“ oder „Captif“ (Höriger) in den offiziellen Dokumenten zu untersagen. So ordnete der erste Zivilgouverneur der Kolonie Tschad im Jahre 1922 an, das

⁹⁷² Vgl. für die Zentralsahara *J. Clauzel*, *Évolution de la vie économique et des structures sociales du pays nomade du Mali, de la conquête à l'autonomie interne*, in: *Tiers-Monde*, III, 9–10, Januar–Juni 1962, S. 283–312.

⁹⁷³ *Pater Tisserant*, *Ce que j'ai connu de l'esclavage en Oubangui-Chari*, Paris 1955, S. 56.

Wort durch... Unfreier zu ersetzen. Andernorts zog man die beschönigende Bezeichnung „Diener“ vor. Das Hörigenverhältnis blieb bis in die ältesten städtischen Zentren hinein erhalten und sogar, Gipfel der Ironie, in Libreville („Stadt der Freien“) ... Nur das Wort wird untersagt: man versteckt die wirklichen Beziehungen unter den Ausdrücken von „Vater“ und „Sohn“.⁹⁷⁴ Die Perioden des Hungers und vor allem das allgemein verbreitete Elend im Gefolge der Weltwirtschaftskrise geben der tatsächlichen Sklaverei in der überall, im Futa Djalón⁹⁷⁵, in Sudan⁹⁷⁶ und selbst in den ökonomisch fortgeschrittenen Gebieten wie in Unterdahomey⁹⁷⁷, bezeugten Form der Schuldverpfändung von Kindern eine neue Entwicklung. Im Falle der Not werden zum Beispiel Familienmitglieder oder zum Hausstand zählende Hörige schuldverpfändet. Übrigens beginnt die Einrichtung der Hörigkeit sich zu wandeln. In Französisch-Westafrika haben sich zahlreiche Hörige (Captifs), die in den Städten ansässig sind, im Handel oder Handwerk verhältnismäßig bereichert. Ihre früheren Herren besaßen kaum noch Möglichkeiten, auf sie einzuwirken, und es kam sogar vor, daß der objektive Inhalt der Beziehungen einer Umkehrung unterlag. Der Hörige leistete seinem Herrn keine vermögensmäßige Abgabe mehr, zögerte jedoch nicht, sich bei diesem auf die traditionellen Bindungen zu berufen, um ihm zu Gelegenheiten, da der Brauch das Vorgehen heiligte, Hilfe oder Geschenke abzapressen, die der heruntergekommene Herr ihm aus Stolz nicht abzuschlagen wagte. Lange Zeit legten die Adligen oder Besitzer von Unfreien wenig Wert darauf, ihre Söhne (praktisch als Geiseln) den Franzosen in die Schule zu schicken, sondern bedienten sich dazu junger Höriger. Nachdem diese dann Dolmetscher, untere Beamte oder Lehrer geworden waren, bestand die Möglichkeit, dem alten Stand zu entinnen und sogar den Vorrang vor ihren früheren Herren einzunehmen, ohne daß deshalb die traditionellen Vorurteile ihnen gegenüber erloschen. Während des Krieges entstammten drei Viertel der Rekruten, die der Armee gestellt wurden, dem Hörigenstand. Auch weiterhin stellten sie den Hauptteil der für das Militär Rekrutierten. Moralisch emanzipiert durch ihren Übersee-Aufenthalt, geldliche Zuwendungen, Sold- oder Pensionersersparnisse in der Tasche, ordengeschmückt oder von dem Nimbus des alten Kriegsteilnehmers

⁹⁷⁴ Bartel-Noirot, Au Gabon, in: A.F., R.C., 1930, Nr 3, S. 152.

⁹⁷⁵ Vgl. G. Vieillard, Notes sur les Peuls de Fouta-Djalón, a. a. O.

⁹⁷⁶ H. Ortolí, Le gage des personnes au Soudan français, in: Bull. I.F.A.N., Nr 1, 1939, S. 313–324: „Die Personenverpfändung existiert in der gesamten sudanesischen Zone und in der Übergangszone zwischen Savanne und Wald“.

⁹⁷⁷ *Le Courrier du Bénin*, 1. September 1934.

umgeben, ertrugen sie nach der Rückkehr ins Dorf nur schwer ihre ursprüngliche gesellschaftliche Lage.

Ganz wie die Einrichtung der Hörigkeit unterlag auch die patriarchalische Dorfgemeinde der Entwicklung. In den von der Tauschhandelswirtschaft am meisten berührten Gebieten zerbröckelt die alte afrikanische patriarchalische Dorfgemeinde. Ohne daß das Brauchtum und Gewohnheitsrecht schon das Privateigentum am Boden in seiner bourgeoisen Bedeutung übernehmen, beobachtet man das Entstehen von Rechtsbräuchen, die dazu überleiten. In Futa Toro scheint es, daß das Gemeineigentum der patriarchalischen Familie in dem alljährlich vom Senegal überfluteten und als besonders fruchtbar geschätzten Gebiet seit dem Beginn des 19. Jh. zugunsten des Familieneigentums des Haushaltungsvorstandes in Wegfall gekommen ist. Wahrscheinlich hat dabei der frühzeitige Einfluß des Tauschhandels in diesen Gebieten seine Rolle gespielt. Diese Veränderung wurde durch Bezugnahme auf die Normen des mohammedanischen Rechts unter der theokratischen Herrschaft der Almamis konsolidiert und sanktioniert. Die Weitergabe des Erbteils an die Söhne bei gleicher Teilung unter den männlichen Erben besiegelte gleichzeitig mit der Beseitigung des Kollektiveigentums am Boden die Zerstückelung des Landbesitzes. Die Erstarrung des Handels gewisser Landesteile, was die direkte Folge der Verlagerung der Handelswege entsprechend dem Verlauf der Eisenbahn war, wirkte in die gleiche Richtung wie diese Zerstückelung des Landbesitzes: die Produktion wurde gehemmt und das Elend als Ursache der Auswanderung begann sich einzunisten.⁹⁷⁸ In Unterdahomey scheint der kollektive patriarchalische Landbesitz hauptsächlich zwischen 1920 und 1940 verschwunden zu sein. Beim Tode des Häuptlings der Großfamilie wurde der Landbesitz unter die erbenden Familienhäuptlinge aufgeteilt, manchmal verkauft. Die Bevölkerungsdichte im Verhältnis zur bebauten Ackerfläche (im Gebiet von Porto Novo im Durchschnitt 1–6 ha für eine Familiengruppe von 10 bis 15 Personen) trug zur Durchsetzung des Individualeigentums am Land bei, führte jedoch auch zu einer Zerstückelung des Landbesitzes, die ein Hindernis für die Unterhaltung und Erneuerung des Palmenhaines darstellte. Manchmal kommt es zur Konzentration von Landbesitz, denn es gibt Besitztümer, die nach Hunderten von Hektaren rechnen; aber diese Erscheinung ist nicht allgemein.⁹⁷⁹ Man muß bemerken, daß dort, wo

⁹⁷⁸ Y. Gueye, *Essai sur les causes et les conséquences de la micro-propriété au Fouta-Toro*, in: Bull. I.F.A.N., XIX, Reihe B, Nr 1–2, 1957, S. 28–42.

⁹⁷⁹ G. Brasseur, *La palmeraie de Porto-Novo*, in: Mémoires de l'I.F.A.N., Nr. 32, Dakar 1953, S. 49 ff.

großer Landbesitz in den Händen von Afrikanern liegt, der Besitzer fast immer auch das Verwaltungsamt des Häuptlings inne hat, da nur dieses Amt die Möglichkeit verschafft, die notwendige (kostenlose) Arbeitskraft zur Bewirtschaftung zu beschaffen. Die Kantonhäuptlinge sind wenig zahlreich, weshalb diese Erscheinung ein Ausnahmefall ist. In den Gebieten mit einjährigen Kulturen wechseln die „Felder des Häuptlings“ und beruhen nur auf dem Gewohnheitsrecht. Die Verfestigung zum Privateigentum tritt als Tendenz nur in Gebieten der Pflanzungswirtschaft (Küstenzone von Guinea, Waldland der Elfenbeinküste, Unterdahomey) deutlich hervor. Im allgemeinen bildet das Agrarsystem ein Hindernis für das Entstehen des individuellen Landbesitzes, der fast nur in den städtischen und vorstädtischen Siedlungszonen oder den dichtbevölkerten Gebieten, wie Unterdahomey, hervortritt. Während die Hypothek bei dem Fehlen eines eigentlichen Privateigentümerrechts am Boden nicht möglich ist, kommt dennoch die Verpfändung des Nutznießungsrechtes auf, freilich nicht für die Gebiete mit langwährender Brache, wo die Pacht illusorisch wäre, wohl aber für die fruchtbaren und gedüngten Ländereien, die in intensiver oder halbintensiver Anbauweise in der Umgebung der Dörfer zu finden sind. Der Darlehnsgeber erhält das Feld zur Nutznießung bis zur Abstattung der Schuld. Nötigenfalls muß die Einnahme aus dem Feld die Schuld amortisieren und die Schuldzinsen decken. Beispiele dafür liegen besonders in Senegal vor.

Auf der anderen Seite blieben die von der Kolonialverwaltung in Masina, dem Futa Djalon und anderwärts unternommenen Versuche, die altafrikanische Sklaverei bzw. Hörigkeit in Großgrundbesitz mit „Halbpacht“ zu überführen, anscheinend ohne jeden Erfolg, abgesehen von der Ersetzung einer als „anstoßig“ empfundenen Terminologie durch eine andere. Was die Häuptlingschaft betraf, so bezogen sich ihre „Rechte“ auch weiterhin mehr auf die Menschen und deren Arbeitsprodukte als auf ein abstraktes „Grundeigentum“, das auch dem Namen nach der afrikanischen Wirklichkeit meistens fremd war.

c) Das Heiratsproblem: Brautpreis und Polygamie

Dieses Problem bleibt wohl im Mittelpunkt der afrikanischen Sorgen. Dabei ist es kein neues Problem; seine alten Grundlagen habe ich bereits dargelegt, und ich werde das nicht wiederholen. Bis auf sehr seltene Ausnahmen bedingt die Heirat die Leistung des (unpassenderweise so bezeichneten) „Brautpreises“ an die Eltern des Mädchens. Er kann aus Naturalien,

Geld oder Arbeitsleistungen bestehen und darf im allgemeinen in aufeinanderfolgenden Fristen (vor oder nach der Heirat) bezahlt werden. Dazu kommen die den Heiratsvermittlern und nahen Verwandten der Familie der Geheirateten zu leistenden Geschenke, die Kosten der Hochzeitsfeier usw. Haben die Folgen des Kolonialsystems und eigens die Entwicklung der geldwirtschaftlichen Verhältnisse ein Steigen des Brautpreises zur Folge gehabt? Mgr. Le Roy, Generalsuperior der Ordensgesellschaft vom Heiligen Geist, zögert nicht, diese Frage zu bejahen: „Vor der europäischen Besetzung bildeten die einheimischen Rechtsbräuche eine stützende Grundlage, die, wenn sie auch zweifellos unvollkommen war, ausreichte... Die Eltern übernahmen die Sorge, die jungen Leute zu verheiraten, die sich so einen eigenen Hausstand gründen konnten. Der „Brautpreis“, welchen der Ehemann an die Familie der Frau zu zahlen hatte, war erschwinglich. Der Ehebruch wurde streng bestraft. Das eheliche Band hatte eine gewisse Festigkeit, und es waren zahlreiche Kinder vorhanden. Die europäische Invasion hat das alles verändert. Einerseits, sagt Mgr. Tardy, ist die Begehrlichkeit der Eltern unter dem Einfluß des europäischen Handels beträchtlich gewachsen. Die Frau, das junge unverheiratete Mädchen, ja das ganz kleine Mädchen, erhielten einen Wert, der mehr und mehr wuchs. Andererseits gehört der Reichtum der Eingeborenengesellschaft einzig den Alten, und daher gehören in Wirklichkeit einigen Alten sämtliche Frauen...“⁹⁸⁰ Aus diesen Verhältnissen ergibt sich die zwangsweise Ehelosigkeit für zahlreiche junge Leute und Erwachsene mit all den Verwirrungen, die dabei zu erwarten sind, während gleichzeitig junge unverheiratete Mädchen siechen, kranken, bettnässenden Greisen zugeführt und dadurch zur Unfruchtbarkeit verurteilt werden. Diese Tatsache steht also fest. Aber ist das Steigen des Brautpreises im Verlauf der ersten Hälfte des 20. Jh. erfolgt? Eine klare Antwort hierzu ist schwerer möglich. Eine 1910 in Guinea durchgeführte Untersuchung gibt den durchschnittlichen Satz des Brautpreises mit 180 Goldfranken an, wobei in Oberguinea und im Waldgebiet Guineas der Brautpreis gelegentlich 2000 Franken erreichen konnte. In Faranah entspricht der Satz des Brautpreises in Höhe von 180 Franken der Summe, die für zwei Hörige bezahlt wurde.⁹⁸¹ Es ist klar, daß die Mehrheit der Bauern dieses Gebietes (die sich ja dennoch verheirateten) nicht über eine solche Summe verfügte. Deshalb fragt man

⁹⁸⁰ M. Delafosse und Poutrin, *Enquête coloniale*... Paris 1930. Vorwort Mgr. Le Roy, Erzbischof von Karien, S. V und VI.

⁹⁸¹ Delafosse und Poutrin, *Enquête coloniale*... Paris 1930.

sich, welche gesellschaftlichen Kategorien in diese Befragung einbezogen worden sind. Auf jeden Fall läßt sich aus der Umrechnung dieser Preise in heutige Franken nicht entnehmen, daß der Brautpreis heute höher ist als damals. Eher wäre das Gegenteil der Fall. Auf der anderen Seite ist es gewiß, daß die schnelle Bereicherung verschiedener Einzelpersonen, besonders in der der Spekulation günstigen Zeit der Jahre 1945–47, in den Städten eine an Versteigerung erinnernde Überbietung der Brautpreise zur Folge gehabt haben kann. Man hat für Duala in jener Zeit Brautpreissummen von 100 000 C.F.A.–Franken zuzüglich eines amerikanischen Lastautos erwähnt⁹⁸² bzw. für Dakar Brautpreise in Höhe von 1 Million C.F.A.–Franken. Aber diese Beispiele sind nicht zu verallgemeinern. Sicher erscheint nur, daß die Schwierigkeiten für die jungen Männer, den Brautpreis zusammenzubekommen und zu heiraten, mit dem allgemeinen Elend gewachsen sind. In alter Zeit fiel die Regelung des Brautpreises dem Oberhaupt der patriarchalischen Familie als Aufgabe zu. Die im Rahmen der Großfamilie angesammelten Vorräte dienten neben anderen Zwecken auch dazu. Das Verschwinden dieser Reserven, die Schwächung der patriarchalischen Familiensolidarität ließen den jungen Mann auf seine eigenen Mittel angewiesen sein. Er sieht sich gezwungen, in die Städte, in die Länder mit Erdnußanbau oder Plantagen, ja sogar in benachbarte fremde Gebiete auszuwandern und den Versuch zu machen, die notwendige Summe zusammenzubekommen. Der Greis als Oberhaupt der Familie benutzt dagegen das von ihm verwaltete Vermögen einschließlich des Arbeitsertrages der jungen Männer, die seiner Autorität unterstehen, zum Erwerb zusätzlicher Frauen für sich selbst. Zwischen den jungen Männern, die so zur Ehelosigkeit gezwungen werden, und den polygam lebenden Greisen kommt es so zu wachsenden Spannungen. Die Mehrzahl der inneren Konflikte der afrikanischen Gesellschaft sind eine Widerspiegelung dieser Spannungen und ihrer Folgen, zu denen die gedrückte Lage der Frau und ihre fehlende Freiheit in der Gattenwahl gehören. Verhandlungen über Ehebruch, Ehescheidung, über Streitigkeiten in Fragen des Brautpreises, machen wahrscheinlich drei Viertel der bei den unteren Gerichten („Eingeborenentribunale“ der ersten Stufe) anhängig gemachten Rechtsstreitigkeiten aus. Die Kolonialbehörden erwiesen sich als unfähig, für diese Situation auch nur die geringste Abhilfe zu schaffen. Ohnehin war der vorhandene Zustand, dessen gesellschaftliche Ursachen ja unverändert blieben, nicht von oben herab durch irgendein Gesetz

⁹⁸² J. R. Owono Nkoudou, Le problème du mariage dotal au Cameroun français, in: Études camerounaises, Nr 39–40, März–Juli 1953, S. 41–83.

oder einen Erlaß zu modifizieren. In Kamerun zählt man von 1922 bis 1945 nicht weniger als 11 Erlasse und Dekrete, die sich mit der Festsetzung des Brautpreises beschäftigen. Sie blieben praktisch ohne Wirkung; das trifft auch auf das „Dekret Mandel“ von 1939 zu, in dem das Prinzip der freien Zustimmung zur Eheschließung formuliert war. Dasselbe gilt auch von der Tätigkeit örtlicher Gruppen, wie der 1938 in St. Louis gegründeten „Mohammedanischen Bruderschaft“. Diese Bruderschaft lehnte sich gegen die hochgegriffenen „Warougards“⁹⁸³ auf und trachtete im Namen des Islams nach ihrem Verbot als heidnischem Rechtsbrauch. Fühlbarer – weil über Autoritätsmittel verfügend – erweist sich in verschiedenen Gebieten das Bestreben der Missionen, die Monogamie vorzuschreiben, aber sie bürgert sich nur bei kleinen Leuten ein, von denen zweifellos eine große Zahl nicht über die Mittel verfügen würde, in Polygamie zu leben. Bei Häuptlingen und Reichen ist ein Erfolg dieser Bemühungen der Missionen in viel geringerem Maß nachzuweisen.

2. *Das politische Leben*

Wir lassen hier die politischen Vorgänge in den Kreisen der französischen Kolonialinteressen in Frankreich und in den Kolonien beiseite, da diese Vorgänge mehr der Geschichte Frankreichs als der Geschichte Afrikas angehören. Die Kolonialherrschaft beschränkte für die Afrikaner die Möglichkeiten des politischen Auftretens, und die Quellen der Kolonialzeit sind diesbezüglich sehr zurückhaltend, wenn nicht stumm. Dennoch kann man in dreierlei Hinsicht Äußerungen des politischen Lebens konstatieren. Es sind einmal bewaffnete Widerstände, die eine Fortsetzung derjenigen aus der Zeit der kolonialen Besitzergreifung darstellen. Sie sind am Ende jeweils zum Scheitern verurteilt und flammen daher fast nur in solchen Gebieten auf, wo diese koloniale Besetzung erst spät oder im ungenügenden Maße erfolgt war. Zum anderen handelt es sich um religiöse Bewegungen, die zum Teil in weltlicher Form, zum Teil in einer mystischen Form bestrebt sind, der Bevölkerung – den Opfern der Störung des gesellschaftlichen Gleichgewichtes – einen Ausweg zu weisen oder wenigstens eine Tröstung zu vermitteln. Schließlich ist es der moderne politische Kampf,

⁹⁸³ *Warougard*: Ein Geldbetrag, der über den Brautpreis hinaus an die Eltern der Geheirateten, an die Griots, usw. verteilt wird.

dessen erste Organisationsformen in der sich stellenweise herausbildenden Arbeiterklasse und unter den „Évolués“ festzustellen sind, wenn die kolonialherrschaftliche Willkür diese Anfänge auch noch zu unterdrücken versteht.

a) Die letzten bewaffneten Widerstände

In Französisch-Westafrika, Togo und Kamerun sind sie kaum mehr als der letzte Widerhall der „Pazifizierung“. Es sind Unterdrückungsfeldzüge gegen Bevölkerungen, die bis dahin mehr oder weniger am Rande der kolonialen Wirksamkeit geblieben waren. Sie richten sich meistens gegen die Bevölkerungen „ohne Staat“ und praktisch ohne Häuptlingstum, bei denen die Kolonialverwaltung die größten Schwierigkeiten verspürt, eine künstliche Häuptlingschaft als Verwaltungseinheit aufzuzwingen und Steuern, Fronarbeiten und Rekruten zu erlangen. Keinerlei Tradition macht diese Völkerschaften geneigt, die französische Herrschaft anzuerkennen. So liegt der Fall bei den Polizeifeldzügen, die 1928 und 1929 im Lande der Lobi im Norden von Bouna stattfinden. Das Ergebnis dieser Feldzüge ist die Unterwerfung des südlichen Teils des Kreises von Gaoua, in den sich die letzten unabhängigen Teile der Lobi geflüchtet hatten. Das unabhängige Dorf Domatéon wird eingenommen und zerstört. Dieser Art sind die gegen die Konkomba in Nordtogo wegen der Verweigerung der Steuern geführten Feldzüge. Von Februar bis März 1923 werden sie von Leutnant Labadie und von 1935 bis 1936 von Leutnant Massu⁹⁸⁴, der ihre Strophanthuspflanzungen⁹⁸⁵ zerstört und drei Tonnen Pfeile erbeutet, bekriegt. Anderer Art sind die Feldzüge in Mauretanien, dessen Unterwerfung noch nicht abgeschlossen war. Am 26. März 1924 wird Port-Etienne angegriffen, und 1925 stößt eine streifende Abteilung aus Seguiet El Hamra scharf mit französischen Truppen zusammen. In diesem Gefecht von Treyfia (2.–5. April) fällt Hauptmann de Girval. Die von Panik ergriffenen Behörden sehen bereits den gefürchteten Sohn von Ma-El-Aïnin, El Hiba, der sich 1912 Marakeschs bemächtigt und sich zum Sultan von Marokko erklärt hatte, vor den Toren von St. Louis: „Man hat die ‚Schubladenbestände‘ der Garnison zusammengekratzt . . . Das Ergebnis war unheilvoll: die ausgesandte Abteilung wurde in der Wüste vor Atar von einem Sandsturm

⁹⁸⁴ Es handelt sich um den zukünftigen General, der sich dort seine ersten Sporen auf dem Gebiet der kolonialen Unterdrückung verdiente.

⁹⁸⁵ Pflanzen, die zur Zubereitung des Pfeilgiftes verwendet werden.

überrascht und verlor einen beträchtlichen Teil ihres Mannschaftsbestandes.“⁹⁸⁶ 1927 richtet sich ein feindlicher Streifzug gegen die Faktoreien von Port-Etienne (13. Juni), und es kommt zur Plünderung eines Lagers 130 km nördlich von St. Louis. Dadurch breitet sich erneut blinde Furcht im Hauptort von Senegal aus. Die Jahre 1931 bis 1933 stehen im Zeichen der letzten großen Angriffe der Regueibat, deren Gebiete in Rio de Oro liegen: zu erwähnen ist der Angriff auf das Feldlager des Nomadenheers des Adrar (August 1931), dem Unterdrückungsfeldzüge gegen die Regueibat und gegen die Überläufer aus der französischen Armee, die sich ihnen angeschlossen hatten, folgten. Der Emir von Adrar, Ahmedould Aïda, dessen Haltung den französischen Behörden verdächtig erschienen war, fällt bei dieser Gelegenheit (März 1932). Die französischen Truppen erleiden bei Moutounsi, wo das Feldlager des Nomadenheers (Goum) des Trarza vernichtet wird, eine schwere Niederlage (18. August 1932). Darauf beginnen großräumige Kriegszüge: eine Strafexpedition vom Januar 1933, die zur Unterwerfung der Regueibat führt, und die Strafexpedition Aubinière von 1934 nach Rio de Oro, die spanische und französische Proteste hervorruft, da einige Untertanen der Kolonialverwaltung irrtümlich belästigt und geplündert worden waren. 1934 besetzen die von Nordafrika gekommenen motorisierten Truppen des Generals Giraud Tinduf, und am 7. April 1935 wird die erste Luftverbindung zwischen Französisch-Westafrika und Marokko eröffnet. Sie wird endgültig 1936 unter der Aufsicht eines Militärkommandos für die saharischen Grenzgebiete eingerichtet.

Den Widerstandsbewegungen des ersten Typs läßt sich in gewisser Beziehung der große Aufstand Kongos und Ubangis der Jahre 1928 bis 1931 an die Seite stellen. Aber durch seine Ausdehnung und vor allen Dingen durch seine internationalen Rückwirkungen stellt er die ersteren in den Schatten. Das Gebiet an der oberen Sangha, Brennpunkt des Kampfes, war seit Brazza das Ziel vieler ständig aufeinanderfolgender Unterdrückungsexpeditionen gewesen. Zu keiner Zeit hatte die Kolonialverwaltung genügend starke Truppen in dieses Gebiet holen können, um es vollständig zu besetzen. Die wenig erforschten Grenzgebiete Kameruns waren niemals vollständig durchdrungen worden, und ihre Bevölkerung hatte den ersten Weltkrieg zur Befreiung von der Kolonialherrschaft genutzt. Der Charakter der Landschaft (Berge und Höhlen) erleichterte den Widerstand. Wie man sah, hatten 1919 und 1920 schwierige Feldzüge in diesem Gebiet statt-

⁹⁸⁶ A. Digu'en, *Notre Empire africain noir*, Paris 1928, S. 68.

gefunden, die sich gegen die Baya, die Pana und die Karé richteten. Das den Bewohnern dieser Gebiete Französisch-Äquatorialafrikas aufgezwungene Ausbeutungssystem wurde bereits wiederholt erwähnt. Durch die 1927 veröffentlichte „Reise an den Kongo“ André Gides kam es an die breite Öffentlichkeit. Das Buch enthielt Beobachtungen des Jahres 1926. Das von Pater Daigre entworfene Bild, das wir bereits wiedergegeben haben, bestätigt diese Beobachtungen vollkommen.

Die Dörfer sind verlassen: die Männer sind „im Kautschuk“, die Frauen, einschließlich der Schwangeren und Stillenden, sind „auf der Straße“. Die einen wie die anderen kampieren in witterungsdurchlässigen Hütten aus Astwerk. Die Kinder müssen ebenfalls arbeiten. Gide trifft eine Schar von ihnen, die, mit dem Strick um den Hals, mitten in der Nacht an einem Feuer aus Gräsern vor Kälte zittern. Sie sind auf sechs Tage ohne Lebensmittel fortgeführt worden, um „Fronarbeit für die Unkrautbeseitigung“ zu leisten. Gide schildert die traurigen Heldentaten des Verwaltungsbeamten von Boda (Lobaye-Gebiet): 1924 weigern sich die Baya dieses Gebietes, „im Kautschuk“ für die Waldnutzungsgesellschaft Sangha-Ubangi zu arbeiten, die das Kilogramm mit 1 Franken (anstelle des normalen Preises von 10 bis 12 Franken) bezahlt und darüber hinaus Manioklieferungen zu 1 Franken je 10 kg verlangt, während der Marktpreis für 10 kg bei 2,50 Franken liegt. Die Ergebnisse dieser Politik schildert er nach einem amtlichen Bericht wie folgt: „Herr Pascha meldet, daß er seine Unterdrückungsmaßnahmen bei den Baya in der Umgebung von Boda abgeschlossen hat. Er schätzt (seinem Eingeständnis nach) die Zahl der Getöteten auf eintausend jedes Alters und beider Geschlechter. Die Wachmänner und Partisanen⁹⁸⁷ waren gehalten, um ihre Kriegstaten nachzuweisen, dem ‚Kommandanten‘ Ohren und Geschlechtsteile der Opfer beizubringen. Die Dörfer wurden verbrannt, die Pflanzungen ausgerissen.“⁹⁸⁸ Andere „Heldentat“: während eines Angriffes gegen ein Dorf, das sich geweigert hatte, an einen anderen Ort verlegt zu werden und seine Anbauflächen aufzugeben, gibt es 32 Opfer: 12 Männer, die erschossen werden, 15 Frauen, die mit der Machete niedergemetzelt werden, und 5 Kinder, die in einer Hütte verbrannt werden.⁹⁸⁹ Als die Aushebungen für die große „Maschine“ (die Streckenbauplätze der Eisenbahn Kongo-Ozean) beginnen, bricht ein Aufstand der Verzweiflung aus. Die ersten Zwischenfälle ereignen sich in Lai (Kolonie

⁹⁸⁷ Irreguläre, die in den Unterdrückungsfeldzügen Verwendung finden.

⁹⁸⁸ A. Gide, *Voyage au Congo*, Paris 1927, S. 93.

⁹⁸⁹ Ebenda, S. 85–88.

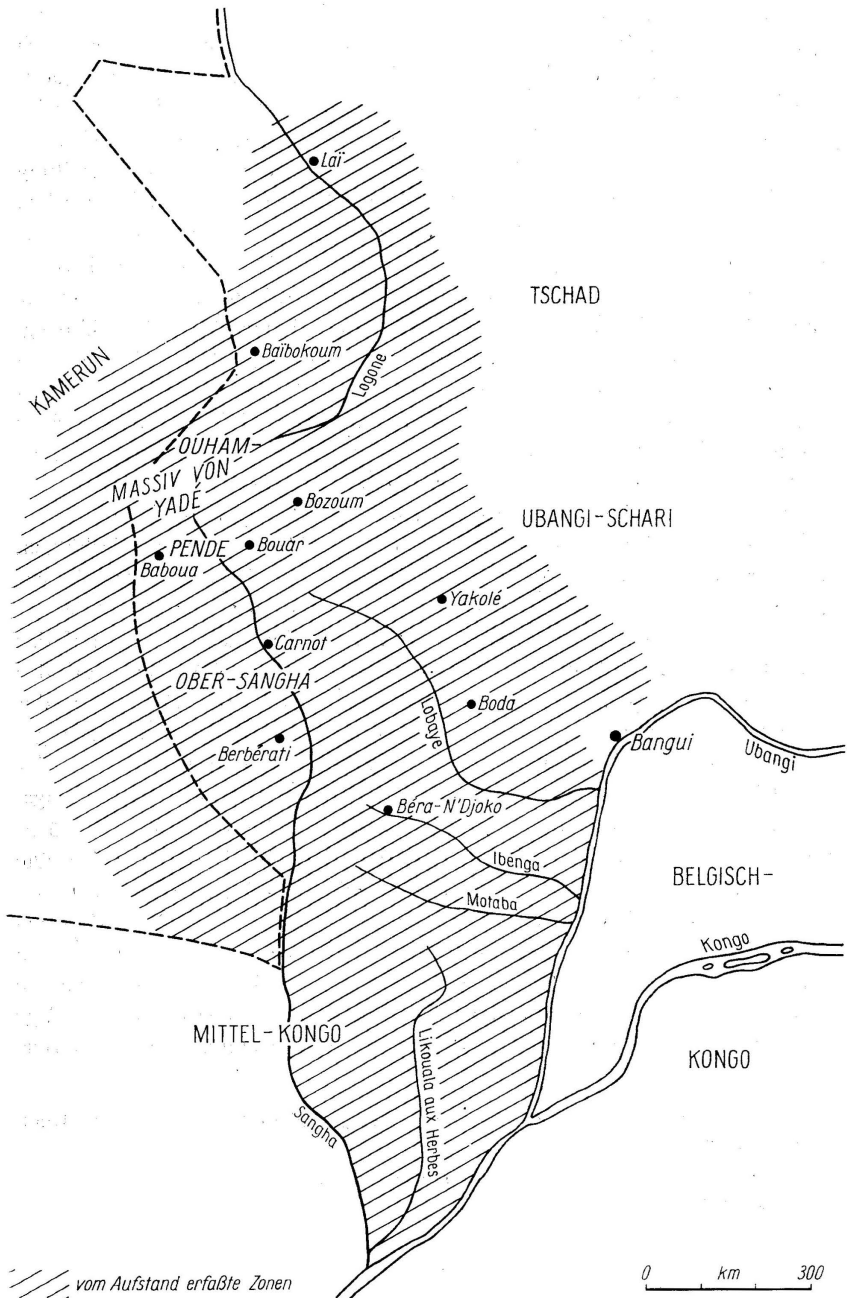


Abb. 24. Der Aufstand 1928-1930 in Französisch-Äquatorialafrika

Tschad) am Ende des Jahres 1927. Dann bricht der Aufstand im Jahre 1928 in dem Gebiet von Baboua los. Die Seele des Aufstandes ist nach den amtlichen Aktenstücken ein „Zauberer“ des Dorfes Nahing (oder Nahim), der den Namen Karinu⁹⁹⁰ führt. Es hat allerdings den Anschein, daß die für die Eisenbahnlinie Kongo-Ozean vorgenommenen Aushebungen von Arbeitskräften in einem Gebiet, in dem die Kolonialverwaltung über keinerlei Infrastruktur verfügte, als Anlaß des Aufstandes anzusehen sind. Die Unterbezirke von Baïbokum, Bouar und Baboua an der Grenze von Kamerun und Ubangi waren 1924 bis 1927 nicht mit Beamten besetzt. 1928 hatte ein Landwirtschaftsbeamter die Verwaltung des Unterbezirks Bouar-Baboua übernommen: die Ereignisse gingen über ihn hinweg. Der Aufstand organisierte sich im Rahmen der alten afrikanischen Gesellschaft. Kennzeichnend dafür waren das Wiederaufleben der alten Familienbündnisse, das Wiedererscheinen der Kriegshäuptlinge, wobei es sich um einfache Dörfer handelte, die in Friedenszeit der Kolonialverwaltung ganz unbekannt waren.⁹⁹¹ Aber Teile der „Évolués“ sind auf die Seite des Volkes übergegangen und nehmen an der Leitung der Erhebung teil: ein Unteroffizier der Maschinengewehrabteilung der Senegalschützen, der mit einem leichten Maschinengewehr und zwei Kästen Maschinengewehrpatronen aufgebrochen ist, und der Dolmetscher des Leiters des Unterbezirks von Berberati.⁹⁹² Die Erhebung dehnt sich so auch auf das Gebiet von Ouham-Pendé (Bouar), das zu Ubangi gehört, und auf das Gebiet Ober-Sangha, das zum Mittel-Kongo gehört, aus. Der Leiter der Station Carnot wird am 8. September in Balemba angegriffen, das geräumte Bouar wird von Karinu angezündet. Ende Oktober erleidet der Leiter des Unterbezirks von Baïbokum eine Niederlage, der Verwaltungsbeamte von Berberati muß sich verwundet in die Station von Boda flüchten. Ende November setzt sich unter dem Befehl des Generals Thiry eine Kolonne, bei der der Gouverneur von Ubangi, Lamblin, weilt, gegen Bouar in Marsch. Beim Vorbeimarsch empört sich das Dorf von Yakolé gegen die Kolonne, die dadurch in ein schweres Gefecht verwickelt wird. Am 11. November 1928 fällt Karinu im Laufe des Gefechts, das der Einnahme seines Dorfes vorhergeht: „Unglücklicherweise betrog uns der einige Tage später zufällig sich ereignende Tod des Leiters des Unterbezirks von Ber-

⁹⁹⁰ Hier liegt kein eigentlicher Personenname vor, sondern Karinu bedeutet „Landhauptling“.

⁹⁹¹ P. Kalck, *Réalités oubanguiennes*, Paris 1959, S. 48.

⁹⁹² M. Homet, *Congo, terre de souffrances*, Paris 1934.

berati um mehr als den moralischen Gewinn dieses Ereignisses.“⁹⁹³ In seiner Antrittsrede vor dem Regierungsrat (Conseil du gouvernement) erwähnt Generalgouverneur Antonetti schamhaft einen „ungeregelten“ „Zwischenfall“ in Baboua (Ober-Sangha), an der Grenze von Ubangi und Mittel-Kongo.⁹⁹⁴ In Wirklichkeit flammt der Aufstand nach dem Durchzug der Kolonnen erneut auf und breitet sich unaufhörlich aus, wobei er spontan die Taktik des Kleinkrieges annimmt. Aber der Generalgouverneur hat die Weisung ausgegeben, die Ereignisse zu verschweigen. Die Briefe der Beamten und Colons, die nach Frankreich befördert werden sollen, werden geöffnet und auf Anspielungen hinsichtlich der Revolte der Baya überprüft. Das Jahr 1929 steht im Zeichen einer Ausdehnung des Aufstandes wie nie zuvor: seit dem Beginn des Jahres hat er das ganze Gebiet zwischen Bangui und Carnot erfaßt. Eine Gegenoffensive von zwei Kolonnen läßt kaum ein Resultat erkennen, und vor dem Ende des Januar 1930 wird das Land nicht wieder unterworfen. Im gleichen Jahr schreiten in Kamerun zwei Kolonnen, die von „Partisanen“ (Irregulären) verstärkt werden und die der Sultan von Ngaundere, Reïboubou, gestellt hat, zu Unterdrückungsfeldzügen gegen das von Baya bevölkerte Grenzgebiet, wobei zahlreiche willkürliche Hinrichtungen die Spur dieser Kolonnen bezeichnen.⁹⁹⁵ Im März 1929 dehnt sich der Aufstand nach dem Süden in die Gebiete der Flüsse Ibenga und Motaba aus: Béra N'Djoko, das in der Vergangenheit schon so oft ein Widerstandsherd gewesen war, geht zu den Aufständischen über und wird sich erst am 24. Juni unterwerfen. Im Juni erhebt sich das weiter im Süden gelegene Gebiet am Fluß Likouala-aux-Herbes. Das Aufstandszentrum von Baboua wird erst im November kapitulieren. Im Norden hat sich der Aufstand bis zum Tschad (Gebiet von Koumra und Moïssala) ausgebreitet, wo von Februar bis März 1929 Unterdrückungsfeldzüge stattfinden. Im Oktober 1929 versichert der Generalgouverneur: „Seit fünf Jahren ist die Situation in keiner der vier Kolonien der Gruppe beruhigend gewesen. Die Angelegenheit mit den Baya ist übertrieben worden und hat sich nur auf Grund des Mangels an Mitteln zur Unterdrückung ausdehnen können. Die Abfallbewegung, die anfangs mit einigen wenigen Mitteln vollständig hätte unterdrückt werden können, läßt sich um so schwieriger

⁹⁹³ Les événements de la Haute-Sangha, in: A.F., 1929, Nr 2, S. 171–173. Das Journal officiel de l'A.E.F. erwähnt ohne Kommentar den Tod von (Louis-Charles) Leroux, befehlshabendem Kolonialbeamten, am 25. Dezember 1928 in Berberati.

⁹⁹⁴ *Journal officiel de l'A.E.F.*, 1. Dezember 1928, S. 1127–1128.

⁹⁹⁵ *La Dépêche africaine*, Nr 13, April 1929.

zum Stillstand bringen, als sie mehr Ausdehnung gewonnen hat, wie bei einem Deich, der sich, solange der Riß in ihm wenig bedeutend war, mit einer kleinen Ausbesserung wieder befestigen läßt, der jedoch von dem Augenblick an bedeutende Arbeiten verlangt, wo man der Lücke Zeit zur Vergrößerung gelassen hat.“⁹⁹⁶ Im Jahre 1930 wird noch in dem Gebiet von Bocaranga (Grenzgebiet von Ubangi, Kolonie Tschad und Kamerun) gekämpft.

Zeitlich parallel dazu erheben sich in Gabun die Bawandji-Völkerschaften des Gebiets von Lastoursville als Folge der Erpressungen von Arbeitsleistungen seitens der Wachmannschaften dieses Gebietes (1928/29). „Die Wachmannschaften suchen überall nach versteckten Gewehren und senken den Leuten die Füße an, um sie zum Geständnis zu bringen.“⁹⁹⁷ Der Häuptling Wango, der den Aufstand angeführt hatte, ergibt sich schließlich und stirbt im Verlauf seiner Überführung nach Libreville. Ich habe nicht feststellen können, ob dieser „Bawandji-Krieg“ mit dem Aufstand des Gebietes Ober-Sangha in Verbindung zu bringen ist bzw. ob er in Gabun selbst nur eine örtlich begrenzte Rolle gespielt oder sich auch über die Länder der Bawandji hinaus ausgedehnt hat. Immer lakonisch, führt der Generalgouverneur Antonetti in seiner Eröffnungsrede während der Sitzung des Conseil du gouvernement im November 1930 „Zwischenfälle“ in Gabun im Gebiet von Franceville⁹⁹⁸ auf und erklärt, daß die „Unruhen“ am oberen Sangha praktisch beendet und nur noch einige „Inseln“ des Aufstandes an der Grenze Kameruns vorhanden seien. So schlecht man über die Einzelheiten der Ereignisse unterrichtet war, die sich infolge der Verdunklungspolitik Antonettis sogar heute noch sehr schwer rekonstruieren lassen, die Informationen über die Bedeutung des Aufstandes sickerten an die Öffentlichkeit durch. Die schon durch die Enthüllungen von Gide und Albert Londres über die kongolesischen „Kolonisationsmethoden“ und die Streckenarbeitsplätze des Schienenstranges Kongo-Ozean aufgerüttelte Öffentlichkeit schaltet sich ein. Die Tatsache der Erhebung wird von der „Humanité“ am 19. Januar 1929 enthüllt. Am übernächsten Tag muß die Regierung Farbe bekennen. In der Presse, vor dem Parlament und durch

⁹⁹⁶ Rede auf der Sitzung des Regierungsrates von Französisch-Äquatorialafrika vom Oktober 1929, in: A.F., R.C., 1929, Nr 12, S. 695–696.

⁹⁹⁷ H. Deschamps, *Traditions orales et archives au Gabon*, Paris 1962, S. 57.

⁹⁹⁸ Das Journal officiel de l'A.E.F. zeigt am 24. August 1930 den Tod von Hauptmann Carrot und Leutnant Hutinel in der Nähe von Booué (Gabun) ohne Angabe der näheren Umstände und ohne daß sich entnehmen läßt, ob diese Todesfälle mit den Ereignissen in Verbindung stehen, an.

Versammlungen solidarisiert sich die Kommunistische Partei Frankreichs mit den Aufständischen und prangert die „blutige Kolonisation“ an, wobei sie erklärt, weshalb das französische Proletariat die aufständischen Schwarzen Französisch-Äquatorialafrikas unterstützen muß.⁹⁹⁹ In dieser Zeit war die Kommunistische Partei Frankreichs den wütendsten Verfolgungen ausgesetzt, so im Juni und Juli 1929. Damals wurden Maurice Thorez und die Mehrzahl der Mitglieder des Zentralkomitees inhaftiert, und die Partei war halb illegal. Die Kommunistische Internationale, die auf ihrem VI. Kongreß im Jahre 1928 für die kommunistischen Parteien der Kolonien besitzenden Länder sehr klare Grundsätze ausgesprochen hatte und verstärkte Solidaritätsaktionen für die Kolonialvölker und ganz besonders für diejenigen Zentralafrikas gefordert hatte, wird das durch die Haltung der KPF im Marokko-Krieg und „während des Aufstandes in Syrien und im französischen Kongo“ gegebene Beispiel besonders hervorheben.¹⁰⁰⁰ Die Internationale und ihre Organisationen widmeten der öffentlichen Aufklärung über die Ereignisse im Kongo die allergrößte Aufmerksamkeit und riefen zur internationalen Solidarität mit den Aufständischen auf. Georges Padmore schrieb damals, das Wissen von den Ereignissen zusammenfassend: „Die Erhebung hat mehrere wichtige Distrikte Französisch-Äquatorialafrikas erfaßt und mehr als vier Monate¹⁰⁰¹ andauert, in denen die Eingeborenen trotz ihrer unzureichenden Bewaffnung den französischen Truppen mehrere Niederlagen beibrachten, wobei sie einen großen Teil ihrer Infanterie gefangennahmen. Die Bergwerke wurden geplündert, die Brücken zerstört, ein großer Teil der Gebäude der französischen Konzessionsgesellschaften wurden mit Plünderung überzogen. Die Eingeborenen legten große Tapferkeit und einen militärischen Heldenmut an den Tag, den sogar die französische bürgerliche Presse trotz der Versuche, alle Informationen abzuwürgen, anerkennen mußte.“¹⁰⁰² Um die Unterdrückung zu organisieren, wurden Verstärkungen aus Französisch-Westafrika herangeschafft, besonders von dem Stützpunkt Zinder her (drei Schützenkompanien). Andererseits warb man, wie in der Vergangenheit, „Partisanen“ oder

⁹⁹⁹ Januar- und Februarnummern des Jahrgangs 1929 der *Humanité*.

¹⁰⁰⁰ „Die Arbeit der französischen Partei in den Kolonien“ (Abhandlung, angenommen vom Sekretariat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 16. Dezember 1929), in: *Cahiers du Bolchévisme*, 1930, Nr 4, S. 439–446.

¹⁰⁰¹ Vom November 1928 bis März 1929 erreicht die Bewegung ihre größte Ausbreitung.

¹⁰⁰² *G. Padmore, La Vie et les luttes des travailleurs nègres*, Paris, Petite bibliothèque de l'Internationale syndicale rouge, XXXVII, o. J.

„Hilfskrieger“ unter Anwendung der bereits beschriebenen Kriegsmethoden an: „Wohlbemerkt besaßen die ‚Hilfskrieger‘ das Recht, zu plündern . . . Aber es war nicht gesagt gewesen, daß sie junge Frauen vergewaltigen und junge Mädchen zum ungehinderten Verkauf an sudanesischen Händler hinwegführen sollten. Es war sehr wohl vereinbart worden, daß jeder Krieger, der einen Feind töten würde, Anrecht auf eine Geldzuwendung haben sollte, aber um diese zu erhalten, mußte er einen Beweis für sein Glanzstück beibringen. Man hatte allerdings nicht vorausgesehen, daß diese ‚Beweise‘, die noch blutend auf einem um die Lenden der Krieger geschlungenen Bindfaden aufgereiht waren, mit den besonderen Attributen des starken Geschlechts erbracht sein sollten.“¹⁰⁰³ Es gab sogar Fälle von Kannibalismus: „Zu Tausenden niederkartätscht, geraubt, verspeist, dezimiert, waren die Baya auf lange Sicht unterworfen . . . Die schöne Zeit der Zwangsarbeit war im Wiedererstehen.“¹⁰⁰⁴ So sah die Beendigung der „Befriedung“ Französisch-Äquatorialafrikas aus!

b) Die religiösen Bewegungen

Die Entwicklung der Beziehungen der Kaufmannswirtschaft und des Handelsverkehrs zieht den Niedergang und das Zurückweichen der althergebrachten animistischen Kulte, die hauptsächlich im Rahmen einer einzelnen Landschaft gegolten hatten, nach sich. Vor allem der Islam zieht hieraus Vorteile, da er diejenige Weltreligion ist, die auf die gesellschaftlichen Bedingungen Tropisch-Afrikas jener Zeit am besten vorbereitet ist. In diesem Sinn kann man sagen, daß die Kolonialherrschaft durch ihre indirekten Wirkungen und in sehr unfreiwilliger Weise die Ausbreitung des Islam begünstigte. Man kann bemerken, daß Gebiete wie das Sererland am Senegal, die Küstenzone Guineas, oder etwa das Bambaraland, die am Ende des letzten Jahrhunderts als überwiegend animistisch galten, am Ende der Kolonialzeit wenigstens an der Oberfläche, wenn nicht fast gänzlich, islamisiert sind. Diese Ausdehnung des Islam stellt sich andererseits auch als Tiefenwirkung dar: im Land der Wolof in Senegal oder im Mandingoland gehen die animistischen Überbleibsel, die zu Beginn der Kolonialzeit noch sehr kräftig waren, schnell ihrem Verfall entgegen, da die strenggläubigen Vertreter des Islam einen wütenden Kampf gegen sie führen. In einem geringeren Grade hat das Christentum aus diesem Zurückweichen des Animismus Vorteil gezogen; allerdings nur dort, wo es nicht der direkten

¹⁰⁰³ M. Homet, Congo, terre de souffrances, a. a. O., S. 38.

¹⁰⁰⁴ Ebenda, S. 4.

Konkurrenz des Islam ausgesetzt war. Dieser relative Mißerfolg – trotz der Überlegenheit der angewandten technischen Mittel und der halboffiziellen Stellung der Missionare unter der Kolonialherrschaft – ist, wie es scheint, nicht auf eigentliche Besonderheiten des Christentums zurückzuführen. Man hat eingewandt, das Christentum sei im Vergleich zur Einfachheit des Islam zu kompliziert gewesen, und gewisse Vorschriften – zum Beispiel die strenge Einehe – würden es unter afrikanischen Bedingungen schwer akzeptierbar machen. Dieses Argument ist sehr anfechtbar. Man könnte im Gegenteil geltend machen, daß die Umfassenheit der christlichen Glaubenslehre darauf zurückgeht, daß sie im Verhältnis zum Islam viel mehr mit heidnischen Überresten durchsetzt ist. Für die Animisten müßte das viel eher ein Element des Verstehens und der Annäherung an das Christentum sein. Darüber hinaus fehlt es dem Islam nicht an Glaubensvorschriften, die sich vielleicht noch schwerer einhalten lassen als die des Christentums. Man denke nur an die täglichen Gebete im Unterschied zur einfachen christlichen Sonntagsmesse oder an das Verbot alkoholischer Getränke. Unstreitig hat sich der Umstand, Religion des Kolonialherrn zu sein, gegen das Christentum ausgewirkt. Der beste Beweis sind die aufsehenerregenden Erfolge, die 1914 bis 1916 der liberianische anglikanische Prophet Harris in den Stationen der Küstengegenden der Elfenbeinküste davontrug. Es gab nämlich gegen 1910 an der Elfenbeinküste nur 400 Katholiken und ein paar Protestanten; diese letzteren waren von auswärts gekommen. In weniger als einem Jahr erzielte Harris nun 100 000 bis 120 000 Bekehrungen, die zu einem großen Teil endgültige Bekehrungen waren.¹⁰⁰⁵ Nach seiner Vertreibung werden sich die protestantischen Missionen mit einem sehr beschränkten Erfolg bemühen, von seiner Predigt wenigstens das „geistliche Erbe zu retten“.¹⁰⁰⁶

1926 und 1927 tritt ein anderer schwarzer christlicher Prophet, Bidjo Aké, auf und wird durch seinen Erfolg die Kolonialbehörden der Elfenbeinküste erneut in Unruhe versetzen.¹⁰⁰⁷ Neben diesen allgemeinen Grund-

¹⁰⁰⁵ Über den Harrismus: Zeugnis eines protestantischen Missionars in *J. Bianquis*, *Le prophète Harris . . . (1914–1924)*, in: *Foi et Vie*, Paris, 16. November und 1. Dezember 1924. Ausgezeichnete Gesamtdarstellung in *J. Rouch*, *Introduction à l'étude de la Communauté de Bregbo*, in: *Journal de la Société des Africainistes*, 1963, XXXIII, I, S. 129–200. Siehe auch *B. Holas*, *Le séparatisme religieux en Afrique Noire*, Paris 1965.

¹⁰⁰⁶ *Richard-Molard*, A.O.F., a. a. O., S. 165.

¹⁰⁰⁷ Vgl. *Carde*, Rede auf der Sitzung vom Dezember 1927 des Regierungsrates von Französisch-Westafrika, in: *A.F., R.C.*, 1928, Nr 1, S. 19–41.

lagen ist es vor allem interessant, die Entstehung und Entwicklung der schismatischen oder kirchlichen Erneuerungsbewegungen zu prüfen und ihre gesellschaftliche Bedeutung zu untersuchen. Sie sind eine „spontane“ Widerspiegelung der Entwicklung der afrikanischen Gesellschaft im Rahmen des Kolonialsystems, einer Entwicklung, die die althergebrachten gesellschaftlichen Bindungen auflöst, ohne einen Ersatz dafür zu bieten, die das Schicksal der Bevölkerung – vor allem der unterdrücktesten Schichten – erschwert, ohne ihr die geringste Aussicht auf Besserung zu eröffnen. Auf diese Weise erklärt man sich das Weiterbestehen und die Erneuerung von religiösen Bewegungen, die für die gesellschaftliche und moralische Krise wegen der Aussichtslosigkeit irdischer Lösungen einen mystischen Ausweg anbieten. Diese Bindung an die Mystik schließt allerdings – wie schon in der früheren Zeit angehörenden omarischen Tidjania – die Tendenz zu einer Anpassung der Religion an die weltlichen Verhältnisse, ja revolutionäre Bestrebungen, nicht aus.¹⁰⁰⁸

Von den mohammedanischen Bewegungen verdienen der Muridismus und der Hamallismus eine besondere Erwähnung. Im Muridismus, der älteren der beiden Bewegungen, ist die weltliche Bindung am auffallendsten, womit nicht gesagt sein soll, daß die Mystik in ihm keine Rolle spielt; sie dient seiner weltlichen Organisation vielmehr als Kitt. Wie alle mohammedanischen Erneuerungsbewegungen wurde er zunächst von der Kolonialverwaltung verfolgt, nachdem die von ihr ausgehaltenen orthodoxen Marabuts Alarm geschlagen hatten. Ahmadu Bamba, sein Gründer, wurde mehrmals deportiert.¹⁰⁰⁹ Zwanzig Jahre werden vergehen müssen – inzwischen ist die Verwaltung für mohammedanische Angelegenheiten gegründet worden –, damit die Kolonialverwaltung den Vorteil erkennt, der sich ihr durch diese Sekte anbietet, die das Kolonialsystem nicht in Frage stellt und im Land der Erdnüsse den seligmachenden Charakter des Bodenbaues verkündet . . . Schon vor dem ersten Weltkrieg schließt sie den Bund des Friedens mit den Muriden.¹⁰¹⁰ Das Land der Wolof ist und bleibt Basis des Muridismus. Weiter gegen Süden, der neugewonnenen

¹⁰⁰⁸ Siehe in anderer Beziehung: *J. Suret-Canale*, Schwarzafrika, Bd I, a. a. O., S. 138–141.

¹⁰⁰⁹ 1895–1902 nach Gabun, 1902–1907 nach Mauretanien.

¹⁰¹⁰ Nach dem Tode Ahmadu Bambas (1929) ziehen die Zerwürfnisse in seiner Familie für einige Mitglieder derselben Verfolgungen durch die Kolonialverwaltung nach sich. Sein Bruder, Scheich Anta, der ein erstes Mal zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wird, wird 1930 von der Kolonialverwaltung auf zehn Jahre in Segu interniert.

Anbauzone zugekehrt, entsteht die heilige Stadt Touba, der zuliebe sich die Kolonialverwaltung sogar bereitfinden wird, eine besondere Abzweigung der Eisenbahnlinie Dakar-Niger zu erbauen. Die Kolonialherrschaft, die in Senegal schon frühzeitig fest im Sattel saß, hat hier das System der direkten Verwaltung und die Beseitigung der großen Häuptlingstümer in drastischer Weise vorangetrieben. Die Herrschaft der „Tiédos“, der streitlustigen und für die Alkoholvorschriften des Islam wenig empfänglichen Adelsreiterei, fand mit ihrer Entwaffnung ein Ende. Die Herrschaft der Erdnuß und des Geldes hatte die Familiengemeinde zerrieben. In dieser gesellschaftlichen Krise bietet der Muridismus einen Notbehelf dar, ist er ein Kompromiß zwischen der Herrschaft der Erdnuß und den von ihr zerstörten gesellschaftlichen Bindungen, für die die zu materiell gewordene Welt keinen Ersatz hat. Der Muridismus zeigt sich nicht tyrannisch in ritueller oder moralischer Hinsicht. Es spielt bei ihm keine Rolle, ob man die für den Mohammedaner vorgeschriebene Zahl von Gebeten verrichtet hat oder nicht. In Übereinstimmung mit den Begriffen des mystischen Islam der Bruderschaften ist es das Scherflein göttlicher Macht, das der Begründer der Sekte und nach ihm seine Erben und die nacheifernden Marabuts direkt vom Propheten besitzen, das dem Gläubigen das Seelenheil verschafft. Unterwerfung und absoluter Gehorsam, die innerhalb der Bruderschaft gegenüber dem Oberhaupt und seinen Beauftragten verlangt werden, sind dafür die Hauptbedingung, wenn nicht gar einzige Bedingung. So erbaut die Gläubigkeit, der Glaube im vollen Sinne des Wortes, eine ganz vollkommene Hierarchie, eine tatsächliche gesellschaftliche Organisation, in deren Schoß übrigens der einfache Bauer den patriarchalischen Schutz wiederfinden wird, den die verschwundenen oder absterbenden gesellschaftlichen Bindungen ihm früher geboten hatten. Und da man sich im Jahrhundert der Erdnuß befindet und leben muß, wird man den Bauern aufrufen, die Erde zu bebauen und viel Erdnüsse zu erzeugen. Der Bauer wird dem mit göttlichen Kräften begnadeten Marabut als Oberhaupt seines Anbauabschnittes die Erdnüsse oder das aus dem Verkauf gewonnene Geld abliefern: im Austausch dafür wird er die für seinen Unterhalt notwendigen Lebensmittel empfangen. Der patriarchalische Kollektivismus, geheiligt durch ein religiöses Band, feiert hier in dieser Art Wiederauferstehung. Er verlangt hingabevolle Arbeit, gewährt aber auch die Garantie für das ewige Heil und für das vorläufige Weiterleben in einer kompliziert gearteten Welt.

Ganz wie die Tidjania Omars und in den Formen, die den neuen Zeitläufen angepaßt sind (nunmehr Bearbeitung des Bodens, aber nicht mehr

der heilige Krieg des Propheten), erscheint so der Muridismus als Ausweg für alle, die unter der gesellschaftlichen Krise zu leiden haben, besonders für die Unglücklichsten von ihnen: die Hörigen, die jungen Menschen und die Frauen. In der geschicktesten Weise wird er sich auf den unbebauten Flecken der neu zu erschließenden Ländereien etablieren: die Muriden werden ausgezeichnete Kulturpioniere für die Böden im Süden und Osten der Erdnußgebiete Senegals abgeben, die sie somit dem Bodenbau erschließen. Jedes der „Siedlungsquadrate“ der Muriden wird im Stil der althergebrachten patriarchalischen Familie um die Hütte des Marabuts und seiner Familie die seiner Talibé (Schüler) vereinigen. Letztere sind gewöhnlich 10 bis 20 Männer mit ihren Familien, die in der Hoffnung arbeiten, eines Tages ihrerseits die Verantwortung für ein Anbaugebiet zu übernehmen und in das „dikr“, den mystischen Weg der Muriden, eingeführt zu werden. In der Nähe des Marabuts leben auch Kinder, die man ihm anvertraut hat oder die sich ihm selber anvertraut haben. Unter strenger Disziplin erteilt er ihnen zwei Tage in der Woche Unterricht im Koran. In der übrigen Zeit beteiligen sie sich an den Feldarbeiten und gewinnen so ihren Unterhalt, denn beköstigt werden sie vom Marabut. Die selbständig siedelnden Familien haben für den Marabut ein besonderes Feld zu bestellen, und zwar in Form der Mittwochsarbeit. Die Kolonisationsdörfer der Muriden sind an ihrer geometrischen Form zu erkennen. Ihre Böden sind Gegenstand eines sorgfältigen Anbaus, der sehr hohe Erträge bringt, aber gleichzeitig den Boden geradezu zerstört: die Muriden sind dem Baum sehr abhold, und wo sie erscheinen, nimmt die Versteppung zu. Ein Beispiel typisch muridischer Siedlungsweise ist Darou Mousti (Dorf des Friedens) an den Grenzen von Kayor, Baol und den verstepten Bezirken des Ferlo. Der Bruder Ahmadu Bambas – Ibra Fati M'Backé – verläßt 1923 sein Dorf M'Backé in Kayor, um sich 20 km weiter auf den jungfräulichen Böden anzusiedeln. Mit 30 Talibés legt er einen Brunnen an und wird so vom Zufall begünstigt, daß er auf eine anscheinliche unterirdische Wasserader stößt, die fortwährend sehr reichlich Wasser gibt. In den folgenden Jahren lassen sich etwa 10 000 Einwanderer in dem Gebiet nieder und gründen zahlreiche Dörfer. Ibra Fati M'Backé hat die Unterstützung der Kolonialverwaltung und des Provinzhäuptlings von Louga, Macodou Sall, den die Franzosen zur Zeit der Eroberung eingesetzt hatten und der die Kantonhäuptlingschaften seiner „Provinz“ zugunsten seiner Brüder und Söhne in „Kolonien“ verwandelt hat. Ibra Fati ist ein „dissidierender“ Muride: seit dem Tode Ahmadu Bambas hat er mit dem in Baol residierenden Sohn und Nachfolger desselben gebrochen. Dieser letztere sucht den verwaltungsmäßigen „Anschluß“ von Darou

Mousti an den Kreis von Baol zu erreichen, und Macodou Sall widersetzt sich dem kräftig. In den letzten Jahren seines Lebens (Ibra Fati stirbt 1942) erlebt der Gründer noch den Niedergang von Darou Mousti: der Brunnen, der eine Tiefe von 185 m hat, beginnt zu versiegen, das schwarze Wasser, das man ihm entnimmt, wird je 25 Liter zu 15–20 Franken verkauft. Man verfällt auf verschiedene Auswege, auf Motorpumpen (aber die Motore sind bald außer Betrieb) und Lebensmittelversorgung durch Lastkraftwagen der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“. Die Bevölkerung beginnt nach neuen Zentren der Bodenerschließung abzuwandern.¹⁰¹¹

Diese Kolonisation ist nicht immer friedlich. Die besiedelten Länder werden, wenn auch wenig dicht, von Fulbehirten bewohnt. Als Folge von Zusammenstößen zwischen Fulbe und muridischen Bauern aus Baol, die sich im Jahre 1936 ereigneten, wird das Gericht angerufen, das den Fulbe, den rechtmäßigen Besitzern des Landes, recht gibt. Aber ungeachtet der Urteile des Gerichts in Diurbel gehen die Muriden im Juli 1937 in dem umstrittenen Kanton zur Offensive über, stecken die Fulbedörfer in Brand und treiben die Freveltat bis zur Umwerfung von Grabsteinen. „Der Exodus der Fulbe ist nicht verhindert worden. Die Justiz wurde im vorliegenden Fall von der Politik in Schach gehalten. Der Groß-Serinj war zweifellos zu einflußreich, als daß die lokale Verwaltung mit der unumgänglichen Festigkeit mit ihm gesprochen hätte.“¹⁰¹² Wie groß ist die Zahl der Muriden? Gegen 1945 gab es nach amtlichen Schätzungen 100 000 bis 150 000 Muriden. Zwischen dem ersten Weltkrieg und 1945 muß ihre Zahl ständig gewachsen sein.¹⁰¹³ Die Muriden produzierten ein Drittel der senegalesischen Erdnüsse. Die jährliche Pilgerfahrt nach der heiligen Stadt Touba führt Zehntausende von Eingeweihten des Muridismus zusammen, die unmittelbar dem „Groß-Serinj“, dem Oberhaupt der Sekte, ihre Geschenke darbringen.¹⁰¹⁴ Der jährliche „Umsatz“ des Groß-Serinj wird für 1945 auf 15 bis 20 Millionen Franken geschätzt.

¹⁰¹¹ In Darou-Mousti wird 1949 die erste Tiefenbohrung aus Mitteln des Fonds d'Investissements pour le Développement Économique et Social (F.I.D.E.S.) erfolgen, die das Wasser in mehr als 284 Metern Tiefe suchen mußte.

¹⁰¹² A.F., R.C., 1938, Nummern 8–9, S. 203.

¹⁰¹³ Im Jahre 1959 schätzt Abel Bourlon ihre Zahl auf 400 000 (*A. Bourlon, Actualité des Mourides et du Mouridisme*, in: *L'Afrique et l'Asie*, 46, 1959, S. 10–30).

¹⁰¹⁴ Das heißt dem hauptsächlichen Oberhaupt der Sekte, denn, wie wir sahen, waren aus den Mißhelligkeiten zwischen Verwandten und Erben Ahmadu Bambas Spaltungen entstanden.

An die Stelle der militärischen Feudalität der „Tiédos“ war – unbeabsichtigterweise – durch Kolonialsystem und Erdnuß eine religiöse Feudalität gesetzt worden. Neben den Muriden, aber ohne deren Vervollkommnung und Exaktheit der Organisation zu erreichen, spielten andere Bruderschaften, die sich von den althergebrachten islamischen Glaubensrichtungen (Tidjania bzw. Quadria) ableiteten, eine entsprechende Rolle: El Hadj Malick Sy in Tivaouane, El Hadj Ibrahima Nyasse in Kaolack sowie noch andere, allerdings von geringerer Bedeutung, wurden zu Rivalen des muridischen „Groß-Serinj“. Dieser Islam der Bruderschaften bleibt eine besondere senegalesische Erscheinung. Eine neue Strömung taucht nach dem ersten Weltkrieg mit dem Hamallismus auf. Er entsteht in Nioro-du-Sahel, in einem Gebiet, in dem die historischen Kämpfe Bevölkerungen verschiedener ethnischer Herkunft vermengt haben und wo der ökonomische Verfall das Elend und die sozialen Spannungen verschärft. In erster Linie Mystiker, ist Scheich Hamallah den weltlichen Dingen sehr abgeneigt; die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse sind der Entstehung einer nach dem Beispiel des Senegal organisierten Bruderschaft nicht günstig. Aber der Erfolg von Scheich Hamallah beraubt die im Solde der Kolonialverwaltung stehenden orthodoxen Marabuts ihres Zulaufs und ihrer Einnahmen. Sie werden sich keine Ruhe gönnen, ihn zu verfolgen und den Kolonialbehörden als einen gefährlichen Unruhestifter hinzustellen. „Bedenklicher noch, [als die Fortschritte auf Kosten anderer Bruderschaften], wo dem Hamallismus freie Hand blieb, wurde er zum Bringer der Gleichheit: in den Siedlungsgruppen den Lehnstämmen, in den Hütten und unter den Zelten den Hörigen, im Innern der Familien den Frauen und Jünglingen.“¹⁰¹⁵ Die von seinen Gegnern provozierten Zwischenfälle in Nioro (Juli 1923) und Kiffa (Juli 1924) veranlassen die Verwaltung, ihn für zehn Jahre in Mederdra zu internieren. Im Anschluß an eine neue Affäre (Kaédi, Februar 1930) läßt ihn Generalgouverneur Brévié nach der Elfenbeinküste deportieren, um ihn gänzlich aus seiner Einflußzone zu entfernen. Er wird 1935 in Freiheit gesetzt, und 1937 begünstigt die Kolonialverwaltung in der durch die Volksfront geschaffenen liberaleren Umgebung die Wiederaussöhnung mit seinen Rivalen. Wenn auch Scheich Hamallah und seine Parteigänger niemals ein politisches Oppositionsprogramm formuliert hatten (sie widersetzten sich nur der über sie verhängten Verfolgung), so war die Kolonialverwaltung doch entschlossen, ihn zu vernichten: Die Diktatur

¹⁰¹⁵ A. Gouilly, *L'Islam dans l'Afrique occidentale française*, Paris 1952. Für die eigentlichen religiösen Besonderheiten des Hamallismus, auf die wir hier nicht eingehen werden, kann man dieses Werk zu Rate ziehen.

Pétains bot dazu die Möglichkeit. Ein blutiger Zusammenstoß infolge des Streites um Weideplätze, in den seine Söhne verwickelt waren, ohne daß jedoch seine persönliche Verantwortlichkeit erweisbar gewesen wäre, wurde als Vorwand genommen. Dieser Affäre von Assaba (23. August 1940) fielen 400 Menschen zum Opfer; sie zog 30 sofort vollstreckte Todesurteile und 500 Internierungen in Ansongo nach sich, wo ein Drittel der Internierten bald an Krankheiten starb. „Da sich keinerlei positive Beschuldigungen aufrechterhalten ließen“¹⁰¹⁶ (gegen den Scheich), verfügte im Rahmen der Kolonialverwaltung Boisson mit Zustimmung Weygands (damals Generalgouverneur von Algerien) seine Internierung auf zehn Jahre in Nordafrika: er kam nach Cassaigne (Departement Oran). Als man seinen Aufenthalt auch in diesem Ort Algeriens für „gefährlich“ hält, wird er in das „Internierungszentrum“ (Konzentrationslager) von Vals-les-Bains geschickt. Der Arzt dieses Internierungszentrums traf am 28. August 1942 die Feststellung, daß „sein Gesundheitszustand, besonders nach Beginn der schlechten Jahreszeit, mit seinem längeren Aufenthalt in Vals unvereinbar“ war.¹⁰¹⁷ Ehe die Büros von Vichy Gelegenheit hatten, über seinen Fall zu befinden, mußte Scheich Hamallah in das Hospital Mont Luçon gebracht werden, wo er am 6. Januar 1943 an „Lungenembolie und Herzanfall“ verstarb. Der Hamallismus stellte viel eher eine religiöse Strömung als eine Bruderschaft dar. Es ist deshalb schwer, von einer bestimmten politischen Haltung bei ihm zu sprechen. Es verdient dennoch Beachtung, daß seine höchsten Vertreter im Sudan ihre Unterstützung der Demokratischen Vereinigung Afrikas (Rassemblement Démocratique Africain) in einer Zeit bekanntgaben, als diese dem härtesten kolonialistischen Druck ausgesetzt war (1946–1951).

Man kann den religiösen Bewegungen, die auf christlicher Inspiration beruhen, nicht viel Platz einräumen. Der „Kimbangismus“, der in Belgisch-Kongo entstand, berührte Französisch-Äquatorialafrika nur kurze Zeit und nur in dem von Bakongo bevölkerten Teil. Sein Gründer, Simon Kimbangu, gehörte dieser ethnischen Gruppe an. Er war Religionslehrer in einer englischen protestantischen Mission des Gebietes von Thysville und empfing seinen Missionsauftrag angeblich durch göttliche Offenbarung, die sich am 18. März 1921 ereignete. Unter den vom Weltkriege („Kriegsbeitrag“, Hinzuziehung der Bevölkerung zur Kolonne nach Kamerun) und der

¹⁰¹⁶ Runderlaß des Gouverneurs von Guinea vom 19. Juni 1945 mit dem Auszug eines Berichtes der Leitung der Sûreté nationale betreffend den Tod von Scheich Hamallah.

¹⁰¹⁷ Ebenda.

Krise von 1921 geschaffenen Verhältnissen hatte die neue Religion auf beiden Ufern des Kongo bemerkenswerte Erfolge. Jules Chomé hat das Martyrium von Simon Kimbangu geschildert, das durch die außerordentliche Erbitterung der katholischen Missionen über ihn verhängt wurde.¹⁰¹⁸ Die Unterdrückung erfolgte auch auf französischem Territorium. „Als die Kolonialverwaltung der Bewegung ein Ende zu setzen und ihre Kundgebungen zu untersagen versucht, brechen Unruhen aus. Im Mai 1921 wird der Verwaltungsbeamte von Boko in seiner Residenz belagert und muß die Hilfe der von Brazzaville gekommenen Truppe anrufen, um die Ordnung wiederherzustellen und die Gemüter zu beruhigen (sic!).“¹⁰¹⁹

Der Kimbangismus blieb in Belgisch-Kongo am Leben, scheint jedoch im französischen Gebiet seit 1924 erloschen zu sein.¹⁰²⁰ Der Matswanismus, der einen analogen politisch-religiösen Charakter aufweist, gehört nicht der Zeit an, die wir hier untersuchen, sondern er fällt zum größten Teil in die Nachkriegszeit nach dem zweiten Weltkrieg.¹⁰²¹ Es ist nicht ohne Belang, daß diese Entwicklung von politisch-religiösen Strömungen christlicher Inspiration in jenem Teil Afrikas zu beobachten ist, in dem der Schulunterricht am allerschwächsten entwickelt und, soweit er überhaupt bestand, den Missionen überlassen war. Daher ist es ganz natürlich, daß diese Strömungen ihre politischen Aspirationen durch den intellektuellen Vorstellungsbereich der Missionen – des einzigen, der ihnen offenstand –, d. h. mittels der Bibel und der christlichen Bräuche, auszudrücken suchten. Aber gerade dadurch (und das war, wie wir sehen werden, das Schicksal des Matswanismus) waren ihre Bewegungen dazu verurteilt, sich in religiöse Sekten zu verwandeln, den Sinn für politischen Realismus zu verlieren, um sich in messianische Hoffnungen zu flüchten und passiv der Intervention des Erlösers zu harren. Die gesellschaftliche Entwicklung findet ebenfalls ihre Auswirkungen auf der Stufe des alten Animismus oder der im wesentlichen aus ihm abgeleiteten Formen. Ein erstes Beispiel, das man anführen

¹⁰¹⁸ J. Chomé, *La Passion de Simon Kibangu*, Bruxelles, Amis de Présence africaine, 1959.

¹⁰¹⁹ J. M. Wagret, *Histoire et Sociologie politiques de la République du Congo* (Brazzaville), Paris 1963, S. 41.

¹⁰²⁰ Vgl. G. Balandier, *Naissance d'un mouvement politico-religieux chez les „Bakongo“ du Moyen-Congo* (III^e C.I.A.O., Ibadan 1949). Lagos, Nigerian Museum, 1956, S. 324–336.

¹⁰²¹ Auf die rein politische Rolle von Matswa wird weiter unten eingegangen werden. Die Religion, die sich auf ihn beruft, ist nach ihm und ohne seine Beabsichtigung entstanden.

kann, ist die Kultgemeinschaft des Bwiti bei den Pangwe Gabuns. Der Bwiti – bei den Mitsago (einer ethnischen Gruppe Zentralgabuns) beheimatet – war seinem Ursprung nach ein Männergeheimbund klassischen Typs. Zur Zeit des Sklavenhandels hatten aus Zentralgabun stammende Hörige ihn an der Küste eingeführt. Die Pangwe übernahmen ihn viel später (1920–27) und gestalteten ihn um. Das Glaubensbekenntnis ihrer Kultgemeinschaft ist ein Synkretismus, in dem sich ausländische Einflüsse widerspiegeln, unter anderem Anleihen bei der europäischen Freimaurerei und beim christlichen Ritual der Messe¹⁰²², in dem jedoch die afrikanische Grundsubstanz (Besessenheitsglaube, heilige Musikinstrumente, Gesänge und Liturgie in der Tsagosprache) überwiegt. Georges Balandier zeigt die Hintergründe für die Übernahme dieser Religion: der Bwiti entwickelt sich in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise, in der sich die Folgen des Krieges, die weitere Verbreitung des Geldes, die Schwächung der Clanbeziehungen, die schon in der alten Gesellschaftsstruktur wenig kräftig gewesen waren, auswirken.¹⁰²³ Die von der Kolonialverwaltung betriebenen „Umsiedlungen“ (Regroupements), die eine Niederlassung in leichter zu kontrollierenden künstlichen Dörfern erzwangen, ebenso wie die massenhaften Arbeiteraushebungen für die Holzeinschlagplätze in den Wäldern, tragen zur Vertiefung der gesellschaftlichen und moralischen Krise bei. Der Bwiti erscheint als ein Werkzeug zur Herstellung des Zusammenhangs jenseits der traditionellen Grenzen der Clans. In den Clans treffen die Jungen auf die Gewalt der Alten, der das Kolonialregime einen unterdrückenden Charakter zu verleihen sucht. Der „öffentliche“ Kult des Bwiti aber steht im Gegensatz zum Ahnenkult in seiner familialen und persönlichen Form: er steht jedermann ohne besondere Clanzugehörigkeit offen. Der ökonomische Aufschwung von 1925, der in Libreville in der Nachkriegszeit unter den Évolués entstandenen politischen Bewegung ein Ende setzt, gibt hingegen dem Bwiti neue Impulse. Die massenhaften Aushebungen von Arbeitskräften vergrößern die Zahl der dem Stammesleben Entrissenen und Entwurzelten, und aus diesen Kreisen bezieht der Bwiti Anhänger. Als ausweglose Rückwirkung (auf der Ebene menschlicher und mystischer Solidarität, aber ohne politische Ziele) sucht der Bwiti eine Stütze in der Erinnerung an die unverfälschten ländlichen Verhältnisse früherer Zeit. Sehr

¹⁰²² Nach P. Alexandre und J. Binet, *Le Groupe dit Pahouin*, Paris 1958.

¹⁰²³ G. Balandier, *Aspects de l'évolution sociale chez les Fang du Gabon*, in: *Cahiers internationaux de Sociologie*, IX, 1950, S. 76–106. Siehe ebenso A. Raponda-Walker und S. Sillans, *Rites et croyances des peuples du Gabon*, Paris 1962.

unterschiedlichen Eindruck machen gewisse Kultbräuche oder Kultzusammenschlüsse, die Menschenopfer oder Kannibalismus beinhalten und deren Betätigungsfeld insbesondere die Waldzone Guineas ist.¹⁰²⁴ Die anthropophagischen Kultzusammenschlüsse von „Panthermenschen“ oder „Schlangemenschen“ oder „Krokodilmenschen“ usw., die sich Geheimmorden hingeben und das Blut und Fleisch ihrer Opfer rituell verzehren, haben in fast ganz Afrika und in sehr vielen anderen Gegenden der Welt einmal bestanden.

Der Kannibalismus besteht hier (wie in fast allen Fällen) nicht zu Ernährungszwecken, wie naiverweise die ersten Forscher dachten, sondern aus ritueller und mystischer Bedeutung: sein Ziel ist eine Vereinigung mit den göttlichen Kräften durch die Aneignung der Lebenskräfte des Opfers. Er hat auf ähnlichen gesellschaftlichen Stufen bei zahlreichen Völkern existiert. Beweis dafür ist die Praxis des Abendmahls (oder der Kommunion), wo die Mitglieder der Sekte gemeinsam Fleisch und Blut des Gott-Menschen verzehren; kulturgeschichtlich stellt sie nur eine Vergeistigung der alten anthropophagischen Mahlzeit dar. In den ersten Jahren unseres Jahrhunderts erlebten diese Kultvereinigungen eine neue und furchtbare Entwicklung in Sierra Leone und Liberia, wo sie sich bis in die anglierte oder afro-amerikanische „kreolische“ Gesellschaftsschicht dieser zwei Länder ausdehnte. Ihre Praktiken haben einen neuen Charakter bekommen: das rituelle Festmahl ist auf die zweite Stelle gerückt oder verschwunden. Das Hauptziel des Menschenopfers ist die Unterhaltung (oder Erneuerung) eines Fetischgegenstandes oder einer bestimmten Anzahl von Fetischgegenständen, die in einem heiligen (äußerlich von einem gewöhnlichen nicht zu unterscheidenden) Fleischkochtopf aufbewahrt werden. Dieser Fetisch oder vielmehr das menschliche Blut oder Fett, mit dem er getränkt worden ist, sichert seinen Besitzern Kraft, Ansehen, Jugend. Damit seine Wirksamkeit nicht verlorengeht, ist in gewissen Zeitabständen eine Hinzufügung von menschlichem Blut, Fett oder von gewissen Fleischteilen notwendig. Unter dem Namen „kokosalei“ wurde dieser Fetisch im Tomaland und im Süden des Kissilandes zwischen 1920 und 1940 aus Liberia oder Sierra Leone übernommen. Seine Eingeweihten kamen ausschließlich aus den Kreisen des Häuptlingstums, die in ihm ein Mittel sahen, ihre Macht zu stärken und die über genügend Einfluß verfügten, um ihren Gebräuchen Straflosigkeit, außer bei zufälliger Entdeckung, zu sichern. Hier handelt es sich also um ein Wiederaufleben altafrikanischer Gebräuche unter der Wirkung des

¹⁰²⁴ Vgl. E. Rau, *Le jume et le sorcier*, in: *Annales africaines*, 1957, S. 305–320, und 1958, S. 179–206.

europäischen oder kolonialistischen Einflusses¹⁰²⁵, aber im Unterschied zum Bwiti ist er keine Widerspiegelung einer volksmäßigen religiösen Einstellung zu den veränderten Verhältnissen, sondern eine Besonderheit der afrikanischen Gesellschaftskreise, die über Macht und Einfluß verfügen. Dagegen erscheinen in Kamerun im Rahmen der Verehrung des Mungo Verheerungen durch die Kultvereinigungen von „Krokodilmenschen“ als eine Rückwirkung gegen die zu schnelle Bereicherung von gewissen Kakao-pflanzern, die man der Zauberei verdächtigt und die den Neid auf sich ziehen: sie werden gefangen, hingerichtet und dann in den Fluß geworfen.¹⁰²⁶ Man kann sagen, daß die Herrschaft der Interessen des Häuptlingtums und der Gerontokratie über die alten „Geheimgesellschaften“ ähnlich gelagerte Ergebnisse hatte.

c) Die ersten Bekundungen des modernen politischen Lebens

Verschiedene Umstände begünstigen nach dem ersten Weltkrieg das Aufkommen eines politischen Lebens modernen Stils in Französisch-Tropisch-Afrika. Einer dieser Umstände war das Ereignis der ersten Ernennung von afrikanischen Beamten (besonders Lehrern), die im französischen Schulwesen ausgebildet und in der Lage waren, die Wortführer ihrer Völker zu sein. Wenn man von den senegalesischen Gemeinden mit dem vollen Bürgerrecht absieht, so existiert diese „Elite“ bis zu dieser Zeit nicht oder war zu wenig zahlreich. Ein zweiter Umstand ist die Rückkehr der früheren Kriegsteilnehmer, die als Träger neuer Ideen erscheinen und wenig geneigt sind, sich nach den Normen des Eingeborenenstatuts behandeln zu lassen. Die Konzentration von Lohnarbeitern in den Häfen, an den Eisenbahnen, schuf die Bedingungen für das Erscheinen der ersten Lebensregungen der Arbeiterbewegung. Schließlich schaffen die Leiden des Krieges – der auf der Bevölkerung lastende Kriegsbeitrag, die Prüfungen, die die Kriegsteilnehmer durchmachten – das Bedürfnis nach einer Beruhigung, die Hoffnung auf Veränderung. Das Echo der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erreichte Afrika. Es gab senegalesische Truppen unter den in Rumänien stationierten Einheiten, die sich weigerten, gegen die Sowjets zu marschieren. Schwarze Seeleute fuhren auf den Einheiten der Kriegsflotte, die

¹⁰²⁵ Die Wirksamkeit der Afro-Amerikaner in Liberia unterscheidet sich unter diesem Gesichtspunkt nicht von der der anderen Kolonisatoren.

¹⁰²⁶ I. Kala-Lobe, Mun'a-Moto, cultivateur camerounais, in: *Présence africaine*, Nr 37, 2. Vierteljahr 1961, S. 90–118.

im Mittelmeer meuterten. Verschiedene von ihnen nahmen an den Meutereien der französischen Truppen des Jahres 1917 teil und hatten den revolutionären Aufschwung am Ende des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit in Frankreich erlebt oder ihn verfolgt. Unglücklicherweise sind die objektiven ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die in Tropisch-Afrika unter französischer Herrschaft bestanden, einem Erwachen des modernen politischen Lebens in großem Ausmaße zu jener Zeit noch nicht günstig. Es gibt keine Industrie, kein großes Lebenszentrum der Wirtschaft, wo Menschen und Ideen kommen und gehen. Dakar ist nur ein ökonomischer und politischer Kommandoposten, aber keine wirtschaftliche und politische Drehscheibe des Landes. Die „Évolués“ und die qualifizierten Arbeiter sind meistens über die Stationen des Busches verstreut und damit isoliert. Es fehlt ihnen die Berührung mit der Bauernmasse, die weder lesen noch schreiben kann und die das Französische nicht versteht. Sie haben nicht einmal Verbindung mit den früheren Kriegsteilnehmern, die aus dem Volke hervorgegangen sind und sich einige praktische Kenntnisse (einschließlich einer unsicheren Beherrschung des Französischen) erworben haben, aber Analphabeten sind und der vorväterlichen Lebensweise verhaftet bleiben. Für die Kolonialverwaltung wird es dank der Verordnung über das Eingeborenensstatut und seiner tatsächlichen Allgewalt verhältnismäßig leicht sein, alle Versuche im Keime zu ersticken, einer modernen Befreiungsbewegung Ausdruck zu geben. Sie steigert sorgfältig die Gefühle des Mißtrauens und der Verachtung, die zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten – Évolués, früheren Kriegsteilnehmern, Massen – bestehen, und wird sich geschickt der einen wie der anderen bedienen. Heimgesucht von dem Gespenst der „bolschewistischen Gefahr“, wird sie sich bemühen, jeden Kontakt zwischen den afrikanischen Kolonialuntertanen und der Außenwelt zu verhindern. Aus diesem Grunde sind die wenigen Bewegungen, die Ausdruck eines Unabhängigkeitsstrebens sein wollen, auf ihre eigenen Mittel angewiesen und jeder Möglichkeit auswärtiger Solidarität beraubt. In der Hauptsache sind es die Schichten der Évolués, die trotz der ihnen vom Kolonialsystem zugedachten Rolle den Rahmen der ersten Kundgebungen eines Unabhängigkeitswillens abgeben. Diese Schichten verspüren scharf den Widerspruch zwischen den von Frankreich verkündeten republikanischen Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Demokratie und ihrer eigenen, ihnen unter dem Eingeborenensstatut bereiteten Lage. Einige von ihnen wären sehr wohl einverstanden, die „nicht-entwickelte“ Masse weiterhin unter dem Eingeborenensstatut zu lassen, aber ihnen selbst, so argumentieren sie, sollten ihnen nicht als „afrikanischen

Franzosen“ die Vorteile des Vollbürgertums zustehen? In dieser Hinsicht, so kann man sagen, sind sich die *Évolués* einig, selbst wenn einigen von ihnen die Erkenntnis aufgeht, daß sie ihre Stimme nicht nur im eigenen Interesse, sondern für ihr ganzes Volk erheben müssen. Im Namen der Assimilationspolitik schickt sich die entstehende Bewegung immerhin an, die Abschaffung des Eingeborenensstatuts und die mehr oder weniger verallgemeinerte Zuerkennung der Bürgerschaftsrechte zu fordern. Wie enggezogen ihr Gesichtskreis auch sei, diese Bewegung hat trotz allem den Inhalt einer nationalen Zielsetzung insoweit, daß sie sich gegen den Imperialismus richtet, dessen Hauptmittel zur Unterdrückung der Kolonialvölker das Eingeborenensstatut ist. Mehr oder weniger kraftvoll prangert diese Bewegung ferner die Erpressungen des Häuptlingstums, der Kolonialverwaltung und der kapitalistischen Privatgesellschaften an. Diese Bewegung, gegen die die Kolonialverwaltung gewaltsam vorgeht, sieht sich mit dem Eingeborenensstatut konfrontiert. Es gibt weder Versammlungs-, noch Vereins- noch Pressefreiheit. In Französisch-Äquatorialafrika bietet sich allerdings das unerwartete Schauspiel, daß die Pressefreiheit verkündet wird . . . Aber die Verordnungen über das Eingeborenensstatut liefern der Kolonialverwaltung den Vorwand, das Gesetz seiner Wirkung zu berauben. Die Zahl der vorhandenen Druckereien ist aber vor allem so gering, daß es leicht ist, sie politischen Gruppen – dazu fehlt es diesen noch an finanziellen Mitteln – zu versperren. Diejenigen, die sich um die Beschaffung dieser Mittel bemühen, sind der ganzen Schärfe des Gesetzes ausgesetzt: angesichts der fehlenden Vereinsfreiheit wurde jede Sammlung von Unterstützungsbeiträgen für eine Zeitung und überhaupt jede Unterstützung einer solchen von der Kolonialverwaltung sogleich als „Gauherei“ ausgelegt und als solche verfolgt. Die kolonialistischen Kreise, von den Missionaren bis zu den Radikalen und Freimaurern, sind sich gegen die bescheidensten Forderungen, die die *Évolués* anmelden, einig. Diejenigen, die sie formulieren, werden als „Agenten Moskaus“ und als „Feinde Frankreichs“ verschrien. In Frankreich erhalten sie übrigens nur von der Kommunistischen Partei Frankreichs und von einigen linksstehenden Anhängern der Assimilationspolitik Unterstützung, die insbesondere durch die Liga für Menschenrechte vertreten werden.¹⁰²⁷

¹⁰²⁷ Wenigstens im Anfang: in der Folge traten pensionierte hohe Kolonialbeamte in das Zentralkomitee der Liga ein und bildeten hier eine Sperre. Als Folge ihrer Machinationen schieden mehrere der kämpferischen Vertreter der antikolonialistischen Bewegung (F. Challaye und Elie Reynier), die der Liga angehörten, aus dieser aus. (*Louis Hunkanrin*, in *litteris*, 8. Juni 1963.)

Die rechtlichen Bedingungen eines normalen politischen Lebens existieren fast nur in den vier vollberechtigten Gemeinden des Senegal, aber dieses Privileg ist auf einen sehr kleinen Bruchteil der Bevölkerung beschränkt. Wie in den „alten“ Kolonien der Antillen oder des Indischen Ozeans hat die Kolonialverwaltung ein ständiges Auge darauf, die Ausmaße des Wahlrechts für Einwohner zu verringern, indem sie Korruption und Schwindel begünstigt oder organisiert. Statt daß die Wahlen ein Mittel der Politik sind, besteht die Politik fast nur aus den Wahlen: die Grundsätze sind zum Vorwand geworden, die Hauptsache ist der Kampf zwischen politischen Gangs um die Posten; um den Posten des Abgeordneten, um den der Bürgermeister der vier vollberechtigten Gemeinden, deren Zahl 1927 (durch Eingemeindung von Gorée, das fast ganz seine Bevölkerung verloren hatte, in Dakar) auf drei beschränkt wurde. Bis 1914 hatten Weiße und Mulatten das politische Leben in Senegal beherrscht und die afrikanische Wählermasse ihren Zwecken nutzbar gemacht. Die Wahlen von 1914 brachten mit der Eroberung des Abgeordnetensitzes im französischen Parlament durch Blaise Diagne einen Gegenerfolg dieser Masse. Blaise Diagne aus Gorée war Katholik, aber reiner Afrikaner. Sein Vorgänger auf diesem Abgeordnetensitz – ein Rechtsanwalt, der Mulatte François Carpot aus St. Louis – erleidet die Wahlniederlage, und man trällert in der Woloofsprache ein Liedchen: „Wenn Bilasse (Blaise) es uns sagt, werden wir alle Weißen töten.“ Der intelligente und aktive Blaise Diagne wird das Wahlvolk des Senegal bis zu seinem Tode im Jahre 1934 beherrschen. Um sich und seinen Posten zu verteidigen, wird er es verstehen, engstirnigen Kolonialisten die Stirn zu bieten; diese sind wütend, in der französischen Deputiertenkammer einen Schwarzen zu sehen, betrachten die Rechte der „vollberechtigten“ Gemeinden in Senegal als Scheußlichkeit und Attentat auf die koloniale Ordnung und möchten alles liebend gern auf den allgemeinen Zustand des Eingeborenstatuts herabdrücken. Aber um sich besser verteidigen zu können, etabliert sich Diagne in dem System: er übernimmt es, die Rolle der demokratischen Fassade zu spielen, die ihm der französische Imperialismus zudiktiert, ja er wird zum wirkungsvolleren Verteidiger der Kolonialordnung als die engstirnigen Kolonialisten selbst. Während des ersten Weltkrieges übernahm er die Rolle des Truppenrekruteurs für Clemenceau. 1923 schließt er am Vorabend der Parlamentswahlen mit dem Bordelaiser Großhandel das „Abkommen von Bordeaux“: für die Wahlunterstützung der großen Tauschhandelsfirmen verpflichtet er sich, Verteidiger ihrer Interessen im Parlament zu werden. Sein Vorgänger, François Carpot, stellt fest: „Der Abgeordnete Blaise Diagne, der das an-

betet, was er unlängst noch verbrannte, ist der Bundesgenosse der Borderlaiser Geldschränke, der Mitarbeiter jener geworden, die seine Freunde vor nicht sehr langer Zeit die Haifische nannten.“¹⁰²⁸ Auf der 14. Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf machte er sich zum Anwalt der Zwangsarbeit, verteidigt die französische Regierung, die als einer der Delegierten zu vertreten er sich bereit erklärt hat, und „ruft seine weniger eifrigen Kollegen zur Ordnung“.¹⁰²⁹ 1931 übernimmt er den Posten des Unterstaatssekretärs im Kolonialministerium der Regierung Laval und eröffnet an der Seite Marschall Lyauteys die Kolonialausstellung. Ein Teil der senegalesischen Wählerschaft findet übrigens in derartigen Stellungen seine Befriedigung. Man könnte ihre Grundhaltung mit den folgenden zwei Fragen wiedergeben: Verdienen denn dreihundert Jahre Verbundenheitsgefühl mit Frankreich und gute und treue Dienste im französischen Kolonialreich nicht das Privileg der vollen Bürgerschaftlichkeit? Und ist es sehr günstig, dieses Privileg vor Ablauf langer Fristen auf andere auszudehnen? Die „Jungsenegal“-Bewegung (Jeune Sénégal), die unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg entstand, einen etwas nationalistischen Einschlag hatte und den Plan verteidigte, die Form der Verwaltung der vollberechtigten Gemeinden auf alle großen städtischen Zentren des Senegal auszudehnen (was übrigens ein Punkt in dem Wahlprogramm Diagnes im Jahre 1914 gewesen war), überlebte den ökonomischen Aufschwung der Jahre 1924/25 oder eigentlich schon die Wahlen von 1924 nicht. Tiécouta Diop, Präsident der „Partei der Republikanischen Union der jungen Senegalesen“, nimmt bei Eröffnung der Wahlkampagne gegen Diagne Stellung¹⁰³⁰, aber, der eigentliche Wahlgegner ist ein europäischer Anwalt, Paul Defferre, der trotz seines Aushängeschildes als „unabhängiger republikanischer Sozialist“ in den Wahlen durchfällt. „Die eingeborene Masse hat sich verbunden, um den Vertreter ihrer Rasse gewinnen zu lassen. Sie hat ihre Stimme nicht dem Mann, sondern der Hautfarbe gegeben.“¹⁰³¹ Diagne hat dennoch gegenüber den Wahlen von 1919 3000 Stimmen verloren. Wenn die Opposition gegen Diagne auch links drapiert ist und gelegentlich die Ungerechtigkeiten des Kolonialregimes, dem der Abgeordnete verpflichtet ist, anprangert, so fehlt es ihr doch an Grundsätzlichkeit. Im Grunde will sie nur seinen Posten und sucht alle Gegner Diagnes anzuwerben. Sie besteht kaum

¹⁰²⁸ L'A.O.F., Nummer vom 1. Mai 1924.

¹⁰²⁹ R.I., Nr 256–257, Mai–Juni 1930, S. 105.

¹⁰³⁰ L'A.O.F., 21. Februar 1924.

¹⁰³¹ L'A.O.F., 8. Mai 1924.

auf der Ausdehnung des Bürgerrechtes, doch um so mehr auf Forderungen, die der Wählerschaft der vier Gemeinden von Dakar eigen waren (Bodenrechte der Lebu von Dakar, Umorganisation des Conseil général nach seiner alten Form, Gewährung von kolonialistischen Vorteilen an die als Beamte tätigen senegalesischen Citoyens). Hinter den Kulissen gebraucht die Opposition gegen Diagne weniger hochstrebende Argumente: Der Christ Blaise Diagne, mit einer Weißen verheiratet, ist kein Vertreter der senegalesischen Citoyens, die in ihrer Mehrheit Mohammedaner sind. Unter den Oppositionsführern bemerkt man den Advokaten Lamine Gueye, den Bürgermeister von St. Louis der Jahre 1925 bis 1927, der sich übrigens nur zeitweise in der Opposition befand. Er hatte als Nachfolger von François Carpot die Nachfolge des gegen Diagne gerichteten Wochenblattes „Französisch-Westafrika“ (L'A.O.F.) übernommen. 1928 übernimmt Galandou Diouf, der frühere Stellvertreter von Diagne (Diagne hatte ihn zum Bürgermeister von Rufisque wählen lassen), die Führung der Opposition: er wendet seinem Gönner plötzlich den Rücken, um sich bei den Wahlen gegen ihn aufstellen zu lassen und erhält bei den Parlamentswahlen vom 3. Mai 1928 4396 Stimmen gegen 5175 Stimmen, mit denen Diagne wiedergewählt wurde.¹⁰³² Galandou Diouf wird von der Redaktion des „Périscopes africain“ unterstützt, eines seit 1929 in Dakar herausgegebenen Wochenblattes, das den Kolonialismus scharf anprangert. Dank der Kampagnen des Périscopes vermag Diouf die Opposition gegen Diagne um sich zu sammeln, und bei dessen Tod wird er zum Abgeordneten gewählt (1934). Aber kaum gewählt, bricht Galandou Diouf mit seiner Partei und Zeitung, um bei den Municipalwahlen von 1935 in Dakar die von dem reaktionären Europäer Alfred Goux geführte Liste zu unterstützen. Seine früheren Freunde und das Périscoppe unterstützten eine Gegenliste, die nur mit Hilfe eines Wahlbetrugs um 182 Stimmen überboten werden kann. Wenn Galandou Diouf auch nicht Diagnes Format hat und kaum von sich reden machen wird, so unterscheidet sich in der Praxis seine politische Linie doch in nichts von der Diagnes. Von der Kolonialverwaltung unterstützt, wird er 1936 gegen Lamine Gueye wiedergewählt, der die Unterstützung der Redaktion des Périscopes und der früheren Anhänger von Diagne hat, die sich zur „Senegalesischen Sozialistischen Partei“ zusammengeschlossen haben. In Dahomey und Togo fördert, wenigstens an der Küste, das Vorhandensein einer genügend zahlreichen, aus dem Schulbesuch hervorgegangenen Elite, die übrigens – wie auch die senegalesische Elite – zum großen Teil Anstellung in anderen

¹⁰³² Er hatte 1919 9000 Stimmen, 1924 6000 Stimmen erhalten.

Kolonien suchen muß, das Entstehen einer enger mit den Massen verbundenen Bewegung.¹⁰³³

Schon vor 1914 war in Dahomey eine Bewegung entstanden, die sich vor allem auf die Häuptlingsaristokratie stützte und von dem Lehrer Louis Hunkanrin geführt wurde, der am 25. November 1887 in Porto Novo geboren war. Er war einer der ersten afrikanischen Lehrer, die aus der École normale in St. Louis hervorgegangen waren. Er verband scharfen Gerechtigkeitssinn mit unerschütterlicher Energie, die ihn die schlimmsten Prüfungen bestehen und alle Kompromisse ablehnen ließ, mit deren Hilfe er eine ehrenvolle und bequeme Laufbahn hätte durchlaufen können. Uneigennützig und ohne Hintergedanken, glaubte er mitunter zu schnell an den guten Willen der anderen; das machte es der Kolonialverwaltung möglich, in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg sein Vertrauen zu erschleichen. Im Jahre 1910 wurde Hunkanrin gemäßregelt, verurteilt und ins Gefängnis geworfen. In den Jahren 1913/14 ist er Mitarbeiter bei der „Démocratie du Sénégal“, dem in Dakar erscheinenden Blatt Diagnes. Nach seiner Rückkehr nach Dahomey ist er den Verfolgungen des Gouverneurs Noufflard, eines typischen kolonialistischen Karrieristen, ausgesetzt und muß sich in die Illegalität flüchten. Sein Freund Diagne läßt im Verlauf seiner Bereisung Französisch-Westafrikas im Jahre 1918 die gegen ihn in die Wege geleiteten Verfolgungen aufheben. Damals verpflichtet sich Hunkanrin als Kriegsfreiwilliger und wird an der Ostfront eingesetzt. Danach kehrt er nach Paris zurück, überwirft sich mit Diagne, dessen kolonialistische Orientierung immer stärker wird, und der versucht haben soll, ihn als politischen Agenten zu verwenden. Er gründet in Paris eine Zeitschrift, die die Interessen Dahomeys verteidigen soll und die er „Messager dahoméen“ (Bote aus Dahomey) nennt. Sie greift das Eingeborenenstatut, aber im Grundsatz auch das Kolonialsystem selbst an.¹⁰³⁴ Er nimmt am 2. Pan-

¹⁰³³ In viel geringerem Maße bestand in der unteren Elfenbeinküste eine alte Schicht von europäisierten afrikanischen Händlern (besonders in Assini, Grand-Bassam, Jacqueville, usw.) und von Pflanzern, die ein ähnliches Entwicklungsfeld für ein politisches Leben modernen Typs boten. N. Gavrilov (Le mouvement de libération en Afrique occidentale, Moskau 1965, S. 29) hebt die Rolle hervor, welche der „Éclaireur de Côte d'Ivoire“, eine 1935 gegründete afrikanische Zeitung, als Wortführer dieser Schichten gespielt hat. Ich konnte diesen Hinweis nicht nachprüfen und um so weniger kann ich dazu ergänzende Angaben beibringen.

¹⁰³⁴ Der Leitartikler von Nummer 4 (15. Juli 1921) schreibt: „... Jede Sache geschieht zu ihrer Zeit. Voltaire ließ Mohammed sagen: ‚Die Zeit Arabiens ist schließlich gekommen.‘ Die von Kongo, Dahomey, wird auch kommen ...“ Und

afrikanischen Kongreß (August bis September 1921) teil und kehrt zweifellos im Jahre 1922 nach Dahomey zurück. Im Februar 1923 finden in Porto Novo Kundgebungen gegen die Steuer und andere Belastungen (Marktgeldern und Fronleistungen) statt. Diese Bewegung dehnt sich auf die Gebiete von Adjohon und Ouémé aus.¹⁰³⁵ „Unser Eingreifen war ebenso schnell wie fest“, erklärt der Generalgouverneur Carde im Regierungsrat von Französisch-Westafrika, „und einige Tage genügten, um die Ordnung ohne Blutvergießen wiederherzustellen. Die gegen die Anstifter ausgesprochenen Strafen haben eine heilsame Wirkung auf ihre Landsleute ausgeübt und unseren unerschütterlichen Willen gezeigt, nicht zu dulden, daß Verschwörer die Hoheit des Staates in Gefahr setzen können.“¹⁰³⁶ Bilanz: Dutzende von Festnahmen und Verurteilungen, darunter die Hunkanrins zu zehn Jahren Deportation nach Mauretanien¹⁰³⁷; aber die Bevölkerung Dahomeys bleibt „aufässig“. Der relativ hohe Prozentsatz von Gebildeten, die Existenz von mehreren kleinen Druckerpressen, die handwerklich betrieben werden, erlauben die Herausgabe einer gewissen Anzahl von Blättern, die anspruchslos gedruckt, oft aus Mangel an Mitteln kurzlebig, aber ein Mittel der Anklage und der Aufklärung sind, wie es anderwärts nicht vorhanden war.¹⁰³⁸ 1933 und 1934, mitten in der Krise, ruft die Anwendung der gewöhnlichen Zwangsmethoden bei der Erhebung der Steuer Widerstände und Kundgebungen hervor.¹⁰³⁹ Die schwerwiegendsten Ereignisse scheinen in Lomé (Januar 1933) gewesen zu sein. Am 20. Januar 1933 richten die Viertels- und Kantonhäuptlinge von Lomé und Umgebung an den Kommissar Frankreichs eine Bittschrift, in der sie gegen die Markt-

er schließt mit einem Zitat aus Marcus Garvey: „Wir werden weder England noch Frankreich, noch Italien, noch Belgien fragen, warum seid ihr hier? Wir werden ihnen ganz einfach befehlen, fortzugehen. Was für den weißen Mann gut ist, ist auch für den schwarzen Mann gut, das heißt: Demokratie und Freiheit.“

¹⁰³⁵ A.F., 1923, Nr 4, S. 202.

¹⁰³⁶ J. Carde, Rede zur Eröffnung der Sitzungsperiode von 1923 des Regierungsrates von Französisch-Westafrika, in: A.F., R.C., 1923, Nr 12, S. 431.

¹⁰³⁷ Vgl. J. Suret-Canale, Un pionnier méconnu du mouvement démocratique et national en Afrique: Louis Hunkanrin (1887–1964), in: Études dahoméennes (Nouvelle Série), Nr 3, Dezember 1964, S. 5–30.

Nr 3, Dezember 1964, S. 5–30.

¹⁰³⁸ Es wird niemals weniger als ein halbes Dutzend Wochen-, Halbmonats- oder Monatsschriften geben. Nach dem Regierungsantritt der Volksfront gibt es deren zwölf (Dezember 1936).

¹⁰³⁹ Vgl. Rede von J. Brévié vor dem Regierungsrat von Französisch-Westafrika, Sitzung vom Dezember 1933, in: A.F., 1934, Nr 41, S. 19–27.

abgaben (Standgebühren) und die Erhöhung der Steuern¹⁰⁴⁰ bei den aus Ursache der Wirtschaftskrise beträchtlich verringerten Einnahmen protestieren. Sie unterstreichen die unheilvollen Auswirkungen, die die Folgen der Krise bereits hatten (besonders die zahlreichen Fälle der Verpfändung von Kindern). Die Kolonialverwaltung sieht darin sogleich ein „Komplot“: zwei der Angesehenen, Gartei und Johnson, werden am Vormittag des 24. Januar als Anstifter dieses Bittgesuches festgenommen. Da sie Angestellte fremder Handelsfirmen (Deutsche Togo-Gesellschaft bzw. John Holt) sind, werden sie für Präsident und Sekretär einer aus der Zeit der englischen Besatzung stammenden und von der französischen Verwaltung als illegal betrachteten Vereinigung sogenannter Familienhäuptlinge (Duavo) gehalten. Schon am Nachmittag antwortete die Bevölkerung mit einem Generalstreik. 3000 Kundgebungsteilnehmer kommen vor das Gebäude der Kreisverwaltung und verlangen die Freisetzung der beiden Festgesetzten, was nach achtzehn Stunden zugesagt wird. Die Menge holt sie aus dem Gefängnis ab und trägt sie im Triumph. Aber die beiden halten es für klüger, sich in das englische Mandatsgebiet zu flüchten. Die Kundgebungen gehen am folgenden Tage weiter, und das Haus des Sekretärs des Notabelnrates (Conseil des notables), Savi de Tové, wird demoliert, „da er mit gutem Grund als einer der von der örtlichen Verwaltung bezahlten Detektive galt“, wie eine dahomeyische Zeitung behauptet.¹⁰⁴¹ Die Europäer werden im Regierungspalast versammelt und mit Waffen versehen. Die Kolonialverwaltung läßt sogleich Truppen aus der Elfenbeinküste kommen, die sie auf Lomé „wirft“. Festnahmen, Plünderungen und Gewalttaten häufen sich. Das Dorf von Kodjoviakopé wird von den Schützen geplündert.¹⁰⁴² Am Morgen des 4. Februar wird das Dorf Ahanoukopé von den Schützen, die auf die Bevölkerung schießen, mit Plünderung überzogen: es gibt 12 Tote und unzählige Festnahmen.¹⁰⁴³ Die Zeitung „L'Étoile du Dahomey“, welche die Fotos der „Opfer von Lomé“ veröffentlicht hatte, wird beschlagnahmt.¹⁰⁴⁴ Die Unterdrückungsmaßnahmen gerichtlicher Art laufen an: 14 Togolesen werden als Folge der Kundgebungen verurteilt, 37 Togolesen

¹⁰⁴⁰ Nach *Le Phare du Dabomey*, Nr 85–86, 15. Januar–1. Februar 1933, waren in einem Jahr zwölf neue Steuern in Togo eingeführt worden.

¹⁰⁴¹ *Le Courrier du golfe du Bénin*, Nr 33, 1. Mai 1933, *Le Phare du Dabomey*, Nr 171, 10. November 1938, bezichtigt die gleiche Person, ein „Agent des Zweiten Büros“ zu sein.

¹⁰⁴² *Le Courrier du golfe du Bénin*, Nr 27, 1. Februar 1933.

¹⁰⁴³ *Le Courrier du golfe du Bénin*, Nr 30, 15. März 1933.

¹⁰⁴⁴ *Le Courrier du golfe du Bénin*, Nr 31, 1. April 1933.

erhalten 600 Franken Geldstrafe und Gefängnisstrafen, die von sechs Monaten bis zu fünf Jahren gehen, da sie „ohne Passierschein gereist“ sind. Ferner ergehen zahlreiche Gerichtsurteile über 100 Franken Geldstrafe wegen „Grußvorenthaltung“ gegenüber Europäern der Kolonialverwaltung.¹⁰⁴⁵ Die dahomeyische Presse, welche einhellig die Unterdrückungsmaßnahmen anprangert, wird ebenfalls bedroht, und veröffentlicht am 1. Mai 1933 eine von sechs Zeitungen unterschriebene Erklärung, in der sie ihren Anklägern antwortet: „Für diese Elenden sind die dahomeyischen Journalisten anmaßende und verächtliche Leute. Sie nennen sie ‚Neger-journaille‘ und finden, daß sie nicht zu schreiben verstehen... Wenn sie nicht zu schreiben verstehen, so verstehen sie wenigstens die Wahrheit zu sagen.“¹⁰⁴⁶ In Dahomey selbst wird die Steuer immer schonungsloser eingezogen. Am Ende des Jahres 1933 zieht der neue Gouverneur, de Coppet, die Kolonialtruppe heran.¹⁰⁴⁷ Gegen das Übermaß der Steuern und die bei der Eintreibung begangenen Übergriffe finden im März 1934 in Porto Novo Kundgebungen statt.¹⁰⁴⁸ In Gabun, wo in Libreville ebenfalls ein sehr bedeutender Kern von Évolués vorhanden ist, erscheint 1920 unter dem Namen „Junges Gabun“ eine erste politische Partei, die eine Zeitung herausgibt und Unterstützung von der dortigen Sektion der Liga für Menschenrechte erhält. Sie fordert die vollen Bürgerrechte und kämpft gegen die Gerontokratie, besitzt jedoch keinen Rückhalt bei den Massen. Sie wird von der Kolonialverwaltung und von den mit den Resten der Stammesgesellschaft verflochtenen „Angesehenen“ bekämpft. Sie verschwindet in der nachfolgenden Periode, gegen 1925¹⁰⁴⁹, als sich eine ähnlich inspirierte Bewegung in Brazzaville zu entwickeln beginnt. Ihr Führer, André Matswa, der 1889 in der Nähe von Brazzaville geboren wurde, war zuerst Religionslehrer und dann Angestellter der Zollverwaltung. Er wird Soldat und nimmt am Marokkokrieg teil (1924/25). Nach seiner Entlassung aus dem Heer erhält er in Paris eine Anstellung als Buchhalter bei der öffentlichen Armenpflege

¹⁰⁴⁵ Ebenda.

¹⁰⁴⁶ *Le Courrier du golfe du Bénin*, Nr 33, 1. Mai 1933.

¹⁰⁴⁷ *Le Courrier du golfe du Bénin*, Nummern 44–47 (Oktober–Dezember 1933).

¹⁰⁴⁸ *La presse porto-novienne*, Nr 43, März 1934. *Le Courrier du golfe du Bénin* protestiert (Nr 55, 15. April 1934) dagegen, daß Verurteilte aus Porto Novo nach Kandi in Nord-Dahomey geschickt werden: „Es steht in der Öffentlichkeit fest, daß sämtliche Verurteilten von Unterdahomey, die zur Verbüßung ihrer Strafe nach Oberdahomey kommen, nicht lebend in ihr Heimatland zurückkehren.“

¹⁰⁴⁹ Vgl. G. Balandier, *Aspects de l'évolution sociale chez les Fang du Gabon*, in: *Cahiers internationaux de Sociologie*, IX, 1950, S. 76–106.

des Seine-Departements (1926). Im gleichen Jahr gründet er in Paris eine „Vereinigung“. Sie ist zunächst eine einfache Organisation der gegenseitigen Hilfeleistung aus Französisch-Äquatorialafrika Gebürtiger, insbesondere der Balali, also der ethnischen Gruppe, der er selbst angehört. Die „Vereinigung aus Französisch-Äquatorialafrika Gebürtiger“ ist unpolitisch und stellt sich in Artikel 15 ihrer Statuten unter die „hohe Schutzherrschaft“ des Kolonialministers und des Generalgouverneurs. Sie wird zuerst von der Kolonialverwaltung anerkannt – in der Hoffnung, sie sich zunutze zu machen. Antonetti empfängt ihre Delegierten und gewährt ihr eine jährliche Unterstützung von 1000 Franken. Aber bald orientiert sie sich auf die politische Aktion und verlangt das volle Bürgerrecht. Von den Évolués geführt, entstehen im Kongo ihre ersten Sektionen. An den Präsidenten des französischen Regierungsrates gehen Briefe, die gegen die Konzessionsgesellschaften, die Rassendiskriminierung und das System des Eingeborenensatzes protestieren, und in denen die Bürgerrechte verlangt werden. Noch vor der Ausdehnung der Bewegung, besonders in die Länder der Bakongo, Bassundi und Balali, trifft die Kolonialverwaltung Maßnahmen. Die Delegierten werden festgesetzt, die gesammelten Unterstützungsbeiträge (110 154,80 Franken) beschlagnahmt. Matswa wird in Paris durchsucht, dann verhaftet und nach Brazzaville gebracht (Dezember 1929). Sämtliche Verhafteten werden unter dem klassischen Vorwand der „Gauerei“ angeklagt. Matswa wird am 3. April 1930 zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Verbannung aus Französisch-Äquatorialafrika verurteilt. „Als dieser Gerichtsspruch bekannt wurde, traten einige tausend eingeborene Arbeiter in den Streik und begaben sich zum Sitz des Tribunals, um die Freisetzung ihrer Genossen zu verlangen. Die Polizei versuchte die Demonstration zu zerstreuen, wurde jedoch mit Steinwürfen empfangen.“¹⁰⁵⁰ Diese Version von Padmore, zweifellos aus der Presse übernommen, entspricht beinahe der von J. M. Wagret wiedergegebenen Version der Kolonialverwaltung.¹⁰⁵¹ Nach einem europäischen Augenzeugen¹⁰⁵² sei der Kampf in Wirklichkeit nicht von den Kundgebungsteilnehmern begonnen worden: die versammelten Balali erwarteten den Gerichtsbeschluss; die erschreckte Kolonialverwaltung ließ sie mit der blanken Waffe angreifen. Sie verteidigten sich mit Steinwürfen, und die Unterdrückungsmaßnahmen setzten

¹⁰⁵⁰ G. Padmore, *La Vie et les luttes des travailleurs nègres*, a. a. O., S. 128.

¹⁰⁵¹ J. M. Wagret, *Histoire et sociologie politiques de la République du Congo (Brazzaville)*, Paris 1963, Kap. II.

¹⁰⁵² Nach dem Postangestellten Fayette.

voll ein. Der französische Generalsekretär, der das Amt des Gouverneurs von Mittel-Kongo ausübte, wurde dabei verwundet. Nach G. Balandier hätten die Kundgebungsteilnehmer aus dem Stadtviertel der Bakongo die Losungen gerufen: „Tod den Weißen“ und „Stimmzettel“.¹⁰⁵³ Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die erste der beiden Losungen eine Erfindung der Kolonialverwaltung ist. Generalgouverneur Antonetti ließ die Kolonialtruppe vorgehen, die ohne Aufforderung auf die das Gerichtsgebäude umlagernden Kundgebungsteilnehmer schoß. Es gab mehr als 500 Festnahmen. All das nannte der Generalgouverneur „eine leichte Unruhe, von einem Gerichtsurteil hervorgerufen, das mit Gaunern untermischte Agitatoren verurteilte.“¹⁰⁵⁴ Die offizielle Zeitschrift „Afrique française“ spricht unter der Überschrift „Die Falschmeldungen“ von „einigen bedeutungslosen Zusammenstößen zwischen Eingeborenen“ und von „einigen Lärmereien eines Dutzends bezahlter, auf der Lauer liegender Eingeborener“.¹⁰⁵⁵ Die Verurteilten und die im Anschluß an die Kundgebungen festgenommenen Personen wurden nach dem Tschad deportiert, aber die „Vereinigung“ bestand illegal weiter und ihre Tätigkeit kam in einem passiven Widerstand zum Ausdruck. So weigerten sich die Häuptlinge, das beschlagnahmte Geld zu übernehmen, was mit „Dragonaden“ und Aushebungen für die Streckenplätze der im Bau befindlichen Eisenbahn Kongo-Ozean bestraft wurde. Nach der Abberufung von Antonetti ließ Generalgouverneur Edouard Renard die „Vereinigung“ erneut zu (1934).¹⁰⁵⁶ Unter der Amtsperiode des Generalgouverneurs Reste begannen die Verfolgungen der „Vereinigung“ erneut. Reste ließ im Bakongoland Zwangsansiedlungsdörfer (sogenannte Regroupements) im Rahmen der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ zum Zweck des Erdnußbaues anlegen. Der Kreislauf begann von neuem: Widerstand, Anwendung von Zwangsmaßnahmen, Gefangensetzung der „Vereinler“ (Amicalistes, von „Amicale“). Die Spannung erreichte im Jahre 1938 einen solchen Grad, daß Generalgouverneur Reste den Entschluß faßte, die Einführung der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ zu verschieben; er rief dadurch die Hoffnungen wach, Brazza-

¹⁰⁵³ G. Balandier, *Aspects de l'évolution sociale* . . ., a. a. O.

¹⁰⁵⁴ Rede zur Eröffnung der Sitzung des Regierungsrates von Französisch-Äquatorialafrika vom November 1930, in: *Journal officiel de l'A.E.F.*, 15. November 1930.

¹⁰⁵⁵ A.F., 1930, Nr 4, S. 228.

¹⁰⁵⁶ Nach J. M. Wagret, a. a. O., schrieb das öffentliche Gerücht der „antonettistischen“ Clique (mit dem Generalsekretär des Generalgouvernements an der Spitze) die Verantwortlichkeit für das Flugzeugunglück zu, welches Edouard Renard das Leben kostete.

ville könne eine ähnliche Rechtsstellung erhalten wie die bevorrechteten Gemeinden in Senegal. Diese Vorschläge wurden von Kolonialminister Mandel zurückgewiesen, der auf der unmittelbaren Einführung der „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ und einer verschärften Unterdrückung bestand.

Matswa war es inzwischen gelungen zu entfliehen und dann nach Belgisch-Kongo zu entkommen. Er kehrte nach Paris zurück, trat 1939 ins Heer ein und wurde im Mai 1940 als Soldat festgenommen und unter der Anschuldigung, „Verbindungen mit dem Feind“ zu haben, nach Brazzaville gebracht. Ein Gericht des „Freien Frankreich“ verurteilte ihn am 8. Januar 1941 zu lebenslänglichem Gefängnis. Er starb am 12. Januar 1942 in Mayéma am Tschadsee, offiziell an „Bakterienruhr“, aber nach dem umlaufenden Gerücht an den im Laufe seiner Haft erhaltenen Schlägen. Das Wirken Matswas spielte als Verklammerung einer gesellschaftlich wenig differenzierten mit der modernen Welt eine Rolle. Die geringe Differenziertheit der ersteren erlaubte es ihm, sein ganzes Volk als Gesamtheit für dieses Wirken zu gewinnen, und zwar auch das Häuptlingstum. Dieses Wirken war ganz bewußt und wissentlich neuerungssüchtig: es ist zu bemerken, daß Matswa, wenn er auch hauptsächlich in der ethnischen Gruppe der Balali, der er entstammte, ein Echo gefunden hat, doch niemals Stammespolitiker war und ständig hervorhob, die „Einheimischen von Französisch-Äquatorialafrika“ zu organisieren und zu vertreten. Aber die Widersprüche der gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen er wirkte, sein vorzeitiger Tod und die Hinrichtung der hauptsächlichen Leiter der Bewegung durch die Kolonialbehörden des „Freien Frankreich“ erklären das paradoxe Schicksal des Matswanismus, der nach dem zweiten Weltkrieg zur religiösen Prophetie absank.

Die Gewerkschaftsbewegung stellt ein anderes „modernes“ Wirkungsfeld dar. Die Streiks von Arbeitern bedeuteten für Tropisch-Afrika keine Neuheit. Solche hatte es schon zur Zeit des Angriffs Archinards auf Ahmadu gegeben. Für 1919 meldet man den ersten Streik der Hafenarbeiter von Konakry.¹⁰⁵⁷ Zu Beginn des Jahres 1925 streiken die Eisenbahner der Bahnlinie Dakar-St. Louis. Im selben Jahr breitet sich unter den zur Fertigstellung der Eisenbahn Thiès-Kayes ausgehobenen Bambara eine Bewegung aus. Die Kolonialverwaltung läßt drei „Aufwiegler“ festsetzen und auspeitschen: daraus entsteht ein Generalstreik. Die Truppen (zum großen Teil aus Bambara bestehend) weigern sich, gegen die Streiken-

¹⁰⁵⁷ A.F., 1921, Nr 2, S. 57.

den zu marschieren. Um den Streik zu unterdrücken, wird die Kolonialverwaltung gezwungen sein, die „Unruhestifter“ in Freiheit zu setzen, und es wird eine Untersuchung über ihre Forderungen in die Wege geleitet. Andere Bewegungen, deren Chronologie uns nicht bekannt ist, gab es unter dem Personal des Schienennetzes der Eisenbahn Dakar–Niger, wo sich ein bedeutender erster Kern von Arbeitern in dem unter französischer Herrschaft stehenden Teil Schwarzafrikas herausgebildet hatte. Die Wirkung der Weltwirtschaftskrise und der Wahlsieg der Volksfront in Frankreich gaben der Gewerkschaftsbewegung einen ersten Aufschwung. Im Jahre 1937 gestattete erstmals ein Dekret (vom 11. März) die Anwendung des französischen Arbeitsgesetzes (Code du travail) in seinen Bestimmungen über die Gewerkschaften auf Schwarzafrika. Aber diese Bestimmungen sind wunderbar einschränkend. Das Gesetz setzt in der Tat voraus, daß man, um Gewerkschaftsmitglied zu sein, geläufig französisch sprechen, lesen und schreiben könne. Für Französisch-Westafrika und die Mandatsgebiete stellt es als Voraussetzung für die Mitgliedschaft den Besitz eines Abgangszeugnisses der Elementarschule oder einer „gleichbedeutenden Bescheinigung des Gouverneurs“ auf! Das bedeutet, daß die eigentliche Arbeiterklasse vom Recht der Bildung von Gewerkschaften praktisch ausgeschlossen blieb. Voll zugute kam das Gesetz einzig den Europäern, für die die Bildung von Gewerkschaften in Schwarzafrika ebenfalls eine Verbesserung darstellte. Es entstehen also die ersten Gewerkschaften. Aber diese organisieren europäische und afrikanische Arbeiter je für sich. Die europäischen Gewerkschaften legen übrigens oft einen Rassismus an den Tag, der hinter dem der Kolonialverwaltung kaum zurücksteht: die „kleinen Weißen“, die zu den Afrikanern mit gleichwertigem Können in direkter Konkurrenz stehen, verteidigen ihre Privilegien auf die radikalste Art. Ein Dekret vom 20. März 1937 führt die Kollektivverträge und die Wahl von Betriebsräten in Betrieben ein, die mehr als zehn Personen beschäftigen. Infolge oder vielleicht trotz dieses Dekrets erreicht die Gewerkschaftsorganisation zum großen Leidwesen der Colons auch jene Kategorien der Bevölkerung, für die sie nicht gedacht war. Marcel Homet zieht unmutig gegen den „Skandal der fetischistischen (sic!) Köche und Kraftfahrer“ von Ziguinchor (Casamanza) zu Felde, die eine Gewerkschaft der Hausangestellten gegründet und einen Kollektivvertrag durchgesetzt haben.¹⁰⁵⁸ Auf der Sitzung des Regierungsrates (Conseil de gouvernement) vom November 1937 verkündet Generalgouverneur de Coppet, daß seit Mai 1936 119 Ver-

¹⁰⁵⁸ M. Homet, *Afrique noire, terre inquiète*, Paris o. J.

eine gebildet worden sind, darunter 42 Gewerkschaften von Berufsarbeitern.¹⁰⁵⁹ Es kommt zu Kundgebungen einer aktiven Solidarität zwischen der französischen Arbeiterklasse und afrikanischen Arbeitern. Marcel Homet zitiert das „bedauerliche“ Beispiel der Seeleute eines französischen Schiffes, das in Assini (Elfenbeinküste) vor Anker lag. Die französischen Seeleute hatten die Kru-Leute der Besatzung bewogen, Lohnforderungen zu stellen. Darauf ließ der Beamte von Assini die Kru-Leute mit Gewalt vom Schiff entfernen. Als Folge davon trat die französische Schiffsbesatzung in den Streik, und die Kru-Leute setzten ihre Forderungen durch.¹⁰⁶⁰ Auf der anderen Seite übten die vom Rassismus beeinflussten europäischen Lohnarbeiter in Afrika selbst kaum Solidarität. Ihr fehlender guter Wille ließ 1937 die Bildung einer Gewerkschaftsunion in Dakar scheitern. Erst 1938 wird die Union der Gewerkschaften des Gebietes von Dakar gebildet, und zwar aus den afrikanischen Gewerkschaften, da die europäischen Gewerkschaften nicht zur Konferenz erschienen waren.¹⁰⁶¹ Die bedeutendsten Gewerkschaften sind die der Eisenbahn Dakar–Niger und des Personals der Hochseeschiffe. Die Quellen erwähnen keine beträchtliche Streikbewegung vor der der Eisenbahner der Strecke Dakar–Niger vom 27. September bis 1. Oktober 1938. Die Streikbewegung brach übrigens spontan und außerhalb der Gewerkschaft aus. Am 27. September traten die nicht fest angestellten Hilfseisenbahner der Linie Dakar–Niger in Thiès und Dakar in den Proteststreik gegen die willkürliche Versetzung eines ihrer Kollegen. Am folgenden Tag organisierten die Streikenden am Eisenbahndepot von Thiès eine Absperrung, um den Einsatz von Streikbrechern zu verhindern. Die Bahnpolizei an der Linie Dakar–Niger versucht sich in den Streik einzumischen, wird jedoch bald überrannt. Die Direktion der Eisenbahn wendet sich an den Kolonialbeamten, der die Kolonialtruppe entsendet: die Streikenden verteidigen sich mit Steinwürfen, die Armee eröffnet das Feuer. Es gibt 6 Tote und 30 Verwundete. Am folgenden Tag erfaßt der Streik das ganze Eisenbahnnetz (29. September). Am Donnerstag, dem 30., wird zwischen den Vertretern der Arbeiter und dem Generalgouvernement auf der Grundlage der folgenden Abmachungen ein Vertrag unterzeichnet: 1. keine Zwangsmaßnahmen gegen die Streikenden; 2. keine Behinderung

¹⁰⁵⁹ A.F., 1938, Nr 1, S. 19–25. Hervorgehoben sei das Datum, welches zeigt, daß sich die Gewerkschaften seit dem Wahlsieg der Volksfront bildeten, ohne auf das Legalisierungsdekret zu warten.

¹⁰⁶⁰ M. Homet, *Afrique noire, terre inquiète*, a. a. O.

¹⁰⁶¹ *Le Péricope africain*, 9. Juli 1938.

des Vereinigungsrechtes; 3. Entschädigung der Familien von notleidenden Opfern; 4. Prüfung der Forderungen. Am 1. Oktober gibt die Gewerkschaft die Weisung zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Zeitung „Le Périscope africain“, tatsächlich das Organ der Volksfront, mißbilligt den Streik, wenn sie auch den Kreiskommandanten und die Armee für die Zwischenfälle verantwortlich macht.¹⁰⁶² Der Bericht der Ereignisse wird auf die zweite Seite verwiesen. Die Kolonialisten protestierten gegen die „skandalöse Schwäche“ des Generalgouverneurs de Coppet, der schon seit langem Gegenstand einer feindseligen Kampagne der Rechten ist. Der neue Kolonialminister Georges Mandel, ein geschworener Feind der Gewerkschaften, entsendet als Untersuchungskommission seinen Abteilungsdirektor für politische Angelegenheiten, Gaston Joseph.¹⁰⁶³ Ein Dekret vom 18. April 1939 versetzt de Coppet nach Madagaskar.

Trotz seiner Isolierung war Schwarzafrika nicht völlig ohne Kontakt zu den Bewegungen, die seine Sache im Ausland vertraten. Die Panafrikanischen Kongresse, die seit 1900¹⁰⁶⁴ organisiert worden waren, hatten fast nur amerikanische Neger, Einwohner der britischen Antillen und Évolués Britisch-Westafrikas vereinigt. Dennoch fand der zweite Panafrikanische Kongreß, der auf Initiative von Dr. W. E. B. Du Bois in Paris abgehalten wurde, einen größeren Widerhall. Du Bois begab sich zur Zeit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von 1918 nach Paris. Seine Absicht war es, der Friedenskonferenz eine Bittschrift zugunsten der Rechte der Schwarzen vorzulegen. Diese Initiative bedeutete eine Unbequemlichkeit für den amerikanischen Imperialismus, der sich unter dem Deckmantel des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung bemühte, den Kolonialhunger seines englischen und vor allem französischen Bundesgenossen zu zügeln, um in Wirklichkeit für seine eigenen Ambitionen das Feld freizuhalten. Du Bois hatte in seiner Zeitschrift „The Crisis“ nicht nur die in den amerikanischen Truppen bestehende Segregation, sondern auch die an die französischen Militärbehörden gerichteten amerikanischen Auskünfte

¹⁰⁶² *Le Périscope africain*, Nummern vom 1. und 29. Oktober 1938.

¹⁰⁶³ A.F., 1938, Nr 10, S. 368.

¹⁰⁶⁴ A.F., 1900, Nr 8, S. 283, berichtet über den ersten Kongreß, der am 25. Mai 1900 in London stattfand, und über die Bildung einer „Panafrikanischen Gesellschaft“, die Kaiser Menelik und die Präsidenten der Republiken Haiti und Liberia zu ihren Ehrenpräsidenten gewählt hatte. Die Gesellschaft protestierte gegen die unterdrückte Lage der Afrikaner, die in Südafrika sowohl auf seiten der Engländer wie auf seiten der Buren (die damals in Kriegszustand waren), bestand.

veröffentlicht, die den Zweck verfolgten, auf eben dieser Diskriminierung zu bestehen und zu vermeiden, daß die schwarzen amerikanischen Truppen durch eine zu gleichheitliche Haltung der Behörden und der französischen Bevölkerung „verdorben“ würden. Die Umgebung von Wilson, die sich anschickte, den Franzosen Vorschriften zu machen, tat alles, um die Abhaltung eines Kongresses oder einer Kundgebung zu verhindern, die mit der Lynchjustiz¹⁰⁶⁵ und der Rassendiskriminierung in den USA abrechnen würden. Dagegen war Clemenceau von dieser Gelegenheit, den Amerikanern die Spitze zu bieten, entzückt, ließ der Entwicklung freien Lauf und ermutigte Diagne, an dem Kongreß teilzunehmen, um dort das Loblied der französischen Politik zu singen. „Posaunen Sie es nicht über allen Dächern aus“, sagte er zu Diagne, „aber gehen Sie dort hin.“¹⁰⁶⁶ Der Kongreß, der vom 19. bis 21. Februar 1919 im Grand Hôtel tagte, vereinigte 50 Delegierte, fast alles Neger von den Antillen, aus Amerika oder Afrika, die in Paris wohnhaft waren. Letzteres erklärte sich daraus, daß die amerikanische Regierung ihren schwarzen Staatsbürgern die Visen verweigert hatte. Darüber hinaus lief jede öffentliche Vorbereitung des Kongresses das Risiko, daß die Regierung der USA das Verbot des Kongresses gefordert hätte. Einige schwarze Offiziere der amerikanischen Armee nahmen an dem Kongreß teil. Eine dem Völkerbund unterbreitete Petition verlangte, die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien einer internationalen Behörde zu übertragen, forderte die Achtung des Rechtes der Afrikaner auf den Boden, das Verbot der Konzessionsmißbräuche, das Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit, das Recht auf kostenlosen Schulbesuch und das Recht für die Afrikaner, im fortschreitenden Maße an der Verwaltung ihrer Länder teilzuhaben. Das „Bulletin du Comité de l'Afrique française“ triumphierte über diese Mäßigung und darüber, daß die Beratungen im Rahmen der allgemeinen Redensarten blieben, ohne „den heißen Boden der Fragen von lokalem Interesse“¹⁰⁶⁷ zu berühren. Es macht ferner die Bemerkung, man habe sich viel mit der Lage der Schwarzen in den Vereinigten Staaten beschäftigt, aber es sei nichts über die französischen Kolonien gesagt worden. Mit Diagne als Vertreter war dieses Resultat allerdings zu erwarten gewesen. Das Echo in dem unter französischer Herr-

¹⁰⁶⁵ Allein in dem Jahr 1919 waren 76 Schwarze in den USA gelyncht worden, darunter eine Frau und 11 Soldaten. Davon wurden 14 öffentlich verbrannt, 11 davon lebend. (W.E.B. Du Bois, *Dusk of Dawn*, S. 264.)

¹⁰⁶⁶ W.E.B. Du Bois, *The World and Africa*, New York 1941, S. 236.

¹⁰⁶⁷ A.F., R.C., 1919, Nummern 3–4, S. 53.

schaft stehenden Teil Afrikas war also unbedeutend.¹⁰⁶⁸ Mehr sorgten sich die französischen Kolonialisten um die eventuellen Rückwirkungen des Garveyismus auf Schwarzafrika. Marcus Garvey, ein in den USA wohnhafter Jamaikaner, hatte sich 1900 zum Kaiser und Ersten Provisorischen Präsidenten von Afrika erklärt. Er fand großen Beifall im amerikanischen schwarzen Proletariat der Großstädte, das von der Nachkriegszeit enttäuscht war, und gab die Losung von der „Rückkehr nach Afrika“ aus. Sein Zeitungsorgan „Negro-World“, das in drei Sprachen erschien, kam bald dazu, die Losung „Afrika den Afrikanern“ auszugeben und die Vertreibung der Weißen aus Afrika anzukündigen. Die Zeitung wurde damals in den französischen Kolonien verboten.

Es scheint, daß der Garveyismus durch seine antikolonialistischen Aspekte ein gewisses Echo gehabt habe, aber der Größenwahn seines Begründers und die „liberianische“ Art, in der er die Beseitigung des Kolonialismus in Afrika auffaßte, konnten ihm in Afrika nicht den Erfolg sichern, den er in den USA davontrug. Nach seinem Ruin in finanziellen Unternehmungen, in die er sich zu dem Zweck eingelassen hatte, negro-amerikanische Niederlassungen in Liberia zu organisieren (womit er scheiterte), wurde Garvey 1925 festgesetzt und gerichtlich verurteilt; danach versackte seine Bewegung. Auf jeden Fall war ihr Einfluß rein moralisch und kam durch keine konkrete Aktion zum Ausdruck, da sie den in ihrem Kontinent gebliebenen Afrikanern keine vorschlug. Generalgouverneur Carde geht in seiner Ansprache von 1923 an den Conseil de gouvernement davon aus, daß der „Garveyismus, sobald er entstanden war, wie man sagen kann, wieder verschwunden ist“. Viel mehr beunruhigen ihn „extremistische Lehren“. 1925 zieht er gegen die Gefahr der Propaganda durch die „Organe der Unordnung“ zu Felde: „Die Gefahr besteht: die beschleunigen und häufigeren Verbindungen zwischen Westafrika und Europa, das sich von den Erschütterungen des Krieges erst wenig erholt hat, liefern regelmäßig die Saaten des Bösen.“¹⁰⁶⁹ Im Jahre 1927 wirft er die Verantwortung auf die antikolonialistischen Gruppierungen in Frankreich: „das Eindringen ihrer Flugschriften und ihrer Zeitungen in das Territorium häuft sich“.¹⁰⁷⁰ Ein Dekret vom 27. März 1928 untersagt das „Zum-Ver-

¹⁰⁶⁸ Die folgenden panafrikanischen Kongresse, an denen sich die Länder unter französischer Herrschaft nicht oder nur in unbedeutendem Maße beteiligten, fanden noch weniger ein Echo.

¹⁰⁶⁹ A.F., R.C., 1926, Nr 1, S. 10.

¹⁰⁷⁰ A.F., R.C., 1928, Nr 1, S. 20.

kauf-bringen von Zeichnungen, Abbildungen, Stichen, Druckschriften, seien sie nun periodisch oder nicht, die geeignet wären, in Französisch-Westafrika den der französischen Behörde geschuldeten Respekt zu beeinträchtigen¹. „Es wäre zwecklos, sich zu verhehlen, daß die Zahl der von den verderblichen Ideen des Auslandes berührten Einzelpersonen unter dem wiederholten Ansturm der umstürzlerischen Propaganda unaufhörlich wächst“, erklärt Jules Carde. „Gegen diese letztere ist es mir unerlässlich erschienen, eine Ergänzung zu den gesetzlichen Vorsichtsmaßregeln zu beantragen. Nicht nur die verdächtigen Zeitungen oder Flugschriften sind in in der Kolonie unendlich schädlicher als im Mutterland, sondern auch gewisse aufrichtigerweise von achtbaren philosophischen Lehren inspirierte Publikationen und manchmal selbst gewisse Prinzipien, von denen unsere Kolonisationsmethoden oder unser Unterricht durchdrungen sind, werden zuweilen entstellt oder schlecht verdaut und rufen unerwartete Forderungen hervor.“¹⁰⁷¹ Kurz, alles erscheint gefährlich: nicht nur die kommunistische Propaganda, die in erster Linie gemeint ist, sondern sogar die Erklärung der republikanischen Grundsätze oder die Bezugnahme auf die Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, die tatsächlich für Untertanen, die dem Eingeborenenstatut unterstanden, schwer zu verdauen war. Im besonderen Sinne gefährlich erschien den Kolonialisten die Propaganda, die in Paris von Afrikanern geführt wurde und die sich an die Afrikaner wandte. In dieser Hinsicht entfaltete eine kleine Gruppe in Paris ansässiger Afrikaner eine besondere Wirksamkeit. Unter ihnen ist der Rechtsanwalt Kodjo Tovalou Houénou zu erwähnen, der 1924 in Paris die „Weltliga zur Verteidigung der schwarzen Rasse“ (Ligue universelle de défense de la race noire) gründete. Er nahm Kontakt mit Garvey und der Kommunistischen Partei auf. Ferner gab er die Zeitung „Les Continents“ heraus. Er schrieb auch für die Lokalpresse in Dahomey. Nachdem er versucht hatte, nach Afrika zurückzukehren, wurde Tovalou in Lomé im Auftrag des Staatsanwaltes von Kotonu festgenommen, verurteilt und unter Hausarrest gestellt. 1927 wandelt sich seine Bewegung in das Komitee zur Verteidigung der Negerrasse (Comité de défense de la race nègre) um. Dessen Führer, Lamine Senghor, ein früherer Soldat des Weltkrieges und Kriegsversehrter, war in Paris ansässig, wo er Studien an der Sorbonne betrieb. In seiner Eigenschaft als Sekretär dieses Komitees nahm er in Brüssel an der Gründung der „Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung“ (Februar 1927) teil, deren Gründungskongreß unter der Ehrenpräsi-

¹⁰⁷¹ A.F., R.C., 1928, Nr 11, S. 696.

deutschaft von Albert Einstein stattfand und an dem Frau Sun Yat-sen, Nehru und Barbusse teilnahmen. In seiner Ansprache schleudert Lamine Senghor diese Warnung heraus: „Die Schwarzen haben zu lange geschlafen. Aber nimm dich in acht, Europa! Jene, die lange geschlafen haben, verfallen nicht wieder in Schlaf, wenn sie erwachen werden. Heute erwachen die Schwarzen!“ Er wird zum Mitglied des Exekutivkomitees der Liga gewählt. Im Laufe der Verfolgungen von 1929 wird er festgesetzt und stirbt im Gefängnis.¹⁰⁷² Sein Gefährte auf dem Kongreß von 1927, der Sudanese Kouyaté, vertritt das Komitee auf dem zweiten Kongreß der Liga, der im Juli 1929 in Frankfurt a. M. tagt. Er arbeitet im Internationalen Komitee der schwarzen Arbeiter mit, das von der Roten Gewerkschaftsinternationale gegründet und von Georges Padmore geführt wurde. Diese Organisation, deren Sitz Hamburg ist, wirkt vor allem unter den schwarzen Arbeitern der europäischen Häfen. Kouyaté wird von den Nazis während der Besetzung Frankreichs verhaftet und erschossen. Das Komitee gibt eine Zeitschrift heraus, die, um den Verboten zu entgehen, ihren Namen wechselt. Der Name heißt abwechselnd „La Voix des nègres“, „Le Cri nègre“, „La Race nègre“. Die Erlasse der Regierungen untersagen jedoch ständig die Verbreitung des Blattes in den Kolonien. Kouyaté nimmt am 31. März 1935 am „Antiimperialistischen Kongreß“, der unter der Schutzherrschaft der Liga in Paris stattfand, teil.

Nach dem faschistischen Putschversuch vom 6. Februar 1934 war es der Reaktion gelungen, Laval an die Macht zu bringen. Die Reaktion stellt die Kolonialisten zufrieden, die seit langem darauf gedrängt hatten, die wenigen in den Kolonien bestehenden Rechte zu beseitigen. Waffe dieser Unterdrückung sollen die Dekrete Régnier-Rollin sein. Das Dekret Régnier betrifft Algerien, das Dekret Rollin vom 10. April 1935 alle anderen Kolonien außer Martinique, Guadeloupe und Réunion. Artikel 1 des Dekrets Rollin belegt mit drei Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis und mit 500 bis zu 5000 Franken Geldstrafe „jedermann, der durch eine beliebige Art der Veröffentlichung zum Widerstand gegen die Anwendung der Gesetze, Dekrete, Reglemente oder Befehle der öffentlichen Gewalt aufreizt“. Artikel 2 belegt mit einer Strafe von drei Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis und mit 100 bis zu 3000 Franken Geldstrafe „diejenigen, die durch ein beliebiges Mittel dem der französischen Behörde geschuldeten Respekt öffentlich Abbruch tun“. Für die Beamten werden diese Strafen in der doppelten Höhe und zuzüglich einer Verbotsfrist von 5 bis 10 Jahren, ein

¹⁰⁷² Nach dem offiziellen Kommuniqué an Lungentuberkulose.

öffentliches Amt auszuüben, vorgesehen. So wurde jede Möglichkeit, eine Kritik an der französischen Behörde zu üben, und insoweit schon jede politische Willenskundgebung, erstickt. Die lokale Presse wurde stärker als je zuvor geknebelt. Der Wahlsieg und der Regierungsantritt der Volksfront ein Jahr später führten zu einer Entspannung. Gleichzeitig werden die örtlichen Probleme des Kampfes gegen den Imperialismus immer mehr von der hitlerfaschistischen Bedrohung überschattet. Die Situation ist widersprüchlich: einerseits bildet allerdings die Gefahr einer faschistischen und rassistischen Hegemonie, die in den annexionistischen deutschen und italienischen Expansionsprogrammen zum Ausdruck kommt, für die Völker der Welt, einschließlich für die afrikanischen Völker, die Hauptgefahr. Auf der anderen Seite sucht sich der französische Kolonialismus, der übrigens Konzessionen – sogar in Kolonialfragen – an die Nazis ins Auge faßt, auf die faschistische Gefahr zu berufen, um den Völkern die Einstellung jedes Widerstandes gegen das Kolonialregime schmachhaft zu machen. Afrika empfindet die faschistische Bedrohung. Die italienische Aggression gegen Äthiopien, die barbarische Beseitigung eines der letzten unabhängigen Staaten Afrikas rufen lebhaftes Mitgefühl hervor. Die rassistischen Thesen Hitlers, seine verächtlichen Aussprüche gegen die schwarze Rasse, sind bekannt. Kolonialistische Blätter triumphieren offen über die italienischen „Erfolge“ in Äthiopien. Laval hatte schon durch die Verträge von Rom vom 7. Januar 1935 den Italienern einen Grenzstreifen von 110 000 km² im Norden des Tschad abgetreten (die nördliche Hälfte des Tibesti-Massivs). Dieses Gebiet ist allerdings fast vollständig wüstenhaft, und der Vertrag wird niemals zur Ausführung kommen: aber allein schon dieses Verhalten war von schwerwiegender Bedeutung.

Deutschland fordert im Namen des ihm angeblich unentbehrlichen „Lebensraumes“ lauthals seinen früheren Kolonialbesitz, insbesondere Kamerun und Togo. Deutsche Gesellschaften lassen sich in Portugiesisch-Guinea (besonders auf den Bissagos-Inseln, wo man sie in Verdacht hat, eine Basis für deutsche U-Boote zu errichten), Liberia, Spanisch-Guinea und Fernando Póo nieder. In Kamerun und Togo sieht sich die alte „Elite“ aus der Schulbildung zur deutschen Zeit (die besonders aus den Küstenstämmen, Duala in Kamerun und Ewe in Togo, rekrutiert war) seit 1920 plötzlich ihrer Anstellungen beraubt und als verdächtig verfolgt: die bloße Tatsache des Gebrauchs der deutschen statt der französischen Sprache, noch mehr, einfache Briefbeziehungen zu den früheren deutschen „Herren“, werden als Angriff auf die Sicherheit des Staates ausgelegt. Als Rückwirkung nimmt die Oppositionsbewegung gern eine prodeutsche Richtung an. Die

deutsche Kolonialverwaltung sei sicherlich hart gewesen, aber weniger scheinheilig, und man habe wenigstens gewußt, woran man war. In dieser Weise nehmen die ersten Versuche einer politischen Willenskundgebung Gestalt an, zum Beispiel in der Duala-Zeitung „M'Balé-Vérité“, die Richard Manga-Bell und Gaston Kingué-Jong in den protestantischen Kirchspielen durch Subskription herausgaben. Über diese Verdächtigen brechen die Jahre der „Internierung“ im Banjo von Mokolo in Nordkamerun herein, wohin die Verurteilten zu Fuß geführt werden und zu Dutzenden unterwegs sterben. Die Verfolgungen erreichen gegen 1930 ihren Höhepunkt.¹⁰⁷³

Tatsächlich spiegeln diese Bewegungen, wenn sie sich auch manchmal auf das Germanentum berufen (wie der Bund der deutschen Togoländer, der die alte Kaiserfahne aufpflanzt), im Grunde genommen einen Kampfeswillen gegen die bestehende Kolonialherrschaft wider. Das ist der Fall mit der Pan-Duala-Bewegung, die 1918 die Forderung einer Duala-Republik in Kamerun aufstellt. Später gilt das auch für die Pan-Ewe-Bewegung in Togo. Nach dem Machtantritt Hitlers geraten die direkt an den Geschäften in Kamerun und Togo interessierten Kolonialkreise in Unruhe und suchen sich im Namen des Antirassismus eine Stütze in den afrikanischen Bevölkerungen zu schaffen, während gewisse Kreise des französischen Imperialismus Konzessionen an Deutschland auf kolonialem Gebiet ins Auge fassen. So genehmigt (oder fördert) Generalgouverneur Brunot in Kamerun die Schaffung einer einheimischen Organisation, die den Namen „Französisch-Kamerun-Jugend“ (*Jeunesse camerounaise française, Jeucafra*) führt und die Aufgabe hat, sich den deutschen Kolonialforderungen entgegenzustellen. „Aber das Wort läßt sich nicht spalten. Wer seine Meinung über die deutschen Forderungen abgibt, schweigt keinesfalls über seine eigenen Forderungen.“¹⁰⁷⁴ Die „Jeucafra“ stellt sogleich andere Fragen: Befreiung der *Évolués* vom Eingeborenenstatut, Gehälter für kamerunesische Beamte. In Senegal drückt der Regierungsantritt der Volksfront in Frankreich der politischen Bewegung seinen Stempel auf. Bis dahin bleiben die einander feindlichen Parteien, selbst wenn sie eine Terminologie oder Etiketten von links gebrauchen, streng lokal. Die Opposition – Galandou Diouf im Jahre 1928, Lamine Gueye 1936 – wird von der im Amt befindlichen Partei als „kommunistisch“ bezeichnet; sie weist das entschieden zurück. So greift Diagne während der Wahl von 1928 die Unterstützung an, die seine Geg-

¹⁰⁷³ Vgl. *I. Kala-Lobé*, Mun'a-Moto, cultivateur camerounais, in: *Présence africaine*, Nr 37, 2. Vierteljahr 1961, S. 90–118.

¹⁰⁷⁴ *M. Ducat*, Du Mandat à l'Indépendance, in: *Marchés tropicaux*, Nr 737, 21. November 1959, S. 2547–2554.

ner bei Tovalou finden, und läßt sich von seinen Anhängern mit dem Ruf begrüßen „Hoch Diagne! Nieder mit dem Kommunismus!“¹⁰⁷⁵ Diouf verwehrt sich energisch gegen diesen Angriff und gabelt einen Zwischenartikel der „Humanité“ auf, der ihn mit seinen Freunden als „Agent des Imperialismus“ bezeichnet.¹⁰⁷⁶ Aber 1935 verwendet er das Argument gegen Lamine Gueye. Der Kongreß der „Senegalesischen Sozialistischen Partei“ (Parti socialiste sénégalais, P.S.S.), der am Ende des Jahres alle Gegner Dioufs vereinigt, „brandmarkt gewisse tendenziöse Gerüchte, welche der Senegalesischen Sozialistischen Partei extremistische Tendenzen andichten“.¹⁰⁷⁷ Man kann dessen sicher sein, wenn man innerhalb dieser „sozialistischen“ Partei den Präsidenten der Handelskammer von Dakar, Turbé, bemerkt. Bei den Wahlen von 1936 glaubt Galandou Diouf, der in zweifelhaften Wahlen gesiegt hat, sich der Volksfront nicht anschließen zu müssen. Seine Gegner schließen sich jedoch nachträglich der siegenden Partei in Frankreich an, um Galandou Diouf Widerpart zu bieten und sich der Unterstützung der antikolonialistischen Volksbewegung zu versichern. Im Juli 1936 bilden sich Volksfrontkomitees in Dakar und St. Louis, und zwar hauptsächlich zum Zweck der Vorbereitung der Kundgebungen am 14. Juli. In Dakar umfaßt das Komitee die Senegalesische Sozialistische Partei (Parti Socialiste Sénégalais), die Liga für Menschenrechte, die Sozialistische Partei (Section Française de l'Internationale Ouvrière, S.F.I.O.) und den Französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund (Confédération Générale du Travail, C.G.T.). Von diesen ist übrigens die S.F.I.O. in Französisch-Westafrika als Partei damals noch nicht fest organisiert und nur durch vereinzelte Parteigänger vertreten. Ferner figuriert in diesem Komitee der Präsident der Handelskammer als „sozialistischer Republikaner“. Das Komitee beruft eine Kundgebung ein, die unmittelbar nach den offiziellen Feierlichkeiten Tausende afrikanischer Manifestanten hinter den dreifarbigem und roten Fahnen der Volksfront, denen man eine grüne und rote Fahne, die einen weißen Pfeil zeigt, nämlich das Sinnbild der P.S.S., hinzugefügt hat, durch die Stadt führt. Transparente mit Forderungen werden getragen. Die Zeitschrift „Afrique française“ weist aufgebracht auf die Anwesenheit einiger Europäer im Festumzug hin.¹⁰⁷⁸ Galandou Diouf greift im Pariser Tageblatt „L'Ordre“ die Kundgebung heftig an. Im September 1936 empfängt das Volksfrontkomitee unter großartigem Aufwand den der Sozialistischen

¹⁰⁷⁵ *La France coloniale*, Nummern vom 22. und vom 29. März 1928.

¹⁰⁷⁶ *Le Pèriscope africain*, 30. November 1935.

¹⁰⁷⁷ Ebenda.

¹⁰⁷⁸ A.F., 1936, Nr 8-9, S. 474.

Partei (S.F.I.O.) angehörenden Kolonialminister Moutet und den neuen Generalgouverneur de Coppet und bringt einen Toast auf sie aus. Die Sozialistische Partei organisiert sich, wobei sie vor allem europäische Beamte um sich sammelt. Am 5. und 6. Juni 1938 beschließt die Senegalesische Sozialistische Partei ihre Verschmelzung mit der Sozialistischen Partei, deren Gründungskongreß am 11. und 12. Juni in Thiès stattfindet. Es ist deutlich zu erkennen, daß sich die S.F.I.O. eine Basis zu schaffen sucht, indem sie die lokale Opposition (gegenüber dem diskreditierten Abgeordneten) in sich aufnimmt, während die lokalen Politiker bemüht sind, gegen den Deputierten, den sie bekämpfen, sich der Partei des Ministers anzuschließen. Wenn sich auch die „Fédération du Sénégal“ der S.F.I.O. als liberal gibt, und obwohl sie mit dem Präsidenten der Handelskammer in einem Konflikt über den Preis von Brot und Reis¹⁰⁷⁹ zum Bruch kommt, bleibt sie doch in der kolonialen Orthodoxie befangen, triumphiert über schüchterne Maßnahmen auf sozialem Gebiet, die wir weiter oben aufgeführt haben, und proklamiert ihre Treue zum Generalgouverneur. Es ist dies das Ergebnis einer Doktrin, die sich auf keine prinzipielle Verurteilung des Kolonialismus stützt, sondern auf die Forderung nach seiner „Verbesserung“. Schon 1931 kommentiert „L’Afrique française“ die Intervention des Sprechers der S.F.I.O., Sixte-Quenin, in der Debatte über das Budget des Kolonialministers wie folgt: „Was zunächst seiner Kritiken zu beachten ist, ist die auf der Tribüne vorgebrachte Versicherung des Redners, daß keine Rede davon sein könne, unsere überseeischen Besitzungen aufzugeben . . . Langsam fängt die Sozialistische Partei an, kolonial zu werden.“¹⁰⁸⁰

3. Der zweite Weltkrieg (1939–1945)

Der erste Weltkrieg und die Große Sozialistische Oktoberrevolution im Jahre 1917 hatten, indem sie in die Weltfront des Imperialismus eine Bresche schlugen, die Krise des Kolonialsystems eingeleitet. Noch 1921 illusionierte die Siegestrunkenheit die Kolonialmächte. Sie rechnen mit einem raschen Zusammenbruch der Sowjetmacht unter inneren wie äußeren Schwierigkeiten. Als 1931 Albert Sarraut sein Buch „Grandeur et servitude coloniales“ schreibt, haben sich die Illusionen verflüchtigt: „Derart ist die Lage, und es würde nichts helfen, die Wahrheit zu beschönigen. Die allsei-

¹⁰⁷⁹ *Le Pèriscope africain*, Nummer vom 27. November 1937.

¹⁰⁸⁰ A.F., 1931, Nr 3, S. 233.

tige Krise des Kolonialismus hat begonnen.“¹⁰⁸¹ Besonders in Asien ist diese Krise offenkundig. In Indien sind die Engländer entschlossen, solange wie möglich auszuhalten: aber in den Kolonialkreisen glaubt man, mit wenigen Ausnahmen, selbst nicht mehr an die Unabänderlichkeit der Kolonialherrschaft. In Indochina sind die französischen Kolonialisten weniger klarblickend und wollen einen Rückzug nicht einmal ins Auge fassen: überall aber ist die Spannung offensichtlich. Die Furcht und der rassistische Haß brechen bei jeder Gelegenheit durch und äußern sich in einer wilden Verfolgung und einer Verschärfung der reaktionärsten Anordnungen des Kolonialsystems. Die Ruhe, die dagegen in Schwarzafrika herrscht, ruft Illusionen hervor. Der Paternalismus läuft hier noch neben dem offenen Kolonialismus her. Man wiederholt sich und glaubt es am Ende sogar, daß im großen und ganzen die Schwarzen an einem Regierungssystem Befriedigung finden, das angeblich das beste für sie sei, sowie daß sie Frankreich eine kindliche Dankbarkeit für die von ihm verbreiteten „Wohltaten“ zollten. Hier wird die Krise erst durch den zweiten Weltkrieg und seine Folgen eröffnet. Die Krise des Kolonialsystems, die bis dahin vor allem Asien erfaßt hatte, wird dadurch zur allgemeinen Krise. Für Afrika bedeutet der zweite Weltkrieg den Beginn einer großen historischen Wende.

a) Afrika im Kriege

Durch die Verwicklung Frankreichs in den zweiten Weltkrieg wurden auch die französischen Kolonien Tropisch-Afrikas in den Weltkonflikt einbezogen. Wie im ersten Weltkrieg, so stellen sie auch jetzt wieder ihren Beitrag an Kriegsteilnehmern. 80 000 Mann überqueren das Meer für ein erstes Mal 1939/40, dann 1943 bis 1945 erneut etwa 100 000 Mann. Einmal mehr werden die Afrikaner zum „Kriegsbeitrag“ aufgerufen, um die europäischen Kriegsmaschinen mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu versorgen. Gleichzeitig tritt der unduldsame Charakter des Kolonialsystems gegenüber den Bevölkerungen, deren politisches Bewußtsein reifer geworden ist, stärker in Erscheinung, während zur selben Zeit die Unfähigkeit und Schwäche der Vertreter des Kolonialismus in den Augen aller offenbar wird. 1939 hat in Afrika wie in Frankreich die halbdiktatorische Regierung Daladier das Zögern und Schwanken der Jahre der Volksfront abgelöst. Die ersten und schüchternen Organisationsversuche der Arbeiterbewegung sind im Zurückweichen begriffen, und die Beamten – Parteigänger der Poli-

¹⁰⁸¹ A. Sarraut, *Grandeur et servitude coloniales*, Paris 1931, S. 219.

tik der „starken Hand“ – erhalten freie Bahn. Die Kriegserklärung liefert ihnen die Möglichkeit, unter dem Vorwand der „Beeinträchtigung der Sicherheit des Staates“ jede Bewegung zu vernichten, die der Kolonialverwaltung ein Dorn im Auge ist. Aber das Jahr 1940 offenbart den Bankrott der Kolonialmacht. Im Juni 1940 beginnt der Einfall nach Frankreich. Die Möglichkeit, Frankreich könne vom Feinde besetzt werden, zeichnet sich ab. In den Kolonialkreisen faßt zuerst niemand andere Perspektiven als die Fortsetzung des Krieges an der Seite jener Alliierten ins Auge, die zugleich die zwei großen afrikanischen Kolonialmächte darstellen: Großbritannien und Belgien. Am 9. Juni 1940 verpflichtet sich auf einer großen anglo-französisch-belgischen Truppenparade in Leopoldville der Generalgouverneur von Französisch-Äquatorialafrika, Boisson, feierlich, „seine Pflicht bis zum Äußersten zu erfüllen“. Der König der Belgier, Leopold III., hatte zu dieser Zeit bereits kapituliert, und die Kolonialbehörden des Belgisch-Kongo hatten sich unter Lossagung von ihm entschieden, den Krieg an der Seite Großbritanniens fortzusetzen. Am 18. Juli 1940 (am Tage nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes) versammelt Boisson seine Amtsvorsteher und erklärt, daß er entschlossen ist, den Kampf fortzusetzen. Ebenso gibt General Husson als Oberkommandierender der Truppen Französisch-Äquatorialafrikas die Fortsetzung des Kampfes, selbst wenn man sich auf britisches Territorium zurückziehen müsse, als Losung aus. In Kamerun verhält sich Generalgouverneur Brunot ebenso. Die offizielle Bekanntgabe der Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 22. Juni, die Bescitigung der 3. Republik in Vichy und die Bildung eines Staates faschistischen Typs mit Pétain an der Spitze, wecken die Unruhe und spalten das kolonialistische Personal in zwei entgegengesetzte Lager. Mit wenigen Ausnahmen sind Beamte, und vor allem Militärs, Leute der Rechten und seit den dreißiger Jahren oft Sympathisierende oder erklärte Anhänger des Faschismus oder der profaschistischen Gruppierungen. Sie verabscheuen die Volksfront, die sie in Aufregung versetzt und ihrer „Befehlsgewalt“ Fesseln angelegt hat. Der Machtantritt des Pétainismus in Frankreich erscheint ihnen als die Verallgemeinerung ihres Regierungssystems der „Befehlsgewalt“ und infolgedessen als die endgültige Heiligung desselben in der Kolonie. Vielen von ihnen erscheinen, wie Charles Maurras, die Ergebnisse der Niederlage, nachdem der erste Schock vorüber ist, als „göttliche Überraschung“, und sie sind sofort bereit, deren „goldene Früchte“ zu ernten. Darüber hinaus hat die Regierung des Waffenstillstands für sich, daß sie die des „Siegers von Verdun“ ist. Die am meisten im Vordergrund stehenden Militärs, Weygand und viele andere, die zusammen mit Pétain

die Idole der Kreise von rechts sind, haben sich ihr angeschlossen, denn: kann man etwa am Patriotismus des Marschalls zweifeln? So sind also in der allgemeinen Regel die Kolonialisten für Vichy, dessen Regime all das enthält, was sie schon seit langem als ihren Wünschen entsprechend bezeichnen. Vichy hat schließlich die Legitimität für sich. Die Invasion der Kolonialverwaltung und der militärischen Kader durch die bürokratische Mutlosigkeit, das Fehlen bei vielen von ihnen nicht allein jedes patriotischen und menschlichen Gefühls, sondern selbst jeder Perspektive, kommt bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck. Für sie zählen nur die eigene Lage, die Beförderung, die Pensionsrechte. All das droht verlorenzugehen, wenn man mit der „Legitimität“ bricht. Und ist der deutsche Sieg übrigens nicht unabwendbar? Unter den dramatischsten Umständen der Geschichte wird man so die höchsten Verantwortlichen unfähig sehen, ihre Ansichten in Übereinstimmung zu bringen: sie werden derart von nebensächlichen Sorgen umnachtet sein, daß sie den einfachen Sinn für Ehre und Patriotismus verlieren. Was steht auf der anderen Seite denn Vichy gegenüber? Einige wenig bekannte Männer, wie dieser de Gaulle, der sich besonders an die Kolonialisten gewandt hat, um von ihnen zu verlangen, sich wieder mit Großbritannien oder den britischen Gebieten zu vereinigen und von dort den Kampf fortzusetzen. Welch Risiko! Diesem Aufruf folgen, heißt das Schicksal der Seinen, wenn sie in Frankreich geblieben sind, seine Karriere gefährden und sich vielleicht das Kriegsgericht zuziehen.

Von da an sind die Kolonialisten in zwei Clans geschieden, in Vichy-Anhänger und Gaullisten. Unter den Vichy-Anhängern kann man zwei Strömungen unterscheiden: einerseits diejenigen, bei denen das Motiv ihrer Wahl vor allem politisch ist, bei denen die profaschistischen Gefühle den Patriotismus überwiegen. Die andere, bei denen die Wahl Ausdruck der Ängstlichkeit oder des Konformismus ist. In diese zweite Kategorie kann man auch den General Husson einordnen, der laut Generalarzt Sicé durch den Konformismus und die Sorgen um die Karriere ganz gelähmt war, oder etwa den Gouverneur der Elfenbeinküste, der einem Zeugen erklärte: „Verstehen Sie, in welcher grausamer Lage ich bin? Ich bin Korse, habe meine Familie in Korsika, alles veranlaßt mich zu der Befürchtung, daß unsere Insel italienisch wird, da unsere Niederlage vollkommen und endgültig ist. Wenn ich meine Stellung zu behalten wünsche, ohne die ich meine Familie nicht ernähren kann, muß ich mich also beugen. Folglich kann ich mich der Politik von Vichy nicht widersetzen.“¹⁰⁸² Noch immer

¹⁰⁸² Es handelt sich um den Gouverneur Crocchia (zitiert von E. Louveau, *Au bagne. Entre les griffes de Vichy et de la milice*. Bamako 1946).

dieser zweiten Kategorie zugehörig, aber in einer anderen Art, ist die unglaubliche Persönlichkeit, die der Gouverneur Armand Annet, der „Held“ der vichyistischen Verteidigung Madagaskars, vorstellt. Er ist ein vollständiger Bürokrat, bei dem der Konformismus an die Stelle von Herz und Geist getreten ist. Zehn Jahre nach den Ereignissen begreift er nicht einmal, was er habe Böses tun können, indem er Vichy gehorchte.¹⁰⁸³ Die Gaullisten, die sich in den Kolonialkreisen klar in der Minderheit befinden, besonders auf den höheren Stufen der Hierarchie, unterscheiden sich durch ihre politischen Auffassungen von den ersteren kaum. Mit fast nur sehr wenigen Ausnahmen teilen sie die rechtsgerichteten Auffassungen der vorhergehenden, ihre Verwunderung für Pétain und Weygand, ihre Verabscheuung der Demokratie und der Volksfront. Aber die nationale Überlegung trägt bei ihnen den Sieg davon. Diejenigen, die de Gaulle kennen, wissen, daß es sich um einen Konservativen handelt, dem die pétainistische Kamarilla sehr am Herzen gelegen hat. Die Idee des „doppelten Spiels“ von Pétain (deren sich die Parteigänger des Marschalls lange bedienen werden, um seinen Verrat schmackhaft zu machen), läßt einige glauben, daß sie nur Pétains geheimem Willen gehorchen, indem sie als diejenigen, die nicht unter der direkten Drohung des Feindes sind, den Kampf fortsetzen. Der zukünftige Gouverneur Louveau, der in der Nachkriegszeit in Sudan einer der härtesten Regierungsvertreter bei der Verfolgung der Demokratischen Vereinigung Afrikas sein wird, bekennt in seinen Erinnerungen über die Zeit der Résistance: „Ich war, das bekenne ich, einen Augenblick im Jahre 1940 Pétainist zur selben Zeit wie Gaullist“¹⁰⁸⁴, und er gibt zu, ein Ergebnisstelegramm an Vichy geschickt zu haben.

Der Angriff der Engländer auf die französische Flotte bei Mers-El-Kébir verstärkt plötzlich die antibritische Strömung und trägt zur Kristallisierung der Tendenzen bei. Einige Tage später wird ein englischer Torpedobootjäger, der sich in Dakar einstellt, von Generalgouverneur Cayla zurückgetrieben (7. Juli). Am folgenden Tag wird die „Richelieu“ im Hafen von Dakar angegriffen und festgelegt: aber die Mannschaften der Hilfskreuzer, die sich im Hafen befinden, treten nicht zum Kampf an, als die Gefechtsglocke ertönt. Am 23. Juli hat Boisson, der von der Regierung von Vichy zum „Hochkommissar“ in Schwarzafrika ernannt worden ist, Cayla, der für Madagaskar ernannt worden ist, in Dakar ersetzt. Zwischen-

¹⁰⁸³ Siehe A. Annet, *Aux Heures troublées de l'Afrique française (1939-1943)*, Paris 1952.

¹⁰⁸⁴ E. Louveau, *Au bagne*, a. a. O., S. 22.

zeitlich betraut er mit den Geschäften in Französisch-Äquatorialafrika General Husson. Den antienglischen Gefühlen dienen die Gefühle des wachsenden Mißtrauens gegenüber der immer verdächtigeren Position Vichys hinsichtlich Deutschlands als Gegenstück. Am 24. Juli kablet Boisson an Vichy: „Die Krise war heftig und manchmal äußerst heftig. Um sie zu überwinden, war es notwendig, viel psychologischen Sinn anzuwenden und in aufeinanderfolgenden Etappen vorzugehen.“¹⁰⁸⁵ Boisson legt hier etwas Übertreibung an den Tag, aber das nur, um sich um so wertvoller zu machen. Er entschleierte bei derselben Gelegenheit sehr zynisch seine Doppelzüngigkeit, aber dies einmal mehr nur, um Anrecht auf das Vertrauen von Vichy zu erwerben. Einige Worte über diese Persönlichkeit, die man absolut nicht in einer der zwei schon beschriebenen Kategorien von Vichy-Anhängern unterbringen kann. Für einige war er ein großer Beamter. Richard-Molard bezeugt ihm seine verhältnismäßige Mäßigung.¹⁰⁸⁶ Der Gouverneur Louveau schont ihn nicht: „Verräter an seiner Vergangenheit (als Kriegsversehrter und früherer Kriegsteilnehmer des ersten Weltkrieges), Verräter an sich selbst, Verräter an der Republik, Verräter am Vaterland, Verräter durch einen ungeheuerlichen Hochmut, der ihm schließlich jegliche Klarheit nahm, indem er ihn an seine eigene Unfehlbarkeit glauben ließ.“¹⁰⁸⁷

Hinter diesen Verwünschungen, die seitens des Absenders des Ergebnistelegrammes an Vichy sehr erstaunlich sind, verbirgt sich ein Stück Wahrheit. Die Kenntnisse und Fähigkeiten des Mannes sind unbestreitbar, und er ist nicht auf leichtem Wege in die hohe Kolonialverwaltung gekommen, sondern hat sich als ehemaliger Lehrer durch harte Arbeit bis zum bestandenen schwierigen Preisausschreiben für den Posten des Kolonialinspektors emporgearbeitet. Aber diese Arbeitswut ist auch ein Ausdruck rasenden Strebertums, eines Ehrgeizes und eines Hochmutes ohne Grenzen, die er gern mit Skeptizismus und Zynismus färbt. Boisson glaubt nicht an Vichy. Er glaubt nur an sich selbst. Vichy hat auf ihn gesetzt, indem es ihn zum Hochkommissar ernannte. Hinfort spielt Boisson die Karte von Vichy. Seine „Mäßigung“ ist nur die Widerspiegelung seines Skeptizismus, und sie ist gleichzeitig ein Kunstgriff, um die erregten Gemüter gewisser kolonialer Kreise zu „beruhigen“. Die Lage, in der sich Vichy befindet, die Isoliertheit Französisch-Westafrikas, die Zuhilfenahme

¹⁰⁸⁵ Zitiert von Generalarzt *Sicé*: *L'Afrique équatoriale française et le Cameroun au service de la France*, Paris 1946, Kap. VII.

¹⁰⁸⁶ *Richard-Molard*, A.O.F., a. a. O., S. 167.

¹⁰⁸⁷ *E. Louveau*, *Au bagne*, a. a. O., S. 21.

der Autoritätsprinzipien des „neuen Staates“, geben ihm eine Machtfülle, die keiner der Generalgouverneure vor ihm hatte erreichen können. Diese Allmacht benebelt ihn und führt ihn dazu, alles zu tun, um sich das Vertrauen Vichys zu erhalten.¹⁰⁸⁸

Während Französisch-Westafrika schon von Boisson in die Hand genommen ist, werden in Französisch-Äquatorialafrika noch die Karten gemischt. In Brazzaville ermöglicht die Nähe der Alliierten, die sich in Leopoldville befinden, die Vorbereitung eines Handstreichs. Die Gaullisten handeln dabei nicht einmütig, denn im letzten Augenblick wäre die Verschwörung beinahe dadurch entdeckt worden, daß einer der an ihr beteiligten Offiziere, Colonna d'Ornano, sich nach Belgisch-Kongo begab, da er glaubte, nichts Klügeres tun zu können, als sich in die britischen Reihen durchzuschlagen. Die Verschwörer sind nur eine Handvoll, die sämtlich den „Kadern“ des Kolonialismus angehören: einige Militärs, Offiziere des Gesundheitsdienstes, zwei Direktoren von Handelshäusern. Am 19. August 1940 langt einer der ersten Gefährten General de Gaulles, Edgar de Larminat, Offizier der Kolonialinfanterie, in Leopoldville an. Die Flugschriften und Proklamationen, die er in Richtung von Brazzaville aussendet, sind bezeichnend für die Geisteshaltung der Kolonialkreise. Es ist die große Sorge der Kolonialisten, sich von dem Vorwurf des Antipétainismus reinzuwaschen. Ihre Argumentation über die Ursache des Zusammenbruches bleibt im Rahmen der Behauptungen der profaschistischen und antirepublikanischen Rechten und ahmt die Argumentation Vichys nach. In seinen Flugschriften entschuldigt Larminat Pétain und Weygand, indem er sich auf ihr Alter beruft, und wälzt die Verantwortlichkeit auf die „skeptischen und zynischen Intellektuellen“. Nach seinen Behauptungen treten Pétain und Weygand hinter ihrer Umgebung von „Berufspolitikern“ zurück. Über de Gaulle erklärt er: Als „früherer unmittelbarer Untergebener von Pétain und Weygand hat er sich nicht gegen die Leiter empört, die er liebte und achtete, sondern gegen die für das Land unheilvolle Politik, für die unverantwortliche Untergebene sie die Verantwortung übernehmen ließen“.¹⁰⁸⁹ In seiner Proklamation vom 26. August entschuldigt er Weygand und Huntzinger . . . er erklärt sich zum „Bürgen ihres Patriotismus“, da er ihr Untergebener war. Als Entschuldigung für sie führt er an, sie seien nicht frei.¹⁰⁹⁰

¹⁰⁸⁸ „Boisson hatte sehr großen Ehrgeiz; plötzlich war er für die Sache von Vichy gewonnen“. (*E. de Larminat*, *Chroniques irrévérencieuses*, Paris 1962, S. 140.)

¹⁰⁸⁹ Flugschrift vom 22. August 1940. Zitiert von *Sicé*, a. a. O., S. 143.

¹⁰⁹⁰ Ebenda.

Wie man weiß, wird die Initiative nicht von Brazzaville kommen, sondern aus Tschad. Von den anderen französischen Besitzungen isoliert, grenzt Tschad im Osten an den Anglo-Ägyptischen Sudan und berührt westlich Nigeria. Aus diesem Grunde hat es eine gewisse Bewegungsfreiheit. Aber es ist auch das einzige Territorium, das mit einem Land unter Feindkontrolle eine gemeinsame Grenze hat: im Norden liegt das italienische Libyen. Eine Entwaffnung durch den Waffenstillstand würde Tschad dem Willen des Gegners ausliefern. Entscheidend wirkt jedoch dabei die Persönlichkeit seines Gouverneurs Félix Eboué. 1884 in Cayenne, in Guayana, geboren, ist er ein amerikanischer Schwarzer, wie es einige in der Kolonialverwaltung gibt. Als früherer Schüler der École coloniale hat er den Hauptteil seiner Laufbahn in Französisch-Äquatorialafrika zurückgelegt, besonders in Ubangi, wo 1908 seine Laufbahn begann. Er hatte hier an der „Pazifikation“ teilgenommen und dann, unter Stützung durch verschiedene Interessengruppen und von anderen wiederum gehemmt, in diesem Gebiet die Baumwollkultur entwickelt, deren typische Eigenheiten wir sahen. Seine Kolonialdoktrin gehört zu den orthodoxesten. Man könnte sogar sagen, daß er diesen Doktrinen noch eine konservative „Note“ hinzufügt. Dieser französische Citoyen ist entschieden gegen die Assimilation und beruft sich auf Lyautey. („Es gibt in jeder Gesellschaft eine herrschende Klasse, die zum Leiten geboren ist, ohne die man nichts macht. Sie ist in unsere Interessen zu stellen.“) Er überwindet – wenigstens in Worten – den niemals behobenen Widerspruch in der traditionellen Politik, die die Assimilation zurückweist, die Achtung der gewohnheitsrechtlichen Einrichtungen vorschlägt und gleichzeitig daran erinnert, daß der Häuptling vom Gewohnheitsrecht her nichts, aber durch den Willen des Kolonialherrn alles ist. Eboué verurteilt das Prinzip der direkten Verwaltung um das zu preisen, was man vor 1914 als „Protektoratspolitik“ bezeichnete. „Kein gebildeter Rat wird übergangen, kein Vormund ausgeschaltet, kein religiöses Verbot vernachlässigt werden unter dem Vorwand, daß es lächerlich, lästig oder unmoralisch sei . . . Wer soll Häuptling sein? Ich werde diese Frage nicht wie in Athen beantworten: der bessere. Es gibt keinen besseren Häuptling, es gibt einen Häuptling, und wir haben keine Wahl . . . Es gibt einen Häuptling, den das Gewohnheitsrecht als solchen benennt, es handelt sich darum, ihn anzuerkennen. Zuvor schon existiert der Häuptling.“¹⁰⁹¹

¹⁰⁹¹ Rundschreiben vom 8. November 1941. Zitiert von H. Zieglé, A.E.F., Paris 1952, S 167.

Man versteht den ganzen Unterschied zur Doktrin von van Vollenhoven, der Carde gefolgt ist, und die von Kolonialinspektor Maret erneut vertreten wurde. Eboué deutet seine Vorliebe für die belgischen und englischen Methoden hinsichtlich der direkten Verwaltung an. Für ihn ist es nicht notwendig, die Gewohnheitsrechte abzuschaffen, sondern man muß sie vielmehr entwickeln, besonders . . . mit Hilfe der christlichen Missionen. In der Kolonialdoktrin trennt ihn also nichts von den Männern, die sich für Vichy entscheiden, und der Gouverneur Deschamps hat genau zeigen können, wie die „Eingeborenenpolitik“ von Boisson und Eboué sich begegnen.¹⁰⁹² Eboué wählt den Gaullismus, namentlich weil er Schwarzer ist. Für die Masse der rassistischen Beamten, deren Vorurteile der Vichyismus triumphieren läßt, ist ein schwarzer Beamter um so weniger tragbar, wenn es ein Gouverneur ist. Eboué hat, wie seine Kollegen von den Antillen, häufig Beschimpfungen auf Grund des Farbvorurteils auszuhalten: um Karriere zu machen, mußte er einerseits in der Rue Oudinot eine vollkommene kolonialistische „Orthodoxie“ an den Tag legen und andererseits politische Rückendeckung bei der Linken suchen. Er ist Freimaurer. Er hat sich sogar bei der Sozialistischen Partei (S.F.I.O.) als Mitglied eintragen lassen. Unter diesen Umständen (und im Unterschied zu dem weiter oben zitierten Gouverneur Crocicchia) weiß er, daß er seine Stellung nur retten kann, wenn er zum „Dissidentismus“ übergeht. Das zivile und militärische kolonialistische Personal Tschads steht einem solchen Schritt im ganzen genommen geneigt gegenüber. Nach einer Periode des offensichtlichen Schwankens, in deren Verlauf er ein geheimes Abkommen mit dem britischen Gouverneur Nigerias abschließt und zuverlässige Parteigänger gewinnt, ist Eboué zu dem Schritt bereit. Am 26. August teilen der Gouverneur Eboué und Oberst Marchand, als Militärkommandant von Tschad, offiziell ihren Anschluß an de Gaulle mit. Am 27. August führt Leclerc einen Handstreich auf Duala aus und bringt die Verwaltung Kameruns ebenfalls zum Anschluß. Während dieser Zeit nutzen Larminat und die Verschwörer in Brazzaville die Lage: der Irrtum von Vichy, als es Boisson in Dakar ernannte, hatte darin bestanden, ihn nicht unverzüglich durch einen sicheren Mann zu ersetzen.¹⁰⁹³ General Husson, der von den Ereig-

¹⁰⁹² H. Deschamps, *Méthodes et doctrines coloniales de la France*, Paris 1953, S. 177 bis 178.

¹⁰⁹³ Zwar hatte man von Frankreich zur Unterstützung des General Husson einen sehr jungen Kolonialinspektor entsandt, der am 27. Juni per Flugzeug in Brazzaville angekommen war. Seine Jugendlichkeit und Unerfahrenheit erlaubten ihm nicht, den entsprechenden Einfluß zu gewinnen. „Inspektor Tézénas war an sich

nissen übergangen wird, versucht am 24. und 26. August Sicherungsmaßnahmen zu treffen: aber am 27. August führen die Verschwörer einen Handstreich gegen den Führungsstab aus. Husson wird festgenommen und nach Leopoldville geschickt, Larminat hält seinen Einzug in die Hauptstadt von Französisch-Äquatorialafrika. Dann schließt sich am 30. August Ubangi an (trotz der Opposition des Militärkommandanten, des Bataillonschefs Cammas, und der Mehrheit der Offiziere, die schließlich festgesetzt und ausgetrieben werden), dann Gabun. Das Französische Komitee in London ernennt Larminat zum Hochkommissar.¹⁰⁹⁴ An alldem hatte die afrikanische Bevölkerung keinen Anteil gehabt: sie hatte sich darauf beschränkt zu beobachten, wie unter den kolonialistischen Clans die Rechnungen bezahlt wurden. Der Anschluß an London war die Tat einer Handvoll entschlossener Männer gegenüber der Initiativlosigkeit der Mehrzahl der Kader, vor allem derjenigen der Armee. Die Mehrheit der höheren Kader der Armee stimmte mit Vichy überein oder ließ es auch nur an dem nötigen Mut fehlen, um zum „Dissidentismus“ überzugehen, wobei sie sich auf die Lage ihrer Familie, auf ihre Laufbahn usw. berief. Diejenigen, die sich für Vichy entschieden, wurden repatriiert. Die Labilität der Lage kommt am 1. September 1940 durch die Wendung des Gouverneurs von Gabun zum Ausdruck, der zuerst seinen Anschluß an die neuen Behörden in Brazzaville verkündet hatte. Ursache war die Ankunft Armand Annets in Libreville, der von Vichy zum Generalgouverneur von Kamerun ernannt worden war und seinen Posten nicht hatte einnehmen können, sowie des Luftwaffengenerals Tétu, der von Vichy zum Generalgouverneur von Französisch-Äquatorialafrika ernannt worden war. Zwei Flotteneinheiten, das Patrouillenboot „Bougainville“ und das Unterseeboot „Poncelet“, stärken ihre Position. Gleichzeitig war Gouverneur Masson einem starken Druck der für Vichy eingestellten Kolonialkreise ausgesetzt; an ihrer Spitze stand der

nicht untüchtig. Sobald er in Leopoldville eingetroffen war [nach dem gaullistischen Handstreich vom 27. August – Jean Suret-Canale], versuchte er, unseren Parteigängern in Brazzaville den Mut zu nehmen, indem er ankündigte, Listen aufzustellen, die auf alle Fälle nützlich sein würden, und Repressalien gegen die Familien versprach.“ (*E. de Larminat*, a. a. O., S. 159.) Nachdem er drei Jahre in Fort-Rousset interniert gewesen war, „rehabilitierte“ sich der Inspektor Tézénas du Montcel, indem er sich 1943 für den Italienfeldzug freiwillig meldete. Nach dem Kriege wurde er leitender Angestellter des *Institut d'émission monétaire de l'A.O.F.* (heute Banque centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest).

¹⁰⁹⁴ Eboué wird im November zum Generalgouverneur von Französisch-Äquatorialafrika ernannt werden.

Apostolische Vikar Mgr. Tardy. Tardy erscheint an der Spitze einer Delegation von Colons bei Masson, um eine Petition gegen dessen Anschluß an den „Dissidentismus“ zu überreichen.¹⁰⁹⁵ Der Gouverneur Masson weicht zurück und erklärt, sein Anschluß sei ein Irrtum gewesen, der durch ungenaue Informationen verursacht worden sei: er entschließt sich für Vichy und für den Widerstand gegen die Engländer und die Gaullisten. Zwei gaullistische Kolonnen, die von Kamerun und von Togo ausgehen, streben auf Libreville zu. Währenddessen verspürt Generalgouverneur Annet – da er nichts zu tun hat – Langeweile, und sein Kollege Têtu fühlt sich als Generalgouverneur eines Teils von Gabun wegen der Bedeutungslosigkeit des Postens gekränkt. Hinzu kam, daß ihn seine Kollegen der Luftwaffe vor den Kopf gestoßen hatten, als sie ihn nach Gabun schickten und damit aus dem Staatssekretariat für Luftfahrt in Vichy abschoßen, während er doch sehr gehofft hatte, Staatssekretär für Luftfahrt zu werden.¹⁰⁹⁶ Der Kommandant Parant, der Lambarene belagert, bemächtigt sich dieser Position am 5. November und vereinigt sich mit der von Kamerun gekommenen Kolonne. Am 9. November ergibt sich Libreville Oberst Leclerc. Port-Gentil kapituliert am 11. November. Fünf Tage später verübt Gouverneur Masson Selbstmord. Generalgouverneur Annet ist völlig unbeschwerten Gewissens in letzter Minute aus Libreville entkommen, um in Dakar Generalsekretär Léon Geismar, der – da Jude – pensioniert worden war, zu ersetzen. So kehren Französisch-Äquatorialafrika und Kamerun in den Krieg zurück bzw. bleiben im Krieg.

Infolge der Abtrünnigkeit der vichyhörigen Kader werden die Europäer (abgesehen von einer kleinen Anzahl von Freiwilligen) nicht auf Kriegsfuß gesetzt. Aber die afrikanische Bevölkerung wird Männer für jene kleinen Abteilungen stellen, die Frankreich auf seiten der Alliierten auf den afrikanischen Kriegsschauplätzen vertreten werden. Eine dieser Abteilungen.

¹⁰⁹⁵ „... Gouverneur Masson war ein Protégé von Boisson, der seine Karriere beschützte und ihn von Dakar aus derb zur Ordnung rief.“ (*E. de Larminat*, a. a. O., S. 183.) Über den Apostolischen Vikar äußert General de Larminat die folgende Meinung: „Mgr. Tardy, der Ansichten von Maurras huldigte, war die festeste Stütze der kurzlebigen und spalterischen Regierung Gabuns [der vichyistischen – Jean Suret-Canale] und tatkräftiges Mitglied des Wachsamkeitsausschusses, dessen Aktivität darin bestand, Angebereien über schlechte Bürger entgegenzunehmen und sie im Kielraum des Bananenschiffes „Cap des Palmes“ zu internieren, bevor sie in die Gefängnisse Vichys gelenkt wurden; eine sonderbare Beschäftigung für einen Geistlichen.“ (Ebenda, S. 206–207.)

¹⁰⁹⁶ Vgl. A. Annet, *Aux Heures troublées de l'Afrique française*, a. a. O.

von General Garbay befehligt, wird an den Kämpfen gegen die Italiener in Eritrea teilnehmen. Eine andere, die motorisierte Abteilung Tschads, unternimmt mit großer Kühnheit im Januar 1941 einen Störangriff gegen die saharischen Stellungen Italiens: sie trägt die Panik in den Fessan (wo der Führer der Abteilung, Kommandant Colonna d'Ornano, am 11. Januar während des Angriffs auf den Flughafen von Mursuk getötet wird), dann bemächtigt sich diese Abteilung unter dem Befehl von Leclerc der Kufra-Oase (1. März 1941). 1941 und 1942 beunruhigt sie weiterhin die italienischen Positionen des Fessan, der schließlich besetzt wird, wodurch die Vereinigung mit den britischen Truppen, die an der libyschen Küste im Kampf gegen das „Afrika-Korps“ stehen, ermöglicht wird (Januar 1943). Während dieser Zeit bleiben Französisch-Westafrika und Togo Vichy treu ergeben. Der von den Gaullisten mit Hilfe einiger Flotteneinheiten des Freien Frankreichs und einer englischen Flotte gegen Dakar vorbereitete Handstreich scheitert: Korvettenkapitän Thierry d'Argenlieu, der in einem Schnellboot gekommen ist, um Boisson eine Botschaft zu übergeben und ihm den Anschluß vorzuschlagen, wird beim Verlassen des Hafens mit Kartätschen niedergeschossen. Zwischen französischen und britischen Flotteneinheiten bricht der Kampf aus. Englische Flotteneinheiten bombardieren die Stadt, etwa 200 Menschen werden getötet. Die englische Flotte zieht sich zurück, und Boisson feiert den „Sieg von Dakar“ (23.–25. September 1940). Aus diesem Grunde werden viele Kriegsorden verliehen – auch an Offiziere, die sich während des Beschusses vorsichtigerweise in den Kellern aufgehalten hatten. Zu Beginn des Gefechtes waren zahlreiche „Verdächtige“ festgenommen worden. Drei von ihnen (darunter der Bürgermeister sowie der Präsident der Handelskammer von Dakar) werden in Nordafrika interniert.

Die deutsch-italienischen Waffenstillstandskommissionen hatten die Durchführung der Waffenstillstandsbestimmungen überprüft: 75 000 repatriierte afrikanische Soldaten wurden von Juni 1940 bis April 1941 zu ihren Familien zurückgeschickt. 90 000 weitere in Afrika gerade mobilisierte Soldaten wurden ebenfalls nach Hause geschickt, und zwar ohne Sold und ohne Ausrüstung. Dabei kommt es am Ende des Jahres 1940 zu einigen Zwischenfällen in den Militärlagern von Kindia (Guinea) und Kati (Sudan). Unter dem Vorwand, „deutsche Hilfe“ für die Verteidigung Französisch-Westafrikas vorzubereiten, erhält der unter dem Decknamen Martin auftretende deutsche Diplomat Mülhausen von Oberst Salan¹⁰⁹⁷, dem Chef der Zweiten Abteilung in Vichy, entsprechende militärische Informationen.

¹⁰⁹⁷ Es handelt sich um den zukünftigen General von Algier.

Das in Bamako in Sicherheit gebrachte polnische und belgische Gold wird den Deutschen ausgeliefert.¹⁰⁹⁸

Die Vichy-Herrschaft in Französisch-Westafrika ist die goldene Zeit der „wahren“ Kolonialisten. Die Scheinkonzessionen der „Assimilations“-Politik, einschließlich des französischen Bürgerrechtsstatus für die Senegalesen der drei bevorrechteten Gemeinden, die Kritik der Politiker, die möglichen Anprangerungen in der Presse Frankreichs, all das ist vorbei. Die republikanischen Heucheleien sind zu Ende. Was die Kolonialverwaltung betrifft, so ist das einst auf den Rahmen der Kolonie beschränkte Prinzip der Verwaltung auf dem Erlaßweg jetzt offizielle Regierungsmethode der Metropole. Das Vichy-Regime ist aus diesem Grunde für die Kolonie keine Neuheit, nicht Ergebnis eines Umsturzes, sondern Fortsetzung und Ergänzung. „... In Frankreich hätte diese Errichtung (nämlich der Diktatur) Staatsstreiche wie zur Zeit Bonapartes und die offizielle Streichung der Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, erfordert. In Französisch-Westafrika genügte es dagegen, das ursprüngliche Faidherb'sche System in seiner Vollständigkeit wieder herzustellen, ... das Gesetz oder vielmehr die Dekrete anzuwenden.“¹⁰⁹⁹ Wohlgemerkt, für die unter der Republik angewandten unrechtmäßigen Verfahrensweisen, die sich jedoch in den durch die Vorsicht gebotenen Grenzen hielten, für die widerrechtlichen Aushebungen von Arbeitskräften, körperlichen Züchtigungen usw., gab es keinerlei Schranken mehr. Rassismus und Rassendiskriminierung werden, ohne gegen die Afrikaner durch Gesetzgebung legalisiert zu sein (Vichy beteiligte sich dagegen an der Verfolgung der Juden), fortan offen verschärft. Schwacher Widerstand kommt nur durch die Flucht einiger weniger Beamter oder Militärs nach den britischen Gebieten und durch die Wirksamkeit von einigen Widerstandsgruppen zum Ausdruck. In den Verfolgungen spielt der Rassismus mit. Zweifellos legt Vichy gegen die europäischen Gaullisten keinerlei Zärtlichkeit an den Tag: Verurteilungen zu hohen Gefängnisstrafen oder Zwangsarbeit werden gegen sie ausgesprochen. Aber man verständigt sich dahingehend, Todesurteile nur in Abwesenheit zu verhängen, besonders für jene, die die englischen Gebiete erreicht haben. Die Schwarzen dagegen werden erschossen, manchmal nur deswegen, weil sie mit einem Gaullisten in Kontakt gestanden oder bei

¹⁰⁹⁸ Für Vichy eingestellte Quellen: *L'Agression de Dakar* (Dakar 1940), *P. Chenet, Qui a sauvé l'Afrique*, Paris 1949 (Verteidigung von Boisson), *J. Mordal, La Bataille de Dakar*, Paris 1956.

¹⁰⁹⁹ *J. Richard-Molard, A.O.F., a. a. O., S. 167.*

ihm Hausangestellte gewesen waren. Einer von ihnen, Adolphe Gaëtan, wird in Dakar am 19. November 1942 erschossen, 11 Tage nach der Landung der Alliierten in Nordafrika!

Wenn die Kolonialverwaltung mit ganz wenigen Ausnahmen das Vichy-Regime als die Erfüllung ihrer Wünsche ansieht, so gilt das auch für das Colonat. Die Vertreter des Großhandels sind manchmal vorsichtig, aber die kleineren und mittleren Colons sind begeisterte Anhänger und stellen den Hauptteil der „Legion der Kämpfer“ („Légion des Combattants“). Die fanatischsten Anhänger bildeten eine geheime Vereinigung, eine Art vichyistische Freimaurerei, das „Frankreich von Pétain“. Diese spioniert die des Gaullismus oder der Lauheit Verdächtigen aus und denunziert sie. Die Rassendiskriminierung herrscht überall: selbst in Dakar und den Hauptorten, wo man – wenigstens in den Kommunen des Senegal hätte man die Proteste der „eingeborenen“ Citoyens zu gewärtigen gehabt – vor 1940 ihre zu offensichtlichen Äußerungen zu tarnen versucht hatte. Nach Einführung der Rationierung wurden normale Lebensmittelkarten nur den Europäern und, nach Belieben der Kreiskommandanten, einigen wenigen afrikanischen Beamten, die man als „europäisch lebend“ führte, zugeteilt. Die übrigen Afrikaner (Einwohner der Städte) erhielten nur das Allernotwendigste. Was die Bauern betrifft, so wurden sie als Selbstversorger angesehen, während sie aber gleichzeitig die vorgeschriebenen Lebensmittellieferungen aufzubringen hatten. Die Bezugscheine für Webwaren und Zucker wurden praktisch in den Händen der Kantonshäuptlinge gelassen, die sie für ihre Getreuen reservierten und gelegentlich zur Versorgung des Schwarzmarktes verwendeten. In den öffentlichen Stellen, den Warteschlangen, den Eisenbahnen, ist die Diskriminierung vollkommen: selbst wenn sie eine Fahrkarte erster Klasse bezahlt haben, sind die Afrikaner gezwungen, in den „Wagen für Eingeborene“ zu reisen, die schmutzig und ohne jeden Komfort sind, während die übrigen Wagen den Europäern reserviert werden. Die Diskriminierung erstreckt sich auch auf wirtschaftliche Bereiche. Für die Handelssaison 1942/43 wird in der Elfenbeinküste der Kakao den Afrikanern, die neun Zehntel der Erzeugung liefern, zum Preis von 2,60 Franken das Kilo bezahlt, während die europäischen Pflanzer 4,50 Franken für dieselbe Menge erhalten. In Kurussa macht man darauf aufmerksam, daß eine gute Kuh „zum von der Verwaltung festgesetzten Preis 2000 Franken kostet. Wenn dieselbe Kuh unter Eingeborenen verkauft wird, so kann sie 3000 bis 3500 Franken erzielen.“¹¹⁰⁰ Diese Ver-

¹¹⁰⁰ Archives de Kouroussa, Politische Berichte, 1945.

fahren sind nicht neu, wie man gesehen hat, aber sie werden zur Norm. Die verschiedenen Formen der Zwangsarbeit in großem Ausmaß sind wieder an der Tagesordnung, und die zwangsweisen Aushebungen von Arbeitskräften für die Unternehmungen der Colons werden zur Regel. In der Elfenbeinküste wird man am Vorabend der Abschaffung der Zwangsarbeit 36 000 von der Kolonialverwaltung ausgehobene Zwangsarbeiter zählen. Alle afrikanischen Untertanen sind der Zwangsarbeit unterworfen. Nicht selten sind afrikanische Pflanzer gezwungen, ihre Pflanzung zu verlassen, um als Zwangsarbeiter mit Frau und Kindern in der Pflanzung des benachbarten europäischen Pflanzers zu arbeiten. In Guinea „rekrutiert“ man mitten in der Waldzone für die Bananenpflanzungen der Küste... „Ein Guerzé, den man in das Gebiet von Konakry zur Arbeit schickt“, bemerkt Pater Lelong, „ist dasselbe wie ein holländischer Bauer, den man nach der Ukraine ausweist.“¹¹⁰¹ Der Beamte von Kurussa (dieser Kreis hat offiziell 67 450 Einwohner) bemerkt in seinem Bericht von 1942:

„Der Kreis stellt augenblicklich:

490 Tagelöhner für die Eisenbahn Konakry–Niger (Holzeinschlagstellen von Nono und an der Tamba);

80 Tagelöhner für die Pflanzung Baro (Kreis von Kankan);

80 Tagelöhner für die Pflanzung Delsol;

15 Tagelöhner für die afrikanischen Bananenpflanzungen;

40 Tagelöhner für die Bananenpflanzungen von Linkeny;

200 Tagelöhner für die öffentlichen Arbeiten von Kankan;

100 Tagelöhner für die Holzkohlenstation von Konakry;

100 Tagelöhner für die Wiederherstellungsarbeiten an den Wegen.

Insgesamt 1105.

Das ist eine schwere Belastung für den Kreis. Es gibt viele Desertionen, denn den Eingeborenen des Kreises widerstrebt es, für die anderen zu arbeiten – selbst wenn sie bezahlt und ernährt (sic!) werden. Auf diese Desertionen beziehen sich zahlreiche Reklamationen des C.F.C.N. (Chemin de fer Conakry-Niger) und der Pflanzer. Jeder wieder eingefangene Deserteur wird vor ein Gericht erster Instanz (Artikel 28 des Strafgesetzes für Eingeborene) gebracht.“¹¹⁰²

Die Bezugscheine für Webwaren, Öl usw., die für die Tagelöhner der Unternehmungen bestimmt sind, werden über den Arbeitgeber verteilt und häufig ihrer Bestimmung entzogen. In der Elfenbeinküste verpflegte ein Pflanzer weder seine Tagelöhner, noch bezahlte er sie. Erst nach der An-

¹¹⁰¹ Pater Lelong, *Ces Hommes qu'on appelle anthropophages*, a. a. O., S. 188.

¹¹⁰² Archives de Kouroussa, Politische Berichte, 25. August 1942.

kunft des Gouverneurs Latrille Ende 1943 in der Elfenbeinküste wurden, nachdem zwei Anzeigen keinen Erfolg gehabt hatten, diesem Pflanzler von der Kolonialverwaltung keine Arbeitskräfte mehr zur Verfügung gestellt. Ein anderer Pflanzler der Elfenbeinküste (im Gebiet von Toumodi) unterwarf ganz systematisch die erkrankten Tagelöhner folgender Behandlung: völliger Entzug von Nahrung, Bepinselung des Körpers mit Öl, dem Nelkenpfeffer beigemischt war, und Aussetzen an der Sonne. Auch hier mußte erst die Ankunft des Gouverneurs Latrille abgewartet werden, ehe der Betreffende vor Gericht geladen wurde. Das Gericht gab sich damit zufrieden, eine kleine Geldstrafe zu verhängen. Der Führer der „Legion“ an der Elfenbeinküste, 1940 ein wenig vermögender „kleiner Weißer“, hatte drei Jahre später durch Wuchergeschäfte mit Wein und Treibstoff, die einträgliche Wiederverkäufe auf dem Schwarzmarkt ermöglichten, ein Vermögen von schätzungsweise 15 bis 20 Millionen Franken erworben. Noch im Juni 1943 stellte der an der Elfenbeinküste noch immer im Amt befindliche Vichy-Gouverneur für die Arbeitsinspektoren die Richtschnur auf, „die Tatsachen festzustellen“ und keine „Urteile zu fällen“, „niemals den Tagelöhnern zu sagen, daß man ihnen diesen oder jenen Vorteil schulde oder daß sie diese oder jene Arbeit nicht machen müssen; die Bemerkung soll nur gegenüber dem Beschäftigten erfolgen“.¹¹⁰³ Der Gewinn aus der „göttlichen Überraschung“ fiel nicht weniger den katholischen Missionaren zu, für die die Herrschaft von Vichy ebenfalls eine goldene Zeit war. Der „französische Staat“ hatte die laizistischen Gesetze in Frankreich abgeschafft und der katholischen Kirche eine offizielle Position gegeben. Die Auswirkungen davon wurden auch in Afrika spürbar: Anstelle der früher in ihrer Höhe von den lokalen Behörden, die sich mehr oder weniger großzügig zeigten, festgesetzten Subventionen, erhielten die Missionen von Französisch-Westafrika und Togo seit dem Jahre 1942 auf Grund eines Dekrets für ihre Schulen offizielle Subventionen. Diese Subventionen schlossen eine Unentgeltlichkeitsklausel des Schulunterrichts ein, welche die Patres zuerst beunruhigte. „Aber als ein Brief des Generalgouverneurs (Boisson) klaggestellt hatte, daß eine ‚bescheidene‘ Abgabe für den Religionsunterricht genommen werden konnte, abgesehen von der eigentlichen Schule, die keinen Religionsunterricht erteilte, wurden die Subventionen beantragt. Wenn einige Beisteuern nicht ‚bescheiden‘ sind, so ist das eine zukünftig zu regelnde Frage.“¹¹⁰⁴ Die Einrichtung einer Direktion für den

¹¹⁰³ Archives de la Côte d'Ivoire. Promemoria des Gouverneurs vom 5. Juni 1943.

¹¹⁰⁴ Pater Catlin, Situation de l'enseignement privé catholique en A.O.F. (Afrikanische Konferenz für Unterrichtswesen. Dakar 1944.)

privaten Unterricht (die direkt dem Generalgouverneur beigeordnet war), einer Lehrerbildungsanstalt für den Privatunterricht in Wagadugu und von vier Schulen für Hilfslehrer des Privatschulunterrichts in den anderen Kolonien, wird mit Hilfe Boissons für die Missionen durchgesetzt. Die Organisationen der katholischen Aktion sind behördlich bevollmächtigt und entwickeln sich, während die Vereinsfreiheit selbst in den beschränkten Formen der Jahre 1937 bis 1939 völlig aufgehoben ist. Diese Organisationen befolgen übrigens die Regeln der Rassendiskriminierung. So gibt es in der J.O.C. (Jeunesse ouvrière chrétienne, Christliche Arbeiterjugend) Sektionen für Weiße und andere für Schwarze.¹¹⁰⁵ Zu den materiellen Vorteilen kommen die moralischen: die mit der offiziellen Unterstützung des Staates versehenen Missionen hatten keine Scherereien mit der Politik der Metropole oder antikerikaler und freimaurerischer Kolonialbeamter zu befürchten. Darüber hinaus waren übrigens Kolonialbeamte, deren Zugehörigkeit zu den Freimaurern offenkundig war, ausgestoßen worden. Die Missionare wurden zu offiziellen Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben ihren ganz bestimmten Platz hatten. Der nicht genügend willfährige Beamte hatte von einer Denunziation an hoher Stelle alles zu fürchten, und so wurde schließlich vollkommene „Harmonie“ zwischen Verwaltung und Mission hergestellt. Dementsprechend befanden sich die Missionare unter den glühendsten Verteidigern und Propagandisten der „nationalen Revolution“. Sie schickten sich nicht in den Bruch, den das Jahr 1943 bedeutete: noch im Jahre 1944 hing das Bildnis des Marschalls an gut sichtbarer Stelle in den Räumlichkeiten der Missionen. Im Speisesaal der Mission von Abidjan hing es einem anderen Bilde gegenüber, das den „Sieg von Dakar“ darstellte. Während des ersten Besuches General de Gaulles in Abidjan (Januar 1944) brach der Bischof am Morgen vor der Ankunft de Gaulles zu einer Rundreise auf, um ihn nicht empfangen zu müssen. Im Augenblick der alliierten Landung in der Normandie (Juni 1944) weigerte sich die katholische Mission von Abidjan, zu flaggen. Dasselbe war im August 1944 der Fall, als die Missionen und kirchlichen Gebäude der Elfenbeinküste für die Befreiung von Paris nicht flaggten und sich weigerten, die Glocken zu läuten... Es wird bis 1945 dauern, ehe sich die Missionen entschließen, die endgültige Auflösung Vichys zur Kenntnis zu nehmen.

Die Afrikaner erduldeten die Herrschaft Vichys, aber sie urteilten. Gleichzeitig beugten sich auch die von den Faschisten unterworfenen Völker Europas, wie Richard-Molard unterstreicht, unter die faschistische

¹¹⁰⁵ P. Baudu, *Viell Empire, jeune Église*, Paris 1957, S. 220.

Diktatur . . . : „Aber sie wußten, daß diese unrechtmäßig war, und daß die gesetzlichen Freiheiten wieder hergestellt werden würden. Die Afrikaner dagegen wußten, daß ihre Unterwerfung gesetzlich war, und dort lag die Ursache für ihre Unruhe.“¹¹⁰⁶ Das ist der Grund dafür, daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Gesamtheit der afrikanischen Bevölkerung diesen Streitigkeiten zwischen Kolonialisten in gewisser Weise indifferent gegenüberstand. Das schließt nicht aus, daß einige klarblickende Afrikaner angesichts des offen gepflegten Rassismus der „Achsen“mächte mit den Alliierten sympathisierten. Doch im allgemeinen wußte man nur zu gut: jene Beamte oder Colons, die auf die anglo-gaullistische Seite übergegangen waren, waren im täglichen Leben nicht anders als ihre Kollegen von Vichy, und man sah kaum, was von der Ersetzung der einen durch die anderen zu erwarten war.

Wenn man von der kleinen, von Abd-el-Kader Diagne geführten Gruppe, die mit der Mission des „Freien Frankreichs“ in Bathurst in Verbindung stand und deren Anhänger hauptsächlich Citoyens der senegalesischen Gemeinden waren, absieht, so durften die an der Résistance teilnehmenden Afrikaner nur eine untergeordnete Rolle (als Verbindungsleute zum Beispiel) spielen, hatten dafür aber das Privileg, sich erschießen lassen zu dürfen.¹¹⁰⁷ Einige „Vorfälle“, die es hier und da gab, standen manchmal in direkter Beziehung zur Résistance, während für andere andersgeartete Ursachen maßgebend waren. Der aufsehenerregendste Vorfall war der der Häuptlingschaft der Abron (Bonduku, Elfenbeinküste): im Januar 1942 überschritten der König der Abron, sein Sohn, seine Kantonhäuptlinge und hauptsächlich Notabeln mit einem sehr zahlreichen Gefolge¹¹⁰⁸ die Grenze zur Goldküste und stellten sich der Mission „Freies Frankreich“ in Accra zur Verfügung. Es läßt sich schwer ermessen, welche Gründe für diese Entscheidung bestimmend gewirkt hatten, allgemeine Erwägungen oder die Lokalpolitik. Eine Strafabteilung wurde entsandt und fiel über die Güter und die Wohnungen der Flüchtigen her, die in Brand gesteckt wurden.¹¹⁰⁹ Vichy setzte für den flüchtigen König im Juni 1942 einen

¹¹⁰⁶ J. Richard-Molard, A.O.F., a. a. O., S. 167.

¹¹⁰⁷ Die Liste der auf dem Schießplatz von Fann Ermordeten ist nicht vollständig bekannt: E. Louveau, *Au bain* (a. a. O.) gibt einige Namen an.

¹¹⁰⁸ A. d'Aby, *La Côte d'Ivoire dans la cité africaine*, Paris 1951, nennt die Zahl von 10 000 Personen, die vielleicht übertrieben ist.

¹¹⁰⁹ Wenigstens ist das die Version der amtlichen Berichte von 1944, die von G. Chaffard, *Les carnets secrets de la décolonisation*, Paris 1965, S. 32, übernommen wird, der die Verantwortlichkeit für die Verfolgungsmaßnahmen dem

anderen, aus einem rivalisierenden Familienzweig stammenden Herrscher ein. Beim Zusammenbruch der Herrschaft Boissons (September 1943) floh der von Vichy eingesetzte König unter Mitnahme eines Teils des Familienschatzes nach Abidjan. Er wurde jedoch verhaftet und verurteilt, während der frühere Herrscher und seine Anhänger nach der Elfenbeinküste zurückkehrten. Für Bobo-Diulasso werden ebenfalls für 1942 blutige Zwischenfälle erwähnt. In Porto Novo verübte König Gbehinto, der wegen Hilfeleistung an die Gaullisten verhaftet worden war, in seinem Gefängnis Selbstmord (1940). Die Vichy-Behörden verhafteten ferner Hunkanrin und deportierten ihn nach dem Süden. Einige andere Vorfälle hatten keine direkten politischen Ursachen, sondern ordneten sich in den gewohnten Rahmen des Widerstandes gegen die kolonialistischen Erpressungen ein, so bei den Lobi im Kreise von Gaoua oder auch bei den Diola und den Flup an der Casamanza. Der Intendant von Dakar hatte 1942 durch den Beamten von Ziguinchor erfahren, daß die Diola bedeutende Reserven an Reis besäßen. Er forderte einen sofortigen „Entsatz“ aus diesen Vorräten, wobei er die Forderungen höher ansetzte als die vorhandenen Vorräte; ferner verlangte er die Lieferung, gemessen an der zum Schälen des Reises notwendigen Zeit, in lächerlich kurzen Fristen.

Unter Führung der Königin von Kabrussa – die großes Prestige besaß, da es ihr gelungen war, in der Trockenzeit Regen hervorzurufen – verweigerten die Diola den Gehorsam. Man schickte Kolonialtruppen, und ein Soldat wurde dabei getötet: man wendete daraufhin Repressalien gewohnten Stils an: „rasierte“ das Dorf Effoc, plünderte die Kultorte und fahndete nach der Königin. Die erschreckte Bevölkerung flüchtet nach Portugiesisch-Guinea, um erst nach zehn Jahren zurückzukehren.¹¹¹⁰ Es sollte bis zur Unabhängigkeit des Senegal dauern, ehe die von den Militärbehörden beschlagnahmte Kriegstrommel den Dörflern wieder übergeben wurde.

Die alliierte Landung von 1942 in Nordafrika läßt Französisch-Westafrika das Kriegslager wechseln. Boisson bekräftigt zuerst seine unerschütterliche Treue zum Marschall und seine Entschlossenheit, gegen die angel-

Beamten in Bondoukou zuschreibt. *H. Deschamps* (in litteris, 5. Mai 1964) hebt dagegen hervor, daß er nach der Flucht des Königs an Ort und Stelle geweiht hatte und nichts Derartiges sah noch hörte. Die Ursache des Konflikts lag in der Weigerung der Kolonialverwaltung, dem König seinen Sohn zum Nachfolger zu geben, da dies dem lokalen Gewohnheitsrecht widersprochen hätte. Es handelte sich also, was von Anfang an zu vermuten stand, viel mehr um eine „Häuptlingschaftsangelegenheit“ als um eine Frage der allgemeinen Politik.

¹¹¹⁰ Vgl. *L. V. Thomas*, Les Diola, Dakar 1958, Bd I, S. 22.

sächsischen Aggressoren bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. Aber der Anschluß von Darlan an die Amerikaner zeigt ihm, daß die Partie verloren ist, und dem von Darlan entsandten General Bergeret fällt es nicht schwer, ihn zu einer „Modifizierung“ seiner Position zu veranlassen. Er muß jedoch seine unmittelbaren Untergebenen gewinnen, insbesondere die militärischen Führer. Diese befragen nicht ihren Patriotismus; sie verlangen die Entsendung einer Kommission nach Algier, um die Echtheit der Telegramme des Admirals Auphan zu prüfen, in denen Pétain Darlans Verhalten billigt! Während dieser Zeit ist Boisson vergebens bemüht, um sich bei ihnen zu decken, eine Billigung für seinen Stellungswechsel von Pétain zu erhalten, indem er unterstreicht, daß „je mehr das Warten sich hinzieht, um so mehr sich in den Gemütern der Wille festsetzt, sich nicht gegen die Amerikaner zu schlagen“. Durch Telegramm vom 21. November befiehlt Pétain ihm, nicht zu verhandeln und sich auf den Widerstand vorzubereiten. Boisson antwortet ihm: „Hochverehrter Herr Marschall, auf dem Punkt, in dem sich die Situation in Französisch-Westafrika befindet, ist es unmöglich, die Bevölkerungen und die Armee in die Hand zu nehmen, wie Sie es verlangen, um sie zu einer Widerstandsleistung gegen eine Aggression zu bringen.“¹¹¹¹ Erst am 22. November sprechen sich die Militärs, beruhigt über die „Legitimität“ Darlans, für einen „Anschluß aus Grundsatz“ aus. Während dieser Zeit richtet man weiterhin, wie wir gesehen haben, Afrikaner hin, die des Gaullismus angeklagt waren... Am 7. Dezember 1942 unterzeichnet Boisson neben Darlan das Abkommen mit Eisenhower, das die Rückkehr Französisch-Westafrikas in den Krieg gegen Deutschland bestätigt. Boisson nimmt im „Comité de l'Empire français“ Platz, das unter der Leitung des Generals Noguès die Tätigkeit des in Algier am 24. Dezember ermordeten Darlan fortsetzt. Immer noch wird Französisch-Westafrika im Namen des Marschalls, seines „wahren Willens“, regiert. Vichy dauert mit Unterstützung der Amerikaner, deren Sympathie für das System Pétain unverhohlen ist und die in de Gaulle einen Agenten Englands sehen, fort. Erst durch das offizielle Telegramm 10119 P/S vom 14. Dezember 1942 erhalten die Beamten von Guinea den Befehl, ihre antienglischen und antigauillistischen Geheimdienstnetze zu beseitigen. Der Beamte von Gueckedu, der ein solches Netz gebildet hat und sich darauf etwas einbildet, der die Tätigkeit der nach Sierra Leone geflüchteten Gaul-

¹¹¹¹ Diese Texte werden in der Anklagerede des Generalstaatsanwalts Mornet im Prozeß Pétain zitiert. (Le Procès du maréchal Pétain. Compte rendu sténographique, Paris, Bd II, S. 949.)

listen „aus der Nähe verfolgt“ und am 9. November 1942 einen „Verteidigungsplan“ seiner Station gegen den „Feind“ redigierte, entschließt sich erst am 12. Februar 1943 zur Auflösung.¹¹¹² Man wird bis zum Juni 1943 warten müssen, ehe mit der Ausschaltung der früheren Pétainisten und dem endgültigen Triumph des französischen Nationalen Befreiungskomitees in Algier der Vichyismus offiziell verurteilt wird. Aber das französische Nationale Befreiungskomitee (Comité français de Libération nationale) beschränkt sich auf die Ersetzung Boissons, seiner Gouverneure und einiger seiner allzusehr bloßgestellten hohen Beamten; alle übrigen, Beamte, Amtsvorsteher, ja sogar Generalsekretäre, bleiben auf ihren Posten.

Dieselbe Politik zugunsten eines drückender und drückender werdenden „Kriegsbeitrages“ wird fortgesetzt. Der Widerspruch zwischen den angewandten Methoden und den Zielen, in deren Namen die Erfüllung dieses Kriegsbeitrages gefordert wird, erscheint den Afrikanern immer unerträglicher.

Übrigens ist in Französisch-Äquatorialafrika unter dem „Freien Frankreich“ die Lage der afrikanischen Massen nicht besser, um so mehr, als der „Kriegsbeitrag“ einer in noch elenderen Lebenslage befindlichen Bevölkerung frühzeitiger auferlegt worden war. Das ewig defizitäre Französisch-Äquatorialafrika soll sich mit einem Male finanziell selber und wenigstens teilweise auch die Tätigkeit des „Freien Frankreich“ tragen. Die Budgets von 1939 und 1940 hatten bei Subventionen der Metropole in Höhe von etwa 100 Millionen Franken Defizite von sieben beziehungsweise fünfzehn Millionen Franken ergeben. Bei gewachsenen Belastungen und ohne Subventionen ergeben die folgenden Budgets Überschüsse von 22,6 Millionen im Jahre 1941, von 34,3 Millionen im Jahre 1942 und von 40 Millionen Franken im Jahre 1943. Im europäischen Konflikt einander entgegengesetzt, haben vichyistische und gaullistische Kolonialisten, Boisson und Eboué, auf dem Gebiet der „Eingeborenenpolitik“ dieselben Ansichten. Als der alte Balali-Häuptling Goma Tsé-tsé an Larminat schrieb, um seine Loyalität zu beteuern und darum bat, die von Matswa gegründete „Vereinigung“ wieder zuzulassen, wurde ihm eine Ablehnung zuteil. Einkerkierungen und Hinrichtungen lösten unter Eboué einander ab, wodurch die Kader der „Vereinigung“ vernichtet wurden: Malanda wurde am 5. Dezember 1940 in Boko, M'Biémo und Milongo wurden am 11. Dezember 1940 in Mayéma erschossen.¹¹¹³ Unter dem „Freien Frankreich“ wird ferner André Matswa

¹¹¹² Archives de Gueckédou (Guinea). Vertrauliches Verzeichnis 1941–1947.

¹¹¹³ J. M. Wagret, Histoire et Sociologie politiques de la République du Congo (Brazzaville), Paris 1963.

zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt und aller Wahrscheinlichkeit nach im Gefängnis ermordet.

Die Dekrete vom Juli 1942, in denen sich Eboués „Eingeborenenpolitik“ manifestierte, zielen nur auf eine weitere Vereinheitlichung des traditionellen Systems, um unheilvolle Auswirkungen im Einzelfall zu beschränken; doch über die grundsätzliche Erklärung hinaus haben sie kaum praktische Auswirkungen. Um die Verluste der Bevölkerung infolge der großen Arbeitskräfterekrutierungen einzudämmen und den Wirkungen der Stammeszersetzung zu begegnen, schlägt Eboué vor, bei den Arbeitsstellen auf die „Homogenität“ des Volkstums zu achten und die Männer zusammen mit ihren Familien zu verpflanzen. Nach dem Beispiel des Vorgangs in Belgisch-Kongo richtet er ein Statut der „Évolués-Notabeln“ (sic!) ein, das die Bildung einer Schicht von Nichtcitoyens in den Städten ermöglichen soll, die dem Eingeborenensstatut entzogen sind. Die praktische Verwirklichung reicht kaum über die nach dem ersten Weltkrieg angestrebte Naturalisation einzelner Afrikaner hinaus. Abgesehen von einigen Beamten, hat dieses Statut für niemand eine praktische Bedeutung: am 1. April 1943 gibt es 11 „Évolués-Notabeln“, am 23. August 1943 sind es 93, am 30. Dezember desselben Jahres beträgt ihre Zahl 103. Im Jahre 1944 gab es im ganzen 218 derartiger Erhebungen in den Stand der Évolués-Notabeln! Ein drittes Dekret heißt die Bildung von „afrikanischen“ Gemeinden gut: wie die alten Verordnungen, welche „Eingeborenengemeinden“ vorsahen, so wird auch diese Bestimmung toter Buchstabe bleiben.

b) Der Kriegsbeitrag

Für die Bevölkerung wirkt sich die Kriegszeit, wie 1914–18, in Form einer Verschärfung aller Lasten aus. Zunächst dahingehend, daß die Kolonien, deren Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Metropole abgestellt ist, um ihr Rohstoffe zu liefern und ihre Fertigüter aufzunehmen, gezwungen sind, in dieser Beziehung allein zurechtzukommen. Die Importe fallen also auf einen Stand, der dicht an Null grenzt: im vichyistischen Französisch-Westafrika deshalb, weil die Alliierten das Meer beherrschen und im übrigen die Metropole von den Deutschen geschröpft wird und daher keine großen Exporte mehr vornehmen kann, in den anderen Territorien und seit November 1942 in Französisch-Äquatorialafrika, weil man zukünftig von der Metropole abgeschnitten ist und die Alliierten alle ihre Hilfskräfte für den Krieg verwenden. Eine gewisse, aber sehr geringe Ein-

fuhr ist zwar vorhanden, aber sie erstreckt sich weder auf Treibstoff noch auf Kohle. Man ersetzt die Kohle durch Brennholz, das die Lokomotivkessel heizen muß, und durch Holzkohle, die die Generatoren der Automobile treibt. Die geringen Mengen Webwaren und Zucker, die man dort erhält, sind rationiert und werden gegen Bezugschein verteilt. Der Schwarzmarkt blüht überall: zunächst auf der Ebene der großen Handelshäuser, die die Importkontingente im Verhältnis ihres Geschäftsumfangs von 1938/39 unter sich aufteilen. Stellt sich bei ihnen der Kleinhändler mit einem von der Verwaltung (Wirtschaftsamt) gezeichneten Bezugschein vor, so verweigern sie ihm nicht gerade die Ware, aber er wird gezwungen, gleichzeitig nichtrationierte oder unverkäufliche Waren zu außerordentlichen Preisen zu kaufen: Ladenhüter aller Art und seit 1943 Weine und Spirituosen aus Algerien, die schwer absetzbar waren. Das Ganze notwendigenfalls gegen doppelte Eintragung der Rechnung in den Geschäftsbüchern. Der Kleinhändler sieht sich so gezwungen, die Mangelwaren, wie Webwaren und Zucker, zu außerordentlichen Preisen in den Verkauf zu bringen, indem er unerlaubte Zuschläge verlangt oder die Waren gleich auf den Schwarzmarkt bringt, um seine Auslagen zurückzuerhalten. Ganz zweifellos machten auch einige Kleinhändler höhere Durchschnittsgewinne. Der Rest der Waren, der in den freien Verkauf ging, wurde jeden Monat zu denselben Bedingungen, die dem Großhändler den Löwenanteil des Profits sicherten, an afrikanische Zwischenhändler verteilt, wodurch der Schwarzmarkt auch im Busch gespeist wurde. Was an Lebensmittelkarten und Bezugscheinen bis zu den Bauern gelangte (besonders für Zucker und Webwaren), wurde über die Kantonhäuptlinge mit all den leicht vorstellbaren Mißbräuchen ausgegeben. Webstühle tauchten wieder auf, Schmiede versuchten die Dürftigkeit der Einfuhr an Eisenwaren auszugleichen, indem sie Alteisen als Rohstoff verwendeten. Das traditionelle Handwerk erfährt eine gewisse Wiederbelebung, der jedoch der allgemeine große Mangel deutlich anzumerken ist. Der Bauer erhält durch die Einfuhr kaum noch etwas, aber auf der andern Seite nimmt man ihm alles, vor allem das, was für den strategischen Bedarf der kriegführenden Länder nützlich sein kann. Der Bauer wird zunächst zur Erzeugung von Lebensmitteln herangezogen, für die sich der Handel einst kaum interessierte und die der Bauer nur zu seinem Verzehr oder für die kleinen örtlichen Märkte erzeugte. So kommt der Importpreis zum Beispiel nicht mehr in das Land. Dennoch muß aber Senegal, das sich nicht selbst ernähren kann, versorgt werden, ebenso die Städte. Das Fehlen der Transportmittel und die Bürokratie bewirken, daß ungeheure Lebensmittelvorräte angehäuft werden und verderben, wäh-

rend die Bevölkerung Hungers stirbt. Die angewandten Methoden unterscheiden sich nicht von den früher angewandten. Als Beispiel sei ein Lieferbefehl, den der Beamte von Kissidugu seinen Kantonshäuptlingen im Augenblick des Kriegsendes zugehen läßt, wiedergegeben: „Dienstbefehl an die Kantonshäuptlinge von [es folgt die vollständige Liste]: Ich setze Ihnen bis zum 31. Mai die letzte Frist für den Abschluß Ihrer Hirselieferung an die S.C.O.A. in der gegenwärtigen Handelssaison. Am 15. Mai waren von Ihnen noch ... Kilo zu liefern. Bei Nichtbefolgung dieses Befehls in der gesetzten Frist werden Sie bis zur Lieferung des Kontingents Ihres Kantons in Kissidugu in Haft genommen und den notwendigen Strafen unterworfen. – Kissidugu, 20. Mai 1945. Der Kreiskommandant.“¹¹¹⁴

Im Guerzé-Land (Waldland Guineas) „hat die Reiskampagne allen Transportmöglichkeiten Hohn gesprochen. Amerikanische Lastautos waren zur rechten Zeit eingetroffen, um die Massen von Reis, die man zu einer Zeit, als die Bevölkerung Hungers starb und man diese Vorräte nicht verlagern konnte, unbesonnen aufgehäuft hatte, vor dem Verfaulen auf dem Fleck zu retten.“¹¹¹⁵ Um den Reis zu transportieren, sind Säcke notwendig. Aber Säcke sind nicht vorhanden. Um diesem Mangel abzuhelpen, werden die Dörfer aufgefordert, Flechtmatten anzufertigen, damit daraus Säcke hergestellt werden können. Aber die Guerzé flechten nicht, sondern besorgen sich an anderer Stelle die Matten, indem sie für die Matte 50 Franken zahlen. Sie bringen sie zum Ort der Beitreibung, wo man ihnen nur 10 Franken je Matte bezahlt! Dort, wo die Lastautos von vornherein fehlen, ruft man die Trägerdienste ins Leben zurück. „Zum Transport von einer Tonne Reis zum nächsten Bahnhof in 300 km Entfernung trieb man 600 Männer bei, die jeder von ihnen zehn Tage lang auf ihrem Schädel 15 kg zu tragen haben, dann, immer zu Fuß, in zehn Tagen zurückkehren würden, insgesamt mehr als drei Wochen, wobei es unbekannt war, was sie unterwegs verzehrten.“¹¹¹⁶

Wohlgemerkt, die „strategischen“ oder zur Versorgung der Armeen nützlichen Rohstoffe wurden in erster Linie gefordert; unter Boisson bis 1942, um den Anforderungen Vichys und der Deutschen Genüge zu tun: aber die Schwierigkeiten des Abtransports erlauben es nicht, in dieser Beziehung sehr weit zu gehen.¹¹¹⁷ Danach wird man für die alliierte Kriegs-

¹¹¹⁴ Archives de Kissidougou.

¹¹¹⁵ Pater *Lelong*, *Ces Hommes qu'on appelle anthropophages*, Paris 1946, S. 261.

¹¹¹⁶ *J. Richard-Molard*, A.O.F., a. a. O., S. 168.

¹¹¹⁷ Mit alten ausrangierten Schienen wird man das Anfangsstück der Transsaharischen Eisenbahn über Colomb-Béchar hinaus verlängern, ohne von den Umständen, die

maschine produzieren: das Französische Nationale Befreiungskomitee (C.F.L.N.) ist ganz wie das Komitee des Französischen Reiches (Comité de l'Empire français) der Ansicht, daß die Ehre Frankreichs an die Ausmaße seines materiellen Beitrages zum Kriege gebunden ist. „Die Kolonien müssen also durch einen unvergleichlichen Kriegsbeitrag dem Mangel der Metropole abhelfen. Man bemißt den von der Föderation, von jeder Kolonie, jedem Kreis, Kanton oder Dorf zu leistenden Kriegsbeitrag nach den Vorkriegsstatistiken, die man mehr oder weniger überbewertet hat. Aber diese Statistiken, die ehemals eine theoretische Bedeutung hatten, kümmern sich wenig um eine Realität, die ernsthaft in Zahlen umzusetzen die materiellen Bedingungen des Landes untersagten. Dadurch kommt man unter Androhung drakonischer Strafen, denen bedarfsweise die unmittelbare Ausführung folgt, zu närrisch übertriebenen Forderungen.“¹¹¹⁸

Richard-Molard zitiert die Anekdote des Beamten, der ein Strafverfahren bekam, weil er – sein Kreis war zur Ablieferung von Honig bestimmt worden, obwohl man gar keinen erzeugte – dem Gouverneur als Antwort telegraphiert hatte: „Meinetwegen Honig stop schicken Sie Bienen.“ Aber im allgemeinen sind der Beamte und die Kantonshauptlinge gehorsam ausführende Organe. Der Bevölkerung wird es überlassen, wie sie sich aus der Verlegenheit zieht und anderwärts die selbst nicht produzierten Waren zu hohem Preis kauft, um sie den Handelshäusern, die von den „Kontingenten“ den Gewinn ziehen, zu lächerlich niedrigen Preisen zu liefern, wie wir schon bei den weiter oben erwähnten Matten sahen...

Obwohl das Sammeln des Kautschuks seit langem aufgegeben war, regt man es wieder an. Aus Mangel an genauem statistischen Material werden die Mengen, die von dem Kreise abzuliefern sind, aufs Geratewohl festgesetzt. In Französisch-Westafrika wird ein „Kautschukdienst“ eingerichtet, in dem man alle möglichen in Europa gestrandeten Existenzen unterbringt; diese finden dort Gelegenheit, ihren Neigungen nachzugehen. 1944 findet der Beauftragte dieses Dienstes, als er in das Dorf Layadi (Kreis Dabola) kommt, die Ortschaft verlassen; die Bevölkerung hat sich bei seiner Annäherung in den Buschwald geflüchtet. Unter dem Vorwand von „Haus-suchungen“ unterzieht er die Hütten einer Plünderung, zerbricht Geschirr und Mobiliar und läßt die Dächer demolieren. Dieser eine Fall fällt gegenüber den vielen ähnlichen Fällen, die in den Verwaltungsakten enthalten

die dazu notwendigen Mittel vermissen ließen, in diesem Unterfangen sehr weit gefördert zu werden.

¹¹¹⁸ Richard-Molard, A.O.F., a. a. O., S. 168.

sind, dadurch aus dem Rahmen, daß man ihn zum Anlaß einer Untersuchung nahm. Aber auch in diesem Fall wurde die Akte geschlossen, ohne daß es zu einer gerichtlichen Behandlung der Angelegenheit kam. In Kissidugu gibt ein Bericht des Kreiskommandanten die folgenden Aufschlüsse: Der Kautschukhandel hörte 1920 auf. Im Jahre 1941 lieferte der Kreis jedoch 9 t Kautschuk, „wovon der Hauptteil außerhalb des Kreises gekauft worden ist“. Im Kanton von Dialakoro waren von 566 abgelieferten Kilogramm 476 in den benachbarten Kreisen von Kankan und Kurussa zu 40 und 50 Franken pro Kilogramm gekauft worden. In dem Kanton von Tinki waren von 360 abgelieferten Kilogramm 345 außerhalb des Kreises zu Preisen gekauft worden, die 80 Franken das Kilogramm erreichten. Infolge der Arbeit, die zum Sammeln dieser wenigen Tonnen Kautschuk aufgewendet werden mußte, war die Reisernte durch verspätete Aussaat gefährdet.¹¹¹⁹ In der Elfenbeinküste bemerkt der Gouverneur: „Vom ökonomischen Gesichtspunkt aus wirft ein Arbeitstag, die Entfernung der Bevölkerung untereinander und von ihren Dörfern berücksichtigt, je nach dem Gebiet, 1–3 Franken ab. Vom sanitären Standpunkt aus handelt es sich um eine Ungeheuerlichkeit, gegen die der Dienst zur Bekämpfung der Schlafkrankheit Einspruch erhoben hat. Die Eingeborenen müssen sich mitten in die Wälder begeben, wobei sie mehrere Tagereisen von jeglichem Dorf entfernt sind und keinen Schutz gegen die Tsetsefliegen haben, die in überreichem Maße gerade in den Gebieten zu Hause sind, wo die Pflanzen mit dem Gummisaft (Latex) am häufigsten vorkommen.“¹¹²⁰

In Französisch-Äquatorialafrika, wo die Kautschukpflanzungen erschöpft waren, nahm man in großem Maße und mit den gleichen Methoden das Sammeln des Waldkautschuks wieder auf. „Wir werden nicht aus dem Auge verlieren“, schreibt Eboué in einem Runderlaß vor, „daß wir, indem wir Kautschuklieferanten werden – und diese Lieferung, die 1943 wenigstens 4000 t erreichen soll, ist wohlgemerkt wichtiger als alle anderen –, auch die Baumwollfelder des Sara-Bauern, die Palmenhaine Sanghas, die Einschlagplätze für Okumeholz und sogar das Gold zu bewahren haben.“¹¹²¹ Aber der Generalgouverneur vergißt zu sagen, wie man all das wird durchführen und gleichzeitig die Folgen vermeiden können, die er übrigens bedauert . . . Das Ziel der Lieferung von 4000 t wurde übrigens im Jahre 1943 nicht erreicht, sondern es wurden 2205 t abgeliefert. Man

¹¹¹⁹ Archives de Kissidougou. Bericht vom 8. Februar 1943.

¹¹²⁰ Archives de la Côte d'Ivoire. Oktober 1945.

¹¹²¹ Runderlaß vom 19. April 1943. Zitiert von Zieglé, A.E.F., a. a. O., S. 112.

wird sich diesem Ziel erst 1944 nähern, um 1945 wieder auf 2725 t zurückzufallen. Der Verkauf des Kriegskautschuks an das britische Rubber Control-Amt war sicher ein gutes Geschäft für die Finanzen von Französisch-Äquatorialafrika und für die Handelshäuser, die den Zwischenhandel besorgten. Aber P. Kalck bemerkt, daß dieses Kautschuksammeln „neue Mißbräuche entstehen läßt, die das Freie Frankreich bei der Mehrzahl der Dörfer diskreditierten“. ¹¹²² Von menschlichen Erwägungen abgesehen, war die wirtschaftliche Bilanz des Kautschuksammelns erschütternd.

Erbaulich ist das Beispiel, das der Senegal bietet. Die Fortschritte der Erdnußerzeugung hatten, wie man weiß, dazu geführt, daß die Lebensmittelproduktion rapide abgesunken war. Der Senegal führte daher im Laufe der Jahre 1935–1939 durchschnittlich 64 000 t Reis pro Jahr aus Indochina ein. Dagegen hatte in dem gleichen Jahr der Erdnußexport von Senegal einen Jahresdurchschnitt von 580 000 t erreicht. Aber der Preisstopp für Versicherung und Fracht als Anteil an den Verkaufspreisen in Frankreich, der Ende 1939 eintrat, bewog die Handelshäuser, den afrikanischen Bauern eine Senkung der Erzeugerpreise aufzuerlegen. Seit 1940 wird der Bauer auf diese Art entmutigt. Der geschäftliche Niedergang spitzt sich in der Handelssaison 1940/41 durch Schwierigkeiten des Abtransports und Mangel an Importwaren für den Bauern noch zu. Die Kolonialverwaltung setzt einen dem Erzeuger zu zahlenden Minimalpreis fest, der, um die Transportkosten zu berücksichtigen, je nach den Handelsplätzen variiert; dieses System bestand bis 1945. Wegen fehlender Nachfrage wurden bis zu 16 Prozent der Erzeugung handelsmäßig von den „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ aufgenommen. Der saisonmäßige Zustrom der Navetanen hörte auf. Zur Gewinnung von Arbeitskräften wurden daher Zwangsarbeiter ausgehoben, die der Zahl, aber auch der Leistung nach kein vollwertiger Ersatz für die ausgefallenen Navetanen waren. (Man schickte als Arbeitskräfte zum Beispiel Fulbehirten, die niemals Feldbau betrieben hatten.) Vor dem Krieg gab es 50 000 Navetanen, 1941 jedoch nur 25 000 bis 26 000 und 1942 nur 20 000. 1941 fällt die Erdnußproduktion auf 220 000 t und der Export von Erdnüssen auf 174 500 t. Dagegen machen die Lebensmittelkulturen Fortschritte: die Zunahme der mit Hirse bebauten Feldflächen wird auf ein Drittel geschätzt, aber für die fehlende Menge an Nahrungsmitteln wird dadurch noch kein Ausgleich geschaffen: das Nahrungsmitteldefizit wird im Minimum mit 80 000 t Reis (= 100 000 t

¹¹²² P. Kalck, *Réalités ousanguiniennes*, Paris 1959, S. 159.

Hirse) angenommen. 1942 bleibt die Erdnußproduktion auf 231 000 t. Die „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ haben ihre Saatgutverteilungen vergrößert, aber das zugeteilte Saatgut ist von den ausgehungerten Bauern zum Teil verzehrt worden. Die mit Hirse bestellten Feldflächen nehmen zu, die Erträge jedoch gehen zurück. Der Verlust an Lebensmittelgetreide wird auf 184 500 t geschätzt. Die Deutschen haben die Lieferung von Rizinusöl verlangt, und den Bauern wird auferlegt, 20 000 ha mit Rizinus zu bestellen. Seit 1943 wächst der Anbau der Erdnuß wieder, und die Ernte wird auf 460 000 t geschätzt (429 400 t im Jahre 1945).¹¹²³ Dieser Fortschritt geht aber nicht oder nur zum geringen Teil auf ökonomische Antriebe zurück, sondern hinter der Hebung der Produktion steht mit einer massiven „Rekrutierung“ von Nave-tanen (45 000 im Jahre 1943) der verlangte „Kriegsbeitrag“. Der Krieg wird für den Senegal nur *eine* positive Auswirkung haben: er wird mit der Entwicklung der Ölmühlen den Beginn einer Industrialisierung möglich machen. Seit einem Jahrhundert waren alle Vorschläge für die Entwicklung einer verarbeitenden Industrie auf der Grundlage der Erdnuß am Einspruch der französischen Exporteure und Ölmühlenbesitzer, die in vielen Familien dieselben Personen waren, gescheitert. Bis 1933 bestanden in Senegal nur einige kleine Ölmühlen, die für den lokalen Markt arbeiteten. Das Gesetz vom 6. August 1933 regte, indem es den Ölerzeugnissen der Kolonien eine zollmäßige Vorzugsbehandlung bei der Einfuhr in das französische Zollgebiet gewährte, die senegalesischen Ölmühlenbesitzer zur Entwicklung der Erzeugung an: 2100 t Öl wurden 1936 aus Senegal nach Algerien exportiert, 1937 waren es 5300 t. Schon 1936 bekämpfte die Ölmühlenindustrie der Metropole diese Entwicklung, indem sie durchsetzte, daß die Ausfuhrzölle für Ölprodukte aus Französisch-Westafrika erhöht wurden. Für je 100 kg Öl aus Französisch-Westafrika wurde nach und nach der Zoll erhöht, zuerst auf 9,75, dann auf 14, und schließlich auf 18,70 Franken. Da diese Maßnahmen nicht die erhofften Ergebnisse brachten, zwangen die Ölindustriellen der Metropole den westafrikanischen Ölmühlenbesitzern schließlich die Unterzeichnung eines Abkommens auf, das die Billigung eines Dekrets vom 8. April 1938 fand und das zollfrei einzuführende Öl aus Französisch-Westafrika auf ein Kontingent von 5800 t beschränkte. 1938 wächst die Ölproduktion auf 9000 t (6 Ölmühlen), wovon 3500 t für den Lokalmarkt bestimmt sind, der übrige Teil nach Nordafrika geht. Der Krieg setzt dieser Politik ein Ende. Schon 1939 erscheint es notwendig, um Frachtraum zu sparen, die

¹¹²³ Archives du Sénégal. Rapports agricoles: 1940–1945.

Versorgung Nordafrikas mit Erdnußöl ohne Umweg von Senegal aus zu begünstigen und den doppelten Transport, einmal nämlich der Erdnüsse von Senegal nach Frankreich und zum anderen wieder des französischen Öls nach Nordafrika, zu vermeiden. Das zollfreie Kontingent wird auf 12 000 t erhöht. 1941 zwingen die noch größeren Frachtraumschwierigkeiten zu einer Erhöhung des zollfrei einführbaren Kontingents auf 45 000 t. Eines der französischen Unternehmen, die Gesellschaft Lesieur, erhält die Genehmigung zur Errichtung eines Ölwerkes in Dakar, das sein damals außer Betrieb befindliches Ölwerk in Dünkirchen ersetzen soll. Die Ölproduktion wächst von 11 000 t (1939) auf 20 800 t (1940), dann auf 40 000 t (1941). Trotz der offensichtlichsten ökonomischen Schwierigkeiten erhält damals das Generalgouvernement den Befehl, diese Entwicklung zu bremsen – die französischen Industriellen verloren die Zukunft nicht aus dem Auge! Im Jahre 1942 geht die Produktion daher auf 27 000 t zurück, und die gestellten Anträge auf Genehmigung zur Schaffung neuer Ölmühlen werden abgewiesen. Ein Dekret vom 29. Juni 1942 (das durch ein Gesetz vom 30. Oktober 1946 für gültig erklärt wurde) unterwirft jede Einrichtung oder Ausdehnung von Ölmühlen in Französisch-Westafrika oder in Togo der Genehmigung der Gouverneure, die nur nach Konsultation der betreffenden Berufsgruppe erteilt werden konnte. Dagegen legt man der Errichtung von Ölmühlen in Nordafrika keine Hindernisse in den Weg. Die Ölmühlen der Gesellschaft Lesieur erzeugen übrigens nur Rohöl, das in ihren Werken in Casablanca raffiniert werden muß. Aber der bestehende Trend läßt sich nicht mehr bremsen: die Ölexporte steigen wieder an und treten nach und nach an die Stelle der Erdnußexporte.¹¹²⁴ „Ungeachtet der Opposition der hauptstädtischen Industriellen hat sich die Ölindustrie im Senegal infolge des durch den Kriegszustand bedingten großen Mangels an Fettstoffen und Transportgelegenheiten entwickelt.“¹¹²⁵

In Guinea, in der Elfenbeinküste, in Kamerun und in Französisch-Äquatorialafrika zeigen sich bei den traditionellen Erzeugnissen des Landes, die

¹¹²⁴ Ölexporte aus Französisch-Westafrika:

1938	5 681 Tonnen	1942	11 020 Tonnen
1939	5 231 „	1943	19 439 „
1940	13 193 „	1944	27 842 „
1941	23 383 „	1945	30 859 „
	1946	35 121 Tonnen	

¹¹²⁵ J. Fouquet, La traite des arachides dans le pays de Kaolack, in: Études sénégalaises, Nr 8, 1958, S. 125.

schwer zu transportieren oder leicht verderblich sind (Holz, Bananen¹¹²⁶, im minderen Maße Kakao), beträchtliche Ausfuhr rückgänge. Dagegen behalten Kaffee und Baumwolle aufsteigende Tendenz. Um den örtlichen Bedarf zu decken, entwickelt man im Waldland von Guinea den Tabakanbau. Französisch-Äquatorialafrika muß seit 1940, Französisch-Westafrika seit 1943 auf die einstigen Schutzzollpreise verzichten, um sich den von den Alliierten auferlegten Preisen anzupassen, die für den Export niedriger und für den Import höher sind. Daraus ergibt sich eine „Verringerung der Kaufkraft des Eingeborenen“, die der Generalgouverneur Bayardelle mit folgenden Ziffern veranschaulicht: von 1939 bis 1944 wuchs der Preis für Reis in Brazzaville von 2,60 Franken auf 3,85 Franken das kg, der Preis für das kg Zucker von 4,75 auf 6,40 Franken, der für den Liter Milch von 3,50 auf 10 Franken, der für das kg Seife von 2,50 auf 4,50 Franken, der für das kg Fleisch von 6 auf 12 Franken. Der Preis eines Fahrrades war von 700 auf 2700 Franken gestiegen, der einer Baumwolldecke von 10 auf 68 Franken. All diese Preise verstehen sich zur amtlichen Preiserhöhung und nicht zu den Preisen des Schwarzmarktes, zu welchen diese Waren oft nur erhältlich waren... Während dieser Zeit war der Aufkaufspreis für Baumwolle (Erzeugerpreis) lediglich von 1 auf 1,50 Franken je kg gestiegen.¹¹²⁷

Zum Schluß noch ein Wort über ein zusätzliches Ausbeutungsmittel, das den „Kriegsbeitrag“ begleitete: es handelt sich um den Mißbrauch der „freiwilligen Spendenzeichnung“. Dieses Verfahren war bereits 1914–18 und gelegentlich zu anderen Zeiten praktiziert worden.¹¹²⁸ Es kommt 1939 wieder auf. Von den Häuptlingen wird erwartet, daß sie in dieser Hinsicht wetteifern, um ihre „Loyalität“ zu zeigen. Daneben werden die libanesischen Kaufleute zu dieser Form der Beitragsleistung herangezogen. Die Häuptlinge wälzen die Lasten ihrer „Spendenzeichnung“ natürlich sofort in Form von Zusatzsteuern auf die Bewohner ihres Verwaltungsbezirkes ab. Im November 1939 schreibt ein Korrespondent aus Guinea: „Die freiwilligen Spenden für die nationale Verteidigung fließen unaufhörlich, sowohl in Konakry wie in den Kreisen der Kolonie. Sie erreichen schon fast 500 000

¹¹²⁶ Man spezialisiert sich auf die Erzeugung von Trockenbananen, die haltbarer sind und ein geringeres Verschickungsgewicht haben.

¹¹²⁷ A. Bayardelle, Discours au Conseil d'administration de l'A.E.F. (2. Dezember 1944).

¹¹²⁸ Im Jahre 1927 ruft man zu freiwilligen Beitragsleistungen „für die finanzielle Gesundung der Metropole“ auf. Jede Nummer des Journal officiel de l'A.E.F. bringt die Liste der Spender und den Betrag ihrer Spenden. Hauptsächlich handelt es sich um Häuptlinge: ein Sultan aus Tschad spendete 15 000 Franken.

Franken. Die Geschenke an Naturerzeugnissen ergänzen sie. Unter diesen ist das Geschenk einer Herde von 100 Haupt Großvieh hervorzuheben, dargebracht von Tjemo Umaru, Kantonhauptling von Dalaba.“¹¹²⁹ Unter dem Vichy-Regime Französisch-Westafrikas wird man für das „Nationale Hilfswerk“, für das „Winterhelfswerk des Marschalls“, usw. spenden. In Französisch-Äquatorialafrika, dann in Französisch-Westafrika nach dem Juni 1943, wird man erneut für die nationale Verteidigung, für die Widerstandskämpfer Frankreichs spenden, die, beiläufig gesagt, überhaupt niemals etwas von den gesammelten Beträgen erhielten, da diese geheimnisvollerweise unterwegs verschwunden sind.¹¹³⁰

c) Die „französische afrikanische Konferenz“ von Brazzaville
(30. 1.–8. 2. 1944)

All diese als Kriegsbeitrag verlangten Opfer wurden im Namen Frankreichs verlangt. Mehr und mehr lag jedoch der Nachdruck darauf, sie im Namen des demokratischen und republikanischen Frankreich zu verlangen, das sich im Kampf gegen das faschistische und rassistische Deutschland befand. Im Jahre 1942 trat diese Entwicklung noch nicht klar hervor. Nicht einmal zu Beginn des Jahres 1943 konnte man von ihr sprechen. Ganz besonders galt das für Französisch-Westafrika unter dem System Boisson. Die genannte Entwicklung befestigt sich aber mit dem Triumph des Französischen Nationalen Befreiungskomitees und seiner Niederlassung in Algier. Wenn sich in diesem Kampf seit 1940 Männer der Linken den Gaullisten beigesellt hatten, so hatte der gaullistische Clan selbst, der hauptsächlich

¹¹²⁹ A.F., 1939, Nr 10–11, S. 245.

¹¹³⁰ Hier nach den offiziellen Berichten (wo die Spenden unter derselben Spalte wie Steuer, Fronen und Warenzwangslieferungen erwähnt sind) der vom Unterbezirk Dalaba (Guinea) mit einer Bevölkerung von 60 000 Einwohnern erzwungene „Beitrag“.

1942: „Freiwillige Spenden“; für das Nationalhelfswerk: 81 761 Franken; für die Opfer der Bombardierungen des Pariser Gebietes: 24 900 Franken.

1943: Nationales Hilfswerk: 102 000 Franken.

Afrikanische Anleihe: 658 000 Franken.

Nationalspende für die

Widerstandsbewegung: 390 000 Franken.

(Im Verlauf des Jahres 1943 war die Nationalspende für die Widerstandsbewegung an die Stelle des „Nationalen Hilfswerks“ Pétains getreten ...)

1944: Spenden 350 000 Franken.

aus den rechtsextremistischen Parteien und den Cagoullards hervorgegangen war, keineswegs seine politischen Ansichten verhehlt, die denen seiner Gegner in Vichy sehr nahekamen. Gern machten seine Vertreter die „Politik“, die Volksfront oder die Intellektuellen für die Niederlage verantwortlich. Man klagte Vichy nicht seiner Innenpolitik wegen an, oft sogar billigte man sie sogar und bedauerte nur, daß sie erst unter deutscher Ägide zur Durchführung gekommen sei.¹¹³¹ Diese Position wird seit 1942 verschwommener. Die Veränderung geht hauptsächlich auf die Rivalität zurück, die im Innern des alliierten Lagers zwischen Engländern und Amerikanern besteht, und auf Erwägungen innerpolitischer Natur. Die Amerikaner stehen de Gaulle feindlich gegenüber, da sie ihn als Werkzeug der britischen Politik ansehen. Gegen ihn spielen sie die Karte eines Vichyismus aus, der auf die Seite der Alliierten übergegangen ist, und erlauben in Nordafrika und in Französisch-Westafrika das Weiterbestehen der Herrschaft der pétainistischen Generalgouverneure. Um seine Gegner auszuschalten, die den beschränktesten Konservatismus vertreten, muß de Gaulle sich auf die innere französische Widerstandsbewegung stützen, die ihren Schwerpunkt mehr und mehr links findet. Der Gaullismus der ersten Jahre sprach fast nur von Frankreich, jetzt bezieht er sich mehr und mehr auf die Republik. Diese Orientierung des Gaullismus, die sich bei seinem Führer aus Erwägungen der praktischen Politik und nicht aus grundsätzlichen Erwägungen inspiriert, entspricht übrigens der Veränderung des Charakters des Krieges: bei seinem Beginn ist dieser ein imperialistischer Konflikt, der sich kaum viel von demjenigen von 1914 unterscheidet, da die Verteidigung der Rechte der unterdrückten Völker in ihm durch die Alliierten vielmehr als Vorwand, denn als bestimmender Grund erscheint; dann nimmt der Krieg mehr und mehr einen Volkscharakter an: die Aggression gegen die UdSSR, die Entwicklung des Widerstandes bei den vom Nazismus geknechteten Völkern Europas, verleihen ihm den Charakter eines Kampfes der Völker für nationale Unabhängigkeit und Demokratie gegen Naziimperialismus und Nazidiktatur. Die alliierten imperialistischen Mächte – USA und Großbritannien – sehen sich durch Notwendigkeit und taktisches Interesse dazu geführt, der Strömung zu folgen. Die feierlich verkündeten alliierten „Kriegsziele“ wählen als zentrales Thema das Recht der Völker auf Selbstbestimmung (Atlantik-Charta). Wohlgemerkt, die Franzosen und Briten

¹¹³¹ In seinen *Mémoires de Guerre* (L'Appel, „Le Livre de poche“, S. 282) spricht Charles de Gaulle mit großer Achtung von seinem „unbestreitbaren Beitrag zur ökonomischen und gesellschaftlichen Organisation“.

denken, indem sie diesen Grundsätzen anhängen, an Europa, aber nicht an die Kolonien . . . Roosevelt seinerseits würde nach dem Beispiel Wilsons in den Jahren 1917–19 auf dem universalen Charakter dieser Erklärungen bestehen. Eine innere Erschütterung der englischen und französischen Kolonialreiche, die die Vormundschaft der Metropolen lockert und dem amerikanischen Imperialismus, der auf Expansion begierig ist, einen Zugang und Möglichkeiten in den ihm bis dahin versperrten Gebieten eröffnen würde, riefte keineswegs das Mißfallen Washingtons hervor. Den USA erschien das französische Reich, das seine Metropole verloren hatte, als besonders verlockende Beute. Um die amerikanischen Intrigen zu entschärfen und den Kriegsbeitrag, der immer erdrückender wurde (die Jahre 1944/1945 werden in dieser Hinsicht die härtesten werden), erst einmal annehmbar erscheinen zu lassen, mußte man Änderungen versprechen. Dies war das Werk der Konferenz von Brazzaville. Sie fand einige Monate nach Ausschaltung der Vichyisten in Französisch-Westafrika statt. In seiner Eröffnungssprache gibt ihr de Gaulle, Präsident des Französischen Nationalen Befreiungskomitees, folgenden Rahmen: „Wie immer, überstürzte der Krieg selbst die Entwicklung. Zuerst durch die Tatsache, daß er bis zu diesem Tag zu einem großen Teil ein afrikanischer Krieg war, und daß gleichzeitig die absolute und verhältnismäßige Wichtigkeit der Hilfskräfte, Verkehrswege und Belastungen Afrikas mit Bezug auf die Kriegsschauplätze zugenommen hat. Aber dann, und vor allem, weil nicht mehr und nicht weniger auf dem Spiel dieses Krieges steht als die Menschenwürde, und weil unter der Wirkung der psychischen Kräfte, die er überall entfesselt hat, jede Bevölkerung, jeder einzelne Mensch, den Kopf erhebt, über den Tag hinaus blickt und sich die Frage nach seinem Schicksal vorlegt.“¹¹³² Und im ferneren Verlauf spricht er sich genauer aus: „Aber in Französisch-Afrika, wie in allen anderen Territorien, wo Menschen unter unserem Banner leben, gäbe es keinen Fortschritt, der ein Fortschritt ist, wenn nicht die Menschen auf ihrem Mutterboden moralischen und materiellen Gewinn hätten, wenn sie sich nicht nach und nach auf die Stufe zu erheben vermöchten, wo sie in der Lage sein werden, bei sich zu Hause an der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten teilzunehmen. Darauf hinzuwirken ist die Pflicht Frankreichs. Dies ist das Ziel, nach dem wir uns auszurichten haben. Wir verhehlen uns nicht die Länge der Etappen.“¹¹³³

Wie verschwommen diese Grundsatzerklärung und die mit ihr verbundene Hintertür (Länge der Etappen) auch sei, sie stellt unstreitig und über

¹¹³² *La Conférence africaine française*, Brazzaville o. J. (1944), S. 38.

¹¹³³ Ebenda.

die taktischen Motive hinaus, von denen sie eingegeben wurde, einen nicht mehr zurücknehmbaren Schritt in der französischen Kolonialpolitik dar. Die Jules Harmond und die Régismanset zogen die „humanitäre“ Kolonisation in das Lächerliche und bestätigten – ganz in Übereinstimmung mit den Tatsachen –, daß der Kolonialismus die Ausbeutung zum Ziel hatte und auf der Gewalt beruhte. 1931 erklärte Albert Sarraut, indem er die offene Krise bemerkte, die „Pflicht“, die Lage des Eingeborenen zu bessern, zur einzigen Möglichkeit, die Kolonisation zu rechtfertigen. Aber niemals hatten die Verantwortlichen sich bereitgefunden, und sei es nur in einer entfernten Zukunft, eine Teilnahme der Kolonialuntertanen an der Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten ins Auge zu fassen. De Gaulle, der ganz mit seinen taktischen Erwägungen des Augenblicks beschäftigt war, erkannte zweifellos nicht die Tragweite seiner Erklärungen. Sie hatten ein erstes Ziel, das erreicht wurde: den amerikanischen Manövern ein Ende zu machen. Sie hatten noch ein zweites Ziel: den Weg für eine „Kolonialvertretung“ freizulegen, die, wie de Gaulle und seine Ratgeber nicht bezweifelten, das sein würde, was die Kolonialverwaltung wünschte, was sie sei. Diese würde dann, so dachte man, als ein Gegengewicht gegen die in Frankreich aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene Nationalvertretung, deren Richtung und Unabhängigkeit de Gaulle und seine Ratgeber fürchteten, zu gebrauchen sein.

Was die konkrete unmittelbare Bedeutung dieser Prinzipien in Afrika selbst wäre, lehrte schon die Zusammensetzung der Konferenz. Sie hatte weder demokratischen noch repräsentativen Charakter. Es war eine Konferenz der Gouverneure und Generalgouverneure von Schwarzafrika und von Madagaskar, die unter dem Vorsitz des Kolonialkommissars des C.F.L.N., Pléven, tagte. Zu den Arbeiten der Konferenz zog man die Vertreter des Kolonialismus heran: Amtsvorsteher, Handel und Industrie, Mission. Eine Delegation der provisorischen beratenden Versammlung ist auf der Konferenz anwesend: sie besteht aus drei Mitgliedern, welche den Französischen Christlichen Gewerkschaftsbund, den Französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund (der Sozialist Albert Gazier) und die Sozialistische Partei – S.F.I.O. – (Jules Moch) vertreten. Man hat dafür Sorge getragen, jeden Kommunisten von der Konferenz auszuschließen. Kein Afrikaner wird zur Teilnahme eingeladen werden.¹¹³⁴ Die Empfehlungen

¹¹³⁴ Nicht als „Teilnahme“ anzusprechen ist die Übersendung von 6 Denkschriften (redigiert u. a. von Fily Dabo Sissoko und vom „Kreis der Évolués von Brazzaville“), von denen die Konferenz nicht ernstlich Kenntnis genommen zu haben scheint.

der Konferenz haben nichts Revolutionäres an sich. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, stellt die Konferenz von vornherein klar, daß das Prinzip des Kolonialsystems nicht in Frage gestellt wird. Zu Beginn ihrer Empfehlungen erklärt sie: „Die Afrikanische Französische Konferenz von Brazzaville hat geglaubt, vor der Berührung dieses Teils des ihrer Prüfung vorgeschlagenen Allgemeinprogramms [es handelte sich um die politische Organisation] den nachfolgenden Grundsatz aufstellen zu müssen: *die Ziele des von Frankreich in den Kolonien bewältigten Kolonisationswerkes schließen jeden Gedanken an Autonomie, jede Möglichkeit der Entwicklung außerhalb des französischen Reichsblockes aus: Die eventuelle, selbst in ferner Zeit liegende Bildung von Self-Governments in den Kolonien ist zu vermeiden.*“ ¹¹³⁵

Die Konferenz hält eine einfache Verbesserung der parlamentarischen Vertretung der Kolonien für unzureichend. Sie schlägt eine Bundesversammlung vor. Ganz offensichtlich denkt man nicht an eine Vertretung der Afrikaner: es handelt sich darum, „der Kolonie“, das heißt ihrer Verwaltung, ihrem Handel und ihrer Industrie, die Möglichkeit zu verschaffen, in Paris vertreten zu sein und eventuell in der französischen Politik ein Gewicht in die Waagschale werfen zu können. Auf dem Gebiet der Innenpolitik verlangt die Konferenz übrigens eine Ausdehnung der Machtvollkommenheiten der Gouverneure . . . Hinsichtlich der „Eingeborenenpolitik“ bleibt die Konferenz auf den Konzessionen von Eboué stehen: Statut der „Évolués-Notabeln“, Achtung der Gewohnheitsrechte, wenn auch abgeschwächt durch die Festlegung der ehelichen Freiheit der Frau (die schon vor dem Kriege durch das Dekret Mandel vorgeschrieben war). Der Gebrauch der afrikanischen Sprachen im Unterricht bleibt streng untersagt. Es ist keinerlei Rede davon, den Kolonialuntertanen das volle Bürgerrecht zu geben: man begnügt sich damit, die „fortschreitende Abschaffung“ der Strafen des Eingeborenenstatuts nach dem Ende der Feindseligkeiten zu versprechen . . . ¹¹³⁶

Die Freiheit der Arbeit soll nach Verlauf von fünf Jahren eingeführt werden (Frankreich hatte sich, wenn auch widerstrebend, schon für das Jahr 1930 einst dazu verpflichtet . . .). Eine Körperschaft von Arbeitsinspektoren sollte geschaffen werden, und der Mann soll „das Recht“ haben, von seiner Frau an den Arbeitsplatz begleitet zu werden. Aber man wird einen Zwangsarbeitsdienst von einem Jahr für die nicht in die Armee ein-

¹¹³⁵ Ebenda, S. 45. Hervorhebungen wie im Originaldokument.

¹¹³⁶ Ebenda, S. 54.

gegliederten jungen Männer einrichten (was nur die Aufrechterhaltung des Systems der „zweiten Hälfte“ ist, welche das internationale Arbeitsamt verurteilt hatte). Kurzum, diese Empfehlungen genügen, um die angebliche „Weite der Gesichtspunkte“, die in der Konferenz von Brazzaville zum Ausdruck gekommen wäre, zu beurteilen. Sie zeugen im Gegenteil von der Unfähigkeit der Kolonialisten und des Französischen Nationalen Befreiungskomitees, die Weite der Bewegung, die sich in den Massen abzeichnete, zu begreifen. Auf die Anschuldigungen, nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten, antwortet man mit dem einfachen Versprechen einer Beteiligung der Afrikaner an der Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten in unbestimmten Formen und in einer unbestimmten Zukunft, und nur unter der Voraussetzung, daß man sie „nach und nach bis zu der Stufe erhoben haben wird, wo sie [dazu] fähig sein werden“. Mit verschwommenen, von Auslassungen und Fristen umgebenen Versprechungen, die sich weniger an die afrikanischen Massen (von denen man überzeugt ist, sie „fest in der Hand“ zu haben, und daß sie weiterhin schweigen werden) als an die internationale Öffentlichkeit wenden, glaubte man also, sich aus der Affäre ziehen zu können.

Der Vorwand der Unfähigkeit, der „Unmündigkeit“ der afrikanischen Völker wird weiterhin ins Feld geführt, um sich jeder unverzüglichen wirklichen Veränderung widersetzen zu können. Und vor allem, das Prinzip der höchsten kolonialen Gewalt bleibt unangreifbar. Man kann sogar sagen, daß es wohl vor allem dieses Prinzip war, was die Konferenz im Auge hatte. Die Einstellung zu den unmittelbar bevorstehenden afrikanischen Massenbewegungen, die diese geflissentlich ignorieren und abtun zu können glaubt, indem sie das geringste Abgehen von den Zuständen der Kolonialherrschaft kategorisch für unmöglich erklärt, gibt bereits einen Vorausblick auf den dramatischen Zuschnitt der nachfolgenden Ereignisse.

Bibliographie

Sie erfordert dieselben Bemerkungen wie die zum Band I, an die man sich für die allgemeinen Werke halten kann. Systematisch ausgelassen wurden die Werke, die bereits in der Bibliographie von Band I enthalten sind.

Verwendete Abkürzungen

- A.F. L'Afrique française (Bulletin du Comité de l'Afrique française).
A.F., R.C. L'Afrique française, Renseignements coloniaux (suppléments).
B.C.E.H.S. Bulletin du Comité d'Etudes historiques et scientifiques de l'A.O.F.
C.I.A.O. Conférence internationale des Africanistes de l'Ouest.
C.O.M. Cahiers d'Outre-Mer (Bordeaux).
I.F.A.N. Institut français d'Afrique noire.
R.I. Revue indigène.

Teil I (1900–1919)

- Abadie*, General, La Défense des colonies. Résumé historique, Paris 1937.
Abou Digu'en, Notre Empire africain noir, Paris 1928.
Afrique Equatoriale Française (Gouvernement général de l'), Comptes définitifs des recettes et dépenses, 1911. Paris 1912–1913; Brazzaville 1914.
– [Gouvernement général de l'], l'évolution économique des possessions françaises de l'Afrique équatoriale, Paris 1913.
– [Emprunt de l'], Paris 1913.
– [Une étape de la conquête de l'], Paris 1919. [Victor Augagneur et l'] : par S., colon du Congo, Bordeaux 1923.
Afrique Occidentale Française (Gouvernement général de l'), Situation générale de l'année 1908, Gorée 1909.
– [Gouvernement général de l'], L'Afrique occidentale française en 1910. Rapport d'ensemble annuel. Laval, Imprimerie Barnéoud.
– [Gouvernement général de l'], Rapport d'ensemble annuel 1912. Paris 1915.

- Afrique Occidentale Française* [Gouvernement général de l'], Rapport d'ensemble annuel 1913. Paris 1916.
- [*Allemagne*] Les Crimes allemands en Afrique, Paris 1917.
- Anfreville de La Salle*, Dr.d', Notre vieux Sénégal. Paris 1909.
- Angoulvant*, G., La Pacification de la Côte d'Ivoire, Paris 1916.
- Annet*, A., En colonne dans le Cameroun, Paris 1949.
- Arcin*, A., La Guinée française, Paris 1907.
- [*Armée*] L'Artillerie aux colonies, Paris 1931.
- Le Train des équipages aux colonies, Paris 1931.
- Aspe-Fleurimont*, La Guinée française, Paris 1900.
- Augagneur*, V., Erreurs et brutalités coloniales. Paris 1927.
- Le mouvement de la population en Afrique Equatoriale Française, in: Revue d'hygiène, Bd 46, Nr 6, S. 509 bis 540.
 - Siehe: *Afrique Equatoriale Française*.
- Augier*, Ch., u. *Renard*, Ch., Le Régime douanier colonial, Paris 1914.
- Aymerich*, General, La Conquête du Cameroun, Paris 1933.
- Barot*, Dr., Guide pratique de l'Européen dans l'Afrique occidentale, Paris 1902.
- Basset* u. X. ., Ce qui se passe au Congo, in: La Revue, XXXVIII, 1901, S. 337-350 und 459-473.
- Beslier*, G. G., Le Sénégal, Paris 1935.
- Betts*, R. F., Assimilation and association in French colonial theory (1890-1914), New York 1961.
- Bohn*, F., Le Développement économique de nos colonies d'Afrique occidentale, Marseille 1898.
- C.F.A.O., Rapport adressé à M. Cotellet, conseiller d'État, président de la Commission des concessions coloniales. Marseille 1900.
- Boisboissel*, Y. de, Origine et historique sommaire des unités de tirailleurs et spahis sénégalais et soudanais, in: Revue internationale d'histoire militaire, Dakar 1956.
- Boni*, Nazi, Crépuscule des temps anciens, Paris 1962.
- Bouche*, D., Les villages de liberté en A.O.F., in: Bull. I.F.A.N., 1949, Nr 3-4, S. 491-540, und 1950, Nr 1, S. 135-215.
- Bourdarie*, P., La colonisation du Congo français, in: Questions diplomatiques et coloniales, Jg. 4, IX, 1. Januar 1900, S. 1-13.
- Brubat*, J., Jaurès devant le problème colonial, in: Cahiers internationaux, März 1958, S. 43-62.
- Caillaux*, J., Agadir. Ma politique extérieure, Paris 1919.
- [*Cameroun*] La Conquête du Cameroun et du Togo, Paris 1931.
- Cario*, L. u. *Régismanset*, Ch., La Concurrence des colonies à la métropole, Paris 1906.
- Chailley-Bert*, J., Dix années de politique coloniale, Paris 1902.
- Challaye*, F., Le Congo français. La question internationale du Congo, Paris 1909.
- Un aspirant dictateur, André Tardieu. Paris 1930.
 - Souvenirs sur la colonisation, Paris 1935.
- Chudeau*, R., Le grand commerce indigène de l'Afrique occidentale, in: Bull. Soc. Géographie commerciale de Paris, 1910, S. 398-412.
- Collery*, M., Origine historique des cantons de la subdivision d'Athiémé, in: Études dahoméennes, VIII, 1952, S. 89-108.

- [*Colonies*] Les Colonies et la défense nationale, Paris 1916.
- Cornet*, Hauptmann, Au Tchad, Paris 1910.
- Cosnier, H.*, L'Ouest africain français, Paris 1921.
- Cousin, A.*, Concessions congolaises, Paris 1901.
- Coutouly, F. de*, Le cercle de Kadé-Touba, in: A.F., R.C., 1916. Nr 4, S. 96.
- Crespin, M.*, Alpha Yaya et M. Frézouls, in: Revue indigène, 1906, Nr 2, S. 45/46.
- La question du Coniagui, in: Revue indigène, 1906, Nr 4, S. 88+93.
- Cuvillier-Fleury, H.*, La Mise en valeur du Congo français, Paris 1904.
- Cuvillier-Fleury, R.*, La Main-d'œuvre dans les colonies françaises de l'Afrique occidentale et du Congo, Paris 1907.
- Daigre*, Pater, Oubangui-Chari, témoignage sur son évolution (1900–1940), Issoudun 1947.
- Debrand*, Leutnant, La Conduite des petits détachements en Afrique équatoriale, Paris 1911.
- Deberme, G.*, L'A.O.F., action politique, économique et sociale, Paris 1908.
- Delaisi, F.*, Comment on lance une conquête coloniale, in: Le Crapouillot, Sondernummer: Expéditions coloniales. Leurs dessous, leurs atrocités, par F. Delaisi, A. Malraux, Galtier-Boissière, Januar 1936, S. 47.
- Desbordes, J. G.*, L'Immigration libano-syrienne en A.O.F., Poitiers 1938.
- Désiré-Vuillemin, G.*, Contribution à l'histoire de la Mauritanie, Dakar 1962.
- Duboc*, General, La Mauritanie, Paris 1935.
- Dumas, Ch.*, Libérez les indigènes, ou renoncez aux colonies, Paris 1914.
- Du Vivier de Streel, E.*, Le caoutchouc en Afrique équatoriale, in: Bull. Société de Géographie commerciale du Paris, 1912, S. 5–31.
- Étienne, E.*, Les Compagnies de colonisation, Paris 1897 (Sammlung von Artikeln, die in Le Temps erschienen sind).
- Son œuvre coloniale, algérienne et politique (1888–1906), Paris 1907 (Bd I), und Paris o. J. (Bd II): Discours et écrits divers.
- Ferrandi, J.*, La Conquête du Cameroun-Nord, Paris 1928.
- Le Centre-africain français: Tchad, Bornou, Ennedi. Leur conquête. Paris 1930.
- Fillot, H.*, Alpha Yaya et M. Frézouls, in: Revue indigène, 1906, Nr 4, S. 85–88.
- Forgeron, J. B.*, Le Protectorat en Afrique occidentale française et les chefs indigènes, Bordeaux 1920.
- François, G.*, L'Afrique occidentale française en 1908, in: Questions diplomatiques et coloniales, XXVII, 1. April 1909, S. 425–437.
- Girault, A.*, The colonial Tariff Policy of France, Oxford 1916.
- [*Guerre*] Historique des troupes coloniales pendant la guerre de 1914–1918, Paris 1922.
- Les Contingents coloniaux, Paris 1931.
- Les Troupes coloniales pendant la guerre 1914–1918, Paris 1931.
- Gueye, L.*, De la situation politique des Sénégalais originaires des communes de plein exercice, Paris 1922.
- Guignard, A.*, Zig-zags en A.O.F., in: A.F., 1912, Nr 8, S. 309–316.
- Hauser, H.*, Colonies allemandes, impériales et spontanées, Paris 1900.

- [*Haut-Sénégal-et-Niger*] Rapport d'ensemble sur la situation de la colonie du -, 1906. Bordeaux 1909.
- Henry, Y., *Le Caoutchouc dans l'Afrique occidentale française*, Paris 1907.
- Hervet, G., *Le Commerce extérieur de l'Afrique occidentale française*, Paris 1911.
- *Supplément 1910-1913*, Paris 1913.
- Hilaire-Mamie, G., *Les Douanes en Afrique occidentale française*, Paris 1910.
- Histoire et épopée des troupes coloniales*, Paris 1956.
- Hubert, L., *L'Eveil d'un monde. L'œuvre de la France en Afrique Occidentale Française*, Paris 1909.
- Jeaugeon, R., *Les sociétés d'exploitation au Congo et l'opinion française de 1890 à 1906*, in: *Revue française d'histoire d'Outre-mer*, 1962, S. 353-437.
- Joseph, G., *Manuel des palabres*, Binger-ville 1916.
- Kersaint-Gilly, F. de, *Essai sur l'évolution de l'esclavage en A.O.F.*, in: *B.C.E.H.S.*, 1924, Nr 3, S. 469-478.
- Lacheroy, Hauptmann, *Les Libano-syriens en A.O.F.*, Paris 1953 (vervielfältigt).
- Lagrillière-Beauclerc, E., *Mission au Sénégal et au Soudan*, Paris o. J., (1898)
- Lefébure, J., *Le Régime des concessions au Congo*, (Thèse de Droit), Paris 1904.
- Lefranc, G., *Le mouvement socialiste sous la III^e République*, Paris 1964.
- Lorin, H., *La crise du Congo français*, in: *Questions diplomatiques et coloniales*, Nr 91, 1. Dezember 1900, S. 674-685.
- Louis, P., *Le colonialisme*, Paris 1905.
- Madrolle, Cl., *En Guinée*, Paris 1895.
- Maguet, E., *La condition juridique des terres en Guinée française*, in: *A.F.*, *R.C.*, 1926, Nr 3, S. 121-126.
- *Concessions domaniales dans les colonies françaises*, Villefranche 1930. (Thèse de Droit.)
- Maillard, J., *Au Ouadaï, de 1909 à 1912*, in: *Encyclopédie mensuelle d'outre-mer*, November 1953.
- Mangin, Ch., *Troupes noires*, Coulommiers 1909.
- *La Force noire*, Paris 1910.
- Martin, G., Lebeuf, A. u. Roubaud, A., *Rapport de la mission d'études de la maladie du sommeil au Congo français (1906-1908)*. Paris 1909.
- Marty, P., *La Politique indigène du gouverneur général Ponty*, Paris 1915.
- Massiou, J., *Les Grandes concessions au Congo français*, Paris 1920. (Thèse de Droit.)
- Masson, P., *Marseille et la colonisation française*, Marseille 1906.
- Meinecke, G., *Wirtschaftliche Kolonialpolitik*, Berlin 1900, 2 Bde.
- Mermeix, L. *Chronique de l'an 1911*, Paris 1912.
- Mille, P. u. Challaye, F., *Les deux Congo devant la Belgique et devant la France*, in: *Cahiers de la Quinzaine*, H. 16, Serie 7, 1906.
- Morel, E. D., *The British Case in French Congo*, London 1903.
- *Red Rubber*, London 1907.
- *The black-Man's burden*, Manchester-London o. J.
- Mveng, E., *Histoire du Cameroun*, Paris, *Présence africaine*, 1963.
- Newbury, C. W., *An early Enquiry into Slavery and Captivity in Dahomey*, in: *Zaire*, XIV, 1, 1960, S. 53-68.
- *The formation of the Government of French West Africa*, in: *Journal of African History*, I, 1, 1960, S. 111-128.
- Olivesi, A., *Les socialistes marseillais et le problème colonial*, in: *Mouvement*

- social, Nr 46, Januar-März 1964, S. 27-66.
- Picrochole*, Le Sénégal drôlatique, Paris 1896.
- Possessions du Congo français et dépendances*. Rapport d'ensemble sur la situation générale en 1906, Paris 1908.
- Prévaudeau, A.*, Joost van Vollenhoven, Paris 1953.
- Rapport confidentiel au G.^g. O.^g. de France et aux RR.^g. LL.^g. de la Fédération*. Dakar 1904.
- Rébérioux, M.*, u. *Haupt, G.*, Le socialisme et la question Coloniale avant 1914. L'attitude de l'Internationale in: *Mouvement social*, Nr 45, Oktober-Dezember 1963, S. 7-38.
- Rébérioux, M.*, La gauche socialiste française, la „guerre sociale“ et le „mouvement socialiste“ face au problème colonial, in: *Mouvement social*, Nr 46, Januar-März 1964, S. 91-104.
- Reclus, O.*, Lâchons l'Asie, prenons l'Afrique, Paris 1904.
- Régismanset, Ch.*, Essai sur la colonisation, Paris 1907.
- *Questions coloniales (1900-1912)*, Paris 1912, 2. Serie (1912-1919), 2 Bde, Paris 1923.
- Reichskolonialministerium*, Deutsche und französische Eingeborenenbehandlung, Berlin 1919.
- Rotté, Ch.*, Les Chemins de fer et tramways des colonies, Paris 1910.
- Rouard de Card, E.*, Traité de délimitation concernant l'Afrique française, Paris 1900.
- *Supplément 1910-1913*. Paris 1913.
- *Supplément 1914-1925*, Paris 1926.
- Rouget, F.*, La Guinée, Corbeil 1906.
- *L'Expansion coloniale française et le commerce austro-allemand*, Melun 1916 und 1917.
- Roux, E.*, Manuel des administrateurs et du personnel des affaires indigènes de la colonie Sénégal, Paris 1911.
- Saintoyant, J.*, L'Affaire du Congo (1905), Paris 1960.
- Sangha-Oubangui* (La compagnie forestière). Ses origines, ses méthodes, ses résultats, ses aspirations. Paris 1911.
- Séché, A.*, Les Noirs, Paris 1919.
- Seidel, A.*, Deutsch-Kamerun, Berlin 1906.
- Servel, A.*, Étude sur l'organisation administrative et financière de l'Afrique équatoriale française, Paris 1912. (Thèse de Droit.)
- Simon, M.*, Souvenirs de brousse, 2 Bde (1905-1910 und 1910-1912), o. O., o. J. [1961].
- *Souvenirs de brousse: Dahomey - Côte d'Ivoire: (1905-1918)*, Paris 1965.
- Stoecker, H.*, Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft, Berlin 1960.
- Subbotin, V. A.*, Die französische Kolonialexpansion am Ende des 19. Jh. (Äquatorialafrika und die Inseln des Indischen Ozeans.) Moskau 1962 (russisch).
- Surlet-Canale, J.*, La Guinée dans le système colonial, in: *Présence africaine*, XXIX, Dez. 1959-Januar 1960, S. 9-44.
- *L'anticolonialisme en France sous la III^e République: Paul Vigné d'Octon*, in: *Cahiers internationaux*, Nr 107, Sept.-Okt. 1959, S. 57-68.
- *L'Économie de traite en Afrique noire sous domination française (1900-1914)*, in: *Recherches africaines*, 1960, Nr 2, S. 3-39.
- Tardieu, A.*, Le Mystère d'Agadir, Paris 1912.
- Terrier, A.*, u. *Mourey, Ch.*, L'Œuvre de la III^e République en Afrique occiden-

- tales, l'expansion française et la formation territoriale, Paris 1910.
- Teuillière, G.*, Alpha Yaya et la politique indigène, in: *Revue indigène*, 1911, S. 615–620.
- Thomas, R.*, La politique socialiste et le problème colonial de 1905 à 1920, in: *Revue française d'histoire d'Outre-mer*, 1960, S. 213–245.
- Tisserant, Ch.*, Ce que j'ai connu de l'esclavage en Oubangui-Chari, Paris 1955.
- Toqué, G.*, Les Massacres du Congo, Paris 1907.
- Vallier, Hauptmann*, L'Organisation militaire du Congo français, Paris 1909.
- Venel u. Bouchez*, Guide de l'officier méhariste, Paris 1910.
- Verdat, M.*, Le Ouali de Goumba, in: *Études guinéennes*, 1949, Nr 3, S. 3–81.
- Vigné d'Octon, P.*, Les Crimes coloniaux de la III^e République. La Sueur du burnous. Paris 1911.
- La Nouvelle gloire du sabre, Marseille o. J.
- Vignon, L.*, Un Programme de politique coloniale. Les questions indigènes, Paris 1919.
- Vincent, J. F.*, Traditions historiques chez les Djem de Sonanké (République du Congo-Brazzaville), in: *Revue française d'histoire d'Outre-Mer*, L, 1963, S. 64–73.
- Violette, M.*, A la veille d'Agadir, la N'Goko-Sangha, Paris 1914.
- Vivier de Streel, E.*, siehe Du Vivier de Streel.
- Willard, Cl.*, Les Guesdistes, Paris 1965.
- Wondji, Cbr.*, La Côte d'Ivoire occidentale, période de pénétration pacifique (1890–1908), in: *Revue française d'histoire d'Outre-Mer*, L, 1963, S. 346–381.
- Zévaès, A.*, Les Guesdistes (Bd III de l'Histoire des partis socialistes en France). Paris 1911.

Teil II

Kapitel I

Wirtschaftszeitschriften:

Annuaire S.E.F. Cote Desfossés.

Annales statistiques de l'A.O.F., 1917–1938.

Annales statistiques de l'A.E.F., 1936–1950. [Paris 1949.

Annuaire statistique de la F.O.M., Pa-Bulletin économique de l'A.E.F.

Bulletin de l'Agence économique de l'A.O.F. (1924–1936).

Bulletin trimestriel de l'Association cotonnière coloniale (1933–1939).

Rapports annuels à la S.D.N. (Cameroun et Togo).

Suppléments statistiques au „J.O.“ de l'A.O.F. (1924–1936).

A.O.F. [Le redressement économique de l' –]. Supplement zu La Presse coloniale, 30, 10, 1935.

A.O.F. [Réglementation du travail indigène en –] Porto Novo, 1929. [Alimentation] Conférence interafricaine sur l'alimentation et la nutrition, Dschang, Cameroun, 1949. Documentation française, 1950.

Baillaud, E., L'Organisation économique de l'Afrique occidentale française, Marseille 1936.

- Barbé, R.*, Caractéristiques du colonialisme français, in: Cahiers du Communisme, September 1960, Nr 9, S. 1376-1417.
- Béline, E.*, Les Travaux du Niger, o. O., Gouvernement général de l'A.O.F., 1940.
- Bosc, Ph.*, Résultats et évolution de l'aide technique et de la coopération ferroviaires apportées par la France aux pays d'outre-mer, in: C.R.S. Acad. Sc. outre-mer, XIX, Juni-Juli 1959, V-VI, S. 294-304.
- Boyer, M.*, Les Sociétés indigènes de prévoyance, de secours et de prêts mutuels agricoles en A.O.F., Paris 1935.
- Cabot, J.*, La culture du coton au Tchad, in: Annales de Géographie, 1957, S. 499-508.
- Cap Vert* [La presqu'île du -]. Études sénégalaises, Nr 1, 1949.
- Carbon, J. de*, La culture du coton en milieu africain (West African Cotton Research Conference, held at the Regional Research Station, Samaru, Northern Nigeria 1957, S. 50-53.
- Carsow, M.*, Quelques Aspects du commerce impérial de la France, 2 Bde, Paris 1935. [ris 1961.
- Castro, J. de*, Le Livre noir de la faim, Pa-Cépède, M., u. Lengellé, M., L'Economie alimentaire du globe, Paris 1953.
- Chabas, J.*, Le régime foncier coutumier en A.O.F., in: Annales africaines, 1957, S. 53-78.
- De la transformation des droits fonciers coutumiers en droit de propriété, in: Annales africaines, 1959, S. 73-108.
- Champaud, J.*, La navigation fluviale sur le Moyen-Niger, in: C.O.M., 1961, S. 255-292.
- Charbonneau, J.*, u. R., Marchés et marchands d'Afrique noire, Paris 1961.
- Cousturier, L.*, La forêt du Haut-Niger, in: Les Cahiers d'aujourd'hui, Nr 12, Paris 1925.
- Dakar* [Le port de -]: Dakar, Grande Imprimerie africaine, 1929.
- Dampierre, E. de*, Coton noir, café blanc, in: Cahiers d'études africaines, Nr 2, Mai 1960, S. 128-147.
- David, Ph.*, Fraternité d'hivernage (le contrat de navétanat), in: Présence africaine, XXXI, April-Mai 1960, S. 45-57.
- Dresch, J.*, Les trusts en Afrique noire, in: Servir la France, 1946, S. 30.
- Questions ouest-africaines, Boletim cultural da Guiné portuguesa, Nr 17, Januar 1950, S. 1-21.
- Recherches sur les investissements dans l'Union française outre-mer, in: B.A.G.F., 1953, Nummern 231-232, S. 2-13.
- Durand, H.*, Essai sur la conjoncture de l'Afrique noire, Paris 1957.
- Du Vivier de Streel, E.*, L'Afrique équatoriale française et la crise, Institut colonial international. XXII^e session, Bruxelles 1933, S. 355-382.
- Eboué, F.*, Les Peuples de l'Oubangui-Chari, Paris, Comité de l'Afrique française, 1933.
- Edouard, Pater*, Sur les pistes de l'Oubangui. La mission de Berberati en Oubangui-Chari, Grenoble 1954.
- Faure, Cl.*, Histoire de la presqu'île du Cap Vert et des origines de Dakar, Paris 1914.
- Fidel, C.*, L'Afrique occidentale française et la crise économique, in: La Chronique coloniale, Februar 1932.
- Fouquet, J.*, La traite des arachides dans le pays de Kaolack, in: Études sénégalaises, Nr 8, 1958.

- Frankel, S. H.*, Capital investment in Africa, London 1938.
- Gayet, G.*, Les villages de colonisation de l'Office du Niger, V^e C.I.A.O., in: *Comptes rendus*, Abidjan 1953, S. 127-130.
- Gide, A.*, Voyage au Congo, Paris 1927.
- Retour du Tchad, Paris 1928.
- Goulven, J.*, Les ports maritimes de l'Afrique occidentale, in: *Bull. soc. Géogr. commerciale de Paris*, 1913, S. 505-544.
- Harroy, J. P.*, Afrique, terre qui meurt, Bruxelles 1944.
- Herbart, P.*, Le Chancre du Niger, Paris 1939.
- Hoarau-Desruisseaux, Cb.*, Aux colonies, Paris 1911.
- Homét, M.*, Congo, terre de souffrances, Paris 1934.
- Afrique noire, terre inquiète, Paris 1939.
- Laurelli*, De l'application des régimes douaniers dans les colonies, Paris 1939.
- Lelong, M. H.*, Ces Hommes qu'on appelle anthropophages, Paris 1946.
- N'Zérékoré, L'évangile en forêt guinéenne, Paris 1946.
- Lenoir, R.*, Les Concessions foncières en Afrique occidentale française et équatoriale (sic!), Paris 1937.
- Londres, A.*, Terre d'ébène, Paris 1929.
- Manot, M.R.O.*, L'Aventure de l'or et du Congo-Océan, Paris 1950.
- Maunier, R.*, Eléments d'économie coloniale, Paris 1943.
- Mérot, L.*, Fictions . . . et réalités coloniales, Paris 1946.
- Mercier, R.*, Le Travail obligatoire dans les colonies françaises, Vesoul 1933. (Thèse de Droit).
- Monmarson, R.*, L'Équateur français, Paris 1932.
- L'Afrique noire et son destin, Paris 1950.
- Morazé, Cb.*, Dakar, in: *Annales de Géographie*, XIV, 1936, S. 607-631.
- Perrot, E.*, Où en est l'Afrique occidentale française? Paris 1939.
- Peter, G.*, L'Effort français au Sénégal, Paris 1933.
- Poquin, J. J.*, Les Relations économiques extérieures des pays d'Afrique noire de l'Union française (1925-1955), Paris 1957.
- Portères, R.*, u. *Pales, L.*, Les Sels alimentaires, Dakar o. J.
- Ports de la Côte occidentale d'Afrique (Les), Bordeaux 1929.
- Rau, E.*, La question des terrains de Tound, in: *Annales africaines*, 1956, S. 141-163.
- Rivière, J.*, Étude commerciale des riz de la vallée du Niger, Suppl. zu „J.O.“ de l'A.O.F., 1911, S. 151-186.
- Rondet-Saint, M.*, Un voyage en A.O.F., Paris 1930.
- [*Rossignol*], Les Exportations agricoles des cercles de l'A.O.F. et du Togo, Paris 1944.
- Rouch, J.*, Problèmes relatifs à l'étude des migrations traditionnelles et des migrations actuelles en Afrique occidentale, in: *Bull. I.F.A.N.*, XXII-B, 3-4, 1960, S. 369-378.
- Saint-Genest, J.*, Un Voyage de M. Albert Sarraut, ministre des Colonies, en Afrique, Paris 1922.
- Sarraut, A.*, La Mise en valeur des colonies françaises, Paris 1923. [1931.
- Grandeur et servitude coloniales, Paris
- Schaller, A. M.*, Le Chemin de fer transsaharien, Paris-Strasbourg 1932.
- Schpirt, A. I.*, Die Rohstoffquellen Afrikas (1913-1958), Moskau 1961 (russisch).
- Sociétés indigènes de prévoyance de l'A.E.F.* [Le fonctionnement des -], Brazzaville 1950.

- Spitz, G.*, Sansanding, les irrigations du Niger, Paris 1949.
- Sylla, A.*, Vérités sur Dakar, in: Présence africaine, XXIII, Dezember 1958–Januar 1959, S. 81–87.
- Vidailbet, J.*, Le Transsaharien, Paris 1934.
- Vivier de Streel, E.*, siehe Du Vivier de Streel.

Kapitel II

- A.E.F.* [L'enseignement en –]. Historique et organisation générale, Paris 1931.
- Afrique Occidentale Française* [Le redressement économique de l' –]. Supplément zu La Presse coloniale (30. Oktober 1935).
- Annet, A.*, Je suis gouverneur d'outre-mer, Paris 1957.
- Asmis, Dr.*, La Condition juridique des indigènes dans l'Afrique occidentale française, Paris 1910.
- Basset, A., Boiron, H.*, u. *Basset, M.*, A propos d'une enquête sur le pian en Haute-Volta, in: Bull. Soc. médicale d'Afrique noire, V, 2, 2. Vierteljahr 1960, S. 186–190.
- Bandu, P.*, Vicil Empire, jeune Eglise. Mgr. J. Thévenoud (1878–1949). Paris 1957.
- Bebey-Eydi, Dr.*, Le Vainqueur de la maladie du sommeil, Eugène Jamot, Paris 1951.
- Beurdeley, E.*, La justice indigène en A.O.F., in: A.F., R.C., 1916, Nr 3, S. 45–57.
- Beyriès, J.*, Evolution sociale et culturelle des collectivités nomades de Mauritanie, in: B.C.E.H.S., 1937, Nr 4, S. 465–481.
- Boiron, H.*, u. *Basset, A.*, A la recherche de la syphilis endémique, in: Bull. Soc. médicale d'Afrique noire, V, 3, 3. Vierteljahr 1960, S. 328–333.
- Bouchaud, J.*, L'Eglise en Afrique noire, Paris 1958.
- Bouffard, Dr.*, Fonctionnement des services de santé . . . de Côte d'Ivoire, in: B.C.E.H.S., 1927, Nr 3–4, S. 368–419.
- Brévié, J.*, Circulaires sur la politique et l'administration indigènes en A.O.F., Gorée 1935.
- Trois études, Gorée 1936.
- Carde, J.*, La réorganisation de l'enseignement en Afrique occidentale française, in: Revue indigène, Mai–Juni 1924, Nr 185–186, S. 111–129.
- Cartier, H.*, Comment la France „civilise“ ses colonies, Paris 1932.
- Cazanove, Dr.*, Memento de psychiatrie coloniale africaine, in: B.C.E.H.S., 1927, Nr 1, S. 133–177.
- Cbabas, J.*, La justice indigène en A.O.F., in: Annales africaines, 1954, S. 91–152.
- La justice européenne en A.O.F., in: Annales africaines, 1955, S. 79–108.
- Cbazelas, V.*, Cameroun et Togo, Paris 1931.
- Cornevin, R.*, L'évolution des chefferies dans l'Afrique noire d'expression française, in: Recueil Penant, 1961, Nr 686, S. 235–250, 687, S. 379–388 und 688, S. 539–556.
- [*Côte d'Ivoire*] (Colonie de la) Programme d'action économique, politique et sociale, Abidjan 1933.
- Coulibaly, O.*, L'enseignement en Afrique noire, in: Europe, Nr 41–42, Mai–Juni 1949, S. 56–70.

- Delafosse, M.*, États d'âme d'un colonial, in: A.F., 1909, Nummern 2-11.
- Delavignette, R.*, Les vrais Chefs de l'Empire, Paris 1939. (Neuaufage im Jahre 1946 unter dem Titel: Service africain.)
- Descamps, H.*, Méthodes et doctrines coloniales de la France, Paris 1953.
- Doublet, P.*, Traité de législation fiscale des T.O.M., 2 Bde, Paris 1952.
- Ducatillon, Pater*, Théologie de la colonisation, in: L'Action populaire, Juli 1955.
- Duchêne, A.*, Histoire des finances coloniales de la France, Paris 1938.
- Duffner, Hauptmann*, Croyances et coutumes religieuses chez les Guerzés et les Manons de la Guinée française, in: B.C.E.H.S., 1934, Nr 4, S. 525-563.
- Eboué, F.*, Politique indigène de l'A.E.F., Brazzaville 1941.
- François, G.*, L'enseignement en Afrique occidentale, in: A.F., R.C., 1919, Nr 1-2, S. 34-39.
- Galliard, Prof. H.*, Eugène Jamot, in: Europa-France Outre-mer, 2. Vierteljahr 1959. S. 12-14.
- Girault, A.*, Principes de colonisation et de législation coloniale, 5 Bde, Paris 1927-1931.
- Goyau, G.*, La Congrégation du Saint-Esprit, Paris 1937.
- La France missionnaire dans les cinq parties du monde, 2 Bde, Paris 1948.
- Hardy, G.*, Une Conquête morale. L'Enseignement en A.O.F., Paris 1917.
- Ingold, F.*, Les Troupes noires au combat, Paris 1940.
- Labouret, H.*, A la Recherche d'une politique indigène dans l'Ouest africain, Paris 1931.
- Famine et disettes aux colonies, Paris 1938.
- Lampué, P.*, La promulgation des lois et décrets dans les T.O.M., in: Annales africaines, 1956. S. 7-26.
- Leclerc, R.*, Problèmes scolaires en A.E.F., in: Bulletin des missions, XXIII, 3, 3. Vierteljahr 1949, S. 156-167.
- Le Gall u. Giordani*, État sanitaire de l'Empire français. Paris 1940.
- Leslie-Buell, R.*, The Native Problem in Africa, 2 Bde, New York, 1928.
- Lesourd, P.*, L'Œuvre civilisatrice et scientifique des missions catholiques dans les colonies françaises, Paris 1931.
- Histoire des missions catholiques, Paris 1937.
- Maillot, L.*, Notice pour la carte chronologique des principaux foyers de la maladie du sommeil dans les États de l'ancienne fédération d'A.E.F., in: Bulletin de l'Institut de Recherches scientifiques au Congo, 1962, 1, S. 45-54.
- Mathis, Generalarzt*, L'Œuvre des pasteurs en Afrique noire (A.O.F.), Paris 1946.
- Maunier, R.*, Sociologie coloniale, Paris, 3 Bde, 1932-1949.
- Répétitions écrites de législation coloniale, Paris 1943 (vervielfältigt).
- Mazé, La Collaboration scolaire des gouvernements coloniaux et des missions*, Maison Carrée, 1934.
- Méjean, F.*, Le Vatican contre la France d'outre-mer, Paris 1957.
- Missionnaires d'Afrique* (Pères blancs) La société des). 1 Bd, Maison Carrée, 1935.
- Moumouni, A.*, L'éducation en Afrique, Paris 1964.
- Muraz, Generalarzt*, Rapide enquête médicale en A.O.F., Paris 1951.
- Padmore, G.*, Les Ouvriers nègres et l'intervention armée antisoviétique. Pe-

- tite Bibliothèque de l'Internationale syndicale rouge, XXXII, Paris o. J.
- La Vie et les luttes des travailleurs nègres. Petite Bibliothèque de l'Internationale syndicale rouge, XXXVII, Paris o. J.
- Paillard, J.*, La Fin des Français en Afrique noire, Paris 1936.
- [*Paludisme*]. Rapport de la conférence sur le paludisme en Afrique équatoriale, Genève 1951.
- Paternot, M.*, Lumière sur la Volta, Lyon 1946.
- Pécboux, L.*, Le Mandat français sur le Togo, Paris 1939.
- Randau, R.*, Le Chef des porte-plume, Paris 1926.
- Les Terrasses de Tombouctou, Alger 1933.
- Robert, A. P.*, L'évolution des coutumes de l'Ouest africain et la législation française, Paris 1955.
- Rolland, L.*, u. *Lampué, P.*, Précis de législation coloniale, Paris 1940³.
- Runner, J.*, Les Droits politiques des indigènes des colonies, Paris 1927.
- Ruyssen, R.*, Le Code de l'indigénat en Algérie, Alger 1908.
- Schnapper, B.*, Les tribunaux musulmans et la politique coloniale au Sénégal, in: Revue historique de droit français et étranger, 1961, Nr 1.
- Sédès, J.-M.*, Le Clergé indigène de l'Empire français, 2 Bde, Paris 1944.
- Solus, H.*, Traité de la condition des indigènes en droit privé, Paris 1927.
- Suret-Canale, J.*, Problèmes de l'enseignement en A.O.F., in: La Pensée, Nr 29, März-April 1950, S. 35-52.
- Susset, R.*, La Vérité sur le Cameroun et l'A.E.F., Paris 1934.
- Teil, Baron J. du*, L'Antialcoolisme aux colonies, 1911.
- Traoré, B.*, Le Théâtre négro-africain et ses fonctions sociales, Paris 1958.
- Trautmann, R.*, Au pays de Batouala, Paris 1922.
- [*Tuberculose*] Rapport provisoire sur la tuberculose et la maladie du sommeil en Afrique équatoriale, Genève 1923. Rapport complémentaire, Genève 1925.
- Vernier de Byans, J.*, Condition juridique et politique des indigènes, Paris 1906.

Kapitel III

- Annet, A.*, Aux Heures troublées de l'Afrique française, Paris 1952.
- Arnaud, R.*, L'Islam et la politique en A.O.F., 1911.
- Balandier, G.**, Naissance d'un mouvement politico-religieux chez les Bakongo du Moyen-Congo, III^e C.I.A.O., Ibadan 1949, Lagos 1956.
- Bianquis, J.*, Le prophète Harris ou dix ans d'histoire religieuse de la Côte d'Ivoire (1914-1924), in: Foi et Vie, Paris, 16. November und 1. Dezember 1924.
- Boulton, A.*, Actualité des Mourides et du mouridisme, in: L'Afrique et l'Asie, 46, 1959, S. 10-30.

* Die zahlreichen Werke von M. G. Balandier betreffen im allgemeinen, wenn sie auch auf die behandelte Periode Bezug nehmen, die Zeit der Gegenwart: eine ausführliche Bibliographie seiner Werke wird sich also in meinem Band III finden.

- [Brazzaville] (La conférence africaine française de -). Brazzaville o. J. [1944].
- Chassin L. M., Histoire militaire de la seconde guerre mondiale, Paris 1947.
- Chenet, D., Qui a sauvé l'Afrique? Paris 1949.
- Chomé, J., La Passion de Simon Kibangu, Bruxelles 1959.
- [Dakar] (L'aggression de -). Dakar, Haut-Commissariat de l'Afrique française, o. J.
- Delafosse, M., Le Congrès panafricain, in: A.F., R.C., Nr 3-4, 1919, S. 53-59.
- Delafosse, M., u. Poutrin, Dr., Enquête coloniale dans l'Afrique française occidentale et équatoriale, Paris 1930.
- Diagne, Abd El Kader, La Résistance française au Sénégal et en A.O.F., (vervielfältigte Broschüre, o. O., o. J.).
- Doriot, J., Les Colonies et le communisme, Paris 1929.
- Eboué, F., L'Afrique française libre, o. O., o. J.
- L'A.E.F. et la guerre, Brazzaville 1943.
- Gavrilov, N., Le mouvement de libération en Afrique occidentale, Moscou 1965.
- Gautherot, G., Le Bolchévisme aux colonies et l'impérialisme rouge, Paris, Editions de „La Vague rouge“, 1930.
- Grall, A., Le scorbut à Dakar, Médecine tropicale, 1945, Nr 3, S. 225-227.
- Ho-Chi-Minh (N'guyen Ai Quoc), Procès de la colonisation française, Paris 1925 (Wiederauflage in: Œuvres choisies, Bd I, Hanoï, Éditions en langues étrangères, 1960).
- Ingold, F., L'Épopée Leclerc au Sahara, Paris 1945.
- Kala-Lobe, I., Muna-Moto, cultivateur camerounais, in: Présence africaine, Nr 37, 2. Vierteljahr, 1961, S. 90-118.
- Köbben, A., Prophetic movements as an expression of social protest, Internationales Archiv für Ethnographie, 49, I, 1960, S. 117-164.
- Larminat, E. de, Chroniques irrévérencieuses, Paris 1962.
- Le Cornec, J. L., Histoire politique du Tchad de 1900 à 1962, Paris 1963.
- Louveau, E., Au bain, Entre les griffes de Vichy et de la milice, Bamako 1946.
- Madeira-Keïta, M., Aperçu sommaire sur les raisons de la polygamie chez les Malinkés, in: Études guinéennes, 1950, Nr 4, S. 49-56.
- Manouïlski, Rapport sur la question nationale et coloniale au Ve Congrès de l'Internationale communiste, in: La Correspondance internationale, Nr 60, 27. August 1924. [1956.
- Mordal, J., La Bataille de Dakar, Paris
- Ortoli, H., Le gage des personnes au Soudan français, in: Bull. I.F.A.N., Nr 1, 1939, S. 313-324.
- Owono-N'Koudou, J. R., Le problème du mariage dotal au Cameroun français, in: Études camerounaises, Nr 39-40, 1953, S. 41-83.
- Padmore, G., Panafricanisme ou communisme? Paris 1960.
- [Pétain] Le Procès du Maréchal Pétain, C.R. sténographique, 2 Bde, Paris 1945.
- Renaud-Molinet, Ch., Problèmes de politique coloniale, Saint-Louis-du-Sénégal, 1933.
- Roche, J. de la, Le gouverneur général Eboué, Paris 1957.
- Schpirt, A. I., Afrika im zweiten Weltkrieg, Moskau 1959 (russisch).
- Senghor, L., La Violation d'un pays, Paris o. J.
- Sicé, Generalarzt, L'A.E.F. et le Cameroun au service de la France, Paris 1946.

- Sophie, U.*, Le gouverneur général Félix Eboué, Paris 1950.
- Suret-Canale, J.*, Un pionnier méconnu du mouvement démocratique et nationale en Afrique: Louis Hunkanrin, in: Études dahoméennes (Neue Reihe), Nr 3, Dezember 1964, S. 5–30.
- Stiécklov, I.*, Le réveil d'une race, in: La Correspondance internationale, Nr 91, 25. November 1922.
- Vassilieva, V.*, Ce qu'on montre à Vincennes, in: L'Internationale communiste, Nr 16, 15. August 1931, S. 113/1141.
- Wagret, J. M.*, Histoire et sociologie politiques de la République du Congo (Brazzaville). Paris 1963.

Personenregister

- Abadie 184
Adler, Rodolphe de 238
Agibu 98
Ago-li-agbo 98, 188
Ahmadu 183, 569
Ahmadu Bamba 462, 550
Ahmed ould Aïda 122, 539
Akafu 127
Aké, Bidjo 547
Alcan, E. 218
Alcan & Cie 218, 238
Alfa 102
Alfa Alimu 90, 102, 104
Alfa Yaya 90, 98, 101, 102, 141
Alis, Harry 33 [220, 296
Angoulvant 125 f., 132 f., 135, 144 f., 188,
Annet 584, 589
Antonetti 260, 266, 267, 568
Arboussier, d' 142
Archinard 98, 569
Armandon 217
Ascherson, Charles 224
Assémat 20
Aubinière 539
Augagneur 152
Augouard, Mgr. 57, 99, 464
Auphan 599
Aura Poku 127
Aymerich 191

Baba-Alimu 101
Bailly-Pauly-Expedition 138

Ballay 22, 31, 40, 101
Ballieu 78
Baram-Bakié 144
Barthes & Lesieur 238
Barthié 141
Bayaga 142
Beigbeder, Louis 224
Bélime 362
Bell, König 154
Bell, Rudolf Manga 154, 578
Bénédic-Guynet 223
Bergeret 599
Bernard, Paul 222
Binger 33, 132
Bio Guéra 187/88
Bobichon 90
Boganda, B. 339, 345
Boggio & Cie. 33
Bohn, Frédéric 218
Boisson 582, 585 f., 591, 595, 598 f.
Boissonnas, Jean 235
Bokar Biro 102
Boni N'Diolé 135
Bonnier 164
Borelli, G. 40
Borgeaud, Bank 239
Bouchaud, Pater 459, 462
Bouvier, René 222
Boyer, Paul 217
Brazza 45, 50, 56 ff., 89, 160, 167
Brévié 311, 363, 377, 424, 461, 496, 552
Briand 158, 166

- Broadhurst & Sons 20
 Bruel 55, 57, 58, 60
 Brunot 578, 582
 Buhan & Teyssère 20, 21, 225
 Caillaux 58, 160, 161, 162
 Caillet 184
 Calcat 236
 Calisti 149
 Calmette 512, 537
 Carbou, J. B. 239
 Carde 414, 516, 564, 588
 Carpot 560
 Carton de Wiart 220
 Caudrelrier 131
 Cayla 584
 Cazalet, Ed. de 229
 Challaye, Félicien 55 f., 159, 167, 168
 Charles-Roux 229
 Chaudié 499
 Chayanel 20, 24, 225, 226, 240
 Chevalier, Auguste 54, 202
 Clemenceau 113, 162, 181 f., 560, 573
 Clozel 179, 431
 Cohen, Aaron 20
 Colin 20
 Colonna d'Ornano 586, 591
 Combes 153, 180
 Conliffe 191
 Conrart 138
 Coppet, de 566, 570, 572
 Coppelani 122
 Cornet 178
 Corre, A. 511
 Cousturier 40, 101
 Crébessac 138
 Crombie, Stedmann & Cie. 233
 Cummings 138
 Curault 149
 Cureau, Dr. 53
 Cuvillier-Fleury 47
 Daigre, Pater 51, 58
 Daniel-Dreyfus 230
 Darlan 599 f.
 Daumas 22, 32 f., 36
 Davillier, Jean 224 f.
 Debicuvre 149
 Defferre 561
 Delavignette 320
 Delcassé 32, 155
 Delmas 199, 225, 226, 235
 Delmas & Clastre 20
 Demachy, Bank 238
 Déroulède, Paul 163
 De Souza 528
 Destenaves 46
 Devès & Chaumet 20 f., 24, 225, 235, 238
 Diagne, Abd-el-Kader 597
 Diagne, Blaise 113, 181, 187, 496, 561 ff., 573
 Diop, T. 561
 Diouf, Galandou 562, 579
 Dodds 163
 Döring, von 191
 Dolisie 45
 Dominik 153
 Doumergue 48, 180
 Du Bois, W. E. B. 572
 Dumas 167
 Durand-Réville, Luc 235 f.
 Dutheil de la Rochère & Cie 238
 Du Vivier de Streel, E. 38, 65, 69, 80, 222
 Eboué 485, 496, 587 f., 600
 Eichtal 235
 El Hiba 123, 538
 Essex, Herzog von 78
 Étienne 32, 36
 Faidherbe 13, 95 f., 116, 118, 177, 472
 Faure, Arnaud 234
 Ferry 21, 166
 Flaissières 163
 Fiegenschuh 123
 Fodé Kaba 142

- Folliet, J. 452
 Fondère 80, 160, 220
 Fraissinet 217, 227, 236
 Frankel 207, 211
 Freycinet 32
 Frézouls 101
 Fulconis 58

 Gaba 188
 Gaëtan, A. 593
 Gaïac 190
 Gallieni 85, 96, 98
 Garbay 591
 Garnier 147, 149
 Garvey, Marcus 574 f.
 Gaud 51 f., 167
 Gaulle, de 584, 586
 Gazengel 33
 Gbehinto 598
 Geismar 590
 Gentil 48 f., 57, 152
 Geoffroy 149
 Gide, André 58
 Giraud 539
 Girval, de 538
 Giscard d'Estaing, Ed. 222
 Goïbina 190
 Gonfreville 236, 279, 301
 Gouraud 122
 Goux, Alfred 562
 Gradis 217, 225, 238
 Grodet 86, 88, 119
 Grüner, Dr. 153
 Guesde, Jules 163
 Gueye, Lamine 562
 Guignard 140, 148
 Guilhon 87
 Guillain 36
 Guy, Camille 486
 Guynet, Daniel 222
 Guynet, William 33, 48, 80, 222

 Hamallah, Scheich 462, 552 f.
 Hardy, Georges 103, 484, 496

 Harmand, Jules 116
 Harris, Prophet 547
 Hatton & Cokson 30, 40 f., 233
 Hay, Cyril 224
 Héquet 141
 Hersent 277
 Hervé, Gustave 169
 Hilaire 124, 136, 175
 Hirsch 238
 Holt, John 30, 40 f., 208, 233
 Homberg, Octave 222, 238
 Hotchkiss 227
 Hottinguer, Bank 239, 277
 Hubert 58
 Hunkanrin, Louis 563 f., 598
 Husson 582 f., 588 f.

 Ibra Fati M'Backé 550

 Jacquier, Bank 230
 Jalu-Tene 141
 Jamot, Dr. 517, 519 f., 521 f.
 Jaurès 58, 166
 Javouhey 135
 Joseph, G. 572
 Josse, Adrien 220, 222
 Josse, Robert 220, 222
 Jourde 164

 Kamun 123
 Kaossen 187
 Karinu 542
 Kimbangu, Simon 553
 King, R. u. W. 247
 Kokogu 140
 Koko Tolno 138, 140
 Kingué-Jong 578
 Kouyaté 576
 Krikri 190
 Kugulutu 148

 Lambert-Biltz, Bank 230
 Lamblin 297, 542

- Lamothe, De 45
 Largeau 124, 174
 Larminat, Edgar de 586, 589
 Latrille, André 347, 595
 Laurent 129
 Lazard, Bank 221, 238, 276
 Le Bon 38
 Lebrun 180
 Lecerf 138, 140
 Le Cesne, Julien 218, 516
 Le Chatelier 32 f., 36
 Leclerc 588, 590
 Lehideux, Bank 238
 Leist 121
 Lelong, Pater 417, 453, 594
 Lemaïgnen, Robert 224 f.
 Lemaître 236
 Le Moal, Dr. 515
 Le Myre de Vilers 23
 Leopold II. 38 f., 80, 157
 Leopold III. 582
 Leroy-Beaulieu 32, 36
 Lesieur 238
 Letondot, Ch. 225
 Lévi, G. 236
 Lindequist, Dr. 162
 Lippens, A. & Cie. 220, 222
 Loomax 138, 140
 Loste, Bank 239
 Louis, Paul 164 f.
 Lyautey 361, 413, 561

 Macodou Sall 550
 Mademba Fama 98
 Madola 154
 Ma El Aïnin 122
 Malanda 600
 Mandel 537, 572
 Mangin 45, 50, 55, 145, 147, 177 f.
 Marchand 45, 55, 144, 152
 Marchoux, Dr. 512
 Mariani 469
 Mariotte, Dr. 140

 Martin, Dr. 53, 504
 Marty, Paul 104
 Masson 590
 Massow, von 153
 Matswa 566 ff., 569, 600
 Maurel, E. 16, 217
 Maurel, Gebr. 24, 225
 Maurel & Prom 20 f., 24, 217, 221
 Mavurulu 147, 148
 M'Biémo 600
 Merle 236
 Merlin 118, 148, 150, 158, 220
 Messimy 160, 178, 181
 Meynier 467
 Mille, P. 38, 159, 168, 220
 Millerand 166
 Milliès-Iacroix 158
 Milongo 600
 Mirabaud, Bank 235
 Mizraki 236
 Mockey, J. B. 333
 Mohammed es Senussi 123
 Mohammed Fadel 122
 Moll 123, 173
 Moncorgé 141
 Mondon 323
 Monthaye 33
 Mopoï 190
 Moran, Denise 173, 204
 Morel, E. D. 38, 40, 168
 Morho Naba 99
 Mouret 123
 Mourin 148
 Motte, A. 220, 222
 Motte, E. 218
 Moutet, Marius 315, 580
 Mülhausen 591
 Muller, Pater 452
 Mumeni 99
 Mveng, Pater 154

 Nervo, Léon de 224
 Ngoso Din 154

- Noirot 101, 104
 Nome 190
 Nyasse, El Hadj Ibrahima 552
- Olivier, Aimé 17
 Ollivant, G. B. 234, 247
- Padmore, George 183
 Paix-Séailles 143, 168
 Pakpa 55 f.
 Parant 590
 Passarge 153
 Pasteur, Louis 511
 Pastré 17
 Paterson-Zochonis 20
 Pauly 138
 Pelizaeus 20
 Peugeot 227
 Peyrissac 24, 225 ff.
 Pichon 159
 Pion, Jean 218
 Plomion 135
 Poilay, Edwin 218
 Poincaré 162
 Ponty, William 87, 89, 104, 110, 496
 Poulaine, Robert 204
 Prokos 148 f.
 Puerari 236
 Puttkamer, von 66
- Rabaud & Cie 20
 Rabeh 45
 Régis 21, 32
 Régismanset 114, 116
 Reïbouba 543
 Remington 227
 Renard, Ed. 178, 187 f., 568
 Reste 323, 379, 413, 414, 568
 Rollin 578 f.
 Rothschild 238/39
 Rouanet, Gustave 55, 58, 166
 Rouchard 238
 Roume 201
- Rueff, Bank 235
 Ryff, Roth & Co. 20, 24, 217
- Saintoyant 44, 50
 Salaün 178
 Samba, Martin 154
 Samori 98, 125, 136, 138, 140, 183
 Sanderval, Graf von 17, Anm.
 Sarraut, Albert 180, 362, 495
 Schneider 277
 Selves, de 162
 Semler 160
 Senghor, Lamine 576
 Seye, Mademba 98
 Sixte-Quenin 580
 Soria 102
 Soucail 240
 Strohl, P. 238
 Sy, El Hadj Malick 552
- Tardieu, A. 158
 Tardy, Mgr. 590
 Tétu 590
 Thévenoud, Mgr. 461, 464
 Thiry 542
 Thomas, A. 159
 Thomasset 46
 Thoreau-Levaré 102, 104
 Thubé, A. 234
 Thys 39
 Tjerno Aliu 102
 Tjerno Ibrahima 141
 Tjerno Umaru 610
 Toffa 102
 Toqué 46 f., 54 f., 167
 Traoré, Diocé 184
 Tréchet, Gebr. 239, 336
 Trentinian 89
- Uzès, Herzogin von 176
- van Kol 168
 van Vollenhoven 110, 113, 171, 179, 180, 182

- Verdier 17, 33, 39, 236
Vernes, Bank 239
Vézia 20, 179, 225, 240
Vieillard, Gilbert 447
Vieljeux 230
Vieyres 142
Vigné d'Octon 169, 196
Viviani 166
Vivier de Streel, siehe Du Vivier de Streel
Volz, Dr. 140
Vuillemin 276
Wagret, J. M. 567
Walkden & Cie 233, 247
Weber, J. 222, 236
Wehlan 121
Weygand 553, 584
Wilson 194, 573
Wiltord 303
Woermann 30, 39
Worms, Bank 229, 276
Zimmermann 192

Sachregister

- Abe 130, 134, 135
Abeschr 123, 134, 135, 191
Abidjan 257, 345, 522, 527
Aboisso 69
Abomey 98
Abron 611
Adrar 123
Adzopé 189
„Aéromaritime“ 276
Agades 187
Agadir 156, 160
Agboville 130
Aïn Galakka 124
Aïr 123, 187
Akwe 132, 134
Algeciras 155
Algerien 169, 178, 180
Alima 37
Almamis 533
Ambidedi 73
Amicalistes 568
Amt für Eingeborenenangelegenheiten 99
Anglo-Ägyptischer Sudan 195
Angola 22
Animismus 546
Ansongo 271, 553
Antillen 94, 112
Anyi 188
Apollonier 18
Araber 19, 170, 174, 176, 178
Assaba 553
Assikasso 125
Assini 17, 18, 127
Assistance médicale indigène (A.M.I.) 514,
516, 520, 523
Atakora 125, 187, 188, 502, 531
Atakpamé 264
Atar 539
Attje 132
Aufstände 539 f.
Avitaminosen 501
Ayo 482
Azingo, Société forestière d' 236
Baboua 542, 543
Baïbokum 542
Bakel 86
Bakongo 527, 567, 568
Bakota-Land 149, 150
Balali 567, 569
Bamako 119
Bamba 138
Bambara 184, 569
Bambara-Land 546
Bambuk 77, 78, 350
Bananen 287, 290
Bananenexport 370
Banda 55
Bandiagara 98, 172, 173, 185
Bangana 189
Baol 27, 73, 551
Banque de l'Afrique Occidentale 82
Banque du Sénégal 82
Bariba 188

- Bassari 125
 Bassundi 567
 Bassundi-Land 45
 Batanga 66
 Bateke 18, 99, 150
 Bathurst 227
 Batoulabé 383
 Baule 127
 Baule-Land 125, 127
 Baumwolle 237, 285 f., 297 f., 320
 Baumwollentkernungsmaschinen 504
 Baumwollgesellschaften 300
 Bawandji 544
 Baya 152, 190, 540, 543, 546
 Beledugu 184
 Belgisch-Kongo 30, 51, 161, 190, 297, 569
 Benin 119
 Béra N'Djoko 148, 149, 543
 Berber 170
 Bergougnan 222
 „Bevorratungsgesellschaften für Eingeborene“ (Sociétés indigènes de prévoyance) 93, 304, 307 ff., 311, 568, 569, 606
 Beyla 138
 Bia 80
 Bilharziose 500
 Bilma 123
 Bimbéréké 188
 Binaparba 153
 Bingerville 127, 131
 Binzimas 149
 Bobo-Dioulasso 185, 598
 Boda 152
 Bofosso 138
 Boké 68
 Boko 600
 Bolama 17
 Bonabéri 66
 Bonoua 43
 Borgu 187
 Borku 124
 Bornu 81, 195
 Bossu 140
 Bouaké 236
 Bouar 542
 boys-coton 298
 Brautpreis 530, 534 ff.
 Brazzaville 32, 37, 45, 48, 50, 53, 55, 80, 99, 116, 120, 152, 464, 517, 527, 566, 586, 589
 Brazzaville, Konferenz von 485
 Buea 195
 Bulletin du Comité de l'Afrique française 573
 Bulu 153
 Bund der deutschen Togoländer 578
 Bure 77, 78
 Bussedu 138
 Bussurah 141
 Bwiti 555
 Captifs 531
 Casamanza 257
 Cassaigne 553
 Cavally 127
 C.I.C.A. 235
 Circonscriptions 398
 Certificat d'Aptitude Pédagogique 477
 Code du travail 570
 Comité de défense de la race nègre 575
 Comité d'études historiques et scientifiques de l'A.O.F. 468
 Comité de l'Empire français 600
 Comité des Forges 361
 Comité du Niger 361
 Comité français de Libération nationale (C.F.L.N.) 600
 Commerce africain 238
 Compagnie coloniale industrielle et commerciale (C.C.I.C.) 238
 Compagnie commerciale Ouahm et Nana (COMOUNA). 297
 Compagnie de culture cotonnière du Niger 237

- Compagnie du Niger français 233
 Compagnie française de la Côte d'Ivoire (C.F.C.I.) 233, 302.
 Compagnie française de l'Afrique occidentale (C.F.A.O.) 229, 235, 257, 449
 Compagnie générale des colonies 360
 Confédération Générale du Travail (C.G.T.) 579
 Conférence économique impériale 371
 Conseil d'administration 394, 397, 423
 Conseil du gouvernement 362, 397, 423, 543
 Conseil général 562
 „Cri nègre“ 576
 Cyrenaïka 124
- Dabola 102
 Dabu 43, 134
 Dahomey 15, 21, 22, 23, 40, 43, 66, 71, 74 f., 90, 101, 102, 117, 119, 133, 163, 187, 188, 191, 202, 212, 497, 508, 520, 528, 532, 533, 563 ff.
 Dakar 58, 72, 86, 99, 101, 112, 119, 179, 212, 227, 256, 263, 347 ff., 454, 479, 527, 558, 579, 591
 Dakar-Niger 281, 549, 570, 571
 Dakar-Soutes 225
 Dan 129
 Dara Ouri 188
 Dar El Kuti 123
 Darfur 185
 Darou Mousti 550, 551
 Dar Sila 185, 195
 Dédugu 185
 Diatigui 318
 Dida 189
 Dikoa 195
 „dikr“ 550
 Dinguiraye 70
 Diola 598
 Diorodugu 138
 Diulafundi 78
 Diurbel 73, 551
- Djanet 185
 Djenne 81, 468
 Djolof 27
 Djouah 67, 149
 Djouah Sembé 147, 149
 Dogon 125, 142, 172
 Dogon-Land 174
 Dorfgemeinde 533
 Dori 185
 Doroté 123
 Dudmura 174
 Duala 18, 66, 153, 154, 259
 Duavo 565
 Dyula 18, 19, 68, 89, 249
- Ebolowa 154
 Ebrié 258
 École coloniale 587
 École des fils de chefs 472
 École normale William Ponty 477, 492
 Edéa 66
 Eingeborenenstatut 424, 425, 426, 440, 446
 Eseka 66
 Ekorcti 149
 Elfenbeinküste 18, 22, 27, 33, 42, 43, 69, 71, 74 f., 80 119, 125 f., 130, 133, 135, 144, 145, 170, 189, 202, 229, 236, 238, 508, 547, 593, 594, 597, 608
 Elima 43
 Epidemien 503 ff., 512 ff.
 Erdnüsse 281, 282 ff., 292, 303, 312, 370, 376, 549, 606
 Étoile du Dahomey, L' 565
 Évolués 528, 542, 555, 558, 559, 566, 567, 572, 578
 „Évolués-Notabeln“ 601
 Exportkulturen 280, 449
- Falémé 79
 Faranah 202, 378
 Faschoda 155

- Fatoya 79
 Fernan Vaz 32, 36
 Fernando Póo 66
 Fez 123
 Finas 135
 Fiskalsystem 444
 Flup 548
 Flußschiffahrt 272 ff.
 Fort Crampel 47, 49, 55, 56
 Fort-de-Possel 44
 Fort-Lamy 271, 274, 482
 Fort Mora 192
 Fort-Polignac 185
 Fort Sibut 49
 Fotoba 102, 188
 Franceville 144, 150
 Freetown 20, 22, 26, 31
 Freizone 372
 Fronarbeiten 328, 380, 440, 447
 Fulbe 91, 551
 Futa Djalon 17, 18, 68, 70, 90, 91, 101, 102, 104, 107, 502, 531 ff.
 Futa Toro 251, 533

 Gabun 22, 31, 58, 65, 116, 118, 119, 120, 124, 145, 149, 171, 189, 222, 555, 566, 589
 Gambia 227, 238
 Gaoua 538
 Garua 192
 Garveyismus 574
 Gaya 187
 Gbuetongui 130
 Geheimbünde 557
 Gelbfieber 386, 499
 Gelbfieberepidemien 512
 Geldwirtschaft 530
 Gemeinden 423, 425, 569
 Ghat 185
 Goldküste 22, 118, 188, 191, 195
 Goldwäscherei 342 ff., 350 ff.
 Gorée 18, 112, 118, 472, 477, 480, 528 f.

 Goudou 149
 Guecké 138
 Gueckedu 140, 599
 Goum 530, 539
 Gradis 217, 225, 238
 Grand-Bassam 17, 258, 507
 Grand-Batanga 154
 Großgrundbesitz 534
 Guerzé 136, 594, 603
 Guesdisten 163
 Guinea 15, 18, 19, 20, 21 f., 25 f., 30, 43, 67 f., 71, 74 f., 90, 91, 101, 104, 117, 119, 125, 136 f., 172, 202, 227, 238, 448, 534, 594, 599, 603, 608
 Guinguinéo 73
 Gumba 91, 102
 Gurunsi 320

 Häuptlingsamt 412, 531
 Häuptlingschaft 412 ff., 485
 Hamallismus 548, 552
 Harka 187
 Hodh 122
 Hölzerexport 292
 Holding-Gesellschaften 217, 221, 222, 223 f., 238, 239
 Holli 187
 Hungersnöte 382 ff.

 Ibenga 148, 149
 Ibissa 142
 Importwaren 606
 Indenie 127
 Industrie 607 f.
 Institut biologique de l'A.O.F. 512
 Investitionen 276, 208 ff.
 Isasa 54
 Islam 546 ff., 552
 Ithiou 141
 Ivindo 148, 149, 189

 Jack-Jack 18
 Jeunesse camerounaise française (Jeucafra) 578

- Jeunesse ouvrière chrétienne (J.O.C.) 596
 „Junges Gabun“ 566
 Kabinda 343
 Kabre 153
 Kabrussa 598
 Kaédi 552
 Kaffee 287, 288 ff., 297, 609
 Kakao 287 ff., 378, 593
 Kalfu 154
 Kamerun 18, 30, 31, 38, 66, 67, 70,
 118, 120, 144, 145, 149, 150 f., 157,
 179, 189, 190, 192, 195, 213, 223,
 485, 497, 515, 578, 590, 608
 Kamerunberg 66, 195
 Kanem 174
 Kankan 81
 Kantonhauptlinge 415, 430, 459
 Kaolack 73, 254
 Kap Lopez 259
 Kar 190, 540
 Kasadi 187
 Kassai 44
 Kati 591
 Kautschuk 68, 69, 74, 226, 286, 287,
 293, 540, 604 f.
 Kautschukkrise 63
 Kawar 123
 Kayes 69, 73, 119, 227, 285
 Kayor 27, 72
 Kindia 69, 512, 591
 Kinian 142
 Kirdi 175
 Kissi 136
 Kissidugu 138, 603
 Kogui 130
 Konakry 20, 22, 26, 68, 91, 101, 102,
 141, 254, 257, 262, 515, 569,
 Kong 81, 189
 Kongo 18, 21, 22, 30 f., 32, 36, 37,
 39 f., 44 f., 48, 49, 54, 57 f., 62, 65,
 68, 85, 98, 99, 101, 116, 119, 120,
 141, 144, 145, 148, 156, 157, 167,
 168, 170, 172, 180, 188, 211, 540,
 567
 Kongo-Ozean 265, 297, 301, 326, 332,
 359, 542
 Konjagi 125, 141
 Konkomba-Land 153
 Konzernverbindungen 217 ff.
 Konzessionen 332 ff., 336 f., 347
 Konzessionsgebiete 336
 Konzessionsgesellschaften 297, 336 f.
 Kopfsteuer 448 f., 459
 Koranschulen 462
 Kotonu 40, 258
 Kotto 144, 190
 Kuande 187
 Koudou 189
 Kouilou 36, 150
 Koyama 140
 Kribi 66, 153, 258, 343
 Kufra-Oase 185, 591
 Kulikoro 73
 Kuonkan 138
 Kurussa 19, 68, 69, 593
 Kusseri 13, 122
 Lab 90, 98, 101, 104
 Lambarene 590
 Lampes Mazda 227
 Landkonzessionen 340
 Laobe 27
 Lastoursville 544
 Lebu 562
 „Légion des Combattants“ 593
 Lepra 500
 Levantiner 25
 Libanesen 25, 28, 29, 250, 528
 Libano-Syrer 18, 27, 93
 Liberia 66, 125, 135 f., 189, 556
 Libreville 85, 116, 120, 145, 171, 222,
 259, 528, 532, 555, 590
 Ligue universelle de défense de la race
 noire 575
 Lobaye 37, 144, 148, 149, 189

- Lobi 125, 142, 538, 598
 Lobi-Land 86, 189, 531
 Loango 50, 80, 148, 255
 Lomé 195, 258, 564
 Los-Inseln 102
 Louessé 189
 Louga 74
 Lufttransportwesen 276

 Madagaskar 113, 164, 177
 Malaria 500, 511 ff.
 Mali 225, 227
 Mamu 104
 Man 130
 Mandara-Land 153
 Mandingo-Hochebene 68
 Mandja 45, 47, 49, 55
 Mandja-Land 45
 Manon 136
 Marabuts 548, 552
 Marabutstämme 531
 Maria-Theresia-Taler 81, 82
 Marokko 13, 122, 155, 158, 160, 161, 166, 177, 179, 196
 Marua 153, 154
 Marrakesch 123
 Massina 91, 98, 172
 Matadi 255, 260
 Matswanismus 569
 Mauretanien 90, 120, 123, 227, 468, 530
 Mayumbe 148
 M'Backé 550
 M'Balasso 140
 M'Baléma 140
 M'Balé-Vérité 578
 M'Bis 149
 M'Palé 140
 M'Poko 148, 149
 Medizinalwesen 498 ff., 510 ff., 518 ff.
 Medresen 462, 470
 Mers-El-Kébir 584
 „Messenger dahomeyen“ 563

 Messageries africaines 235
 Messageries sénégalaises 235
 Mindiff 154
 Minduli 80
 Minenausbeutung 350 ff.
 Missionen 451 ff., 554
 Mission permanente de la maladie du sommeil 518
 Missoum-Missoum 156
 Mitsago 555
 Mittel-Kongo 50, 53, 58, 120, 124, 150, 171, 189
 Mokolo 578
 Mokta El Hadid 224
 Mongoumba 58
 Mono 188
 Monrovia 138
 Mora 153
 Mossaka 149, 150
 Mossi 98
 Mossi-Land 531
 Motaba 149
 Mungo 557
 Muriden 263, 551
 Muridismus 548 ff.
 Mursuk 591

 Nana 56
 Nanafue-Kpri 135
 Naturalsteuer 296
 Navetanen 318, 319, 444, 606, 607
 N'Dama 141
 N'Diambour 74
 N'Djolé 32, 149
 „Negro-World“ 574
 Neu-Kamerun 190
 Ngaundere 153, 192, 543
 N'gbans 127, 135
 N'Goko 189
 N'Goko-Sangha-Gesellschaft 37, 148 ff., 156 ff., 168
 N'Gounié 147, 148
 Niadu 138

- Niari 36, 80
 Niayes 520
 Niederguinea 42
 Niger 19, 82, 90, 120, 123, 187, 497
 Nigeraamt 364
 Niger-Bewässerungsprojekt 238, 324, 359 ff.
 Nigeria 22, 187, 191, 195
 Nikki 184
 Nionos 135
 Nioro du Sahel 552
 Nkongsamba 66
 Nkume 184
 Nordkamerun 82
 Nouvelle Société Commerciale Africaine (N.O.S.O.C.O.) 233
 Nyas 135
 Nyong 515

 Oberguinea 153
 Ober-Sangha 48
 Ober-Schari 57
 Obersenegal- und-Niger 19, 42, 43, 71, 99, 120, 249
 Ober-Ubangi 49, 60
 Obervolta 120
 Ogowe 32, 40, 145, 149 f.
 Okano 149

 Ölmühlen 278, 302, 607 f.
 Ölpalme 291
 Ölprodukte 607, 608
 „Ordre, L'“ (Pariser Tageblatt) 579
 Osru 130, 132, 133
 Ostsudan 185
 Ouadda 189
 Ouham-Barga 190
 Ouham-Pendé 190

 Palänegrade 82, 170
 Palmenhaine 291
 Palmkerne 292, 377
 Palmöl 291, 292, 377
 Pana 190, 540
 Panafrikanische Kongresse 572
 Pan-Duala-Bewegung 578
 Pan-Ewe-Bewegung 578
 Pangwe 555
 Panthermenschen 556
 Parti socialiste sénégalais (P.S.S.) 579
 Pasteur-Institute 512
 Pastoria 512
 „pays de protectorat“ 421
 „Périscopie africain, Le“ 562, 572
 Personalsteuer 444
 Pest 506
 Phosphates de Gafsa 224
 Pian 504
 Pinet-Laprade 480
 Plantagen 42, 43, 54, 66, 287
 Pockenschutzimpfung 505
 Pointe Noire 255, 260, 338
 Polygamie 534
 Port Bouët 258, 323
 Port-Etienne 133, 187, 227, 539
 Port-Gentil 259
 Porto Novo 102, 119, 598

 „Race nègre“ 576
 Rassemblement Démocratique Africain 553
 Razzien 531
 Registrierung 334
 Régnier-Rollin, Dekrete 576
 „Regroupements“ 555, 568
 Regueibat 539
 Reservekassen 358, 442, 443
 Résistance 597
 Réunion 95, 112
 Rifstämme 202
 Rio Nuñez 67, 87
 Rio de Oro 124, 539
 Rubber Control-Amt 606
 Rückfallfieber 507
 Rufisque 73, 112, 254

- Sahara 185
 Saharer 172
 Sahel 19, 81
 Sahue 188
 Saint-German-en-Laye 371
 Saint Vincent 256
 Saisonarbeiter 320
 Salefues 135
 Salekru 135
 Salins du Cap Vert 226
 Salins du Sine-Saloum 226
 Sammelprodukte 284, 291
 Samoe 140
 Sampuyara 138
 San 185
 Sanaga 153
 Sangha 54, 66, 144
 Sanghagebiet 64
 Sangha-Oubangui (Handelsgesellschaft)
 223
 Sangha-Sanghas 149
 Sangha-Ubangi 149,
 Sansanding 98
 Sanwi 80, 188
 São Thomé 66
 Sassandra 127
 Satadougou 79
 Schari 45, 56, 120, 161
 Schlafkrankheit 518, 521
 Schuldverpfändung 532
 Schulwesen 471 ff., 482 ff., 491 f.
 Section Française de l'Internationale
 Ouvrière (S.F.I.O.) 579, 613
 Segregation 515
 Segu 99
 Seguiet El Hamra 122
 Senegal 13, 19 ff., 27, 42 f., 69, 71, 73 f.,
 96, 99, 100, 104, 112, 113, 117 f., 172,
 179, 181, 182, 225, 227, 253, 257,
 302, 421, 448, 497, 507, 520, 529,
 546, 560, 578, 606
 Sénégal-Mazout 225
 Serer 529
 Sererland 546
 Sierra Leone 44, 102, 118, 556, 599
 Siguiri 19, 78, 79, 350
 Sikasso 98
 Sine-Salum 27, 73, 251, 257, 529
 Sinfra 135
 Sisalfaser 284
 Sklaven 531
 Sklaverei 452, 532, 534
 Smara 123
 Société anonyme française pour l'importa-
 tion du caoutchouc (S.A.F.I.C.) 238
 Société antiesclavagiste de France 85
 Société commerciale de l'Ouest africain
 (S.C.O.A.) 230, 231, 235
 Société cotonnière du Haut-Oubangui
 (COTOUBANGUI) 297, 298
 Société cotonnière française (COTON-
 FRAN) 297
 Société financière française et coloniale
 236
 Société française des cotons africains
 (COTONAF) 297
 Spanisch-Guinea 161, 192
 Spirituosenhandel 372
 Steuern 440 ff.
 St. Louis 17, 18, 73, 86, 99, 112, 118,
 119, 123
 Streiks 569 ff.
 Subdivisions 398, 430
 Sudan 17, 19, 20, 22, 69, 71, 73, 74,
 79 f., 85 f., 137 f., 117, 119, 122,
 124, 125, 127, 169, 170, 172, 179,
 182, 184, 190, 225 f., 238, 520, 532
 „Südflüsse“ 257, 528
 Sumba 187
 Syrer 26, 27, 70
 Talibe 550
 Tanger 20, 155
 Tanguiéta 187
 Targui 185, 187
 Tauschhandelsschnaps 508 f.

- Tauschhandelswirtschaft 530, 533
 Temps, Le 521
 territoires d'administration directe 421
 Thiès 73, 227, 251
 Thiès-Kayes 73, 74, 227, 262
 Thomson-Houston 226, 227
 Tiassalé 69
 Tibati 153
 Tidjania 549, 552
 Tidjikja 122
 „Tiédos“ 549, 551
 Timbo 101, 102
 Timbuktu 81
 Tinduf 124
 Tichit 122
 Tivaouane 507
 Togo 75 f., 118, 120, 153, 179, 188,
 191, 192, 194, 213, 485, 521, 562,
 578
 Toho-See 188
 Tokpa 188
 Toma 136, 138, 140
 Touba 548
 Transsaharabahn 361
 Trarza 539
 Tripolis 81
 Tropenpathologie 511
 Trypano-Trupps 519
 Tschad 38, 46, 120, 122, 123, 144, 150,
 170, 171, 173, 185, 190, 195, 275,
 507, 543
 Tschad-See 19, 38, 46, 65, 122
 Tschindas 327
 Tuareg 172, 185, 489
 Tuberkulose 505, 506
 Tukulör 27, 529
 Uassu 135
 Ubangi 44, 54, 120, 161, 171, 190, 275,
 521, 531, 539, 587, 589
 Ubangi-Schari 58, 120, 124, 234
 Unilever 209, 215, 231, 235
 Union coloniale 402
 Union Parisienne, Banque de l' 227, 235
 United Africa Co. (U.A.C.) 233
 Unterernährung 502
 Verkehrsnetz 268 f., 270 f., 273 f.
 Vichy 583, 584, 588 f., 592
 „Voix des nègres“ 576
 Volksfront 552, 571, 578
 Wadai 81, 123, 172, 174, 175
 Wadi Kadscha 123
 Wagadugu 185, 464
 Walata 122
 Waldkonzessionen 340, 343 ff.
 Wanderarbeit 305, 505, 530
 Wanderarbeiter 316 ff.
 Warebros 127
 Warougards 537
 Weltwirtschaftskrise 236, 365 ff., 376 ff.,
 532, 570
 Wirtschaftskrise von 1921 358
 Woleu N'Tem 145, 189
 Wolof 18, 249, 472, 546, 548
 Yadé 190
 Yalinga 189
 Yansuas 135
 Yaoundé 275
 Ziguinchor 507
 Zwangsankerbungen 328, 330, 332
 Zwangsarbeit 316, 320, 323, 328, 330,
 432, 442, 573, 594
 Zwangskulturen 293 ff., 316

